DER FALL DES HAUSES STUART UND DIE SUCCESSION DES HAUSES...

Onno Klopp

Digitized by Google

Biblioth. Soc. Jesu
Viennae.
Hist. B III 3

ALDERMAN LIBRARY
UNIVERSITY OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE, VIRGINIA

321

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

n Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Neunter Band.

eit der Vorbereitung und des Abschlusses der großen Allianz vom 7. Sep- 1701 und die europäische Lage der Dinge bis zum Tode Wilhelms III., 8./19. März 1702.

BIBLIOTHECAE S.J. VIENNAE

Wien, 1881.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Digitized by Google

DA
435
.K65
1875
Bd. 9-10

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Digitized by Google

BIBLIOTHECAE S.J. VIENNAE

Inhalt.

Fünfundzwanzigstes Buch.

Vom November 1700 bis zum Zusammentritte des englischen Parlamentes, 10./21. Februar 1701.

Die ersten Kundgebungen, nach der Annahme des spanischen Testamentes, von Seiten Wilhelms III., der Republik Holland, des Kaisers.

Seite

Die doppelte Aufgabe Wilhelms III. 1
Ludwig XIV. thut der Republik Holland die Annahme des spanischen Testamentes kund, 18. November 5
Einwand der Republik 6
Unterredungen zwischen dem Rathspensionär Heinsius und dem kaiserlichen Gesandten Goes . . . . . —
Heinsius läßt den Theilungsvertrag fallen 9
Das Schwanken der Meinungen in Holland 10
Die Besorgnis Wilhelms III. für Belgien 11
Sein Blick gerichtet nach Wien 12

Die Haltung des Kaisers Leopold.

Die Berathungen in Wien 13
Die Instructionen für die Gesandten an die Reichsfürsten 15
Diejenige für den Grafen Wratislaw 16
Das Vertrauen des Kaisers Leopold auf Wilhelm III. 17
Das eigentliche Absehen des Kaisers ist gerichtet auf Italien 18

Das Verhalten Ludwigs XIV.

Die Antwort auf die holländische Mahnung an den Vertrag 19
Die Antwort Torcys an Sinzendorf 20
Harcourt zum Duc und Botschafter in Spanien ernannt 21
Die Instruction für ihn 22
Die Bedrohung der Freiheit der Kirche in derselben 23
Ludwig XIV. über den Vorschlag einer Heirath zwischen Philipp V. und einer Erzherzogin 25

Digitized by Google

Seite
Er glaubt, daß die Wendung in Spanien nicht einen Krieg erregen werde . 26
Die Anerkennung Philipps V. in Brüssel und Mailand 27
Die Brüder Max Emanuel und Joseph Clemens zu dem Kaiser . . . . . —
Ludwig XIV. sendet Truppen nach Mailand 28
Der Zustand der Dinge in Spanien nach dem Berichte Auerspergs . . . . —
Die Abreise Philipps V. nach Spanien wird festgesetzt 29
Die Lehren Ludwigs XIV. für Philipp V. 30
Warnung an ihn vor der Königin Maria Anna . . . . . —
Mahnung für den Frieden 31
Der Aufbruch am 4. December 1700 32
Beginn des Planes von Ludwig XIV., dem Papste Innocenz XII. den Rath des spanischen Testamentes zuzuschreiben 33
Ludwig XIV. gegen eine Heirath Philipps V. mit einer Erzherzogin . . . 35
Er entwirft den Plan der Heirath Philipps V. mit einer Prinzessin von Savoyen 36
Er gibt dem Könige Philipp V. davon keine Kunde 37
Instruction an Harcourt für die Leitung Philipps V. . . . . —
Die Abneigung Ludwigs XIV. gegen Maria Anna 38
Harcourt in Madrid, 15. December 1700 39
Das Verhalten Portocarreros und des spanischen Hofes . . . . . —
Ludwig XIV. lenkt die Junta durch Harcourt 40
Er erwirkt den Beschluß von Subsidien an August II. 41
Die Zurücknahme der Anerkennung der neunten Kurwürde . . . . . —
Harcourt geht über die Forderungen Ludwigs XIV. noch hinaus 42
Die Schritte gegen die Königin Maria Anna, so wie gegen P. de las Torres u. A. 44
Der Erlaß des Patentes vom 31. December 1700 zu Gunsten Philipps V. . 47

Das Verhalten des päpstlichen Stuhles gegenüber der spanischen Umwälzung.

Tod des Papstes Innocenz XII., 27. September 1700 49
Das Conclave 50
Der Tod Carls II. günstig für die Wahl des Cardinals Albani 51
Clemens XI. nicht principiell französisch 52
Aufgabe, die er sich stellt 54
Er erkennt Philipp V. von Spanien an 57
Er äußert sich nicht über Neapel und Sicilien . . . . . —
Die doppelte Qualität des Papstes 58
Die Haltung der Spanier in Rom 59
Die Gesinnungen im übrigen Italien 60
Der Graf Castelbarco in Mailand . . . . . —
Die Frage einer kaiserlichen Truppensendung 61
Ludwig XIV. sendet Truppen wider sein Versprechen . . . . . —
Der Kaiser nimmt das Erbieten der päpstlichen Vermittelung an 62

Besorgnis Ludwigs XIV. vor einem Kriege und seine Mittel dagegen.

Ludwig XIV. über die kaiserliche Finanzverwaltung 63
Er sendet den Cardinal d'Estrees an die Mächte Italiens 64

Digitized by Google

Seite
knüpft mit Franz Rakoczy an 65
s Doppelspiel Longuevals 66
s Verhalten Ludwigs XIV. zu den früheren ungarischen Rebellen . . . 67
nz Rakoczy in Haft in Wiener-Neustadt 69
vig XIV. sucht die Türken aufzureizen . . . . . —
Plan gegen das Leben des römischen Königs Joseph 70
ühungen Ludwigs XIV. bei den Reichsfürsten 71

Die Haltung Ludwigs XIV. gegenüber den Seemächten.

Gegensatz Wilhelms III. und Ludwigs XIV. 72
ig XIV. nimmt in der Republik Holland eine Kriegesneigung wahr . . 73
ill nicht mehr die holländischen Besatzungen in Belgien . . . . . —
Goes über die Gesinnungen in der Republik 74
eigentliche Verhältnis Ludwigs XIV. und der Republik 76
Urtheil über Wilhelm III. und England, im December 1700 . . . —
nige Hoffmanns aus eigener Anschauung 77
ig XIV. will auf die Republik drücken 78
urt verlangt rasches und energisches Vorgehen 79
g XIV. beharrt bei seiner Ansicht 80
g XIV. vermuthet die eigentliche Absicht des Rathspensionärs 82
ill nicht Gewalt gegen die Republik, aus Furcht vor Wilhelm III. . . 83
Quiros verlangt im Haag die Anerkennung Philipps V. 84
nz der Ansichten von Goes und Heinsius über die Anerkennung . . . —
epublik sucht nur noch die Anerkennung hinzuzögern 85
g XIV. beharrt, Harcourt gegenüber, bei seiner Ansicht, 4. Januar 1701 86
rt erneuert nachdrücklich seine Vorstellung, 17. Januar 1701 . . . 87
instige Aussicht für Ludwig XIV. im Falle des sofortigen Krieges . . 89
t auf die Abneigung des englischen Unterhauses wider den Krieg . . 90

Wilhelm III. und England im Winter 1700/1.

n III. bedarf der Tories für seinen Plan der hannöverschen Thronfolge 91
nzösische Botschafter Tallard vor Wilhelm III. 92
ng des Parlamentes und Neuwahlen 93
Bratislaw trifft in England ein . . . . . —
Bericht über die erste Audienz, 11. Januar 1701 94
ge Wilhelms III. an Heinsius 96
rle thut den kaiserlichen Gesandten die Absicht der Anerkennung Philipps V. kund . . . . . —
dem Rathe Albemarles beschwert sich Wratislaw bei Godolphin . . 97
rkung auf Godolphin wie auf Rochester 98
Wratislaws über seine zweite Audienz bei Wilhelm III. am 7./18. Januar 1701 100
pflichtung, die Wilhelm III. und England dem Kaiser Leopold I. schulden 101
richt Wilhelms III. über die Audienz 105
theil zutreffend über die Dinge im Haag wie in Wien 107
bedingung seines Planes in England ist das Geheimnis 108

Digitized by Google

Seite
Unkunde in England über die Absicht des Königs 109
Ein besonderer Grund des Königs für das Geheimhalten 110
Die Stimmung der Engländer geneigt für den Kaiser 111
Das Verhalten Wilhelms III. gegenüber Wratislaw 112
Wratislaw schüchtert Rochester und Godolphin ein 113
Er erhält von Wien die Mahnung den König persönlich nicht zu verletzen . 114
Janson Forbin erklärt in Rom, daß Ludwig XIV. nichts abtreten wolle . —
Die Sendung Berwicks nach Rom 115
In England erwächst Besorgnis für den Protestantismus . . . . . —
Der Kampf gegen das Haus Bourbon in Wahrheit der Kampf für die Freiheit der Kirche 116
Rochester und Godolphin nehmen den Rath der Anerkennung Anjous zurück —
Wilhelm III. fragt, was der Kaiser von dem spanischen Erbe beanspruche . 117
Er dringt darauf, daß der Kaiser den Krieg beginne 118
Die Wahlen für das Unterhaus . . . . . —

Das Vorgehen Ludwigs XIV. gegen die holländischen Besatzungen in Belgien.

Die Ansicht Ludwigs XIV. darüber in der ersten Hälfte Januar 119
Sie wandelt sich in der zweiten Hälfte 120
Er versichert sich des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel . . . . . —
Sein Plan die holländischen Besatzungen zu überraschen 121
Er sendet den Grafen d'Avaux nach dem Haag . . . . . —
Sein Verfahren im Beginne 1701 ähnlich wie 1688 122
Beunruhigende Gerüchte in Holland und in London 123
Die Ueberraschung der holländischen Besatzungen am 6. Februar . . . . —
Die Denkschrift von Quiros darüber 124
Die Generalstaaten verlangen, wie schon vorher, die Entlassung ihrer Truppen 125
Sie lassen den Kaiser um Hülfe bitten 126
Die Täuschung Ludwigs XIV. 127
Er will die zweiundzwanzig holländischen Bataillone entlassen 128
Die Meinung Ludwigs XIV. und diejenige Wilhelms III. über diese Sache —
Das französische Zaudern, die Bataillone zu entlassen, bewirkt Rüstungen in der Republik 130
Ankunft des Grafen d'Avaux im Haag 131
Wilhelm III. mahnt nach Holland hin ab, Philipp V. anzuerkennen, 18. Februar 132
Am selben Tage im Haag die Anerkennung beschlossen . . . . . —
Der kaiserliche Gesandte willigt ein nicht zu protestiren 133
Die abermalige dringende Abmahnung Wilhelms III. kommt zu spät . . —
Die Antwort der Generalstaaten an d'Avaux 134

Die Wirkung des Vorgehens von Ludwig XIV. gegen die Holländer auf England.

Wilhelm III. über den Nachtheil der holländischen Anerkennung von Philipp V. für seinen Plan in England 135
Die Stimmung in England in Folge der Vorgänge in Belgien 136

Digitized by Google

Seite
e Aeußerung Wilhelms III. zu Tallard 137
ıtislaw verlangt die Allianz von 1689 . . . . . —
helm III. geht nicht ein, weil dieſer Vertrag dem Parlamente nicht kund 138
verläßt thatſächlich die Prärogative der Krone zu Verträgen mit auswär-
tigen Mächten 139
Erfolg in der belgiſchen Sache ſcheinbar auf Seiten Ludwigs XIV. . . —
holländiſche Antwort an d'Avaux behält Unterhandlungen vor 141
Ueberlegenheit der Liſt auf Seiten der Holländer . . . . . —
Kundgebung von Heinſius über die Sache an Wilhelm III. 142
Verſammlung des engliſchen Parlamentes 143

Abermalige Bemühung Wilhelms III. bei der Kurfürſtin Sophie um die Zuſtimmung zur Thronfolge in England, Januar 1701.

Meinungen in England über die Thronfolge, zu Anfang 1701 . . . 144
ıntnis in England über die geringe Neigung in Hannover . . . . —
Abſehen Wilhelms III. nur auf die Kurfürſtin Sophie gerichtet . . . 145
Thätigkeit von Leibniz in dieſer Angelegenheit 146
ıbermalige Anregung der Sache in Hannover . . . . . —
Schreiben des Reſidenten Beyrie in London 146
Conſeil in Celle, am 16. und 17. Januar 1701 147
Denkſchrift von Leibniz über die Sache 148
Schreiben der Kurfürſtin Sophie an Wilhelm III. vom 18. Januar 1701 149
Benutzung der darin geſtellten Anfrage von Seiten des Königs Wilhelm III. 151

Sechsundzwanzigſtes Buch.

Beginne des Parlamentes, im Februar 1701, bis zum Abſchluſſe der großen Allianz, 7. September 1701.

Das Verhalten des Parlamentes bis zur Adreſſe vom 21. Februar/4. März.

Stärke der Parteien im Parlamente 154
Thronrede am 11./22. Februar 1701 155
Adreſſe des Oberhauſes betont das Gleichgewicht Europas 157
Whig-Partei geneigt zum Kriege 158
Adreſſe des Unterhauſes . . . . . —
Eindruck der holländiſchen Anerkennung Philipps V. 159
Aeußerung des Königs darüber zu Heinſius 160
verweiſt die holländiſche Denkſchrift dem Parlamente 161
ob ein Schreiben Melfords aus St. Germain 162
einig erklärt ſich im Cabinetsrath zu Gunſten des Kaiſers 163
ng der Whigs gegen die Tories 164
gungen des Unterhauſes für Flotte und Landheer . . . . . —
der Parteien im Unterhauſe, 20. Februar/3. März 165
t des Königs auf die Adreſſe des Unterhauſes, 21. Februar/4. März 166

Seite

Die Haltung der Republik Holland gegenüber Ludwig XIV.

Die Staatsmänner im Haag ermuthigt durch die Haltung Englands . . . 167
Sie verlangen die Freilassung ihrer Truppen und sind bereit zur Unterhandlung 168

Die anderen europäischen Mächte im Frühlinge 1701.

Spanien.

Die Ankunft Philipps V. in Madrid, 18. Februar 1701 169
Das Walten Portocarreros . . . . . —
Die Persönlichkeit Philipps V. 171
Die Prinzessin Orsini . . . . . —
Die Unterwürfigkeit Portocarreros vor Ludwig XIV. 172
Die spanische Dankesbotschaft an Ludwig XIV. 173
Das Patent für das Erbrecht Philipps V. in Frankreich wird offenkundig . 174
Abermalige Verhängung der Capitation in Frankreich . . . . . —

Der Kaiser Leopold I.

Er kann nicht handeln ohne die Hülfe der Seemächte 175
Die künftige Gruppirung in der Intention Wilhelms III. bereits fertig . . 176

Die kleineren Machthaber.

Sie folgen dem Privatinteresse 176
Victor Amadeus von Savoyen 177
August II. von Sachsen-Polen . . . . . —
Die wittelsbachischen Brüder von Bayern und Köln . . . . . —
Der Verdacht gegen Max Emanuel in Wien und bei Wilhelm III. . . . 178
Die weit reichenden Entwürfe des Kurfürsten 180
Der Vertrag über die neue preußische Königskrone 181
Der auffallende Act der Krönung 183
Das Urtheil Wilhelms III. über den neuen König . . . . . —
Die Schritte des letzteren für seine Anerkennung 184
Die kaiserlich gesinnten Fürsten des Reiches 185
Wilhelm III. wünscht eine engere Einigung des Reiches 186
Die Signatur der Zeit bei allen kleineren Mächten . . . . . —

Die Conferenzen im Haag, im März 1701.

Der Plan Wilhelms III. für den Krieg 187
Seine Position diesmal günstiger als diejenige Ludwigs XIV. 188
Ungewisheit über die bevorstehenden Verhandlungen 189
Der französische Botschafter Graf d'Avaux 190
Die Forderungen von Seiten der Republik und Wilhelms III. . . . . —
Die erste Conferenz mit Avaux, am 22. März 1701 191
Avaux sucht nachher die Holländer einzuschüchtern 192

Die Verhandlungen des englischen Parlamentes, im März 1701.

Die Wahlprüfungen 193
Wilhelm III. bringt die im Haag gestellten Forderungen zur Kunde des Parlamentes . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Das Oberhaus zieht die Theilungsverträge in Erwägung 194
Unglückliche Verantwortung Portlands und Jerseys 195
Die Vertheidigung des Lords Halifax 196
Kampf der Parteien im Oberhause . . . . . —
Das Unterhaus zieht die Haager Conferenz in Erwägung 198
Die Adresse des Unterhauses 199
Die Antworten des Königs auf die Adressen 200
Charakteristik der Tory-Partei durch Hoffmann 201
Das Verhalten des Königs Wilhelm III. 202
Seine Gedanken in Betreff der Allianz mit dem Kaiser . . . . . —

Die französische Antwort auf die Denkschriften vom 22. März.

Die Aufnahme der Denkschriften in Versailles 203
Ludwig XIV. lehnt durch den Grafen d'Avaux die Forderungen der Seemächte ab 204
Er sucht durch Gerüchte einzuschüchtern 206
Das Urtheil Wilhelms III. über die Antwort, so wie seine Hoffnung . . . —

Fortsetzung der Verhandlungen des Parlamentes.

Die Mehrheit im Unterhause in der Sache des Kidd für Somers 207
Das Unterhaus einstimmig gegen Portland . . . . . —
Die Mehrheit votirt nicht für eine Anklage gegen Somers 208
Die Tories suchen Material für eine Anklage 209
Der König bringt die französische Antwort ans Unterhaus und verlangt Rath 210
Auch die Tories bereit zur Defensive für Holland . . . . . —
Die Adresse des Unterhauses einstimmig beschlossen, 1./12. April 211
Wilhelm III. will von der Adresse aus die Sache weiter führen . . . . —
Die Whig-Partei unzufrieden mit ihm . . . . . —
Eben so Wratislaw 212
Wilhelm III. verlangt, daß der Kaiser den Krieg beginne, 19. April . . . —
Der Kaiser nicht zufrieden mit den Denkschriften vom 22. März 213
Die Stimmung in Holland gehoben durch jene Adresse vom 1./12. April und die Briefe des Königs 214
Die Position Ludwigs XIV. im April bereits ungünstiger 215
Das Unterhaus verlangt auch den ersten Theilungsvertrag, so wie denjenigen der Allianz von 1689 216
Die Selbst-Vertheidigung des Lord-Kanzlers Somers vor dem Unterhause . —
Die Tory-Partei zielt auf die Whigs Somers, Orford, Halifax 217
Die Prärogative der Krone, Verträge mit auswärtigen Mächten ohne den Rath eines Engländers zu schließen, im Absterben . . . . . —
Beginn der Differenz beider Häuser über die vier Lords 218
Das Verhalten des Königs auf die Adressen 219
Er zeichnet den Generalstaaten ihre Haltung vor . . . . . —
Er erkennt Philipp V. an 220
Unzufriedenheit darüber . . . . . —

Digitized by Google

Seite

Eine Mehrheit im Unterhause streicht dem Könige ein Siebentel seiner Einnahme 221
Die Generalstaaten richten an Wilhelm III. die von ihm verlangte Denkschrift, 13. Mai 222
Gleichzeitige Kritik der französischen Maßregeln durch den Erzbischof Fenelon 225
Die Petition der Grafschaft Kent 226
Das Verfahren des Unterhauses gegen die Petenten . . . . . —
Die Denkschrift der Generalstaaten im Unterhause 227
Das Urtheil des Königs über den Erfolg 228
Die Adresse des Oberhauses geht hinaus über die des Unterhauses . . . 229
Das Unterhaus beschließt die Hülfe mit Truppen zu leisten . . . . . —
Verschiedene Motive der Beschlüsse 230
Die zögernde Haltung Wilhelms III. . . . . —
Denkschrift Wratislaws und das Urtheil des Königs darüber 231
Der Kern der damaligen politischen Gedanken Wilhelms III. 232
Er unterscheidet nicht klar sein Wollen und sein Scheinen . . . . . —
Heinsius setzt nach Wien hin sein ganzes Gewicht ein für Wilhelm III. . . 233
Heinsius entwickelt seine Auffassung der Gesammtlage, 29. Mai . . . . —
Wilhelm III. faßt dagegen bestimmt den Krieg ins Auge 236
Das Schriftstück unterzeichnet „Legion“ . . . . . —
Die Stimmung des englischen Volkes unmuthig gegen das Unterhaus . . 237
Die Differenz der beiden Häuser über die vier angeklagten Lords . . . . —
Wilhelm III. und die Republik befürchten einen französischen Angriff, im Mai und Juni 238
Der Kaiser beläßt der Republik die 8000 Preußen . . . . . —
Markgraf Ludwig von Baden . . . . . —
Die Anstalten der Franzosen in Belgien nur defensiv 339
Weder Frankreich noch die Republik will damals den Krieg beginnen . . . 240
Die officielle Antwort Wilhelms III. an die Republik, 16./27. Mai . . . 241
Avaux macht im Haag neue Vorschläge, 6. Juni 242
Die Generalstaaten und Wilhelm III. gehen nicht ein 243
Avaux erklärt sich bereit zu einer neuen Conferenz . . . . . —
Stanhope verlangt darin die Zuziehung des kaiserlichen Gesandten 244
Wilhelm III. verlangt eine Denkschrift der Generalstaaten zur Vorlage an das Parlament, 27. Mai/7. Juni . . . . . —

Der Plan des Zuges der kaiserlichen Armee nach Italien, bis zu Ende Mai 1701.

Zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. direct kein Kriegeszustand 245
Eine Unternehmung gegen Mailand formell nicht ein Krieg mit Frankreich . 246
Die Thätigkeit des Villars in Wien gegen die Unternehmung 247
Victor Amadeus nicht eifrig für Frankreich . . . . . —
Die anderen italienischen Mächte 248
Die Wichtigkeit der Stadt Mantua 249
Papst Clemens XI. ist erbötig sie zu besetzen . . . . . —
Der Herzog läßt für französisches Geld französische Besatzung ein 250

Digitized by Google

Seite
Geringe Rücksicht Ludwigs XIV. auf den Papst Clemens XI. 250
Kaiserliche Androhung der Reichsacht gegen den Herzog Ferdinand Carl . . 251
Der Verrath Mantuas verzögert den Zug des Prinzen Eugen 252
Schwierigkeit des Ueberganges über die Trienter Alpen 253
Der Uebergang beschlossen und ausgeführt, zu Ende Mai . . . . . —

Wilhelm III. und das englische Parlament, im Juni 1701.

Das Urtheil Wilhelms III. über den Plan des Prinzen Eugen 255
Die Engländer mismuthig über die Differenz der beiden Häuser des Parlamentes . . . . . —
Der Plan des Königs für eine Allianz 256
Der andere Plan die Thronfolge in England sicher zu stellen . . . . . —
Die Haltung des Hauses Hannover 257
Ueberblick des Verfahrens von Wilhelm III. in dieser Sache . . . . . —
Der erste Beschluß des Unterhauses in der Sache, 3./14. März 259
Die ersten drei Artikel zur ferneren Feststellung der Rechte der Engländer . 260
Weitere Artikel 261
Benennung der Prinzessin Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg 262
Protestation der Herzogin von Savoyen im Einverständnisse mit Frankreich 263
Eine geringe Partei im Parlamente für Savoyen 266
Das Unterhaus beschließt die Bill zur ferneren Feststellung des Erbrechtes der Krone u. s. w. . . . . —
Die Bill wird im Oberhause ohne Veränderung angenommen 267
Das Vertrauen auf Wilhelm III. in Wien im Steigen 268
In England noch Zweifel an ihm . . . . . —
Die Thronrede des Königs vom 12./23. Juni 269
Die Tory-Partei sichert ihm vorher ihre Mitwirkung zu 270
Adresse des Unterhauses, von der Tory-Partei ausgehend, einstimmig beschlossen . . . . . —
Der Dank des Königs 271
Der Zweifel Wratislaws 272
Der Dank des Kaisers Leopold für Wilhelm III. . . . . —
In England die Adresse betrachtet als die Wirkung der Volksstimmung . . 273
Fortdauer der Differenz beider Häuser des Parlamentes . . . . . —
Die Vertagung des Parlamentes am 23. Juni/4. Juli 275
Hoffnungen und Befürchtungen der Whigs und der Tories . . . . . —
Die Volksstimmung in England gegen die Tories 276
Das Bündnis des Hauses Bourbon mit Portugal 277
Lord Sunderland für die Whigs 278
Lord Nottingham verspricht, daß die Tories für den Kaiser eintreten werden 279

Das Werden der großen Allianz, im Juli und August 1701.

Stanhope eröffnet dem Botschafter Avaux seinen Auftrag 280
Wilhelm III., nach seiner Ankunft im Haag, redet zu den Generalstaaten . 281
Der Vertheidigungsstand der Republik 282

Digitized by Google

Seite

Die Bevollmächtigten für die Allianz: Heinsius, Goes, Wratislaw, Marlborough 283
Uebereinkunft, nach dem Abschlusse der Allianz für Frankreich zwei Monate Frist zu belassen . . . . . —
Berathungen über das Ziel der zu schließenden Allianz 284
Entwurf der Allianz, am 24. Juli 285
Der Graf d'Avaux reicht vor seinem Aufbruche eine Denkschrift ein . . . 286
Die Form der Denkschrift ein politischer Fehler 287
Die Antwort der Generalstaaten, von Heinsius abgefaßt . . . . . —
Der Schluß derselben auffallend 289

Abberufung des Grafen d'Avaux.

Das Urtheil des Erzbischofs Fenelon über die Abberufung 292
Wilhelm III. über seine Führung der großen Angelegenheit, 1. August . . 294
Er mahnt zu neuen Versuchen bei dem Kurfürsten Max Emanuel 295

Der Stand der kaiserlichen Sache in Italien.

Papst Clemens XI. gegenüber dem Drängen der Franzosen 298
Er nimmt den neapolitanischen Lehenstribut von Uzeda nicht an, Juni 1701 300
Der Prinz Eugen sucht die Stromlinie der Etsch in seine Gewalt zu bringen 301
Disciplin seiner Armee 302
Das Treffen bei Carpi, 9. Juli . . . . . —
Der Papst Clemens XI. über den Prinzen Eugen 303
Gegen die numerische Ueberlegenheit der Franzosen die moralischen Vortheile des Prinzen Eugen 304
Merkwürdiges Schreiben Ludwigs XIV. an Catinat, 10. August 305
Ludwig XIV. sendet den Marschall Villeroy nach Italien 307
Der weitere Rückzug Catinats und die Klage des Tessé . . . . . —
Popularität des Prinzen Eugen in England 308
Die Hoffnung in Versailles auf Villeroy 309
Die Schlacht bei Chiari, 1. September 311
Die Berichte des Prinzen Eugen und des Marschalls Villeroy 312
Der Eindruck der Nachricht von Chiari in Holland und England 313

Die Annahme der Successions-Acte in Hannover, im August 1701.

Die Stellung des Hauses Hannover zu der Successions-Sache 314
Lord Macclesfield überbringt die Successions-Acte . . . . . —
Der Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg 316
Die Kurfürstin Sophie 317
Die Frage der Confession 318
John Toland 319
Weitere Charakterzüge der Kurfürstin 320
Der Herzog Georg Wilhelm und der Kurprinz Georg August 321
Empfang der Beiden bei Wilhelm III. in Loo 322

Digitized by Google

Seite

Die Bewegung der Gemüther in England.

Erstarken des Königs Wilhelm III. in Loo 323
Die Kriegesneigung in England im Wachsen . . . . . —
Das Mistrauen der Whigs gegen Wilhelm III. 324
Sie bemühen sich um die Auflösung des Parlamentes . . . . . —
Wilhelm III. verschiebt den Krieg um Hollands willen 325
Er zieht Marlborough heran, aus gutem Grunde 326
Abschluß der großen Allianz am 7. September 1701 327

Siebenundzwanzigstes Buch.

Vom Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701, bis zum Tode Wilhelms III., am 8./19. März 1702.

Der Tod Jacobs II. und die französische Anerkennung seines Sohnes als Jacob III.

Die Frist der zwei Monate an Frankreich nicht kund gethan 328
Die letzten Tage Jacobs II. in St. Germain 329
Conseil Ludwigs XIV. über die Frage der Anerkennung Jacobs III. . . . 331
Die Lage der Dinge in den Augen Ludwigs XIV. 332
Er macht den Entschluß der Anerkennung noch vor dem Tode Jacobs II. kund 334
Der Tod Jacobs II., am 16. September 1701 335
Urtheile über den König Jacob II. 336
Clemens XI. folgt dem Beispiele Ludwigs XIV. in der Anerkennung Jacobs III. 338
Die Wirkung dieser Anerkennung in England 340
Wilhelm III. erwägt die Frage der Auflösung des Parlamentes 341
Die Ansicht Sunderlands . . . . . —
Wilhelm III. beruft den Botschafter Manchester aus Paris ab 342
Ludwig XIV. bezeichnet Wilhelm III. als Prinzen von Oranien . . . . —
Die französische Denkschrift für den Botschafter Heemskerk 343
Lilienroth betrachtet die Anerkennung als einen Einbruch in den Ryswycker Frieden 345
Der diplomatische Verkehr der Verbündeten mit Frankreich hört auf . . . 346
Die Stellung der Mächte zu einander . . . . . —

Die Lage der Dinge in Italien, im Herbste 1701.

Der kaiserliche Plan gerichtet auf ein selbständiges Königreich Neapel . . . 348
Der Versuch der Erhebung in Neapel, im September 1701 349
Das Mislingen 350
Urtheil Erizzos über die Haltung des Papstes Clemens XI. . . . . —
Lamberg theilt dem Papste die Allianz vom 7. September mit 353
Clemens XI. beharrt bei dem Plane der Vermittelung . . . . . —
Vorstellungen Lambergs gegen das Verhalten des Papstes 354
Clemens XI. über seine Anerkennung des Prinzen in St. Germain . . . 355
Warnung del Vastos an den Papst 356
Lamberg im Auftrage des Kaisers zu Clemens XI. 357

Digitized by Google

Seite
Die Wichtigkeit der Entscheidung des Papstes Clemens XI. 359
Eindringliche Mahnung des Kaisers durch Lamberg 360
Clemens deutet den eigentlichen Grund seines Verhaltens an . . . . . —
Untersuchung dieser Besorgnis des Papstes Clemens XI. 362
Die völlige Vereitelung der kirchlichen Reunionsplane des Kaisers Leopold . 365
Der Stand der Dinge in Italien 370

Das Verhalten der nordischen Mächte zu der Allianz vom 7. September.

Dänemark stellt Truppen für die Verbündeten 371
Der Siegeslauf Carls XII. von Schweden 1701 . . . . . —
Sein Plan ist August II. zu entthronen 372
Der Gegensatz der Charaktere der beiden Könige . . . . . —
Mahnung Wilhelms III. an Carl XII. zum Frieden 373
Der Kaiser fordert Carl XII. auf der Allianz beizutreten 374
Clemens XI. tritt in Polen für August II. ein . . . . . —
Carl XII. verfolgt seinen eigenen Weg 375

Das Verhalten der Reichsfürsten.

Die allgemeinen Behauptungen Ludwigs XIV. im Reiche 376
Die Mahnung des Kaisers an die Reichsfürsten 377
Wilhelm III. fordert die Reichsfürsten auf der Allianz beizutreten . . . . —
Wilhelm III. wünscht und erstrebt eine engere Einigung des Reiches unter dem Kaiser 379
Die Nachahmung Ludwigs XIV. bei den Reichsfürsten 380
Der gewichtigste Unterschied 382
Aeußerung des Kurfürsten von Mainz über die Mitfürsten 383
Die einzelnen Fürsten nach den Reichskreisen . . . . . —
Der neue König Friedrich I. von Preußen und die Urtheile über ihn in Wien, im Haag, in London 386
Er schließt mit den Seemächten einen Vertrag über 5000 Mann 390
August II. von Sachsen-Polen beurtheilt von Heinsius und Wilhelm III. . 391
Ein Urtheil von Heinsius über den Kaiser Leopold 392

Die Absicht des Verrathes des kölnischen Kurfürsten Joseph Clemens.

Die Stellung von Joseph Clemens im Sommer 1701 393
Sein Verhalten gegenüber dem Lord Galway . . . . . —
Seine gleichzeitigen Schritte nach Frankreich hin 394
Entgegen-Kommen des Marschall Boufflers 395
Der Conflict des Joseph Clemens mit den Landständen verschärft sich . . —
Boufflers sucht Joseph Clemens weiter zu drängen 397
Die Vorstellung des Marschalls Boufflers bei Ludwig XIV. 398
Ludwig XIV. will nicht den Krieg beginnen 399

Die Stellung Ludwigs XIV. zu Spanien.

Ludwig XIV. verfügt über die Person Philipps V. 400
Die junge Königin Marie Louise und die Prinzessin Orsini 401

Seite
Marie Louise ist gegen einen Feldzug Philipps V. in Italien 402
Sie gibt jedoch nach . . . . . —
Ludwig XIV. wünscht die Cession Belgiens an Frankreich 403
Ablehnende Antwort Marsins, 18. October 1701 404
Mahnung Ludwigs XIV. an Philipp V., 31. October 405
Der Vorschlag, den Frieden durch Abtretungen zu erhalten, in Spanien nicht durchführbar 408
Das Unrecht Ludwigs XIV. an Spanien wendet sich wider ihn selbst und Frankreich 409
Ludwig XIV. kommt zur Kenntnis der großen Allianz 410

Der Verrath des Kurfürsten Joseph Clemens.

Besetzung der kölnischen Plätze und Lüttichs durch die Franzosen 411
Die Mahnung des Kaisers an Lüttich . . . . . —
Das Attentat gegen den Domdechanten Mean 412
Der Kaiser dringt bei Wilhelm III. auf die Kriegserklärung 414

Die Stellung Wilhelms III. in England, im Herbste 1701.

Wilhelm III. zieht auch in Rücksicht auf England die Kriegserklärung hinaus 415
Der Ansatz der Streitkräfte . . . . . —
Besorgnisse vor den Mordplanen des Boselli 416
Krankheitszustand Wilhelms III. 418
Er begibt sich in die Versammlung der Generalstaaten 419
Die Frage des Hinüber-Lenkens zu den Whigs 420
Die Adressen 421
Wilhelm III. sendet Lord Galway nach England . . . . . —
Französische Meinung über die Differenz der Häuser des Parlamentes . . 422
Die Ansichten von Somers und Sunderland 423
Die Ansicht Marlboroughs . . . . . —
Das Schwanken des Königs noch in England 424
Die Tories rufen die Entscheidung gegen sie hervor 425
Auflösung des Parlamentes, 11./22. November 426
Godolphin bittet um Entlassung . . . . . —
Rochester und die anderen Tories bleiben in ihren Aemtern . . . . . —
Der Wahlkampf im December 1701 427
England vermeidet für Ludwig XIV. den Titel eines Königs von Frankreich —
Die Feindseligkeit wider Ludwig XIV. in der Adresse von Southwark . . 428

Die Stellung der Mächte zu einander im Winter 1701/2.

Ludwig XIV. hofft noch im Winter 1701/2 auf die Erhaltung des Friedens 428
Die Angelegenheit der Forts Sas van Gent und Selzatte 430
Wilhelm III. wünscht eine Provocation von französischer Seite . . . . . —
Urtheil des Rathspensionärs über Frankreich 431
Ludwig XIV. hofft noch im Anfange 1702, durch einige Opfer den Krieg zu vermeiden 432
Der fundamentale Gegensatz der Verbündeten wider Frankreich . . . . . —

Seite

Differenz zwischen dem Kaiser und Wilhelm III. über Neapel und den Oberrhein 433
Unterredung zwischen Wilhelm III. und Wratislaw über eine kaiserliche Macht am Rheine 434
Wilhelm III. wünscht die Stärkung der kaiserlichen Autorität im Reiche durch den römischen König 436
La théologie des princes 437

Wilhelm III. und das englische Parlament vom December 1701 bis zum Siege der Whig-Partei, im Februar 1702.

Das Verhalten des Königs zu den Wahlen 438
Die verschiedene Stellung der Parteien zu den wichtigsten Fragen 439
Die Frage des Landkrieges 440
Vorschlag von der Whig-Partei aus an Wratislaw . . . . . —
Die Stimmung des Königs 441
Robert Harley zum Sprecher des Unterhauses erwählt 442
Die Thronrede des Königs sein geistiges Eigenthum 443
Die Thronrede selbst . . . . . —
Bemerkungen über die Thronrede 447
Die wichtigste Stelle derselben gegen die Anerkennung Jacobs III. . . . 448
Zwei Adressen des Oberhauses 449
Die Adresse des Unterhauses und die Antwort des Königs 450
Hauptzweck des Krieges für England demnach die Sicherung der englischen Thronfolge 451
Die Jacobiten wagen keinen Widerstand . . . . . —
Anregung eines Zusatz-Artikels zur großen Allianz . . . . . —
Bewilligung für Flotte und Landheer 452
Ein Unterschied der Parteien in der Kriegssache nicht bemerkbar . . . . —
Die Parteistellung sichtbar in inneren Angelegenheiten 453
Weitere Beschlüsse zur Sicherung der Thronfolge und gegen den Prinzen in St. Germain . . . . . —
Das Witthum der Königin Marie Beatrice verwirkt 456
Das Unterhaus verlangt den Zusatz-Artikel zur großen Allianz . . . . . —
Unterredung darüber zwischen Wratislaw und Marlborough 457
Zwischen Vernon und Hoffmann . . . . . —
Wortlaut des Zusatz-Artikels 458
Mitglieder des Parlamentes reden bei Wratislaw für den Artikel 459
Das Gutachten der deputirten Räthe in Wien über den Artikel . . . . . —
Unklarheit in Wien über die Worte: praetensus princeps Walliae . . . 461
Einmüthigkeit in England für den Krieg 462
Die Entlassung Rochesters . . . . . —
Plan der Tory-Partei 463
Beschluß des Unterhauses zu Gunsten des Credites . . . . . —
Die Tory-Partei im Unterhause bringt drei wichtige Anträge ein, 17. 28. Februar 464
Kampf der Parteien über die Privilegien des Hauses 465

Digitized by Google

Seite

Namentlich am 26. Februar/9. März 465
Der Sieg der Whig-Partei und die Ausnutzung 467
Wichtigkeit dieses Sieges nach außen 468

Die letzten Tage des Königs Wilhelm III.

Die Erwägungen des Königs in der letzten Zeit . . . . . —
Er will Westindien für das Kaiserhaus 469
Er sendet Albemarle nach Amsterdam 470
Er sichert August II. von Sachsen-Polen für die Allianz . . . . . —
Seine Urtheile über Victor Amadeus und Friedrich I. 471
Sein Plan gegen den Herzog Anton Ulrich . . . . . —
Seine Sorgfalt um den Prinzen Eugen . . . . . —
Der Bericht des Prinzen über den Zustand seines Heeres, Januar 1702 . . 472
Sein Handstreich auf Cremona 473
Der Kaiser geht auf die letzten Vorschläge Wilhelms III. ein 474
Die Audienz Wratislaws vom 19. Februar/2. März 475
Aeußerung Marlboroughs über die Aufwallung des Königs 479
Der Sturz des Königs vom Pferde, 21. Februar/4. März . . . . . —
Er fordert das Unterhaus auf die Union Englands und Schottlands zu erwägen 480
Er ernennt eine Commission zur Sanction von Gesetzen 481
Verschlimmerung des Zustandes des Königs . . . . . —
Versammlung des geheimen Raths am 7./18. März 483
Der König unterzeichnet die letzte Commission . . . . . —
Marlborough und Wratislaw 484
Der Tod des Königs Wilhelm am 8./19. März 1702 485
Das Ergebnis der Section und Urtheile darüber . . . . . —

Urtheile über Wilhelm III.

Die Bedeutung Wilhelms III. für seine Zeit 486
Die schwierigste Frage bei ihm diejenige des Rechtes zur Expedition von 1688 487
Einwirkung des nationalen Standpunktes auf das Urtheil über Wilhelm III. —
Der rechte Maßstab bei den zeitgenössischen Holländern 490

Digitized by Google

Fünfundzwanzigſtes Buch.

Vom November 1700 bis zum Zuſammentritte des engliſchen Parlamentes im Februar 1701.

Die Annahme des ſpaniſchen Teſtamentes in Verſailles zog den Krieg nach ſich, der an Dauer wie an Intenſität noch ſogar den vorhergegangenen übertraf, den gewaltigſten überhaupt, den bis dahin die chriſtlichen Völker des Abendlandes in ihrer Geſammtheit wider einander geführt. Die geſchichtlichen Studien bei den verſchiedenen betheiligten Nationen haben ſich mit regem Eifer gerade dieſem Kriege zugewandt. Sie haben, mit beſonderer Beachtung der eigentlich militäriſchen Seite, die Wendungen, die Wechſelfälle desſelben bis in die Einzelnheiten hinein erforſcht und dargelegt. Merkwürdiger Weiſe jedoch hat ſich die Aufmerkſamkeit nicht in gleicher Weiſe gerichtet auch auf die Vorbereitung, auf das Werden des ungeheueren Krieges.

Denn, wenn auch allerdings das ſpaniſche Teſtament und die Annahme desſelben in Verſailles den Krieg nach ſich gezogen haben: ſo würde es doch nicht richtig ſein zu ſagen, daß dieſe Conſequenz von Anfang an als unzweifelhaft und unvermeidlich anerkannt wäre. Eben ſo wenig aber auch iſt die von engliſcher Seite ausgeſprochene Meinung haltbar, daß erſt die Provocation, welche Ludwig XIV., im September 1701, durch die Anerkennung eines Königs Jacob III. von England verübte, in dieſem Lande den Ausſchlag für den Krieg gegeben habe. Es vergingen nach dem Tode Carls II. von Spanien volle zehn Monate, bis die anderen drei europäiſchen Großmächte ſich zu Schutz und Trutz einigten; aber der Abſchluß dieſer großen Allianz vom 7. September 1701, die den Krieg wider das Haus Bourbon in ſich trug, geſchah

vor dem Tode Jacobs II., vor der Anerkennung seines Sohnes als Jacob III. von England.

Das Werden, die Vorbereitung des ungeheueren Krieges darzustellen, von dem Tode Carls II. von Spanien an bis dahin, daß auch der König Wilhelm III., nach vollbrachtem Tagewerke seines Lebens, in der Gewisheit der Fortführung desselben, die Augen schließt — das ist die Aufgabe dieses Bandes.

Daß es über das spanische Erbe zum Kriege kommen werde, war noch auf lange Zeit nach dem Tode Carls II. von Spanien, durchaus nicht gewis, nicht einmal wahrscheinlich. Es kommt dafür namentlich auf die drei Häupter an: den römischen Kaiser Leopold, die Könige Wilhelm III. und Ludwig XIV. Dieser letzte König glaubt durch die Erlangung des spanischen Erbes für sein Haus das eigentliche und wesentliche Ziel seines politischen Trachtens erreicht zu haben, und wünscht nun, die reiche Beute im Frieden zu bewahren, im Frieden seine letzten Jahre zu verleben. Er will nicht den Krieg. Der Kaiser Leopold, außer Stande dem Gegner das Erbe seines Hauses wieder zu entreißen, verlangt für sein geschädigtes Recht irgend eine Satisfaction, so jedoch daß er einen Weg des Friedens demjenigen des Krieges vorziehen würde.

Anders Wilhelm III.

Wir haben seiner Worte zu gedenken, die er, sofort auf die Nachricht der Annahme des spanischen Testamentes in Versailles, an den Rathspensionär Heinsius entsandte (Band VIII, S. 625 u. f.): „Ich bin durchaus überzeugt, daß, wenn dies Testament ausgeführt würde, England und die Republik sich in der äußersten Gefahr ihres Unterganges befänden". Das einzige Mittel aber, die Verwirklichung des Testamentes zu hindern, war der Krieg. Darum wollte Wilhelm III. den Krieg.

Und doch war dies nur die eine der wichtigen Aufgaben, die zu Ende des Jahres 1700 dem Könige Wilhelm III. oblagen. Es war nicht bloß seine Sorge es nicht dahin kommen zu lassen, daß das Haus Bourbon sich befestige in dem Besitze der spanischen Monarchie, sondern er wollte ebenso auch verhüten, daß das Haupt jenes Hauses vermöge, einen Stuart als seinen moralischen Vasallen wieder auf den Thron von England zu bringen. Beide Aufgaben sind in der Seele

Digitized by Google

Wilhelms III. untrennbar mit einander verwoben und verwachsen. Und zwar nur allein in ihm. Es darf fraglich sein, ob außer ihm auch nur Einer seiner Zeitgenossen es vermocht hat, hineinzuschauen in alle Schwierigkeiten der doppelten Aufgabe, die er sich gestellt: sicher jedenfalls ist, daß keiner der Späteren jemals sie zum Vollen erkannt hat, und aus den mangelhaften Zeugnissen, die darüber zu Gebote standen, sie auch nicht hat erkennen können. Ja die Erinnerung an die damalige Verkettung der Dinge, vor dem Ausbruche des ungeheueren Krieges, hat sich in den späteren Zeiten so sehr verdunkelt, daß der Regel nach nicht beachtet wird, wie die doppelte Aufgabe, die Wilhelm III. sich gestellt, in dem Wortlaute selbst des Vertrages der großen Allianz von 1701 ihren Ausdruck gefunden hat. Der Nachtragsartikel derselben, welchen Wilhelm III. nach langem Bemühen bei dem Kaiser Leopold durchsetzte, verpflichtet die gesammten Mächte der Allianz, einzustehen für die in England gesetzlich festgestellte Thronfolge [1]). Um des spanischen Erbes willen wäre England nur als Auxiliär-Macht in den Krieg eingetreten: um dieses Zusatzartikels willen trat es ein als Principal-Macht. Der üblich gewordene Name des spanischen Successionskrieges ist daher für die Sache nicht erschöpfend. Der Krieg ward eben so sehr geführt für die Sicherung der in England bestehenden Thronfolge.

Es ist von Wichtigkeit, dies Verhältnis, wie es in der völkerrechtlichen Urkunde des Vertrages der großen Allianz von 1701 ausgesprochen ist, hier von Anfang an mit Nachdruck hervorzuheben. Denn von diesem Gesichtspunkte aus wird manche Thatsache jener Zeit in einem anderen Lichte erscheinen müssen, als in welchem eine Geschichtsbetrachtung sie darstellt, die jenes Verhältnis nicht beachtet.

Kehren wir von da aus zurück zu der Skizze des Strebens von Wilhelm III. zu Ende des Jahres 1700.

Für die eine Aufgabe des Völkerbündnisses, welches er zu schaffen gedachte, diejenige der Sicherstellung von Holland und England gegen die Thronfolge eines moralischen Vasallen von Ludwig XIV. in dem letzteren Königreiche, bedurfte er, bevor er dem englischen Parlamente anheim gab, gemäß der Consequenz der bisherigen Gesetze von England

[1]) Du Mont: Corps Diplomatique t. VIII. pars I, p. 13, am Schlusse. — Auch in Hill's Diplomatic Correspondence p. 796.

Digitized by Google

das Haus Hannover auch ausdrücklich für die Thronfolge zu benennen, der Zustimmung dieses Fürstenhauses. Diese Zustimmung war ihm bisher nicht geworden. Die Aufgabe sie zu erlangen lag lediglich ihm ob. Sie wirkte bei dem Könige mit zu dem Entschlusse, die Berufung des Parlamentes hinaus zu zögern.

Augenfälliger ist die andere Seite der Aufgabe Wilhelms III. Er sieht die Freiheit von England und Holland, die Freiheit von ganz Europa gefährdet, wenn der politische Stand der Dinge, welcher durch die Erlangung der spanischen Monarchie für ein Mitglied des Hauses Bourbon geschaffen ist, bei der Fortdauer des Friedens sich befestigen würde. Darum will Wilhelm III. den Krieg, und darum ist er bereit dem Kaiser die Hand zum Bündnisse zu bieten, um mit vereinten Kräften dem Hause Bourbon, so weit es möglich, die spanische Beute wieder zu entreißen.

So das Ziel Wilhelms III. Allein der Weg zu diesem Ziele war ein unendlich schwieriger.

Ein unumschränkter Herrscher, der einen Krieg für rechtmäßig oder nützlich hält, beginnt ihn, ob mit, ob wider den Willen seines Volkes, und sucht dann sein Beginnen mit wahren oder vorgeblichen Gründen zu rechtfertigen. Nicht so konnte Wilhelm III. verfahren. Er konnte einen Krieg nur dann unternehmen, wenn die englische Nation diesen Krieg wollte, ihn dazu aufforderte, ihm dafür die Mittel anbot. Aber dieser Wille war im November 1700 nicht vorhanden. So sehr auch Viele über das spanische Testament und dessen Annahme in Versailles misgestimmt sein mochten: wir haben vernommen, daß alle Parteien einig waren in dem Rufe: kein Krieg (Bd. VIII, S. 628). Es war also die Aufgabe des Königs Wilhelm III. die englische Nation so zu führen, daß die Stimmung vom November 1700 in das gerade Gegentheil umschlug, daß dieselbe Nation, die im November 1700 dem Könige die Mittel zum Kriege verweigert haben würde, dahin gelangte, ihre Bereitwilligkeit zum Kriege ihm entgegen zu tragen, ihn zum Kriege zu drängen. Die Stellung und die Lösung dieser Aufgabe durch den König Wilhelm III. gehört zu den merkwürdigsten Vorgängen im Völkerleben, welche die menschliche Geschichte kennt.

In der Republik der Niederlande war die Geneigtheit, sich der Uebermacht des Hauses Bourbon mit den Waffen zu erwehren, von

Digitized by Google

Anfang an größer als in England. Aber die Geneigtheit ward gelähmt durch die größere Furcht des Augenblickes. Die Republik konnte nur dann handeln, wenn sie sicher war ihre Stütze an England zu haben. Darum vertraute sie ihrem Landsmanne, dem Könige dort. Er führte die zwei Nationen, mit dem Unterschiede, daß die Holländer sich vertrauend und willig seiner Führung hingaben, daß dagegen die Engländer, indem sie selbständig einherzuschreiten glaubten, nicht inne wurden, daß sie genau so gingen, wie ihr König es wünschte und verlangte.

Für die Führung der Holländer in seinem Sinne durfte Wilhelm III. rechnen auf den Rathspensionär Heinsius. Wir haben vernommen, in welcher Weise er diesem Freunde sofort auf die Nachricht der Annahme des Testamentes in Versailles das zu erstrebende Ziel darlegte. Wir werden bald zu ersehen haben, in welcher Art Heinsius der Erwartung entsprach.

Und damit sind wir dahin gelangt, den Faden der Darstellung der Vorgänge im Einzelnen wieder aufzunehmen. Wir haben zu sehen, wie nach der Annahme des Testamentes die Dinge an den verschiedenen Orten sich gestalteten, im Haag, in Wien, in Paris, in Madrid und in Rom.

Ludwig XIV. bewies geringere Eile der Republik die Annahme des Testamentes kund zu geben, als dem Könige von England. Zwar erfüllte das Benehmen des Grafen Briord gleich in den ersten Tagen nach der Todeskunde aus Madrid Jedermann im Haag mit Argwohn; doch stimmte auch Briord zu, daß die Generalstaaten auf Grund der Todesnachricht, am 15. November, nochmals an den Kaiser die Bitte um den Beitritt zu dem Theilungsvertrage entsendeten. Der Zweck dieses unwahren Verhaltens der französischen Politik kann nur gewesen sein, die Berathungen in Wien zu verwirren.

Erst am Abende des 18. November trat der Graf Briord vor den Rathspensionär, und erklärte, daß der König von Frankreich das Testament annehme und sich von dem Theilungsvertrage lossage. Heinsius entgegnete: das sei wider das gegebene Wort. Briord brach

ab mit der kurzen Erwiederung: „C'est l'affaire de mon maître, et je n'ai qu'à exécuter ses ordres“ [1]).

Die Republik verfuhr dann in derſelben Weiſe wie Wilhelm III. Sie ließ durch ihren Geſandten Heemskerk in Paris vorſtellen, daß, nach ihrer Anſicht, der Vertrag nur durch Uebereinkunft geändert oder aufgehoben werden dürfe, zumal da die Friſt des Beitrittes für den Kaiſer noch nicht abgelaufen ſei, und die Republik eben noch den Kaiſer darum erſucht habe [2]). Die Behutſamkeit dieſes Schrittes iſt, ebenſo wie in dem Verhalten Wilhelms III., nicht zu verkennen. Man trägt Bedenken den Mächtigen durch einen eigentlichen Proteſt zu reizen.

Wir werden die franzöſiſche Antwort auf die beſcheidene Mahnung an den Theilungsvertrag ſpäter vernehmen. Der Forderung jedoch nunmehr den neuen König Philipp V. von Spanien anzuerkennen, entwanden ſich die Generalſtaaten einſtweilen noch durch den Hinweis auf die Verfaſſung der Republik, die nicht geſtatte in einer ſo wichtigen Angelegenheit vorzugehen, ohne vorher die Vota der einzelnen ſouveränen Provinzen zu vernehmen [3]).

Deſto gewichtiger war dann die nächſte Unterredung zwiſchen dem Grafen Goes und dem Rathspenſionär. Wir haben dabei uns zu vergegenwärtigen, daß Heinſius, bereits im Beſitze jenes Schreibens von Wilhelm III. vom 16. November, das Ziel des Königs kannte. Die Unterredung wird uns zeigen, wie völlig und mit welchem Geſchicke Heinſius auf alle Gedanken des Königs einging. Folgen wir alſo dem Berichte des Grafen Goes [4]).

Als er den Rathspenſionär nach jener Erklärung des Grafen Briord zum erſten Male wieder traf, erſchien Heinſius nicht wenig befangen, ſo daß Goes meinte, ihm aufmunternd zureden zu müſſen. Obwohl der Fehler nun einmal begangen, ſagte er, und übelen Erfolg nach ſich gezogen, dürfe man darum doch den Muth nicht ſinken laſſen, ſondern müſſe trachten, die Sache nach beſten Kräften zu heilen. Die Worte machten ſichtlich eine gute Wirkung, ſo daß Heinſius ſofort mit beſtimmten Fragen hervortrat. Er verlangte zunächſt zu wiſſen, wozu

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 19. November.
[2]) Lamberty t. II. p. 220. Denkſchrift vom 25. November.
[3]) A. a. O. XI. p. 133 et suiv.
[4]) Vom 23. November.

Digitized by Google

der Kaiser sich entschließen würde. „Nach meiner Ansicht, erwiederte der Gesandte, wird der Kaiser, wenn er die Macht und dazu Freunde besitzt, sein Recht behaupten wollen. Fehlen ihm beide, so sehe ich nicht ab, was er Anderes thun kann als protestiren." — Heinsius fragte weiter: „Wie viele Mannschaft hat der Kaiser bereit?" — „Die verfügbare Kriegsmacht, erwiederte Goes, besteht aus etwa 80,000 Mann, ungerechnet die verschiedenen National-Truppen und die Besatzungen." — „Was vermag der Kaiser in Italien zu thun?" — fragte weiter Heinsius. Auf diese Frage wußte Goes nicht eine bestimmte Antwort. „Welche Freunde hat der Kaiser im Reiche?" fuhr Heinsius fort. Der Gesandte erwiederte: „Einige Fürsten sind dem Kaiser verbunden. Andere sucht er zu gewinnen. Ich bezweifle indessen, daß er etwas wird unternehmen können, weil die Spanier umgeschlagen und zu Frankreich übergegangen sind, und weil ich nicht weiß, was von England und Holland zu erwarten".

Hier war der Punkt gegeben, von welchem aus die beiden Männer einander näher treten konnten. Goes entwickelte, daß die Vereinigung der zwei Kronen unter das Haus Bourbon gefahrbringend sei auch für die Republik, daß der Weg zu einer Universal-Monarchie wie eröffnet vorliege. Heinsius bestritt dieses nicht. Er versetzte, daß er und andere Mitglieder der Republik die Ansicht hegten: man müsse verhindern was man könne. „Auch der König von England, sagte dann Heinsius, dürfte dieser Ansicht sich zuneigen; jedoch muß ich von dort Näheres wissen, bevor ich mich bestimmt aussprechen kann." — „Nur sagen Sie mir, fuhr er dann fort, worin eigentlich die Ansprüche des Kaisers bestehen, und ob er vorziehen wird, sich auf sein Recht zu berufen, oder auf den Theilungsvertrag." Goes hob hervor, daß zunächst Mailand und Finale Mannlehen des Reiches, über welche ein Inhaber wie der König von Spanien als Vasall des Reiches nicht zu Gunsten eines Cognaten verfügen dürfe. „Ueberhaupt aber, fuhr er fort, wird der Kaiser von dem Theilungsvertrage nichts wissen, sondern sich auf sein Recht berufen wollen. Dies wird auch aller Welt besser einleuchten, und namentlich die Spanier werden von da her weniger Grund zum Widerstande haben. Wenn England und Holland nur wollen: so sind sie durch die französische Annahme des Testamentes wieder frei, sind im Stande ihre alte Allianz, welche doch in Wahrheit

Digitized by Google

immer beſtanden, wieder ins Leben zu rufen." — Heinſius wies in Betreff Spaniens die Bemerkungen nicht zurück. Er ging dann weiter. „Auch ich, ſagte er, bin damit einverſtanden, daß, wenn es zu etwas kommen ſoll, man zurückgehen muß auf die alten Rechte des Kaiſers. Inzwiſchen jedoch handelt es ſich zunächſt darum, auch Freunde zu erwerben, damit wir klar ſehen, auf wen ſich zu verlaſſen. Es kommen in Betracht die Könige von Sachſen-Polen und Dänemark, die Kurfürſten von Bayern und Brandenburg, der Herzog von Savoyen."

Heinſius erörterte dann die Stellung derſelben im Einzelnen mit einer überraſchenden Sachkenntnis.

„Auguſt von Sachſen-Polen, ſagte er, unterhandelt mit dem Kaiſer, hat aber dem Könige von Frankreich verſprochen, nicht mit dem Kaiſer abzuſchließen, bis er es jenem eine gewiſſe Zeit zuvor kund gethan. Demgemäß unterhandelt er zugleich auch mit Frankreich. Ja es ſind ſogar eine Reihe von Artikeln bereits vereinbart. Das wichtigſte Hindernis iſt bis jetzt der ſchwediſche Krieg. Frankreich fordert dort den Frieden: Auguſt II. will fortſetzen. Unter den übrigen Punkten iſt namentlich der eine, daß König Auguſt ſich erheben ſoll als Haupt der Opponenten wider die neunte Kurwürde, daß er zu dieſem Zwecke mit franzöſiſchen Subſidien ein Heer von 30,000 Mann führen, und ferner franzöſiſche Beihülfe haben ſoll, um in Schleſien einzubrechen."

„Es iſt nicht ſicher, fuhr dann Heinſius fort, ob der Kurfürſt von Brandenburg ſich bereits dem Könige von Frankreich zur Neutralität erboten. Aber er hat nach Verſailles die Verſicherung gegeben, daß die Unterhandlungen mit dem Kaiſer über die Anerkennung einer preußiſchen Königskrone dem Könige von Frankreich in nichts zum Nachtheile gereichen ſollen, in der Hoffnung, daß man ihm dann ſeinen Vortheil gönnen werde. Hernach will er ſich weiter erklären."

„Der König von Dänemark möchte gern mit Frankreich in Beziehungen treten. Allein der Hauptpunkt iſt die Subſidien-Frage, und, da Frankreich ſich zu ſeinen Forderungen nicht verſtehen will, ſo bleibt die Sache ſtecken."

„Victor Amadeus von Savoyen iſt im Handel mit Frankreich über den Austauſch von Savoyen und Piemont gegen Neapel und Sicilien. Allein dieſer Handel wird nun durchſchnitten durch die Annahme des Teſtamentes."

zed by Google

„Der Kurfürst von Bayern hat seit dem Tode seines Prinzen keine Unterhandlung mit Frankreich. Der Grund ist die Scheu in Versailles vor seinen übertriebenen Forderungen."

Nachdem Heinsius diese Charakteristik gegeben, erwiederte Goes: „Es liegt demnach vor Augen, daß, wenn nicht England und Holland vorher sich erklären, alle diese Potentaten, sowie auch andere, dem Kaiser sehr schwer beitreten werden. Aber auch sogar wenn es geschähe, so kann der Kaiser mit ihnen zusammen dennoch nicht gegen Frankreich und Spanien aufkommen. Ich muß daher wissen, was England und Holland thun wollen, ob sie geneigt sind, den Krieg wider Frankreich mit ganzer Macht zu führen."

An diesem Punkte hörte aber, wie damals die Dinge standen, auch die Kenntnis von Heinsius selber auf. Er wolle alles dem Könige berichten, sagte er. Er werde auch die Gesinnungen in der Republik zu erforschen suchen. Nur möge der Kaiser inzwischen nachdrückliche Anstalten treffen, und Allianzen suchen, oder wenigstens hindern, daß Frankreich andere Mächte an sich ziehe.

Dann jedoch kam ein besonders wichtiger Punkt: Heinsius bat um das strengste Geheimnis. Goes versprach ihm den Bericht an den Kaiser mit eigener Hand zu schreiben und so zu senden.

Am selben Abende kamen die beiden abermals zusammen. Auf den erneuerten Wunsch des Rathspensionärs, daß der Kaiser suchen möge Freunde heranzuziehen, erwiederte Goes, daß er, vor einer Erklärung von England und Holland, ein offenes Werben um Bundesgenossen nicht einmal für rathsam halte. Man könne nur vorbereiten. Heinsius gab sich damit zufrieden, und wiederholte dann seinerseits die Mahnung an das Geheimnis, an welchem alles liege. Namentlich möge man in Wien sich hüten, dem Marquis Villars einen Einblick zu gestatten.

Goes hob in seinem Berichte mit besonderem Nachdrucke hervor, wie leicht der Rathspensionär den Theilungsvertrag habe fallen lassen. Dies erschien ihm um so wichtiger, da er nun erst zu der Kunde des geheimen Artikels kam, nach welchem dem Kaiser der Beitritt frei stehen sollte noch für zwei Monate nach dem Tode Carls II., also bis zum 1. Januar 1701. Wir Spätere wissen aus dem Schreiben Wilhelms III. vom 16. November, daß für ihn das entscheidende Motiv,

den Vertrag fallen zu lassen, bestand in der Abneigung der Engländer wider den Vertrag, namentlich der Tories. Der Gedanke, England zu Gunsten des Theilungsvertrages in die Waffen zu bringen, lag als undurchführbar vor Augen.

In der Republik kam es vor allen Dingen an auf die Gesinnungen in der wichtigen Stadt Amsterdam. Der Bürgermeister Hudde schickte zu Heinsius einen Vertrauensmann mit der Meldung, daß er und noch drei andere Bürgermeister überein stimmten: die französische Annahme des Testamentes bedeute den Untergang der Republik. Daher seien sie der Ansicht, daß man zur eigenen Rettung alle Kraft aufbieten müsse. Allein ohne England sei die Last zu schwer, und darum schaue man mit Sehnsucht aus nach den Entschlüssen von dort. Jedenfalls müsse man trachten, Belgien für den Erzherzog Carl zu erlangen. Aehnliche Stimmen vernahm man aus Rotterdam [1]).

Heinsius sammelte sich alle Meinungen ein, das Für und das Wider, und meldete sie dem Könige. Mit Besorgnis indessen gewahrte Goes, daß die Zuversicht, mit welcher Heinsius am 23. November geredet, mehr und mehr nachließ. Der Rathspensionär verhehlte nicht seine Zweifel an dem Parlamente von England. Und ohne das Parlament, meinte er, sei ein Widerstand gegen die geeinigten Königreiche Frankreich und Spanien hoffnungslos.

In der That aber wurde auch in der Republik bei Vielen die Meinung täglich günstiger für das Testament. Der Graf Briord fuhr im Haag umher zu jedem einzelnen Mitgliede der Regierung und stellte vor, daß ja doch zur Erhaltung des Friedens in Europa das einzige Mittel bestehe in der Annahme des Testamentes. Er gewann für diese Meinung nicht wenige. Auch in Holland vernahm man wie in England die Rede: ob der Erzherzog Carl oder der Herzog von Anjou auf dem Throne von Spanien sitze, habe für die Republik Holland und andere Mächte ein geringeres Interesse. Der Herzog von Anjou sei jung, sei fast noch ein Kind. Er werde sich der Leitung des spanischen Staatsrathes fügen und in kurzer Zeit selbst ein Spanier werden. Eintracht dagegen unter fürstlichen Brüdern sei selten. — Die Kaufleute von Amsterdam hörten solche Reden gern. Die Krieges-

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 26. November.

Digitized by Google

gefahr schien zu verblassen. Die Actien der ostindischen Compagnie hoben sich wieder auf den früheren Stand [1]).

Andere dagegen erwiederten, daß es sich hier nicht um Brüder handele, sondern daß der Großvater Ludwig XIV., dem alle Mitglieder seines Hauses zu unbedingtem Gehorsame gewärtig, bei 62 Jahren noch in voller Lebenskraft, daß dann auf ihn der Dauphin als Vater des Herzogs von Anjou folgen werde, und daß daher die moralische Abhängigkeit des letzteren von Frankreich, der menschlichen Wahrscheinlichkeit nach, auf Jahrzehnte hinaus sicher gestellt sei. Einige von ihnen gestanden dem Grafen Goes, daß sie die Wendung der Dinge betrachteten als die gerechte Strafe für das Abweichen von dem alten geraden Wege, oder genauer für die Untreue wider den Kaiser [2]). Es ist nicht anzunehmen, daß der König Wilhelm III. sich von solchen Erwägungen innerlich frei gefühlt habe. Der Selbst-Vorwurf klingt durch in einem seiner Briefe an Heinsius. „Man wird mich wahrscheinlich tadeln, sagt er, wie ich habe bauen können auf einen Vertrag mit Frankreich, ich, der doch aus Erfahrung hätte wissen sollen, daß Frankreich noch niemals durch einen Vertrag sich hat binden lassen. Wollte Gott, daß ich mit dem Tadel davon käme! — Aber ich habe nur allzu vielen Grund zu der Besorgnis, daß die traurigen Folgen uns Allen bald fühlbar werden" [3]).

Diese Besorgnis bezog sich zunächst auf Belgien. Die Gedanken des Königs waren dahin gerichtet ein Mittel ausfindig zu machen, um Belgien zu schützen. Und doch, wie mußte im Hinblicke darauf jener Stachel sich schärfen! — Der erste Theilungsvertrag hatte von Seiten Wilhelms III. wesentlich bezweckt, das Interesse des Kurfürsten Max Emanuel zu befördern, weil es demjenigen der Republik zu entsprechen schien. Ja sogar war dieses selbe Interesse bei dem Könige und den Holländern mächtig genug gewesen, sie hinüber zu leiten in den zweiten Vertrag. Nun saß in Brüssel Max Emanuel als spanischer Statthalter. Wie die eigenen Truppen, so unterstanden auch, gemäß dem Vertrage mit der Republik, die holländischen Besatzungen seinem Befehle. Während Wilhelm III. sich abmühete ein Mittel zu finden, um

[1]) Goes' Bericht vom 29. November.
[2]) Desgleichen.
[3]) Grovestins t. VII, p. 399.

Belgien der franzöſiſchen Beſitzergreifung zu entziehen, ward ihm die Kunde, daß bereits die Fäden ſich woben zwiſchen Brüſſel und Verſailles. In Mailand war ſpaniſcher Statthalter der Prinz Vaudemont, der in den Feldzügen des vorigen Krieges unzertrennliche Gefährte des Königs. Aber durfte dieſer nun bei der unerwarteten Wendung der Dinge ſich auf Vaudemont mehr verlaſſen als auf den Kurfürſten Max Emanuel? Es war dem Könige in nicht erfreulicher Erinnerung gegenwärtig, daß er zwei Monate zuvor, im September 1700, gemäß dem Verlangen Ludwigs XIV., in Wien nachdrücklichen Proteſt hatte erheben laſſen gegen jede Abſicht des Kaiſers, mit Zuſtimmung des Königs Carl II. ſeine Truppen nach Mailand zu ſenden. Und nun, im November, war gerade dies ſein ſehnlicher Wunſch.

Wohin Wilhelm III. bei dieſem Umſchlage der Dinge in Europa ſeine Blicke richten mochte: er erſpähete keinen feſten Punkt als den römiſchen Kaiſer Leopold. Sein Entſchluß, dem Hauſe Bourbon das ſpaniſche Erbe nicht gutwillig zu belaſſen, war ausführbar nur dann, wenn auch der Kaiſer wollte. Mehrere Tage nach jener erſten Kundgebung des Entſchluſſes an Heinſius, am 18. November, ſchrieb Wilhelm III. ihm aufs neue: „Es iſt augenſcheinlich, daß, wenn der Kaiſer ſich dem Teſtamente fügt, wir keinen Anlaß haben uns zu widerſetzen. Wir müſſen daher den Entſchluß des Wiener Hofes abwarten, bevor wir unſererſeits definitiv einen ſolchen faſſen können. Allein in Betracht der Strömung, die in England zur Zeit zu Gunſten des ſpaniſchen Teſtamentes vorherrſcht, darf ich nicht einmal wagen, einen beſonderen Geſandten nach Wien zu ſenden. Dieſe Meinung wird vielleicht ſich ändern; denn in dieſem Lande gibt es weder Beſtändigkeit, noch Dauer. Und unterdeſſen ſehe ich voraus, daß die herkömmliche Langſamkeit in Wien jedem ſchnellen und kräftigen Entſchluſſe hinderlich ſein wird“ [1]).

Die erſte Nachricht vom Tode des Königs Carl II. gelangte nach Wien durch einen Courier Sinzendorfs aus Paris, vom 9. November, zugleich mit der anderen Meldung, daß das Teſtament zu Gunſten des Herzogs von Anjou laute. Torcy habe dabei ſich

[1]) Grovestins t. VII, p. 399.

Digitized by Google

geäußert: der Kaiser hätte sich eher erklären sollen. Nunmehr habe sich alles geändert, und werde nichts mehr zu thun sein. Diese Worte Torcy's vom 9. November widerlegen seine eigene, in seinen späteren Denkwürdigkeiten enthaltene Behauptung, als habe das Conseil unter dem Vorsitze von Ludwig XIV. am selben und folgenden Tage noch etwas zu berathen gehabt.

In Wien jedoch lag bis gegen Ende November die officielle Kunde der Annahme des Testamentes in Versailles noch nicht vor. Man berieth daher ausführlich und gründlich, aber von einer Basis aus, die nicht mehr bestand, nämlich daß Unterhandlungen noch zulässig sein würden. Vom 19. November ab sammelten sich täglich die Räthe um den Kaiser selbst, oder den römischen König Joseph. Am Schlusse des ersten Tages, nach der Vernehmung der Räthe, faßt der Kaiser das eigene Votum zusammen in die Worte: [1]) „Ich beklage den traurigen Fall in Spanien und die allenthalben aufsteigende Gefahr. Lassen wir jedoch den Muth nicht sinken, und thun wir, im Vertrauen auf Gott, das Mögliche. Von Spanien her ist nichts Gutes mehr zu erwarten, als nur noch etwa mehr Klarheit und Gewisheit in Betreff des Testamentes. Zu einem Widerstande besitzt Spanien weder Geldmittel, noch Mannschaft. Wir unsererseits müssen aller Orten gegen das Testament protestiren. Eine Reihe von Gesandten nach verschiedenen Orten müssen schleunigst ernannt, ihre Instructionen unverzüglich ausgefertigt werden. Mit der Republik Venedig ist zu unterhandeln über den Durchmarsch nach Mailand".

Die Worte des Kaisers ergeben, daß er, folgerecht gemäß der Haltung auch vor dem Testamente, das Festland Spanien als verloren betrachtet. Nur auf die Länder in Italien ist sein Streben gerichtet. Er ernannte Sangro und Caraffa zu seinen Agenten in Neapel. Nach Mailand entsendete er den Tyroler Castelbarco. Die Frage, ob der Prinz Eugen von Savoyen als Bevollmächtigter dahin zu entsenden, ward in den Berathungen der nächsten Tage wiederholt neu angeregt und jedes Mal zurückgewiesen mit dem Einwande, daß seine Person unentbehrlich. Der Prinz selber hatte damals noch nicht den Rang,

[1]) Es sind die dem Conferenz Protokolle vom 19. November beigefügten eigenen Worte des Kaisers.

der ihn zum Mitgliede des engeren Rathes um den Kaiſer befähigte. Die Unentbehrlichkeit beſtand darin, daß der Kaiſer vorhatte, ihm den Oberbefehl der Truppen zu geben, die er nach Mailand entſenden wollte. Die Ernennung erfolgte in den nächſten Tagen; denn bereits am 24. November erſtattete der Prinz Eugen als Commandant der Truppen ſeinen Bericht [1]). In ſeinem Sinne war die Maßregel bereits diejenige des Krieges, noch nicht jedoch in demjenigen des Kaiſers. Denn noch beſtand der Befehl Carls II. an den Prinzen Vaudemont in Mailand, kaiſerliche Truppen aufzunehmen. Am ſelben 24. November faßt der Kaiſer, nach den Berathungen ſeiner Miniſter, ſein Votum zuſammen in die Worte: „Die wichtigſten Verhandlungen ſind diejenigen, die wir mit der Republik der Niederlande und England anzuknüpfen haben. Das beſte Auskunftmittel aber wäre ein formeller Congreß“ [2]).

Erſt dann brachte ein Courier Sinzendorfs aus Paris die öffentliche Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige von Spanien. Aber zugleich lief die letzte Aufforderung der Generalſtaaten ein, die, wie wir vernommen, vereinbart war mit dem franzöſiſchen Geſandten Briord, daß der Kaiſer dem Theilungsvertrage, an welchem Frankreich feſthalten werde, noch beitreten möge. Das häßliche franzöſiſche Spiel that in Wien ſeine Wirkung. Abermals trat am 25. November die Deputation der kaiſerlichen Räthe zuſammen, und wieder in den folgenden Tagen. Sie Alle kamen überein, daß, wenn noch etwas zu thun, es geſchehen könne nur im Bunde mit England und der Republik. Aber ſie beſorgen, dieſe Hülfe ſei zu erlangen nur durch den Beitritt zu dem Theilungsvertrage, von welchem namentlich die Republik nicht laſſen werde. Abermals wurden alle Gründe für und wider den Beitritt vorgeführt, bis endlich der Schluß wieder dahin ausfiel: der Theilungsvertrag, wie er vorliege, ſei unannehmbar. Der Kaiſer ſtimmte bei. So am 27. November [3]).

Damals war der Bericht des Grafen Goes aus dem Haag mit der Meldung, daß der König und Heinſius den Theilungsvertrag fallen

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III. Supplementheft S. 5.

[2]) Protokoll der Conferenz vom 24. November.

[3]) Wortlaut des Concluſums vom 27. November: Der Zeit könne nicht reſolvirt werden die tractatus prout jacent anzunehmen.

Digitized by Google

ließen, bereits auf dem Wege nach Wien, aber noch nicht eingetroffen. Die ersten Schritte in Wien, namentlich die Ausfertigung der Instructionen für die Gesandten, sowohl die neu ernannten, als die bisherigen, erfolgte daher von jener unrichtigen Basis aus, daß England und Holland an dem Theilungsvertrage fest halten würden. In so fern hatte der König von Frankreich durch jene officielle Unwahrheit des Briord im Haag abermals einen Vorsprung an Zeit gewonnen.

Die Instructionen für die Gesandten an die Reichsfürsten heben die Pflicht des Kaisers für die Gesammtheit hervor. „Der hauptsächliche Grund, sagt darin der Kaiser, weshalb ich dem Theilungsvertrage nicht habe beitreten wollen, bestand darin, daß ich mich, gemäß meiner Wahl-Capitulation, nicht unterfangen wollte, die vielen Lehen des Reiches in Italien und Lothringen, welche nach jenem Vertrage der Krone Frankreich einverleibt werden sollten, vom Reiche abzureißen und zu veräußern. Nun aber ist es bekannt, daß der verstorbene König von Spanien in seiner Todeskrankheit sich hat bewegen lassen, ein Testament zu unterzeichnen, welches, wider seine mir oft gegebene Versicherung und wider das Testament seines Vaters Philipp IV., errichtet auf Grund des pyrenäischen Friedens, sowie des Verzichtes der Infantin Marie Therese und der eidlichen Bestätigung dieses Verzichtes — den Herzog von Anjou zum Universal-Erben der spanischen Monarchie beruft. Es ist ferner bekannt, daß der König von Frankreich, mit Lossagung von jenem Theilungsvertrage, das Testament angenommen und den Herzog von Anjou zum Könige von Spanien erklärt hat. Dadurch hat wie mein Recht, so auch die allgemeine Sicherheit eine fast unheilbare Wunde empfangen. Meines Erachtens würde es mir bei den Nachkommen, bei dem Reiche und der ganzen ehrbaren Welt unverantwortlich sein, wenn ich dazu still sitzen und entweder als rechtmäßiger Erbe meinem Hause diese auf dasselbe verstammte Monarchie nehmen lassen, oder auch als römischer Kaiser zugeben würde, daß der König von Spanien als Vasall über die Reichslehen verfügt." Der Kaiser thut dann kund, daß er den Grafen Wratislaw an den König von England entsende, um zu vernehmen, ob von dort her eine Beihülfe zu hoffen, um die nun auf das gesammte übrige Europa andringende französische Universal-Herrschaft abzuwehren. Er verlangt

zugleich den Rath der Reichsfürſten [1]). Es ergibt ſich demnach, daß der Kaiſer einen beſtimmten Plan noch nicht hatte.

Dieſe Unſicherheit prägt ſich nicht minder aus in der Inſtruction für den Grafen Johann Wenzel Wratislaw als Geſandten bei Wilhelm III. Die Perſönlichkeit Wratislaws wird im Laufe der nächſten Zeit oft unſere Aufmerkſamkeit in Anſpruch nehmen. Aelteſter Sohn des böhmiſchen Statthalters Grafen Franz Chriſtoph Wratislaw hatte der Graf Johann Wenzel nicht minder durch ſeine geiſtige Befähigung als durch die günſtige Stellung von Hauſe aus ſich raſch empor gearbeitet. Er war dreißig Jahre alt, als der Kaiſer ihm dieſe wichtige Sendung nach London anvertraute [2]). Wir werden zu erſehen haben, daß in ſeinem Verhalten bei Wilhelm III. der jugendliche Eifer als ein nicht geringer Factor mitwirkte.

Die Inſtruction für Wratislaw enthält zunächſt eine Darſtellung der Sachlage. Dann ſpricht ſie die Zuverſicht aus: der König von England werde nicht geſtatten, daß die geſammte ſpaniſche Monarchie an die Krone Frankreich falle, oder, was faſt dasſelbe, an einen franzöſiſchen Prinzen, ſondern er werde vielmehr der alten Bündniſſe gedenken, und im Vereine mit der Republik Holland alle Kraft daran ſetzen, damit die auf das Erzhaus rechtmäßig verſtammte Monarchie demſelben nicht entzogen werde. Der Kaiſer verſpricht dann auch ſeinerſeits der Krone Frankreich eine ſolche Diverſion zu machen, daß ſie genug zu thun haben werde, den vereinten Anſtrengungen zu widerſtehen, und um ſo leichter bereitwillig ſein werde, ſich auf gütliche und billige Bedingungen einzulaſſen. — Tritt hier der Gedanke des Krieges voran, ſo nachher, in der Bekämpfung des Theilungsvertrages, doch wieder derjenige der Unterhandlung. „Wie allezeit, ſagt der Kaiſer, ſo ſind wir auch noch bereit zu einer Transaction, bei welcher das Gleichgewicht von Europa einigermaßen beſtehen könnte“ [3]).

Wie die früheren Geſandten nach England, ſo ward auch Wratislaw zum Verkehre mit den Parlaments-Mitgliedern ermächtigt, ſo jedoch

[1]) Aus dem Creditiv für den Grafen Wratislaw an Kurpfalz, vom 30. November.

[2]) Arneth: Correſpondenz des Königs Carl mit Wratislaw, S. 6.

[3]) Inſtruction für den Grafen Wratislaw, vom 27. November.

Digitized by Google

daß er dem Könige keine berechtigte Ursache zum Mistrauen oder Argwohn gebe.

In der That war das Vertrauen auf den König Wilhelm, welches stärker noch als in der Instruction, sich in dem Beglaubigungsschreiben ausprägt, die beste Seite an der Sendung Wratislaws. Uns Späteren liegt in den Aeußerungen Wilhelms III. an Heinsius bereits vom 16. November sein Entschluß vor, für die Sache des Kaisers mit vollem Nachdrucke einzutreten. Bei der Entsendung des Grafen Wratislaw kannte Leopold diese Gesinnung noch nicht. Allein wir haben wiederholt beobachtet, daß der Kaiser, ungeachtet aller Schritte Wilhelms III. in den letzten Jahren, dennoch fester zu ihm hielt als irgend einer seiner Räthe. Demgemäß entsprach das Creditiv für Wratislaw, vom 27. November, jenem früheren Schreiben vom 5. desselben Monates, durch welches der Kaiser für den Fall einer Wendung seine Hoffnung auf den König ausgesprochen. Das Creditiv schließt mit den Worten: „Wir ersuchen Ew. Durchlaucht freundlich und brüderlich, daß Sie unseren Gesandten bald mit einer Antwort versehen werden, wie sie unserer Erwartung und den beiderseitig gemeinsamen Interessen entspricht" [1]).

Der Graf Wratislaw indessen begnügte sich nicht mit dieser allgemein gehaltenen Instruction. Er erhob den Einwand, daß er für England und Holland, im Falle daß diese Mächte sich zum Kriege entschlössen, ein Ziel desselben zeigen, einen Gegenvorschlag vorlegen müsse. Die Antwort lautete: dies sei noch nicht an der Zeit. „Denn, wenn wir die uns ehemals in dem Theilungsvertrage angebotene Portion, Spanien und Westindien, völlig verwürfen und statt dessen eine Allianz in Betreff Italiens beantragten: so würde damit das für England und Holland wichtigste Interesse, das für sie durchschlagende Motiv zur Ergreifung der Waffen aufgehoben. Dieses besteht darin, daß Frankreich sich nicht zum Meister von Spanien und Westindien mache, und dadurch ihren Handel beherrsche. An der Erhaltung von Neapel und Sicilien liegt diesen Mächten nicht so viel, daß sie sich

---

[1]) Serenitatem Vestram peramanter fraterneque requirimus, ut ablegatum nostrum responso expectationis nostrae communibusque rationibus congruo quamprimum dignari non gravetur.

Digitized by Google

deshalb in einen langwierigen und koſtſpieligen Krieg ſtürzen würden. Das Weſen der Sache für die Seemächte iſt, daß Frankreich ihnen den Theilungsvertrag gebrochen hat. Dies um ſo mehr, da es ſich, wie zuverläſſige Berichte melden, dem Könige von England verbunden, nach dem Tode des Königs von Spanien noch eine gewiſſe Zeit unſere Erklärung abzuwarten."

„Daher haſt Du darauf anzutragen, daß unſere Allianz vom 12. Mai 1689 mit dem geheimen Artikel in ihrer vorigen Kraft verbleibe, und daß demgemäß uns mit allem Nachdrucke Beiſtand geleiſtet werde. Sollte man dann vermeinen, daß dies einen ewigen Krieg nach ſich ziehen, und daß es unmöglich ſein würde, den geheimen Artikel zu verwirklichen: ſo kannſt du dagegen vorſtellen, daß auch wir keinen endloſen Krieg wollen und billige Friedensbedingungen nie ausſchlagen werden. Wie aber dieſe einzurichten, hängt ab von dem Erfolge der Waffen. Unſere Abſicht zielt hauptſächlich dahin, daß nur einiges Gleichgewicht in Europa erhalten werde" [1]).

Wenn dagegen der König den Beitritt zu dem Theilungsvertrage, welcher Spanien und Weſtindien dem Erzherzoge Carl zuweiſe, als unerläßliche Bedingung fordere: ſo ſoll der Geſandte erwiedern, daß die Durchführung des Vertrages eben ſo ſchwer ſein werde, wie die Erlangung der ganzen Monarchie. Denn Frankreich und Spanien würden eher das Aeußerſte daran ſetzen als zugeben, daß der Herzog von Anjou, nachdem er einmal die Huldigung empfangen, wieder hinaus getrieben werde.

Der Gedankengang der Inſtruction kündigt demnach abermals die Bereitwilligkeit des Kaiſers an, auf Spanien und Weſtindien zu verzichten, wenn dafür die Länder in Italien erhalten werden können. Es iſt dieſelbe Grundlage, auf welcher, wie Ludwig XIV. durch Villars im Juni des Jahres 1700 wußte, der Kaiſer auch mit ihm zur Transaction bereitwillig geweſen war.

Und ſelbſt auch da noch mochte der Kaiſer dem letzteren Gedanken nicht völlig entſagen. Die Inſtruction für den Grafen Sinzendorf in Paris enthält, daß nach dem Schritte Ludwigs XIV., den Herzog von Anjou öffentlich zum Könige von Spanien zu erklären, es

[1]) K. Reſcript an Wratislaw vom 6. December.

zed by Google

dem Kaiser nicht mehr anstehe, Vorschläge zu einer Unterhandlung zu machen, bevor er wisse, ob Frankreich dafür Raum geben wolle. Daher soll Sinzendorf wie aus sich selber zu Torcy reden und nach den Antworten desselben beobachten, ob die Thüre zu gütlichem Vergleiche völlig geschlossen. Wenn dies nicht der Fall, so soll Sinzendorf andeuten, daß die Vorschläge von Frankreich kommen müßten, für sich selber aber die Ansicht aussprechen, daß, da sich der König von Frankreich nicht entschließen werde, dem Herzoge von Anjou den Titel und die Würde eines Königs von Spanien wieder zu entziehen, die Verhandlung über einen Ausgleich die Länder außerhalb Spaniens betreffen würde [1]).

Bemerken wir hier abermals, daß der Kaiser bereit ist dasjenige anzubieten, was nach dem unsäglichen Kriege der folgenden dreizehn Jahre durch den Frieden von Utrecht zur That geworden ist. Auch dürfte nicht gesagt werden, daß von Seiten Ludwigs XIV. das Eingehen auf Vorschläge dieser Art einer Cession gleich gekommen wäre. In Mailand wie in Neapel und ebenso in Brüssel hatte der Kaiser eine starke Partei, und beim Abfassen der Instruction lag die Kunde noch nicht vor, daß die Statthalter, Vaudemont in Mailand, Medina Celi in Neapel, der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel, den Herzog von Anjou als den Erben der gesammten Monarchie anerkannten.

Richten wir also unsere Blicke nach Versailles.

Die Stimmung Ludwigs XIV. und seiner Umgebung gab, nach dem gelungenen Meisterstücke in Spanien, geringe Hoffnung auf irgend welche friedliche Transaction. Dies erfuhren zuerst die Holländer auf ihre immer noch so behutsame Mahnung an den Theilungsvertrag (S. 6). Der Staats-Secretär Torcy erwiederte ihnen: bei reiflicher Erwägung würden sie, vermöge ihrer erprobten Einsicht, zu dem Urtheile gelangen, daß nichts dem Vertrage mehr entgegen stehe, als den Geist desselben preis zu geben, um sich auf die Worte zu klemmen. Vielmehr müsse man in diesem Falle beides unterscheiden. Geist und Wort des Vertrages seien Eins gewesen bei Lebzeiten des Königs von

[1]) Instruction für den Grafen Sinzendorf, vom 27. November. Abgedruckt in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III, S. 377.

Digitized by Google

Spanien: die letztwillige Verfügung und der Tod desſelben haben einen ſolchen Unterſchied hervorgebracht, daß das Eine mit dem Anderen nicht beſtehe. Der Geiſt des Vertrages bezwecke den Frieden, der Wortlaut würde den allgemeinen Krieg entfeſſeln. Dieſer Vergleich allein ſchon entſcheide über die zu treffende Wahl, die ausfallen müſſe gemäß dem im Eingange des Theilungsvertrages ausgeſprochenen Geiſte. Um des Friedens von Europa willen habe daher der König das Teſtament angenommen [1]).

Es iſt immerhin möglich, daß der Staats-Secretär Torcy in dem Trachten irgend welchen Behelf zur Beſchönigung des Vertragsbruches zu gewinnen, nicht vorher ſich darüber klar geworden iſt, daß dieſer Behelf ein kläglicher war, und darum von Vielen aufgefaßt wurde wie eine höhnende Abfertigung. Auch gab es nicht Wenige, welche dieſelbe den Holländern gönnten und den hohlen Wortſchwall Torcys anſahen wie eine billige Vergeltung für das Verhalten der Republik gegenüber dem Kaiſer [2]). Die Holländer hatten dann freilich zu dem Schaden noch den Spott obendrein, und zwar von demjenigen ſelbſt, deſſen Worten ſie Glauben geſchenkt. Diejenigen Franzoſen dagegen, die damals an dem Uebermuthe des Gewaltigen ihre Freude hatten, ſahen noch nicht vorher, mit welchen unendlichen Leiden in der langen Reihe der kommenden Jahre Frankreich für dieſen Uebermuth zu zahlen haben werde.

Aufrichtiger wenigſtens war die Antwort, welche Sinzendorf in Paris auf jene Andeutungen in Betreff eines möglichen friedlichen Ausgleiches, die er wie aus ſich ſelber zu machen hatte, von dem Staats-Secretär erhielt. Torcy erwiederte mit einer langen Rede, deren Inhalt war: der König werde ſeinen Enkel in dem Beſitze der geſammten ſpaniſchen Monarchie erhalten, werde ihn vertheidigen mit dem Aufgebote aller ſeiner Macht. Er werde immer die ſpaniſche Succeſſion als weſentlichen und wichtigſten Punct für ſeine eigene Krone betrachten, und ſei im Stande ſie aufrecht zu halten wider jegliche Macht, die es wagen werde ſie anzutaſten [3]).

[1]) Die Denkſchrift iſt oft gedruckt, z. B. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 40 et suiv., ſowie bei Lamberty t. I. p. 221.

[2]) So Sinzendorf in ſeinem Berichte vom 9. December 1700.

[3]) Relazione di Lamberg fol. 38b.

Digitized by Google

Der Gedankengang Ludwigs XIV., jenen Aeußerungen Torcy's entsprechend, liegt entwickelt und ausgesprochen vor in einer Reihe von Schreiben an Harcourt, der fortan in Betreff Spaniens in dem Vertrauen des Königs die erste Stelle einnahm.

Nach der Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige ernannte Ludwig XIV. sofort den bisherigen Marquis Harcourt zum Duc. Er übertrug ihm dann die Botschaft in Spanien bei dem neuen Könige. Die dafür angegebenen Motive sind eigenthümlicher Art. „Sie haben, sagt der König, während Ihrer früheren Botschaft in Madrid meine Befehle zu meiner vollen Zufriedenheit ausgeführt. Sie haben gesehen, wie die Wendung sich vorbereitete, die mit dem Tode des Königs von Spanien hervortrat [1]). Sie sind Zeuge gewesen der aufrichtigen und einstimmigen Wünsche der spanischen Nation. Indem ich diese Wünsche erfülle, halte ich es dem Wohle meines Dienstes entsprechend, daß Sie als mein Botschafter nach Madrid zurückkehren" [2]).

Die Thatsache, daß Jemand einen Zeugen abgibt bei einem Hergange, dürfte kaum als ein ausreichendes Motiv einer so außerordentlichen Belohnung erscheinen. In der Wirklichkeit aber hatte Harcourt nicht bloß zugeschaut: er hatte auch gehandelt, und zwar mit Erfolg. Seine Berichte haben dargethan, daß es ihm gelungen war, mit der Beihülfe der Gräfin Berlepsch die leichtgläubige Königin Maria Anna durch das nebelhafte Trugbild einer zweiten Heirath mit dem Dauphin Monate lang zu bethören, und dadurch der Sache des Kaisers diejenige Stütze zu entziehen, deren sie bei seinem unentschlossenen Neffen nur allzu sehr bedurfte. Als Maria Anna zur Besinnung und zur Einsicht des Spieles kam, das Harcourt mit ihr getrieben, war es zu spät. Harcourt hatte also der Sache Ludwigs XIV. in Spanien einen sehr reellen Dienst erwiesen, nur freilich einen solchen, bei welchem dem Herrn wie dem Diener das Bewußtsein blieb, daß es ihnen besser anstehe die Sache in Schweigen zu hüllen. Dies war um so leichter, da sie ja von der anderen Seite her, von der Königin Maria Anna und der Gräfin Berlepsch, dieses Schweigens unbedingt sicher sein durften.

---

[1]) Vous avez vu préparer l'événement que la mort du roi d'Espagne a produit.

[2]) Hippeau t. II, p. 303. Vom 17. November.

Digitized by Google

Nur dieſe vier Perſonen wußten damals um das Geheimnis, und darum konnte es mit ihnen ins Grab gelegt werden und darin beruhen, bis die in unſeren Tagen ans Licht getretenen Schriftzüge der handelnden Perſonen ſelber es verkünden.

Dieſen neuen Duc alſo erſah ſich Ludwig XIV. als den Mann ſeines Vertrauens in Spanien, und legte daher ihm die Grundſätze dar, nach welchen er verfahren wollte, im Allgemeinen wie im Einzelnen. Der Ausgangspunkt derſelben iſt, daß die Hoffnungen des Hauſes Oeſterreich völlig vereitelt ſind. Es iſt wichtig dies hervorzuheben, weil bei der Abfaſſung dieſes Schreibens, am 17. November, Ludwig XIV. noch keine ſichere Kunde hatte, ob die Statthalter in Brüſſel, Mailand und Neapel ſich dem Teſtamente Carls II. fügen und Philipp V. anerkennen würden. Ludwig XIV. iſt nicht ohne Mistrauen gegen den Kurfürſten Max Emanuel in Brüſſel, wie gegen den Prinzen Vaudemont in Mailand. Er läßt durch Harcourt der Regentſchaft in Madrid, der Junta, entbieten, daß ſeine Truppen bereit ſtehen, für den Fall, daß die Junta nach irgend einer Richtung hin einer Hülfe zu bedürfen glaube, und zugleich die Verſicherung geben, daß ſein einziges Streben ſei, alle Länder der Monarchie mit der Krone vereinigt zu erhalten. Er hebt dabei abermals Mailand und Belgien hervor. Er weiſt nach der anderen Seite darauf hin, daß die Ehre Spaniens die ſtete Bedrohung von Ceuta durch die Mauren nicht mehr dulde. Er ſtellt dafür ſeine Hülfe in Ausſicht.

Der König ergeht ſich in ausgiebigem Lobe für den Cardinal Portocarrero, an welchen als die hauptſächliche Perſon der Junta der Botſchafter ſich zu wenden habe. Aber zugleich ſoll Harcourt alle erforderliche Vorſicht beobachten, um dem Cardinal ein etwaiges Mistrauen zu benehmen, als wenn Harcourt ſich in die Regierung Spaniens einmiſchen wolle. „Er muß ſich überzeugen, ſagt Ludwig XIV., und ebenſo die geſammte ſpaniſche Nation, daß ich keinen Antheil haben will an der Regierung dieſer Monarchie, daß ich mich in die Angelegenheiten der Spanier nur ſo weit einlaſſen werde, wie ſie ſelber es wünſchen, zu ihrem eigenen Wohle und zur Erhaltung eines dauernden Einverſtändniſſes zwiſchen meiner Krone und der ſpaniſchen.“

Ludwig XIV. ſcheint ſich bei dieſen Worten nicht klar darüber geworden zu ſein, daß er hier ſich wie dem Botſchafter eine Aufgabe

Digitized by Google

stellte, die weder er selber noch jener zu erfüllen im Stande noch Willens waren.

Denn wenige Zeilen hernach schreibt er für Spanien ein politisches Verhalten nach außen in einer besonders wichtigen Richtung vor.

Von der französischen Verwechselung der Begriffe aus, welche für die Offensive der Häuser Valois und Bourbon im sechszehnten und im siebenzehnten Jahrhunderte die Defensive des Hauses Habsburg verantwortlich gemacht hat, sagt nämlich Ludwig XIV. zu Harcourt: „Sie werden dem Cardinale begreiflich machen, daß, nachdem lediglich das Hausinteresse von Oesterreich die langen und blutigen Kriege zwischen Frankreich und Spanien erregt hat, nun, nach dem Aufhören dieses Verhältnisses, die Einigkeit zwischen den Franzosen und den Spaniern nach allen Seiten sich geltend machen müsse. Diese Einigkeit ist nothwendig zwischen meinen Gesandten und den spanischen in fremden Ländern, namentlich in Rom. Bisher genügte die Thatsache einer Forderung von meiner Seite in Rom, um dort den Widerstand des spanischen Ministers dagegen wach zu rufen, auch wenn der König von Spanien gar kein Interesse dabei hatte, den Erfolg zu vereiteln. Von diesem Spalte haben lediglich die Parteigänger der römischen Curie Nutzen gezogen. Dagegen werden wir vermöge einer engen Einigung fortan große Dinge für das Wohl der Kirche verrichten, sei es bei der Papstwahl, sei es im gewöhnlichen Laufe der Dinge. Die Gesinnungen des Königs von Spanien werden um so höher in Achtung stehen, je mehr man sie in Uebereinstimmung erblickt mit den meinigen. Die Unternehmungen des Kaisers sind für den König von Spanien fortan nur noch in Italien zu fürchten. Dort aber werden die Fürsten, meiner Hülfe und derjenigen Spaniens sicher, über die zu treffende Wahl in Zukunft nicht mehr zweifelhaft sein, und ohne Bedenken mit eintreten für die Erhaltung der spanischen Monarchie".

In dem Fortgange seiner Entwickelungen kehrt Ludwig XIV. von der Besprechung Indiens aus nochmals zu dem kirchlichen Gesichtspuncte zurück, mit den Worten: „Kurz, Sie haben dem Cardinal Portocarrero hauptsächlich die sicheren Vortheile einleuchtend zu machen, welche für die Religion aus dem vollkommenen Einverständnisse beider Kronen erwachsen".

Digitized by Google

Drängen wir das Ganze auf den möglichſt kurzen Ausdruck zuſammen, ſo will Ludwig XIV. den römiſchen Stuhl mit den eiſernen Armen ſeiner Macht umklammern: er will als Oberhaupt der Kirche einen Diener, ein Werkzeug des Hauſes Bourbon.

Ja es ward ſogar bereits eine Perſönlichkeit bezeichnet. Wir vernehmen von dem Grafen Sinzendorf, der von jenen Worten Ludwigs XIV. keine Kunde haben konnte, am 1. December 1700: es gehe in Paris das Gerücht, daß die franzöſiſchen und ſpaniſchen Cardinäle im Conclave in Rom ihre Stimmen vereinigen würden, und zwar auf den Cardinal Portocarrero. Dringe man auch mit ihm nicht durch: ſo werde doch auch ſchon durch die Benennung von Seiten der franzöſiſchen Nation der ſpaniſchen eine Anerkennung dargebracht [1]).

Auch wenn wir abſehen von dem Namen dieſes Spaniers, den das an ſeinem todkranken Könige begangene Verbrechen brandmarkt: ſo iſt jene Gedankenreihe Ludwigs XIV. an ſich eine der wichtigſten, die in dieſer Zeit der Kriſis oder überhaupt jemals ſeiner Feder entfloſſen ſind. Als er ſie abfaßte, am 17. November 1700, war, nach dem Tode von Innocenz XII., die Papſtwahl in Rom noch nicht vollzogen. Als die Wahl geſchah, am 23. November, konnte keiner der Cardinäle in Rom eine Kenntnis jenes Schreibens haben. Und doch werden wir erfahren, daß ſie handelten, als hätten ſie es gekannt, und daß ſie darum auf die Nachricht des Todes von Carl II. die Papſtwahl beſchleunigten. Die Worte Ludwigs XIV. vom 17. November 1700, die erſt 175 Jahre ſpäter ans Licht getreten ſind, enthalten die volle Rechtfertigung für jene Beſchleunigung. Wir dürfen ſchon hier berühren, daß der damals gewählte Papſt, Clemens XI., ſpäter in ſeiner politiſchen Laufbahn ſchwere Misgriffe begangen hat, und zwar mehr als einmal zu Gunſten des Hauſes Bourbon. Dennoch war Clemens XI. nicht eine Creatur, und darum ein Werkzeug desſelben, ſondern das von den berufenen Vertretern frei gewählte Oberhaupt der Kirche. Und darum war ſeine Wahl, ungeachtet aller politiſchen Misgriffe, die er ſpäter beging, gleichbedeutend mit der Rettung der Freiheit der Kirche gegenüber dem Plane des Despoten

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 1. December.

zed by Google

von Versailles, welcher die Kirche hinabzudrücken vermeinte zur Magd seiner Politik der Lüge und der Gewalt.

Von diesem Gesichtspuncte aus thut sich uns ein Lichtblick in die damalige Zukunft auf. Wir erkennen abermals, daß, wie einst der Kaiser Heinrich IV. in Canossa, so Ludwig XIV. im Jahre 1693 bei seinem in Worten unbedingten Rückzuge von den gallicanischen Artikeln nur der Noth gewichen war, nicht dem Drange einer Ueberzeugung, daß dagegen der einstige Plan des Zwanges der Kirche unter seinen Willen noch sogar intensiver in ihm wieder auflebte, sobald die Besitzergreifung des spanischen Erbes ihm diesen Plan als durchführbar vor Augen zu legen schien. Wie daher die große Allianz von 1689, obwohl nicht zum Zwecke der Freiheit der Kirche geschlossen, dennoch, indem sie den König Ludwig XIV. in die Nothlage von 1693 brachte, thatsächlich diente, um Frankreich, wenigstens dem Principe nach, aus den Banden des Gallicanismus zu lösen: so darf vom 17. November 1700 an im Voraus gesagt werden, daß der Widerstand, welchen Ludwig XIV. gegen die Besitzergreifung der spanischen Monarchie finden würde, von welcher Seite immer er kommen mochte, der Widerstand also, der sich zusammen ballte in die zweite große Allianz vom 7. September 1701, abermals dienen würde zur Rettung der Freiheit der Kirche, nicht bloß mehr für Frankreich, sondern für Europa und für die gesammte Menschheit.

Und mit stummer Ehrfurcht beugen wir uns unter die hehre Weissagung: Et portae inferi non praevalebunt adversus eam.

Folgen wir weiter den Erwägungen Ludwigs XIV. vom 17. November 1700.

Der Schluß des dreizehnten Artikels im Testamente Carls II. sprach den dringenden Wunsch und die Mahnung aus, daß der Herzog von Anjou eine Erzherzogin heirathen möge, damit dadurch der Friede und die Einigkeit der Christenheit erhalten bleibe.

Der Wunsch und die Mahnung prägen in starker Weise die Selbsttäuschung aus, in welcher der Cardinal Portocarrero und die anderen Spanier, die mit ihm jenes Testament verfertigt, es auf sich genommen, über die Zukunft von Ländern und Völkern zu entscheiden.

Sie thaten dem Kaiser die schwere Kränkung an, allerdings, wie sie glaubten, im Interesse Spaniens, seinem todkranken Neffen die

Digitized by Google

Unterſchrift zu einem Teſtamente abzudringen, welches, im Widerſpruche mit der ihnen bekannten Geſinnung des Sterbenden, im Widerſpruche mit den wiederholten Zuſagen, die, wie ſie wußten, er dem Kaiſer gegeben, das Recht des letzteren aufhob. Und in demſelben Actenſtücke mutheten ſie ihm zu, auf dieſe ihm widerfahrene Kränkung ſelber das Siegel zu ſetzen durch die Hingabe einer ſeiner Töchter!

Dazu trat in der öffentlichen Anregung einer ſolchen Sache durch das Teſtament noch eine beſondere Unkenntnis in Betreff der Perſon des Kaiſers. Auch der Friedensentwurf, welchen Ludwig XIV. im Beginne des Jahres 1696 dem Kaiſer hatte zuſtellen laſſen, enthielt Heirathsvorſchläge zwiſchen Angehörigen der Häuſer Habsburg und Bourbon, drei an der Zahl (Band VII, S. 216). Damals hatte der Kaiſer ſie ſofort durchſtrichen. Wer einige Kunde des Charakters von Leopold I. beſaß, konnte oder vielleicht mußte wiſſen, daß der ſittenſtrenge Fürſt in eine Heirath eines Mitgliedes ſeines Hauſes mit einem Deſcendenten Ludwigs XIV. nicht willigen werde. Die Unkunde dieſes Verhältniſſes gereicht den Verfertigern des ſpaniſchen Teſtamentes nicht zur Entſchuldigung.

So weit die Protokolle der Berathungen in Wien erhalten ſind und vorliegen, iſt nicht zu erſehen, daß einer der Miniſter jenen Vorſchlag einer Heirath gemäß dem Wunſche des Cardinals Portocarrero im Teſtamente Carls II. einer Erwähnung gewürdigt habe.

Anders verhielt ſich dazu Ludwig XIV. Er beauftragt in dieſem erſten Schreiben vom 17. November 1700 den Botſchafter Harcourt, dem Cardinal Portocarrero zu melden, daß von ſeiner Seite dem Vorſchlage einer Heirath zwiſchen dem Herzoge von Anjou und einer Erzherzogin nichts im Wege ſtehe. Nicht dieſe Erklärung an ſich fällt ſo ſchwer ins Gewicht, ſondern die Vorausſetzung, auf welcher ſie ruht, nämlich daß der Kaiſer ſich in die Wendung der Dinge in Spanien fügen, daß dieſe einen Krieg nicht nach ſich ziehen werde. Ludwig XIV. ſagt dies an einer anderen Stelle desſelben Schreibens ausdrücklich [1]), und darum muß auf dieſen Gedanken als für den Verlauf der nächſten Monate von höchſter Bedeutung, zum Beginne mit Nachdruck hin-

[1]) Hippeau t. II, p. 307: Comme je ne puis croire que l'événement présent excite la guerre etc.

Digitized by Google

gewiesen werden. Ludwig XIV. will das gesammte spanische Erbe nehmen, und glaubt es behalten zu können ohne Krieg. Diese beiden Gedanken, eng verbunden, dominiren in seiner Seele.

Zunächst allerdings lief die Strömung aller Orten zu Gunsten des Hauses Bourbon.

Die Ungewisheit über die Haltung, welche die spanischen Statthalter in Brüssel und Mailand beobachten würden, dauerte nur so lange, wie die Fahrten der Couriere erforderten. Am 19. November erhielt Max Emanuel in Brüssel die officielle Nachricht, daß Ludwig XIV. in Versailles Philipp V. proclamirt. Auf das Geheiß des Kurfürsten-Statthalters stimmte am Morgen des 20. der Erzbischof von Mecheln am Hochaltare von St. Gudula in Brüssel das Tedeum für den König Philipp V. an, und zugleich that der Klang der großen Glocke vom Thurme herab, wie der Donner der Kanonen von den Wällen der Bevölkerung kund, welche Wandlung über Nacht mit ihnen vorgegangen. Max Emanuel gebot Jubel und Freude. Die Bürgerschaft von Brüssel, eingedenk der Feuerkugeln und Bomben der Augusttage von 1695, verhielt sich schweigend [1]). Aber die Macht war in den Händen von Max Emanuel. Belgien hatte einstweilen dem Könige Philipp V. zu gehorchen.

Die neue Stellung des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel hinderte ihn nicht, auf die Aufforderung des Kaisers in Betreff der spanischen Angelegenheit einige Wochen später eine Antwort einzusenden, in welcher er für das in ihn gesetzte gnädigste Vertrauen seinen unterthänigsten Dank ausspricht, mit der Bitte, der Kaiser wolle die Sache an den Reichstag in Regensburg bringen [2]). In ähnlicher Weise handelte sein gleichgesinnter Bruder Joseph Clemens, Kurfürst von Köln [3]). Beide Brüder bezeichneten in diesen Schreiben den neuen König von Spanien als Herzog von Anjou. Aber bereits waren die Fäden ihres Bundes mit Ludwig XIV. angesponnen.

---

[1]) Coremans: Miscellanées de l'époque de Maximilien-Emanuel p. 63.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 385. Vom 13. December.

[3]) A. a. O. Vom 12. December.

Digitized by Google

Aehnlich wie Max Emanuel in Brüſſel, verfuhr, wie wir nachher beſtimmter erfahren werden, Vaudemont in Mailand. Zugleich jedoch entſendete er an Ludwig XIV. einen gewiſſen Colmenero mit der Bitte um Hülfe gegen einen Einmarſch kaiſerlicher Truppen.

Daß dies im November 1700 die Abſicht des Kaiſers war, wußte Ludwig XIV. auch aus den Berichten ſeines Geſandten Villars in Wien. Er verwandte, wie ſich ſpäter uns noch klarer darſtellen wird, gegen dieſen Entſchluß zunächſt das Stratagem, in Rom und dadurch über Rom nach Wien kund zu thun, daß er keine Truppen nach Mailand ſenden werde, wenn der Kaiſer auch ſeinerſeits dies unterlaſſe. Zugleich jedoch erließ er an 40 Bataillone und 50 Schwadronen, die in der Freigrafſchaft, in der Provence und im Dauphiné ſtanden, den Befehl zum Marſche auf verſchiedenen Wegen nach Mailand. Das Commando über dieſelben unter Vaudemont gab Ludwig XIV. dem General Teſſé, mit der Weiſung, ſpäteſtens am 18. December aufzubrechen. Der Auftrag indeſſen ging weiter. Teſſé ſollte ſich zuerſt nach Turin begeben, um im Vereine mit dem Geſandten Phelypeaux von dem Herzoge Victor Amadeus den Durchmarſch für einen Theil dieſer Truppen zu erwirken, und weiter, den Herzog zum völligen Anſchluſſe an Frankreich zu bewegen [1]).

Die günſtigſten Nachrichten kamen dem Könige Ludwig XIV. vor allem aus Spanien ſelbſt. Die Proclamation Philipps V. fand nirgends einen Widerſtand. Wir vernehmen den Zuſtand der Dinge dort am zuverläſſigſten von einem Augenzeugen, welcher dem Wechſel nicht geneigt ſein konnte, dem Grafen Auersperg, der als Nachfolger des kaiſerlichen Botſchafters Alois Harrach in Madrid bereits im October eingetroffen war. „Man ſchmeichelt ſich hier völlig mit der Hoffnung, meldet er aus Madrid am 2. December, daß die anderen Mächte die Mäßigung des Königs von Frankreich anerkennen werden, daß er hinwiederum das Teſtament nicht angenommen haben könne ohne die Zuſtimmung der Seemächte, und daß dieſer Fall des Teſtamentes einen geheimen Artikel des Theilungsvertrages ausgemacht habe. Spanien werde dieſen Mächten einige Vortheile für ihren Handel bewilligen; auch könne man geſtatten, daß die holländiſchen Beſatzungen

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 182.

Digitized by Google

in den belgischen Städten verbleiben. Man meint, daß die italienischen Fürsten sich willig fügen werden. Immerhin möchten dort Verbindungen mit dem Kaiser bestehen, jedoch nur gegen den Theilungsvertrag, nicht gegen die geschehene Wendung der Dinge, welche im Grunde alles auf dem bisherigen Fuße belasse. Denn für Spanien ändere sich lediglich der Name des Königs: statt eines Carl regiere ein Philipp." So die Spanier. „Sie glauben nicht, fügt Auersperg weiter hinzu, welche Zufriedenheit man hier an den Tag legt. Nicht bloß ist man der Meinung im tiefen Frieden verbleiben zu können. Man versteigt sich sogar zu der Hoffnung, daß Portugal und die Republik der Niederlande bald wieder ihren alten Herrn anerkennen werden. Wenn nur das Parlament von England sich begütigen lasse, meint man, so werde der ruhmvolle König von Frankreich auf einem so wohl begonnenen Wege nicht stehen bleiben, sondern, sobald erst diese Succession in friedlicher Weise gesichert, werde er weiter gehen, und vollbringen, was er bisher nicht vermocht hat. Es geht hier bei den Spaniern ganz offen die Rede, daß es nie die Absicht Frankreichs gewesen, den Theilungsvertrag aufrecht zu halten, sondern daß der König dort von Anfang an den Plan verfolgt habe, durch denselben die Dinge in den Stand zu bringen, in welchem wir sie zur Zeit erblicken. Das ist hier die allgemeine Stimme. Ich gestehe Ihnen, daß ich mit Ungeduld der weiteren Entwirrung dieses Knotens harre. Diejenigen, die etwas weiter denken, erkennen freilich an, daß der Kaiser sich gegen diese Aenderung stemmen werde; allein sie meinen zugleich, daß er, von aller Welt verlassen, nachgeben müsse, und daß die einzige Satisfaction, die man ihm gewähren könne, bestehen werde in der Werbung um eine seiner Töchter für den König Philipp V." [1]).

Das Schreiben Auerspergs ist gerichtet an Robethon, einen der Secretäre des Königs Wilhelm III. Demnach dürfte Robethon nur die nächste Adresse sein: die eigentliche und letzte der König selbst.

Ludwig XIV. setzte die Abreise des jungen Königs nach Spanien an auf den 4. December 1700. Er gestattete den beiden Brüdern,

[1]) Der Bericht des Grafen Auersperg vom 2. December 1700, gerichtet an Robethon, befindet sich in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

dem älteren, Herzog von Bourgogne, und dem jüngeren, Herzog von Berry, ihn bis an die spanische Grenze zu geleiten. Zugleich ernannte er zu diesem Zwecke des Geleites die Herzöge von Beauvilliers und Noailles. Das Decret der Ernennung begann mit den Worten, daß an dem Glücke der Spanier nichts mehr fehle als ihren König bei sich zu sehen [1]). Der Pomp dieser Worte mochte gerechtfertigt erscheinen durch die damalige Stimmung der Spanier, wenn auch diese Stimmung der Klarheit des Blickes und des Verständnisses der europäischen Sachlage sehr ermangelte. Beauvilliers hatte zehn Jahre hindurch die Erziehung des Prinzen geleitet, und besaß den Ruf eines rechtschaffenen, ehrenwerthen Mannes [2]). Der Marschall Noailles hatte in dem letzten Kriege mehrere Jahre hindurch den Oberbefehl in Catalonien geführt, und kannte daher die Lebensweise und Sitten der Spanier, sowie die hervorragenden Familien. Das Geleite sollte nur bis Bayonne gehen. Bis dahin hatten der Botschafter Harcourt von Madrid aus und die vornehmen Spanier dem neuen Könige entgegen zu kommen.

Vor dem Scheiden übergab Ludwig XIV. seinem Enkel Philipp V. von Spanien eine von ihm selber entworfene Denkschrift über die zu befolgenden Principien der Regierung. Wir treffen darunter den Satz: „Da der König immer sein Wort halten muß, so muß er sich hüten es leicht zu geben". Aehnliche allgemeine Sätze wechseln ab mit bestimmten Vorschriften. Eine solche ist z. B. die Weisung, die Königin-Witwe Maria Anna höflich zu behandeln, jedoch sie so bald wie möglich aus Madrid zu entfernen, ihr nicht den Aufenthalt in einem der Nebenländer, Belgien oder Mailand, zu gestatten, und ihr, wo immer sie sich befinde, einen zuverlässigen Rath beizugeben. Der junge König soll ferner nicht sich einfallen lassen, ihr eine Zuneigung zu beweisen, noch weniger sie heirathen zu wollen. [3]) — Maria Anna war damals neunundzwanzig Jahre alt, Philipp von Anjou siebenzehn.

In diesen Worten für Philipp V. erblicken wir den Anfang des scharfen Auftretens von Ludwig XIV. gegen diese Königin. Eingedenk seines Verfahrens ihr gegenüber in dem Winter zuvor hatte er nach

[1]) Hippeau t. II. p. 330.
[2]) Finalbericht des Grafen Sinzendorf, herausgegeben von Arneth, S. 10.
[3]) Mémoires de Louville t. I. p. 31.

Digitized by Google

der Wendung in Spanien mit dem Befehle an Blecourt um eine Audienz nachzusuchen, zugleich den Zweifel ausgesprochen, ob die Königin sie gewähren würde [1]). Maria Anna stellte sich nicht auf diesen Fuß. Demgemäß mochte bei Ludwig XIV. eine andere Besorgnis empor wachsen, aus welcher dann jene Mahnung floß. Es ist merkwürdig zu sehen, wie sehr eine Meldung Blecourts aus Madrid vom 25. November, welche also Ludwig XIV. bei der Abfassung der Denkschrift noch nicht kennen konnte, jener Mahnung in derselben entspricht. „Die Königin, berichtet Blecourt, ertheilt unabläßig Befehle. Sie hat sich in den Kopf gesetzt, dem neuen Könige gefallen zu wollen, und somit immer eine Partei zu haben" [2]). — In denselben Tagen richtete Maria Anna an Ludwig XIV. und Philipp V. Klagebriefe, daß ihr nicht die gebührende Rücksicht gezollt werde [3]). Wir werden erfahren, daß die Antwort nicht nach ihrem Wunsche ausfiel.

Ebenso wie von einer Heirath mit der Königin Maria Anna mahnt Ludwig XIV. seinen Enkel ab von einer solchen mit einer Erzherzogin, obwohl das Testament Carls II. sie wünschte. Er dehnt sogar diese Abmahnung aus auch auf die nächste Generation. Demnach war in dieser Richtung mit der Ansicht Ludwigs XIV. seit dem 17. November, wenn die damals dem Botschafter Harcourt und durch diesen dem Cardinal Portocarrero ausgesprochenen Worte aufrichtig gemeint waren, ein rascher Wechsel vorgegangen [4]).

Geblieben jedoch war eine Ansicht, die sich ausprägt in der Mahnung: „Der König muß festhalten an dem gefaßten Entschlusse, einen langen Frieden zu bewahren, um thätig sein zu können für die Herstellung der Monarchie". Diese Mahnung erstreckt sich noch weiter: „Er darf niemals einen ungerechten Krieg erregen. Auch einen gerechten Krieg darf er nicht führen, sobald er ihn ohne Schande vermeiden kann. Denn im anderen Falle wäre er der Mörder seiner Unterthanen und der Mitschuldige alles Unheils, welches der Krieg nach sich zieht".

---

[1]) Hippeau t. II, p. 301.

[2]) A. a. O. p. 315.

[3]) Die Schreiben a. a. O. p. 326 et suiv.

[4]) Mémoires de Louville t. I, p. 34 et suiv.

Digitized by Google

So Ludwig XIV. zu Ende November 1700, und an der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung beim Niederschreiben dieser Worte für seinen Enkel dürfte nicht zu zweifeln sein. Er wollte damals keinen Krieg. Er wollte das, wie immer, Gewonnene in Frieden und Ruhe behalten und genießen. Und wenn daher Jemand sich erhob, um das, wie immer, Gewonnene ihm zu nehmen, so trug nach dieser Dialektik Ludwigs XIV. nicht er die Schuld des Krieges, der daraus entbrennen würde, sondern jener Andere. Damals indessen, zu Anfang December 1700, war ja dem Auge Ludwigs XIV. eine solche Gefahr kaum vorhanden. Er vermeinte nach allen Seiten dem Einbrechen des Krieges den Riegel vorgeschoben zu haben. Die Tage seines Alters schienen glückverheißend vor ihm zu liegen.

Dieser Hoffnung Ludwigs XIV. entsprach sein Verhalten am Tage des Abschiedes. Der Eindruck malt sich sichtlich in den Worten, die Dangeau darüber am Abende dieses 4. December 1700 in sein Tagebuch schrieb: Le roi ne nous a jamais paru rien faire avec plus de dignité, plus de bonne grâce que tout ce qu'il a fait aujourd'hui; il n'a jamais marqué tant de tendresse, et jamais il ne nous a paru si grand et si aimable [1]).

So der Hofmann Dangeau. Andere waren der Ansicht, daß die höchste Freude Ludwigs XIV. an diesem Tage darin bestanden habe, daß der Mitwelt und der Nachwelt sein Thun und Walten gegenüber Spanien in ähnlicher Weise verkündet wurde, wie einst dasjenige des Kaisers Nero gegenüber den Parthern. Wie eine Medaille Neros die Inschrift trug: Rex Parthis datus, so diejenige Ludwigs XIV. zum 4. December 1700 die Worte: Rex Hispanis datus [2]).

Dennoch ist es merkwürdig, daß beim Aufbruche des jungen Königs bei den betheiligten Personen die Trauer alle anderen Gefühle überwog. „Ich weiß nicht, meldet die Herzogin von Orleans am nächsten Tage, ob die Musik alle Herzen so sehr rührte; aber bei dem Hochamte vor der Abfahrt kam Jedermann das Weinen an“ [3]). Der Hof von Versailles gab dem jungen Könige das Geleite bis zum

---

[1]) Dangeau t. VII, p. 448.

[2]) Sinzendorfs Finalbericht S. 9.

[3]) Die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, 5. December 1700.

Schlosse Sceaux, das dem Herzoge von Maine gehörte. In der langen Avenue, die zu dem Schlosse führte, fanden sich in drei Reihen hinter einander aufgestellt an zweitausend Kutschen, deren Insassen die königliche Familie in ihrer Gesammtheit zum letzten Male vorüber fahren sehen wollten. Die Mitglieder befanden sich sämmtlich in Einem Staatswagen, acht an der Zahl, und zwar drei Generationen: Ludwig XIV., der Dauphin, dessen drei Söhne, der Herzog von Bourgogne, der Herzog von Anjou, fortan König Philipp V. von Spanien, und der Herzog von Berry, dazu der Herzog und die Herzogin von Orleans, und endlich des ersteren Enkelin, Marie Adelaide von Savoyen, vermählt mit dem Herzoge von Bourgogne. Der Dauphin machte für gewöhnlich den Eindruck der Gleichgültigkeit. Als jedoch der Aufbruch auch von Sceaux weiter erfolgen sollte, umfaßte er seinen für immer scheidenden Sohn mit solcher Leidenschaft, daß die Erinnerung daran auch noch am folgenden Tage der Herzogin von Orleans Thränen entlockte. Die übliche Rede der Mitglieder des königlichen Hauses war, daß ein Unheil, ein Krieg nicht zu befürchten stehe [1]), und dennoch scheint es fast, als habe auf dem Abschiede die Ahnung des Jammers der kommenden Zeiten gelegen.

Die Reise ging langsam von statten. Die Ankunft des jungen Königs Philipp V. in Madrid verzog sich bis in den Monat Februar des Jahres 1701. Folgen wir der Fahrt mit den Gedanken Ludwigs XIV.

Zunächst ist hervorzuheben, daß er erst nach der Abreise seines Enkels mit einem Stratageme hervor trat, welches, wenn es gelang, mit vollendeter Meisterschaft darauf berechnet war, die Gewissen der Menschen zu verwirren und dadurch seinem Plane auf die spanische Monarchie günstig zu stimmen.

Am 8. December 1700 nämlich schrieb der Hofmann Dangeau zu Marly in sein Tagebuch: „Der König Carl II. von Spanien hatte einige Monate vor seinem Tode den vorigen Papst Innocenz XII. über den Entschluß befragt, den er für die Thronfolge zu fassen habe. Denn es war sein Wille zugleich gerecht zu handeln und nach Kräften

[1]) Der Duc du Maine an Harcourt, 29. November, bei Hippeau t. II, p. 317: Il ne peut rien arriver de mal.

den Frieden Europas zu sichern. Der Papst Innocenz XII. erwiederte: die Gerechtigkeit verlange, daß der König von Spanien alle seine Königreiche den Söhnen des Dauphins hinterlasse. Dadurch werde er die Monarchie in ihrer Gesammtheit und für Europa den Frieden bewahren". „Niemals, fügt dann Dangeau hinzu, hat der Papst sich hier dessen gerühmt, einen so weisen und für uns vortheilhaften Rath gegeben zu haben" [1]).

Die Verwunderung des Dangeau dürfte erscheinen wie ein schwacher Ansatz von Kritik. In der That lagen aber auch andere Momente des Zweifels nahe genug. Wenn die Sache sich wirklich so verhielt, warum verkündete dann nicht Ludwig XIV. diesen Rath des Papstes Innocenz XII., anstatt nur in der Zurückgezogenheit des Schlosses Marly, in welche keinem fremden Gesandten der Zutritt gestattet wurde, laut und offen vor aller Welt? — Warum nicht namentlich bei der Feierlichkeit des Aufbruches von Philipp V. nach Spanien und besonders für die Spanier? Er hätte doch dadurch, wenn die Sache sich so verhielt, namentlich dem Cardinal Portocarrero eine mächtige moralische Stütze gegeben.

Allein hier eben lag das Hindernis. Wenn dieser angebliche Rath des Papstes Innocenz XII. an Carl II. auf Wahrheit beruht hätte: so war es undenkbar, daß er dem Cardinale Portocarrero und seiner Partei nicht damals gleich, im Sommer des Jahres 1700 und vor dem Tode Carls II., hätte bekannt werden sollen. Ein solcher Rath des Papstes Innocenz XII. wäre für den Cardinal Portocarrero und seine Partei gegenüber ihrem sterbenden Könige das stärkste moralische Druckmittel gewesen. Aber kein Originalbericht über die Octobertage des Jahres 1700 in Madrid enthält eine Meldung solcher Art. Portocarrero und seine Partei hatten von einem solchen Rathe des Papstes Innocenz XII. an Carl II. keine Kunde. Wenn nun Ludwig XIV. im December 1700 das Gerücht von einem solchen Rathe laut und offen in die Welt ergehen ließ: so war er nicht sicher vor einem Widerspruche gerade von Spanien her. Das Gerücht sollte allerdings ausgehen in die Welt, aber langsam, allmählich, zunächst dort, wo ein Widerspruch nicht zu befürchten stand. Darum verkündete Ludwig XIV.

[1]) Dangeau t. VII, p. 452.

Digitized by Google

es zuerst nur in dem geschlossenen kleinen Kreise seines Hofes von Marly, wo das offene Aussprechen eines Zweifels an der Wahrheit seiner Worte moralisch unmöglich war, und harrte für die weitere Ausbreitung der günstigen Gelegenheit.

Weil aber in dem Journal des Dangeau, welches die Ereignisse am Hofe Ludwigs XIV. genau von einem Tage zum anderen verbucht, die Fiction eines solchen Rathes von Innocenz XII. an Carl II., die beide nun im Grabe ruheten, am 8. December 1700 zum ersten Male auftritt: so ist dieser Tag anzusehen als derjenige des Ursprunges dieser Lüge.

Sehen wir dagegen, welche Kundgebungen Ludwig XIV. in der Wirklichkeit nach Spanien hin erließ.

In seiner ersten Instruction an Harcourt, vom 17. November, hatte Ludwig XIV. sich den in dem spanischen Testamente ausgesprochenen Wunsch, daß Anjou eine Erzherzogin heirathen möge, noch gefallen lassen. Bereits am 5. December erklärt er sich offener. „Man muß die abgeneigte Haltung des Kaisers benutzen, schreibt er an Harcourt, um in den Spaniern den Wunsch zu erregen, daß ihr König sich eine andere Prinzessin zur Gemahlin erwähle als eine der Töchter des Kaisers. Nach meiner Ueberzeugung verlangt sein Interesse durchaus die völlige Ausschließung des Hauses Oesterreich, und niemals wird sich dazu eine so günstige Gelegenheit darbieten wie zur Zeit, wo der Haß gegen die Deutschen in Spanien so stark sich regt“ [1]).

Die Worte ergeben, daß der in dem Testamente Carls II. ausgesprochene Wunsch einer solchen Heirath von Anfang an für Ludwig XIV. als eine lästige Zugabe erschien. Aber das Testament war die Arbeit Portocarreros. Es war daher eine allzu schwere Aufgabe, diesem Cardinal von Anfang an offen auszusprechen, daß ein Stück an seiner Arbeit misfiel. Ludwig XIV. harrte einer besseren Gelegenheit. Und diese schien jetzt sich ihm zu bieten, oder vielmehr er suchte sie zu schaffen. Daß der Kaiser über das Testament Carls II. misgestimmt sein mußte, war bei Freund und Feind mit Sicherheit vorauszusehen. Indem Portocarrero diese Verstimmung als unvermeidlich vorausah, hatte er von seinem Standpunkte aus und nach seiner

[1]) Hippeau t. II, p. 343.

Schätzung der menschlichen Dinge, gesucht sie zu begütigen durch den Vorschlag jener Heirath. Ludwig XIV. drehte die Sache um. Die Thatsache der Misstimmung des Kaisers diente ihm als Vorwand, den Vorschlag einer solchen Heirath zum Falle zu bringen.

Da bei der Gesinnung des Kaisers der Vorschlag in dem Testamente ein in sich werthloses Ornament bleiben mußte: so war der Scharfsinn des Cardinals in der Ausklügelung eines solchen Auskunftsmittels, wie derjenige Ludwigs XIV. in der Beseitigung, gleich vergeblich aufgewendet.

Praktisch jedoch ging Ludwig XIV. sofort einen Schritt weiter. Er wartete nicht die Antwort Portocarreros oder überhaupt der Spanier ab, ob sie geneigt sein würden, jenen Punkt des Testamentes fallen zu lassen, sondern handelte sofort nach einer anderen Richtung. Es lag ihm viel daran, zum Zwecke der Sicherung von Mailand den Herzog Victor Amadeus von Savoyen vollständig zu gewinnen. Er hatte bereits den Durchmarsch seiner Truppen verlangt. Victor Amadeus zauderte noch. Aber auch der Statthalter Vaudemont in Mailand drängte, daß der Herzog sich erklären müsse. Ludwig XIV. ging weiter. Seine Absicht war, aller Welt klar zu legen, daß, wenn der Friede gestört werde, die Schuld lediglich dem Kaiser zur Last falle. Deshalb strebte er die sämmtlichen Mächte Italiens zu einem Bunde zu einigen zum Zwecke ihrer gemeinsamen Sicherheit. Er glaubte, daß diesem Bunde gegenüber der Kaiser nicht wagen werde etwas in Italien zu unternehmen. Zu diesem Bund aber war namentlich erforderlich der Beitritt von Victor Amadeus, vorher also die Lösung desselben von dem Kaiser. Ludwig XIV. ging von der Ansicht aus, daß für die Annäherung des Herzogs zu dem Kaiser in der letzten Zeit das wichtigste Motiv bestehe in der Hoffnung, der Erzherzog Carl werde die zweite Tochter von Victor Amadeus heirathen. Ludwig XIV. suchte daher zuvorzukommen. Er bot dem Herzoge Victor Amadeus für diese zweite Tochter die Hand seines Enkels, des jungen Königs von Spanien, Philipp V. [1])

[1]) Der König an Phelypeaux in Turin, 12. December, bei Hippeau t. II. pag. 346 et suiv. — Nach den Schlußworten pag. 353 war eine andere Depesche, den Vorschlag der Heirath betreffend, bereits vorangegangen.

Digitized by Google

Der Vorgang ist vielleicht einzig in seiner Art. Daß Souveräne über die Heirathen ihrer Kinder oder auch ihrer Enkel im voraus verfügen, ohne diese um ihre Neigung oder ihren Willen zu befragen, ist zu allen Zeiten vorgekommen. Aber hier lag die Sache anders. Der Herzog von Anjou war nicht bloß der väterlichen und großväterlichen Gewalt entlassen, sondern er war von eben diesem Großvater als König, als Souverän proclamirt. Die Adresse, unter welcher er fortan an Ludwig XIV. zu schreiben hatte, lautete: Au roi, mon frère et mon grand-père [1]). Die Gleichstellung also als König stand dem verwandtschaftlichen Verhältnisse voran. Dennoch verfügte nun Ludwig XIV. über diesen Souverän für den wichtigsten Act des persönlichen Lebens in einer Weise, welche auch im Privatleben als ein schwerer Eingriff in das Recht und die Freiheit des Individuums erscheinen müßte. Er fühlte sich sicher, daß er Gehorsam finden werde.

Und nicht einmal beeilte sich Ludwig XIV. als Großvater dem Enkel wenigstens sofort von diesem Schritte Kunde zu geben. Er zeichnete am 15. December die Beglaubigung für Harcourt als Botschafter bei dem neuen Könige. Das Creditiv ist ausgestellt in der völkerrechtlichen Form, von Souverän zu Souverän. Es beginnt: Très-haut, très-excellent et très-puissant prince, notre très-cher et très-aimé bon frère et petit-fils [2]). Zugleich jedoch verfaßt Ludwig XIV. eine besondere Instruction für Harcourt in Betreff des jungen Königs persönlich. „Ich halte es für erforderlich, sagt er, Sie in Kenntnis zu setzen, daß die Intentionen des Königs von Spanien gut sind. Er will das Rechte. Er wird es thun, wo er es erkennt; aber diese Erkenntnis mangelt ihm in vielen Dingen. Er ist wenig unterrichtet, weniger selbst als es für sein Alter sich gebührt. Es wird leicht sein ihn zu lenken, wenn Sie vom Beginne an die erforderliche Aufmerksamkeit beweisen, um die Eindrücke, die man suchen wird ihm beizubringen, zu überwachen. Sie können mir zur Zeit nicht einen größeren Dienst erweisen als durch Ihre Thätigkeit in dieser Richtung. Er wird Ihnen Vertrauen beweisen und Ihre Rathschläge befolgen.

[1]) Dangeau t. VII, p. 453.
[2]) Hippeau t. II, p. 353.

Digitized by Google

Ich zweifele nicht, daß Sie ihm gute geben. Bedenken Sie, daß ich mich darin völlig auf Sie verlaſſe“ [1]).

Wir ſehen, die Inſtruction lautet etwa wie diejenige für die Erziehung eines jungen Prinzen. Dagegen bemerken wir darin für Harcourt auch nicht eine leiſe Andeutung, daß Ludwig XIV. bereits jene Fäden in Turin angeſponnen hatte, durch welche er über das perſönliche Leben ſeines Enkels verfügte. Dieſe Mittheilung erfolgt nebenher, dadurch, daß Ludwig XIV. einem anderen officiellen Schreiben an Harcourt eine Abſchrift des Auftrages an Phelypeaux in Turin beiſchließen läßt, ohne weitere Bemerkung noch Erörterung [2]). Wenn Wilhelm III. und Heinſius in dieſe Beziehungen hätten einblicken können: ſo lag darin allein der Beweis vor, daß fortan, nach der Intention Ludwigs XIV., Frankreich und Spanien für Europa nur noch zu betrachten ſeien wie eine und dieſelbe Macht, beherrſcht durch ſeinen Willen.

Dieſer Wille aber war völlig gerichtet auf die Sicherung des Erworbenen, auf die Beſeitigung der Hinderniſſe, welche den Beſitz ſtören können. Als ein ſolches Hindernis erſchien für Ludwig XIV. mehr und mehr die Königin-Witwe Maria Anna. Auf ihre Klageſchreiben über den Mangel an Deferenz vor ihr in Spanien erhielt ſie eine kurze, trockene Antwort. Dagegen ſchrieb Ludwig XIV. an Harcourt, am 15. December: „Auch abgeſehen von den Nachrichten, die mir aus Spanien über die Königin zukommen, erbringt ihr früheres Verhalten den genügenden Beweis, daß ihr Verbleiben in Madrid nicht ſtatthaft iſt, und daß man ihr eben ſo wenig erlauben darf, Spanien zu verlaſſen.“ Die Worte laſſen erkennen, was Maria Anna für die Thorheit und Leichtgläubigkeit, mit welcher ſie, im vermeintlich eigenen Intereſſe, in der Wirklichkeit für die Plane Ludwigs XIV. gedient, zu erwarten hatte. Nur war Ludwig XIV. ſich noch nicht klar über die Form, in welcher die Verweiſung der Königin in irgend eine ſpaniſche Landſtadt auszuführen. Er erwartete darüber das Gutachten des Cardinals Portocarrero [3]). Wir werden bald die beiderſeitigen Wünſche reifen ſehen.

[1]) Hippeau t. II, p. 354.

[2]) A. a. O. p. 361: Je vous envoie la copie de celle que je lui écris.

[3]) A. a. O. p. 359. Vom 15. December 1700.

Digitized by Google

Unterdessen war der Botschafter Harcourt in Madrid eingetroffen. Er meldete am 15. December, daß in Spanien alles verlaufe zu seiner Befriedigung. Wenn seinen Worten völliger Glaube beigemessen werden darf: so ging der Cardinal Portocärrero willfährig auf alle Vorschläge ein. Er ließ den im Testamente Carls II. ausgesprochenen Wunsch, daß Philipp V. eine Erzherzogin heirathen möge, sofort fallen. Aber er wünschte, der junge König möge bereits verheirathet in Madrid ankommen, etwa mit einer französischen Prinzessin. Harcourt schlug dann diejenige von Savoyen vor. Portocarrero war einverstanden. Er erklärte sich bereit an Ludwig XIV. die Bitte zu schreiben, daß er die Unterhandlung darüber beginnen möge. Die Frage, ob Ludwig XIV. eine Ermächtigung solcher Art abwarten würde, scheint, nach dem Berichte Harcourts, dem Cardinal nicht in den Sinn gekommen zu sein [1]).

Einer der hauptsächlichen Gedanken, die Harcourt in Madrid geltend zu machen hatte, war derjenige, daß es der Macht Spanien obliege, selber zu ihrer Vertheidigung beizutragen. Der allgemeine Satz ward anerkannt. Zu diesem Zwecke aber bedurfte man der Reformen, um Mittel verfügbar zu machen. Auch dieser allgemeine Satz fand keinen Widerspruch. Dann jedoch kam der weitere Gedanke, daß diese Reformen am spanischen Hofe zu beginnen hätten. Dieser Satz leuchtete in so weit ein, daß ein Jeder eine Reform als wünschenswerth erkannte, mit Vorbehalt jedoch seines eigenen Interesses [2]).

Ja es scheint, daß der Ernst der Lage, in welche die europäischen Angelegenheiten durch die Annahme des Testamentes gerathen, am wenigsten den Spaniern, oder doch dem spanischen Hofe aufgegangen sei. Es verbreitete sich in Madrid das, wie wir wissen, nicht begründete Gerücht, daß der junge König einen Theil seiner französischen Dienerschaft mit sich bringen würde. „Man ist darüber hier mehr in Unruhe, meldet der Nuntius Archinto, als wenn die Nachricht einträfe, daß die Seemächte sich zum Kriege wider Spanien verbündet hätten" [3]).

Wir sehen demnach, daß die Spanier von französischer Herrschaft frei zu bleiben glaubten, wenn nur ihr König nicht französische Lakaien

---

[1]) Hippeau t. II, p. 380.

[2]) Bericht Harcourts vom 20. December, bei Hippeau t. II. p. 381.

[3]) Vom 17. December, a. a. O. p. 374.

hätte. Daß in der Wirklichkeit Ludwig XIV. allein über die Geschicke der politischen Macht Spanien verfügte, ward ihnen nicht klar.

Der Faden, durch welchen dieser König einstweilen, bis zum Eintreffen Philipps V. in Madrid, die Junta dort lenkte, ging durch Harcourt. Er brachte die ihm von Versailles aus ertheilten Befehle in die Form einer Denkschrift. Er übergab sie dem Cardinal. Der Cardinal legte sie der Junta vor. Und demgemäß beschloß die Junta.

Vermöge dieser Beschlüsse ward zunächst über Belgien verfügt. Die Junta ersuchte den König von Frankreich, in Belgien zu befehlen wie im eigenen Lande. Sie wies zugleich den Kurfürsten Max Emanuel als Statthalter in Brüssel an, daß er in allen Dingen dem Könige von Frankreich zu gehorchen habe wie dem Könige von Spanien. Der König von Frankreich werde in Belgien verfügen über das gesammte Kriegswesen, die Rechtspflege, die Finanzen. Der Kurfürst habe also nicht nöthig eine Anfrage darüber nach Madrid zu richten, sondern nach Versailles. — Der Beschluß fand am französischen Hofe volle Anerkennung. „Indem die Spanier, sagte man, dem Könige dies unbedingte Vertrauen bezeigen, erweisen sie seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit die gerechte Anerkennung und thun für ihre Monarchie das Vernünftigste was sie können“ [1]).

Mit diesem Urtheile in Versailles standen dann freilich diejenigen im Haag und in London über dieselbe Sache in scharfem Widerspruche.

Die Beschlüsse der spanischen Junta im Sinne Ludwigs XIV. beschränkten sich nicht auf die eigenen Länder, sondern betrafen eben so sehr die auswärtigen Angelegenheiten, und gingen darin sehr weit, namentlich gegen den Kaiser.

Wir haben bereits im November die Warnung vernommen, die der Rathspensionär dem kaiserlichen Gesandten Goes aussprach, in Betreff des Kurfürsten-Königs August II. von Sachsen-Polen. Die Verhandlungen Ludwigs XIV. mit diesem Fürsten gingen fort. „Er verpflichtet sich, meldet Ludwig XIV. an Harcourt, am 15. December, bei meiner ersten Aufforderung in die Erblande des Kaisers einzubrechen. Ich zahle ihm Subsidien, für die er eine Armee von wenigstens 30,000 Mann errichten muß. Ich sende Ihnen die Artikel des Ver-

[1]) Dangeau t. VII, p. 467.

Digitized by Google

trages, und mit denselben in der Hand werden Sie den Cardinal Portocarrero überzeugen, wie sehr ich mir die Erhaltung des Friedens und die Sicherung der Nebenländer der spanischen Krone angelegen sein lasse" [1]).

Da nun aber der beabsichtigte Einbruch in Schlesien oder Böhmen den Zweck hatte, die Streitkräfte des Kaisers dort zu beschäftigen, die Verwendung derselben in Italien gegen Mailand zu verhindern: so verlangte Harcourt, daß die spanische Junta ihren Antheil an dem Solde für August II. übernehme. Und demgemäß beschloß die Junta [2]).

Hier liegt der ungeheuere Unterschied gegen früher grell zu Tage. Wie so oft hatte früher spanisches Geld die Kaiser aus dem Hause Habsburg unterstützt gegen die Aggressiv-Mächte des siebenzehnten Jahrhunderts! Nun war es anders geworden. Spanisches Geld sollte dienen als Sündenlohn für einen Einbruch in Oesterreich.

Ludwig XIV. ließ durch Harcourt noch andere Plane zur Begünstigung von Felonien in Deutschland an die spanische Junta bringen. Es war seine Absicht dem Kaiser zugleich einen Brand im Reiche zu erregen. Der Zunder war hier die neunte Kurwürde. Es kam darauf an, die Opponenten derselben mit Geld zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollte also auch Spanien beitragen. Aber es stand das Hindernis entgegen, daß Carl II. von Spanien die neunte Kurwürde anerkannt hatte. Ludwig XIV. löste diese Schwierigkeit in seiner Weise. „Der vorige König, sagte er, war durch das Hausinteresse von Oesterreich zu dieser Anerkennung genöthigt. Da nun dies Interesse sich glücklicher Weise geändert, so muß man sich von Seiten der Krone Spanien anders erklären, und den Gesandten für den burgundischen Kreis am Reichstage die Befehle ertheilen, gemeinsam mit Don Quiros zu handeln. Weigert sich der letztere aus Vorliebe für den Kaiser: so muß schleunigst ein Anderer ernannt werden. Denn es kommt alles darauf an zu hindern, daß das Reich für den Kaiser einstehe und etwa den Krieg, den der Kaiser lediglich für sein Hausinteresse zu unternehmen trachtet, als eine allgemeine Reichssache ansehe [3]).

---

[1]) Hippeau t. II, p. 362. Vom 15. December 1700.
[2]) A. a. O. p. 389. Bericht Harcourts vom 27. December.
[3]) A. a. O. p. 363.

Harcourt entwickelte dem Cardinal Portocarrero diese Logik Ludwigs XIV. Und demgemäß beschloß die Junta, die Anerkennung der neunten Kurwürde zurück zu nehmen [1]).

Ja Harcourt ging über die Forderungen Ludwigs XIV. noch hinaus. Dieser verlangte, daß die spanischen Gesandten in fremden Ländern handelten im Einverständnisse mit den französischen. Harcourt ließ die Junta den Beschluß schärfer fassen. Alle Statthalter und Gouverneure der spanischen Krone erhielten den Befehl, dem Könige von Frankreich zu gehorchen gleich demjenigen von Spanien. Zugleich wurden alle spanischen Botschafter und Gesandte angewiesen, dem Könige von Frankreich ihre Berichte einzusenden, sich in Verbindungen einzulassen, Verträge abzuschließen nach dem Rathe des Königs von Frankreich, mit Einem Worte seine Befehle einzuholen und auszuführen, gleich als wären sie Diener der französischen Krone. — Und abermals jubelte man in Versailles. „Für den König, sagte man, kann nichts ehrenhafter sein als dies Verfahren der Spanier, und diese selbst können für die Erhaltung der Monarchie nicht bessere Sorge tragen, als indem sie sich so völlig dem Könige anvertrauen" [2]).

In der That mußte ja in den Augen aller dieser Menschen, die den Jammer der kommenden Zeiten noch nicht ahnten, Ludwig XIV. im Winter 1700/1 dastehen auf dem Gipfel der Macht, des Ruhmes, des Glanzes. Dieser Meinung entsprachen die ihm dargebrachten Huldigungen. Er bedrohte damals die Stadt Danzig mit einem Bombardement, weil sie sich gegen den Prinzen Conti als Bewerber um die Krone Polen feindselig verhalten. Eine Deputation dieser Stadt erschien vor ihm in Versailles. „Sie redeten mit aller gebührenden Unterwürfigkeit, sagt Dangeau als Augenzeuge: sie dachten nicht daran sich zu rechtfertigen und waren nur gekommen, um Verzeihung zu erbitten. Der Wortführer sagte, daß, je mehr er den König wie eine Gottheit anschaue, desto eher wage er zu hoffen, daß eine aufrichtige und brennende Reue vor ihm Gnade finden werde. Der König war sichtlich gerührt" [3]).

---

[1]) Hippeau t. II, p. 389. Vom 27. December 1700.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 10.

[3]) A. a. O. t. VII, p. 454.

Digitized by Google

Die Vertreter von Danzig hatten für die unwürdige Rede, welche die Furcht ihnen auspreßte, eine Entschuldigung an der Erinnerung des Jammers, welchen der Machtbefehl Ludwigs XIV. einst über die Städte Genua und Brüssel gebracht. Für die Junta von Spanien ist es schwer, irgend welche Entschuldigung zu finden, es wäre denn diejenige der Unkunde der europäischen Dinge. Sie vermeinten, um so sicherer gegen einen Krieg zu sein, je tiefer sie sich beugten unter den Willen des Gewaltigen von Versailles, und es ward ihnen dabei nicht klar, daß gerade diese ihre Unterwürfigkeit, indem sie den Beweis erbrachte, daß nur Ein Wille beide Monarchien beherrschte, die Kriegesgedanken in England und Holland um so lebhafter anfeuerte.

Nicht solche Dinge wurden in der Junta von Spanien erwogen; aber die Frage, welche Persönlichkeiten an die Grenze gesendet werden sollten, um dort den jungen König zu empfangen, rief einen heftigen Sturm hervor. Portocarrero nahm seine Zuflucht zu Harcourt. Dieser verfaßte über die Angelegenheit ein Schreiben an Portocarrero. Der Cardinal nahm es mit in die Versammlung der Junta und verlas es. Seine Gegner blieben stumm [1]). — So berichtet Harcourt.

Ja er faßt die Erbärmlichkeit dieser Menschen noch tiefer. Er fügt seinem Berichte seine Ansicht hinzu, die er, wie er sagt, bereits zum zweiten Male ausspricht: man habe in Spanien keine Besorgnis vor der Herrschaft des Königs von Frankreich dort. Bisher, fährt Harcourt fort, habe der König durch seine Freundlichkeiten den Spaniern allzu sehr geschmeichelt: es sei an der Zeit, daß er die ihm gebührende Sprache der Autorität aufnehme. „Ich sehe alles so sehr in der Nähe, fügt Harcourt bei, daß ich es wage, diesen Rath zu geben“ [2]).

Etwas anders drückt der französische Gesandte Blecourt, der damals noch in Madrid weilte, denselben Gedanken aus. „Es steht zu besorgen, meldet er, daß die Mehrzahl der Granden, die unter der vorigen Regierung es angenehm gefunden haben, als eben so viele Königlein zu leben und zu walten, dahin trachten, auch unter der neuen Regierung dieses Leben fortzuführen. Ich bitte Ew. Majestät

[1]) Hippeau t. II, p. 388.
[2]) A. a. O. p. 390. Vom 27. December.

Digitized by Google

mir dieſe Bemerkung zu geſtatten, damit Maßregeln der Vorſicht dagegen getroffen werden können“ [1]).

Noch bevor Ludwig XIV. dieſe Mahnungen erhielt, that er in dieſer Richtung der Herrſchaft über Spanien einen erheblichen Schritt vorwärts. Er betraf die Königin Maria Anna. Verfolgen wir dieſe Angelegenheit im Zuſammenhange.

So willig die Junta der Regentſchaft in Madrid dem Könige von Frankreich zu Dienſte war, in derſelben befand ſich auch Maria Anna, und zwar hatte ſie, gemäß dem Teſtamente Carls II., den Vorſitz. Sie konnte darum die Beſchlüſſe derſelben nicht hindern; aber ſie kannte nicht bloß dieſe ſelbſt, ſondern auch die Fäden, von welchen dieſe Beſchlüſſe abhingen, und machte darüber Mittheilungen auch nach außen hin, wie z. B. an den Kurfürſten von Bayern in Brüſſel [2]). Ludwig XIV. hebt dies hervor als einen Beweis, daß ihr ferneres Verbleiben in Madrid nachtheilig wirken werde. Allein es trat dazu noch ein anderer wichtiger Umſtand. Wir haben aus dem Berichte Portocarreros vom 3. November 1700 vernommen, daß die Königin, der Groß-Inquiſitor Mendoza und der Beichtvater de las Torres ſich über die Entſtehung des Teſtamentes von Carl II. offen ausſprachen (Bd. VIII, S. 609). Daß dieſe Angelegenheit überhaupt nicht ein undurchdringliches Geheimnis war, haben wir aus dem Berichte des Holländers Schonenberg vernommen (Bd. VIII, S. 604).

Ueber die Zweckmäßigkeit, die Königin aus Madrid zu entfernen, waren Ludwig XIV., Harcourt, Portocarrero bald unter ſich einig. Aber es war ſchwer ihr beizukommen, weil das Teſtament Carls II., auf welches die franzöſiſche Beſitzergreifung ſich gründete, doch auch der Königin zum feſten Stützpunkte diente. Die Andeutungen Harcourts in ſeinen erſten Audienzen ſchien Maria Anna nicht zu verſtehen, und auf ſeine beſtimmtere Rede erwiederte ſie entſchieden ablehnend. Sie hoffe, ſagte ſie, man werde ihr dieſen Affront nicht anthun. Wenn aber doch, ſo werde ſie Klage erheben vor Gott und den Menſchen [3]).

Es lag Ludwig XIV. namentlich daran, daß die Königin ſich vor der Ankunft ſeines Enkels aus Madrid entferne. Da es in

[1]) Hippeau t. II, p. 401. Vom 30. December.
[2]) A. a. O. p. 415.
[3]) A. a. O. p. 387. Harcourts Bericht vom 27. December 1700.

Digitized by Google

gütlicher Weise nicht geschah, so griff er zu einem anderen. Er ließ ein Schreiben abfassen, welches Philipp V. noch von der Reise aus an die Königin richten und durch den Cardinal Portocarrero ihr überreichen lassen sollte. Der neue König hatte nur diesen Brief eigenhändig abzuschreiben. Ludwig XIV. seinerseits meldete gleichzeitig an Maria Anna: er werde froh sein, wenn er eine Gelegenheit finde beizutragen zu ihrer Zufriedenheit [1]). Philipp V. dagegen mußte schreiben: er habe vernommen, daß man Mittel in Bewegung setze, um das wünschenswerthe gute Einvernehmen zwischen ihm und der Königin zu trüben. Er wolle bis zu näherer Prüfung über den Grund oder Ungrund dieser Nachrichten nicht entscheiden, halte aber für die Ruhe der Königin erforderlich, daß sie zu ihrem ferneren Aufenthalte eine von vier seinerseits vorgeschlagenen Städten in Spanien erwähle [2]).

So das Dictat Ludwigs XIV. für seinen Enkel. Als dasselbe sich bereits in den Händen Philipps V. befand, gelangte an ihn während seines Aufenthaltes in Ernani ein Bericht des Cardinals Portocarrero über die Gefährlichkeit des Paters de las Torres und der Königin, mit der Bitte, die letztere aus Madrid auszuweisen und den Pater de las Torres nachdrücklich zu bestrafen [3]). Darauf hin schrieb Philipp V. das Dictat des Großvaters ab, und übersandte das Actenstück dem Cardinal zur Beförderung an die Adresse.

So sehr abgeneigt auch viele spanische Granden der Königin Maria Anna sein mochten: so ist doch kaum anzunehmen, daß einer von ihnen den Cardinal um den nicht chevaleresken Auftrag beneidet habe. Portocarrero indessen führte ihn aus. Die Königin Maria Anna fügte sich, jedoch mit dem Einwande, daß nach dem Testamente Carls II. ihr nicht ein Wohnort vorgeschrieben werden dürfe, sondern daß die Wahl ihr frei stehe. Sie erklärte, daß sie sich nicht nach einer der vier ihr vorgeschlagenen Städte begeben werde, sondern nach Toledo. Und auch dafür verlangte sie Aufschub.

---

[1]) Hippeau t. II., p. 410. Vom 4. Januar 1701.

[2]) A. a. O., p. 418. Vom 5. Januar 1701.

[3]) Das Schreiben Portocarreros deutsch im Theatrum Europaeum Bd. XIV, S. 400. Gegen die Echtheit liegt ein Grund nicht vor, zumal im Vergleiche mit dem Schreiben Harcourts, vom 27. Januar, bei Hippeau t. II, p. 446. Nur fällt es auf, daß Hippeau es nicht selber auch im Originaltexte gebracht.

Digitized by Google

Portocarrero und Ludwig XIV. waren noch ihrer Sache nicht ſicher. Der Erſtere gab den Rath, daß, wenn die Königin nicht aus Madrid weiche, Philipp V. erklären möge: nicht eher werde er die Stadt betreten, als bis die Königin ſie verlaſſen. Ludwig XIV. hieß den Rath willkommen, mit dem Beifügen, daß der Pater de las Torres weggejagt werde [1]). Harcourt war wegen des Aufſehens, welches der erſtere Schritt machen würde, dazu nicht geneigt. Auch ließe ſich, meinte er, die Sache machen ohne einen ſolchen Lärm.

Demnach ward der Rath Portocarreros thatſächlich in ſo weit ausgeführt, daß Philipp V. ſeine Reiſe ſo langſam anzuſtellen hatte, daß er in Madrid erſt eintraf, nachdem die Königin Maria Anna die Stadt verlaſſen hatte. Die Königin zögerte ihren Aufbruch hin bis in den Monat Februar. Philipp V., der am 4. December 1700 von Verſailles abgereiſt war, traf in Madrid ein im Februar 1701.

Dagegen erhielt der frühere Beichtvater Carls II., Pater de las Torres, Provincial der Dominikaner, bereits am 27. Januar von Arias, dem Präſidenten von Caſtilien, den Befehl, ſich binnen vierundzwanzig Stunden in ſein Kloſter zu begeben. Nach der Meinung des Blecourt, der noch in Madrid weilte, hätte der Pater für ſeine nachtheiligen Reden eine härtere Strafe verdient. Aber Blecourt ſagt nicht, daß dieſe Reden der Wahrheit zuwider liefen. Arias handelte, wenn auch nicht gerechter, doch klüger. Denn die Beſorgniſſe der gewichtigſten Perſönlichkeiten, des Cardinals Portocarrero und Ludwigs XIV., ſind der Maßſtab, an welchem wir die Stärke der Partei der Königin zu bemeſſen haben. Portocarrero verlangte von dem jungen Könige ein Decret der Verbannung über das andere gegen hervorragende Perſönlichkeiten: gegen den Groß-Inquiſitor, den Grafen Aguilar, dann wieder gegen einen Kammerdiener des verſtorbenen Königs, und Andere [2]). Dahin alſo war es gekommen, daß dieſer erſte Kirchenfürſt von Spanien, aus Furcht, daß ſein an ſeinem todkranken Könige begangenes Verbrechen offenkundig werde, nun dasſelbe Mittel der Herrſchaft, welches einſt der Königin zum Vorwurfe

[1]) Hippeau t. II, p. 452 und 455.

[2]) A. a. O. p. 453. Vom 27. Januar. — Man vgl. Coremans: Miscellanées de l'époque de Maximilien-Emanuel, p. 118. — Dangeau t. VIII, p. 41.

Digitized by Google

gereicht, dem fremden jungen Könige bis zu seinem und seines Mentors Harcourt Ueberdrusse entgegen trug [1]).

Es ist eine merkwürdige Erfahrung, daß mit dem Dienste Fremder für die Politik Ludwigs XIV. sich für die betreffenden Personen selten ein Glück verband. Die einstigen ungarischen Verschwörer, Zriny und seine Gefährten, endeten unter dem Schwerte des Henkers. Die Türken büßten die Willigkeit, auf seine Mahnung und zum Theile für sein Geld gegen den Kaiser ins Feld zu ziehen, mit einer langen Reihe von Niederlagen, auf die der Friedensschluß von Carlowitz das Siegel setzte. Jacob II. brachte seinem Diensteifer für Ludwig XIV. seine Kronen zum Opfer. Maria Anna erlitt für die Willfährigkeit, welche sie vom Sommer 1698 an bis zum März 1700 für den Dienst Ludwigs XIV. negativ bewiesen hatte, ein freundloses Exil. Der Unterschied ist, daß in jenen ersteren Fällen Andere die Strafe der Thorheit vollzogen, daß in diesem letzten Falle der König, der die Welt erfüllen ließ mit dem Rufe seiner Großmuth, selber sie verhängte, und zwar über eine mit seiner Autorisation, wenn auch nicht ohne ihre eigene Schuld, betrogene Königin und Witwe.

Portocarrero und seine Partei hatten eine solche Härte ursprünglich nicht gewollt: sie hatten das Testament Carls II. so eingerichtet, daß es die Witwe ihres Königs auch fortan königlich stellte. Aber nachdem Portocarrero und seine Partei in den Willen Ludwigs XIV. eingegangen, hatten sie ihm zu dienen wie er es wollte, und nicht nach eigenem Ermessen. Sie waren bereits in einer anderen Angelegenheit darüber zur Klarheit gekommen.

Das Testament, welches jene Partei ihrem sterbenden Könige abgedrungen, hatte für Ludwig XIV. nun seinen Dienst gethan. Am letzten Tage des Jahres 1700 noch gab er der Welt zu erkennen, wie er es halten wolle mit denjenigen Bestimmungen des Testamentes, die nicht seinem Willen entsprachen.

Die Basis jenes Testamentes war die hier folgende Gedankenverbindung. Der Grund, von welchem aus man den Verzicht der Infantinnen Donna Anna und Donna Marie Therese auf die Succession dieser Königreiche verlangt hat, bestand in der Gefahr ihrer

[1]) Bericht Harcourts vom 29. Januar, bei Hippeau t. II. p. 454.

Digitized by Google

Vereinigung mit der Krone Frankreich. Da nun dieser hauptsächliche Grund nicht mehr besteht: so tritt das Recht des nächsten Blutsverwandten in Kraft, und darum beruft das Testament als Erben den Herzog von Anjou.

Am 16. November 1700 hatte Ludwig XIV. die Annahme dieses Testamentes verkündigt. Am 31. December 1700 erließ er ein Patent, durch welches er, vermöge seiner höchsten königlichen Autorität, dem Könige Philipp V. von Spanien alle Rechte seiner Geburt vorbehielt, so daß, wenn dessen älterer Bruder, der Herzog von Bourgogne, ohne männliche Leibeserben hinweg falle, Philipp V. von Spanien zu betrachten sei als der wahre und rechtmäßige Nachfolger auf dem französischen Throne [1]).

Der schneidende Widerspruch dieses Patentes mit dem Testamente, welches allein dem Herzoge von Anjou ein vermeintliches Recht auf Spanien verlieh, liegt vor Augen. Im Hinblicke auf den folgenden furchtbaren Krieg haben daher viele spätere Franzosen dem Könige Ludwig XIV. den Erlaß des Patentes zum Vorwurfe gemacht. Der Vorwurf ist in so weit nicht zutreffend, daß er ein einzelnes Stück, einen einzelnen Zug aus dem Charakter Ludwigs XIV. herausreißt und für sich gesondert betrachtet. Ludwig XIV. dagegen handelte bei dem Erlasse des Patentes von derselben Basis aus, wie bei der Annahme des Testamentes, und wir haben erfahren, daß, freilich nicht nach dem Berichte, welchen Torcy lange nachher fingirte, sondern in der Wirklichkeit als ein gewichtiger Grund für die Annahme des Testamentes am 9. und 10. November geltend gemacht wurde die nicht unwahrscheinliche Aussicht, daß, im Falle des söhnelosen Todes des Herzogs von Bourgogne, der Herzog von Anjou beide Monarchien vereinigen werde (Bd. VIII, S. 619). Dann war es dem Enkel Ludwigs XIV. beschieden, das Ideal der jugendlichen Mannesjahre des Großvaters zur Verwirklichung zu bringen. Demnach verhält sich der Erlaß des Patentes vom 31. December zu der Annahme des Testamentes am 16. November wie die Ergänzung, die Vollendung des Planes, welcher begonnen hatte mit der spanischen Heirath Ludwigs XIV. Nicht ein einzelnes Glied in dieser langen Kette verdient mehr als ein anderes hervorgehoben

[1]) Das Patent, oft gedruckt, bei Hippeau t. II, p. 404.

Digitized by Google

zu werden als thöricht oder ungerechtfertigt: sie sämmtlich sind erwachsen aus demselben Boden der Untreue und der Falschheit. Und diesem Boden entsprachen die Früchte, die von dorther reiften für die Völker Europas.

Andererseits aber vergessen diejenigen Franzosen, welche geneigt sind, dem Könige Ludwig XIV. für den Erlaß des Patentes vom 31. December den Vorwurf der Thorheit zu machen, daß sie urtheilen nach den späteren Ereignissen, daß jedoch für Ludwig XIV. die Consequenzen seines Thuns noch in dem Schleier der Zukunft verhüllt lagen. Damals als Ludwig XIV. jenes Patent vom 31. December 1700 erließ, erschien der Besitz der spanischen Monarchie für den Herzog von Anjou noch nirgends und in keiner Weise gefährdet.

Dies ist von nicht geringer Wichtigkeit namentlich auch für das Verhalten des päpstlichen Stuhles gegenüber der spanischen Umwälzung. Wir haben dies Verhalten im Zusammenhange zu überblicken.

Das Gutachten der drei Cardinäle Spada, Albani, San Cesareo, welches der Papst Innocenz XII., im Juli 1700, auf die Anfrage Carls II. ihm eingesendet (Band VIII, S. 510), konnte keine der beiden Richtungen der National-Spanier befriedigen. Dem Königspaare, das auf eine günstige Antwort aus Wien und die Sendung des Erzherzogs Carl hoffte, mußte es misfallen als zu sehr französisch; dem Cardinal Portocarrero und seiner Partei war es nicht französisch genug.

Innocenz XII. überlebte diesen Rath nur um wenige Wochen. Er starb am 27. September 1700.

Das Conclave zog sich längere Zeit hin [1]). Der Kaiser ward in Rom vertreten durch den Grafen Lamberg, Carl II. von Spanien durch den Herzog von Uzeda, Ludwig XIV. durch den Fürsten von Monaco. Dazu trugen viele der Cardinäle auch die politische Färbung ihrer Heimat, und namentlich die französischen Cardinäle durften angesehen werden mehr als Diener Ludwigs XIV. denn als Kirchenfürsten.

[1]) Für das Folgende hauptsächlich die Relazione del conte di Lamberg, und die Relazione finale di Erizzo, amb. Veneto, beide im k. k. Archive.

Digitized by Google

Dies ging so weit, daß der Cardinal von Bouillon, obwohl bei Ludwig XIV. in Ungnade, sich für jeden seiner Schritte die Instruction einholte bei dem mit den Intentionen des Königs genauer bekannten Cardinal Janson Forbin.

In dieser Zwischenzeit geschah es, daß dem Fürsten von Monaco in seinem Charakter als Botschafter eine Kränkung widerfuhr, für welche er mit dem Vollmaße des Zornes seines Königs drohete. Das Cardinal-Collegium war zu einer Satisfaction erbötig; aber auch die französischen Cardinäle blieben dabei, daß zuvor die Befehle des Königs eingeholt werden müßten. In Rom erhob sich die Furcht, daß die einstigen Forderungen des Crequi zum Muster dienen würden. Aber Ludwig XIV. hatte ein Maß für seinen Zorn an seinem Interesse, dem es nicht entsprach, die Cardinäle zu erbittern, und dadurch vielleicht eine ihm ungünstige Wahl zu befördern. Die Sache des Fürsten Monaco kam ihm also sehr ungelegen: er ließ sie fallen [1]).

Nachdem wiederholt die Stimmen des Conclave sich zersplittert, richtete sich im Beginne des Monates November die Aufmerksamkeit Vieler auf den Cardinal Albani, einen der drei, die Innocenz XII. im Juli mit der Berathung des Schreibens von Carl II. betraut hatte. Die Gesandten des Hauses Habsburg — denn bis zur Kunde der Annahme des spanischen Testamentes durch Ludwig XIV. ging Uzeda mit Lamberg zusammen — waren der Ansicht, daß eine Wahl nach ihrem Wunsche, nämlich die des Cardinals Marescotti, nicht zu erlangen sei, und daß es darum für sie sich nur darum handele, eine mindest nachtheilige Wahl zu befördern.

Zu Ende des Monates October, wo der Cardinal Albani noch nicht im Vordergrunde stand, berichtete der Graf Lamberg über ihn an den Kaiser: „Albani hat viele Freunde unter den jüngeren Cardinälen, ist höflich, verspricht alles und hält nichts, in der Meinung, die Parteien werden sich mit dieser Höflichkeit und der guten Hoffnung zufrieden geben. Er ist von geringer Herkunft, empor gekommen im

[1]) Erizzo: mà il Rè occupato da più altri pensieri mirando unicamente al gran punto della congiuntura che poco doppo successe, giudicò opportuno di preferire l' interesse al decoro, onde abbandonò il Ministro per timore che i Cardinali precipitassero l' elettione in soggetto poco favorevole a suoi vasti disegni.

Digitized by Google

Hause Barberini und durch die Gönnerschaft des Cardinals Medici. Der verstorbene Papst, welcher allen Cardinälen Beinamen zu geben pflegte, hat ihn bezeichnet als Romanesco, nicht mit Unrecht; denn er versteht meisterlich die Kunst einen Anderen hinter das Licht zu führen. Er ist einundfünfzig Jahre alt, und darum sehen Viele ihn an als zu jung für die päpstliche Würde, obwohl er behauptet, daß er bei seinem Gesundheitszustande sich als einen Alten betrachten müsse" [1]).

Für den Cardinal Albani ward von Vielen geltend gemacht, daß er nicht als Unterthan eines weltlichen Fürsten, sondern im Kirchenstaate geboren und erzogen war.

Bis tief in den Monat November hinein kam das Conclave zu keiner Entscheidung. Am 19. traf die Nachricht vom Tode Carls II. von Spanien ein. Sie bewirkte, wie Lamberg und Erizzo melden, in dem Conclave eine große Consternation [2]). Aus derselben rang sich die fast allgemeine Ueberzeugung hervor, daß nun ohne weiteren Zeitverlust eine Persönlichkeit gewählt werden müsse, welche befähigt sein würde, das Recht und die Freiheit der Kirche und des römischen Stuhles zu wahren. Beim nächsten Scrutinium erfanden sich einundvierzig Stimmen für den Cardinal Albani. Die Wahrscheinlichkeit seiner Wahl lag damit vor Augen.

Der Kaiser hatte den Grafen Lamberg durch ein Handschreiben ermächtigt, der Wahl Albanis nicht entgegen zu sein. Der Botschafter ließ es durch seinen Vetter, den Cardinal Lamberg, ihm überreichen. Albani erwiederte, daß er die Geneigtheit des Kaisers in seinem bisherigen Posten als Secretär der Breven verdienen werde: der Bürde des Papstthumes sei er nicht gewachsen. Auch Anderen gegenüber versicherte Albani mit Weinen und Schluchzen seine geringe Befähigung. Besser als auf den Thron zu steigen, schicke es sich für ihn, in einer Höhle zu wohnen und seine Sünden zu betrauern. Das Papstthum erfordere einen starken Mann, nicht jedoch Einen wie ihn, der nicht vermöge etwas abzuschlagen, der viele Verwandte habe und sie alle mit warmer Liebe umfasse. Das Weinen und Schluchzen stieg bei ihm bis

---

[1]) Lambergs Bericht vom 24. October.

[2]) Desgleichen vom 23. November. — Erizzo: li animi dei Cardinali furono visibilmente toccati dalla mano di Dio.

Digitized by Google

zum Krampfe. Es wirkte nicht zu Ungunſten Albanis. Der Cardinal Lamberg, ein Vetter des Botſchafters, that dieſem kund: „Ob gern, ob ungern, Albani wird auch wider den Willen der Franzoſen zum Papſte erwählt werden, und wir ſind unſerer Sache ſo ſicher, daß die Franzoſen, auch wenn ſie wollten, nicht wagen würden, ſich der Wahl zu widerſetzen“ [1]). Das nächſte Scrutinium ergab dreiundfünfzig Stimmen für den Cardinal Albani: er war Papſt.

Die ſpäter oft ausgeſprochene Behauptung, daß bei der Wahl Albanis die franzöſiſche Partei die Oberhand gehabt habe, iſt demnach nicht richtig. Dagegen ward damals gleich die Anſicht ausgeſprochen, daß das Widerſtreben Albanis vorher den Zweck gehabt habe, jegliche Bedingung ſich fern zu halten [2]). Die Anſicht ward befeſtigt durch das Verhalten Albanis nach der Wahl. Auf die Frage, welchen Namen er tragen wolle, erwiederte er, um ſeine Unabhängigkeit von den verſchiedenen, auf ihn hoffenden Parteien darzuthun: „Wir feiern heute das Feſt des heiligen Clemens, des Papſtes und Märtyrers, und darum wollen wir dieſen Namen tragen“.

„So gereichte, ſagt Lamberg, das Unglück Europas in dem Tode Carls II. zur Erhebung des Papſtes Clemens XI. Denn nur, weil jene Nachricht auf die Cardinäle wirkte wie ein betäubender Blitzſchlag, einigten ſich alle zu dieſer Wahl. Sie beeilten dieſelbe, damit nicht die bevorſtehende Einigung der beiden Mächte Frankreich und Spanien die Freiheit der Cardinäle beſchränken und das Geſetz der Wahl vorſchreiben möge“ [3]).

Aehnlich berichtet der Cardinal Medici dem Kaiſer: „Die am 19. November hier eingetroffene Nachricht aus Spanien gab den

[1]) Et nolens volens invitis Gallio in Papam eligetur, adeoque certi sumus de hac electione, ut, licet Galli velint, non audeant electioni resistere.

[2]) Lambergs Bericht vom 23. November 1700: „Damit ihm von keinem Menſchen pacta zu unterſchreiben proponirt werden möchte“. — Stärker ſagt Erizzo: Pareva cercasse l'occasione di dare un esempio della sua sollecitudine per abbassare li Principi ed i loro Ministri.

[3]) Relazione di Lamberg p. 28*: i sconvolgimenti, che sovrastavano alla Europa, fecero correre a gran passi per accelerare la terminazione del Conclave ad effetto, che queste due Potenze unite non avessero tempo di coartare la libertà dei Cardinali, e dare legge alla elezione.

Digitized by Google

Impuls zur Beschleunigung der Wahl. Denn es lag die Nothwendigkeit vor Augen, daß unter den jetzigen Umständen ein Papst da sein müsse, der durch seine Autorität und seine Umsicht es vermögen würde, den so wünschenswerthen Frieden unter den christlichen Fürsten aufrecht zu halten" [1]).

Als die Flügelthüren sich öffneten, und der neue Papst, weiß gekleidet, den Augen auch der Weltlichen sichtbar wurde, hatte er zu seiner Rechten den Vice-Decan des Collegiums, den Cardinal Bouillon, zu seiner Linken den Cardinal d'Estrees. So entsprach es der Ordnung, und dennoch erschien dieser Zufall selbst vielen Anwesenden wie ein Vorzeichen für die künftige Haltung des Papstes Clemens XI. Als dagegen der Botschafter Lamberg vor ihm niederkniete, hob der Papst ihn empor und sprach: er erkenne sehr wohl sich dieser höchsten Würde nicht gewachsen. Daß sie dennoch auf ihn gekommen, dafür sei er der höchsten Güte des Kaisers verpflichtet, und niemals werde er dessen uneingedenk sein.

Einige Tage später legte der Cardinal Lamberg in einer Audienz dem Papste die politische Ansicht des Kaisers dar. Der Kaiser hoffe, sagte er, daß der Papst als Oberlehnsherr von Neapel und Sicilien mit der Belehnung behutsam verfahren werde. Clemens XI. fiel ihm in die Rede: „Wir haben die Sache bereits überlegt, und Sie dürfen versichert sein, daß, wie uns Gott die Gnade erwiesen, uns unwürdig auf diesen Stuhl zu setzen, ohne einige Bedingung gegenüber wem es auch sei, so werden wir auch in einer so wichtigen Angelegenheit uns nicht die Autorität beilegen, allein darüber zu urtheilen, sondern werden handeln in Uebereinstimmung mit dem gesammten Collegium der Cardinäle" [2]).

Das Glückwunschschreiben des Kaisers an den Papst athmet volles Vertrauen. „Wir hegen keinen Zweifel, sagt er darin, daß uns, der wir als der erstgeborene Sohn der Kirche [3]) das Heil und den Frieden der Christenheit uns immer haben angelegen sein lassen,

---

[1]) Der Cardinal Medici an den Kaiser, 23. November.

[2]) Bericht des Cardinals Lamberg vom 27. November.

[3]) Tamquam Primogenitus Ecclesiae. Schreiben des Kaisers vom 4. December 1700.

Digitized by Google

die Autorität des päpstlichen Stuhles gern und willig zur Seite stehen wird."

Das Verhalten des Papstes Clemens XI. schien völlig der Erwartung zu entsprechen. Der Graf Lamberg ließ die früher gehegten Zweifel schwinden. An demselben Tage, an welchem der Kaiser jenen Glückwunsch abfaßte, am 4. December, berichtet er: „Es ist nicht möglich ein anderes Urtheil zu fällen, als daß der Papst sich als gemeinsamen Vater der Christenheit erweisen werde".

Voll dieses Vertrauens trat der Botschafter vor den Papst, um ihm die Auffassung der Dinge in Wien auszusprechen. „Ein Testament, sagte er, welches einem todtkranken, und in diesem Zustande zur Erwägung einer so wichtigen Sache notorisch nicht fähigen Manne durch listige Künste abgedrungen wird, vermag nicht den gültigen Rechtsbestand abzuändern" [1]). Dann entwickelte er diesen. Der Papst vernahm die Rede mit gespannter Aufmerksamkeit. Dann erwiederte er: „Herr Botschafter, das Alles ist mit Wahrheit begründet. Indem der Kaiser weigerte bei Lebzeiten des Königs von Spanien sich auf den Theilungsvertrag einzulassen, hat er gehandelt — verstatten Sie uns den für ein so hohes Haupt vielleicht nicht passenden Ausdruck — als Cavalier, und er wird unzweifelhaft den Ehrenpunct auch ferner festhalten. Unsere Aufgabe ist, wie wir dem Cardinal Lamberg bereits ausgesprochen, uns als gemeinsamen Vater der Christenheit zu beweisen. Man hat von der anderen Seite unterdessen uns bedroht. Dies wird uns nicht schrecken. Gott hat uns Unwürdigen zu diesem Amte berufen, vielleicht weil wir die Kraft besitzen, demselben vorzustehen, Reisen zu ertragen und, wenn es Noth thut, die christlichen Potentaten kniend um den Frieden zu bitten. Wir haben gestern mit den vornehmsten Cardinälen Congregation über Staatssachen gehalten, und darin den Beschluß gefaßt, durch Couriere an den Kaiser und den König von Frankreich unsere Friedensmahnung zu entsenden — denn von einem Könige von Spanien wissen wir noch nichts — alsdann Nuntien abzuschicken, um unsere Vermittelung zum Frieden anzutragen,

---

[1]) In dem Handschreiben des Kaisers an den Papst: Testamentum e semimortuo atque ad tanti ponderis rem discutiendam tum temporis notorie incapace Rege (incertum quibus artibus) extortum.

Digitized by Google

im Uebrigen aber eher unser Leben aufzuopfern als eine Ungerechtigkeit zu begehen. Wir getrauen uns nicht ein solches Werk allein auf unsere Schultern zu nehmen, und deshalb haben wir zehn nicht betheiligte, dem Kaiser wohlgeneigte Cardinäle herzugezogen, damit wir handeln können mit allgemeiner Zustimmung. Dies kann der Herr Botschafter in unserem Namen dem Kaiser versichern" [1]).

Wir sehen also, daß Clemens XI. sich eine der höchsten und würdigsten Aufgaben des Papstthums stellt, diejenige der Vermittelung und Versöhnung der weltlichen Häupter, um den Völkern den Frieden zu bewahren. Es fragte sich dann, ob bei der ungeheueren Schwierigkeit dieser Aufgabe gerade damals seine Persönlichkeit ihr gewachsen war.

In dem weiteren Verlaufe des Krieges, als die Seemächte den Wiedergewinn auch des eigentlichen Königreiches Spanien selbst für das Haus Habsburg auf sich genommen und Jahr auf Jahr dies als ihre feste Absicht verkündeten, ist dem Papste Clemens XI. der Vorwurf gemacht worden, daß es vor dem Beginne des Krieges seine Pflicht gewesen wäre, sich in nachdrücklicher Weise für das Recht des Hauses Habsburg auf die gesammte spanische Monarchie auszusprechen. Der betreffende Gedankengang, wie er in England fixirt wurde, ist wie folgt [2]).

„Wenn in irgend einem Falle es das Amt des Papstes sein kann, vom Standpuncte der geistlichen Dinge aus über weltliche Angelegenheiten sein Urtheil zu fällen: so hätte niemals ein Anlaß dazu ihm so nahe gelegen als derjenige des Anspruches des Hauses Bourbon auf die spanische Monarchie. Dieser Anspruch war offenbar nur möglich durch den Bruch der Verträge und der Verzichte, die errichtet und ausgesprochen waren in der denkbar feierlichsten Form. Ludwig XIV. hatte vor dem Altare, in Gegenwart der Gottheit und vor allen Betheiligten, gelobt und beschworen, daß er für sich und seine Nachkommen für immer verzichte auf die spanische Monarchie. Dennoch hatte nun dieser selbe Ludwig XIV. durch Lug und Trug seinen Enkel auf den Thron von Spanien gebracht. Andere Potentaten konnten

[1]) Lambergs Bericht vom 23. December.

[2]) Im Daily Courant vom 26. October 1708. Also aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Protestanten.

Digitized by Google

nach ihrer politiſchen Klugheit ermeſſen, ob ſie den Herzog von Anjou als König von Spanien anerkennen wollten. Aber ſicherlich lag es dem Statthalter Jeſu Chriſti ob, den inneren Werth einer Sache abzuwägen, die lediglich von der Frage abhing, ob Jemand, in ſchimpflicher Verachtung ſeines göttlichen Herrn, die heiligſten Bande der Religion wie ein Spinngewebe zerreißen dürfe, und kurz, ob ein Meineid ein Recht ſchaffen könne."

Die hier gegebene Beweisführung ließe ſich noch verſtärken. Der päpſtliche Stuhl beſaß in dieſem Falle nicht blos ein ideales Recht, als der Vertreter der Eidespflicht und der Wahrhaftigkeit ſeine Stimme zu erheben, ſondern auch ein poſitives, von den vertragſchließenden Parteien ausdrücklich ihm zuerkanntes Recht. Der König Philipp IV. von Spanien hatte in die Heirath ſeiner Tochter Marie Thereſe mit Ludwig XIV., zur Beſiegelung des pyrenäiſchen Friedens, eingewilligt gegen den Verzicht der Infantin für ſich und ihre Deſcendenz. Auf Grund dieſes Vertrages war der Papſt Alexander VII. um die Dispenſation von dem Ehehinderniſſe der Verwandtſchaft und um ſeinen apoſtoliſchen Segen für den Vertrag überhaupt erſucht und hatte er ſie gegeben [1]). Dann aber enthielt die Eidesformel des Verzichtes von Seiten der Infantin Marie Thereſe die Bitte an den Papſt, daß er mit der Autorität ſeiner apoſtoliſchen Beſtätigung die Kraft und das religiöſe Band dieſes Eides ſtärken wolle [2]).

Wenn demgemäß der Papſt Clemens XI. nach dem Tode Carls II. ſeine Stimme für die Heilighaltung der Eide von 1659 hätte erheben wollen: ſo hätten auch die Gegner ſein poſitives Recht dazu nicht verneinen können.

Indeſſen nicht auf dieſen Standpunct ſtellte ſich Clemens XI. Es dürfte fraglich ſein, ob auch nur der Gedanke es zu können, ihn lebhaft beſchäftigt hat. Eine Reihe von Motiven in ihm und außer ihm wirkte entgegen.

---

[1]) Man vgl. die Schrift: Synopsis quorundam jurium Austriacorum in Successionem Hispanicam, bei Lamberty t. XI p. 190 sqq.

[2]) Ut autoritate Apostolicae suae confirmationis vim quoque seu robur augere dignetur vinculi et religionis hujus mei Sacramenti. — Die beſte Schrift über die Sache überhaupt iſt: Jus Austriacum in Monarchiam Hispanicam assertum. Viennae Austriae. Typis Joannis Jacobi Kürner. Aõ 1701.

Clemens XI. hatte den Standpunct, welchen der päpstliche Stuhl gemäß den Thatsachen von 1659 moralisch wie formell festzuhalten berechtigt war, auch vor dem Todfalle in Spanien bei sich schon aufgegeben. Dem Gutachten vom Juli 1700, an welchem er Theil genommen, lag der Gedanke zu Grunde, daß das eigentliche Königreich sich der Macht Ludwigs XIV. nicht erwehren könne, und darum fügen müsse.

Der Gang der Dinge, wie er im Winter 1700/1 vorlag, schien diese Ansicht durchaus zu bestätigen. Philipp V. sandte auf der Reise nach Spanien dem Papste die Notification seiner Thronbesteigung ein. Clemens XI. antwortete mit seiner Anerkennung Philipps V. als des Königs von Spanien. Als im Jahre 1708 mit vielen anderen Vorwürfen gegen die politische Haltung des Papstes Clemens XI. auch derjenige erhoben wurde, daß er durch diese voreilige Anerkennung das volle Gewicht seiner Autorität in die Wage des Hauses Bourbon geworfen habe, wiesen die Schriftsteller, welche für Clemens XI. zur Feder griffen, hin auf den damaligen Zustand der Dinge. Das Testament Carls II., das den Herzog von Anjou berufen, sei in Spanien mit allgemeinem Jubel vernommen, vom Adel und vom Volke, von Geistlichen und Laien, ohne Widerspruch. Die Spanier insgesammt hätten dem neuen Könige Philipp V. gehuldigt. Diesem allgemeinen Willen der spanischen Nation habe auch der Papst zustimmen müssen. Durch die Anerkennung, die sich auf das Land Spanien beschränke, habe der Papst Niemandem ein Unrecht zugefügt [1]).

Es kam dazu, daß im Winter 1700/1 der Kaiser jener Ansicht des Papstes nicht so sehr fern stand. Der Kaiser, der sich nicht verhehlte, daß seine Weigerung im Sommer 1700, seinen Sohn Carl dem Wunsche des Königspaares gemäß nach Spanien zu entsenden, indirect einem thatsächlichen Verzichte auf das Land Spanien gleichkam, verlangte nicht, daß der Papst Clemens XI. der Macht der Thatsachen von 1700 gegenüber den Rechtszustand von 1659 geltend machen solle. Die Anerkennung eines Königs von Spanien betraf dem Wortlaute nach die italienischen Länder Carls II. nicht mit. Um diese zu erlangen, hoffte der Kaiser auf die Mitwirkung, die Vermittelung des Papstes Clemens XI., und ersuchte ihn als Oberlehnsherrn von Neapel und Sicilien um die Belehnung.

[1]) In den Romanis des k. k. Archivs von 1708.

Digitized by Google

Wie die Dinge im Winter 1700/1 lagen, hätte ein energiſches Auftreten gegen den Anſpruch des Hauſes Bourbon auf Spanien einen Mann von höchſter Kraft und Energie erfordert, der, vor allen Dingen, keine Furcht kannte. Eine Kraft ſo ungewöhnlicher Art fand ſich nicht in Clemens XI. Der kaiſerliche Botſchafter Lamberg, der im Winter 1700/1 an dem guten Willen und der Aufrichtigkeit der Geſinnung des Papſtes Clemens XI. für den Kaiſer keinen Zweifel hegte, fügte doch ſeinen Berichten gelegentlich die Bemerkung hinzu: „Der Papſt iſt furchtſam".

Und hier tritt vor allen Dingen die doppelte Qualität des Papſtes uns vor Augen als des Hauptes der Kirche und des italieniſchen Landesfürſten. In der erſteren wollte ſich Clemens XI., wie er geſagt, als den gemeinſamen Vater der Chriſtenheit erweiſen, vermittelnd, Frieden ſtiftend, über den Parteien ſtehend. Als italieniſcher Landesfürſt dagegen erkannte Clemens die Gefahr, in einen etwaigen Krieg als Mitleidender verwickelt zu werden. Von der einen Seite her fürchtete er, wie er dem Venetianer Erizzo ſich ausſprach, die Gewaltſamkeit, die Kühnheit, den Stolz der Deutſchen, von der anderen die Leichtfertigkeit, den Uebermuth, die Heftigkeit der Franzoſen, und vor allem ihre gallicaniſchen Grundſätze. Es war daher dem Papſte politiſch zunächſt darum zu thun, eine Liga der italieniſchen Mächte zu Stande zu bringen, einen Bund der bewaffneten Neutralität zum Zwecke der gemeinſamen Vertheidigung. Der Plan zerging ſofort an der Nicht-Bereitwilligkeit der anderen Mächte in Italien. Es blieb daher nur der Entſchluß der nicht bewaffneten Neutralität. Aber es blieb zugleich die bei Clemens XI. wohl erkennbare Furcht. Und in dieſer Furcht lag die Gefahr, daß je nach Umſtänden die Qualität des italieniſchen Landesfürſten in Clemens XI. hinauswachſen könne über die Qualität des gemeinſamen Vaters der Chriſtenheit. Um dieſe Gefahr zu vermeiden, ſuchte ſich Clemens XI. ſo zu verhalten, daß die Vertreter ſowohl des Kaiſers als des Königs von Frankreich, der Graf Lamberg und der Cardinal Janſon Forbin, ihn für die eigene Sache als geneigt anſahen, ſo ſehr, daß ſie ſich beide darüber in dieſem Sinne zu dem Venetianer Erizzo ausſprachen [1]).

[1]) Erizzo: Attratti da cosi fine lusinghe li Ministri Cesareo e delle Corone l'hanno sempre creduto in secreto portato al loro interesse.

Digitized by

Clemens XI. fürchtete beide Parteien; aber als Römer fürchtete er mit seinen Landsleuten den König von Frankreich mehr als den Kaiser. „Ew. K. Majestät, meldet der Graf Lamberg in seinem Berichte vom 23. December 1700, können nicht genugsam glauben, wie sehr bei dieser unwissenden Nation Ihr Name erloschen ist. Die Leute hier halten wenig von der kaiserlichen Macht, betrachten dagegen die feindliche als unüberwindlich. Sie wünschen den Frieden erhalten zu sehen und erwägen nicht, daß dies nur auf die Gefahr ihrer Freiheit möglich sein würde. Die National-Spanier, die sich hier aufhalten, gehen darin voran. Sie legen über das Testament für den Herzog von Anjou eine Freude an den Tag, wie etwa die Juden thun würden, wenn ihnen der ersehnte Messias erschiene."

Ein Beispiel dessen war vor Allen der spanische Botschafter in Rom, Uzeda. Da ihm die eigentliche Gesinnung Carls II. bekannt, so hatte er noch am 30. October in einem langen Schreiben dem Kaiser seine Loyalität betheuert, mit der Versicherung, daß die Interessen beider Linien des Erzhauses ganz dieselben [1]). Er war mit Lamberg zusammen gegangen in den Berathungen über die Papstwahl. Nach dem Eintreffen jedoch der Nachricht über die Annahme des spanischen Testamentes in Versailles schien der Spanier sogar die Formen der gewöhnlichen Höflichkeit vergessen zu haben. Als Lamberg ihn zur Rede stellen ließ, erwiederte Uzeda: sein Verhalten richte sich nicht gegen die Person des Botschafters, sondern gegen den kaiserlichen Hof, der ihn verächtlich behandelt habe [2]). „Die Spanier insgesammt hier, fügt Lamberg hinzu, benehmen sich den Franzosen gegenüber, als seien sie von je her die besten Freunde gewesen." Auch Clemens XI. selber konnte sich gelegentlich einer ironischen Bemerkung über den Verneifer der Spanier nicht enthalten.

Anders war die Gesinnung in Mailand, Neapel, Sicilien. Sie war vorwiegend kaiserlich. Allein Lamberg sagt mit Bestimmtheit vorher, daß dort Keiner sich rühren werde, wenn nicht der Kaiser zuvor eine Armee hinsende.

[1]) Siendo tan unos los intereses.

[2]) Lambergs Bericht vom 31. December 1700.

Digitized by Google

Dieſelbe Nachricht gelangte damals direct von dort her nach Wien. In Neapel hatte der Statthalter Medina Celi noch vor der Ankunft der kaiſerlichen Geſandten Sangro und Caraffa den König Philipp V. proclamirt. Bei dem feierlichen Acte warf er mit vollen Händen Geld aus. Das Volk griff danach und rief, nicht freilich wie Medina Celi hoffte: Evviva il rè Philippo V — ſondern: Buttate, buttate! (Werft mehr!) — Andererſeits aber auch wagte es Niemand den Kaiſer oder den Erzherzog auszurufen [1]).

In Mailand war unterdeſſen der Graf Caſtelbarco eingetroffen. Auch dort hatte der Statthalter Prinz Vaudemont bereits den König Philipp V. proclamirt. Dennoch gedachte Caſtelbarco den Verſuch zu machen.

Nach ſeiner Ankunft in Mailand, am 5. December, erſuchte er den Prinzen Vaudemont um eine Audienz. Nach langer Berathſchlagung mit ſeiner Umgebung willigte Vaudemont ein. Nachdem er die Rede Caſtelbarcos vernommen, ließ er zwei Secretäre eintreten und dictirte ihnen in ſpaniſcher Sprache ſeine Antwort. Die Subſtanz derſelben war, daß er das Teſtament Carls II. bis zum letzten Blutstropfen, wie er ſagte, aufrecht halten werde. Auf die Gegenvorſtellungen Caſtelbarcos zuckte Vaudemont die Achſeln. „Ich weiß, ſagte er, der Kaiſer iſt hinter das Licht geführt, iſt verrathen worden; aber die Dinge ſind nun einmal dahin gekommen. Es bleibt nur noch übrig, aus der Noth eine Tugend zu machen. Denn es wäre doch nicht zu rathen, daß daraus ein Krieg entbrenne, zumal da ja noch Mittelwege offen ſtehen.“

Er fragte weiter, ob Caſtelbarco noch andere Aufträge habe als an ihn. Jener bejahte und nannte die Namen. Vaudemont rieth ihm lieber abzureiſen. „Nicht eher, erwiederte Caſtelbarco, als bis ich meine Aufträge ausgeführt.“

Bei dem Aufbruche Caſtelbarcos nach Mailand, zu Ende November 1700, war die Truppenſendung nach Mailand in Wien eine beſchloſſene Sache geweſen. Mit Bezug darauf erſtattete Caſtelbarco ſeinen Bericht. „Wenn die Truppen Ew. K. Majeſtät, ſagte er, hier ſo bald wie nur möglich anlangen, iſt nichts Anderes als alles

[1]) Caſtelbarcos Bericht vom 13. December. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

Gute zu hoffen. Denn Alle insgesammt sind wohlgesinnt; aber sie dürfen nicht wagen sich zu erklären, weil die festen Plätze sich in den Händen der Gegner befinden. So bald die Hoffnung aufgeht an den Truppen Ew. K. Majestät einen Schutz zu haben, wird man sie mit Freuden herbeirufen, wie man andererseits, wenn Frankreich zuvorkommt, nothgedrungen sich fügen wird. Es liegt daher alles an dem schleunigen Marsche der kaiserlichen Truppen. Treffen sie eher hier ein als die französischen: so ist das die Siegeserklärung."

Allein bei dem Eintreffen dieser Mahnung in Wien hatten dort bereits andere Gründe überwogen.

Zunächst ist es nach dem eigenen Berichte des Prinzen Eugen, vom 24. November sehr fraglich, ob damals eine Armee von 30.000 Mann marschfertig war [1]). Ferner hatte man das schwere Bedenken, sich allein in einen Krieg mit dem übermächtigen Frankreich einzulassen, ohne der Hülfe der Seemächte versichert zu sein. Dazu bot nun der Papst Clemens XI. seine Vermittelung an. Sowohl der Respect des Kaisers vor dem päpstlichen Stuhle an sich, als in diesem Falle das Vertrauen auf die Kundgebungen des Papstes Clemens XI., ließen es nicht zu, darüber hinwegzugehen. Die Hoffnung einer friedlichen Lösung schien noch nicht geschwunden, und auch sogar eine Verzögerung nicht unmittelbar eine Gefahr zu bringen. Denn Ludwig XIV. wandte sofort dasjenige Mittel seiner Politik an, welches ihm so oft bereits gelungen war, nämlich das Gegentheil dessen zu versprechen, was er vor hatte. Er ließ in Rom eröffnen: wenn der Kaiser versichere, keine Truppen nach Italien zu senden: so werde auch er es unterlassen. Der Cardinal Paulucci that im Namen des Papstes dies dem Botschafter Lamberg kund [2]). — Während Ludwig XIV. so reden ließ,

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III. Supplementheft S. 4 u. ff.

[2]) Da dies auffallend klingt, so hebe ich zum Beweise hervor, daß der Botschafter Lamberg mindestens zweimal später die Sache vor Clemens XI. persönlich in Audienzen zur Sprache gebracht hat, am 14. Februar 1701 und am 1. Januar 1702. Das letztere Mal mit folgenden Worten: „Da hiebevor auf H. Cardinal Paulucci beschehene Versicherung, wenn keine kaiserliche Völker in Italien kämen, alsdann auch Frankreich die seinigen nicht wollte hineinrücken lassen, E. K. M. den Anmarsch bona fide contremandirt, der König in Frankreich aber wie bisher noch alle Zeit datam fidem gebrochen" u. s. w.

Digitized by Google

befanden ſich in der Wirklichkeit ſeine Truppen bereits auf dem Marſche nach Mailand.

Vor der Geſammtheit jener Erwägungen ſank in der Hofburg in Wien der bereits gefaßte Entſchluß, den Prinzen Eugen mit einem Heere noch im Winter nach Mailand zu entſenden, wieder unter. Dagegen ging der Kaiſer ein auf das päpſtliche Erbieten zur Vermittelung, ſo jedoch, daß er ſich die Verſtändigung mit den Seemächten offen erhielt. Zu dieſem Zwecke fügte er dem Eingehen ſeine Bedingungen hinzu. Er hoffe, ſagte er in ſeiner Antwort, der heilige Vater werde nicht misbilligen, daß der Kaiſer ſich vorbereite, für die gerechten Anſprüche ſeines Erzhauſes wie des Reiches ſo einzutreten, wie die ausdrückliche Pflicht es fordere: der Papſt werde vielmehr für dieſe ſeine Gründe ihm ein geneigtes Ohr ſchenken. Die Wünſche des Kaiſers ſeien gerichtet auf einen friedlichen Congreß mit Frankreich; aber als Vorbedingung desſelben verlange er, daß der Papſt als Oberlehnsherr die Königreiche Neapel und Sicilien in Sequeſter nehme, daß mit den Reichslehen Mailand und den ſpaniſchen Niederlanden ähnlich verfahren werde, ſei es durch den Kaiſer ſelbſt oder eine andere Macht [1]).

Die Räthe des Kaiſers machten ſich darüber kein Hehl, daß Ludwig XIV. in dieſe Bedingungen nicht willigen werde. Sie ließen dies durch die Geſandten im Haag und in London offen ausſprechen [2]). Jedenfalls aber glaubte man in Wien Zeit gewonnen zu haben für die weitere Verſtändigung mit den Seemächten. Daß unterdeſſen die Franzoſen in Mailand zuvorkommen würden, wußte man noch nicht.

Clemens XI. nahm das Eingehen des Kaiſers auf ſein Erbieten mit freudigem Danke entgegen. Allein auch er hob ſofort die Schwierigkeit der von kaiſerlicher Seite geſtellten Bedingung hervor. Er wolle den Vorſchlag nach Verſailles hin machen; aber er erwarte davon nicht viel. Denn die erſte Antwort, die er von Verſailles her durch Janſon Forbin auf ſeinen Antrag einer Mediation erhalten, habe gelautet: der Papſt möge lieber eine Interpoſition verſuchen. Auf die weitere

---

[1]) Handſchreiben des Kaiſers an den Papſt vom 28. Januar 1701.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1701, abgedruckt in: Feldzüge des Prinzen Eugen Band III. S. 339.

Digitized by Google

Frage, was dies Wort bedeuten solle, habe Janson Forbin erwiedert: eine Mahnung an den Kaiser, daß er sich in die geschehenen Dinge füge und keinen Krieg errege [1]).

Die Antwort führt uns zurück zu der Position Ludwigs XIV. nach seiner Annahme des spanischen Testamentes.

Der Gedanke, daß der Kaiser dennoch versuchen werde, mit den Waffen sein Recht zu fordern, störte im Winter 1700/1 immer wieder aufs neue die Friedenshoffnung Ludwigs XIV. Er kannte freilich genau genug das besondere Hindernis in Wien gegen kriegerische Absichten, die schweren Mängel der Finanzverwaltung. Eines Tages im Januar 1701 brachte er diese in drastischer Weise an seinem Hofe zur Sprache. Der römische König Joseph, sagte er, habe sich öffentlich geäußert: der Kaiser, sein Vater, habe gar nicht nöthig wegen des Geldes in Sorge zu sein. Es gebe ein sicheres Mittel es zu beschaffen. Dies bestehe darin, die eine Hälfte der Minister aufzuhängen, die andere wegzujagen. — Er habe dies, fügte der König hinzu, nicht von seinem Gesandten Villars, sondern aus einer anderen sicheren Quelle [2]).

Die Form, in welcher die Mittheilung überliefert ist, läßt erkennen, daß in Versailles nicht die Absicht herrschte, etwas zum Lobe des römischen Königs zu sagen. Die Frage nach der Thatsache darf man auf sich beruhen lassen. Diese ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil, selbst wenn der König Joseph einige der Minister im besonderen Verdachte gehabt hätte, er doch auch sicher wissen mußte, daß das Uebel der ungetreuen Verwaltung sich nicht auf wenige Personen beschränkte, sondern vielmehr das ganze Staatswesen durchzog, und daß gerade darin die hauptsächliche Krankheit der Monarchie bestand. — Von der anderen Seite läßt die Rede die Besorgnis Ludwigs XIV. erkennen, daß einmal eine scharfe und sichere Hand jenen Krebsschaden ausschneiden werde.

In jedem Falle blieb immer die Furcht Ludwigs XIV., daß der Kaiser zu den Waffen greifen werde. Er trachtete dies schwer oder

---

[1]) Lambergs Bericht vom 29. Januar 1701.

[2]) Dangeau t. VIII p. 25.

Digitized by Google

unmöglich zu machen durch die Hinderniſſe, die er in den Weg zu wälzen ſuchte. Wir haben einige derſelben bereits kennen gelernt in Anlaß der Anforderungen, die Ludwig XIV. an die ſpaniſche Junta ſtellte, auch ihrerſeits dafür zu zahlen, daß dem Kaiſer ein Feuer im eigenen Hauſe auflodere. Aber es gab noch mehr Plane ſolcher Art.

Der nächſte derſelben war, die italieniſchen Mächte in die Waffen zu bringen, nicht freilich in dem Sinne der bewaffneten Neutralität, wie der Papſt Clemens XI. es vorgehabt hatte, ſondern zu Gunſten Frankreichs. Die italieniſchen Mächte, hieß es in Verſailles, ſollten ſich einigen, einen Krieg auf ihrem Boden nicht zu geſtatten. Deshalb erhielt der Cardinal d'Eſtrees den Befehl, ſofort von Rom aufzubrechen und bei den Mächten Italiens rundzureiſen. Das weſentliche Mittel Ludwigs XIV. für ſeine Abſicht war der Druck der Furcht. „Es iſt leicht, ſchrieb er an d'Eſtrees, den Jammer vorherzuſehen, den ein Einmarſch der Deutſchen über Italien bringen würde; aber die ungemeine Furcht, welche die Fürſten dort immer vor dem Kriege haben, wird dennoch dieſen mit allem Unheile über ſie heraufbeſchwören, wenn ſie nicht die bisher in ſolchen Fällen bei ihnen übliche Zaghaftigkeit überwinden." Mit anderen Worten, die italieniſchen Fürſten ſollen, um den Krieg ſich fern zu halten, ſich ſelber in Kriegsbereitſchaft ſetzen, und zwar zu Gunſten des Hauſes Bourbon wider den Kaiſer. Vor allen Dingen ſoll der Cardinal die Kraft ſeiner Rede bei dem Papſte Clemens XI. geltend machen; denn dieſer müſſe das Beiſpiel geben. Ludwig XIV. weiß, daß der Plan in Wien darauf gerichtet iſt, ſich einen Weg nach Mailand durch das venetianiſche Gebiet zu erzwingen. Gegen einen ſolchen Verſuch ſoll der Papſt eine Allianz eingehen mit den Königen von Frankreich und Spanien, mit der Republik Venedig und allen anderen Mächten Italiens. D'Eſtrees ſoll dem Papſte kund thun, daß er zu dieſem Zwecke auch nach Venedig gehen werde. Wenn er die Häupter der Republik zu einer Rüſtung bewegen kann: ſo ſoll er ihnen als Preis dafür das Trentino in Ausſicht ſtellen. Wenn die Venetianer dieſe Eroberung an dem Gebiete des Kaiſers machen: ſo will Ludwig XIV. ihnen den bleibenden Beſitz desſelben verbürgen [1]).

[1]) Hippeau t. II p. 370. An den Cardinal d'Eſtrees, 15. December.

Digitized by Google

Der Cardinal d'Estrees brach sofort von Rom auf; aber es folgte ihm auf dem Fuße der Cardinal Lamberg. Da das letztere mit dem Vorwissen und der Zustimmung des Papstes Clemens XI. geschah: so lag schon darin für den Kaiser die Gewähr, daß eine italienische Liga zu Gunsten Frankreichs nicht zu Stande kommen würde. — Wichtiger als diese Bemühungen Ludwigs XIV. in Italien blieb für den Kaiser die Thatsache, daß seine Truppen nicht anders nach Italien hinein gelangen konnten als über das Gebiet der Republik Venedig.

Ludwig XIV. war weiter beflissen, seine Fürsorge für den Frieden, wie er der spanischen Junta gegenüber es benannte, dadurch zu bethätigen, daß er, wo und von welcher Seite es immer möglich schien, dem Kaiser einen Brand im eigenen Hause anzuzünden trachtete.

Es schien sich ihm dafür, noch vor dem Ende des Jahres 1700, eine geeignete Persönlichkeit zu bieten in dem ungarischen Grafen Franz Rakoczy.

Rakoczy glaubte von seinen Vorfahren her Ansprüche auf Siebenbürgen zu haben. Sein Großvater war in dem Kampfe um diese Ansprüche gefallen. Sein Vater dagegen, erst verwickelt in die Verschwörung von Nadasdy und Zriny, hatte sich dann auf den Rath seiner Frau, die selber dem Hause Zriny angehörte, davon losgesagt. Nach dem baldigen Tode des Gemahles hatte die Witwe den Emerich Tököly geheirathet, den nachherigen Wegweiser der Türken vor Wien. Demnach war Franz Rakoczy der Stiefsohn Tökölys, an Gesinnung jedoch sein voller Erbe.

Er hatte eine Tochter aus dem deutschen Fürstenhause Hessen-Rheinfels geheirathet, und dann auch für sich bei dem Kaiser den Fürstentitel gesucht. Aus dem Verdrusse über den Abschlag keimte der Plan der Empörung [1]).

Allein es fehlten die Mittel, und diese sollte Frankreich hergeben. Rakoczy wendete sich zu diesem Zwecke nicht an den Gesandten Villars in Wien, sondern zog es vor, direct mit Versailles anzuknüpfen. Er entdeckte sich seinem Hausverwalter, einem Lothringer, Namens Longueval, und fand ihn anscheinend bereit, die Sendung zu übernehmen.

[1]) Wagner t. II p. 737.

Digitized by Google

Longueval erhielt ein eigenhändiges Schreiben des Rakoczy an Ludwig XIV. mit. Rakoczy rühmt darin die von der Krone Frankreich ſeinen Vorfahren erwieſenen Wohlthaten. Er klagt über die Unterdrückung des Königreiches Ungarn. Er berichtet, daß die geſammte Nation ihr Vertrauen auf ihn ſetze. Darum wende er ſich an den König von Frankreich wie an ſeinen Vater, Beſchützer, Erlöſer. Er entwickelt die günſtige Lage der Dinge, die einſtimmige Neigung der Stände von Ungarn zu Gunſten der Krone Frankreich. Wenn daher dieſe ſich der Errettung Ungarns annehmen wolle, ſo werde die Sache beſſer als jemals zuvor von ſtatten gehen. Rakoczy ſelber verſpricht alles aufzuwenden, um zu zeigen, daß ſeine von den Vorfahren ererbte Geſinnung gerichtet ſei auf den Nutzen und die Ehre der Krone Frankreich. — Er fügte ein anderes Schreiben im ſelben Sinne hinzu für den Miniſter Barbeſieux. Beide Schreiben waren datirt vom 1. November 1700, dem Todestage Carls II. von Spanien [1]).

Longueval jedoch begab ſich mit dieſen beiden Schreiben nicht nach Verſailles, ſondern nach Wien. Er brachte ſie vor den Rath des Kaiſers. Er erhielt von da her die Aufforderung die Sache weiter zu führen, ſich nach Verſailles zu begeben und die etwa erlangte Antwort wieder zu bringen. Es geſchah.

Die Antwort des Miniſters Barbeſieux, vom 18. December 1700, enthielt die Verſicherung, daß das Erbieten Rakoczys günſtig angehört ſei, ſo wie das Verſprechen, ſeine Abſicht zur geeigneten Zeit zu unterſtützen. Aber man verlange eine Vollmacht von Seiten der ungariſchen Häupter. — Longueval legte dieſe Antwort dem kaiſerlichen Rathe in Wien vor. Die Miniſter beſchloſſen, daß er das Spiel fortſetzen ſolle, und entließen ihn zu Rakoczy.

Dieſer konnte die gewünſchte Vollmacht nicht beſchaffen. Statt derſelben ſandte er weitere Entwürfe ein, wie Polen mit zu betheiligen, welches Verfahren den Türken gegenüber inne zu halten ſei. Er verlangte franzöſiſche Offiziere, Ingenieure und Minirer.

[1]) Der Inhalt iſt wiedergegeben in dem bei Rink: Leopolds des Großen u. ſ. w. S. 1025 u. f. abgedruckten Urtheile. — Man vgl. den Bericht von Rakoczy an Ludwig XIV., vom April 1713, in Fiedlers Actenſtücken zur Geſchichte des Franz Rakoczy, Band II, S. 495. (Band XXII der Fontes rerum Austriacarum.)

Digitized by Google

Dem Könige Ludwig XIV. dagegen war es, weil Rakoczy mit allen seinen Ansprüchen dennoch immer nur ein einzelner Privatmann war und blieb, zunächst und hauptsächlich um die Vollmacht der Häupter der ungarischen Stände zu thun. Dafür stellte er die Sendung von zwei Millionen Livres über Hamburg und Danzig in Aussicht, für Rakoczy speciell 200.000 Thaler zum Unterhalte seiner Truppen. — Rakoczy seinerseits erwiederte mit einem Plane zum Ueberfalle der kaiserlichen Besatzung in Munkacs.

Und damit schien es dem Rathe des Kaisers genug zu sein. Rakoczy ward festgenommen und nach Wiener Neustadt gebracht.

Ob oder in wie weit die Beschwerden, welche Rakoczy und seine Partei, oder auch andere Ungarn gegen ihren König Leopold erhoben, berechtigt waren oder nicht, ist gegenüber einem solchen Plane des Hochverrathes eine müßige Frage. Nicht anders urtheilte Ludwig XIV. öffentlich selbst über Persönlichkeiten solcher Art, auch wenn oder nachdem er sie gebraucht hatte, wozu sie ihm gut waren. Es ist von Interesse dies besonders in diesem Falle näher darzuthun.

Rakoczy selber beginnt sein Schreiben an Ludwig XIV., vom 1. November 1700, mit dem Preise der Wohlthaten, welche die Krone Frankreich seinen Vorfahren erwiesen. Er erwähnt in einer späteren Denkschrift vor Ludwig XIV., indem er ausgeht von der notorischen Anhänglichkeit seiner Ahnen an Frankreich, daß sein Großvater von mütterlicher Seite, der Graf Zriny, das Haupt auf dem Schafotte eingebüßt [1]). Die Thatsache ist bekanntlich sehr richtig: es fragt sich nur, wie sie sich in den Augen Ludwigs XIV. ausnahm.

Im Jahre 1667 hatte Ludwig XIV. in seinen Denkschriften für seinen Sohn, den Dauphin, mit sichtlichem Wohlgefallen aufgezeichnet, daß er damals, zur Zeit seines Friedens mit dem Kaiser, mit seinem Golde den Grafen Zriny zur Rebellion angefeuert habe [2]). Aber die Dinge schlugen um. Die Verschwörung Zrinys und seiner Genossen ward entdeckt. Das Haupt Zrinys fiel auf dem Blutgerüste. Dann beeilte sich Ludwig XIV. nach einer anderen Seite eine andere

[1]) Fiedler Band II, S. 495.

[2]) Oeuvres de Louis XIV. t. II, p. 35: J'entretenais aussi une secrète intelligence avec le comte de Serini, pour faire naître quelque émotion dans la Hongrie, si j'entrais en guerre avec l'Empereur.

Digitized by Google

Gesinnung kund zu geben. Einige Wochen nach dem Tode Zrinys, am 24. Juni 1671, sprach er in einem Handschreiben an den Kaiser Leopold seine Zustimmung aus, daß die ungarischen Verschwörer in so gerechter Weise bestraft seien für ihre abscheulichen Verbrechen [1]).

Rakoczy mochte dies andere Urtheil Ludwigs XIV. über seinen Großvater Zriny nicht kennen. Aber er hätte in Erfahrung bringen können, wie jener König, bei aller Willfährigkeit, ihn für sein Beginnen mit Geld zu unterstützen, dennoch auch über ihn selber sich verlauten ließ.

Durch die Verhaftung Rakoczys im April 1701 ward die Thatsache eines Hochverraths-Planes mit französischer Hülfe öffentlich kund. Der Verdacht der Bevölkerung in Wien lenkte sich auf den Gesandten Villars, und äußerte sich ihm gegenüber in unverhohlener Weise [2]). Auf seine Berichte darüber erwiederte Ludwig XIV.: „Ihre Haltung muß Jedermann überzeugen, daß Sie an den Ereignissen in Ungarn keinen Antheil haben, auch selbst wenn man zweifeln könnte an der Abneigung, die ich jederzeit beweisen werde, die Rebellion von Unterthanen gegen die rechtmäßige Autorität ihres Souveräns zu unterstützen. Ich habe Grund anzunehmen, daß der Kaiser meine Gesinnung in dieser Beziehung nicht in Frage stellt" [3]).

Ludwig XIV. handelte also in dem Falle des Rakoczy nach demselben Grundsatze, wie einst in demjenigen des Zriny. Wenn, wie allerdings zu vermuthen, Ludwig XIV. die näheren Umstände der Entdeckung der Plane Rakoczys nicht kannte, also nicht wußte, daß die auf seinen Befehl von Barbesieux abgefaßten Antworten an Rakoczy den Augen des Kaisers und seiner Minister vorgelegen hatten: so mochte er immerhin hoffen, für seine Ableugnung der Thatsachen Glauben zu finden. Bei dem Marquis Villars, der in der That unbetheiligt gewesen war und daher in gutem Glauben redete, trat zu dem Auftrage des Königs noch das Interesse der eigenen Ehre, den Verdacht einer solchen Infamie von sich zu wälzen, so daß nicht bezweifelt werden darf: er habe dafür gethan was ihm möglich. Er brachte es dahin,

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV. t. V, p. 497: qui ont été si justement punis de leurs détestables crimes.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 88 et suiv.

[3]) Oeuvres de Louis XIV., t. VI p. 57.

Digitized by Google

daß die kaiserlichen Minister öffentlich erklärten: der Marquis Villars sei bei der Verschwörung in Ungarn nicht betheiligt. — Ueber den König in Versailles hatte man keine Erklärung abzugeben.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Protestationen des Marquis Villars nicht zur Kunde des Rakoczy gekommen sein sollten. Wenn ihm also auch das Nähere über seinen Großvater Zrinyi nicht bekannt war: so konnte er sich auch aus den Reden des Marquis Villars über ihn selber die Consequenz ziehen, in welcher Weise auch in Zukunft Ludwig XIV. ihn ansehen und behandeln werde, wenn er beharre.

Einstweilen freilich saß er in Haft in Wiener Neustadt. Nicht jedoch ward ihm als Hochverräther das Urtheil gesprochen. Der Kaiser hatte das Gewissensbedenken, daß doch Rakoczy eher verrathen als Verräther gewesen sei [1]). Es mochte ihm genug scheinen, durch die Haft ihn unschädlich gemacht zu haben. So blieb der unheilvolle Mann erhalten, zum späteren Verderben für Unzählige und namentlich für sein eigenes Vaterland.

Für damals allerdings, für das Jahr 1701, zerging der Plan Rakoczys mit seiner Verhaftung.

In Versailles jedoch hatte man den Plan, den Kaiser durch einen Brand im Osten zu lähmen für die Angelegenheiten im Westen, bereits weiter ausgesponnen.

Ein gewisser Poussin, bis dahin als Secretär unter dem Cardinal Bouillon in Rom beschäftigt, ward nach Constantinopel entsendet, um für die Unterstützung einer etwaigen Erhebung in Ungarn thätig zu sein [2]). Die Lage der Dinge in der Türkei war indessen für französische Wünsche nicht günstig. Auf den früheren Botschafter Chateauneuf war ein anderer gefolgt, Namens Ferriol. Er wollte zur Audienz bei dem Sultan Mustapha mit umgegürtetem Degen erscheinen, wider die türkische Sitte. Die Vorstellungen, die Reden der Türken hatten bei dem Botschafter keinen Erfolg. Es kam im Vorzimmer des Sultans zu Thätlichkeiten gegen die Person des Botschafters. Er stand ab von dem Wunsche der Audienz. — Ludwig XIV. verhielt sich bei der Angelegenheit wie einst bei derjenigen seines Botschafters La Haye

[1]) Finalbericht des Venetianers Dolfin S. 17.

[2]) Relazione del conte di Lamberg f. 38b.

Digitized by Google

eben dort, anders alſo als ein Jahr zuvor in der Angelegenheit des Marquis Villars in Wien. Es war nicht ſein Intereſſe ſich mit der Pforte weiter zu verwickeln: er nahm das Geſchehene hin [1]).

Der Erfolg indeſſen war jedenfalls ein minder freundliches Verhältnis, eine Ungeneigtheit der Türken auf franzöſiſche Rathſchläge zu hören, und daran konnten die Bemühungen des Agenten Pouſſin nichts ändern. Ferriol blieb noch zehn Jahre in Conſtantinopel, ohne jemals eine Audienz bei dem Sultan zu erlangen. Dies Verhältnis darf und muß als eine mitwirkende Urſache dafür angeſehen werden, daß die Türken ſich in den Kampf Weſteuropas in den folgenden Jahren nicht einmengten, die Bedrängnis des Kaiſers nicht ſich zu nutze machten.

Allein wir ſind mit den Entwürfen von Verſailles, dem Kaiſer den Beginn eines Krieges ſchwer oder unmöglich zu machen, noch nicht zu Ende. Der kaiſerliche Botſchafter Lamberg in Rom meldete dem Kaiſer noch einen anderen Plan, den wir zu vernehmen haben mit ſeinen eigenen Worten. Lamberg berichtet wie folgt. „Ein hier wohnender Franzoſe, der ſich eines ehrenhaften Rufes erfreut, hat mir durch eine dritte Perſon kund thun laſſen: Se. M. der römiſche König möge ſich vor Gift hüten, mit dem Hinzufügen, daß er nicht ohne erhebliche Beweggründe dieſe Warnung ausſpreche. Obwohl ſein König derartige Frevel verabſcheue, ſo hätten doch deſſen Miniſter keine Bedenken, wenn ſie dadurch ihr Ziel erreichen könnten.“ — So der Bericht, dem der Botſchafter ſeine eigenen Erwägungen anſchließt mit den folgenden Worten: „Verdient die Treue eines Unterthans, der in gebührender Weiſe von ſeinem Souverän redet, alle Anerkennung: ſo iſt doch von der anderen Seite zu erwägen, daß ein Plan ſolcher Art, dem erſten Fürſten der Chriſtenheit mit Gift nachſtellen zu wollen, eben ſo ſchwer ausführbar wie fluchwürdig iſt, und darum viele Ausgaben erfordert. Da nun Frankreich in Betreff ſeiner Ausgaben, auch ſogar der geringſten, ſo wohl geordnet iſt: ſo iſt nicht abzuſehen, wie die Miniſter einen koſtſpieligen Plan dieſer Art ins Werk ſetzen könnten ohne die Zuſtimmung desjenigen, der, wie ſein Unterthan ſagt, vor ſolchen Miſſethaten einen ſo großen Abſcheu empfindet. Wenn während

[1]) Hammer: Geſchichte der Osmanen Band IV, S. 24.

Digitized by Google

des Friedens die Meldung einer so böswilligen Absicht Frankreichs an uns gelangte: so würde ich derselben keinen Glauben beimessen können. Aber da wir feindselig einander gegenüber stehen: so kann und darf ich daran nicht zweifeln. Gott verzeihe Dem, welcher sich mit solchen nichtswürdigen Entwürfen trägt und breite nach wie vor seinen höchsten Schutz über das Erzhaus!"

So der Graf Lamberg in seinem späteren Rückblicke auf die Zeit seiner Botschaft in Rom [1]). Ein weiteres Actenstück über die Sache liegt nicht vor.

Alle diese Plane Ludwigs XIV. gegen den Kaiser, im Winter 1700/1, blieben erfolglos, auch sogar, wie wir später genauer sehen werden, derjenige eines Einbruchs in die kaiserlichen Erblande von Seiten des Kurfürsten-Königs August II. von Sachsen-Polen.

Die übrigen französischen Versuche im Reiche gegen den Kaiser waren negativer Art.

Ludwig XIV. ließ bei den Reichsfürsten und den Gesandten derselben in Regensburg namentlich hervorheben, daß die Ansprüche des Kaisers an das spanische Erbe lediglich das Hausinteresse von Oesterreich angingen. Es ist das bekannte Wort französischen Ursprunges, welches je zu Zeiten auch diejenigen Reichsfürsten sich aneigneten, die ihren eigenen Vortheil suchten auf Kosten des Rechtes und der Freiheit der Gesammtheit. Dagegen ließ Ludwig XIV. als den wichtigsten Grund für seine Annahme des spanischen Testamentes geltend machen, daß der Kaiser bis zum Tode des Königs von Spanien sich geweigert habe, dem Theilungsvertrage beizutreten. Er berührte nicht, daß er sich durch einen geheimen Artikel dieses Vertrages den Seemächten gegenüber verpflichtet hatte, noch zwei Monate über jenen Tod hinaus die Entscheidung des Kaisers abzuwarten. Wie der Republik Holland, so ließ er auch diesen deutschen Fürsten verkünden, daß die Annahme des Testamentes den Frieden verbürge, weil die Krone Frankreich dadurch nichts gewinnen, die beiden Monarchien dagegen dem Testamente gemäß unvereinigt neben einander bestehen und daß somit das Gleichgewicht in Europa erhalten würde. — Die Antworten der reichsfürstlichen Gesandten auf diese Reden wurden dem kaiserlichen Commissär

[1]) Relazione del conte di Lamberg fol. 65.

Digitized by Google

nicht kund; „denn, fügt er hinzu, die Vertraulichkeit etlicher derſelben mit dem franzöſiſchen Bevollmächtigten iſt gar groß“ [1]).

Die Reihe derjenigen Reichsfürſten, welchen Ludwig XIV. den Glanz ſeines Goldes in die Augen leuchten ließ, um ſie zur Felonie gegen Kaiſer und Reich anzuſpornen, war ja allerdings, wie wir aus ſeinen eigenen Worten an Harcourt vernommen haben, nicht gering. Durchweg jedoch war im Winter 1700/1 die Haltung der Reichsfürſten eine abwartende. Diejenige Einzelner, namentlich der mächtigeren Kurfürſten, werden wir je nach ihrem Hervortreten ins Auge zu faſſen haben. Für die eigentliche Frage, ob es zum Kriege um das ſpaniſche Erbe kommen werde, ob nicht, waren ſie ſämmtlich von ſecundärer Bedeutung. Die Entſcheidung über dieſe Frage kam, neben und mit dem Kaiſer, vor Allem an auf das Verhalten der Seemächte. Und damit gelangen wir an eine der merkwürdigſten Entwickelungen in der europäiſchen Völkergeſchichte.

Zeichnen wir, bevor wir auf die Einzelnheiten eingehen, nochmals die Stellung der beiden Könige, Wilhelms III. und Ludwigs XIV., zu einander in großen Zügen.

Wir haben die Worte Wilhelms III. vernommen, daß er als das alleinige Rettungsmittel für die Seemächte betrachtet den gemeinſamen Krieg im Bunde mit dem römiſchen Kaiſer wider die Uebermacht des Hauſes Bourbon. Wir haben dagegen aus den Worten Ludwigs XIV. vernommen, daß er hofft und glaubt, die erlangte reiche Beute im Frieden zu bewahren. Er will daher nicht einen Anlaß zum Kriege geben. Wilhelm III. aber will nicht bloß einen ſolchen Anlaß finden, ſondern er will mehr als das: er will die engliſche und die holländiſche Nation ſo führen, daß ſie die Nothwendigkeit des Krieges wider Frankreich anerkennen, daß ſie dieſen Krieg von ihm verlangen. Jeder Schritt, jedes Wort der beiden gewichtigen Perſönlichkeiten in dieſem Kampfe erfordert daher unſere Aufmerkſamkeit.

Ludwig XIV. beobachtete beide Länder, die Republik wie England, mit ſcharfem Blicke.

[1]) Bericht aus Regensburg, vom 7. December, in dem Werke Feldzüge des Prinzen Eugen Band III, S. 383.

Digitized by Google

„Gemäß den Nachrichten, die ich über die Holländer erhalte, meldet er am 5. December an Harcourt, würde ihr Verdruß fähig sein, sie zu sehr schlimmen Entschlüssen zu reizen. Außer den Berichten Briords erfahre ich auch von anderer Seite, daß die Anhänger des Königs von England in der Republik das Gerücht verbreiten: nach der Vereinigung der spanischen Macht mit der meinigen müsse man dort nothwendig auf den Krieg gefaßt sein. Weil es daher unmöglich, ihn zu vermeiden, so sei es besser ihn anzufangen, und zwar rechtzeitig, so lange noch die holländischen Besatzungen sich in den belgischen Plätzen befinden, als abzuwarten, bis durch das Hinausschaffen derselben dieser Vortheil verloren gehe."

Es handelt sich hier um die zweiundzwanzig holländischen Bataillone, welche, gemäß dem Vertrage der Republik mit Max Emanuel als spanischem Statthalter noch im Jahre 1697, in eine Reihe von belgischen Städten eingelegt waren.

„Diese Reden, fährt Ludwig XIV. fort, sind zur Zeit in Holland so allgemein, daß ich aus diesen wie aus anderen Gründen zu der Ueberzeugung komme: die holländischen Truppen müssen aus den belgischen Städten unverzüglich hinausgeschafft werden."

„Sie werden dem Cardinal Portocarrero diese Nothwendigkeit vorstellen und ihn bewegen, die erforderlichen Befehle an den Kurfürsten von Baiern so wie an den Marquis Bedmar in Brüssel ergehen zu lassen. Sie werden mich davon in Kenntnis setzen, damit gemeinsam gehandelt werden kann, und damit, im Falle die Spanier meiner Hülfe bedürfen, diese bereit steht. Unzweifelhaft gibt das Verhalten der Holländer genügenden Grund ihre Truppen in spanischen Plätzen nicht mehr zu dulden, und es würde nicht der Vorsicht entsprechen, wenn man ihnen die Obhut dieser Plätze noch belassen wollte zu einer Zeit, wo sie zaudern den König anzuerkennen, dem sie gehören."

Die Angelegenheit dieser Besatzungen ist von besonderer Wichtigkeit; denn von hier aus beginnt sich der Knoten zu schürzen.

Wir haben daher, bevor wir dem Könige Ludwig XIV. in seinen Betrachtungen auch über England folgen, zu vergleichen, wie sich andere Berichte aus der Republik damals zu seinen Erwägungen verhalten.

Aus den eigenen Worten Wilhelms III. und des Rathspensionärs kennen wir das Ziel, das ihnen vorschwebte, zugleich aber auch die

Digitized by Google

Vorsicht, welche sie beobachteten, dasselbe nicht vor der Zeit kund werden zu lassen, sondern die Gemüther allmählich dahin zu führen. Daher konnte der französische Gesandte Briord im Haag die kriegerischen Reden, von denen Ludwig XIV. in dem Berichte an Harcourt Meldung thut, nicht von officieller Seite her vernommen haben, sondern nur von Privatpersonen. Diesen pflegte er mit der Erwiederung entgegen zu treten: so bald sein König irgend eine feindselige Absicht verspüre, werde er abermals wie 1672 seine Armee bis an die Thore von Utrecht marschieren lassen. Um so mehr also waren die officiellen Personen vor ihm auf ihrer Hut. Das Einzige, was überhaupt damals geschah, war die Einberufung der Offiziere zu ihren Regimentern, in aller Stille, aber bei Strafe der Cassation [1]).

Die Generalstaaten wandten dagegen sich eben damals an den König von England mit einer vertraulichen Anfrage, wie sie bei der schwierigen Lage sich zu verhalten hätten. Die Antwort lautete im Wesentlichen: abwarten, bis sich klar herausstelle, was der Kaiser thun werde. Die Wirkung dieses Rathes ist sofort sichtbar. Heemskerk in Paris ersuchte um eine Audienz, und redete darin so, daß in Versailles die Meinung überwog: die Generalstaaten seien nur darauf bedacht, im Frieden zu verharren [2]). — Andererseits aber erkundigte man sich über die Absicht des Kaisers bei seinem Gesandten Goes. In dem Berichte darüber kennzeichnet dieser die Stufenfolge der Meinungen in der Republik mit den Worten: „Die Meisten sind der Ansicht, daß, wenn die Republik die Bewahrung ihrer Barriere vermöge der spanischen Niederlande erhalte, dies ihr genügen müsse. Einige gehen mit ihren Gedanken auf den Wiedergewinn von Mailand. Neapel und Sicilien werden nur gelegentlich nebenher erwähnt, und vom Wieder-Nehmen der ganzen spanischen Monarchie redet kein Mensch". — Goes meldet ferner, am 7. December, wie sich die persönliche Ansicht des Rathspensionärs, seit jenem ersten Erguſse seiner Gedanken im November, bestimmter gestaltet habe. Um Mailand und die Niederlande, sagte Heinsius, sei zu streiten: auf Neapel und Sicilien sei dann zu hoffen: den Herzog von Anjou dagegen wieder zu entthronen, sei

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 30. November.
[2]) Dangeau t. VII, p. 457. Vom 14. December.

Digitized by Google

unmöglich. Er faßte den Standpunct Wilhelms III. zusammen in die Worte: der König erkenne und begreife völlig die große Gefahr, in der Europa und zunächst die Republik der Niederlande sich befinde. Er sei willig und bereit für die Rettung der allgemeinen Freiheit einzutreten. Allein, da der Kaiser in den Theilungsvertrag nicht gewilligt, so fehle dem Könige von seinem Standpuncte aus der Rechtstitel, in dieser Richtung etwas zu beginnen. Er müsse die Aufforderung des Kaisers erwarten, so wie die Darlegung der Rechtsgründe, welche ihn in den Stand setzen würden, das englische Parlament, dessen Zustimmung sein Auftreten bedinge, zu den erforderlichen Beschlüssen zu bewegen [1]).

Der Gedanke, daß die Republik der Niederlande sich an England anlehnen müsse, fand einen besonderen Ausdruck in einer bildlichen Darstellung. Auf derselben gewahrte man den König von England im Ornate mit Scepter und Krone, dem Rathspensionär zeigend, wohin er den Karren zu schieben habe. Heinsius, der Weisung folgend, schiebt den Karren in den Sumpf. Er spannt dann die sieben Provinzen an, und treibt sie mit der Peitsche, den Karren wieder heraus zu ziehen. Sechs von ihnen setzen alle Kraft an, nur die eine, Holland, anstatt mitanzuziehen, wendet das Gesicht nach England, gleichsam fragend, ob man dort mitthun werde. — Die Darstellung war, nach dem Urtheile der Kundigen, in so weit richtig, daß die Provinzen Seeland, Geldern, Utrecht, Friesland, und, in der Hauptsache auch Groningen und Over-Yssel zum Kriege willig waren, daß jedoch Holland schwankte, namentlich die Stadt Amsterdam. Nicht nur die Kaufleute dort sämmtlich, sondern auch einige der Bürgermeister redeten für die Erhaltung des Friedens, wenigstens auf einige Jahre, während deren man sich nach guten Allianzen umsehen und zum Kriege vorbereiten könne. Die gewichtigsten Persönlichkeiten indessen auch dort waren überzeugt von der allgemeinen Gefahr, von der Pflicht dagegen alles aufzubieten, und eben so bereit sich dafür auszusprechen, wenn sie nur der Stütze von England her sicher sein könnten [2]).

Mithin sehen wir, gemäß den Berichten des Grafen Goes, daß Ludwig XIV. in jenem Schreiben an Harcourt einerseits den Eifer

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 7. December.

[2]) Desgleichen vom 14. December.

Digitized by Google

der Holländer für den Krieg überſchätzte. Denn von einer Abſicht, ſich Belgiens zu bemächtigen, dort vermittelſt der holländiſchen Beſatzungen in den Städten den Krieg zu beginnen, iſt in den Berichten des kaiſerlichen Geſandten mit keinem Worte die Rede. Faſſen wir dieſes merkwürdige Verhältnis nochmals kurz zuſammen.

Die leitenden Staatsmänner der Republik ſehen den Krieg als unvermeidlich an. Sie ſind innerlich entſchloſſen. Aber ſie wollen den Krieg nur im Vereine mit zuverläſſigen Bundesgenoſſen. Sie hüten ſich demnach, einen voreiligen Schritt zu thun, der die gehofften Bundesgenoſſen ſcheu macht, den Feind dagegen reizt. Sie lehnen ab, zögern hin, warten ab. — Ludwig XIV. will nicht den Krieg. Aber die Holländer, meint er, haben ſchlimme Abſichten. Sie ſinnen auf Krieg. Man muß daher ihnen die Mittel nehmen. Das nächſte Mittel beſteht in den holländiſchen Beſatzungen in belgiſchen Städten. Man muß daher die Beſatzungen austreiben. So Ludwig XIV. an Harcourt. Mit anderen Worten: er, der den Krieg nicht will, meditirt vom Beginne December an bei ſich den erſten Act der Feindſeligkeit wider die Republik.

Erblicken wir ſo einerſeits die Aufmerkſamkeit Ludwigs XIV. gerichtet auf Puncte, von denen aus ihm keine Gefahr drohte: ſo erkannte er andererſeits nicht, daß die reellen Kriegsgedanken in der Republik weit über Belgien hinausgingen. Briord immerhin konnte nicht berichten, was er ſelber nicht wußte, noch erfuhr.

So in Betreff Hollands. Die Frage iſt dann, ob Ludwig XIV. genauer unterrichtet war über England.

„Ich zweifele nicht, ſagt er weiter in jenem Schreiben an Harcourt, vom 5. December 1700, daß der König von England zur Zeit den Krieg als das einzige Mittel betrachtet, um ſeinen Credit in England und überhaupt in Europa herzuſtellen. Aber, wenn er den Krieg ſehnlich wünſcht, ſo denken die Engländer ganz anders. Die ganze Nation, ſowohl aus Oppoſition wider dieſen Fürſten, als aus Sorgfalt für die eigenen Intereſſen, zieht der Verwirklichung des Theilungsvertrages die Annahme des Teſtamentes vor.“

„Dieſe allgemeine Anſicht der Nation liegt ſo offen zu Tage, daß der König dort, wohl erkennend, daß die Haltung des Parlamentes ſeinen Wünſchen nicht entſprechen würde, es auf den 27. Januar

Digitized by Google

vertagt hat. Sein Plan scheint sogar dahin zu gehen, es lieber aufzulösen und ein neues zu berufen, wenn er die Aussicht hätte, daß die Neuwahlen ihm besser gefügige Deputirte bringen würden. Wahrscheinlich jedoch wird er alle Bemühungen aufbieten, um zuerst den Kaiser zu verwickeln. Allein, wenn dann die Engländer und Holländer Theil nehmen wollen: so wird es dem Könige von Spanien leicht werden, ihren Handel völlig zu vernichten, zu Gunsten desjenigen seiner Unterthanen. Es wird genügen, diesen beiden Nationen alle Häfen seiner Monarchie zu verschließen, sowohl in der alten, wie in der neuen Welt. Und nicht mehr würden dann die spanischen Niederlande der Schauplatz des Krieges sein: man würde ihn direct auf das holländische Gebiet tragen" [1]).

An diesem Gedanken jedoch bricht dann Ludwig XIV. ab. Es ergibt sich, daß er nicht die Absicht hat, etwas zu unternehmen, sondern nur seine Schritte andeutet für den eventuellen Fall.

Die Gesinnung Wilhelms III. erkennt er in der Hauptsache richtig; aber es fragt sich, ob auch diejenige der Engländer. Vergleichen wir also mit seinen Worten das Urtheil eines kundigen Beobachters an Ort und Stelle aus denselben Tagen.

„Vom Hofe aus, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann am 10. December, unterläßt man nicht, die bevorstehende allgemeine Gefahr vor Augen zu stellen. Auch ich meinerseits lasse es daran nicht fehlen, und suche zu diesem Zwecke die Gesellschaft der hier anwesenden Mitglieder des Parlamentes. Diese bezeigen durchweg eine ganz ungemeine — ich will nicht sagen Zuneigung, sondern eine — herzliche Ergebenheit für E. K. M. Dienst und Interesse. Allein sie sind auch zugleich der Ansicht, daß sie sich noch keineswegs in einen neuen Krieg einlassen können, wohl aber, daß wenn E. K. M. zur Behauptung Ihres Rechtes etwas beginnen, sie rechtzeitig mit eintreten wollen, um die Wage zu Gunsten E. K. M. zu senken."

Einige Tage später meldet er: „Es thun sich noch keine Anzeichen hervor, daß diese Nation sich wider Frankreich regen werde, es wäre denn, daß Frankreich sich Belgiens bemächtigte. Sonst sehe ich keine Aussicht, wenn nicht die Dinge hier völlig umschlagen. Dies

[1]) Hippeau t. II, p. 343.

Digitized by Google

Letztere freilich muß man bei einem Urtheile über dieſe unbeſtändige Nation immer ſich vorbehalten“ [1]).

Die Anſicht Hoffmanns, in der Hauptſache für damals von derjenigen Ludwigs XIV. nicht ſehr verſchieden, fordert doch für einen beſonderen Punct unſere Aufmerkſamkeit. Die Engländer ſind verletzbar an eben derſelben Stelle, wo die Holländer. Dieſe Stelle iſt Belgien. Ludwig XIV. vermeint, gerade um des Friedens willen, die holländiſchen Beſatzungen in Belgien nicht dulden zu dürfen. Er will ſie hinausweiſen. Wir ſehen voraus, daß er dadurch nicht bloß die Holländer aufreizen wird, ſondern ähnlich auch die Engländer.

Einſtweilen freilich war dies auch bei Ludwig XIV. nur erſt ein Gedanke, der noch der Verwirklichung harrte. Allein er ſpinnt ihn weiter in Verbindung mit dem anderen, daß die Republik zaudert, den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anzuerkennen. Er ergeht ſich darüber aufs neue am 15. December in einem Schreiben an Harcourt. Er will nicht feindſelige Maßregeln. So übel der holländiſche Reſident Schonenberg in Madrid geſinnt iſt, er ſoll nicht fortgeſchickt werden; aber die Junta ſoll ihm in ſtarken Ausdrücken vorhalten laſſen, daß die Generalſtaaten zaudern, den neuen König von Spanien anzuerkennen und ihm Glück zu wünſchen. Eben aber wegen dieſes Zauderns werden jene Beſatzungen verdächtig. Deshalb ſoll der ſpaniſche Geſandte im Haag, Don Quiros, dem von ihm geäußerten Wunſche gemäß neue Creditive von Philipp V. erhalten, und dann die Gelegenheit der Ueberreichung derſelben im Haag benutzen zugleich für eine Denkſchrift. Durch dieſe ſoll er im Namen Philipps V. den Generalſtaaten kund geben, daß, da nun jeder Grund zu einer Beſorgnis für ſeine belgiſchen Plätze geſchwunden, er mit dem Danke für die bisherige Willfährigkeit, welche die Republik durch die Beſatzungen dem verſtorbenen Könige erwieſen, zugleich die Bitte ausſpreche, die nunmehr überflüſſig gewordenen Truppen abzuberufen. Don Quiros ſoll im Namen Philipps V., Betheuerungen ſeiner freundſchaftlichen Geſinnung für die Republik hinzufügen.

Dann jedoch folgt noch eine beſondere Weiſung. „Bevor die Denkſchrift übergeben wird, ſagt Ludwig XIV., müſſen alle Anſtalten

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 10. und 12. December.

Digitized by

so getroffen sein, daß man, im Falle der Weigerung der Generalstaaten, im Stande ist, ihre Truppen sofort mit Gewalt hinaus zu schaffen." „Bereits habe ich, fügt er dann hinzu, die erforderlichen Befehle meinerseits gegeben" [1]).

Er überblickt dann noch einmal die Stellung aller drei wichtigen Mächte zu ihm. „Der Kaiser, sagt er, setzt seine Vorbereitungen fort, um eine Armee in Italien einmarschiren zu lassen. Deshalb muß man alle Fürsorge treffen, um dieser Armee den Eintritt zu wehren, und die Mittel der Subsistenz dort abzuschneiden. Der König von England hat sich noch nicht erklärt; dennoch ist es nicht schwer, seine und der Generalstaaten wahre Gesinnungen zu errathen. Eben daher liegt es klar vor Augen, wie gefährlich es wäre, die Truppen einer Nation, deren Gesinnungen wir als feindselig kennen, in den festen Plätzen des Königs von Spanien zu belassen."

Die Neigung zur Gewalt gegen die Holländer war also bei Ludwig XIV. da, nicht jedoch der Entschluß zur sofortigen, nachdrücklichen Ausführung. Es ist nun sehr merkwürdig, daß der Botschafter Harcourt nicht bloß in Betreff dieses einzelnen Momentes, der holländischen Besatzungen in Belgien, sondern im allgemeinen, der abwartenden Haltung Ludwigs XIV. in Betreff der Seemächte nicht zustimmt. Er macht durch Torcy den Vorschlag, daß Ludwig XIV., sobald Philipp V. sich auf spanischem Boden befinde, jenen beiden Mächten die bestimmte Anfrage stelle, was von ihnen zu erwarten, daß er zu diesem Zwecke ihnen einen Termin setze, innerhalb dessen sie den Herzog von Anjou als rechtmäßigen König von Spanien anzuerkennen haben, und daß er, im Falle dieser Forderung nicht entsprochen werde, sofort ihnen den Krieg ankündige. Harcourt entwickelt dann eingehend die Vortheile, die, nach seiner Ansicht, aus diesem raschen und energischen Vorgehen für Frankreich erwachsen würden. Der hauptsächliche dieser Gründe ist, daß dann die Seemächte nicht die Zeit haben, einen Erfolg der ersten Schritte des Kaisers abzuwarten, um danach ihre Entschlüsse zu bemessen, sondern sofort sich erklären müssen. Entweder stehen sie dann völlig von ihrem Vorhaben des Krieges ab, oder, wenn nicht, so haben Frankreich und Spanien die Mittel in Händen, den See-

[1]) Hippeau t. II, p. 361. Vom 15. December.

Digitized by Google

handel der beiden Nationen ſofort zu lähmen und dadurch ihnen die Mittel zum Kriege zu entziehen. So Harcourt am 22. December 1700 [1]).

Sein Rath betrifft den Kern der europäiſchen Verwickelung, eine Frage, die damals an den wichtigſten Stellen vielfach erörtert wurde, und darum eine beſondere Aufmerkſamkeit beanſprucht.

Bevor noch der Rath Harcourts an Ludwig XIV. gelangte, legte dieſer dem Botſchafter aufs neue ſeine Anſichten dar, welche, wenn auch demnach noch nicht eine Antwort, doch erkennen laſſen, wohin die Antwort ausſchlagen wird.

Der König ſchreibt am 27. December: „Meine Nachrichten aus Holland legen dar, daß die Anhänger des Königs von England dort, die ſicherlich die Mehrheit ausmachen, nichts unterlaſſen um die Menſchen zum Kriege aufzureizen. Bisher indeſſen trifft der Entſchluß noch auf große Schwierigkeiten. Man iſt ſich der Gefahr desſelben bewußt. Man ſieht die unheilvollen Folgen eines neuen Krieges vorher. Nur der Druck der Furcht vor einem noch größeren Uebel würde die Holländer und Engländer bewegen, ſich darauf einzulaſſen. Daher bemüht man ſich ſie zu überreden: meine Abſicht gehe dahin, mich der belgiſchen Plätze zu bemeiſtern, und, vermöge der neuen Einigung meiner Krone mit der ſpaniſchen, den Handel von Holland und England völlig zu Grunde zu richten".

„Bis zur Stunde macht dieſe Furcht ſtärkeren Eindruck auf die Holländer als auf die Engländer. Nach meiner Anſicht iſt es nothwendig, dieſe Furcht zu zerſtreuen. Ich habe daher nicht bloß dem Grafen Briord, ſondern allen meinen Geſandten im Auslande den Auftrag gegeben, zu verkünden, daß es meine Abſicht iſt, den Frieden aufrecht zu halten, und daß ich keinen Schritt vorhabe, der ihn ſtören könnte. Der ſchwediſche Botſchafter im Haag, Lilienroth, hat darauf die Frage geſtellt, ob ich geneigt ſein würde, mit dem Könige von England und der Republik einen Allianz-Vertrag einzugehen zur Abwehr gegen jede Friedensſtörung von irgend einer Seite her. Aus den Beziehungen Lilienroths zu dem Könige von England und der Republik ſchließe ich, daß ſeine Anfrage hervorgegangen iſt aus einer Verab-

[1]) Hippeau t. II, p. 383.

Digitized by Google

redung mit dem Rathspensionär. Zugleich verlangt er, ich solle mich verpflichten, meine Truppen nicht in die spanischen Plätze der Niederlande einmarschiren zu lassen. Ich habe darauf antworten lassen, daß ich alle Versicherungen für den Frieden wiederhole, daß auch nach meiner Ansicht die Allianz ein gutes Mittel und daß ich zum Eintritte bereit sei, ferner daß ich einwilligen würde, meine Truppen nicht in die belgischen Plätze einmarschiren zu lassen, wenn die Generalstaaten auch die ihrigen von dort zurückzögen, weil ihr Aufenthalt, dort überflüssig geworden, nur noch dazu diene ein beständiges Mistrauen zu erregen. Wenn aber der katholische König, nach dem Vorschlage Lilienroths, selber mit in die Allianz eintritt: so hätte er keine Feinde dort mehr zu befürchten und könnte die Plätze durch seine eigenen Truppen verwahren lassen" [1]).

So Ludwig XIV. über den Thatbestand. Nach den schwedischen Berichten färbt derselbe sich etwas anders. Der Gesandte Palmquist in Paris sagte zu Torcy: „Sie lassen durch Briord im Haag Ihre Friedensneigung betheuern; aber, weil Frankreich von dem Theilungsvertrage abgewichen, den doch die Holländer hauptsächlich für ihre eigene Sicherheit gemacht, nämlich, um ihre Barriere in Belgien zu behalten: so verlangen die Holländer jetzt eine reelle Garantie. Deshalb zaudern sie mit der Anerkennung Philipps V." — „Aber wie denn? rief Torcy: die Holländer dürfen doch nicht meinen, daß der König Eroberungen an seinem Enkel machen will? — Die Holländer müssen ihre Truppen herausziehen. Da aber die spanischen für die Besetzung nicht ausreichen: so kann der König nicht die Plätze dem Erstkommenden preis geben, sondern muß die seinigen einrücken lassen." — „Eben diese Absicht aber, entgegnete Palmquist, ist der Grund des Mistrauens der Holländer, und darum würde man den Friedensworten einen ungleich stärkeren Nachdruck geben, wenn man diesen Grund des Mistrauens hinwegnähme" [2]).

Demgemäß stand den Holländern auf alle Fälle der Einmarsch französischer Truppen in die belgischen Plätze in Aussicht.

---

[1]) Hippeau t. II, p. 392.

[2]) Eine Reihe von Berichten des schwedischen Gesandten Palmquist aus dem December 1700, in den Robethon-Papieren. St. A. H.

Digitized by Google

Dieſer Unterſchied in der Auffaſſung der Dinge iſt indeſſen weniger gewichtig als das Urtheil, welches Ludwig XIV. über die Sachlage fällte. Dasſelbe lautet: „Die Vorſchläge des ſchwediſchen Botſchafters, der Wunſch der Generalſtaaten, von mir eine Garantie dafür zu erhalten, daß meine Einigung mit Spanien ihnen keinen Nachtheil bringen werde, ferner die von ihnen kund gegebene Kriegesfurcht, kurz alle ihre Schritte können eben ſo viele Kunſtgriffe ſein, die mich hindern ſollen, ihnen zuvorzukommen und ihre Vorbereitungen für den Krieg zu durchkreuzen, ſei es daß ſie Allianzen anknüpfen, ſei es daß ſie einen der feſten Plätze in Belgien überraſchen wollen".

Unterbrechen wir hier kurz den Gedankengang Ludwigs XIV. mit der Klarſtellung der Thatſache. Seine Combination traf durchaus das Richtige. Der Rathspenſionär Heinſius ſuchte die Dinge lediglich hinzuziehen, um Zeit zu gewinnen für die Vorbereitung zum Kriege. Seine Schritte waren indeſſen derartig, daß auch dem Grafen Goes, ungeachtet der gewichtvollen Rede, durch welche der Rathspenſionär bereits am 23. November ſeine und des Königs von England Entſchlüſſe vertraulich angekündigt (S. 7 u. f.), dennoch wieder der Zweifel aufſtieg, weſſen er ſich von Holland her zu verſehen. „Ich bitte Sie, ſagte daher der kaiſerliche Geſandte, aufrichtig mit mir umzugehen. Der Kaiſer iſt das erſte Mal genug gekränkt und hat zu viel verloren, als daß er allein, ohne Bundesgenoſſen, alles wagen darf. Kann er ſich daher auf Holland und England nicht verlaſſen, ſo iſt es beſſer nicht anzufangen." Heinſius betheuerte abermals, daß der Kaiſer auf die Republik bauen könne, und verbürgte ſich für den König von England. „Aber, fuhr er dann fort, die Republik darf keine Unterhandlungen anfangen, keine Werbungen anſtellen. Sie darf ſich weder erklären, noch ſich vorbereiten. Denn in dieſem Falle ſtürzt Frankreich ſich mit aller Macht auf uns und drückt uns zu Boden, ehe Jemand uns zu Hülfe kommen kann" [1]).

Dies führt uns zurück zu dem Urtheile Ludwigs XIV. Es iſt die Frage, ob er, indem er das eigentliche Ziel des Rathspenſionärs richtig vermuthete, auch dagegen die von dieſem gefürchtete Abſicht hegte.

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 14. December.

Digitized by Google

„Allein, fährt Ludwig XIV. in jenem Schreiben an Harcourt fort, wie es nicht wohl überlegt sein würde, sich auf fingirte Vorschläge einzulassen: so entspricht es auch der Besonnenheit und der Fürsorge für das Gemeinwohl, nichts zu überstürzen. Wir würden durch einen voreiligen Schritt England in die Lage bringen sich zu erklären, und dem Könige die Truppen und die Autorität wieder zu geben, welche das Parlament ihm genommen hat."

Es ist demnach nicht ein Rechtsgrund, der Ludwig XIV. abhält, sich auf die Republik zu werfen und sie zu erdrücken. Wie auch dürfte man einen Rechtsgrund bei einer Politik erwarten, deren Mittel dem Kaiser gegenüber wir aus den eigenen Worten des Königs kennen gelernt haben! Vielmehr ist das Hindernis für Ludwig XIV. der Hinblick auf das im Hintergrunde stehende England. Ludwig XIV. täuscht sich nicht über die Gesinnung des Königs dort, den er im Angesichte von ganz Europa betrogen hat. Aber diese Gesinnung ist zur Zeit machtlos. Die offene Gewalt gegen Holland würde ihr die Waffen geben, und dann hätte Ludwig XIV. den König dort am allermeisten zu fürchten. Vor dieser Furcht steht er still.

Wir erkennen den großen Unterschied der Jahre 1672 und 1700. Damals stürzt Ludwig XIV. sich auf die Republik, weil, nach dem Worte von Louvois, der Weg für Frankreich nach Belgien geht über Holland. Er will das Nest ausnehmen, in welchem die Allianzen wider ihn ausgebrütet werden. Aber er kann diesen Versuch nur wagen, weil auf dem Throne von England Carl II. sitzt und im Vereine mit der Dame Portsmouth beifällig ihm zulächelt. Und selbst damals mislingt der so wohl berechnete, so schlau ausgedachte Plan. Er mislingt gegenüber der Erhebung des damals jugendlichen Oraniers. Im Jahre 1700 aber sitzt nicht ein Carl II. auf dem englischen Throne, sondern dieser selbe Oranier, in der Vollreife der geistigen Kraft, harrend der Stunde, in welcher er mit dem Schwerte Genugthuung fordern kann für das Spiel Ludwigs XIV. mit Manneswort und Königsehre.

Dazu kam, daß auch mit Ludwig XIV. persönlich eine Wandlung vorgegangen war. Im Jahre 1672 war er selber ausgezogen, vierunddreißigjährig, ruhmesdurstig und noch mehr begierig, diesen Ruhm der Frau von Montespan zu verkünden. Nun hatte er das zweiundsechszigste Jahr zurück gelegt. Er und die Frau von Maintenon

Digitized by Google

wünſchten, nachdem ſo viel gewonnen, die alten Tage im Frieden zu verbringen. Demgemäß fiel ſein Beſchluß aus.

„Um die rechte Mittelſtraße zwiſchen den beiden Extremen einzuſchlagen, fährt er in ſeinem Schreiben an Harcourt fort, am 27. December, habe ich meine Truppen bis nach Dietenhofen und Longwy vorrücken laſſen, und halte ſie dort bereit auf den erſten Wink des Kurfürſten von Bayern in Brüſſel.“ Ludwig XIV. lobt das Verhalten dieſes Fürſten. Er weiß freilich ſehr wohl, daß weder Max Emanuel, noch ſein Bruder Joſeph Clemens von Köln nur für gute Worte handeln. Er kündigt an, daß er deshalb ihnen durch beſondere Verträge ihren Lohn zuweiſen wolle.

Allein gegen die Holländer in den belgiſchen Feſtungen mit Gewalt vorzugehen, hält er abermals noch nicht an der Zeit. Er will abwarten, welche Antwort ſie auf die erneute Anzeige und Mahnung an die Thronbeſteigung Philipps V. geben [1]).

Wir erinnern uns, daß auf den Befehl Ludwigs XIV. die Junta in Madrid den Geſandten Don Quiros im Haag mit einem neuen Creditiv im Namen Philipps V. ausgeſtattet. Darauf beziehen ſich jene letzten Worte Ludwigs XIV. an Harcourt. Eben damals eilte Quiros mit dem Schreiben zu Heinſius. Dieſer lehnte als Rathspenſionär die Annahme ab. Dem Präſidenten der Generalſtaaten ſtand nicht eine ſolche Ausflucht zu Gebote; aber die Verfaſſung der Republik, nach welcher das Schreiben zunächſt an die ſouveränen Provinzen zu leiten war, ſtellte wenigſtens noch einen Aufſchub in Ausſicht. „Was aber wird das Ende ſein?“ — fragte der kaiſerliche Geſandte den Rathspenſionär. Heinſius erwiederte: „Bereits ſtehen 10,000 Mann bei Dietenhofen, mit der unverkennbaren Abſicht, bei erſter Gelegenheit auf Luxemburg und Namur zu marſchiren, und unſere Beſatzungen dort gefangen zu nehmen. Ich ſehe alſo nicht, wie wir die Anerkennung des Herzogs von Anjou vermeiden können.“ — „Aber das, erwiederte Goes, iſt die Entſcheidung. Hat man einmal dadurch die Uſurpation gebilligt, ſo iſt nichts mehr zu thun.“ — „Nicht doch, erwiederte Heinſius, die Anerkennung iſt nach meinem Urtheile ſowohl unſchädlich wie für uns nöthig.“ Die beiden Staatsmänner konnten ſich darüber

[1]) Hippeau t. II, p. 393.

Digitized by Google

nicht einen. „Wenn Sie wollen, sagte endlich Heinsius, so würden wir uns entschließen können, um Ihnen allen Zweifel an uns zu benehmen, vorher mit Ihnen eine geheime Allianz zu schließen." — „Ich sehe nicht ab, erwiederte Goes, welche Frucht dem Kaiser aus einer Allianz erwachsen soll, die wir verhehlen müssen" [1]).

Der Standpunct nicht bloß dieser beiden Persönlichkeiten, sondern der Mächte selber, welche sie vertreten, liegt in diesen Worten klar zu Tage. Der Kaiser allein und demgemäß seine Gesandten wandelten den geraden Weg einer Politik, über deren Ziele Niemand in Zweifel sein konnte. Demgemäß auch erfaßten sie die Worte in ihrer wahren Bedeutung. Die Anerkennung Philipps V. war in ihren Augen die Anerkennung des gesammten Besitzstandes, wie er durch das Testament Carls II. dem Herzoge von Anjou zugesprochen war. — Heinsius dagegen, und, fügen wir das gleich hinzu, eben so damals auch Wilhelm III., legten der Anerkennung nicht diese umfassende Bedeutung bei. Sie waren der Ansicht, daß sie auch nach der Anerkennung Philipps V. dennoch seinen Rechtstitel auf die einzelnen Theile der Monarchie in Frage stellen dürften.

Die Realität der Dinge indessen war die, daß weder Heinsius, noch Wilhelm III. in völliger Freiheit handelten, sondern daß sie in Betreff der Anerkennung dem übermächtigen Strome der Meinungen in Holland und England nachgeben mußten. Heinsius selbst drückt dies dem Könige gegenüber mit den Worten aus: „Um die Wahrheit zu sagen, so finde ich als den eigentlich treibenden Beweggrund hier wie in England das gegenwärtige Interesse der Kaufleute. Ist erst dieses in Sicherheit gebracht: so liegt ihnen wenig an den Wagnissen der Zukunft" [2]).

Für die Republik trat indessen noch jener andere Beweggrund hinzu. Gegenüber der drohenden Stellung der französischen Bataillone bei Dietenhofen erschien das Nachgeben auf die Forderungen Ludwigs XIV. als das einzige Mittel, die holländischen Truppen in Belgien zu retten, und es blieb nur noch übrig, diese Anerkennung Philipps V. so lange wie möglich hinauszuziehen.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. December.

[2]) Grovestins t. VII, p. 426.

Digitized by Google

Es liegt vor Augen, daß es der Zweck dieser Politik war, den König von Frankreich über die wahre Gesinnung der Lenker der Republik wider ihn zu täuschen. Erscheint dies Bestreben nicht als ein löbliches: so würde es doch nicht gerecht sein, an die holländischen Staatsmänner für dieses ihr Verhalten nach der französischen Annahme des Testamentes denselben Maßstab legen zu wollen, wie an Ludwig XIV. bei seinem Verfahren, um den Theilungsvertrag zu Stande zu bringen. Damals hatte er, der Starke, die Schwächeren planmäßig umstrickt und irre geführt, und zwar unter Verpfändung seines Königswortes durch einen Vertrag, nicht um sich aus einer Noth zu retten, sondern um seinen Gewinn größer zu machen. Die Holländer dagegen als die Schwächeren, sannen im Winter von 1700/1 auf ein Mittel den drohend erhobenen Arm des Starken aufzuhalten, sich dadurch der Wucht des ihm möglichen Schlages zu entwinden. Und doch hatte ja auch Ludwig XIV. als der Starke für dieses sein Drohen keinen Rechtsgrund irgend welcher Art, sondern lediglich das Bewußtsein seiner überlegenen Macht. Vor dieser freilich beugten sich einstweilen die durch sie Bedroheten.

Es war zunächst die Frage, ob Ludwig XIV. sich durch die Fügsamkeit der Holländer begütigen ließ. Sie hatten noch nicht die Anerkennung Philipps V. ausgesprochen; aber im Beginne des Jahres 1701 ward die Willigkeit erkennbar. Eben damals hatte Ludwig XIV. auch den Rath Harcourts vom 22. December zum nachdrücklichen Auftreten wider die Republik erhalten. Wir haben also seine Antwort zu vernehmen.

„Obwohl es zu wünschen wäre, schreibt er am 4. Januar 1701, daß die holländischen Truppen bald aus den belgischen Städten abzögen: so bleibe ich doch bei meiner neulich Ihnen dargelegten Ansicht, daß wir diesen Abzug bei den Generalstaaten zur Zeit noch nicht erzwingen dürfen. Lassen wir ihnen noch ein wenig Zeit, so werden wir ihnen den Abzug begreiflich machen als eine unerläßliche Bedingung des Friedens, welchen die Holländer zu wünschen scheinen. Wenn ich dagegen stark in sie drängte und zur Zeit Drohungen anwendete, um sie zu dieser Abberufung zu nöthigen: so würden sie meinen, daß ich im Vereine mit dem Könige von Spanien auf einen Vorwand ausginge, um ihnen den Krieg zu erklären. Der König von England

Digitized by Google

würde sich das zu Nutze machen, um sein Parlament für den Krieg zu stimmen. Weil dagegen die englische Nation weiß, was sie im Kriegsfalle durch die Unterbrechung des Handels mit Spanien verlieren würde: so ist es wahrscheinlich, daß sie sich allen Beschlüssen, die den Krieg hervorrufen könnten, widersetzen wird, so lange die Vorwände fehlen, welche angewandt werden könnten, ihnen die Besorgnis einzuflößen, daß die bisher aus dem Handel mit Spanien ihnen erwachsenden Vortheile ihnen versperrt werden sollen."

Ludwig XIV. beharrt also dabei, seine Truppen an der Grenze bereit zu halten, will jedoch nicht Thätlichkeiten beginnen. Er will auch nicht für die Anerkennung Philipps V. einen Termin setzen. „Wenn ich das thäte, sagt er, so würde der König von England dies beim Parlamente benutzen. Er würde dort behaupten, daß die eigenen Ansichten des Königs von Spanien gar nicht in Frage kommen, daß die spanische Monarchie sich nur nach meinen Befehlen richte, und demgemäß würde er durch den also gestellten Termin das Parlament stacheln, so daß es sich mitbetheiligen würde an dem Verdrusse, den dieser Fürst, ungeachtet der Gleichgültigkeit, die er zur Schau zu tragen sucht, dennoch nicht verhehlen kann. Es genügt daher die Mittel anzusammeln, alles bereit zu halten, um für den Fall, daß die Engländer und Holländer zum Entschlusse des Krieges kämen, ihnen denselben zu verleiden. Allein es ist für uns nicht rathsam die ersten Schritte zu thun, die einen Bruch nach sich ziehen können, und darum werde ich von den Befehlen, welche die Junta von Spanien an den Kurfürsten in Brüssel hat ergehen lassen, zunächst keinen Gebrauch machen" [1]).

Die Worte Ludwigs XIV. lassen demnach ersehen, daß er das Vorschieben seiner Truppen bis Dietenhofen, welches die Staatsmänner im Haag mit Schrecken und Sorge für ihre Besatzungen in Luxemburg und Namur erfüllte, nicht als eine unmittelbare Drohung, noch viel weniger als eine Thätlichkeit gegen die Republik betrachtete. — So der König am 4. Januar 1701.

Mit anderem Auge sah Harcourt von Madrid aus die Lage der Dinge an. Noch bevor diese Darlegung des Königs ihm zukam, drang er am 8. Januar aufs neue auf die Ausschaffung der Holländer aus

[1]) Vom 4. Januar 1701. Bei Hippeau t. II, p. 411 et suiv.

Digitized by Google

den belgiſchen Feſtungen. Nach ſeiner Anſicht war eine Forderung dieſer Art ſo gerecht, daß ſie für die Engländer keinen Vorwand zum Bruche hergeben konnte. Dann erhielt Harcourt jenes Schreiben vom 4. Januar. Erſt darauf hin faßt er ſeine Vorſtellungen, im Vereine mit Beauvilliers, nochmals in nachdrücklicher Weiſe zuſammen.

„Von einem längeren Aufenthalte der holländiſchen Truppen in Belgien, ſchreibt Harcourt am 17. Januar 1701, iſt alles zu fürchten. Von dem böſen Willen dieſer Nation wider uns darf man zur Genüge überzeugt ſein. Die Holländer können nicht anders als mit wohl begründeter Beklemmung anſehen, daß nicht bloß ihre Größe, ſondern auch ihre Freiheit in unſerer Hand ſteht. Wenn ſie ihren wahren Intereſſen folgten und in voller Freiheit ſich bewegten: ſo würden ſie nur zu dem Schutze Ew. Majeſtät ihre Zuflucht nehmen. Aber da die Lenker dieſer Republik ſeit langem durch den König von England gewonnen ſind: ſo vermögen es dieſe Perſönlichkeiten, das Intereſſe des eigenen Vaterlandes der Leidenſchaft jenes Fürſten zum Opfer zu bringen. Um daher ihren Abſichten zuvorzukommen, muß man ſie demgemäß betrachten und behandeln. Nach meiner Anſicht alſo iſt das Zaudern der Republik mit der Anerkennung des Königs von Spanien, ſo wie mit einer Antwort auf den Vorſchlag, die belgiſchen Plätze zu räumen, endlich das durch den ſchwediſchen Botſchafter gemachte Anerbieten eines Vertrages — alles nur Schachzüge, um inzwiſchen die Vorbereitungen zu treffen. Wenn Ew. Majeſtät ihnen Zeit laſſen, ſo gewähren Sie ihnen damit auch die Muße für ihre Maßregeln. Wenn Ew. Majeſtät dagegen in ſie dringen, ſo nehmen Sie ihnen dieſe Zeit. Iſt aber der Krieg unvermeidlich, ſo iſt es beſſer heute als morgen. Der Aufſchub kommt den Feinden zu gute. Er beläßt ihnen die Mittel anzufangen, wann es ihnen zweckmäßig erſcheint. Sie haben die erforderliche Zeit, ihre Schiffe aus dem Mittelmeere abzuberufen, die Ladungen in Sicherheit zu bringen. Der Vortheil, den ſie dadurch erhalten, reicht auf einige Zeit für den Krieg aus. Wird er ihnen genommen, ſo vermögen ſie nicht einmal anzufangen.“

„Ja ich wage ſogar zu ſagen, daß ein bei der jetzigen Sachlage unternommener Krieg, der nur kurz ſein könnte, Ew. Majeſtät vortheilhafter ſein würde als die gegenwärtige Friedenslage, und zwar darum, weil der Krieg Sie in den Stand ſetzen würde, einen Frieden

Digitized by Google

vorzuschreiben nach Ihrem Willen. Gestatten Sie mir, diese Sachlage vorzuführen, obwohl sie Ew. Majestät besser bekannt als mir" [1]).

Es würde überflüssig sein in Erörterungen einzugehen, die keinen Erfolg gehabt haben. Harcourt sprach darin namentlich seinen Zweifel an der Zuverlässigkeit des Kurfürsten Max Emanuel aus. Seine Bedenklichkeiten für damals waren begründet. Max Emanuel hatte weder mit Wien abgebrochen, noch viel weniger mit dem Könige von England. Noch für längere Zeit schaute er aus nach allen Seiten, berechnend und abwägend, von wo ihm der größere Vortheil winke. Eben auch in Bezug auf diese Unzuverlässigkeit drängte Harcourt. Niemals, sagt er, sei ein schneller und kühner Entschluß so nothwendig gewesen wie bei dieser Sachlage. Fünfzehn französische Linienschiffe lagen damals bereit zur Abfahrt nach Indien, acht waren bestimmt für die Meerenge von Gibraltar. Harcourt gab den Rath, daß Ludwig XIV., sobald diese Abfahrt erfolgt, und zugleich zu Lande alles vorbereitet sein würde, im Haag und in London kategorisch seine Anfrage über Krieg und Frieden zu stellen habe. „Niemals, schloß er, wird für Ew. Majestät eine günstigere Gelegenheit winken, Ihren Völkern einen so vortheilhaften, so soliden Frieden zu sichern" [2]).

So Harcourt am 17. Januar 1701. Es wird sich uns einige Wochen später ergeben, daß derselbe Gedanke, den er hier als Hoffnung aussprach, in der Republik sehr lebendig war als Furcht. Eben derselbe Gedanke ward aber auch noch an anderen Orten getheilt. „Es ist gewis, sagte zwei Jahre später, im Rückblicke auf den Winter von 1700/1, der Graf Lamberg zu dem Kaiser Leopold, daß, wenn Frankreich die Ueberlegenheit seiner Macht besser erkannt und mit Nachdruck sie in Anwendung gebracht hätte, der Todesstreich für uns unabwendbar gewesen wäre. Dann würde zur Zeit die gesammte Welt unter der französischen Knechtschaft seufzen" [3]). Ja man befürchtete, daß Ludwig XIV. als Vorwand zur Niederwerfung der Republik zu Gunsten

[1]) Hippeau t. II, p. 432 et suiv. Vom 17. Januar 1701.

[2]) A. a. O. p. 435.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, fol. 30b: Certo è che se la Francia avesse meglio pesate le sue forze, conosciuta la prepotenza di esse, avesse proseguite le sue imprese, il colpo sarebbe stato inevitabile, ed il Mondo tutto gemerebbe a quest' ora sotto la sua schiavitudine.

Digitized by Google

seines Enkels den einstigen Abfall derselben von Philipp II. benutzen könne.

Es geschah nicht. Die nachdrückliche Rede des Botschafters Harcourt vermochte nicht die vorher gefaßte Meinung Ludwigs XIV. zu erschüttern. Er wußte, daß Wilhelm III. damals das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. „Der König von England, sagt er, schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß ein neugewähltes Unterhaus ihm günstiger sein werde. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Könige von England sich in solchen Hoffnungen oft getäuscht haben. Meine Nachrichten von dort melden eine so allgemeine Abneigung der Nation wider die Nachtheile eines neuen Krieges, daß man mit Sicherheit auf einen starken Widerspruch des Unterhauses gegen Pläne solcher Art zählen kann“ [1]).

Dies ist der eigentliche Kern der Erwägungen Ludwigs XIV. Ohne die Zustimmung des englischen Parlamentes blieb aller Zorn Wilhelms III. wider ihn machtlos. Ohne die Hülfe von England mußte aber auch die Republik Holland sich in alles fügen. Ohne die Hülfe der Seemächte konnte endlich auch der Kaiser nichts mit Nachdruck unternehmen.

Harcourt drängte noch einmal alle seine Gründe in einen Satz zusammen. „Ich wiederhole, sagte er, daß, wenn Ew. Majestät Krieg haben sollen, es besser ist heute als morgen“ [2]). Der König dagegen beharrte mit den Worten: „Ich will alle Mittel bereit halten, zu Lande wie zu Wasser, um die Pläne des Königs von England und der Republik durchkreuzen zu können; aber ich will zur Zeit mit der Forderung, den König von Spanien anzuerkennen, nicht weiter in sie dringen. Wenn der König in seiner Hauptstadt eintrifft: so ist für ihn die Zeit gekommen, aller Welt seine Thronbesteigung kund zu thun. Dann ist kein Vorwand zum Ausweichen mehr gestattet“ [3]).

Demnach gewährte Ludwig XIV. aus sich das, was bei der Lage der Dinge Wilhelm III. und Heinsius am sehnlichsten wünschten, Aufschub und demgemäß Zeitgewinn.

[1]) Hippeau t. II. p. 427. Vom 14. Januar. — Man vergleiche Dangeau t. II. p. 12.

[2]) Vom 20. Januar, Hippeau t. II, p. 438.

[3]) A. a. O. p. 428.

Digitized by Google

Für alle Betheiligten aber, ob freundlich, ob feindlich, war England der Kern aller Hoffnungen und aller Befürchtungen. Dahin also haben wir unsere Blicke zu lenken.

Die Schwierigkeiten der Lage des Königs Wilhelm waren groß, mehr verwickelt sogar als damals irgend ein Mensch außer ihm erkannte. Denn ein besonderes Geheimnis trug nur er bei sich allein, so sehr, daß es auch in seinen Briefen an Heinsius nicht zu Tage tritt. Dies war sein Plan der Feststellung der englischen Thronfolge auf das Haus Hannover. Die Kurfürstin Sophie zwar hatte durch ihre Antwort an Stepney (Band VIII, S. 567 u. f.), so wie bei den folgenden persönlichen Zusammenkünften mit Wilhelm III. in Loo und im Haag sich als jacobitisch gesinnt bewiesen; dennoch gab der König die Hoffnung nicht auf, durch seinen alten Freund, den Herzog Georg Wilhelm in Celle, den Schwager der Kurfürstin, eine geneigtere Antwort zu erlangen. Wir werden den Versuch zu diesem Zwecke, so wie das Ergebnis später kennen lernen. In England bedurfte Wilhelm III. für die Feststellung der Thronfolge in diesem Sinne der Tory-Partei. (Man vergl. Bd. VIII, S. 557.) Eben diese Partei aber hatte ihre Abneigung gegen den Theilungsvertrag, ihre Freude über das spanische Testament und über die Annahme desselben offen kund gegeben. Sie war durchaus nicht kriegesgeneigt. Und doch haben uns die eigenen Worte Wilhelms III. an Heinsius kund gethan, daß er nach der Annahme des Testamentes den Krieg wider die bourbonische Macht im Interesse der Selbsterhaltung von England und Holland für nothwendig erachtete, daß er dahin diese beiden Völker führen wollte. Das Hinüberlenken zu den Tories gerade damals erschien vielen Zeitgenossen wie ein unlösbares Problem [1]). Mit um so schärferer Aufmerksamkeit haben wir also die Schritte des Königs zu verfolgen, der zwei, anscheinend divergente Ziele zugleich zu erreichen strebt, und haben vor allen Dingen zu lauschen auf jedes seiner eigenen Worte.

Im Laufe des Monates December 1700 erregte es in England Aufsehen, daß Ludwig XIV. zur selben Zeit, wo er im Haag das Ver-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. Januar 1701.

Digitized by Google

langen nach der Anerkennung des neuen Königs von Spanien in vielfacher Weiſe kund gab, in England zu dieſem Zwecke gar keine Schritte that. Man vermuthete, daß Ludwig XIV. nach der Kränkung, die er durch die Losſagung von dem Theilungsvertrage dem Könige Wilhelm angethan, jeden Verſuch dieſer Art für erfolglos halten möge, oder auch, daß er, bei der abgeneigten Haltung des Parlamentes, Wilhelm III. nicht fürchte [1]). Allerdings legte ja Ludwig XIV., wie er ſich zu Harcourt darüber ausſprach, auf dieſe abgeneigte Haltung großes Gewicht. Gerade darum aber erwartete er, daß von den Engländern ſelber her die Anforderung der Anerkennung an den König herantrete. Dieſe Anſicht war richtig. Bereits am 4./14. December ſchrieb Wilhelm III. an Heinſius: „Alle Welt dringt hier auf die Anerkennung des neuen Königs von Spanien, und, da ich weder mit dieſem ſelbſt, noch mit den Spaniern eine Differenz habe, ſo ſehe ich nicht ab, wie es mir möglich ſein wird, ſie noch lange hinaus zu ſchieben" [2]).

Einige Tage ſpäter traf der Botſchafter Tallard wieder in London ein. Er hatte einſt den Theilungsvertrag in gutem Glauben unterhandelt, und war dann über die Annahme des Teſtamentes ſo ſehr betroffen, daß er ſeinen Freunden faſt wie geiſtig geſtört erſchien [3]). Er trat nun wieder vor Wilhelm III. Der einſt ſo raſche Fluß ſeiner Rede ſtockte völlig. Er überreichte das Schreiben ſeines Königs, ohne auch nur Ein Wort hervorzubringen. Wilhelm III. nahm das Schreiben und las. Dann ſprach er: „Vielleicht habe ich einen allzu lebhaften Eifer für die Erhaltung des Friedens gezeigt: meine Neigung indeſſen in dieſer Richtung hat ſich nicht geändert". — Tallard erwiederte: „Der König, mein Herr, glaubt einen ähnlichen Beweis ſeiner Friedensneigung gegeben zu haben durch die Annahme des Teſtamentes". Dann machte er ſeine Verbeugung und zog ſich zurück [4]).

Unterdeſſen ward von Tage zu Tage mehr ſichtbar, daß der König ſich zu den Tories neigen wolle. Der Graf Rocheſter und Lord Godolphin, die als Häupter derſelben angeſehen wurden, traten faſt täglich bei ihm ein. Montague, der Kanzler der Schatzkammer, hoch

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. December 1700.
[2]) Grovestins t. VII, p. 403.
[3]) St.-Simon hat dies ausgemalt, Mémoires t. II, p. 137.
[4]) Grovestins t. VII, p. 404.

Digitized by Google

verdient als Finanzmann, beim Könige beliebt, aber als Whig den Tories verhaßt, schied aus dem Rathe des Königs. Daß nicht eine Ungnade der Grund, ward ersichtlich aus seiner gleichzeitigen Ernennung zum Baron Halifax. Am 10./21. December traten die Lords Rochester und Godolphin, der erstere als Statthalter von Irland, der andere als erster Lord-Commissär des Schatzamtes, in den Cabinetsrath ein. Dadurch lag es offen vor, daß fortan im Cabinet die Tory-Partei, unter der Führung jener beiden Lords, die Oberhand haben sollte. Es folgte die Auflösung des Parlamentes, die Ausschreibung von Neuwahlen. Bei der Mittheilung im großen geheimen Rathe gab der König als die Ursachen an: den Tod des Herzogs von Gloucester mit den Consequenzen und den Zustand der Dinge in Europa. — So in den letzten Tagen des Jahres und Jahrhunderts.

Es ward beobachtet, daß die Stimmung der Engländer über die Wandlung in Spanien im December 1700, nicht mehr eine so befriedigte war, wie einige Wochen zuvor, daß allerlei Besorgnisse für die Zukunft laut wurden. Man erzählte: der König habe sich geäußert: wenn er den Herzog von Anjou nicht anerkenne und der Handel dadurch leide, so werde das Parlament nicht ermangeln, ihm diesen Uebelstand beizumessen. Erkenne er aber an und suche zugleich die alten Verträge zu erneuern: so habe er zu besorgen, daß Anjou sich darauf nicht einlasse, wenn nicht zugleich England sich verpflichte, dem Feinde des neuen Königs keinen Beistand zu leisten. Dieser Feind aber sei der Kaiser, von welchem er als König von England sich nicht trennen wolle [1]).

Es liegt nahe, daß Wilhelm III. diese Aeußerung mit Absicht hatte ausgehen lassen, um die Schwierigkeit seiner eigenen Position in die Seele jedes Engländers zu verpflanzen.

Bis dahin jedoch, bis in den Beginn des Jahres 1701, hatte Wilhelm III. noch keine authentische Nachricht über die Gesinnungen und die Plane des Kaisers. Der Graf Wratislaw, längst nach London ernannt, hatte zugleich die Aufgabe auf seiner Reise dahin namentlich auch bei dem durchaus kaiserlich gesinnten Kurfürsten von der Pfalz in Düsseldorf vorzusprechen. Dann erneuerte er, im Vereine mit dem Grafen Goes, im Haag bei dem Rathspensionär die Vorstellungen

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 21. December 1700, 4. und 11. Januar 1701.

Digitized by Google

gegen eine Anerkennung des Herzogs von Anjou. Erſt am 8. Januar n. St. traf er in London ein. Er erfuhr von Hoffmann, daß, welche Räthe auch immer der König um ſich berufe, als ſein eigentlicher Vertrauensmann nur Graf Albemarle betrachtet werden dürfe. Bei dieſem fand der Geſandte freundliche Willfährigkeit. Albemarle machte ſein früheres Verhältnis zu dem kaiſerlichen Geſandten Auersperg als Beweis ſeiner Geſinnung geltend. Er führte den Grafen Wratislaw nach Hamptoncourt, wo Wilhelm III. der Ankunft desſelben bereits mit einiger Ungeduld harrte [1]).

Der König ſelber begann ſofort dem Geſandten ſeine Stellung darzulegen. „Wenn etwa, ſagte er, bisher zwiſchen dem Kaiſer und mir Misverſtändniſſe ſich entſponnen: ſo kann ich Ihnen mit Wahrheit ſagen, daß ich allemal innerlich darunter gelitten habe und niemals in Ruhe geweſen bin, bis die Dinge ſich wieder in den früheren Stand gefügt. Zwar weiß ich, daß der letzte, mit Frankreich geſchloſſene Vertrag am kaiſerlichen Hofe ſehr übel aufgenommen worden iſt. Er beſteht nun allerdings nicht mehr, und es wäre demnach überflüſſig, da, wo die Gegenwart uns erfordert, von vergangenen Dingen noch weiter zu reden. Auch dürfte es fraglich ſein, ob es dem Intereſſe des Kaiſers nicht förderlicher geweſen wäre, wenn er den Vertrag angenommen hätte. Jedoch muß ich zu meiner eigenen Beruhigung und zur Bezeugung des Vertrauens, welches ich in Sie als Geſandten des Kaiſers ſetze, Ihnen ausſprechen und verſichern, daß das ſtärkſte Motiv für mich die Wahrnehmung war, daß die engliſche und die holländiſche Nation zum Kriege weder Muth noch Neigung hatten. Von daher entſprang für mich die Beſorgnis, daß der Kaiſer und ſein Haus noch weniger erhalten würden, als der Theilungsvertrag ihnen zuwies. Dazu auch war es mein perſönliches Intereſſe den Krieg zu vermeiden. So bin ich zu dem Theilungsvertrage gekommen, in der Hoffnung daß dadurch das Gleichgewicht in Europa wenigſtens einigermaßen erhalten werden könne."

„Wie nun zur Zeit die Dinge in Europa ſtehen, hätte der Kaiſer ſein Vertrauen Niemandem beſſer zuwenden können als mir. Ich kenne das Unrecht Frankreichs gegenüber dem Kaiſer. Ich ſehe die Gefahr

[1]) Die Berichte Hoffmanns und Wratislaws vom 11. Januar.

Digitized by Google

Europas, für die Einzelnen wie für Alle. Ich weiß, daß dies Königreich und die Republik nicht bloß für ihren Handel zu fürchten haben, sondern auch für ihre Freiheit. Ich bin endlich völlig überzeugt, daß ich persönlich so sehr exponirt bin wie irgend Einer. So gut daher mein Wille mit dem Kaiser zu gehen, ihm beizustehen: so ist ihm doch auch bekannt, daß ich, obwohl König hier, ohne das Zutreten des Parlamentes dem Kaiser eine sichere Hülfe nicht zu versprechen vermag. Wenn die englische Nation die Dinge mit denselben Augen anschauete wie ich: so würde sie erkennen, daß zur Zeit Frankreich und Spanien nur dem Namen nach zwei Monarchien darstellen, in der That und Wirklichkeit nur eine einzige sind. Auch liegt dies ja aus den neuesten Schritten des Königs von Frankreich klar vor Augen. Um jedoch zu Ihnen mit völligem Vertrauen zu reden, weil ja dem Kaiser mit Worten ohne Realitäten nicht gedient ist, muß ich Ihnen offen sagen, daß hier in England die Gefahr bisher nicht zur Genüge begriffen wird. Der Reichthum, den das Land aus dem Handel mit Spanien zieht, hält die Engländer derartig verblendet, daß sie den Verlust, welchen der Krieg ihnen bereiten würde, über alle Maßen fürchten. Ich für meinen Theil werde weder Fleiß noch Mühe sparen, das Parlament dahin zu führen, daß es mich in den Stand setzt, meinen guten Willen für den Kaiser auch durch Werke zu bethätigen, und bitte Sie, dies in meinem Namen dem Kaiser positiv zu versichern."

„Die Generalstaaten, fuhr der König fort, begreifen die ihnen drohende Gefahr sehr wohl. Allein es überwiegt bei ihnen die Furcht, welche die französische Uebermacht an ihrer Thüre ihnen einflößt. Um diese Furcht ihnen zu benehmen, werden wir vieler Zeit und geschickter Unterhandlungen bedürfen."

Der Graf Wratislaw sprach seinen Dank aus, und zugleich seine Hoffnung, daß, da nun der Theilungsvertrag nicht mehr bestehe, die Allianz vom 12. Mai 1689 wieder in volle Kraft trete. Er wies hin auf die Untreue des Königs von Frankreich. Wilhelm III. fiel lachend ein: „Niemand mehr als der Kaiser und ich haben erfahren, in wie weit man sich auf Verträge mit Frankreich verlassen darf. Ich versichere Ihnen, daß, wenn mein Können hier so absolut wäre, wie mein Wille gut: so würde ich noch heute mit Ihnen abschließen und versprechen, daß ich jegliche Forderung des Kaisers unterstützen will.

Digitized by Google

Aber ich will aufrichtig mit ihm handeln, nicht ſchöne Worte reden, welche ich durch die That nicht gut machen könnte. Da alſo mit Worten dem Kaiſer nicht gedient iſt, ſo müſſen wir uns in Geduld faſſen, bis ich dem Kaiſer etwas Zuverläſſiges in Ausſicht ſtellen kann."

Wratislaw bemerkte dann: es ſei ſein beſonderer Auftrag dem Könige das höchſte Vertrauen zu beweiſen, und, ohne ſeine Genehmigung, weder mit einem engliſchen Miniſter, noch mit einem fremden Geſandten in Beziehungen zu treten. Er bat daher, ihm die Perſönlichkeiten zu benennen, denen der König ſein Vertrauen ſchenke. Wilhelm III. erwiederte: „Sie können ſich an Niemanden beſſer wenden als an mich ſelber. Ich werde Sie jederzeit gern anhören. Auch mit Lord Albemarle dürfen Sie alle geheimen Dinge bereden" [1]).

Wie Wratislaw dem Kaiſer ſeinen Bericht über dieſe erſte Audienz abſtattete: ſo machte auch Wilhelm III. darüber ſofort eine kurze Mittheilung an Heinſius. „Ich habe, meldet er, heute dem Grafen Wratislaw die Lage der Dinge hier zu Lande klar dargeſtellt, demgemäß auch die Unmöglichkeit für mich, bei allem guten Willen, für den Kaiſer den Krieg anzufangen. Ich hielt es für beſſer mich ohne Umſchweife darüber zu erklären, und ihn nicht in eitle Hoffnungen einzuwiegen. Auch ſchien ihn das zufrieden zu ſtellen. Ich habe es nicht für geeignet gehalten, ihm, gleich bei dieſer erſten Zuſammenkunft, zu eröffnen, daß es für uns unvermeidlich iſt, den neuen König von Spanien anzuerkennen. Indeſſen ich werde bald dazu kommen müſſen" [2]).

Zu dieſem Zwecke ſchob der König den Grafen Albemarle vor. Dieſer näherte ſich vertraulich dem Reſidenten Hoffmann. Der König, ſagte er, ſei in den letzten Wochen ſehr gedrängt, den Herzog von Anjou anzuerkennen, verſchiebe es aber unter dem Vorwande, daß er zuvor die Geſinnung des Kaiſers kennen müſſe. Hoffmann erwiederte raſch: „Die Anerkennung würde der Sache des Kaiſers den Todesſtreich verſetzen" [3]).

Demnach mußte Albemarle eine gleich ungünſtige Antwort von dem Grafen Wratislaw erwarten. Er begab ſich zu dieſem. Albemarle

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 11. Januar 1701.

[2]) Grovestins t. VII, p. 425.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 14. Januar.

Digitized by Google

erkannte an, daß der Theilungsvertrag von französischer Seite als das Mittel benutzt sei, die Spanier zu dem verzweifelten Entschlusse der Hingabe an Frankreich zu bringen. Er redete zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern, den man zu gewinnen trachten müsse. Er fragte dann, was die Anerkennung des Herzogs von Anjou viel schaden würde. Wratislaw erwiederte wie Hoffmann: „Sie würde der Ruin der Sache des Kaisers sein. Eine Anerkennung des Herzogs von Anjou durch England und die Republik wirkt entscheidend". Albemarle entgegnete mit Nachdruck: „Der Kaiser kann versichert sein, daß der König seine Sache nicht verlassen wird" [1]).

Nach langem Reden hin und wider schlug Albemarle ein merkwürdiges Verfahren vor. Wratislaw möge sich zu Rochester und Godolphin begeben, um sich bei ihnen über das Verhalten des Königs in Betreff der spanischen Sache zu beschweren. Es ist undenkbar, daß Albemarle einen solchen Vorschlag gemacht haben könne ohne Auftrag des Königs. Wratislaw ging sofort ein.

Er begab sich zu Godolphin. Er berichtete über seine erste Audienz bei dem Könige, nicht freilich gemäß der Wahrheit, sondern gemäß der Verabredung mit Albemarle. In Erinnerung an die Hülfe, welche der Kaiser im Jahre 1673 dem Oranier als Erbstatthalter der Republik geleistet, und ferner derjenigen von 1689, wo der Kaiser seine eigenen Vortheile gegen die Türken hintangesetzt, um einzutreten für die Freiheit von England und die Befestigung des neuen Thrones, habe der Kaiser sich in Betreff der spanischen Angelegenheit völlig auf den König verlassen. Aber nun habe der König sehr kühl erwiedert: er sei dem Kaiser für das Vertrauen sehr verpflichtet. Was aber die Hülfeleistung betreffe, so habe er das Parlament berufen. Er werde den Rath desselben in Betreff des Interesses der Nation vernehmen und demgemäß handeln. Auch die Berufung auf die Allianz von 1689, auf den geheimen Artikel derselben, habe von Seiten des Königs lediglich dieselbe Antwort hervorgerufen: er werde das Parlament darüber hören. Dann habe Albemarle sogar gesprochen von der Anerkennung des Herzogs von Anjou. Diese Anerkennung würde für die Sache des Kaisers noch sogar nachtheiliger sein als die Annahme des spanischen Testamentes

[1]) Wratislaws Bericht vom 11. Januar.

Digitized by Google

durch Ludwig XIV. Durch diese Annahme habe der Kaiser zwar einstweilen die spanische Nation eingebüßt, nicht jedoch auch die Hoffnung, sie wieder zu gewinnen: in Folge der Anerkennung dagegen würde er nicht bloß die Bundesgenossen England und Holland verlieren, sondern nach dem Beispiele derselben auch die Fürsten in Deutschland und Italien. Dann bliebe dem Kaiser nichts übrig, als auf irgend eine Weise sich mit dem Feinde selber abzufinden, eben dadurch aber auch sich für immer von England loszusagen und für die Freiheit desselben niemals wieder eine Hülfe zu leisten.

„Um dieses Unheil zu verhüten, fuhr Wratislaw fort, wende ich mich an Sie, so wie an andere hervorragende Mitglieder des Parlamentes, mit der Bitte, dem Könige bessere Intentionen einzurathen und der Nation anzudeuten, daß, wenn sie dies Mal den Kaiser verläßt, wo es sich nicht um eine Stadt oder eine Provinz, sondern um Königreiche handelt, sie auch ihrerseits in Zukunft sich keiner Assistenz vom Kaiser zu getrösten haben wird."

Die Rede blieb nicht ohne Wirkung [1]). Godolphin versprach mit dem Könige zu reden, auch dem Parlamente die Gründe Wratislaws für eine Unterstützung der Sache des Kaisers vorzutragen. „Harren Sie in Geduld, sagte er, bis das Parlament zusammen tritt; denn vielleicht dürfte von dort her noch viel Gutes zu hoffen sein. Verwundern Sie sich nicht über den Kaltsinn des Königs; denn dies ist seine natürliche Weise. Auch gestattet ihm seine Besonnenheit nicht, sich in eine Sache hinein zu engagiren, welche er ohne das Zutreten des Parlamentes nicht ausführen könnte". Wratislaw benutzte seinen Erfolg. „Ich habe, fuhr er fort, von dem Könige nicht verlangt, daß er vor dem Zusammentritte des Parlamentes sich positiv engagiren solle, sondern lediglich die Zusage erbeten, daß er auf das Parlament zu Gunsten der Sache des Kaisers einwirken wolle. Sein Ausweichen ist mir um so auffallender, weil man hier und in Holland das Gerücht ausspreugt: der König sinne auf Krieg. Ich habe bei ihm nicht die geringste Disposition dazu gefunden. Auch die Haltung des französischen Botschafters ist mir verdächtig. Früher lauter Beweglichkeit,

[1]) Wratislaw im Berichte vom 7./18. Januar: „Diese meine mit Mylord Albemarle concertirte Beklagung hat keine übeln Effecten gemacht".

Digitized by Google

aus sich selber lebhafter Art, verharrt er nun, wo seinem Könige an den Entschlüssen von England so sehr viel liegen muß, in stiller Zurückgezogenheit vom Hofe. Dies bringt mich auf den Gedanken, daß vielleicht ein heimlicher Weg oder auch ein Vertrag existirt, der ihm die Sicherheit gewährt, daß der König hier nicht mit Frankreich brechen will. Ich halte daher das Gerücht von der Intention des Königs zum Kriege für einen Kunstgriff, dessen eigentlicher Zweck ist, daß das Parlament dieser Intention entgegentreten soll, damit der König sich vor dem Kaiser und der ganzen Welt mit der Berufung auf den Mangel an Geneigtheit des Parlamentes entschuldigen könne. Innerlich aber verlangt der König vielleicht nichts Anderes als in Ruhe seine Tage hinzubringen, und kümmert sich, selber erblos, wenig um das was nach ihm kommen wird."

Godolphin hörte mit gespannter Aufmerksamkeit. Dann erwiederte er: „Ich bitte doch, von dem Könige nicht vor der Zeit einen nachtheiligen Verdacht zu fassen, noch weniger dem Kaiser auszusprechen. Ich kann unmöglich glauben, daß der König im Herzen französisch sein sollte. Es ist richtig, daß er keine Succession hat; allein es wird die Aufgabe des Parlamentes sein, in dieser Beziehung Sorge zu tragen. Auch wird das Parlament sich dem Kaiser gegenüber so verhalten, daß England auch in künftigen Zeiten auf seine Hülfe bauen darf".

Dann begab sich Wratislaw zu Rochester, und redete dort im selben Sinne. Die Wirkung war noch stärker. Rochester versprach, daß er die gegen die Anerkennung des Herzogs von Anjou vorgeführten Gründe bei dem Könige geltend machen werde.

Uns Späteren liegt vor Augen, daß die von Wratislaw, gemäß der Verabredung mit Albemarle, vor Godolphin und Rochester entwickelte Darlegung, in so weit sie den König Wilhelm III. betrifft, durchweg im Widerspruche mit der Wahrheit steht. Wratislaw diente hier — und er war sich darüber völlig klar — als Werkzeug für die innere Politik des Königs in Bezug auf die Tory-Partei. Aber für ihn hatte die Sache noch eine andere Seite. Er war sich selber nicht klar darüber, ob er denn auch wirklich völlig der Wahrheit zuwider geredet [1]).

[1]) Aus dem Berichte Wratislaws vom 18. Januar: Aus diesem Allen ersehen E. K. M., von was für einer gefährlichen und verwirrten Negotiation dieses

Digitized by Google

Sein Mistrauen, welches durch die erſte Audienz bei Wilhelm III. geſchwunden ſchien, wuchs durch die Angelegenheit der Anerkennung von Anjou wieder empor. Er machte in der zweiten Audienz daraus kein Hehl.

Der König ließ ihm durch Albemarle kund thun, daß er mit ihm zu reden wünſche. Wratislaw begab ſich alſo wieder nach Hamptoncourt, am 7./18. Januar. „Ich bin, begann er zu dem Könige, ganz befriedigt aus der erſten Audienz geſchieden; denn ich hatte ja den Befehl Ew. Majeſtät, dem Kaiſer zu verſichern, daß Sie alles aufbieten würden, das Parlament dahin zu führen, daß es für das Recht des Kaiſers eintreten werde. Dem Befehle Ew. Majeſtät gemäß, habe ich dann mich an den Grafen Albemarle gewendet. Allein zu meiner Beſtürzung mußte ich vernehmen, daß er von der Anerkennung des Herzogs von Anjou zu reden begann. Ich zweifele nicht, daß er meine Erwiederungen darauf Ew. Majeſtät berichtet haben wird, und hoffe, daß Ew. Majeſtät niemals zu einem für das Recht des Kaiſers ſo nachtheiligen Entſchluſſe kommen werden." Dann erſtattete Wratislaw Bericht über ſeine Unterredungen mit Godolphin und Rocheſter, und benutzte die Antworten derſelben, um jene ſeine Hoffnung abermals geltend zu machen.

Der König erwiederte: „Ich habe den Bericht Albemarles vernommen, und darum gewünſcht mit Ihnen zu reden, ſo unlieb es mir auch iſt, Ihnen etwas zu ſagen, was Sie ungern hören, ich ungern ausſpreche. Ich würde zu der Anerkennung Anjous nicht ſchreiten, wenn ich nicht von der Nation wie dazu gezwungen würde. Ich erneuere mein Verſprechen, alles aufzubieten, um dieſe zwei Nationen ſo zu führen, wie der Kaiſer es wünſcht. Aber direct vermag ich es nicht. Dieſe beiden Nationen würden nicht faſſen, wie man darauf ausgehen könne, einen König wieder zu entthronen, der mit der Zuſtimmung der ganzen Nation zur Krone berufen worden iſt. Ich muß daher zunächſt

---

ganze Werk dependirt, und kann gar wohl ſein, daß unter den fictis, ſo ich denen zwei Lorden vorgebracht, gar viel Wahres ſein kann, indem bei dieſem Hof, ausgenommen einige Conjecturen, nichts zu penetriren iſt. Doch will ich hoffen, daß dieſer König, wie er mir ſaget, es mit E. K. M. aufrichtig meinet, und ſich aller dieſer Wege gebrauchen muß, um dieſe Leute zu ſeinem Zwecke zu bringen, zu welchem ich als ein Inſtrument diene.

Digitized by Google

ihn anerkennen, und zwar aus zwei Gründen. Zuerst muß das Parlament den Verdacht fahren lassen, daß ich beabsichtige, England in Krieg zu verwickeln. Dann muß ich Zeit gewinnen, um diese beiden Nationen zu bewaffnen. Sind sie es einmal, so werden sie durch sich selber und durch die Nothwendigkeit der europäischen Verkettung in den Krieg geführt, und dann wird man den Krieg so weit zu treiben haben, wie das Glück der Waffen es zuläßt."

Die Entgegnung befriedigte den Gesandten nicht. Er entwickelte die Consequenzen der Anerkennung in derselben Art wie vor Godolphin. Er mahnte noch stärker an die Entschlüsse des Kaisers von 1688. Damals habe der Kaiser mit Hintansetzung seines eigenen Interesses die Allianz geschlossen, von welcher die Sicherung der Freiheit, deren England zur Zeit genieße, zum erheblichen Theile abgehangen.

Unterbrechen wir hier die Rede des Grafen Wratislaw, um zuerst uns die Frage zu beantworten, ob die von ihm darin ausgesprochene Ansicht in dem damaligen England eine Zustimmung finden konnte. Wir müssen sagen: in dem damaligen England. Denn allerdings hat in der späteren Zeit die englische Neigung, die Folgen des Contactes mit dem übrigen Europa geringer anzuschlagen als sie der Wirklichkeit entsprachen, so sehr überwogen, daß jene Rede um hundertachtzig Jahre später vielleicht mit Zweifel aufgenommen wird. Es ist daher erforderlich, aus den Worten eines Engländers selbst, der mitten in jener Zeit stand, den Beweis zu führen, daß es damals nicht wenige Personen in England gab, welche mit jener Rede übereinstimmend dachten.

Eines der wenigen englischen Tagesblätter damaliger Zeit schreibt nämlich über das politische Verhalten des Kaisers Leopold wie folgt [1]).

„Als der König von Frankreich erfuhr, im Anfange September 1688, daß Belgrad nahe daran sei, in die Hände der Kaiserlichen zu fallen, ließ er, im Widerspruche mit dem Waffenstillstande von 1684, welcher errichtet war nach seinen abscheulichen Einbrüchen in den Nymeger Friedensvertrag, seine Truppen auf den Rhein marschiren und Philippsburg belagern. Man sollte nie vergessen, daß Groß-Britannien für die Grundlage der Freiheit, deren es sich heute erfreut, verpflichtet

[1]) Daily Courant. Monday, the 26th July 1708.

Digitized by Google

iſt dem eingewurzelten Haſſe des Königs von Frankreich wider den Kaiſer, ſo wie ſeinen raſtloſen Anſtrengungen das Intereſſe des Kaiſers zu Grunde zu richten. Denn es iſt ganz augenſcheinlich, daß, wenn der König von Frankreich, anſtatt im September 1688 das Reich mit Krieg zu überfallen, ſeine Armee an die Grenze der Republik der Niederlande geſchickt hätte, nur um ſie mit Krieg zu bedrohen, die Generalſtaaten weder den Prinzen von Oranien, noch ihre Truppen hätten entſenden dürfen, um dieſe Nationen zu befreien. So geſchah es, daß der allerchriſtlichſte Monarch ſeinen getreuen und ergebenen Freund und Verbündeten, den König Jacob, zum Opfer brachte. Denn es iſt nicht denkbar, daß dieſer die Einfalt oder die Thorheit beſeſſen habe, in dieſen Ländern die katholiſche Religion und die Willkürherrſchaft aufrichten zu wollen ohne die Zuſicherung einer auswärtigen Hülfe, und dieſe auswärtige Hülfe konnte von Niemandem anders ihm kommen, als von ſeinem Bruder von Frankreich. Aber dieſer, wiederhole ich, brachte den König Jacob zum Opfer dar, um diejenigen Freunde zu erleichtern, die er höher ſchätzte, nämlich die Türken, welche ſelber als Angreifer die rächenden Waffen der Chriſten über ſich heraufbeſchworen hatten — und zugleich, um ſeiner Leidenſchaft genug zu thun und den Neid zu befriedigen, welchen die großen Erfolge der gerechten Waffen des Kaiſers in ihm erregt hatten, ſo wie endlich, um auch noch andere Abſichten zu erreichen. Bei dieſem Anlaſſe ſtellte der Kaiſer Leopold das Gemeinwohl von Europa höher als ſein eigenes Intereſſe. Er hemmte freiwillig den Lauf ſeiner Siege, und ſetzte ſich außer Stande, von den errungenen Vortheilen über die Türken Nutzen zu ziehen. Dagegen ſchloß er mit dem Könige Wilhelm III. im Mai 1689 den Vertrag der großen Allianz wider Frankreich, und zog einen beträchtlichen Theil ſeiner ſiegreichen Truppen aus Ungarn nach dem Rheine. Die unvermeidliche Folge war der Verluſt von Belgrad und von Niſſa, ſo wie die beſtändige Gefahr, in Einem Feldzuge wieder zu verlieren, was im Laufe einer Reihe von Jahren mit dem Aufwande von ſo vielem Blute und Gelde errungen war. Der Kaiſer hielt nach Weſten aus bis zum Frieden von Ryswyck, und, obwohl er in Ungarn an Boden verlor, ſo behauptete er ſich dennoch, bis der Prinz Eugen durch den Sieg bei Zenta das Siegel drückte auf die lange Kette der früheren, und dadurch den Frieden von Carlowitz erzwang."

Digitized by Google

Die Auffassung und Darlegung dieses Engländers von 1708 entspricht, wie die Thatsachen (in Band IV dieses Werkes) uns dargelegt, durchaus der geschichtlichen Wahrheit.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zurück zu der Rede Wratislaws vom 18. Januar 1701 vor Wilhelm III.

Wenn man nun, fuhr er fort, das dem Kaiser durch die Allianz von 1689 Versprochene nicht halte: so liege dadurch die Erfahrung vor, daß der Kaiser sich auf keine Allianz mehr zu verlassen habe. Damit werde das Gleichgewicht Europas aufgehoben, das einigende Band der Völker zerrißen, und fortan bleibe nur noch jeder einzelnen Macht übrig zu versuchen, wie sie für sich allein sich der französischen Uebermacht erwehre.

Der König zuckte die Achseln. „Wenn es möglich wäre, erwiederte er, gleich anfangs diese beiden Nationen in den Krieg zu bringen: so würden die von Ihnen vorgebrachten Gründe völlig durchschlagend sein. Ich leugne gar nicht, daß ich durch die Anerkennung des Herzogs von Anjou dem Kaiser ein schweres Leid zufüge. Ich weiß auch, daß ich dem Kaiser alles schuldig bin. Eben aber, um nicht alles zu verlieren, thue ich diesen in sich dem Kaiser so schädlichen Schritt. Ich bitte nun, der Kaiser wolle darum mir sein Vertrauen nicht entziehen, wolle vielmehr meinem Rathe folgen, und mit gefaßtem Muthe und dem Aufgebote aller möglichen Kraft wenigstens das erste Jahr den Krieg anfangen. Ich kann dem Kaiser mit moralischer Gewisheit versichern, daß, ehe dieser Feldzug zu Ende, ja vielleicht ehe er recht begonnen, diese beiden Nationen mich zum Kriege gleichsam zwingen werden. Dies jedoch würden sie nicht thun, wenn sie mich zum Kriege geneigt erblickten. Es ist ja doch dem Kaiser mit meiner Person allein nicht gedient. Man zweifele nur nicht an meinem Willen, welcher jedoch im tiefsten Geheimnis zu halten ist. Man lasse mir nur die Zeit, diese beiden Nationen allgemach hineinzubringen: sie laufen dann vielleicht geschwinder hinein als man zur Zeit sich vorstellt" [1]).

Wie diese merkwürdigen Worte des Königs Wilhelm III. vom 7./18. Januar 1701 im voraus die Geschichte des nächsten Jahres spiegeln: so zeigen sie zugleich ihn in dem Vollbewußtsein seiner Kraft

[1]) Anlage 1.

Digitized by Google

und Ueberlegenheit. Er selber hat hier klarer noch als zuvor die Aufgabe gezeichnet, die er sich stellte. Wir werden seinen Schritten nachzugehen haben, um zu ersehen, wie er sie löste.

Dagegen ist es kaum zu verwundern, wenn die Worte des Königs bei dem Gesandten nicht ein gläubiges Ohr fanden. Wratislaw hielt namentlich entgegen, daß inzwischen die verschiedenen kleineren Fürsten, wenn ohne Aussicht einer Hülfe von den Seemächten, sich mit Frankreich einlassen würden. „Vielleicht, erwiederte der König, ist auch dies Uebel nicht so groß, wie Sie es sich vorstellen. Denn ich werde unterdessen nicht ermangeln auf die Reichsfürsten einzuwirken. Für das Haus Braunschweig-Lüneburg, für Brandenburg und Hessen-Kassel darf ich fast gut sagen." — „Mit diesen Fürsten allein, versetzte Wratislaw, ist dem Kaiser nicht geholfen. Um einen Reichskrieg zu machen, bedarf er der Mehrheit der Stimmen, welche ihm jene Fürsten nicht verbürgen. Leider gibt sogar die Erfahrung, daß gerade die mächtigsten Reichsfürsten dem Kaiser eher lästig als nützlich sind. Dagegen sind die Schwächeren, nämlich die geistlichen Kurfürsten, die Kreise Franken und Schwaben, so sehr bloß gestellt, daß sie, eingeschüchtert durch einen solchen Schritt der Seemächte, bereit sein würden zur Neutralität. Wenn also Ew. Majestät dem Kaiser nicht helfen können: so bitte ich wenigstens, durch den Schritt der Anerkennung ihm nicht schaden zu wollen." Wilhelm III. erwiederte: „Wenn Sie mein Herz sehen könnten, so würden Sie finden, daß ich dem Kaiser helfen will. Die Thatsachen werden zeigen, wie gut ich es mit dem Kaiser vorhabe; allein es steht mir zur Bethätigung meiner Gesinnung kein anderer Weg zu Gebote, als der, welchen ich nach reiflicher Erwägung gewählt".

Wratislaw erkannte, daß er den Entschluß des Königs in der Hauptsache nicht zu erschüttern vermöge. Er wandte sich zu einem Nebenpuncte. „Mit welchem Fug, fragte er, darf ich dem Kaiser anrathen, allein einen Krieg wider einen Feind anzufangen, vor dem man sich hier und aller Orten fürchtet? Würde nicht das Heilmittel ärger sein als das Uebel? — Zwar ist die kaiserliche Armee in gutem Stande, waffengeübt; aber man weiß doch auch an unserem Hofe sehr wohl, wie weit Frankreich uns an der Zahl der Truppen überlegen. Dazu kommt der Zustand der Länder. England und Holland haben über die Last des vorigen Krieges geklagt. Und doch hatten sie nur den

Digitized by Google

einen Krieg wider Frankreich, während dessen ihr Handel blühete. Die kaiserlichen Erblande dagegen trugen die Last des doppelten Krieges nach Ost und nach West, und zwar den türkischen Krieg viel länger. Der Feind stand auf unserem Boden. Er hatte Ungarn und Nieder-Oesterreich verheert und verbrannt. Wir besitzen nicht das Mittel des Handels zu unserer Erholung, nicht den raschen Umlauf des bei uns weniger häufigen Geldes. Dennoch sind diese Erblande willig, nach allem Vermögen für den Kaiser einzutreten, wenn sie nur auch eine Hülfe von anderen Mächten her gewahren würden. Aber allein? Die Aufgabe ist gar zu schwer." — Der König erwiederte: „Nur für den Anfang; denn wir werden folgen. Im schlimmsten Falle wagt der Kaiser nichts mehr, als daß seine Armee etwas leiden wird. Denn Frankreich wird gar zu froh sein, wenn es die Dinge im jetzigen Stande erhalten kann. Es wird sich hüten, den Kaiser mit gesammter Macht anzugreifen, weil es uns beobachten muß. Dagegen hangt für den Kaiser alle Aussicht auf unsere Hülfe ab von seinem Beginne. Möge er sich nur auch bemühen das Reich mit heranzuziehen, und dafür will ich fleißig mit arbeiten".

Auch an diesem Puncte zurückgewiesen, machte Wratislaw noch einen anderen Versuch. „Wenigstens, sagte er, bitte ich den Schritt der Anerkennung nicht vor dem Zusammentritte des Parlamentes zu thun." Wilhelm III. erwiederte: „Ich darf nicht bis dahin warten, weil es geschehen würde zum Nachtheile des Kaisers. Denn ich sehe mit Sicherheit voraus, daß das Parlament diesen Schritt verlangen würde. Dann aber würde nicht ich mehr der Meister sein. Vielmehr würde man mir noch andere gefährliche Consequenzen aufdringen. Dagegen bin ich eben so moralisch sicher, daß, wenn ich den Schritt vorher thue, das Parlament ihn nicht gut heißen und dadurch mir Gelegenheit geben wird, dem Interesse des Kaisers reelle Dienste zu leisten" [1]).

So der Bericht des Grafen Wratislaw über diese merkwürdige Unterredung vom 18. Januar 1701. Wir haben mit demselben zu vergleichen denjenigen Wilhelms III. an den Rathspensionär, oder, um es richtiger zu bezeichnen, an die Republik Holland.

---

[1]) Anlage II.

Digitized by Google

„Ich danke Ihnen, schreibt der König an Heinsius, für den genauen Bericht über die Verhandlungen in Betreff der Anerkennung des neuen Königs von Spanien. Nach meiner Ansicht, wie ich Ihnen bereits mitgetheilt, wäre es vorzuziehen, die Anerkennung einfach auszusprechen, ohne alle Unterhandlung über Vorsichts-Maßregeln, die mir an sich illusorisch erscheinen, und heute noch mehr als je zuvor, weil sich Spanien rückhaltlos an die Macht Frankreich hingegeben. Das Eingehen in irgend welche Unterhandlung zu diesem Zwecke ruft für uns die Gefahr großer Verlegenheiten hervor, aus denen wir uns zu entwinden keine Aussicht haben. Denn eine Unterhandlung mit Frankreich versperrt uns den Weg zur Allianz mit dem Kaiser, während die einfache Anerkennung des Königs von Spanien uns alles offen läßt, so daß wir dem Kaiserhofe gegenüber jede Verbindlichkeit eingehen können, nur freilich nicht diejenige des sofortigen Krieges. Nun ist es aber nicht zweifelhaft, daß Frankreich selber uns bald die Gelegenheit bieten wird, uns mit zu betheiligen, wenn nur der Kaiser es auf sich nehmen will, mit Nachdruck den Anfang zu machen."

„Ich habe versucht, dies alles dem Grafen Wratislaw klar zu machen. Aus seinen Antworten indessen habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Wiener Hof unser sofortiges Mit-Eintreten verlangt. Ich habe dem Gesandten sehr bestimmt ausgesprochen, daß man sich darauf keine Hoffnung machen dürfe, daß England und Holland durchaus noch nicht so weit seien. Dies schien ihn sehr zu verstimmen. Demnach ist anzunehmen, daß der Kaiser seinerseits den Krieg nicht anfangen will, bis ihm eine Offensiv-Allianz das Miteingreifen von England und Holland sichert. Das ist ein großer Uebelstand; denn unser Interesse verlangt das Vorangehen des Kaisers. Dies gäbe uns eine Bürgschaft der Zuverlässigkeit von dort her, während doch, wenn einmal der Krieg begonnen hat, England und die Republik nicht zurückbleiben können."

„Indem ich den Grafen Wratislaw von der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen suchte, hob ich zugleich hervor, daß eine Anerkennung des Herzogs von Anjou das Wesen der Frage nicht verändere. Allein ich bezweifele, daß bei diesem ungewissen Stande der Dinge der Kaiser den Entschluß zum Kriege faßt. Es scheint mir sogar, daß die Vorbereitungen in Wien nur matt betrieben werden, durchaus nicht so,

Digitized by Google

daß sie einen festen Entschluß beweisen. Ich besorge auch, daß der Hof dort zu demselben Verfahren zurückkehre wie früher, und schon jetzt dahin trachte, die ganze Last des Krieges auf England und Holland abzuwälzen. Ich habe diese Besorgnis dem Grafen Wratislaw ohne Umschweif ausgesprochen."

„Sein hauptsächlicher Einwand wider die Anerkennung — und allerdings nicht ohne Grund — besteht darin, daß sie auf die anderen Fürsten entmuthigend wirken, sie abhalten wird, sich dem Kaiser anzuschließen. Aber ich habe ihm erwiedert, daß es doch nur von dem Kaiser abhange, durch seine feste Haltung, durch seinen Hinweis auf unsere gute Gesinnung für ihn, diesen übelen Eindruck zu verwischen, während wir unsererseits nicht ermangeln würden uns zu unseren Freunden und Bundesgenossen auszusprechen, in welchem Sinne wir die Anerkennung verstanden wissen wollen."

„Das ist, mit kurzen Worten, der Gesichtspunct, von welchem aus ich diese Frage betrachte, indem ich sie jedoch dabei immer der gegenwärtigen Stimmung unterordne, sowohl in England, wie in Holland. Denn, wenn man nicht ausführen kann, was man möchte, so bleibt nur noch übrig sich so einzurichten, daß man das möglichst Beste thue. Theilen Sie dies den Generalstaaten als meine Ansicht mit; denn, obwohl sie sich um meine Meinung an mich gewandt, so werden Sie mir Recht geben, daß ich, bei der jetzigen Lage der Dinge, mich nicht schriftlich direct ihnen gegenüber aussprechen kann."

„Ich bin erfreut zu vernehmen, fügt der König hinzu, daß die Besorgnisse in der Republik ansteigen; denn damit wächst zugleich die Hoffnung, daß man Vorbereitungen treffen werde, sowohl das eigene Land zu schützen als den Bundesgenossen zu helfen. Man muß daher eilig neue Werbungen anstellen. Allerdings sehe ich voraus, daß die Herren in Amsterdam dagegen Einspruch erheben werden. Aber gerade die Vermehrung der Armee ist unerläßlich, weil, im Falle es nicht geschieht, die Republik, bei der geringen Anzahl ihrer Truppen, der Gefahr einer Invasion ohne Widerstand bloßgestellt ist" [1]).

Wir haben von anderer Seite her erfahren, wie sehr richtig diese Ansicht Wilhelms III. war, und daß damals das beste Bollwerk für

[1]) Grovestins t. VII, p. 427 et suiv.

Digitized by Google

die Republik beſtand in dem Wunſche Ludwigs XIV., die große Beute in Frieden heimzutragen, und demgemäß in ſeiner Erwägung, nicht ſelber durch einen Act offener Gewalt den Anlaß zu einer Störung dieſes Friedens zu geben.

Aus dem Vergleiche beider Schreiben vom 18. Januar, des Grafen Wratislaw an den Kaiſer, des Königs von England an Heinſius, ergibt ſich der damalige Stand der Dinge bei den maßgebenden Perſönlichkeiten in London, dem Haag und in Wien. Im Haag fand die Mahnung Wilhelms III. Gehör und rief entſprechende Beſchlüſſe hervor. Aber auch ſein Urtheil über die Vorbereitungen in Wien war in der Hauptſache durchaus zutreffend. Der urſprüngliche, noch im November 1700 gefaßte Entſchluß, eine Truppenmacht nach Mailand zu entſenden, war, wie wir geſehen haben, aus verſchiedenen Gründen aufgegeben. Inzwiſchen waren nun die franzöſiſchen Truppen dort zuvorgekommen. Es handelte ſich alſo für den Kaiſer nicht mehr um die Erhaltung, den Schutz, ſondern um den Wiedergewinn von Mailand mit bewaffneter Hand. Und zwar lagen die Dinge ſo, daß die Aufgabe, welche im Beginne für 6000 Mann kaiſerlicher Truppen leicht zu löſen geweſen wäre, nun als eine ſchwierige erſchien für eine Armee von 50,000. Die Vorbereitungen für dieſe Aufgabe waren damals, als Wilhelm III. jene Worte ſprach, noch lange nicht getroffen. Ein Bericht des Prinzen Eugen vom 29. Januar entwickelt, wie viel ihm daran noch fehle [1]). Und wie ſich aus den Erwägungen der kaiſerlichen Räthe in denſelben Tagen ergibt, ward der Gedanke, daß der Kaiſer zuerſt und allein in offenem Kriege gegen Frankreich vorgehen möge oder könne, dort noch gar nicht ausgeſprochen [2]).

Wenden wir unſere Blicke zurück nach England: ſo ſteht im Vordergrunde unſeres Intereſſes die eine wichtige Seite des Planes des Königs, das Geheimnis. Wilhelm III. will den Krieg gegen Frankreich. Das Parlament, oder namentlich die Tory-Partei, iſt vorausſichtlich nicht geneigt zum Kriege. Aber der König will dies Parlament ſo führen, daß er von dort her zum Kriege aufgefordert, ja gedrängt

[1]) Der Bericht in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III. Supplementheft S. 11 u. ff.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1701. Abgedruckt in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III, S. 336 u. ff.

Digitized by Google

wird. Die wesentliche Bedingung für diese Führung ist, daß kein Engländer, auch nicht die Minister, oder vielmehr namentlich nicht die Minister, das eigentliche Ziel des Königs kennen. Der König geht anscheinend mit der Tory-Partei; aber die Häupter derselben, Rochester und Godolphin, indem sie vermeinen, den König nach ihrem Rathe zu führen, sollen nicht erkennen, daß sie geführt werden gemäß seinem Willen.

Die Reden des Königs zu Wratislaw haben uns gezeigt, daß er selber dies Geheimnis über seine eigentliche Absicht als bestehend annahm, und das Festhalten desselben von dem Gesandten verlangte. Es ist daher zunächst die Frage, ob sich auch von anderer Seite her die Thatsache dieses Geheimnisses ergibt.

Nach den Berichten des landeskundigen Residenten Hoffmann, der, wie Wratislaw meldet, nach seinem langjährigen Aufenthalte dort wie ein Engländer angesehen wurde, muß diese Frage bejaht werden. Dies um so mehr, da Hoffmann selber damals in den Irrthum über den König mit einging. Bei den in London weilenden Mitgliedern des Parlamentes stand nämlich die Ansicht fest, daß der König mit Frankreich nicht brechen wolle. „Verlassen Sie sich darauf, sagte einer derselben zu Hoffmann, daß alles, was vom Hofe aus dem Kaiser versichert wird, nur Grimasse ist." Man zählte dafür verschiedene Gründe auf. Der König wolle nicht für Frankreich einen Anlaß bieten, abermals etwas zu Gunsten des Königs Jacob gegen England zu unternehmen. Ferner nehme die Gesundheit des Königs ab. Seine Günstlinge wünschen aber sein längeres Leben. Aehnlich daher, wie die Frau von Maintenon auf Ludwig XIV. für den Frieden von Ryswyck eingewirkt, sei die Umgebung Wilhelms III. beflissen zu reden für die Anerkennung des spanischen Testamentes. Dazu sei England in die großen Parteien zerklüftet, und der König keiner derselben sicher. Er müsse vielmehr voraussehen, daß keine von ihnen die Mittel für eine Landarmee bewillige. Selbst aber auch, wenn das geschähe, so sei für den König noch ein Anderes zu besorgen. Denn, da die Erfahrung des vorigen Krieges, und namentlich die schwere Schuld, die von damals her dem Lande geblieben, Zeugnis ablegen für die schlechte Verwaltung der Mittel: so werde das Parlament von daher den Anlaß nehmen, die Verwaltung für sich zu verlangen. Der König aber, um diesen

Digitized by Google

neuen Einbruch in ſeine Prärogative zu vermeiden, werde es darauf nicht ankommen laſſen. Er habe für ſein Leben Ruhm genug erworben: er werde ihn nicht weiter aufs Spiel ſetzen wollen [1]).

„Alle dieſe Motive jedoch, fügt Hoffmann hinzu, entſchuldigen nicht den Hof, daß er mit der Anerkennung von Anjou vorgehen will, ohne erſt das Parlament abzuwarten." Wir haben dagegen den wahren Grund Wilhelms III. aus ſeinen Worten zu Wratislaw vernommen.

Hoffmann trieb bei einer Unterredung über die Frage der Anerkennung den neuen engliſchen Staats-Secretär Hedges ſo ſehr in die Enge, daß dieſer, um ſich los zu machen, mit dem Geſtändniſſe hervortrat: er müſſe bekennen, daß er von dieſen Geſchäften erſt geringe Kunde habe [2]).

Die Thatſache des Geheimniſſes für die Engländer dürfte demnach unzweifelhaft vorliegen. Sie tritt uns in der Regierung Wilhelms III. nicht als neu entgegen. Denn wir erinnern uns, wie Shrewsbury als Staats-Secretär, reich ausgeſtattet mit königlichen Gnaden und darum anſcheinend der Mann des Vertrauens, dennoch in die auswärtigen Angelegenheiten ſehr wenig eingeweiht wurde. Wir haben dieſelbe Beobachtung gemacht bei den Verhandlungen über die Theilungsverträge. Niemals jedoch hat Wilhelm III. ſich über den Grund dieſes ſeines Verhaltens ſo klar und beſtimmt ausgeſprochen, wie gegenüber dem Grafen Wratislaw. Dieſer Grund war der eigenthümlich nationale Zug der Engländer, über politiſche Geheimniſſe, die das Ausland betrafen, vor den Landsleuten nicht zu ſchweigen. Nachdem ſchon der König und Albemarle den Grafen Wratislaw darauf hingewieſen, ließ der König ihm durch den celliſchen Geſandten Schütz noch ausdrücklich den Satz wiederholen: „Ein Engländer macht in Betreff auswärtiger politiſcher Angelegenheiten alles ſeinen Landsleuten kund". Demgemäß legt der Graf Wratislaw die Richtſchnur ſeines Verhaltens dem Kaiſer dar mit den Worten: „Wenn man einem Engländer über den guten Willen des Königs auch nur das Geringſte ſagen wollte: ſo würde dies Geheimnis, welches für die Sache Ew. K. Majeſtät noch einigen Nutzen ſchaffen kann, alsbald hier landesbekannt werden". Es

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Januar.
[2]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar.

Digitized by Google

wußten demnach um dies Geheimnis der eigentlichen Intentionen Wilhelms III. in England nur die vier Personen: der König selbst, Lord Albemarle, der Graf Wratislaw, und der hannöverisch-cellische Gesandte Freiherr von Schütz, sämmtlich Nicht-Engländer.

Zugleich aber lag die Thatsache vor Augen, daß die Stimmung der Engländer, wie durchweg in jenen Zeiten, dem Kaiser geneigt war. „So oft ich mit einem Mitgliede des Parlamentes zusammentreffe, meldet Hoffmann, erhalte ich die Frage, wohin die Absicht Ew. K. Majestät gerichtet. Sie seien geneigt, dieselbe zu befördern: nur müßten sie wissen, worin sie bestehe. Wenn die Intention dahin gehe, den Herzog von Anjou zu entthronen: so sei darauf keine Aussicht. Verlange aber Ew. K. Majestät einen Theil: so müsse man sich darüber erklären. Ich pflege dann zu erwiedern, daß ich von ihnen her ja so oft vernommen: sie würden lieber das Hemd vom Leibe verkaufen als zugeben, daß Frankreich in Spanien herrsche. Ja, heißt es dann, die Anerkennung des Herzogs von Anjou in Spanien hat das alles geändert." Demgemäß aber hieß es vom Hofe Wilhelms III. aus: die Nicht-Anerkennung des Herzogs von Anjou würde eine Geneigtheit des Königs Wilhelm zum Kriege gegen Frankreich und Spanien an den Tag legen, und daher müsse auch der König von England anerkennen.

Auf diese Thatsache der dem Kaiser geneigten Gesinnung in England baute der Graf Wratislaw den Plan seines ferneren Verfahrens.

Die Wahrnehmung des Königs, daß dieser Gesandte sehr verstimmt von ihm gegangen, war durchaus richtig. Wratislaw seinerseits fühlte, daß er in seinen Vorwürfen vor Wilhelm III. persönlich sehr weit gegangen. Er fügte seinem Berichte hinzu: der Kaiser werde es hoffentlich nicht übel aufnehmen, daß er dem Könige hart zugesetzt und Undankbarkeit vorgeworfen habe. Er habe geglaubt, in diesem Falle dazu befugt gewesen zu sein, obwohl es ihm vorgekommen, daß der König auch in seinem eigenen Herzen sich diese Vorwürfe gemacht [1]). Jedenfalls ließ der König ihm gegenüber keine Empfindlichkeit spüren. Wilhelm III. schickte sogar am nächsten Tage den hannöverisch-cellischen Gesandten Schütz, um abermals mit Wratislaw zu reden. Es ergab

[1]) Ich kann zwar nit anders sagen, (als) daß mich gedünket, daß Er es ihm in seinem eigenen Herzen selber gemacht hat.

Digitized by Google

ſich bald, daß der König dieſem Geſandten ſeines alten Freundes, des Herzogs Georg Wilhelm zu Celle, den ganzen Verlauf der lebhaften Audienz mitgetheilt hatte. Aber auch Schütz vermochte nicht, den Grafen Wratislaw dem Plane des Königs geneigter zu machen. Als am anderen Tage Wratislaw ſich wieder nach Hamptoncourt begab, glaubte er zu bemerken, daß der König in dem damals üblichen Cercle der Geſandten ihn mit beſonderer Höflichkeit behandelte, wiederholt das Wort an ihn richtete, namentlich ihn dem Grafen Tallard vorzog [1]).

Das alles indeſſen hob nicht das damalige Mistrauen des Geſandten wider den König. Seine Hoffnung auf eine Hülfe desſelben für den Kaiſer war gering. Demgemäß nahm er ſich vor, in der durch Albemarle im Auftrage des Königs ihm auferlegten fictiven Rolle zu beharren, nämlich ſich über den Kaltſinn des Königs für die Sache des Kaiſers bei den Engländern zu beſchweren. Der Eindruck, den ſein Hinweis, daß der Kaiſer fortan England bei etwaigen Gefahren ohne Hülfe laſſen werde, auf Rocheſter und Godolphin gemacht, bürgte ihm dafür, daß dies Mittel auch fernerhin nicht erfolglos ſein werde. Es war dabei nur der Unterſchied, daß die Beſchwerde im Sinne des Königs lediglich fictiv war, im Sinne des Geſandten in mehr als einer Beziehung ernſtlich gemeint.

Wratislaw begab ſich abermals zu Rocheſter, und erging ſich vor dieſem in ſchweren Klagen über den König. „Der Kaiſer, ſagte er, hat im Jahre 1688 die Vortheile ausgeſchlagen, welche Frankreich ihm bot, wenn er nicht mit den Seemächten ſich verbünden wollte. Er hat die Allianz mit ihnen geſchloſſen. Er hat dadurch Belgrad und Niſſa eingebüßt. England dagegen beſitzt in Folge dieſer Allianz die Freiheit, deren es heute genießt. Nun kommt es auf die Gegenleiſtung an, die der Allianz-Vertrag von 1689 dem Kaiſer verheißt, auf den Beiſtand zur Erlangung des ſpaniſchen Erbes. Aber dieſer Beiſtand wird verſagt. Und nicht bloß dies. Der König iſt Willens durch die Anerkennung des Herzogs von Anjou der Sache des Kaiſers den Todesſtreich zu verſetzen, und das Odium ſeiner Undankbarkeit auf die engliſche Nation abzuwälzen. Ich weiß, daß die engliſche Nation guten Willen für den Kaiſer hat. Aber der König hat ihn nicht, und wird

[1]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar.

Digitized by Google

den guten Willen der Nation nicht zur That werden lassen. Er läßt hier und in Holland das Gerücht ausſprengen, daß er den Krieg wolle. Er will ihn nicht." Dann zählte Wratislaw alle die Gründe auf, welche nach der landläufigen Meinung der Engländer ſelbſt den König vom Kriege abhielten. „Der Zweck jenes Gerüchtes, ſagte er, iſt lediglich das Gegentheil deſſen was es ſagt, weil ja vorauszuſehen iſt, daß, wenn der König wirklich die Abſicht des Krieges hätte, die Nation ihm darin nicht beifallen würde." „Es thut mir leid, fuhr Wratislaw fort, daß Männer wie Sie und Godolphin, in dieſe Falle eingegangen ſind. Viele Andere mit mir wiſſen, daß Sie beide dem Könige eingerathen, den Herzog von Anjou anzuerkennen. Sie beide haben ihm dadurch eine große Freude bereitet; denn er wird dem Parlamente gegenüber Sie als ſeine Rathgeber benennen. Nach meiner Anſicht indeſſen läßt der Streich ſich noch abwehren, wenn Sie dem Könige ſagen, ich hätte Ihnen ſo viele Gründe wider die Anerkennung vorgebracht, daß Sie Sich genöthigt ſehen, das Votum für dieſelbe zurückzunehmen. Sie würden dadurch dem Kaiſer einen großen Dienſt erweiſen, andererſeits ſich der ſchweren Verantwortlichkeit vor dem Parlamente entheben."

Die ſcharfe Rede Wratislaws ſchlug ein. Rocheſter bat ihn, ſich zu Godolphin zu begeben und auch dieſem dieſelben Gründe zu entwickeln [1]). Es geſchah. Auch Godolphin ging in derſelben Weiſe ein.

„Ich habe kein Bedenken getragen, fügt Wratislaw ſeinem Berichte hinzu, den König bei der Nation ſuſpect zu machen, erſtlich weil es der Hof mir ſelbſt ſo angegeben, und dann, weil, wenn er im Herzen es ehrlich meint, dies ſeinem Zwecke nur förderlich ſein kann. Wenn er aber nicht aufrichtig verfährt, ſo ſehe ich nicht ab, weshalb ich, als der ich Ew. K. Majeſtät Intereſſe hier zu fördern verpflichtet bin, ihn ſchonen ſollte" [2]).

Dem Kaiſer indeſſen war ein ſolches Auftreten eines ſeiner Geſandten neu. Wratislaw erhielt den Beſcheid: „Du haſt den Parlaments-Mitgliedern gegenüber die Vorſicht und Mäßigung zu gebrauchen, daß die Perſon des Königs jederzeit geſchont wird, auch in Deine

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 10./21. Januar: Indem er mir motu proprio gerathen, zu Godolphin zu fahren.

[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

Reden nichts einfließen zu lassen, was S. M. zur Empfindlichkeit Anlaß geben könnte" [1]).

Der Eindruck, den die Reden Wratislaws auf Rochester und Godolphin gemacht, ward in den nächsten Tagen verstärkt [2]) durch die Nachricht, daß der Papst und die Republik Venedig in Versailles ihre Vermittelung angeboten, so wie durch diejenige der Entsendung des Herzogs von Berwick nach Rom.

Fassen wir zunächst kurz diese Thatsachen ins Auge.

Wir erinnern uns des Angebotes der päpstlichen Vermittelung und der bedingten Annahme derselben von Seiten des Kaisers, in so weit nämlich, daß diese Annahme den Weg zur Einigung mit den Seemächten nicht versperrte. Gerade damals, als in London sich jenes Gerücht der Sendung Berwicks nach Rom verbreitete, legte der Graf Lamberg im Auftrage des Kaisers dem Papste Clemens XI. die Frage vor, ob es noch eine Möglichkeit gebe, Italien vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Der Kaiser habe keinen Mann dort einrücken lassen. Der König von Frankreich dagegen, ungeachtet seines gegebenen Wortes, keine Neuerung vorzunehmen, erfülle Mailand mit seinen Truppen. Der Kaiser rufe daher den Papst an seine Mahnung geltend zu machen. Clemens XI. erwiederte: er habe mit dem spanischen Botschafter Uzeda geredet, und ihn maßvoll und discret gefunden. Dagegen sei der Cardinal Janson Forbin ihm schroff und unbeugsam gegenüber getreten. Ja dieser habe, um freier sich loszulassen, sich zu dem Staats-Secretär gewendet und feierlich protestirt, daß nicht die Rede sein könne von Vermittelung, noch von einem Vertrage. Niemals werde Frankreich um des Friedens willen einen Fußbreit Erde der spanischen Monarchie abtreten [3]). Sein König ermangele weder der Soldaten, noch des Geldes, um sie zu behaupten. Dann habe Janson aufs neue sich dem Papste zugewendet mit den Worten: entweder die päpstliche Vermittelung zu dem Zwecke, daß der Kaiser sich ruhig verhalte, oder Eintritt des Papstes als Haupt in ein Bündnis mit den

[1]) Kaiserliches Rescript vom 15. Februar, in Antwort auf die Berichte vom 11., 14., 18. und 21. Januar.

[2]) Wratislaws Bericht vom 25. Januar.

[3]) Relazione del conte di Lamberg f. 44ª: Che la Francia mai averebbe ceduto un palmo di terreno della Monarchia di Spagna, per conseguire la pace.

Digitized by Google

zwei Kronen. Und zuletzt sei Janson mit Dreistigkeit in die Worte ausgebrochen: „Ew. Heiligkeit werden eines Tages zum Zwecke dieses Bündnisses den Cardinal Janson suchen und ihn nicht finden“ [1]). Clemens XI. schloß seine Rede zu dem Grafen Lamberg mit den Worten: „Herr Botschafter, schreiben Sie von unserer Seite dem Kaiser, daß er seine Maßregeln für die Rechte, die ihm gebühren, wohl treffe; denn wir wollen nicht ihn glauben machen, daß wir unsere Vermittelung mit der Nebenabsicht angeboten, um ihn einzuschläfern und zu seinem Nachtheile Zeit zu gewinnen“ [2]).

Die Sendung des Herzogs von Berwick nach Rom hatte einen ähnlichen Zweck, wie die Reden des Cardinals Janson. Berwick bot im Auftrage seines Vaters, des Königs Jacob, dem Papste seine Dienste an als General der päpstlichen Truppen. Clemens XI. erwiederte mit vielem Danke: er habe bereits seine eigenen Verfügungen mit seinen Vasallen getroffen [3]).

Demnach verliefen die Dinge in Rom keineswegs nach den Wünschen Ludwigs XIV. Aber diese Thatsachen lagen den Engländern nicht vor. Man kannte nur diejenige des Angebotes der päpstlichen Vermittelung und der Reise Berwicks. Aus den Gerüchten darüber erwuchs die Besorgnis, daß eine Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich gelingen, und daß das Schwergewicht einer solchen Einigung auf die Nicht-Katholiken in Europa fallen werde. Es ging in London eine Schrift um, des Inhalts: wenn man dem Kaiser nicht helfen wolle wegen der Gefahr für den Handel von England, noch zum Zwecke der Sicherung von Belgien: so möge man es thun um der Religion willen, nämlich um den Kaiser zu trennen oder getrennt zu erhalten von der bourbonischen Macht; denn im anderen Falle sei der Untergang des Protestantismus unvermeidlich [4]).

---

[1]) Ed in somma gli aveva detto con baldanza: V. S. cercherà un giorno il Cardinale Giansone per questa lega, e non lo potrà trovare.

[2]) Signore Ambasciatore scriva da nostra parte all' Imperatore che prendo bene le sue misure per gli diritti che gli competono, perche non vorressimo fargli credere di avere offerta la nostra mediazione con il secondo fine di addormentarlo a guadagnare tempo a suo pregiudizio.

[3]) Relazione del conte di Lamberg f. 48a. — Mémoires de Berwick t. I, p. 108.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 28. Januar.

Digitized by Google

Dieſe Anſicht iſt in den ſpäteren Jahren für den Krieg in England oft und vielfach geltend gemacht. Sie mochte ſubjectiv wahr ſein; dennoch erreichte ſie nicht das Weſen der Dinge. Wir haben aus den Worten Ludwigs XIV. zu ſeinem Enkel vernommen (S. 23), daß fortan die Papſtwahl geſchehen müſſe nach ihrem Willen. Wenn daher der römiſche Kaiſer Leopold ſich fügte in eine Verſtändigung, die nach dem Willen Ludwigs XIV. nur auf Grund der Anerkennung des Thatbeſtandes möglich und demnach gleichbedeutend war mit der reellen Unterordnung des Kaiſers: ſo erhob ſich für die geſammte Chriſtenheit die Gefahr, daß jene Abſicht Ludwigs XIV. erreicht wurde, daß demnach fortan das Haus Bourbon den päpſtlichen Stuhl beſetzte nach ſeinem Willen. Dann war es um die Freiheit der Kirche geſchehen. Denn eine Kirche, deren Oberhaupt geſetzt wird von einer weltlichen Macht, wird eben dadurch abhängig, wird zur Dienerin dieſer weltlichen Macht. Die Freiheit alſo der katholiſchen Kirche ward bedroht durch die Macht des Hauſes Bourbon. Darum, wer immer ſich dem Ueberwachſen dieſer Macht entgegen ſtemmte, und aus welchen Motiven immer es geſchah, ob aus dem vermeintlichen des Proteſtantismus, oder irgend einem anderen, ob der Kaiſer, ob Wilhelm III., ob die Republik der Niederlande: ſie alle erhoben zugleich, ob abſichtlich, ob unabſichtlich, ob wiſſentlich, ob unwiſſentlich, das Schwert für die Unabhängigkeit der Kirche von weltlicher Gewalt, für das Bollwerk aller ſittlichen Freiheit auf Erden.

Den engliſchen Tories jener Zeit lagen allerdings ſolche Erwägungen fern. Sie fürchteten für die engliſche Hochkirche. Wratislaw erkannte dieſe Beſorgnis und nutzte ſie aus. Wenn alle Welt das Intereſſe des Kaiſers preis geben wolle, ſagte er ihnen, ſo werde auch dem Kaiſer nur noch übrig bleiben, ſich mit möglichſt geringem Schaden aus der Sache zu ziehen [1]).

Rocheſter und Godolphin begaben ſich zum Könige. Sie eröffneten, daß und aus welchen Gründen ſie ihr Votum für die Anerkennung des Herzogs von Anjou als Königs von Spanien vor dem Zuſammentritte des Parlamentes zurücknähmen. Der König erwiederte, daß er dieſem Rathe gemäß damit noch anſtehen werde. Er ließ dieſe

[1]) Wratislaws Bericht vom 14. 25. Januar.

Digitized by Google

Wendung und seine Befriedigung darüber dem kaiserlichen Gesandten durch Albemarle kund thun. Der Letztere warf die Aeußerung hin: Wratislaw werde jene beiden Minister durch Geld umgestimmt haben. Wratislaw verneinte. „Ich vernehme auch sonst die Meinung, erwiederte er, daß ich über Geldmittel verfüge. Dies ist nicht richtig. Ich besitze sie nicht. Ich habe jene beiden Persönlichkeiten lediglich einzuschüchtern gesucht, indem ich ihnen in Aussicht stellte, daß, im Falle der Anerkennung, der Kaiser mich sofort abberufen, und daß dann die Verantwortung dafür vor dem Parlamente auf sie fallen würde" [1]).

Wir haben auch früher oft bemerkt, daß niemals ein Gesandter des Kaisers Leopold mit den Mitteln ausgerüstet wurde, seiner Rede durch einen Goldklang Nachdruck zu geben. Burnet versichert dagegen, daß in dem Winter von 1700/1 eine Fluth französischen Goldes sich durch England ergoß [2]).

Der König ließ dem Gesandten Wratislaw zum Beweise seiner aufrichtigen Gesinnung zugleich kund thun, daß er sich einige Zeit vor dem Beginne des Parlamentes von Hamptoncourt nach Kensington begeben werde, um auf die ankommenden Mitglieder des Parlamentes persönlich einzuwirken. Dann wies er darauf hin, daß aus den Reden des Gesandten bisher sich nicht ergebe, wie weit die Absicht des Kaisers gehe. Auf den Wiedergewinn der ganzen spanischen Monarchie werde England sich nicht einlassen. Daher verlangte der König, daß Wratislaw mit einer bestimmten Instruction hervortrete [3]).

Am selben Tage ward in Wien unter dem Vorsitze des Kaisers diese Frage erörtert. Die Erwägung der gesammten europäischen Sachlage brachte immer wieder dasselbe Ergebnis, daß man nur im Vereine mit den Seemächten etwas vermöge. Aber Spanien und Westindien wurden kaum genannt. Demnach waren auch der Kaiser und seine Räthe über das Vorhaben bei den Seemächten, Philipp V. anzuerkennen, nicht in dem Maße erregt wie die Gesandten, Goes im Haag und Wratislaw in London. Kaunitz beantragte, daß, da es schwer sei, auf die alte Allianz von 1689 zurückzugehen, man den Seemächten

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 17./28. Januar.

[2]) A vast flood of French gold was visible among us, ad a. 1701.

[3]) Wratislaws Bericht vom 28. Januar.

Digitized by Google

daſſelbe eröffnen möge wie dem Papſte, demnach verlangen ſolle die ſpaniſchen Länder in Italien und Belgien [1]). Darüber ward nicht ein eigentlicher Beſchluß gefaßt, jedoch auch nicht ein Widerſpruch dagegen geltend gemacht. Demnach bleibt dieſe Forderung die Baſis, auf welcher die kaiſerliche Politik ſteht.

Zugleich jedoch erneuerte Wilhelm III. durch Albemarle bei dem Geſandten Wratislaw mit Nachdruck den Wunſch, daß der Kaiſer beginnen möge, wenn es geſchehen könne, noch im Winter. Albemarle hob hervor, daß der Verdacht beſtehe, der Kaiſer gehe darauf aus, die Seemächte in den Krieg zu bringen und dann, wie im vorigen, die Laſt desſelben auf ſie abzuwälzen. Eben dieſer Verdacht ſei eine wichtige Handhabe für die franzöſiſch Geſinnten. Nur ein thatſächliches und energiſches Vorgehen der kaiſerlichen Waffen, ſei es in Italien, ſei es am Rheine, könne dieſen Verdacht zerſtreuen [2]).

Inzwiſchen wurden die Wahlen für das Unterhaus vollzogen. Die allgemeine Annahme war, daß die Whig-Partei die Mehrheit haben würde. Dies war, nach der Anſicht Hoffmanns, zum Theile eine Folge des Hinüber-Lenkens von Wilhelm III. zu den Tories. „Denn, ſobald ſich der König für eine Partei erklärt, wie er es letzthin für die Tories gethan: ſo findet dieſelbe, ſo ſtark ſie auch vorher geweſen ſein mag, nicht bloß einen Widerſtand, ſondern einen überwältigenden“ [3]). Für die Angelegenheit des Krieges dagegen erſchien dies nicht als ein Nachtheil. Die Whig-Partei, die überhaupt als rühriger, thätiger, in ſich feſter geſchloſſen galt, hatte den König durch den vorigen Krieg getragen. Sie erſchien auch dies Mal geneigter, die Sache aufzunehmen, als die Tories. Lord Peterborough, der drei Jahre zuvor in Folge ſeines Auftretens im Proceſſe Fenwick ſich von dem öffentlichen Leben hatte zurückziehen müſſen, tauchte in dieſer Partei wieder empor und verſicherte dem kaiſerlichen Geſandten ihre völlige Bereitwilligkeit. Der König dagegen erſchien nach wie vor völlig indifferent [4]).

„Meine Hoffnung iſt, meldet Wratislaw, daß die Franzoſen, des Wartens müde, in den ſpaniſchen Niederlanden ſolche Schritte thun

[1]) Notate für das Conferenz-Protokoll vom 28. Januar.
[2]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar/1. Februar.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar/4. Februar.
[4]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar/1. Februar.

Digitized by Google

werden, welche diese beiden Nationen unfehlbar in den Krieg verwickeln müssen" [1]).

Es kommt demnach darauf an uns klar zu machen, in wie weit der Zustand der Dinge in Belgien damals, zu Ende Januar 1701, eine Ansicht solcher Art hervorrufen konnte.

Aus den gegenseitigen Aeußerungen von Ludwig XIV. und Harcourt bis tief in den Monat Januar hinein haben wir ersehen, wie die Ansichten zu einander sich verhielten. Harcourt drängte auf ein rasches Vorgehen, um die feindselig gesinnte Republik unschädlich zu machen. Ludwig XIV. wollte alles bereit halten für den etwaigen Fall. Aber er vertraute auf die Friedensneigung des Parlamentes von England. Er wollte nicht dem Könige Wilhelm III., den er schärfer durchschaute als die Engländer, eine Handhabe bieten, an der er das Parlament nach seinem Willen leiten könnte.

So Ludwig XIV. noch am 14. Januar 1701.

Etwas anders jedoch gestaltete sich seine Ansicht in der zweiten Hälfte des Monates. Er erhielt auf seine Friedensversicherungen nach dem Haag hin keine Antwort.

Wir erinnern uns, daß bereits im December 1700 der Rathspensionär dem kaiserlichen Gesandten die Anerkennung Philipps V. als für die Republik unvermeidlich hinstellte. Dennoch wollte die Republik nicht vorgehen ohne den König von England. Da von London her diese Anerkennung ausblieb, so erfolgte sie auch nicht im Haag.

In voller Würdigung dagegen ihrer bedrohten Lage faßten die Generalstaaten, am 15. Januar 1701, den Beschluß, dem Könige von Frankreich Beredungen zum Zwecke der Erhaltung des Friedens anzubieten [2]). Allein es traf sich, daß die beiderseitigen Gesandten durch deren Hände dies Schreiben gehen mußte, Briord im Haag und Heemskerk in Paris, gleichzeitig erkrankten. In Folge dessen hatte Ludwig XIV. volle zehn Tage nach jenem Beschlusse, am 25. Januar,

---

[1]) Bericht vom 28. Januar.

[2]) Lamberty t. I, p. 370. Der Beschluß vom 29. Januar, p. 371, ist lediglich eine stärkere Wiederholung. — Man vgl. Lamberty t. XI, p. 270.

Digitized by Google

noch keine Kunde desselben. Daher wuchs sein Verdacht empor und reifte zu einem Entschlusse.

Er spricht sich darüber zu Harcourt aus am 25. Januar: „Nicht bloß geben die Holländer keine Antwort, sondern man darf auch für gewis annehmen, daß sie, unter dem Vorwande die Ansicht des Königs von England und die Beschlüsse des Parlamentes abzuwarten, die Zeit benutzen, um Verbindungen anzuknüpfen, sei es mit dem Kaiser oder mit denjenigen Reichsfürsten, welche ihnen als willig erscheinen sich in einen neuen Krieg einzulassen".

Ludwig XIV. legt dann die Unzuverlässigkeit des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel dar, welcher von ihm die Erlaubnis zur Besetzung der Plätze in Geldern verlangt, und zugleich nach verschiedenen Seiten unterhandelt. Aber Ludwig XIV. bedarf dieses Kurfürsten zu einem wichtigen Zwecke wider die Holländer. Darum unterdrückt er seinen Verdruß, und sieht als das geringere Uebel an, die Forderung des Kurfürsten mit anscheinendem Vertrauen zu gewähren. Diesen wichtigeren Zweck gibt er dem Duc d'Harcourt an mit den Worten: „Es handelt sich darum, mit dem Kurfürsten alle Maßregeln so zu verabreden, daß meine Truppen, wenn möglich, bald und gleichzeitig Besitz ergreifen von allen den festen Plätzen in Belgien, in denen die Holländer zur Zeit Besatzungen haben. Denn es wäre gefährlich sie noch länger zu schonen, und, wenn man den Krieg vermeiden kann, so ist es nur möglich dadurch, daß man ihnen die Vortheile benimmt, welche sie nach ihrer Meinung haben, um ihn zu beginnen. Ich habe zugleich den Marschall Boufflers nach Lille entsendet, damit er dort die für den Marsch der Truppen erforderlichen Befehle ertheilen kann" [1]).

Ludwig XIV. tritt demnach mit diesem Entschlusse den Anschauungen des Harcourt etwas näher, nur, seiner Ansicht nach, nicht im Principe. Harcourt will durch einen raschen Offensiv-Krieg die Republik erdrücken. Ludwig XIV. will das nicht. Er will den Frieden erhalten. Das Mittel dazu ist in seinen Augen, durch einen Gewaltstreich die Holländer zu überraschen und zu schrecken. Er rechnet also auf die Furcht der Holländer. Er fügt hinzu, daß er die Absendung

[1]) Hippeau t. II, p. 442 et suiv.

Digitized by Google

von Kriegsschiffen nach Indien abhangen lassen will von der Haltung, welche die Holländer und Engländer auf die Ausführung seines Vorhabens in Belgien beobachten werden.

Erst nach der Absendung dieses Schreibens an Harcourt erhält Ludwig XIV. die Kunde des Beschlusses der Generalstaaten vom 15. Januar, so wie Nachrichten aus England, daß dort auch eine andere Strömung sich geltend mache als diejenige des Friedens. Er spricht sich darüber aus in einem neuen Schreiben an Harcourt, vom 27. Januar. „Meine Nachrichten aus England, sagt er, ergeben, daß die Nation, erregt durch die Reden und Schriften, welche der König dort verbreiten läßt, beginnt den Krieg als für die eigene Sicherheit nothwendig anzusehen. Es scheint, daß die Geltung dieses Fürsten dieselben Meinungen auch in Holland hervorruft. Nun haben die Generalstaaten in diesen Tagen an mich die Bitte gelangen lassen, daß mein Gesandter dort, oder ein Anderer, den ich bevollmächtigen würde, mit Deputirten von ihrer Seite in Beredungen zum Zwecke des Friedens eintrete. Dieser allgemeine Vorschlag, ohne jegliche Erwähnung eines bestimmten Objectes, bestätigt, daß ihre Absicht lediglich darauf gerichtet ist, Zeit zu gewinnen und sich besser als bisher für den Beginn des Krieges vorzubereiten. Deshalb habe ich an den Ihnen bekannten Befehlen für Boufflers nichts geändert. Um jedoch kund zu thun, daß es wirklich meine Absicht ist, den Frieden aufrecht zu erhalten, sende ich, bei der Erkrankung des Grafen Briord im Haag, den Grafen d'Avaux nach Holland, damit er die Vorschläge der Generalstaaten entgegen nehme und mir darüber berichte. Im Uebrigen bin ich mit ihnen zu nichts engagirt. Wenn daher der König von Spanien über seine festen Plätze in Belgien völlig Herr sein wird: so steht ihm nichts im Wege, wenn er es nöthig findet, meine Truppen dort zu behalten [1]).

Dennoch drängt sich ihm selber dann die Erwägung auf, daß der Schritt, den er vorhat, nämlich die holländischen Besatzungen in den belgischen Städten alle zugleich zu überraschen, ein feindseliger Act sei. Er beantwortet sie sich mit den folgenden Worten: „Ich habe es nicht für geeignet gehalten, nach den verschiedenen Mahnungen, welche die Generalstaaten erhalten haben, bei ihnen noch weiter irgend einen

[1]) Hippeau t. II. p. 448.

Digitized by Google

Schritt zu thun, um sie zu nöthigen, meinen Enkel als König anzuerkennen und ihre Truppen aus den belgischen Städten abzuberufen. Es ist zweckmäßiger, zuerst entschieden vorzugehen und dann die Vorschläge anzuhören, welche sie zu machen haben" [1]).

Wir sehen also Ludwig XIV. der Republik Holland gegenüber einen ähnlichen Weg einschlagen wie im Jahre 1688 gegen den Kaiser. Er hatte damals keinen eigentlichen Krieg beabsichtigt. Er hatte nur bis an die Grenze dessen gehen wollen, was Andere sich gefallen ließen, um durch Furcht und Schrecken von ihnen heraus zu pressen, was er verlangte. Aber er überschritt die Grenze, und dann wandten sich Alle wider den Friedensstörer. — Im Jahre 1701 lagen die Dinge von Anfang an weniger günstig für ihn als im Jahre 1688. Er täuschte sich nicht über den Willen des Kaisers, das reiche spanische Erbe ihm streitig zu machen. Er durchschaute nicht minder den anscheinend gleichgültigen Oranier. Er errieth eben so die Gedanken des Rathspensionärs. Er wußte, daß an den drei wichtigen Puncten, in Wien, im Haag, in London, bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Wunsch der Vereinigung wider ihn in gleicher Weise lebendig war, und daß diese Häupter, namentlich in London und im Haag, nichts so sehnlich verlangten, als daß er selber ihnen den Anlaß biete, einen solchen Bund wider ihn vor ihren Völkern als wünschenswerth und als nothwendig erscheinen zu lassen. Er aber wollte die Fortdauer des Friedens. Er wollte über die Fortdauer des Friedens unterhandeln. Und indem er dies wollte, hielt er dennoch zugleich fest an dem Entschlusse, einen Gewaltstreich zu verüben, welcher der Republik im voraus dasjenige wegnahm, was sie als Bürgschaft ihrer Sicherheit vor ihm ansah. Und damit betrat er die ähnliche Bahn wie 1688.

Es ist daher von besonderer Wichtigkeit diesem Gange der Dinge genau zu folgen.

In den ersten Tagen des Monates Februar liefen in Holland Briefe aus Spanien um. Der König von Frankreich, hieß es darin, habe der Junta in Madrid die Zusicherung gegeben, die spanische Monarchie mit aller Macht vertheidigen zu wollen, und auch nicht

[1]) Hippeau t. II, p. 449: Il est plus à propos d'exécuter et d'écouter ensuite etc.

Digitized by Google

einen Fußbreit Erde weder gütlich abzutreten, noch hoffentlich durch die Waffen zu verlieren. Er habe die Junta ermahnt, sich gleichfalls vorzubereiten und unverzüglich nach Westindien die Befehle ergehen zu lassen, daß fortan die französischen Schiffe dort gleich den spanischen behandelt, dagegen weder englische noch holländische Schiffe in die Häfen zugelassen würden. Es verlauteten ferner vertrauliche Aeußerungen des Grafen Briord im Haag, daß sein König sich werde genöthigt sehen, dem übelen Willen der Republik zuvorzukommen, und, weil dort das Geld und der Credit, zunächst sie über den Haufen zu werfen. Das Volk in Amsterdam, Rotterdam und in den anderen Städten murrte, daß die Regierung keine Anstalten zur Vertheidigung treffe [1]).

In London gingen dieselben Nachrichten um. Man vernahm dort auch von denen, welche einem Kriege abgeneigt waren, die Aeußerung, daß England gut thun würde sich für seine eigene Sicherheit in die erforderliche Verfassung zu setzen. Der König ließ dem Gesandten Wratislaw sagen, daß er die Stimmung der Nation besser finde, als er erwartet habe. Wratislaw seinerseits nahm in seinem Berichte an den Kaiser jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit des Königs ausdrücklich zurück. Bereits versprach er sich von England her viel Gutes, obwohl vor der Eröffnung des Parlamentes darüber nichts Gewisses vorliege. Es kam die Nachricht ein, daß auf die Ankunft von Boufflers in Lille, die Truppen dort in Bewegung geriethen. „Es steht zu erwarten, meldet Wratislaw, ob die Franzosen den holländischen Besatzungen in Belgien gegenüber sich verschnellen, was sehr zu wünschen wäre" [2]).

Der Marschall Boufflers und der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel trafen unterdessen die Maßregeln für die Ausführung des Planes. Sie ward angesetzt auf den Sonntag, den 6. Februar.

In der Frühe dieses Tages, vor Sonnenaufgang, erschienen zugleich vor allen Thoren der Städte, in denen holländische Besatzungen lagen, die französischen Bataillone. Die Commandanten der Festungen, als diejenigen des Königs von Spanien, unter dem Befehle des Statthalters, des Kurfürsten Max Emanuel, öffneten die Thore. Die

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. Februar.

[2]) Die Berichte des Grafen Wratislaw vom 4. und 8. Februar.

Digitized by Google

Franzoſen marſchirten ein. Während dies geſchah, erging die Mittheilung an die überraſchten holländiſchen Befehlshaber, von denen viele ſich noch im Bette befanden. Es ward ihnen zugleich verſichert, daß dieſer Einmarſch nicht einen Act der Feindſeligkeit bedeute. Unmuthig und beſorgnisvoll ſchauten die Holländer darein.

Am Hofe in Verſailles war große Freude über den gelungenen Streich. Man erzählte mit Behagen, daß der holländiſche Commandant in Namur, durch die Meldung des Einmarſches aus dem Schlafe geweckt, erwiedert habe: wenn er vorher eine Kunde gehabt, ſo würde er ſich mit Nachdruck zur Wehre geſetzt haben — und dann wieder eingeſchlafen ſei [1]). — Beſonders ward am franzöſiſchen Hofe der Kurfürſt-Statthalter Max Emanuel geprieſen. Die Hochſchätzung, ſagte man, die er ſich bei dieſem Anlaſſe durch ſeine Geradheit und ſeine Treue erworben, ſei nicht mehr zu ſteigern. Er handele als der rechtſchaffenſte Mann der Welt [2]). — Das Urtheil der Holländer, welche dieſem Kurfürſten drei Jahre zuvor das Commando ihrer zweiundzwanzig Bataillone anvertraut, um dadurch einen Schutz wider Frankreich zu haben, mochte anders lauten.

Spät am Abende des 6. Februar traf ein Courier des Kurfürſten mit der Meldung des Einmarſches bei Don Quiros im Haag ein. Am anderen Morgen eröffnete dieſer mündlich dem Rathspenſionär: am Tage zuvor ſeien franzöſiſche Truppen in die belgiſchen Plätze eingerückt, und würden mit den Holländern dort auf freundſchaftlichem Fuße leben, bis man weiter ſich verſtändige. Quiros reichte dann den Generalſtaaten eine Denkſchrift darüber ein [3]). Nach einer Reihe von Vorwürfen über die Läſſigkeit der Republik, dem friedlichen Entgegenkommen des Königs von Frankreich zu entſprechen, über das Gerücht dagegen von Kriegesrüſtungen der Republik, folgte darin als hauptſächliches Motiv des Einmarſches der franzöſiſchen Bataillone in die feſten Plätze von Belgien die Bemerkung, daß der König von Spanien ſeine Städte nicht im Beſitze einer Macht belaſſen dürfe, welche zaudere ihn anzuerkennen, und daß darum, auf die Bitte des Königs

[1]) Man vgl. Lamberty t. XI, p. 277. — Dangeau t. VIII, p. 32.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 32 und p. 36.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Februar. — Die Denkſchrift bei Lamberty t. I, p. 374.

Digitized by Google

von Spanien, der König von Frankreich seine Truppen habe einrücken lassen.

Die Generalstaaten versammelten sich und beriethen. Sie erließen an Don Quiros eine Antwort, welche ihre Verlegenheit, ihre Verwirrung wiederspiegelt. Sie seien sich bewußt, sagen sie darin, nichts gethan zu haben, was zu Kriegesgerüchten oder zu einer ungünstigen Meinung von ihnen Anlaß geben könne. Sie erwarten mit Ungeduld die Ankunft des Grafen d'Avaux, um in den Conferenzen mit ihm ihre aufrichtigen Gesinnungen für den Frieden an den Tag zu legen. Aber sie bitten dringend den Gesandten und durch ihn den Kurfürsten, die Entlassung ihrer Bataillone zu erwirken, wie sie dieselbe schon vorher bei ihm nachgesucht [1]).

Diese letzte Angabe entsprach besser der Wahrheit als die Versicherungen vorher.

In der That hatte die Frage, was mit diesen Truppen in Luxemburg, Namur und anderen Plätzen geschehen solle, die Staatsmänner im Haag, wie den König Wilhelm bereits seit vielen Tagen beschäftigt. Die Schwierigkeit dieser Frage drängt sich zusammen in die Worte des Königs Wilhelm vom 1. Februar: „Das Belassen der Truppen in den belgischen Festungen heißt eben so viel wie sie verloren geben, wenn nicht sie sich einiger Plätze völlig bemächtigen. Das aber wäre der Krieg. Sie abberufen dagegen ist gleichbedeutend mit der Auslieferung Belgiens an Frankreich" [2]).

Als der König in Hamptoncourt diese Worte schrieb, war ihm nur erst etwa bekannt, daß der Marschall Boufflers in Lille eingetroffen war. In den folgenden Tagen jedoch gelangten die Nachrichten über die Bewegungen der französischen Truppen nach dem Haag, und riefen dort lebhafte Besorgnisse hervor, daß es auf die holländischen Besatzungen abgesehen sei. Bei dieser Lage der Dinge galt es den schleunigen Abzug derselben. Die Generalstaaten schickten daher, am 5. Februar, einen Courier an ihren General Heutelom, der sich in Brüssel befand, damit er mit dem Kurfürsten den Abmarsch der Holländer vereinbare. Bei der Sachlage kam der Auftrag bereits zu spät.

---

[1]) Die Denkschrift der Generalstaaten bei Lamberty t. I, p. 376.

[2]) Grovestins t. VII, p. 432.

Digitized by Google

Max Emanuel zwar war auch da noch geneigt zu willfahren; allein der französische General Puysegur, eben von Paris angekommen, legte ihm ein Schreiben des Staats-Secretärs Torcy vor, des Inhalts, daß über den etwaigen Wunsch der Generalstaaten, ihre Truppen abziehen zu lassen, erst nach Paris berichtet werden müsse. Der Courier mit diesem Bescheide traf am 9. wieder im Haag ein.

Der Schlag dieser Antwort fiel schwer auf die Holländer, nicht jedoch in dem Sinne Ludwigs XIV. Nicht bloß sahen sie ihre zweiundzwanzig Bataillone als kriegsgefangen an: sie glaubten bereits die französischen Truppen weiter auf dem Marsche an ihre Grenzen. Eben darum aber wandten sie sich an den Kaiser. Zuerst Heinsius aus sich, dann Dyvelt im Namen der Generalstaaten, eilten zu dem Grafen Goes, und stellten vor, wie sehr der gemeinen Wohlfahrt von Europa und insbesondere dem Kaiser daran liege, daß nicht die Republik auf einmal zu Boden getreten werde. Brandenburg schulde dem Kaiser 8000 Mann, Hannover 2000: sie baten, daß der Kaiser sofort diese Truppen nach Holland in Marsch setzen wolle, auch den Kurfürsten von der Pfalz zur Hülfe auffordere. Goes versprach die sofortige Entsendung eines Couriers [1]).

Ludwig XIV. hatte nicht die Absicht, welche die Holländer ihm beimaßen. Er hatte inzwischen das Schreiben der Generalstaaten vom 29. Januar erhalten, durch welches sie das Angebot vom 15. erneuerten. Wilhelm III. seinerseits ließ durch Manchester in Paris melden, daß er diesem Beschlusse der Generalstaaten zustimme, daß er zur Erhaltung des Friedens beitragen wolle, und aufrichtig wünsche, daß nichts ihn stören möge. Die Meldung ward in Versailles mit Behagen aufgenommen [2]).

Wir Spätere wissen, daß diese Worte Wilhelms III. nicht der Wahrheit entsprachen. Und dennoch ist es dann merkwürdig zu sehen, daß Ludwig XIV., der vorher, in dem Bewußtsein des eigenen Wortbruches wider den Oranier, über die eigentliche Absicht desselben nicht zweifelt, nun durch diese Worte ins Schwanken darüber geräth. Wie

---

[1]) Bericht vom 10. Februar.

[2]) Ludwig XIV. an Harcourt vom 7. Februar, bei Hippeau t. II, p. 466. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 30.

Digitized by Google

bei der Verhandlung über den Theilungsvertrag das stärkste Motiv für den Oranier an die Ehrlichkeit Ludwigs XIV. zu glauben, bestand in dem Wunsche, daß diese Ehrlichkeit in der That sich finden möge: so lag nun die Sache umgekehrt. Ludwig XIV. neigte sich dahin, den Worten des Oraniers Glauben beizumessen, weil diese Worte seinem Wunsche entsprachen, den Thatbestand zu sichern durch die Erhaltung des Friedens.

Wir haben die eigene Erwägung Ludwigs XIV. ins Auge zu fassen.

„Diese Schritte der Republik und des Königs von England, sagt er, so verschieden von dem Schweigen, welches sie seit dem Monate November beobachten, sind den geringen Vorbereitungen zuzuschreiben, welche man für den Beginn des Krieges bisher in England und Holland getroffen. Ich habe demgemäß den Grafen d'Avaux nach dem Haag entsendet, damit er die Vorschläge der Generalstaaten anhöre und mir darüber berichte. Vor seiner Ankunft jedoch werden meine Truppen sich in den Besitz der Plätze in Belgien gesetzt haben, und, nach allem Anscheine, werden dann die Bemühungen der Holländer um den Frieden um so dringender werden."

So Ludwig XIV. am 7. Februar, bevor er die Nachricht des Einmarsches seiner Truppen vom 6. erhalten. Er beharrt also bei dem Gedanken, daß dieser Einmarsch ein Friedensmittel sei. Dann erhält er die Nachricht, daß sein Auftrag vollzogen, und schreibt darauf an Harcourt, am 11. Februar: „Sie werden den König von Spanien davon in Kenntnis setzen. Sie werden ihm zugleich eröffnen, daß, da der König, sein Vorgänger, den Generalstaaten versprochen, ihnen den Abmarsch ihrer Truppen nach ihrem Belieben zu gestatten, ich es nicht für schicklich gehalten habe, ihnen bei der jetzigen Sachlage diese Freiheit zu benehmen. Allerdings könnte man erwiedern, daß weder ich, noch der König, mein Enkel, in irgend einer Weise durch die Versprechungen des verstorbenen Königs von Spanien gebunden sind, daß sogar auch in diesem Falle die Haltung der Generalstaaten dem katholischen Könige genügenden Grund gibt, dies Versprechen nicht zu erfüllen, weil ja die Holländer noch sich weigern, ihn anzuerkennen; aber er muß zu Anfang seiner Regierung streben, durch seine Vertragstreue einen guten Eindruck zu machen, und es entspricht nicht diesem Streben,

Digitized by Google

ſich den Vortheil zu nutze zu machen, den er dadurch haben würde, daß er zu einer Zeit, wo die Generalſtaaten ſich zum Kriege vorzubereiten ſcheinen, zweiundzwanzig ihrer Bataillone zurück behält und ſie derſelben beraubt. Deshalb habe ich dem Marſchall Boufflers kund thun laſſen, in meinem Namen wie in demjenigen meines Enkels, daß die holländiſchen Truppen die volle Freiheit der Rückkehr haben ſollen. Ich nehme nicht einmal die Wallonen darunter aus."

„Wir werden bald die Wirkung dieſes Ereigniſſes in der Republik wahrnehmen. Die Nachrichten vorher von dort redeten von ſtarker Geneigtheit zum Kriege. Aber es könnte geſchehen, daß in Folge der Wegnahme eines ſo großen Vortheiles, wie derjenige der Uebermacht in den belgiſchen Plätzen war, dieſe Geneigtheit nachlaſſen, und daß die Generalſtaaten, die fortan für ihr eigenes Land zu fürchten haben, mit regerem Eifer nach Mitteln ſuchen würden, um den Frieden zu erhalten" [1]).

Wir haben bereits beobachtet, daß dieſe Erwartung nicht richtig war, daß vielmehr die Holländer, unter dem Drucke des Schreckens, ſofort ſich an den Kaiſer um Hülfe wandten, daß darum jener Schritt Ludwigs XIV., der nach ſeiner Meinung zum Frieden dienen ſollte, erſt recht zum Kriege diente.

Es iſt merkwürdig zu ſehen, wie ſich gegenüber der Anſicht, welche Ludwig XIV. ſeinem Diener Harcourt über dieſe Angelegenheit ausſpricht, die faſt gleichzeitige des Königs Wilhelm III. in einem Schreiben an ſeinen Vertrauten, Heinſius, verhält. Das Schreiben, vom 8. Februar, betrifft zunächſt den Widerſtand der Stadt Amſterdam gegen die verlangten Rüſtungen.

„Ich war wohl gefaßt, ſagt der König, auf die Schwierigkeiten, welche die Stadt Amſterdam gegen die Rekrutirung erheben würde; aber ihre Einwände ſind ſo matt, daß ſie vor der Dringlichkeit der Gründe hoffentlich zuſammenfallen. Denn es handelt ſich ja nicht darum, einen Krieg zu beginnen, ſondern für die eigene Sicherheit zu wachen, und es iſt lächerlich zu vermuthen, daß dies für Frankreich einen Vorwand mehr bieten werde, ſich auf die Republik zu ſtürzen. Man muß unabläſſig um ihre Zuſtimmung in ſie dringen, ohne Zeitverluſt. Wenn unſere Truppen zur Zeit die belgiſchen Plätze geräumt

[1]) Hippeau t. II, p. 469.

Digitized by Google

haben, wie ich vermuthe, und wenn sie nicht wider ihren Willen dort zurück behalten werden, was ich hoffe: so scheint mir, daß dies eben so wichtige wie beunruhigende Ereignis dem Zaudern von Amsterdam in Betreff der Rekrutirung ein Ziel setzen werde. Ihre Abschätzung, daß die Zahl derselben für die Landesvertheidigung nicht ausreicht, und daß man deshalb nach allen Seiten sich um Truppen umsehen muß, ist durchaus richtig."

„Ich glaube wohl, daß ich der Republik einige Regimenter schottischer Infanterie, auch vielleicht einige Truppen aus Irland überlassen könnte; aber ich bin dessen noch nicht sicher."

„Es wäre gut die dänischen Truppen anzunehmen, die jetzt in Sachsen stehen — und vielleicht wäre dies das einzige Mittel, Dänemark von Frankreich zu trennen — und zugleich sich den König von Schweden zu verpflichten, indem man die Truppen von Holstein-Gottorp nimmt."

„Ich fürchte die Ueberkunft des Grafen d'Avaux. Er kann sehr schlimm wirken, einerseits durch seine glatten Reden, andererseits durch seine Drohungen."

„Nach meiner Ansicht muß die Unterhandlung mit ihm an dem Puncte abgebrochen werden, wo wir die Zuziehung des kaiserlichen Gesandten verlangen. Wir müssen sie fordern, und Frankreich wird darein nicht willigen, weil sein hauptsächlicher Zweck ist, uns von dem Kaiser zu trennen. Wenn aber dies geschieht, so sind wir verloren."

„Ich habe in meinem letzten Briefe Ihnen schon bemerklich gemacht, welche Veränderung hier mit der öffentlichen Meinung in Rücksicht auf den Krieg vorgegangen ist. Nach meiner Ansicht wird der Einmarsch der Franzosen in die spanischen Niederlande noch mehr Leute in Unruhe bringen, und ihnen die Nothwendigkeit zeigen sich in Vertheidigungsstand zu setzen."

„Sie können Sich leicht vorstellen, wie dies Ereignis mich bekümmert. Denn es sind ja nun achtundzwanzig Jahre, daß ich, ohne Scheu vor Gefahren und Mühen, unabläßig arbeite, um der Republik diese Barriere zu bewahren, und nun ist alles hin an einem einzigen Tage, ohne Schwertstreich!" [1])

[1]) Grovestins t. VII, p. 435.

Digitized by Google

So Wilhelm III. am 8. Februar. Das Schreiben mochte im Haag eintreffen am 11. Februar, alſo am ſelben Tage, an welchem Ludwig XIV. an Harcourt berichtete, daß er dem Marſchall Boufflers den Befehl ertheilt, die zweiundzwanzig Bataillone Holländer zu entlaſſen. Er mag ſich nicht klar darüber geworden ſein, wie viel daran lag, daß dieſe Freilaſſung nicht ſofort geſchah. Am ſelben 11. Februar nämlich traf im Haag ein Courier des holländiſchen Generals Heukelom aus Brüſſel ein mit einem Berichte, der die Meinung auszuprägen ſchien: die zweiundzwanzig auserleſenen Bataillone ſeien für die Republik verloren. Den Eindruck auf die Staatsmänner im Haag faßt der Geſandte Goes in die Worte: „Das Waſſer ſteigt ihnen in den Mund". Man dachte an die ungeheueren Verluſte, welche im Falle des Krieges der Republik bevorſtanden. Die Stadt Amſterdam allein hatte in ſpaniſchen Effecten einen Werth von ſechszig Millionen Gulden ſtecken. Daher hauptſächlich rührte ihr Widerſtand gegen die Rüſtung, über welchen Wilhelm III. ſich beklagte. Aber die Furcht vor der völligen Vernichtung der Republik preßte den Entſchluß heraus ſich zu wehren, und Hülfe zu ſuchen, wo immer möglich. An jede der ſouveränen Provinzen erging die Aufforderung, Werbungen zu beſchließen. Die Rathſchläge in dem Schreiben Wilhelms III. wurden ſofort befolgt. Der König von Dänemark hatte ſeine Willfährigkeit angekündigt, mit dem Kaiſer und den Seemächten zu gehen. Ein Courier enteilte nach Kopenhagen. Der Herzog von Württemberg als General im Dienſte der Republik, erhielt die Vollmacht mit Dänemark abzuſchließen über 16,000 Mann. Ein Vertrag mit dem Geſandten des Herzogs von Holſtein-Gottorp über die Stellung von 3000 Mann ward ſofort geſchloſſen [1]).

Wenn Ludwig XIV. gewollt hätte, ſo durfte es die Frage ſein, ob alle dieſe Maßregeln noch etwas fruchten konnten. Der Herzog von Württemberg ſagte dem kaiſerlichen Geſandten, daß die Franzoſen bis Utrecht marſchiren könnten, ohne auch nur einen Widerſtand zu finden. „Wenn die Franzoſen wüßten, was ich weiß, fügte er hinzu, ſo könnten ſie ſich binnen ſechs Wochen der ganzen Republik bemächtigen" [2]). Uns Späteren liegt vor, daß Harcourt dieſen Rath gegeben,

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 11. Februar.

[2]) Desgleichen vom 15. Februar.

Digitized by Google

daß Ludwig XIV. ihn nicht angenommen, daß er auch von Anfang an nicht die Absicht hatte, die zweiundzwanzig Bataillone kriegsgefangen zu behalten. Aber bis dies kund wurde, stieg die Besorgnis in der Republik mit jedem Tage. Dem entsprachen die Beschlüsse. Die Antworten der souveränen Provinzen auf die Anfragen über die Werbungen erfolgten sofort. Sie wurden einhellig bewilligt [1]). Die Stadt Amsterdam jedoch fügte eine sehr wichtige Bedingung hinzu: diejenige der sofortigen Anerkennung Philipps V. von Spanien.

Unterdessen war der Graf d'Avaux am Abende des 12. Februar im Haag eingetroffen. Er trat zu dem Rathspensionär und meldete, daß seine Hände gefüllt seien mit den Oelzweigen des Friedens. Er überreichte eine Denkschrift im gleichen Sinne, und abermals eine zweite [2]). Er sprach sich eben so zu Anderen mündlich aus: sein König werde für den Frieden thun was möglich, werde die zweiundzwanzig Bataillone frei entlassen.

Es traf sich, daß bei dieser Lage der Dinge die Republik keinen Rath vom Könige Wilhelm erhalten konnte. Als ihm mehrere Posten nach einander von Holland ausblieben, schrieb er am 18. Februar an Heinsius die Worte: „Wir sind hier in der lebhaftesten Unruhe, daß wir keine Briefe aus Holland erhalten. Drei Posten von dort sind rückständig. Dieser unangenehme Zwischenfall hat mich genöthigt, das Parlament, welches heute zusammen treten sollte, auf den nächsten Montag zu vertagen. Bis dahin hoffe ich auf Nachrichten von Ihnen, um demgemäß meine Thronrede abzufassen. Die Mehrzahl der Mitglieder ist angekommen, und es stehen heftige Parteikämpfe bevor. Die eine Partei will den Krieg, die andere den Frieden. Wenn jedoch die Republik angegriffen oder die Truppen in den belgischen Städten mishandelt würden: so würde nach meiner Ansicht die Mehrheit sich für ein Einschreiten zu Gunsten der Republik erklären. Was man besonders fürchtet, ist ein Beschluß der Schwäche von Seiten der Republik, aus Furcht vor der sie bedrohenden Gefahr. Gott wolle uns davor behüten!" [3])

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. Februar.

[2]) Die Denkschriften bei Lamberty t. I. p. 391 et suiv.

[3]) Grovestins t. VII, p. 438.

Digitized by Google

Dieſer Beſchluß der Schwäche, den der König fürchtet, war derjenige der Anerkennung Philipps V. Denn, nachdem einmal ſeine Tory-Miniſter Rocheſter und Godolphin von dem Rathe für die Anerkennung zurück getreten waren, entfernte er ſelber ſich um ſo mehr davon.

Allein am ſelben Tage, an welchem er jene Worte ſchrieb, am 18. Februar, ward auch im Haag von den leitenden Perſönlichkeiten dieſe Frage verhandelt.

Es beſtand in der Republik eine beſondere Deputation für die geheimen Angelegenheiten. Bei dem Gange der Dinge in den letzten zehn Jahren, bei der Leitung aller wichtigen Angelegenheiten durch den König und den Rathspenſionär, war dieſe Deputation wie eingeſchlummert. Nun jedoch, bei der drohenden Gefahr für die Republik, bei dem Ausbleiben einer beſtimmten Weiſung von Seiten des Königs Wilhelm, trat ſie wieder ins Leben. Sie forderte den Bericht des Rathspenſionärs. Heinſius entſprach dem Verlangen. Er verhehlte nicht die Einzelnheiten der Gefahr, die noch niemals ſo drohend geweſen. Dieſe Gefahr im allgemeinen ſtand freilich vor Aller Augen. Es ward auch unter dieſen Deputirten die Anſicht laut, daß es nur von dem Willen der Franzoſen und vielleicht von der Gunſt oder Ungunſt der Witterung für ſie abhange, die Republik über den Haufen zu werfen [1]). In fünfſtündiger Berathung gingen die Meinungen hin und wieder. Der erſte Beſchluß betraf die Rüſtung zur See. Man glaubte binnen kurzer Zeit fünfzig Capitalſchiffe fertig ſtellen zu können. Dann wurden die Rüſtungen zu Lande erörtert. Waren dieſe Maßregeln kriegeriſch, ſo folgte dann ein friedlicher Vorſchlag. Er betraf die, namentlich von der Stadt Amſterdam geforderte, ſofortige Anerkennung Philipps V. Heinſius berichtete die Einwände von kaiſerlicher Seite. Sie wurden als berechtigt und erheblich anerkannt; allein die Noth kenne kein Geſetz. Es komme vor allem darauf an, Zeit zu gewinnen, um den König von Frankreich hinzuhalten, um zu retten, was man vermöge. Dykvelt erhielt den Auftrag dem Grafen Goes dies kund zu thun.

Die moraliſche Ueberlegenheit der Poſition des kaiſerlichen Geſandten beim Anhören dieſes Auftrages liegt vor Augen. Wenige

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar.

Digitized by Google

Tage zuvor hatte die Republik durch ihn den Kaiser um Hülfe ersuchen lassen, und sofort die Zusage empfangen. Nun trat man abermals vor ihn mit dem Verlangen, daß er keinen Protest erhebe gegen einen Beschluß, der, so oft und so nachdrücklich von ihm bekämpft, dem Interesse und dem Rechte des Kaisers einen schweren Schlag versetzen würde. Es gelang dem Dykvelt nicht, ihn umzustimmen, und eben so wenig dem Rathspensionär. Diesen erinnerte Goes an die Rede vom 23. November 1700. In Wahrheit jedoch redete dies Mal Heinsius für die Anerkennung weniger aus sich, als im Auftrage. Es erschien ein anderer Deputirter, Odyk. Er betheuerte die Geneigtheit der Republik, für den Kaiser einzutreten, wenn nur auch England mitthue. Er bat nur: der Gesandte möge nicht gegen die Anerkennung protestiren, sondern sie mit Schweigen hinnehmen, damit nicht die Holländer auf den Gedanken kommen, daß der Kaiser sie verlassen wolle [1]). Der Gesandte sah, daß es nicht in seiner Macht stehen würde, die Sache zu verhindern. Er gab schweigend der Bitte nach. Er verlangte, daß man wenigstens nur noch so lange warte, bis die Ansicht des Königs von England vorliege. Auch das glaubten die holländischen Staatsmänner nicht zugestehen zu dürfen [2]).

Die Vermuthung des kaiserlichen Gesandten dagegen war richtig. Als er, im Laufe des 21. Februar, jenes Verlangen stellte, befand sich ein Schreiben des Königs, vom 20. Februar, eine dringende Abmahnung enthaltend, bereits auf dem Wasser. „Mit Bedauern sehe ich, sagt darin der König zu Heinsius, welche Bestürzung über das Land hereingebrochen ist; aber was ich über alles fürchte, das ist die auffallende Haltung der Stadt Amsterdam. In den ersten Wochen nach dem Tode Carls II. von Spanien hielt auch ich die Anerkennung des gegenwärtigen Königs nicht für einen großen Uebelstand. Die seitdem angeknüpften Unterhandlungen haben jedoch die Sachlage so völlig verändert, daß ich zur Zeit diese Anerkennung als verderblich betrachte.

---

[1]) Sonsten bat er mich, ich möge mit Anderen nicht davon reden, und nach geschehener Sach keinen merklichen Unwillen zeigen, sonsten würde ich diesen Leuten eine impression geben, daß Ew. K. Majestät sie verlassen wollen.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar: Ich habe nicht einmal erhalten können, daß die Resolution so lange bis die Briefe aus England eingetroffen wären, möchte verschoben werden.

Digitized by Google

Ich entſende daher dieſen Brief an Sie durch einen Courier, in der Hoffnung, daß er zu Ihnen gelangt, bevor die Generalſtaaten einen endgültigen Beſchluß gefaßt haben. Uebrigens bin ich auch der Anſicht, daß, nachdem ich meinen Willen ausgeſprochen, an den Verhandlungen Theil zu nehmen, ein ſolcher Beſchluß, ohne mein Vorwiſſen und wider meine Zuſtimmung gefaßt, eine Kränkung für mich enthielte. Unzweifelhaft iſt die Gefahr für die Republik groß; aber ſie iſt nicht ſo unmittelbar drohend, wie einige Perſönlichkeiten, auch ſelbſt einige General-Offiziere, ſie ſich vorſtellen. Wenn nicht die Mitglieder des Parlamentes bereits alle verſammelt wären, ſo würde ich mich hinüber begeben. Ich bilde mir ein, daß meine Gegenwart dort doch vielleicht vermögen würde, die Gemüther aufzurichten. Ich zweifle nicht, Ihnen Truppen aus Irland und Schottland zur Hülfe ſchicken zu können. Die Stadt Amſterdam aber trüge die Verantwortung vor Gott und der Welt, wenn ſie ihre Einwilligung zu der allgemeinen Laſt beizutragen, abhängig machen wollte von irgend einer Bedingung" [1]).

Bevor dies Schreiben des Königs Wilhelm im Haag eintraf, ward dort am 21. Februar die Faſſung der Antwort an den Botſchafter Avaux feſtgeſtellt. Am Abende desſelben Tages begaben ſich die Mitglieder der Generalſtaaten insgeſammt zu ihm, um es zu überreichen [2]).

Die Antwort prägt wie die Sache ſelbſt das Beugen unter die Umſtände aus. Jener Rath des Königs von England, die Herbeiziehung des kaiſerlichen Geſandten zu den Verhandlungen zu verlangen, war darin nicht befolgt. Es kam den Holländern zunächſt alles darauf an, den Frieden hinzuhalten. Die Antwort ſprach daher abermals die Bereitwilligkeit aus, mit dem Botſchafter in Verhandlungen einzutreten. Da aber dieſe ſich hinzögern könnten, um ſo mehr, da auch der König von England als Mitunterzeichner des Theilungsvertrages, ſo wie andere Mächte dabei betheiligt ſein würden: ſo ſei die Republik bereit, zum Beweiſe ihres guten Willens ſofort den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anzuerkennen. — Der Botſchafter nahm das Schreiben mit Befriedigung entgegen, und dann ergingen ſich die Deputirten mit ihm noch über eine Stunde in vertraulicher

[1]) Grovestins t. VII, p. 438.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar.

Digitized by Google

Unterhaltung. Am anderen Tage erfolgte das Glückwunsch-Schreiben für den neuen König [1]).

Es ist wichtig zu beobachten, wie unter diesen Umständen die Lage der Dinge in Paris aufgefaßt wurde. „Seit der Besetzung der festen Plätze, sagt Torcy in einem Schreiben an Louville, sind die Herren Holländer nicht mehr Meister über Belgien. Die Ankunft unserer Truppen dort hat ihren Ton heruntergestimmt. Was den Kaiser betrifft, so spielt er den Erzürnten. Er bringt seine Truppen noch nicht zum Vorschein; aber er hat eine große Anzahl. Wird das Parlament von England für sie zahlen wollen? In diese Frage drängt sich alles zusammen. Nun aber ist Ihnen bekannt, daß man in London den Grafen Portland wegen des Theilungsvertrages in Anklage setzen will" [2]).

Demnach sah Torcy den gegen die Republik geführten Streich an als wirksam für die Erhaltung des Friedens. In ähnlicher Weise verzeichnet Dangeau die Stimmung des Hofes von Versailles in sein Tagebuch. Es beunruhigt ihn freilich wieder die Nachricht, daß die Republik dennoch nicht abläßt, Truppen zu werben. „Aber, meint er dann wieder, daß sie Krieg wolle, ist dennoch nicht anzunehmen, weil sie ja den König von Spanien anerkannt hat" [3]).

Unterdessen verharrte noch Wilhelm III. in der Hoffnung, daß seine Mahnung an die Republik Erfolg haben würde. Am selben Tage, an welchem die Republik die Glückwünsche für den neuen König dem Grafen d'Avaux und dem Spanier Don Quiros überreichen ließ, schrieb der Oranier abermals an Heinsius: „Ich betrachte noch immer den Schritt der Anerkennung als durchaus verderblich. Die Unterhandlung ist dadurch auf einmal zu Ende. Außer daß man hier zu Lande Gewicht legt auf die Fortsetzung derselben, wäre sie für mich das Mittel das Parlament weiter zu leiten zu einem entschlossenen Schritte. Wenn Frankreich seinen Wunsch erreicht hat, wenn es sich im Besitze der spanischen Niederlande sieht: so wird man in Versailles lachen über

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. I, p. 394 et suiv.
[2]) Mémoires secrets du marquis de Louville t. I, p. 112.
[3]) Dangeau t. VIII p. 44.

Digitized by Google

uns und unsere Reclamationen. Denn es liegt zu Tage, daß wir weder hier, noch in Holland zu einem Angriffe auf Frankreich vorbereitet sind, und demgemäß in dieser schrecklichen Ungewisheit verharren müssen" [1]).

Demnach beklagt Wilhelm III. die Bereitwilligkeit der Republik zum Nachgeben hauptsächlich deshalb, weil er gehofft hat, durch den Hinweis auf die Gefahr für die Republik das Parlament von England zu entscheidenden Beschlüssen zu bewegen.

Es kommt daher zunächst darauf an zu erfahren, ob auch von anderer Seite die damalige Stimmung der Engländer in dieser Weise aufgefaßt wurde.

Die Nachrichten über das Vorgehen von französischer Seite wider die holländischen Besatzungen in Belgien trafen in London ein am 9. Februar und in den folgenden Tagen.

„Wenn etwas, meldet Hoffmann am 11. Februar, geeignet ist, die Engländer in die Waffen zu bringen, so ist es dieser Schritt des Königs von Frankreich. Er mag ihn gethan haben, entweder um diese beiden Mächte zu einem Abkommen mit ihm zu zwingen, oder, weil er den Bruch als unvermeidlich angesehen hat, und darum im voraus sich sicher stellen will. Welches Motiv das stärkere, kann man noch nicht wissen, weil Tallard behauptet, ohne Nachricht darüber zu sein. Hat das erstere Motiv vorgewaltet, so dürfte der König von Frankreich auch dies Mal wieder, wie ja schon öfter geschehen, sein Interesse überstürzt, und, anstatt den Krieg zu vermeiden, ihn befördert haben. Hat aber das zweite Motiv vorgewaltet, nämlich die Meinung, daß der Krieg so wie so unvermeidlich: so ist er über die hiesigen Zustände nicht der Wahrheit gemäß unterrichtet. Die meisten Landedelleute, die sich nach und nach zum Parlamente hier einfinden, kommen an, erfüllt mit Friedensgedanken. Sie würden anscheinend darin verharrt haben, wenn nicht diese Gewaltthätigkeit gekommen wäre. Ich sage damit nicht, daß sie sämmtlich die Friedensgedanken fallen lassen; aber jedenfalls ist die Zahl derer, die den Krieg für unvermeidlich erachten, sehr gestiegen. Nur die Rücksicht auf das mannigfache englische Eigenthum im spanischen Bereiche hält noch Manche zurück" [2]).

[1]) Grovestins t. VII, p. 414. Vom 22. Februar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. Februar.

Digitized by Google

Das Urtheil Hoffmanns ist mit demjenigen des Königs Wilhelm wohl vereinbar. Der Erstere meldet den Eindruck, den der Gewaltschritt Ludwigs XIV. in England gemacht: der König beklagt, daß die Anerkennung ihm die Gelegenheit nehme, diesen Eindruck für seinen Plan zu verwerthen.

Der Berichterstatter Hoffmann war in das Geheimnis der eigentlichen Intention des Königs nicht eingeweiht. Dennoch mochte seinem klaren Blicke die Ahnung desselben aufgegangen sein. „Der Hof, fügt er hinzu, verharrt in seiner äußerlichen Indifferenz gegen den Krieg. Ist er wirklich dazu geneigt, so spielt er meisterlich."

So am 11. Februar. Aber bei der Richtung, die damals die Dinge zu nehmen schienen, hielt es der König nicht einmal mehr für erforderlich, seine eigentliche Gesinnung so völlig zu verbergen. Der Botschafter Tallard hatte seine Abberufung nachgesucht und sie erhalten. Er erschien am 3./14. zur Abschieds-Audienz. Wilhelm III. entließ ihn mit den Worten: „Vous pouvez rendre témoignage auprès du roi votre maître de quelle manière j'avais voulu vivre en bonne intelligence avec lui". Der Wortlaut ward von allen Umstehenden vernommen und in gleicher Weise ausgelegt [1]).

Ungleich günstiger noch als der vorsichtige Resident Hoffmann, sah der eifrige Gesandte Wratislaw die Stimmung der Engländer an. Dies um so mehr, da Albemarle im Auftrage des Königs in gleichem Sinne zu ihm redete. Am 4./15. Februar erschien abermals Albemarle. Die Stimmung der englischen Nation, eröffnete er, hebe sich von Tag zu Tag. Der König wolle daher Commissarien ernennen, lauter Engländer, welche mit Wratislaw die Puncte einer Allianz feststellen würden. „Wozu ein neuer Allianz-Vertrag, fragte der Gesandte, wo derjenige von 1689 in Kraft besteht?" — „Dieser Vertrag, erwiederte Albemarle, ging auf die gesammte spanische Monarchie. Auf den Wiedergewinn derselben werden England und Holland sich nicht einlassen. Der Kaiser bedarf dieser Mächte. Er muß sie daher nehmen, wie er sie bekommen kann. Bedenken Sie, daß der Eifer der

[1]) So ausdrücklich Hoffmann, mit dem Zusatze: „unter denen auch ich", im Berichte vom 15. Februar. Die Thatsache berichtet selbständig auch Wratislaw, 15. Februar.

Digitized by Google

Engländer gar oft einem Strohfeuer gleicht, schnell auflodernd, nicht dauernd." Dann warf Albemarle wie aus sich selber hin, ob nicht der Kaiser mit Mailand und Belgien zufrieden sein würde.

Die Abneigung des Königs auf den Allianz-Vertrag von 1689 zurückzugehen, hatte jedoch noch einen anderen Grund. Einige Tage später schickte er dem Gesandten den Staats-Secretär Vernon zur Verhandlung. Dieser begann mit den Worten: er hoffe, der Gesandte werde die erforderlichen Instructionen für einen Allianz-Vertrag besitzen. Wratislaw entgegnete: „Der Kaiser hat mich gesendet, um die Ausführung der Allianz von 1689 zu begehren. Wie der Kaiser sein Versprechen gehalten: so wird man es auch ihm halten müssen". Vernon erwiederte: „Es bedarf einer neuen Vollmacht. Denn das Parlament hat von einem Vertrage von 1689 keine Kenntnis, und darum wird es ihn nicht ausführen wollen" [1]).

Der König persönlich sprach sich zu Wratislaw in ähnlichem Sinne aus: die Allianz von 1689 könne aus vielen Gründen nicht mehr als bestehend angesehen werden. Darum freilich blieben in einer anderen Beziehung seine Gedanken nicht hinter denen Wratislaws zurück, sondern eilten ihnen voraus. „Ich will, sagte er, einen Vertrag für die Gegenwart und die Zukunft; denn daran ist dem Kaiser wie mir alles gelegen. Einerseits die Zuneigung, die ich im Herzen für den Kaiser trage, andererseits die Nothwendigkeit mich mit ihm mehr als zuvor zu verbinden, sind meine Motive" [2]).

Wir haben hier einen merkwürdigen Fortschritt in der Seele Wilhelms III. klar zu stellen.

Der Gedanke eines immer währenden Bündnisses zwischen dem Kaiser und England ist in der kaiserlichen Politik schon früher uns entgegen getreten. Es erschien damals dazu erforderlich der Beitritt des Parlamentes zu der Allianz vom 12. Mai 1689. Wir erinnern uns, mit welcher Behutsamkeit der Graf Auersperg im Jahre 1695 seinen Auftrag in dieser Richtung dem Könige nahe brachte, nicht durch einen Engländer, sondern durch den Holländer Dykvelt (Band VII, S. 112). Wilhelm III. ging damals nicht ein. Er hielt fest an

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.

[2]) Desgleichen vom 22. Februar.

Digitized by Google

der Prärogative der Krone in Betreff der Verträge mit den auswärtigen Mächten. Er legte dem Parlamente den Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689 nicht vor.

Die Lage der Dinge im Jahre 1701 war eine andere. Der Gedanke, etwa wie im Jahre 1689, durch die Republik Holland einen Vertrag mit dem Kaiser schließen zu lassen, und als König von England demselben beizutreten, kam nicht mehr auf. Wilhelm III. konnte dies Mal sein Ziel nur dadurch erreichen, daß, formell betrachtet, nicht er die Initiative ergriff, sondern daß die Aufforderung eine solche Allianz zu schließen, an ihn gelangte von dem Parlamente aus. Und darauf war der Plan seiner Führung desselben angelegt. Indem er zu folgen schien, wo er in der Wirklichkeit führte, verließ er dennoch thatsächlich die Prärogative der Krone. Darum blieb der Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689, den er allein, ohne Zuziehung eines Ministers, gezeichnet, der letzte dieser Art, der letzte eines Königs von England ohne sein Parlament.

Fassen wir also diesen Zustand der Dinge in England, im Februar 1701, kurz zusammen: so war nach den Urtheilen auch der kaiserlichen Gesandten die Hoffnung des Königs, durch den Hinweis auf die Gefahr der Republik Holland das Parlament zu nachdrücklichen Entschlüssen zu bringen, nicht unbegründet. Diese Hoffnung schien durch das Nachgeben der Republik dem Könige Wilhelm III. benommen zu werden.

Seiner Klage über diese Sachlage entsprach die Freude Ludwigs XIV. Wir Spätere wissen aus seinen eigenen Worten an Harcourt, daß es durchaus nicht seine Absicht gewesen war, weiter zu gehen als er gegangen war, daß namentlich ein Angriff auf die Republik, das Niederwerfen derselben, seinen Gedanken fern lag. Vom 18. Februar an wurden die holländischen Bataillone in Abtheilungen aus den belgischen Plätzen entlassen, so jedoch, daß französische Truppen ihnen zuvoreilten, damit alle Festungen gegen die Republik eher von den Franzosen besetzt würden, als die Holländer ihre Grenze decken könnten. So war es der Befehl Ludwigs XIV. [1])

In späterer Zeit, nach dem Wechsel der Dinge, haben viele Franzosen diese Entlassung der zweiundzwanzig holländischen Bataillone

[1]) Mémoires militaires etc. publiés par Pelet. t. I, p. 22.

Digitized by Google

bezeichnet als einen Act übertriebener Großmuth. Von der Whig-Partei in England dagegen ist später in Flugschriften gegen die Tory-Partei die Anklage erhoben, daß sie dem Könige Ludwig XIV. zu dem Acte der Ueberraschung vom 6. Februar vorher ihre Zustimmung gegeben, unter der Bedingung, daß er die holländischen Besatzungen nicht als kriegsgefangen zurückbehalte [1]). Die rechte Würdigung des Verfahrens von Ludwig XIV. liegt jedenfalls in jenen Worten Wilhelms III. an Heinsius, vom 8. Februar: „Wenn unsere Truppen zur Zeit die belgischen Plätze geräumt haben, wie ich vermuthe, und wenn sie nicht wider ihren Willen dort zurückbehalten sind, was ich hoffe". Die drei letzten Worte deuten an, daß in diesem Falle England sofort zum Kriege bereit gewesen wäre. Dies wußte aber auch Ludwig XIV., und aus dieser Kenntnis stammte das was die Franzosen seine Großmuth nennen.

Das gesammte Belgien befand sich demnach ohne Schwertstreich in seinen Händen. Und zu diesem an sich schon so weittragenden Erfolge kam nun noch die Anerkennung Philipps V. von Seiten der Republik ohne jegliche Bedingung, vor aller Verhandlung. Die Antwort Ludwigs XIV. an die Republik, vom 3. März, athmet in jeder Zeile seine volle Genugthuung [2]).

Eine andere Frage war die, ob denn nun damit alles beendet war. Wir haben die unmuthige Aeußerung des Königs Wilhelm, vom 22. Februar, als dies bejahend vernommen. Anders jedoch faßten die Holländer die Sache, und ihre Antwort an Avaux ließ dies deutlich durchblicken, indem sie von ferneren Unterhandlungen sprach, in Gemeinschaft mit dem Könige von England und anderen betheiligten Mächten. Der Botschafter Avaux hatte auf die Ueberreichung des Schriftstückes an ihn nur Worte des Friedens im Munde geführt; zu Anderen äußerte er sich: die Fassung sei captiös, mysteriös, berechnet auf Zeitgewinn [3]). — Der spanische Gesandte Don Quiros erwiederte auf die Mittheilung: Spanien werde, wie bisher, immer der getreue Bundesgenosse der Republik sein. Ein wahrhafter Spanier

---

[1]) Eine Flugschrift vom Jahre 1705. Der Verfasser ist Robethon, im Jahre 1701 Secretär Wilhelms III.

[2]) Bei Lamberty t. I, p. 396.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 25. Februar.

Digitized by Google

könne nicht anders denken. Wenn aber, wie wahrscheinlich, der Hinweis auf andere betheiligte Mächte den Kaiser bedeute: so würden die Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen [1]).

Dies war richtig. Wie aber, wenn bei der Lage der Dinge, in der man sich befand, eben auch nur dies der wesentliche Zweck der Holländer war? Jene Privatäußerungen des französischen Botschafters waren besser begründet, als die Genugthuung, die er officiell zur Schau trug. Es war den Holländern alles darum zu thun, Zeit zu gewinnen, sich vorzubereiten. Nun besagte die Instruction des Botschafters Avaux: „Wie Se. Majestät keine Forderung an die Republik stellt: so hat er auch seinerseits ihr ein Anerbieten nicht entgegen zu bringen" [2]). Wenn aber dennoch Ludwig XIV. sich durch Avaux in eine Unterhandlung einließ, in der er seinerseits nichts bewilligen wollte, und sich einließ mit denen, welchen es hauptsächlich darum zu thun war, Zeit zu gewinnen, um dadurch ihre Position zu bessern und zu stärken: so folgt, daß die Ueberlegenheit der List in diesem Falle nicht auf Seiten Ludwigs XIV. war.

Nur das Wort der List allerdings kennzeichnet das Verfahren der Staatsmänner der Republik. Aber sie waren die Schwächeren. Sie erkannten, daß nach der Besetzung von Belgien das Schicksal ihres Vaterlandes in der Hand Ludwigs XIV. stand, der von heute auf morgen den Untergang verhängen konnte. Sie waren an diesen Rand des Abgrundes dadurch gekommen, daß sie durch ihre Friedensneigung sich von dem übermächtigen Könige hatten kirren lassen zu dem Theilungsvertrage, dessen hauptsächlicher Zweck für sie war, ihnen Belgien als die Barriere ihrer Heimat, als das Unterpfand ihrer Freiheit gegenüber Frankreich zu sichern, der dagegen für Ludwig XIV. das Mittel war zu dem Zwecke, das ganze spanische Erbe zu nehmen. Und ferner waren sie dadurch dahin gekommen, daß er dann abermals, während sie noch unschlüssig standen, mit List und mit überlegener Gewalt sie überraschte und ihnen ihre Barriere nahm. Nun, nachdem er auch diesen Zweck erreicht und darum den Frieden wünschte, um dadurch den erworbenen Besitz zu befestigen, gewährte dieser sein Friedenswunsch

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Schreiben des Rathspensionärs vom 22. Februar.
[2]) A. a. O. p. 441.

Digitized by Google

den holländischen Staatsmännern das Mittel, durch Concessionen an diesen Wunsch den König zu täuschen über ihre wahre Absicht des Krieges wider ihn, um durch den Krieg, zum Zwecke ihrer eigenen Sicherheit, zunächst ihre Barriere, das Bollwerk ihrer Sicherheit, wieder zu gewinnen, oder auch, wenn es gelang, das spanische Erbe ihm wieder zu entreißen.

Ludwig XIV. mochte beim Abfassen seines Schreibens an die Republik, vom 3. März 1701, sich auf der Höhe seines Glückes wähnen. Nicht bloß hatte er seinem Enkel einen Thron gegeben, sondern aus der Reihe seiner Widersacher anscheinend einen an Geldmitteln reichen, und darum mächtigen gelöst, das Bindeglied, ohne welches die Kette einer Allianz wider ihn nicht zu schließen war. Der neue Besitz schien gesichert, das Ziel erreicht, nach welchem erst sein Führer Mazarin und dann er selber ein halbes Jahrhundert hindurch mit einem solchen Aufwande von Mitteln aller Art gestrebt.

Anders rechneten die Staatsmänner im Haag. Indem Heinsius dem Könige Wilhelm die geschehene Thatsache meldet, fügt er hinzu: „Wir sind dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß eine einfache Anerkennung uns weiter nicht verpflichtet, und daß wir für die Folgezeit immer die Freiheit haben zu verhandeln, im Vereine mit Eurer Majestät und anderen bei dieser Frage betheiligten Mächten“ [1]).

So Heinsius zu Wilhelm III., nicht jedoch zu Ludwig XIV. Das Verhalten des Rathspensionärs zu der Anerkennung Philipps V. hat demnach eine gewisse Aehnlichkeit mit demjenigen Ludwigs XIV. um vier Monate früher zu dem Theilungsvertrage. Wie Ludwig XIV. aus dem Vertrage selbst den Vorwand her nahm, ihn nicht zu halten: so schien für Heinsius aus der allgemeinen Fassung der Anerkennung das Recht hervorzugehen, ihr im Einzelnen zuwider zu handeln.

Der Unterschied war, daß Heinsius darin nicht handelte nach eigenem Willen, sondern als das Organ des Gemeingefühls der Republik, die vor allen Dingen ihre Schwäche zu verbergen suchte. Er spricht sich darüber bestimmter aus in einem folgenden Schreiben. „Wir haben, sagt er, diese ganze Angelegenheit im tiefsten Geheim verhandelt, damit nicht Frankreich dahin gelange, unsere Schwäche zu

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Vom 22. Februar.

Digitized by Google

durchschauen. Dies würde die Agenten dieser Macht angetrieben haben, Verwirrung und Zwietracht im Lande zu verbreiten, deren Keime leider auch so schon bemerkbar sind. Ich muß jedoch auch aussprechen, daß ich, nach geschehener Anerkennung, mehr Eintracht, Kraft und Festigkeit wahrnehme: man ist im allgemeinen ruhiger. Denn man sagt, daß, nachdem dieser Stein des Anstoßes entfernt, im Falle daß dennoch der Krieg ausbreche, Frankreich daran die Schuld trage" [1]).

Dieses Urtheil des Rathspensionärs wird bestätigt durch die Wahrnehmung des Grafen Goes. Auch er sah mit Befriedigung eine größere Einigkeit in den Berathungen, mehr Kraft in den Beschlüssen, als man vor dem Acte der Anerkennung verspürte [2]).

Einer der wichtigsten Beschlüsse dieser Art war derjenige, mit der officiellen Mittheilung des Geschehenen an den König von England die Aufforderung zu verbinden, gemeinsam mit den Generalstaaten in die Unterhandlung mit Frankreich einzutreten, und für den Fall, daß diese Unterhandlungen ohne Ergebnis zergingen, der Republik die vertragsmäßige Hülfe zu leisten.

Wilhelm III. empfand es schwer, daß die erste günstige Chance, die sich zum Zusammenfassen aller Kräfte, zur Bildung einer allgemeinen Allianz wider Frankreich dargeboten, in Folge des Nachgebens der Republik bereits verloren war. Jener Beschluß dagegen diente wie ein Ersatz dafür, und wir werden zu ersehen haben, wie sich Wilhelm III. dieses Beschlusses bediente, um dennoch das Parlament nach seinem Willen zu führen.

Die Mitglieder des Parlamentes hatten unterdessen sich in London angesammelt. Wir haben aus den Worten des Königs an Heinsius vernommen, daß er die ursprünglich auf den 6./17. Februar angesetzte Eröffnung, um die Beschlüsse der Republik abzuwarten, hinausgeschoben hatte auf den 10./21. Februar. Entsprach der Gang der Dinge in der Republik nicht seinen Wünschen: so war er dagegen in der anderen überaus wichtigen Angelegenheit, der Feststellung der Thronfolge in England auf das Haus Hannover, seinem Ziele um einen bedeutenden Schritt näher gekommen.

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Vom 25. Februar.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 8. März.

Digitized by Google

Die Meinungen, die gleich nach dem Tode des Herzogs von Gloceſter über die Frage der Thronfolge in England laut geworden waren, zeigen ſich als weſentlich dieſelben auch noch im Februar 1701, bei dem Zuſammentritte des Parlamentes. Der Geſandte Wratislaw nahm drei Parteien wahr: die eine und zwar die ſtärkſte ſei für den Kurprinzen Georg Auguſt von Braunſchweig-Lüneburg, jedoch mit der Bedingung, daß er ſich ſofort nach England begebe und auf ſeine Rechte und Anſprüche in der Heimat verzichte. Eine andere Partei ſei für den Sohn des Herzogs von Monmouth, alſo einen Enkel Carls II. Auch dieſe Partei ſei nicht gering. Eine dritte Partei ſei für den Sohn Jacobs II., unter der Bedingung, daß er zur anglicaniſchen Kirche übertrete. Dieſe Partei ſei die ſchwächſte [1]).

Die Reden dieſer Art thun dar, daß die eigenthümliche Schwierigkeit der Succeſſions-Frage, nämlich die ablehnende Haltung der Kurfürſtin Sophie in Hannover, den Augen der Engländer jener Zeit völlig verborgen war. Ein Einblick in jedes ſpätere engliſche Geſchichtsbuch zeigt, daß dieſe Unkenntnis des Sachverhaltes ſeitdem geblieben iſt. Es gab in England damals nur eine einzige Perſönlichkeit, welche das Verhältnis genau kannte, den König Wilhelm III. ſelbſt. Und es iſt bisher keine Spur vorhanden, daß er auch nur Einen Engländer zum Mitwiſſer gehabt, als den Diplomaten Stepney, durch den er im September 1700 an die Kurfürſtin Sophie hatte ſchreiben laſſen.

Wir erinnern uns der Ablehnung der Kurfürſtin in ihrer zu Gunſten des Sohnes von Jacob II. gegebenen Antwort. (Band VIII, S. 567 u. f.) Wir erinnern uns ferner, daß dann auch die mündlichen Beredungen des Königs mit der Kurfürſtin im Schloſſe Loo und zuletzt im Haag nicht ein anderes Ergebnis gebracht hatten. Und in die Ablehnung der Mutter ſtimmte folgerecht mit ein ihr Sohn, der Kurfürſt Georg Ludwig von Braunſchweig-Lüneburg in Hannover. Eben darum liegt es vor Augen, daß jene Partei in England, welche ihre Augen auf den Kurprinzen Georg Auguſt wendete, und ſogar Forderungen an ihn ſtellen wollte, das eigentliche Verhältnis nicht

[1]) Wratislaws Bericht vom 14./25. Januar.

Digitized by Google

kannte. Georg August war der einzige Sohn seines Vaters: es stand nicht zu erwarten, daß der Vater dem Sohne gestatten würde, mit Hintansetzung des eigenen Erbes eine Krone anzunehmen, an die er ein Anrecht nur durch den Vater und durch die Großmutter besaß, welche beide dies Anrecht nicht als vollgültig und unzweifelhaft anerkannten.

Anders als jene Parteien in England, sah der König Wilhelm III. die Sache an. Nicht auf den Kurprinzen oder den Kurfürsten war sein Auge gerichtet, sondern nach wie vor auf die nächste Trägerin des Erbrechtes, auf die Kurfürstin Sophie. Und bei ihr hatte er einen Verbündeten an seinem alten Freunde, dem Herzoge Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg in Celle, der selber mit betheiligt war durch den beiderseitigen Enkel, den Kurprinzen Georg August. Und wiederum hatten die beiden Fürsten bei der Kurfürstin im gegebenen Falle einen Fürsprecher für ihren Wunsch an dem Freunde der Kurfürstin, an Leibniz. Er hatte ja bereits zweimal, im October 1696 und wieder 1698, in dieser Richtung zu wirken gesucht, beide Male erfolglos. In dem Schreiben vom 21. September 1700 hatte Stepney, das heißt, der König Wilhelm, in dessen Auftrage der Diplomat schrieb, Leibniz ausdrücklich als denjenigen benannt, durch welchen er eine Antwort wünschte.

Damals, im Sommer 1700, befand sich Leibniz nicht, wie der König und Stepney muthmaßten, in der Umgebung der Kurfürstin, sondern in Wien. Gegen Ende December 1700 traf er wieder in Hannover ein. In den Augen der Kurfürstin erschien damals die Angelegenheit der Thronfolge in England für sie erledigt. Indem sie wohl wußte, wie Leibniz über diese Sache dachte, und voraus sah, wie nachdrücklich er die von Stepney dargelegten Ansichten vertreten würde, zog sie vor, jenes Schreiben, obwohl sein Name darin genannt war, ihm gegenüber nicht zur Sprache zu bringen [1]).

Allein es gelangten von England aus nach Hannover auch andere Schreiben, welche die Sachlage dort, die günstige Stimmung für die Succession des Hauses Hannover darlegten, und zu Schritten in dieser Richtung aufforderten. Der geheime Rath des Kurfürsten überwies

[1]) Man vergleiche zu der ganzen Darstellung hier meine Einleitung zum achten Bande der Werke von Leibniz, S. XXXI u. f., so wie die dort mitgetheilten Actenstücke.

Digitized by Google

eins dieſer engliſchen Schriftſtücke an Leibniz zum Berichte. Er benutzte dieſen Anlaß, um mit Nachdruck ſeine Anſicht geltend zu machen. „Ich habe immer dafür gehalten, beginnt er, daß man hier dieſe Angelegenheit reiflich zu erwägen habe, und es hat mich ſehr unangenehm berührt, wenn es mir ſchien, daß man ſie kühl behandelte; denn das geſammte Europa, die Religion, das Gemeinwohl, und beſonders der Ruhm und die Wohlfahrt des durchlauchtigſten Hauſes ſind dabei außerordentlich betheiligt."

Jene engliſche Schrift war abgefaßt vor dem Tode des Königs von Spanien. Leibniz wies mit beſonderem Nachdrucke darauf hin, daß durch dieſen Tod, das Teſtament Carls II. und die Annahme desſelben in Verſailles, die Lage der Dinge in Europa, und beſonders auch für England ſich völlig verändert habe. Jene engliſche Schrift ſchilderte die republikaniſche Partei in England als ſtark. Leibniz erwiederte: „Wie immer auch vorher es ſich mit den Wünſchen der republikaniſchen Partei in England verhalten haben möge, gegenüber der Einigung der beiden Monarchien Frankreich und Spanien ſind ſie undurchführbar. Denn, wenn nicht das geſammte übrige Europa ſich dieſer Einigung entgegenſtemmt, ſo gibt es, nach menſchlicher Vorausſicht, kein Mittel, die Herſtellung Jacobs II. oder ſeines Sohnes zu verhindern. Die anderen Mächte Europas aber werden Bedenken tragen, ein Bündnis einzugehen mit einer werdenden, einer noch formloſen Republik: dagegen wird man bereitwillig ſein abzuſchließen mit einem der angeſehenſten Fürſtenhäuſer, deſſen Rechte nach den engliſchen Geſetzen unbeſtreitbar ſind". Leibniz folgert daher, daß die Kurfürſtin ſich nicht bloß für die Annahme der Succeſſion erklären, ſondern auch für die Geltendmachung ihres Rechtes ſelber Schritte thun müſſe.

Jedenfalls war dadurch die Sache in Hannover, im Januar 1701, aufs neue angeregt. In die Erörterungen darüber traf hinein ein Bericht des hannöverſchen Reſidenten Beyrie in London. Er meldete, daß der König das Parlament aufgelöſt und ein neues ausgeſchrieben habe. Die Proclamation enthalte die ungewöhnlichen Worte: wegen Angelegenheiten von höchſter Wichtigkeit. Nach der allgemeinen Anſicht ſeien darunter zu verſtehen die Feſtſtellung der Thronfolge in England, ſo wie die Veränderung der Dinge in Spanien in Folge des Teſtamentes von Carl II. Beyrie hob hervor, daß nach ſeiner

Digitized by Google

Ansicht das hauptsächliche Ziel des Königs sein würde, die Erblichkeit der Krone zu bewahren, und daß, gemäß den Gesetzen von England, dies Recht der Erblichkeit nach der Prinzessin Anna zunächst die Kurfürstin Sophie berufe. Welche Gesinnung der König für die Kurfürstin hege, sei ihr selber aus eigener Erfahrung am besten bekannt. — Das Schreiben Beyries entspricht so sehr dem Sinne des Königs, daß die Vermuthung nahe liegt, es sei nicht ohne sein Vorwissen abgefaßt [1]).

In der ersten Hälfte des Monates Januar 1701 wurde diese Angelegenheit in Hannover hin und her erwogen. Erst dann übergab die Kurfürstin Sophie an Leibniz das Schreiben Stepneys, vom September 1700.

Zur selben Zeit trat ein anderer Factor mitwirkend ein, der alte Herzog Georg Wilhelm in Celle. Die Kurfürstin Sophie folgte einer Einladung dieses ihres Schwagers nach seinem Schlosse in Celle. Dies Mal war Leibniz in ihrem Gefolge. In Celle befand sich damals auch der englische Gesandte Cresset, der für gewöhnlich seinen Aufenthalt in Hamburg hatte. Er hatte auch im Herbste 1698, zur Zeit des Besuches des Königs in Celle, dort sich eingefunden, und wußte von damals her um die Intentionen des Königs. Es ist daher mit Grund anzunehmen, daß im Januar 1701 ihm auch mitgetheilt ist, was im Herbste 1700 vorgegangen war, also der Brief Stepneys und die Antwort der Kurfürstin, so wie der Inhalt der Unterredungen im Schlosse Loo oder in Dieren, an denen der Herzog Georg Wilhelm Theil genommen.

Die Kurfürstin Sophie, der Herzog Georg Wilhelm, Leibniz und Cresset traten im Schlosse zu Celle zu einem Conseil zusammen. Sie beriethen zwei Tage. Die Berathung brachte kein Ergebnis.

Der Kurfürst Georg Ludwig, der spätere König Georg I., auf den es nach seiner Mutter zunächst ankam, hatte sich nicht mit nach Celle begeben. Demnach lag ihm der Gedanke fern, daß dort ein Schritt geschehen könnte, dessen Consequenzen sich auch auf ihn erstrecken würden. Und eben so wenig konnte es die Absicht seiner Mutter sein, zu handeln ohne ihn. Daß er nicht geneigt war, sich auf die Thronfolge

[1]) Es befindet sich im handschriftlichen Nachlasse von Leibniz, in der k. Bibliothek zu Hannover.

Digitized by Google

in England einzulaſſen, hat ſich aus den Worten der Kurfürſtin über ihn ergeben. (Band VIII, S. 568.) Eben dasſelbe tritt abermals hier hervor. Indem Leibniz die in dem Conſeil vorgebrachten Gründe nochmals ſchriftlich zuſammenfaßt, beginnt er mit den Worten: „Die Zeitlage erfordert, ernſtlich daran zu denken, das Recht der Erbfolge des Hauſes Braunſchweig-Lüneburg in England zu ſichern, um ſo mehr da der König, die Kurfürſtin, und der Herzog in Celle, ſich alle drei noch in voller Lebenskraft befinden und darum das Gelingen um ſo ſicherer erſcheint". Das Nicht-Nennen des Kurfürſten läßt keine andere Deutung zu als die Vorausſetzung, daß er nicht mitwirken werde.

Für die Sache waren alſo der König Wilhelm von England und der Herzog Georg Wilhelm: es handelte ſich darum, auch die Kurfürſtin Sophie zu einer Erklärung der Geneigtheit zu bewegen. Leibniz legte ſeine Denkſchrift, in welcher er die in der Verhandlung vorgekommenen Gründe zuſammenfaßt, der Kurfürſtin vor. Von beſonderer Wichtigkeit iſt darin die Rechtsfrage.

„Man darf, ſagt Leibniz, dem Hauſe Braunſchweig-Lüneburg nicht einen Vorwurf in Betreff der Gerechtigkeit machen, wenn es über die Bewahrung ſeines eigenen Rechtes wacht. Es hat nicht beigetragen, die römiſch-katholiſchen Linien auszuſchließen. Es hat in keiner Weiſe einen Einfluß geübt bei der Act of Settlement, welche jene Linien des Rechtes zu regieren verluſtig erklärt. Dies iſt lediglich die Angelegenheit der engliſchen Nation. Allein, vorausgeſetzt, daß dieſe Ausſchließung beſteht, ſo darf man nicht misbilligen, daß das Haus Braunſchweig-Lüneburg das eigene Recht, welches ihm in Ermangelung jener gebührt, feſt hält und geltend macht. Frankreich kann die Thronfolge des Herzogs von Anjou lediglich auf den Willen der ſpaniſchen Nation ſtützen, welche ihn zur Krone beruft, ungeachtet des Verzichtes ſeiner Großmutter, der Königin Marie Thereſe. Demnach muß Frankreich auch anerkennen, daß die engliſche Nation nicht ein geringeres Recht beſitzt gegenüber dem Könige Jacob und ſeiner Linie, auch abgeſehen von der Deſertion dieſes Fürſten und von demjenigen was gegen den Prinzen von Wales angeführt wird."

Das Conſeil hatte kein poſitives Ergebnis gebracht; aber es war darin die Rede geweſen, den König Wilhelm III. zu befragen. Am

Digitized by Google

Abende des zweiten Tages gelang es dem Herzog Georg Wilhelm in einer nochmaligen vertraulichen Unterredung die Kurfürstin zu bewegen, daß sie sich entschloß, selber an den König einige Zeilen zu richten, um ihn um seinen Rath zu befragen. Am anderen Morgen entwarf sie dieses Schreiben. Als Leibniz bei ihr erschien, legte sie es ihm vor. Er charakterisirt es mit den Worten an Cresset: Elle se réduisait à consulter le roi sur ce qui était à faire. Das Schreiben entsprach also nicht seiner Erwartung. Er bat sich die Erlaubnis aus, gleichzeitig ein eigenes über die Sache an Stepney zu richten. Die Kurfürstin gestattete es. Was immer Leibniz schrieb, das konnte ja sie nicht binden. Dennoch ließ sie auch sein Schreiben sich vorlegen, und verlangte, daß der Sohn Jacobs II., welchen Leibniz als einen jungen Prinzen englischer Nation bezeichnet hatte, mit seinem richtigen Titel ausgestattet werde als der Prinz von Wales [1]).

Es erwächst daher die Frage: was die Kurfürstin Sophie mit jenem Schreiben an den König Wilhelm III. bezweckt, und wie weit sie ihrerseits ihm gegenüber hat gehen wollen.

Wir kennen ihre Gesinnung als jacobitisch. Daß sie im Alter von einundsiebzig Jahren auf Grund von Argumentationen, so bündig auch immer diese sein mochten, diese Gesinnung geändert haben sollte, ist nicht anzunehmen. Auch wird in der Folgezeit mehr als eine Aeußerung uns darthun, daß diese Gesinnung ihr blieb. Um so dringender also wird jene Frage.

Erwägen wir, daß sie allein, in jenen Tagen zu Celle, drei Männern gegenüberstand, von denen jedenfalls zwei, der Herzog Georg Wilhelm und Leibniz, ihr volles Vertrauen besaßen, und die, ein jeder in seiner Weise, in sie drängten einen entgegenkommenden Schritt zu thun. Das Gewicht der Gründe von allen Seiten wog schwer. Die Fürstin konnte sich dem Drucke derselben nicht entziehen. Wenn sie auch im Herzen ihrem unglücklichen Vetter Jacob von England die volle Sympathie bewahrte, von der sie, im Herbste 1688, ihm Beweise gegeben bei dem römischen Kaiser Leopold, die sie nicht verhehlt hatte, im Jahre 1689, gegenüber dem Könige Wilhelm III.; wenn sie auch

---

[1]) Den Nachweis im Einzelnen wolle man ersehen in meiner Einleitung zum achten Bande der Werke von Leibniz S. XLIV u. f.

Digitized by Google

dem Sohne Jacobs, an deſſen Echtheit ſie einen Zweifel in ihrer Nähe nicht duldete, die Herſtellung auf den Thron ſeiner Väter von Herzen wünſchte, und noch unlängſt dem Könige Wilhelm III. gegenüber perſönlich dies ausgeſprochen: ſo vermochte ſie doch nicht mit Gründen anzukämpfen wider die Beweisführung von Leibniz, daß ein franzöſiſcher Vaſallen-König auf dem Throne von England zu dem franzöſiſchen Vaſallen-Könige auf dem Throne von Spanien das geſammte Europa dem Dominate Ludwigs XIV. mit den Conſequenzen desſelben rettungslos überliefern würde [1]). Durfte die Kurfürſtin, allen dieſen Gründen gegenüber, beharren bei der Weigerung in der Art, wie ſie dieſelbe einige Monate früher, und zwar vor dem ſpaniſchen Succeſſionsfalle, ausgeſprochen hatte?

Die Fürſtin entſchloß ſich, auf den Vorſchlag ihres Schwagers von Celle einzugehen, ſelber an den König Wilhelm III. zu ſchreiben, nicht in der Art wie Leibniz es wünſchte, nicht wie er ihr rathen würde, ſondern wie ſie ſelber es wollte, nämlich dem Könige die Frage zu ſtellen um ſeinen Rath — eine Frage, die ihr, nach ihrer Anſicht, den Entſchluß auf die Antwort völlig frei und offen ließ. Eben darum auch mochte ſie glauben, eine ſolche Frage ſtellen zu dürfen, ohne vorher ſich mit ihrem Sohne, dem Kurfürſten, darüber zu berathen, oder ſeine Zuſtimmung darüber einzuholen. Der Gedanke, daß dieſe Frage eine unmittelbar praktiſche Bedeutung nach ſich ziehen könne, mochte ihr nicht in den Sinn kommen. So nahe ſchien die Sache nicht zu liegen. Denn auch Leibniz ſprach in ſeiner Denkſchrift die Meinung aus: es ſei nicht wahrſcheinlich, daß der König unter den Angelegenheiten von höchſter Wichtigkeit, welche die Einberufung eines neuen Parlamentes gefordert, auch diejenige der Regelung der Thronfolge in England verſtanden habe. Die Frage des Verhaltens zu der ſpaniſchen Succeſſion dränge unmittelbar, und der König werde nicht ſich mit den beiden dornigen Angelegenheiten zugleich belaſten wollen.

Die Kurfürſtin mochte demnach denken, daß ihr mit dem Beirathe ihres Schwagers entworfener Brief ſo wenig Bindendes enthalte wie immer möglich, daß die allgemeine Faſſung desſelben ihr freie

[1]) Man vergleiche die Denkſchrift von Leibniz in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz Band VIII, S. 227 u. f.

Digitized by Google

Hand lasse. Die geringe Befriedigung, welche Leibniz beim Lesen dieses Briefes an den Tag gelegt, konnte sie in dieser Ansicht nur bestärken. Der Gedanke, daß die vertrauliche Unterredung mit ihrem Schwager am Kamine im Schlosse von Celle, ihr Eingehen dort auf seinen Vorschlag einige nicht bindende Zeilen abzufassen, für die Schicksale ihrer Dynastie, für diejenigen von Ländern und Völkern, auf undenkliche Zeiten hinaus schwerer wiegen würde als manches mörderische Treffen, in welchem tausende bluten — der Gedanke kam nicht in ihren Sinn. Und dennoch ist es so. Denn an diesen wenigen, an sich nicht bindenden, sondern nur um Rath fragenden Zeilen hangt die Thronfolge des Hauses Hannover in Groß-Britannien und Irland.

Denn ganz anders faßte der König Wilhelm III. die Sache.

Wir haben bei den Ereignissen der früheren Jahre wiederholt beobachtet, daß Wilhelm III. eine Herstellung des Hauses Stuart, weder Jacobs II., noch seines in Frankreich aufwachsenden Sohnes, nicht wollte, daß vielmehr gerade der Zufluchtsort und die Hülfe, auf welche Jacob II. bauete, um die Krone für sich oder seinen Sohn wieder zu erlangen, den König Wilhelm III. um so mehr antrieben, diese Wiedererlangung unmöglich zu machen. Und zwar nicht bloß um Englands willen, sondern eben so sehr, oder vielleicht noch mehr für sein geliebtes Holland. Denn ein Stuart in St. Germain konnte nicht anders aufwachsen als mit starkem Hasse wider die Republik, welche den Oranier in den Stand gesetzt, auf Jacob II. den entscheidenden Streich zu führen. Und es war daher mit Sicherheit vorauszusehen, daß ein Jacob III. auf dem Throne von England an feindseliger Gesinnung wider die Republik den Oheim Carl II. und den Vater Jacob II. noch überbieten, und daher trachten würde, das jenen beiden mislungene Werk auszuführen, nämlich die Republik tödtlich zu treffen.

Diese Gefahr, auch vorher schon vorhanden, war gesteigert durch die Annahme des spanischen Testamentes von Seiten Ludwigs XIV. Wir haben uns zu erinnern an die Worte Wilhelms III. zu Heinsius, vom 16. November 1700: „Wenn dies Testament zur Durchführung gelangt, so hangt nach meiner Ueberzeugung über England und über die Republik die Gefahr des völligen Unterganges". War also Wilhelm III. vor dem November 1700 schon beflissen, die Thronfolge in

Digitized by Google

England so festzustellen, daß das Haus Stuart für immer ausgeschlossen wurde: so mußte er es folgerecht um so mehr sein nach jener Annahme des spanischen Testamentes. So lagen die Dinge im November und December 1700.

Nun hatte aber eben vorher die nächst berechtigte Persönlichkeit, die Kurfürstin Sophie, ihm gegenüber abgelehnt. Wenn sie bei dieser Ablehnung beharrte, so konnte der König das Parlament nicht einmal auffordern über die Sache einen Beschluß zu fassen.

Er entschloß sich daher noch einmal einen Versuch bei ihr zu machen.

Zunächst bedurfte er dafür der Zeit. In dem nachherigen Parlamente wurden Klagen laut, daß der König bei einer so wichtigen europäischen Verwickelung, wie sie sich durch den Tod des Königs von Spanien ergeben, anstatt sofort das Parlament einzuberufen, volle drei Monate ungenutzt habe verstreichen lassen, ohne daß ein Grund dafür ersichtlich [1]). Den Grund allerdings kannte nur der König. Das einzige Mittel für ihn, unter den Umständen die Berufung hinauszuschieben, war die Auflösung des Unterhauses, die Ausschreibung neuer Wahlen.

Denen, welche in Betreff der spanischen Erbfolge die wahre Gesinnung des Königs kannten, mochte es eben so auffallend erscheinen, daß er in einer solchen Zeit sich abwandte von den Whigs, welche jedenfalls zum Kriege mehr geneigt waren, und hinüber lenkte zu den Tories, welche in der Annahme des spanischen Testamentes durch Ludwig XIV. eine Bürgschaft des Friedens erblickten. Sie wußten nicht, zu welchem Zwecke Wilhelm III. gerade damals der Tories bedurfte.

Und dann, nachdem er so in England Zeit gewonnen, ließ er nochmals einen Versuch bei der Kurfürstin machen. Denn, daß der Herzog Georg Wilhelm bei seiner Einladung an die Kurfürstin, bei seinem Rathe dann im Schlosse zu Celle, einige Zeilen an den König zu richten, im Einverständnisse mit dem letzteren gehandelt, bedarf nicht eines Nachweises im Einzelnen. Auch Wilhelm III. kann sich kein Hehl darüber gemacht haben, daß die Kurfürstin in sich selber nicht umzustimmen war. Wenn es gelang von ihr irgend eine Aeußerung

[1]) Die Berichte von Wratislaw und Hoffmann vom 25. Februar.

Digitized by Google

zu erlangen, die als eine Willfährigkeit angesehen oder ausgelegt werden konnte: so hatte Wilhelm III. sicherlich auch die Absicht, diese Aeußerung in der vollsten Weise auszunutzen. Und demnach waren ihm jene wenigen Zeilen der Kurfürstin Sophie vom 18. Januar 1701 in hohem Maße willkommen.

Die Frage um den Rath des Königs konnte gedeutet werden als die Zusage einzugehen auf diesen Rath. Aber der König gab keinen Rath, keine sofortige Antwort. Er ging weiter. Die unbestimmte Fassung des Briefes, welche, nach der Ansicht der Kurfürstin, als eine Concession an die Wünsche des Herzogs in Celle, ihr die Freiheit des Entschlusses offen halten sollte, wandelte sich in der Hand des Königs Wilhelm III. zu dem Mittel, diese Freiheit ihr zu benehmen. Er unterließ jeden weiteren Schriftwechsel, der zu einer authentischen Interpretation dessen hätte führen können, was die Kurfürstin mit ihrer Anfrage um Rath gemeint hatte. Der König Wilhelm handelte sofort. Er suchte eine vollendete Thatsache zu schaffen, die nicht mehr abgewiesen werden konnte. Er hatte nicht die Absicht, wie die Kurfürstin und Leibniz meinten, die zwei dornigen Angelegenheiten, diejenige des Verhaltens gegenüber den Ereignissen in Spanien und diejenige der Feststellung der Erbfolge in England, nach einander vorzunehmen, sondern vielmehr sie untrennbar zu verbinden. Mit anderen Worten: seine Antwort auf jene Anfrage der Kurfürstin um seinen Rath sollte sein die fertige Successions-Acte zu Gunsten der Kurfürstin Sophie und ihrer Descendenz.

Digitized by Google

Sechsundzwanzigstes Buch.

Vom Beginne des Parlamentes, im Februar 1701, bis zum Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701.

Am 10./21. Februar 1701 trat das Parlament zusammen. Der König erschien im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und dann durch den Lord-Siegelbewahrer ihm verkünden, daß es einen Sprecher erwählen möge.

Die Whig-Partei war um etwa vierzig Stimmen überlegen. Die Parteien wurden so charakterisirt, daß die Tories durchweg für die Erhaltung des Friedens gesinnt waren, die Whigs im allgemeinen für den Krieg, aber weniger entschieden als nach jener Seite hin die Tories. Von Seiten der Hofpartei aber ward als Sprecher vorgeschlagen der Tory Harley, der von Hause aus Whig, dann zu der anderen Partei übergegangen, und darum den Whigs doppelt unlieb war. Er erhielt zweihundertneunundvierzig Stimmen gegen die hundertfünfundzwanzig seines Concurrenten. In diesem Stimmenverhältnisse lag der Beweis, daß die vom Hofe abhängigen Whigs für ihn gestimmt hatten. Wilhelm III. wollte also einen Tory zum Sprecher. Die unabhängigen Whigs machten aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl. „Wenn ich nicht bauete auf die Besonnenheit und die Erfahrung des Königs, meldet Wratislaw: so würde ich viel fürchten" [1]).

Wie es den Tories selber nicht völlig klar wurde, warum gerade sie der König damals suchte: so mochte auch der kaiserliche Gesandte es nicht erfassen. Seine Berichte, eben so wie diejenigen des Residenten

[1]) Die Berichte Hoffmanns und Wratislaws vom 22. Februar.

Digitized by Google

Hoffmann, dem nicht leicht etwas Wichtiges entging, was unter den Mitgliedern des Parlamentes zur Sprache kam, laſſen erſehen, daß die Beziehungen des Königs nach Celle und Hannover hin für Alle ein Geheimnis blieben.

Nachdem der König die Wahl Harleys beſtätigt, erſchien er abermals im Oberhauſe, ließ das Unterhaus an die Schranken beſcheiden und verlas ſeine Thronrede. Er ſelber charakteriſirt ſie vor Heinſius mit den Worten: „Ich habe geglaubt mich beſchränken zu müſſen auf eine einfache Darlegung des Standes der Dinge, ohne eine Anſicht meinerſeits auszuſprechen, um ſomit die Fragen den Berathungen dieſer Verſammlung anheim zu ſtellen. Vielleicht wird dies eine beſſere Wirkung hervorbringen; denn Gott weiß, in welcher Weiſe man bisher meine Rathſchläge vernommen und befolgt hat“ [1]).

Die Thronrede lautet wie folgt. „Mylords und Herren. Das große Unglück, welches uns in dem Verluſte des Herzogs von Gloceſter betroffen, macht es durchaus nothwendig, daß Bedacht genommen werde, die Thronfolge nach mir und der Prinzeſſin weiter hinaus in der proteſtantiſchen Linie feſtzuſtellen. Die Wohlfahrt der Nation und die Sicherheit der Religion, welche ja unſere hauptſächliche Fürſorge in Anſpruch nehmen, werden nach meiner Anſicht dadurch ſo ſehr bedingt, daß ohne Zweifel die Angelegenheit die allgemeine Betheiligung finden wird. Ich empfehle ſie daher nachdrücklich Eurer frühzeitigen und eingehenden Erwägung.“

„Der Tod des letzten Königs von Spanien, mit der Ernennung eines Succeſſors für ſeine Monarchie, hat in den auswärtigen Angelegenheiten eine ſolche Umgeſtaltung hervorgerufen, daß ich wünſchen muß, Ihr wollet den gegenwärtigen Stand derſelben reiflich prüfen. Und ich hege dann keinen Zweifel, Euere Beſchlüſſe darüber werden ſo gefaßt werden, daß ſie dem Intereſſe und der Sicherheit von England durchaus entſprechen, wie nicht minder der Erhaltung der proteſtantiſchen Religion im allgemeinen, und dem Frieden von ganz Europa.“

„Dieſe Dinge ſind von ſolchem Gewichte, daß ich ſie anſehe als beſonders geeignet für die Erwägungen eines neuen Parlamentes, um

[1]) Grovestins t. VII, p. 445. Vom 22. Februar.

Digitized by Google

an einem ſolchen Wendepuncte die Bewegung der Gemüther des Königreiches ſo unmittelbar wie möglich zu erkennen".

„Von Euch, Ihr Herren vom Hauſe der Gemeinen, muß ich diejenigen Subſidien erwarten, die Ihr als nothwendig anſeht für den Dienſt des laufenden Jahres, und beſonders muß ich Euch hinweiſen auf die zur Zeit noch ungedeckten Rückſtände und Schulden vom letzten Kriege her."

„Ferner ſehe ich mich genöthigt, Euch anzuempfehlen, daß Ihr den Zuſtand der Flotte in Betracht nehmet und erwägt, welche Ergänzungen oder Vermehrungen für die Seemacht erforderlich ſind. Denn in ihr beſteht ja das große Bollwerk der engliſchen Nation, und ſie muß daher, ganz beſonders bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, in guten Stand geſetzt werden. Ihr werdet daher auch in Erwägung ziehen, was zu geſchehen hat für die beſſere Sicherheit der Seeplätze, in welchen die Schiffe im Winter auflegen."

„Die Regelung und Hebung unſeres Handels iſt von ſolcher Wichtigkeit für das Gemeinwohl, daß ich hoffen darf, Ihr werdet ſtets auch darauf ernſtlich bedacht ſein. Und wenn Ihr geeignete Mittel finden könnt für die Beſchäftigung der Armen: ſo werdet Ihr Euch ſelbſt dadurch von einer großen Laſt befreien, und zugleich mancher nützlichen Hand zur Thätigkeit verhelfen."

„Mylords und Herren. Ich hoffe, die Beſchlüſſe, die Ihr über die wichtigen uns vorliegenden Angelegenheiten zu faſſen habt, werden eine ſolche Uebereinſtimmung und eine ſolche Kraft an den Tag legen, daß unſere Eintracht unter uns ſelbſt Jedermann einleuchten muß. Und nach meiner Anſicht kann nichts mehr beitragen zu unſerer Sicherheit daheim, oder zu der Achtung vor uns nach außen" [1]).

Die Thronrede machte ſogar in Verſailles den Eindruck, welchen Wilhelm III. damit für das Parlament beabſichtigt hatte. Dangeau bemerkte in ſeinem Tagebuche: „Die Rede erſcheint beſonnen und maßvoll" [2]).

Es iſt zunächſt beſonders wichtig zu bemerken, daß in den erſten Tagen nach dem Zuſammentritte des Parlamentes die Anerkennung

[1]) Commons Debates t. III, p. 128.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 45.

Digitized by Google

Philipps V. von Spanien von Seiten der Republik der Niederlande, vom 11./22. Februar, in England noch nicht bekannt, dort keinen Eindruck üben konnte.

Am folgenden Tage zog das Oberhaus die Thronrede des Königs in Erwägung. Am Abende zuvor war der Graf Wratislaw mit Peterborough und anderen Lords der Whig-Partei zusammen getreten, und hatte mit ihnen vereinbart, daß die Adresse des Oberhauses, anstatt die Erhaltung des Friedens von Europa zu betonen, wie die Thronrede gethan, hervorheben solle die Erhaltung des Gleichgewichtes von Europa [1]). Die Berathung im Oberhause rief manche scharfe Erörterung hervor. Einige jacobitische Lords hielten eine weitere Feststellung der Thronfolge in England nicht für erforderlich, da ja noch zwei Leben vorhanden. Der Widerstand indessen war zu schwach. Schärfer wurden die Reden in Betreff der spanischen Angelegenheit, namentlich durch die Heranziehung des Theilungsvertrages. „Ich habe die Ehre zum Cabinetsrath zu gehören, rief der Obersthofmeister Herzog von Devonshire; aber was diesen Vertrag anbetrifft, so habe ich davon so viel gewußt wie ein Lastträger auf der Straße." Vor allen Anderen richtete Lord Peterborough immer erneute Angriffe auf die Minister des Königs. Er sprach offen seine Willfährigkeit für den Krieg aus. Er schloß mit den Worten: „Wenn ich keine andere Ursache dazu hätte, so würde mir allein die genügen, daß ich nicht jene Bank da — indem er auf die Reihe der anglicanischen Bischöfe zeigte — von Cardinalshüten bedeckt sehen will". Mittelbar demnach beschuldigte Peterborough alle Bischöfe zugleich der jacobitischen Gesinnung [2]).

Die Adresse des Oberhauses, in den meisten Puncten der Widerhall der Thronrede, ging doch in der einen Richtung darüber weit hinaus, daß sie den König ersuchte, mit anderen Mächten diejenigen Allianzen zu schließen, die er für geeignet halten würde, das Gleichgewicht Europas zu bewahren [3]). Die Erhaltung des Gleichgewichtes von Europa war das eigentliche kaiserliche Wort, welches Leopold I.

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 25. Februar.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 14./25. Februar.

[3]) Lords Debates t. II, p. 20: to engage in such alliances abroad, as he should think proper for preserving the Ballance of Europe. — Das kaiserliche Wort: aequilibrium Europae.

Digitized by Google

als den Zweck der zu ſchließenden Allianz aufgeſtellt wünſchte, um dadurch jegliche Differenz über die wieder zu erlangenden Theile der ſpaniſchen Monarchie abzuſchneiden.

Ueberhaupt machte die Whig-Partei unter ſich aus ihrer eigentlichen Abſicht kein Hehl. Der Reſident Hoffmann nahm an einer ihrer Parteiverſammlungen Theil. Sämmtliche Anweſende erachteten den Krieg für nothwendig, jedoch nicht eher, als man ſich dazu bereit gemacht. In Folge der allzu ſchleunigen letzten Kriegserklärung ſeien zweihundert Kauffahrer verloren gegangen. Dies müſſe vermieden werden, der Handelsſtand Zeit haben ſeine Güter in Sicherheit zu bringen. Man war damals der Anſicht, daß dies bis zum Juli geſchehen könne. Eine vorzeitige Erklärung dagegen bringe außer dem unvermeidlichen Verluſte der Kaufleute noch die andere Gefahr mit ſich, daß England, weder zu Waſſer noch zu Lande gerüſtet, der Gefahr einer franzöſiſchen Invaſion bloßgeſtellt werde [1]).

Das Oberhaus ſprach den Wunſch aus, daß das Unterhaus ſich dieſelbe Adreſſe aneigne. Das letztere ging darauf nicht ein. Erſt am 14./25. Februar ſchritt es zur Beantwortung der Thronrede. Es fielen zahlloſe Invectiven gegen Portland und Jerſey, deren Namen unter dem Theilungsvertrage ſtanden. Der wichtigſte Satz der Adreſſe war: „Das Unterhaus will ſtehen zu Ew. Majeſtät, will Sie und Ihre Regierung ſtützen und wirkſame Maßregeln ſolcher Art beſchließen, welche als die zweckmäßigſten erſcheinen für das Intereſſe und die Sicherheit von England, für die Erhaltung der proteſtantiſchen Religion und den Frieden von Europa“ [2]). Obwohl der Nachdruck dieſer letzten Worte hinter denjenigen des Oberhauſes weit zurückblieb: ſo erhob ſich doch darüber die lebhafteſte Differenz. Von Seiten der Tory-Partei ward entgegnet, daß man ſich durch dieſe Worte zu weit einlaſſe, daß man den Krieg in Ausſicht ſtelle. Es ward bemerkt, daß, ungeachtet der Gunſt des Königs für dieſe Partei auch nicht Einer von ihnen ſich für jene Worte gewinnen ließ. Eben ſo aber traten auch die Whigs geſchloſſen für jene Worte ein. Dennoch bedurfte es der Nachhülfe des Königs. Er ſchickte den Staats-Secretär Vernon

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. 25. Februar.
[2]) Commons Debates t. III, p. 128.

Digitized by Google

in das Unterhaus, mit der Meldung sichere Nachricht zu haben, daß Frankreich sechszig Capital-Schiffe auf das schleunigste fertig stellen lasse. Dies wirkte [1]). Jener Satz erhielt mit achtzehn Stimmen die Oberhand (181 : 163). War demnach auch den Whigs der Sieg verblieben: so war doch die Mehrheit gering, und noch dazu in einer Frage, die nur indirect den Krieg betraf. Es erschien daher sehr zweifelhaft, ob dann, wenn etwa die Frage direct herantrat, auch nur diese Mehrheit beharren würde [2]).

Die Adresse war beschlossen am 14./25. Februar. Dann erst, nachdem dies geschehen, ward von Holland aus öffentlich die Nachricht kund, daß die Republik den Herzog von Anjou als Philipp V. von Spanien anerkannt habe. Die Nachricht erregte in London eine heftige Missstimmung, und zwar zumeist wider den König. Bei den Tories ging die Rede: England müsse sogleich dem Beispiele der Republik folgen; denn im anderen Falle setze man sich der Gefahr aus, alle englischen Güter in Frankreich, Spanien und Westindien zu verlieren. Der König stecke mit darunter. Er suche auf alle Weise die Güter der Holländer zu retten, indem er diejenigen der Engländer dafür opfere. Darum habe er für gut befunden, diese Anerkennung in der Republik geschehen zu lassen, und eben daraus leuchte ein, daß er nur auf den Frieden sinne [3]).

„Diese und ähnliche Reden, fügt der Graf Wratislaw hinzu, welche die Tories aller Orten führen, machen die wohlgesinnten Whigs ganz verwirrt. Sie wissen nicht, was sie thun, noch was sie glauben sollen. Sie betrachten, daß dieser Schritt der Anerkennung geschehen ist in der Republik, wo der König gleichsam eine absolute Autorität hat. Sie sehen dagegen hier, daß Persönlichkeiten, die, mit Wohlthaten von ihm überhäuft, in seinem Rathe sitzen, derartige Reden führen. Es scheint ihnen daher, daß, wenn auch nicht alle jene Folgerungen, doch vieles daran wahr sein müsse."

Stellen wir diesen Reden der Engländer die eigenen Worte des Königs gegenüber, mit denen er am selben Tage seine Wahrnehmungen

[1]) Wratislaws Bericht vom 22. Februar/8. März.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 15. Februar/1. März.

[3]) So Wratislaw im Berichte vom 1. März, eben so Hoffmann im Berichte vom selben Datum.

Digitized by Google

zu Heinsius aussprach, so wie seine Absicht eines energischen Eingreifens andeutete. Die Worte gelten für England wie für Holland.

„Mit bekümmertem Gefühle, schreibt der König, muß ich Ihnen sagen, daß, seitdem hier die Anerkennung Philipps V. von Seiten der Republik kund geworden, die kräftiger gesinnten Leute nachgelassen haben, die schwächlichen dagegen mit Freude erfüllt sind."

„Unsere künftige Sicherheit wird abhangen von der Festigkeit, welche wir bei den Verhandlungen an den Tag legen. Allein, wenn Frankreich wahrnimmt, daß es mit furchtsamen Leuten zu thun hat, die den Krieg scheuen, so darf man sich auf nichts Gutes gefaßt machen. Wie Sie, habe auch ich Besorgnis vor Amsterdam. Eben so aber wiederhole ich, daß man in solchen Fällen kein Bedenken tragen darf, die Stadt zu überstimmen. Es gibt zahlreiche Präcedenzfälle dieser Art. Wenn man der Gesinnung der Weichlichkeit, welche in dieser Stadt herrscht, immer nachgegeben hätte: so wäre es mit der Republik längst zu Ende, und wenn man in der jetzigen Zeit dort fortfährt, dem Drucke der Furcht zu weichen, so wird ohne Zweifel die Republik bald ihr Ende unter französischer Herrschaft finden" [1]).

Die Worte enthalten die Andeutung, daß Wilhelm III. entschlossen ist, ein ähnliches Verfahren, wie er es in Bezug auf Amsterdam dem Rathspensionär anheim gibt, selber zur Anwendung zu bringen in Betreff der Tories. Indessen unterließ er auch andere Mittel nicht.

Albemarle, im Auftrage des Königs, ersuchte die kaiserlichen Gesandten gegen die irrigen Meinungen einzutreten. Wratislaw und Hoffmann hatten diese Bitte nicht abgewartet. Der letztere, obwohl in die Einzelnheiten der Vorgänge nicht eingeweiht, durchschaute dennoch sofort mit richtigem Blicke den ganzen Zusammenhang. Allein, welches Vertrauen auch sonst die Engländer seinem Worte beimaßen, in diesem Falle ging am ersten Tage die leidenschaftliche Erregung wider den König zu hoch [2]). Diesem selber war es vorbehalten, die Stimmung in eine andere Bahn zu lenken.

Am 17./28. Februar überreichte das Unterhaus dem Könige seine Adresse. Mit seinem Danke erwiederte er, daß er ihnen nichts

[1]) Grovestins t. VII, p. 445.

[2]) Hoffmann sagt: „So will es doch nicht viel verfangen, noch weniger ihnen den Verdacht nehmen, daß es cum consensu Regis geschehen sei".

Digitized by Google

vorschlagen werde, was nicht diene für das gemeinsame Interesse. Dann fuhr er fort: „Ich benutze diese Gelegenheit, um Euch kund zu geben, daß der staatische Gesandte mir eine Denkschrift eingereicht, von der ich Euch hiermit eine Abschrift zustelle. In Betreff des ersten Theiles halte ich es für nothwendig, Euch um Rath zu befragen; in Betreff des zweiten wünsche ich Euren Beistand" [1]).

Wir kennen den Plan dieser Denkschrift bereits aus den Ereignissen in der Republik, in Bezug auf die Anerkennung des Herzogs von Anjou.

Nachdem von Seiten der Republik darin kund gegeben war, daß die Noth sie gezwungen, den Herzog von Anjou bedingungslos anzuerkennen, folgte weiter die Eröffnung, daß sie sich Unterhandlungen für die Sicherstellung des Friedens von Europa vorbehalten habe, und fest entschlossen sei, darin keinen Schritt zu thun ohne die Zustimmung des Königs von England und der anderen bei der Erhaltung des Friedens betheiligten Mächte. Die Republik ersuchte daher den König, seinem Gesandten im Haag die erforderliche Instruction zu ertheilen. — Dies war der Punct, in Betreff dessen der König den Rath des Unterhauses verlangte.

Aber, fuhr dann die Denkschrift fort, es könnte geschehen, daß die Unterhandlungen mit Frankreich und Spanien nicht gelängen, daß sie abgebrochen würden: in diesem Falle würde die Republik dem Angriffe der überlegenen Streitkräfte ausgesetzt sein, welche Frankreich bereits bis an ihre Grenzen vorgeschoben hat. Demgemäß ersucht die Republik den König von England um die Leistung der vertragsmäßigen Hülfe. — Diese Bitte war der zweite Punct, in Betreff dessen der König den Beistand des Unterhauses forderte [2]).

Dieser Schritt des Königs, der wie nebenher geschah, bei der Antwort auf die Adresse des Unterhauses, ist von ungemeiner Tragweite. Denn dadurch überwies er den Fortgang der Sache an das Unterhaus, verlangte als Grundlage seines Handelns die Beschlüsse desselben. Demgemäß liegt in der Natur der Sache, daß er gethan was er vermochte, um diese Beschlüsse zu lenken gemäß seinen Absichten.

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 129.

[2]) Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 402.

Digitized by Google

Es traf ſich, daß am ſelben Tage, dem 17./28. Februar, in die Hände des Königs Wilhelm ein Schreiben gelangte, welches nicht für ihn beſtimmt war. Lord Melford, der frühere Staats-Secretär Jacobs II., hatte am 7./18. Februar einen Brief an ſeinen Bruder, den Grafen Perth, Gouverneur des Prinzen von Wales in St. Germain, in Paris zur Poſt gegeben. Durch welchen Irrthum immer es geſchehen ſein mochte, jener Brief gelangte nach London und ward dem Könige eingeliefert. Wilhelm III. überwies ſofort das Original dem Unterhauſe, eine Abſchrift dem Oberhauſe [1]).

Im Unterhauſe ward zuerſt der Verdacht laut, daß man es hier mit einer Fiction zu thun habe. Allein diejenigen Mitglieder, denen die Handſchrift Melfords bekannt, bezeichneten das Schreiben als authentiſch [2]). Um ſo aufmerkſamer ward es dann vernommen. Es hob hervor, daß die Gelegenheit den König Jacob herzuſtellen, niemals ſo günſtig geweſen ſei. Denn der König von Frankreich habe eine ſtarke Flotte ſegelfertig, ſei dadurch für Monate hinaus, wenn nicht für den ganzen Sommer, Herr des Meeres. Die Republik Holland werde nicht wagen, ſich zu rühren, bis ſie England bereit ſehe zur Hülfe, und auch dann noch ſei es fraglich, ob ſie wollen werde. England aber ſei von einer Kriegsbereitſchaft noch ſehr weit entfernt. Es werde nicht ſich waffnen als auf einen Beſchluß des Parlamentes, und, bevor dieſer Beſchluß erfolge, könne die Landung bereits geſchehen. Es komme zunächſt darauf an, den König von Frankreich von dieſer Sachlage zu überzeugen [3]).

Für uns Spätere liefert das Schreiben Melfords den abermaligen Beweis, daß die Urkunde der Jacobiten von St. Germain über die Politik Ludwigs XIV. unzerſtörbar war. Ludwig XIV. kümmerte ſich um Jacob II. nur dann, wenn es ſeinem eigenen Intereſſe entſprach, ſeinen Schützling zu verwenden. Dieſe Abſicht hatte er damals nicht. Er wollte das ſpaniſche Erbe ſichern, nicht durch Krieg, ſondern wo möglich, durch den Frieden. Wir haben ſeine wiederholt ausgeſprochene Hoffnung vernommen, daß das engliſche Parlament dem Könige nicht

[1]) Hoffmann ſagt im Berichte vom 18. Februar 1. März: „Dieſes Schreiben hat der König geſtern den beiden Häuſern communiciren laſſen“.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar/1. März.

[3]) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 468.

Digitized by Google

die Mittel zum Kriege bewilligen werde. Um so weniger also konnte er selber den Krieg beginnen wollen. Der Plan und Wunsch Melfords war in sich selber todtgeboren.

In Versailles ward der Uebereifer Melfords mit Misvergnügen vernommen. Jacob II. verwies den unberufenen Briefschreiber zur Strafe nach Angers [1]).

Allein nicht wenige der in dem Schreiben Melfords angegebenen Thatsachen waren unleugbar. Es ergab sich bei der Erörterung im englischen Parlamente, daß viele englische Seeleute auf Handelsfahrten abwesend, daß die vorhandenen kaum ausreichen würden, auch nur dreißig Capital-Schiffe zu bemannen, daß es demnach in der Macht Frankreichs stehe, mit den sechszig Schiffen, die es segelfertig hatte, auf England denselben Druck auszuüben wie auf die Republik. Das Unterhaus sprach daher seine Bereitwilligkeit aus, erhebliche Mittel für die Flotte zu bewilligen und forderte dafür den Bericht der Admiralität ein [2]). Es ersuchte zugleich den König um die Vorlage des Allianzvertrages mit der Republik von 1678, und der Erneuerungen desselben.

Unterdessen ging Wilhelm III. weiter vor. Er hielt einen Cabinetsrath. Er ließ darin durch den Staats-Secretär Vernon Bericht erstatten, welche Schritte der Kaiser durch den Grafen Wratislaw bei ihm gethan, um mit England zu einer Allianz zu gelangen, und daß der Gesandte nun eine positive Antwort verlange. Dann nahm der König das Wort. Er könne, sagte er, dies Verlangen des Gesandten nicht misbilligen, namentlich nachdem in Holland der Schritt der Anerkennung geschehen. Sein eigenes und des Königreiches Interesse erfordere, einen Verbündeten wie den Kaiser nicht zu verlieren, namentlich nicht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge. Aber eine positive Antwort stehe nicht in seiner Macht, bevor das Parlament sich darüber ausgesprochen. Darum wolle er hiermit erklären, daß er diejenigen Mitglieder des Unterhauses, die ihm darin nicht zur Seite stehen würden, weder als seine Freunde, noch überhaupt als wohlgesinnt betrachten könne. Denn nichts Anderes vermöge so sehr für die allgemeine Sicherheit und die Erhaltung des Friedens in Europa bei-

[1]) Dangeau t. VIII, p. 53 und 57.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. Februar/1. März.

Digitized by Google

zutragen, als eine nachdrückliche Erklärung des Parlamentes. Eine Erklärung solcher Art werde maßgebend sein für die sämmtlichen Mächte Europas [1]).

Die Rede, direct an die Häupter der Tories, an Rochester und Godolphin, gerichtet, blieb nicht ohne Wirkung. Die Tories hielten eine große Parteiversammlung, um über ihre Haltung zu berathen. Aber auch die Whigs erlangten durch Wratislaw Nachricht von jener Kundgebung des Königs. Sie traten fester auf. Es handele sich, sagten sie ganz öffentlich, bei dem Stande der europäischen Dinge um das Heil des Königreiches England. Wenn daher die Tories beharren würden bei ihrem Widerspruche gegen energische Schritte, der endliche Sieg aber dennoch der Whig-Partei verbliebe: so würde sie die hauptsächlichen Tories als erklärte Jacobiten anklagen und ihre Köpfe von dem Könige verlangen [2]).

Die erste Wirkung des Vorgehens von beiden Seiten, des Königs wie der Whigs, gab sich kund am 19. Februar/2. März. Das Unterhaus bewilligte dem Könige einstimmig den Credit einer halben Million Pfund Sterling zum Zwecke der Ausrüstung der Flotte, so wie 50.000 Pfund Sterling für das Landheer. Es war die Vorbereitung für den nächsten Tag [3]).

Am anderen Tage nämlich, dem 20. Februar/3. März, kam das Schreiben der Generalstaaten zur Verhandlung, in Betreff dessen der König einerseits Rath, andererseits Hülfe verlangt hatte. Der Kampf darüber entbrannte heftig und währte sechs Stunden. Von der Tory-Partei aus wurde verlangt, daß der König den Herzog von Anjou eben so anerkenne, wie die Republik es gethan. Die Whigs fragten dagegen: warum man eher anerkennen solle, als man wisse, auf welche Bedingungen hin. Zuerst seien diese festzustellen. — Eine zweite Differenz ergab sich an dem Puncte des holländischen Schreibens, daß die Generalstaaten nicht anders als gemeinsam mit England und anderen betheiligten Mächten unterhandeln wollten. Es frage sich, sagten die Tories, wer unter diesen anderen Mächten zu verstehen. Der allgemeine Ausdruck

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 21. Februar/4. März.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen. Wratislaw sagt in Bezug auf diese Bewilligung im Berichte vom 4. März ausdrücklich: vorgestern, in Bezug auf die Adresse: gestern.

Digitized by Google

habe eine allzu große Tragweite. Ein Whig erwiederte: er erkläre offen, daß er den Kaiser darunter verstehe. Denn angenommen auch, es sei Anderes wohl besorgt: so dürfe England doch auch das Interesse des Kaisers nicht fallen lassen [1]).

Nachdem mehrere Stunden hindurch die Reden dieser Art von Partei zu Partei gegangen, wandelten sich die Dinge. Ein Landedelmann, selber Tory, erhob sich mit den Worten: er zweifele nicht, daß diejenigen, welche heute mit solchem Eifer für die Anerkennung des Herzogs von Anjou einträten, morgen bereit sein würden, diejenige des Prinzen in St. Germain vorzuschlagen. — Das Wort fand allgemeinen Beifall, bis auf die äußersten der Tories, [2]) und zerspaltete daher die Partei.

Bei diesem Stande der Dinge sah sich der gewandteste Redner der Partei, der Sprecher Harley, genöthigt, um für seine Freunde noch einen ehrenhaften Rückzug zu erringen, als Mitglied des Hauses um das Wort zu bitten. Immerhin, sagte er, möchten sich unter den Tories einige befinden, welche die Herstellung des Prinzen in St. Germain beabsichtigten. Er für seine Person sei davon weit entfernt, und hoffe, das Unterhaus werde diese Session nicht beenden, ohne vorher den Papismus an seiner Wurzel anzugreifen und der ganzen Welt darzuthun, daß der Prinz in St. Germain auf die Succession in England keinen Anspruch habe. Was die Anerkennung des Herzogs von Anjou betreffe, so sei er der Ansicht, daß man sie der Weisheit des Königs anheim zu stellen habe, der vermöge seines Ueberblickes der Dinge am sichersten zu beurtheilen vermöge, ob sein und des Königreiches Interesse die Anerkennung erfordere.

Die anderen Tories blieben stumm. Es ward eine Adresse vorgeschlagen, des Inhalts: der König wolle, gemeinsam mit der Republik und anderen Mächten, in diejenigen Unterhandlungen eintreten, die ihm als geeignet erscheinen für die gegenseitige Sicherheit des Königreiches und der Republik, so wie für die Erhaltung des Friedens von Europa. Zu diesem Zwecke stelle das Unterhaus dem Könige die

---

[1]) Dies so wie das Folgende aus Hoffmanns Bericht vom 20. Februar - 4. März.

[2]) Hoffmanns Worte: „So daß er von allen, außer den Verbittertsten unter den Anglicanern, applaudiret worden".

Digitized by Google

erforderlichen Mittel in Aussicht, gemäß dem Vertrage von 1678. — Die Tories wagten keinen Widerspruch. Die Adresse wurde einstimmig angenommen.

Sie ward am nächsten Tage, dem 21. Februar/4. März, von dem gesammten Hause dem Könige überbracht. In seinem Danke legte er den stärksten Nachdruck auf die Einstimmigkeit für den Beschluß. „Ich werde unverzüglich, fuhr er fort, meine Gesandten auswärts beauftragen, gemeinschaftlich mit den Generalstaaten und anderen Mächten in die vorgeschlagene Unterhandlung einzutreten, um für die großen von Euch gewünschten Endzwecke zu arbeiten." Er wiederholte nochmals seine Anerkennung für die Einstimmigkeit und die Energie des Beschlusses [1]).

Das Lob mochte manchem der Tories, die zum großen Theile nur unter dem Drucke der überwiegenden Strömung für die Adresse gestimmt, wenig erwünscht erklingen. Der König dagegen sprach es unzweifelhaft aus voller Seele. Denn der Beschluß gab ihm nicht bloß in England die feste Basis seines Handelns, sondern zugleich auch, indem der Beschluß ihn zur Theilnahme an den Verhandlungen der Generalstaaten mit Frankreich berechtigte, war die Consequenz desselben seine Führerschaft dieser Verhandlungen, weniger durch seinen Gesandten Stanhope im Haag, als durch den Rathspensionär. Dies brachte ihm auch negativ einen doppelten Vortheil. Er konnte seine Tory-Minister, Rochester und Godolphin, für die Unterhandlung völlig entbehren. Er wurde andererseits freier von dem Eifer des kaiserlichen Gesandten Wratislaw, der unabläßig eine positive Erklärung forderte, wessen sich der Kaiser von dem Könige zu versehen, zu einer Zeit, wo Wilhelm III. sich noch nicht im Stande befand, eine solche Erklärung zu geben [2]).

Hoch erfreut über diese günstige Wendung waren vor allen die Generalstaaten. Sie brachten dem Könige sofort ihre gewichtige Aner-

[1]) Commons Debates t. III, p. 129.

[2]) Wilhelm III. äußert sich darüber zu Heinsius, am 29. März, bei Grovestins t. VIII, p. 57. — Die Berichte Wratislaws haben mir gezeigt, daß die Unzufriedenheit des Königs mit seiner fougue, wie der König es nennt, begründet war. Die kaiserlichen Rescripte enthalten keinen directen Tadel für Wratislaw, empfehlen ihm aber an, immer Maß zu halten.

Digitized by Google

kennung dar. „Wir finden, sagen sie, sowohl die Adresse des Unterhauses als die Antwort Ew. Majestät so vortheilhaft für das gemeinsame Interesse, so verbindlich für uns, so gerecht und so großmüthig in Betreff der Erfüllung der Verträge, daß wir nicht zaudern dürfen, Ew. Majestät unverzüglich unsere Befriedigung und unsere immer währende Dankbarkeit kund zu geben." Sie versprechen dann, keinen Schritt zu thun als in Uebereinstimmung mit ihm; darauf möge er bauen [1]).

Bereits war die Haltung der Republik dem Könige von Frankreich gegenüber fester geworden.

Wie Ludwig XIV. in seiner Antwort auf die Anerkennung Philipps V. den Generalstaaten versicherte, daß seine Intentionen durchaus den Wünschen der Republik entsprächen: so wiederholte sein Botschafter Avaux in einer neuen Denkschrift eben dieselben Gedanken als diejenigen, welche bei den vorzunehmenden Verhandlungen er im Auge haben würde. Er schloß mit den Worten, daß der Aufenthalt der französischen Truppen in Belgien während dieser Verhandlungen durchaus nicht beunruhigen dürfe, weil ja die Absicht der Republik für den Frieden, nach den Versicherungen, welche sie dafür gegeben, nicht anders als gut sein könne [2]).

Wir haben uns immer gegenwärtig zu halten, was nach der Sachlage, so wie nach den mannigfachen Aeußerungen Ludwigs XIV. nicht zu bezweifeln steht, nämlich, daß er damals die Erhaltung des Friedens wirklich wollte. Und dennoch sehen wir ihn dabei immer wieder neue Uebergriffe machen, welche ein Bewußtsein der Sicherheit in der Republik nicht aufkommen ließen, und welche daher auch die Friedenspartei dort täglich schwächen mußten. Wenn man beiderseits aufrichtig den Frieden gewollt hätte: so lag es vor Augen, daß, bei dem Stande der Dinge, weniger Ludwig XIV. von der Republik reelle Garantien für ihre Friedensliebe zu fordern hatte, als sie von ihm. Statt seinerseits eine solche Garantie zu bieten, nahm der König jegliche ihm geeignet erscheinende für sich vorweg, und verwies dafür die Republik auf seine Worte.

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 409. Vom 12. März. Man vgl. t. XI, p. 277.

[2]) Lamberty t. I, p. 397. Vom 5. März.

Digitized by Google

Indem daher die holländiſchen Staatsmänner ihren Rückhalt an England fühlen, treten ſie feſter und beſtimmter auf als zuvor.

„Da der König von Frankreich, ſagte die holländiſche Antwort an Avaux, vom 9. März, die Freiheit zur Heimkehr für unſere Truppen aus Belgien als einen Beweis ſeiner Zuneigung für uns hervorhebt: ſo erwarten die Hochmögenden Herren die volle Wirkung derſelben. Inzwiſchen jedoch ſehen ſie mit Misvergnügen, daß der größere Theil der Mannſchaft noch zurückbehalten wird, und zwar ungeachtet der wiederholten Bitten von unſerer Seite um die Ausführung der längſt gegebenen Zuſage. Die Republik glaubt durch die Abberufung ihrer Truppen, durch die Anerkennung des Königs von Spanien, allem was man von ihr verlangte, entſprochen und jeglichen Anhalt zum Mistrauen wider ſie hinweggenommen zu haben. Demnach bleibt nur noch übrig in die Unterhandlung einzutreten, um die Mittel zu finden ſowohl für die Erhaltung des allgemeinen Friedens als für die Sicherheit der Republik im beſonderen. Die Generalſtaaten ſind bereit. Sie haben ihre Bevollmächtigten ernannt, und auch dem engliſchen Geſandten Stanhope davon Kunde gegeben" [1]).

Während man beiderſeits, ſowohl Frankreich wie die Republik, die Geneigtheit zum Frieden betheuerte, gingen die Rüſtungen vorwärts. Die Frage des Krieges oder des Friedens hatte ſich zu entſcheiden an den Verhandlungen, die im Haag vorbereitet wurden. Wir haben daher, bevor wir dieſelben berühren, den allgemeinen Stand der Dinge, im Monate März 1701, überſichtlich ins Auge zu faſſen.

Es kommt auf die Schwerpuncte an, die ſich uns darſtellen in den Großmächten jener Tage, in dem Könige Ludwig XIV., in dem Kaiſer Leopold, und in den Seemächten England und der Republik, beide geführt, nicht jedoch beherrſcht durch den König Wilhelm. Die einſtige Großmacht Spanien war hinuntergeſunken zu einem Annexe, wenn nicht der Monarchie Ludwigs XIV., doch ſeiner Macht. Heben wir zuerſt dies mit einigen Strichen hervor.

Nach einer langen Fahrt von mehr als zwei Monaten traf Philipp V. am 18. Februar 1701 bei ſeiner Hauptſtadt ein. Vor

[1]) Die Denkſchrift bei Lamberty t. I, p. 397.

derselben hielt der Zug an der Liebfrauenkirche von Atocha. Dort stieg der junge König aus, um Theil zu nehmen am Tedeum. Von da aus begab er sich durch den Park in das nahe Königsschloß Buen Retiro. Am Fuße der Freitreppe desselben erwartete ihn der Cardinal Portocarrero, kniete nieder vor dem Könige und küßte ihm mit respectvoller Zärtlichkeit die Hand. Der tiefe Eindruck, den der Anblick auf die Anwesenden machte, ward gesteigert durch den Contrast der weißen Haare des Cardinals mit der Jugend des siebenzehnjährigen Königs [1]). In der Wirklichkeit begrüßte der Cardinal die Frucht seines Thuns. Dem entsprechend ging am Hofe von Versailles die Rede: Le cardinal a toujours les yeux sur le roi d'Espagne comme sur son enfant. Il admire tout ce qu'il lui voit faire et tout ce qu'il lui entend dire [2]). — Es war ja freilich alles sein Werk, und damals schien ihm dies Werk vollendet, und dem auf Spanien beschränkten Blicke des alten Mannes mochte noch nicht die Ahnung aufsteigen, daß dieses sein Werk, weil nicht ein Werk des Sonnenlichtes, über Spanien selber gerade dasjenige bringen werde, was er hatte vermeiden wollen, den langjährigen Krieg auf dem eigenen Boden. Auch die Anderen freilich dachten das nicht, und Harcourt beendete seinen Bericht über die Feierlichkeit des Einzuges mit den Worten: „Kurz, Sire, niemals hat etwas so glücklich begonnen" [3]).

Der anscheinend glückliche Beginn war da; aber es war nun die Frage, ob sich eine Kraft fand befähigt zur Fortsetzung. Der Cardinal Portocarrero hatte bis dahin gehandelt von demselben Wahne aus, der ihn zu dem Plane des Testamentes gebracht, nämlich, daß dies Testament den Frieden Spaniens und der Welt verbürge. Er hatte die drei Personen, die gegen das Testament ihre Stimme erhoben, verwiesen und verbannt: die Königin, den Großinquisitor Mendoza, den Dominikaner de las Torres. Er hatte seinen Verwandten und Freunden Stellen gegeben. Er hatte namentlich auch Leganez, den alle Welt als kaiserlich gesinnt kannte, zum Statthalter von Andalusien gemacht. Er hatte den königlichen Hofhalt einigermaßen geordnet;

---

[1]) Hippeau t. II, p. 494. Schreiben Harcourts vom 17. März. — Mémoires de Louville t. I, p. 108.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 47.

[3]) Hippeau t. II, p. 495.

Digitized by Google

aber er hatte zugleich alle Penſionen hergeſtellt, durch deren Beſchränkung der König Carl II. in ſeinem letzten Lebensjahre die Mittel zur Bewaffnung hatte aufbringen wollen. Spanien an ſich ſelber war bei der Ankunft Philipps V. noch eben ſo wehrlos wie unter Carl II. [1])

Aber nun war der König da. Wie damals der junge Schwedenkönig alle Welt in Erſtaunen ſetzte durch die Entſchloſſenheit und die Kraft des Willens über ſeine Jahre hinaus: ſo reichte Anjou darin nicht bis an das gewöhnliche Maß. Am Hofe zu Verſailles gingen allerlei Erzählungen um zum Lobe der Haltung des jungen Königs, ſeiner Geiſtesgegenwart, ſeiner treffenden Bemerkungen [2]). In der Wirklichkeit verhielt ſich das anders. „Der junge König, ſagt der ihm beigegebene Rath Louville, ging in den Staatsrath wie in eine Schulclaſſe, und verhielt ſich dort wie ein Schüler. Er las keine Denkſchrift, ſteckte ſeine Briefe in die Taſche, ohne ſie weiter anzuſehen, und ſprach mit Niemandem. Der Grund war nicht Mangel an Urtheil: er hatte im Gegentheile Verſtand genug. Aber indem er wahrnahm, daß ſeine Miniſter nicht zur Sache kamen, daß ſie über entfernt liegende Dinge ſchwerfällig hin und her redeten, ohne die nächſt wichtigen Fragen zu erledigen, ja ohne ſie nur zu berühren, gab er ſich der Langeweile hin, was nach ſeiner Art zu ſein, ihm näher lag als einen Willen zu äußern. Man kann nicht genug Gewicht auf dieſe Thatſache legen, daß der geringſte Willensact für ihn eine völlige Erſchöpfung nach ſich zog“ [3]).

Die Körperconſtitution des jungen Königs erklärt Manches. Sie war feſt genug, aber mit ſtarker Anlage zur Hypochondrie. Es lag auf ihm häufig eine Traurigkeit, unter der ſein Verſtand wie umnebelt erſchien. Dazu traten die zahlreichen Veränderungen, alle zugleich: der Wechſel des Ortes, des Klimas, der Lebensweiſe, vor allem derjenige der Stellung in der Welt. Eben noch in der friedlichen Zurückgezogenheit eines jüngeren Prinzen, unter der Hand ſeiner Gouverneure, ſollte er nun als Herrſcher auftreten in einer ihm völlig fremden Welt. Die Hauptſache endlich war, daß alles dieſes zuſammenfiel in die Zeit der

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 115. Auch für das Folgende.

[2]) Man ſehe ſie bei Dangeau t. VIII, p. 47.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 131.

Digitized by Google

körperlichen Entwickelung, die allein schon bei manchen Individuen wie eine völlige Umwälzung auftritt. In Folge alles dessen hatte er geringe Neigung, seine Aufmerksamkeit den schwierigen Pflichten zuzuwenden, die auf ihn eindrängten. Aus dem Conseil kehrte er für gewöhnlich ermattet und niedergeschlagen zurück. Dann rief er Louville zu sich, den Führer seiner Knabenjahre, und überließ sich in Gegenwart dieses Vertrauten zwanglos den Gedanken, die seine Seele erfüllten. Mit seinen Worten mischten sich die Thränen, die ohne sichtlichen Anlaß flossen. Er nannte die Namen seiner Brüder. Er bat, daß man sie zu ihm kommen lasse, wenigstens den Herzog von Berry; denn den Herzog von Bourgogne werde man ihm ja nicht gestatten. Seine Gedanken weilten an den Stätten seiner Jugendfreuden, in Fontainebleau, auf den Jagden von St. Denis. Er überrechnete, wann sich ihm eine Aussicht bieten könne zu reisen, um Frankreich einmal wieder zu sehen. Eines Tages ging er weiter. In tiefer Niedergeschlagenheit brach er zu Louville in die Worte aus: er möge Spanien nicht leiden, und wolle lieber wieder Herzog von Anjou sein [1]).

Um den jungen König diesem Zustande zu entziehen, hielt Louville für das geeignete Mittel die Beschleunigung der von Ludwig XIV. bereits beschlossenen Heirath seines Enkels mit Marie Louise von Savoyen. Louville verhehlte nicht, daß die künftige Königin ihren Gemahl beherrschen würde. Als das Mittel gegen einen Misbrauch dieser Leitung schlug er vor, der jungen Königin eine zuverlässige Persönlichkeit beizugeben, vor allen Dingen keine Dame aus Piemont [2]). Harcourt lenkte die Aufmerksamkeit in Versailles auf die verwitwete Prinzessin von Orsini, eine geborene Französin aus dem Hause Tremoille, die ein wechselvolles Leben mit ungemeinem Geschicke durchschifft hatte [3]). Harcourt schlug vor, sie zur Obersthofmeisterin der jungen Königin zu ernennen. Die Dame hatte selber sich erboten mit den Worten: „Ernennen Sie mich, und ich bürge Ihnen dafür Spanien zu regieren" [4]). Die Sache zog sich indessen noch einige Monate hin.

---

[1]) Louville t. I, p. 134.

[2]) A. a. O. p. 136.

[3]) St.-Simon zeichnet das Porträt dieser Persönlichkeit in t. II, p. 246 et suiv.

[4]) Louville t. I, p. 148 et 177.

Digitized by Google

Aber wir ersehen, daß, wo der junge König Philipp V. selber so beschaffen war, wo der erste Mann im Königreiche nach ihm, der Cardinal Portocarrero, aller Angelegenheiten über Spanien hinaus sich unkundig erwies, die Leitung Spaniens als politischer Macht nach außen unvermeidlich an Ludwig XIV. kommen mußte. Der Cardinal ging in der Dahingabe Spaniens an die Herrschaft Frankreichs sogar weiter als Ludwig XIV. es verlangte. Die Eifersucht der spanischen Granden auf die Franzosen erstreckte sich, wie wir wiederholt vernommen, der Regel nach nicht hinaus über die Aeußerlichkeiten des Hofes. Nicht Franzosen, sondern nur Spanier durften die Ehre haben ihren König zu bedienen. Daß dagegen der König von Frankreich über die wichtigsten Angelegenheiten der Macht Spanien, über die persönlichen Beziehungen ihres neuen Königs entschied, ohne einen Spanier zu befragen, ward ihnen noch lange nicht klar. Aber Ludwig XIV. wollte wenigstens den Schein darin wahren. Er untersagte seinem Botschafter Harcourt, sich zu den Vorträgen des Staats-Secretärs für die Ausfertigungen nach außen einzufinden. „Nicht bloß die spanische Nation, sagt der König, sondern ganz Europa würde mit Verdruß wahrnehmen, daß lediglich meine Rathschläge die Richtschnur abgeben für die Entschlüsse des Königs von Spanien. Das Aufsehen, welches diese Neuerung erregen würde, könnte bald Wirkungen hervorrufen, deren Nachtheile den Nutzen überwögen“ [1]).

Eben diese Anwesenheit Harcourts verlangte aber der Cardinal Portocarrero. Er schlug vor, daß die Einrichtung des Staats-Secretariates für alle Ausfertigungen nach auswärts fortbestehen solle, daß aber der Staats-Secretär Ubilla, eben derselbe, der in diesem Amte alle Wandlungen der letzten Jahre durchgemacht hatte, zum Vortrage beim Könige gelangen dürfe nur in Anwesenheit des Cardinals, des Präsidenten von Castilien und des Botschafters Harcourt. Philipp V. hieß den Vorschlag gut. Der Botschafter dagegen erhob dem Cardinale gegenüber Einwendungen. Er berief sich auf das ausdrückliche Verbot seines Königs: nur auf die jedesmalige Ladung dürfe er erscheinen. Der Cardinal beharrte. Denn die persönliche Anwesenheit, erwiederte er, befördere die leichte Verständigung. Auch habe ja der katholische

[1]) Hippeau t. II, p. 451. Cf. p. 476.

Digitized by Google

König keinen Entschluß zu fassen, ohne vorher durch den Botschafter die Intentionen des Königs von Frankreich zu kennen. Und bis zu erlangter eigener Erfahrung in den Geschäften seien lediglich diese Intentionen die Richtschnur seines Handelns [1]).

So der Cardinal Portocarrero nach dem Berichte Harcourts an Ludwig XIV.

Wenn auch die Thorheit dieses alten Mannes den anderen Mächten nicht im ausdrücklichen Wortlaute vorlag: so stand doch die Thatsache der Unterordnung von Spanien unter den Willen des Königs von Frankreich auch in den Reden und Handlungen Ludwigs XIV. klar genug vor Augen.

Die Junta von Spanien schickte damals einen besonderen Botschafter nach Versailles, um durch ihn dem Könige von Frankreich Dank zu sagen für die Annahme des Testamentes und die Sendung seines Enkels. Ludwig XIV. ließ ihn bei der Ankunft in einer ungewöhnlichen Weise begrüßen, und dazu bemerken, daß diese Auszeichnung nur ihm als dem spanischen Botschafter widerfahre. Es folgte die Audienz, vom 14. März 1701. Vor dem Eintreten des Botschafters saß der König, bedeckten Hauptes. Als er des Botschafters ansichtig wurde, erhob er sich und zog den Hut. Nachdem er sich wieder bedeckt, machte der Botschafter die üblichen drei Reverenzen, bedeckte sich und hielt dann seine Rede. Sie war im Geiste des Cardinals Portocarrero. Weniger darauf also kommt es an, als auf die Antwort Ludwigs XIV. „Sie sehen, sagte er, zur Stunde die zwei Nationen so eng geeinigt, daß sie fortan nur noch eine einzige ausmachen. Was mich betrifft, so bin ich jetzt der beste Spanier der Welt, und wenn der König, mein Enkel, mich um Rath fragt, so wird meine Antwort lediglich die Ehre und das Interesse Spaniens bezwecken. Man wird meinen Enkel an der Spitze der Spanier erblicken, um die Franzosen zu schützen, und mich an der Spitze der Franzosen, um die Spanier zu vertheidigen" [2]).

Die Worte wurden in öffentlicher Audienz gesprochen, also nicht zum Zwecke der Geheimhaltung. Den Franzosen mochte die pomphafte

[1]) Hippeau t. II, p. 496. Man vergleiche die Aeußerungen dort p. 450, 476, 503.

[2]) Lamberty t. I, p. 385 et suiv.

Digitized by Google

Einkleidung zusagen: das Auge Anderer blickte durch diese Schale auf den Kern, und fand dort denselben Gedanken, den wir aus dem Munde Portocarreros zu Harcourt vernommen haben.

In denselben Tagen ward ein anderer Schritt offenkundig, den Ludwig XIV. bereits einige Wochen zuvor gethan.

Am 31. December 1700 hatte er das Patent erlassen, durch welches er, im Widerspruche mit dem Testamente Carls II., auf welches allein sich der Anspruch des Herzogs von Anjou auf Spanien stützte, diesem seinem Enkel das Anrecht auf die Krone von Frankreich im vollen Umfange vorbehielt. (Man sehe oben S. 48.) Am 1. Februar 1701 wurde dies Patent im Parlamente von Paris registrirt, und demnach ging die Kunde auch öffentlich aus [1]). Von da trat an alle Mächte und Völker Europas die Aussicht heran, daß, wenn die Dinge sich in dem Stande wie sie waren, durch den Frieden consolidirten, Frankreich und Spanien in nicht gar langer Zeit nicht bloß thatsächlich wie damals unter Ludwig XIV., sondern auch rechtlich nur Einem einzigen Herrn unterthan sein würden.

Wie Ludwig XIV. beim Erlassen dieses Patentes am 31. December 1700 nicht der Meinung gewesen war, dadurch die Erhaltung des Friedens zu erschweren: so auch nicht bei dem Oeffentlichwerden desselben, im Februar und März. Dennoch stieg damals bereits die Besorgnis des Krieges, den er nicht wollte, vor ihm auf, und er traf daher seine Maßregeln. Er begann mit dem Schritte, der in dem vorigen Kriege der äußerste gewesen war, der Verhängung der Capitation. Die Ankündigung derselben im Jahre 1695 hatte wenigstens den Schein einer vorher von hier und von da erhaltenen Bewilligung vorgebracht: die Erneuerung vom 12. März 1701 hatte die Form eines Befehls. Ludwig XIV. sendete einen Eingang voraus. Er behauptete darin, immer den Frieden gesucht zu haben. Aber nun ließen ihm, wie er sagte, die Bewegungen in Deutschland, England, Holland, keinen Zweifel, daß einerseits der Neid gegen das Glück des königlichen Hauses Frankreich, andererseits der Plan, die Völker völlig zu unterdrücken, denen ein längerer Friede noch den Rest der Freiheit hätte erhalten mögen — jene Mächte zu dem Entschlusse gebracht, den

[1]) Hippeau t. II, p. 404 et suiv. — Lamberty t. I, p. 388.

Digitized by Google

Krieg zu erneuern. Um ihnen daher mit wenigstens gleichen Kräften entgegen zu treten, verhänge er die Capitation [1]). Es folgte jedoch dann noch wieder der Gedanke: wenn sie dabei beharren.

So die Stellung Spaniens und Frankreichs im Frühlinge 1701. Wir kommen zu derjenigen des römischen Kaisers Leopold.

Der Wille des Kaisers, das durch List und Gewalt an ihm, seinem Hause und dem Reiche, welches er vertrat, verübte Unrecht nicht geduldig hinzunehmen, sondern dagegen sich zur Wehre zu setzen, lag eben so offenkundig vor, wie sein Unvermögen, den Kampf gegen die bourbonische Macht allein durchzuführen, wenn nicht die Seemächte zu ihm traten. Die Ungewisheit darüber war der eine gewichtige Grund, weshalb man in Wien zauderte mit dem längst beschlossenen Einmarsche in Italien. Man verlangte zuvor bei Wilhelm III. und bei Heinsius die fertige Allianz. Ein anderer kaum minder wichtiger Grund lag in den Zuständen der kaiserlichen Monarchie, in der Finanznoth, welche wir kennen als die immer währende Krankheit des Gemeinwesens unter dem Kaiser Leopold. Die Worte, mit denen Ludwig XIV. zum Beginne des Jahres 1701 vor seinem Hofe die Gesinnung des römischen Königs Joseph zeichnete (oben S. 63), scheinen mehr der Ausdruck seiner eigenen Besorgnis gewesen zu sein, als daß sie eine positive Grundlage gehabt hätten. Die Krankheit des österreichischen Staatswesens, daß von den Mitteln, welche die Völker ihrem Kaiser zu zahlen vermeinten, ein erheblicher Theil sowohl bei der Einnahme wie bei der Ausgabe an unberechtigten Händen kleben blieb, bestand nach wie vor. Nicht bloß ward dagegen nicht ein ungerechtes Mittel solcher Art angewendet, wie dasjenige, dessen Ludwig XIV. Erwähnung gethan, sondern überhaupt ist ein nachdrücklicher Versuch zur Heilung des Uebels nicht erkennbar. Daher sind der Mangel an Entschluß bei dem Kaiser Leopold, seine allzu weit getriebene Langmuth, nicht freizusprechen von einer negativen Mitschuld. Die Folgen lasteten auf ihm und seinem Hause eben so schwer wie auf seinen Völkern. Eine der wichtigsten Folgen dieser Untreue der kaiserlichen Behörden, dieser mangelhaften

[1]) Lamberty t. I, p. 390.

Digitized by Google

Verwaltung überhaupt, war die, daß die Mittel zu außerordentlichen Ausgaben, wie denen einer Rüstung, einer Kriegsbereitschaft, selten oder vielleicht niemals sich rechtzeitig vorfanden. Am 29. Januar 1701 hatte der Prinz Eugen seinen Bericht über die Mobilmachung eingereicht. Um volle zwei Monate später, am 31. März, entsendete er an die Hofkammer, nämlich die kaiserliche Finanz-Verwaltung, eine Note, welche eine Reihe der bisherigen Rückstände in den Zahlungen für die Ausrüstung namhaft macht [1]). Die Note allein reicht hin darzuthun, daß dem Wunsche des Königs Wilhelm, der Zug nach Mailand möge bald beginnen, bis dahin schon darum nicht willfahrt werden konnte, weil man in Wien nicht fertig war.

Die Absicht jedoch des Kaisers Leopold, dem wiederholten Andringen Wilhelms III. zu willfahren, und eine Armee nach Italien zu entsenden, war im März 1701 bereits wohl erkennbar da. Wilhelm III. harrte für die beiden Seemächte, die er führte, nur noch der günstigen Gelegenheit, sie mit dem Kaiser zum Bunde wider das Haus Bourbon zu einigen, und hoffte, daß diese günstige Gelegenheit ihm erwachsen würde aus den Beredungen, für welche damals Ludwig XIV. den Grafen d'Avaux nach dem Haag entsendet hatte. Die künftige Stellung der damaligen vier Großmächte Europas zu einander war also in der Intention Wilhelms III. bereits fertig. Es fragt sich demnach hier, welche Stellung neben oder unter den Großmächten voraussichtlich damals die geringeren Potenzen einnehmen würden.

Unter diesen minder Mächtigen treten namentlich fünf voran: der Herzog Victor Amadeus von Savoyen, der Kurfürst-König August von Sachsen-Polen, die wittelsbachischen Brüder, nämlich die Kurfürsten Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln, der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen.

Der allgemeine Grundzug aller dieser fünf Häupter ist, daß bei ihnen sich dem eigenen persönlichen Vortheile jegliche andere Rücksicht unterordnet. Der Grundzug prägt sich verschieden aus, je nach der Individualität der Personen und der besonderen Interessen.

[1]) Beide Actenstücke in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III. Supplementheft S. 11 u. f.

Digitized by Google

Das hauptsächliche Mittel, durch welches Ludwig XIV. den Herzog Victor Amadeus für sich zu gewinnen trachtete, bestand in der Werbung um seine zweite Tochter für den neuen König von Spanien. Victor Amadeus verlangte als weitere Bedingung für sich das Obercommando über die französischen und die spanischen Truppen in Mailand, mit welchen er die seinigen, reichlich 10,000 Mann, vereinen werde. Die Subsidien dafür betrugen monatlich 50,000 Thaler [1]). Ludwig XIV. gestand zu. Demgemäß war Victor Amadeus einstweilen französisch, nach der Meinung des Generals Tessé jedoch, der ihn in der Nähe beobachtete, schon damals mit dem Hintergedanken, sich loszusagen und zur Gegenpartei überzugehen, sobald die Gelegenheit sich fände [2]).

Sehen wir uns um bei den deutschen Fürsten.

Die Verhandlungen mit August II. von Sachsen-Polen über einen Vertrag, dem gemäß er für französisches und spanisches Geld mit 30,000 Mann in die kaiserlichen Erblande einbrechen sollte, waren im Anfange Februar zum Abschlusse gekommen. Der Vertrag ward gezeichnet. Vor der Auswechselung der Ratificationen jedoch erhob August II. eine Reihe neuer Forderungen. Bei der Abwägung derselben gegen den Nutzen der Dienste, welche dieser Söldner leisten könne, kam Ludwig XIV. zu dem Urtheile, daß er sein Geld anderswo nützlicher anlegen könne. Die Habgier des Kurfürsten-Königs, die dem Kaiser schweres Unheil hätte bereiten können, befreiete ihn durch ihre eigene Maßlosigkeit von dieser Gefahr. Der bereits geschlossene Vertrag ward nicht ausgeführt [3]).

Anders stand die Sache mit dem bayerischen Kurfürsten Max Emanuel, spanischen Statthalter in Brüssel, so wie mit seinem Bruder Joseph Clemens, Kurfürsten von Köln. Man darf die beiden gleich zusammen nennen; denn der jüngere, damals kaum dreißig Jahre alt, hatte sich in aller Beziehung nach dem Muster des älteren gebildet. Der Papst Clemens XI. klagte über ihn, daß er ohne jegliches Abzeichen des geistlichen Standes, in Federhut und buntem Gewande

[1]) Hippeau t. II, p. 489. — Lamberty t. I, p. 419.
[2]) Mémoires de Tessé t. I, p. 191.
[3]) Hippeau t. II, p. 487.

Digitized by Google

umher ginge, anderer größerer Dinge zu geschweigen. In England und Holland galt über ihn die Rede, daß sein eigentliches Ziel sei, mit französischer Hülfe seine Stifter Köln und Lüttich in ein Erbfürstenthum zu wandeln [1]). Wie moralisch, so ging auch politisch das Brüderpaar zusammen.

Max Emanuel hatte nicht bloß sofort Philipp V. anerkannt: er hatte dann die zweiundzwanzig holländischen Bataillone, welche die Republik zwei Jahre zuvor unter ganz anderen Verhältnissen seinem Befehle anvertraut, in der Morgenfrühe des 6. Februar der französischen Uebermacht überliefert. Er ließ sich den geleisteten Dienst hoch bezahlen; aber Ludwig XIV. kargte in einem solchen Falle nicht. „Er hat sich vom Beginne an als wohlgesinnt erwiesen, meldet Ludwig XIV. an Harcourt, und ich habe Grund zu der Annahme, daß diese guten Gesinnungen in Zukunft noch mehr hervortreten." So am 18. Februar 1701. Die Willigkeit des Gebens war bei Ludwig XIV. da, diejenige des Nehmens bei Max Emanuel: es fragte sich also nur noch um die Summe.

Aber auch der Kaiser und Wilhelm III. wußten, daß Max Emanuel feil war. Wilhelm III. aus sich hatte nicht etwas zu bieten, was dem Kurfürsten genügen konnte: es fragte sich für ihn, wie weit der Kaiser darin gehen wolle, um dann dessen Angebot durch seinen Nachdruck zu stützen. Der Kaiser sendete den Grafen Schlick nach Brüssel. Er bot die Zahlung der Forderungen des Kurfürsten an Spanien, die Statthalterschaft von Belgien auf Lebenszeit, Subsidien für seine Truppen, die Verwendung bei dem Könige von England für das Commando der Truppen zunächst unter dem Könige. Als Wratislaw diese Erbietungen in Kensington kund gab, erwiederte Wilhelm III.: er finde dieselben vortheilhaft und ehrenvoll für den Kurfürsten. Er versprach, sofort durch einen Courier dem Kurfürsten zur Annahme zu rathen und ihm sein und der Republik nachdrückliches Eintreten für dieselben zuzusichern. — Der König ging weiter und theilte dem Gesandten den Entwurf seines Schreibens mit. Wenn der Kurfürst, hieß es darin, weiteren Grund zum Verdachte wider ihn gäbe, so würden der König und die Republik auch nicht den geringsten Schritt

[1]) Lambergs Bericht aus Rom, 3. Januar 1702.

Digitized by Google

thun, um den Kaiser abzuhalten, gegen die wittelsbachischen Brüder, Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln, die äußersten und gewaltsamen Mittel zu ergreifen [1]). Max Emanuel möge an die Lage seines bayerischen Erblandes gedenken, möge erwägen, daß dasselbe völlig in der Discretion des Kaisers stehe. Endlich ermahnt der König den Kurfürsten, seine Ehre und sein wahrhaftes Interesse den Freuden und Annehmlichkeiten der Stadt Brüssel vorzuziehen, sich schleunig heim zu begeben und zugleich auch seinen Bruder von Köln auf andere Gedanken zu bringen.

Die Mahnung des Königs an den Kurfürsten kann nicht auffallen; denn wir erinnern uns aus den Feldzügen des vorigen Krieges, daß Wilhelm III. gewohnt war, dem moralischen Schwächlinge gegenüber seiner vollen Ueberlegenheit Ausdruck zu geben.

Diese Mahnungen jedoch, ausgesprochen am 11. März, kamen bereits zu spät. Zwei Tage vorher, am 9. März, hatte Max Emanuel mit Frankreich den Vertrag abgeschlossen, nach welchem er gegen 40,000 Thaler monatlicher Subsidien es übernahm 15,000 Mann aufzustellen. Auch die Forderungen, welche Max Emanuel an Spanien erhob, erkannte Ludwig XIV. als berechtigt an. Der Vertrag des Bruders Joseph Clemens war noch eher fertig geworden, bereits im Februar [2]).

Max Emanuel ließ indessen die Warnung Wilhelms III. nicht unbeachtet, nicht freilich, um von dem betretenen Wege umzukehren, sondern um seine gemachten Schritte zu verhehlen. Das einzige Mittel war die Betheuerung des Gegentheils, also die Lüge. Der Graf Schlick hatte im Namen des Kaisers jene Vorschläge nach Brüssel überbracht. Sowohl mündlich, wie in einem eigenhändigen Schreiben vom 20. März, also eilf Tage nach dem Abschlusse mit Frankreich, versicherte ihm Max Emanuel, daß er mit Frankreich nicht engagirt sei.

Nachdem dann das französische Gold eingetroffen war, welches allein den Kurfürsten in den Stand setzte, sich von seinen belgischen Gläubigern zu lösen, brach er auf nach München. In so weit also

[1]) Bericht des Grafen Wratislaws vom 11. März: damit Ew. K. Majestät sich nicht gegen diese beiden Brüder aller extremen und violenten Mittel gebrauchen sollten.

[2]) Mémoires de Pelet t. I, p. 53. — Hippeau t. II, p. 488.

Digitized by Google

ſchien er der Mahnung Wilhelms III. zu entſprechen. In der Wirklichkeit ging er nach München zurück, um in Süddeutſchland zu arbeiten im Dienſte des Königs von Frankreich, um dort, unter dem Vorwande der Erhaltung des Friedens, die Kreiſe Schwaben und Franken zu hindern, ſich für den Kaiſer zu erklären. Damit er dies Geſchäft um ſo beſſer betriebe, ließ er das Gerücht ausgehen, daß die Könige Ludwig XIV. und Philipp V. ſich über ſein Verhalten in Belgien unzufrieden bezeigt hätten [1]). Er wußte ſich mit ſolchem Scheine zu umgeben, daß der König Wilhelm III. und die Holländer noch lange nicht die volle Wahrheit erkannten. Daß ein Vertrag beſtand, wußten ſie, aber nach ihrer Anſicht nur auf ſechs Monate. „So unentſchuldbar ſein Verhalten, ſchrieb Wilhelm III. an Heinſius, müſſen wir uns doch hüten, dies ihm offen auszuſprechen, damit wir nicht die Hoffnung verlieren, ihn nach dem Ablaufe der ſechs Monate wieder zu gewinnen" [2]).

Näher trat der Sache der kaiſerliche Geſandte, Graf Schlick. Max Emanuel hatte ihn in Brüſſel für eine beſtimmte Antwort auf München verwieſen. Dort alſo trat Schlick vor den Kurfürſten, um an dies Verſprechen zu mahnen. Die ausweichenden Reden des Kurfürſten ſteigerten den Verdacht des Geſandten ſo ſehr, daß er geradezu die Frage ſtellte, ob der Kurfürſt einen Vertrag mit dem Könige von Frankreich habe. Max Emanuel rief: er ſei ein freier Kurfürſt des römiſchen Reiches, ſein eigener Herr, und nicht verpflichtet von ſeinem Thun und Laſſen einem Anderen Rechenſchaft zu geben. — Dennoch gelang es dem Grafen Schlick, auch poſitiv dann ſo viel zu erfahren, daß über die Thatſache eines Vertrages mit Frankreich kein Zweifel blieb [3]). Er fügt ſeinem Berichte an den Kaiſer hinzu, wie ſchwer es ihm geworden, dem ehrvergeſſenen Fürſten gegenüber ſeine Aufwallung niederzukämpfen. Er meinte, aus der Unterredung die Gewisheit erlangt zu haben, daß jeglicher weitere Verſuch, den Kurfürſten Max Emanuel von dem Intereſſe des Hauſes Bourbon zu löſen, erfolglos

[1]) Lamberty t. I, p. 419.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 58. Vom 29. März.

[3]) Conferenz-Protokoll vor dem Kaiſer, 10. Mai: Bei der Deliberation haben die g. Deputirten zuvörderſt bemerkt, daß die dem Grafen Schlick zu München gegebene kurfürſtliche Reſolution den ihm zu Brüſſel mündlich und eigenhändig ertheilten Verſicherungen gerade zuwider laufe.

Digitized by Google

sein werde. Er schloß seinen Bericht mit der Angabe, aus sicherer Quelle zu wissen, daß, wie er sich ausdrückt, Frankreich dem Kurfürsten impertinente, sehr impertinente Hoffnungen gemacht, gegen welche es kein Mittel gebe als impertinente Kanonen. Das Protokoll des kaiserlichen Rathes sagt darüber: „Es ist bekannt, was Frankreich jederzeit gegen das Erzhaus geplant und auch schon früher dem Hause Bayern angetragen. Auch ist leicht zu erachten, welche Hoffnung sich der Kurfürst machen würde, wenn er einen Neffen auf dem Throne von Frankreich hat, einen anderen auf dem Throne von Spanien. Allein der liebe Gott wird zu seiner Zeit Mittel schicken, einer solchen maßlosen Ambition zu steuern" [1]).

Wir werden um etwa ein Jahr später aus den eigenen Worten dieses Kurfürsten ersehen, daß der von dem Grafen Schlick angedeutete Verdacht seines Trachtens nach der römischen Kaiserkrone wohl begründet war. Dennoch unterhandelte Max Emanuel fort und fort, nicht bloß das Jahr 1701 hindurch, sondern auch bis tief in 1702. Die Lage seines Landes legte ihm Zurückhaltung auf, bis die Streitkräfte des Kaisers anderswo verwickelt sein würden. Allein bei der Höhe seiner Ansprüche an die Verbündeten ist es dennoch möglich, daß er noch für lange Zeit mit sich nicht darüber einig war, wen er am letzten Ende betrügen wollte, die Verbündeten oder Ludwig XIV.

Anders als August von Sachsen-Polen oder Max Emanuel von Bayern verhielt sich der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen.

Wir haben mehr als einmal Gelegenheit gehabt zu beobachten, mit welchem Geschicke Friedrich III. es verstand, die politische Lage der Dinge zu seinem Nutzen zu verwerthen. Aber für lange blieb ihm ein besonderer Wunsch unerfüllt: derjenige einer Königskrone. Er gedachte sie zu gründen auf das Land Preußen, welches, dem Deutsch-Orden gehörig, im Beginne der Kirchenspaltung des sechszehnten Jahrhunderts, wider Eid und Pflicht von dem Hause Hohenzollern in erblichen Besitz genommen war. Friedrich III. machte den ersten Versuch, die

[1]) Conferenz-Protokoll vom 3. Juni 1701, in Laxenburg.

Digitized by Google

Zustimmung des Kaisers zu dem Plane der neuen Krone zu erlangen, im Jahre 1694. Leopold I. lehnte ab. Friedrich III. erneuerte den Versuch im Beginne des Jahres 1700. Der Kaiser war nicht willig. Aber der Kurfürst ließ nicht ab. Im Juni 1700 legte er in einem eigenhändigen Schreiben dem Kaiser seine Bitte vor, mit dem verständlichen Hinweise, daß er, im Falle abermaliger Ablehnung, anderswo die Bitte um Anerkennung stellen werde. Darauf hin erachteten die Räthe des Kaisers es für ein geringeres Uebel, die Königskrone für Preußen zu gestatten, mit Bedingungen dafür zu Gunsten der kaiserlichen Ansprüche auf das spanische Erbe, als durch einen abermaligen Abschlag dem Kurfürsten den Vorwand zu geben zum Bunde mit Frankreich [1]).

Der Vertrag über die Hülfe des Kurfürsten Friedrich mit 8000 Mann für die Ansprüche des Kaisers auf das spanische Erbe, welcher Vertrag zugleich die Zusage für die Anerkennung der neuen Krone enthielt, kam in Wien zu Stande am 16. November 1700, also am selben Tage, an welchem Ludwig XIV. in Versailles den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien declarirte. Friedrich III. ratificirte den Vertrag am 27. November. Inzwischen traf jene Nachricht aus Versailles ein, und der Kaiser befragte Friedrich III. um seine Ansicht. „Ich glaube nicht, erwiederte dieser, daß E. K. M. eine weitläufige Repräsentation darüber von mir verlangen, nachdem deroselben genugsam bekannt, wohin ich mich dieser spanischen Successionhalber gegen E. K. M. in dem unlängst errichteten und beiderseitig ratificirten Vertrage verbunden." Es folgt dann die Versicherung des Kurfürsten, daß er allem, was er in diesem Puncte und sonst versprochen, getreulich nachkommen und es darin im geringsten nicht ermangeln lassen werde. Er wünscht je eher je lieber ein Bündnis des Kaisers mit den Seemächten, welchem auch Andere dann beitreten können. Er kündigt an, daß er im Begriffe stehe nach Preußen zu gehen, „um, wie er sagt, allda nunmehr, und nach erlangter E. K. M. vollkommener gnädigster Approbation, den Krönungs-Actum in Gottes Namen unverweilt vor sich gehen zu lassen" [2]).

[1]) Dies ist kurz der Kern der Sache. Das wichtige Handschreiben Friedrichs III. ist vom 9. Juni 1700.

[2]) Handschreiben vom 16. December 1700.

Digitized by Google

Dieser Act vom 18. Januar 1701 in Königsberg, war sehr eigenthümlich und neu. Das Princip der Krönung ist dasjenige des Vertrages der weltlichen Gewalt mit der Kirche. Das weltliche Haupt leistet zuerst der Kirche als der Vertreterin alles Rechtes den Eid des Schutzes, und empfängt darauf aus der Hand des Dieners der Kirche die Krone mit dem Segen ihrer Weihe. Nicht diesem Principe entsprechend verfuhr Friedrich I. Er setzte sich mit eigener Hand die Krone auf. Demnach war der Ursprung dieses preußischen Königthumes verschieden von demjenigen aller anderen Königreiche bis dahin [1]). Ein neues, bisher nicht gekanntes Princip trat ein in das Leben der christlichen Völker, ein Königthum ohne die eigentliche kirchliche Weihe.

Die Zeitlage war günstig für die Anerkennung der neuen Krone von außen her; denn das Beispiel des Kaisers zog die ihm befreundeten Mächte nach sich. Wilhelm III. und Heinsius machten sich darüber kein Hehl. „Ich urtheile wie Sie, schrieb der König an den Rathspensionär, daß, in Betracht der großen Umwälzung vor unseren Augen, wir keinen Anstand nehmen dürfen, dem Kurfürsten von Brandenburg das Vergnügen zu bewilligen, ihn in seiner Eigenschaft als König von Preußen anzuerkennen. Nur müssen wir vorher unsere Bedingungen machen. Denn ich kenne ein wenig die innerliche Beschaffenheit dieses Herrn: wir werden ihn daher so eng wie möglich an unsere Sache binden müssen. Denken Sie darüber nach, wie dies aufs schleunigste auszuführen; denn, wenn wir diese Gelegenheit vorüber gehen ließen: so würde er nachher glauben, uns nicht mehr nöthig zu haben, und ich sehe voraus, was davon kommen würde. Man darf bei dem Hofe von Berlin nicht die Dankbarkeit suchen wollen" [2]).

Das in diesen Worten des Oraniers über seinen Vetter ausgesprochene Urtheil fand sehr rasch eine besondere Bestätigung. Der neue König war im Jahre 1701 der Anerkennung seiner Krone sicher von allen denjenigen Mächten her, die zu dem Kaiser hielten. Aber das genügte ihm nicht. Nachdem er von den Seemächten her die Anerkennung erhalten, hoffte er die Gunst der Weltlage auch noch weiter benutzen zu können, um die Anerkennung von den beiden Mächten

[1]) Daß die Sache auch den Preußen auffiel, sehe man in den Mémoires de Dohna p. 284.

[2]) Vom 10. December 1700. Bei Grovestins t. VII, p. 419.

Digitized by Google

zu erlangen, die wider den Kaiser standen, von Ludwig XIV. und Philipp V. von Spanien. Er gedachte entgegen zu kommen. Bereits im Mai 1701 gewann er es über sich zu vergessen, daß er die kaiserliche Anerkennung seines Königstitels erlangt hatte nur durch den Vertrag vom 16. November 1700, und daß dieser Vertrag, wie er selbst einen Monat später, im December 1700, dem Kaiser gegenüber die Consequenz gezogen, ihm die Anerkennung Philipps V. moralisch unmöglich machte. Inzwischen hatte ja die Republik Holland, auch sogar der König von England den König Philipp V. anerkannt. Diesem Beispiele meinte der neue König folgen zu dürfen. Jedoch ließ er vorsichtiger Weise bei der Republik darüber sich erkundigen. Auf die Meldung der sonderbaren Anfrage erwiederte Wilhelm III. dem Rathspensionär am 31. Mai 1701: „Daß der König von Preußen sich in den Kopf gesetzt hat, den König Philipp V. von Spanien anerkennen zu wollen, im offenen Widerspruche gegen seinen kürzlich abgeschlossenen Vertrag mit dem Kaiser, erscheint mir im höchsten Maße lächerlich“ [1]).

Die Nicht-Zustimmung, die demgemäß der neue König vom Haag her erfuhr, scheint ihn dennoch nicht irre gemacht zu haben. Er wollte sein Urtheil von Wilhelm III. selbst empfangen, und zwar ergibt die Antwort, welche Wilhelm III. dem preußischen Gesandten ertheilte, daß Friedrich I. inzwischen dem Könige von Frankreich gegenüber es nicht bei einem Wunsche hatte bewenden lassen. Wilhelm III. meldet dem Rathspensionär am 28. Juni: „Ich habe dem preußischen Gesandten ohne Umschweif erwiedert, daß ich seinem Herrn die angeregte Sache nicht anrathen, noch viel weniger meine Zustimmung dazu geben könnte. Ich habe ihm alle Gründe vorgeführt, die dem Plane entgegen stehen, sich mit Frankreich in Unterhandlungen über seine Neutralität einzulassen. Unter diesen Umständen muß unser Gesandter Opdam noch in Berlin verweilen; denn die Haltung des Cabinets dort beunruhigt mich, um so mehr da ich die Neigungen des Königs von Preußen und diejenige seines ersten Ministers kenne“ [2]).

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 71: Il me semble souverainement ridicule que le roi de Prusse se soit mis en tête de vouloir reconnaître le roi d'Espagne, attendu que c'est ouvertement en contradiction avec son traité avec l'Empereur.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 97. Vom 28. Juni 1701.

Digitized by Google

Wilhelm III. warnte demgemäß auch den kaiserlichen Gesandten Wratislaw. „Ich habe Nachrichten aus Frankreich, sagte er, daß der König dort bereit ist, die preußische Krone anzuerkennen, auch eine große Summe Geldes anbietet, wenn der neue König sich dafür zur Neutralität verpflichten will." — „Das kann doch nicht richtig sein, entgegnete der Gesandte; denn es würde ja im directen Widerspruche stehen mit dem kürzlich geschlossenen Vertrage." — „Allerdings versetzte der König; aber seit einigen Jahren gehen die Dinge am Hofe zu Berlin derartig, daß man demselben nicht trauen darf" [1]).

Es ergibt sich demnach, welche Bürgschaft der Vertrag vom 16. November 1700 dem Kaiser bot, wenn es einmal dahin kam, daß die Seemächte den neuen König von Preußen nicht mehr vom Bruche desselben abmahnen würden.

Unter den Kurfürsten des Reiches waren vier für den Kaiser durchaus zuverlässig: die minder mächtigen geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier, und die weltlichen Kurfürsten von der Pfalz und von Braunschweig-Lüneburg. Der Erstere dieser beiden war der Schwager des Kaisers. Der Andere, Georg Ludwig in Hannover, konnte nur im Vereine mit dem Kaiser und den Seemächten die allgemeine Anerkennung seiner Kurwürde durchsetzen. Diese Kurwürde und die Verträge, welche darüber im December 1692 zwischen dem Kaiser und Hannover geschlossen waren, banden dies letztere Haus an die Sache des Kaisers. Nicht jedoch trug dazu mit bei die Aussicht auf die Thronfolge in England; denn wir haben aus den Worten der nächst berechtigten Erbin, der Kurfürstin Sophie, in authentischer Weise vernommen, wie sie und ihr Sohn, der Kurfürst, in Betreff dieser Aussicht sich verhielten.

Dagegen war für den König von Frankreich gerade diese neue Kurwürde nach wie vor der Punct, an welchen er den Hebel für die Erregung der Zwietracht im Reiche ansetzte. Wir haben in Anlaß der Lage der Dinge in Spanien vernommen, daß Ludwig XIV. die Junta dort nöthigte, ihren Antheil an den Kosten zu tragen. Er rechnete

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 1. Juli.

Digitized by Google

dafür in Deutschland hauptsächlich auf den eigenen Verwandten des neuen Kurfürsten, den Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel. Wilhelm III. sprach zu dem kaiserlichen Gesandten sich darüber aus mit den Worten: „Ich verwundere mich, wie der Kaiser es dulden kann, daß der Herzog Anton Ulrich auftritt wie ein Emissär des Königs von Frankreich, daß er im Reiche umher reist, um die einzelnen Fürsten wider den Kaiser aufzuwiegeln und eine dritte Partei zu bilden". Der König ging weiter in diesen Betrachtungen. Er fragte, ob der Kaiser nicht daran denke, die früheren Verhandlungen über die Reichsverfassung wieder aufzunehmen, die Bande derselben enger zu ziehen. Denn dies sei doch eine Angelegenheit, welche dem Erzhause für alle Zeiten höchst ersprießlich sein werde. Man dürfe sich nicht der Hoffnung hingeben, daß eine Zeit wiederkehren könne, wo die kaiserlichen Truppen als solche auch zugleich diejenigen des Reiches sein würden. Es komme darauf an, so lange es noch Zeit, wider das Aus-einander-Klaffen des Reiches alle menschenmöglichen Mittel aufzuwenden. Wenn nicht, so sehe er keine Rettung [1]).

Der König von England spricht hier ähnliche Ansichten aus wie die, welche wir von reichstreuen Patrioten jener Tage, wie namentlich von Leibniz vernehmen. So berechtigt der Wunsch, so schwierig war die Ausführung gerade in einer Zeit, wo die mächtigsten Reichsfürsten eine moralische Qualität solcher Art bewiesen, wie diejenige, welche wir kennen gelernt haben.

Dem Wesen nach indessen fand sich dieselbe Signatur des Zeitalters auch bei den minder mächtigen Königen außerhalb des Reiches, bei Portugal, bei Schweden, bei Dänemark. Das gesammte Verhalten aller dieser Fürsten wird charakterisirt durch die Worte Wilhelms III. zu Heinsius: „Die Ungewisheit, ob wir Dänemark oder Schweden auf unserer Seite haben werden, ist drückend. Sie beide zu verlieren, wäre ein harter Schlag. Allein wenn die Souveräne nur die Geldfrage in Betracht ziehen, wenn sich für sie alles nur darum dreht, zu erfahren, wer mehr zahlt, ob Frankreich oder wir: so ist es unzweifelhaft, daß wir bei allen Unterhandlungen dieser Art immer unterliegen müssen" [2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 22. Februar.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 74.

Digitized by Google

In Portugal dagegen hatte nach der Lage der Dinge Ludwig XIV. den Vorſprung, weil der Widerſtand gegen ihn noch nicht eine feſte Form gefunden.

Bei dieſem Verhalten faſt aller Mächte von geringerer Bedeutung handelte es ſich alſo nur darum, wie die Großmächte ſich ſtellen würden. Die beiden Gegenpole waren einerſeits der Kaiſer, der, wenn nicht das ganze ſpaniſche Erbe, doch wenigſtens einen Theil desſelben wieder gewinnen wollte, und kein Mittel dazu beſaß als den Krieg — andererſeits der König von Frankreich, der es vorzog, das wie immer Erworbene in Frieden zu behalten. Es kam alſo an auf die Frage, wohin die beiden anderen Großmächte, England und die Republik der Niederlande, ſich entſcheiden würden. Und dies führt uns zurück zu dem Plane der Verhandlungen im Haag, im März 1701. An ihnen hing die Frage des Krieges oder des Friedens, das Schickſal Europas für lange hinaus.

Wir kennen das eigentliche Ziel Wilhelms III. aus ſeinen erſten Kundgebungen nach der Annahme des ſpaniſchen Teſtamentes in Verſailles, noch im November 1700: es iſt der Krieg. Nicht der Krieg um des Krieges willen, ſondern weil der Krieg als das alleinige Mittel erſchien, die Uebermacht Frankreichs zu brechen, und den anderen Völkern das Bewußtſein ihrer Freiheit und Unabhängigkeit zu ſichern. Denn dieſes war bedroht durch Ludwig XIV. Dieſer König gemahnt uns an die Rieſengeſtalten der alten germaniſchen Epen, die mit der Ueberlegenheit der Kraft ſtets die Untreue, die Falſchheit verbinden. Mit Ludwig XIV. konnten, nach der Ueberzeugung Wilhelms III., die ihrer Freiheit ſich bewußten Völker nicht im Frieden leben, weil ſie niemals auf ſein Wort ſich verlaſſen durften. Darum wollte Wilhelm III. den Krieg, um den Uebermächtigen und Treuloſen durch den Krieg zu zwingen, den Schwächeren ihr Recht zu belaſſen.

Seine Aufgabe zu dieſem Ziele zu gelangen, war eine doppelte. Nicht ſein Machtgebot beſtimmte den Willen ſeiner Unterthanen, wie etwa Ludwig XIV. denjenigen der Franzoſen, oder gar wie Victor Amadeus den der Piemonteſen, der neue König Friedrich I. den der Brandenburger und Preußen. Wilhelm III. beherrſchte nicht ſeine Unterthanen:

Digitized by Google

er leitete und führte sie. Daß die Holländer ihm folgen würden, konnte nicht zweifelhaft sein. Aber nicht bei ihnen stand die eigentliche Entscheidung, sondern bei England, oder genauer, bei dem englischen Parlamente. Wie sperrig und wie vorurtheilsvoll auch oft viele Mitglieder desselben dem Könige entgegen traten: sie hatten vor fast allen Nationen ihrer Mitwelt in Betreff der wichtigsten Frage des Völkerlebens: ob Krieg, ob Frieden, das Bewußtsein ihres freien Willens voraus, und im Bewußtsein dieser Freiheit waren sie empfänglich für Gründe. Es kam daher für den König Wilhelm III. darauf an, das Parlament so zu führen, daß es aus sich heraus dieselben Gründe anerkannte, welche auf ihn bestimmend wirkten. Gleich wie er selber, so mußte auch das Parlament sich überzeugen, daß Ludwig XIV. jegliche Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit im Völkerleben ablehnte mit dem Hinweise auf seine Macht, und daß darum denen, welche Recht und Billigkeit im Völkerleben forderten, kein anderes Mittel übrig blieb als sich zu wenden eben gegen diese Macht, und sich zu entschließen sie zu zwingen. Das war das Ziel, welches in Rücksicht auf das Parlament Wilhelm III. bei den Unterhandlungen mit Frankreich, im März 1701, ins Auge faßte.

Und unzweifelhaft war dies Mal seine Stellung gegenüber dem Könige Ludwig XIV. ungleich günstiger als in den Jahren zuvor bei der Verhandlung der Theilungsverträge. Damals hatte der König von Frankreich einen ganz bestimmten Plan vor Augen. Er wollte einen Vertrag, wie immer, mit dem Könige von England, nicht um den Vertrag zu halten, sondern um den Vertrag zu verwenden einerseits als den Keil der Trennung, welchen er einschlug zwischen dem Oranier und dem Kaiser, andererseits als den Popanz, welcher die Spanier in seine Arme scheuchte. Wir haben dagegen aus den eigenen Kundgebungen Wilhelms III. ersehen, daß er bei den Unterhandlungen weder des ersten, noch des zweiten Theilungsvertrages von Anfang an ein festes Ziel vor Augen hatte, daß er mehr sich von Wünschen leiten ließ als von klarer Erkenntnis, daß er zurück gedrängt wurde von Positionen, die er selber vorher für fest und sicher angesehen: kurz, daß damals die Ueberlegenheit bei Ludwig XIV. sich befand.

Anders stand die Sache im März 1701. Ludwig XIV. wünschte die Erhaltung des Friedens. Um die Republik und England für die

Digitized by Google

Erhaltung des Friedens zu gewinnen, hätte er Conceſſionen in ihrem Sinne machen müſſen. Aber wir haben das Wort des Cardinals Janſon Forbin zu dem Papſte Clemens XI. vernommen, daß ſein König nichts bewilligen wolle, auch nicht einen Fuß breit. Und dennoch ließ Ludwig XIV. ſich dann von jenem Wunſche des Friedens aus auf den Antrag zu Verhandlungen ein, wo doch die Republik ihm mit dieſem Antrage offen ankündigte, daß ſie dadurch ihre Sicherheit ſuche. Die Unklarheit über das Ziel dieſer Verhandlungen war demnach auf Seiten Ludwigs XIV.

Dennoch lag auch denen, welchen ein näherer Einblick in die Dinge möglich war, den Geſandten im Haag, der zu erwartende Gang derſelben nicht von Anfang an klar vor Augen. Der kaiſerliche Geſandte Graf Goes, obwohl minder ſtürmiſch als Graf Wratislaw in London, konnte doch oft ſich des Verdachtes nicht erwehren, daß die Republik ſich mit einer geringen, wenn nur augenfälligen Conceſſion begnügen, und dann um das kaiſerliche Intereſſe ſich nicht mehr kümmern werde. Er tröſtete ſich mit der Hoffnung, daß die Franzoſen es anders verſtehen, gar nichts bewilligen, und dadurch die Republik zwingen würden, aus der Noth eine Tugend zu machen [1]).

In dem Sinne der Nicht-Bewilligung redeten namentlich der Spanier Don Quiros, der Franzoſe Graf Briord. Der Erſtere ſprach offen aus, daß aus der Unterhandlung nichts kommen könne. Wenn man von holländiſcher oder engliſcher Seite etwas Anderes verlangen würde als eine ſchriftliche Sicherheit: ſo würden damit die Conferenzen zu Ende ſein, und ſowohl er wie die franzöſiſchen Geſandten würden abreiſen. Noch ſtärker redete Briord, der bisherige franzöſiſche Geſandte. Wenn er an der Stelle des Botſchafters Avaux wäre, ſagte er, ſo würde er in den Conferenzen, anſtatt Feder und Tinte, Karten und Brettſpiel auf den Tiſch ſetzen laſſen, und damit zeigen, daß er den eigentlichen Zweck der Verhandlungen kenne. Anders als mit gütlichen Reden müſſe man den Holländern gegenüber verfahren. Und dann brach er in die Worte aus: Il faut leur mettre un terme, et puis les battre sur la tête et sur le ventre [2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 21. März.

[2]) Desgleichen vom 18. März.

Digitized by Google

Allein weder Quiros, noch Briord waren für die Unterhandlung beauftragt, sondern der Botschafter Graf d'Avaux, welcher jene beiden, zum großen Verdrusse namentlich des Spaniers Quiros, sehr wenig berücksichtigte. Avaux dagegen gab sich derselben Meinung hin, wie der König von Frankreich, daß es ihm gelingen würde, durch glatte Reden den Frieden hinzuhalten. Wiederum aber glaubten eben wegen dieser glatten Reden auf holländischer Seite nicht wenige, daß dennoch Frankreich in der Verhandlung sich einlassen werde auf die Forderungen, welche die Republik stellen müsse, um eine reelle Garantie der eigenen Sicherheit zu erlangen [1]).

Die Forderungen wurden von Seiten des Königs von England und der Republik im Einverständnisse, jedoch gesondert aufgestellt.

Die betreffende Denkschrift der Republik ging aus von dem zweiten Theilungsvertrage. Der Zweck desselben sei gewesen, den Wirren zuvorzukommen, die der erblose Tod des Königs von Spanien hätte nach sich ziehen können. Nun habe freilich der König von Frankreich für gut befunden, mit Hintansetzung des Vertrages, das Testament Carls II. anzunehmen. Darum aber dürfe die Republik des Zieles, welches sie durch den Vertrag zu erreichen gesucht, nicht verlustig gehen. Dieses Ziel sei ein doppeltes: die Erhaltung des allgemeinen Friedens und die Sicherheit der Republik im Besonderen. In ersterer Beziehung sei erforderlich eine vernünftige Satisfaction für den Kaiser, in Rücksicht auf seine Ansprüche an das spanische Erbe, demgemäß zunächst die Einladung an den Kaiser zu den Conferenzen. Im Interesse der eigenen Sicherheit verlange die Republik den Abzug der französischen Truppen aus Belgien, für sich dagegen das Recht, in eine Reihe von belgischen Städten holländische Besatzungen einzulegen. Die Reihe derselben war nicht gering, in allen zehn, unter ihnen Luxemburg, Namur und Mons. Ferner verlangte die Republik die Zusicherung, daß niemals eins der zur Zeit der Krone Spanien gehörigen Länder, ob in ob außer Europa, mit der Krone Frankreich vereinigt werden dürfe. Die Denkschrift schloß mit dem Vorbehalte, im Laufe der Unterhandlung die Forderungen nach Bedarf zu erweitern.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 21. März.

Digitized by Google

Die englische Denkschrift ging von demselben Gedanken aus wie die holländische, nämlich, daß vermöge des Theilungsvertrages der König von England ein Recht habe, das dadurch erstrebte Ziel zu erreichen. Dann fordert auch sie eine Satisfaction für den Kaiser und die Einladung desselben zu den Conferenzen. Ferner verlangt auch sie den Abzug der französischen Truppen aus Belgien, so wie fast wörtlich die anderen Bedingungen der Holländer in Betreff der Dinge im allgemeinen. Für England besonders verlangt sie das ausschließende Besatzungsrecht in den belgischen Städten Ostende und Nieuport [1]).

Der König Wilhelm III. war in Betreff beider Denkschriften nicht ohne Besorgnisse. Wenn die englische Forderung der beiden Sicherheitsplätze, welche er zu dem Zwecke der Einwirkung auf das Parlament erheben zu müssen glaubte, in der Republik zur Erörterung kam: so war die Gefahr da, daß dort möglicher Weise ein Mistrauen wider England aufwuchs. Heinsius indessen beugte vor. Er leitete die Dinge so, daß die englische Forderung in den Generalstaaten nicht zu einer Berathung gelangte. Er empfing dafür den warmen Dank des Königs [2]). — Der andere Grund zur Besorgnis für den letzteren war die allzu lange Reihe der Plätze, welche die Republik für ihre Sicherheit verlangt hatte, weit hinaus über seinen Rath, welcher nur vier Städte umfaßte. „Ich besorge, sagte er, daß Frankreich hinter dieser großen Zahl den Wunsch erblickt, nur überhaupt etwas zu erhalten, und dann, wenn wir genöthigt sind abzulassen, zu der Meinung kommen könnte, daß wir überhaupt nachgeben werden." Diese Besorgnis indessen konnte nur dann sich verwirklichen, wenn Frankreich Willens war überhaupt in irgend etwas nachzugeben. Und darum ja handelte es sich.

Der Zutritt des neu ernannten englischen Gesandten Stanhope zu den Conferenzen, fand einen Haken am Ceremoniell, da nach dem Herkommen die Botschafter bei sich den Deputirten der Generalstaaten die rechte Seite gaben, diese dagegen eben so jedem englischen Gesandten, andererseits aber ein französischer Botschafter nicht einem englischen Gesandten. Der König von England löste die Schwierigkeit,

[1]) Die Denkschriften bei Lamberty t. I, p. 403 et suiv.
[2]) Grovestins t. VIII, p. 57.

Digitized by Google

indem er dem Gesandten anbefahl, für dieses Mal sein Recht in dieser Beziehung nicht geltend zu machen.

Am Abende des 22. März 1701 begaben sich die sieben holländischen Deputirten, und dann auch der Gesandte Stanhope, zu dem Botschafter Avaux. Der Empfang und die Session waren vorher geregelt: zuerst saßen die holländischen Deputirten, dann Avaux, dann Stanhope. Der Holländer van Essen führte den Vorsitz. Er eröffnete dem Botschafter in längerer Rede die Forderungen der beiden Mächte, und überreichte ihm dann die beiden Denkschriften. Avaux fuhr empor. Diese Forderungen, erwiederte er, seien unvernünftig. Der König werde nicht in seinem Alter den erworbenen Ruhm beflecken, nicht in eine solche Zerstückelung der spanischen Monarchie willigen. Man erwiederte, daß es sich hier nicht handele um eine Zerstückelung, sondern um eine Bürgschaft für die eigene Sicherheit, wie man sie seit langen Jahren her besessen. Avaux entgegnete, daß er lediglich gekommen sei, um Vorschläge anzuhören, nicht darüber zu entscheiden, daß er daher Bericht abstatten und die Antwort darauf abwarten müsse [1]).

Nachdem die Conferenz sich getrennt, begab sich Avaux in eine Gesellschaft. Dort flüsterte er einer Dame einige Worte ins Ohr. Noch in derselben Minute ging in dem Saale das Wort Krieg murmelnd von Munde zu Munde [2]). Der Botschafter wandte denselben Schreckschuß an nach anderen Seiten. Er begab sich zu dem Schweden Lilienroth und sprach aus, daß die Vorschläge einer Kriegserklärung gleich kämen. Er hatte einigen Kaufleuten von Amsterdam Seepässe versprochen für Schiffsladungen von Wein von Bordeaux. Er zog nun sein Versprechen zurück mit dem Bemerken, daß nach den ihm gemachten Vorschlägen bald alle Pässe dieser Art ungültig sein würden. Ungleich stärker noch als Avaux traten Briord und Quiros auf. Jedes ihrer Worte athmete Krieg. Der Unterschied indessen war, daß diese beiden Gesandten die Sachlage als unheilbar erkannten, Avaux jene Reden nur zur Einschüchterung gebrauchte, weil er dennoch im Sinne Ludwigs XIV. hoffte, daß es nicht zum Bruche kommen werde [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 25. März. — Lamberty t. I, p. 408.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 25. März.

[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

Wir haben also zu sehen, welche Consequenzen der Vorgang vom 22. März im Haag an den beiden wichtigsten Stellen nach sich zog, in London und in Versailles.

Nachdem das Unterhaus durch jene Adresse vom 21. Februar/4. März den König ersucht, gemeinsam mit der Republik in die Unterhandlungen mit Frankreich für die Erhaltung des Friedens einzutreten, beschäftigte es sich für eine Reihe von Tagen vorwiegend mit der daheim wichtigsten Angelegenheit, der weiteren Feststellung der Thronfolge. Wir werden den Verlauf dieser Sache beim Abschlusse derselben im Zusammenhange zu überblicken haben.

Eine andere in der Regel lediglich formelle Angelegenheit, diejenige der Prüfungen der Wahlen, erlangte dies Mal eine besondere Wichtigkeit. Es lag unleugbar vor, daß Bestechungen statt gefunden, namentlich von Seiten der neuen ostindischen Compagnie zu Gunsten der Whig-Partei. Eine Reihe von Wahlen wurde für ungültig erklärt. Die Whigs murrten über die Gleichgültigkeit des Königs, der, nachdem er seine Räthe aus der Tory-Partei genommen, nun auch noch zugebe, daß die Tories im Unterhause die Mehrheit erlangten. So allerdings erschien es. Nachdem etwa dreißig Mitglieder der Whig-Partei ausgestoßen waren, ergab sich in der Regel die Mehrheit auf Seiten der Tories [1]). Jedoch war die Wage im beständigen Schwanken. Es ist daher, zur Charakteristik der Selbsttäuschung in Versailles, nicht unwichtig zu bemerken, daß dort die Meinung herrschte: die Friedenspartei im Unterhause sei um achtzehn Stimmen überlegen [2]).

Auf die Nachricht, daß die Ueberreichung der Vorschläge von Seiten der beiden Mächte an den französischen Botschafter im Haag erfolgt war, entschloß sich der König Wilhelm III. zu dem weiteren Schritte, diese Vorschläge zur Kunde des Parlamentes zu bringen. Er hoffte, wie er an Heinsius schrieb, die Zustimmung desselben zu finden [3]). Der Sachlage nach schwebte dem Könige dabei noch ein anderer Zweck

[1]) Hoffmanns Berichte vom 22., 25., 29. März.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 53.

[3]) Schreiben vom 29. März an Heinsius, bei Grovestins t. VIII, p. 58.

Digitized by Google

vor Augen, nämlich durch den Hinweis auf die drohenden Gefahren der Gegenwart die Aufmerkſamkeit abzulenken von der allzu eifrigen Unterſuchung geſchehener Dinge. Denn zunächſt das Oberhaus hatte den Theilungsvertrag zum Gegenſtande einer ſehr lebhaften Erörterung gemacht.

Auf das Verlangen des Oberhauſes ließ der König ihm die ſeit dem Frieden von Ryswyck geſchloſſenen Verträge vorlegen. Es geſchah am 14./25. März [1]). Es fanden ſich keine Inſtructionen vor in Betreff der Verhandlung des Theilungsvertrages. Die Grafen Portland und Jerſey, deren Namen unter dem Vertrage ſtanden, erwiederten, daß der König zugegen geweſen und mündlich ſeine Inſtructionen gegeben. Dieſes für den Abſchluß eines Vertrages ungewöhnliche Verfahren gab den Ausgangspunct für eine ſcharfe Kritik, die von da aus ſofort ſich gegen den Inhalt wendete. Der Graf Nottingham war der Anſicht, daß ſeit der Zeit des Königs Johann ohne Land, der ſein Königreich dem päpſtlichen Stuhle überwieſen, ein ſo monſtruöſer und lächerlicher Vertrag wie dieſer über die Theilung der ſpaniſchen Monarchie, als unerhört betrachtet werden dürfe. Der Oberſthofmeiſter Herzog von Devonſhire meinte: die Miniſter, welche die Hände darin gehabt, müßten es mit den Köpfen verantworten. Am lauteſten redeten die neuen Tory-Miniſter, Rocheſter und Godolphin. Der letztere ſchloß mit den Worten: der Vertrag ſei eben ſo lächerlich wie ungerecht, und darum ſei es überflüſſig darüber noch etwas zu ſagen. Deſſen ungeachtet währten die heftigen Reden fünf Stunden lang, ohne daß Jemand wagte etwas zu Gunſten des Vertrages zu äußern. Endlich beſchloß das Oberhaus durch eine Adreſſe an den König den Vertrag für injuriös und perniciös zu erklären, ſowohl für das Königreich als für das geſammte Europa, und den König zu erſuchen, fortan keine Verträge mit fremden Mächten, namentlich von ſolcher Wichtigkeit, anders einzugehen als mit der Zuziehung ſeines geheimen Rathes. Der folgende Tag wurde zur Abfaſſung der Adreſſe beſtimmt.

---

[1]) Das Folgende namentlich nach dem eingehenden Berichte Hoffmanns vom 29. März. Derjenige Wratislaws, ebenfalls ausführlich, beſchäftigt ſich mehr mit dem Reflex auf die kaiſerliche Sache.

Digitized by Google

Man hielt damit die Sache beendet [1]). Allein Portland und Jersey, die alle jene Reden schweigend hingenommen, begaben sich dann zum Könige und ersuchten um die Erlaubnis im Oberhause zu ihrer Vertheidigung zu reden. Der König gestattete es. Im Beginne der Sitzung des nächsten Tages erhob sich der Graf Portland und erklärte: er habe bei diesem Vertrage nichts gethan ohne des Königs ausdrücklichen Befehl und ohne Mittheilung an die Minister des Königs. Dies werde ihm hoffentlich zur genügenden Rechtfertigung gereichen. — Kaum waren die Worte seinen Lippen entflohen, als ihm die Frage entgegen scholl: „Welche Minister? Namen!" Er nannte den früheren Lord-Kanzler Somers, den Grafen Orford, den Grafen Marlborough, Lord Halifax, und den Staats-Secretär Vernon.

Das eben war es, was die Tory-Partei am Tage vorher vergeblich erstrebt, und was Portland in seiner Beklemmung ihr nun freiwillig entgegen trug: die Namen der hauptsächlichen Whigs, Somers, Orford, Halifax.

Auch die weitere Rede Portlands war nicht glücklich. Man hatte am Tage zuvor namentlich geltend gemacht, daß der Vertrag das Recht und das Interesse des Kaisers schädige. Portland behauptete: der Kaiser habe nicht bloß von Allem Kenntnis gehabt, sondern selber einen Vertrag verlangt, und sei nur um einer Kleinigkeit willen zurück getreten, nämlich wegen des Herzogthums Mailand, welches er nicht habe fahren lassen wollen. Daher habe der König die Entscheidung auf sich genommen, Mailand dem Herzoge von Lothringen überwiesen, und dafür Lothringen an Frankreich.

Die Vertheidigung Portlands, wie sie der Wahrheit nicht entsprach, trug ihm nur den Widerspruch der Gegner ein. Dadurch nicht abgeschreckt, erhob sich dann auch Jersey. Wir erinnern uns, daß die einzige Thätigkeit dieses Mannes bei dem Vertrage darin bestanden hatte, seinen Namen unter das fertige Actenstück zu schreiben. Dennoch redete er nun über das Werden des Vertrages. Der Vertrag sei gemacht, sagte er, auf Verlangen des Kaisers. Auch sei der Kaiser bereit

---

[1]) Hoffmann: und wurde der folgende Tag appuntiret, um besagte Adresse einzurichten, womit man die Sache allerdings vor geendigt hielte. Da dann der Graf Portland unversehens aufgestanden u. s. w.

Digitized by Google

gewesen alle Puncte einzugehen bis auf Mailand. Wie viel aber der Kaiser auf das Interesse von England achte, sei daraus zu ersehen, daß der Graf Auersperg sich über Tafel geäußert: der Kaiser werde lieber Westindien an Frankreich überlassen als Mailand.

Obwohl die Vertheidigung Jerseys an Wahrheit und Tact noch ungleich ärmer war als diejenige Portlands: so lastete doch der Unwille weniger auf jenem gefügigen Werkzeuge des königlichen Willens, als auf dem wirklichen Berather, dem Holländer Portland.

Denn dies stellte sich bei dem Fortgange der Dinge immer klarer heraus. Die von Portland genannten Lords erbaten sich, wie er gethan, vom Könige die Erlaubnis zu reden. Dann entwickelte Halifax im Oberhause den Hergang. Er und die Anderen, sagte er, hätten verschiedene Einwürfe gegen diesen und jenen Punct erhoben; aber der Vertrag sei ihnen fertig vorgelesen, mit dem Bemerken, daß der König sich bereits zu tief eingelassen, als daß er noch zurück könne. — Demnach lag die Folgerung nahe: der Vertrag war in Holland gemacht, ohne die Heranziehung eines Engländers, nur mit holländischen Berathern, also namentlich mit Portland. Er hatte also durch seine thörichte Vertheidigung sich die von ihm genannten Personen verfeindet, seine Sache dagegen nicht gebessert; vielmehr war seine hauptsächliche Betheiligung nun erst recht in klares Licht gestellt. Man verwunderte sich, daß ein sonst so umsichtiger, klarer Kopf in eigener Sache so ungeschickt hatte verfahren können [1]).

Dennoch ward im Oberhause die Angelegenheit noch wieder gewendet. Nachdem sie bereits mehrere Tage in Anspruch genommen, erhob sich ein Whig, Lord Wharton, und sagte: „Aus dem Verlaufe der Sache bisher habe ich nichts Anderes abnehmen können, als daß man darauf ausgeht denjenigen, der den Vertrag gemacht, zu accusiren, denjenigen, der ihn gebrochen, zu excusiren". Das Wort schlug ein. Auch andere Stimmen erhoben sich im gleichen Sinne. Das Oberhaus kam zurück auf den früheren Beschluß, den König durch eine Adresse zu ersuchen, daß er Verträge mit fremden Mächten in Zukunft nur abschließen wolle mit Zuziehung seines geheimen Rathes.

[1]) Hoffmann: Jedermann blamirt seinen Unverstand, daß er die Sache, nachdem sie durch die resolvirte Adresse so viel als geendigt gewesen, in solche Weitläufigkeit gebracht.

Digitized by Google

Allein, nachdem sich in dem sonst immer gemäßigten Oberhause bei diesem Anlasse ein solcher Sturm der Leidenschaft entwickelt, sah man mit um so mehr Besorgnis einer Erörterung des Unterhauses über den Gegenstand entgegen, zumal da einzelne Mitglieder desselben sich verlauten ließen, sie würden die Sache anders anfassen als es im Oberhause geschehen. Eine formelle Anklage wider Portland und Jersey ward mit Bestimmtheit vorhergesehen [1]).

Noch dazu drohete den beiden Lords eine Anklage anderer Art. Der kaiserliche Gesandte Graf Wratislaw, in hohem Grade aufgebracht durch die sowohl unwahren, wie tactlosen Anklagen jener beiden Lords gegen den Kaiser, fragte durch Albemarle an, ob der König ihm eine öffentliche Erklärung erlauben würde. Wilhelm III. rieth ab, gestattete dagegen dem Gesandten im persönlichen Verkehre sich offen über die Sache auszusprechen [2]).

Die Adresse des Oberhauses wurde am 21./31. März festgestellt. Der Entwurf enthielt ungleich schärfere Ausdrücke als diejenigen, welche die Zustimmung des Hauses fanden. Und zwar sah man das merkwürdige Widerspiel, daß die Whigs kämpften für die Ausmerzung der scharfen Ausdrücke, welche berechnet waren auf den König von England, die Tories für die Abschwächung gegenüber dem Könige von Frankreich. Besonderes Aufsehen erregte der Widerspruch einiger Tories gegen den Schluß der Adresse: der König wolle in allen künftigen Verträgen mit dem Könige von Frankreich eine solche Vorsicht beobachten, welche eine wirkliche Sicherheit verheiße. — Gegen diese letzten Worte, weil in ihnen als allzu unbestimmt und dehnbar, eine Ermächtigung zum Kriege gefunden werden könnte, legten sechs Lords einen schriftlichen Protest ein, unter ihnen die Minister des Königs, Rochester und Godolphin. Man folgerte daraus, daß die Tory-Partei durchaus die Erhaltung des Friedens wolle, Frankreich möge von den für Philipp V. genommenen Ländern der spanischen Monarchie etwas zurückgeben oder nicht. Der Unmuth der Whigs schwoll an. Sie fühlten durch, wie der König in Wirklichkeit gesinnt war. Sie wußten, daß im Lande

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18./29. März, also vor der Erörterung im Unterhause.

[2]) Wratislaws Berichte vom 18./29. März und 21. März/1. April.

täglich die Ueberzeugung wuchs, daß die Dinge in Europa nicht in dem Stande bleiben dürften. Sie hofften, daß, nach der Ausfindung der Wege und Mittel für die zu Gunsten der Flotte bewilligten Gelder, der König das Parlament auflösen werde. Aber die Tories, die damals im Unterhause durchweg auf die Mehrheit hoffen durften, waren nicht Willens sich mit jener Ausfindung der Wege und Mittel zu beeilen [1]).

Die Botschaft des Königs an das Parlament über die erste Conferenz im Haag, nebst der von Stanhope dort übergebenen Denkschrift, trug nicht die Gegenzeichnung eines Ministers. Nach den Debatten im Oberhause über den Theilungsvertrag hatte keiner dies wagen wollen [2]). Das Unterhaus zog die Botschaft in Erwägung am 21. März/1. April. Da, wie wir uns erinnern, die Denkschrift ihren Ausgang nahm von dem Theilungsvertrage: so ward zunächst dann der Vertrag verlesen. Es folgte eine lange heftige Erörterung über den Entwurf einer Adresse. Der erste Theil derselben sollte enthalten einen Dank für die Mittheilung. Die Whigs verlangten den Zusatz: „so wie für die Sorgfalt, welche der König beweise für die Sicherheit des Königreiches und die Erhaltung des Friedens von Europa". Die Tories sahen darin die Gefahr, daß der König aus diesen Worten den Anlaß nehmen könne, die Verhandlungen im Haag mit starkem Nachdrucke zu betreiben, auch bis zum Kriege. Daher ward von ihrer Seite entgegen gehalten, daß es dieses Zusatzes nicht bedürfe, da die Bitte in der ersten Adresse vom 20. Februar/3. März genüge. Von Seiten der Whig-Partei ward erwiedert, daß die Nicht-Wiederholung des Gedankens erscheinen werde wie ein Fallen-Lassen, daß demnach eine Adresse ohne diesen Zusatz den König von Frankreich ermuthigen, die Republik Holland einschüchtern werde. Des ungeachtet fiel der Zusatz mit hundertsiebenundachtzig gegen hundertdreiundneunzig Stimmen.

Es ergab sich nachher, daß in diesem Falle die Fahrlässigkeit einiger Mitglieder der Whig-Partei an ihrer Minderheit die Schuld trug. Eine musikalische Aufführung, die gleichzeitig mit der Sitzung

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. März/1. April.

[2]) Desgleichen vom 18./29. März. Die Botschaft in Commons Debates t. IV, p. 131.

Digitized by Google

des Unterhauses stattfand, hatte auf einige Whigs eine stärkere Zugkraft geübt als die Verhandlungen [1]).

Es war bekannt, daß die Tories in ihren Privat-Unterredungen auch die in der Denkschrift aufgestellten Forderungen als maßlos bezeichneten. Auch im Unterhause ward derselbe Versuch gemacht. Der Staats-Secretär Vernon trat rasch entgegen mit der Erwiederung, daß es nicht an der Zeit sei sich darüber auszusprechen, bevor eine Antwort von Frankreich vorliege. Der Einwand schlug durch.

Der zweite Theil der Adresse dagegen enthielt eine Beschwerde über die schlimmen Consequenzen des Theilungsvertrages, welcher, beschlossen während der Session des Parlamentes, jedoch ohne Rath desselben, ausgestattet dagegen mit dem großen Siegel von England, so weite Länder des spanischen Erbes dem Könige von Frankreich überwiesen habe [2]).

In der Debatte darüber fiel die Aeußerung eines Mitgliedes: der Theilungsvertrag komme ihm vor wie eine Conspiration von drei Mächten, um eine vierte per feloniam [3]) zu berauben. Das Wort fand von keiner Seite her eine Misbilligung. Für den Theilungsvertrag überhaupt erhob sich keine Stimme. Die Beschwerde über den Vertrag, welche den zweiten Theil der Adresse ausmachte, erhielt die Zustimmung der Whigs wie der Tories.

Der König Wilhelm unterdessen blickte nicht zurück, sondern vorwärts. Während das Unterhaus die Adresse an ihn berieth, schrieb er an Heinsius: „Wir sehen hier mit Ungeduld der französischen Antwort auf unsere Vorschläge entgegen. Danach müssen die Beschlüsse des Parlamentes sich richten. Die Parteien stehen einander entgegen mit schärferer Heftigkeit als je zuvor. Die allgemeine Sache leidet dadurch schweren Schaden, und mich trifft es zunächst. Lediglich die Furcht vor einer unmittelbaren Gefahr wird diese Leute hier zu heilsamen Entschlüssen bewegen können" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. März/5. April: Woran die Presbyterianer (sc. Whigs) ihrerseits zwar auch einigermaßen Ursach gewesen, als deren verschiedene aus Fahrlässigkeit nicht zugegen, sondern in einem concerto di musica gewesen sind, deren Gegenwart die Majora auf ihre Seiten hätte bringen können.

[2]) Desgleichen vom 21. März/1. April.

[3]) Hoffmann im Berichte vom 25. März/5. April: Um mich desselbigen termini zu gebrauchen.

[4]) Grovestins t. VIII, p. 58. Vom 21. März/1. April.

Digitized by Google

Die beiden Häuser überreichten dem Könige nach einander ihre Adressen. Zuerst das Oberhaus. Es war dort anfänglich die Abrede getroffen, daß es geschehen solle durch die Mitglieder gemeinsam; aber es fanden sich nicht mehr als drei Lords dabei ein, und zwar, nach den Worten Hoffmanns, ohne Zweifel aus Scham über die darin, ungeachtet aller Abschwächung, noch gebliebenen herben Ausdrücke. Wilhelm III. erwiederte den Lords mit kalter Ruhe: er habe niemals einen Vertrag gemacht, der nicht die Wohlfahrt des Königreiches bezweckte [1]).

Jedenfalls indessen hatte damit der König die Sache berührt. Anders verhielt er sich gegenüber dem ungleich schärferen Tadel in der Adresse des Unterhauses. Er schluckte jegliche Empfindlichkeit über den zweiten Theil der Adresse nieder, und gab nur auf den ersten eine Antwort. Er sei erfreut, sagte er, daß das Unterhaus seine Mittheilung wohl aufgenommen. Er werde darin fortfahren, und sei eben so bereit, den Rath des Unterhauses entgegen zu nehmen. Denn nach seiner Ueberzeugung vermöge nichts so sehr für die Wohlfahrt von England und den Frieden von Europa beizutragen, als die Mitwirkung des Parlamentes für alle seine Unterhandlungen, und ein gutes Einverständnis zwischen ihm und seinem Volke [2]).

Wenn auch diese Antwort den Theilungsvertrag nicht berührte, so lag doch die Thatsache vor, daß der König aus den Adressen beider Häuser den Tadel Englands über den Vertrag hatte hinnehmen müssen. Damit war die Sache in Bezug auf den König direct beendet, nicht jedoch für die betreffenden Minister. Es war klar vorauszusehen, daß gegen diese der Sturm im Unterhause fortgehen werde. Die Erfahrung andererseits lehrte, daß die Einzelnen einem solchen Sturme entweichen konnten durch einen rechtzeitigen Rückzug aus ihren Aemtern. Der Staats-Secretär Vernon und Andere ersuchten den König um ihre Entlassung. Eben dies war eine hauptsächliche Absicht der Tory-Partei. Allein ihre Ziele lagen weiter hinaus. Machen wir diese uns klar nach der Auffassung eines nicht betheiligten Beobachters.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. März 5. April.

[2]) Commons Debates t. IV, p. 131.

Digitized by Google

„Diese anglicanische Partei, meldet Hoffmann am 25. März/5. April, wird einmal alles verderben. Sie zieht die wohlgesinnten Landedelleute vom Unterhause an sich, unter dem Vorwande, daß sie dem Kriege nicht entgegen, daß sie dagegen vorher sich des Königs recht versichern müsse. Zu diesem Zwecke sei erforderlich, das Ministerium in die richtige Stellung zu ihm zu setzen, ferner die Schulden des Königreiches zu ordnen, den Credit herzustellen, die übele Verwaltung der Mittel von dem vorigen Kriege her klar zu legen, diejenige der künftigen Subsidien in zuverlässige Hände zu bringen, und viele andere Vorsichtsmaßregeln solcher Art. Durch diese Vorwände lassen sich die einfältigen Landedelleute gewinnen und stimmen mit der Partei, die für sich keinen anderen Zweck verfolgt als sich der Leitung aller Angelegenheiten völlig zu bemächtigen, und davon ihren Nutzen zu ziehen. Welcher Gefahr dagegen auch immer die Nation bloß gestellt sein möge, diese Partei, das ist die Führer derselben, denkt nicht an den Krieg. Man versichert mir vielmehr, daß sie in enger Beziehung mit dem französischen Botschafter Tallard stehen, daß sie alles mit ihm überlegen. Sie suchen bei ihm zu erwirken, daß Frankreich den jetzigen Stand der Dinge erhält und nur nichts Weiteres vornimmt, besonders gegen die Republik Holland, weil es dadurch sein Interesse hier verderben und die Sache zum Kriege bringen würde. Und allerdings glauben sie sich dieses Verhaltens von Frankreich her so fest versichert, daß sie unter der Hand sich äußern: Frankreich werde die Generalstaaten nicht zu einer weiteren Erklärung drängen, werde sie vielmehr sich durch ihre kostbare Kriegsrüstung selber verzehren lassen. Frankreich werde ferner weder im Herzogthume Mailand, noch am Rheine den ersten Streich thun, sondern überall sich lediglich abwartend verhalten, um nicht die Anklage des Angriffes und des Bruches auf sich zu laden, damit auch England dadurch nicht verpflichtet werde, nach irgend einer Seite hin eine Hülfe zu leisten. Dem entsprechend behaupten diese Häupter der Tory-Partei auch schon vorher zu wissen, daß Frankreich auf die beiden dem Botschafter Avaux im Haag übergebenen Denkschriften noch nicht so bald eine Antwort ertheilen, sondern trachten werde, einen ganzen Monat damit zu gewinnen, um eben so auch die Dinge in England in der Schwebe zu erhalten."

Digitized by Google

„Danach ist das Verständnis zwischen den Häuptern der Tory-Partei und Frankreich klar ersichtlich, und zwar durch die Vermittelung des hiesigen Botschafters Tallard, der sich ungemein geschäftig beweist, und ohne allen Zweifel kein Geld spart, so groß auch die Summen sein mögen, um einen Bruch von hier aus zu verhüten. Denn daran ist ja dem Könige von Frankreich so sehr viel, ja alles gelegen."

Die Beobachtungen Hoffmanns entsprechen in allen wesentlichen Beziehungen den Ansichten, welche Ludwig XIV. einige Wochen zuvor seinem Botschafter Harcourt nach Spanien hin kund gegeben.

Um so gewichtiger wird für uns dadurch die Differenz, die sich aufthut zwischen den Hoffnungen und demgemäß dem Plane Wilhelms III. einerseits und andererseits den Erwartungen der Häupter der Tory-Partei. Wilhelm III. sieht mit Ungeduld der französischen Antwort entgegen, weil er hofft, daß dieselbe durch ihre Verneinung wirken werde in seinem Sinne und für seinen Plan. Die Häupter der Tory-Partei hoffen, daß Frankreich ihrem Rathe folgen, also ausweichen, hinzögern werde.

Indem Wilhelm III. dieser Antwort harrte, verhielt er sich nach außen hin nach wie vor fast wie gleichgültig, zum großen Verdrusse des kaiserlichen Gesandten, der dieses Verhalten mit den zu Anfang ihm gegebenen Versprechungen nicht zu vereinen wußte. Wratislaw wünschte eine sofortige Allianz. Er beschwerte sich bei Albemarle über das Zaudern des Königs, welches auf alle kleineren Mächte, namentlich auf die deutschen Reichskreise einen sehr nachtheiligen Eindruck mache, ihnen den Gedanken der Neutralität im Interesse Frankreichs nahe lege. Albemarle erkannte die Thatsache an. Er bat dagegen den Gesandten, sich fest darauf zu verlassen, daß der König den für ihn in der Hauptsache allein richtigen Weg verfolge. Einerseits die Nothwendigkeit, andererseits die Kunst für ihn bestehe darin, zugleich die Bürgermeister der holländischen Städte und das englische Parlament zu führen [1]).

Allerdings drehten sich ja die Gedanken des Königs längst um diesen Punct der Allianz mit dem Kaiser. Die schwierige Frage für ihn war nicht die Sache selbst, sondern das Ziel der zu schließenden

[1]) Wratislaws Bericht vom 28. März 8. April.

Digitized by Google

Allianz, namentlich weil er fürchtete, daß die Engländer darin den Wünschen des Kaisers allzu wenig entsprechen würden. Er trug sich damals mit dem Gedanken, in ähnlicher Weise zu verfahren wie 1689, nämlich, daß die Generalstaaten mit dem Kaiser abschlössen, ihm Mailand und die spanischen Niederlande zusicherten, aber mit dem Vorbehalte des Beitrittes von England. Durch die Mittheilung dieses Vertrages würde dann der König bei dem Parlamente erwirken, daß es ihn zum Beitritte auffordere. Die Republik aber würde nichts aufs Spiel setzen, weil erst der Beitritt von England den Vertrag definitiv mache [1]).

„Ich mache Ihnen diesen Vorschlag, fügt der König seinem Schreiben an Heinsius hinzu, weil ich ja hier mit Leuten zu thun habe, die man auf Umwegen zu ihrem eigenen Heile führen muß. Sehen Sie, bis zu welchem Puncte mein Vorschlag Ihnen in der Republik durchführbar erscheint. Amsterdam ist wie immer in solchen Umständen ein Gegenstand der Besorgnis für mich." Stärker noch drückte Albemarle zu Wratislaw sich aus. Die Stadt Amsterdam zu führen, sagte er, sei sogar schwieriger als das englische Unterhaus.

Am selben Tage, an welchem diese Unterredung vorfiel, dem 28. März/8. April, vernahm man in London aus Pariser Briefen, daß eine französische Antwort nach dem Haag abgegangen. Dies Gerücht berührte die Häupter der Tory-Partei nicht angenehm. Sie verneinten die Möglichkeit; denn Frankreich werde nicht antworten wollen ohne Spanien. Die Whig-Partei dagegen war voll Hoffnung. Der König, sagten sie, harre nur dieser Gelegenheit, um sein Gewissen zu entlasten, die ganze Verantwortlichkeit auf das Parlament zu wälzen und dadurch dieses zum Entschlusse moralisch zu zwingen [2]).

Der König hatte allerdings damals bereits eine bestimmtere Kunde, wie etwa die französische Antwort ausfallen würde. In Versailles und Paris ward über die Aufnahme, welche die Denkschriften der Seemächte an maßgebender Stelle gefunden, nicht geschwiegen.

[1]) Grovestins t. VIII, p. 59.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. März/8. April.

Digitized by Google

Man nannte sie impertinent. Ludwig XIV. befahl, die Schriftstücke drucken zu lassen, damit ganz Europa die Lächerlichkeit solcher Anforderungen kennen lerne. Wenn es zum Kriege mit Holland komme, so könne man ein besser geeignetes Manifest nicht machen. Er sagte zu Jemandem, der nach fremder Mittheilung über die Insolenz der Schriftstücke redete: „Lesen Sie erst selbst, und Sie werden sie noch insolenter finden als man Ihnen gesagt hat“ [1]). Dieser letzte Gedanke scheint wie eine Parole ausgegeben zu sein; denn der Minister Torcy wiederholt ihn fast wörtlich in einem Schreiben an Louville in Madrid. „Lesen Sie, sagt er, diese unverschämte Schrift, und Sie werden sie noch unverschämter finden als ich es auszudrücken vermag. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß die Holländer sich bereits schämen sie überreicht zu haben“ [2]). Diese letzten Worte scheinen den Zweck der hochfahrenden Rede anzudeuten, nämlich die Holländer einzuschüchtern, die Friedenspartei dort anzufeuern. — In entsprechender Weise redete der französische Staats-Secretär Torcy zu dem englischen Botschafter Manchester, fast mit denselben Ausdrücken, wie vorher der Cardinal Janson Forbin zu dem Papste Clemens XI.: der König von Frankreich sei entschlossen, seinen Enkel in dem Besitze der ganzen spanischen Monarchie zu behaupten, und davon auch nicht einen Fußbreit Erde abzutreten. Frankreich sei mächtig genug, sich wider alle seine Feinde zu vertheidigen. Eben dasselbe gelte als Antwort auf das Verlangen einer Satisfaction für den Kaiser. Aber Frankreich werde nach allen Seiten sich nur defensiv verhalten, damit die Welt ersehe, auf wen der Vorwurf der Angriffes falle [3]).

In denselben Tagen, wo Torcy so redete, rückten französische Truppen in die feste Stadt Mantua ein, welche der eigene Herzog, Lehensmann des Reiches, damals dem Könige verkaufte. Wir werden diesen Verrath später genauer ins Auge zu fassen haben.

Die officielle französische Antwort mußte jedoch durch den Botschafter Avaux im Haag erfolgen. Der Courier traf bei ihm ein am Morgen des 2. April. Avaux stattete dann Besuche ab, bei dem englischen

[1]) Dangeau t. VIII, p. 67 und p. 68.

[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 113.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, fol. 59ᵃ. — Man vgl. Grovestins t. VIII, p. 58.

Digitized by Google

Gesandten Stanhope und Anderen, und erwähnte dort lediglich, daß er die erhaltene Depesche dechiffriren lasse. Demnach wollte er die Gemüther auf dieselbe gespannt machen. Erst am Abende begab er sich zum Rathspensionär Heinsius. Obwohl der Hof von Versailles, sagte er zu diesem, sich nicht vorstellen könne, daß die Generalstaaten auf die ihm übergebene Denkschrift eine Antwort erwarteten: so habe er doch den Auftrag, dem Rathspensionär mündlich auszusprechen, daß der König der Republik als die Bürgschaft für ihre künftige Sicherheit anbiete, den Ryswycker Frieden zu erneuern. Heinsius möge den Generalstaaten dies Angebot mittheilen, und dann in möglichst kurzer Frist eine Antwort erwirken. — Auf die Frage des Rathspensionärs, ob der Botschafter gar keine andere Sicherheit für die Republik anzubieten habe, erwiederte Avaux kurz ab: „Nein".

Der Rathspensionär entgegnete, daß in Betracht der vom französischen Hofe gegebenen Erklärung, der Republik eine der Billigkeit entsprechende Sicherung zu gewähren, er sich berechtigt gehalten habe, etwas Anderes zu erwarten, und daß in seinen Augen der Friede von Ryswyck eine bestehende Thatsache sei, deren Erneuerung keine Frucht bringe. Er fragte weiter, ob darunter auch verstanden werde, diesen Frieden zwischen Spanien und der Republik zu erneuern. Avaux versetzte, daß dies von den Generalstaaten abhange, und daß Quiros dort bleiben werde. Auf die Frage, ob Avaux diese seine Antwort auch zur Kunde von Stanhope gebracht, erwiederte Avaux eben so kurz verneinend, indem er zu verstehen gab, daß die von England erhobenen Forderungen die Republik nicht beträfen. Heinsius schloß mit den Worten: „Bei der gegenwärtigen Sachlage ist das Interesse Englands von demjenigen der Republik untrennbar. Uebrigens ist auch zu aller Zeit die Barriere für die Republik in den spanischen Niederlanden als ein gemeinsames Object beider Mächte angesehen worden" [1]).

Dem englischen Gesandten Stanhope sagte Avaux: er habe ihm überhaupt keine Antwort zu geben. Wenn der König von England Anträge zu stellen habe, so könne dies geschehen durch seinen Botschafter in Paris, oder gegenüber dem französischen in London. Ein französischer Botschafter im Haag stehe lediglich mit der Republik in Beziehung.

[1]) Heinsius an Wilhelm III., 5. April 1701, bei Grovestins t. VIII, p. 61.

Digitized by Google

Die Antwort des Botschafters Avaux läßt sich demnach kurz zusammendrängen in den Gedanken: Ludwig XIV. lehnt die Forderungen der Seemächte rundweg ab.

Aber darum wollte Ludwig XIV. nicht den Krieg. In den folgenden Tagen ließ Avaux sich verlauten, daß er den Befehl zur Abreise erwarte. Zugleich tauchte eine Reihe von Gerüchten auf. Es hieß, der Papst, Venedig, alle italienischen Fürsten, seien mit Frankreich und Spanien einig, Portugal mit ihnen im Bunde, die Könige von Dänemark und Polen auf dem Wege dahin, eben so der Schweizer Bund. Die Kreise Franken und Schwaben seien neutral. An den Gerüchten war mehr Falsches als Wahres. Unverkennbar aber war der Zweck die Einschüchterung der Republik [1]).

Der Plan Ludwigs XIV. war augenscheinlich wesentlich darauf berechnet, daß die Republik keinen Rückhalt an England finden, daß dort die Tory-Partei die Oberhand behalten würde. Man legte in Versailles besonderes Gewicht auf den Passus in der Adresse des Unterhauses, welcher den König ersuchte, nicht wieder eine Allianz zu schließen ohne englischen Rath [2]). Gegenüber der Tory-Mehrheit im Unterhause war, wie es schien, der Wille des Königs Wilhelm gegen Frankreich dadurch gelähmt. Wenn dies sich so verhielt, wenn demnach die Republik an England keine Stütze fand: so mußte die Kriegspartei dort dem Drucke von außen und von innen erliegen.

So rechnete Ludwig XIV. Anders Wilhelm III. Wir haben seine Meinung aus seinen eigenen Worten zu vernehmen.

„Die Antwort, schreibt er an Heinsius, welche der Graf d'Avaux durch Sie an die Generalstaaten hat gelangen lassen, gilt hier für einen positiven Abschlag, und wird daher den möglichst besten Erfolg hervorbringen. Ich habe sie an das Parlament gesendet, und morgen wird das Unterhaus sich damit beschäftigen. Ich habe große Hoffnung, daß man dies Mal einen guten Beschluß fassen wird, indem man nämlich erklärt, daß der Ryswycker Friedensvertrag keine Sicherheit gewährt, daß England sein Interesse von demjenigen der Republik nicht trennen will, und daß man bereit ist mir die Mittel zu gewähren,

[1]) Lamberty t. I, p. 411.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 76.

Digitized by Google

welche mich in den Stand ſetzen, der Republik die vertragsmäßige Hülfe zu leiſten. Gelangen wir bis an dieſe drei Puncte, ſo haben wir einen unermeßlichen Schritt zurückgelegt. Aber auch ſo kann ich Ihnen zur Stunde im Vertrauen bereits ſagen, daß England die Republik nicht verlaſſen wird. Auf die Reden von Avaux und Lilienroth, daß Frankreich in dieſem oder jenem Puncte nachlaſſen werde, baue ich nichts: der Zweck derſelben iſt lediglich uns hinzuhalten. Uebrigens iſt Lilienroth im Herzen franzöſiſch, und trachtet nur dahin, den König von Schweden auf denſelben Weg zu locken. Wir müſſen daher vor ihm auf der Hut ſein" [1]).

Wilhelm III. durfte der Entſcheidung mit größerem Vertrauen entgegenſehen, weil gerade zuvor zwei Verſuche der Tory-Partei gegen den früheren Lord-Kanzler Somers nach einander mislungen waren. Der erſte fand ſtatt in einer verhältnismäßig geringen Angelegenheit, die dennoch zur Parteiſache gemacht wurde, ob nämlich der Lord-Kanzler Somers das Recht gehabt, einem Seecapitän, Kidd, eine Beſtallung unter dem großen Siegel von England zu verleihen. Die Whigs trugen zu Gunſten von Somers die Mehrheit davon, mit hundertachtundneunzig gegen hundertfünfundachtzig Stimmen [2]).

Wichtiger war der andere Anlaß. Er betraf den Theilungsvertrag. Nicht jedoch Somers ſtand damals dabei in erſter Linie, ſondern Portland.

Die eigenen Ausſagen des letzteren beließen keinen Zweifel, daß hauptſächlich er an dieſem Vertrage gearbeitet. Es ward im Unterhauſe der Antrag geſtellt, daß, da dieſer Vertrag den Handel des Königreiches preis gebe, den Frieden von Europa in Gefahr bringe, Portland als Urheber ſich eines ſchweren Verbrechens ſchuldig gemacht habe. Gegen den Antrag erhob ſich der Widerſpruch nur Eines Mitgliedes, weniger aus Wohlwollen für Portland als aus Neigung zum Widerſpruche. Der Antrag ward mit allen Stimmen gegen dieſe eine angenommen. Der andere Mitunterzeichner des Vertrages, Graf Jerſey,

---

[1]) Wilhelm III. an Heinſius, 12. April, bei Grovestins t. VIII, p. 61.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 8. April. — Wratislaws Bericht vom 12. April.

Digitized by Google

ward einer Beachtung nicht gewürdigt. Dagegen nahm ein Mitglied der Tory-Partei von Portland her den Ausgangspunkt, um den früheren Lord-Kanzler mit herein zu ziehen [1]).

„Ich bin, sagte er, nicht ein Freund des Grafen Portland; aber es reizt mich fast zum Mitleid, daß unter so vielen Personen, die einst zur Zeit seiner Gunst und Macht sich glücklich schätzten, von ihm ein Lächeln oder eine geringe Kopfneigung zu erhalten, oder auch in seinem Vorzimmer mit seinen Lakaien zu verkehren [2]), hier auch nicht eine einzige für ihn eintritt. Das freilich ist der Wechsel der menschlichen Dinge. Betrachtet man aber das ganze Verhältnis, so ist Portland ein Fremder, von Jugend auf in der Umgebung des Königs, darum eher geneigt als ein Anderer, sich dem Befehle desselben zu fügen. Nicht so steht es mit den hiesigen Ministern, welche an jenem Vertrage Antheil genommen. Ihnen lag es ob, die Gesetze und das Interesse des Landes besser zu kennen als ein Fremder." Dann nannte er den früheren Lord Kanzler Somers, welcher das große Siegel von England unter den Vertrag gesetzt. Es erhob sich also die Frage, ob auch gegen Somers eben so wie gegen Portland, eine Anklage zu erheben sei. Dawider sprachen namentlich die Juristen in der Versammlung. Als der stärkste Grund zu Gunsten des Kanzlers ward geltend gemacht die Prärogative der Krone in Betreff des Krieges und des Friedens, überhaupt der Verträge mit auswärtigen Mächten. Darum habe der Kanzler sich nicht weigern können, zumal bei einer bereits abgeschlossenen Sache, in der die Ehre und das Wort des Königs verpfändet. Ein Anderes wäre es, wenn es sich dabei um die inländischen Gesetze gehandelt hätte, weil das Festhalten an denselben zunächst dem Kanzler obliege.

Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von sieben Stimmen zu Gunsten von Somers.

Die Wahrnehmung, daß alle vom Könige abhängigen Stimmen sich in dieser Sache zu der Whig-Partei geschlagen, rief in den besonderen Versammlungen der Tories die Aeußerung hervor: man sehe nun, daß der König die Tory-Minister nur zum äußeren Scheine

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. April.

[2]) Der Ausdruck bei Hoffmann lautet: die Chokolade zu trinken.

Digitized by Google

ernannt, daß er im Herzen dennoch immer mit den Whigs zuhalte. So lange er aber sich nicht völlig von dieser Partei abthue, würden die Tories keinen Kreuzer für den Krieg bewilligen.

Einige Tories äußerten diese Gedanken auch zu Hoffmann. Er erwiederte: er sehe für die Vermuthung, daß der König zu Gunsten von Somers eingewirkt, keinen genügenden Grund. Denn dann würde er doch auch dasselbe für Portland gethan haben. Jene entgegneten: die Fälle lägen völlig verschieden. Portland sei beiden Parteien gleichmäßig verhaßt. Andererseits hätten diejenigen, die etwa ihm geneigt, sich schweigend verhalten, um es nicht mit dem Gegner Portlands, dem Grafen Albemarle, zu verderben.

Dennoch war auch für viele Mitglieder des Unterhauses bei der Anklage wider Portland nicht seine Person das letzte Ziel. Er hatte sich im Oberhause berufen auf ein Collectiv-Schreiben von Somers, Halifax und Vernon, als die Autorisation sich in den Vertrag einzulassen. Er behauptete, dies Schreiben nicht aufbewahrt, sondern verbrannt zu haben. Jede dieser Ausflüchte schlug dem unglücklichen Manne zum Nachtheile aus. Denn um so mehr nun drängten die Widersacher auf den formellen Proceß vor dem Oberhause, als dem für einen Pair des Reiches zuständigen Gerichtshofe. Das Unterhaus entsendete eins seiner Mitglieder mit der Anklage gegen Portland an das Oberhaus, und verlangte zugleich eine Conferenz in Betreff des Theilungsvertrages. Der Zweck dieses Verlangens war, weiteres Material für die Anklage und namentlich für die Erstreckung derselben auch auf die anderen Betheiligten zu gewinnen [1]).

So war der Stand der Dinge, als jene Botschaft des Königs über die Antworten des Grafen d'Avaux im Haag an das Unterhaus gelangte. Wir haben die Erwartung des Königs über den Erfolg vernommen. Aehnlich sprach ein unbetheiligter Beobachter vorher sich aus. „Auch Mitglieder der Tories sagen mir, berichtet Hoffmann, daß die vertragsmäßige Hülfe von 10,000 Mann für die Republik keinen Schwierigkeiten begegnen werde. Ueberhaupt steigt meine Hoffnung. Denn fast alle Parlamentsmitglieder beider Parteien sind der Ansicht, daß, so schwer auch der Krieg zu führen, dennoch bei dem Stande der

[1]) Commons Debates t. III, p. 133.

Digitized by Google

Dinge in Europa die Erhaltung des Friedens unmöglich sein werde" [1]). Der Bericht ist vom selben Datum mit jenem des Königs an Heinsius.

Die Botschaft des Königs an das Unterhaus umfaßte außer den von Avaux im Haag an Stanhope und Heinsius gegebenen Antworten auch noch zwei Beschlüsse der Generalstaaten in Betreff der Hülfe, welche England nach dem Vertrage von 1678 der Republik zu leisten schuldig, so wie eine Denkschrift des holländischen Gesandten Gelder-malsen in London, der im Namen der Republik diese Hülfe auf das dringendste in Anspruch nahm. Der König empfahl dem Unterhause diese Angelegenheit als höchst gewichtig, und verlangte den Rath der Commons in Betreff der eigenen Sicherheit, so wie derjenigen der Republik, und des Friedens von Europa [2]).

Bei der Berathung der königlichen Botschaft ward ersichtlich, daß die Stimmung der Landedelleute, welche nicht den beiden Hauptparteien als Mitglieder angehörten [3]), ungleich mehr zum Kriege neigte als zuvor. Es ergab sich daher für die Häupter der Tory-Partei die Nothwendigkeit in etwas einzulenken, nämlich ihre Bereitwilligkeit zum Beistande für die Republik kund zu thun, für den Fall, daß sie angegriffen würde. Bei diesem Zusatze lag der Gedanke zu Grunde, daß es nicht die Absicht Ludwigs XIV. sei, mit der Republik zu brechen. Die Tory-Partei mochte daher glauben, daß, wenn sie nur innerhalb der Schranken der Defensive und der bestehenden Verträge mit der Republik bleibe und die Ausführung derselben zusage, nichts zu befürchten sei. Jeden Vorschlag darüber hinaus wußte sie zu vereiteln. Wir haben aus dem Schreiben des Königs an Heinsius vernommen, daß er hoffte auf den Beschluß: der Friedensvertrag von Ryswyck gewähre nicht die Bürgschaft einer Sicherheit. Der Gedanke ward im Unterhause erörtert. Es war begründete Aussicht auf die Mehrheit für denselben vorhanden; aber er fiel zu Boden durch einen der Tory-Minister des Königs, nämlich auf die Erklärung des Staats-Secretärs Hedges, daß es eines solchen Beschlusses nicht bedürfe [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1./12. April.

[2]) Die Message in Commons Debates t. III, p. 134.

[3]) Hoffmann: als welche nicht so sehr in die Cabalen der Parteien vertieft, daß sie nicht auf das wahrhafte Interesse der Nation gedenken.

[4]) Die Berichte Hoffmanns vom 15. und 19. April.

Digitized by Google

Die anderen beiden Puncte dagegen, welche der König in jenem Schreiben gewünscht, gingen in Erfüllung. Das Unterhaus beschloß durch eine Adresse dem Könige zu rathen: er möge gemeinsam mit der Republik die Unterhandlungen fortsetzen und die Maßregeln für ihre Sicherheit treffen, und möge ferner den Defensiv-Vertrag mit der Republik von 1678 ausführen, mit der Zusicherung von Seiten des Unterhauses, die dafür erforderlichen Mittel zu gewähren. — Fehlte demnach in der Adresse der eine wichtige Punct in Betreff des Ryswycker Friedens: so durfte dem Könige als Ersatz dafür gelten, daß die Adresse, weil zu jeder defensiven Maßregel auch die Tories mitwirken wollten und konnten, einstimmig beschlossen war.

Der Dank des Königs schloß sich genau an den Wortlaut der Adresse. In der That prägt auch sein Schreiben an Heinsius seine Zufriedenheit aus, weil, in etwas anderer Form, der Hauptpunct dennoch gewonnen war. Dieser Hauptpunct bestand in dem Beschlusse des Unterhauses, nicht gestatten zu wollen, daß bei der Unterhandlung mit Frankreich das Interesse Englands getrennt werde von demjenigen der Republik. Es lag darin die directe Verneinung eines der von dem Botschafter Avaux kund gegebenen Sätze. Eben daran gedachte der König die Sache weiter zu führen. „Nach diesem Beschlusse, schreibt er an Heinsius, ist es nicht bloß geziemend, daß die Generalstaaten mir ihren Dank aussprechen, sondern auch, daß sie ihrerseits mir die Versicherung geben, ihre Sache von derjenigen der Engländer nicht trennen zu wollen“ [1]).

Die Kriegespartei in England dagegen war mit dem Könige durchaus nicht zufrieden. Jene Erklärung des Staats-Secretärs Hedges, die man als im Auftrage gesprochen ansah, hatte sie an ihm völlig irre gemacht. Da in den Worten des Königs an Heinsius vorher ausdrücklich der Wunsch eines solchen Beschlusses vorliegt: so ist eher anzunehmen, daß die Erklärung von Hedges, ob aus Unkenntnis, ob aus übelem Willen hervorgegangen, dem Könige eben so unlieb war wie irgend einem Mitgliede der Whig-Partei. Aber nicht darauf allein beschränkten sich die Klagen. Die Reden des Königs auch nachher, hieß es, seien gleichgültig, dunkel, zweifelhaft [2]). Man behauptete: es

[1]) Grovestins t. VIII, p. 62. Vom 8./19. April.

[2]) Hoffmann: S. M. reden so indifferenter, ambigue, problematice.

Digitized by Google

ſei urſprünglich ſeine Abſicht geweſen, mit jener Mittheilung über die Antworten des Botſchafters Avaux ſelber vor das Parlament zu treten, den Mitgliedern die Gefahr für ihren Handel, ihre Freiheit, ihre Religion vorzuſtellen; aber er habe den Abmahnungen ſeiner Tory-Miniſter nachgegeben. Wäre dagegen jenes geſchehen, ſo würden fünfzig bis ſechzig Landedelleute, die nun ſich von den Tories verblenden ließen, ſofort ſich für die nachdrücklichſten Beſchlüſſe erklärt haben [1]).

Uns Späteren hat das Verhalten des Königs von Anfang an dargethan, daß er ſeine auf den Krieg berechnete Führung ſo einrichtete, daß er nur dem Wunſche und Rathe des Parlamentes zu folgen ſchien.

Noch weniger als der Kriegspartei in England ſelbſt ſagte dieſe Zurückhaltung des Königs dem kaiſerlichen Geſandten dort zu. Er erbat ſich eine Audienz. „Die Zuſtände in Europa, begann der Graf Wratislaw, ſind derartig beſchaffen, daß ein Jeder ſeine Augen auf England richtet. Namentlich die Aſſociationen der Kreiſe im römiſchen Reiche nehmen eine ſolche Haltung an, daß, bei längerer Dauer der jetzigen Ungewisheit, von ihnen der Beſchluß der Neutralität zu befürchten ſteht. So hat mir namentlich der Kurfürſt von Mainz mit ausdrücklicher Bezugnahme auf England geſchrieben. Deshalb bitte ich Ew. Majeſtät Ihre guten Abſichten für den Kaiſer nachdrücklich zu bethätigen.“ Der König erwiederte: „Der Kaiſer kennt meine guten Abſichten. Wenn er aber wünſcht, daß ich ſie dadurch mehr bethätige, daß ich einen ſtärkeren Druck auf das Parlament ausübe: ſo muß er mir mehr als bisher dazu Gelegenheit geben. Ich habe Ihnen von Anfang an geſagt: der Kaiſer iſt in dieſer Sache gegen Frankreich die Principal-Macht, England und Holland die Hülfsmächte. Daher habe ich zugleich gewünſcht, daß der Kaiſer in Italien oder am Rheine den Anfang machen möge. Nun aber ſind die Franzoſen in Italien dem Kaiſer überall zuvorgekommen. Der Herzog von Savoyen hat ſeinen Vertrag mit Frankreich geſchloſſen, derjenige von Mantua ihnen ſeine Stadt überliefert, die Republik Venedig ſich neutral erklärt. Danach ſehe ich nicht ab, wie die Unternehmung nach Italien noch Erfolg haben kann. Indeſſen will ich darüber nicht urtheilen, ſondern der Einſicht des Kaiſers vertrauen, ſei es, daß er die Unternehmung dennoch

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. April.

Digitized by Google

mit Nachdruck betreibt oder einen anderen Plan entwirft. Nur das Eine muß ich wiederholen: es ist dringend erforderlich, daß der Kaiser den Krieg wider Frankreich so bald wie möglich beginnt, und nicht dem Gedanken sich hingibt, daß vor ihm England und Holland zum Kriege schreiten werden. Denn dies wird nicht geschehen. Wenn aber der Kaiser angefangen hat, so versichere ich Ihnen und verpfände Ihnen darauf mein Wort, daß England und Holland folgen werden. Ich sehe bei diesen zwei Nationen mehr Kraft und guten Willen als ich anfänglich vermuthet, und darauf kann der Kaiser sich verlassen." — Der Gesandte entwickelte die Hindernisse, die bis dahin dem Vormarsche des Prinzen Eugen entgegen gestanden. Der König erwiederte, daß er die Schwierigkeit nach Italien hinein zu gelangen, durchaus begreife. Aber, wie immer dem sei, er wiederhole nur die Ansicht, daß man an irgend einem Orte einmal anfange und dadurch ihm den Anlaß biete, darauf hinzuweisen. Er fügte noch den Grund hinzu, daß Frankreich seine Truppen vom Oberrheine weg nach Belgien ziehe und wie bereit stehe, die Republik zu überschwemmen. Um so nöthiger sei eine Diversion an einer entlegenen Stelle, damit die bisher wohl geneigte Republik unter dem steigenden Drucke nicht auf andere Gedanken gerathe. „Demgemäß, schloß der König diese Audienz vom 19. April, bitte ich den Kaiser, wenn anders er diese beiden Nationen für sein Interesse engagiren will, keine Zeit zu versäumen" [1]).

Damals war von Wien aus bereits die Meldung unterweges, daß fast alle Regimenter Infanterie in Tyrol eingetroffen, daß die Cavallerie auf dem Marsche, und in wenigen Wochen der Beginn der Operationen zu erwarten stehe.

Dagegen war der Hof in Wien zu Anfang mit jenen dem Botschafter Avaux eingereichten Denkschriften nicht sehr zufrieden. Denn die darin zu Gunsten der Seemächte erhobenen Forderungen betrafen Belgien, welches nach dem rechtmäßigen Erbgange dem Kaiserhause gebührte. Der Kaiser hatte nicht vorher seine Einwilligung in die Aufstellung dieser Forderungen gegeben. Wenn also Frankreich sich auf dieselben einließ: so machten die Seemächte ihr Abkommen mit ihm auf Kosten des Kaisers. Und doch hatte eben zuvor der Kaiser auf

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 19. April.

Digitized by Google

die dringende Bitte der Republik ihr die 8000 Mann Brandenburger und Hannoveraner zu Hülfe gesendet, die er vorher zur Vertheidigung des Oberrheines bestimmt. Der Gesandte Goes machte diese Dinge im Haag bei Heinsius und Dykvelt mit Nachdruck geltend. Er hob dagegen hervor, daß England und Holland noch immer Bedenken trügen, den Kaiser durch den Abschluß eines Allianz-Vertrages sicher zu stellen [1]).

Allein andererseits lagen die Thatsachen derartig, daß Goes an dem Willen in der Republik nicht zweifeln konnte. Und zwar war für die Kräftigung dieser Gesinnung jene Adresse des Unterhauses vom 1./12. April von weit reichender Wirkung, und wurde es noch mehr durch die Auffassung und Wiedergabe derselben von Seiten des Königs Wilhelm nach Holland hin. Wie er an Heinsius darüber geschrieben, so auch an Dykvelt. Er halte sich von nun an versichert, sagte er, daß England für das europäische Gemeinwohl getreulich beitragen, und von der Republik sich nicht trennen werde. Das Schreiben schloß mit der Ermahnung an Dykvelt, seines Ortes nach Kräften beizutragen, damit die durch ihn vertretene Provinz bei ihrer guten Gesinnung beharre und die Beschlüsse einmüthig und mit Nachdruck gefaßt würden. Als Dykvelt dem kaiserlichen Gesandten diesen Brief zeigte, fügte er hinzu, daß seine Provinz bereits mehr bewilligt als in einem der vorigen Kriegsjahre. Da jedoch das baare Geld nicht dafür genügend vorhanden: so hätten die vornehmsten Mitglieder sich geeinigt zu Vorschüssen aus eigenem Säckel, wie es noch nie geschehen [2]).

Der französische Botschafter Avaux dagegen ließ unabläßig von seiner baldigen Abberufung reden. Seine Diener boten bei denen der anderen Gesandtschaften die mitgebrachten Vorräthe zum Verkaufe an. Sie rühmten namentlich eine Quantität Speck. Man lachte darüber [3]). Das Mittel der Einschüchterung durch den Hinweis auf die Abreise gelang nicht einmal mehr bei den Kaufleuten von Amsterdam. Dort begab sich einer der Secretäre der Botschaft auf die Börse, und trug einem ihm bekannten Kaufmanne eine Wette an, daß der Botschafter

[1]) Die Berichte des Grafen Goes vom 15. und 19. April.
[2]) Desgleichen vom 19. April.
[3]) Lamberty t. I, p. 472.

Digitized by Google

in kurzer Friſt abreiſen werde. „Ob er reiſt, ob er nicht reiſt, entgegnete der Holländer: ich werde darum mein Geld nicht verwetten.“ Das Lachen der Umſtehenden bewies dem Franzoſen, daß er ſich vergeblich bemüht. Dieſe Geſinnung war im Wachſen. Der Penſionär von Amſterdam, Namens Buys, gab ſie dem kaiſerlichen Geſandten kund mit den Worten: „Es handelt ſich um die Religion und die Freiheit, und wir werden alles daran ſetzen bis auf das Hemd“ [1]).

Ob in England, ob in der Republik dieſer Geiſt des Widerſtandes gegen die Plane Ludwigs XIV. zur vollen Kraftentwickelung hätte gelangen können ohne den Oranier, würde eine müßige, weil ungeſchichtliche Frage ſein. Thatſache iſt, daß dieſe Kraft und dieſer Wille emporwuchs, ſich anlehnend an ihn, ſich ſtützend auf ihn. Er redete nicht laut vor dem Parlamente. Die Kriegspartei dort zürnte ihm, daß es nicht geſchah. Aber ihrer war er ſicher. Er wollte nicht bloß ſie für ſich haben, ſie mit ſich nehmen, ſondern Alle, einmüthigen Sinnes. Seine Briefe gingen aus, ermuthigend zunächſt für die einzelnen Empfänger in der Republik, und durch die Einzelnen wieder zurückwirkend auf die Geſammtheit. Und wieder war es dann die eigenthümliche Doppelſtellung des Oraniers als König und als Unterthan, die ihn in den Stand ſetzte, der Republik gegenüber ſich als König und dennoch wieder vertraulich in einer Weiſe kund zu geben, wie niemals einem anderen Könige es möglich geweſen ſein mag. „Ich gebe die Verſicherung, ſchrieb er am 26. April, daß, ſo langſam es auch beim Parlamente hergehen, und ſo übel nach außen hin es dort ausſehen mag, man endlich doch gute Beſchlüſſe faſſen und namentlich die Republik nicht verlaſſen wird“ [2]).

Eben dieſe Haltung Englands erklärt nun auch um ſo mehr diejenige Ludwigs XIV. Er wollte den Fortbeſtand des Friedens. Um nicht eine europäiſche Oppoſition wach zu rufen, hatte er deshalb in den erſten Monaten nach der Annahme des ſpaniſchen Teſtamentes jeden direct feindſeligen Schritt, der dazu den Anlaß geben konnte, mit Vorſicht unterlaſſen, hatte die dahinzielenden Rathſchläge Harcourts zurückgewieſen. Damals war die Republik faſt wehrlos, das engliſche

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 29. April.
[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

Parlament nicht beiſammen. Die Dinge hatten ſeitdem ſich erheblich geändert. Die Republik war nicht mehr mit Einem raſchen Zuge umzuwerfen, und dazu hatte das engliſche Parlament ſein Wort eingeſetzt, daß es wider einen ſolchen Verſuch eintreten würde. Wenn demnach Ludwig XIV. damals noch einen Gewaltſtreich ausüben, etwa die Republik angreifen wollte: ſo würde ein ſolcher Act gerade das wieder hervorrufen, was er vermeiden wollte, die Coalition. Die ſpäteren franzöſiſchen Tadler Ludwigs XIV. in dieſer Beziehung, haben nicht erwogen, daß er den Krieg nicht wollte, daß er hoffte, ihn vermeiden zu können, daß aber, wenn nach den Beſchlüſſen des engliſchen Parlamentes im März und April 1701 der Krieg für ihn noch zu vermeiden ſtand, zuerſt und vor allen Dingen jegliche directe Provocation ſeinerſeits unterbleiben mußte.

Für die Mehrheit des Unterhauſes ſchien dann für eine Reihe von Tagen kein anderes Intereſſe ſo wichtig als die Kunde der Theilungsverträge. Denn es beſchränkte ſich nicht mehr auf den zweiten: es verlangte von dem Könige auch den erſten von 1698. Es verlangte ferner den Vertrag der großen Allianz vom 12. Mai 1689, mit dem geheimen Artikel. Es iſt nicht überflüſſig abermals daran zu erinnern, daß der König allein dieſen Vertrag gezeichnet, ohne die Gegenzeichnung, ſo wie, aller Wahrſcheinlichkeit nach, auch ſogar ohne die Kunde eines engliſchen Miniſters. Er ließ durch Vernon alle dieſe Schriftſtücke überbringen [1]). Das Unterhaus warf ſich auf dieſelben mit leidenſchaftlichem Eifer, und ſaß darüber am 14./25. April von zehn Uhr Morgens bis Mitternacht. Man ermangelte nicht, den grellen Contraſt des geheimen Artikels von 1689, der dem Kaiſerhauſe das geſammte ſpaniſche Erbe zuſprach, gegenüber dem erſten Theilungsvertrage, der ihm nur Mailand beließ, in ſcharfer Weiſe hervorzuheben. Während dieſer Verhandlungen bat der frühere Lord-Kanzler Somers um Einlaß. Er vertheidigte in beredten Worten ſein Verhalten, und legte ſein damals über die Sache an den König gerichtetes Schreiben vor. (Band VIII, S. 220 u. f.) Allein der Eindruck ſeiner Vertheidigung ward aufgehoben durch die Thatſache, daß Somers die Vollmachten in Blanco, mit dem von ihm beigefügten großen Siegel von England, dem Könige nach

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. April.

Digitized by Google

Holland eingesendet. Günstiger verlief die Sache für den Staats-Secretär Vernon. Er hatte sich bereits darauf gefaßt gemacht, in den Tower geschickt zu werden. Statt dessen erhielt er für die Einwendungen, die er im Jahre 1698 gegen den Theilungsvertrag gemacht, im Unterhause lobende Anerkennung [1]). Es handelte sich für die Tory-Partei nicht um einen solchen Beamten von rühriger Arbeitskraft, aber ohne scharf ausgesprochene politische Parteifärbung, sondern um die Whigs Somers, Orford, Halifax.

Das Urtheil des Beobachters Hoffmann lautet: „Man sieht klar, daß die drei Minister mehr durch den Haß der Gegenpartei, als wegen einer wirklichen Verschuldung zur Verantwortung gezogen werden. Denn auch wenn man nicht hervorheben will, daß sie gegen den Vertrag Einwendungen gemacht haben, so weiß doch Jedermann, daß die ihnen über den Vertrag gemachte Mittheilung nur der Form wegen geschehen, daß vielmehr der Anfang und das Ende lediglich bei holländischen Ministern gestanden. Wenn irgend ein Vorwurf gegen jene englischen Minister zu erheben wäre, so ist es der, daß sie nicht eine ausdrückliche Protestation wider den Vertrag erhoben. Dies pflegte, wie immer auch die Constitution eines Landes sei, bisher nirgends von Ministern zu geschehen, dürfte aber hier nach dieser Warnung fortan in Gebrauch kommen".

Wir Spätere dürfen noch einen Schritt weiter gehen als der Zeitgenosse. Die Thatsachen haben uns gezeigt, daß, wie von englischer Seite kein Minister bei der Berathung des Theilungsvertrages eine Stimme gehabt, so von holländischer Seite diejenigen, die wirklich gefragt wurden, nur ein geringes Gewicht. Wilhelm III. hatte selber gehandelt, und zwar in der Hauptsache allein. Indem er nun, um von den Consequenzen der Theilungsverträge völlig loszukommen, den umgekehrten Weg einschlug, indem er Sorge trug, für jeden Schritt auf diesem Wege nicht bloß die Zustimmung des Unterhauses zu erlangen, sondern sogar die Ermächtigung, die Aufforderung vorher, verzichtete er dadurch thatsächlich auf die Prärogative der Krone, die er im Jahre 1689 und, wenn auch mit formeller Einschränkung, im Jahre 1698 in so weitem Umfange ausgeübt. Ein Protest von

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. April.

Digitized by Google

Miniſtern gegen einen Vertrag, den der Träger der Krone abgeſchloſſen, wie Hoffmann ihn im Jahre 1701 als künftig möglich dachte, konnte in England deshalb nie mehr erfolgen, weil, nach dem Gange der Dinge im Jahre 1701, niemals wieder ein Träger der Krone von England auf den Gedanken kommen würde, einen Vertrag nach außen hin zu ſchließen ohne Vorwiſſen und Beirath von Engländern. Weder verzichtete die Krone ausdrücklich auf die Prärogative der Verträge mit auswärtigen Mächten, noch ward ſie ihr ausdrücklich genommen. Dieſe Prärogative, in ſo weit ſie ausgeübt war ohne Berather, ſtarb ab.

Das Unterhaus, oder richtiger die in demſelben vorwiegende Tory-Partei begnügte ſich nicht mit einer Anklage der drei Lords Somers, Orford, Halifax vor dem Oberhauſe: ſie beſchloß, durch eine Adreſſe den König zu bitten, jene drei Miniſter ſo wie den Grafen Portland aus ſeiner Nähe zu entfernen [1]).

Der Beſchluß war der Beginn einer Differenz zwiſchen beiden Häuſern. Die Abſicht dieſer Adreſſe, bevor vom Oberhauſe ein Urtheil über die Anklage geſprochen war, erregte dort Misſtimmung. Die Mehrheit im Oberhauſe ſuchte zuvorzukommen, indem ſie durch eine Adreſſe den König erſuchte, auf die Beſchwerde des Unterhauſes nicht einzugehen, bis zuvor der Proceß erledigt ſei [2]).

Der König nahm die Adreſſe der Lords ſchweigend hin. Auch nachher erfolgte keine Antwort.

Das Unterhaus kümmerte ſich nicht um den Einwand der Lords [3]). Es überreichte ſeine Adreſſe. Sie enthielt gegen den Theilungsvertrag ſcharfe Ausdrücke, welche, dem Namen nach auf die Angeklagten gerichtet, der Sachlage nach zurückfielen auf die Perſon des Königs. Die Adreſſe ſchloß dagegen mit der Verſicherung, daß das Unterhaus bereit ſei, bis aufs äußerſte für den König einzuſtehen wider alle ſeine Feinde nach innen und nach außen. Dieſe Verſicherung war berechnet auf das engliſche Volk. Denn bereits erhob ſich vielfaches Murren gegen

---

[1]) Die Adreſſe in Commons Debates t. III, p. 137. — Hoffmanns Bericht vom 29. April.

[2]) Die Adreſſe in Lords Debates t. II, p. 27.

[3]) Hoffmann im Berichte vom 29. April: das Unterhaus ſeinerſeits, anſtatt ſolches zu reſſentiren, lachet dazu.

Digitized by Google

die Tory-Partei, welche zu einer Zeit der allgemeinen Gefahr die Beschlüsse für die Sicherheit von England eher hindere als fördere [1]).

Der König schluckte auch dies Mal jede Empfindlichkeit über die ihm dargebotene Adresse nieder. Nicht auf die lang ausgeführte Hauptsache derselben ging er ein, sondern lediglich auf den Schlußsatz, auf jene Versicherung. Diese nahm er mit Dank entgegen. Daher, fuhr er dann fort, dürfe das Unterhaus darauf bauen, daß er in seinem Dienste nur diejenigen Personen verwende, welche beitragen zu dem gegenseitigen Vertrauen, das um so nothwendiger sei gerade bei der Lage der Dinge in Europa, sowohl für die eigene Sicherheit von England, als für den Schutz und die Erhaltung der Bundesgenossen.

Wir sehen, wie der König die Klippen umschifft. Er antwortet nicht auf die Beschwerde des Oberhauses, deren Consequenz ihn der Mehrheit des Unterhauses gegenübergestellt hätte. Eben so wenig aber geht er ein auf den Hauptpunct der Adresse des Unterhauses, sondern, indem er die Nebensache derselben zur Hauptsache emporhebt, verweist er das Unterhaus auf seine patriotische Pflicht. Und auch dies wieder geschah in solcher Weise, daß das Unterhaus für erforderlich erachtete, ihm für die Antwort besonders zu danken. Hoffmann, obwohl er den tieferen Plan des Königs nicht durchschauete, fügt doch seinem Berichte seine Ansicht hinzu, daß der König in dieser Sache sich klug und weise benommen [2]). Diese Weisheit mußte einleuchtender werden von Tage zu Tage. Die Differenz der beiden Häuser über die Anklage gegen die vier Lords war da; aber von Anfang an bewegte sich diese Differenz zu Füßen des Königs.

Er selbst muß damals, zu Anfang Mai, die Dinge in England schon ungleich günstiger angesehen haben, als sie den ferner Stehenden erschienen. Seine Besorgnisse betrafen vielmehr die Republik. Der Botschafter Avaux hatte dort den Monat April hindurch seine Abreise als Drohmittel hingestellt. Das Mittel war verbraucht. Wilhelm III. kam bereits zu dem Gedanken, daß der Botschafter zum Abbruche seiner Verhandlungen gedrängt werden müsse. Dafür sei erforderlich, ihn zu der definitiven Erklärung zu bringen, daß Frankreich statt aller verlangten

---

[1]) Hoffmann im Berichte vom 29. April.

[2]) Desgleichen vom 6. Mai.

Digitized by Google

Sicherheit lediglich die Erneuerung des Friedens von Ryswyck biete, und dann von Seiten der Republik zu antworten, daß sie darin eine Sicherheit für sich nicht anerkenne. Damit werde die Unterhandlung abgebrochen, und der weitere Schritt für die Generalstaaten sei dann die officielle Kundgebung des Abbruches und der Motive desselben an England [1]).

Wir werden ersehen, mit welcher Bereitwilligkeit die Generalstaaten dem Wunsche des Königs entsprachen. Bevor jedoch dies geschah, trat ein Incidenz-Punct ein, der, namentlich für die Whig-Partei, den König wieder wie in einem unentwirrbaren Schleier erscheinen ließ. Es verlautete die Kunde, daß der König Wilhelm III. auf das Schreiben, mit welchem der Herzog von Anjou als König Philipp V. ihm seine Thronbesteigung kund gegeben, mit einem Glückwunsche geantwortet, also die Anerkennung ausgesprochen habe [2]).

Ueber den Hergang dieser Sache gab Albemarle dem kaiserlichen Gesandten nähere Auskunft. Der Marquis Torcy, sagte er, habe dem Botschafter Manchester in Paris das Notifications-Schreiben überreicht, dieser es angenommen und an den König eingeschickt. Graf Wratislaw, der sich nicht bemühete seinen Verdruß über die Anerkennung zu verhehlen, erwiederte: „Daß ein Botschafter ein solches Schreiben ohne Vorwissen und ohne Consens seines Souveräns angenommen und ihm eingeschickt haben solle, erscheint mir doch etwas unglaublich". Albemarle fuhr fort: das Verfahren Manchesters sei ein Fehler; aber er sei begangen. Demnach habe der König, ohne jegliche Bemerkung seinerseits, den Brief dem Cabinet übergeben, und von dorther den einstimmigen Rath erhalten, daß er antworten und anerkennen möge. Der König habe diesem Rathe sich nicht entziehen können, lasse dagegen durch Albemarle dem Gesandten des Kaisers versichern, daß diese Anerkennung weder auf seine Gesinnung, noch auf seine Thätigkeit irgend einen Einfluß üben werde. Der Gesandte nahm mürrisch und zweifelnd diese Zusicherung entgegen. Er beschäftige sich mit einer Denkschrift, erwiederte er, durch die er auf Grund des Allianz-Vertrages von 1689

[1]) Der König an Heinsius, 3. Mai, bei Grovestins t. VIII, p. 63.

[2]) Wratislaws Bericht vom 3., 6. und 10. Mai. — Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.

Digitized by Google

die Hülfe des Königs für den Kaiser in Anspruch nehmen wolle. Sobald der König es gestatte, werde er sie überreichen [1]).

Auch der des Landes und der Personen ungleich mehr kundige Resident Hoffmann wußte sich doch in den Schritt des Königs nicht zu finden. Seine Worte haben für uns das besondere Gewicht, daß wir in ihnen den Widerhall auch der Reden der Engländer vernehmen, namentlich hier der Whig-Partei. „Blickt man zurück, sagt er, auf das gesammte Verhalten des Königs seit der Umwälzung in Spanien, nämlich auf sein Hinüber-Lenken zu einer Partei, die von Anfang an bis heute nur von der Erhaltung des Friedens redet, dann auf die späte Einberufung des Parlamentes, ferner auf die Indifferenz, den Kaltsinn, der sich kund gibt in den Reden des Königs, wie in seinen Botschaften an das Parlament — bedenkt man endlich, daß er die Anerkennung des Herzogs von Anjou gleich zu Anfang vorgehabt, und demnach diesen Vorsatz von damals jetzt nur ausgeführt hat —: so kann man nach allem diesem nicht umhin, den Ansichten derjenigen Glauben beizumessen, welche von Anfang an ausgesprochen, daß die englische Nation bereitwilliger für den Krieg sei als der König, daß es nur an ihm hafte, den Willen zur That zu machen. Demnach darf man auch die heimlichen Flugschriften wider die Friedensliebe des Königs, die von Zeit zu Zeit in die Häuser gestreut werden, nicht für ungegründet halten. Ob die schwache Constitution des Königs das Motiv abgibt, ob ein anderes bisher unerkennbares obwaltet, wird erst mit der Zeit sich klar stellen lassen" [2]).

Ja es schien damals als wachse im Unterhause eine besondere Partei gegen den König auf. Es ward der Antrag eingebracht, ihm von den 700,000 Pfund Sterling seines Einkommens ein Siebentel zu streichen. Die äußeren Gründe waren, daß er den für die Königin Marie Beatrice in St. Germain bewilligten Betrag nicht auszahle, und daß die Kosten für den Hofstaat des Herzogs von Gloceſter weggefallen. Diese Thatsachen waren nicht anzufechten. Aber es ward ferner geltend gemacht, daß die früheren Könige mit nicht einmal der Hälfte der Summe einen glänzenden Hofstaat geführt, daß dagegen

[1]) Wratislaws Bericht vom 10. Mai.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.

Digitized by Google

der König Wilhelm, bei seiner eingezogenen Lebensweise, binnen wenigen Jahren eine solche Summe zurücklegen könne, daß sie ihn in den Stand setze, eine Armee aus eigenen Mitteln zu errichten, und mit derselben die Freiheit der Nation zu Boden zu drücken [1]). Der Antrag erhielt eine Mehrheit von fünfundvierzig Stimmen, und zwar bestand dieselbe aus Whigs, die dem Könige nicht vergessen konnten, daß er zu der Tory-Partei hinüber gelenkt, so wie aus Tories, denen es bedenklich erschien, daß der König sich den Häuptern ihrer eigenen Partei allzu willfährig erweise; denn so habe es sich gezeigt bei der Anerkennung des Herzogs von Anjou als König von Spanien. Wenn diese neu gebildete Mehrheit auch ferner zusammen hielt, so gab sie den Ausschlag. Allein in der Wirklichkeit hatte diese Mehrheit kein inneres Band, sondern hatte sich zusammengefunden nur aus dem Verdrusse, welcher entsprang aus der Ungewisheit über die Richtung und das eigentliche Ziel des Königs. Ja es stieg sowohl bei Tories wie bei Whigs, vorwiegend aber bei letzteren, der Verdacht empor, daß bereits wieder ein heimliches Einverständnis mit Frankreich bestehe, und daß aus der Wurzel dieses Einverständnisses die Anerkennung des Herzogs von Anjou entsproßt sei [2]).

In Versailles dagegen war man über diese anscheinende Wendung der Dinge sehr befriedigt. Bereits vorher hatte der König seinem Hofe gesagt: die Holländer schienen minder unvernünftig zu werden, und der Graf d'Avaux solle im Haag noch verbleiben. Am Abende des 8. Mai verkündete er seinem Hofe, daß alle Privatbriefe aus England und Holland nur vom Frieden redeten, daß die Börsenpapiere sich im raschen Steigen befänden [3]).

So standen die Dinge in der ersten Hälfte des Monates Mai. Am 6./17. Mai traf in London das Schreiben der Generalstaaten ein, welches der König ihnen angerathen, datirt vom 13. Mai [4]). Wir haben den Gang der Dinge in der Republik in den Tagen vorher zu überblicken.

Nach jener ersten Conferenz mit dem Botschafter Avaux, am 22. März, in der ihm die Denkschriften beider Mächte überreicht wurden,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. Mai.

[2]) Desgleichen.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 97.

[4]) Abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 474 et suiv.

Digitized by Google

hatte den Monat April hindurch eine andere nicht ſtattgefunden. Aber der Botſchafter blieb im Haag. Ludwig XIV. wünſchte die Fortdauer des Friedens, ohne jegliche Conceſſion von ſeiner Seite; die Leiter der Republik wünſchten auf alle Fälle Zeit zu gewinnen. Am 2. Mai, alſo noch bevor der König Wilhelm jenen Rath durch Heinſius an die Generalſtaaten gerichtet, beſchloſſen ſie dem Botſchafter kund zu thun, daß ihre Deputirten zugleich mit dem engliſchen Geſandten bereit ſeien, für die Erhaltung des Friedens und die beſondere Sicherheit der Republik die Conferenzen mit ihm zu erneuern. Avaux wies das Erbieten nicht zurück, nur daß er in Betreff des engliſchen Geſandten erwiederte, dieſer möge immerhin den Conferenzen beiwohnen; jedoch ſei er nicht ermächtigt mit ihm in Verhandlung zu treten. Nicht dorthin gehörten die engliſchen Angelegenheiten. Dann meldete Avaux dieſe ſeine Antwort vom 3. Mai nach Verſailles. Ludwig XIV. gab ſeine Zuſtimmung, und Avaux that dieſelbe am 10. Mai den Generalſtaaten kund [1]).

Inzwiſchen hatte Heinſius das Schreiben Wilhelms III. vom 3. Mai an die Verſammlung gebracht. Die Aufforderung fand ſofort diejenige Folge, die der Sachlage entſprach. Man verfaßte, am 13. Mai, die bereits genannte ausführliche Denkſchrift, die genaue Kunde gab von dem bisherigen Gange der Verhandlungen mit dem franzöſiſchen Botſchafter. Es kehrt darin in vielfachen Wendungen immer der Gedanke wieder, daß die Intereſſen der Republik und Englands in dieſer Sache untrennbar, daß die Republik eine Scheidung derſelben nicht zugeben könne, noch wolle, und darum dem Könige den Stand der Sache mittheilen müſſe, nicht jedoch bloß denjenigen der Unterhandlung, ſondern im Vertrauen auf die Verträge und auf die kund gegebene Bereitwilligkeit des Königs für den Defenſiv-Vertrag von 1678 einzutreten, auch die Nothlage, in welcher ſich die Republik dem Könige von Frankreich gegenüber befinde. Und dann folgt in kurzen, ſcharfen Zügen eine Schilderung der Gefahr der Republik.

„Frankreich, ſagt die Denkſchrift, nicht zufrieden, ſich in den Beſitz aller Städte Belgiens geſetzt zu haben, läßt täglich neue Truppen dort einmarſchiren. Man hat eine Wallinie aufgeworfen von der Schelde bei Antwerpen bis zur Maas. Man beginnt, nach ſicheren

[1]) Lamberty t. I, p. 474 et suiv.

Digitized by Google

Nachrichten, eine ähnliche Linie von Antwerpen nach Oſtende. Man ſendet zahlreiche Artillerie in die Grenzplätze nach unſerer Seite. Man errichtet in aller Eile Magazine in Flandern, Brabant, Geldern, Namur, und füllt ſie an mit Kriegsvorräthen aller Art. Man errichtet Forts bis unter die Kanonen unſerer feſten Plätze. Ferner arbeitet Frankreich beſtändig, die unſerer Republik befreundeten Fürſten von uns zu löſen, um ſie entweder in ſeine Allianz zu ziehen oder doch zur Neutralität zu verpflichten. Es ſucht, durch Intriguen und Spaltungen im Reiche unſere Freunde dort zu lähmen, die franzöſiſch Geſinnten zu ſtärken. Daher ſind wir wie umſchloſſen von allen Seiten, bis auf das Meer. Das iſt, ohne Uebertreibung noch Entſtellung, die wirkliche Sachlage."

„Darum hoffen wir, daß, wie Ew. Majeſtät unſere Angelegenheiten genau kennen, Sie auch mit uns darin einſtimmig ſein werden, daß unſere Lage zur Zeit gefährlicher iſt als während des vorigen Krieges, und ſchlechter, als wenn wir uns wirklich im Kriege befänden. Denn zur Zeit müſſen wir den Bau von Schanzen unter den Kanonen unſerer feſten Plätze, den Aufwurf von Walllinien an unſeren Grenzen ungehindert geſchehen laſſen, während wir es nicht dulden würden, wenn wir wirklich im Kriege wären. Wir müſſen daher ſogar mehr für unſere Vertheidigung thun, als wenn wir offen angegriffen wären: wir müſſen das Land unter Waſſer ſetzen und unſere Deiche durchſtechen, um unſere Grenzen zu ſchützen. Die Noth zwingt uns, dieſe Mittel und andere anzuwenden, die ſonſt der Krieg mit ſich bringt, ſo daß unſere Unterthanen in Wirklichkeit ſchon mehr leiden als während des vorigen Krieges. Bisher hat uns die winterliche Jahreszeit einigermaßen zur Deckung gedient. Dies iſt vorüber, und wir ſtehen in täglicher Gefahr überrannt zu werden, wenn uns nicht ſchleunige Hülfe kommt. Wir verſprechen ſie uns von Ew. Majeſtät her, namentlich nachdem es Ihnen gefallen, uns kund zu thun, daß Ihr Parlament günſtige Beſchlüſſe für uns gefaßt hat. Unter dem Drucke unſerer Noth bitten wir daher Ew. Majeſtät, die äußerſte Gefahr, in der wir uns befinden, wohl zu erwägen, ſo wie auch unſer Unvermögen, den völligen Umſturz und den Untergang unſerer Republik abzuwehren, im Falle man uns in dieſem Stande ohne Hülfe beließe. Nach unſerer Anſicht ſind die Intereſſen von England ſo enge mit den unſerigen

Digitized by Google

verwoben, daß wir uns eher jedem Ereigniſſe ausſetzen werden, als dulden, daß man ſie trenne, oder zu Maßregeln ſchreite ohne die Zuſtimmung Ew. Majeſtät. Es iſt überflüſſig Ihnen vorzuſtellen, daß die Sorgfalt für die Erhaltung Ihrer eigenen Königreiche Ihnen die Pflicht auferlegt, das Verderben von uns abzuwehren; denn der Untergang derſelben iſt, nach unſerer Anſicht, untrennbar von dem unſrigen. Die Gründe ſind Ew. Majeſtät beſſer bekannt als uns, eben ſo wie die unheilvollen Folgen, denen man ſich ausſetzen würde, wenn man uns in dieſem Stande beließe. Darum ſind wir der Ueberzeugung, Ew. Majeſtät werden vermöge Ihrer überlegenen Einſicht und der Bereitwilligkeit Ihres Parlamentes alle Dinge wohl leiten und vor Europa den Beweis führen, daß für die allgemeine Sicherheit nichts vortheilhafter iſt, als Allianzen und Freundſchaft mit England. Für uns zunächſt erwarten wir ohne Aufſchub die Hülfe gemäß dem Vertrage, auf den wir uns berufen und den England anerkennt."

Nach dieſem Nothrufe der Generalſtaaten könnte es ſcheinen, als habe der König von Frankreich den Krieg damals beabſichtigt. Allein es iſt billig dagegen auch eine franzöſiſche Stimme zu vernehmen. Es iſt diejenige des Erzbiſchofs Fenelon von Cambray, welche, vermittelſt des Herzogs von Bourgogne, auch bis in den Rath des Königs drang. Alle jene Maßregeln waren das Werk des Marſchalls Boufflers. Darüber ſagt Fenelon: „Ich kann nicht umhin auszuſprechen, daß der Marſchall Boufflers, weil unerſchöpflich an überflüſſigen Maßregeln, dem Königreiche ungeheuere Ausgaben verurſacht. Er wirft allerlei Werke auf zur Vertheidigung einer Grenze, welche anzugreifen die Holländer in dieſem Jahre niemals ernſtlich beabſichtigt haben, und vielleicht auch im nächſten nicht beabſichtigen werden, wenn man nicht von hier aus ihnen dazu den Anlaß gibt" [1]).

Der letzte Gedanke Fenelons iſt beſonders wichtig, weil er andeutet, was wir ſpäter genauer von ihm vernehmen werden, daß die franzöſiſche Sorge den Krieg zu vermeiden, ihn herbeizog. Boufflers arbeitete, ohne es zu erkennen und zu wollen, für die Plane Wilhelms III. Die Furcht der Generalſtaaten vor jenen Maßregeln des Marſchalls, welche ſie als lediglich defenſive nicht anerkannten, entriß

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 556.

Digitized by Google

ihnen jenen Nothruf, der dem Könige Wilhelm bei den Engländern sehr zu statten kam.

Das Schreiben der Generalstaaten vom 2./13. Mai gelangte in die Hände des Königs Wilhelm am 7./18. Mai. Er beschloß, es am nächsten Tage an das Unterhaus zu geben. Bevor jedoch dies geschah, ward an dasselbe ein anderes merkwürdiges Schriftstück gebracht, eine Petition der Grafschaft Kent.

Wir haben schon wiederholt vernommen, daß die Stimmung in der englischen Nation gegen den König von Frankreich ungleich erregter war, als von Seiten der Mehrheit des Unterhauses zu Tage trat. Die Haltung der letzteren ward vielfach übel aufgenommen. Der Tadel erlangte einen scharfen Ausdruck in einer Petition der Grafschaft Kent, vom 29. April/10. Mai, welche das Unterhaus aufforderte auf die Stimme der Nation zu hören, damit wirksame Fürsorge für die Religion und die Sicherheit von England getroffen, die loyalen Adressen des Unterhauses in Geld-Bills gewandelt und der König in den Stand gesetzt werde, seine Bundesgenossen mit Nachdruck zu unterstützen, bevor es zu spät sei [1]).

Fünf der Unterzeichner hatten die Kühnheit, die Petition an die Thüre des Unterhauses zu bringen, am 8./19. Mai. Das Schriftstück ward sofort in Betracht genommen, zunächst jene fünf Personen hereingerufen und befragt. Sie erkannten ihre Unterschrift an.

Die Petition ward verlesen. Es folgte sofort der Antrag, das Schriftstück für ärgerlich, unverschämt, aufrühreriſch zu erklären, als ein solches, welches bezwecke, das verfassungsmäßige Recht des Parlamentes zu zerstören, und die gesetzliche Regierung des Königreiches zu untergraben. Jene fünf Personen seien zu verhaften. Der Antrag ward angenommen, und zwar einhellig [2]).

Die Einstimmigkeit ergibt, daß über das formelle Unrecht der Petenten im Unterhause kein Zweifel obwaltete. Allein die Petition war vernommen. Wenn auch das Unterhaus den Eingriff in seine

[1]) Die Adresse in Commons Debates t. III, p. 140.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai: Es hat Jedermann nicht wenig befremdet, daß das Unterhaus die Abgeordneten verarrestiren lassen. Indem es aber allerdings einhellig darin gewesen, als wird es dahin genommen, daß es dies nicht ohne Fug und Ursach gethan.

Digitized by Google

Autorität sofort nachdrücklich zurückgeschlagen, so ging doch das Urtheil Vieler gleich am ersten Tage dahin, daß die Petition Frucht tragen, daß auch ferner die Stimmung der englischen Nation auf die Mitglieder des Unterhauses nicht ohne nachdrückliche moralische Einwirkung bleiben werde. Und ähnlich wurde das Bedenken laut, ob die Verhaftung der fünf Petenten, wenn auch formell gerechtfertigt, gegenüber jener Stimmung als vorsichtig betrachtet werden dürfe [1]).

Nachdem der Sturm über die Petition im Unterhause sich gelegt, erschien der Staatssecretär Hedges mit einer königlichen Botschaft. Er überreichte mit einem Berichte Stanhopes zugleich die Schrift der Generalstaaten vom 2./13. Mai, mit einer warmen Empfehlung des Königs, die mit den Worten schloß: „Denn es ist ja ganz augenscheinlich, daß die Sicherheit von England, eben so wohl wie der eigentliche Bestand von Holland, zum erheblichen Theile abhangt von den Beschlüssen, die Ihr in dieser Angelegenheit fassen werdet" [2]).

Die Aufforderung war nachdrücklich. Das Unterhaus, indem es am nächsten Tage sich genauer mit der Sache beschäftigte, entsprach der von dem Könige ihm kund gegebenen Erwartung. Ja es ging über dieselbe hinaus. Der Anlaß war gekommen von Seiten der Republik, und die Botschaft des Königs betraf eben auch nur die Hülfe für dieselbe. Der Antrag dagegen, der im Unterhause gestellt wurde, lautete auf die Bundesgenossen. Das Wort blieb anfangs nicht ohne Widerspruch. Es würde auch den Kaiser mit umfassen, erwiederten die Gegner, und doch höre man nichts von dem Kaiser, wisse nicht, was er leiste oder zu leisten vorhabe. Hedges antwortete: er könne versichern, daß der Kaiser nicht still sitze, auch sein Möglichstes thue, um sich Freunde zu erwerben, daß aber Frankreich durch seine Intriguen und namentlich durch sein Geld an vielen Stellen entgegen arbeite. Bald jedoch, hoffe er, werde man vom Südosten her mehr vernehmen.

So am 9./20. Mai. Es war der Tag, an welchem der Prinz Eugen in Roveredo in Südtyrol eintraf, um seinen denkwürdigen Zug über die tridentinischen Alpen zu unternehmen. Hedges mochte bei

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai.

[2]) Commons Debates t. III, p. 139.

Digitized by Google

jenen seinen Worten selber nicht ahnen, wie wahr er gesprochen. Aber er hatte den Erfolg, daß der Einwand verstummte. Der gestellte Antrag lautete: „Das Haus will Sr. Majestät wirksam beistehen in der Unterstützung der Bundesgenossen, um die Freiheit Europas zu behaupten, und will sofort Hülfe leisten für die Generalstaaten, gemäß dem März-Vertrage von 1678". Der Antrag ward angenommen ohne Widerspruch.

Das Gewicht dieses Erfolges legt sich uns dar in den eigenen Worten des Königs an Heinsius. „Es gereicht mir zur besonderen Freude, schreibt er, Ihnen den erstaunlichen Erfolg zu melden, den das Schreiben der Generalstaaten davon getragen hat. Ich hatte es mit einer dringenden Anmahnung gestern an das Unterhaus gesendet. Heute haben sie es in Erwägung gezogen, und die Frucht derselben ist die beikommende Adresse. Einen mehr befriedigenden Ausgang durfte man nicht hoffen, und die Mitglieder des Hauses der Commons fangen an sich so sehr zu erwärmen, daß in der heutigen Sitzung die Rede ging: man müsse sofort den Krieg beginnen. Sobald das Parlament die Zahl der Hülfstruppen beschlossen, werde ich sie sofort zusammenziehen. Zunächst werde ich mit Nachdruck auf den Beschluß selbst dringen; denn hier muß alles beim ersten Anlaufe ins Werk gesetzt werden. Frankreich wird, wie ich vermuthe, über die Ausdrücke der Adresse etwas staunen: die Aufforderung, die Freiheit Europas zu behaupten, ist sehr bezeichnend. Von daher habe ich fortan eine Basis für die Unterhandlung mit dem Kaiser; aber es wäre vorzuziehen, daß sie im Haag geführt würde".

„Nach dem Vorgefallenen scheint es mir, daß die Verhandlung mit Frankreich als abgebrochen angesehen werden müsse. Ich kann nicht glauben, daß die Republik, nach den mir gegebenen feierlichen Versicherungen, noch daran denken könne, gesondert weiter zu unterhandeln, obwohl allerdings Amsterdam sich dazu geneigt zeigt. Die Beweggründe dieser Stadt sind mir unfaßbar, und ich stimme durchaus Ihrer Ansicht bei, daß, welche Bürgschaften auch immer Frankreich der Republik zugestehen mag, sie völlig illusorisch sind, wenn sie erlangt werden in Folge einer Trennung unter den Bundesgenossen" [1]).

[1]) Grovestins t. VIII, p. 68.

Digitized by Google

Am nächsten Tage suchte die Mehrheit im Oberhause das Unterhaus zu überbieten. Es ward eine Adresse beantragt, die den König ersuchte, nicht bloß mit den Generalstaaten ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, sondern auch sich mit dem Kaiser auf Grund des Vertrages der großen Allianz von 1689 zu einigen. Zugleich jedoch wies die Adresse darauf hin, daß an der gegenwärtigen Gefahr für Europa die späte Einberufung des Parlamentes eine Mitschuld trage. Die Reden der Tory-Minister Rochester und Godolphin gegen die Adresse verhallten: die im Oberhause überwiegende Whig-Partei setzte sie durch [1]).

Unbetheiligte Beobachter, wenn auch der Sache geneigt, sahen dies Vorgehen nicht ohne Bedenken. Da nicht dem Oberhause, sondern lediglich dem Unterhause das Recht der Geldbewilligung zustand: so konnte eine Aufforderung zu Offensiv-Allianzen, deren Kosten das Königreich zu tragen hatte, als ein Uebergriff in die Befugnisse des Unterhauses erscheinen [2]).

Das letztere dagegen ging fort gemäß jenem Beschlusse. Es war die Frage, ob der Beistand, welchen England auf Grund des Vertrages von 1678 der Republik schuldete, 10,000 Mann, in Truppen oder in Geld zu leisten sei. Das Unterhaus beschloß die Sendung von Truppen. Aber von Irland her konnten nur 5000 Mann abgegeben werden: man mußte demnach sich zu neuen Werbungen entschließen. Dagegen erhob sich wieder die Besorgnis für die Freiheit. Habe der König eine stärkere Macht zur Verfügung: so werde er nicht zum zweiten Male so leicht wie früher zur Entwaffnung zu bringen sein, sondern werde mit diesen Truppen alle Prärogativen der Krone herzustellen trachten. Gegen diese Besorgnis schlug der Einwand durch, daß die jetzige nahe Gefahr dringender sei als jene entferntere, und daß man dagegen immer noch sich verwahren könne [3]).

Die Bereitwilligkeit, die sich in den Beschlüssen des Unterhauses kund gegeben, ward vielfach erwogen, und je nach dem verschiedenen Standpuncte ward diesem oder jenem Motive ein stärkeres Gewicht

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Mai. Die Adresse findet sich nicht in Lords Debates t. II, p. 27.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

beigelegt. Im Haag war man geneigt zu glauben, daß der Nothruf der Generalstaaten den Beschluß erwirkt. Stanhope dagegen versicherte, daß der moralische Eindruck der Kenter Petition durchschlagend gewesen sei [1]). Man wußte, daß eine lange Reihe ähnlicher Petitionen vorbereitet wurden, und demgemäß durfte man annehmen, daß die Stimmung des englischen Volkes für den Krieg war. Es trat jedoch noch ein besonderes Moment hinzu: eine Spaltung in der Tory-Partei. Für dieselbe hatte besonders mitgewirkt die schleunige Anerkennung des Herzogs von Anjou, welche die Häupter der Tory-Partei im Cabinet des Königs angerathen. Die Partei als solche war dadurch überrascht worden wie alle Engländer; viele Mitglieder aber waren mit der Sache nicht einverstanden. Bei ihnen wuchs ein Mistrauen gegen Rochester und Godolphin empor [2]). Um so eher also waren sie geneigt sich dem Gegentheile zuzuwenden.

Bei dieser Lage der Dinge kann man sich der Vermuthung nicht erwehren, daß Wilhelm III., bei seinem Ueberblicke des Ganzen, diese Consequenz im voraus berechnet und darum den Rath seiner Tory-Minister für die Anerkennung so bereitwillig befolgt hatte.

Eben so merkwürdig ist sein Verhalten auf die Adresse des Oberhauses, welche derjenigen des Unterhauses voraneilte. Die Adresse nannte ausdrücklich den Kaiser. Der König erwiederte, daß er das Bündnis mit den Generalstaaten betreiben, daß er die vom Oberhause vorgeschlagene Verbindung mit anderen Mächten in Erwägung ziehen wolle [3]).

Für dieses Verhalten lag zunächst die Erklärung nahe, daß der König die Sache nicht gleich zu weit treiben, nicht durch ein Eingehen auf den Wunsch des Oberhauses dem Unterhause einen Anlaß zum Stillestehen oder gar zum Widerspruche bieten wolle. Allein viele begnügten sich nicht mit dieser Auslegung. Je länger, je klarer, hieß es, liege zu Tage, daß der König sich durch sein neues Ministerium von jeglichem anderen Bündnisse als demjenigen mit der Republik abhalten lasse. Demnach beabsichtige der König lediglich eine Sicherstellung für die Republik, zu Gunsten des Kaisers dagegen nur das Angebot

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 27. Mai.

[2]) Hoffmann im Berichte vom 24. Mai: Sie ressentiren es und wollen sich nicht als instrumenta gebrauchen lassen.

[3]) Desgleichen vom 27. Mai.

Digitized by Google

ſeiner Vermittelung. Denn in beiden Häuſern habe ſich die Stimmung ſo gewandelt, daß, außer den eigentlichen Anhängern des neuen Miniſteriums, Jedermann den Krieg für nothwendig erachte. Da nun der König dieſe Stimmung nicht benutze: ſo bleibe kaum etwas Anderes übrig als zu urtheilen, daß es ihm an dem Willen dazu fehle [1]).

So der Schein. Die Berichte des Grafen Wratislaw laſſen erſehen, daß auch er an dem Gelingen ſeiner Miſſion zweifelhaft ward. Er hatte dem Grafen Albemarle in Ausſicht geſtellt, dem Könige eine Denkſchrift einzureichen. Es geſchah. Die Denkſchrift ſchilderte in kurzen Zügen den Zuſtand Europas, das Unrecht des Königs von Frankreich, das Recht des Kaiſers auf das ſpaniſche Erbe, und verlangte zum Schluſſe auf Grund der Allianz von 1689 die Hülfe Englands [2]). Der König nahm die Schrift entgegen. Er vermuthete die Abſicht Wratislaws, daß ſie dem Parlamente vorgelegt werden ſollte. Eine ſolche Abſicht fügte ſich in ſeinen Plan der Führung desſelben nicht ein. „Verſichern Sie dem Kaiſer, erwiederte er, daß meine Neigung für ſeine Sache nicht beſſer ſein könnte, als ſie iſt, ferner, daß ich weder mit Frankreich noch mit Spanien irgend welches Abkommen getroffen, daß ich ſo frei bin wie die Generalſtaaten und die Generalſtaaten eben ſo frei wie ich, und beiderſeitig Willens dem Kaiſer zu helfen, wenn nur auch er meinen Rath befolgt und den Anfang macht. Dagegen kann ich Ihre Denkſchrift nicht an das Parlament bringen; denn die Neigung, welche Sie dort vermuthen, würden Sie nicht finden. Wenn Sie nur meiner Führung vertrauen wollen, ſo werden Sie erſehen, daß alle Dinge zu Ihrer Befriedigung auslaufen werden." Wratislaw hielt dem Könige die vertraulichen Zuſicherungen einiger Mitglieder des Unterhauſes entgegen, welche nur auf die günſtige Gelegenheit warteten, ſich offen für den Kaiſer auszuſprechen. Der König erwiederte: „Ich erſuche Sie dennoch mir mehr zu glauben, als dieſen Perſönlichkeiten. Ich verſichere Ihnen, daß ich den rechten Moment nicht verſäumen werde. Aber ich muß in aller Beziehung mit den Generalſtaaten zuſammen gehen" [3]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. Mai.

[2]) Die Denkſchrift bei Lamberty t. I, p. 478.

[3]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 20./31. Mai.

Digitized by Google

Der König verlangte demnach von Seiten des Kaiſers ein unbedingtes Vertrauen in ihn. Dies Vertrauen wurde dem Grafen Wratislaw ſchwer. Denn allerdings mochte Wilhelm III. ſich nicht klar ſein über die eine Frage, wie er nach außen hin erſchien. Einige Worte, die er nach jener Audienz Wratislaws für Heinſius niederſchrieb, ſind in dieſer Beziehung von beſonderem Intereſſe. „Ich ſehe, ſagt er, daß wir uns völlig auf den Krieg gefaßt machen müſſen. Obwohl in den Augen der geſammten Welt ich als derjenige gelte, welcher ihn wünſcht: ſo gibt es doch vielleicht Keinen, den der Gedanke an Krieg ſchmerzlicher berührt. Allein ohne Sicherheit der Exiſtenz zu ſein, nur von Frankreichs Barmherzigkeit leben zu ſollen: das iſt das ſchlimmſte aller Uebel“ [1]).

Dieſe letzten Worte enthalten unverkennbar den Kern aller politiſchen Gedanken Wilhelms III.

Die vorhergehenden Worte jedoch, daß er in den Augen der ganzen Welt gelte als derjenige, welcher den Krieg wünſche, ſind mehr aus dem Bewußtſein ſeines Wollens entſproſſen, als der Sachlage gemäß. Um uns darüber völlig klar zu werden, haben wir uns ſeinen Plan gegenwärtig zu halten, nämlich das Parlament ſo zu führen, daß nicht er den Krieg zu wollen ſchien, ſondern daß der gewichtigere Factor des Parlamentes, das Unterhaus, aus eigener Ueberzeugung ihm die Aufforderung zum Kriege entgegen tragen ſollte. Indem aber Wilhelm III. ſich bewußt war den Krieg zu wollen, und doch zugleich ſich bemühete als nicht kriegseifrig zu erſcheinen, ward er ſich nicht klar darüber, daß ihm das letztere Streben gelang über ſein Erwarten, ja bis zum Mistrauen derer, von denen er Vertrauen verlangte, nämlich der Kaiſerlichen.

Ja vielleicht lebte, wie damals die Dinge ſtanden, im Mai 1701, nur eine einzige Perſönlichkeit, die den König völlig verſtand. Es war der Rathspenſionär Heinſius. Eben dieſer aber ſetzte nach Wien hin ſein ganzes Anſehen nachdrücklich ein für den König. Denn auch der Graf Goes im Haag ward berührt von demſelben Verdachte eines heimlichen Einverſtändniſſes mit Frankreich, den wir bei Hoffmann und Wratislaw erkannt haben. Er meldet daher dem Kaiſer: „Heinſius verſichert mir auf das nachdrücklichſte, daß die Gerüchte über ein ſolches

[1]) Grovestins t. VIII, p. 70. Vom 31. Mai.

Digitized by Google

Einverständnis falsch und erdichtet sind. Der König habe die beste Gesinnung, und richte alles sein Denken dahin, wie er die Engländer in der rechten Weise führe. Er bedauere den König, der bei dieser Disposition und bei seinen rastlosen Bemühungen dennoch in Verdacht gerathe, sogar auch bei denen, die der Hülfe Englands bedürften und keinen anderen Weg zur Erlangung derselben hätten als durch ihn. Er wünsche, daß Alle sich an den König halten, sich auf ihn verlassen wollten; denn, wenn jemals etwas Gutes von England her zu erwarten, so werde es ihm gelingen es durchzusetzen". Zum Beweise dessen theilte Heinsius dem Gesandten vertraulich mit, daß die Denkschrift der Generalstaaten vom 13. Mai, die im Parlamente einschlagend gewirkt, abgefaßt sei auf den Wunsch und das Anrathen des Königs. Heinsius gebrauchte wiederholt den Ausdruck: der König von England arbeite für den Kaiser, als wäre er sein Minister [1]).

Am kaiserlichen Hofe ward entgegen gehalten, daß sowohl der König wie Heinsius unablässig auf den Beginn des Krieges in Italien oder am Rheine drängten, dagegen vor dem Abschlusse einer Allianz zurückwichen. Und eben diese doch müsse der Kaiser zu seiner Sicherheit zuvor verlangen. Heinsius erwiederte: die Initiative dazu müsse aus England kommen.

Dies Wort des Steuermannes der Republik enthält in sich den Kern der Sachlage. Dennoch ist es wichtig diese insgesammt zu überblicken, wie sie damals dem Auge von Heinsius sich darstellte und von ihm dem Könige von England entwickelt wurde [2]).

„Es beunruhigt mich die Wahrnehmung, meldet er, daß man weder in England noch in der Republik sich in dem Stande befindet, feste Entschlüsse zu fassen. Denn es ist eben so gewis, daß die gesammte Welt das Auge auf England und die Generalstaaten gerichtet hält, und daß man allseitig sich darein ergeben wird, dem Laufe der Dinge wie gleichgültig zuzuschauen, so lange man nicht weiß, woran man sich in Betreff Englands und der Republik zu halten hat."

„Unterdessen ist Frankreich nach allen Seiten thätig, und, je stärker die innere Wahrscheinlichkeit wird, daß in Betreff der spanischen

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 30. Mai.

[2]) Schreiben vom 29. Mai, bei Grovestins t. VIII, p. 77 et suiv.

Digitized by Google

Sache ein gütliches Abkommen getroffen werden könne, desto weiter gewinnt sie auch äußerlich Boden. Denn so lange dieser Zustand der Ungewisheit sich hinzieht, wird Niemand wagen sich für uns zu erklären. Jeder Einzelne, im Anblicke der Schwäche seines Nachbars, ahmt nicht bloß das Beispiel nach, sondern sucht es zu übertreffen."

„Meine Unterredungen mit den kaiserlichen Gesandten Goes und Schlick haben mir klar gelegt, daß auch der Kaiser, so lange er nicht sicher weiß, was er von uns zu halten oder zu hoffen hat, nur behutsam vorgehen wird. Wenn dann Frankreich mit dem Eintritte des Sommers zum Bruche schreitet, so wird der Kaiser keinen Mann am Oberrheine haben und demnach die ganze Macht Frankreichs sich auf die Republik stürzen. Wenn wir dagegen mit dem Kaiser bereits abgeschlossen hätten: so würde er seine Streitkräfte in Bewegung setzen und dadurch eine Diversion zu unseren Gunsten bewirken. Dazu kommt, daß die Reichsfürsten, bei der Wahrnehmung unseres Schwankens, sich der Neutralität zuneigen, und dann wird Frankreich sie nach und nach zu sich hinüberziehen. Auch Dänemark, wenn es wüßte an wen sich zu halten, würde einen Entschluß fassen. Portugal ist in derselben Lage. Daher wird Einer nach dem Anderen für unsere Gegner zu gewinnen sein, wie ja Frankreich mit dem Könige von Polen und dem Herzoge von Wolfenbüttel bereits abgeschlossen hat."

„Gegen diese Nachtheile gibt es so lange kein Heilmittel, als nicht England und die Republik mit Nachdruck die Hand ans Werk legen. Geschieht dieses, so würde man sich verständigen, und die Frage würde sich lösen entweder durch eine vernünftige Uebereinkunft, oder durch einen allgemeinen Krieg. Allein, bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes darf man nicht rechnen auf ein günstiges Abkommen, sondern muß sich gefaßt machen auf einen unglücklichen Krieg."

„Die von unserer Seite dem Könige von Frankreich gemachten Vorschläge sind gut, unter der Bedingung, daß wir das Princip, auf welches sie sich stützen, nicht verlassen. So sehr auch andere Franzosen sich darüber ereifern, der Graf d'Avaux schlägt einen maßvolleren Ton an, in der Hoffnung zu einem Abkommen zu gelangen. Nach meiner festen Ansicht werden sie nachgeben, ja sie würden sogar der Republik noch mehr bewilligen als sie verlangt hat, in der Hoffnung uns dadurch von dem Kaiser zu trennen."

Digitized by Google

„Bei diesem Stande der Dinge möchte ich vorschlagen, den Entwurf eines Antheiles an der spanischen Monarchie für den Kaiser aufzusetzen, und unsere Allianz mit ihm auf diesen Entwurf zu gründen, zum Zwecke der Vorlage an Frankreich. In diesem Falle hätten wir eine Position, von welcher aus wir Allianzen schließen, Bundesgenossen um uns sammeln könnten, und im Falle des Bruches, stünden wir auf einer sicheren Basis."

„Aus den Unterredungen mit dem Grafen Goes in dieser Beziehung habe ich erkannt, daß die Absicht des Kaisers dahin geht, Neapel, Sicilien, Mailand und die spanischen Niederlande zu erhalten. Aber es erscheint mir nicht möglich, so viele Länder zu erlangen ohne Krieg. Die Herren aus Amsterdam haben mir gesagt, daß man, nach ihrer Ansicht, trachten müsse Mailand für den Kaiser zu erlangen. Aber für den Kaiser ist Mailand allein keine Satisfaction, und für uns, für unsere zukünftige Sicherheit trägt es in keiner Weise etwas aus, während, wenn der Entwurf Mailand und die spanischen Niederlande umfaßte, der Kaiser kein Recht hätte sich zu beklagen, und wir unsererseits die erforderliche Sicherheit haben würden. Auf einen Entwurf dieser Art könnte man eine Allianz erbauen und daran sich festklammern, auf die Gefahr eines Bruches mit Frankreich, mit dem Vorbehalte, im Falle einer günstigen Wendung des Krieges die Forderung zu steigern, ohne jedoch dazu sich zu verpflichten."

„Auf diese Weise hätten der Kaiser und das Reich, England und die Republik für den Fall des Krieges ein gemeinsames Interesse. Amsterdam sagt freilich, daß die spanischen Niederlande nicht in andere Hände übergehen dürfen, durchaus der Krone Spanien verbleiben müssen. Die Absicht dabei ist, diese Krone später für die Interessen der Republik wieder zu gewinnen. Allein dieser Grund hat für die jetzige Sachlage keinen Werth. Wenn die Aussicht durchführbar ist, so wäre sie es doch nur in einer sehr entlegenen Zeit, und bis dahin könnte der Untergang der Republik längst besiegelt sein."

So die Idee des Rathspensionärs. Aber er selber hatte gesagt, daß die Entscheidung, die Initiative zu einer Allianz, aus England kommen müsse. Bevor noch seine Darlegung in die Hände des Königs gelangte, schrieb Wilhelm III. an ihn die vorher berührten Worte: „Ich sehe, daß wir uns völlig auf den Krieg gefaßt machen müssen.

Digitized by Google

Denn ohne Sicherheit der Exiſtenz zu ſein, nur von Frankreichs Barmherzigkeit leben zu ſollen: das iſt das ſchlimmſte aller Uebel".

Wilhelm III. alſo ging in ſo weit über ſeinen Freund Heinſius hinaus, daß er mit klarem Blicke eine friedliche Uebereinkunft mit dem Könige von Frankreich anders als mit Belaſſung des ganzen ſpaniſchen Erbes für damals als unmöglich erkannte. Darum wollte er den Krieg. Nicht die Republik jedoch konnte mit dieſem Entſchluſſe vorangehen, ſondern die vorwärts treibende Kraft mußte von England kommen. Und eben dadurch beſtimmte das Ziel des Königs ſich klarer, feſter, als zuvor. Das Ziel, an welches er das Parlament zu führen gedachte, war die Aufforderung an ihn, mit der Republik und mit dem Kaiſer eine Offenſiv-Allianz einzugehen wider den König von Frankreich.

Und allerdings war es unverkennbar, daß der Gedanke, welchen Wilhelm III. in jene Worte kleidete: „Ohne Sicherheit der Exiſtenz zu ſein, nur von Frankreichs Barmherzigkeit leben zu ſollen: das iſt das ſchlimmſte aller Uebel" — mehr und mehr alle Schichten des engliſchen Volkes durchdrang. Bereits am 24. Mai glaubte Heinſius nach den Mittheilungen des Königs dem Grafen Goes verſichern zu dürfen, daß vier Fünftel der engliſchen Nation eifrig ſeien für den Krieg wider Frankreich. Dieſe Stimmung entlud ſich in verſchiedenen Kundgebungen des Unmuthes über das bisherige Zaudern des Unterhauſes. Bei dem Sprecher desſelben, Harley, ging ein Schriftſtück ein, unterzeichnet: „Unſer Name iſt Legion und wir ſind Viele", welches in derben Ausdrücken dem Unterhauſe Säumnis und Ungerechtigkeit vorwirft. In Betreff des letzteren Vorwurfes nimmt ſich das Schriftſtück namentlich der verhafteten Ueberbringer der Kenter Petition an.

Es kleidet ſeine Anklage in Betreff der Hauptſache in den Satz: „Ihr habt den Theilungsvertrag verderblich für Europa genannt, weil er ſo viele Länder des Königs von Spanien an Frankreich gab. Ihr ſelber dagegen kümmert Euch nicht darum, daß dieſe Macht die Geſammtheit in Beſitz nimmt. Ihr laßt die Holländer ohne Hülfe, wo die Franzoſen bereits auf ihrer Schwelle ſtehen, bis es zu ſpät ſein wird ihnen zu helfen. Ihr handelt darin wider die Verträge, unfreundlich gegen die Bundesgenoſſen, unehrenhaft für England, und beweiſt Euch eben ſo ſorglos um die Sicherheit des Vaterlandes, als um die pro-

Digitized by Google

testantische Religion". Ein Begleitschreiben enthielt drohende Ausdrücke sowohl gegen das Unterhaus insgesammt, als gegen Harley, für den Fall, daß er nicht die Schrift überliefere [1]).

Das Unterhaus zog die Schrift in Erwägung, und beschloß, den König durch eine Adresse zu ersuchen, daß er für die Erhaltung des Ruhestandes Maßregeln treffen wolle. Daß dadurch die erregte Volksstimmung in eine andere Bahn gelenkt werden konnte, mochte auch das Unterhaus selber nicht für wahrscheinlich erachten. Am selben Tage trat der große Gemeinderath von London zusammen, etwa vierhundert Personen stark, um Beschluß zu fassen über eine Petition, welche derjenigen von Kent entsprach. Die Meinungen theilten sich, die Gegner erhielten die Mehrheit einer einzigen Stimme. Deshalb unterblieb die Ueberreichung; aber der moralische Eindruck war da [2]).

Der Fortgang der Dinge war noch weniger günstig für das Unterhaus, oder richtiger für die Tory-Partei, welche mit wenigen Stimmen darin die Mehrheit besaß. Daß das Oberhaus, dessen Mehrheit aus Whigs bestand, die vier angeklagten Lords Somers, Orford, Halifax, Portland verurtheilen würde, war nicht wahrscheinlich. Der Plan der Tories im Unterhause war daher, die Sache hinzuziehen, damit darüber die Session ende und damit dann jene vier Lords, weil unter Anklage stehend, von allen Aemtern fern gehalten würden [3]). Allein eben darum wollte das Oberhaus die Sache zu Ende führen. Es forderte daher das Unterhaus auf, die Beweise für die Anklage zu erbringen. Von da an erst entwickelte sich die Differenz der beiden Häuser lebhaft, und zwar, da das Unterhaus für seine Anklagen in der Volksstimmung keine Basis hatte, zu um so größerem moralischem Nachtheile desselben.

Wir sind, um das Verhalten des Unterhauses in England weiter zu verfolgen, der Zeit nach dem Gange der allgemeinen Dinge voran geeilt. Wir haben daher uns zurückzuwenden zu dem Eindrucke, den der Beschluß des Unterhauses vom 9./20. Mai auch nach anderen Seiten machte.

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 141.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Mai.

[3]) Desgleichen vom 31. Mai und 13. Juni.

Digitized by Google

Zunächst ist es von besonderer Wichtigkeit ein thatsächliches Verhältnis klar zu stellen. Jene Denkschrift der Generalstaaten vom 2./13. Mai war abgefaßt unter dem Eindrucke der unmittelbaren Gefahr eines Angriffes. Derselben Ansicht gab sich der König Wilhelm hin. „Man muß sich in der Republik, schreibt er am 23. Mai/3. Juni, durchaus für den Krieg bereit halten; denn ich besorge einen baldigen Angriff. Reden Sie nachdrücklichst mit dem Grafen Goes, damit er bei dem Kaiser das Zusammenziehen einer starken Armee am Oberrheine erwirke; denn sonst werden alle französischen Streitkräfte sich auf die Republik stürzen" [1]).

Wir sehen demnach, daß der König Wilhelm III. eben so wie die Republik einen französischen Offensivstoß befürchtet.

Auch schon vor dieser Mahnung des Königs prägen die Reden des Rathspensionärs zu dem Gesandten Goes diese Besorgnis sehr nachdrücklich aus. So wenig der kaiserliche Hof damit zufrieden war, daß der Abschluß der Allianz sich hinauszog: so ward in Wien doch anerkannt, daß das Verhalten der Republik, ihre Kriegsrüstung einer Diversion gleich kam, und daß man darum sie ermuthigen müsse. Der Kaiser beließ daher der Republik einstweilen die 8000 Mann preußischer Truppen, welche er für die Vertheidigung des Oberrheines bestimmt. Er stellte nur die Bedingung, daß die Republik nicht eingehe auf die preußischen Vorschläge, die Truppen in ihren Sold zu nehmen, damit nicht der neue König, wie im vorigen Kriege geschehen, dieselben Truppen zweimal in Rechnung bringe, dem Kaiser und der Republik. Die kaiserliche Mannschaft im Reiche bestand aus sieben Regimentern Infanterie und vier Regimentern Cavallerie, in allem aus 20,800 Mann. Am 18. Juni bestätigte der Kaiser den Markgrafen Ludwig von Baden in der ihm früher verliehenen Oberanführung seiner Streitkräfte [2]).

Es verdient Erwähnung, daß Ludwig XIV. damals an diesem Markgrafen seine besondere Art der Kriegslist versuchte oder versuchen wollte. Der Graf Wratislaw erhielt von Paris aus eine Mittheilung, daß der dortige Gesandte des Herzogs Anton Ulrich, ein Herr von

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 71.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 10. und 13. Juni. — Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, Urkunden S. 4 u. f.

Digitized by Google

Imhoff, einen Versuch solcher Art angeregt. Die Summe sollte von einer Vereinbarung abhangen. Das Schreiben ward im kaiserlichen Rathe verlesen. Man einigte sich ohne weitere Verhandlung dahin, es dem Markgrafen zuzustellen. Der Maßstab, den Ludwig XIV. an Max Emanuel von Bayern, Joseph Clemens von Köln, August von Sachsen-Polen und andere Reichsfürsten dieser Art zu legen gewohnt war, reichte nicht an Ludwig von Baden. Es scheint nicht, daß er die Sache eines Wortes gewürdigt habe [1]).

Der Markgraf übernahm den Oberbefehl, obwohl die Armee, die er führen sollte, bis dahin nach seiner Behauptung nur erst eine Chimäre war. Er erging sich in einem vertraulichen Schreiben an den Prinzen Eugen in scharfen Ausdrücken über die Hast, mit welcher man, ohne Englands noch der Republik sicher zu sein, sich in einen weit aussehenden Krieg stürze [2]). Die Worte des Markgrafen Ludwig thun dar, und zwar stärker als irgend eine der Versicherungen der kaiserlichen Gesandten im Haag oder in London es vermöchte, daß der Beginn des Krieges von kaiserlicher Seite ein großes Wagnis war. Aber Ludwig von Baden geht noch weiter in seinen Folgerungen. „Diese Thorheiten, sagt er, haben nur dazu gedient uns vor der Zeit eine mächtige Armee auf den Hals zu ziehen." Die Ansicht war in so weit unrichtig, daß die überlegene französische Armee am Oberrheine nicht zum Angriffe vorging.

Dies führt uns zurück auf die eigentliche Hauptsache. Wir haben sowohl von Wilhelm III. wie von den Staatsmännern der Republik im Mai 1701 vernommen, daß sie unverweilt einen französischen Offensivstoß befürchten.

Allein die directen Aeußerungen von französischer Seite thun dar, daß man durchaus diese Absicht nicht hatte. Torcy schreibt im Anfange Juni an Louville in Madrid: „Die Nachrichten von uns her lauten traurig. Die Deutschen haben im Mailändischen die Feindseligkeiten begonnen. Wir haben indessen noch Hoffnung nach der Seite Englands hin im Frieden zu bleiben. Die Gesundheit des Königs Wilhelm ist

---

[1]) Die Conferenz-Protokolle enthalten nur den Beschluß der Mittheilung. Eine Antwort Ludwigs von Baden findet sich weder in den Wiener Acten, noch auch bei Röder.

[2]) Röder Bd. I, Urkunden S. 17. Vom 26. Juni 1701.

Digitized by Google

ſchlecht, und der Spalt zwiſchen ihm und ſeinem Parlamente dauert an. Man hat ihm von ſeinem Einkommen 100,000 Pfund Sterling geſtrichen, in Anlaß des Todes des Herzogs von Gloceſter, weil jene Summe für deſſen Ausgaben beſtimmt geweſen ſei. Freilich geben Sie ja auf ſolche Hoffnungen nicht viel, und hätten lieber, daß man ſofort England und Holland angriffe. Aber Sie müßten uns dann auch die Mittel gewähren, unſere Feinde an einem einzigen Tage zu vernichten; denn Sie werden nicht umhin können anzuerkennen, daß das wahre Mittel den König Wilhelm mit dem Parlamente und den Kaiſer mit dem Reiche zu einigen, beſtehen würde in einem Angriffe gerade jetzt von unſerer Seite" [1]).

Dieſen Aeußerungen des Staats-Secretärs Torcy entſpricht die Correſpondenz des Marſchalls Boufflers, dem Ludwig XIV. das Commando in Belgien übergeben. Sie thut dar, daß man auf franzöſiſcher Seite dieſe Abſicht nicht bloß nicht hegte, ſondern eher beſorgt war vor einem Vorſtoße von Seiten der Republik. Wir haben aus ihrer Denkſchrift vom 13. Mai ihre Klagen vernommen über die Anlage von Schanzen, das Aufwerfen von Walllinien bei Antwerpen u. ſ. w. Nach den Berichten, die Boufflers darüber an Ludwig XIV. entſendet, waren dies franzöſiſche Defenſivmaßregeln [2]). Boufflers beklagt im voraus den Schaden, wenn die prächtige Stadt Antwerpen durch die Bomben der Holländer zerſtört würde. „Allein, fügt er hinzu, wenn der Feind es ernſtlich will, ſo wird es ſchwer ſein ihn zu hindern, es ſei denn, daß man auf das ſchleunigſte alle erforderlichen Maßregeln der Vorſicht treffe." So am 4. Mai. Boufflers glaubte damals nach verſchiedenen Nachrichten, auch denen des Staats-Secretärs Torcy, daß die Holländer den Krieg ankündigen wollen. Er erinnert den König daran, daß im Intereſſe des Dienſtes eine ſchnelle Mittheilung an ihn zu wünſchen ſei. — Ja auch jener Nothruf der Holländer an den König von England, vom 13. Mai, beließ nach der Anſicht der Franzoſen keinen Zweifel, daß die Holländer umgingen mit der Abſicht des baldigen Bruches [3])

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 168.

[2]) Pelet: mémoires militaires t. I, p. 70 et suiv. Vom 4. Mai.

[3]) Pelet t. I, p. 85.

Digitized by Google

Das wirkliche Verhältnis alſo iſt, daß man beiderſeitig einander gerüſtet gegenüber ſteht, daß man beiderſeitig einen Angriff fürchtet, und daß dennoch Keiner dazu ſchreiten will. Ludwig XIV. nicht, weil er, wenn jemals in ſeinem Leben, im Jahre 1701 die Forterhaltung des Friedens wollte, nur freilich mit dem geſammten damaligen Beſitze des Hauſes Bourbon; die Holländer nicht, weil jede Voreiligkeit ihrerſeits den Krieg anzufangen, ſie in die Gefahr brachte, ihren Bundesgenoſſen England, der bis dahin ihnen nur zur Defenſive mit 10,000 Mann verpflichtet war, nicht zur Seite zu haben.

Die Initiative zum Offenſiv-Bündniſſe wider Frankreich aber mußte für die Republik von England her kommen. Ludwig XIV. dagegen ſtellte ſich nach wie vor die Aufgabe, zwiſchen die Seemächte an ſich oder doch zwiſchen die Seemächte und den Kaiſer einen Keil der Trennung einzuſchieben. Das war der eigentliche Zweck, für welchen er ſeinen Botſchafter Avaux nach dem Haag entſendet. Der Stand dieſer Aufgabe alſo erfordert unſere Aufmerkſamkeit.

Der König Wilhelm III. erließ am 16./27. Mai an die Generalſtaaten die officielle Antwort auf ihre Denkſchrift vom 2./13. Mai. Der Inhalt beſtätigt und erwiedert die Verſicherung der Generalſtaaten. Wie ſie nicht handeln wollen als in Gemeinſchaft mit England, ſo der König nicht anders als in Gemeinſchaft mit ihnen. Er kündigt zugleich ſeine Hülfstruppen an gemäß den Beſchlüſſen des Parlamentes [1]).

Die Nachrichten aus Paris meldeten, daß in Folge deſſen der König von Frankreich ſich mit ſtarkem Nachdrucke geäußert: von ihm her habe Niemand einen Angriff zu beſorgen. Man meinte, die Worte ſeien geſprochen, damit ſie an das engliſche Parlament gelangten [2]).

Um weiteren Beſchlüſſen des Parlamentes zuvorzukommen, ſuchte der König von Frankreich die Unterhandlung durch den Grafen d'Avaux wieder in Gang zu bringen. Auf den Wunſch und Rath des Königs Wilhelm III. die Unterhandlungen zum Abbruche zu bringen, hatte die Republik nicht eingehen können, weil ſie ſchon vorher, am 1./12. Mai, den Beſchluß gefaßt die Unterhandlung fortzuſetzen, jedoch mit der Forderung an Frankreich, daß der engliſche Botſchafter im Haag, Stanhope,

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 477.

[2]) A. a. O. p. 479.

Digitized by Google

ſowohl für die Intereſſen der Republik als Englands herzugezogen würde [1]). Auf dieſe holländiſche Forderung erfolgte für längere Zeit von Verſailles her keine Antwort. Doch verblieb der Botſchafter Avaux im Haag.

Am 6. Juni erſchien er bei Heinſius, und warf die Frage hin, ob es dabei bleibe, daß die Deputirten der Republik, ohne Anweſenheit des Engländers Stanhope, ſich auf keine Conferenz mehr einlaſſen würden. Der Rathspenſionär drängte den Botſchafter zunächſt dahin, daß er anerkannte im Auftrage zu reden. Dann verlangte Heinſius die Anfrage ſchriftlich. Als jener ſich ſträubte, ergriff Heinſius die Feder, und ſchrieb wie unter dem Dictate des Botſchafters die Anfrage nieder, ob die Generalſtaaten Willens ſeien die Conferenzen fortzuſetzen, falls der engliſche Botſchafter ohne die Freiheit eigener Anträge zugelaſſen würde, oder ob ſie, wenn nur unter dieſer Bedingung der Zutritt geſchehen ſolle, den Abbruch vorziehen würden. Der Rathspenſionär erwiederte dann: obwohl er keine formelle Antwort geben könne: ſo liege doch von England und der Republik die beiderſeitige Erklärung vor, ſich in der Unterhandlung nicht von einander trennen zu wollen. Der Botſchafter erwiederte: es gebe doch ein Auskunftsmittel, und zwar ein ſolches, durch welches der König von Frankreich beweiſe, daß er nicht beabſichtige, England und die Republik zu trennen. Eben ſo wie im Haag der engliſche Geſandte an den Conferenzen zwiſchen Frankreich und der Republik Theil nehme: ſo könne in Paris der holländiſche Geſandte an den Conferenzen zwiſchen Frankreich und England Theil nehmen [2]).

Die Generalſtaaten beſchloſſen zunächſt dem Könige von England die Sache mitzutheilen, dann ihrerſeits dem Botſchafter Avaux zu antworten, daß bei der verwickelten Form der Verfaſſung der Republik die Abſendung eines Bevollmächtigten nach Paris allzu großen Zeitverluſt nach ſich ziehen würde, und daß ſie darum, in der Erwartung einer Antwort von England, dem Botſchafter anheim ſtellten, lieber die Conferenzen fortzuſetzen.

[1]) Die Reſolution der Generalſtaaten bei Lamberty t. XI, p. 282.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 7. Juni. — Das Protokoll der Generalſtaaten bei Lamberty t. I, p. 479. Man vgl. t. XI, p. 286.

Digitized by Google

Wilhelm III. erhielt die Kunde dieser Vorschläge des Botschafters Avaux, noch eher als sie vom Haag aus ihm zukam, direct von Paris. Er faßt dieselben sofort scharf ins Auge. „Der hauptsächliche Grund derselben, sagt er, ist, uns von dem Kaiser zu trennen, und diesen von der Unterhandlung auszuschließen. Vielleicht auch, daß man die Absicht hat, in der Erwartung meiner baldigen Ueberkunft nach dem Haag, die Angelegenheit meiner Leitung zu entnehmen. In keinem Falle dürfen wir uns auf den französischen Vorschlag einlassen." Der König wiederholte dies mehrmals in den nächsten Tagen. Er erklärte, daß er jenem Beschlusse der Generalstaaten völlig beitrete [1]).

Gleich die ersten Berichte des Botschafters Avaux mochten dem Könige Ludwig XIV. gezeigt haben, daß sein Vorschlag auf einen harten Widerstand getroffen. Wenn Ludwig XIV. keine Aussicht sah einen solchen Widerstand zu brechen, so pflegte er nachzugeben, nur freilich so, daß der etwaige Schatten der Sache auf einen Anderen fiel. Sein Botschafter Avaux trat am 15. Juni abermals zu Heinsius und eröffnete mündlich, daß der König von Frankreich einwillige, die Conferenzen gemäß dem Wunsche der Generalstaaten fortzusetzen. Avaux fügte hinzu, daß er selber wegen seiner Nicht-Willfährigkeit bei dem Könige einen Verweis davon getragen. Der König, sagte er, wolle durch diesen Schritt einen Beweis seiner aufrichtigen Gesinnung für die Fortdauer des Friedens geben [2]).

Nach dem Vorschlage von Heinsius, welcher die Zustimmung Wilhelms III. gefunden [3]), sollten die Staatsmänner der Republik dem Könige von Frankreich alle erdenkliche Deferenz entgegen tragen. Demgemäß ward das Verhalten eingerichtet. Von Seiten der Republik erhielt der Botschafter Avaux Dank für die guten Dienste, die er in dieser Angelegenheit erwiesen. Da auch der Engländer Stanhope sich bereit erklärte, so trat die Conferenz am 21. Juni wieder zusammen. Man versicherte einander gegenseitig die eigene Neigung zum Frieden; dennoch kam man über allgemeine Reden und Vorschläge lange nicht hinaus. Die Vertreter der Seemächte nahmen wie bei ihren Denk-

[1]) Grovestins t. VIII, p. 73 et suiv.
[2]) Lamberty t. I, p. 481.
[3]) Grovestins t. VIII, p. 73.

Digitized by Google

ſchriften vom März ihren Ausgangspunct von dem Theilungsvertrage. Da dieſer Vertrag ſowohl dem Kaiſer wie dem Könige von Frankreich habe genügen ſollen, nun aber nicht mehr beſtehe: ſo müſſe in derſelben Abſicht verhandelt werden. Es frage ſich um die Art und Weiſe.

Und dann machte man einen wichtigen Schritt vorwärts. Ueber die Satisfaction für den Kaiſer, bemerkte Stanhope, werde der kaiſerliche Geſandte, der Graf Goes, die ſicherſte Auskunft geben: demnach müſſe er an den Conferenzen Theil nehmen. Der Graf d'Avaux fuhr auf und erwiederte: der Kaiſer habe nichts zu beanſpruchen. Damit trennte ſich die Conferenz [1]). Es war die letzte. Wenn Avaux erwog, daß Stanhope nicht ohne Auftrag ſo geredet haben konnte: ſo durfte er ſich auch zugleich ſagen, daß das Schreckbild der Coalition wider ſeinen König bereits in beſtimmteren Umriſſen ſich abzeichnete.

Denn vom Beginne des Monates Juni an entwickelten ſich die Dinge in England ungleich raſcher als zuvor. Die dem Kaiſer günſtige Strömung in den Gemüthern war im Wachſen. Eben ſo wie für Ludwig XIV. die Beſorgnis aufſtieg, daß das Meiſterſtück ſeiner Politik der letzten Jahre, ſeit 1697, die Zerreißung der großen Allianz von 1689, dennoch verlorene Mühe ſein werde: ſo ſtärkte ſich für Wilhelm III. die Hoffnung, daß ihm ſein Meiſterſtück, die Verkittung einer neuen großen Allianz, gelingen werde.

Am 27. Mai/7. Juni gibt er den Plan an, wie er das Unterhaus zu dem letzten, entſcheidenden Schritte führen wolle. „Die Zeit iſt gekommen, ſchreibt er an Heinſius, wo es für uns dringend wird, uns mit dem Kaiſer enger zu verbünden und als Grundſatz aufzuſtellen, daß ſein Intereſſe untrennbar von dem unſeren. Ich muß deshalb ſo ſchnell wie möglich in Kenntnis geſetzt werden, wie weit in dieſer Beziehung die Generalſtaaten gehen wollen. Meine Abſicht iſt, die betreffende Denkſchrift dem Parlamente vor dem Scheiden vorzulegen, und von dieſer Verſammlung eine Zuſtimmung zu erhalten, die auch mich ſelber in den Stand ſetzt, mich enger mit dem Kaiſer zu verbinden" [2]).

Die Denkſchrift wurde ſogleich ausgefertigt, und durch den holländiſchen Geſandten in London, Geldermalſen, dem Könige überreicht. Es war dann bereits die Frage, ob er ihrer noch bedürfen würde.

[1]) Lamberty t. I, p. 482.

[2]) Grovestins t. VII, p. 74.

Digitized by Google

Denn in die an sich schon günstige Stimmung der Engländer traf nun noch die Kunde, daß der Sieger von Zenta in Roveredo in Südtyrol eingetroffen, daß er mit seiner Armee das unerhörte Wagnis unternommen, die Alpen von Trient zu überklettern. Wir haben also zunächst nach dem Südosten unsere Blicke zu lenken.

Wir erinnern uns, daß von der ersten Audienz des Grafen Wratislaw der König Wilhelm verlangte: der Kaiser möge beginnen und dabei sich auf ihn verlassen, daß er mit den beiden Seemächten folgen werde.

Es war dagegen das Bestreben Ludwigs XIV., dem Kaiser den Beginn unmöglich zu machen. Wir haben gesehen, wie die vielfachen Versuche, dem Kaiser einen Brand im eigenen Hause anzuzünden, in verschiedener Weise fehlschlugen. Nur mit einer der Persönlichkeiten, denen Ludwig XIV. zu diesem Zwecke sein Gold in die Augen leuchten ließ, war er handelseinig geworden, dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Aber, so dienstwillig auch immer dieser sein mochte, er war zu einem Angriffe auf den Kaiser nicht zu verwenden, so lange nicht die Streitkräfte des letzteren in einer anderen Richtung engagirt waren, und so lange nicht Frankreich dem Kurfürsten direct einen Rückhalt bieten durfte.

Der König Wilhelm III. hatte in seiner Anforderung, daß der Kaiser beginnen müsse, die Wahl frei gestellt, ob am Oberrheine, ob in Italien. Er hatte dem Grafen Wratislaw wiederholt zu verstehen gegeben, daß er die Möglichkeit nicht absehe, wo oder wie der Kaiser den Krieg in Italien beginnen könne. Es lag freilich in der Natur der Dinge, daß Wilhelm III. bei sich diesen Beginn am Oberrhein wünschte, weil eine Diversion dort der Republik Holland directer zu statten kam als eine entfernte in Italien. Von Wien aus dagegen schaute man nur nach Italien, und zwar aus guten Gründen.

Der Kaiser war im Frühlinge 1701 mit Ludwig XIV. nicht im Kriegszustande. Der König hielt nach allen Seiten an dem Plane fest, wo möglich, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, und namentlich nicht selber durch einen Act offener Feindseligkeit einen Anhaltspunct zu geben, an welchem sich die Fäden einer allgemeinen Allianz

Digitized by Google

wider ihn zu einem Gewebe verschlingen könnten. Er schärfte seinem Gesandten Villars in Wien ausdrücklich ein, nicht von dort zu weichen ohne Befehl. „Das Interesse meines Dienstes fordert, fügt er hinzu, daß der Kaiser eher seinen Gesandten von hier abberuft als ich Sie von dort“ [1]).

Aber auch der Kaiser hatte bis tief in das Jahr 1701 hinein nicht die Absicht, seinen Gesandten Sinzendorf von Paris zurückzuziehen. Er konnte nicht, bei der Unzuverlässigkeit vieler Reichsfürsten, allein und noch ohne Bundesgenossen, einen Krieg direct mit dem übermächtigen Könige von Frankreich beginnen wollen. Ja der Kaiser hatte an den König von Frankreich nicht einmal einen directen Anspruch. Denn, formell betrachtet, war nicht Ludwig XIV. Herr derjenigen Länder, welche den spanischen Habsburgern gehört hatten, sondern der Herzog von Anjou als König Philipp V. Indem also der Kaiser sich gegen das nächst gelegene dieser Länder wendete, das Herzogthum Mailand, als zugleich dasjenige, auf welches sein Rechtsanspruch am wenigsten in Zweifel gezogen werden konnte — indem er also den Heimfall des Reichs-Mannlehens Mailand forderte, hatte er direct nur mit dem Inhaber, dem Herzoge von Anjou, und der Macht desselben dort zu thun. Allerdings bestand diese Macht hauptsächlich oder fast nur in französischen Truppen. Aber im Sinne des Völkerrechtes waren dies Hülfstruppen Philipps V. von Spanien, und ein Angriff auf dieselben bedeutete noch nicht den offenbaren Krieg wider den König von Frankreich.

Dem Angriffe jedoch auf die Franzosen in Italien, also dem Beginne des Krieges selbst, welchen Wilhelm III. von dem Kaiser verlangte, stand entgegen die Schwierigkeit für die kaiserlichen Truppen nach Italien hinein zu gelangen. Es führte für sie kein anderer Weg dahin als durch Süd-Tyrol. Es kam also für Ludwig XIV. darauf an, den Kaiserlichen diesen Weg zu verlegen. Zu diesem Zwecke wendete er verschiedene Mittel an. Zunächst diente ihm dafür sein Botschafter Villars in Wien.

Der französische Biograph dieses militärischen Diplomaten faßt diese damalige Thätigkeit desselben zusammen mit den Worten: „Villars

[1]) Oeuvres de Louis XIV. t. IV, p. 62.

Digitized by Google

führte den Krieg von seiner Stube aus, indem er dort die Bewegungen der kaiserlichen Generale studierte, und den französischen in Italien darüber Nachrichten und Rathschläge gab" [1]). Nach den Berichten von kaiserlicher Seite gingen diese Rathschläge sehr weit. Villars erhielt in Wien die Erlaubnis einen Courier nach Frankreich zu senden. Da dieser Courier den Umweg durch Tyrol nahm, so ward er dort angehalten. Man fand bei ihm Briefe mit Rathschlägen für die französischen Generale in Italien, wie man die kaiserlichen Magazine in Tyrol anzünden könne. „Der Zug, setzt Lamberg hinzu, entspricht dem üblichen Verhalten französischer Gesandten. Sie machen sich kein Bedenken daraus Vortheile auf Kosten ihrer Ehre zu erlangen und ihre eigene Reputation durch Verrath hinzuopfern, wenn nur ihr König dadurch gut bedient wird" [2]). Villars erkannte aus den Blicken und Worten der Bevölkerung von Wien die feindselige Stimmung wider ihn; doch lehnte er die von dem Grafen Harrach ihm angebotene Schutzwache ab.

Mittel solcher Art wie diejenigen von Villars, hemmten freilich nicht den Marsch der kaiserlichen Truppen. Es kam also darauf an, welche Hindernisse die französische Macht von Italien aus ihnen in den Weg stellen konnte.

Ludwig XIV. hatte das Commando seiner Truppen in Italien dem Marschall Catinat gegeben. Unter ihm stand Tessé. Der Prinz Vaudemont blieb Statthalter von Mailand. Der Herzog Victor Amadeus von Savoyen hatte sich dem Drucke gefügt und das französische Bündnis angenommen. Daß dieses Bündnis, auch ungeachtet der Verlobung seiner zweiten Tochter mit dem jungen Könige Philipp V., nicht seiner Neigung entsprach, lag in der Natur der Dinge; denn er sah sich fortan von der französisch-spanischen Macht umklammert.

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 87.

[2]) Relazione del conte di Lamberg f. 58b: Il Marchese Villars, Ministro Francese, ottenne della Corte la licenza d' ispedire un Corriere in Francia; mandando le per lo Tyrolo vi fù fermato, e nelle di lui lettere fù trovato, che eccitava la Generalità di Francia in Italia ad incendiare proditoriamente i Maggazini Cesarei destinati per le truppe Imperiali nel Tyrolo. E questa è una delle solite condotte, che sogliono tenere i ministri Francesi, a i quali nulla importa comprare i vantaggi a costo d' infamia, e sagrificare o i tradimenti lo loro riputazione, purche resti ben servito il loro Rè.

Digitized by Google

Daß darum auch ſeine Dienſtleiſtung für Frankreich nicht eine willfährige war, empfand man auf beiden Seiten. Seine Truppen marſchirten, nach dem Urtheile der Franzoſen, gleich Schildkröten. Das Verhältnis prägt ſich am klarſten aus in einer vertraulichen Aeußerung des ſavoyiſchen Geſandten in Rom: „Wir haben den vorigen Krieg begonnen im Bunde mit dem Kaiſer und beendet im Bunde mit Frankreich: dagegen werden wir dies Mal beginnen im Bunde mit Frankreich und enden im Bunde mit dem Kaiſer“ [1]).

Es fragte ſich alſo, ob Ludwig XIV. irgend eine andere Macht in Italien für ſich verfügbar machen könne. Die verſchiedenen Verſuche in dieſer Richtung bei dem Papſte Clemens XI. blieben damals fruchtlos. Wir haben geſehen, daß Clemens XI., als Ludwig XIV. ſeinen Vorſchlag der Vermittelung abwies, ſofort auch dem Kaiſer ausdrücklich die volle Freiheit des Handelns wieder zuſprach. Der ſpaniſche Botſchafter Uzeda verlangte im Namen des Königs Philipp V. die Belehnung mit Neapel und Sicilien. Clemens XI. erwiederte, daß dieſe Frage ſehr ſchwierig, daß er eine Commiſſion ernennen werde ſie zu unterſuchen. Die Commiſſion entwickelte keine Eile.

Ludwig XIV. hatte den Cardinal d'Eſtrees von Rom aus an die verſchiedenen anderen Souveräne in Italien entſendet, um ſie zum Abſchluſſe einer Liga unter ſeinem Schutze zu bewegen. Aber dem Cardinal d'Eſtrees folgte auf dem Fuße der kaiſerlich geſinnte Cardinal Lamberg. Es ſcheint nicht, daß weder der Eine noch der Andere eine Umſtimmung bewirkt. Der Herzog von Modena war vorher kaiſerlich und blieb es. Die Republik Venedig wollte ſich neutral erhalten. Der wohlklingende Redeſtrom der Antworten der Signoria nach beiden Seiten enthielt nicht einen greifbaren Kern.

Nicht minder wichtig jedoch war der Herzog Ferdinand Carl von Mantua. Wir haben den Namen kennen gelernt als eines Gönners des Conte Boſelli. (Bd. VII, S. 313; Bd. VIII, S. 441.) Seine an ſich ſehr werthloſe Perſönlichkeit erhielt einen hohen Werth durch die Lage und die Feſtigkeit ſeiner Stadt. Das Herzogthum war wie Mailand ein Reichslehen.

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 68ª.

Ludwig XIV. hielt von Anfang an das Auge auf die Stadt Mantua gerichtet [1]). Wenn es dem Kaiser gelänge, sagte er, sich in den Besitz derselben zu setzen: so würde es schwierig sein ihn anders als durch einen langen Krieg aus Italien zu bringen. Demgemäß versuchte der König dort das ihm in besonderer Weise geläufige Mittel. Wie die Persönlichkeit des Herzogs an sich die Willfährigkeit mit sich handeln zu lassen, vermuthen ließ: so erhielt der Kaiser noch dazu schon im Februar 1701 bestimmtere Kunde, daß etwas dieser Art vorbereitet werde. Er ließ durch Lamberg dem Papste den Vorschlag machen, die Stadt Mantua mit 5000 Mann päpstlicher Truppen zu besetzen. Clemens XI. sprach seine volle Bereitwilligkeit aus, jedoch mit der Besorgnis, daß der Herzog schon allzu tief sich eingelassen. Er bat um Geheimnis [2]).

So bereits im Beginne des Monates März. Im Laufe desselben kamen dem Kaiser bestimmtere Nachrichten zu. Er ließ sie dem Papste mittheilen. Unterdessen war der Marchese Beretti als Gesandter des Herzogs in Rom angekommen, mit dem scheinbaren Auftrage den Rath des Papstes für sein Verhalten zu erbitten. Clemens XI. erwiederte: er habe 4000 Mann bereit zum sofortigen Einrücken in Mantua. Beretti erwiederte: es seien für die ausgedehnte Stadt neun- bis zehntausend Mann erforderlich; auch wisse er nicht, ob der Kaiser eine päpstliche Besatzung gut heißen werde. Clemens XI. versetzte mit Nachdruck: „Es scheint, Herr Marchese, daß Sie nach Rom gekommen sind zu scherzen [3]). Ich erwiedere Ihnen, daß 4000 Mann genügen, zumal da die Besatzungen von Ferrara und Bologna rechtzeitig herangezogen werden können. Ferner sage ich Ihnen, daß der Kaiser zustimmen wird; endlich daß von Seiten der päpstlichen Kammer alles vorbereitet ist, so daß die Truppen sich sofort in Marsch setzen können". Der Papst berichtete dem kaiserlichen Botschafter: „Ich werde nicht ablassen die Besatzung anzubieten, bis man sich erklärt sie nicht zu wollen".

---

[1]) Hippeau t. II, p. 370. Vom 15. December 1700.

[2]) Relazione del conte di Lamberg fol. 48ᵃ.

[3]) S. B. con un serio si espresse che pareva che il Signor Marchese fusse venuto a Roma per burlare.

Digitized by Google

So am 29. März. Unterdessen standen die französischen Verhandlungen mit dem Herzoge von Mantua zum Abschlusse. Der Preis bestand in 60,000 Pistolen baar und 36,000 Thalern monatlich. Aber der Herzog wollte vor der Welt den Schein haben gezwungen zu sein. Auch darin ward ihm willfahrt. Der Prinz Vaudemont als spanischer Statthalter von Mailand und der General Tessé richteten Jeder ein Schreiben an ihn, in welchen sie ihn mit Brand und Verwüstung des Landes bedroheten, wenn er nicht den spanisch-französischen Truppen seine Stadt eröffne. Der Herzog hielt mit seinen Ministern Rath und beschloß sich dieser Drohung zu fügen. Am 5. April zogen 5000 Mann unter Tessé in Mantua ein [1]).

Auch dann noch wollten der Herzog und seine Berather das plumpe Gaukelspiel fortsetzen. Der Agent des Herzogs in Rom, Giuliani, trat zu dem Grafen Lamberg und klagte mit erheuchelten Thränen über das Schicksal seines Herrn, der gerechten Anspruch habe auf das allgemeine Mitleid. Lamberg erwiederte: „Der Papst wie der Kaiser haben die Belege des Handels und der gezahlten Summe in Händen". Nicht viel anders erging es dem französischen Cardinale Janson Forbin. Er trat zu dem Papste und redete über die Nothwendigkeit für die beiden Kronen, die Stadt Mantua zu besetzen, und sie, falls es zum Kriege komme, bis zum Frieden besetzt zu halten. Es fielen scharfe Worte. „Ich sehe wohl, sagte der Papst, daß man vorhat, uns auch noch eine zweite Ungebühr anzuthun" [2]). Der Cardinal erwiederte: „Es liegt uns wenig daran, was Ew. Heiligkeit thun wollen oder nicht thun wollen; allein wir haben so handeln müssen, um den Kaiserlichen die Gelegenheit zu nehmen, uns nach ihrem Belieben anzugreifen". Der Papst unterbrach ihn mit den Worten, daß der Kaiser ihn in anderer Weise behandele als es von ihrer Seite geschehe [3]).

In der That hatte Clemens XI. sich auch in anderer Beziehung damals bei Ludwig XIV. geringer Rücksicht zu erfreuen. Er hatte

[1]) Die Schreiben sind abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 451 et suiv. — Man vgl. Mémoires de Tessé t. I, p. 190.

[2]) Relazione di Lamberg: Soggiunse S. B. che molto bene vedeva, che volevano fargli il secondo smacco.

[3]) Il Papa interroppe tale discorso e si espresse che l' Imperatore lo trattava in altro modo che non facevano loro.

Digitized by Google

gemäß dem Votum des Cardinal-Collegs dem Cardinal Bouillon das Decanat des Collegiums übertragen. Aber Bouillon war bei Ludwig XIV. in Ungnaden. Clemens XI. entsandte an Ludwig XIV. eine Verwendung für Bouillon. Als der Nuntius erschien, um das Schreiben zu überreichen, erwiederte Ludwig XIV.: „Der Papst versteht nicht, was ein König von Frankreich bedeutet". Er sendete durch einen Courier das päpstliche Schreiben unerbrochen nach Rom zurück [1]).

Auch sogar in Wien ließ der Herzog von Mantua durch seinen Gesandten Tanteni dem Kaiser seine gute Gesinnung versichern. Die Antwort an Tanteni war der Befehl binnen vierundzwanzig Stunden Wien zu verlassen. Gegen den Herzog Ferdinand Carl und seine beiden Räthe Beretti und Fiani, erließ der Kaiser eine in starken Ausdrücken abgefaßte Vorladung wegen Felonie. „Während der Herzog, heißt es darin, bei Sr. Heiligkeit in Rom durch Beretti und bei uns durch Andere betheuern und beschwören ließ, daß er nichts zu unserem und des Reiches Nachtheile gestatten werde, unterhandelte er treuloser Weise mit den Franzosen. Se. Heiligkeit bot die eigenen Truppen an. Unser Heer war im Anmarsche. Für die Stadt Mantua war keine Gefahr. Der einzige Grund für den Herzog sie mit der Citadelle an Frankreich auszuliefern, war seine Gier nach dem französischen Golde, zum Schmerze und zur Klage der Stände und Unterthanen seines Landes. Eine solche nichtswürdige Felonie gereicht nicht bloß zum Unheile für Italien, indem es die Vergießung vielen Christenblutes nach sich zieht, sondern auch zu unserem und des Reiches schwerem Nachtheile, und hält in sich das Verbrechen des Hochverrathes und der Rebellion." Demnach wurden der Herzog und seine Räthe vor den Richterstuhl des Kaisers geladen, und, im Falle des Nicht-Erscheinens, ihnen die Reichsacht angedroht [2]).

Die französischen Generale suchten den Eindruck dieser Ladung in Italien durch Gegenschriften abzuschwächen, in welchen behauptet wurde, daß hier das Urtheil gesprochen werde ohne Beobachtung der Rechtsformen. Sie fanden in diesem Bemühen eine Unterstützung an dem Kurfürsten Joseph Clemens von Köln. Auch er bezeichnete in

[1]) Lambergs Bericht vom 26. März.

[2]) Lamberty t. I, p. 536. Das Schreiben von Joseph Clemens dort p. 538.

Digitized by Google

einem Schreiben an seine Mitkurfürsten das kaiserliche Verfahren in der Sache des Herzogs von Mantua als formell ungerechtfertigt. Das Schreiben ward mit jenen anderen von französischer Seite durch Europa kund gemacht. In der Wirklichkeit redete Joseph Clemens darin nicht bloß für jenen Ferdinand Carl von Mantua, sondern indirect auch für sich selber; denn alle Anklagen gegen jenen trafen auch ihn. Demnach schwebte fortan auch über seinem Haupte die Drohung der Reichsacht und des Exiles.

Die Thatsache des Verrathes von Mantua, welches als der Schlüssel Italiens galt, war das stärkste Hindernis, welches dem beabsichtigten Unternehmen der kaiserlichen Waffen nach Italien entgegen trat. Der Plan wurde darum nicht aufgegeben; aber die Dispositionen mußten geändert, und darum der Aufbruch des Prinzen Eugen von Wien hinausgeschoben werden [1]).

Im Laufe des Monates Mai rückten die kaiserlichen Truppen bis in die Südspitze von Tyrol vor. Sie bestanden zum überwiegenden Theile aus den einstigen Türkensiegern von Zenta. Am 20. Mai traf der Prinz Eugen in Roveredo ein. Um ihn waren Graf Guido Starhemberg, Prinz Thomas Vaudemont, der Sohn des spanischen Statthalters von Mailand. Gegen den Sohn im kaiserlichen Dienste ward niemals ein Zweifel rege: der Vater im spanisch-französischen Dienste ward dort von Vielen mit Mistrauen betrachtet.

Dem Marschall Catinat lag die Aufgabe ob die Alpenthäler so zu besetzen und so zu bewachen, daß die kaiserlichen Truppen nicht in die Ebene hinab gelangen konnten, als etwa mit der Aussicht auf einen Kampf unter den ungünstigsten Bedingungen. Seine Berichte nach Versailles waren voll Vertrauens. Die Bewegungen der Kaiserlichen, meldete er, ließen ihn vermuthen, daß sie auf Torbola und Riva marschiren wollten, indem sie den Gardasee zur Linken ließen, um in das Land von Brescia niederzusteigen. Dort finde sich allerdings ein Weg, gangbar für einen oder zwei Mann, auch ein anderer, durch den ein

[1]) Lamberg f. 61[b]: La vendita fatta dal duca di Mantova de i suoi Stati, e della propria libertà ed il presidio Gallispano introdotto in Mantova medema, considerata per chiave d' Italia, obligarono la Corte Cesarea a mutare i sistemi gia aggiustati, e questa fù la ragione che il S. P. Eugenio di Savoia ritardasse il suo distaccamento da Vienna.

Digitized by Google

sehr schmaler Wagen sich winden könne. Diese Nachricht erfüllte den Hof von Versailles. Es sei also schwer zu glauben, hieß es, daß den Deutschen der Versuch dort gelingen könne [1]).

Stärker drückten die Franzosen in Rom sich aus. „So lange, hieß es dort, die kaiserliche Armee sich noch nicht in Vögel verwandelt, dürfen wir in Betreff ihrer Absicht die Alpen zu übersteigen, in völliger Sicherheit sein" [2]).

Der Prinz Eugen stellte sich dennoch die Aufgabe einen Pfad zu finden, nur nicht da, wo Catinat es vermuthete, westwärts vom Gardasee, sondern sogar ostwärts der Etsch. Denn die Kundschaften ergaben, daß gegen das Betreten eines Weges an oder zum Gardasee der Marschall Catinat alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es fragte sich also um die Möglichkeit eines Weges im Osten der Etsch über die tridentinischen Alpen, die noch im vollen Winterkleide starrten. Die Bauern des Gebirges wurden vernommen. Sie gaben zur Antwort, daß auf jenen Höhen seit Menschengedenken die Räder eines Wagens nicht gegangen. Sie hielten es für unmöglich, Kanonen und Heergepäck dort hinüber zu schaffen [3]).

Eben daher auch erklärt sich, daß Catinat, der seine feste Stellung vom Gardasee aus noch weiter rechts ausdehnte bis zum Strome der Etsch, an die Besetzung der weiter ostwärts liegenden Gebirgsthäler nicht gedacht hatte.

Aber in jedem Falle führte der Weg über das Gebiet der neutralen Republik Venedig. Der Prinz Eugen entsendete Couriere nach Venedig und Verona. Er ließ durch den Gesandten Grafen Berka der Signoria anmelden, daß die kaiserliche Armee sich in der Nothwendigkeit befinde, das venetianische Gebiet zu berühren. Er bürgte für Mannszucht und baare Zahlung.

Am Abende des 21. Mai kam der Kriegsrath um den Prinzen Eugen zu dem Beschlusse, daß der Uebergang über die Trienter Alpen, ostwärts vom Strome der Etsch, zu wagen sei. Die Anstalten wurden

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 116.

[2]) Lambergs Bericht vom 2. Juni.

[3]) Ich folge hier dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Erste Serie. Bd. III, S. 146 u. f. Die betreffende Abhandlung verdient wegen ihrer genauen Sorgfalt besondere Anerkennung.

Digitized by Google

getroffen, zugleich aber auch diejenigen, den Marschall Catinat über die eigentlichen Bewegungen des Heeres in Unkunde zu erhalten. Dies gelang so vollständig, daß sein oben genannter irrthümlicher Bericht, der am 4. Juni in Versailles eintraf, abgefaßt wurde in denselben Tagen, zu Ende des Monates Mai, wo der Prinz Eugen und seine Armee in voller Arbeit des Uebersteigens waren. Es ist mit besonderem Nachdrucke hervorzuheben, daß demgemäß unter den Tausenden von Bewohnern jener Gegenden, bei denen über die Richtung des vorzunehmenden Zuges bald kein Zweifel mehr obwalten konnte, auch nicht Einer sich gefunden haben kann von ähnlicher moralischer Qualität wie der Herzog Ferdinand Carl von Mantua, oder die Kurfürsten-Brüder Wittelsbach von Bayern und von Köln.

Einige Tage wurden hingebracht die Saumpfade nothdürftig herzurichten. Von Venedig her erfolgte nicht ein entschiedener Protest. Am Morgen des 27. Mai setzten sich die Truppen von Ala aus in Bewegung. Die Pferde wurden am Zügel geführt, die Geschütze und Wagen zerlegt, die Theile auf Schleifen geladen, das Gepäck von den Wagen auf den Schultern der Soldaten fortgetragen. An den allzu steilen Stellen mußte man die Lasten mit Stricken hinaufwinden oder niederlassen. Die Bauern leisteten überall hülfreiche Hand [1]). Am Abende des 28. Mai war, ohne Unglücksfall, der Uebergang so weit vollbracht, daß Wagen und Geschütze wieder zusammengefügt werden konnten. Vor den erstaunten und erfreuten Blicken dehnte sich die reiche Ebene Ober-Italiens. Die Hemmnisse der Natur waren erfolgreich überwunden, und dadurch die moralische Kraft gehoben. Das Bewußtsein der kaiserlichen Armee verhieß den Sieg.

Die Nachricht des kühnen Alpenüberganges durcheilte Europa, und weckte in vielen Gemüthern die verwandte Stimmung. Vor allen anderen aber kam es auf diejenige Nation an, deren Sympathie oder Antipathie eine praktische Bedeutung haben würde, und zwar in diesem Falle die für das gesammte Europa den Ausschlag gebende, auf die Engländer, speziell auf das englische Unterhaus.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 158.

Digitized by Google

Nachdem der Prinz Eugen den Beschluß des Ueberganges über die Alpen gefaßt und die hauptsächlichen Vorbereitungen getroffen, verfaßte er am 25. Mai einen ausführlichen Bericht darüber an den Grafen Wratislaw in London. Der Gesandte überreichte ihn am 3./14. Juni dem Könige. Wilhelm III. las mit sichtlichem Vergnügen. Dann sagte er zu Wratislaw: „Die getroffenen Dispositionen legen Zeugnis ab von einer außerordentlichen Befähigung und Umsicht des Feldherrn. Ich zweifele nicht an dem Gelingen, und eben dies Gelingen wird der allgemeinen Sache einen mächtigen Vorschub thun“ [1]). Wratislaw nahm den Bericht zum Anlasse auf eine Diversion in den Niederlanden zu dringen. Der König wich aus. „Versichern Sie dagegen, fuhr er fort, dem Kaiser in meinem Namen positiv, daß die Dinge nicht lange mehr in diesem Stande bleiben werden, sondern daß die Krisis herannaht.“

Für das Parlament freilich schien noch immer die wichtigste Angelegenheit zu sein die Differenz über den Proceß der vier Lords, die das Unterhaus vor dem Oberhause angeklagt. Das Letztere wollte die Sache beenden, die Mehrheit im Ersteren sie über die bevorstehende Vertagung hinauszerren. Bereits indessen wurden die Tribünen zum Zwecke des Processes errichtet.

In der Gesammtheit der Nation dagegen fand diese Differenz nicht mehr einen Widerhall. Die Strömung, welche sich zuerst in der Kenter Petition kund gegeben, schlug täglich höhere Wellen, nicht freundlich für die Tories im Unterhause. Eines Morgens fand man am Thore des Unterhauses einen Anschlagzettel mit den Worten: „Drei Königreiche hier zu verkaufen. Auskunft im Hause“ [2]). Es war die Handlung eines Einzelnen; aber sie ward aufgefaßt als die Kundgebung einer allgemeinen Stimmung. Es erhoben sich mancherlei Besorgnisse, ob die leidenschaftliche Erregung der Gemüther wider einander nicht zuletzt in eine völlige Umwälzung ausschlagen werde [3]).

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 14. Juni.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 3. 14. Juni.

[3]) Eben dort: Obschon jener Anschlag nur von einer Privatperson verübt sein mag, so lässet sich doch eine so große und allgemeine animosität gegen des Unterhauses proceduren verspüren, daß fast niemand daran zweifelt, daß die Sachen nicht bald in eine völlige Verkehrung ausschlagen werden.

Digitized by Google

So die Besorgnisse Vieler. Sie gewahrten nicht, daß der Steuermann das Ruder in fester Hand hielt, des rechten Augenblickes harrend.

Wilhelm III. hatte, wie wir vernommen haben, eine Denkschrift von Seiten der Republik verlangt, die er dem Parlamente vorlegen wolle. Geldermalsen überreichte ihm diese Denkschrift am 6./17. Juni. Die Nachricht, daß der Prinz Eugen in die Ebene von Vicenza niedergestiegen, war damals bereits da. Dennoch schien der rechte Augenblick dem Könige noch nicht gekommen. Zur Antwort auf die Denkschrift zeichnet der König seinen Plan für Heinsius ab mit den folgenden Worten. „Die mir übergebene Denkschrift kann ich dem Parlamente erst in der nächsten Woche vorlegen. Ich hoffe, daß es in Folge dessen mir eine Adresse überreichen wird, enthaltend die Bitte, daß ich gemeinsam mit der Republik eine Allianz mit dem Kaiser schließe. Dann haben wir die feste Basis einer Vereinigung mit dem Kaiser“ [1]). Der König spricht dann seine Klage aus über die Stadt Amsterdam, welche nicht lassen könne von ihren alten Grundsätzen, ihr Handeln einzurichten nach dem Drucke der Furcht. Er hofft, daß er nach seiner Ankunft die Stadt zu weiseren Entschlüssen führen werde. Er stellt diese Ueberkunft in baldige Aussicht Er will das Parlament noch vierzehn Tage beisammen lassen, und dann seinen Aufbruch beschleunigen. Nicht jedoch wie früher oft steht ihm oben an die Sehnsucht nach dem heimatlichen Boden, sondern die Ueberzeugung, daß seine Gegenwart dort nützlich sein werde. Wilhelm III. ist sich damals seiner vollen Kraft bewußt.

Und eben in diesem Bewußtsein zog er die Entscheidung in England noch um einige Tage hinaus. Denn er wollte das Werk seines Lebens vollenden und besiegeln. Dies Werk betraf nicht bloß das Zusammen-Fassen aller von der Uebermacht des Hauses Bourbon Bedroheten in eine Allianz. Im engen Verbande damit stand für den Oranier die Sicherstellung Englands und noch mehr seines geliebten Holland auch gegen einen Umschlag der Dinge in England nach ihm, der Abschluß der einen Angelegenheit, deren letzte Fäden lediglich er in seine Hand vereinigte, derjenigen der Thronfolge in England. Seine Thronrede vom 10./21. Februar 1701 stellte die beiden Angelegenheiten,

[1]) Grovestins t. VIII, p. 76. Vom 17. Juni.

Digitized by Google

diejenige der Thronfolge in England und diejenige der Umwälzung in Spanien, in gleicher Wichtigkeit neben einander. Die Zusammenstellung selbst deutet die Absicht des Königs an: er wollte sie untrennbar verweben. Die Allianz, die er erstrebte, sollte nicht bloß gerichtet sein wider das Haus Bourbon: sie sollte zugleich die neue Thronfolge in England gewährleisten, England einerseits und andererseits die Republik sicherstellen gegen die Wiederkehr des Hauses Stuart auf den Thron von England. Daher mußte in den Augen Wilhelms III., bevor die Allianz errichtet wurde, die Thronfolge des Hauses Hannover in England beschlossen und besiegelt sein.

Erst die Thronrede des Königs mochte auch der Kurfürstin Sophie in Hannover und ihrem Sohne, dem Kurfürsten Georg Ludwig, zur Klarheit gebracht haben, daß die Kurfürstin durch ihre wenigen Zeilen vom 18. Januar 1701 sich tiefer engagirt, als es ihre Absicht gewesen war. Diejenigen Personen in Hannover, welche die Aussicht auf die Thronfolge in England als ein Glück oder einen Vortheil betrachteten, riethen weitere Schritte in England zu thun. Die eifrigste unter diesen Persönlichkeiten war Leibniz. Seine Vorschläge fanden in Herrenhausen keine Zustimmung [1]). Die Kurfürstin und ihr Sohn, der Kurfürst, ließen geschehen. Wie immer die Dinge gehen mochten: nicht sie bedurften Englands, sondern England bedurfte ihrer. Dies war die Basis, auf welcher sie standen, und welche Niemand besser würdigte als Wilhelm III. Seine Aufgabe war es, die Dinge so vorzubereiten, daß dem welfischen Hause in Hannover nichts übrig blieb als die fertige Successions-Acte nicht ablehnen zu können, sie annehmen zu müssen. Wir haben demnach hier den Verlauf des Werdens dieser Acte im Zusammenhange zu überblicken.

Das Verfahren Wilhelms III. in dieser Angelegenheit ist analog demjenigen in der Angelegenheit der Allianz. Wie er in Betreff der letzteren das Parlament so führte, daß die Aufforderung dazu ihm von demselben aus zukommen sollte: so überließ er die Sache der Succession, nachdem er durch seine Thronrede sie in der nachdrücklichsten Weise angeregt, völlig dem Parlamente. Und dies allein erklärt auch sein Hinüber-Lenken zu den Tories, welches damals wie ein Räthsel erschien.

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 251 u. f.

Digitized by Google

Für das Hinüber-Lenken zu den Tories, im Winter 1700/1, wirkten nämlich bei dem Könige Wilhelm III. zwei wichtige Gründe in Bezug auf die Thronfolge. Der erste ist die damals größere Neigung der Tories für das Haus Hannover. Bekanntlich haben nachher die Dinge sich so sehr gewendet, daß unter der Königin Anna, namentlich in ihren letzten Jahren, hauptsächlich die Whig-Partei die hannöversche Erbfolge vertritt. Aber es handelt sich hier um das Jahr 1701, bevor durch den Tod Wilhelms III. darin ein Wechsel eintrat. Damals, im Jahre 1701, war die Partei der Jacobiten sehr gering. (Man vgl. oben S. 144.) Dagegen hatte gleich nach dem Tode des Herzogs von Gloceſter ein kundiger Engländer die Lage der Dinge so aufgefaßt, daß die hannöversche Thronfolge eine Parteisache der Tories sein würde gegenüber den Whigs, welche eine zweite Heirath des Königs wünschten. Und eben dies haben wir als die Ansicht eines unbetheiligten Beobachters in England vernommen. (Bd. VIII, S. 557.)

Dies war der eine Grund, weshalb Wilhelm III. im Winter 1700/1 die Tories heranzog, auch ungeachtet der größeren Willfährigkeit der Whigs für seinen Plan des Krieges gegen Frankreich.

Der andere Grund war der Wunsch, die Prärogative der Krone nicht allzu sehr beschränken zu lassen. Daß die Feststellung der Succession auf ein nicht in England heimisches Fürstenhaus nicht ohne neue Beschränkung der Krone geschehen würde, war vorauszusehen, namentlich nach der Regierung des Holländers Wilhelm. Wenn aber bei der Berathung und Beschlußfassung über diese Beschränkungen die Whig-Partei im Unterhause die Mehrheit hatte: so stieg für Wilhelm III. die Besorgnis empor, daß sie die Krone für ein Fürstenhaus, dessen Neigung zu derselben an sich schon gering, geradezu unannehmbar machte. Der König Wilhelm allein in England kannte diese Gefahr. Dagegen war bei der Tory-Partei immer mehr Rücksicht für die Prärogative der Krone vorauszusetzen. Wilhelm III. aus sich war weder Tory, noch Whig. Er zog die eine Partei, er zog die andere vor, je nachdem sie seinen höheren politischen Zwecken dienten. Die Vortheile, welche ihm in diesem Falle die Gesinnungen der Tory-Partei für die Erhaltung der Rechte der Krone boten, erschienen ihm überwiegend gegen diejenigen, welche ihm von der Whig-Partei her erwuchsen für das nachdrückliche Eintreten von England in den europäischen Conflict.

Digitized by Google

Darum hatte er zu Ende 1700 das Parlament aufgelöst, darum seine Räthe aus der Tory-Partei genommen, darum überhaupt sein Gewicht in die Wage der Tories geworfen, damit bei der Feststellung der Succession sie die Mehrheit haben möchten. Aber es ist zu wiederholen: dies war sein Geheimnis, und wie von England her keine Spur andeutet, daß man damals dort die geringe Neigung des Hauses Hannover für die Aussicht auf die englische Krone kannte, so stand eben darum auch das scheinbare Zusammen-Gehen Wilhelms III. mit den Tories vor den Augen Aller wie ein Räthsel.

Am 3./14. März kam die Angelegenheit der Succession im Unterhause zur Erörterung. Es darf angenommen werden, daß die Wendung der europäischen Angelegenheiten durch den Successionsfall in Spanien die Whig-Partei eifriger gestimmt habe als einige Monate zuvor. Denn von ihrer [1]) Seite her ward der Antrag eingebracht: „Es ist für den Frieden und die Wohlfahrt von England so wie für die Sicherheit der protestantischen Religion durchaus erforderlich, daß eine fernere Declaration festgestellt werde zum Zwecke der Beschränkung der Thronfolge auf die protestantische Linie, nach dem Könige und nach der Prinzessin und in Ermangelung ihrer Leibeserben. Zugleich ist nothwendig eine weitere Feststellung zu Gunsten der Rechte und der Freiheiten des Volkes".

Bei der Erörterung dieses Antrages tauchte die Frage empor, ob der Successor zugleich sofort zu benennen sei. Es ward dagegen eingewandt, daß der zweite Theil des Antrages eine Art Capitulation erforderlich mache. Diese würde zweckmäßiger geschehen vor einer Benennung. Denn in diesem Falle habe der zu benennende Successor von da her keinen Grund zur Beschwerde. Wenn man dagegen ihn zuerst benennen und dann die Rechte und Freiheiten der Engländer feststellen wolle: so würde man auf viele Schwierigkeiten stoßen. Denn es dürfte gar Mancher sich finden, der, um sich bei dem Successor ein Verdienst zu erwerben, die heilsamen Absichten für das Wohl der Nation zu durchkreuzen suchen würde [2]).

[1]) Man vergleiche das Schreiben Stepneys an die Kurfürstin Sophie in den Werken von Leibniz Bd. VIII, S. 245.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4./15. März, dem ich fast wörtlich folge.

Digitized by Google

Diese Ansicht schlug durch. Der Antrag ward zum Beschlusse erhoben, so jedoch, daß der zweite Satz vorangehen, die Nennung des Namens einstweilen unterbleiben solle. Wer indessen zu nennen sei, stand von Anfang an fest. Wir erinnern uns, daß die Wünsche der Engländer gleich nach dem Tode des Herzogs von Gloceſter sich richteten auf den Kurprinzen Georg August in Hannover, den späteren König Georg II. Wilhelm III. selber hatte zunächst die Kurfürstin Sophie im Auge. Der eine Grund dafür war das Bestreben, die Lineal-Erbfolge aufrecht zu halten. Ein anderer entstammte der Rücksicht auf Schottland [1]). Das Parlament in Edinburg hatte im Jahre 1689 die protestantische Linie in Hannover genannt, dadurch also sich bereits engagirt. Wilhelm III. erstrebte die Real-Union beider Länder. Es erhob sich jedoch die Besorgnis, daß das für die Vereinigung damals noch nicht sehr willige Schottland von einer etwaigen Benennung des Kurprinzen her den Anlaß nehmen würde, mit Nachdruck die Lineal-Folge zu betonen und demgemäß die Kurfürstin zu benennen. — Aus diesen beiden Gründen durfte nach dem Sinne des Königs auch im englischen Parlamente nur die Kurfürstin benannt werden. Der Gang der Dinge zeigt, daß sowohl die Tories wie die Whigs dieser Ansicht beigetreten sind. Man wollte die Kurfürstin benennen; aber Viele hegten dabei die Hoffnung und Erwartung, daß sowohl sie wie ihr Sohn, der Kurfürst, zu Gunsten des Kurprinzen verzichten würden. — Es ist von Wichtigkeit dabei immer festzuhalten, daß vom Jahre 1701 die Rede ist, von der Zeit vor dem Tode des Königs Wilhelm III.

Demgemäß stellte das Comité zunächst drei Artikel auf.

Erstens. Alle Angelegenheiten, welche die gute Regierung des Königreiches betreffen, sollen im geheimen Rathe verhandelt und die darüber zu fassenden Beschlüsse vom geheimen Rathe (Privy Council) unterzeichnet werden.

Zweitens. Keiner, wer immer es sei, der nicht geborener Unterthan von England, Schottland und Irland und den dazu gehörigen Ländern, oder der jenseit des Wassers nicht von englischen Eltern geboren, auch wenn er naturalisirt wäre, soll fähig sein Mitglied des

[1]) Anlage I.

Digitized by Google

geheimen Rathes, noch des Ober- oder Unterhauses zu sein, noch irgend ein Amt besitzen, weder im Civil, noch Militär.

Drittens. Keine solche Person darf eine Schenkung an Krongütern besitzen, weder unter eigenem Namen noch einem anderen.

Gegen die letzten beiden Puncte erhob sich kein Widerspruch. Gegen den ersten traten zwei Mitglieder auf. Sie machten geltend, daß dieser Artikel hervorgehe aus einer Anschauung, die der türkischen nahe stehe, nach welcher für den Werth der Rathschläge lediglich der Ausgang als Maßstab angelegt werde. Würde dieser Satz angenommen, so möchte Mancher Bedenken tragen dem geheimen Rathe anzugehören, da er aus voller Ueberzeugung für eine Sache stimmen, und dann doch, im Falle einer unvorhergesehenen, durch andere Ereignisse veranlaßten unglücklichen Wendung, für seine Ansicht zur Verantwortung gezogen werden könne. — Es ward erwiedert, daß die Nothwendigkeit erheische, einen Damm zu errichten gegen den eingeschlichenen Gebrauch und die Anmaßung Allianzen und Verträge zu schließen ohne Mitwissen des geheimen Rathes [1]).

In diesen Worten und demgemäß dem Artikel der Successions-Bill, welchen sie begründen, tritt uns eine der wichtigsten Consequenzen der Regierung Wilhelms III. entgegen. Er hatte der großen Allianz von 1689 seinen Namen und das große Siegel von England beigefügt ohne Vorwissen und ohne Mitzeichnung eines englischen Ministers. Er hatte die beiden Theilungsverträge über das spanische Erbe berathen und beschlossen ohne Zuziehung eines englischen Ministers. Fortan, nach jenem Artikel der Successions-Acte, war weder das Eine, noch das Andere möglich. Jener Artikel beließ der Krone formell das Recht der Verträge nach außen: das Wesen der Sache eignete er den Räthen zu, welche die Verantwortlichkeit zu tragen hatten. Nicht jedoch ist dabei die Rede von dem engeren Kreise eines Cabinetsrathes, sondern von dem weiteren eines geheimen Rathes. Der Gedanke eines in sich geschlossenen, solidarischen Ministeriums tritt noch nicht auf. Wir haben hier diese geschichtliche Thatsache zu constatiren, nicht in eine Erörterung dessen einzugehen, was später geworden ist.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. März. Da ich fast genau den Wortlaut gegeben, so halte ich eine Beilage nicht für erforderlich.

Digitized by Google

In der nächſten Berathung des Comités erfolgten neue Artikel. Sie lauten wie folgt.

Wenn die Krone England hernach auf einen Nicht-Eingeborenen des Königreiches gelangt: ſo ſoll die engliſche Nation nicht verpflichtet ſein ohne Zuſtimmung des Parlamentes mit einzutreten in einen Krieg, welcher zur Vertheidigung fremder Länder geführt würde. — Dieſer Artikel war aus dem Heirathsvertrage der Königin Mary I. mit Philipp II. von Spanien herübergenommen.

Wer immer zur Succeſſion der Krone von England gelangt, ſoll ſich betheiligen an der Communion der Hochkirche von England.

Kein königlicher Gnadenact ſoll gelten gegenüber einer vom Parlamente erhobenen Anklage.

Der künftige Träger der Krone von England darf ſich ohne die Zuſtimmung des Parlamentes nicht aus dem Gebiete der drei Königreiche entfernen [1]).

Am anderen Tage folgten noch zwei weitere Artikel. Sie lauten wie folgt.

Die zwölf Oberrichter des Königreiches ſollen abſetzbar ſein auf den Antrag des Unterhauſes.

Wer immer ein Amt von der Krone hat, ſei es im Civil oder Militär, wird dadurch unfähig ein Mitglied des Unterhauſes zu ſein.

Nachdem alle dieſe Artikel im Comité des Unterhauſes beſchloſſen, wurde der Name genannt: die Prinzeſſin Sophie, Kurfürſtin-Witwe von Braunſchweig-Lüneburg [2]). Irgend welche Ueberraſchung oder Erſtaunen konnte der Name nicht erregen, weil in Conſequenz der Bill of Rights von 1689 dieſer Name der nächſte war.

Ein Widerſpruch von engliſcher Seite ward nicht laut. Dennoch erfolgte ein ſolcher und zwar von Savoyen her.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11./22. März.

[2]) Nach der Darſtellung bei Burnet erſcheint es, als ſei die Succeſſions-Sache im Comité des Unterhauſes mit einer gewiſſen Leichtfertigkeit behandelt. Die zahlreichen Berichte, in denen die unbetheiligten Zeugen der Vorgänge, Hoffmann und Wratislaw, der Sache gedenken, enthalten keine Andeutung irgend welcher Art, welche jenes Urtheil beſtätigen könnte. — Burnet war im Jahre 1689 von Wilhelm III. verwendet worden, um im Oberhauſe den Antrag auf die Benennung des Hauſes Hannover zu ſtellen. Man vgl. Bd. IV, S. 483. Bei den Verhandlungen von 1701 hatte er keine andere Bedeutung, als welche ihm als Mitglied des Oberhauſes gebührte.

Digitized by Google

Es scheint, daß Victor Amadeus nicht aus eigenem Antriebe diesen Schritt gethan.

Im Monate Januar 1701 hatte Ludwig XIV. den Herzog von Berwick nach Italien entsendet. Einer der Zwecke war, wie wir früher vernommen, daß Berwick sich dem Papste Clemens XI. zum Anführer der päpstlichen Truppen erbieten sollte. Wir erinnern uns, daß Clemens XI. dankend ablehnte. Der andere Zweck war, den Herzog Victor Amadeus in Turin zum Proteste gegen eine Feststellung der Succession in England aufzufordern [1]). Die Nachricht Berwicks darüber ist im Einzelnen nicht genau; denn er meldet, daß er, aufgebrochen im Januar, sich zuerst nach Turin begeben und dort geredet habe gegen die von Wilhelm III. dem Parlamente kurz vorher vorgeschlagene Thronfolge des Hauses Hannover. Als Berwick in Turin eintraf, hatte Wilhelm III. das Parlament noch nicht eröffnet. Der Irrthum jedoch dürfte sich beschränken auf die Zeitangaben. Berwick redete in Turin nicht gegen die bereits geschehene Thatsache, sondern gegen die Absicht. Er machte, wie er berichtet, in Turin geltend, daß Victor Amadeus nicht schweigen dürfe, sondern daß, da das Recht der Herzogin demjenigen der Kinder Jacobs II. zunächst stehe, er reden müsse zugleich für alle die anderen vierzig Sprossen des Hauses Stuart, die in ihrem Rechte geschädigt würden. Victor Amadeus fand die Sache sehr schwierig. Er ziehe sich dadurch mächtige Feinde zu, sagte er, und dazu sei der Schritt in sich selber vergeblich. Berwick berief sich auf den König von Frankreich. Er hob mit Nachdruck den von Ludwig XIV. erhaltenen Auftrag hervor, dem Herzoge von Savoyen zu versichern, daß der König seinen Schritten in dieser Richtung zustimmen werde. Auf diese Worte gab Victor Amadeus nach und erklärte sich bereit zu protestiren.

So berichtet Berwick. Es ist von Interesse die Sache weiter zu verfolgen.

Der savoyische Gesandte in London, Graf Briançon, wagte nicht, seinen Auftrag auszurichten ohne Vorwissen des Königs. Wilhelm III. gestattete. Demnach erhob die Herzogin Anna Maria von Savoyen, einzige Tochter der Prinzessin Henriette Stuart, vermählten Herzogin

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 106.

Digitized by Google

von Orleans, Protest gegen jegliche Verfügung über die Succession, welche hinweggehe über ihr Näherrecht an die Krone von England [1]).

In so weit konnte die Schrift nicht auffallen. Aber zugleich enthielt sie, daß nach dem Könige Wilhelm und nach Anna, vermählten Prinzessin von Dänemark, gemäß den Gesetzen und dem Herkommen von England nächstberechtigt sei die Herzogin Anna Maria von Savoyen.

Der savoyische Gesandte überlieferte das Schriftstück beiden Häusern des Parlamentes. Sie ließen es zu den Acten legen [2]).

In späterer Zeit hat man in England die Protestation sehr thöricht genannt [3]). Für die Zeit der Eingabe selbst, im Jahre 1701, dürfte diese Kritik als eine erschöpfende wohl kaum bezeichnet werden. In der That hat das Actenstück damals noch manche andere Gedanken angeregt.

Indem dasselbe das Recht Wilhelms III. so wie der Prinzessin Anna anerkannte und darauf unmittelbar dasjenige der Herzogin von Savoyen folgen ließ, schritt es mit Schweigen hinweg über das unglückliche Königshaus in St. Germain, über Jacob II. selbst, wie über seine beiden Kinder Jacob und Marie Louise. Daß der Herzog Victor Amadeus und seine Frau eine Gesinnung dieser Art hegten, wenn diese diente einem ihrer Kinder die Thronfolge in England zuzuwenden, kann bei dem Charakter des Ersteren nicht überraschen. Aber es tritt das Moment hinzu, daß Victor Amadeus in der Sache nicht handelte ohne das Vorwissen und die Zustimmung, sondern sogar auf die Mahnung Ludwigs XIV. Es steigt dann freilich wieder die Frage empor, ob Berwick, der Ueberbringer der Mahnung Ludwigs XIV. an Victor Amadeus, sich hinabgewürdigt haben kann mitzuwirken für einen Schritt, welcher, der Intention nach, seinem eigenen Vater und dessen Hause eben so feindselig war wie die englische Bill of Rights von 1689. Immerhin wäre es möglich, daß, nachdem Berwick die Sache angeregt, die formelle Protestation ohne weitere Betheiligung von seiner Seite festgestellt ist direct zwischen Turin und Versailles.

[1]) Das Schriftstück bei Lamberty t. I, p. 503.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. März/8. April.

[3]) Hallam, ch. XV: The duchess of Savoy put in a very foolish protest against any thing that should be done to prejudice her right.

Digitized by Google

Thatſache iſt, daß der höchſt auffallende Proteſt damals vielfach erörtert wurde, und daß auch diejenigen, die von dem Auftrage Berwicks in Turin keine Kunde hatten, dennoch die Zuſtimmung Ludwigs XIV. zu dem Proteſte vorausſetzten. Die Meinung, die im Laufe der Zeiten die vorherrſchende geworden iſt, daß Jacob II. durch ſeinen kirchlichen Eifer ſeine Kronen eingebüßt, ward von den Staatskundigen jener Zeit als Irrthum durchſchaut [1]). Am wenigſten kann Ludwig XIV. perſönlich ſich darüber einer Täuſchung hingegeben haben. Aber man folgerte weiter. Bei der kundbaren Geneigtheit des Hofes von Verſailles, die Freunde und Bundesgenoſſen dem eigenen Intereſſe zum Opfer zu bringen [2]), liege die Vermuthung nicht fern, daß der Proteſt ein franzöſiſches Intereſſe beabſichtige. Es kommt alſo darauf an, die Möglichkeit eines ſolchen Intereſſes klar zu ſtellen.

Das ſavoyiſche Paar hatte vier Kinder, zwei Söhne und zwei Töchter. Die ältere der letzteren war verheirathet mit dem älteſten Enkel Ludwigs XIV., dem Herzoge von Bourgogne. Das Verlöbnis der jüngeren mit dem zweiten Enkel, dem zum Könige von Spanien declarirten Herzoge von Anjou, war im Werke. Es ging in Paris das Gerücht, daß ein geheimer Artikel des Ehevertrages dem Hauſe Carignan die Mithülfe Frankreichs für die Thronfolge in England zuſagen werde [3]).

Was immer für Plane oder Wünſche damals gehegt ſein mögen: die Ereigniſſe der folgenden Jahre rollten darüber hinweg und begruben ſie für immer. Aber dem Hiſtoriker liegt es ob, die Vergangenheit zu erfaſſen wie ſie war, und darum auch Plane und Wünſche der Vergeſſenheit zu entreißen, die, auch wenn ohne Conſequenz, dazu dienen, die Perſönlichkeiten, welche über die Schickſale ihrer Mitwelt entſchieden, hell und klar zu beleuchten, nicht in dem Sinne, wie eine vielfach irre geführte Nachwelt häufig ſie anſchaut, ſondern wie ſie wirklich waren.

---

[1]) Sinzendorfs Bericht aus Paris, vom 26. März: Cum Jacobus rex ex diversis aliis motivis quam religionis orthodoxae studio coronam Anglicam amiserit.

[2]) Eben dort: Cum Aula Parisiensis facillime utilitati suae privatae aliorum ac confoederatorum suorum commoda immolare ac sacrificare soleat etc.

[3]) Derſelbe Bericht.

Digitized by Google

Im engliſchen Parlamente von 1701 mag immerhin eine geringe Partei dennoch für Savoyen geweſen ſein. Es erſchienen bei dem Grafen Briançon ſechs Lords mit dem Vorſchlage, daß, wenn der Herzog Victor Amadeus einen ſeiner Prinzen zur Erziehung nach England ſende, und zwar in der Lehre der anglicaniſchen Kirche, die Succeſſions-Acte für Hannover nicht zu Stande kommen würde. Briançon wagte nicht ſich darauf einzulaſſen [1]).

Die Bill, welche nach dem erbloſen Abſterben des Königs Wilhelm III. und der Prinzeſſin Anna, die Kurfürſtin-Witwe Sophie von Braunſchweig-Lüneburg zum Throne berief, wurde im Unterhauſe genannt: Acte für die fernere Feſtſtellung des Erbrechtes der Krone und für die beſſere Sicherung der Rechte und der Freiheiten der Unterthanen [2]).

Nachdem die Bill in der dritten Leſung im Unterhauſe angenommen, ward ſie am 16./27. Mai an das Oberhaus hinauf geſendet. Es ward der Zweifel ausgeſprochen, ob ſie noch in der laufenden Seſſion zum Abſchluſſe gebracht werde [3]). — Eine Meinung dieſer Art thut kund, wie ſorgfältig der König ſeinen Plan zu verbergen verſtand. Für ihn war die Erledigung der Succeſſions-Acte gleich wichtig mit einem definitiven Beſchluſſe wider Frankreich.

Die Bill gelangte im Oberhauſe zur Berathung. Lord Normanby beantragte, daß man bei dieſer Gelegenheit für den Fall, daß die Prinzeſſin Anna zur Krone gelange, auch ihrem Gemahle, dem Prinzen Georg von Dänemark für ſein Lebenlang den königlichen Titel zuerkenne. Der Antrag fiel, eben ſo einige andere Vorſchläge. Denn die Whig-Partei, die im Oberhauſe die Mehrheit beſaß, verfolgte den feſten Plan überhaupt keine Aenderung an der im Unterhauſe beſchloſſenen Bill zuzulaſſen, damit in dieſer Angelegenheit jegliche Differenz, die einen Aufſchub nach ſich ziehen könne, vermieden werde [4]). „Daher,

[1]) Lamberty t. I, p. 499.

[2]) An Act for the farther Limitation of the Crown, and better securing the Rights and Liberties of the Subject.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 28. Mai.

[4]) Desgleichen vom 3. Juni. — Es iſt zu bemerken, daß die Anſichten von Lord Stanhope: Reign of Queen Anne p. 18, ſich weſentlich ſtützen auf die Meldungen Burnets, nicht auf andere poſitive Zeugniſſe.

Digitized by Google

fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, haben auch diejenigen, welche dem Prinzen von Wales heimlich zugethan sind, lieber die Sache stillschweigend geschehen lassen, als den vergeblichen Versuch machen wollen, sich der starken Strömung zu widersetzen. Indessen geben sie dabei nicht die Hoffnung auf, daß, wie überhaupt hier alles einem beständigen Wechsel unterworfen ist, so auch Verhältnisse eintreten werden, welche sie in den Stand setzen können, ihre Wünsche zu verwirklichen. Da die englische Nation im allgemeinen immer gegen diese Wünsche sein wird, so ist die Aussicht gering. Nur wenn diese Partei fortfährt wie sie bisher gethan, und alles aufbietet, um das Haus Bourbon im ruhigen Besitze der spanischen Monarchie zu belassen: so könnten sie den Prinzen von Wales eher haben als sie es vermuthen, und zwar nicht mit einer vorhergehenden guten Capitulation, wie sie es beabsichtigen, sondern vermöge einer französischen Invasion."

Die Betrachtung Hoffmanns läßt uns die Wünsche mancher Jacobiten näher erkennen. Auch sie wollten für England nicht ein Königthum nach der Art Ludwigs XIV., sondern ein gesetzlich beschränktes. Sie glaubten, daß die Successions-Acte, welche sie mitberiethen und mitfeststellten, auch dafür verwendbar sei, daß es im gegebenen Falle lediglich auf die Aenderung des Namens ankommen werde.

Das Oberhaus nahm in dreimaliger Lesung die Successions-Bill an, wie sie ihm vom Unterhause zugegangen war.

Eben so wenig dachte der König gegen die starken Beschränkungen der Prärogativen der Krone durch diese Bill einen Einspruch zu erheben. Ein Zeitgenosse fällt darüber das Urtheil: „Da der König selber kinderlos, so beugte er sich bereitwillig vor dem Vortheile des Augenblickes, ohne sich viel darum zu kümmern, welches Präjudiz er dadurch seinen Nachfolgern auferlegte" [1]). Der Gedanke, wenn auch nicht unrichtig, erscheint in diesen Worten doch zu scharf ausgeprägt. Denn es kommt dabei vor allen Dingen darauf an, was jene Worte: der Vortheil des Augenblickes, in sich befassen. Dieser Vortheil war zuerst die Einigkeit Englands in sich für diese Angelegenheit, die

[1]) Final-Relation des venetianischen Botschafters Mocenigo im Archive zu Venedig: Il Rè Guglielmo, non havendo figliuoli, si piegò facilmente all' utile presente, senza molto curarsi del pregiudicio de successori.

Digitized by Google

Uebereinstimmung beider Häuser des Parlamentes mit einander und mit der Krone. Es war dann der Abschluß dieser einen wichtigen Angelegenheit vor der anderen nicht minder wichtigen, derjenigen eines einmüthigen Auftretens von England in der Sache Europas. Denn durch die Annahme der Acte in beiden Häusern hatte sich für den König Wilhelm der Punct ergeben, von welchem aus er die Fäden seiner beiden Plane, desjenigen des Kampfes wider das Haus Bourbon und der Succession in England, untrennbar verknüpfen konnte.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie das Vertrauen in Wien auf den König Wilhelm III. auch ungeachtet der Zweifel, deren der Gesandte Wratislaw sich nicht erwehren konnte, in beständigem Steigen begriffen war. Am 19. Juni erwog die Conferenz der kaiserlichen Räthe die Berichte des Gesandten. Sie kam zu dem Beschlusse, daß man aufhören müsse, ein Mistrauen wider den König von England zu zeigen. Der Kaiser genehmigte. Er erkannte beiden Gesandten, Goes im Haag und Wratislaw in London, Lob für ihren Eifer zu. Er ermahnte sie fortzufahren, den Grafen Wratislaw mit dem Zusatze: sed modeste, ne offendatur rex [1]).

Noch bevor diese Kundgebungen in London eintrafen, hatte Wilhelm III. sein dem Kaiser gegenüber eingesetztes Wort in der Hauptsache eingelöst.

Es ist zu beachten, daß auch noch in England damals bei nicht Wenigen der gute Wille des Königs in Zweifel stand. Er hatte Marlborough sowohl zum Anführer der englischen Hülfstruppen für die Republik, als zum Bevollmächtigten für die Unterhandlungen mit Frankreich ernannt. Von daher ging in England die Meinung, daß man mehr reden als fechten werde. Der König beabsichtigte seinen Aufenthalt in Breda zu nehmen: demnach mußten dort auch die Fäden der Unterhandlung zusammenlaufen. Bereits einmal, hieß es in England, habe diese Stadt einem Vertrage den Namen gegeben, der das Haus Stuart auf den Thron zurückgeführt. Von den Ministern des

[1]) Relatio Conferentiae vom 19. Juni.

Digitized by Google

Königs Wilhelm sei nichts Anderes zu erwarten als der Wunsch und das Streben jenen Vertrag von Breda zu erneuern [1]).

Am Abende desselben Tages, an welchem Hoffmann dies Gerücht gemeldet, erfuhr er von sicherer Hand, daß der König nur noch auf die Post von Holland warte, um in Person die letzte Denkschrift der Generalstaaten so wie diejenige des Grafen Wratislaw dem Parlamente zu übergeben, und dadurch einen Beschluß des Unterhauses hervorzurufen, der die Allianz mit dem Kaiser nach sich ziehen würde. So meldete Hoffmann am 10./21. Juni.

Am 12./23. Juni erschien der König im Oberhause und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte die Acte für die fernere Beschränkung der Krone u. s. w., die wir kurz als Successions-Acte bezeichnen, so wie eine lange Reihe anderer, fast durchweg Privat-Bills. Dann sprach er: „Mylords und Herren. Ich drücke Euch meinen herzlichen Dank aus für die Sorgfalt, mit welcher Ihr die Thronfolge in der protestantischen Linie festgestellt. Ich darf zugleich diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, Euch kund zu geben, daß ich eben so sehr Eurer wiederholten Zusage eingedenk bin, mich in denjenigen Allianzen zu unterstützen, welche sich als besonders geeignet erweisen zum Schutze der Freiheit von Europa und für die Sicherheit von England und Holland. Euer bereitwilliges Eingehen auf meine Wünsche, den Generalstaaten Hülfe zu bringen, gereicht auch mir zur großen Befriedigung und zum erheblichen Vortheile für die allgemeine Sache. Und da mir nichts so sehr am Herzen liegt wie die Erhaltung der Freiheit Europas und die Ehre und das Interesse von England: so zweifele ich nicht diese großen Ziele zu erreichen, mit Gottes Segen und der Fortdauer Eurer bereitwilligen Mitwirkung."

„Mylords und Herren. Die Jahreszeit erfordert einen baldigen Abschluß, und der Stand der Dinge draußen verlangt durchaus meine Anwesenheit dort, sowohl um unsere Bundesgenossen zu ermuthigen, als um diejenigen Allianzen einzugehen, welche für das allgemeine Interesse die wirksamsten. Deshalb muß ich Euch die Erledigung der öffentlichen Geschäfte anempfehlen, besonders der zunächst wichtigsten" [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Juni.

[2]) Commons Debates t. III, p. 161.

Digitized by Google

Es gab nicht Wenige, die von der Rede des Königs, gemäß dem vorher davon verbreiteten Gerüchte, mehr erwartet hatten. Man bezeichnete die Ausdrücke als indifferent. Vorher hatte es geheißen, daß der König die beiden Denkschriften, die holländische und diejenige des kaiserlichen Gesandten, dem Parlamente überweisen, und sie mit einer nachdrücklichen Empfehlung von seiner Seite begleiten würde. Weder das Eine noch das Andere war geschehen [1]).

Der Grund ist, daß der König dieses Antriebes bei dem Unterhause nicht mehr bedurfte. Die Stimmung der englischen Nation machte sich täglich mehr geltend. Namentlich die Grafschaft Warwick entsendete eine nachdrückliche Petition, die, maßvoller in der Form als diejenige der Grafschaft Kent, doch dem Inhalte nach vielleicht noch stärker war [2]). Nach den mannigfachen Kundgebungen solcher Art mußte die Tory-Partei sich darüber klar werden, daß ein Anstemmen wider die in der englischen Nation überwältigend daher wogende Strömung nicht mehr möglich war. Sie ließ den König in der Stille ersuchen, die Denkschriften nicht zu übergeben, gegen das Versprechen ihrerseits, aus eigenem Antriebe so zu handeln, wie es jenen Denkschriften entsprechen würde. Die Tory-Partei hoffte durch dies Entgegenkommen sich bei der Nation ein Verdienst zu erwerben, und dadurch zu erlangen, daß der vielfach geäußerte Wunsch nach der Auflösung des Parlamentes nicht in Erfüllung gehe. Der König gab der Bitte nach [3]).

Nachdem das Unterhaus in seine Räume zurückgekehrt, führten dort gerade diejenigen Mitglieder, welche bisher Einspruch erhoben wider alle Beschlüsse, die den Krieg nach sich ziehen konnten, nun kriegsdrohende Reden [4]), voran unter ihnen Seymour und Shower, der Letztere einer der angesehensten Advocaten von London. Es ward eine Adresse beantragt. Sie lautet wie folgt.

„Allergnädigster König. Wir Ew. Majestät pflichtschuldigste und loyale Unterthanen, die zum Parlamente versammelten Commons, erwiedern mit aller erdenklichen Freudigkeit Ew. Majestät unseren

[1]) Wratislaws Bericht vom 13./24. Juni.
[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 511.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.
[4]) Lamberty t. I, p. 511.

Digitized by Google

unterthänigsten Dank für die gnädigste Thronrede, in welcher es Ew. Majestät gefallen hat zu dem Verfahren ihrer Commons Ihre Zustimmung auszusprechen. Und ferner versichern wir Ew. Majestät einmüthig, daß wir bei jeder Gelegenheit bereit sein werden Ew. Majestät beizustehen, um diejenigen Allianzen aufrecht zu halten, welche Ew. Majestät zu schließen für geeignet finden, im Vereine mit dem Kaiser und den Generalstaaten, für die Aufrechthaltung der Freiheit von Europa, der Wohlfahrt und des Friedens von England, und zu dem Zwecke die übergreifende Macht von Frankreich zu reduciren" [1]).

Die Adresse war entworfen von dem bereits genannten Shower. Der letzte und wichtigste Ausdruck — for reducing the exorbitant power of France — erschien einem Mitgliede zu stark. Er schlug vor statt: reduciren, zu sagen: hindern (preventing). Denn jener erste Ausdruck enthalte den Krieg, und zwar einen Krieg, welcher, weil vom Unterhause angeregt, für dasselbe unabsehbare Consequenzen nach sich ziehe. Der Einwand fand keinen Anklang. Das gesammte Haus verlangte die Beibehaltung des ersten Ausdruckes: reducing. Denn, obwohl die Adresse darauf berechnet war, die Tory-Partei in den Augen der erregten Nation herzustellen, so war sie doch andererseits in der Hauptsache so gehalten, daß die Whig-Partei, welche den Krieg wider Frankreich verlangte, nicht dagegen sein konnte. Sie ward daher einstimmig angenommen [2]).

Bereits am nächsten Tage traten die Mitglieder des Unterhauses als Körperschaft vor den König. Er dankte ihnen für ihre einstimmige Bereitwilligkeit. Wir Spätere, die wir tiefer in die Plane des Königs einzublicken im Stande sind, als seine Zeitgenossen in England, können darum auch klarer erfassen, daß, wenn jemals ein Dank, so dieser dem Könige von Herzen kam. Er ja hatte die Dinge so geführt, daß nun das Unterhaus ihn einstimmig bat, dasjenige zu thun, was er selber zu thun dringend wünschte. Und dennoch dankte er dann wieder in solcher Weise, daß viele der Mitglieder des Unterhauses sich noch nicht einmal für sicher hielten, ob er denn auch völlig ihre Bitte erfüllen werde.

[1]) Commons Debates t. III, p. 162.

[2]) Hoffmanns Berichte vom 24. und 28. Juni.

Digitized by Google

Dieser Zweifel aber darf uns nicht in Verwunderung setzen, weil auch selbst der Graf Wratislaw, der aus den eigenen Reden des Königs seine Ziele vernommen, noch nicht ganz sich von aller Bedenklichkeit lossagen konnte. Der Beginn seines Berichtes erklingt wie ein Jubelruf. „Durch diesen eigenen Courier, meldet er, überschicke ich E. K. M. die allergrößte Kunde, welche man von dieser Nation hat hoffen dürfen." In dem Fortgange der Rede jedoch ringt die Anerkennung für Wilhelm III. mit dem Zweifel. „Was die Person des Königs anbetrifft, sagt Wratislaw, so wird man nach seiner Ueberfahrt in Holland bald ersehen, wohin seine letzten Gedanken gerichtet. Erfindet sich seine Gesinnung, wie ich hoffe, als günstig: so darf man mit Recht die Geschicklichkeit bewundern, welche mit Geduld im Abwarten der rechten Zeit die Dinge dahin geführt, daß man die nun zu schließende Allianz mehr diejenige des Parlamentes als diejenige des Königs nennen darf" [1]).

Die Worte bezeichnen genau die Verschiedenheit des Charakters der großen Allianz, die damals sich vorbereitete, von demjenigen der ersten im Jahre 1689, in welche Wilhelm III. eingetreten war ohne das Wissen und ohne die Zustimmung des Parlamentes von England. Auf die wiederholten Wünsche des Kaisers, daß der König an jener ersten Allianz das Parlament mit betheiligen möge, hatte Wilhelm III. sich ablehnend verhalten. Die Lage der Dinge hatte seitdem sich anders gestaltet. Seit der Umwälzung in Spanien ging das Trachten Wilhelms III. dahin, vom Parlamente her zu einer neuen Allianz aufgefordert, ermächtigt zu werden. Dieses Ziel hatte er nun erreicht. Indem er es erreichte, entsprach er zugleich in aller Beziehung den Wünschen des Kaisers Leopold. Daher durfte Wilhelm III. von Wien aus der vollen Anerkennung sicher sein. Sie ward ihm, und zwar nicht versetzt mit irgend welchem Zweifel. Der Kaiser Leopold schrieb an den König Wilhelm wie folgt [2]).

„Nachdem die Berathungen des Parlamentes über den gegenwärtigen Stand der Dinge uns längere Zeit in Spannung erhalten, hat der einstimmige Beschluß der Adresse, welche E. D. ersucht, mit uns und den Generalstaaten ein Bündnis zu schließen, um die allgemeine

[1]) Wratislaws Bericht vom 24. Juni.
[2]) Anlage II.

Digitized by Google

Freiheit Europas zu behaupten und die übergreifende Macht Frankreichs zu reduciren, uns nicht wenig erfreut. Und da wir vollaus überzeugt sind, daß wir diesen so sehr erwünschten Erfolg, diese herrliche, einstimmige Willenserklärung der englischen Nation für einen so heilsamen Zweck hauptsächlich der vollendeten Umsicht und der maßvollen Leitung E. D. beizumessen haben: so halten wir, in so fern wir betheiligt, E. D. uns in besonderer Weise verpflichtet. Wiewohl daher nach einem so glänzenden Erweise des besten Willens E. D. uns kein Grund übrig bleibt zu zweifeln, daß E. D. nun so bald wie möglich die Wünsche Ihres Volkes zur That machen werden: so vertrauen wir doch auch zugleich, es werde dem Billigkeitssinne E. D. nicht zuwider sein, daß wir um die baldigste Erneuerung des Bündnisses und die uns nothwendige Hülfe brüderlich und dringend ersuchen. Denn bereits rollen in Italien die Würfel des Krieges, den wir dort unternommen im Vertrauen einerseits auf unsere gerechte Sache, andererseits, wie E. D. wohl bekannt, auf die Hülfe unserer Freunde."

Die Folgezeit wird ergeben, daß Wilhelm III. dennoch die bisher bewiesene Haltung nicht aufgab.

Darum auch war man in England geneigt, weniger der Führung des Königs als den Kundgebungen der Stimmung der Nation diese Wendung beizumessen. Am Tage der Ueberreichung der Adresse selbst meldet Hoffmann: „Man ist für dieselbe lediglich dem Volke verpflichtet, ich meine der englischen Nation im allgemeinen; denn die Haltung derselben ließ diejenige Partei, welche bisher die Beschlüsse zu Gunsten des Krieges gehindert, große Gefahren für sich befürchten" [1]). Demgemäß meldet er einige Tage später: „Es ist nicht zu beschreiben, welche Freude die Adresse des Unterhauses in der englischen Nation hervorgerufen hat" [2]).

Dennoch traten darum die Parteien der Whigs und der Tories einander nicht näher, und demgemäß auch nicht die beiden Häuser des Parlamentes. Die Differenz betraf augenfällig die vier Lords, welche die Tory-Mehrheit des Unterhauses vor dem Oberhause angeklagt hatte. Die Whig-Mehrheit des Oberhauses versammelte sich in Westminster-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.

[2]) Desgleichen vom 28. Juni.

Digitized by Google

Hall, nahm, ungeachtet aller Proteste der Tories, den Proceß vor, und sprach in formeller Weise zuerst den Lord Somers frei, dann den Grafen Orford, endlich die Lords Halifax und Portland [1]).

Nicht indessen um diese Personen handelte es sich. Die Maßlosigkeit des Vorgehens von Seiten beider Parteien wider einander hatte tiefere Gründe. Die Tory-Partei hatte den Anfang gemacht durch ihr leidenschaftliches Vorgehen wider die Berather des Theilungsvertrages. Es ward ihr lange nicht klar, daß sie durch diesen Eifer, indem sie dabei die wider Frankreich gereizte Stimmung der Nation zu wenig beachtete, den Gegnern in die Hände arbeitete. Die Whig-Partei suchte dann mit Absicht die Differenz aufs höchste zu treiben, um den König zu nöthigen, das Parlament aufzulösen. Denn, im Falle von Neuwahlen, stellte die kriegseifrige Strömung der Nation, welcher die Tories nur zögernd gewichen waren, die Mehrheit für die Whig-Partei in Aussicht.

Nachdem das Oberhaus, oder richtiger, die darin überwiegende Whig-Partei, die Lords Halifax und Portland freigesprochen, ward dort die Frage angeregt, ob es zweckmäßig sei den König durch eine Adresse zu ersuchen, daß er das Unterhaus, dessen Thun und Lassen die Verfassung des Königreiches in die Gefahr der Zerrüttung bringe, auflösen möge. So am 23. Juni/4. Juli. Der König hatte sich dieser Differenz der beiden Häuser gegenüber bisher verhalten, als sei sie für ihn nicht da. Auf die Kunde jener Berathung entschloß er sich zum sofortigen Eingreifen. Er hatte sich bereits von Kensington aus in die Stadt begeben, um am Nachmittage das Parlament zu vertagen. Auf jene Kunde erschien er sofort im Oberhause, und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Als die Mitglieder sich angesammelt, trat der Sprecher Harley vor den König, bot die beschlossenen Geld-Bills dar und sprach: „Ew. Majestät lege ich mit großer Freude und Befriedigung diese Bills vor; denn das Haus Ihrer Gemeinen hat alles erfüllt, was Ew. Majestät bei dem Zusammentritte von ihm zu wünschen geruht haben. Sie haben die Successions-Bill gemacht, welche die Krone in der protestantischen Linie vererbt und die von Ew. Majestät hergestellte Freiheit Englands bewahrt. Sie haben Sub-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. Juli.

Digitized by Google

fidien bewilligt mehr als jemals in einer Friedenszeit, um Ew. Majestät während des Aufenthaltes außerhalb des Königreiches in den Stand zu setzen, Ihre Bundesgenossen zu unterstützen, sei es um einen dauernden Frieden zu beschaffen, sei es die Freiheit Europas aufrecht zu halten durch einen nothwendigen Krieg" [1]).

Der König sanctionirte die ihm vorgelegten Bills. Dann sprach er seinen Dank aus für den großen Eifer, den das Parlament für das Gemeinwohl bewiesen, insbesondere dem Unterhause für die Bewilligung der erforderlichen Mittel, so wie für die Aufforderung an ihn, in Bündnisse zur Erhaltung der allgemeinen Freiheit Europas einzutreten. Er versprach, die Nation nicht in unnöthige Ausgaben zu verwickeln, und getröstete sich im Voraus der Zustimmung des Parlamentes zu den abzuschließenden Verträgen.

Dann ließ er die Vertagung aussprechen, zunächst bis in den Monat August.

Heimgekehrt, schrieb der König an Heinsius die Worte nieder: „Gott sei es gedankt! Endlich habe ich heute das Parlament vertagt. Mit Gottes Hülfe denke ich am nächsten Montage mich einzuschiffen" [2]).

Es galt die Ansicht, daß die Rede Harleys, indem sie den Krieg in Aussicht nahm, bezweckte die Tory-Partei in den Augen der Nation herzustellen. Demselben Zwecke schien dann der Dank des Königs dienen zu müssen, namentlich da er seine volle Zufriedenheit kund gab. Die Whig-Partei war darüber sehr erregt. Man werde Mittel und Wege finden, hieß es bei den Mitgliedern dieser Partei, den König zu nöthigen, auch wider seinen Willen dieses Parlament aufzulösen. Das hauptsächliche Mittel sollte sein ein Adressensturm aus dem Königreiche [3]). Diese Erregung stieg, als in den nächsten Tagen der König an der Stelle des gestorbenen Geheimsiegel-Bewahrers Tankerville drei Commissarien ernannte, sämmtlich Tories, unter ihnen einen Sohn des Lords Musgrave, der sich im Oberhause als einen der heftigsten Widersacher des Krieges hervorgethan. Dies schien zur Genüge anzudeuten, daß der König auch ferner mit den Tories gehen wolle [4]).

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 182.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 84.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 8. Juli.

[4]) Desgleichen vom 12. Juli.

Digitized by Google

Jedoch auch andere Thatsachen kamen zur Kunde. Bevor der König aufbrach, ersuchten die Lords Somers, Orford, Halifax sich zum Abschiede ihm vorstellen zu dürfen. Wir erinnern uns, daß das Unterhaus, d. h. die in demselben überwiegende Tory-Partei, den König durch eine Adresse ersucht hatte, jene drei Lords aus seinem Dienste und von seiner Person fern zu halten. Nun ließ der König sie nicht bloß vor, sondern empfing unter ihnen den Lord Somers mit offenen Armen. Die Whigs schöpften aus dieser Thatsache die Hoffnung, daß der König doch endlich wieder zu ihnen treten werde. Die Tories ihrerseits, indem sie dies besorgten, waren entschlossen fortan alles nach den Wünschen des Königs zu bewilligen, damit nur er dies Parlament nicht auflöse, die Tory-Minister nicht entlasse [1]).

In der That hatte dieser Partei Niemand so sehr geschadet als sie selbst. Es ist sehr merkwürdig, daß ein Unterhaus, welches die wichtigsten Beschlüsse gefaßt, welches die Successions-Acte festgestellt, und welches einstimmig dem Könige die Vollmacht zu einem der voraussichtlich schwersten, aber von der Nation fast geforderten Kriege gegeben, dennoch den Unmuth der Nation wider sich heraufbeschworen hatte, nicht freilich weil es den letzteren Beschluß gefaßt, sondern weil es ihn so spät gefaßt hatte. Die Kundgebungen wider die Tory-Partei waren stark. Das Oberhaus erhielt eine sehr nachdrücklich abgefaßte Dankadresse, welche sich gibt als diejenige der Stadt London und des Landes. „Ihr, Mylords, heißt es darin, habt uns dargethan, daß weder die Kraft des Goldes von Frankreich, noch die Macht seiner Waffen es vermögen, Euch zu beugen und Euch dahin zu bringen, die allgemeine Sicherheit oder die öffentliche Wohlfahrt zu vernachlässigen" [2]). — Mit dem Eintreten der Vertagung hörte die Haft auf, in welcher die fünf Deputirten der Grafschaft Kent für die Ueberreichung ihrer Adresse bis dahin gehalten waren. Es folgte für sie eine andere Zeit. Einen Tag um den anderen wurden ihnen zu Ehren von den Körperschaften der Stadt London Gastmähler veranstaltet, an denen die vornehmsten Lords der Whig-Partei Antheil nahmen. Man toastete dann auf die Auflösung des Parlamentes, auf die Berufung eines neuen.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juli.
[2]) Lamberty t. I, p. 513.

Digitized by Google

An den Schaufenstern sah man die Bildnisse der fünf Männer mit der Unterschrift: non auro patriam, gleich als seien die Gegner feil für französisches Gold. Die Grafschaft Kent bereitete den fünf Männern eine feierliche Einholung vor, mit tausend Pferden [1]).

Anders stand es um den Empfang für die heimkehrenden Tories. Sie beriefen sich auf den Dank, den ihnen der König noch bei der Vertagung ausgesprochen. Wir vernehmen in einer einige Wochen später für den König abgefaßten Denkschrift den starken Ausdruck, daß die Tories dieses Dankes bedurften wie eines Schildes, um mit Sicherheit heim zu kehren [2]). Sie beriefen sich ferner auf ihre Fürsorge für englisches Eigenthum in fremden Häfen und auf fernen Meeren. Hunderte von Schiffen, sagten sie, würden in Gefahr gekommen sein, wenn sie den Beschluß der letzten Adresse eher gefaßt hätten. Der Eindruck, den diese Vertheidigung machte, ward aufgehoben durch die eben damals einkommende Nachricht, daß der König von Portugal nach langem Schwanken und Zaudern ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich und Spanien geschlossen habe. In der Meinung der Engländer fiel die Einbuße dieses wichtigen Verbündeten, den man hätte haben können, der Tory-Partei zur Last, nämlich ihrem Hinauszerren der wichtigsten Beschlüsse [3]).

Die Angelegenheit des Bündnisses von Portugal mit der bourbonischen Macht berührte das englische National-Interesse unzweifelhaft in sehr nachtheiliger Weise, und darum ist es erforderlich, noch mit einigen Strichen die Sache weiter zu beleuchten.

Es war dem französischen Einflusse in Lissabon gelungen, den König Don Pedro nach langem Zaudern zum Abschlusse einer Allianz zu bewegen. Es ist charakteristisch für die spanischen Staatsmänner, den Cardinal Portocarrero und Don Manuel de Arias, den Präsidenten von Castilien, daß sie den Beitritt ihres Königs zu hindern suchten. Don Manuel trug seine Meinung in nachdrücklicher Weise dem jungen Könige vor. In heftiger Erregung trat er eines Morgens vor Philipp V. und begann: „Sire, da Ew. Majestät zu wissen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juli.
[2]) Hardwicke's collection of State papers, vol. II, p. 445.
[3]) Hoffmanns Berichte vom 12., 15., 19. Juli.

Digitized by Google

verlangen, warum ich gegen den Vertrag mit Portugal rede: ſo will ich Ihnen etwas eröffnen, was ich weder im Staatsrathe, noch dem franzöſiſchen Geſandten gegenüber zu ſagen verpflichtet bin". Dann legte er, um zu betheuern, daß er die Wahrheit ſage, die Hand aufs Herz, und fuhr fort: „Sire, mein Grund iſt der, daß Portugal Ihnen gehört, ganz wie mein Käppchen mir". Bei dieſen Worten nahm er, um ſeinen Vergleich deſto anſchaulicher zu machen, ſein Käppchen ab [1]).

Aehnlich redeten andere Caſtilianer und beriefen ſich dafür auf den pyrenäiſchen Frieden. Sie ließen außer Acht, daß gerade darum, weil Ludwig XIV. wider den pyrenäiſchen Frieden Portugal in dem Kampfe gegen Spanien aufrecht erhalten, jenes ſeine Selbſtändigkeit errungen hatte, die ihm dann durch den Friedensſchluß von 1668 verbürgt worden war. Wenn nun noch, im Jahre 1702, der caſtiliſche Hochmuth von einer Bezwingung Portugals, von einem Kriege gegen dasſelbe träumte: ſo hätte die Ausführung dieſes Gedankens Niemandem erwünſchter kommen können als der Kriegspartei in England, als dem Könige Wilhelm III. Es gelang daher den Franzoſen in der Umgebung Philipps V. ſehr leicht ihn zu überzeugen, daß der Allianz-Vertrag mit Portugal durchaus in ſeinem Intereſſe liege. Der junge König erſchien im Staatsrathe und zeichnete ſchweigend den Vertrag [2]).

Einſichtige Franzoſen in Madrid verhehlten ſogar nicht, daß ſie auch ungeachtet des Vertrages der Sache noch nicht traueten. Louville ſchrieb darüber an Torcy: „Unſere Lage hier iſt grauſam. Sie wird ſich noch verſchlimmern durch den Krieg, wenn einmal Portugal mit engliſcher Hülfe ſich einmengt. Und es wird ſich einmengen. Sie in Verſailles ſetzen zu viel Vertrauen in den König Don Pedro. Ich ſage Ihnen ganz offen, daß, wenn ich an ſeiner Stelle wäre, ich mein Hemd verkaufen würde, um Spanien anzugreifen" [3]).

Dieſe Anſicht, daß das Intereſſe des Königs von Portugal ihn zu England hindränge, galt namentlich in England ſelbſt, und fand dort den lebhafteſten Vertreter in dem Grafen Sunderland. Bei aller ſeiner Befähigung hatte er doch vorgezogen, dem Sturme des Haſſes

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 165.

[2]) Die Hauptzüge desſelben bei Lamberty t. I, p. 547.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 163.

Digitized by Google

wider ihn rechtzeitig aus dem Wege zu gehen, und hatte fernab in der Stille von seinem Schlosse Althorp aus die Kämpfe der Parteien im Parlamente überblickt. Nach der Vertagung erschien er in London, um hinzuweisen auf die Einbuße eines Bündnisses mit Portugal, um von dieser Thatsache aus seine Stimme geltend zu machen für die Whig-Partei. Es sei unmöglich, sagte er, daß bei dieser Zertrennung und Zerrissenheit der Gemüther das bisherige Parlament fortbestehen könne [1]).

Bei der Stimmung der englischen Nation konnten die Tories den Vorwurf, daß um ihres Zauderns willen die Gelegenheit zum Bündnisse mit Portugal verloren sei, nicht leicht nehmen. Um zu entkommen, versuchten sie ein Mittel, welches ihre Verlegenheit darüber hell beleuchtet. Der Graf Nottingham trat zu dem kaiserlichen Residenten Hoffmann mit dem Ersuchen, in seinen Unterredungen den Vertrag Portugals mit Frankreich nicht dem Verhalten des Unterhauses beimessen zu wollen. „Aber wie soll ich vermögen, fragte Hoffmann, einer ganzen Nation das Gegentheil einer Folgerung einzureden, welche allgemein als unabweisbar angesehen wird, zumal in einem Lande, wo vom Höchsten bis zum Geringsten Jeder trachtet sich seine eigene Meinung zu bilden? — Vermag dagegen Ihre Partei anzukämpfen, so können Sie sich auf mich in so weit verlassen, daß ich nicht beitragen werde, die Gemüther noch mehr zu verbittern als es bisher schon geschehen." Nottingham nahm dies dankend entgegen, mit der Bemerkung, daß Hoffmann bei seiner ausgebreiteten Bekanntschaft der Tory-Partei vielen Schaden zufügen könne, und darum durch ein so maßvolles Verhalten sie sehr verpflichten würde. Nottingham versicherte, daß die Partei sich aufs äußerste bemühen werde, das Interesse des Kaisers zu befördern. — Hoffmann zweifelte nicht an der Aufrichtigkeit dieser Worte; aber er erkannte den Grund. Die Stimmung der englischen Nation war eine solche geworden, daß, wenn überhaupt noch für die Tory-Partei eine Hoffnung bestand sich in ihrer Stellung zu behaupten, sie zu finden war nur durch die Bethätigung der in der letzten und entscheidenden Adresse ausgesprochenen Gesinnung [2]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Juli.
[2]) Desgleichen.

Unterdeſſen war der König Wilhelm bereits am 3./14. Juli auf dem Feſtlande eingetroffen. Wir haben alſo unſere Blicke nach dem Haag zu richten, um zu erſehen, wie inzwiſchen dort die Dinge ſich geſtaltet hatten.

Es waren damals reichlich drei Wochen verfloſſen ſeit der Conferenz des franzöſiſchen Botſchafters Avaux mit den holländiſchen Deputirten und dem Engländer Stanhope, in welcher der letztere geltend gemacht, daß über die dem Kaiſer gebührende Satisfaction der kaiſerliche Geſandte befragt werden müſſe, während dagegen Avaux jeden Anſpruch des Kaiſers verneinte. Nach der entſcheidenden Adreſſe des engliſchen Unterhauſes vom 12./23. Juni erhielt Stanhope vom Könige in Betreff der Hinzuziehung des kaiſerlichen Geſandten zu den Conferenzen eine beſtimmtere Inſtruction.

Es war für Stanhope eine ſchwierige Aufgabe, ſeinen Auftrag dem franzöſiſchen Botſchafter kund zu thun. Er ſchlug zu dieſem Zwecke ein beſonderes Verfahren ein. Er erfuhr, daß der Botſchafter Avaux dem Spanier Don Quiros, der von einer Reiſe zurückgekehrt war, einen Beſuch machen würde. Auch Stanhope begab ſich dahin. Nachdem man eine Weile von indifferenten Dingen geredet, begann Stanhope, daß er die Gelegenheit dieſes Zuſammentreffens benutze, um einen erhaltenen Befehl mitzutheilen. Er habe nämlich zu erklären: der König von England beharre bei dem erſten Puncte der Vorſchläge, daß dem Kaiſer, von deſſen Intereſſe er ſich niemals trennen werde, in Betreff der ſpaniſchen Monarchie eine entſprechende Satisfaction gebühre. — Bei dieſen Worten ſprang Avaux auf, lief im Zimmer auf und ab, und brach dann mit den Worten hervor: es ſei ein völlig neues Verfahren bei einem Beſuche am dritten Orte eine Erklärung abzugeben, die in eine vorher angeſagte Conferenz gehöre. Stanhope erwiederte: da der Botſchafter Quiros an den Conferenzen keinen Antheil nehme, ſo habe er dieſe Gelegenheit für geeignet gehalten. Auch laute ſein Befehl nicht dahin eine Conferenz zu begehren, ſondern die Geſinnung ſeines Königs nach Zeit und Gelegenheit kund zu thun. Avaux rief: er nehme dort keine Erklärung an. Stanhope verſetzte: ihm genüge, ſeinen Befehl ausgeführt zu haben. Quiros hatte bis dahin geſchwiegen.

Digitized by Google

Dann äußerte er: es scheine ihm, daß eine solche Erklärung den Krieg herbeiziehe. Stanhope erwiederte, daß sie die Erhaltung des Friedens bezwecke. Wenn man sie anders ansehe, so falle das nicht ihm zur Last. — Einige Stunden später enteilte ein französischer Courier nach Versailles [1]).

Weitere Schritte nach dieser oder nach jener Seite unterblieben bis auf die Ankunft des Königs von England, am 14. Juli.

Am Tage nach seiner Ankunft begab sich der König zuerst in den Staatsrath und dann in die Versammlung der Generalstaaten. Hier hielt er eine merkwürdige Ansprache. Wie die Thronreden des Königs im englischen Parlamente sein geistiges Eigenthum sind, wenn auch hier und da vielleicht in der Form gemäß dem Rathe englischer Minister geändert: so tragen diese seine Worte an die Generalstaaten ganz und gar sein individuelles Gepräge. Die Rede lautet wie folgt [2]).

„Ich bin immer mit Freuden in dieses Land gekommen, aber besonders dies Mal bei der traurigen Lage der Dinge, weil ich wohl erkenne, daß meine Anwesenheit hier für die Wohlfahrt des Staates sehr nothwendig ist. Ich hatte gehofft und gewünscht, den Rest meines Lebens in Ruhe und Frieden zu verbringen, und beim Ende meiner Tage diesen Staat friedlich und blühend zu hinterlassen. Dafür habe ich beständig gearbeitet und besonders seit dem letzten Friedensschlusse. Aber seit kurzem sind in den Angelegenheiten Europas so große Veränderungen eingetreten, daß man nicht wissen kann, wohin nach dem Willen der göttlichen Vorsehung die Dinge ausschlagen werden. Indessen, ob sie ohne noch weitere Verwirrung beigelegt werden, oder ob wir abermals uns genöthigt sehen zu den Waffen zu greifen — das Eine will ich Euch, Hochmögende Herren, versichern, daß ich beharren werde in derselben Zuneigung und demselben Eifer wie immer bisher, für den Dienst und die Wohlfahrt dieser Länder, und daß ich nach allem meinem Vermögen beitragen werde in allem was dienen kann das Wohl der Republik zu befördern, ihre Freiheiten und ihre Religion zu erhalten, und ihre Sicherheit zu bewahren, so wie diejenige von ganz Europa. Ich bin hoch erfreut hier noch alle Dinge in einem ruhigen Zustande zu finden, was, nach dem Segen des allmächtigen Gottes,

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 5. Juli.
[2]) Lamberty t. I, p. 513.

Digitized by Google

der Kraft und Einmüthigkeit beizumessen ist, mit welcher Ihr, Hochmögende Herren, den Beschluß gefaßt habt, Euch in Vertheidigungsstand zu setzen. Nach meiner Ueberzeugung werden auch alle Verbündete nach Kräften in derselben Richtung thätig sein. Denn ich betrachte dies als das einzige Mittel entweder einem Bruche zuvorzukommen, oder, wenn ein neuer Krieg unvermeidlich, die Republik zu schützen wider die Gefahr, welche aus der gegenwärtigen Vereinigung so großer Mächte gegen sie heranwächst. Unterdessen gereicht es mir zu einer großen Befriedigung Euch, Hochmögende Herren, nicht bloß meine eigene Zuneigung zu versichern, sondern auch diejenige der gesammten englischen Nation, so wie ihre Bereitwilligkeit, der Republik beizustehen, und mit Nachdruck für ihre Vertheidigung beizutragen, so wie für alles was dient zur gemeinsamen Sicherheit. Darauf dürft Ihr, Hochmögende Herren, mit Zuversicht bauen. Ich hoffe, daß der gütige Gott die Mittel segnen wird, die uns zu dem vorgesteckten Ziele führen sollen, seien es die Unterhandlungen, seien es, im Falle des Zwanges, die Waffen. Dies Ziel aber ist eine vernünftige Sicherheit für die allgemeine Sache, und im besonderen die Erhaltung der Republik bei ihrer Religion und ihrer Freiheit. Es gibt nichts, was ich so sehr ersehne, und ich werde dafür meine ganze Kraft einsetzen. Dies habe ich zur Zeit hier aussprechen wollen, und empfehle mich im Uebrigen der Fortdauer des Wohlwollens Euer Hochmögenden."

Die Antwort derselben war der Widerhall der Rede des Königs, eng verwoben mit ihrem Danke für ihn. „Ew. Majestät, sagen sie zum Schlusse, haben durch Ihre weise und kraftvolle Leitung uns oft aus den größten Gefahren gezogen, und werden mit Gottes Hülfe uns auch aus derjenigen führen, in der wir zur Zeit uns befinden."

Der König hatte Gewicht gelegt auf den Vertheidigungsstand, in den die Republik sich bereits gesetzt. In der That war sie darin England weit voraus. Bereits in den Monaten Januar und Februar war dafür geräuschlos eine Million nach der anderen bewilligt. Im Sommer war der Bestand der Landtruppen bereits höher als in dem vorigen Kriege. Ferner lagen vierzig Linienschiffe segelfertig, von denen auf die Stadt Amsterdam die Hälfte kam [1]).

[1]) Lamberty t. I, p. 516.

Digitized by Google

In Folge der Ankunft des Königs im Haag, trat die von Wien aus unabläſſig betriebene Frage des Abſchluſſes der Allianz heran. Es fanden ſich zuſammen der Rathspenſionär Heinſius und der kaiſerliche Geſandte bei der Republik, Graf Goes, ferner der kaiſerliche Geſandte für England, Graf Wratislaw, der dem Könige gefolgt war, und als engliſcher Bevollmächtigter der Graf Marlborough.

Heinſius eröffnete, daß die beiden Seemächte bereit ſeien zur Allianz mit dem Kaiſer. Allein es komme an auf den Beginn derſelben. Es liege der Republik daran, daß ihre Verbündeten ſo wie ihre Unterthanen, den bevorſtehenden Krieg nicht als einen offenſiven anſähen. Eben dasſelbe ſei erforderlich wegen der verwickelten Verfaſſung der Republik. Darum ſei es nothwendig noch einige Zeit den Unterhandlungen zu widmen, damit Jedermann nach außen, insbeſondere aber die Unterthanen der Republik, erkenneten, daß nach dem Fehlſchlagen aller gütlichen Mittel der Krieg zum Zwecke der Selbſterhaltung durchaus unvermeidlich und nothwendig ſei. Die zweite weſentliche Frage ſei das Ziel der Allianz: man dürfe nur das Mögliche verlangen wollen [1]).

Die kaiſerlichen Geſandten machten gegen den erſten Punct lebhafte Einwendungen geltend, ſowohl bei Heinſius, wie dann auch bei dem Könige perſönlich. Sie hoben die Conſequenz hervor, daß demnach die Seemächte in dem Feldzuge des Jahres 1701 nicht mehr zu einer Thätigkeit kommen, daß der Kaiſer allein für dieſes Jahr den Krieg zu tragen habe. Der Einwand vermochte nicht den König und Heinſius umzuſtimmen.

Die kaiſerlichen Geſandten ſahen ſich daher genöthigt einzuwilligen, daß auch nach abgeſchloſſener Allianz eine Friſt von zwei Monaten geſtellt werde, binnen welcher Frankreich ſich über die Satisfaction für den Kaiſer und die Sicherheit für die Republik zu erklären habe.

Dann jedoch handelte es ſich um die andere Frage: wie weit das Ziel der Allianz zu ſtecken ſei. So oft dieſe Frage erörtert war, im Haag wie in London, und dann wiederholt in Wien, hatte man doch bis dahin ſich nicht einigen können. Von kaiſerlicher Seite wünſchte man in erſter Linie die Erneuerung der Allianz von 1689, deren

[1]) Bericht der Geſandten Goes und Wratislaw vom 19. Juli.

Digitized by Google

geheimer Artikel dem Kaiserhause das gesammte spanische Erbe zusprach. Für diese Forderung ward namentlich geltend gemacht, daß jede andere Feststellung auf die Spanier dieselbe Wirkung übe wie der frühere Theilungsvertrag, demnach auch die sonst kaiserlich Gesinnten unter den Spaniern der Macht Frankreich zutreibe. Dagegen sei der Kaiser erbötig sich in besonderer Weise den Seemächten zu verpflichten, daß er nicht das Unmögliche verlange, sondern bereit sei nachzulassen. In erster Linie daher sei es besser keine Länder namhaft zu machen. — Wenn jedoch die Seemächte die Benennung verlangten: so seien es außer Belgien die alten Besitzungen der spanischen Krone in Italien [1]).

Es ist derselbe Gedanke, der in Anlaß des zweiten Theilungsvertrages, wiederholt von Wien nach Versailles hin ausgesprochen war, in der einfach kurzen Formel: Tausch der Portionen.

Der König Wilhelm III. und Heinsius dagegen hielten an dem Gedanken, daß man in dem Vertrage der Allianz nur den Wiedergewinn von Belgien und Mailand namhaft machen dürfe, ohne darum sich darauf beschränken zu wollen. Sie stellten den kaiserlichen Gesandten die Frage entgegen: ob sie glaubten, daß Ludwig XIV. jene beiden Länder gutwillig hergeben werde. Nicht, um dem Hause Bourbon das Uebrige zu belassen, suchten Wilhelm III. und Heinsius die ausdrückliche Forderung der Satisfaction für den Kaiser auf Belgien und Mailand zu beschränken, sondern von dem Bestreben aus, den Krieg um so mehr als unvermeidlich und nothwendig darzustellen, wenn Frankreich auch sogar die mäßigsten Forderungen zurückweise.

Anders der Standpunct der kaiserlichen Gesandten. Belgien, sagten sie, ist für die Seemächte die Barriere gegen Frankreich, für den Kaiser dagegen ein Besitz, dessen Last den Vortheil fast völlig aufwiegt. Eine ähnliche Barriere dagegen für die kaiserlichen Erblande sind Neapel und Sicilien; denn jene Länder im Besitze des Hauses Bourbon würden eine stete Bedrohung von Süden her sein. Der Papst weigert bisher dem Herzoge von Anjou die Belehnung mit diesen beiden Königreichen: die Nicht-Benennung derselben dagegen in einer Allianz zu Gunsten des Kaisers könnte dem Papste erscheinen wie ein

[1]) Die Berichte der Gesandten Goes und Wratislaw im Sommer 1701, so wie eine Reihe von Conferenz-Protokollen.

Digitized by Google

Preisgeben derselben, und ihn bewegen die Belehnung zu ertheilen. Mailand endlich ist ein Lehen des Reiches, ohne dessen Rückforderung das Reich als solches sich nicht waffnen wird: darum ist die Benennung des einen Landes in dem Vertrage der Allianz eben so wichtig wie diejenige der anderen [1]).

Bei Heinsius stand entgegen, daß die Stadt Amsterdam sich nicht weiter einlassen werde als auf die Benennung von Belgien und Mailand in dem Vertrage.

Es kam also an auf den englischen Bevollmächtigten. Marlborough hatte der Verhandlung der Kaiserlichen mit Heinsius schweigend zugehört. Nachdem jene hinweg gegangen, trat er bei Heinsius für ihre Forderungen ein. Er versicherte, daß ein Vertrag, welcher nicht Sorge trage für die Länder am Mittelmeere und für Westindien, in England keine Zustimmung finden werde. Er entwickelte seine Gründe auch dem Könige, welcher sie anerkannte. Auf England gestützt, übernahm daher Heinsius die Stadt Amsterdam zur Einwilligung zu bewegen [2]).

Demnach kamen die Vertreter der drei Mächte überein, auch den Wiedergewinn der Königreiche Neapel und Sicilien als Ziele der Allianz zu benennen. Dagegen verlangten Heinsius und Marlborough die Zusage, daß etwaige Eroberungen in Indien den Holländern und Engländern verbleiben sollten. Goes und Wratislaw gaben im Principe zu; aber sie verlangten die ausdrückliche Sicherstellung der katholischen Religion. Marlborough erwiederte, daß weder der König noch er dem Parlamente gegenüber dies auf sich nehmen könne [3]).

Nachdem eine Reihe einzelner Puncte in verschiedenen Beredungen mündlich oder schriftlich festgestellt war, und der König auf den Vortrag von Heinsius und Marlborough in dieselben gewilligt, legte Heinsius einen vollständigen Entwurf vor. Die kaiserlichen Gesandten waren sehr zufrieden, namentlich mit dem zweiten Artikel, welcher den

[1]) Bericht von Goes und Wratislaw vom 19. Juli.

[2]) Bericht Marlboroughs an Godolphin, in Coxe's life of Marlborough t. I, p. 95.

[3]) Bericht von Goes und Wratislaw vom 25. Juli. Auch für das Folgende. Der Bericht bei Lamberty t. I, p. 619, ist ungenau. Dykvelt war bei der Unterhandlung nicht betheiligt.

Digitized by Google

rechtmäßigen Anspruch des Kaisers auf das spanische Erbe ohne eine Beschränkung enthielt. In den folgenden Artikeln wurden hier oder da Veränderungen vorgeschlagen, und dann entweder angenommen oder zurückgewiesen. Der Entwurf ward in Einer Berathung erledigt, am 24. Juli.

Dann jedoch eröffnete Heinsius, daß er in dieser Angelegenheit bisher nur als Minister des Königs von England gearbeitet, daß den Staatsmännern der Republik diese Sache noch nicht vorgelegen habe, und darum einstweilen das Geheimnis bewahrt werden müsse.

Alsdann berieth man, wie man fortan dem französischen Botschafter Avaux gegenüber in den Conferenzen sich zu verhalten.

Es bedurfte dessen nicht mehr; denn bereits am nächsten Morgen, dem 26. Juli, erschien Avaux bei dem Rathspensionär, um ihm anzukündigen, daß sein König ihn abberufe. Er betheuerte, daß er für seine Person nichts sehnlicher gewünscht hätte als die alte Freundschaft zwischen Frankreich und der Republik zu erneuern. Dann begab Avaux sich zu Dykvelt, als dem Präsidenten der Generalstaaten für die Woche. Er überreichte eine Denkschrift und ein Schreiben des Königs an die Generalstaaten. Dykvelt brachte beide Schriftstücke an die Deputation für die geheimen Angelegenheiten. Zuerst ward die Denkschrift verlesen. Alle Umstände sprachen dafür, daß sie so wie sie war, nicht von dem Botschafter abgefaßt, sondern fertig von Versailles gekommen war. Die Denkschrift nahm den hauptsächlichen Grund der Abberufung her von der Forderung Stanhopes, den kaiserlichen Gesandten zu den Conferenzen zu ziehen. Aber sie verbreitete sich über die ganze Sachlage in einer Redeweise, wie sie sonst von Souverän zu Souverän nicht üblich. Die Zuhörer stutzten über die auch von dem Hofe von Versailles her ungewöhnlichen scharfen Ausdrücke, namentlich über den Vorwurf der blinden Unterwürfigkeit der Generalstaaten vor dem Willen des Königs von England [1]). Einige riefen: die Schrift sei einer Kriegserklärung gleich. Andere erwiederten: so insolent die Schrift, so dürfe man darum doch nicht abbrechen, sondern müsse zuvor in einer Conferenz von dem Botschafter eine Erläuterung verlangen. Bis dahin hatte Dykvelt das königliche Handschreiben zurückbehalten. Er überlieferte

[1]) La soumission aveugle pour les sentiments de S. M. B.

Digitized by Google

dann auch dies mit der Bemerkung, daß es das Räthsel wahrscheinlich lösen würde. Das Handschreiben wiederholte kurz und trocken die Ankündigung der Abberufung des Botschafters, mit einigen herben Verweisen für die Generalstaaten. Demnach war von einer Conferenz mit Avaux nicht mehr die Rede, sondern von einer nachdrücklichen Antwort auf die Denkschrift [1]).

Was immer die französische Politik mit dieser Abberufung zu erreichen hoffte: es fragte sich sehr, ob die Lenker der Republik Ursache hatten damit unzufrieden zu sein.

Denn überblicken wir die Lage der Dinge.

Ludwig XIV. wollte damals nicht den Krieg, sondern zunächst die Befestigung des für das Haus Bourbon erworbenen Besitzes durch den Fortbestand des Friedens. Die Leiter der Republik wollten den Krieg, weil sie die Fortdauer des Zustandes, welcher geworden war in Folge der Annahme des spanischen Testamentes, ansahen als gemeingefährlich für Europa und insbesondere für die Republik, weil darum der Krieg ihnen erschien als unvermeidlich und nothwendig für die eigene Sicherheit und Freiheit. Aber es kam ihnen zunächst darauf an, daheim und nach auswärts den Krieg, den sie beabsichtigten, als einen Defensiv-Krieg geltend zu machen. Der Entwurf der Allianz mit dem Kaiser und mit England lag fertig vor: er sollte den einzelnen Provinzen mitgetheilt werden. Und in denselben Tagen ließ Ludwig XIV. die Abberufung seines Botschafters ankündigen mit Ausdrücken, die, weil kränkend und verletzend, zugleich provocirend wirken mußten. Der französische Misgriff beschränkte sich nicht einmal auf die Ueberreichung der hochfahrenden Denkschrift an die Generalstaaten. Der Botschafter ließ sie sofort drucken.

Und daraus entwickelte sich der volle Vortheil für die Führer der Republik, oder, sagen wir es kurz, für Heinsius. Es ergab sich für ihn die Gelegenheit in einer Antwort auf die französische Denkschrift jeden einzelnen Punct derselben zu erörtern, jeden Vorwurf zu widerlegen, oder auch zurückzuwenden und durch die sofortige Veröffentlichung die Gemüther in der Republik vorzubereiten auf die Vorlage der Allianz.

[1]) Fast wörtlich nach dem Berichte des Grafen Goes vom 29. Juli.

Digitized by Google

Jede Zeile der von Heinsius verfaßten holländischen Antwort auf jene hochfahrende französische Schrift läßt erkennen, daß er bei der Abfassung immer dieses Ziel sich gegenwärtig gehalten. Es war für ihn nicht die Hauptsache, das französische Memoire zu widerlegen, sondern durch die Widerlegung die Holländer selber auf den rechten Standpunct zu stellen. Die Schrift, die im Namen der Generalstaaten ergehen sollte, ward zuvor auch dem Könige von England zur Genehmigung vorgelegt. Sobald sie dann, datirt vom 1. August, dem französischen Botschafter übergeben war, erschien sie auch im Drucke.

Die Schrift setzt als Basis der Politik der Republik im allgemeinen die Erhaltung des Friedens und im besonderen die eigene Sicherheit. Darum habe man den Theilungsvertrag geschlossen, darum in demselben ein Recht des Kaisers auf das spanische Erbe anerkannt. Denn der allgemeine Friede könne nicht erhalten werden ohne eine Satisfaction für die Ansprüche des Kaisers. Nicht daher werfe sich die Republik, wie die französische Denkschrift sage, zum Richter auf zwischen den streitigen Ansprüchen mächtiger Fürsten, sondern sie halte fest an dem Grundsatze, den in dem Theilungsvertrage auch der König von Frankreich anerkannt habe. Da nun der Vertrag durch die Annahme des spanischen Testamentes gefallen: so bleibe doch jener Grundsatz, in welchem die drei Theilungs-Mächte übereingestimmt, und eben dadurch, daß die Republik, im Vereine mit dem Könige von England, eine Genugthuung für den Kaiser als nothwendig erachte, beweise sie ihr Festhalten an jenem in dem Theilungsvertrage anerkannten Grundsatze.

Wir sehen, wie die eigenen Worte Ludwigs XIV. sich zurückwenden wider ihn. Der Theilungsvertrag hatte ihm gedient als die Schlinge, in welche Wilhelm III. und Heinsius sich verstricken sollten, damit er dadurch sie losrisse von dem Kaiser. Aber er hatte sie in die Schlinge doch nur locken können mit dem Vorgeben, daß er einen Anspruch des Kaisers anerkenne. Indem er nun jeglichen Anspruch des Kaisers verneinte, war die stärkste Waffe von Heinsius wider ihn jenes eigene Zugeständnis.

In ähnlicher Weise beleuchtete die holländische Denkschrift die Conferenzen mit dem Botschafter Avaux. Die Behauptung von französischer Seite, daß die Republik mit dem Antrage auf solche Verhandlungen nur

Digitized by Google

Zeit habe gewinnen wollen, war unzweifelhaft richtig. Und dennoch wendete ſich auch in dieſer Beziehung die Sache moraliſch zu Ungunſten Frankreichs. Denn Ludwig XIV. war doch auf den Antrag der Republik eingegangen. Er hatte den Botſchafter Avaux geſendet zu unterhandeln. Aber er hatte nichts angeboten. Holland und England hatten ihre Vorſchläge eingereicht. Der König von Frankreich hatte nicht einmal darauf antworten laſſen. So richtig es alſo an ſich war, daß die Republik hatte Zeit gewinnen wollen: ſo hatte ſie es doch nur gekonnt, weil Ludwig XIV. ſelber in der Sendung des Botſchafters Avaux unaufrichtig handelte.

Die moraliſche Ueberlegenheit in der Antwort von Seiten der Republik gab daher ſich kund in jeder einzelnen Erörterung. Sie war nicht minder erſichtlich in der Form. Die Antwort lehnte unberechtigte Vorwürfe durch Gründe ab, ohne jene zu erwiedern.

Beſonders merkwürdig iſt dann aber der Schluß. Die Generalſtaaten ſprechen dort die Hoffnung aus, daß der Botſchafter Avaux ermächtigt werde, die Conferenzen noch fortzuſetzen, damit ſie zu einem glücklichen Ende führen. Deshalb übergeben ſie ihm zunächſt nur die Denkſchrift, nicht ein Recreditiv für die Abreiſe [1]).

Dieſer Schluß entſtammte einem beſonderen Motive bei Heinſius. Er fragte einige Tage nachher den Grafen Goes um deſſen Urtheil über die Denkſchrift. Der Geſandte ſprach ſeine volle Anerkennung aus. „Jedoch faſſe ich nicht, fügte er dann hinzu, wie eine ſo energiſch gehaltene Schrift enden kann mit einem ſo lahmen Schluſſe.“ Heinſius erwiederte: „Ich kann Ihnen darauf ſagen, daß die Deputirten in den Generalſtaaten, mit Ausnahme der Stadt Amſterdam, den Schluß der Antwort ſchärfer verlangten, nämlich daß man dem franzöſiſchen Botſchafter anheim ſtellen ſolle, abzureiſen nach ſeinem Belieben. Auch der König von England ſprach ſich in gleicher Weiſe aus. Ich habe ihn jedoch umgeſtimmt, und zwar durch den Hinweis, daß ein ſo zahmer Abſchluß der Denkſchrift die Allianz bei den Provinzen befördern werde“. „Dieſe meine Anſicht, fügte Heinſius hinzu, bewährt ſich in dieſen Tagen“ [2]).

---

[1]) Die ganze Denkſchrift bei Lamberty t. I, p. 487 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 9. Auguſt.

Digitized by Google

Es scheint jedoch, daß der Rathspensionär bei dem zahmen Abschlusse der Denkschrift auch noch nach einer anderen Seite geschaut habe. Es fragte sich, wie die Schrift in Versailles aufgenommen wurde.

Der Botschafter Avaux, der auf den Wunsch der Generalstaaten noch im Haag verblieben war, sandte sie sofort dahin. Am Hofe in Versailles ging die Rede: die Denkschrift halte sich in respectvollen Ausdrücken für den König, treffe jedoch das Wesen der Sache nicht [1]). Aehnlich antwortete Torcy dem Holländer Heemskerk dort: die Denkschrift sei wohl abgefaßt, auch in respectvollen Ausdrücken für den König, aber der Zweck sei lediglich Zeit zu gewinnen für die Rüstungen. Es sei dem Könige unmöglich sich auf Vorschläge einzulassen, die eine Satisfaction für den Kaiser verlangten. Seine Ehre dagegen erfordere, einen Botschafter nach längerem fruchtlosem Aufenthalte nicht mehr in einem Lande zu belassen, welches das Wohlwollen des Königs nicht zu schätzen wisse. — Es erging an den Grafen d'Avaux der erneuerte Befehl zur Abreise [2]).

Von Seiten der Generalstaaten dagegen setzte man dasselbe Verhalten fort. Das Recreditiv für den Botschafter war in ähnlichem Geiste gehalten, wie jener Schluß der Denkschrift. Auch bewilligten die Generalstaaten das für einen heimkehrenden Botschafter in Friedenszeit bei ihnen übliche Geschenk, eine Medaille an schwerer goldener Kette, zum Werthe von 6000 Gulden.

In Versailles ward dies Verhalten der Republik aufgefaßt als die Consequenz ihrer Furcht vor einem Angriffe [3]). Die Meinung war unzweifelhaft in so weit richtig, daß die Führer der noch nicht gerüsteten Republik es damals noch nicht zum offenen Kriege kommen lassen wollten. Darum suchten sie durch ihre scheinbare Friedenswilligkeit den Hof von Versailles hinzuhalten und zu täuschen, indem sie rechneten auf den dort unverkennbaren Friedenswunsch. Dieser Wunsch überwog in Versailles überhaupt so sehr, daß auf Grund von Privatbriefen, die der Marschall Catinat aus Italien einsandte, am Hofe sogar die Meinung ausgesprochen wurde: der Prinz Eugen, der soeben

[1]) Dangeau t. VIII, p. 163.
[2]) Lamberty t. I, p. 496 et suiv.
[3]) Dangeau t. VIII, p. 163.

Digitized by Google

die Alpen überstiegen hatte, um, wenn möglich, Mailand wieder zu nehmen, führe kaiserliche Vollmachten bei sich zum Abschlusse eines Friedens mit Spanien und Frankreich. Andere freilich entgegneten, daß die Bewegungen des Prinzen nicht auf eine Friedensneigung deuteten [1]). Jedenfalls aber mußte da, wo ein solcher Irrthum laut wurde, die Friedensneigung, aus welcher er entkeimte, sehr stark sein. Indem der Rathspensionär Heinsius und die Holländer diesem Friedenswunsche in Versailles ihre Worte zum Opfer darbrachten, gelang es ihnen Ludwig XIV. so weit zu bethören, daß in seinen Augen die Abberufung des Botschafters Avaux als ein wirksames Mittel zur Einschüchterung der Holländer erschien und darum als zweckmäßig für die Erhaltung des Friedens. Er ward sich nicht klar darüber, daß er durch diese Abberufung, welche die Holländer in Worten abzuwenden suchten, in der Wirklichkeit gerade ihren Wunsch erfüllte.

Die Dinge hatten seit dem November 1700 sich sehr gewendet. Damals hatte Ludwig XIV. den König Wilhelm III. und den Rathspensionär Heinsius in die Lage gebracht zu bekennen: dat wy om den tuin geleid zyn. (Bd. VIII, S. 625.) Es nahten die Tage heran, wo Ludwig XIV. das entsprechende Selbstbekenntnis ablegen konnte. — Nur darf man darum das Verfahren moralisch nicht gleich stellen; denn der Ausgangspunct ist verschieden. Ludwig XIV. geht darauf aus zu täuschen, um nehmen zu können, was ihm nicht gehört. Auch Wilhelm III. und Heinsius handeln nicht, wie der Kaiser, ehrlich und aufrichtig nach allen Seiten; aber sie halten die Freiheit ihres Vaterlandes für verloren, wenn sie nicht den übermächtigen Gegner so lange hinhalten, bis sie widerstandsfähig sind. Und darum reden sie vom Frieden, wo ihre Absicht ist der Krieg, wo sie überzeugt sind, die Sicherheit ihres Vaterlandes erreichen zu können nur durch den gemeinsamen Krieg Aller gegen den einen treulosen, aber übermächtigen König.

Vielleicht könnte man erwiedern: der Misgriff, den Ludwig XIV. durch die Abberufung des Botschafters Avaux beging, habe damals nicht so augenfällig sein können, weil er ja doch das gleichzeitige Werben und Weben der großen Allianz im Haag wider ihn noch nicht kannte. Fassen wir also die Sache ins Auge gemäß der Darlegung eines

[1]) Dangeau t. VIII, p. 143.

Digitized by Google

gleichzeitigen, des Werdens dieſer Allianz ebenfalls noch unkundigen Franzoſen.

Der Name des Autors verringert nicht die Wichtigkeit der Kundgebung. Es iſt der Erzbiſchof Fenelon von Cambrai, welcher die Schrift dem Herzoge von Chevreux übergab, damit er ſie dem Herzoge von Bourgogne vorlege. Ob ſie durch dieſen Enkel Ludwigs XIV. auch in das Conſeil des Königs gelangt iſt, ſteht dahin. Die Schrift iſt datirt vom 28. Auguſt 1701 [1]).

„Die Abberufung des Grafen d'Avaux, ſagt Fenelon, thut mir ſehr leid. Der hochfahrende Act war nicht an der Zeit, weil er nicht weiter aufrecht gehalten worden iſt. Wenn die Abberufung erfolgt wäre, damit am nächſten Tage unſere Truppen die holländiſche Grenze überſchritten: ſo war ſie nothwendig. Aber abberufen und dann doch nichts thun — das iſt Hochfahrenheit und Schwäche, das heißt drohen ohne zuzuſchlagen. Wir gewöhnen dadurch die Holländer uns nicht mehr zu fürchten, dagegen zu glauben, daß wir wohl möchten, aber nicht können, und daß ſie nur zu unternehmen brauchen, um uns aus Belgien hinauszudrängen. Vielleicht beruht es auf Wahrheit, daß alle Verhandlungen unnütz ſind, und daß es darum zweckmäßig war, den Schein hinweg zu nehmen, als ließe ſich der König dadurch hintergehen. Auch muß man damit einverſtanden ſein, daß die kaiſerlichen Miniſter zu den Conferenzen nicht zugelaſſen werden durften. Allein man konnte dem Grafen d'Avaux unterſagen darauf einzugehen, und dennoch ihn im Haag belaſſen. Denn es iſt angemeſſen, daß der König einen Botſchafter in Holland hat, bis der Bruch des Friedens zweifellos. Auch lag kein Uebelſtand darin den außerordentlichen Botſchafter einſtweilen zu belaſſen, in Ermangelung des ordentlichen, den eine Krankheit behindert. Es iſt ein falſcher Ehrenpunct, in einem übel wollenden Lande, mit welchem man unzufrieden iſt, keinen Miniſter haben zu wollen. Es reichte hin, jede Unterhandlung zu ſuspendiren, mit Nachdruck die Zulaſſung kaiſerlicher Miniſter zu verweigern, und dadurch zu zeigen, daß man ſich durch Unterhandlungen nicht täuſchen laſſen will. Aber die Ehre eines großen Fürſten beſteht nicht darin, ſeinen Miniſter

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 542. Zu Betreff der Ueberreichung die Note zu p. 564.

abzuberufen, sobald man ihm Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hat. Wenn man nicht unterhandelt, so kann doch ein aufmerksamer, kundiger Mann an Ort und Stelle sehen, beobachten, Nachricht geben, auch indirect und geheim mit Persönlichkeiten verkehren, deren Interessen denen der zur Zeit herrschenden entgegen stehen. Kurz, man muß immer, so lange man es vermag, in jedem Lande einen Bevollmächtigten haben, der bereit ist zu handeln. Ferner kann der König von England plötzlich sterben, oder es können andere unvorhergesehene Ereignisse eintreten: dann würde es hochwichtig sein, einen Botschafter an Ort und Stelle zu haben. Warum also hat man ihn zurückgerufen? — Der König von England wird darüber hoch erfreut sein. Denn er hat von daher den Anlaß, seinem bereits erschütterten Parlamente zu sagen, daß Frankreich auf den Bruch sinnt, und er von uns her keine Sicherheit mehr hat. Man räumt ihm das Feld und läßt ihn als Herrn seines Thuns, ohne ihm einen Widerspruch entgegenzustellen. Es kann vielleicht dahin kommen, daß das Fehlschlagen der Rechnung des Kaisers in Italien oder die einheimischen Verlegenheiten des Königs von England ihn dahin bringen, sich mit der republikanischen Partei in Holland über Friedensvorschläge zu verständigen: in diesem Falle wird man hier beklagen, den Grafen d'Avaux nicht mehr an Ort und Stelle zu haben, und in die Lage zu gerathen Jemanden neu hinsenden zu müssen. Dies wäre bei weitem weniger wohlanständig, als in einer Zeit, wo ein Bruch noch nicht stattgefunden, den Botschafter dort belassen zu haben. So lange wie man kann und bis zum äußersten, muß man an allen Höfen Minister haben, und immer bereit stehen, von einer Viertelstunde zur anderen, eine Unterhandlung wieder aufzunehmen, auch wenn sie unterbrochen worden ist."

„Der König von England, dem in England wie in Holland so viele gewichtige Gründe wider den Krieg entgegenstanden, wird nicht ermangeln die Abberufung des Botschafters Avaux geltend zu machen als einen entscheidenden Schlag, der beide Länder in die Nothwendigkeit setzt alles zu wagen. Und vielleicht reicht das hin die bisher noch schwankenden Engländer zum Entschlusse zu bringen. Unsere hauptsächliche Aufgabe für dieses Jahr ist zu hindern, daß die Kaiserlichen im Mailändischen die Winterquartiere beziehen. In Betreff der Holländer hält man in Frankreich fest an der Meinung, daß sie uns

Digitized by Google

angreifen wollen, und man thut dagegen von unſerer Seite, als wolle man ſie angreifen, wo man doch dieſe Abſicht nicht hat. Allein, im Grunde, kann ich mir auch nicht denken, daß die Holländer in dieſem Jahre den Krieg beginnen wollen. Indem man auf beiden Seiten ſich allzu ſehr der Beſorgnis des Angriffes von der anderen Seite hingibt, zieht man allmählich den Krieg herbei. Wenn der König von England ſo ſehr auf den Krieg erpicht iſt, wie man verſichert, ſo wird er ſehr froh darüber ſein, daß wir in ſolcher Weiſe ihm beiſtehen, die Engländer und Holländer zu überzeugen, daß wir die Barriere behalten wollen, und ſie dahin zu bringen, daß ſie uns für begehrlicher halten als wir ſind. England muß ſogar fürchten, daß unſer König, wenn er abermals Holland eroberte, dieſen Sieg vollenden würde durch die Rückführung des Prinzen von Wales auf den Thron ſeines Vaters, zumal da er auf ihrer Inſel eine Partei für ſich hat. Darum gereicht es dem Könige von England zur Freude, daß wir in unſerer Furcht Schritte thun, welche die beiden Nationen erſchrecken. Dieſe gegenſeitige Beſorgnis eröffnet jenem Könige den von ihm geſuchten und bisher ihm verſperrten Weg zum Kriege."

„Vor uns ſteht eine dornige Alternative: den Krieg beginnen oder nicht beginnen. Wenn wir ihn nicht beginnen, ſei es in Belgien oder am Rheine: ſo laſſen wir, nachdem wir den Grafen d'Avaux abberufen haben, dem Könige von England volle Muße ſich zu verſchanzen, Allianzen zu ſchließen, unſere Schwäche darzulegen. Wenn dagegen wir den Krieg beginnen: ſo reicht das aus, um das engliſche Parlament dahin zu bringen, daß es dem Könige alle Forderungen bewilligt. Dann hat die republikaniſche Partei in Holland keine Stütze mehr. Der ganze Norden wird ſein Intereſſe dabei finden mitaufzutreten gegen uns. Die Neutralen in Deutſchland werden, weil der Friedensbruch von uns ausgegangen, in die Zwangslage geſetzt, ſich mit den Anderen wider uns zu wenden, und man wird uns gehäſſiger machen als je zuvor."

„Der richtige Mittelweg, nach meiner Anſicht, iſt, bis zum Frühlinge alles aufzubieten, um die Kaiſerlichen aus dem Mailändiſchen hinauszudrängen, ihnen jede andere Subſiſtenz unmöglich zu machen als die durch Raub und Plünderung, damit alle Mächte Italiens ſich wider ſie wenden. Kann man ſie ſchlagen, deſto beſſer. Aber wenn

Digitized by Google

man sie im Mailändischen oder Mantuanischen überwintern läßt, so wird unsere Lage ungleich schlechter und der Krieg richtet uns zu Grunde."

„Gegen die deutsche Grenze würde ich nur zur Vertheidigung ein Corps aufstellen. Dagegen würde ich unabläßig durch ganz Europa wiederhallen lassen, daß ich bereit bin, meine Truppen aus Belgien zu ziehen."

Der Grund, den Fenelon dann für diesen Rath angibt, ist von besonderer Wichtigkeit, weil er die Stellung der damaligen Republik der Niederlande in Europa kurz und charakteristisch zeichnet.

„Belgien als Barriere ist für Holland unentbehrlich. Die Republik, wenn ihr die Barriere genommen wird, hat keine solide Sicherheit mehr gegen Frankreich. Der Fall der Republik aber zieht den Sturz der Freiheit Europas nach sich; denn, ohne das Geld Hollands kann das übrige Europa keinen Krieg wider Frankreich führen. Holland ist also der Mittelpunct, das Herz der Freiheit von ganz Europa. Ist die Barriere verloren, so geht der Angriff direct auf das Herz [1]). — Halten wir dagegen, indem wir dem Könige von Spanien die Barriere sichern, zugleich die Holländer in Respect: so gibt es in Europa keine Macht, welche ohne sie sich wider uns zu erheben wagen würde. Denn Holland ist wie die Springfeder aller Bündnisse wider uns. Nicht bloß daher müssen wir bereit sein unsere Truppen aus Belgien zu ziehen, sondern auch sie zu reduciren bis auf den Fuß der Zeit nach dem Ryswycker Frieden, dagegen aber verlangen, daß auch Holland seinerseits entwaffne und verzichte auf jede Ligue mit dem Kaiser. Dieser Verzicht wäre zu leisten durch einen wohl verbürgten Vertrag."

So Fenelon von seinem Standpuncte aus. Die ganze Denkschrift läßt erkennen, und der Schluß bringt zur vollen Evidenz, daß Fenelon am 28. August von einem bereits fertigen Bündnisse zwischen dem Kaiser und der Republik noch keine Ahnung hat. In dieser selben Unkenntnis waren für lange Wochen und selbst für Monate noch auch Ludwig XIV. und Torcy befangen. Aber wir haben gesehen, daß die Bevollmächtigten der drei Großmächte zum Abschlusse gelangten am 24. Juli, also in denselben Tagen, wo Ludwig XIV. den Entschluß faßte den Grafen d'Avaux abzurufen. Und von dieser Kunde aus

[1]) A. a. O. p. 540 und 560.

Digitized by Google

ſchwillt der politiſche Fehler, den Fenelon in der Abberufung jenes Botſchafters hervorhebt, zur doppelten Höhe empor:. Die Abberufung gab nicht bloß dem Könige Wilhelm in Bezug auf England, ſondern zunächſt und direct den holländiſchen Staatsmännern in Bezug auf die Republik eine ſehr erwünſchte Gelegenheit.

Der fertige Entwurf des Vertrages der Allianz ward nach Wien entſendet, und im Haag zunächſt der Deputation für die geheimen Angelegenheiten vorgelegt, nach vorher abgenommenem Eide der Verſchwiegenheit. Nachdem er dort in allen Puncten faſt einhellig gebilligt war, erging er an die ſouveränen Provinzen der Republik [1]).

Daß die Dinge dahin gekommen, war hauptſächlich das Werk des Königs von England. Es iſt daher von beſonderer Wichtigkeit zu vernehmen, wie er im Angeſichte dieſes Erfolges ſich darüber ausſprach.

Wir kennen bereits die Worte, durch welche der Kaiſer, auf die Kunde der letzten wichtigen Adreſſe des Unterhauſes, dem König ſeinen Dank ausdrückte. Der Graf Wratislaw überreichte dies Schreiben im Schloſſe Loo, am 1. Auguſt [2]). Der König erwiederte: „Es iſt mir beſonders lieb zu hören, daß der Kaiſer mit meiner Haltung während der Seſſion des Parlamentes ſich zufrieden beweiſt. Sie, Graf Wratislaw, können bei dem Kaiſer Zeugnis ablegen, daß es an meiner wohlmeinenden Abſicht nie gefehlt hat. Daß dagegen der entſcheidende Beſchluß nicht eher erfolgt iſt, als bis die Nothwendigkeit ihn herausdrückte, liegt nicht an mir, ſondern an der Verfaſſung des Königreiches, welche die Vereinigung der unter einander zertrennten und verbitterten Gemüther nur langſam verſtattet. Sie können ferner dem Kaiſer bezeugen, wie es ja auch der Ausgang und ſpeciell Ihr mit dem letzten Courier nach Wien entſendeter Bericht darthut, daß ich nach meiner Ankunft hier keine Zeit verloren, die Allianz zur Verwirklichung zu bringen. Ich habe in dieſer Angelegenheit gearbeitet wie ein beſoldeter Miniſter des Kaiſers. Ich habe — ohne Ruhm zu melden — in meinem Leben ſchon viele wichtige Geſchäfte geführt. Dies letzte jedoch übertrifft alle anderen, und iſt ohne Frage von höchſter und nachdrücklichſter Conſequenz. Deshalb habe ich nicht Mühe, nicht Fleiß, noch Arbeit

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 9. Auguſt.
[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 3. Auguſt.

Digitized by

gespart. Ich zweifele nicht, daß die englische Nation nicht zaudern wird, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Ich hoffe auch die Republik dahin zu bringen, daß sie vollaus in die Allianz miteintritt. Aber auch der Kaiser wird alles aufbieten, was dem Fortgange dieser Sache dienen kann. Stellen Sie in meinem Namen dem Kaiser vor, daß an dieser Allianz die Freiheit Europas und die Wohlfahrt des Erzhauses hangt. Darum wird auch der Kaiser sich mehr Mühe, mehr Kosten auferlegen müssen als je zuvor geschehen".

Unter den besonderen Wünschen, die der König an den Kaiser stellte, war namentlich derjenige, noch einen Versuch bei dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern zu machen, um ihn wieder zu gewinnen. Der König hatte einen besonderen Gesandten nach München geschickt, den Obersten Montmoulin, mit der Ermächtigung, weit gehende Vorschläge in Betreff des Commandos der Armeen zu machen. Der König wünschte, daß auch der Kaiser nochmals einen Gesandten nach München schicke, der gemeinsam mit Montmoulin arbeite. Wilhelm III. verhehlte nicht, daß die Berichte des letzteren ihm geringe Hoffnung gäben. Auch sei ja der Charakter des Kurfürsten bekannt genug. Aber gerade an seiner Eitelkeit, meinte der König, könne der Kurfürst auf den rechten Weg zurückgeführt werden.

Demnach ergibt sich, daß Wilhelm III. damals noch nicht wußte, in welcher besonderen Weise Ludwig XIV. gerade auf die genannte Eigenschaft des Kurfürsten Max Emanuel für sich rechnete. Wilhelm III. kannte indessen den französisch-bayerischen Vertrag vom 9. März 1701 so weit, daß er hinzufügte: wenn es nicht gelänge bis zum Monate September den Kurfürsten umzulenken, so würde es nachher nicht mehr möglich sein. Ein besonderes Motiv für Wilhelm III. noch wieder auf die Umkehr des Kurfürsten Max Emanuel zu hoffen, mochte daher kommen, daß der Kurfürst nicht aufhörte Briefe an ihn zu richten. Diese Briefe waren so gehalten, daß auch Albemarle, der sie kannte und später sich darüber aussprach, in demselben Glauben lebte wie Wilhelm III. Aber wir werden erfahren, daß es dem Kurfürsten Max Emanuel gelang, sein unwahres Spiel noch lange über den Tod des Königs Wilhelm III. hinaus fortzuführen.

Während im Laufe des Monates August 1701 der im Haag vereinbarte Entwurf des Allianz-Vertrages den Staatsmännern in

Digitized by Google

Wien, in London, ſo wie in der Republik zur Prüfung vorlag, ward die Stimmung der Völker von Woche zu Woche mächtiger erregt durch die Nachrichten aus Italien.

Der Uebergang des Prinzen Eugen über die Trienter Alpen, zu Ende Mai 1701, war an ſich ſelber einem Siege gleich. Die Nachricht hob in Italien das Bewußtſein der kaiſerlich Geſinnten. Sie erregte Zweifel und Bedenken bei denjenigen, welche bis dahin die franzöſiſche Macht für unwiderſtehlich gehalten hatten, und war ihnen darum eine Mahnung, ſich mit dem Beugen vor Frankreich nicht zu übereilen. So namentlich in Rom ſelbſt.

Das Andringen des ſpaniſchen Botſchafters Uzeda bei dem Papſte Clemens XI., dem Herzoge von Anjou die Belehnung mit Neapel und Sicilien zuzuerkennen, wurde im Monate Juni ſtürmiſcher als bisher. Er trat vor den Papſt mit der Erklärung: wenn nicht vor dem Ende des Monates die Sache erledigt werde: ſo nehme der König von Spanien dies für einen Abſchlag. Clemens XI. erwiederte: er habe eine Congregation von unparteiiſchen Cardinälen niedergeſetzt, welche die Anſprüche auch des Kaiſers mit erwäge. Uzeda fiel ein: „Was Kaiſer? Was Cardinäle? Wir erkennen den Kaiſer als Partei in dieſer Sache nicht an, und eben ſo wenig die Cardinäle als Richter". Der Papſt erwiederte: „Wenn der Herr Botſchafter die Cardinäle nicht als Richter anerkennt: ſo finden wir doch es nöthig ihren Rath einzuholen und zu befolgen" [1]). — Einige Tage ſpäter trat Uzeda abermals ähnlich auf. Der Papſt erwiederte wie früher: ſein Amt lege ihm auf ein gerechter Richter zu ſein. Uzeda fuhr aus: „Wie nicht die Cardinäle, ſo können auch Ew. Heiligkeit ſelbſt wir nicht als Richter anerkennen". Der Papſt vernahm die Rede ſchweigend. Dann fragte er raſch, ob der Botſchafter noch eine weitere Meldung zu machen habe. Auf die Verneinung Uzedas machte der Papſt ſofort das Zeichen des Segens, und griff nach der Glocke [2]).

In ähnlicher Weiſe wie Uzeda drängte der Cardinal Janſon Forbin. Und hier dürfte eine beſondere Bemerkung nicht überflüſſig

[1]) Lambergs Bericht vom 18. Juni, nach der Mittheilung des Papſtes ſelbſt.
[2]) Desgleichen vom 1. Juli.

Digitized by Google

sein. Nach der späteren französischen Tradition [1]) hat der Cardinal Janson Forbin erheblich beigetragen, im Juli 1700 den alten Papst Innocenz XII. zu dem Rathe des Testamentes an Carl II. zu bewegen. Nach derselben Tradition haben die drei zur Erwägung der Sache deputirten Cardinäle sich zu jenem Rathe des Testamentes geeinigt. Einer der drei war der Cardinal Albani, nunmehriger Papst Clemens XI. Wenn die Sache sich wirklich so verhielt: so hatte Janson Forbin das Recht, für Philipp V. als den mit Vorwissen und Zuthun des päpstlichen Stuhles ernannten König von Arragonien die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu verlangen, und es ist nicht abzusehen, wie gerade Clemens XI. dem Begehren hätte ausweichen können.

Die Thatsache allein, daß der Papst Clemens XI. der Forderung der Belehnung auswich, enthält indirect den Beweis, daß der Cardinal Janson Forbin seine Forderung auf jenen vermeintlichen Rath nicht stützen konnte. Die Fiction dieses Rathes war allerdings schon geboren. Ludwig XIV. hatte sie, wie wir vernommen, zuerst am 8. December 1700 vor seinem Hofe in Marly ausgesprochen. In Rom jedoch existirte die Fiction noch nicht. Wir werden später ersehen, daß der Cardinal Janson Forbin sie dort erst im Jahre 1702 vorbrachte.

Ueberhaupt baute Janson Forbin, im Juni 1701, ähnlich wie Uzeda, seine Forderung weniger auf die Kraft seiner Gründe, als auf die Macht seines Königs. Er gerieth in leidenschaftliche, zornige Erregung [2]). „Wenn wir die Belehnung aus den Händen Ew. Heiligkeit nicht empfangen, rief er: so werden wir die päpstlichen Länder behandeln gleich den kaiserlichen." Die Drohung schlug nicht durch. Clemens XI. lehnte ab.

Er selber erzählte dem Grafen Lamberg den Verlauf. Dieser erwiederte: der Kaiser danke täglich Gott, daß er einen so gerechten gemeinsamen Vater gegeben. Dem Papste kamen die Thränen in die Augen. Er versetzte: „Wir erkennen, was wir der kaiserlichen Majestät schuldig, und wünschen mit Dargebung unseres Lebens alle Satisfaction verschaffen zu können [3]).

---

[1]) Man vgl. Flassan t. IV, p. 207.

[2]) Lamberg im Berichte vom 25. Juni: die Worte des Papstes waren: tutto furioso et avvelenato.

[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

Der Papst hatte also den Drohungen des Janson Forbin widerstanden. Ob er immer diese Kraft beweisen würde, lag noch im Schooße der Zukunft.

Der Monat Juni hatte für die Angelegenheit der Belehnung eine besondere Bedeutung, weil nach altem Brauche in der Vigilie vor dem St. Peter- und Paulstage der jährliche Lehenstribut für Neapel und Sicilien der päpstlichen Kammer eingeliefert wurde. Er bestand in einem reich aufgeschirrten weißen Pferde, chinea genannt, und 7000 römischen Thalern. Es war allbekannt, daß Uzeda den Act des Darbringens vornehmen wollte. Nahm die päpstliche Kammer an, so wurde dadurch die Belehnung, auch wenn formell nicht ausgesprochen, als geschehen anerkannt. Der Graf Lamberg bat daher den Papst, vorher einen Beschluß zu fassen.

Nach langem Erwägen kamen Clemens XI. und die Congregation zwei Tage vor dem Peter- und Paulsfeste zu dem Entschlusse, daß der von spanischer Seite etwa dargebotene Lehenstribut nicht anzunehmen sei. Der Papst ließ sofort dem spanischen Botschafter durch den Secretär der Breven eine Abschrift des Beschlusses zustellen. Uzeda erwiederte: er nehme das Schriftstück nicht an, sondern werde die Befehle seines Königs vollziehen. — Demnach ergingen von Seiten des Papstes die Befehle des Protestes wider ein etwaiges Darbieten des Lehenstributes, und zugleich an den Grafen Lamberg die Meldung des Standes der Dinge. Auch dieser bereitete seine Proteste vor [1]).

Die Chinea pflegte dem Papste bei der Heimkehr aus der Vesper dargeboten zu werden. Clemens XI. hatte für diesen Fall ausdrücklich befohlen, mit seinem Tragsessel nicht anzuhalten. Indem Uzeda dies voraussah, unterließ er dort den Versuch. Dagegen sah man einen weißbespannten Karren in den Hof der päpstlichen Kammer einfahren, dann dort halten. Aus dem geöffneten Karren wurde rasch das reiche Geschirr hervorgezogen und dem ausgespannten Schimmel umgehängt. Dann begab sich der Agent des Botschafters Uzeda mit einem spanischen Notar in den Saal der päpstlichen Kammer, verlas dort laut seine Schrift, legte einen Bankzettel von 7000 Scudi auf den Tisch und meldete, daß die Chinea im Hofe stehe. Der Cardinal Camerlengo,

[1]) Lambergs Bericht vom 1. Juli.

Digitized by Google

dem es bis dahin nicht möglich gewesen, den Redestrom zu unterbrechen, erwiederte, daß ein schriftlicher Befehl des Papstes die Kammer außer Stand setze, sich auf die Sache einzulassen. Dann trat ein Deputirter des kaiserlichen Botschafters mit seinem Proteste hervor. Der Cardinal Camerlengo ließ denselben in Gegenwart der beiden Spanier verlesen und dann zu den Acten nehmen.

Die beiden Spanier zogen sich zurück, beließen jedoch den Bankzettel auf dem Tische und die reich aufgeschirrte Chinea im Hafe. Es gereichte ihnen nicht zum Vortheile, namentlich nicht die Chinea. Als altgedienter Karrengaul trug das Thier die Spuren des Kummets am Halse. Dies gab einen besonderen Anlaß zum Spotte. Unverkennbar, hieß es, sei der Gaul ein echter Spanier; denn man sehe ihm an, daß er lange die Golilla, die nationale spanische Halskrause, getragen. — Erst nach Mitternacht kam Uzeda zu der Einsicht, daß der Spott am nächsten Tage sich verschärfen würde, und ließ den Gaul abführen.

Indem der Botschafter durch sein trotziges Vorgehen sich diesen Rückschlag der öffentlichen Ablehnung zugezogen, war der moralische Vortheil durchaus auf kaiserlicher Seite. Clemens XI. hatte weiter nichts gethan, als daß er sich neutral erhalten hatte; aber der Vorgang wurde an vielen Orten in Europa aufgefaßt wie eine Entscheidung zu Gunsten des Kaisers.

Ein anderer Erfolg, und zwar der kaiserlichen Waffen in Italien, stand bereits bevor.

Da der französische Marschall Catinat die kühne Leistung des Ueberganges über die Trienter Alpen von Ala aus nicht für möglich gehalten hatte: so übte diese Ueberraschung auch noch fernerhin auf ihn ihre Nachwirkung, die sich kund gab durch die Unsicherheit der französischen Bewegungen. Es gelang dem Prinzen Eugen, bei Castelbaldo ungehindert den Strom der Etsch zu überschreiten. Damit indessen war noch nicht die Stromlinie in seiner Gewalt. Dies war das nächste Object seines Strebens.

Er hatte, um bis dahin zu gelangen, das neutrale Gebiet der Republik Venedig betreten müssen. Aber die Signoria hatte eben dasselbe auch den Franzosen verstattet oder es doch nicht gehindert. Sie wahrte nach beiden Seiten hin in Worten ihr Recht, nicht jedoch mit gleicher Unparteilichkeit. Sie beschwerte sich in Wien über Excesse der

Digitized by Google

Armee. Der Prinz erwiederte dem Kaiser: „Daß die Republik sich nicht gescheut, durch ihren Botschafter bei E. K. M. wider die Armee zu klagen, fällt mir desto empfindlicher, da dieses Klagen mit keiner Wahrheit besteht; denn so lange ich weiß, was Armeen sind, und so lange ich deren gesehen habe, so will ich mit meiner Ehre und Reputation, ja mit meinem Kopfe behaupten, wenn es möglich sein könnte eine schärfere Zucht zu beobachten, als in welcher Dero Armee bis zum Treffen von Carpi gelebt hat". Der Prinz führt weiter aus, daß eine solche Disciplin von Seiten der Franzosen nicht stattfinde, demnach die Parteilichkeit der Republik zu Gunsten Frankreichs offen zu Tage liege [1]). Jedenfalls beschränkte sich darauf die Parteilichkeit. Die Republik war nach keiner Seite Willens mehr als Worte aufzuwenden.

Es gelang dem Prinzen Eugen, durch seine Bewegungen den Marschall Catinat völlig irre zu führen. Der letztere, die Absicht eines Ueberganges über den Po bei Ostia vermuthend, zog dort viele Truppen zusammen. „Ich aber, meldet der Prinz dem Kaiser, habe in der Nacht des 8. Juli von allen Lagern aus im höchsten Geheim den Marsch antreten lassen, und zwar so, daß nicht allein die Regimenter wirklich geglaubt, der Marsch gehe über den Po, sondern daß auch, außer einigen Generalen, die nothwendig die Mittheilung erhalten mußten, bei der Armee Niemand von meinem Anschlage das Geringste wußte" [2]). Der Anschlag ging auf die Wegnahme von Carpi. Er gelang vollständig, mit geringem Verluste der Kaiserlichen, mit ungleich größerem der Franzosen. Die Consequenz war, daß die ganze Stromlinie der Etsch sich in den Händen der Kaiserlichen befand.

Die Nachricht erreichte unter den europäischen Hauptstädten zuerst Rom. Als der Botschafter Graf Lamberg vor dem Papste erschien, um die Anerkennung des Kaisers dafür auszusprechen, daß Clemens XI. dem französischen Andringen auf die Belehnung Philipps V. mit Neapel und Sicilien nicht willfahre, fragte der Papst im Verlaufe der Audienz, ob der Botschafter gekommen sei, Neues zu melden oder zu hören. Auf

---

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 17. Juli in Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III. Militärische Correspondenz S. 49 u. f.

[2]) A. a. O. S. 45.

Digitized by Google

die Bereitwilligkeit Lambergs zu hören, reichte der Papst ihm die von Ferrara erhaltenen Briefe dar, welche über die Action bei Carpi berichteten. Lamberg ergriff die günstige Gelegenheit, dem Papste zu melden, daß er so eben einen Courier des Prinzen Eugen erhalten, mit dem Auftrage um Entschuldigung zu bitten, daß das kaiserliche Heer das Gebiet von Ferrara berührt, und zu betheuern, daß ihm der Gedanke dort Winterquartiere zu nehmen, völlig fern liege, daß er lieber sein Heer nach Deutschland zurückführen wolle. Auf diese Worte rief der Papst: „Gott sei gelobt, noch heute werde ich an den Nuntius in Wien Befehl ergehen lassen dem Kaiser zu danken" [1]). Bevor noch dieser Dank in Wien abgestattet wurde, befand sich schon ein Courier von dort her auf dem Wege nach Rom, mit einem kaiserlichen Handschreiben desselben Inhaltes, wie jene Meldung des Prinzen Eugen. — Der Papst fragte weiter den Grafen Lamberg, ob denn nicht auch er einen Bericht des Prinzen Eugen über die Action bei Carpi erhalten. Lamberg zog ein an ihn gerichtetes Schreiben des Prinzen hervor. Clemens XI. las. Dann sagte er: „Ich finde die Ausdrücke über den Erfolg bescheidener als in den Berichten, die von neutralen Orten stammen" [2]).

Clemens XI. fragte weiter, wo der Prinz Eugen stehe. Lamberg erwiederte: „Sein Schreiben ist datirt aus Paglia. Ich vermuthe, daß seine Absicht auf Castiglione gerichtet ist". — „Und von dort, fügte der Papst lächelnd hinzu, auf Cremona, und dann wird er vielleicht auch an Neapel gedenken. Ja freilich, dadurch übt der Kaiser einen solchen Druck aus, daß die Congregation gut thun wird bei dieser Krankheit den Arzt zu suchen." Lamberg erwiederte: „Heiliger Vater, das einzige Heilmittel gegen diese Krankheit würde sein die Ertheilung der Belehnung, zugleich mit dem Segen Ew. Heiligkeit: sie würde ausreichen gegen 100,000 Mann". — „Ich glaube es selbst, versetzte der Papst. Wir werden zu seiner Zeit davon reden" [3]).

So die Kundgebung des Papstes im Juli 1701. Clemens XI. war demnach damals keineswegs französisch.

---

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 88a.

[2]) Eben dort: Letto che ebbe la S. S. il foglio, mi espresse, che lo aveva trovato assai più modesto delle relazioni venute da luoghi neutrali.

[3]) Eben dort.

Digitized by Google

Wie die Meldungen des Prinzen Eugen aus Italien nach Wien ihm und seinem Heere den warmen Dank des Kaisers eintrugen: so erregten diejenigen des Marschalls Catinat in Versailles Unzufriedenheit. Ludwig XIV. hielt die Nachricht von Carpi einige Tage geheim. Dann ließ er sich verlauten: es habe dort ein nachtheiliges Scharmützel stattgefunden, in welchem verschiedene Offiziere als ruhmvolle Opfer ihres Muthes geblieben [1]). Demgemäß hieß es in Versailles: Les ennemis auraient tort de se glorifier de ce petit succès-là [2]). Der König entsendete Verstärkungen.

Auch so schon waren die vereinigten Streitkräfte von Frankreich, Spanien, Savoyen den kaiserlichen an Zahl überlegen. Die letzteren betrugen in allem nur 32,000 Mann, die ersteren 50,000, ohne die Besatzungen in den festen Plätzen [3]). Aber der Prinz Eugen hatte mehr als einen wichtigen Vortheil voraus. Die Sympathie der Bevölkerung kam ihm entgegen, und demgemäß erhielt er, ungeachtet des Mangels an Magazinen, Lebensmittel, und dazu gute Kundschaft. Seine Soldaten, gehoben durch die bisherigen Erfolge, blickten voll Vertrauen auf ihn, dessen Entschlüsse abhingen lediglich von seiner eigenen Einsicht. Diese Einheit des Willens fand sich nicht auf der anderen Seite. Neben dem Marschall Catinat stand der Prinz Vaudemont als spanischer Gouverneur, und formell über beiden der Herzog Victor Amadeus, der zu Ende Juli bei der Armee eintraf.

Die Erfolge des Prinzen Eugen drängten sich rasch. Er gelangte an den Mincio. Am Hofe zu Versailles sagte man: die Ansichten der französischen Heerführer seien getheilt. Der Herzog Victor Amadeus und Vaudemont seien für einen Angriff, während die kaiserliche Armee den Mincio überschritte, Catinat wolle den Angriff nach vollzogenem Uebergange. Man berechnete demnach, am 6. August, daß die Siegesnachricht am 9. oder 10. in Paris eintreffen könne [4]).

Die Armee des Prinzen Eugen vollzog den Brückenschlag im Angesichte der feindlichen Truppen. Sie ließen geschehen. Am 28. Juli

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 93b.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 131.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 235.
[4]) Dangeau t. VIII, p. 164.

Digitized by Google

erfolgte der Uebergang. Auch die Mincio-Linie war in den Händen der Kaiserlichen. Und weiter ging dann im August der Marsch auf den Oglio. Die in Paris erwartete Siegesnachricht blieb aus.

Aber man meinte sie um so sicherer erwarten zu dürfen, wenn der Prinz Eugen den Oglio überschreite. In diesem Falle werde er das Corps Vaudemonts vor sich haben, und im Rücken angegriffen werden durch dasjenige unter dem Herzoge Victor Amadeus und dem Marschall Catinat. Die geringere der beiden getrennten französischen Armeen, sagte man in Versailles, sei dennoch stärker als diejenige des Prinzen Eugen [1]).

Als jedoch der Mittwoch, der 10. August, an welchem man das Eintreffen eines Couriers mit der Siegesbotschaft sicher erwartete, ohne eine solche verging, entsendete Ludwig XIV. an den Marschall Catinat den scharfen Befehl, die Feinde anzugreifen. Die Stimmung, in welcher Ludwig XIV. sich befand, wird von seinem Hofmanne Dangeau gekennzeichnet mit den Worten: S. M. s'ennuie de savoir les ennemis en Italie, quoiqu'ils ne nous y fassent pas grand mal, et croit qu'il est honteux aux Français de ne pas attaquer [2]).

Das Schreiben, durch welches Ludwig XIV. dem Marschall Catinat mit seinem Befehle zugleich seinen Unmuth ausspricht, ist ein geschichtliches Actenstück, weniger durch die Einzelnheiten der Thatsachen, die es angibt, als durch die in ihm ausgeprägte Anschauung vom Kriege, und zwar von Seiten eines Königs, der einer Reihe von Belagerungen zugeschaut, niemals jedoch ein Treffen im Felde mitgemacht hatte. Der Brief lautet wie folgt. „Mein Vetter. Aus Ihrem Schreiben vom 1. d. M. vernehme ich mit Misfallen, daß Sie die Gelegenheit eingebüßt, den Feind zu schlagen, bevor er in Desenzano eintraf, und daß er am 31. vor ihnen hermarschirte, in einer Entfernung von nur zwei Meilen, indem er ihnen den ganzen Tag hindurch die Flanke bot. Ich erwartete die Nachricht eines Ereignisses, das nicht anders als glücklich sein konnte, wenn Sie meine Truppen hätten verwenden wollen gemäß den wiederholten Befehlen, die ich Ihnen durch Chamillart schriftlich habe ertheilen lassen. Die glücklichste Gelegenheit, die sich im

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 166.

[2]) A. a. O. p. 168.

Digitized by Google

Kriege darbieten kann, haben Sie versäumt. Ihre Truppen waren voll guten Willens und weitaus den Kaiserlichen überlegen. Diese hatten gelitten durch einen Aufenthalt, der ihnen die Mittel zur Subsistenz nur zum Theile gewährte. Sie marschirten vor Ihnen her zwischen dem Gardasee und einer Felswand, auf einem eingeengten, unvortheilhaften Terrain, wo ihnen keine Wahl blieb als zu kämpfen oder umzukehren. Für vergangene Uebel allerdings gibt es kein Heilmittel; aber die Maßregeln, die Sie für die Zukunft getroffen, flößen mir noch weniger Hoffnung ein. Sie schlagen die Straße nach Cremona ein, entfernen sich also von dem Feinde, welcher auf Brescia marschirt, auf dem geraden Wege nach Mailand. Besitzen Sie eine Gewisheit ihn vor der Ankunft dort zu treffen, und ihn zu hindern von der Stadt Besitz zu nehmen? — Sie sagen mir, daß Sie Bedenken tragen, sich allzu weit von Ihren Subsistenz-Orten zu entfernen. Aber die Kaiserlichen marschiren in einem ihnen unbekannten Lande. Sie haben weder Magazine, noch Hospitäler. Dennoch hemmt nichts ihren Marsch. Sie dagegen, Herr Marschall, haben in Ihrer Nähe die Städte, die Flüsse, und haben das gesammte Land zu Ihrem Willen. Ich hatte Sie darauf hingewiesen, daß Sie zu thun haben mit einem unternehmenden jungen Prinzen. Er hat sich eingelassen wider die Kriegsregeln. Sie dagegen wollen diese beobachten. Und dabei belassen Sie ihm freie Hand zu machen was er will. Diese zur Zeit schon mehr als je bisher verdrießliche und schwierige Lage der Dinge wird geradezu heillos werden, wenn es Ihnen nicht gelingt, durch ein glückliches Ereignis den Marsch des Prinzen Eugen aufzuhalten. Ich lasse also eine Reihe von Anstalten treffen, welche Ihnen die erforderlichen Lebensmittel für alle Fälle sichern sollen. Die Ausführung wird binnen vierundzwanzig Stunden nach der Ankunft der Befehle erfolgen. Und dann gebiete ich Ihnen, auf dem kürzesten Wege an den Feind zu marschiren, sich mit dem möglichsten Nachdrucke an ihn zu drängen, ihm auf allen Märschen eng zu folgen, ihn nicht zu verlassen, ihn durch vorgeschickte Cavallerie beständig zu beunruhigen, und endlich ihn zu zwingen sich zu wenden und zu einer Schlacht zu stellen, deren Ausgang, wenn Sie alle Ihre Streitkräfte wohl verwenden, nicht zweifelhaft sein kann. Von dem Eifer und der Zuneigung, die der Herzog von Savoyen bisher bewiesen, darf ich mir versprechen, daß er nach

Digitized by Google

Kräften dazu beitragen wird. Er ist dabei nicht weniger betheiligt als ich, theils für seinen eigenen Ruhm, theils um dem Könige von Spanien, der sein Schwiegersohn werden soll, die Länder zu sichern, die in so legitimer Weise ihm gebühren."

So der Wortlaut des Befehles, durch welchen Ludwig XIV. sich selber charakterisirt.

Kaum jedoch war dieser Befehl an Catinat erlassen, als er dem Könige nicht mehr genügte. Ein Courier enteilte an den Marschall Villeroy, der sich im Lande Luxemburg befand. Bereits am Abende des 13. August traf Villeroy im Schlosse Marly ein, und ward sofort zur Frau von Maintenon geführt. Dort ertheilte ihm der König seine Befehle. Als der Marschall Villeroy hervorkam, ward es dem Hofe kund, daß er nach Italien gehen werde, um dort das Commando zu übernehmen. Man beglückwünschte ihn. Nur der Marschall Duras nahm sich, wie St.-Simon erzählt, in Gegenwart des Königs die Freiheit, dem Marschall Villeroy zu sagen: „Jedermann macht Ihnen im voraus sein Compliment zu den Thaten, die Sie in Italien vollbringen werden: ich, für meine Person, behalte mir dies vor bis auf Ihre Rückkehr" [1]).

Villeroy eilte so sehr, daß er bereits am 21. August, also um elf Tage nach dem Abgange jenes Schreibens des Königs an Catinat, bei der Armee im Mailändischen eintraf [2]).

Der Letztere freilich entsprach so wenig den Befehlen des Königs, daß er inzwischen auch noch über den Oglioſtrom zurückwich. Dieser Rückzug gab Castiglione preis und eröffnete das Gebiet von Mantua. Der Herzog dort, wie Tessé ihn bezeichnet, der einzige getreue Bundesgenosse der Franzosen in Italien, hatte wenige Monate zuvor nicht geahnt, daß die Strafe für seinen Verrath ihm so bald winken könne. In Mailand lag auf den französisch Gesinnten ein tiefer Schrecken. „Und alles dies Leid, ruft Tessé aus, kommt über uns von der Anwesenheit eines fremden Heeres von nicht 24,000 Mann, welche kein anderes Mittel zum Unterhalte haben, als was der gute Wille der Einwohner des Landes ihnen darreicht. Wir büßen nicht bloß unsere

[1]) Dangeau t. VIII, p. 169, mit der beigefügten Note des Duc St.-Simon.
[2]) Pelet t. I, p. 300.

Digitized by Google

Reputation ein, sondern auch die Geneigtheit, welche jedenfalls die Republik Venedig für uns hatte. Es wäre weniger schlimm für uns eine Schlacht zu verlieren, als so den Feldzug enden zu sollen. Ich fürchte meiner selbst nicht mächtig zu bleiben. Aber es liegt auf uns etwas Unsichtbares wie eine beständige Bezauberung, welche alles dies hervorbringt" [1]).

Auch Tessé möchte dem Marschall Catinat die Schuld aufbürden, und dennoch erkennen wir aus diesen seinen letzten Worten, daß er das Walten einer positiven Kraft fühlt, nicht abhängig von wahren oder vermeintlichen Fehlern eines militärischen Anführers. Der Gedanke des Widerstandes der europäischen Völker gegen die um sich greifende, alles bedrohende Macht des Hauses Bourbon, hatte ihren Ausdruck gefunden in den Thaten des Prinzen Eugen und seiner Armee. Wie darum den kaiserlichen Truppen die Sympathie der Bewohner Italiens entgegen kam, ihnen den Weg bahnte, den Unterhalt möglich machte: so verfolgten in den anderen Ländern Europas die Völker mit gespanntem Blicke die Fortschritte dieser Truppen.

Und zwar geschah dies nirgends so eifrig wie in derjenigen Nation, die, bei allen ihr eigenthümlichen Vorurtheilen und Schwächen, dennoch an freiheitlicher Entwickelung allen anderen voran stand, der englischen. Der Uebergang über die Alpen hatte dem Prinzen Eugen das achtungsvolle Lob der Engländer eingetragen. Die weiteren Erfolge steigerten die Anerkennung. Vom Ueberschreiten der Etsch an war der Prinz Eugen ein populärer Held. „Die Nachrichten über ihn und seine Thaten, meldet Hoffmann aus London, am 25. Juli/5. August, erwecken hier ein so unbeschreibliches Vergnügen, erhöhen so sehr des Prinzen Reputation, daß bei jedem Gastmahle, ob groß, ob klein, sein Wohl ausgebracht wird, ja sogar häufig auch dasjenige des Papstes, weil seine Zurückhaltung, sein Ausweichen, den Herzog von Anjou mit Neapel und Sicilien zu belehnen, als ein Beweis seiner Neigung für die Sache E. K. M. aufgenommen wird."

Wie die Engländer überhaupt mit Eifer die Fortschritte der kaiserlichen Waffen in Italien verfolgten, so vor Allem ihr König,

---

[1]) Schreiben Tessés an Chamillart, vom 7. August, in Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 483.

Digitized by Google

obwohl krank und matt, in der einsamen Stille seines Schlosses Loo. Der Hof von Versailles ließ sich das Gerücht einreden, daß Wilhelm III. die Schritte des Prinzen Eugen in Italien nicht billige, daß er ihm das Geschlagen-Werden in Aussicht stelle [1]). Das Gegentheil war die Wahrheit. In denselben Tagen, als Ludwig XIV. von Marly aus jenes Hagelschauer von Vorwürfen auf das Haupt des unglücklichen Catinat entsendete, überreichte Wilhelm III. in Loo dem Grafen Wratislaw ein eigenhändiges Schreiben zur Beförderung an den Prinzen Eugen. Nachdem der König darin die volle Anerkennung für den schwierigen und ruhmvollen Feldzug ausgesprochen, bot er, obwohl persönlich unbekannt, dem Prinzen seine Freundschaft an [2]). So hatte er es einst auch gehalten mit dem Türkensieger Carl von Lothringen, und diese Freundschaft sich zur Ehre gerechnet.

Das Schreiben des Königs Wilhelm III. an den Prinzen Eugen ging ab am 23. August. Noch bevor der Letztere es erhielt, entsprach er der Gesinnung und den Wünschen des Königs durch eine neue That.

In Versailles zählte man die Tage, ja fast die Stunden, in welchen der Marschall Villeroy bei der Armee in Oberitalien eintreffen konnte [3]). Seine Ankunft erfolgte am 21. August. Die Erwartung, welche Ludwig XIV. davon hegte, sprach er aus in einem Schreiben vom selben Datum an seinen Enkel, Philipp von Spanien. Ludwig XIV. gibt darin zuerst nicht bloß seine Zustimmung, sondern auch seinen Rath, daß Philipp V. sich im nächsten Frühlinge nach Italien begebe. „Ich halte diese Reise für nothwendig, sagte er dann, wenn der Krieg dort fortdauert. Ich wünsche jedoch ihn mit diesem Feldzuge beenden, und hoffe es, wenn, wie ich Grund habe zu glauben, der Marschall Villeroy meine Befehle ausführt" [4]). Daß an der Willigkeit des Marschalls Villeroy die Befehle Ludwigs XIV. zu vollstrecken, kein Mangel war, hatte er sechs Jahre zuvor allerdings dargethan durch das Bombardement von Brüssel, im August 1695.

Um der Ungeduld des Königs zu entsprechen, sandte Villeroy sofort nach seiner Ankunft bei der Armee einen Courier ab, der schon

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 183.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 23. August.

[3]) Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 172 und 180.

[4]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 71.

Digitized by Google

am 28. Auguſt eintraf [1]). Wenige Tage ſpäter folgte ein umfaſſender Bericht [2]). Laut desſelben hatten Villeroy, der Prinz Vaudemont, der Marſchall Catinat, alle dieſelbe Geſinnung, denſelben Gedanken. Ein möglicher Unterſchied beſtehe nur darin, daß etwa Vaudemont die beiden Marſchälle an Eifer und Einſicht überböte. Der Herzog Victor Amadeus dagegen ſei an Treue für den Dienſt des Königs ihnen allen drei überlegen.

Bei der auch damals doch nicht mehr völlig unbekannten Geſinnung des Herzogs Victor Amadeus, der nur dem Drucke der bourboniſchen Uebermacht ſich fügte, erregt dieſer Eingang erhebliche Zweifel, mögen nun dieſe ſich wenden wider die Urtheilskraft, oder gegen die Wahrheitsliebe des Marſchalls Villeroy.

„Demnach, Sire, fährt der Bericht fort, geht alles im ſelben Geiſte und Sinne, und es iſt unmöglich, daß der Erfolg nicht nach Wunſch ausfalle, weil wir an Streitkräften dem Feinde überlegen ſind und alle erforderlichen Hülfsmittel beſitzen, die uns in den Stand ſetzen etwas zu unternehmen.“

Auf Grund dieſes Berichtes ſprach Ludwig XIV. vor ſeinem Hofe ſeine Billigung der Maßregeln aus, welche Villeroy getroffen [3]).

Die Stimmung, welche auch bei Anderen dieſer Bericht des Marſchalls Villeroy hervorrief, gibt ſich kund in einem Schreiben des Herzogs von Bourgogne an ſeinen Bruder Philipp V. in Spanien. „Wir erwarten mit Ungeduld, ſagt er, weitere Nachrichten aus Italien. Wie Ihnen bekannt, ſtehen die Armeen einander ſo nahe, daß die Unſerigen ohne Zweifel die Deutſchen zu einem Treffen zwingen werden, hoffentlich günſtig für uns. Ich geſtehe, daß keine Nachricht zur Zeit mir eine ſolche Freude bereiten würde wie diejenige eines Sieges in Italien, und hoffentlich habe ich bald dieſe Genugthuung“ [4]).

Nach den Ausſagen der Ueberläufer durfte der Prinz Eugen nicht zweifeln, daß Villeroy mit allem Nachdrucke ein Treffen ſuchen werde. Der Prinz meldet dem Kaiſer, am 31. Auguſt, daß nach Ankunft der Verſtärkungen, der Marſchall Villeroy über ſechszig bis

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 180.

[2]) Pelet t. I, p. 301 et suiv. Vom 24. Auguſt.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 185. Vom 4. September.

[4]) Mémoires de Louville t. I, p. 195.

Digitized by Google

ſiebzig Bataillone Infanterie verfüge, denen er nur neununddreißig entgegen zu ſtellen habe. „Alſo muß ich ſchon erwarten, ſchließt er, wozu der Feind mich werde zwingen wollen. Binnen zwei oder drei Tagen wird es ſich zeigen müſſen“ [1]).

Der Bericht ging ab am Morgen des 1. September. Von da an verfloſſen nicht mehr Tage, ſondern nur noch Stunden.

Am Abende des 31. Auguſt meldete ſeinerſeits auch Villeroy nach Verſailles: „Durch die Rathſchläge und die Urtheile des Prinzen Vaudemont täglich gekräftigt, habe ich mehr Vertrauen als je, die Befehle Ew. Majeſtät mit Erfolg auszuführen“. Er ſetzt mit Beſtimmtheit das Treffen an auf den folgenden Tag. Am Morgen des 1. September fügt er weiter hinzu: nur ein Canal noch trenne ihn von dem Feinde, und der Weg zum Lager desſelben ſei nicht weiter als von Verſailles nach Trianon. Man erblicke deutlich den Feind, wie er ſich verſchanze, durchaus nicht in der Haltung, als wolle er ſich zurückziehen. Die franzöſiſchen Soldaten haben lautes Freudengeſchrei ausgeſtoßen ſich dem Feinde ſo nahe zu ſehen, und man habe alle Mühe von der Welt ſie vom ſofortigen Angriffe zurückzuhalten. 800 Mann ſeien aus den Spitälern hervorgekommen, meldend, daß ſie ſich hinreichend wohl befinden, um mitzukämpfen. Der Marſchall ſchloß, daß er von nun an täglich einen Courier ſchicken werde. — Der König gebot darauf, ihn bei der Ankunft derſelben zu jeder Stunde zu wecken [2]).

Die erwartete Nachricht eines Treffens kam ſehr bald. Aber ſie lautete anders.

Gegen drei Uhr Nachmittags, am 1. September, erfolgte ein nachdrücklicher Angriff der Franzoſen gegen den von den Kaiſerlichen beſetzten offenen Ort Chiari. Er ward mit ſchwerem Verluſte der Angreifer zurückgeſchlagen.

„Befinde mich alſo ſchuldig, meldet der Prinz Eugen dem Kaiſer, allen dieſen Officieren und Gemeinen, wie auch der Generalität, welche aller Orten mit unermüdetem Eifer und vorſichtiger Prudenz beigewohnt hat, das billige Lob und Glorie ihres insgeſammt und eines Jeden inſonderheit bezeigten Valors und Standhaftigkeit, mit aller-

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 77.
[2]) Pelet t. I, p. 314, und Dangeau t. VIII, p. 187.

Digitized by Google

unterthänigster Devotion gegen E. K. M. hiermit zu rühmen." Nach der Schätzung des Prinzen belief sich der Verlust des Feindes, gering angeschlagen, auf reichlich 2000 Mann an Todten und Verwundeten, darunter 200 Officieren, der Verlust der Kaiserlichen in allem auf 117 Mann [1]).

Auch Villeroy machte dann seinen Bericht. Die hauptsächliche Stelle lautet: „Ich hatte von Ew. Majestät einen so bestimmten Befehl zu schlagen, daß ich nach allen den Bemühungen der drei Tage vorher an den Feind zu gelangen, es als einen Ungehorsam und eine Schande betrachtet haben würde, wenn ich nicht getrachtet hätte den Feind bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit anzugreifen, so wie es der Herzog von Savoyen mir vorschlug. Ich weiß, daß man die Stellung vorher hätte genauer untersuchen können; aber der Entschluß wurde gefaßt auf die Versicherung hin, daß Chiari nur von einer Abtheilung der Feinde besetzt gehalten werde, und daß sie sich neben der Stadt her zurückgezogen hätten. Ich wiederhole nochmals, Sire, durfte ich nach Ihren so bestimmten Befehlen, den Kampf aufschieben wollen, wo ich doch nur einen kleinen Theil Ihrer Armee wagte, um einen Versuch zu machen, der über den ganzen Feldzug hätte entscheiden können, und der, wenn er nicht gelang, uns nicht außer Stand setzte, den Krieg nach dem Befehle Ew. Majestät fortzuführen?" [2])

In den Reden der Hofleute von Versailles ward der Herzog Victor Amadeus als der Urheber des unglücklichen Angriffes bezeichnet [3]). Ehrlicher und aufrichtiger lauten die Worte der Herzogin von Orleans: „Man hat dem Marschall Villeroy das Angreifen so hart anbefohlen, daß er es so zu sagen blindlings gethan hat, ist aber nicht gelungen" [4]).

Die Schlacht bei Chiari entschied nicht über den Besitz von Mailand zu Gunsten des Kaisers. Dies um so weniger, da auch nach derselben die französisch-spanischen Streitkräfte dort an Zahl so sehr überlegen blieben, daß der Prinz Eugen seinem Siegesberichte an den

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 82.

[2]) Pelet t. I, p. 320.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 189.

[4]) An die Kurfürstin Sophie, 28. September. Bei Ranke: Französische Geschichte Bd. VI, S. 193.

Digitized by Google

Kaiser die dringende Bitte um Nachschub hinzufügte [1]). Und doch war der Erfolg von hoher Wichtigkeit. Ludwig XIV. hatte das Treffen verlangt und geboten, in der Hoffnung den Krieg dort mit Einem Schlage zu beenden. Diese Hoffnung hatte sich nicht erfüllt. Auf jeden Fall also stand in Italien noch ein längerer Krieg bevor, mit nicht geringer Aussicht auf Erfolg für den Kaiser. Ja nach der Annahme des spanischen Testamentes, welche die Macht des Königs von Frankreich höher zu steigern schien, als diejenige irgend eines Fürsten in Europa seit den Zeiten Carls des Großen, war die Niederlage der französischen Waffen bei Chiari der erste größere, den Augen aller Welt ersichtliche Schlag, den die Sache Ludwigs XIV. erlitt. Der Schlag erschien um so gewichtiger, da in dem ganzen langen vorigen Kriege in allen offenen Feldschlachten die Franzosen über die Verbündeten den Sieg davongetragen, in diesem Falle bei Chiari dagegen die ungleich schwächere Zahl der Kaiserlichen die überlegene spanisch-französische Macht mit besonderem Erfolge zurückgeworfen hatte. Es waren drei Monate verflossen, nachdem der Prinz Eugen die Alpen überstiegen. Seitdem hatte sich für ihn ein Erfolg gereiht an den anderen. Und nun kam dazu diese wichtige Siegeskunde von Chiari.

Der Courier, den der Prinz Eugen an den Grafen Wratislaw entsendete, passirte Loo. Der König ließ ihn sofort zu sich fordern, um ihn zu hören, und dann durch Albemarle und Blathwait dem Grafen Wratislaw melden, daß er von ihm einen Courier mit den Einzelnheiten erwarte. In gleicher Weise ließen die Generalstaaten anfragen, um den Bericht sogleich in der Republik veröffentlichen zu können. „Es gibt sich unter dem holländischen Volke, meldet der Graf Wratislaw, über diese Nachricht eine unbeschreibliche Freude kund, welche die guten Gesinnungen hier genug zu erkennen gibt" [2]).

Eben so stark oder, bei dem lebhafteren Naturell des englischen Volkes, stärker noch, äußerte sich dort dieselbe Gesinnung. „Die Nachricht des Sieges von Chiari, meldet Hoffmann aus London, hat hier eine solche Freude erweckt, daß sie den gemeinen Mann fast von Sinnen bringt" [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 84.

[2]) Bericht vom 16. September.

[3]) Bericht vom 20. September. Wörtlich: daß sie den gemeinen Mann so zu sagen außer Sinnen setzt.

Digitized by Google

Wie nach dem Süden, so durfte der König Wilhelm III. mit ähnlicher Befriedigung damals auch ostwärts blicken. Die andere Angelegenheit, welche ihm für die Sicherheit der Republik Holland und des Königreiches England nicht minder am Herzen lag, als der allgemeine Kampf wider das Haus Bourbon, diejenige der Thronfolge in England, war in Hannover zum einstweiligen Abschlusse gebracht.

Auf das kurze Schreiben der Kurfürstin Sophie, vom 18. Januar 1701, in welchem sie sich darauf beschränkte, den König um seinen Rath zu bitten, hatte er damals keine Antwort gegeben. Vielmehr bestand diese Antwort in der Thatsache der vom Parlamente beschlossenen, vom Könige sanctionirten Successions-Acte. Wie der König Wilhelm III. über die einzelnen Puncte mit dem Parlamente nicht verhandelt, sondern die Acte in ihrer Totalität gut geheißen hatte: so konnte das Haus Hannover noch weniger eine solche Unterhandlung beginnen wollen: es blieb nur die Annahme oder die Ablehnung des Ganzen. So gering die Geneigtheit sowohl der Kurfürstin Sophie wie des Kurfürsten Georg Ludwig, ihres Sohnes, an sich sein mochte, mit jenem Schreiben vom 18. Januar 1701 war die Ablehnung nicht mehr vereinbar. Die Kurfürstin Sophie mit der Zustimmung ihres Sohnes, des Kurfürsten Georg Ludwig, war bereit für sich und für ihr Haus anzunehmen.

Daß damals selbst die Lichtseite der Sache für das Haus Hannover in den Augen der Menschen, auch in Hannover selbst, überwog, bedarf nicht des Nachweises. Allein ganz unbedingt war bei den weiter Blickenden diese Freude nicht. Der Geheimerath von Hattorf, der selber im Conseil des Kurfürsten für die Annahme gestimmt, schrieb dennoch sein Bedenken darüber nieder mit den Worten: „Ich habe eine Sache durchgesetzt, welche die Welt nicht erwartete und die meine Landsleute bewundern: ich befürchte aber, die Nachkommen werden sie verwünschen“ [1]).

Der Graf Macclesfield, dessen Vater einst in Diensten der Tochter Jacobs I., der Pfalzgräfin Elisabeth, gestanden, erbat und erhielt vom Könige den Auftrag, die Acte nach Hannover zu überbringen, im

[1]) Die Worte finden sich bei Sichart: Geschichte der königlich hannoverschen Armee. Bd. IV, S. 727, Nr. 1. Dort auch die Quelle.

Digitized by

Juli 1701. Um ihn sammelte sich ein Gefolge von Engländern, das sich mehrte bei der Durchreise durch Holland, bis auf nahe an vierzig Personen [1]). Macclesfield wurde an der Grenze des Landes durch eine kurfürstliche Deputation empfangen und nach Hannover geleitet. Die Botschaft fuhr vor dem Schlosse auf in drei Sechsspännern und vier Zweispännern. Lord Macclesfield bot, nach englischer Weise, knieend der Kurfürstin die auf Pergament geschriebene, künstlerisch reich ausgestattete Acte dar. Die Kurfürstin reichte ihm sofort die Hand ihn aufzurichten, und nahm die Acte entgegen [2]).

Der Botschafter überbrachte im Namen des Königs für den Kurfürsten Georg Ludwig den Hosenband-Orden. Georg Ludwig ließ sich durch den mitgekommenen englischen Wappenherold King damit bekleiden. Es geschah mit genauer Beobachtung des dabei hergebrachten Ceremoniells.

Die Festlichkeiten drängten einander. Die Engländer waren überall willkommene Gäste. In Einem Puncte jedoch ward ihnen nicht entsprochen. Indem sie als Engländer den gesammten Dunstkreis der heimatlichen Anschauungen mit sich trugen, begannen sie auch auf dem fremden Boden zu reden von Whigs und von Tories. In Hannover hatte man für solche Worte kein Verständnis, und nicht einmal ein Gehör.

Dagegen machten sie andere Wahrnehmungen erfreulicher Art. Sie waren herüber gekommen mit dem Vorurtheile, daß das hauptsächliche Laster der Deutschen in der Trunksucht bestehe. Sie fanden in Hannover diese Meinung nicht bestätigt. Der Eindruck vielmehr war, wie sich aus den Aufzeichnungen des mitanwesenden Toland ergibt, in aller Beziehung vortheilhaft. Mit besonderem Wohlgefallen bemerkten die Engländer die Ordnung in der Verwaltung, die Regelmäßigkeit in den Zahlungen, den Wohlstand des Landes, die allgemeine Zufriedenheit, ohne Parteiung, weder politisch noch kirchlich, die treue Anhänglichkeit an das Fürstenhaus.

Vor Allem die Persönlichkeiten desselben, vertreten in drei Generationen, nahmen die Aufmerksamkeit der Engländer in Anspruch: die

---

[1]) Ich entnehme viele der hier folgenden Einzelnheiten aus Toland: Relation des cours de Prusse et de Hanovre. A la Haye. 1706.

[2]) Man vergleiche die ausführliche Beschreibung im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 192.

Digitized by Google

Kurfürstin Sophie, einundsiebenzigjährig, der Kurfürst Georg Ludwig, einundvierzigjährig, der Kurprinz Georg August, siebzehnjährig.

Der Kurfürst Georg Ludwig war seinem Wesen nach still und reservirt. „Er wird, sagt die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans über ihn, unserem Herrgott wegen überflüssiger Worte keine Rechenschaft zu geben haben" [1]). Sobald er jedoch sich mit Jemandem näher einließ, redete er klar, bestimmt und dabei wohlwollend. Wie immer man über sein Privatleben nach der Weise jener Zeit urtheilen möge: die verschiedenen Verhältnisse, die er anknüpfte, übten keine Einwirkung weder auf seine Regierung daheim, noch auf seine Stellung nach außen. In seiner Regierung war er ein streng rechtlicher Herr, und als solcher anerkannt und geliebt von seinen Unterthanen. Seine Mutter, die Kurfürstin, erzählt den merkwürdigen Fall, daß eines Tages einige Bauern zu Thätlichkeiten aneinander gerathen seien über die Streitfrage: wer von ihnen ihren Kurfürsten lieber habe. Andererseits hatten seine Unterthanen an seinem Charakter die Bürgschaft, daß sie nicht einer sogenannten Realpolitik zum Opfer dargebracht wurden. Georg Ludwig schaute nicht aus, wie seine Mitkurfürsten von Bayern, Sachsen, Brandenburg, ob auf kaiserlicher oder auf französischer Seite der größere Vortheil winke: er stand nach Pflicht und Ueberzeugung zu seinem Kaiser. Eben diese Ueberzeugung, daß gegen die Uebermacht des Hauses Bourbon in Europa alle Kraft aufgeboten werden müsse, hatte auch ihn, der früher ebenso wie seine Mutter der Aussicht auf die englische Thronfolge gegenüber sich ablehnend verhalten, nun dennoch geneigter gemacht. Freilich mußte er dann, wenn es dazu kam, um der englischen Krone willen die geliebte Heimat verlassen. Aber es ist nicht bloß möglich, sondern auch wahrscheinlich, daß damals, im Jahre 1701, der König Wilhelm III. ein Auskunftsmittel erwog, für welches er auf die Zustimmung der Betheiligten rechnen durfte. Viele Engländer hatten von Anfang an den Kurprinzen Georg August zum Successor gewünscht, Wilhelm III. jedoch die Lineal-Folge nicht durchbrechen lassen wollen. Allein, nachdem dieselbe festgestellt, konnte man sich über das Weitere gütlich einigen, nicht freilich durch schriftliche Unterhandlung, sondern mündlich. Der alte Herzog Georg Wilhelm zu Celle schickte

[1]) Publication des literarischen Vereines in Stuttgart. Bd. VI, S. 78.

Digitized by Google

ſich, wie alljährlich, ſo auch für den Herbſt 1701 wieder an, die Fahrt nach Loo zu unternehmen. Dies Mal aber ſollte ſein Enkel, der Kurprinz, ihn begleiten.

Das Intereſſe der Engländer in Hannover, im Auguſt 1701, haftete zunächſt an derjenigen Perſönlichkeit, welche das Geſetz ihres Landes ausdrücklich zur Thronfolge berief, der alten Kurfürſtin Sophie.

Es liegt keine Andeutung vor, daß damals Jemand um das Geheimnis ihrer Jugendjahre gewußt habe, ihre Abreiſe aus dem Haag, um ſich den Bewerbungen ihres Vetters Carl II. von England zu entziehen. (Bd. I, S. 9.) Damals ſtand ſie für ſich weit ab vom engliſchen Throne, ſo weit, daß nach dem Zurückweiſen jener Werbungen eine Ausſicht kaum noch als nennenswerth beſtand. Und nun hatten auf einem anderen Wege die Dinge ſich doch dahin gewendet, daß das engliſche Geſetz ſie und ihre Deſcendenz nach ihr auf den Thron berief.

Ungeachtet der einundſiebenzig Jahre der Kurfürſtin, trug ſie in ſich eine zähere Lebenskraft als der fünfzigjährige König Wilhelm oder die ſiebenunddreißigjährige Prinzeſſin Anna. Gerade damals erwiederte ſie auf eine Anfrage ihrer vertrauten Nichte und Freundin, der Raugräfin Louiſe, mit folgenden Worten: „Ich kann Gott alle Augenblicke nicht genug danken, daß ich — Gottlob — nicht das geringſte Ungemach von meinem Alter habe. Ich gehe im Garten alle meine Leute müde. Ich arbeite, wann ich will, auch bei Lichte. Ich habe noch Zähne. Gott allein ſei Lob und Dank dafür. Aber in Einem Augenblicke kann ich doch vergehen, wie eine Blume auf dem Felde. Und habe die Gnade von Gott, daß ich den Tod gar nicht fürchte, wie ich auf meine Medaille habe ſetzen laſſen“ [1]). — Dieſe Medaille, geprägt bereits 1684, zeigt auf der einen Seite das Bild der Prinzeſſin Sophie, auf der anderen die Sonne in voller Klarheit, dem Untergange nahe, mit einem Spruchbande darüber, enthaltend die Worte: Senza turbarmi al fin m' acosto.

Die weiblichen Arbeiten, deren die Kurfürſtin in dieſem Briefe gedenkt, riefen bei den Engländern in Hannover die Erinnerung an die früh geſchiedene Königin Mary wach, die in ähnlicher Weiſe ſich

---

[1]) Schreiben vom 19. Mai 1701, im gräflich Degenfeld Schonburgiſchen Archive in Eybach.

Digitized by Google

beschäftigt hatte. Von der Hand der Kurfürstin Sophie war, wie vielfacher Schmuck des Altares der Schloßkirche, so auch desjenigen in der Kirche der einstigen Cisterzienser-Abtei Lokkum. Die Abtei ist ein besonderes Denkmal des Welfenhauses; denn hauptsächlich die reichen Schenkungen Heinrichs des Löwen hatten einst die Mönche in den Stand gesetzt, das schöne Gotteshaus zu bauen.

Die Engländer fanden in doppelter Beziehung in der Kurfürstin eine Landsmännin. Sie war durch ihre Geburt und den Aufenthalt in Holland der holländischen Sprache mächtig, durch ihre Erziehung am Hofe ihrer Mutter der englischen und der französischen, durch ihre weitere Ausbildung am Hofe ihres Bruders Carl Ludwig in Heidelberg der deutschen und der italienischen. Gerade ihre reine Aussprache des Englischen aber war für die Engländer überraschend, um so mehr, da der König Wilhelm III., obwohl auch Sohn einer englischen Prinzessin, und dann längere Jahre mit einer englischen Prinzessin verheirathet, darin dennoch den Holländer nie verleugnen konnte. Aber Wilhelm III. war, nach dem frühen Verluste auch seiner Mutter, in nur holländischer Umgebung aufgewachsen; die Kurfürstin Sophie dagegen, am Hofe ihrer Mutter Elisabeth im Haag, vorwiegend in englischer Umgebung.

Ein anderer Berührungspunct war die Confession. Die Successions-Acte machte dem Successor die Communion in der anglicanischen Kirche zur Pflicht. In England trug der Prinz Georg von Dänemark als Lutheraner für sich gegen eine solche Conformirung kein Bedenken; aber es hatten sich Zweifel erhoben, ob auch das Haus Hannover sich darein fügen würde. Es ist sehr möglich und wahrscheinlich, daß andere evangelisch-lutherische Theologen in Deutschland eine Verschiedenheit betont haben würden: das Gutachten indessen des ersten Geistlichen des Landes Calenberg, des Abtes Molanus von Lokkum, fiel bejahend aus. Auch hatte sich in Hannover schon vorher thatsächlich ein Zustand herausgebildet, der dem Gutachten des Abtes Molanus entsprach. Die Kurfürstin, reformirt erzogen, hielt daran fest, so sehr, daß wesentlich durch ihre Bemühungen in der Stadt Hannover eine reformirte Kirche und Pfarre entstand. Aber sie hatte andererseits niemals Bedenken getragen, an dem evangelisch-lutherischen Gottesdienste in der Schloßkirche Theil zu nehmen. Durch diese

Digitized by Google

Gewöhnung hatte sich im kurfürstlichen Hause das Gemeingefühl herausgebildet, daß eine eigentliche Verschiedenheit nicht bestehe. Denn die Kurfürstin persönlich fühlte sich mit der englischen Hochkirche völlig einig. Sie hatte von Jugend auf das englische allgemeine Gebetbuch (the book of common prayer) mit besonderer Liebe umfaßt. (Bd. I, S. 8.) Diese Zuneigung war ihr geblieben. Sie war so sehr bewandert in der englischen Liturgie, daß sie, als der Geistliche der Botschaft in ihrem Beisein den Gottesdienst nach anglicanischer Weise hielt, in die Responsorien einstimmte. Auf die Frage nachher, warum nicht auch sie diese Liturgie bei sich einführe, erwiederte sie: „Weil eine solche neue Einführung den Schein erwecken könnte, als sei unsere Religion vorher von der englischen verschieden gewesen, während doch in der Wirklichkeit diese Liturgie nur eine national-englische Einrichtung ist" [1]).

Der Botschaft des Lord Macclesfield hatte sich auch John Toland angeschlossen, der in den nächsten Jahren seinen Ruf als Freidenker begründete. So beredt John Toland das Lob der Kurfürstin, ihre Kenntnisse in allen Wissenschaften, der Welt verkündete: so ist doch unverkennbar, daß gerade dieses Lob bei der Geistlichkeit der englischen Hochkirche manches Bedenken hervorrief. Die Kurfürstin Sophie, arglos wie sie war, und damals noch nicht die innere Hohlheit des Toland durchschauend, behandelte ihn mit derselben Güte und Leutseligkeit wie die sämmtlichen Engländer.

Denn diese Eigenschaften, und nicht die Philosophie, sind der hauptsächliche Charakterzug der edlen Fürstin. Wenigen Menschen mag es beschieden gewesen sein, eine so starke Zuneigung und Anhänglichkeit an sich zu erwecken und dauernd zu erhalten wie ihr, vor Allem bei den Kindern ihres Bruders Carl Ludwig, sowohl bei der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, als bei den jüngeren Halbgeschwistern derselben aus morganatischer Ehe. Namentlich die Aeußerungen der ersteren darüber sind überraschend. „Nichts in der Welt, schreibt sie einmal, ist mir lieber als ma tante; meine Kinder und Kindeskinder kommen da nicht bei" [2]). Wenn man diese Aeußerung betrachten wollte

[1]) Toland: Relation etc. p. 108. — Man vergleiche über das Verhalten der Kurfürstin zu ihm meine Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 352.

[2]) Publicationen des literarischen Vereines in Stuttgart. Bd. 88, S. 407. — Man vergleiche überhaupt alle zahlreichen Ausgaben der Briefe der Herzogin.

Digitized by Google

als ein einmaliges Ueberwallen des Gefühls: so steht dagegen, daß diese treue Anhänglichkeit den immer wider durchklingenden Grundton aller Briefe der Herzogin ausmacht, und zwar ihr ganzes Leben hindurch. Auf französischem Boden niemals heimisch geworden, einsam am Hofe von Versailles, dem ihre derbe Ehrlichkeit misfiel, und von dessen Unwahrhaftigkeit sie sich zurückgestoßen fühlte, suchte und fand sie ihren Trost hauptsächlich in der Correspondenz mit der geliebten ma tante. Sehnsüchtig blickt sie nach Hannover. Nur Einmal noch möchte sie dort sein, ma tante zu sehen, und dann zu sterben. — Läßt sich bei der Herzogin Elisabeth Charlotte diese treue Anhänglichkeit zum Theile erklären durch ihre Lebensstellung: so finden wir doch die entsprechende Neigung wieder bei den jüngeren Halbgeschwistern, den Raugrafen und Raugräfinnen zu Pfalz. Sie hatten Grund dazu. Der Oheim und Vormund dieser früh verwaisten Kinder, Freiherr von Degenfeld, schrieb darüber: „Ich muß bekennen: wenn die Raugrafen alle noch lebten und jeder zehn Leben hätte, und sie solche der Kurfürstin in Hannover und derjenigen von Brandenburg aufopferten: so wäre es nicht genug; denn man könnte die Welt durchreisen und würde doch, außer Madame (der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans) kein drittes gleiches Herz von solcher Güte finden. Eben dasselbe gilt für die Raugräfinnen“ [1]).

Die Raugrafen starben früh. Die Mahnung dagegen an die Schwestern blieb nicht vergeblich. Die eine derselben, Louise, trat eben damals bei der Kurfürstin als Obersthofmeisterin ein, und die zahlreichen erhaltenen Briefe legen dar, daß das früher von der Kurfürstin an sie gerichtete Wort: „Ich habe meine Kinder nur gar zu lieb, und rechne Sie mit dazu“ — beiderseitig eine Wahrheit war.

Dieser Charakterzug der Kurfürstin verdient hervorgehoben zu werden als ein Beweis, daß der Eindruck, den die präsumtive Thronerbin auf die Engländer in Hannover machte, ein günstiger sein mußte.

Die Botschaft ward reich beschenkt entlassen. Die Kurfürstin gab dem Lord Macclesfield ihr Porträt mit Diamanten umgeben, der Kurfürst ein Waschbecken von massivem Golde. Die Botschaft begab

[1]) Kazner: Louise, Raugräfin zu Pfalz. Bd. II, S. 96.

Digitized by Google

sich auch zu dem Herzoge in Celle. Dort erhielt Macclesfield eine große Anzahl goldener Medaillen zu seiner Verfügung.

Unter den Medaillen, die den Mitgliedern der Botschaft von Seiten der Kurfürstin in Hannover gereicht wurden, zeichnete sich durch Größe und Schönheit besonders eine aus, welche auf dem Avers das Brustbild der einstigen Herzogin Mathilde trug, mit der Umschrift: Matilda filia Henrici II. regis Angliae, uxor Henrici Leonis ducis Bavariae et Saxoniae, mater Ottonis IV. Imperatoris etc.; auf dem Revers das Brustbild der Kurfürstin Sophie, mit der Umschrift: Sophia ex stirpe electorali Palatina, neptis Jacobi I. regis Magnae Britanniae, vidua Ernesti Augusti Electoris Brunsvicensis et Luneburgensis, Angliae princeps ad successionem nominata MDCCI.

Ein Anrecht an die englische Krone von der einstigen Prinzessin Mathilde Plantagenet herzuleiten, war nicht die Absicht des Künstlers Falz; aber die Erinnerung, daß die Ahnfrau des gesammten welfischen Hauses seit Heinrich dem Löwen eine Prinzessin des alten englischen Königshauses war, verband sich vortrefflich mit dem Grundgedanken der Successions-Acte, welcher eine englische, abermals in das Welfenhaus hinein geheirathete Prinzessin, zur Stammmutter aller künftigen regierenden Könige und Königinnen von England machte.

Als die Feste in Hannover verrauscht, die englische Botschaft wieder abgezogen war, machte sich der alte Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, begleitet von seinem Enkel, dem Kurprinzen Georg August, auf den Weg zu dem Könige Wilhelm III. in Loo. Der Prinz, wie Toland ihn beschreibt, machte, ungeachtet seiner Jugend, durch seine Haltung, sein Benehmen, seine Reden, den Eindruck eines vollendeten Mannes. Er war sorgfältig erzogen, nach der damals üblichen Weise der Reichsfürsten auch in der lateinischen Sprache eben so wie sein Vater so weit ausgebildet, daß er sich mit Leichtigkeit in derselben auszudrücken verstand. Seine Kunde dagegen der englischen Sprache, wenn überhaupt nennenswerth, war gering.

Es ward beobachtet, daß der König Wilhelm III. den Prinzen empfing wie ein Vater seinen Sohn [1]).

[1]) Toland: Relation etc. p. 128.

Digitized by Google

Dies Mal theilten die beiden alten Freunde mit einander nicht bloß die Freude an der Jagd, sondern auch diejenige an dem bis dahin gelungenen Werke, als dessen Repräsentant der jugendliche Kurprinz vor ihnen stand. Denn der ganze Gang der Dinge thut dar, daß, wie Wilhelm III. von sich aussagte: er habe in Betreff der spanischen Angelegenheit in England gearbeitet wie ein besoldeter Minister des Kaisers, in ähnlicher Weise der alte Herzog Georg Wilhelm von sich sagen durfte: er habe in Betreff der englischen Erbfolge bei dem Hause Hannover gearbeitet wie ein besoldeter Minister des Königs.

Die weitere Verabredung in Loo ging dahin, daß Wilhelm III. versprach für die Kurfürstin Sophie als die präsumtive Thronerbin vom Parlamente ein Jahrgeld zu erwirken, und den Kurprinzen im nächsten Frühlinge nach England zu rufen. Ueber das letztere Vorhaben ward nicht geschwiegen. Der Gedanke entsprach so sehr der allgemeinen Voraussetzung, daß man auch in England nichts Anderes erwartete [1]). Es fragte sich dann freilich, wie sich gegenüber einem solchen Plane die Prinzessin Anna von Dänemark verhalten würde, und es scheint, daß um ihretwillen, um erst ihre Zustimmung einzuholen, Wilhelm III. das Vorhaben auf das nächste Jahr hinausgeschoben habe.

Der Gedanke an die Vergänglichkeit des menschlichen Lebens, obwohl in solchen Fällen der Abrede auf eine spätere Zeit unabweisbar, schien doch in Bezug auf den König Wilhelm III. damals, bei der Anwesenheit seiner welfischen Freunde im September 1701, nicht in besonderer Weise sich aufzudrängen. Im August hatte er gekrankt, namentlich an einer Schwellung der Füße, die zu vielen Besorgnissen Anlaß gab, vielleicht auch anderswo zu anderen Gefühlen. Der Graf d'Avaux hatte nach seiner Rückkehr den Hof von Versailles mit Nachrichten dieser Art erfüllt, und von da an schrieb Dangeau fast täglich in sein Tagebuch, daß, nach den Nachrichten aus Holland, der König nicht mehr lange zu leben habe [2]). Die Meinung war verfrüht. Mochten die verschiedenen Erfolge den König gehoben haben, oder die

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. October.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 174 et suiv.

Digitized by Google

heimatliche Luft ihn kräftigen: nach dem längeren Aufenthalte in Breda und Loo war sein Aussehen günstiger als seit langer Zeit. Er war wieder so gekräftigt, daß er, nach dem Berichte eines Augenzeugen, ganze Tage zu Pferde sitzen und an der Hirschjagd Theil nehmen konnte [1]).

Das Leben des Königs Wilhelm III. war niemals wichtiger als damals, im Sommer 1701, bis das große Werk der Allianz, welches er selber das Meisterstück seines Lebens nannte, fertig und besiegelt war.

Nach dem Zeugnisse desselben kundigen Beobachters, von welchem wir die Freude der Engländer über die Erfolge des Prinzen Eugen vernommen haben, war die Strömung dort für den Krieg in stetigem Wachsen. Es ist von Gewicht dies zu constatiren, weil in der späteren Zeit, namentlich, wie es scheint, durch die allzu geringe Beachtung der entscheidenden Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni 1701, die Meinung ausgesprochen worden ist, daß erst später, in Folge der Anerkennung Jacobs III. zu Versailles, im September 1701, die kriegerische Stimmung der Engländer zum Durchbruche gekommen sei. Sie war vorher da, und zwar bei den Whigs principiell, bei den Tories wenigstens in Worten, weil sie, auch wider die eigene Neigung, nicht wagten sich dem Drucke des Volkswillens entgegen zu stemmen [2]). Jene Adresse enthielt für den König die Ermächtigung zum Kriege. Darum schaute man von England aus mit Spannung nach dem Haag, was dort geschehen würde, und zwar von Seiten der Whigs nicht ohne Mistrauen gegen den König. Die meisterhafte Denkschrift vom 1. August, mit welcher Heinsius im Auftrage der Generalstaaten die von dem Botschafter Avaux eingereichten Vorwürfe Ludwigs XIV. widerlegte, ward auch in England viel gelesen. Den nach Verhältnis des Ganzen matten Schluß, zu dem, wie wir wissen, Heinsius die Zustimmung des Königs erst hatte erkämpfen müssen, maßen viele Whigs in England dem ausdrücklichen Willen des Königs bei [3]). Und zwar habe der König dies Verlangen gestellt auf das Andringen seiner Tory-Minister

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. September.
[2]) Anlage III.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 12. August.

Digitized by Google

in England. Die Whigs zogen noch weitere Folgerungen. Damals schob der Graf Rochester als Statthalter von Irland seine Abreise dahin auf. Dagegen versammelte sich die Regentschaft fast täglich, und unterhielt die Verbindung mit dem Könige durch unablässige Couriere. Der König, hieß es daher in England, wolle sich nicht mehr dem Vorwurfe des Parlamentes aussetzen, daß er in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten keinen englischen Rath befrage. Darum beweise er nun die auffallende Nachgiebigkeit gegen die Tories. So die Whig-Partei. Eben sie aber wurde damals getragen von der Volksströmung. Es galt daher die letztere auszunutzen. Wilhelm III. hatte durch die schleunige Vertagung des Parlamentes die Whig-Mehrheit im Oberhause gehindert die Adresse zu vollenden, welche ihn um die Auflösung des Parlamentes ersuchen sollte. Allein die Thätigkeit für diesen Zweck ward an anderen Orten wieder aufgenommen. Von der Mitte August an kamen Petitionen von den Provinzen ein, die in lebhaften Ausdrücken die Auflösung des Parlamentes und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangten. Buckinghamshire ging mit einer solchen Petition voran. Es folgte unter anderen die große und reiche Provinz Yorkshire. Man erwartete eine ähnliche Kundgebung von der Stadt London [1]). Im Ueberblicke der Bewegung, in welcher England sich befand, sagt Hoffmann am 8./19. August: „Daraus ist abzunehmen, wie sehr die englische Nation die bevorstehende Gefahr erkennt, und wie sehr sie, um sich und ganz Europa zu erretten, geneigt ist für den Krieg".

Uns Späteren hat sich aus den eigenen Worten des Königs wie aus dem Verlaufe der Dinge dargethan, daß da, wo er in den Augen der Whigs zurückzubleiben schien, in der Wirklichkeit Allen voran, eben er sie führte. Und zwar dies so sehr, daß, wie wir aus seinen Worten zu dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Wratislaw, vom 3. August, vernommen, der König den Gang der Dinge in England als sein Werk für sich in Anspruch nahm.

Es ist immerhin möglich, und wahrscheinlich, daß eben so, wie die Whigs nicht erkannten, daß sie geführt waren, auch der Graf

---

[1]) Hoffmanns Berichte im August 1701. Im Berichte vom 19. August: Es ist nicht zu bezweifeln, daß nun, da der Anfang gemacht, eine Provinz nach der anderen damit einkommen werde.

Digitized by Google

Rochester und die anderen Tories vermeinten, den König zurückzuhalten. Indem er scheinbar den Vorstellungen derselben nachgab, hatte er in Wirklichkeit einen besonderen Grund, den Bruch mit Frankreich noch hinauszuschieben. Dieser Grund war seine Fürsorge für Holland. Er fürchtete die Wiederkehr der Ereignisse des Sommers 1672, den kaum zu hindernden Marsch der Franzosen bis Utrecht. Deshalb ließ er durch den Ingenieur Coehoorn namentlich die Linie der Yssel in besseren Vertheidigungsstand setzen [1]). Der König sprach über diesen Grund offen zu dem Grafen Limburg-Styrum, den der Kaiser ihm gesandt, um den nächsten Feldzugsplan zu bereden. Der Graf schloß seinen Bericht mit den folgenden Worten: „Durch die Darlegung der Einzelnheiten gab mir der König zu verstehen, daß er durch das Hinausziehen des Bruches mit Frankreich die Zeit gewonnen habe, um sowohl durch die neu angelegten Werke, als vermittelst des Durchstiches in der Betau die niederländischen Provinzen in Sicherheit zu setzen, damit sie im Falle eines Unglückes nicht wieder, wie im Jahre 1672 geschehen, ganz offen liegen sollten. Nach meiner langen in E. K. M. Diensten erworbenen Kriegserfahrung kann ich nicht anders als dem Könige darin Recht geben [2])". Dies also ist der hauptsächliche Grund, weshalb Wilhelm III. den Beginn des Krieges hinauszog.

Tritt in dieser Beziehung die Republik Holland in der Fürsorge des Königs Wilhelm III. voran: so ist mit besonderem Nachdrucke hervorzuheben, wie er bedacht war für die Gesammtheit zu sorgen, im Falle daß unversehens das Geschick über ihn käme. Es ist ja nicht bloß zu vermuthen, sondern liegt auch in mancherlei Kundgebungen ausdrücklich vor, daß die Widersacher hofften: mit dem bald zu erwartenden Ende dieses schwanken Lebens werde der Bund der Republik mit England zerbrechen, und dann werde Jeder sich zu retten suchen so gut er könne. Eben derselbe Gedanke wirkte lähmend zurück auf die vielen schwachen und unentschlossenen Reichsfürsten [3]). Allein

---

[1]) Einzelnheiten darüber in der Schrift von Sypestoyn: Het leven van Menno baron van Coehoorn p. 121 enz.

[2]) Bericht des Grafen Limburg-Styrum vom 6. September.

[3]) So ein Schreiben aus München vom 31. August von einem der Räthe des Kurfürsten, welches in die Hände Wratislaws gelangte, zum Berichte vom 13. September.

Digitized by Google

gerade in der Voraussicht der möglichen Ereignisse, in der Berechnung der Heilmittel gegen das etwaige Unglück, ist der Scharfblick des Oraniers nicht hoch genug anzuschlagen. Er hatte die Dinge so geführt, daß die große Allianz zu Stande kam, der enge Bund der drei Großmächte, dem abermals wie der Allianz von 1689 die kleineren Mächte sich anlegen und anschließen würden. Aber seine Fürsorge ging dies Mal erheblich weiter. Er faßte auch die Fortführung seines Werkes ins Auge, wenn er nicht mehr war. Es gab in England nur eine einzige Persönlichkeit, die, nach dem Urtheile des Königs Wilhelm, dies vermögen würde. Dieser eine Mann war John Churchill, Graf von Marlborough. Daß der König diesem Manne persönlich eine Zuneigung, seinem Charakter eine Hochachtung entgegen getragen habe, ist nach den Erfahrungen der früheren Jahre undenkbar. Aber der König übergab ihm das Commando der Truppen, welche er der Republik im Sommer 1701 zur Hülfe sandte. Er ernannte ihn zu seinem Botschafter bei der Republik, zum Bevollmächtigten für den Abschluß der Allianz mit der Republik und dem Kaiser. Wilhelm III. handelte so, weil er die intellectuelle Begabung, die erstaunliche Befähigung Marlboroughs für den Krieg wie für die Unterhandlung, zum vollen erkannte. Er baute nicht auf die Treue Marlboroughs, sondern auf seinen Egoismus. Bei der unbeschränkten Herrschaft, welche Lady Sarah über das Gemüth der Thronfolgerin, der Prinzessin Anna, ausübte, war mit Sicherheit vorauszusehen, daß nach dem Tode des Königs die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten für England völlig an Marlborough fallen würde. Es lag daher im Interesse Marlboroughs diesen Zustand der Dinge zu erhalten, die Königin Anna zu stützen, und zu diesem Zwecke die Allianz durchzuführen, welche er im Namen von England unterzeichnete.

Die Zustimmungen zu dem Entwurfe kamen ein von London, von den einzelnen souveränen Provinzen der Republik, von Wien. Hier und da waren Aenderungen vorgeschlagen. Sie waren von geringerer Bedeutung, und darum konnte man durch gegenseitige Concessionen darüber hinweg gelangen. Schwieriger war eine Differenz über die Unterschrift, indem Marlborough als Botschafter den Vorrang vor den kaiserlichen Gesandten Goes und Wratislaw verlangte, diese dagegen sich auf den höheren Rang des römischen Kaisers beriefen.

Digitized by Google

Die Differenz zog sich mehrere Tage hin, bis die Kaiserlichen eine Vollmacht vorbrachten, welche für den Fall daß die Verhandlungen von Seiten Englands und Hollands mit dem Botschafter Avaux fortgesetzt wären, auch sie zu Botschaftern ernannte. Das Verlangen der Anwendung dieser Vollmacht auch für den Abschluß der Allianz glaubten Marlborough und Heinsius nicht zurückweisen zu dürfen. Von dieser Basis aus war in Betreff des Ranges ein Ausgleich möglich [1]). Die zweite große Allianz wurde gezeichnet am 7. September 1701 [2]).

Die Allianz zog formell noch nicht den Krieg nach sich. Sie verlangte eine Satisfaction für den Kaiser in Betreff seiner Ansprüche auf das spanische Erbe. Sie verlangte für England und die Republik eine besondere und ausreichende Sicherheit, sowohl für den Besitz an Ländern und Städten als für den Handel.

Die drei Mächte verbanden sich einander für diesen Zweck zunächst eine friedliche Unterhandlung mit Frankreich zu versuchen, für zwei Monate von der Auswechselung der Ratificationen an. Wenn in dieser Zeit die Unterhandlung nicht zu dem gewünschten Ende führte, so versprachen die drei Mächte, einander mit aller Kraft beizustehen, um jenes Ziel zu erreichen.

---

[1]) Bericht der Grafen Goes und Wratislaw vom 9. September.

[2]) Der Vertrag in lateinischer und französischer Sprache, Original, ist oft gedruckt, in beiden Fassungen neben einander bei Lamberty t. I, p. 620 et suiv.

Digitized by Google

Siebenundzwanzigſtes Buch.

Vom Abſchluſſe der großen Allianz, 7. September 1701, bis zum Tode des Königs Wilhelm III. von England, am 8./19. März 1702.

Der Vertrag der zweiten großen Allianz wider Ludwig XIV., von den Bevollmächtigten der drei Hauptmächte, des römiſchen Kaiſers Leopold, des Königs Wilhelm III. von England, der Republik der Niederlande, im Haag unterzeichnet am 7. September 1701, ſetzte im dritten Artikel feſt, daß von dem Tage der Ratification an die Zeit von zwei Monaten aufgewendet werden ſolle, um die Zwecke der Allianz durch eine gütliche Unterhandlung mit dem Könige von Frankreich zu erreichen. Erſt dann, wenn dieſe Unterhandlung fehlſchlage, verpflichten ſich im vierten Artikel die Verbündeten gegenſeitig, mit dem Aufgebote aller Macht dieſe Zwecke zu erzwingen.

Demnach mußten die Zwecke der Allianz gleich nach der erfolgten Ratification dem Könige von Frankreich kund gethan werden. Es iſt nun von beſonderer Wichtigkeit und dennoch ſelten, oder vielleicht niemals in der geſchichtlichen Betrachtung jener Zeiten hervorgehoben, daß dies nicht geſchehen iſt.

Noch vor der Auswechſelung der Ratificationen erfolgte nämlich von Seiten Ludwigs XIV. ein Schritt, der in den Augen der Führer der Seemächte jegliche fernere Verhandlung mit ihm erfolglos und daher überflüſſig machte, während jener König ſelber ſich über die volle Tragweite jenes Schrittes noch für längere Zeit nicht klar wurde. Dieſer Schritt iſt die nach dem Tode Jacobs II. von Ludwig XIV. ausgeſprochene Anerkennung ſeines Sohnes als des Königs Jacob III. von England.

Digitized by Google

Wir haben daher unsere Blicke zunächst nach St. Germain zu richten.

Die Neigung Jacobs II. zum in sich gekehrten, beschaulichen Leben, war in den letzten Jahren gestiegen, man dürfte sagen, in demselben Maße wie die Aussicht auf eine Herstellung in England seinem Blicke entschwand. Der Mangel des klaren Einblickes in die Verkettung der Dinge, welche ihn dahin geführt, wo er sich befand, blieb derselbe wie zuvor. Nicht freilich kann darum ein Zweifel an der aufrichtigen Frömmigkeit des Königs aufsteigen. Der Charakter derselben ist die Ergebenheit in sein Geschick. Seine Gedanken waren in den letzten Jahren beständig gerichtet auf den Tod [1]).

Im März 1701 rührte ihn während der Messe ein Schlaganfall. Er kam wieder zu sich. Acht Tage später erneuerte sich das Uebel. Es gelang abermals, durch stark wirkende Mittel ihn wieder zu sich zu bringen. Jedoch ein Schmerz in der Brust, der ihm blieb, und gelegentliches Auswerfen von Blut, erweckte die Meinung, daß die angewendeten Brechmittel, indem sie jenem Uebel Einhalt gethan, ein anderes hervorgerufen hätten. Indessen erholte sich Jacob II. so sehr, daß er wieder ausreiten konnte. Man verordnete ihm die Bäder von Bourbon. Ludwig XIV. wies für die Kosten der Reise monatlich 100,000 Franken an. Er gebot, den König Jacob II. überall mit den gebührenden königlichen Ehren zu empfangen. Er trug besondere Sorge, daß es seinem Gaste an nichts fehlen möge. „Die britannischen Majestäten, meldet Dangeau, waren von dieser Güte mehr als je gerührt" [2]).

Den Sommer 1701 hindurch befand der König Jacob sich leidlich. Am Freitage dem 2. September erfolgte ein neuer Schlaganfall, und zwar wie das erste Mal, in der Capelle. Der Anfall tödtete auch dies Mal nicht; aber er wiederholte sich am Sonntage, dem 4. September. Man öffnete dem Kranken den Mund mit Gewalt: es erfolgte ein heftiges Blutbrechen. Er selber wie die Umstehenden erkannten, daß es mit ihm zu Ende ging.

Sobald das Brechen nachließ, bat der König Jacob, der seine Generalbeichte vor dem letzten Anfalle abgelegt, den Beichtvater um

[1]) Hier und für das Folgende hauptsächlich The life of James, vol. II, p. 591.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 62 und 73.

Digitized by Google

die heilige Communion. Dann verlangte er ſeinen damals dreizehnjährigen Sohn, und redete laut und nachdrücklich zu ihm wie folgt: „Ich verlaſſe nun dieſe Welt, die mir ein ſtürmiſch wild bewegtes Meer geweſen iſt; denn es war Gottes Wille, durch manche große Trübſal mich von ihr zu entwöhnen. Diene ihm mit aller Kraft und nach allem Vermögen, und laß niemals die Krone von England in Betracht kommen wider Dein Seelenheil. Es gibt keine Sclaverei gleich derjenigen der Sünde, noch eine Freiheit gleich dem Dienſte Gottes. Wenn er in ſeiner Weisheit Dich zurückführt auf den Thron Deiner Väter: ſo regiere Dein Volk mit Gerechtigkeit und Milde, und trage Mitleid mit verführten Unterthanen. Bedenk, daß die Könige nicht um ihretwillen da ſind, ſondern zum Wohle des Volkes. Stelle durch Deine eigenen Handlungen Dich vor ihren Augen dar als ein Muſterbild aller Tugend. Betrachte ſie als Deine Kinder, ſinne auf nichts als auf ihre Wohlfahrt auch da, wo Du ſie ſtrafſt. Du ſelber biſt unſeren Gelübden und Gebeten geſchenkt. Demgemäß verhalte Dich. Ehre Deine Mutter, auf daß Du lange lebſt auf Erden, und ſei Deiner lieben Schweſter ein gütiger Bruder, damit Du den Segen der Eintracht davon tragen mögeſt".

Dann wandte ſich der König zu ſeiner damals neunjährigen Tochter, mit den Worten: „Leb wohl, mein liebes Kind. Diene Deinem Schöpfer in den Tagen Deiner Jugend, und halte die Tugend für die größte Zier Deines Geſchlechtes. Folge darin den Spuren des großen Muſters, Deiner Mutter. Auch ihr Bild iſt nicht weniger als das meine, durch Wolken der Verleumdung umdunkelt; aber hoffentlich wird die Zeit, die Mutter der Wahrheit, dennoch endlich ihre Tugend leuchten laſſen wie die Sonne".

In ähnlicher Weiſe richtete der König Abſchiedsworte an die geſammte Umgebung. Er mahnte die Proteſtanten unter ihnen, mit beſonderem Nachdrucke den Lord Middleton, den Glauben der römiſch-katholiſchen Kirche anzunehmen.

Unterdeſſen war das Sacrament herbeigeſchafft. Bevor der König es empfing, erklärte er laut, daß er allen ſeinen Feinden vom Grunde ſeines Herzens verzeihe. Damit ſeine Aufrichtigkeit nicht in Zweifel gezogen werden könnte, nannte er den Prinzen von Oranien und ſeine Tochter, die Prinzeſſin Anna, vermählt mit dem Prinzen Georg von

Digitized by Google

Dänemark. Indem er dann den Beichtvater bat, besondere Acht zu haben, sprach er: „Ich vergebe von ganzem Herzen auch dem Kaiser".

Verdient die Gesinnung Jacobs II. alle Anerkennung: so haben doch die Thatsachen uns gezeigt, daß der Kaiser dem Könige Jacob gegenüber niemals anders gehandelt hatte, als innerhalb der Grenzen seines Rechtes und seiner Pflicht, und darum der Verzeihung Jacobs II. nicht bedurfte.

„Es wurde geglaubt, sagt Burnet, daß es von französischer Seite dem Könige Jacob eingerathen war, den Kaiser zu benennen, zu dem Zwecke um den Kaiser bei den Bekennern seiner Religion gehässig zu machen" [1]). Angenommen dies sei richtig, so dürfte die Absicht doch nicht mit auf den König Jacob übertragen werden. Vielmehr war er dann, wie so oft in seiner Unklarheit, das unglückliche Werkzeug dieser Arglist.

Die Meinung, daß es mit dem Könige Jacob rasch zu Ende gehe, erwies sich nicht als richtig. Er verbrachte eine gute Nacht. Bereits regte sich eine Hoffnung auf seine Herstellung. Jedenfalls war er im Stande Besuche anzunehmen. Der König von Frankreich erschien an seinem Bette. Er wiederholte einige Tage später den Besuch. Die Aussicht auf Genesung hob sich. Dann jedoch erfolgte ein abermaliger Rückfall, der eine hoffnungslose Lethargie zurückließ.

Während dieser Zeit berief Ludwig XIV., wie berichtet wird [2]), einen großen Rath, bestehend aus dreiundzwanzig Personen, über die Frage, ob der Sohn Jacobs II. nach dem Tode des Vaters als König Jacob III. zu proclamiren sei. Wenige Stimmen erklärten sich dafür. Der Dauphin, der zuletzt zu sprechen hatte, erhob sich in einiger Erregung und sagte: „Es würde ein Act der Feigheit sein, der französischen Krone unwürdig, wenn wir einen Prinzen unseres eigenen Blutes verlassen wollten, namentlich den uns allen so lieben Sohn des Königs Jacob. Ich für meinen Theil bin entschlossen, nicht bloß

---

[1]) Burnet p. 696: It was believed, that the naming the Emperor was suggested to him by the French, to render the Emperor odious to all those of that religion.

[2]) The life of James vol. II, p. 597. — Macpherson's Original Papers vol. I, p. 589. — Man vgl. den Bericht in der Sammlung Somers' tracts vol. XI, p. 341.

Digitized by Google

mein Leben, sondern alles was mir lieb, für seine Herstellung zu wagen". Darauf der König: „Ich trete dem Votum des Dauphins bei". Ebenso alle Prinzen von Geblüt.

Andere haben die Ansicht ausgesprochen, daß Ludwig XIV. sich zu diesem Entschlusse habe bewegen lassen durch die ungestümen Bitten von Frauen, also der Königin Marie Beatrice und ihrer Freundin, der Frau von Maintenon [1]).

Wie immer dem sei, nicht die Gutachten und Meinungen eines Conseils wirkten jemals entscheidend auf die Politik Ludwigs XIV., sondern er faßte seine Entschlüsse nach seinen eigenen Erwägungen. Diese wurden nicht bestimmt durch Gefühle. Was auch der unglückliche König Jacob innerhalb des Kreises seiner Einsicht von seinem Beschützer sich ausdenken oder aussprechen mochte: die Thatsachen haben dargelegt, daß Ludwig XIV. in der Angelegenheit des Hauses Stuart nur Eine Richtschnur kannte, diejenige des eigenen politischen Interesses, ob wahr, ob vermeintlich. Es ist demnach mit Grunde anzunehmen, daß auch der Entschluß, den Sohn Jacobs II. sofort als Jacob III. anzuerkennen, in den Augen Ludwigs XIV. seinem Interesse entsprochen habe.

Unzweifelhaft ist der Schritt dieser Anerkennung dem Könige Ludwig XIV. nicht zum Heile ausgeschlagen. Aber für die geschichtliche Betrachtung fragt es sich, wie damals die Dinge lagen, in den Tagen, wo er den Entschluß faßte, insbesondere für seine eigene Anschauung.

Es war in der ersten Zeit des Monates September 1701. Damals stand Ludwig XIV. auf der Höhe seiner Macht. Sein Wille entschied über die Königreiche Frankreich und Spanien. Von dem Abschlusse der großen Allianz vom 7. September wider ihn, hatte er keine Kunde. Der Kaiser hatte in Italien Krieg wider ihn erhoben; aber eben damals hatte Ludwig XIV. dahin den Marschall Villeroy entsendet, in der Erwartung, daß Villeroy durch einen Sieg dem Kriege dort ein Ende machen werde. Wenn jenes Conseil wirklich stattgefunden hat, für welches ein Datum nicht mitangegeben wird: so muß hervorgehoben werden, daß am 4. September die Königin Marie

[1]) Bolingbroke's letters on history t. II, p. 43.

Digitized by Google

Beatrice der Frau von Maintenon melden ließ: es sei mit dem Könige Jacob zum Aeußersten gekommen und er bereits ohne Gefühl. Er war im Laufe des Tages bereits mit allen Sacramenten versehen [1]). Daß Jacob II. sich noch für einige Tage erholen würde, stand nicht zu vermuthen. Demnach muß der Entschluß Ludwigs XIV. spätestens am 4. September gefaßt sein, wo er die Nachricht von Chiari noch nicht hatte, wo er sich seinen Befehl dort als bereits ausgeführt denken mochte. Nach der anderen Seite hatte er die Republik Holland noch wie unter dem Daumen. Er schlug die kriegerische Stimmung in England, wo der König Wilhelm die nicht kriegeswilligen Tory-Minister noch beibehielt, geringer an als sie wirklich war. Diese damalige Ansicht in Frankreich spiegelt sich wieder in den Denkwürdigkeiten von Torcy. Er sagt, daß bis dahin die Furcht vor den Kriegessteuern bei den Engländern mächtiger wirkte als das Schreckbild, welches Wilhelm III. ihnen von einer französischen Universal-Monarchie entwarf, daß darum er die englische Nation bis dahin nicht zum Kriege bringen konnte [2]). Eine ähnliche Anschauung ist erkennbar bei dem Herzoge von Berwick. Er sagt, die Anerkennung Jacobs III. sei einer der Gründe Wilhelms III. gewesen, das Parlament in den Krieg hinein zu treiben [3]).

Wir haben dagegen allerdings gesehen, daß die einstimmig beschlossene Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni den Krieg virtuell in sich trug.

Aber die Tory-Partei war in diese Adresse mit eingegangen nur unter dem Drucke des Volkswillens. Und dieser ist veränderlich.

Endlich aber war eben damals, wo Jacob II. in St. Germain am Tode lag, die gleiche Erwartung in Betreff Wilhelms III. am Hofe in Versailles lebhaft. Man erzählte dort am 3. September: Wilhelm III. habe unter dem vorgeblichen Namen eines Geistlichen den berühmten Arzt Fagon in Paris über seinen Zustand befragen lassen und die Antwort erhalten: der Kranke habe nur noch an den Tod zu gedenken [4]).

[1]) Dangeau t. VIII, p. 185.
[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 103 und 104.
[3]) Mémoires de Berwick t. I, p. 111.
[4]) Dangeau t. VIII, p. 184.

Digitized by Google

Wenn aber, wie man demgemäß im Anfange September in Verſailles meinte, der Tod Wilhelms III. bald zu erwarten war: wie ſtand es dann um die Angelegenheiten in England?

Es iſt ferner ſehr bemerkenswerth, daß auch ſchon vor dem Tode Jacobs II. die Beſchlüſſe des engliſchen Parlamentes vom Juni 1701 den König von Frankreich nicht abhielten, einen Schritt zu thun, der in England ſehr ſchwer empfunden werden mußte. Er erließ ein Edict, welches die Einfuhr engliſcher Manufacturen in Frankreich abſchnitt [1]). Der Schritt könnte aufgefaßt werden wie eine Provocation. Da aber Ludwig XIV. den Krieg nicht ſuchte, ſondern vermeiden wollte: ſo hatte in ſeinem Sinne dieſer Schritt nicht die Bedeutung einer Provocation, ſondern der Einſchüchterung.

Eine ähnliche Bewandtnis hatte es dann aber auch mit der Anerkennung Jacobs III. Indem in Frankreich die Anſicht galt, daß die engliſche Nation in ihrer Totalität zum Kriege nicht entſchloſſen, nicht bereitwillig ſei, konnte von daher die Meinung erwachſen, daß bei der Uebermacht der Stellung Frankreichs in Europa, die Anerkennung Jacobs III. die Neigung der Whig-Partei für den Krieg lähmen werde. Es iſt ſehr wohl möglich, daß die Gedanken ſich noch weiter verſtiegen. In den Augen vieler Whigs in England galten die Tories überhaupt als Jacobiten, als geradezu engagirt für den Prinzen von Wales [2]). Nach der Anſchauung in Verſailles konnte demnach die Anerkennung von Jacob III. der Zankapfel des Bürgerkrieges für England werden, und zwar beſonders dann, wenn das ärztliche Gutachten Fagons ſich erfüllte. Unbetheiligte und klar blickende Zeitgenoſſen waren der Anſicht, daß der Entſchluß in Verſailles aus dem Boden dieſer Erwägungen entſtamme [3]).

Ludwig XIV. hatte endlich ſeinen Hof indirect ſeit langem darauf vorbereitet. In den erſten Jahren nach dem Ryswycker Frieden hieß Wilhelm III. in Verſailles der König von England. In dem Tage-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. September. — Vgl. Hardwicke's State-papers vol. II, p. 450. Somers nennt dort dies Verbot und die Anerkennung Jacobs III. in gleicher Linie als the two great incidents.

[2]) Man ſehe Hardwicke's Statepapers vol. II, p. 454 und 455.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. September. — Wratislaws Bericht vom 25. November.

Digitized by Google

buche des Hofmarschalls Dangeau, dem getreuen Spiegel dessen, was Ludwig XIV. seinem Hofe sagen oder verschweigen wollte, wird Wilhelm III. bis in den Beginn des Jahres 1701 noch als König von England bezeichnet: vom Anfange des Monates März an, findet sich fast nur noch der Name: le roi Guillaume [1]). Dies setzt sich so beharrlich fort, daß man auf eine Absicht schließen muß.

Ludwig XIV. machte, noch vor dem Tode Jacobs II., den gefaßten Entschluß in einer Weise kund, die geeignet war das Aufsehen der gesammten Welt zu erregen.

Am Nachmittage des 13. September begab er sich nach St. Germain. Er trat zuerst zu der Königin Marie Beatrice, und eröffnete ihr seinen Entschluß. Dann ließ er den Prinzen von Wales rufen, und versicherte, daß, wenn Gott den König, seinen Vater, abberiefe, er ihm Vater sein wolle. Darauf trat er an das Krankenbett. Jacob II. vernahm die Anrede nicht. Erst als ein Diener ihm ins Ohr raunte, daß der König von Frankreich da sei, raffte der Todeskranke sich auf zu der Frage: „Wo ist er?" — „Ich stehe hier, erwiederte Ludwig XIV., und bin gekommen nach Ihrem Befinden zu fragen." Jacob II. erwiederte: „Ich bin im Begriffe die Schuld zu zahlen, welche den Königen in gleicher Weise obliegt wie den Geringsten. Ich bringe Ew. Majestät den Dank eines Sterbenden dar für alle Ihre Wohlthaten für mich und die Meinen". Ludwig XIV. erwiederte: „Sehen wir ab davon: ich habe Ihnen Wichtigeres mitzutheilen". Auf diese Worte schickten sich die Diener an das Zimmer zu verlassen. Als der König von Frankreich das bemerkte, sagte er laut: „Niemand soll fortgehen". Dann, zu dem Sterbenden gewendet, fuhr er fort: „Ich bin gekommen Ew. Majestät zu eröffnen, daß, wenn Gott Sie aus dieser Welt abberuft, ich Ihre Familie in meinen Schutz nehmen, und Ihren Sohn, den Prinzen von Wales, in gleicher Weise behandeln werde wie Sie, indem ich ihn anerkenne als König von England". Mehrere der Anwesenden brachen in lautes Weinen aus zugleich der Freude und des Kummers, Einige stürzten dem Könige von Frankreich zu Füßen, Andere gaben durch ihre Haltung und ihre Geberden die Gefühle des Dankes kund. Jacob II. versuchte zu reden, ohne sich

[1]) Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 57 et suiv.

Digitized by Google

vernehmlich machen zu können. Ludwig XIV. beugte ſich zu ihm nieder mit den Worten: „Leben Sie wohl, mein lieber Bruder, der beſte der Chriſten und der am ſchwerſten betrogene der Könige!“ [1])

Unverkennbar bargen dieſe letzten Worte in ſich eine tiefe Wahrheit.

Der ganze Vorgang erinnert an denjenigen der Aufnahme der unglücklichen Stuart-Familie zu St. Germain, im Januar 1689. — Der Gouverneur des dreizehnjährigen Prinzen von Wales fand dieſen gleich nachher eifrig ſchreibend. Auf die Frage was er ſchriebe, erwiederte der Prinz: „Ich verzeichne mir alles was der König von Frankreich mir geſagt hat, um es täglich wieder zu leſen und mein Leben lang nicht zu vergeſſen“ [2]).

Noch einmal wieder flackerte dann das Lebenslicht des müden Dulders auf. Am nächſten Tage geſtatteten ihm die Aerzte wieder ſeinen Sohn zu ſehen, deſſen Anblick ihn ſonſt allzu lebhaft zu erregen pflegte. Der Vater berichtete, was der König von Frankreich verſprochen, und fügte hinzu, daß er nun völlig beruhigt ſterbe. — Der Tod verzog ſich bis zum Freitag dem 16. September, Nachmittags drei Uhr. Die Getreuen Jacobs II. legten Gewicht auf den Tag und die Stunde.

Es war der Wille Jacobs II. in der Pfarrkirche des Ortes begraben zu werden, wo er ſterben würde. Das Leichenbegängnis ſolle ſein wie das eines gewöhnlichen Edelmannes, das Monument ein einfacher Stein mit der Inſchrift: „Hier ruht Jacob II., König von England“. So lautete ſeine Weiſung an den Pfarrer. Ludwig XIV. geſtattete die Ausführung nicht, ſondern erwiederte auf die Eröffnung: das ſei das Einzige, was er für Jacob II. nicht bewilligen könne. Die Leiche ward einbalſamirt, die Haupttheile dann in die Kirche der engliſchen Benedictiner in Paris übergeführt. Dem Trauerzuge folgten nicht bloß die Angehörigen von St. Germain. Das fromme Leben der letzten Jahre hatte das Haupt des hingeſchiedenen Königs wie mit einem Heiligenſcheine umwoben. Das Volk der Umgegend ſtrömte herbei zum letzten Geleite, mit Kundgebungen der Freude, daß die Ueberreſte des heiligmäßigen Königs ihnen verblieben [3]).

[1]) Adieu, my dear Brother, the best of Christians and the most abused of Monarchs!

[2]) Dangeau t. VIII, p. 192.

[3]) The life of James vol. II, p. 603.

Digitized by Google

So das leicht bewegte franzöſiſche Volk, welches am wenigſten vermochte auf den Grund dieſer Dinge zu blicken, noch zu erfaſſen, warum der König Jacob nicht daheim, ſondern mitten unter ihnen geſtorben war.

Ein richtiges Maß des Urtheiles über Jacob II. dürfte weder bei den Engländern, noch den Franzoſen jener Zeit zu ſuchen ſein, und zwar aus verwandten Gründen. Denn, ſo weit ſonſt die Anſichten auseinander gehen, ſo pflegen ſie doch aus beiderſeitig kirchlichem und nationalem Vorurtheile, in dem Einen Puncte zuſammen zu treffen, daß Jacob II. um ſeiner Religion willen ſeine Krone verloren. Und dieſe Meinung iſt ja leider nur gar zu ſehr von der damaligen Mitwelt auch auf die Nachwelt vererbt.

Wir haben daher, um von den Zeitgenoſſen Jacobs II. ein abſchließendes Urtheil über ihn zu erfahren, uns nach derjenigen Seite zu wenden, wo kein Grund einer Voreingenommenheit für oder wider Jacob II. vorlag, nämlich zu dem Kaiſer. Nicht Leopolds eigene Worte ſind uns überliefert, aber diejenigen des Botſchafters Lamberg, welcher in einem ausführlichen, einem Geſchichtswerke ähnlichen Berichte an den Kaiſer, die Ereigniſſe mehrerer Jahre zuſammendrängt. Lamberg ſchreibt wie folgt [1]).

„Ein Courier brachte die Meldung vom Tode des Königs Jacob von Groß-Britannien, welcher, durch einen unbeſonnenen Eifer für die bis dahin in ſeinen Königreichen wohl begründete katholiſche Religion, nicht bloß ſie umkehrte, ſondern auch, ſelber entthront, ſich gezwungen ſah ins Exil zu gehen, und von dort aus Zeuge zu ſein, daß ſein Haus von der Thronfolge ausgeſchloſſen wurde. Beſſer hätte es um ihn geſtanden, wenn er den aufrichtig gemeinten Rathſchlägen E. K. M. und des katholiſchen Königs Carl II., ſo wie den frommen Mahnungen, die ihm der Papſt Innocenz XI. durch ſeinen Nuntius zukommen ließ, mehr Gehör hätte geben wollen als den trügeriſchen Vorſpiegelungen der franzöſiſchen Politik. Dieſe lockt wie eine verführende Sirene, und wenn ſich nicht ein vorſichtiger Ulyſſes findet, der ſeine Ohren den Zaubertönen verſtopft, ſo achtet ſie nicht der Freundſchaft, nicht des Vertrauens, nicht der Verwandtſchaft, noch

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 92b.

Digitized by Google

irgend welcher Bande, wenn nur ſie ihr Intereſſe befriedigt. Jacob II. hätte ſich erinnern ſollen, daß der allerchriſtlichſte König einſt demſelben Cromwell Weihrauch darbringen ließ, welcher mit den Händen, an denen das noch friſche Blut des Vaters von Jacob II. klebte, das Scepter des Hauſes Stuart erfaßte, und weiter, daß der allerchriſtlichſte König, um dem Cromwell zu gefallen, dem Könige Carl II. unter allerlei Vorwänden das Aſyl verweigerte. Wenn Jacob II. deſſen eingedenk geweſen wäre, ſo hätte er nicht nöthig gehabt das Brot Frankreichs zu eſſen, und in der Verbannung zu ſterben. Dann aber hätte auch die katholiſche Religion nicht ſo viele Seelen verloren, die durch die Schuld Jacobs II. ſich der ketzeriſchen Verkehrtheit zugewendet haben" [1]).

Der ſcharfe Gegenſatz dieſes Urtheiles, daß das Thun und Walten Jacobs II. in England der katholiſchen Kirche zum Nachtheil gereicht, gegen ſein eigenes, daß er durch ſeinen Eifer für die Kirche ſeine Kronen eingebüßt, liegt vor Augen. Daß Jacob II. fern von ſeinen Kronen, als frommer, gottergebener Katholik geſtorben, entſcheidet nicht für oder wider das eine oder das andere dieſer Urtheile. Die Wahrheit derſelben iſt zu prüfen lediglich an den Thatſachen ſeiner Regierung.

Ludwig XIV. erkannte Jacob III. an als regierenden König. Der Anerkennung entſprach die Behandlung. Wenn der Beſuch des dreizehnjährigen Prinzen in Verſailles gemeldet wurde, ſchritt Ludwig XIV. ihm, wie früher dem Vater, entgegen bis an die große Treppe, und führte ihn herein. Dann ließen beide ſich in gleiche Lehnſeſſel nieder, der kleine Prinz ſtets zur Rechten des Königs [2]). Jedoch übernahm, da der Prinz erſt dreizehn Jahre alt war, gemäß dem Willen des verſtorbenen Vaters, die Mutter Marie Beatrice die Vormundſchaft.

Dem Beiſpiele Ludwigs XIV. folgte wie zu erwarten, der neue König von Spanien. Es folgte ihm aber auch der Papſt Clemens XI. Er begnügte ſich nicht das fromme Leben der letzten Jahre Jacobs II. anzuerkennen, ſeinen gottergebenen Tod zu preiſen. In einer Anrede an das Conſiſtorium rühmte Clemens XI. den König Jacob als den wahren Vertheidiger des katholiſchen Glaubens, welchem er ſein Land,

[1]) Ne la Religione Cattolica averebbe perse tanti animi, che per sua cagione ora professano l'eretica pravità.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 198.

Digitized by Google

seine Schätze, sein Königreich und selbst sein Leben geopfert. Wir sehen also den Papst völlig eingehen in die populäre französische Anschauung jener Zeit. Und demgemäß entwickelte sich ein Irrthum aus dem anderen. Ludwig XIV. erscheint in der Rede des Papstes als der großmüthige Wohlthäter, welcher der flüchtigen Königsfamilie alle Freundschaft gewährt, welcher auch nach dem Tode des Vaters sie fortsetzt für den Sohn, welcher zum Nachtheile seiner eigenen Interessen diesen Sohn anerkennt als den Erben des britischen Reiches. „Der Eifer seiner allerchristlichsten Majestät, schließt Papst Clemens XI., seine Seelengröße, leuchten bei diesem Anlasse in so glänzender Weise, daß sie mit gutem Rechte bei uns wie bei Euch die Anerkennung finden werden, welche die Nachwelt bestätigen wird. Weil sie dieses hochherzigen Actes eingedenk sein wird, kann er nimmer in Vergessenheit begraben werden“ [1]).

Die Nachwelt, an welche Clemens XI. hier Berufung einlegt, kann, weil es ihr vergönnt ist, tiefer in die Verkettung der Thatsachen einzublicken, als sie damals dem Auge des Papstes Clemens XI. offen lag, dieses sein Urtheil über geschichtliche Vorgänge in einem ihm fremden Lande nicht bestätigen. Vielmehr muß die gesammte katholische Christenheit es für alle Zeiten tief beklagen, daß ein Papst in solcher Weise voreilig ein Urtheil in einer politischen Angelegenheit fällte, über die der andere Theil sein Amt als Richter nicht anerkannte. Der Irrthum ist folgenschwer, so schwer wie jemals irgend einer, den ein Papst in politischen Angelegenheiten begangen haben mag. Clemens XI. wollte sich neutral erhalten in seiner doppelten Qualität. Er wollte neutral bleiben als italienischer Souverän. Er wollte vor allen Dingen neutral bleiben als der gemeinsame Vater der Christenheit, um zur rechten Zeit seine Mahnung geltend zu machen für den Frieden. Indem er aber durch die Anerkennung eines Königs Jacob III. von England sein Urtheil aussprach, nicht gemäß dem wirklichen Thatbestande, sondern gemäß den Meinungen, welche Ludwig XIV. über die Sache hatte verbreiten lassen, stellte er sich in diesem Puncte auf die Seite des Hauses Bourbon, verscherzte er in so weit seine Neutralität, nicht bloß

[1]) Die Rede findet sich in Somers' collection of tracts t. XI, p. 343; und bei Lünig: Orationes procerum etc. t. III, p. 447.

Digitized by Google

als italieniſcher Souverän, ſondern auch — was ungleich wichtiger — als das Oberhaupt der Kirche. Gerade als ſolchem, als dem allgemeinen Vater der Chriſtenheit, hätte es dem Papſte Clemens XI. obgelegen, klar und ſcharf zu unterſcheiden, in wie weit das Vorgeben gerechtfertigt war, daß Jacob II. um ſeiner Religion als ſolcher willen ſeine Kronen eingebüßt habe. Indem Clemens XI. eine ſolche Prüfung nicht vornahm, indem er vollaus ſich die Behauptungen Ludwigs XIV. aneignete, blieb er nicht der unparteiiſche gemeinſame Vater der Chriſtenheit, verfehlte er die hohe und würdige Aufgabe ſeines päpſtlichen Berufes, den Frieden der chriſtlichen Völker vermitteln zu können. Und weiter gingen die Conſequenzen darüber hinaus. Clemens XI. predigte nicht den Religionskrieg. Aber ſeine Uebereilung, Ludwig XIV. für das Verhalten in der Sache des Hauſes Stuart zu preiſen, erleichterte dieſem Könige die Behauptung, daß hauptſächlich er die katholiſche Religion und deren Bekenner beſchütze, und war darum dem Vorgeben des Religionskrieges nicht hinderlich.

Clemens XI. behielt freilich dennoch jene hohe und würdige Aufgabe des Papſtthumes im Auge. Wir werden zu ſeiner Zeit zu erfahren haben, in welcher Weiſe er ſie zur Sprache brachte.

Bereits am 9./20. September gelangte nach London die Nachricht, daß Ludwig XIV. den Prinzen in St. Germain als König von England anerkannt habe. „Dieſer Schritt des Königs von Frankreich — meldete Hoffmann ſofort nach Wien — befördert das Intereſſe E. K. M. Die engliſche Nation war auch ſo ſchon eifrig für den Krieg, und an ihr liegt es nicht, daß es nicht bereits zum Bruche gekommen. Sie wird durch dieſe Anerkennung nur noch ſtärker gegen Frankreich erregt. Aber auch der König Wilhelm ſelbſt, wenn er noch nicht völlig zum Bruche geneigt wäre, wie allerdings Manche hier annehmen, würde durch dieſes Vorgehen von franzöſiſcher Seite wie gezwungen.“ Einige Tage ſpäter wiederholt Hoffmann: „Die Animoſität und Erbitterung des Volkes wider den König von Frankreich iſt, theils wegen des Edictes gegen den engliſchen Handel, theils wegen der Anerkennung des Prinzen von Wales, hier ſo hoch geſtiegen, daß kein Mitglied des Parlamentes es wagen wird ſich dem Kriege zu widerſetzen“ [1]).

[1]) Bericht vom 23. September.

Digitized by

Aber Ludwig XIV. rechnete bei jenen beiden Schritten wider England auf die Tory-Partei, und damals hatte der König Wilhelm noch das Tory-Ministerium, überwogen noch die Tories im Unterhause. Bei dem Aufbruche des Königs nach dem Festlande lag nicht ein Anzeichen vor, daß er den Plan habe sich von Rochester und Godolphin loszusagen.

Wir erinnern uns, daß im Laufe des Monates August Adressen einkamen, die direct oder indirect den Wunsch aussprachen, daß der König das Parlament auflösen und ein neues berufen möge. Wilhelm III. erwog die Sache in der Einsamkeit zu Loo. Er fürchtete, daß, wenn er die Tories verließe und dann die Whigs nicht als befähigt erfände, er sich hülflos sehen würde [1]). Er war darum eher geneigt, wie er sagt, es nochmals mit den Tories zu versuchen. Aber er wandte sich fragend an Sunderland, der, wie bereits erwähnt, sofort nach dem Aufbruche des Parlamentes sich von Althorp nach London begeben hatte, und dort offen und laut aussprach, daß das damalige Unterhaus nicht bleiben dürfe. Da kaum anzunehmen ist, daß der König von diesen Reden Sunderlands nicht eine Kunde erhalten habe: so liegt in der Anfrage um Rath bei Sunderland thatsächlich der Beginn eines Hinüber-Lenkens zu der Whig-Partei.

Die Antwort Sunderlands bezeichnet die Tories geradezu als die Feinde des Königs. Sie gehen darauf aus, meint er, ihn zu täuschen, hinzuhalten und endlich zu Grunde zu richten. Die Whigs dagegen sind seine Freunde. Sunderland gibt daher den Rath, daß der König so bald wie möglich nach England zurückkehre, dann den Lord Somers berufe, der als die Seele seiner Partei für sie bürge, und ihn offen und frei befrage, was die Whig-Partei thun könne und wolle. — Sunderland sandte seine Antwort an Somers ein. Die beiden Männer schlossen darauf enge Freundschaft. Wir sehen sie zugleich dann bemüht die populäre Strömung wider die Tories höher zu treiben. Die Zahl und die Intensität der Petitionen um die Auflösung des Parlamentes, um die Berufung eines neuen war in raschem Steigen.

Bevor dann der König sich bestimmter kund gab, trat der Tod Jacobs II. ein, so wie die Anerkennung des Prinzen in St. Germain.

[1]) Die betreffende Correspondenz in Hardwicke's Collection of Statepapers vol. II, p. 443.

Digitized by Google

Wilhelm III. in Loo erhielt die Nachricht bei Tafel. Er drückte ſeinen Hut in die Stirn, und ſprach kein Wort [1]). — Er legte um Jacob II. Trauer an, und zwar, nach der damaligen Weiſe der Könige von England, in Violet. Auch ſeine Wagen wurden ſo drapirt. — Hernach fragte er, jedoch nur wie im gewöhnlichen Discurs, den Grafen Wratislaw: „Was halten Sie von dieſer Anerkennung?" — Der Geſandte erwiederte: „Ich betrachte ſie als einen Bruch des Ryswycker Friedens". — Wilhelm III. erwiederte: „Frankreich hätte nicht nöthig gehabt mich noch beſonders zu reizen. Wenn meine Verbündeten mir nur aufrichtig beiſtehen, ſo dürfte die Krone Frankreich eine ſchwerere Laſt zu heben haben als ſie zur Zeit glaubt" [2]). Er entſendete von Loo aus einen Courier an den Grafen Mancheſter in Paris, mit dem Befehle, abzureiſen ohne Abſchieds-Audienz. Es ward ihm nur geſtattet, dem Staats-Secretär Torcy den Grund mitzutheilen, mit folgenden ihm vorgeſchriebenen Worten: „Der König, mein Herr, nachdem er vernommen, daß Se. Allerchriſtlichſte Majeſtät einen anderen König von Groß-Britannien anerkannt, erachtet es für unvereinbar mit ſeiner Ehre und ſeinem Dienſte, bei dem Könige, Ihrem Herrn, ſich ferner durch einen Botſchafter oder Geſandten vertreten zu laſſen, und hat mir daher den Befehl ertheilt, ſofort von hier aufzubrechen, wovon ich Sie durch dies Billet zu benachrichtigen die Ehre habe" [3]). Auf dieſe Anzeige erhielt Mancheſter von Torcy die Antwort, daß der König von Frankreich immer den aufrichtigen Wunſch gehabt habe, den Ryswycker Frieden zu halten [4]).

In England dagegen glaubte man aus Briefen von Frankreich her zu wiſſen, daß Ludwig XIV. den König Wilhelm wieder bezeichnete wie vor dem Ryswycker Frieden, als Prinzen von Oranien. Daß dies von anderen Mitgliedern des königlichen Hauſes geſchah, liegt vor in einem Briefe des Herzogs von Bourgogne an ſeinen Bruder Philipp in Spanien. Das Schreiben gibt zugleich die eigentliche Meinung des Hofes von Verſailles über die Abberufung Mancheſters kund. „Ich habe große Freude, ſchreibt der Herzog von Bourgogne, über die

[1]) Dangeau t. VIII, p. 204.
[2]) Wratislaws Bericht vom 3. October.
[3]) Das Schreiben in den Clarendon papers vol. II, p. 389.
[4]) Lamberty t. I, p. 691.

Digitized by Google

Anerkennung des Prinzen von Wales, und ich glaube nicht, daß ein rechtſchaffener Mann anders denken könnte. Deshalb iſt auch der Act ſowohl von den Franzoſen als den Engländern hier ſehr gelobt worden. Der Prinz von Oranien, oder der König Wilhelm, wie es Ihnen beliebt, ihn zu nennen, hat ſeinem Botſchafter befohlen nach England zurückzukehren, ohne eine Abſchieds-Audienz zu verlangen. Aber man lacht über ſeinen Zorn, und er kann uns nicht mehr Uebles zufügen als er auch ſo ſchon beſtrebt iſt" [1]). — Eine ſehr wichtige Perſönlichkeit in Verſailles, die Frau von Maintenon, ſcheint Wilhelm III. auch vorher nie anders bezeichnet zu haben als mit dem Namen des Prinzen von Oranien [2]). Dies erklärt, warum der Graf Portland als Botſchafter Wilhelms III., im Jahre 1698, keine Audienz bei der Frau von Maintenon erlangen konnte. Es deutet aber auch an, wie Ludwig XIV. über ſeine Anerkennung Wilhelms III. im Ryswycker Frieden dachte. Von Ludwig XIV. ſelbſt liegt ein Beiſpiel der veränderten Benennung vor in dem Schreiben, durch welches er um einige Monate ſpäter, im März 1702, der Frau von Maintenon den Tod des Oraniers mittheilt. Dort heißt es: „Ich habe ſoeben durch einen Courier die Nachricht vom Tode des Prinzen von Oranien erhalten" [3]). Es iſt daher nicht unwahrſcheinlich, daß Ludwig XIV. auch ſonſt damals dieſe Bezeichnung gebraucht habe. Jedenfalls läßt die Art und Weiſe, wie der Staats-Secretär Vernon in London ſich über jene Nachricht der officiellen Veränderung des Titels ausſpricht, klar erkennen, daß er ihr Glauben beimaß [4]).

Die Republik Holland rief nicht ſogleich ihren Geſandten Heemskerk aus Paris ab, ſondern ließ zunächſt durch ihn eine Beſchwerde über die geſchehene Anerkennung übergeben. Es erfolgte eine Antwort. Der Ton derſelben iſt verſchieden von demjenigen der Schrift, welche um zwei Monate früher, zu Ende Juli, der Graf d'Avaux im Haag übergeben hatte. Denn inzwiſchen hatte für Ludwig XIV. Einiges ſich geändert. Zwar hatte er noch keine Kenntnis von dem Vertrage

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 198.

[2]) Lettres de M. de Maintenon t. III, p. 154. — t. IV, p. 237. — t. V, p. 23.

[3]) Lavallée: histoire de la maison royale de St. Cyr p. 214.

[4]) Clarendon papers vol. II, p. 390.

Digitized by Google

der großen Allianz vom 7. September. Aber die Niederlage des Marschalls Villeroy bei Chiari, am 1. September, ſtellte ihm in Italien, ſtatt des bis dahin gehofften raſchen Erfolges, einen langwierigen Krieg in Ausſicht. Es konnte ihm dagegen ſchon gleich in den erſten Tagen nicht unbekannt bleiben, daß auf irgend welche jacobitiſche Erhebung in England nicht zu rechnen war. Ebenſo wenig entzog es ſich ſeinen Blicken, daß in Frankreich ſelbſt jener Schritt der Anerkennung geringe Zuſtimmung fand. Nach der Ausſage des Grafen Mancheſter war man in Frankreich allgemein darauf gefaßt geweſen, daß der König von England ſeinen Unwillen darüber kund geben würde, und die franzöſiſchen Miniſter wagten ſogar, wider die Gewohnheit von Verſailles, ſich auszuſprechen, daß ſie bei der Angelegenheit dieſer Anerkennung nicht betheiligt ſeien [1]). Endlich aber wollte Ludwig XIV. nach wie vor nicht einen Krieg mit den Seemächten, ſondern wollte ihn vermeiden. Er konnte daher auch nicht ſie weiter noch reizen wollen, als bereits geſchehen war.

Darum war die franzöſiſche Antwort auf die Beſchwerde von Heemskerk weit entfernt, den früheren, herausfordernden Ton anzuſchlagen. Sie ſuchte den Schritt der Anerkennung Jacobs III. zu vertheidigen. Dieſe ſtehe, ſagte ſie, nicht im Widerſpruche mit dem vierten Artikel des Ryswycker Friedens, welcher nur die Verpflichtung auferlege den König von Groß-Britannien nicht in ſeinem friedlichen Beſitze zu ſtören. Der König von Frankreich werfe ſich nicht zum Richter auf zwiſchen jenem Könige und dem Prinzen von Wales. Er dürfe nicht gegen den letzteren entſcheiden, dadurch, daß er ihm einen Titel verweigere, den die Geburt ihm gegeben. Auch in anderen Fällen ſei den Söhnen von den Vätern, die ihr Königreich verloren, der königliche Titel geblieben. So habe Frankreich den Königen von Polen aus dem Hauſe Waſa, nachdem ſie Schweden verloren, dennoch bis zum Frieden von Oliva den königlichen Titel von Schweden gegeben, ungeachtet ſelbſt des Bündniſſes mit der Königin Chriſtine und ihrem Nachfolger Carl Guſtav. Das Verfahren des Königs von Frankreich entſpreche daher dem Rechte wie ſeiner Großmuth. Es ſei genug, daß er genau den Ryswycker Vertrag beobachte, zu einer Zeit, wo manche

[1]) Clarendon papers vol. II, p. 406. Vernon an Rocheſter, den 14. October.

Digitized by Google

Schritte des Königs von England und der Republik zu Gunſten des Kaiſers weit eher als eine Verletzung jenes Friedens angeſehen werden könnten [1]).

Ludwig XIV. ließ dieſelbe Denkſchrift durch einen Courier an Pouſſin bringen, der nach dem Abgange des Grafen Tallard als Secretär der Botſchaft in London verblieben war. Nachdem Pouſſin die Denkſchrift dem Staatsſecretär Vernon verleſen, fragte er, ob eine Abſchrift gewünſcht würde. „Nicht doch, entgegnete Vernon. Gründe ſolcher Art haben für uns keine Bedeutung: es wäre denn die uns zu zeigen, daß Ihre Regierung immer bereit iſt mit Entſchuldigungen für das Nicht-Halten der Verträge" [2]).

Bereits befand ſich von Loo aus der Befehl unterwegs den Secretär Pouſſin anzuweiſen, daß er ſofort England zu verlaſſen habe.

Faſſen wir indeſſen jene Vertheidigung in der franzöſiſchen Denkſchrift näher ins Auge: ſo ergibt ſich, daß ſie lediglich den Titel betrifft. Eine ſolche Beſchränkung war nicht dem Verſprechen gemäß, welches Ludwig XIV. dem ſterbenden Jacob II. gegeben. Auch Andere, wie jene beklagenswerthe Rede des Papſtes Clemens XI. ausweiſt, hatten es anders verſtanden. Aber die Holländer begnügten ſich nicht mit dieſer franzöſiſchen Vertheidigung. Sie richteten an den ſchwediſchen Botſchafter im Haag, Lilienroth, als den früheren Vermittler des Ryswycker Friedens, die Anfrage, was ſein Protokoll darüber beſage. Denn es galt die Anſicht, daß, obwohl der betreffende Artikel des Friedens nichts ausdrücklich darüber enthielt, dennoch, und zwar auf den Antrag der franzöſiſchen Botſchafter, die Nicht-Anerkennung des Prinzen von Wales ins Protokoll aufgenommen ſei. Lilienroth ſuchte der Anfrage zu entkommen durch die Erwiederung, daß er die Protokolle nach Stockholm eingeſchickt habe. Man ließ ihn damit nicht frei. Schärfer gedrängt, erklärte er, daß er die Anerkennung des Prinzen von Wales betrachte als einen Einbruch in den Ryswycker Friedensvertrag [3]).

Heemskerk in Paris erhielt den Auftrag eine Abſchieds-Audienz zu verlangen, und dann heimzukehren, im Anfange October 1701.

---

[1]) Lamberty t. I, p. 690.

[2]) Clarendon papers vol. II, p. 385.

[3]) Lamberty t. I, p. 690.

Digitized by Google

Und damit ſind wir an den Punct gelangt, von welchem aus wir uns zurückzuwenden haben zu jener Feſtſtellung in dem Vertrage der großen Allianz, daß von der Auswechſelung der Ratificationen an die Zeit von zwei Monaten einer abermaligen Verhandlung mit dem Könige von Frankreich gewidmet werden ſolle, um zu verſuchen, ob die zwei Forderungen, diejenige einer Satisfaction für den Kaiſer in Betreff ſeiner Anſprüche auf das ſpaniſche Erbe, und diejenige einer Sicherheit für die beiden Seemächte, insbeſondere einer Barriere für die Republik, auf gütlichem Wege zu erlangen ſeien.

Denn in den kurzen Wochen, welche verfließen von dem Abſchluſſe des Vertrages an bis zur Auswechſelung der Ratificationen, alſo vom 7. September bis zum Anfange October, haben die politiſchen Beziehungen der in Frage kommenden Mächte ſich ſehr verändert. In Folge des neuen Incidenz-Punctes, des Todes von Jacob II. und der franzöſiſchen Anerkennung ſeines Sohnes als Jacob III., wird der diplomatiſche Verkehr der Seemächte mit Frankreich eingeſtellt. Demnach werden die Fäden abgeſchnitten, vermittelſt deren eine Unterhandlung in jenem Sinne hätte angeknüpft werden können oder müſſen. Aber das Schutz- und Trutzbündnis vom 7. September iſt da. Die Conſequenz desſelben iſt der gemeinſame Krieg wider den König von Frankreich. Dieſe Conſequenz wird weder verändert noch aufgehoben dadurch, daß die zwei Monate nach der Auswechſelung der Ratificationen von Seiten der Seemächte für eine gütliche Unterhandlung mit Frankreich nicht benutzt werden. Die Führer der Seemächte wollen den Krieg, nicht minder als der Kaiſer. Es tritt demnach ein völkerrechtlicher Zuſtand ein, wie er vorher oder nachher niemals ſtattgefunden hat. Charakteriſiren wir denſelben noch genauer.

Die beiderſeitigen Geſandten, des Kaiſers und des Königs von Frankreich, Sinzendorf und Villars, waren ſchon im Laufe des Monates Auguſt abberufen, und zwar Villars zuerſt. Aber auch zwiſchen dem Kaiſer und dem Könige, obwohl thatſächlich der Krieg in Italien beſtand, hatte ein formeller Bruch nicht ſtattgefunden, war eine Kriegserklärung nicht erfolgt. Formell erſchien der König von Frankreich als Auxiliär-Macht, welche dem neuen, vom Kaiſer nicht anerkannten Könige von Spanien beiſtand, ſich im Beſitze von Mailand zu behaupten, während der Kaiſer in ſeiner doppelten Qualität dasſelbe zurückzu-

Digitized by Google

gewinnen suchte, als der Vertreter der Erbrechte seines Hauses und als der Oberlehensherr des Reiches.

Die Führer der Seemächte wollten den Krieg mit Frankreich; aber sie wollten ihn nicht sofort. Sie wollten den eigentlichen Bruch so lange hinausschieben, bis die Republik der Niederlande ihre Sicherheitsmaßregeln völlig getroffen, namentlich ihre Grenzfestungen in Stand gesetzt. Auch bis in die winterliche Zeit hinein wurde daran mit dem höchsten Nachdrucke gearbeitet [1]).

Der König von Frankreich dagegen wollte nicht den Krieg. Er gab sich der Hoffnung hin, ihn noch vermeiden zu können, weil er den festen Entschluß der Gegner noch nicht kannte, weil er von ihnen her, nachdem er durch die Anerkennung Jacobs III. den Anlaß zum diplomatischen Bruche gegeben, über die Thatsache des Vertrages der großen Allianz und die Zwecke derselben keine Nachricht erhielt. Diese Unkunde von seiner Seite dauerte jedenfalls bis in den Monat November 1701. Denn wir werden aus seinen eigenen Worten erfahren, daß er noch am 31. October nach zwei Seiten die Hoffnung aussprach, den Frieden erhalten zu können. Um so weniger also war er bis dahin geneigt, durch ein thatsächliches Vorgehen nach irgend einer Seite hin mit noch einer anderen Macht zu brechen als mit dem Kaiser, weder mit dem Reiche, noch mit England, noch mit Holland.

So verschieden also die Ziele der beiden Könige, Ludwigs XIV., der den Krieg überhaupt vermeiden möchte, und Wilhelms III., der den Krieg mit vereinten Kräften ansieht als das alleinige Mittel, Europa gegen die französische Oberherrschaft zu erretten, und der darum den Krieg will — so begegnen sie einander doch in dem einen Puncte, daß sie beiderseits eine Thätlichkeit vermeiden. Für das Jahr 1701 verblieb also die Kriegeslast wider Frankreich-Spanien dem Kaiser ganz allein.

Weil aber seit der Unterzeichnung der großen Allianz vom 7. September der Krieg wider den König von Frankreich eine beschlossene Sache war: so handelte es sich für den Kaiser und die Seemächte von da an zunächst darum, noch andere Bundesgenossen heranzuziehen, sowohl in

[1]) Bericht des Feldmarschalls Grafen Limburg-Styrum an den Kaiser, vom 29. November.

Digitized by Google

Italien wie in dem europäischen Norden, und namentlich in Deutschland. Wir haben also die Bemühungen und die Erfolge derselben nach einander klar zu stellen.

In Italien fordert zunächst der Versuch der Erhebung in Neapel unsere Aufmerksamkeit [1]).

Als die Nachrichten aus Madrid im Laufe des Jahres 1700 über das baldige Ende Carls II. keinen Zweifel beließen, regte sich bei vielen Mitgliedern des neapolitanischen Adels der Wunsch, endlich einen König zu bekommen, der im Lande selber seinen Aufenthalt nehme und es befreie von der Herrschaft der Spanier. Der Vicekönig Medina Celi in Neapel hatte eben so wie der Prinz Vaudemont in Mailand von Carl II. den bestimmten Befehl, kaiserliche Truppen aufzunehmen. Wir erinnern uns, daß der Kaiser, gegenüber den Drohungen Frankreichs und der Seemächte, weder nach dem einen, noch dem anderen Orte sie zu schicken wagte. Medina Celi dagegen, dem jene Hoffnung vieler Neapolitaner bekannt war, gab auf die Todesnachricht aus Spanien in vertraulichen Reden zu erkennen, daß er, wenn man ihm die Krone zusprechen wolle, sich im Stande fühle sie zu behaupten. Als er keine Aussicht sah damit durchzudringen, erkannte er das Testament Carls II. an, demnach den neuen König Philipp V.

Sehr viele Mitglieder des Adels jedoch waren für das Erzhaus und hofften, daß der Kaiser geneigt sein würde, seinen Sohn, den Erzherzog Carl, als König in Neapel residiren zu lassen. Der junge Herzog Capece und Andere begaben sich nach Wien. Ihre Wünsche fanden dort Gehör. Der Kaiser ernannte seinen Botschafter in Rom, den Grafen Lamberg, auch zum Bevollmächtigten für Neapel. Er betraute ihn mit einer Proclamation, in welcher er versprach, daß, wenn das Königreich Neapel sich für das Erzhaus erhebe, es nicht eine kaiserliche Provinz sein, sondern in dem Erzherzoge Carl seinen eigenen König haben, von ihm persönlich regiert werden solle. Der Kaiser bekräftigte das Original der Proclamation mit Unterschrift und Siegel,

[1]) Ich lege den Bericht Lambergs zu Grunde in Relazione del conte di Lamberg, fol. 113b.

Digitized by Google

und der Erzherzog Carl fügte die eigene Willenserklärung mit ſeiner Unterſchrift hinzu [1]).

So der damalige Plan des Kaiſerhauſes. Es iſt, gegenüber den Ereigniſſen der folgenden Jahre, von beſonderer Wichtigkeit dies feſtzuſtellen. Wie vor dem Teſtamente Carls II. im Jahre 1700, ſo lag es auch noch im Jahre 1701 in der Hand Ludwigs XIV., ſeinen Enkel im Beſitze des eigentlichen Spanien zu ſichern und allen Krieg von Seiten des Kaiſers her zu vermeiden durch das Aufgeben der Länder in Italien. Denn auch die große Allianz vom 7. September 1701 forderte nur dies, und eine Bürgſchaft der Sicherheit für die Republik der Niederlande.

Im September 1701 verſammelten ſich bei dem Botſchafter Lamberg und dem kaiſerlich geſinnten Cardinale Grimani in Rom die neapolitaniſchen Edelleute Capece, Sangro, ferner ein Bevollmächtigter des Prinzen von Caſerta, und Chaſſinet, Neffe des einſtigen Diplomaten Liſola. Der weſentliche Punct der Differenz war, ob eine Erhebung gewagt werden dürfe, bevor der Prinz Eugen vermöge, eine Anzahl Truppen zu dieſem Zwecke abzugeben und nach Neapel zu entſenden. Die Neapolitaner waren der Anſicht, daß ſie durch ihre Verbindungen auch ſo im Stande ſein würden ſich des Caſtello nuovo zu bemächtigen; damit würde der Schlüſſel der Stadt Neapel in ihren Händen ſein. Die Berathung währte die Nacht hindurch bis zum anderen Morgen. Der vertrauensvolle Eifer der jungen Neapolitaner trug den Sieg davon. Mit ſchweren Bedenken willigten Lamberg und Grimani ein.

Capece, Sangro, Chaſſinet begaben ſich auf den Weg nach Benevent. Dort trafen ſie ein am 22. September. Es ſtand ihnen einige Mannſchaft zu Gebote von Seiten der Fürſten Caſerta und

[1]) Primo che il Regno di Napoli dichiarandosi per l'A^ma Casa non sarà Provincia della mea Corona, ma averà per se suo proprio Rè il Ser^mo Arciduca Carlo nostro dilettissimo figlio secundogenito, dal quale sarà personalmente governato. —

Es folgen weitere zehn Artikel, dann die eigenhändige Unterſchrift und das Siegel des Kaiſers Leopold. Ferner:

Accetto, conformo ed eseguiro come devo le sud^e Imperiali disposizioni dell' Aug^mo Padre e Signore mio. Vienna, 31 Agosto 1701.

Carlo Arciduca d' Austria.

Digitized by Google

Riccia, ſo wie des Marcheſe del Vaſto. Sie gaben daher Nachricht nach Neapel, wo ein Befehlshaber im Caſtello nuovo für ſie gewonnen war. Am Abende des 23. brachen ſie auf und kamen vor Tagesanbruch an. Sie gaben das verabredete Zeichen, auf welches hin ein Nebenthor ihnen geöffnet werden ſollte. Sie harrten vergeblich. Drinnen blieb alles ſtill. — Am Tage vorher war der Vicekönig zur Kunde des Planes gekommen, welchen dann zu vereiteln die Veränderung und Verdoppelung der Wachen genügte [1]).

Die Verſchworenen zogen ſich in eine Kirche zurück, um zu berathen was zu thun. Es überwog die Anſicht, daß, bei der günſtigen Geſinnung des Volkes von Neapel, man auch ſo noch alles wagen dürfe. Es geſchah. Man läutete die Glocke zu St. Lorenz. Das Volk ſtrömte herbei. Man hob das Bild des Erzherzogs Carl empor, und rief: „Es lebe das Haus Oeſterreich! Es lebe unſer König Carl!“ Der Aufſtand ſchwoll an. Das Volk ſtrömte zu Tauſenden herbei. Die bewaffnete Macht des Vicekönigs beſtand aus 600 Mann Infanterie und 400 Reitern. Allein ſie genügte die Haufen zu zerſtreuen. Capece wurde erſchlagen, Sangro und Chaſſinet gefangen.

Der Botſchafter Lamberg in Rom hatte vorher gewarnt, daß der Verſuch einer Erhebung ohne den Beſitz des Caſtello nuovo der Sache des Kaiſers mehr ſchaden als nützen würde. Die Worte bewährten ſich an ihm ſelber und an ſeiner Stellung in Rom. „Nicht um E. K. M. Verdruß zu machen, berichtet er dem Kaiſer, ſondern, um der Wahrheit nicht ein Unrecht zu thun, melde ich, wie es hier zugegangen iſt. Am Samstag kam hier die erſte Nachricht der Erhebung in Neapel an. Sie erſchien gewichtig. Am Sonntage und Montage waren die Zimmer meines Palaſtes nicht geräumig genug den andrängenden Adel und die Prälaten von Rom zu faſſen. Dann jedoch traf die Nachricht des Fehlſchlagens ein. Vom Dienstag an und die folgenden Tage erſchien auch nicht mehr ein Hund“ [2]).

Wenige Tage ſpäter vernahm man, daß der Vicekönig den Principe Carl Sangro, ein Mitglied eines der vornehmſten Häuſer von

---

[1]) So berichtet Lamberg. Von einem Mordplane gegen Medina Celi iſt bei ihm keine Spur zu finden. Man vergleiche auch das Manifeſt des Herzogs von Caſtelluccia bei Lamberty t. XI, p. 379.

[2]) Il Martedì e gli altri giorni dopo ne meno vi comparve più un cane.

Digitized by Google

Neapel, habe enthaupten laſſen. Die Köpfe von Capece und Sangro wurden zum abſchreckenden Beiſpiele öffentlich aufgeſteckt. Für Chaſſinet ſchien dasſelbe Schickſal bevorzuſtehen.

Sangro hatte ſich gegen die Anklage des Hochverrathes vertheidigt durch den Hinweis, daß eine rechtmäßig anerkannte Regierung in Neapel nicht beſtehe. Denn der Papſt als Oberlehnsherr habe bis dahin eine Entſcheidung über die verſchiedenen Anſprüche nicht verkündet.

Demgemäß war es auf kaiſerlicher Seite die allgemeine Auffaſſung, daß der Verſuch der Erhebung in Neapel nicht zu betrachten ſei wie ein Aufruhr, daß alſo die Hinrichtung Sangros gleich ſtehe mit derjenigen eines Kriegsgefangenen. Der Kaiſer gab dieſer Auffaſſung praktiſch einen ſtarken Nachdruck. Er gebot dem Prinzen Eugen, im Falle eines abermaligen Blutvergießens in Neapel, Vergeltung zu üben an den Kriegsgefangenen. Die Verkündigung dieſes Befehls rettete Chaſſinet vom Tode.

Nur die übereilte Erhebung in Neapel war niedergeſchlagen. Die Stimmung der Gemüther dort blieb dem Kaiſerhauſe geneigter als dem Hauſe Bourbon. Dennoch übte der unglückliche Ausgang jenes Verſuches eine unheilvolle Wirkung, die weit hinausging über den Anlaß. Das Fehlſchlagen war eine der Urſachen, welche damals zuſammenwirkten, den Papſt Clemens XI. von ſeinem Standpuncte der Unparteilichkeit hinweg zu drängen, ihn dem Hauſe Bourbon zuzutreiben. Die Stellung des Papſtes Clemens XI. erfordert daher unſere Aufmerkſamkeit.

Wir haben wiederholt das Lob des kaiſerlichen Botſchafters für die Unparteilichkeit des Papſtes bis dahin vernommen. Clemens XI. ſelber erzählte am 27. Auguſt dem Grafen Lamberg: er habe den Entſchluß gefaßt, im nächſten Winter beſondere Nuntien zu entſenden und durch ſie die Häupter der Chriſtenheit zum Frieden zu mahnen. Er habe dieſen Entſchluß bereits dem Cardinal Janſon Forbin mitgetheilt, von ihm aber die Antwort erhalten: der Papſt möge ſich die Mühe ſparen; denn es ſei der feſte Wille Ludwigs XIV. die ſpaniſche Monarchie im ungetheilten Beſtande zu erhalten. Der Papſt habe erwiedert: es ſei die Pflicht ſeines Amtes ſo zu handeln. Lamberg nahm die Mittheilung zum Berichte entgegen [1]).

[1]) Lambergs Bericht vom 27. Auguſt.

Digitized by Google

Andere jedoch urtheilten bereits damals, daß der Papſt Clemens XI. ſeine Pflichten als des allgemeinen Vaters der Chriſtenheit und des italieniſchen Landesfürſten in bedenklicher Weiſe verwechſele. Er habe den Herzog von Anjou als Philipp V. anerkannt, dann jedoch die Belehnung mit Neapel und Sicilien hinausgeſchoben. In ſo weit ſtand Clemens XI. wie die Seemächte, die, ungeachtet ihrer Anerkennung Philipps V., einen Antheil der ſpaniſchen Monarchie für den Kaiſer verlangten. Aber Clemens XI. hatte, bei allen Betheuerungen ſeiner wohlwollenden Geſinnung für den Kaiſer, dennoch nach Verſailles hin keinen begründeten Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben. „Ich habe, meldet der Venetianer Erizzo dem Senate, nach den Reden des Grafen Lamberg und des Cardinals Janſon Forbin, allen Grund anzunehmen, daß bei dem Entſchluſſe eine bewaffnete Macht nach Italien zu werfen, man beiderſeitig ſich dem Vertrauen hingab, im Felde von der geheimen Zuneigung des Papſtes für ſich einen Nutzen zu ziehen“ [1]).

„Bisher, ſagt Erizzo im Jahre 1702, alſo um ein Jahr ſpäter, hat dieſe Führung des Papſtes es vermocht, ſeine Länder frei zu erhalten. Aber ich füge als das Urtheil ſtaatskundiger Männer, an denen es in Rom nicht mangelt, nur noch hinzu, daß dieſe allzu feinen Künſte eines Tages zum Verderben des Papſtes und ſeiner Unterthanen ausſchlagen werden“ [2]).

„Nur Einmal, ſagt weiter Erizzo, habe ich den Papſt aus ſeiner natürlichen Zurückhaltung hervortreten ſehen. Es war in Anlaß der Erhebung in Neapel. Die Wahrnehmung, daß ein ſo gefährlicher Plan in Rom verabredet war, ohne daß er davon auch nur eine leiſe Kunde erhalten hatte, die Furcht, daß das Feuer in ſeiner Nachbarſchaft auch ſeine Länder mit erfaſſen könne, erregten in ihm eine ſtarke Abneigung gegen die Deutſchen. Die Zeugniſſe dieſes ſeines Unmuthes

---

[1]) Erizzos Finalbericht von 1702 unter den Handſchriften des k. k. Archivs: E questa essendo verità indubitata più volte confirmatami dal Cardinale di Gianson e dal conte di Lamberg, vi è tutto il fundamento di giudicare, che ognuno de partiti siasi gettato armato in Italia con la fiducia di profittare sul campo dell' occulta inclinazione del Pontefice.

[2]) Io solo dirò per sentimento d' huomini grandi che non mancano nella corte di Roma, che questi arti troppo fine habbino da essere un giorno la rovina del Papa e de suoi sudditi.

Digitized by

über die Vorfälle in Neapel liegen vor in ſeinen öffentlichen Befehlen an den Cardinal-Erzbiſchof Cantelmi dort."

In der That ging Cantelmi mit dem Vicekönig Medina Celi Hand in Hand. Namentlich hatten viele Mitglieder der religiöſen Orden aus ihrer Zuneigung zu dem Hauſe Habsburg kein Hehl gemacht. Sie wurden behandelt wie Rebellen. Eben ſo geſchah es mit den Flüchtlingen, die auf päpſtliches Gebiet übertraten. Die Vorſtellungen Lambergs dagegen blieben vergeblich.

Die Nachrichten darüber durcheilten Europa gleichzeitig mit der anderen, daß Clemens XI., wie wir vernommen, ſeine Zuſtimmung zu der Anerkennung des Prinzen in St. Germain als des Königs Jacob III. öffentlich verkündigt hatte. An vielen Orten, und namentlich in England, erhob ſich eine laute Misſtimmung wider den Papſt.

Unter dieſen Umſtänden hielt es der Botſchafter Lamberg für zweckmäßig, dem Papſte den Vertrag der Allianz vom 7. September mitzutheilen. Er hob hervor, daß die verbündeten Mächte die Waffen nicht niederlegen würden, bis ſie das Kaiſerhaus in den Beſitz der italieniſchen Länder und Belgiens geſetzt hätten. „Alſo, bemerkte der Papſt, wollen nicht-katholiſche Mächte über das Königreich Neapel verfügen?" — „Nicht das iſt die Abſicht, erwiederte der Botſchafter; aber ſie haben ſich verpflichtet der gerechten Sache beizuſtehen." — Der Papſt ſchwieg eine Weile. Dann verſetzte er: „Man muß anerkennen: der Prinz von Oranien iſt ein kluger Kopf" [1]).

Um ſo merkwürdiger, auffallender wird von da an das Verhalten des Papſtes Clemens XI.

Sein Plan war die Vermittelung. Das Erbieten derſelben im Allgemeinen war, im Auguſt, von dem Cardinal Janſon Forbin mit dem Bemerken zurückgewieſen, daß der König von Frankreich nichts abtreten wolle. Seitdem hatte ſich die politiſche Lage völlig verändert. Der Kaiſer war in einen Vertrag eingegangen, von welchem er nicht zurück konnte. Wenn daher eine Vermittelung noch möglich war: ſo konnte ſie es nur ſein auf Grund des fertigen Programmes der Allianz. Ein Angebot der Vermittelung im Allgemeinen, ohne poſitive Vorſchläge, konnte bei dem Kaiſer eine Ausſicht auf Erfolg nicht haben.

---

[1]) Lambergs Bericht vom 1. October.

Digitized by Google

Desungeachtet ſehen wir Clemens XI., nach der Mittheilung des Inhaltes der großen Allianz an ihn, feſthalten an dem allgemeinen Plane der Vermittelung, welchen Janſon Forbin im Auguſt verworfen hatte, im October dagegen gut hieß. Clemens XI. ließ dem Botſchafter Lamberg melden: er beharre bei dem Entſchluſſe, außerordentliche Nuntien auszuſenden, um durch dieſelben die Mächte der Chriſtenheit zum Frieden zu ermahnen. Für Wien habe er Spada beſtimmt, bisher in Köln. Der Botſchafter begab ſich zum Papſte, um darzulegen, daß ein ſolcher Schritt bei der Lage der Dinge in Europa keine Frucht ſchaffen könne. Clemens XI. erwiederte: „Ich muß es thun, um vor Gott und der Welt Rechenſchaft abzulegen, daß ich meiner Pflicht genügt habe. Europa geht dem allgemeinen Brande entgegen: meine Nuntien ſollen dagegen zum Frieden mahnen, mit dem Erbieten ihrer Dienſte und dem Opfer ihrer eigenen Perſonen, um der Vergießung des Chriſtenblutes zuvorzukommen. Wollen die Machthaber darauf nicht hören, ſo liegt auf ihnen die Verantwortlichkeit vor Gott, nicht auf dem Papſte". Als Lamberg den feſten Entſchluß erkannte, begnügte er ſich mit der Erwiederung: „Ew. Heiligkeit werden die Wirkungen erfahren".

Die Erklärung des Papſtes, nach der Mittheilung des Inhaltes der Allianz vom 7. September, könnte betrachtet werden wie eine directe Parteinahme für den König von Frankreich, wie eine offene Feindſeligkeit wider den Kaiſer. Im Sinne des Papſtes Clemens XI. war ſie das nicht. Wir bemerken dagegen, daß er auf die Beſtimmungen der Allianz vom 7. September, die er durch Lamberg doch bereits kannte, keine Rückſicht nimmt, ſie nicht einmal erwähnt. Wir werden daher gedrängt zu der Frage, ob er etwa dieſen Beſtimmungen keinen Glauben beimaß, ob er meinte einen anderen, und zwar feſteren und für ihn mehr zuverläſſigen Boden zu haben, von welchem aus er die politiſche Weltlage beurtheilen müſſe. Dies alſo iſt die Frage, die wir klar zu ſtellen haben. Wir haben auf die Mittheilung des Vertrages durch Lamberg von ihm einige Worte über den Prinzen von Oranien vernommen, die vieler Deutungen fähig waren. Deuten wir ſchon hier im voraus mit kurzen Worten an, was erſt im weiteren Verlaufe der Dinge aus den eigenen Worten des Papſtes Clemens XI. ſich ergeben wird: er glaubte an eine andere beſondere Uebereinkunft zwiſchen den

Digitized by Google

Königen Wilhelm III. und Ludwig XIV., und dieser Glaube, nicht derjenige an den Inhalt der großen Allianz, wirkte bestimmend auf ihn. Der politische Misgriff, welchen Clemens XI. durch die Anerkennung des Prinzen in St. Germain begangen, war die Handhabe, an welcher Ludwig XIV. rasch den Papst erfaßte, um ihn weiter irre zu führen. Es ist zu wiederholen: wir werden die Thatsache vernehmen aus seinen eigenen Worten.

Der Botschafter Lamberg, ohne die Verkettung der Dinge noch zu durchschauen, wandte sich in derselben Audienz zu der Angelegenheit jener Anerkennung. „Der Graf Wratislaw, sagte er, meldet mir aus England, daß die Katholiken dort einer abermaligen schweren Verfolgung ausgesetzt sind, aus keinem anderen Grunde, als weil Ew. Heiligkeit die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als König nicht bloß gebilligt, sondern auch gelobt haben. Die Gemüther dort werden noch mehr erregt jetzt durch die Kunde, mit welcher Härte die flüchtigen Neapolitaner im Kirchenstaate behandelt werden, nur dem Könige von Frankreich zu Gefallen. Heiliger Vater, gestatten Sie mir mit Ehrfurcht vorzustellen, wie sehr es bei Katholiken und Nicht-Katholiken zum Anstoße gereicht, daß Sie, bei dieser Nachgiebigkeit gegen einen fremden Willen, mit den zeitlichen und geistlichen Waffen, die Gott in die Hand seines Statthalters gelegt, nicht die Immunität seiner Kirche vertheidigen, daß vielmehr der Cardinal Cantelmi in Neapel nicht wie ein Hirt, sondern wie ein Wolf mit dem Clerus schalten darf. Dies gereicht Ihrem eigenen Ruhme zum Nachtheile. Indem Ew. Heiligkeit sich in solcher Weise als parteiisch für Frankreich hinstellen, verlieren Sie bei den anderen ergebenen Söhnen des apostolischen Stuhles das nothwendige Vertrauen. Der Kaiser, mein allergnädigster Herr, protestirt vor Gott und aller Welt, seiner Gewissenspflicht genügt und Ew. Heiligkeit durch mich vorgestellt zu haben, welcher Nachtheil dadurch den armen Katholiken in den Ländern der Nicht-Katholiken erwächst. Indem der Kaiser die herandrohende Vertilgung unserer heiligen Religion in jenen Ländern tief beklagt, bleibt ihm nur der Trost, daß er, allein gelassen, nicht vermag dies Unheil abzuwenden."

Der Papst erwiederte: er könne nicht vergessen Statthalter Christi zu sein und Vater aller Gläubigen. Er habe seine Rede im Consistorium über die Anerkennung des Prinzen von Wales wohl abge-

Digitized by Google

wogen, ſei darin über das Geiſtliche nicht hinausgegangen. Denn er habe geſagt: er wünſche dem Prinzen von Wales das Erbe der Beſtändigkeit und der Tugend des Vaters, welcher weltliche Herrlichkeit und Kronen hintangeſetzt habe gegen die heilige katholiſche Religion. Er habe dem Könige von Frankreich Lob dafür dargebracht, daß er jenem unglücklichen Könige großmüthige Unterſtützung gewährt, und mit derſelben Freigebigkeit ſie fortſetze für den Sohn. Auch der Kaiſer habe dem päpſtlichen Nuntius in Wien bezeugt, daß er dem Prinzen von Wales ſein Wohlwollen entgegen trage und ihm alles Gute wünſche, nur daß die gegenwärtigen Verhältniſſe ihm nicht geſtatteten etwas für den Prinzen zu thun.

Die Antwort des Papſtes, obwohl zurückziehend, entſchuldigend, konnte doch weder den Botſchafter des Kaiſers, noch dieſen ſelbſt befriedigen. Daß jene Rede ſich auf das geiſtliche Gebiet beſchränkt habe, nicht darüber hinausgegangen ſei auf das politiſche, mochte allerdings Clemens XI. ſelber bereits im October 1701 ſehr dringend wünſchen. Aber die Thatſache war geſchehen. Die Rede hatte nicht ſich auf das geiſtliche Gebiet beſchränkt, ſondern das politiſche Verhalten Ludwigs XIV. in der Sache des Hauſes Stuart gelobt, und zwar, wie der Kaiſer beſſer wußte als der Papſt Clemens XI., nicht auf Grund einer eingehenden Kunde der Thatſachen, ſondern gemäß dem Scheine, den jener König um ſeine Politik zu breiten wußte. So wohlwollend dagegen immer die Geſinnung des Kaiſers für den Prinzen von Wales ſein mochte: ſo ward jede Bethätigung dieſes Wohlwollens ihm unmöglich gemacht durch die beharrliche Verblendung, mit welcher nach wie vor die unglückliche Königsfamilie in St. Germain ihr Schickſal band an den Willen Ludwigs XIV., und darum als Freund des Feindes von Leopold ſich dieſem ſelber feindlich gegenüber ſtellte.

Beſtimmter noch als der kaiſerliche Botſchafter, ſprach ſich der neapolitaniſche Marcheſe del Vaſto damals in einer Audienz vor Clemens XI. aus. Wenn der Papſt ſich mit Frankreich einige, ſagte er, ſo würde er davon keinen anderen Vortheil erlangen, als der erſte franzöſiſche Biſchof zu ſein. Wenn er dagegen zu dem Kaiſerhauſe ſtehe: ſo werde er in ſeiner höchſten Würde ſicher ſein [1]).

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 130ᵃ: Il Marchese del Vasto mi fece dire per lo suo confidente che nell audienza avuta dal Papa aveva preso

Digitized by Google

Lamberg indeſſen hatte vor dem Papſte zunächſt nur aus ſich geredet. Erſt dann erhielt er die kaiſerliche Antwort auf ſeinen Bericht, im ſelben Sinne wie er geredet hatte. Er überreichte ſie. Clemens XI. wich aus. Das ſei noch nicht eine Antwort auf ſein Breve, erwiederte er. Dieſe wolle er abwarten. Klarer aber trat dann ſeine Meinung hervor aus den Worten: er werde auf eine Negative gegen Spada als außerordentlichen Nuntius nicht eingehen. Lamberg verſetzte: „Ew. Heiligkeit dürfen mir Glauben ſchenken, daß aus der Abſicht dieſer Miſſion Ihnen mehr Verdruß erwachſen wird als Sie ſich denken". — „Immerhin, erwiederte Clemens XI., ſo haben wir unſerer Pflicht ein Genüge gethan."

Die Antwort des Kaiſers kam, und mit derſelben der Befehl für den Botſchafter, die Gründe zugleich mündlich darzulegen. Lamberg redete wie folgt [1]).

„Um den neuen Fallſtricken Frankreichs auszuweichen, iſt es dringend erforderlich die Augen offen zu halten. Ew. Heiligkeit wollen geruhen ſich zu erinnern an die Aufrichtigkeit, mit welcher, bald nach dem Tode des Königs von Spanien, der Kaiſer der Verſicherung des Cardinals Paulucci entſprochen hat, daß, wenn die kaiſerlichen Truppen Italien nicht beträten, auch die franzöſiſchen nicht einrücken würden. Der Kaiſer hielt den Marſch der ſeinigen innerhalb ſeines Gebietes an. Aber die Krone Frankreich, nach ihrer Gewohnheit, band ſich nicht an das gegebene Wort. Die Truppen dieſer Macht kamen in Italien zuvor, und darum fällt auf ſie der Vorwurf des vergoſſenen Blutes. Indem der Kaiſer ſich völlig verließ auf die väterliche Vermittelung Ew. Päpſtlichen Heiligkeit, willigte er ein, daß nicht bloß die beiden Königreiche Neapel und Sicilien, ſondern auch Mailand, über welches die Oberlehensherrſchaft ohne jeglichen Widerſpruch dem römiſchen Reiche gebührt, vom päpſtlichen Stuhle ſequeſtrirt werden ſollten. Auch in Betreff der ſpaniſchen Niederlande war der Kaiſer einem ähnlichen Abkommen nicht abgeneigt. Allein Frankreich ſchlug die von dem

---

la occasione di rimostrargli, chè se la Santità sua si fusse collegata con i Francesi, non averebbe fatto altro avanzo se non di essere loro primo Vescovo, ed all' incontro, se si fusse stretto coll' Augustissima Casa, averebbe messo in sicuro la sua suprema Dignità.

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 155b, et seqq.

Digitized by Google

gemeinſamen Vater der Chriſtenheit anerbotene Vermittelung aus, und ergriff ſofort Beſitz von der geſammten ſpaniſchen Monarchie. Es ging darüber hinaus, und nahm auch ſogar Mantua weg, die Lehensſtadt des Reiches, obwohl die päpſtlichen Truppen bereit ſtanden ſie zu beſetzen. So hat der König von Frankreich alle wohlwollenden Abſichten des päpſtlichen Stuhles ohne irgend welche Scheu zu vereiteln gewußt."

„Auf der anderen Seite iſt all ſein Trachten dahin gerichtet, Zwietracht zwiſchen dem Kaiſer und ſeinen Verbündeten auszuſäen. In der Erkenntnis dieſes Strebens bieten die Mächte einander die gemeinſame Garantie, ohne welche jegliche Verhandlung mit Frankreich nur auf Täuſchung hinauslaufen würde. Sie können nicht geſondert ſich einlaſſen mit einer Macht, deren Charakter es iſt keine Treue zu halten [1]). Und darum iſt auch von den Bemühungen Ew. Heiligkeit keine Frucht zu hoffen, es ſei denn, daß auch der andere Theil ſich der Gerechtigkeit unterwerfe, und die zwiſchen dem Kaiſer und den Seemächten vereinbarten Bedingungen anerkenne. Denn dieſe bezwecken nichts Anderes als das Recht und die allgemeine Sicherheit. Die Abſendung dagegen eines außerordentlichen Nuntius nach Wien, ohne irgend welches beſtimmtes Angebot von Seiten Frankreichs, würde ſowohl im Reiche als in England und Holland einen ſehr ungünſtigen Eindruck machen, würde die Vermuthung erwecken, daß eine beſondere Unterhandlung durch Ew. Heiligkeit ſtattfände. Wie daher von einer ſolchen Sendung ein denkbarer Nutzen nicht zu erwarten: ſo würde ſie der gemeinſamen Sache einen unheilbaren Nachtheil zufügen, indem ſie den Verbündeten einen ſcheinbaren Vorwand gäbe, ſich loszuſagen von der für das Gemeinwohl ſo nothwendigen Garantie."

„Geſtützt auf dieſe augenſcheinlichen Gründe, zumal da ja auch der Nuntius Davia in Wien ſich ähnlich ausgeſprochen, hofft der Kaiſer, Ew. Heiligkeit werden, auch wenn Sie die Abſicht nicht völlig aufgeben, dennoch die Ausführung bis auf einen beſſer geeigneten Zeitpunct vertagen. Ew. Heiligkeit werden den Kaiſer nicht in die Lage bringen wollen, daß er, um der Rückſicht auf ſeine Verbündeten zu genügen, einem außerordentlichen Nuntius den Zutritt verſagen müßte."

[1]) Con una Potenza che ha per naturale istinto non osservare la fede.

Digitized by Google

„Wenn aber Ew. Heiligkeit die Gerechtigkeit üben wollen, dem Erzherzoge Carl die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu ertheilen: ſo würden Ihre Bemühungen bei der Krone Frankreich mehr Gewicht haben, würden zugleich den Verdacht zerſtreuen, der gar leicht aus ſolchen beſonderen Sendungen erwächſt, und würden bei der geſammten Welt ſich den Ruhm erwerben, ein ſolches des heiligen Stuhles würdiges Werk zu Stande zu bringen“ [1]).

Die letzten Worte ſind ſchwerwiegend. Ja man dürfte ſagen, daß ſeit Jahrhunderten nicht ſo viel politiſches Gewicht in die Hand eines Papſtes gelegt war als in diejenige des Papſtes Clemens XI., wenn nämlich er ſich entſchied für die Grundſätze der Allianz vom 7. September 1701.

Wir Spätere, die wir aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. an ſeinen Enkel in Spanien die Abſicht kennen, daß fortan das Haus Bourbon den entſcheidenden Einfluß auf die Papſtwahl üben ſolle, können klarer und beſtimmter noch als die damalige Mitwelt ausſprechen, daß die Allianz vom 7. September 1701, in welcher eigenen Geſinnung immerhin die proteſtantiſchen Seemächte ſie abgeſchloſſen hatten, vermöge der Abſicht, die Uebermacht des Hauſes Bourbon niederzudrücken, mittelbar kämpfte für die Unabhängigkeit des päpſtlichen Stuhles, für die Freiheit der Kirche.

Wenn nun der Papſt Clemens XI., wie der römiſche Kaiſer Leopold es wünſchte und ihm nahe legte, auch ſeinerſeits das offen ausgeſprochene Ziel der Allianz als gerecht anerkannte: ſo gab dieſer Beitritt der Allianz eine moraliſche Kraft, vor welcher die Macht Ludwigs XIV. ſich hätte beugen müſſen.

Allein an dieſem Puncte hält die geſchichtliche Betrachtung inne. Was hätte geſchehen können, liegt hinaus über ihre Grenzen.

Die Einbuße an Autorität dagegen, welche im anderen Falle dem päpſtlichen Stuhle in Ausſicht ſtand, wenn nämlich Clemens XI. den Wunſch, den Rath, die Bitte des römiſchen Kaiſers Leopold I. misachtete, kündete der Botſchafter Lamberg ihm in klaren Worten an. Wenn, ſagte er, die eine oder die andere Macht geneigt wäre, künftighin

---

[1]) E si acquistarebbe presso al Mondo tutto gloria eterna con promuovere una opera da Sommo Pontefice.

für die Herſtellung des allgemeinen Friedens die Vermittelung des Papſtes anzunehmen: ſo würde der jetzige Plan außerordentliche Nuntien ohne ein beſtimmtes Angebot zu entſenden, dieſer Neigung durchaus ſchädlich ſein [1]).

Als der Botſchafter erkannte, daß allen ſeinen Darlegungen gegenüber die Haltung und die Antworten des Papſtes nicht eine Nachgiebigkeit andeuteten, ſah er ſich genöthigt auch den äußerſten Befehl auszuführen.

„Wenn Ew. Heiligkeit, ſchloß er, dieſen Gründen nicht weichen, die doch nach meiner Anſicht ſich ſtützen auf den Nutzen, auf die Ehrenhaftigkeit und die Nothwendigkeit: ſo muß ich im Namen des Kaiſers erklären, daß er Gott und der Zeit ſeine Gründe befiehlt, und muß Ew. Heiligkeit bitten mir zu geſtatten, daß ich ehrerbietig, aber feierlich proteſtire gegen jegliches Aergernis, jeglichen Verdruß und jegliche Unordnung, die daraus entſtehen können. Der Kaiſer gedenkt mit Schmerz an den unſagbaren Schaden, den er daraus kommen ſieht; aber, indem er ſeinen ſöhnlichen Gehorſam betheuert, beklagt er noch mehr, daß die Welt Ew. Heiligkeit den Vorwurf der Parteilichkeit machen, und daß die Akatholiken die Meinung faſſen werden, Ew. Heiligkeit ſeien im Bunde mit Frankreich. Denn dadurch werden Ew. Heiligkeit den Ruhm und das Vertrauen einbüßen, welches Sie hätten erlangen können."

Clemens XI. erwiederte: er werde ſich bemühen, für den Kaiſer nicht bloß einen billigen, ſondern auch vortheilhaften Frieden zu verſchaffen. Der Kaiſer möge bedenken, daß auch der apoſtoliſche Stuhl nicht wünſchen könne, daß die Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt vereinigt würden.

Und dann erſt äußerte der Papſt Clemens XI. einen Gedanken, welcher ein grelles Licht ausgießt über die Baſis, auf welcher er ſtand, und von welcher aus er folgerecht zu handeln vermeinte.

Wenn man nicht eingehe auf ſeine Vorſchläge, ſagte Clemens XI., ſo werde man ſehen, daß, zur ewigen Schande ſeines Papſtthumes, Frankreich den Prinzen von Wales und Belgien opfere, und darüber

---

[1]) Feci ponderare al Papa in maniera di confidenza, che, se taluno fusse stato inclinato ad abbracciare la futura mediazione per la Pace universale, la missione del Nunzio straordinario sarebbe stata assai pregiudiciale.

Digitized by Google

mit England in geheimen Tractat einträte [1]). — Die Worte ſind von höchſter Wichtigkeit und fordern darum eine genaue Erwägung. Folgen wir indeſſen zuvor dem Verlaufe der beiderſeitigen Reden.

Darum, fuhr Clemens XI. fort, bitte er den Kaiſer, ſeinen Nuntius anzunehmen, ſich dann mit ſeinen Verbündeten über ein Präliminare zu verſtändigen, und darauf hin dem Nuntius zu erwiedern, daß er nicht abgeneigt ſei, in Friedenshandlungen einzutreten. Wenn aber der Papſt nicht zuvor ein unter den Alliirten vereinbartes Präliminare beſäße: ſo könne er keinem Vorſchlage überhaupt das Ohr darbieten. Die Perſönlichkeit des Spada ſei indifferent, auch ein Anderer werde ſich tauglich erfinden; allein, wenn man zu einem Congreſſe kommen ſolle, ſo müſſe die Perſönlichkeit, die ein ſo wichtiges Geſchäft auf ſich zu nehmen habe, mit höchſter Sorgfalt ausgeſucht werden.

Lamberg erhob gegen die Durchführbarkeit eines ſolchen Verfahrens eine Reihe von Einwänden. Sie prallten ab. Nur auf dieſe Weiſe, meinte Clemens XI., ſei es möglich ſeine künftige Friedensvermittelung im voraus zu begründen. Als Lamberg erkannte, daß alles vergeblich war, ſchloß er mit den Worten: „Heiliger Vater, ich ſehe mit Sicherheit vorher, daß Ihnen Ihre Abſicht nicht gelingen wird. Sie werden davon nur Verdruß haben, und ſich für die künftige Vermittelung unfähig machen, weil Sie vorher das Vertrauen einbüßen. Denn die Sache iſt noch nicht reif, und wird nicht eher reifen, als bis Frankreich mit Gewalt zu einem anderen Syſteme gezwungen wird. In dem Stande, in welchem es ſich zur Zeit befindet, wird es immer Alle zu täuſchen ſuchen, und Niemand darf ſich von dort her irgend welche Sicherheit verſprechen. Es iſt gar keine Gefahr da, daß England ſich auf geheime Unterhandlungen einläßt, wenn es nicht zuvor ſeinen Seehandel geſichert ſieht, und gewis wird es ſich nicht begnügen mit dem Opfer des Prinzen von Wales und der ſpaniſchen Niederlande".

„Aber dann ſchwieg ich, berichtet er an den Kaiſer, in der Erkenntnis, daß auf die Seele des von ſeinem Vorurtheile erfüllten

---

[1]) Che si vederebbe la Francia medema sagrificare il Principe di Galles colla Fiandra ed entrare in segreti trattati colla Inghilterra, a scorno perpetuo del suo Pontificato.

Digitized by Google

Papſtes meine Worte keine Wirkung übten. Daher konnte ich mit dem Tragiker ſagen:

Ut dura cautes undique intractabilis
Resistit undis, et lacessentes aquas
Longe remittit, verba sic spernit mea."

So Lamberg. Die Unterredung iſt von höchſter geſchichtlicher Wichtigkeit; denn von da beginnt nicht bloß die wachſende Entfremdung zwiſchen dem Kaiſerhauſe und dem Papſte Clemens XI., ſondern auch der Ebbeſtand in der Einwirkung des päpſtlichen Stuhles auf das europäiſche Völkerleben, mit allen den unendlichen Nachtheilen, die für den Frieden unter den chriſtlichen Völkern das Sinken dieſer Autorität nach ſich ziehen mußte.

Weſentlich iſt vor Allem jene Aeußerung des Papſtes Clemens XI., daß er ein geheimes Einverſtändnis zwiſchen den Königen von Frankreich und England befürchte, durch welches, zur Schmach des apoſtoliſchen Stuhles, der erſtere ſich für das Opfer des Prinzen von Wales und Belgiens den Frieden mit England erkaufen wolle.

Wir haben zugleich die Antwort vernommen, in welcher Lamberg dieſe Beſorgnis als unbegründet zurückwies. In der That fehlt für ſie bei Wilhelm III. jeglicher Anhaltspunct. Sie ſteht vielmehr im ſchneidenden Widerſpruche mit allem ſeinem Reden und Thun in dieſer Zeit. Er wollte den Krieg wider Frankreich, weil der Krieg ihm als das alleinige Mittel erſchien, ſich und die Völker zu befreien von dem Uebel, leben zu ſollen von der Gnade Frankreichs.

Die Beſorgnis des Papſtes Clemens XI. war alſo ungegründet. Die Baſis, auf welcher er ſtand, war falſch.

Dennoch prallte jeder Einwand, die Verneinung Lambergs an Clemens XI. machtlos ab. Der Papſt hielt an ſeiner Beſorgnis feſt gegenüber dem völkerrechtlichen Vertrage der Allianz vom 7. September 1701, gegenüber dem Nachweiſe, daß England ſich auf ein Abkommen nicht einlaſſen werde, welches ihm keine Sicherheit gewähre. Clemens XI. beharrte in ſeinem Irrthume.

Allein warum beharrte Clemens XI. in ſeinem Irrthume? — Gegenüber einem ſolchen Beweiſe, wie er vorliegt in dem Beſtande eines völkerrechtlichen Vertrages, kann eine Vermuthung, eine Beſorgnis,

Digitized by Google

wenn nur ſubjectiven Urſprunges, bei einem einſichtigen Manne ſich nicht halten. Dies um ſo weniger, wenn die Vermuthung, die Beſorgnis ihm bedrohlicher iſt als der Thatbeſtand. Wenn er bei ſeiner Vermuthung, bei ſeiner Beſorgnis dennoch beharrt: ſo kann er es nur, indem er glaubt und überzeugt iſt, dafür auch äußere Zeugniſſe und Beweiſe zu haben, ſo feſt, ſo ſicher, ſo zuverläſſig, daß ſie ſowohl an ſich ſelber einen Zweifel nicht geſtatten, als auch ihn in den Stand ſetzen, andere Zeugniſſe des Gegentheils gering zu achten, darüber hinwegzuſehen. Clemens XI. muß alſo geglaubt haben, ſolche Zeugniſſe, ſolche Beweiſe in Händen zu haben.

Und zwar ſagt Clemens XI. dies ſelbſt. Als ſpäter, in Anlaß des Todes von Wilhelm III., die Sache wieder zur Sprache kam, ſagte der Papſt zu Lamberg: er habe ſichere Nachricht, daß der König von Frankreich mit dem Prinzen von Oranien in geheimer Correſpondenz geſtanden [1]).

Aber woher konnte Clemens XI. eine ſolche, wie er meinte, ſichere Nachricht haben, die wir als unvereinbar mit der Wahrheit kennen? Solche vermeintliche Zeugniſſe oder Beweiſe für eine Sache, die in Wirklichkeit nicht beſtand, können dem Papſte Clemens XI. nur von einer Seite zugekommen ſein, die ein Intereſſe daran hatte, daß Clemens XI. handelte auf Grund des dadurch in ihm erregten Irrthumes — alſo von franzöſiſcher Seite.

Es erhebt ſich daher die Frage, ob dieſer Nachricht, welche bei dem Papſte Clemens XI. Glauben gefunden hatte, irgend welcher Anhaltspunct zu Grunde lag.

Nach einem franzöſiſchen Schriftſtücke damaliger Zeit lag ein Plan vor, welcher bezweckte, dem Prinzen Jacob Stuart das Herzogthum Mailand als ein ſelbſtändiges Fürſtenthum zu überweiſen [2]). Der Plan hat dem Hauſe Stuart gegenüber einige Aehnlichkeit mit demjenigen von 1696, wo Ludwig XIV., um ſeinem thörichten Schützlinge Jacob II. anzudeuten, daß er in die Lage kommen könne ihn fallen

---

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 190^{b}: Aveva scienza sicura che la Francia coltivava con lui (il Rè G.) segrete corrispondenze.

[2]) Ein Schreiben vom 10. März, als Beilage zum Berichte des Grafen Wratislaw vom 17. März 1702.

Digitized by Google

zu lassen, ihm seine Unterstützung für die Erlangung der polnischen Krone anbot. Jener Plan vom Jahre 1702 war besonders dahin gerichtet, daß diese Einsetzung des Prinzen Stuart in Mailand geschehen solle mit der Zustimmung aller Mächte Italiens, die dann gemeinsam sich verpflichten würden, mit französischer Hülfe die Kaiserlichen aus Italien zu treiben. Jeder einzelnen Macht in Italien wurden dabei besondere Vortheile in Aussicht gestellt.

Das Schriftstück, datirt vom 10. März 1702, wurde von Paris aus dem Könige Wilhelm III. eingesendet, und von ihm, damals bereits erkrankt, dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw überwiesen, mit dem Beifügen, daß der König Wilhelm die Sache für eine Chimäre halte.

Unzweifelhaft war es das. Allein eben so begründet ist die Vermuthung, daß der in diesem Schriftstücke ausgesprochene Plan eine Masche des Gewebes darstellt, durch welches die Politik Ludwigs XIV. es verstand, den Papst Clemens XI. zu täuschen, ihn in den Glauben hinein zu locken, daß es täglich von Ludwig XIV. abhange, mit Wilhelm III. besonders abzuschließen.

Der Grund aber, weshalb Clemens XI. dies fürchtete, liegt vor in jenen seinen eigenen Worten: zur ewigen Schmach unseres Papstthumes. Denn allerdings schien ihm seine Autorität bedroht. Er hatte die Uebereilung begangen, den König Ludwig XIV. wegen der Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Jacob III. zu loben und zu feiern, nicht nach genauer Kunde und Prüfung der Thatsachen von beiden Seiten, sondern nach dem Scheine von der einen Seite her. Der Schritt war geschehen und dadurch die Autorität des päpstlichen Stuhles in so weit engagirt. Sie gerieth in Gefahr geschädigt zu werden, wenn nun der König von Frankreich mit demjenigen von England eine Uebereinkunft solcher Art traf, daß Frankreich den Prinzen in Betreff Englands preis gab. Die französische Politik fingirte daher eine Unterhandlung, die thatsächlich nicht bestand, um durch dies Schreckbild den Papst Clemens XI. dahin zu treiben, daß er, um seine Autorität zu retten, nach einem Mittel suchte, durch welches er jene vermeintliche Unterhandlung vereiteln könne. Ein solches Mittel aber war dann für ihn nur zu finden im Einverständnisse mit derjenigen Macht, welche nach seiner Meinung ihm glaubhaft dargethan, daß es von ihr abhange, jene Uebereinkunft zu schließen. Daher hielt er, mit der

Digitized by

Zuſtimmung Ludwigs XIV., feſt an dem Plane außerordentliche Nuntien auszuſenden.

Wir ſtehen demnach an einem Gewebe der franzöſiſchen Politik, das uns mit Grauen und Entſetzen erfüllt. Das Opfer war dies Mal der päpſtliche Stuhl ſelber, in der Perſon Clemens XI. Aber dieſer Papſt war nicht ſchuldlos. Er hatte gemeint ſich frei zu erhalten über den Parteien. Er gedachte politiſch klüger zu ſein als beide. Und dann beging er zwei Fehltritte zugleich. In Folge des Mislingens der Erhebung in Neapel ließ er ſich beugen durch die Furcht. Zugleich ſtarb Jacob II., und Clemens XI. ließ ſofort ſich verleiten, dem erregten Gefühle mehr zu vertrauen als der Einſicht, und lieber dem Scheine zu glauben, als den wirklichen Thatbeſtand zu erkunden. Und raſch machte der Urheber des Scheines ſich hauptſächlich den einen Fehltritt zu nutze, um von demſelben aus durch neuen trügeriſchen Schein den Papſt hinabzudrängen auf die abſchüſſige Bahn der politiſchen Dienſtbarkeit für ihn.

Liegt es hinaus über die Grenzen des menſchlichen Scharfblickes, viele der negativen Conſequenzen der ungeheueren politiſchen Verblendung des Papſtes Clemens XI. anders als in allgemeinen Zügen aufzufaſſen: ſo iſt doch unter ihnen eine, die bisher tiefes Geheimnis bedeckt hat, bei näherer Kunde beſonders augenfällig. Es iſt die völlige Vereitelung der kirchlichen Reunions-Verſuche des römiſchen Kaiſers Leopold I.

Wir erinnern uns der vielfachen Mühen des Biſchofs Chriſtoph Royas y Spinola um dieſe Sache. (Bd. III, S. 94 u. f.; Bd. IV, S. 15 u. f.; S. 229 u. f.) Die Hoffnungen des Kaiſers gründeten ſich nicht auf den einen Mann. Nach dem Tode Spinolas ernannte er den Grafen Franz Anton von Buchaim zum Nachfolger Spinolas auf dem Biſchofsſitze von Wiener-Neuſtadt und zugleich in jenem Auftrage der kirchlichen Reunions-Verſuche. Der Papſt Innocenz XII. gab ſeine Zuſtimmung. Demgemäß zog auch der Biſchof Franz Anton umher durch das Reich bei den Fürſten und Theologen, die ſich ſchon früher als willig erwieſen hatten. Im Auguſt 1698 trat er mit dem Abte Molanus und Leibniz in der Abtei Lokkum bei Hannover zuſammen. Dort überreichten ſie ihm die bereits früher (Bd. VI, S. 230 u. f.) erwähnte Schrift, in welcher ſie in drei Abtheilungen von je zehn Sätzen diejenigen Lehren vorführen, die ſie als nicht mehr ſtreitig betrachten.

Digitized by Google

So lange indeſſen der alte Papſt Innocenz XII. lebte, deſſen Beſtreben, nach der Meldung Lambergs, beſtändig dahin gerichtet war, ſchwierige Angelegenheiten für ſeinen Nachfolger hinauszuſchieben, war an eine thatkräftige Aufnahme der Sache in Rom nicht zu denken. Als Innocenz XII. im Jahre 1700 ſichtlich abnahm, erging von dem Kaiſer Leopold an den Kurfürſten Georg Ludwig in Hannover die Bitte, ihm Leibniz zum Berichte über die Sache nach Wien zu ſenden. Es geſchah. Der Kaiſer ſprach dem Kurfürſten über die vernünftigen Gedanken, den ungeſparten Fleiß und die ungemeine Wiſſenſchaft von Leibniz ſeine volle Befriedigung aus [1]).

Die Anfänge des Papſtes Clemens XI. erfüllten den Kaiſer mit Hoffnungen, wie nach anderen Seiten, ſo auch in dieſer Angelegenheit der Reunion. Am 16. Februar 1701 erließ Leopold I. ein ausführliches Handſchreiben darüber an den Papſt [2]). Es lautet wie folgt.

„Daß Ew. Heiligkeit durch göttliches Walten zum Haupte der katholiſchen Kirche erwählt ſind, gereicht uns, wie aus vielen anderen Gründen, ſo auch darum zur beſonderen Freude, weil wir daraus die Hoffnung ſchöpfen, daß das heilige Werk, den Frieden der Kirche durch eine Unterhandlung mit den Proteſtanten herzuſtellen, welches begonnen hat unter der Autorität des päpſtlichen Stuhles und mit unſerer Empfehlung, nun, wenn rechtzeitig wieder aufgenommen und mit Nachdruck betrieben, unter dem Pontificate Ew. Heiligkeit, welchem wir ſchon darum allein eine lange Dauer wünſchen, dem erſehnten Ziele ſo nahe wie möglich gebracht werden könne."

„Es iſt nämlich Ew. Heiligkeit nicht unbekannt, daß ſchon zur Zeit von Innocenz XI. heiligmäßigen Gedächtniſſes, Vieles theils geheim, theils offen mit proteſtantiſchen Fürſten und Theologen verhandelt worden, und daß dann, nach Mittheilung an auserwählte Cardinäle und Theologen, auch nach dem Rathe der an unſerem Hofe weilenden Nuntien des apoſtoliſchen Stuhles, dieſe Verhandlungen fortgeſetzt ſind. Wir haben von daher die Hoffnung einer reichen Frucht für die katholiſche Kirche gefaßt. Denn nicht wenige regierende proteſtantiſche Fürſten haben mündlich vor unſeren Sendboten oder

[1]) Beide kaiſerliche Schreiben in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. VIII, S. XXX u. f.

[2]) Anlage I.

Digitized by Google

in Briefen an uns ſelbſt ihre große Neigung bezeugt, die katholiſche Einheit herzuſtellen, und ihre Mitwirkung dafür verſprochen. Auch haben Einige ſie bereits zum Theile geleiſtet, indem ſie durch ihre vornehmſten Theologen Darlegungen haben abfaſſen laſſen, welche für den Zweck als ſehr dienlich anerkannt worden ſind. Ganz beſonders iſt indeſſen die Sache gefördert worden, als unlängſt der hochwürdigſte Biſchof Franz Anton von Wiener-Neuſtadt, deſſen vorzüglichen Eifer für die Kirche des Herrn, ſo wie ſeine anderen entſprechenden Eigenſchaften wir Ew. Heiligkeit nicht genug empfehlen können, ſich, gemäß dem Auftrage des Vorgängers Ew. Heiligkeit, Innocenz XII. ruhmwürdigen Andenkens, in eine Reihe deutſcher Länder begeben, und dort mit einigen durch ihre Obrigkeiten dazu beglaubigten Proteſtanten verkehrt hat. Er hat von dort eine Schrift zurückgebracht, aus welcher erhellt, daß, wenn jemals, ſo ſicherlich jetzt durch Gottes Gnade die Zeit der Reife für eine ſolche Angelegenheit gekommen zu ſein ſcheint. Denn, nach dem Urtheile der Kundigen, iſt von proteſtantiſcher Seite bisher niemals eine Kundgebung ausgegangen, welche ſo ſehr auf das Weſen der Sache eingeht, und mit katholiſchen Grundſätzen ſo nahe zuſammentrifft."

„Dieſe wahrlich durch göttliche Gnade bewirkte Kundgebung hat auch uns, den ohne unſer Verdienſt Gott vermöge unſerer Kaiſerpflicht zum Schirmvogte der geſammten katholiſchen Kirche geſetzt, nicht unbewegt gelaſſen. Daher wenden wir uns zu Ew. Heiligkeit, als welcher die oberſte Fürſorge des Kirchlichen auf Erden mit höchſter Autorität gebührt, um dieſe Angelegenheit auf das dringendſte zu empfehlen und gern dafür alle unſere Mühwaltung zu verſprechen. Und da auch die chriſtliche Klugheit vorſchreibt, die günſtigen Gelegenheiten freudig zu benutzen, welche, wenn einmal vernachläſſigt, bei veränderten Zeiten und Menſchen nicht leicht ſich wieder finden: ſo halten wir für gewis, daß Ew. Heiligkeit, auch ohne unſere Mahnung, gemäß der von Gott Ihnen verliehenen Weisheit, ohne Verzug, welcher, wenn nicht durch die Nothwendigkeit geboten, bei einer für das Seelenheil ſo vieler Menſchen hochwichtigen Sache keine Entſchuldigung finden würde, Alles was in Ihrer umfaſſenden Macht ſteht, aufbieten werden, damit durch die Anwendung zweckmäßiger Heilmittel die ſo veraltete und ſo gefährliche Wunde der Kirche des Occidentes endlich geheilt werde."

Digitized by Google

„Im Uebrigen stellen wir die Erwägung des Wesens der Sache dem reiflichen Urtheile Ew. Heiligkeit anheim, welcher ja vor Allen Gott die innere Sorge für die geistlichen Dinge übertragen hat. Ew. Heiligkeit, von Gott erleuchtet, werden, nach eingenommener Kunde und gebührender Erörterung der Sache, nach Heranziehung der Gutachten katholischer Doctoren von verschiedenen Universitäten, welche die deutschen Zustände aus der Nähe kennen, sich darüber aussprechen, was der Kirche Gottes heilsam erscheint, werden auch den Bischof von Wiener-Neustadt mit der für die Fortführung der Sache weiter erforderlichen Belehrung und Vorschrift ausstatten, und dadurch seinem glühenden, nicht minder indessen vorsichtigen Eifer den Stoff zur Bethätigung darbieten. Dabei ist jedoch nothwendig zu erinnern, daß sowohl zu Rom wie auch anderswo, alles geheim geführt werden muß, so sehr, daß auch nicht die Thatsache einer Verhandlung offenkundig wird, damit nicht von Uebelwollenden oder auch im unkundigen Uebereifer das noch nicht In-sich-Verwachsene wieder auseinander gerissen werde. Damit aber Ew. Heiligkeit den Stand der Dinge um so besser erkunden und die zweckmäßigsten Rathschläge fassen können, werden nicht bloß die Berichte des Bischofs dienlich sein, sondern es wird auch unser Theolog, sein Reisebegleiter und Ueberbringer dieses Schreibens, zugleich als Zeuge der letzten Vorgänge in dieser Sache, den wir Ew. Heiligkeit hiermit empfehlen, alles genauer darlegen, und Ew. Heiligkeit sowohl mündlich als durch Schriftstücke die erklärten Willensmeinungen berichten."

„Im Uebrigen wolle Gott Ew. Heiligkeit als den Lenker seiner Kirche lange in Kraft erhalten, damit Sie selber noch aus dem früher hier und da vernachlässigten und mit Unkraut überwucherten Acker des Herrn reichliche Früchte einer besseren Pflege und weit gestreueter Saat des göttlichen Wortes einzusammeln vermögen. So wünschen wir es in söhnlicher Ergebenheit. Wien, am 16. Februar 1701. Leopold."

Clemens XI. bewies dieselbe Geneigtheit wie seine Vorgänger. Er besprach die Sache auch mit dem Botschafter Lamberg. Dieser erwiederte, daß während seines Aufenthaltes am Reichstage zu Regensburg die Frage der kirchlichen Reunion oft erörtert worden sei. Von Seiten der Nicht-Katholiken sei immer die Behauptung aufgestellt, daß die Berufung eines Conciles sich als förderlich erweisen werde. Er

Digitized by

dagegen halte dies für fruchtlos, wenn nicht zuvor der päpſtliche Stuhl in Betreff der einſtigen Kirchengüter den Fürſten den Beſitzſtand ſichere, ihnen zurufe: Possideatis uti possidetis. Dann würde ein Concil Nutzen ſchaffen können. — Clemens XI. erwiederte: die Anſicht ſei nicht unrichtig. Er ſeinerſeits könne verſichern bereit zu ſein, den Fürſten die geiſtlichen Güter, welche ſie mit Unrecht genommen und beſäßen, in ſolcher Weiſe zu überlaſſen, daß ſie fortan derſelben mit ruhigem Gewiſſen genießen könnten, wenn ſie nur ſonſt ſich jeder vermeintlichen Reform der Kirche enthalten wollten [1]).

So war der Stand der Dinge im Beginne des Jahres 1701. Die Geneigtheit des Papſtes wie des Kaiſers war da. Allein für die Fortführung des Werkes war vor allen Dingen erforderlich die Fortdauer der freundſchaftlichen Stellung zwiſchen den beiden Häuptern der chriſtlichen Welt: dem Papſte und dem Kaiſer, wie einſt zu den Zeiten Innocenz XI. Bereits im September 1701 jedoch trat jene Wendung ein, in Folge deren der Papſt ſich in einer hochwichtigen Angelegenheit umſtricken ließ von den Schlingen der franzöſiſchen Politik. Die Sache der kirchlichen Reunion ſank unter, ſo ſehr, daß im achtzehnten Jahrhunderte auch faſt die Erinnerung daran erloſch [2]).

Aber man beachte hier die wunderbare Verkettung der Dinge. Der Tod des Königs Jacob II. in St. Germain und der Fortbeſtand der kirchlichen Spaltung in Deutſchland ſind auf den erſten Blick zwei einander fern liegende Thatſachen. Und doch webt ſich zwiſchen ihnen, vermöge des Eintretens fremder Perſönlichkeiten, ein Band der Cauſalität. Indem Ludwig XIV., weniger aus Großmuth, als aus politiſcher, freilich irriger Berechnung einen König Jacob III. anerkennt, indem dann Clemens XI., geblendet durch den Schein der vermeintlichen Großmuth, dieſe Anerkennung lobt und preiſt, wird er durch dieſes Lob in die franzöſiſche Politik verſtrickt. Er lockert oder vielmehr zerreißt dadurch das Band der Freundſchaft mit dem Kaiſer. Er kann daher nicht

---

[1]) Lambergs Bericht vom 30. April 1701.

[2]) Leibniz in einem Berichte für den Kaiſer Carl VI., im März 1713: Es iſt aber bald darauf der Krieg und vermittelſt desſelben einiges Misverſtändnis zwiſchen dem kaiſerlichen und dem römiſchen Hofe entſtanden, darüber das Werk gänzlich ins Stocken gerathen.

Digitized by Google

mehr mit dieſem zuſammen gehen, um das Ziel zu erreichen, welches ſie beide, Jeder von ſeinem Standpuncte aus, bis dahin für erreichbar gehalten haben. Wir Spätere, die wir die geiſtige Bewegung jener Tage nicht mehr lebendig in uns fühlen, die wir vielmehr ſie nur nach den authentiſchen Zeugniſſen der Vorwelt in uns reproduciren können, haben von da aus nicht das Recht, über nicht geſchehene Dinge richtiger urtheilen zu wollen, als diejenigen, welche ſelber in den Centren der geiſtigen Bewegung ſtanden. Wir haben vielmehr uns zu begnügen mit dem übereinſtimmenden Urtheile des Papſtes und des Kaiſers, daß damals das Ziel erreichbar war. Und die Thatſachen haben uns weiter ergeben, daß an dem Nicht-Erreichen des Zieles eine weſentliche Verſchuldung zur Laſt fällt den politiſchen Misgriffen des Papſtes Clemens XI., ausgebeutet durch franzöſiſche Argliſt.

Der Erfolg, den Ludwig XIV. im Jahre 1701 über den Papſt Clemens XI. davontrug, war für ihn der gewichtigſte des Jahres.

Minder günſtig für ihn ſtanden in Italien die Dinge auf dem Gebiete der Waffen.

Drängen wir die Lage dort gegen das Ende des Jahres 1701 kurz zuſammen.

Der Prinz Eugen, obwohl ſchwächer an Zahl, hatte in jeglichem Treffen die Oberhand behalten. Indem er in ſeinem Geſammt-Berichte über den Feldzug alles gegen einander abwägt, kommt er zu dem Ergebniſſe: „Ich glaube nicht, daß in dieſem Feldzuge mehr hätte geſchehen können, als was die kaiſerliche Armee vollbracht hat“ [1]). Allein er hatte nicht vermocht das mailändiſche Gebiet dem Kaiſer zu gewinnen. Die Erhebung in Neapel dagegen war mislungen. Der Papſt in der Meinung unparteiiſch zu ſein, arbeitete für Frankreich. Die Sympathien der Bevölkerung, nicht bloß in Neapel, ſondern auch in Mailand, waren mehr kaiſerlich als franzöſiſch. Der Herzog Victor Amadeus von Savoyen harrte der günſtigen Gelegenheit des Uebertrittes zu dem Kaiſer und zu der Allianz vom 7. September 1701.

[1]) Vom 20. December, aus Borgoforte, in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft, S. 90.

Digitized by Google

Zunächſt jedoch fand dieſe in Italien keinen offenen Anhänger. Alles in allem war die Uebermacht in Italien auf ſpaniſch-franzöſiſcher Seite.

Eben ſo wichtig war für die Mächte der Allianz die Frage, wie ſich der Norden zu ihnen verhalten würde.

Für eine Zeitlang nach dem Travendaler Frieden vom Auguſt 1700 ſchien es, als werde Dänemark denſelben nicht verſchmerzen, als harre es nur einer günſtigen Gelegenheit abermals mit Schweden zu brechen. Die Seele dieſer Geſinnung war der Miniſter Jeſſen. Dann wandelten ſich die Dinge. An die Stelle Jeſſens trat Pleſſen. Fortan überwog in Kopenhagen die für die Bundesgenoſſen günſtige Geſinnung. Von den 8000 Mann Dänen, welche dem Kurfürſten-Könige Auguſt II. von Sachſen-Polen wider einen etwaigen Angriff Carls XII. zu Hülfe gezogen waren, traten 6000 in kaiſerlichen Sold [1]).

Sie ſetzten ſich noch im Juni 1701 in Marſch nach Italien. Dänemark ſtellte der Republik der Niederlande 12,000 Mann.

Anders ſtand es mit dem jungen Könige Carl XII. von Schweden. Nachdem er die nichtdisciplinirten Schaaren des Czaren Peter bei Narwa auseinander getrieben, im November 1700, wandte er ſeinen Siegeslauf gegen Auguſt II. von Sachſen-Polen. Er ſtellte es ſich zur nächſten Aufgabe, die ſächſiſchen Truppen aus Liefland hinaus zu ſchlagen. Er war ſicher, daß die Polen ihrem Könige zu dem von ihm wider ihren Willen unternommenen Kriege keinen Beiſtand leiſten würden [2]). Eine zahlreiche Partei dort hätte ſich lieber mit den Schweden gegen den Czaren vereinigt, den man den Erbfeind Polens nannte. Es ſtanden daher dem Könige Carl XII. nur ſächſiſche Truppen entgegen. Wo immer er ſie traf, da wurden ſie geſchlagen. Im Juli 1701 gelangte er an die Grenze Polens. Der Cardinal-Primas Radziejowski richtete von Warſchau aus im Namen der Republik Polen an den König Carl XII. ein Schreiben, in welchem er verſicherte, daß Polen mit Schweden eine aufrichtige Freundſchaft wünſche, daß es ſich darum an dem Kriege nicht betheiligt habe, daß aber auch der König Auguſt II.

[1]) Der Vertrag darüber in den Feldzügen des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 441.
[2]) Nordberg: Carl XII. Bd. I, S. 252 u. f.

Digitized by Google

zum Frieden geneigt sei. Hoffentlich werde der König von Schweden sein Siegesglück zu mäßigen wissen. In jedem Falle ersuche der Cardinal den König von Schweden, das Gebiet der Republik nicht zu betreten.

Die Antwort Carls XII. lautete, daß er komme, um Polen zu befreien. Denn gegen die Uebel einer Regierung wie diejenige des Königs August, gebe es kein anderes Heilmittel als ihn von dem Throne zu stoßen, dessen er sich auf den vielfältigen Bruch der Gesetze und seiner beschworenen Pflichten unwürdig gemacht. Carl XII. fügte hinzu, daß nicht ihm es beigemessen werden dürfe, wenn er, durch die Nothwendigkeit gezwungen, seinen friedebrüchigen Gegner verfolge, wo immer dieser seine Sicherheit und seinen Unterhalt zu finden hoffe [1]).

Der König August II. empfand die volle Wucht dieser Drohung. Er erließ eine Proclamation. Er betheuerte darin, daß er alle sächsischen Truppen habe abziehen lassen, damit der König von Schweden nicht die Republik betreten möge, die an dem Kriege keinen Antheil genommen. Nun aber, wo er wehrlos, habe der König von Schweden jene bisher unerhörte Drohung ausgesprochen, welche die Unterthanen zur Untreue gegen seine geheiligte Person auffordere. Er vertraue, schloß August II., auf die Tugend und die Treue der Polen [2]).

Die Hoffnung darauf mochte nicht groß sein; denn in Wirklichkeit hatte August II. um die Polen geringen Dank verdient. Sehen wir davon ab, daß der leidenschaftliche Zorn Carls XII. über das Maß hinausging: so war auf seiner Seite das bessere Recht. Der König August II. war notorisch der Friedensstörer, sowohl nach außen, dem Könige von Schweden gegenüber, als daheim den Polen. Und darum war, soweit der Kampf mit Schriftstücken geführt wurde, die Ueberlegenheit darin, kaum minder als im Felde, auf schwedischer Seite. Namentlich der federgewandte Lilienroth im Haag legte mit schlagender Klarheit die Schwäche der Behauptungen von Seiten Augusts II. dar. Vor allen Dingen aber kamen in Betracht die Persönlichkeiten der beiden Könige, der scharfe Gegensatz ihrer moralischen Haltung. Das politische wie das Privatleben Augusts II. war wie aus Einem Stücke.

[1]) Das Schreiben bei Nordberg Bd. I, S. 271.
[2]) Eben dort S. 278.

Digitized by

Wir haben von Ludwig XIV. her vernommen, daß der Plan von Auguſt II. für franzöſiſches Geld in die Erblande des Kaiſers einzubrechen, im Winter zuvor ſeine Grenze fand an dem Uebermaße der Forderung. Aber die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen. Zugleich ließ Auguſt II. reden mit den Mächten der Allianz, abwägend wer mehr zahlen würde, damit er für ſeine Perſon in roher wilder Luſt mehr zu vergeuden habe. Ihm gegenüber ſtand der junge Schwedenkönig, erſt neunzehnjährig, aber in dieſem Alter ein fertiger Charakter, von eiſernem Willen, ſittenſtreng, ehrlich, in ſeiner Weiſe religiös, aber ungeſchliffen, eigenſinnig, und vor allen Dingen unverſöhnlich.

Auguſt II. wandte ſich an den König von England mit der dringenden Bitte, der Unbilligkeit Carls XII. wider ihn, die allem Völkerrechte zuwider laufe, Einhalt thun zu wollen [1]). Daß die Sympathien Wilhelms III. nicht zu Gunſten des Königs Auguſt II. waren, liegt vor in dem Reflexe eines ausführlichen Schreibens, welches er an Carl XII. richtete. Er überblickt darin die bisherige Laufbahn des jungen Königs, von der Landung in Seeland an bis zu der Stellung auf polniſchem Boden im Herbſte 1701, mit einer Anerkennung, die allen Wünſchen Carls XII. völlig entſprechen konnte. Er ſtellt ihm weitere glänzende Erfolge in Ausſicht. Dann jedoch wendet Wilhelm III. die Rede [2]).

„Dem Beſonnenen liegt ob, ſagt er, zu Zeiten auch dem glücklichſten Siegeslaufe Einhalt zu thun, zumal wo das Bewußtſein der eigenen Befähigung und der Kraft noch andere Erfolge in Ausſicht ſtellt, nicht minder heilbringend für Ew. Majeſtät und Ihre Unterthanen, ſo wie Ihres Namens würdig, und zugleich förderlich für die gemeinſame Angelegenheit der Chriſtenheit. Denn die gegenwärtige Weltlage fordert auf zu erwägen, wie die allgemeine Freiheit von Europa gegenüber der maßloſen und umfaſſenden franzöſiſchen Macht gerettet und ſicher geſtellt werden kann. Wir glauben aber, daß dies erwünſchte Ziel nur dann zu erreichen ſei, wenn zuvor der Friede zwiſchen Ew. Majeſtät und Ihren Gegnern hergeſtellt ſein wird. Und in der Ueberzeugung, daß Ew. Majeſtät das Gemeinwohl von Europa

[1]) Schreiben vom 9. September 1701, bei Nordberg Bd. I, S. 283.
[2]) Schreiben vom 4. November, bei Nordberg Bd. I, S. 293.

Digitized by Google

höher achten als das eigene Intereſſe, können wir nicht umhin dieſe unſere Wünſche zu eröffnen. Dies um ſo mehr, da ja der jetzige Stand der Dinge derartig, daß es in der Hand Ew. Majeſtät liegt, nicht bloß einen ehrenhaften Frieden zu ſchließen, ſondern auch die Bedingungen den Gegnern vorzuſchreiben." Dann bietet der König Wilhelm ſeine Vermittelung an.

In ähnlicher Weiſe, nur noch directer, ſchrieb der Kaiſer an Carl XII. Er legte die Gefahr dar, welche von dem Hauſe Bourbon her für Europa erwachſe, wie dasſelbe Alles ſich anmaße, auch diejenigen Länder, welche wie die Niederlande durch das Haus Habsburg mit der ſpaniſchen Krone verbunden waren, ja daß der Herzog von Anjou ſich bereits die Titel von Habsburg, Oeſterreich, Tyrol beilege. Der Kaiſer überſendet daher dem Könige den mit den Seemächten geſchloſſenen Allianz-Vertrag mit der Bitte, daß auch Carl XII., im Intereſſe des Gemeinwohles von Europa, dieſer Allianz beitrete [1]).

Allein nicht dahin richtete Carl XII. ſeine Blicke. Alle Gedanken ſeiner Seele ſtanden unter der Herrſchaft des einen, den er feſthielt mit aller Zähigkeit ſeines Charakters: Auguſt II. ſollte die Krone von Polen nicht behalten.

Abermals ſehen wir dann auch nach dieſer Seite hin den Papſt Clemens XI. nicht mit derjenigen weiſen Mäßigung verfahren, die ſonſt faſt immer in politiſchen Dingen dem römiſchen Stuhle eigenthümlich iſt. Er ermahnte durch ein Breve den Cardinal-Primas Radziejowski, für den König Auguſt und gegen die verwegenen Uebergriffe des Königs von Schweden mit lebhaftem Eifer einzutreten, und zwar, wie Clemens XI. ausdrücklich bemerkt, um der Religion willen [2]). Da in dem Breve ſich kein Wort der Misbilligung über den Friedensbruch des Königs Auguſt II. befand: ſo ſchien der Papſt ſich völlig auf die Seite desſelben zu ſtellen und ſeine Sache zu derjenigen der Religion zu machen, und zwar gegenüber einem jungen Könige, der, wie jede ſeiner Aeußerungen über Religion und Kirche darthut, vermöge ſeines Lutherthumes aus ſich nur allzu ſehr geneigt war, die Autorität

[1]) Das Schreiben bei Nordberg Th. I, S. 294.
[2]) Das Breve bei Nordberg Th. I, S. 295.

Digitized by Google

des Papſtthumes und der Kirche zu haſſen. Es iſt kaum anders zu denken, als daß das Breve des Papſtes Clemens XI. durch den Widerſpruch, den es in der Seele Carls XII. wachrief, ihn nur um ſo mehr ſpornte, ſeinen Vorſatz wider den König Auguſt auszuführen. Darum muß das Eingreifen des Papſtes Clemens XI. in die politiſchen Angelegenheiten auch nach dieſer Seite hin als ein unglückliches bezeichnet werden.

Von dieſen beiden Misgriffen her, dem indirecten Eintreten für Ludwig XIV., der den Papſt Clemens XI. mit jener falſchen Nachricht über eine Unterhandlung mit Wilhelm III. betrog, und dem directen für Auguſt II., deſſen perſönliche Unwürdigkeit aller Welt notoriſch vor Augen lag, war es nicht anders möglich, als daß das Anſehen der Kirche und des Papſtthums, welches durch die drei Vorgänger, Innocenz XI., Alexander VIII. und Innocenz XII., vermöge ihres ſiegreichen Widerſtandes gegen die Uebergriffe der weltlichen Macht in der Hand Ludwigs XIV., ſo hoch geſtiegen war, bald nach dem Beginne des Papates von Clemens XI. bei den Nicht-Katholiken ſchwere Einbußen erlitt.

Weder die Mahnungen des Königs Wilhelm III., noch diejenigen des Kaiſers Leopold vermochten etwas über den ſtarren Sinn Carls XII. Wie der König Wilhelm III. einſt in Bezug auf das Jahr 1694 geſagt, daß damals das Eintreten der nordiſchen Kronen für die Sache der großen Allianz den König von Frankreich zum Frieden im Sinne derſelben gezwungen haben würde: ſo ſtanden die Dinge ähnlich im Jahre 1701. Dänemark ging, wenigſtens indirect, damals mit der zweiten großen Allianz, indem es für Subſidien ſeine Truppen ſtellte. Mehr jedoch lag jenen beiden Häuptern der Allianz an Carl XII. Der junge König war nicht franzöſiſch geſinnt. Er zürnte dem Könige von Frankreich, daß dieſer als Garant des Friedens von Oliva nicht einen Einſpruch erhoben wider den Friedensbruch des Königs Auguſt in Liefland. Der Marquis d'Uſſon, den Ludwig XIV. mit den Unterhandlungen im Norden beauftragt, erkannte daher ſehr bald, daß für die Zwecke Frankreichs bei einer Perſönlichkeit wie Carl XII. nichts auszurichten ſei. „Es iſt vergeblich, meint er, einen Fürſten umſtimmen zu wollen, der, nachdem er durch das Eis eines Fluſſes gebrochen und eben vor dem Ertrinken davon gekommen, dann ſich weigert ſeine

Digitized by Google

Kleidung zu wechſeln“ [1]). — Allein Carl XII. war darum doch nicht der Allianz geneigt. Er verfolgte ſeinen eigenen Weg. Er zog nicht, wie Wilhelm III. von ihm gehofft, das Gemeinwohl ſeinem Intereſſe vor, oder richtiger der Leidenſchaft ſeines perſönlichen Zornes. Denn es lag nicht im Intereſſe der Macht Schweden, das unglückliche Polen noch tiefer zu zerrütten. In der maßloſen Leidenſchaft ſeines Haſſes erkannte der jugendliche König nicht, daß er mit allen ſeinen Erfolgen in Polen indirect zu Gunſten des ſtärkeren Gegners beider arbeite, des Czaren von Rußland. Dieſe Erkenntnis lag im Jahre 1701 nicht hinaus über die damalige Tragweite des Blickes; denn wir haben die Mahnung vernommen, die in dieſer Beziehung von Polen aus dem Könige von Schweden warnend entgegen hallte. Carl XII. hatte ſie nicht hören wollen. Und darum, weil der erſte Fehlgriff die Conſequenz anderer in ſich trug, kam es dahin, daß der junge König, der ausgezogen war, um ſein und der Seinen gutes Recht zu vertheidigen, der Jahre lang mit ſtaunenswerther Kraft und außerordentlichem Geſchicke dieſe Aufgabe löſte, dennoch zuletzt ſelber indirect ſeinem und ſeines Volkes Feinde die Wege bahnte, nicht bloß zum Nachtheile Schwedens, ſondern mehr noch Polens.

Der Appell der beiden Häupter der Allianz an Carl XII. von Schweden mislang. Es war die Frage, was von dem vielköpfigen römiſchen Reiche deutſcher Nation für ſie zu erwarten ſtand.

Sowohl von Ludwig XIV. einerſeits wie von dem Kaiſer und Wilhelm III. andererſeits wurden allgemeine und beſondere Mittel zur Einwirkung angewandt. Das allgemeine Mittel Ludwigs XIV. iſt die Behauptung, daß die Angelegenheit der ſpaniſchen Succeſſion nur das Haus Oeſterreich betreffe, das Reich nicht angehe, und daß daher eine Theilnahme an einem Kriege zu Gunſten dieſes Hauſes Deutſchland unter die Knechtſchaft desſelben bringe. Es ſind weſentlich dieſelben Reden, welche einſt ſchon Carl VIII. während des Reichstages zu Conſtanz 1507 führen ließ, welche damals Maximilian I. und der Reichstag mit ihm nachdrücklich verneinten, und welche dann doch die

[1]) Polet t. I, p. 671.

Digitized by Google

folgenden Jahrhunderte immer wieder aufs neue vorgebracht ſind, einerſeits von der franzöſiſchen Politik der Häuſer Valois und Bourbon, andererſeits von den Söldnern derſelben in Deutſchland. Ludwig XIV. ließ im Jahre 1701 ſolche Reden führen am Reichstage zu Regensburg, wie in Flugſchriften [1]). Entſprechend erwiederte nach Frankreich hin namentlich Maximilian Emanuel von Bayern in ähnlichen Worten über die deſpotiſche Macht des Kaiſers Leopold [2]).

Daß der Kaiſer die Fürſten des Reiches aufforderte ihm beizutreten, um die Lehen des Reiches in Italien und den Niederlanden wieder zu gewinnen, ſo wie, daß er überhaupt den allgemeinen Geſichtspunct geltend machte, daß er hinwies auf die Gefahr, welche das Ueberwachſen der Macht des Hauſes Bourbon für Alle mit ſich bringe, verſteht ſich von ſelbſt. Wichtiger iſt es daher dieſen allgemeinen Geſichtspunct kennen zu lernen nach der Auffaſſung des anderen, beim Reiche nicht direct betheiligten Hauptes, des Königs von England.

Wilhelm III. ließ im October 1701, ſofort nach der Auswechſelung der Ratificationen des Allianz-Vertrages, ein Rundſchreiben an alle Reichsſtände ergehen. Dasſelbe lautet in ſeinen wichtigſten Stellen wie folgt.

„Wie wir immer mit beſonderem Eifer dem heiligen römiſchen Reiche uns geneigt bewieſen, ſo haben wir im Verlaufe der letzten Jahre dargethan, daß wir das Intereſſe desſelben betrachten nicht bloß als nicht verſchieden von dem unſerigen, ſondern als mit demſelben gemeinſam. Und darum dürfen wir auch bei der gegenwärtigen, Alle bedrohenden Gefahr den Reichsſtänden unſere Anſicht nicht verhehlen. Wie dieſe Gefahr für Europa gemeinſam, ſo iſt ihr doch ganz beſonders zunächſt das römiſche Reich ausgeſetzt, und darum zweifeln wir nicht, daß die Mitglieder desſelben mit allem Ernſte und Eifer erwägen werden, mit welchen Mitteln ſie dem anwachſenden Unheile rechtzeitig entgegen treten wollen. Es bedarf nicht einer weiteren Ausführung, in welcher Weiſe der allerchriſtlichſte König nach dem Tode Sr. katholiſchen Majeſtät von der geſammten ſpaniſchen Monarchie Beſitz ergriffen, wie er dadurch

[1]) Beiſpiele der letzteren bei Lamberty t. I, p. 422 et suiv.

[2]) Man vgl. den Aufſatz von C. Höfler im Archiv für öſterreichiſche Geſchichte XLIV. Band, 2. Hälfte, S. 263 u. f.

Digitized by Google

die Rechte Sr. Kaiſerlichen Majeſtät und des Erzhauſes auf jene Succeſſion hintangeſetzt und durchbrochen hat, wie er ferner wider die Verträge, welche Belgien als Barriere für die Republik der Niederlande beſtimmen, mit bewaffneter Macht jenes Land überzogen, wie er endlich ſich des Herzogthumes Mailand und anderer Lehen des Reiches mit Gewalt bemächtigt hat. Wie viel gerade daran dem Reiche gelegen, kann ja am wenigſten den Reichsſtänden verborgen ſein. Nachdem der allerchriſtlichſte König von der ſpaniſchen Monarchie Beſitz genommen, ließ er verſichern, daß er den öffentlichen Frieden Europas bewahren wolle, und daß dieſer Zweck durch eine gütliche Beredung erreicht werden könne. Die Hoffnung, die von dieſer Verſicherung her in uns erwuchs, ward geſteigert durch die Sendung des Grafen d'Avaux nach dem Haag, der, wie es hieß, über den Friedensſtand von Europa verhandeln ſollte. Allein die Dinge ſind weit anders gekommen, und die Hoffnung iſt durch die plötzliche Abberufung jenes Geſandten völlig zu nichte geworden."

„Inzwiſchen ſehen wir, daß täglich die beiden Königreiche Frankreich und Spanien ſich enger einigen, und daß ſie nur noch durch einen und denſelben Willen und Rath gelenkt werden. Wenn daher es dort gelänge, das Recht Sr. Kaiſerlichen Majeſtät auf die Erbfolge in der ſpaniſchen Monarchie völlig zu beſeitigen, ſo ſteht nicht mehr zu bezweifeln, daß die franzöſiſche Macht, um diejenige Spaniens vermehrt, ſo emporwachſe, daß ſie in kurzer Friſt das geſammte übrige Europa unter ſich beugen, und allen benachbarten Fürſten und Ständen den ſicheren Untergang bringen werde. Denn ſo entſpricht es derjenigen Politik, mit welcher Frankreich jederzeit ſeine Herrſchaft auszubreiten geſtrebt hat."

„Durch dieſe Gründe bewogen, haben wir und die Generalſtaaten ſowohl wegen des Gemeinwohles von Europa und beſonders desjenigen des römiſchen Reiches, als auch im Intereſſe der eigenen Sicherheit, es für dringend nöthig erachtet, endlich völlig zu dem Kaiſer zu treten und uns zu einem Bunde mit ihm zu einigen. Wir halten ferner für zweckmäßig, nun, nachdem die Ratificationen ausgewechſelt, dieſes Bündnis dem heiligen römiſchen Reiche mitzutheilen, da ja deſſen Stände zunächſt und zumeiſt betheiligt ſind. Wir geben uns dabei der Hoffnung hin, daß die Reichsſtände, denen das Gemeinwohl von Europa am Herzen liegt, nicht bloß den wankenden Zuſtand des Reiches, ſondern

Digitized by

auch die von Frankreich her für das geſammte Europa herandrohende Gefahr ins Auge faſſen, und darum in demſelben Geiſte und Sinne, in welchem wir das Bündnis eingegangen, auch ihrerſeits ihm beitreten werden. Der dreizehnte Artikel enthält den Hinweis, daß auf dieſe Gemeinſchaft Aller von Anfang an gerechnet worden iſt. Die Reichsſtände werden daher ſich vereinigen mit Sr. Kaiſerlichen Majeſtät als dem Haupte des römiſchen Reiches, mit den Generalſtaaten, als welche für die allgemeine Wohlfahrt ihren Eifer jederzeit dargethan, und mit uns, als die wir immer nach Maßgabe unſerer Kraft gearbeitet, wie wir es vermöchten, gegenüber der um ſich greifenden, jedes Ziel und jedes Maß überſchreitenden Macht von Frankreich das Gemeinwohl und die Freiheit von Europa zu vertheidigen und herzuſtellen" [1]).

Es iſt hier, wo Wilhelm III. ſo nachdrücklich mahnende Worte an die damaligen Reichsfürſten richtet, von beſonderer Wichtigkeit, ſeine entſprechenden Kundgebungen an den Kaiſer zu vernehmen. Er entbot, am 18. October, den Grafen Wratislaw zu ſich nach Breda. Er wiederholte dort nochmals ſeine Rede, daß er die Errichtung der Allianz betrachte als das größte Werk ſeines Lebens. Allein ſchwerer noch ſei die Ausführung. Sie erfordere das höchſte Aufgebot der Thätigkeit, der Sorgfalt, der Verſchwiegenheit. Der König ſprach dem Geſandten perſönlich ſein volles Vertrauen aus, und eröffnete ihm weiter, daß er darum ihn, den Rathspenſionär Heinſius und den Grafen Albemarle als den engeren Ausſchuß niederſetze, der vor ſeinem Aufbruche nach England die Einzelnheiten der Ausführung zu bereden, und den Betrag der Streitkräfte zu vereinbaren habe. Ein Entwurf lag bereits fertig vor [2]).

In dieſen Beredungen über die Aufſtellung der Streitkräfte ließ der König durch Albemarle und Heinſius geltend machen: der Kaiſer müſſe am Oberrheine mindeſtens 20,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie eigener Truppen haben. Denn, wenn nicht, ſo würde der Markgraf Ludwig von Baden als kaiſerlicher Feldherr

[1]) Die letzten Worte als die für das ganze politiſche Leben Wilhelms III. bezeichnenden, lauten im Originale: Et nobis denique, qui in eo semper pro viribus nostris elaboravimus, quo communem Europae causam et libertatem a vasta illa Gallorum veram orbitam omnemque modum excedenti potentia defendere atque vindicare possimus.

[2]) Wratislaws Bericht vom 18. October.

Digitized by Google

nicht Meiſter des verbündeten Heeres dort ſein, demnach auch nicht der Kaiſer die freie Dispoſition im Reiche haben.

In den wohlmeinenden Rath des Königs Wilhelm birgt ſich ein erhebliches Stück der deutſchen Geſchichte, in ſo weit nämlich, daß der Kaiſer dieſen wohlmeinenden Rath nicht befolgte, oder auch nicht befolgen konnte, weil er die Mittel nicht beſaß. Denn es ſtand das große Uebel entgegen, daß nach wie vor die Fähigkeit der weit geſtreckten eigenen Monarchie zur Action gelähmt ward durch die Untreue und die Unehrlichkeit vieler ihrer Diener. Andererſeits handelte es ſich darum, was dann von dem Reiche zu erwarten ſtand. Und dies führt uns zurück zu der Frage wie damals, nach dem Abſchluſſe der großen Allianz, die Mahnungen des Kaiſers Leopold und des Königs Wilhelm zum Beitritte bei den Reichsſtänden aufgenommen wurden.

Wir haben bereits geſehen, wie einige der Mächtigeren ſofort beim Eintreten der europäiſchen Kriſis befliſſen waren, die Gunſt der Umſtände für das eigene Intereſſe auszubeuten. Wir haben daher zunächſt im Allgemeinen den großen Unterſchied hervorzuheben, der zwiſchen dem römiſch-deutſchen Reiche und den anderen Königreichen und Ländern der damaligen Chriſtenheit ſtattfand.

In Deutſchland erblicken wir nicht eine Uebereinſtimmung, eine Geſchloſſenheit des Wollens, wie ſie in England ſich ausprägte durch das Parlament, wie ſie in Frankreich befohlen wurde durch den König. Deutſchland hatte den Reichstag in Regensburg; aber die Beiſitzer desſelben waren die Diener ihrer Fürſten, an die Inſtructionen derſelben gebunden, ohne Freiheit eigener Bewegungen und Beſchlüſſe, darum mit dem Parlamente von England nicht zu vergleichen. Deutſchland hatte kein Organ, einen gemeinſamen Willen oder doch den der Mehrheit kundzugeben. Es hatte dagegen in ſeinen vielen Reichsfürſten Ueberfluß an ſchwächlichen Copien Ludwigs XIV. Denn dieſer König, nicht der Kaiſer Leopold, oder der König Wilhelm III. war das Vorbild, dem man nachſtrebte. Der Grundzug war, wenn nicht Allen, ſo doch der großen Mehrheit gemeinſam. Aber die Copie iſt nicht bloß an ſich matter als das Original: ſie wurde es um ſo mehr, je kleiner und kleinlicher die Verhältniſſe ſich geſtalteten. So wenig die Zwecke wie die Mittel Ludwigs XIV. vereinbar ſind mit den zehn Geboten Gottes, ſo zerſtörend, zerrüttend daher ſein Königthum für

Digitized by

seine Gegenwart und darüber hinaus für die Zukunft auf das gesunde Leben der französischen Nation einwirken mußte: so hatte doch sein politisches Trachten durch die Größe der Objecte, die es sich zum Ziele setzte, durch die Kraft des Willens, welche von dem Haupte herab sich durch die Glieder ergoß und sie in Thätigkeit setzte, durch das einheitliche Zusammenwirken aller einzelnen Theile der ungeheueren Menschen-Maschinerie, eine gewisse Großartigkeit, einen Glanz, der namentlich die Augen der eigenen Angehörigen blendete, die Unwürdigkeit der letzten Motive ihnen verhüllte. Wesentlich trug dazu bei die Persönlichkeit Ludwigs XIV. selbst. Ein Engländer jener Zeit sagt darüber aus eigener Anschauung: „Wenn er nicht der größte König war, so war er wenigstens der beste Acteur der Majestät, der je auf einem Throne saß“ [1]).

Anders war es bei den Nachahmern Ludwigs XIV. im römischen Reiche deutscher Nation. Jener äußere Glanz, jene blendende Großartigkeit ward dort nicht gefunden. Heben wir ein Beispiel dieser Art hervor. Ein wichtiges Organ des Ruhmes für Ludwig XIV. war die reich dotirte Akademie der Wissenschaften. Auch der neue König von Preußen ließ sich bereden, daß ein unentbehrliches Ornament seiner Krone bestehe in einer solchen Akademie. Er gab seine Autorisation zur Stiftung einer solchen, aber gegen das Versprechen, daß die neue Stiftung ihm keine Kosten machen dürfe. Der materiellen Armuth entsprach die geistige. Sie ward nur zu Anfang aufgewogen durch die Persönlichkeit des Stifters Leibniz; denn die Zwerge wußten den Riesen so zu mishandeln, daß er, des Undankes müde, seine Stiftung verließ [2]).

Aehnlich fiel die deutsche Nachahmung Ludwigs XIV. auf anderen Gebieten aus. Möglich, daß die Frau von Maintenon an moralischer Qualität nicht höher stand als etwa die Gräfin Kolb von Wartenberg in Berlin, oder eine der zahlreichen Damen des Kurfürsten-Königs August II. in Dresden und Warschau, oder des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel und München; aber es hatte alles ein anderes Gepräge.

---

[1]) Bolingbroke: letters on the study and use of history, t. I, p. 262: If he was not the greatest king: he was the best actor of majesty at least that ever filled a throne.

[2]) Man sehe die Actenstücke in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. X, S. 459 u. f.

Digitized by Google

Nicht ſolche Dinge indeſſen waren die Hauptſache. Es gibt noch einen anderen Unterſchied, der am ſchwerſten ins Gewicht fällt. Die deutſchen Reichsfürſten, indem ſie Ludwig XIV. nachzuahmen vermeinten, vergaßen, daß ein Planet nicht zum Fixſterne werden kann. Denn das hauptſächliche Mittel der Politik Ludwigs XIV. nach außen hin war, für ſein Geld zu kaufen; dasjenige ſeiner deutſchen Nachahmer war, für ſein oder anderes fremdes Geld ſich kaufen zu laſſen. Und nach dieſem Verhältniſſe wirkten ſie zurück auf ihre Unterthanen.

Es iſt in ſpäterer Zeit üblich geworden, das alte Reich als kraftlos hinzuſtellen. Die Thatſache iſt unzweifelhaft; aber der Tadel wird dann häufig nicht auf das rechte Ziel gewendet. Nicht dem Reiche an ſich oder der Idee desſelben gebührt der Vorwurf; denn die Idee des alten römiſchen Reiches deutſcher Nation, das Recht und die Gerechtigkeit auf Erden zu vertreten, und namentlich die Kirche zu beſchützen, war herrlich und ſchön. Auch gegen den erſten und hauptſächlichen Träger der Idee, gegen den römiſchen Kaiſer Leopold I., darf ein Vorwurf ſich nicht richten; denn ſeine Seele, ſein Denken und Thun, war erfüllt und durchdrungen von dieſem Berufe des römiſchen Kaiſerthumes. Die Anklage trifft zunächſt diejenigen, die nach und unter dem Kaiſer berufen waren die Säulen des Reiches zu ſein, und die, anſtatt es zu tragen, es ſtürzen ließen, um die Trümmer für ſich aufzuleſen. Im weiteren Sinne aber kommt der Vorwurf auf alle Angehörige des Reiches. Denn an dem Zerfalle des Ganzen hat ein jedes einzelne Glied ſeinen Mitantheil der Schuld. Blickt der Engländer mit gehobenem Gefühle auf ſeine damaligen Vorfahren: ſo kann und darf dies nicht der Deutſche. Aber der Eine wie der Andere darf oder ſollte nicht vergeſſen, daß er politiſch das was er iſt, nur iſt durch ſeine Vorfahren, daß die Völker ganz eben ſo wie die Individuen hangen an der Continuität ihrer geſammten Vergangenheit, und daß darum man nur in Worten ſich von den Vorfahren losſagen kann, nicht in der Wirklichkeit. Wir ſind was wir ſind, in Folge des Thuns und Leidens, des Handelns und Unterlaſſens unſerer Väter, nicht etwa nur Einer der vergangenen Generationen, ſondern aller.

Andererſeits aber auch dürfte man nicht ſagen, daß das Unwürdige des Verhaltens vieler deutſchen Reichsfürſten zum Auslande darum, weil es ſo oft ſich fand, weniger tief empfunden wäre, vielleicht

Digitized by Google

gar, weil es dem Geiſte der Zeit entſprochen habe. Wir haben im Laufe dieſes Werkes von engliſcher oder von holländiſcher Seite bereits gar manche herbe Aeußerung über die Käuflichkeit deutſcher Fürſten vernommen. Am nachdrücklichſten jedoch erklingt das Urtheil von einem deutſchen Reichsfürſten ſelbſt, demjenigen von Mainz. „Es iſt ein Scandal, ſagte er zu dem Grafen Schlick, daß der Kaiſer als das Oberhaupt des Reiches, wo er das Recht haben ſollte, von den Fürſten desſelben pflichtmäßige Hülfe zu fordern, einen Krieg nach außen nicht anders führen kann, als vermittelſt der Allianzen, durch die er ihre Hülfe erkauft. Die Laſt dieſer Subſidien hat in dem vorigen Kriege die Seemächte nicht weniger als den Kaiſer entkräftet, und darum erheblich beigetragen, daß man ſich auf den nachtheiligen Frieden einlaſſen mußte. Aber es iſt dahin gekommen, daß bei jeder Anforderung für das Gemeinwohl von den größeren Machthabern im Reiche zuerſt die Frage entgegenſchallt: Quid vultis mihi dare?“ — In lebhafter Rede warnte dann der Kurfürſt namentlich vor der Ländergier des Hauſes Brandenburg, welches vermittelſt des Ankaufes kleiner Rittergüter ſich bereits bis in den fränkiſchen Kreis einzuniſten trachte [1]).

Die Wahrheit jener Worte des Kurfürſten von Mainz über die Reichsfürſten im Allgemeinen hat ſich uns bereits oft ergeben, und wird ſich beſtätigen in dem ferneren Verlaufe der Dinge.

Wir haben die allgemeinen Gründe des Königs Wilhelm III. für den Beitritt des Reiches zu der großen Allianz vernommen. Es iſt jedoch nochmals hervorzuheben, daß er jenes Schreiben nicht an den Reichstag in Regensburg entſendet, ſondern an die einzelnen Fürſten und Stände des Reiches. Die Frage, ob überhaupt die Sache an den Reichstag zu bringen, ward wegen des zahlreichen franzöſiſchen Anhanges im Reiche, im Herbſt 1701, nicht für zweckmäßig angeſehen. Beſſer ſei es zunächſt ſich an die Reichskreiſe zu wenden. Und hier lagen allerdings die Ausſichten ungleich günſtiger [2]).

Der rheiniſche Kurkreis umfaßte die drei geiſtlichen Kurfürſten von Mainz, Trier und Köln, und denjenigen von der Pfalz. War

---

[1]) Bericht des Grafen Schlick, März 1701.

[2]) Ich benutze hier ein ausführliches Gutachten, welches dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 4. November beiliegt.

Digitized by Google

auch Joseph Clemens von Köln französisch, so durfte man auf die drei anderen als kaiserlich gesinnt sich verlassen.

Im oberrheinischen Kreise übte wiederum den gewichtigsten Einfluß der Kurfürst von der Pfalz, der Schwager des Kaisers, und fand auch dort seine Stützen an dem Kurfürsten von Mainz, der zugleich Fürstbischof von Speier, und an demjenigen von Trier, wegen der Grafschaft Königstein.

Im Kreise Franken trat abermals voran der Kurfürst von Mainz. Aber auch unter den anderen Mitgliedern waren der Fürstbischof von Würzburg, die Markgrafen von Ansbach und Baireuth, so wie die Reichsstadt Nürnberg schon mit dem Kaiser durch besondere Verträge geeinigt, oder doch seinem Interesse zugethan.

Im Kreise Schwaben waren die Directoren, der Herzog von Württemberg und der Fürstbischof von Constanz, kaiserlich gesinnt, eben so der Fürstbischof von Augsburg. Das Hauptgewicht in diesem Kreise war jedoch bei dem Markgrafen Ludwig von Baden, dem Range nach damals ersten Feldherrn des Kaisers, von diesem bereits am 28. Mai 1701 mit einer weitgehenden Vollmacht betraut. Im August fand zu Heilbronn eine Conferenz der süddeutschen Kreise statt. Dort war es das Bestreben von Max Emanuel, den Beschluß einer beständigen Neutralität zu erwirken. Das an sich unscheinbare Wort barg in sich nicht bloß die Anerkennung des thatsächlichen Zustandes der Dinge, demnach zu Gunsten des Königs von Frankreich, sondern schloß als weitere Consequenz in sich die feindselige Stellung wider den Kaiser, wenn er dem Könige von Frankreich gegenüber seine Rechte geltend machen wollte. Der schwäbische Kreis hielt dieser Zumuthung gegenüber am entschiedensten fest [1]). Der Markgraf von Baden verhehlte dem Kaiser dabei nicht, daß er bei Vielen geringe Neigung zum Kriege und eine Vorbereitung dazu nirgends wahrnehme. Allein die kaiserlichen Gesandten im Haag und in London hatten eben darum von Anfang an auf die Beschleunigung der Allianz gedrungen, weil, so lange nicht dieser feste Stützpunct vorhanden, an den die Schwächeren sich anlehnen konnten, sie unter dem Drucke der Furcht vor Frankreich sich weigern würden sich zu erklären.

[1]) Die Berichte des Markgrafen bei Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 31 u. f.

Digitized by

Die Stimmung der Gemüther in dieſen Reichskreiſen war zu Gunſten des Kaiſers; doch verzog ſich der formelle Ausdruck derſelben noch bis in das Jahr 1702.

In den anderen Reichskreiſen gaben die mächtigen Fürſten den Ausſchlag.

Der öſterreichiſche Kreis als ganz kaiſerlich kam darum gar nicht in Frage.

In dem bayeriſchen Kreiſe dagegen überwog der Kurfürſt Max Emanuel. Er hatte im Sommer 1701 in und um München ein Heer von 24,000 Mann. Er ſuchte ſie noch zu vermehren, um bereit zu ſein für alle Fälle. Wir kennen die hochfliegenden Gedanken, die ihn erfüllten. Aber die Zeit zur Ausführung war noch nicht gekommen. Die Beſorgnis, ohne directe Verbindung mit Frankreich, bei einer Schilderhebung wider den Kaiſer, dem Einmarſche der Truppen desſelben preis gegeben zu ſein, hielt ihn im Jahre 1701 noch zurück [1]). Ja wir werden ihn dies Doppelſpiel, zugleich mit Frankreich über eine Schilderhebung wider den Kaiſer, und mit den Mächten der Allianz über ſeinen Beitritt zu derſelben zu verhandeln, noch lange forttreiben ſehen.

Die Mahnung Wilhelms III. der Allianz beizutreten, fand eben ſo geringes Gehör bei dem Herzoge von Sachſen-Gotha, der, nach den Berichten des Marquis d'Uſſon, in Verſailles auf 12,000 Mann angeſchlagen wurde. Auf dieſelbe Zahl, vermöge der franzöſiſchen Subſidien, ſchätzte man die Herzoge von Wolfenbüttel [2]). Der eigentliche Stachel bei dieſen Brüdern, oder vielmehr bei dem führenden jüngeren Bruder Anton Ulrich, war indeſſen nicht die Habgier, ſondern die Rivalität gegen die Lüneburger Linie des welfiſchen Hauſes in Hannover und Celle. Anton Ulrich konnte den Kurhut des Vetters in Hannover nicht verſchmerzen.

Dagegen war unter den mächtigeren Häuptern in Norddeutſchland nur dieſer Kurfürſt Georg Ludwig, auf den der Kaiſer und die anderen Mächte der großen Allianz nach wie vor mit Sicherheit bauen durften. Nach dem Urtheile des Marquis d'Uſſon war unter allen Orten des Reiches Hannover der feindſeligſte wider Frankreich [3]).

---

[1]) Pelet t. I, p. 432.

[2]) Bericht des Marquis d'Uſſon bei Pelet t. I, p. 672.

[3]) Eben dort p. 675: Hanovre est la plus méchante de toutes les places de l'Empire.

Digitized by Google

Ein Verlaß dieſer Art für die große Allianz war nicht auf den neuen König Friedrich, Kurfürſten von Brandenburg.

Wir kennen bereits die Aeußerungen Wilhelms III. im Sommer 1701 über die Wünſche und Bemühungen ſeines Vetters Friedrich, auch von dem Hauſe Bourbon her die Anerkennung ſeiner Krone zu erhalten. Zugleich jedoch ſann der neue König auf eine andere Art von Gewinn durch die 8000 Mann, die er kraft des Vertrages vom November 1700 zu ſtellen hatte. Der Kaiſer hatte dieſe Truppen, die er für die Armee am Oberrheine beſtimmte, auf die dringende Bitte der Republik im März 1701 einſtweilen ihr überlaſſen. Friedrich I. behielt ſie in Kleve, indem er behauptete, daß er ſeine eigenen Feſtungen dort zu bedecken habe, und für den Fall einer Verwendung im Dienſte der Republik Subſidien dafür forderte. Die Generalſtaaten wandten ſich darüber an den Kaiſer, mit der Bitte, ihnen die Truppen auch noch ferner zu belaſſen. Die Angelegenheit ward im Miniſterrathe in Wien viel erörtert [1]). Der Kaiſer willigte ein für den Sommer, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß dieſe Truppen, ſobald ſie der Republik entbehrlich, ihm zurückgegeben würden. Dann jedoch fügte er hinzu: „Wenn wider Verhoffen der König von Preußen noch fernere Schwierigkeiten erheben würde, den Generalſtaaten dieſe Mannſchaft ohne neue Subſidien zu überlaſſen: ſo möge man im Haag ſelber urtheilen, ob man nicht beſſer thun würde, mit dem Könige über andere Truppen zu unterhandeln und uns jene zurückzugeben, damit ſowohl wir von unſerem Vertrage mit dem Könige, als die Generalſtaaten für ihr Geld, ein Jeder ſeinen Nutzen habe, nicht aber wieder der Fall eintrete, wie im vorigen Kriege, daß des Königs in Preußen Liebden wegen einer und derſelben Mannſchaft doppelten Vortheil ziehe“ [2]).

Goes und Wratislaw brachten die Mahnung des Kaiſers an den Rathspenſionär, jedoch nicht bloß in Bezug auf den Kurfürſten-König Friedrich. Sie faßten die Sache allgemeiner. Sie beantragten, daß nicht bloß mit dem einen Fürſten, ſondern überhaupt mit allen Reichsſtänden die Subſidien-Verträge ſo geſchloſſen werden möchten, daß das

[1]) Protokolle vom 13., 19., 24. Juni.

[2]) Kaiſerliches Reſcript vom 24. Juni, an die Grafen Goes und Wratislaw.

Digitized by Google

ſchuldige Reichs-Contingent nicht mit unter diejenigen Truppen eingeſtellt würde, welche die Seemächte in Sold übernähmen.

Desungeachtet eröffnete dann Heinſius bei den Verhandlungen über die Allianz, im Anfange September, den kaiſerlichen Geſandten: der König von Preußen habe an die Republik das Erſuchen geſtellt, daß ſie beim Abſchluſſe eines Vertrages mit dem Kaiſer die Beibehaltung der 8000 Mann feſtſetzen wolle. Goes und Wratislaw ſchlugen ab. Marlborough und Heinſius erkannten die Gründe an. Die Geſandten fügen ihrem Berichte hinzu: „Und weil der preußiſche Hof dem Rathspenſionär vor geraumer Zeit einen falſchen Extract des Vertrages mit E. K. M. zugeſtellt hatte: ſo verſprachen wir ihm den wahren Inhalt, womit er ſich befriedigte“ [1]).

Die Geſandten fügen dieſem Berichte eine weitere Bemerkung nicht hinzu. Es bedurfte deſſen nicht; denn das Reſcript vom 24. Juni hatte ihnen dargelegt, daß auch ſo der Kaiſer und ſeine Räthe von dem Charakter des neuen Königs eine eben ſo ausreichende Kenntnis beſaßen, wie ſeinerſeits Wilhelm III.

Um der Sache ein Ende zu machen, ließ der Kaiſer durch den Grafen Limburg-Styrum dem Könige von England melden, am 20. October, daß er die 8000 Mann Preußen abberufe, damit ſie die Armee unter Ludwig von Baden am Oberrheine verſtärkten. Wilhelm III. und Heinſius waren damit einverſtanden. Der letztere eröffnete die Sache dem preußiſchen Geſandten Spanheim, in Gegenwart des Grafen Wratislaw. Allein es hatte ſich in Berlin bereits ein neues Mittel gefunden. Spanheim erwiederte, daß der König dieſe Truppen nur dann zu ſtellen ſchuldig, wenn er nicht im eigenen Lande angegriffen würde. Dies könne aber augenblicklich geſchehen, weil er beabſichtige der großen Allianz beizutreten [2]).

Die Antwort erregte in Wien Unwillen. „Dieſe 8000 Mann, heißt es im Conferenz-Protokolle der Miniſter, ſind faſt der einzige Vortheil, den neben vielen Ungelegenheiten Ew. K. Majeſtät von dem neuen preußiſchen Königthume haben. Die Einrede, daß der König die 8000 Mann zum Schutze ſeiner kleviſchen Lande nöthig habe,

[1]) Bericht vom 5. September.
[2]) Desgleichen vom 25. October.

Digitized by Google

beſteht deshalb nicht, weil der König von Preußen noch andere genügende Truppen hat. Wenn er dagegen gerade dieſe 8000 Mann zum Schutze für Kleve verwenden will: ſo ſtellt ſich die Sache in der Wirklichkeit ſo, daß Ew. K. Majeſtät ihn nicht bloß zum Könige gemacht haben, ohne jedweden Vortheil für ſich, ſondern ihm auch noch jährlich 100,000 Reichsthaler darauf zahlen, damit er ſeine kleviſchen Lande bewahre" [1]).

Demgemäß gebot der Kaiſer ſeinen Geſandten Goes und Wratislaw, bei der Republik und dem Könige von England geltend zu machen, daß er dieſe Truppen, welche vertragsmäßig und für ſeine Subſidien ihm gebührten, von Anfang an für die Vertheidigung des Oberrheines beſtimmt, und nur auf den dringenden Hülferuf der Republik nach dem Niederrhein habe marſchiren laſſen. Eben darum auch liege es der Republik ob, den König von Preußen an die Leiſtung ſeiner Pflicht zu mahnen. Wolle die Republik die 8000 Mann für ihren Dienſt behalten, ſo ſei ſie verpflichtet, dem Kaiſer die gleiche Zahl zu ſtellen. Er ließ eben ſo in Berlin mahnen.

Dort indeſſen war man ſich auch noch über die principielle Frage nicht klar, nach welcher Seite man endlich ſich neigen wolle. Die Verhandlungen des neuen Königs mit Frankreich dauerten fort. Ja nach dem Wortlaute eines Berichtes des Marquis d'Uſſon über die Angelegenheiten in Deutſchland, vom 18. November 1701, ſprach damals die Wahrſcheinlichkeit für den Abſchluß eines franzöſiſch-preußiſchen Vertrages [2]).

Am 21. November jedoch erhielten Spanheim und Schmettau im Haag den Auftrag, ſich für den Beitritt zu der großen Allianz zu erklären. Sie zeigten zugleich ein Schreiben ihres Königs vor, in welchem die Allianz hoch gerühmt ward. Dann kam die Kehrſeite der Sache. Zunächſt gegenüber den Kaiſerlichen. Da nun der König Friedrich als ſelbſtändige Macht mit in den Krieg verwickelt werden könne, ſagte Spanheim zu Goes, und zwar zu Gunſten des Kaiſers: ſo ſei er die 8000 Mann zu ſtellen nicht mehr ſchuldig. Dann machte

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 12. November.

[2]) Pelet t. I, p. 673. Die betreffenden Worte lauten: Quand même l'E. de Brandebourg ne ferait pas un traité avec S. M.

Digitized by Google

Spanheim die Andeutung: wenn der Kaiſer etwa auf die Hälfte in Berlin antrüge, ſo würde er ſie erhalten [1]).

Die dem Kaiſer geſtellte Zumuthung blieb indeſſen noch zurück hinter derjenigen, welche der neue König vor den Seemächten erheben ließ. Friedrich I. verlangte von ihnen zuerſt die Bürgſchaft für ſeine Geldforderungen an Spanien; dann die Erlangung eines Theiles der Provinz Geldern, welcher demnach von den ſpaniſchen Niederlanden genommen werden mußte; ferner Colonien in Amerika; endlich die Neutralität für das Land Preußen [2]).

Wilhelm III. gab ſeinen Verdruß über ſeinen Vetter an der Spree kund mit den Worten an Heinſius: „Es iſt unglaublich, wie dieſer Hof von Berlin alles haben und nichts dafür wieder geben will. Und dennoch muß man auch durchaus wider die eigene Neigung in manche Dinge willigen, in Anbetracht der Mühen, die Frankreich ſich um dieſen Hof gibt“ [3]).

In der That hatte Heinſius einige Tage ſpäter wieder zu berichten: „Frankreich erneuert ſeine Werbungen in Berlin, und die unvermeidliche Folge iſt, daß dieſer neue König immer ſchwerer zu behandeln wird. Sein Geſandter verlangt heute, daß wir zuerſt 5000 Mann in Sold nehmen, und daß der Beitritt zur Allianz noch hinausgeſchoben werde. Ich habe dies abgelehnt mit der Erwiederung, daß Beides zugleich geſchehen müſſe“ [4]).

Der preußiſche Plan liegt hier klarer vor Augen: der eine Theil derſelben Mannſchaft, welche der neue König dem Kaiſer zu ſtellen ſchuldig war, ſollte nun an die Seemächte verhandelt werden.

Auch in Wien war man nicht geneigt, ſich auf die Zumuthung einzulaſſen. Eben ſo wenig aber konnte man den König von Preußen zwingen ſein Verſprechen zu halten, nachdem die Gegenleiſtung, die Anerkennung ſeiner Krone, bereits erfolgt war. Die Sache ward verwickelter dadurch, daß die Staatsmänner der Republik, was immer ſie über die moraliſche Qualität des neuen Königs urtheilen mochten, dennoch gern die 8000 Mann in der Nähe behielten und darum ſogar

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. November.
[2]) Grovestins t. VIII, p. 181.
[3]) Eben dort. Vom 29. November.
[4]) Eben dort.

Digitized by Google

einen wichtigen Schritt zu dem Zwecke thaten. Auf die Klage des Königs Friedrich, daß die Fourage in Kleve für die 8000 Mann nicht reichte, beſchloß die Republik ihnen das Brot zu liefern. Wratislaw hielt dem Könige Wilhelm III. vor, daß nach der Erlangung eines ſolchen Vortheiles der König Friedrich um ſo weniger geneigt ſein werde, ſeine Vertragspflicht zu erfüllen, die ihm ſelber jene Koſten auflade. Wilhelm III. erwiederte, daß die Leiſtung das Recht des Kaiſers nicht ſchädige, noch ihn hindere in Berlin nachdrückliche Vorſtellungen zu machen [1]). Es war freilich das Einzige, was dem Kaiſer übrig blieb.

Jedenfalls aber gelang ſo viel, daß es dem preußiſchen Könige unmöglich wurde, die Mannſchaft, welche er vertragsmäßig dem Kaiſer zu ſtellen hatte, noch einmal wieder an die Seemächte zu verhandeln. Er ließ durch Spanheim und Schmettau den Bevollmächtigten der Seemächte, Marlborough und Heinſius, 5000 Mann anbieten, zur Hälfte für den Sold des Königs von England, zur Hälfte für denjenigen der Republik. Der Vorſchlag fand Eingang. Wie demnach die Mächte den Sold für die Truppen bezahlten: ſo leiſteten die Truppen ihnen den Eid [2]).

Die Form dieſes Vertrages und demgemäß der ſpäteren, denen er zum Muſter diente, war erheblich verſchieden von derjenigen der Verträge des erſten großen Krieges von 1689 an. Damals hatte man die Truppenſtellung von der einen Seite, die Geldzahlung von der anderen, in die Form einer Allianz eingekleidet. Der Vertrag vom 30. December 1701 iſt lediglich geſchäftlicher Art. Er beginnt mit den Worten: „Nachdem Se. Majeſtät der König von Preußen ſich erboten hat, Sr. Majeſtät dem Könige von England und den Hochmögenden Generalſtaaten der Republik der Niederlande ein Corps von 5000 Mann guter und geſchulter Soldaten zu ſtellen, und dieſes Erbieten beifällig aufgenommen worden, hat man beiderſeitig die folgenden Bedingungen vereinbart" u. ſ. w.

Auch wird man, in der Erwägung des ganzen Verlaufes, dem Beitritte des neuen Königs zu der großen Allianz einen höheren Charakter als denjenigen eines Geſchäftes im Großen nicht beimeſſen können.

[1]) Bericht vom 16. December.

[2]) Der Vertrag bei Lamberty t. I, p. 710. Vom 30. December 1701.

Digitized by

Der einzelne Soldat, der als Unterthan des Königs Friedrich auszog in diesen Krieg, mochte in sich ein edleres Motiv tragen: der Kriegsherr, der ihn entsandte, zählte und rechnete. Er zog demgemäß seine Bilanz zu Ungunsten des Königs von Frankreich. Aber es liegt im Wesen eines solchen Charakters, daß er die Rechnung nicht einmal für immer abschließt, sondern sie wieder aufnimmt nach Zeit und Gelegenheit. Wir werden ihn ein anderes Mal in gleicher Weise beschäftigt finden.

In ähnlicher Weise zählte und rechnete August II. von Sachsen-Polen. Obwohl in Polen von Carl XII. bedrängt, war dennoch August II. wegen der Mannschaft, die er aus Sachsen stellen konnte, für die Mächte im Westen ein wichtiger Factor. Die Forderungen, die er bei dem Könige Ludwig XIV. für einen Einbruch in die Erblande des Kaisers erhoben, waren im Beginne 1701 als zu hoch erschienen. Aber die Unterhandlungen wurden darum nicht abgebrochen. Sie betrafen auch ferner die Stellung von 15,000 Mann zum Zwecke eines Einbruches in Schlesien oder Böhmen, so daß dann auch der bayerische Kurfürst sich in dieser Richtung bethätigen konnte [1]). Zugleich jedoch knüpfte August II. mit dem Kaiser an über die Stellung eines Corps wider Frankreich, und eben so mit den Seemächten. „Wir wissen, sagte Heinsius zu dem kaiserlichen Gesandten Goes, daß der Herr dem Meistbietenden feil ist." — „Eben darum, erwiederte der Graf Goes, sollten Sie, wenn auch nicht 16,000 Mann, wie er anbietet, dennoch eine erhebliche Anzahl in Ihren Sold übernehmen." Heinsius war nicht abgeneigt; aber er warf die Gegenfrage hin, ob es dem Interesse des Kaisers entspreche, daß ein Fürst von einer solchen moralischen Qualität, der wiederholt mit Frankreich über einen Einbruch in Schlesien oder Böhmen unterhandelt, so stark in Waffen stehe [2]). Wilhelm III. drängte gleichzeitig seine Ansicht zusammen in eine Aeußerung zu dem Grafen Wratislaw in London: „Wenn man doch nur die Bedingungen beiderseitig wüßte: so ließe sich eher urtheilen, wen August II. betrügen will, den Kaiser oder den französischen König" [3]).

---

[1]) Die Denkschrift des Marquis d'Usson bei Pelet t. I, p. 672. Vom 16. November 1701.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. December. Man vergleiche das Schreiben von Heinsius an den König, vom 29. November, bei Grovestins t. VIII, p. 178.

[3]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 16. December.

Digitized by Google

Es bedarf nicht des Eingehens in weitere Einzelnheiten. Die Folgezeit wird ergeben, daß auch bei August II. der Glanz des kaiserlich-holländisch-englischen Goldes den des französischen überstrahlte. Jedoch verzog sich sein Entschluß noch in das nächste Jahr.

Die Aeußerungen in der Correspondenz zwischen Heinsius und Wilhelm III. lassen erkennen, daß sie auch gegen den Kaiser Leopold zuweilen Vorwürfe erheben, als wirke er nicht genügend auf die Reichsfürsten ein. Aber es dürfte auf den jedesmaligen Fall ankommen zu ersehen, ob die Anklage begründet, oder wie sie zu verstehen. Heinsius fragte den Grafen Goes, warum der Kaiser nicht den Landgrafen von Hessen-Cassel heranziehe, der 13,000 Mann stellen könne. Goes erwiederte: „Aber er verlangt dafür Rheinfels, und das ist wider die Justiz." Heinsius versetzte: „In Kriegeszeiten muß man nicht so scharf darauf sehen." — Nach einer solchen Antwort ist seine Klage über den Kaiser bei Wilhelm III. eher begreiflich. „Der Kaiser, sagt er, weigert sich eine Sache zu thun, die ihm keinen Heller kosten, aber sehr im Interesse der Allianz sein würde" [1]).

Im Allgemeinen durften der Kaiser und die Seemächte bei dem Stande der Dinge im Herbste 1701 sich der Hoffnung hingeben, daß, nachdem nun die große Allianz geschlossen und somit der Stützpunct gegeben war, an welchen die Minder-Mächtigen sich anlehnen konnten, die Mehrheit der Reichsfürsten sich zum Beitritte entschließen werde. Freilich war auch die für Frankreich geneigte Minderheit eine sehr ansehnliche.

Dennoch wagte unter allen den deutschen Fürsten, die im Solde Ludwigs XIV. standen, im Laufe des Jahres 1701 nur ein Einziger Schritte solcher Art zu thun, daß sie mit dem Vorwande der Neutralität nicht mehr zu verhüllen waren. Es war der junge Kurfürst Joseph Clemens von Köln, derselbe, welchen dreizehn Jahre zuvor der Papst Innocenz XI. und der Kaiser Leopold entgegen den Planen Ludwigs XIV. auf den erzbischöflichen Stuhl von Köln erhoben. Aber

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 10. December, und die Correspondenz bei Grovestins t. VIII, p. 176 et suiv.

Digitized by Google

wir erinnern uns, daß bereits bei der Wahl in Lüttich, 1694, die franzöſiſch geſinnte Partei der Domherren für Joſeph Clemens ſtimmte. Als Inhaber von zwei ſo erheblichen Fürſtenthümern wie Köln und Lüttich, ſo wie noch dazu von Regensburg, zählte Joſeph Clemens zu den mächtigeren Ständen des Reiches.

Joſeph Clemens, unter der Leitung ſeines Geheimrathes Karg, folgte den Bahnen ſeines Bruders Max Emanuel von Bayern, oder vielmehr, er ging damals dem Bruder noch voran. Bereits im Frühlinge 1701 begann er Truppen zu werben. Daß dies nur für franzöſiſches Geld geſchehen konnte, durchſchauten ſowohl der Kaiſer, der König Wilhelm III., Heinſius, als das Domcapitel und die Landſtände von Köln. Dieſe Körperſchaften gingen nicht mit dem Kurfürſten. Das Capitel befragte ihn über den Zweck ſeiner Rüſtungen. Joſeph Clemens gab eine ausweichende Antwort; aber er bemächtigte ſich dann am 2. Juni der Stadt Zons, die von ſeinen Vorgängern dem Capitel verpfändet war. Das Capitel wandte ſich klagend an den Kaiſer. In Wien handelte es ſich nicht bloß um den einen Punct, ſondern um die Gefahr im Allgemeinen, die erwachſen würde, wenn, wie zu beſorgen ſtand, der Kurfürſt Joſeph Clemens ſeine drei feſten Plätze Bonn, Rheinberg und Kaiſerswerth an Frankreich überlieferte. Der Kaiſer ließ durch Goes und Wratislaw im Haag und in London kund thun, daß es beſſer ſei zuvorzukommen. Er ſei bereit, die pfälziſchen und die preußiſchen Truppen dort zur Beſetzung jener drei Plätze mit zu verwenden. Die notoriſche Thatſache der Werbungen des Kurfürſten mit franzöſiſchem Gelde, und die Beſchwerden des Capitels wider ſeine Eigenmacht und Willkür ſeien genügende Gründe [1]). So im Juni 1701.

Allein wir haben dagegen auch vernommen, daß der König Wilhelm III. jegliche Thätlichkeit ſo lange wie möglich zurückhalten wollte. Wie bei Max Emanuel, ſo zog er auch bei Joſeph Clemens vor, nochmals einen gütlichen Verſuch zu machen. Dem Wunſche des Königs gemäß ſchickte der Kaiſer den Biſchof von Raab nach Bonn, wie Wilhelm III. ſelber den Grafen Galway. Die Miſſion des erſteren durfte von vornherein als erfolglos angeſehen werden, weil er mit leeren Händen kam, um an Ehre, Recht und Pflicht zu mahnen. Galway

[1]) Protokoll der Miniſter-Conferenz vom 13. und 17. Juni.

Digitized by Google

dagegen war ermächtigt, ſeinen Gründen auch klingenden Nachdruck zu geben.

Der Inhalt der Unterredungen, die der Lord Galway mit dem Kurfürſten Joſeph Clemens pflog, läßt ſich klar wieder erkennen aus einem Schreiben, welches Galway einige Tage ſpäter an den Geheimenrath Karg richtete. Galway verweiſt darin auf das Ehrenwort, welches durch ihn der Kurfürſt dem Könige gegeben: er werde nicht geſtatten, daß die Franzoſen, unter welchem Vorwande immer es ſei, in ſeine Plätze einrücken. Galway mahnt abermals, daß der Kurfürſt die Erbietungen des Königs annehme, dadurch ſich ſelber und ſein Land ſicher ſtelle, zur Befriedigung ſeiner Unterthanen wie des geſammten Reiches, und namentlich des Kaiſers. So am 24. Auguſt [1]).

Die Antwort des Karg im Auftrage des Kurfürſten aus Bonn, vom 27. Auguſt, indem ſie über jenen Vorhalt des gegebenen Ehrenwortes ſchweigend hinweg geht, erkennt die Thatſache an. Sie verſichert dagegen: „Der Kurfürſt beharrt immer bei demſelben Entſchluſſe, den er Ihnen kund gegeben, nämlich ſich nicht einzulaſſen mit der einen oder der anderen Partei, ſondern lediglich auf die Bewahrung ſeiner Länder bedacht zu ſein, es ſei denn, daß man durch Verübung von Gewalt ihn zwinge dieſen Entſchluß zu ändern".

So nach der einen Seite. Nach der anderen Seite theilte am ſelben Tage Joſeph Clemens dem Prinzen Tſerklaes, franzöſiſch-ſpaniſchen General, das Schreiben Galways und die Antwort Kargs mit. Er ſagt darin, daß die Gegner, die mit einem Heere von 16,000 Mann Pfälzern und Brandenburgern bei Mühlheim am Rheine ſtehen, ihn zwingen wollen, durch einen Hülferuf an Frankreich ihnen den Vorwand zu geben, ſeine Plätze Bonn, Rheinberg, und Kaiſerswerth zu beſetzen. „Aber ich will nicht, ſagt er, der Urheber eines ſo gewaltigen Krieges ſein, wie er daraus entſpringen müßte, und daher bitte ich Sie und den Marſchall Boufflers um Rath, damit ich in keiner Weiſe die Intereſſen meiner Bundesgenoſſen, der beiden Könige, verwickele, wenn ich auch die eigenen ihnen zum Opfer bringe."

Die Unehrlichkeit des Joſeph Clemens und ſeines Berathers Karg liegt vor Augen. Dem Könige Wilhelm laſſen ſie durch Galway gerade

[1]) Pelet t. I, p. 487. Vom 24. Auguſt.

Digitized by Google

das Gegentheil der Wahrheit ſagen: vor den Franzoſen übertreiben ſie die Gefahr; denn weder nach der Haltung Wilhelms III. im allgemeinen, noch nach ſeinen beſonderen durch Galway gemachten Verſicherungen, ſtand zu erwarten, daß er damals, im Monate Auguſt, mit einer Thätlichkeit vorgehen würde, wie es den Wünſchen des Kaiſers allerdings entſprochen hätte. In Betreff der Uebertreibung nach der franzöſiſchen Seite hin, erwiederte Boufflers, daß nach ſeinen Nachrichten von verſchiedenen Seiten her das Lager bei Mühlheim nicht aus 16,000, ſondern aus 3000 Mann beſtehe. — Es fragt ſich demnach um das eigentliche Ziel für Joſeph Clemens und Karg. Jener faßt ſelber die Summe ſeines Briefes zuſammen in die Worte: Après cela, Monsieur, je réitère mes prières, qu'au nom de Dieu les quarante mille écus du roi me soient au plus tôt comptés, afin de pouvoir achever mes levées, et qu'on me tienne plus exactement parole pour les subsides de tous les mois [1]).

Es iſt nicht anzunehmen, daß der Marſchall Boufflers, den jene beiden Perſönlichkeiten um Rath fragten, das eigentliche Ziel derſelben nicht durchſchaut habe. Er nutzte die angebliche Furcht aus in ſeiner Weiſe. Um ſo mehr, erwiederte er, ſei es nöthig, daß der Kurfürſt in ſeine Plätze Bonn und Rheinberg franzöſiſche Beſatzung einnehme; denn dann könne er den Drohungen ſeiner Feinde und des Domcapitels trotzen. Boufflers ließ zu dieſem Zwecke ein Corps nach Schleiden vorrücken. Indem er dem General Tallard den betreffenden Befehl ertheilte, fügte er noch einen anderen Grund hinzu. „Das Corps muß in dieſer Nähe für den Kurfürſten bereit ſtehen, ſagte er, damit er nicht eine Gelegenheit finde zu behaupten: man habe ihn verlaſſen" [2]).

Dieſe letzte Beſorgnis des Marſchalls Boufflers war am wenigſten gegründet. Denn zugleich entwickelte ſich die Differenz des Kurfürſten Joſeph Clemens mit dem Domcapitel und den Landſtänden immer heftiger. Er berief auf den 18. Auguſt einen Landtag nach Bonn. Er forderte dort durch ſeinen Kanzler Bewilligungen, um für das Land den Frieden aufrecht zu halten. Er redete von Neutralität und

---

[1]) Pelet t. I, p. 485. — Jene Erwiederung von Boufflers p. 488.
[2]) A. a. O. p. 490. Vom 30 Auguſt.

Digitized by Google

Aſſociation: nur darum, ſagte er, ſei es ihm zu thun. Das Domcapitel erwiederte, daß die ohne Zuſtimmung der Landſtände geſchehenen Werbungen einen Bruch der Landesverträge enthielten. Die anderen Landſtände waren nicht geneigter. Der Kurfürſt drohete: er verlange zwölf Steuer-Simpla; wenn man ſie nicht in Güte bewillige, ſo werde er ſie durch militäriſche Execution beitreiben. Der Landtag beſchloß nicht zu bewilligen [1]).

Wir ſehen, daß die Nachahmung Ludwigs XIV. auf kleinem Fuße in Kurköln noch nicht in ſolcher Weiſe gelungen iſt wie in Kurſachſen, Kurbayern oder Kurbrandenburg. Die Kraft des Widerſtandes gegen die fürſtliche Willkür iſt in den berechtigten Körperſchaften noch nicht zerſetzt und aufgelöſt: ſie haben noch den Muth dem Unrechte entgegen zu treten. Es findet demnach im kurkölniſchen Lande principiell derſelbe Kampf ſtatt wie derjenige, welchen England unter den Stuart-Königen durchgemacht. Joſeph Clemens ſucht das franzöſiſche Königthum nachzuahmen, wie Carl II. und Jacob II. Um das zu können, ergibt er ſich in den Dienſt des Königs von Frankreich und nimmt Geld von ihm. Er findet von Seiten der berechtigten Körperſchaften principiell denſelben Widerſpruch, wie Carl II. und Jacob II. bei ihrem Parlamente. Dann jedoch tritt die Verſchiedenheit der Entwickelung hervor. England iſt eine Inſel, ſicher gegen den Einmarſch franzöſiſcher Soldaten. Der breite Waſſergürtel, der England umringt, hat erheblich beigetragen die Freiheit dort zu bewahren. Darum konnte England ſeinen Kampf gegen die Uebergriffe des Königthumes der Stuart auf eigenem Boden durchführen, bis wieder eben dasſelbe Waſſer dem Oranier diente, Hülfe zu bringen wider jenes Königthum. Das arme Kurköln war nicht eine Inſel. Die Truppen Ludwigs XIV. ſtanden zum Einmarſche bereit. Es bedurfte für ſie nur noch des Rufes von Joſeph Clemens. Und dieſer Ruf war, ſeit dem Beginne der offenen Gewalt wider die Rechte ſeiner Unterthanen und der Körperſchaften, welche ſie vertraten, nur noch eine Frage der Zeit.

Zunächſt erfolgte ein Schriftenwechſel. Das Domcapitel legte den Verlauf der Sache öffentlich dar, und Joſeph Clemens antwortete. Die Ueberlegenheit der Gründe war unverkennbar auf Seiten des

[1]) Lamberty t. I, p. 665.

Digitized by Google

Capitels, weil Joseph Clemens die für ihn entscheidende Thatsache, sein Bündnis mit Ludwig XIV., noch nicht eingestehen durfte, und darum, wie in der ganzen Angelegenheit, die Wahrheit umging. Das Domcapitel dagegen sprach sie um so offener aus. „Es ist ja leider nur allzu bekannt, sagt es, woher das Geld, welches gedient hat die Werbungen zu beginnen. Die Bedingungen jedoch, unter denen es geschehen, stellen wir Gott und dem Gewissen E. K. D. anheim; denn Sie wissen am besten, was bei Ihrer letzten Anwesenheit in Brüssel vorgegangen ist" [1]). Joseph Clemens erwiederte, daß er eine Mitregierung des Capitels zurückweise, und die ihm nicht bewilligten Steuern mit Gewalt eintreiben werde.

Die französischen Heerführer Boufflers und Tallard tauschten unterdessen ihre Meinungen aus, im September, ob sie es wagen dürften in Lüttich einzurücken. Sie suchten sich gegenseitig einzureden, daß die Holländer diese Stadt bedroheten [2]). Da Wilhelm III. und die Republik im Jahre 1701 noch nicht beginnen wollten, so war dieser Vorwand nichtig. Aber auch Ludwig XIV. seinerseits gab die Erlaubnis nicht. Er hatte noch nicht die Kunde der großen Allianz vom 7. September und hielt darum den Krieg mit den Seemächten noch nicht für unabwendbar.

Im Laufe des Monates October behauptete Joseph Clemens in Bonn sichere Nachricht zu haben, daß im Haag der Plan erwogen werde, seine Festungen Rheinberg und Kaiserswerth zu besetzen. Wir erinnern uns, daß der Kaiser schon im Juni sich für diesen Plan ausgesprochen hatte, daß er dagegen bei Wilhelm III. keine Zustimmung fand. Dieselben Gründe galten aber bei ihm auch noch im October: er wollte nicht eher anfangen als bis er die Grenzen der Republik gesichert wußte. Mochte Furcht, mochte Geldgier das vorherrschende Motiv bei Joseph Clemens sein: seine Behauptung war übertrieben. Er wandte sich abermals um Rath an den Prinzen Tserklaes und durch ihn an Boufflers. Er wage nicht, sagte er, die Hülfe des Königs von Frankreich anzurufen, weil er dadurch den König in die Lage bringe, dem gesammten römischen Reiche einen Vorwand wider

[1]) Lamberty t. I, p. 670. Vom 16. September 1701.

[2]) Polet t. I, p. 503 et suiv.

Digitized by Google

ihn zu geben. So am 18. October [1]). — Boufflers ertheilte ihm sofort den Rath, den König dennoch um die Besetzung seiner Plätze zu bitten. Joseph Clemens konnte sich noch nicht entschließen. Er hatte sich seit langen Monaten mit der Absicht des Verrathes an seinem Vaterlande getragen, und nun, wo die Aufforderung zur That offen an ihn herantrat, scheute er dennoch zurück. Er wolle, erwiederte er, wenn einer seiner drei Plätze in die Gewalt der Gegner geriethe, die zwei anderen für Frankreich eröffnen [2]).

Dies Zugeständnis entsprach nicht den Wünschen des Marschalls Boufflers. Er verfaßte einen ausführlichen Bericht darüber an Ludwig XIV. Er legte dar, wie wichtig es sein würde das ganze kurkölnische Land zu besetzen. „Die Plätze des Kurfürsten von Köln, sagt er, schneiden tief in Norddeutschland hinein. Sie eröffnen uns den Uebergang über den Rhein, die Verbindung mit dem Kurfürsten von Bayern, mit den Herzögen von Sachsen-Gotha und von Wolfenbüttel. Wenn Ew. Majestät diese sämmtlich mit Nachdruck unterstützen: so halten Sie dadurch die Mehrzahl der Reichsfürsten in Schach. Wenn Ew. Majestät ihnen dann für den Fall, daß sie sich für die Ansprüche des Kaisers nicht betheiligen, Frieden und Ruhe in Aussicht stellen: so werden sie sich zweimal besinnen, bevor sie sich zu Gunsten des Kaisers erklären. Besetzen dagegen die Holländer das kurkölnische Gebiet: so sind alle Rhein-Uebergänge uns versperrt, unsere Bundesgenossen ohne die Hoffnung einer Hülfe von uns abgeschnitten, unsere Gegner ohne die Furcht einer Züchtigung von uns. Dann werden alle den Verheißungen oder Drohungen des Kaisers weichen" [3]).

Und hier nun ist es von besonderer Wichtigkeit, die Antwort Ludwigs XIV. und die darin ausgesprochenen Motive zu beachten.

Ludwig XIV. stimmte den Ausführungen des Marschalls Boufflers nicht zu. Er fand vielmehr den Vorschlag des Kurfürsten Joseph Clemens vortheilhafter und vernünftiger. Die Besetzung der drei Plätze, sagte er, erfordere allzu viele Truppen, und noch dazu seien alle drei in schlechtem Stande. „Ferner, fährt er fort, würde eine solche Besetzung

[1]) Pelet t. I, p. 522.
[2]) A. a. O. p. 132.
[3]) A. a. O. p. 134. Vom 28. October.

Digitized by Google

für ganz Europa den Anlaß geben zu behaupten, daß ich den Krieg angefangen, und für das Reich den Vorwand auf die Seite des Kaiſers zu treten. Nach der Abwägung aller Gründe für und wider glaube ich daher, daß das beſte Auskunftsmittel ſein würde, mit den Fürſtenthümern Köln und Lüttich einen Neutralitäts-Vertrag abzuſchließen, vorausgeſetzt, daß der Kaiſer, das Reich und Holland beiträten. Ich ſchreibe an meinen Geſandten Desalleurs in Bonn, daß er dem Kurfürſten dieſen Vorſchlag machen, auch das Capitel zum Beitritte auffordern ſoll. Das gereicht beiden Parteien zum Vortheile, und iſt das einzige Mittel ihr Land zu bewahren. Zugleich finde ich dabei den meinigen; denn, wenn der Vertrag zu Stande kommt, ſo kann ich die Truppen, deren der Kurfürſt nicht mehr bedarf, in meinen Dienſt übernehmen, und mich dadurch für die Ausgaben entſchädigen, die ich für die Errichtung derſelben gemacht. Die Reichsfürſten und die Holländer, ſo wie Europa überhaupt, werden aus dieſem Vorſchlage die Aufrichtigkeit meiner Abſichten und meine Wünſche für den Frieden erkennen. Wenn das auf ſie keinen Eindruck macht, wenn ſie dagegen die Abſicht haben gegen mich oder gegen meinen Enkel Krieg zu erheben: ſo haben Sie Ihrerſeits geſchehen zu laſſen, daß man von dort aus beginnt, und feſtzuhalten an dem Vorſchlage, den der Kurfürſt von Köln gemacht hat, Ihnen zwei ſeiner Plätze zu eröffnen, ſobald der dritte angegriffen würde." So Ludwig XIV. am 31. October 1701.

Die merkwürdige Kundgebung führt uns zurück auf das allgemeine Verhältnis, auf die Stellung des Königs gegenüber den drei Großmächten der Allianz.

Zunächſt liegt vor Augen, daß Ludwig XIV., indem er auch nicht mit Einem Worte der großen Allianz gedenkt, beim Abfaſſen ſeines Schreibens am 31. October, von dieſer Allianz noch keine Kunde gehabt haben kann. Darum hofft er noch auf die Erhaltung des Friedens.

Es iſt von beſonderer Wichtigkeit, daß er am ſelben Tage, dem 31. October 1701, dieſer Hoffnung auch noch nach einer anderen Seite hin Ausdruck gegeben hat, nämlich gegenüber ſeinem Enkel in Spanien.

Wir haben die weitere Entwickelung des Verhältniſſes zu demſelben im Jahre 1701 zu beleuchten, und in Anlaß deſſen das merkwürdige Schreiben vom 31. October 1701 hervorzuheben.

Digitized by Google

Der Vorſchlag Louvilles, daß Ludwig XIV., um dem Zuſtande der Langeweile und des Heimwehs bei ſeinem Enkel in Spanien ein Ende zu machen, die Heirath mit Marie Louiſe von Savoyen beſchleunigen möge, fand in Verſailles nur eine halbe Zuſtimmung. Im Sommer 1701 wuchs in Verſailles das Mistrauen wider Victor Amadeus ſo ſehr, daß Ludwig XIV. dem ſpaniſchen Geſandten Caſtel Rodrigo in Turin den Befehl gab die Unterhandlung in der Schwebe zu laſſen. Er erhielt die Antwort, daß alles abgeſchloſſen ſei. Der Großvater ſetzte den Enkel davon in Kenntnis, mit dem Bemerken, daß etwaige Hinderniſſe der Ausführung ihm nicht unlieb ſein würden. So am 29. Juli [1]).

Inzwiſchen fand Louville noch einen anderen Rath für Philipp V., nämlich im nächſten Feldzuge ſelber nach Italien zu gehen und die Königreiche dort zu erſtreiten. Philipp V. ging ein. Er meldete dieſen ſeinen Wunſch dem Großvater und erhielt ſofort deſſen Erlaubnis und Zuſtimmung, ſo ſehr, daß Ludwig XIV. ſich bald gewöhnte den Gedanken als ſeinen eigenen zu betrachten [2]). Denn am 7. Auguſt ertheilt er die Erlaubnis: am 21. ſchreibt er in dem bereits früher erwähnten Briefe: „Ihre Bereitwilligkeit auf meine Rathſchläge einzugehen, erhöht die meinige, ſie Ihren Intereſſen entſprechend zu geben. Derjenige, im nächſten Frühlinge nach Italien zu gehen, wird ſicherlich nach Ihrem Geſchmacke ſein. Ich halte dieſe Reiſe im Falle der Fortdauer des Krieges für nothwendig; jedoch wünſche ich, daß er mit dieſem Feldzuge ende. Ich hoffe es, wenn der Marſchall Villeroy meine Befehle ausführt, wie ich Grund habe anzunehmen“ [3]).

Da dieſe Hoffnung inzwiſchen bei Chiari nicht in Erfüllung ging, ſo war die Reiſe Philipps V. nach Italien im Frühlinge 1702, um dort den Feldzug mitzumachen, zwiſchen dem Großvater und dem Enkel eine beſchloſſene Sache [4]).

Zunächſt jedoch kam die Heirath. Nachdem Caſtel Rodrigo gemeldet, daß es ihm nicht mehr möglich dieſe Angelegenheit noch wieder

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 189.
[2]) A. a. O. p. 191 und 192.
[3]) A. a. O. p. 192.
[4]) A. a. O. p. 196.

Digitized by Google

rückgängig zu machen, mußte auch Ludwig XIV. ſich fügen, und ſchrieb ſeinem Enkel: „Ich habe dem Marquis Caſtel Rodrigo befohlen Ihre Heirath abzuſchließen. Sie werden die Gründe dafür erfahren: die Einzelnheiten hier zu erklären, würde mich zu weit führen".

Nachdem die Trauung durch Procuration vollzogen war, begab ſich die erſt dreizehnjährige Königin Marie Louiſe auf die Fahrt. Die Seereiſe erſchien indeſſen zu beſchwerlich: von Marſeille aus fuhr ſie zu Lande, im October 1701. Philipp V. begab ſich gleichzeitig nach Barcelona, wo er die Cortes von Catalonien zuſammen berief. Sie waren unter den Spaniern die wenigſt willfährigen für die franzöſiſche Herrſchaft; aber ſie fügten einſtweilen ſich widerſtrebend, weil ihnen nichts anderes übrig blieb.

Als die Geſandten Philipps V. in Montpellier vor der jungen Königin erſchienen, waren ſie erſtaunt, anſtatt eines Kindes, wie ſie gedacht, eine fertige Perſönlichkeit zu finden, anmuthig und blühend, lebhaften Geiſtes und ſcharfen Verſtandes. Sie führte mit ſich jene Dame, welche Harcourt in Verſailles empfohlen, die damals verwitwete Prinzeſſin von Orſini. Berühmt wegen einſtiger Schönheit, verzichtete ſie auch im Jahre 1701 noch nicht auf die dafür ihr dargebrachte Huldigung. Mehr indeſſen mochte ſie vertrauen auf ihre erprobte Gewandtheit und Ueberlegenheit. Vor dem Betreten der Grenze Spaniens, in dem letzten franzöſiſchen Dorfe, wurde auf ſpaniſchen Befehl, ungeachtet aller Bitten und Thränen, der geſammte ſavoyiſche Hofſtaat entlaſſen, und nur die Prinzeſſin Orſini begleitete die Königin nach Piguieres, wo Philipp V. mit einem neuen Hofſtaate der Königin harrte [1]).

Aber Marie Louiſe war wie Adelaïde von Bourgogne die Tochter des Herzogs Victor Amadeus, von dem Vater ausgerüſtet mit ſeinen Inſtructionen. Bereits am nächſten Morgen ward dem neuen Hofe kund, daß zwiſchen den beiden neuen Gatten nicht eine volle Uebereinſtimmung herrſche, und Louville brachte ſehr bald heraus, daß das erſte Beiſammenſein eine ſehr ſtarke politiſche Färbung getragen habe. Der

[1]) So wird poſitiv berichtet in den Mémoires de Louville t. I, p. 206. Andere Nachrichten ſagen, daß die Rückſendung erſt ſpäter, vom ſpaniſchen Boden aus, geſchehen ſei. Auch ſcheinen die Worte Ludwigs XIV. darüber vom 13. November 1701, in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 77, anzudeuten, daß die Rückſendung geſchehen müſſe, alſo noch nicht ſtattgefunden habe. Aber Louville war anweſend und betheiligt.

Lage der Dinge gemäß ging die Vermuthung dahin, daß der Herzog Victor Amadeus, dem für ſeinen Plan des Ueberganges zu der großen Allianz die Anweſenheit ſeines Schwiegerſohnes in Italien unerwünſcht, durch ſeine Tochter Marie Louiſe das Verlangen des Verzichtes auf dieſe Reiſe in ſehr eigenthümlicher Weiſe hatte ſtellen laſſen [1]).

Philipp V. indeſſen hatte ſich an das Feſthalten des Reiſeplanes ſchon gewöhnt gegenüber den Miniſtern in Madrid, denen eine ſolche Unternehmung nicht der ſpaniſchen Tradition zu entſprechen ſchien. Er blieb dabei. Nicht minder aber beſaß Marie Louiſe ihren Willen. Sie verlangte, daß der Plan aufgegeben werde.

Man berichtete die Sachlage dem Könige in Verſailles. Die Briefe indeſſen reichten nicht: Louville ward zum Zwecke des mündlichen Berichtes dahin entſendet.

Demgemäß ertheilte der Großvater dem Enkel die Weiſungen, wie er ſeine junge Frau zu behandeln habe. Er ſtellte ihm das Beiſpiel ſeines Vorgängers auf dem Throne von Spanien vor Augen. Das Schreiben läßt eine ſtarke Beſorgnis durchblicken, daß der junge König weichen werde, nicht Marie Louiſe [2]).

Es iſt kaum anzunehmen, daß das Schreiben vom 13. November erheblich eingewirkt habe; denn noch für längere Zeit blieb das Verhältnis dasſelbe. Die Löſung der Frage ergab ſich auf eine andere Weiſe. Im Beginne des Jahres 1702 erkrankte Philipp V. an den Blattern, und gab dadurch der Königin den Anlaß ihn zu pflegen. In Folge deſſen ward das Verhältnis hergeſtellt [3]). Marie Louiſe ließ ihren Einſpruch gegen den Reiſeplan fallen.

Wie dieſer Plan, wenn auch von Philipp V. ausgegangen, dennoch abhing von der Erlaubnis Ludwigs XIV., ſo auch die Art und Weiſe der Ausführung. Ludwig XIV. hatte anfänglich den Termin auf den Monat Mai 1702 geſetzt. Er rückte ihn dann näher auf den Monat März 1702, mit der Bemerkung für Philipp V.: „Ich glaube dadurch, daß ich den Termin um zwei Monate eher ſtelle, Ihnen ein Vergnügen zu machen“ [4]). Kurz Ludwig XIV. redet zu dem neuen Könige von

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 206.
[2]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 78.
[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 210.
[4]) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 73.

Digitized by

Spanien in Betreff ſeiner Perſon in einer Weiſe, welche für den Enkel die Möglichkeit eines abweichenden Willens nicht zuläßt.

Aber die Perſon Philipps V. war nicht die ſpaniſche Monarchie. Es kam darauf an, ob oder in wie weit Ludwig XIV. auch über dieſe verfügen könne.

Unzweifelhaft trug im Sommer 1701 nicht Spanien, ſondern Frankreich die Laſt des Krieges in Italien. Ein Krieg nach den anderen Seiten hin erſchien in den Augen Ludwigs XIV. damals noch nicht unvermeidlich. Aber wenn man auch nur den Krieg in Italien in Betracht zog, ſo galt es in Verſailles unbillig, daß Frankreich dieſe Bürde tragen ſolle ohne jegliche Ausſicht auf einen Vortheil. Es erhob ſich daher die Meinung, daß Philipp V. die ſpaniſchen Niederlande an Frankreich abtreten werde. Gerüchte dieſer Art waren bereits im Juli 1701 in Paris allgemein verbreitet. Man behauptete, die Ceſſion ſei bereits vor dem Aufbruche des Herzogs von Anjou nach Spanien geſchehen. Die Meinung ward unterſtützt durch die kundbare Thatſache, daß in Belgien alles auf franzöſiſchem Fuße eingerichtet wurde, namentlich das Steuerweſen, und daß dieſes dadurch für Ludwig XIV. ungleich ergiebiger wurde als einſt unter der milden Herrſchaft der ſpaniſchen Habsburger [1]).

In Wirklichkeit beſtand nicht eine ſolche Uebereinkunft, wie man vermuthete. Die Sache kam ſogar bis tief in das Jahr 1701 nicht zur Sprache. Je länger aber, wider die Erwartung Ludwigs XIV., der Krieg in Italien dauerte, je mehr Verluſte und Nachtheile er für Frankreich brachte: deſto feſter mochte ſich die Meinung einwurzeln, daß die Ceſſion Belgiens eine natürliche Entſchädigung ſei für die geleiſtete Hülfe. So der Gedankengang in Verſailles.

Aber es fragte ſich, ob demſelben auch derjenige der Spanier entſprach. An der Stelle Harcourts, den ſeine andauernde Kränklichkeit unfähig gemacht, hatte Ludwig XIV. ſeinem Enkel den Grafen Marſin als Botſchafter zugeſendet. Der Herzog von Beauvilliers bezeichnet ihn in einer Empfehlung als fromm, ehrenhaft, geiſtig wohl befähigt, nicht neidiſch [2]). Torcy erhielt den Auftrag bei Marſin über

[1]) Sinzendorfs Berichte aus Paris, im Juli 1701.

[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 173.

Digitized by Google

jene Abtretung anzufragen. Marſin erwiederte: der franzöſiſche Vorſchlag trage in ſich eine Reihe von Uebelſtänden. Philipp V., anſtatt aus ſich einen ſo wichtigen Entſchluß wie denjenigen der Abtretung Belgiens faſſen zu können, vermöge nicht einmal eine ſolche Sache in Spanien anzuregen. Mit Ausnahme von Philipp V. ſelbſt und den Franzoſen ſeiner Umgebung, würde Niemand dort einen ſolchen Vorſchlag als begründet und gerechtfertigt anerkennen. Die Uebelgeſinnten könnten die Anklage erheben, daß Frankreich keine andere Abſicht habe als die Monarchie zu eigenem Nutzen zu zerſtückeln. Die nationale Eiferſucht würde ſich mit Ungeſtüm dagegen erheben. Den Feinden dagegen böte der Vorſchlag einen einleuchtenden Vorwand zu Invectiven wider Frankreich. Demgemäß erhebe ſich die Gefahr, daß daraus ein hartnäckiger Krieg entbrenne, der alle Mächte mit hineinreißen würde, auch diejenigen, welche bis dahin noch keine Partei genommen [1]).

Es iſt zu bemerken, daß dieſe Antwort Marſins geſchrieben iſt am 16. October 1701, zu einer Zeit wo er, wie auch aus dem Inhalte ſich ergibt, von dem Abſchluſſe der großen Allianz und demgemäß von dem Aufſteigen des allgemeinen Kriegsgewitters noch keine Kunde hatte.

Um ſo nachdrücklicher mußte ſeine Antwort, vom 18. October 1701, in Verſailles einſchlagen. Denn wenn auch Ludwig XIV. ſelber die wider ihn geſchloſſene Allianz noch nicht kannte, den allgemeinen Krieg daher noch nicht als unvermeidlich anſah: ſo lag doch die Beſorgnis desſelben ihm nahe. Und nun ward ihm klar und offen verkündet, daß, was immer geſchehe, Frankreich weder für die Opfer des bereits in Italien entbrannten Krieges, noch auch für die ungleich größeren, die ein etwaiger allgemeiner Krieg erfordern werde, von Spanien her irgend eine Entſchädigung zu erwarten habe, ja daß die Forderung einer ſolchen Entſchädigung die Spanier dem Gegner zutreiben werde. Da Ludwig XIV. dieſe Entſchädigung verlangte, da ſie dann ihm abgeſchlagen wurde: ſo hatte er augenſcheinlich ſich verrechnet.

Vor den Augen des nun dreiundſechszigjährigen Königs ſtieg eine furchtbare Ausſicht empor. Nachdem er mit dem Aufwande unendlicher Liſt die erſte Allianz ſeiner Gegner zerſetzt und aufgelöſt, nachdem er

[1]) Flassan: la diplomatie française t. IV, p. 226.

Digitized by Google

die Krone Spaniens auf das Haupt eines ſeiner Enkel gebracht, hatte er gehofft im Vollbewußtſein der Macht des Hauſes Bourbon, gegen welche die vereinzelten anderen Souveräne nicht wagen würden ſich zu erheben, die letzten Tage ſeines Lebens als der Meiſter Europas in Frieden verbringen zu können. Statt deſſen eröffnete ſich ihm der Blick auf einen neuen großen Krieg, ſehr verſchieden von den früheren. Damals winkten ihm Eroberungen für Frankreich, und zwar an der ſpaniſchen Monarchie. In dem Kriege, der im October 1701, wenn auch nach ſeiner damaligen Kenntnis nur erſt möglich und wahrſcheinlich ihm bevorſtand, würde Frankreich alle ſeine Kraft einzuſetzen haben, nicht um etwas für ſich zu gewinnen, ſondern um im günſtigſten Falle den Beſitzſtand der Krone Spanien zu erhalten wie er war. Frankreich ſollte ſich ſchlagen für Spanien, mit geringer Mitwirkung der Spanier ſelbſt, und faſt ohne ihren Dank. So unbeſchränkt Ludwig XIV. über die Kräfte Frankreichs verfügte: es war doch ſein Königreich, und die Härte der Zumuthung, welche aus der Verwickelung der Dinge an dasſelbe herantrat, lag ſchwer auf ihm.

Wie Ludwig XIV. ſeit der Annahme des ſpaniſchen Teſtamentes nach allen Seiten, freilich in ſeiner Weiſe, bemüht geweſen war, den Krieg zu verhindern, ihn unmöglich zu machen: ſo ward der Wunſch den Frieden zu erhalten, in Folge der Antwort Marſins bei ihm noch ungleich dringender. Er glaubte ein Mittel dadurch zu finden, daß Spanien die für die Erhaltung des Friedens erforderlichen Opfer darbringe. Wenn Spanien ſich weigere Belgien als Lohn für die Kriegesopfer an Frankreich abzutreten: ſo könne es doch, meinte Ludwig XIV., Belgien hingeben als den Preis des Friedens. Um auf Spanien in dieſem Sinne zu wirken, legte Ludwig XIV. ſeinem Enkel die geringen Leiſtungen von jener Seite dar. Alle die Klagen, welche wir während des vorigen Krieges von Wilhelm III. und Heinſius über die Ohnmacht und Thatloſigkeit Spaniens vernommen, wurden nun, noch vor dem neuen Kriege, erhoben von Ludwig XIV.

Hier nämlich gelangen wir an das andere Schreiben vom 31. October, das Seitenſtück zu demjenigen vom ſelben Datum an Boufflers, in welchem Ludwig XIV. ſeine Hoffnung ausſprach, daß die Republik Holland und die Reichsfürſten ſeine Friedenswilligkeit anerkennen würden. Die beiden Schreiben verhalten ſich daher ergänzend

Digitized by Google

und gegenſeitig beleuchtend zu einander. Gewichtiger jedoch noch iſt dieſes zweite, welches Ludwig XIV. durch Marſin an ſeinen Enkel in Madrid gelangen ließ. Und daher haben wir den Wortlaut des merkwürdigen Actenſtückes zu vernehmen [1]).

„In Spanien mangelt durchaus das Geld auch für die nothwendigſten Aufgaben. Weder für den Krieg in Italien, noch für die Erfüllung der Verträge, noch für neue Allianzen läßt ſich etwas zuſammenbringen. Nach dem Verhalten der Spanier ſollte man meinen: es handele ſich um Länder, deren Behauptung für ihre Monarchie völlig gleichgültig ſei. Ja ſie fügen ſich nur mit unverkennbarem Verdruſſe darein, daß ich in den Niederlanden einige Ordnung ſchaffe. Kurz, ich trage nach allen Seiten die Koſten des Krieges, mit unermeßlichen Ausgaben wegen der Entfernung des Schauplatzes, und, anſtatt von Spanien her einige Hülfe für den Schutz der eigenen Länder der Krone zu erhalten, erfahre ich von dort her nur Widerſpruch gegen Alles was ich zu ihrem Beſten thue. Obwohl der Eifer meiner Unterthanen für mich keine Grenzen kennt, ſo werden ſie doch zuletzt in ihren Mitteln darauf ſtoßen. Ich darf es nicht auf dies Aeußerſte ankommen laſſen, weder für mich noch für ſie, und es hieße den König von Spanien täuſchen, wenn ich ihn über den wahren Stand ſeiner Angelegenheiten nicht rechtzeitig in Kenntnis ſetzte. Es iſt Zeit, daß Sie ihm eröffnen und zwar ihm allein, daß bisher nur meine Liebe für ihn den Ausſchlag gegeben, und daß dieſe Liebe mich bewogen, für den Schutz ſeiner Länder die äußerſten Anſtrengungen zu machen, ferner, daß ich wünſchte ſie fortſetzen zu können, und daß ich es thun würde mit demſelben Nachdrucke, den ich von Seiten Spaniens für meine Unterſtützung darin entwickelt zu ſehen hoffe. Allein mein Enkel muß wiſſen, daß Spanien mir eine ſolche Unterſtützung nicht gewährt, ja, daß auch nicht einmal eine Ausſicht für eine ſolche Gewährung in der Zukunft ſich eröffnet, weder in Betreff der laufenden Ausgaben, noch des Erſatzes für diejenigen, die ich bereits gemacht. Sie werden dabei meinen Enkel hinweiſen auf die ſchwere Bürde des Krieges in Italien, auf die beträchtlichen Summen, welche dieſer Krieg meinem Königreiche entzieht, auf die große Zahl Menſchen, die er verſchlingt. Ich hatte

[1]) Es ſteht in Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 74.

Digitized by Google

dies vorher geſehen, bevor ich meine Truppen dahin entſendete. Dennoch hat mich dieſe Erwägung nicht zurückgehalten, weil ich damals der Anſicht war, daß zur Vertreibung der Deutſchen aus Italien ein Feldzug genügen würde. So wie indeſſen jetzt dort die Dinge liegen, muß man gefaßt ſein auf einen langen Krieg, der nicht durch meine Streitkräfte allein ausgeführt werden kann. Denn da ich genöthigt bin, auch noch andere bedeutende Heeresmaſſen am Rheine und in den Niederlanden aufrecht zu halten: ſo hieße das Frankreich zu Grunde richten, ohne Spanien zu retten."

„Daher müſſen wir nothwendig auf Mittel ſinnen, um zu einem ſchleunigen Frieden zu gelangen. Ich ſehe mit ſchmerzlichem Bedauern, daß er durch die Abtretung einiger Länder der ſpaniſchen Monarchie erkauft werden muß. Aber es iſt unvermeidlich zu dieſem Entſchluſſe zu kommen. Nur muß man ihn im tiefen Geheimniſſe halten. Denn, würde er bekannt, ſo würden die Feinde, um Nutzen davon zu ziehen, ſich in Betreff des Friedens um ſo ſchwieriger beweiſen, und Vortheile verlangen, die der König von Spanien nicht bewilligen dürfte."

Es iſt bemerkenswerth, daß auch dieſes Schreiben keine Spur enthält, daß Ludwig XIV. beim Abfaſſen desſelben die Allianz vom 7. September bereits gekannt habe. Das Gerücht einer Allianz war allerdings bereits ſeit dem 18. October in Verſailles, aber ſo unbeſtimmt, daß man nicht einmal wußte, ob ſie nur defenſiv, oder auch offenſiv ſein würde [1]).

Der Kern dagegen des Schreibens iſt, daß Ludwig XIV. wünſcht den Frieden zu erhalten und als das Mittel dazu angibt einige Abtretungen von Seiten Spaniens. Die Frage alſo iſt, ob er in dieſer Richtung weitere Schritte gethan habe.

Es erhob ſich allerdings im November 1701 das Gerücht, daß der König von Frankreich im Haag Erbietungen gemacht habe. Auf die Anfrage der kaiſerlichen Geſandten Goes und Wratislaw verneinte der Rathspenſionär in beſtimmter Weiſe, mit dem Hinzufügen, daß ja auch die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als König von England jegliches weitere Verhandeln abſchnitte [2]).

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 217.

[2]) Bericht vom 25. November.

Digitized by Google

Ludwig XIV. ſelbſt freilich, welcher nun volle ſechs Wochen nach ſeiner Anerkennung des Prinzen in St. Germain, in jenem Schreiben an Philipp V. ſeine Bereitwilligkeit zu Ceſſionen für den Frieden ausgeſprochen, kann die Thatſache dieſer Anerkennung ſich damals nicht als ein unüberſteigliches Hindernis gedacht haben. Das andere Hindernis, den Beſtand der Allianz, kannte er noch nicht. Aber auch über das dritte Hindernis ſcheint er ſich bei der Abfaſſung jenes Schreibens noch nicht klar geweſen zu ſein. Dieſes dritte Hindernis beſtand in der Abneigung der Spanier gegen ſeine Vorſchläge. Eben ſo wenig, wie Marſin und Philipp V. es wagten eine Abtretung von Belgien an Frankreich in Madrid zur Sprache zu bringen, eben ſo wenig konnten ſie folgerecht überhaupt von irgend einer Abtretung dort reden. Die Monarchie in ihrer Geſammtheit war die Loſung, von welcher die Spanier ſelbſt nicht wichen, von welcher ſie aber auch für Frankreich ein Abweichen nicht geſtatteten.

Und dies führt uns zurück zu jenem Schreiben Ludwigs XIV. nach Spanien hin, vom 31. October 1701. Es iſt für die Kenntnis dieſes Motors der Unruhen von Europa, ſeiner Stellung mitten in denſelben, und namentlich ſeines Verhaltens für die Folgezeit eines der wichtigſten, die er geſchrieben, reich an beſonderen Aufſchlüſſen.

Blicken wir zurück.

Es iſt noch nicht ein volles Jahr vergangen, ſeitdem Ludwig XIV. das unheilvolle Teſtament angenommen, welches im Vertrauen auf dieſe Annahme der kurzſichtige Spanier Portocarrero ſeinem ſterbenden Könige abgetrotzt. Damals glaubten Portocarrero wie Ludwig XIV. durch das Teſtament, wie durch die Annahme zugleich den Frieden zu erhalten und den Beſitz zu ſichern. Es iſt anders gekommen. Der Krieg brennt bereits in Italien, er droht auch nach anderen Seiten ſich zu entzünden. Ludwig XIV. wünſcht zuvorzukommen. Er möchte den Krieg in Italien löſchen, die Funken desjenigen von anderen Seiten erſticken, bevor ſie ausſchlagen. Er iſt zu dieſem Zwecke bereit zu Abtretungen von Ländern der ſpaniſchen Monarchie. Mit anderen Worten, er will zurückkehren zu dem Gedanken einer Theilung der ſpaniſchen Monarchie. Denn Ludwig XIV. iſt nicht befangen in dem dünkelhaften National-Vorurtheile der Spanier, daß die ganze Monarchie beiſammen bleiben müſſe.

Allein hier kommt die Kehrſeite der Sache. Die Spanier kranken an dieſem Dünkel. Dies nationale Vorurtheil iſt eins der wirkſamſten Motive geweſen, welche den Cardinal Portocarrero vermocht haben, das Teſtament zu Gunſten des Hauſes Bourbon bei dem Könige Carl II. herauszudrücken. Weſentlich durch dieſes nationale Vorurtheil hat Ludwig XIV. das Teſtament. Er kann nicht das erſtere verletzen, ohne zugleich auch die Kraft des letzteren zu ſchädigen. Wenn es bei den Spaniern verlauten würde, daß er bereit ſei Theile der Monarchie hinwegzugeben: ſo erwächſt für ihn die Gefahr, daß die Gemüther ſich von ihm ab, dagegen dem Kaiſer zuwenden, welcher principiell das Ganze für ſein Haus beanſpruchen muß. Daher kann Ludwig XIV. die am 31. October 1701 ausgeſprochene Bereitwilligkeit zu Ceſſionen nicht verwirklichen, weil die Spanier nicht wollen. Und eben darum kann er von Frankreich den Krieg, den er aufſteigen ſieht, nicht abwenden. Der Krieg iſt die Conſequenz ſeines Thuns. Es iſt die Geißel, die er über ſich und über Frankreich heraufbeſchworen.

Der Hergang erbringt die abermalige Erfahrung, wie ſo oft die überlegene Klugheit und Liſt dennoch dann ſich beugen muß vor der von ihr ausgenutzten Thorheit. Denn, an ſich ſelber betrachtet, iſt das Erlangen des ſpaniſchen Teſtamentes ein Meiſterſtück, nicht der Ehrlichkeit, der Offenheit, des Rechtsſinnes, ſondern der Ausbeutung der menſchlichen Schwächen und Leidenſchaften bei den verſchiedenen Perſönlichkeiten nicht bloß Einer Nation, namentlich aber der Spanier. Allein die angewendeten Mittel der Ueberliſtung finden von dem Schwächeren aus ihre Rückanwendung auf den Stärkeren. Weil Ludwig XIV. ſich die Spanier dienſtbar gemacht durch ihren Dünkel, durch ihr Vorurtheil, daß ſie berufen ſeien, andere Völker zu beherrſchen: ſo muß nun er, um nicht die Spanier wieder zu verlieren, auch ſeinerſeits dieſen Dünkel gutheißen, und muß demgemäß alle Kräfte Frankreichs zum Dienſte für denſelben verwenden, muß dafür in einen Krieg gehen, den er aus ſich nicht will, obwohl er deſſen ganze Furchtbarkeit für das unglückliche Frankreich vorher auch noch nicht entfernt zu ahnen vermag.

Bereits wenige Tage nach jenem 31. October, an welchem Ludwig XIV. ſeiner Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck gegeben, gelangte an ihn die Kunde des einen Hinderniſſes, an welchem

Digitized by Google

allein ſchon ſeine Hoffnung zerſchellte, des Vertrages der großen Allianz vom 7. September 1701.

Obwohl der urſprüngliche Gedanke des Königs Wilhelms III. und des Rathspenſionärs, daß nach der Auswechſelung der Ratificationen noch die Zeit von zwei Monaten für eine gütliche Verhandlung mit Frankreich verwendet werden ſollte, in dem Eingange des Vertrages ausdrücklich ausgeſprochen war: ſo hatte doch die inzwiſchen von Ludwig XIV. verkündete Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Jacob III. jegliche Geneigtheit zu einer gütlichen Verhandlung bei Wilhelm III. ſo völlig hinweg genommen, daß die Mittheilung des Vertrages an die anderen Mächte, die zum Beitritte aufgefordert wurden, nur unter der Bedingung des Geheimniſſes geſchah. Der Schwede Lilienroth im Haag hielt dieſes Verſprechen nicht. Er brachte den Allianz-Vertrag zu dem Spanier Don Quiros, und dieſer ließ ihn an Torcy in Verſailles übermitteln, am 12. November [1]). Wenige Tage ſpäter wußte man im Haag, daß die Kunde dahin gelangt war, daß Torcy beim Leſen des Actenſtückes ſich geäußert: Ces Messieurs se sont engagés à beaucoup de choses [2]).

Der Vergleich jener Einleitung des Vertrages mit der Thatſache, daß nach der Auswechſelung der Ratificationen nicht bloß kein Verſuch einer Unterhandlung, ſondern auch nicht einmal eine Mittheilung nach Frankreich hin erfolgte, konnte in Verſailles keinen Zweifel belaſſen, daß bei Wilhelm III. der allgemeine Krieg eine beſchloſſene Sache war.

Demgemäß ſchwanden zunächſt die Bedenken, welche Ludwig XIV. am 31. October gegen die Vorſchläge des Marſchalls Boufflers in Betreff der Beſetzung der kurkölniſchen Plätze geltend gemacht hatte. Und zwar ſofort. Nach dem Gange der Dinge kann der Vertrag der Allianz früheſtens am 14. November nach Verſailles gelangt ſein. Bereits am 18. November brachte der Geſandte Desalleurs in Bonn den Kurfürſten Joſeph Clemens dahin, ſich über die Bedingungen

[1]) Pelet t. I, p. 509.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 25. November.

Digitized by Google

auszuſprechen, unter denen er bereit ſein würde, ſeine feſten Plätze den Franzoſen zu eröffnen. Er hatte es dann ſehr eilig. Unter dem Vorwande, daß die Holländer heranrückten, forderte er bereits am 20. November, alſo um zwei Tage ſpäter, den Grafen Coigny in Geldern auf, die feſten Plätze Rheinberg, Kaiſerswerth, Neus und Zons zu beſetzen. Er erließ dieſelbe Weiſung in Betreff der Stadt Lüttich an den Marquis Montrevel, der in Argenteau ſtand. Nur verlangte er, daß alle dieſe franzöſiſchen Heerkörper bezeichnet würden als Hülfstruppen des burgundiſchen Kreiſes. Da die Franzoſen ihren Zweck erreichten, ſo mochte ihnen dies letztere Verlangen ſehr gleichgültig erſcheinen [1]). Auch dürfte es die Frage ſein, ob es dem Kurfürſten Joſeph Clemens und ſeinem Berather Karg gelungen ſei, mit dieſem kindiſchen Vorgeben irgend einen anderen Menſchen zu täuſchen als ſich ſelbſt. Als der kölniſche Geſandte Norf im Haag zu dem Grafen Goes begann, von den Truppen des burgundiſchen Kreiſes zu reden, erwiederte Goes: „Es iſt für Sie beſſer zu ſchweigen; denn jedes ſolcher Worte bringt Sie in die Gefahr ausgelacht zu werden" [2]).

Das Capitel und die Stände von Lüttich hatten an dem Verrathe ebenſo wenig einen Antheil wie diejenigen in Köln. Auch jene wandten ſich mit flehender Klage an den Kaiſer. Leopold ſprach ihnen ſeinen warmen Dank aus für ihre Treue, ſo wie ſeine Mahnung, einſtweilen ihr Geſchick mit Muth und Ergebung zu tragen, dagegen feſtzuhalten an dem Glauben, daß er aufbieten werde was er vermöge, um ſie zu retten und ihnen ihre Freiheit herzuſtellen [3]).

Ludwig XIV. wußte ſehr wohl, daß er auch auf die Bevölkerung der Stadt Lüttich nicht bauen dürfe. Bevor er darüber einen Bericht erhalten, meldet er auf die Kunde der Beſetzung der Stadt dem Marſchalle Boufflers, am 26. November: „Es gibt dort eine Menge von Leuten, welche zu fürchten ſein würden, wenn die Garniſon nicht ausreichend ſtark iſt, ſie im Zaume zu halten". Deshalb wurden zwölf Bataillone eingelegt [4]).

[1]) Pelet t. I, p. 140.
[2]) Bericht vom 10. December.
[3]) Lamberty t. I, p. 678.
[4]) Pelet t. I, p. 143.

Digitized by Google

Bereits zwei Tage später wurde diese Macht verwendet, um, wie Ludwig XIV. in dem betreffenden Befehle sich ausdrückt, an dem Beispiele des Einen die Anderen zu ihrer Pflicht zurückzuführen und das Volk unterwürfig zu halten. Dieser Eine war der Dechant des Domcapitels von Lüttich, Freiherr von Mean, der in dem vorigen Kriege sich ausgezeichnet durch seine Treue für Kaiser und Reich. Ludwig XIV. ertheilte dem Marschall Boufflers den allgemeinen Befehl, und legte einen besonderen für die Ausführung bei [1]).

Am Nachmittage des 1. December wurde die ganze Besatzung von Lüttich in die Waffen gerufen und in den Straßen Kanonen aufgefahren. Der Commandant der Truppen, Graf Lanion, ließ bei dem Domdechanten Mean anfragen, wann er ihm seine Reverenz machen dürfe. Auf die Antwort, daß er zu jeder Stunde willkommen sein würde, erschien er sofort, von einer Anzahl Officiere umgeben, während drei Compagnien Grenadiere in den Hof des Hauses einmarschirten. Lanion trat auf den alten Mann zu, mit den Worten, daß er im Namen des Königs und des Kurfürsten ihn verhafte. Es ward ihm nicht eine Secunde vergönnt. Die Officiere umdrängten ihn wie er war, und hießen ihn die Treppe hinabsteigen auf die Straße. Das Haus ward unterdessen der Plünderung der Soldaten preis gegeben. Man zwang den Gefangenen in einen Wagen zu steigen, und führte ihn mitten durch die Truppen vor die Stadt hinaus. Dort wurde der Greis, an den Händen gebunden, auf ein Pferd gesetzt und so die regnichte Winternacht hindurch nach Namur fortgeschleppt. Wenn er, wie wiederholt geschah, vom Pferde stürzte, so blieb er, hülflos wie er war, mit dem Angesichte im Schmutze liegen, bis es dem Geleite gefiel, ihn wieder aufzuheben. In Namur erhielt er Einzelnhaft in der Citadelle, ohne schreiben, noch sprechen zu dürfen [2]).

Der Nuntius in Köln erhob vor dem Kurfürsten Joseph Clemens nachdrückliche Beschwerde, und drohete mit den geistlichen Waffen der

[1]) Polet t. I, p. 146. Ein ausführlicher Bericht bei Lamberty t. I, p. 680 et suiv. Daß der Bericht zuverlässig, ergibt sich aus den Aeußerungen des Papstes Clemens XI. zu dem Grafen Lamberg, die wesentlich damit übereinstimmen, im Berichte Lambergs vom 3. Januar 1702.

[2]) Bericht des Grafen Lamberg vom 3. Januar 1702. Der Papst Clemens XI. selber gab, nach dem Berichte seines Nuntius in Köln, diese Einzelnheiten an.

Digitized by Google

Kirche. Joseph Clemens wich aus. Ihm sei von der Sache nichts bekannt, sagte er: er werde bei dem Könige von Frankreich darüber anfragen. Der Papst hieß das Verfahren des Nuntius gut. Er richtete an Joseph Clemens ein scharfes Breve. Da der Kurfürst vor der Welt verkünde, daß die in Lüttich eingerückten Bataillone als burgundische Kreistruppen bei ihm in Dienst und Pflicht getreten: so werde Niemand glauben, daß er keinen Theil an der Sache habe. Der Papst verlangte die Freilassung und Herstellung Means. Er ließ dem Kaiser dies kund thun, so wie daß er in gleichem Sinne an den König von Frankreich geschrieben [1]).

Am Hofe von Versailles ward behauptet, daß Mean getrachtet habe, die Besatzung von Mastricht heran zu ziehen, ein Thor von Lüttich für den Einmarsch derselben offen zu halten. Der Kurfürst von Köln habe an Montrevel die erforderlichen Befehle gegeben: alles geschehe im Namen des Kurfürsten [2]).

Die schriftlichen Actenstücke der Befehle Ludwigs XIV. ergeben, daß diese Behauptung der Wahrheit zuwider lief. Eben so der Fortgang der Dinge. Mean war in französischer Haft. Er blieb darin. Er ward dort, ungeachtet aller Mahnungen des Papstes Clemens XI., in derselben Weise behandelt nach wie vor, Jahre lang. Und eben die Fortdauer dieser Brutalität schließt in sich den Beweis, daß sie von Anfang an so wie sie ausgeübt wurde, auch beabsichtigt war, daß daher nicht den untergeordneten Organen die Sache zur Last fällt, sondern den Häuptern selbst. Ein solcher Act der Barbarei, nicht entschuldigt durch einen Kriegszustand, sondern verübt im Frieden, ohne Anklage, ohne Urtheil, konnte hervorgehen nur aus einer Gesinnung, die sich hinwegsetzt über jedes andere Recht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei Ludwig XIV. weniger die Leidenschaft der Rache das Motiv war, als der constante Zug bei ihm, die Absicht, seinen Gegnern Furcht einzuflößen. Er hatte darin, wie bereits oft, den Bogen überspannt. Wir werden ersehen, daß der Kaiser und die Republik der Niederlande, in ihren Kriegserklärungen vom 15. Mai 1702, das an der Person des Domdechanten Mean begangene Attentat auf den Völkerfrieden als eine der Ursachen des Krieges vorführen.

[1]) Derselbe Bericht.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 253.

Digitized by Google

Der Kaiſer ließ unabläſſig in den Papſt Clemens XI. dringen, den Domdechanten Mean herzuſtellen. Wie Clemens XI. gleich auf die erſte Kunde Schritte gethan, ſo auch ferner. Sie blieben bei Ludwig XIV. wirkungslos.

Um die Mitglieder des Domcapitels von Köln gegen ähnliche Gewaltthaten ſicher zu ſtellen, erließ der Kaiſer für ſie einen beſonderen Schutzbrief, am 17. December 1701 [1]).

Die Beſetzung der Reichsländer Lüttich und Köln gab dem Kaiſer den erneuerten Anlaß, bei dem Könige von England und der Republik auf die Erklärung des Bruches mit Frankreich zu dringen. Goes und Wratislaw ſtellten die ſchwierige Lage des Kaiſers dar. Da er in dieſem Jahre von den Verbündeten allein gelaſſen ſei, ſo habe er alle ſeine verfügbare Macht nach Italien wenden müſſen. Nachdem nun aber das kölniſche Land von den Franzoſen beſetzt, würden die Reichskreiſe, die der Gefahr zunächſt, ſich derſelben nicht bloß geben wollen, ohne die volle Sicherheit des Eintretens von England und Holland in den Krieg. Dies um ſo weniger, da ſie auch im Rücken nicht ſicher, da ſie nicht wüßten, ob oder wann ſie von Wolfenbüttel oder Sachſen-Gotha oder Kurbayern aus bedroht würden. Daher falle es dem Kaiſer allzu ſchwer den Oberrhein zu decken. Alles dagegen werde leichter, wenn erſt der offen ausgeſprochene Bruch der Seemächte mit Frankreich den Einzelnen die beſtimmte Bahn anweiſe [2]).

So einleuchtend die Begründung der Wünſche des Kaiſers: ſo ſtand bei dem Könige Wilhelm und dem Rathspenſionär fortdauernd das eine wichtige Intereſſe entgegen, die Sicherheit der Grenzen der Republik. Wir haben das Wort des kaiſerlichen Militär-Bevollmächtigten, des Grafen Limburg-Styrum, vernommen: „Man wird nicht eher die Kriegserklärung ausſprechen, als bis alle holländiſchen Grenzfeſtungen im Stande". So noch wieder am 29. November 1701 [3]).

Zu dieſer Rückſicht auf Holland trat jedoch für den König Wilhelm III. noch ein anderes Motiv: die damalige Ungewisheit über ſeine Stellung zu den Parteien in England.

---

[1]) Lamberty t. II, p. 28.

[2]) Kaiſerliches Reſcript vom 17. December.

[3]) Bericht Hoffmanns vom 29. November.

Digitized by

Immerhin lag schon in der Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni für den König die Ermächtigung zum Kriege mit Frankreich, und darauf hin hatte er die Allianz vom 7. September 1701 geschlossen. Allein die erst nachher erfolgte Anerkennung des Prinzen in St. Germain hatte England noch ungleich tiefer wider Frankreich erregt. Da die Seemächte keinen Schritt thaten, die Unterhandlungen mit Frankreich, welche noch für zwei Monate nach der Ratification der Allianz geführt werden sollten, auch nur anzuknüpfen: so durfte der Kaiser nach dem Ablaufe der Frist, den Krieg auch von Seiten der Seemächte ansehen wie eine Thatsache. Indem dennoch Wilhelm III. der Forderung der Kaiserlichen in dieser Richtung auswich, war es ersichtlich, daß er zuvor die Beschlüsse des Parlamentes abwarten wollte, die, nach der Lage der Dinge und der Stimmung der Gemüther in England, hinter denjenigen vom Juni nicht zurückbleiben, sondern darüber hinausgehen würden. Wenn dagegen der König aus sich selber sich weiter einließ: so stieg die Besorgnis empor, daß das Parlament ihm nicht folgen würde.

Diese Besorgnis kam namentlich bei Marlborough zum Ausdrucke in den Beredungen über die zu stellenden Streitkräfte. Sie fanden statt, wie Wilhelm III. es bestimmt, zwischen Wratislaw, Heinsius, Albemarle, Marlborough. Nach dem Ansatze derselben — und man wolle diese in sich lehrreichen Zahlen beachten — hatten die drei Großmächte zu stellen: der Kaiser 90,000 Mann, die Republik der Niederlande 126,500 Mann und 90 Kriegsfahrzeuge, England 40,000 Mann Landtruppen und 126 Kriegsfahrzeuge [1]). Aber nur diese Macht zur See durfte als verpflichtend für England ausgesprochen werden, nicht diejenige der Landtruppen, deren Feststellung dem Parlamente überlassen bleiben sollte. Marlborough hielt dem Rathspensionär gegenüber daran entschieden fest. Er fürchtete, daß Heinsius in den König dringen werde, die Zustimmung zu dem Ansatze von 40,000 Mann sich von den Räthen in England einzuholen. Er richtete daher an Godolphin und seine anderen Freunde die dringende Bitte, eine solche Zustimmung nicht zu geben, sondern die Zahl dem Parlamente anheim zu stellen. Er ging so weit zu sagen: „Denn ich bin der Ueberzeugung,

[1]) Wratislaws Berichte vom 18. October und 18. November.

Digitized by Google

daß eine Beſtimmung der Zahl der Landtruppen durch die Autorität des Königs ihm ſelbſt und dem Königreiche ſo ſehr zum Verderben ausſchlagen würde, daß ich in ſolchem Falle vorzöge, von hier abberufen zu werden. Denn ich rufe Gott zum Zeugen, daß ich lieber ſterben will als einen ſolchen Auftrag ausführen“ [1]).

Es unterlag keiner Frage, daß, wie in dem vorigen Kriege, der König von England die Führung der Armee in den Niederlanden ſich ſelber vorbehielt. Aber war man ſeines Lebens nur bis dahin ſicher? — Die Frage ward damals oft erwogen.

Im October und November 1701 wurden Beſorgniſſe ſehr verſchiedener Art für ihn rege. Die eine derſelben betraf die Nachſtellung durch Mörderhand.

Im Auguſt 1701 entſendete der König Wilhelm aus Loo ſeinen Secretär Blathwait mit einer beſonderen Mahnung an den Grafen Wratislaw im Haag. Sie betraf den Conte Boſelli aus Mantua. Wir erinnern uns dieſer Perſönlichkeit, welche Ludwig XIV., auf die Aufforderung Wilhelms III., im Jahre 1698, hatte feſtnehmen und in die Baſtille ſetzen laſſen. (Bd. VIII, S. 441.) Blathwait meldete nach einem Berichte von Mancheſter aus Paris, daß dieſer Boſelli, der einſt dem Könige nach dem Leben getrachtet, aus der Baſtille entſprungen ſei. Der König beſorge daher, daß Boſelli, der ſich nach Italien gewendet, einen ähnlichen Plan gegen den Prinzen Eugen von Savoyen vorhabe, und laſſe darum den Graf Wratislaw auffordern, den Prinzen Eugen zu warnen. Der König ließ zugleich eine Perſonal-Beſchreibung des Conte Boſelli übergeben. Der Graf Wratislaw entſendete die Nachricht wie an den Prinzen Eugen, ſo zugleich an ſämmtliche kaiſerliche Geſandte. Er fügte ſeinem Berichte die Worte hinzu: „Ueber dieſe Sache wird hier (im Haag) verſchieden geredet, und Einige glauben, daß der König von Frankreich jenen Menſchen abſichtlich aus der Baſtille habe entweichen laſſen“ [2]). Stärker noch galt die letztere Meinung in England. „Hier wird geglaubt, meldet Hoffmann am 4. October, daß der Conte Boſelli aus der Baſtille nicht entſprungen, ſondern entlaſſen worden iſt.“

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 98.

[2]) Bericht vom 23. Auguſt.

Digitized by Google

Aber wo befand ſich dieſes Individuum? Die Nachricht Manchesters, daß er ſich nach Italien gewendet, ward verſtärkt durch das Gerücht, daß er dort bei ſeinem alten Herrn, dem Herzoge von Mantua, mit deſſen Empfehlung er drei Jahre zuvor nach Paris gekommen, wieder eingetroffen ſei. Im October wurde ſogar dem Prinzen Eugen die Meldung gemacht, daß der Conte Boſelli ſich unter den Gefangenen befinde [1]). Die Nachricht ſcheint ſich nicht beſtätigt zu haben.

Vielmehr vermuthete man den italieniſchen Bravo im Laufe des Monates October in den Niederlanden, und glaubte aus einem aufgefangenen Briefe des Marquis Torcy an Bedmar in Brüſſel ſchließen zu dürfen, daß Boſelli ſich mit franzöſiſcher Connivenz dort befinde. So wenig auch ſonſt der König Wilhelm den Gerüchten der Mordplane wider ihn ein williges Ohr lieh, den Boſelli fürchtete auch er. Er ließ die Wachen in Loo verdoppeln. Die Fremden, die in die Nähe des Schloſſes kamen, mußten ſich ausweiſen. Eines Tages hielt man dort einen Italiener an, deſſen Ausſagen nicht befriedigend erſchienen. Man vermuthete in ihm den Boſelli. Die Zeugniſſe Anderer, welche den Bravo perſönlich kannten, verneinten den Verdacht; aber es blieb der auffällige Umſtand, daß der Verhaftete Briefe von Boſelli beſaß und ſeine Freundſchaft mit demſelben eingeſtand. Er wurde zu weiterer Unterſuchung nach dem Haag geführt [2]).

Wie immer dem ſei, ſicher iſt, daß zu Ende des Jahres 1701 Boſelli ſich dennoch in Italien befand. Und zwar iſt es von Wichtigkeit im Wortlaute zu vernehmen, was am Hofe zu Verſailles über den Mann und ſein Thun geredet wurde. Dangeau verzeichnet, am 30. December: „J'appris que le comte de Boselli, qui se sauva il y a six mois de la Bastille, où le roi l'avait faire mettre à la prière du roi Guillaume, mais dont le roi n'avait point eu sujet de se plaindre, avait eu l'agrément de S. M., il y a déjà quelque temps, de lever en Italie un régiment de dragons à ses dépens; ce régiment sera presque tout rempli de bandits et servira dans notre armée à-peu-près comme les hussards servent dans l'armée de l'empereur“ [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 86.

[2]) Lamberty t. I, p. 689. Ich bemerke, daß der Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. November, weſentlich damit übereinſtimmt.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 271.

Digitized by Google

Die Worte sind inhaltsschwer.

Fügen wir bei, daß Boselli in dieser Weise mehrere Jahre der französischen Armee angehörte. Dann endlich stieß der Prinz Vaudemont ihn hinaus. Als Boselli auch ohne die Autorisation des Königs von Frankreich das bisherige Leben fortsetzte, ließ Vaudemont ihn greifen und hinrichten, im Anfange des Jahres 1706 [1]).

Ein anderer Umstand, welcher im Herbste 1701 Besorgnis erregte, war das wieder steigende Unwohlsein des Königs Wilhelm III., namentlich nach seiner Rückkehr nach dem Haag. Die Nachricht, daß er in Loo den Besuch seines alten Freundes Georg Wilhelm und des Kurprinzen aus Hannover empfangen, hatte auch in Versailles die Erwartung seines nahen Endes etwas gedämpft [2]). Im October stieg sie wieder empor. Man redete täglich darüber. Der spanische Botschafter Quiros im Haag sandte ein ärztliches Gutachten über den Zustand des Königs Wilhelm ein. Ludwig XIV. berieth dasselbe mit dem Arzte Fagon. Nach den Mittheilungen, die darüber am Hofe verlauteten, waren die Symptome bedenklicher Art. Quiros fügte hinzu, daß man auf eine Ueberfahrt des Königs nach England nicht mehr rechne. Auch sei seine Yacht gescheitert, sagte man in Versailles, und dies werde von dem Volke, das einen natürlichen Hang zum Aberglauben habe, für ein schlimmes Vorzeichen genommen [3]). Es scheint also, daß man in Versailles sich dem Aberglauben in der letzteren Richtung nicht hingegeben habe.

Der König Wilhelm III. gab nach seiner Rückkehr im Haag keine Audienz, und es erhob sich daher dort das Gerücht, daß er kränker sei als eingestanden werden dürfe [4]). Es gab jedoch auch andere, die alles für Verstellung hielten. Die vermeintliche Krankheit, sagten sie, solle als Druckmittel auf die Stände von Holland dienen, welche nicht geneigt waren auf den Wunsch des Königs einzugehen, daß seinem Verwandten, dem jungen Prinzen von Nassau, Statthalter von Friesland, auch die Nachfolge in das Amt ihres Erbstatthalters zuerkannt werden möge. Der Widerstand war so zäh, daß der König den Versuch

[1]) Dangeau t. XI, p. 6. — St.-Simon t. III, p. 231.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 201.
[3]) A. a. O. p. 222 et suiv.
[4]) Wratislaws Bericht vom 1. November.

Digitized by

aufgab, mit den Worten: „Man zieht alſo vor, die heilſame Regelung dieſer Angelegenheit bis nach meinem Tode zu verſchieben“ [1]). Er vollendete damals das einundfünfzigſte Lebensjahr.

Nach den Berichten der Kundigen unterliegt es keinem Zweifel, daß der König ſich für längere Zeit nicht wohl befand, und zwar zu nicht geringem Theile in Folge ungeregelter Diät. Er hatte ſich auf der Jagd in Loo eine Erkältung zugezogen, und fügte ſich dann wenig in die Vorſchriften ſeines Arztes. Eines Tages befragte er dieſen, Namens Bidloo, über den Zuſtand einer ihm bekannten Perſönlichkeit. Bidloo erwiederte: „Sie würde ſich wohl befinden, wenn ſie den Genuß der für ſie ſchwer verdaulichen Speiſen unterließe, kurz ihrer königlichen Diät entſagte“. Lachend erwiederte der König: „Ich verſtehe Sie vollkommen“ [2]).

Der Spanier Quiros ermüdete unterdeſſen nicht mit ſeinen Nachforſchungen. Er glaubte aus den erhaltenen Berichten mit Sicherheit den Schluß ziehen zu müſſen, daß der König nur noch drei oder vier Wochen zu leben habe. Die Meinung ward in Frankreich und Spanien beifällig vernommen [3]). An dem Tage, an welchem der König in der Verſammlung der Generalſtaaten erſcheinen wollte, zu welchem Zwecke er ſich von ſeiner Wohnung aus einer verbindenden Galerie bedienen konnte, hatte ſich eine große Menge Volkes dort angeſammelt, um das Ausſehen des Königs beobachten zu können. Unter dem Haufen befand ſich auch ein noch nicht abberufener Secretär der franzöſiſchen Botſchaft.

Die Verſammlung fand ſtatt am 4. November. Der König erſchien, begleitet von ſämmtlichen Mitgliedern des Staatsrathes. Er hob hervor, daß man den Stand der Dinge kaum noch als denjenigen des Friedens betrachten dürfe. Es ſei dahin gekommen, daß nur noch der Weg der Waffen zum Frieden führe. Er hoffe in dieſer Beziehung auf die Eintracht und die Einſtimmigkeit der Generalſtaaten. Er kündigte an, daß er ſie nun verlaſſen müſſe, weil die Angelegenheiten in England ſeine Ueberfahrt erforderten, und zwar ſei ſein

---

[1]) Lamberty t. I, p. 699.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 700. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 229, 232, 241.

Digitized by Google

Aufbruch dahin um ſo dringender, da er den Generalſtaaten die Verſicherung geben könne, daß die engliſche Nation willig und bereit ſei ihn in den Stand zu ſetzen, für alle diejenigen Intereſſen einzutreten, die England mit der Republik und mit ganz Europa gemein habe. Im Beginne des nächſten Frühlings hoffe er wiederzukehren und ſeine Pflichten für die Republik zu erfüllen. — Die Antwort der Generalſtaaten beſtand in der Wiederholung der Gedanken des Königs von ihrem Standpuncte aus, mit nachdrücklichem Danke für ſeine Fürſorge. Sie ſchloſſen mit dem Segenswunſche, daß Gott ſeine koſtbare Geſundheit erhalten, und im nächſten Frühlinge ihn wieder herüber führen werde [1]).

Die Hoffnungen der Holländer ſchienen beſſer begründet zu ſein als die Erwartungen von franzöſiſcher Seite. Noch vor der Abfahrt nach England, die durch den Gegenwind verzögert wurde, fühlte der König ſich wieder durchaus wohl. Die Kunde der unhöflichen Wißbegier des Spaniers Quiros war unterdeſſen auch bis zu ihm gedrungen. Eines Tages bemerkte er bei Tafel: „Wenn Don Quiros mich hier ſpeiſen ſähe: ſo würde er Urſache haben ſein Misfallen an meinem Appetite auszuſprechen“ [2]).

Unterdeſſen beſchäftigte den König Wilhelm vor allen anderen Angelegenheiten diejenige ſeiner Stellung zu den Parteien in England, oder, beſtimmter ausgedrückt, die Frage der Auflöſung des Parlamentes und der Ausſchreibung von Neuwahlen.

Wir haben vernommen, daß der König im Beginne des Monates September ein Gutachten von Sunderland über dieſe Angelegenheit verlangte, daß Sunderland darauf in nachdrücklicher Weiſe den Uebergang zu der Whig-Partei anrieth. Frage und Antwort gingen dem Tode Jacobs II., und der franzöſiſchen Anerkennung Jacobs III. vorher. Da ein hauptſächlicher Grund Sunderlands in ſeiner Anſicht beſtand, daß die Tories mit Jacobiten durchſetzt waren: ſo konnte folgerecht das Ereignis vom 16. September in St. Germain und die Conſequenzen jenen Grund für Sunderland und für die geſammte Whig-Partei, mit deren Führer, dem Lord Somers, er ſich völlig einig

[1]) Lamberty t. XI, p. 323.
[2]) A. a. O. t. I, p. 700.

Digitized by Google

fand, nur noch verſtärken. Die Adreſſen an den König, welche von der Vertagung des Parlamentes im Sommer an ihren Anfang genommen, mehrten ſich raſch. Einige, wie diejenige der Stadt London, beſchränkten ſich auf einen nachdrücklichen Proteſt wider die Ungebühr des Königs von Frankreich, und berührten nicht, oder doch nicht direct, die Angelegenheit des Parlamentes [1]). Andere dagegen baten um die Auflöſung des bisherigen, die Berufung eines neuen. Mehrere auch zogen die geſammte politiſche Lage nach außen in ihre Betrachtung ein. Es ward bemerkt, daß eine derſelben, von der Stadt Weymouth, ausdrücklich die Bitte ausſprach: der König möge das Kaiſerhaus in den Beſitz der ſpaniſchen Monarchie herſtellen. Die Adreſſe war das Werk des jungen Grafen Shaftesbury, eines Enkels des Mannes, der unter Carl II. ſo viele Wandlungen durchgemacht [2]). Die Adreſſe iſt wie der Vorbote der Stimmung, die in den nächſten Jahren in England die herrſchende wurde. Ueberhaupt aber waren die Zeitungen täglich mit Adreſſen erfüllt, die ſich in nachdrücklicher und ſcharfer Weiſe gegen den König von Frankreich und den Act der Anerkennung in St. Germain ausſprachen.

Obwohl dagegen die Jacobiten in England öffentlich ſich ſchweigend verhalten mußten, ſo gaben doch die Erörterungen zwiſchen Sunderland und Somers zur Genüge zu erkennen, daß in ihren Augen jene Partei nicht machtlos war.

Indeſſen weder die Darlegungen von Sunderland und Somers, noch die Adreſſen aus England brachten den König zur Entſcheidung. Er entſchloß ſich, den Grafen Galway von Loo aus nach England zu ſenden, mit dem Auftrage, mündlich mit jenen beiden die Angelegenheit zu erörtern. Der Gegenwind verzögerte die Ueberfahrt Galways. Erſt am 26. October/6. November traf er in London ein [3]).

Es iſt merkwürdig zu ſehen, daß, obwohl der Natur der Dinge nach der Auftrag Galways geheim war, dennoch die Vermuthung der ſachkundigen Perſonen ihn ſofort durchdrang. Hoffmann meldet zuerſt,

[1]) Clarendon Papers vol. II, p. 394. — Eine Anzahl von Adreſſen findet ſich bei Lamberty t. XI, p. 358 et suiv.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 8. November.

[3]) Desgleichen. — Vgl. Hardwicke's collection of Statepapers, vol. II, p. 452.

Digitized by Google

daß Galway damals vom Könige in allen vertraulichen Geſchäften ähnlich verwendet wurde wie früher Portland. Dann fährt er fort: „Die Muthmaßung geht dahin, daß er geſendet ſei um zu ſondiren, wie es mit den beiden Parteien ſtehe, und weſſen man ſich eigentlich von dem Parlamente zu verſehen habe, damit er darüber einen unparteiiſchen Bericht erſtatte. Einen ſolchen nämlich glaubt der König von einem geborenen Engländer, weil ſie alle der einen oder der anderen Partei mehr oder minder zugethan ſind, nicht erwarten zu dürfen. Viele ſind der Anſicht, daß der König nicht Willens ſei das jetzige Parlament fortbeſtehen zu laſſen, daß er vielmehr, um bei dieſer wichtigen Weltlage deſto geſicherter zu ſein, ein neues berufen werde. Dem Vernehmen nach ſollen die Generalſtaaten, mit welchen die vornehmſten Mitglieder der Whig-Partei in enger Beziehung ſtehen, nachdrücklich darauf dringen. Allerdings liegt dies im allgemein europäiſchen Intereſſe. Denn, wenn auch die Tory-Partei, welche im jetzigen Unterhauſe die Oberhand hat, der in der engliſchen Nation herrſchenden Strömung wider Frankreich in ſo weit willfahren wird, daß ſie zu Anfang die gewünſchten Beſchlüſſe faßt: ſo wird ſie dann die in der vorigen Seſſion nicht beigelegte Differenz mit dem Oberhauſe in Betreff der vier angeklagten Lords erneuern, und jegliche Geldbewilligung zurückhalten, bis ſie in dieſer Angelegenheit ihre Satisfaction erlangt hat. Das Oberhaus dagegen kann darin nicht nachgeben, ohne ſeine Jurisdiction und mithin den eigenen Beſtand zu verneinen. Demnach iſt bei der Fortdauer des jetzigen Unterhauſes nichts Anderes zu erwarten als eine durchaus unfruchtbare Seſſion, zum unendlichen Nachtheile der allgemeinen Sache wider Frankreich“ [1]).

Es darf mit Sicherheit geſagt werden, daß die franzöſiſche Politik im Sommer 1701 auf einen ſolchen Gang der Dinge in England rechnete. Der Secretär Pouſſin, welcher nach dem Abgange Tallards in London geblieben und dann auf die Anerkennung des Prinzen in St. Germain von Wilhelm III. ausgewieſen war, hatte im Sommer die Unvorſichtigkeit begangen in Gegenwart Hoffmanns und anderer Perſönlichkeiten dies offen auszuſprechen. Er hatte geſagt: das Unterhaus werde im Beginne der Seſſion ſich nachdrücklich für den Krieg

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. November.

Digitized by Google

erklären, dann die Differenz mit dem Oberhauſe erneuern, und damit die Seſſion beenden wie die vorige. — Das Wort war nicht vergeblich geſprochen, nur nicht im Sinne Pouſſins. „Ich habe Sorge getragen, meldet Hoffmann, es ſo öffentlich zu machen, daß vielleicht kaum ein Ort im Königreiche, wo es nicht zur Kunde gekommen wäre“ [1]).

Somers drängte ſeine Erwägungen in einige Sätze zuſammen. „Den Tories zu trauen, ſagte er, heißt das Schickſal Europas in ihre Hände geben. Aber weder auf ihren Willen, noch auf ihr Vermögen darf der König ſich verlaſſen. Nicht auf ihren Willen; denn es kommt dabei an auf die Zuſammenſetzung ihrer Partei. Zieht man die eigentlichen Jacobiten von der Partei ab, ſo iſt ſie bedeutunglos. Will denn nun der König einer Mehrheit vertrauen, deren Seele die Jacobiten ſind, und will er von dieſer her wirkſame Beſchlüſſe erwarten gegen Frankreich und den Prinzen in St. Germain? Kann der König glauben, daß die Tories ſich von den Jacobiten losſagen, und ſich ſelber als unbeträchtlich enthüllen werden? — Eben ſo wenig kann er bauen auf das Vermögen der Partei. Er kann es nicht mehr in dieſem Jahre als in dem vorigen, wo die Führer vorgaben, ſie hätten in Betreff des gewaltſamen Vorgehens die Mitglieder nicht in ihrer Gewalt. Ein neues Parlament kann ſich losſagen von dem ungerechten und gewaltſamen Vorgehen des jetzigen Unterhauſes: dieſes ſelbſt aber nicht. Es iſt gefährlich einen Streit über den Punct eines Privilegs zuzulaſſen, wenn die eine Partei ſich in der Nothwendigkeit zu befinden glaubt, dasjenige zu vertheidigen, was ſie bereits gethan hat. Das Haus der Lords kann nicht nachgeben, ohne die Verfaſſung zu zerſtören“ [2]).

Die Gründe von Somers und Sunderland reichten nicht aus den König noch im Haag zu überzeugen. Denn es ſtand dem Rathe derſelben derjenige einer anderen Perſönlichkeit entgegen, die damals bei dem Könige täglich an Geltung zunahm, nämlich des Grafen Marlborough. Die Ernennung dieſes Mannes zugleich zum Commandanten des engliſchen Hülfscorps von 10,000 Mann für die Republik, und zum Botſchafter als Bevollmächtigten für den Abſchluß der großen Allianz, ſind die Beweiſe, daß Wilhelm III. nicht bloß ihm zu dem

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

[2]) Hardwicke's collection of Statepapers vol. II, p. 455.

Digitized by Google

bevorſtehenden Kriege wider Frankreich völlig vertraute, ſondern auch ihn wie ſeinen thatſächlichen Nachfolger für die Leitung dieſes Krieges erſah. Folgerecht mußte daher auch Wilhelm III. in Betreff ſeines Verhaltens in England Gewicht legen auf den Rath Marlboroughs. Obwohl dieſer der Regel nach mit den Tories ging, wurde er nicht als eigentlicher Parteimann betrachtet. In dieſem Falle jedoch trat er entſchieden für die Tory-Partei ein. Wie Somers und Sunderland ihre Darlegungen zu Gunſten der Whig-Partei dem Könige einſendeten: ſo übermittelte ihm Marlborough diejenigen Godolphins und anderer Tories [1]). Sein eigener Rath ging dahin, daß der König ſich beſſer dabei ſtehen würde, das bisherige Parlament zu belaſſen. So weit die kaiſerlichen Geſandten im Haag ermitteln konnten, brach der König von da auf mit dem Gedanken, noch einen Verſuch mit dem bisherigen Parlamente zu machen [2]).

Es iſt nicht unwichtig dabei zu beachten, daß ein Widerſpruch von dort her gegen die Allianz vom 7. September und den Krieg in Folge derſelben nicht ſtatthaft war. Denn aus welchen Motiven immer der Beſchluß des Unterhauſes vom 12./23. Juni hervorgegangen ſein mochte: er war einſtimmig gefaßt, und verpflichtete das Unterhaus, wenn der König in Folge desſelben zum Kriege ſchritt, die Mittel zu gewähren. Daß jedoch indirect die Mehrheit des Unterhauſes Steine in den Weg wälzen konnte, haben wir aus jenen Gutachten von Somers und Sunderland erfahren.

Der König landete in England am 4./15. November. Auch nach ſeiner Ankunft vergingen noch einige Tage, bis er völlig bei ſich ſchlüſſig wurde. Aber die Wage ſenkte ſich zu Gunſten der Berufung eines neuen Unterhauſes. Drei Tage nach ſeiner Ankunft, am 7./18. November, ſchrieb er an Heinſius: „Ich bin noch nicht entſchloſſen, ob das bisherige Parlament ſitzen ſoll, oder ob ich ein neues berufen werde. Ich neige mich dem letzteren Entſchluſſe zu; aber es iſt dabei der Uebelſtand, daß das Parlament dann erſt nach Weihnachten ſich verſammeln könnte" [3]).

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 101.

[2]) Bericht der Grafen Goes und Wratislaw vom 22. November.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 150.

Es ist sehr merkwürdig, daß nicht die Whigs, sondern die Tories die Entscheidung gegen sie hervorgerufen hatten. In den ersten Tagen nach seiner Ankunft berief der König mehrere Häupter der Tories einzeln zu sich, und legte ihnen die Frage vor, ob sie sich entschließen könnten, die Streitigkeit mit dem Oberhause über die angeklagten vier Lords durch die Zustimmung zu einer Amnestie-Acte zu begraben. Es ist demnach umgekehrt ein ähnliches Verhältnis wie im Jahre 1690, wo Wilhelm III. von den Whigs eine Amnestie-Acte wesentlich zu Gunsten von Tories verlangte. Wie damals die Whigs, so benahmen sich im November 1701 die gefragten Häupter der Tory-Partei. Sie erwiederten, daß sie bereit sein würden, in Betreff der Kriegessache dem Könige Alles und Jedes zu bewilligen, daß sie jedoch in Betreff der streitigen Sache die Privilegien des Unterhauses nicht fallen lassen könnten. — Durch diese Antwort kündigten also die Tories des Unterhauses selber an, daß sie alle ihre Bewilligungen für den Krieg binden würden an die Erledigung der Differenz mit dem Oberhause zu ihren Gunsten.

Und demnach trat an den König die Alternative heran, entweder eine Session des Parlamentes zu verlieren, mit den weiteren Nachtheilen, die aus einer Erneuerung jener Differenz entspringen würden, oder es zu wagen, das Parlament abermals aufzulösen [1]).

Es war ein Wagnis; denn die populäre Strömung in den Gemüthern des Volkes, die täglich neu sich durch zahlreiche Adressen wider den König von Frankreich und den Prinzen in St. Germain kundgab, gewährte keine Bürgschaft, daß in den zur Wahl berechtigten Körperschaften nicht dennoch die Tory-Gesinnung die Oberhand hatte. Der Staats-Secretär Vernon, selber der Whig-Partei angehörig, äußerte sich darüber zu dem Vertreter des Kaisers: „Auf jeden Fall vermeiden wir ein gewisses Uebel, auf die Gefahr hin freilich dennoch ein ungewisses wieder zu erhalten. Allein wenn auch die Neuwahlen uns wieder eine Tory-Mehrheit bringen: so ist es undenkbar, daß sie sich in gleicher Weise übel verhalten würde wie die vorige. In jedem Falle aber ist der König dann frei von dem Vorwurfe, nicht alles aufgeboten zu haben, was in seiner Macht stand". Die allgemeine Erwartung aber

[1]) Anlage II.

Digitized by Google

war, daß die Mehrheit überwiegend aus Whigs beſtehen würde. Dies gab ſich kund in der Freude der Whigs über die Auflöſung, in der Beſtürzung der Tories. Dieſe Partei ſcheint bis zuletzt nicht erwartet zu haben, daß es dahin kommen würde.

Am 11./22. November erfolgte die Proclamation der Auflöſung und der Ausſchreibung der Neuwahlen. Die Schrift ging aus von dem einſtimmigen Unwillen, den die engliſche Nation durch ihre Adreſſen kund gegeben über das Unrecht und die Kränkung, welche der König von Frankreich der engliſchen Nation durch die Anerkennung des prätendirten Prinzen von Wales als Königs von England, Schottland und Irland zugefügt. Darum halte der König dieſes allgemeine Zeugnis der Nation für geeignet, ihr die Gelegenheit zu geben, ihre Geſinnung durch die Wahl neuer Vertreter im Parlamente zu bethätigen. Das neue Parlament ward zugleich einberufen auf den 30. December a. St.[1])

So wenig das Ausſchreiben äußerlich die Parteiſtellung in England berührte: ſo ward doch die Tragweite ſofort erkannt. Godolphin als erſter Commiſſär vom Schatzamte, bat ſofort um ſeine Entlaſſung. Er war der zweite Führer der Partei. Als der erſte galt Graf Rocheſter, Vicekönig in Irland. Er perſönlich war dem Könige am wenigſten zuſagend. Bereits im Sommer zuvor hatte Wilhelm III. ſich einmal mismuthig geäußert, daß Rocheſter in läſtiger Vielgeſchäftigkeit ihm täglich eine Reihe von Vorſchlägen und Anträgen ſende, deren ſchleunige Erledigung er dann verlange, oft zehn an einem Tage[2]). Demnach hätte der König ihn ſicherlich gar gern entlaſſen. Aber Rocheſter war nicht Willens, dem Beiſpiele Godolphins zu folgen. Eben ſo wenig andere Tories. Sie hielten ſich für ſtark genug den Kampf aufzunehmen. Ihr Verbleiben in den Aemtern war einſtweilen für ihre Partei ein großer Vortheil. Denn, da der König durch die Auflöſung des Parlamentes noch nicht direct den Willen ausſprach mit der Whig-Partei zu gehen: ſo konnten die in den Aemtern verbleibenden Tories bei den Neuwahlen das Anſehen der Regierung für ihre Partei verwenden. Eine andere Frage war, ob nicht durch die Neuwahlen viele wichtige Zeit verloren werde. Man glaubte ſie verneinen

[1]) Die Proclamation bei Lamberty t. I, p. 701.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

Digitized by

zu dürfen. Die Einberufung des bisherigen Parlamentes erforderte drei Wochen, die Neuwahlen und zugleich die Einberufung der Gewählten sechs Wochen. In so fern gingen drei Wochen verloren. Dagegen aber stand, daß ein williges Unterhaus in einer Session von vier Wochen alle Anforderungen nach Wunsch erledigen würde [1]).

Der Monat December 1701 ward in England dem Wahlkampfe gewidmet, auf dessen Ausgang das gesammte Europa mit Spannung lauschte. Abermals wie schon so oft war die Wage der Geschicke für den Erdtheil in der Hand des Königs von England; jedoch nur dann hatte diese Stellung eine Wahrheit, wenn sie sich stützte auf das Unterhaus.

Der Strom der Adressen ging unterdessen fort. Sie spiegeln eine für Ludwig XIV. ungünstige Anschauung wieder. Die Adresse der Stadt Marlborough sagte: eben so wenig, wie der Herzog von Anjou ein Anrecht auf die spanische Krone, eben so wenig besitze Ludwig XIV. ein solches auf die französische, die dem Rechte nach dem Könige von England gebühre. — Die Behauptung kann für damals in den Augen vieler Engländer kaum als übertrieben angesehen worden sein. Es verdient erwähnt zu werden, daß Ludwig XIV. bei keinem seiner Friedensschlüsse mit England die Streichung des Wortes Frankreich in dem Titel des Königs von England verlangt hat. Es scheint, daß diese Forderung unterblieben sei aus Besorgnis vor der Ablehnung. Denn die Engländer der damaligen Zeit hielten auf das Wort Frankreich im englischen Königstitel, und gestanden dem Könige Ludwig XIV. dasselbe nicht zu. Der officielle Titel für diesen war der rex Christianissimus. Bei der Ratification des Vertrages der Allianz vom 7. September 1701 kam die Sache ausdrücklich zur Sprache. Der Rathspensionär, in Folge einer Aufforderung der Regentschaft in London, stellte an die kaiserlichen Gesandten Goes und Wratislaw das Ersuchen, statt der Worte: rex Galliarum jedes Mal setzen zu wollen rex Christianissimus, weil die Krone England ihre Ansprüche unberührt erhalten wolle. Die kaiserlichen Gesandten erhoben keinen Einwand. Daher nennt der Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 den König Ludwig XIV. jedes Mal rex Christianissimus [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 30. September: Bei der englischen Ratification hat man nichts erinnert, als nur daß man anstatt rex Galliarum

Digitized by Google

Schärfer gegen Ludwig XIV. persönlich lautete die Mahnung, mit welcher der Wahlflecken Southwark die dort erwählten Mitglieder des Unterhauses ausstattete. Die Adresse enthält in kurz gedrängten Zügen einen Ueberblick der damals vierzigjährigen Regierung Ludwigs XIV. Das Bild derselben ist scharf gezeichnet. Die Schrift schließt mit der dringenden Bitte um die zarteste Rücksicht auf die Person des Königs Wilhelm. „Möge niemals, sagt sie, der Respect verletzt werden, den wir einem Fürsten schulden, welcher geboren ist zum Heile Europas! Möge man einen Unterschied machen zwischen einem Souverän, der, auf seinem Throne sitzend, seine Generale entsendet, um über die Nachbarländer Jammer und Verwüstung zu bringen, und dagegen einem Könige, der sein eigenes Leben einsetzt, um die Völker zu befreien!“ [1])

Es ist bemerkenswerth, daß der König jegliche positive Kundgebung zu Gunsten der Whigs unterließ. Der Thatbestand legt sich dar in den Worten Hoffmanns. „Auch wenn, sagt er am 6. December, durch die Neuwahlen die Whig-Partei nicht die Oberhand erhalten sollte: so wird sie ihnen doch zuwachsen, im Falle daß der König sich auf ihre Seite lenkt. Daß er dies thun werde, zieht man nicht in Zweifel; denn, wenn dies nicht seine Absicht, so würde er das Parlament nicht aufgelöst haben“ [2]).

Während im Monate December 1701 der Wahlkampf das Königreich England durchwühlte, verhandelte Wilhelm III. wiederholt mit dem Rathspensionär schriftlich, wie mit dem Grafen Wratislaw mündlich, die Angelegenheiten der großen Allianz.

Es ist zunächst wichtig zu bemerken, daß Ludwig XIV., ungeachtet aller Anzeichen, die auf den Krieg deuteten, auch bis zu Ende des Jahres 1701 und darüber hinaus nicht die Hoffnung aufgab: es werde nicht zu einem allgemeinen Kriege kommen. Auch selbst die

---

setzen solle rex Christianissimus, weil die Krone England noch alleweil ihre praetensiones wider Frankreich in integro behalten will und deswegen den titulum regis Galliarum nicht zugestehen thut.

[1]) Abgedruckt bei Rapin t. IV, p. 125.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 6. December.

Digitized by

Auflöſung des engliſchen Parlamentes nahm in Verſailles dieſe Hoffnung nicht hinweg. Man hoffte dort, daß die Neuwahlen wieder der Tory-Partei die Mehrheit verſchaffen würde, und dieſe, ſagte man, ſei gegen den Krieg [1]). Aber auch die Republik Holland, meinte Ludwig XIV., werde ſich noch zurückhalten laſſen.

Denn es konnte ihm nicht unbekannt ſein, daß namentlich die Stadt Amſterdam ſchwer ſeufzte unter der Laſt der neuen Kriegsbereitſchaft, wo ſie die Schulden des vorigen Krieges noch nicht abgetragen. Heinſius meldete dieſe Klagen dem Könige. „Die Deputirten von Amſterdam, ſagt er, betheuern ihre Bereitwilligkeit; aber ſie fürchten, daß die Republik unter dieſer Laſt erliegen werde." Wilhelm III. verſicherte, daß er ſein Möglichſtes thun werde die Republik zu erleichtern, und daß er hoffe Mittel dafür zu finden. Die Sache wird wiederholt erörtert [2]). Eben auf dieſe Klagen baute auch Ludwig XIV. Er ſchickte den Staats-Secretär Torcy zu der Frau des holländiſchen Geſandten Heemskerk, die nach der Abreiſe ihres Gemahles noch in Paris verblieben war, und ließ ſie bitten nach ihrer Rückkehr im Haag auszuſprechen, daß der König von Frankreich immer noch bereitwillig ſei zum Frieden. Die Frau überbrachte die Meldung, und Heinſius berichtete dem Könige, daß die Stadt Amſterdam ſich darüber nicht wenig erregt zeige [3]).

Ludwig XIV. redet demnach im Lebensalter von dreiundſechszig Jahren der Republik gegenüber in einem anderen Tone, als dreißig Jahre zuvor, im Winter von 1671/2, gegenüber den um Frieden bittenden Sendboten der Republik. Aber es war ein Unterſchied in der Poſition. Damals war es die Abſicht des Königs die Republik niederzuſchlagen, bevor der Fall einträte, in welchem ſie ihn hindern würde das Erbe der ſpaniſchen Monarchie zu ergreifen. Nun war das wie immer erlangte Erbe in ſeinen Händen, und er wünſchte es im Frieden zu behalten. Der drohende Ludwig XIV. vom Januar 1672 und der friedliebende vom December 1701 war genau dieſelbe Perſönlichkeit.

Er gab noch ſtärker ſeine Friedensliebe kund.

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 248 und 251.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 172 et suiv. Vom 18. November und ferner. Leider folgt die Correſpondenz dort nicht chronologiſch.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 166. Vom 16. December.

Der Marſchall Boufflers ließ die Arbeiten für eine Schanze beginnen, bei Selzatte, innerhalb des Bereiches der Kanonen und ſogar der Musketen des holländiſchen Forts Sas van Gent. Der Commandant, auf eingeholten Befehl, ließ erſt warnen, dann ſchießen. Boufflers ſchickte einen Officier, um anzufragen. Es ward dabei von franzöſiſcher Seite dem holländiſchen Commandanten angedeutet: wenn er ein Misverſtändnis vorgebe, ſo werde die Sache keine Folgen haben [1]). Der Commandant berief ſich auf ſeine Befehle. Demnach ſprach der abgeſandte franzöſiſche Officier die Drohung des Bombardements aus [2]). Boufflers fragte in Verſailles um den entſprechenden Befehl an.

Nicht das war die Abſicht Ludwigs XIV. Er verbot ein Bombardement des Sas van Gent. Er befahl die Arbeit an der Schanze auf franzöſiſcher Seite nicht fortzuſetzen. Er that einen weiteren Schritt: für den Fall, daß die Holländer das Feuer wieder eröffneten, gebot er die Batterien ſeiner Schanze abzuwerfen [3]).

„So weit, hat man von franzöſiſcher Seite geſagt, trieb Ludwig XIV. die Milde". Wir Andere haben damit ſein Verfahren gegen den Domdechanten Mean zu vergleichen. Die Motive bei dem einen und dem anderen Falle liegen nahe genug vor Augen. Das eine derjenigen für die Gewaltthat an dem Geiſtlichen haben die eigenen Worte Ludwigs XIV. dargelegt: das andere in dieſem Falle ergibt ſich aus der Thatſache, daß der alte Prieſter wehrlos war, nicht ſeinerſeits Gleiches mit Gleichem erwiedern konnte. Die Angelegenheit dagegen des holländiſchen Forts Sas von Gent gegenüber der franzöſiſchen Batterie von Selzatte wird beleuchtet durch die Worte Wilhelms III. darüber an Heinſius. Nach Wilhelm III. hatte der holländiſche Commandant des Sas van Gent nicht nachdrücklich genug gehandelt; denn er habe die franzöſiſche Anlage nicht völlig vernichtet. Dann fügt der König hinzu: „Wenn die Franzoſen das Sas und die Schleuſe bombardiren, ſo hat damit der Krieg begonnen, und in dieſem Falle dürfen wir nicht zaudern, auf allen Puncten vorzubrechen". So am 13./23. December 1701 [4]).

---

[1]) So Heinſius an den König bei Grovestins t. VIII, p. 184.

[2]) So die holländiſche Denkſchrift bei Lamberty t. I, p. 714.

[3]) Pelet t. I, p. 151 et suiv.

[4]) Grovestins t. VIII, p. 183.

by Google

Unverkennbar wünſchte alſo Wilhelm III. jenes angedrohete Bombardement, und eben ſo ſehr wünſchte man es in Wien. Denn in dieſem Falle wäre zu der allgemeinen europäiſchen Verwickelung, welche den Krieg wider Frankreich unvermeidlich machte, noch die beſondere augenfällige Provocation gekommen. Eben darum wollte Ludwig XIV. nicht. Der holländiſche Geſchäftsträger, der in Paris geblieben war, erhob dort Beſchwerde über die Anlage jener Schanze bei Selzatte. Er erhielt von Torcy die Antwort: „Obwohl die Inſolenz auf die Truppen eines ſo mächtigen Königs zu ſchießen, nicht zu dulden: ſo habe doch Se. Allerchriſtlichſte Majeſtät aus beſonderer Güte zu befehlen geruht, daß Verhandlungen über dieſe Angelegenheit angeknüpft würden, und deshalb die Arbeiten an der Schanze einſtellen laſſen. Die Drohung, das Sas van Gent zu bombardiren, ſei ohne Vorwiſſen des Königs geſchehen; auch der Marſchall Boufflers bekenne ſich nicht dazu, obwohl im Uebrigen die Holländer ſie nur allzu ſehr verdient hätten“ [1]). Nachdem Heinſius dies berichtet und ferner gemeldet, daß von ſpaniſcher Seite in Brüſſel dem dortigen holländiſchen Geſchäftsträger die Aufforderung gemacht ſei, zwiſchen Spanien und der Republik den Frieden von Münſter zu erneuern, fügt er in dem Schreiben an Wilhelm III. ſein Urtheil hinzu, mit den Worten: „Ew. Majeſtät ſehen daraus, wie ſehr die Franzoſen und die Spanier den Bruch zu vermeiden wünſchen, und daß ſie unter dieſen Umſtänden ihrem herkömmlichen Hochmuthe Gewalt anthun, ſo ſehr, daß ſie aus dem Vorfalle beim Sas van Gent ſich einen Vorwand ſuchen, um wieder Unterhandlungen anknüpfen zu können“ [2]).

Heinſius ſprach ſich weiter dahin aus, daß der franzöſiſche Hof bereits dahin gelangt ſei zu bereuen, daß er den Grafen d'Avaux ſo eilig abberufen und dadurch ſich ſelber das Mittel genommen habe, in der Republik hier oder dort eine Misſtimmung zu erregen. Denn nach ſeiner Anſicht hatten alle dieſe vermeinten Friedensverſuche von Frankreich her nur den Zweck, irgend eine Kundgebung in dieſem Sinne hervorzulocken, ob in der Republik, ob in England, und dadurch die Einmüthigkeit der Action zu lähmen. Der König Wilhelm III. ſtimmte dieſer Anſicht durchaus bei [3]).

---

[1]) Die Schriftſtücke bei Lamberty t. I, p. 713 et suiv.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 185. [3]) A. a. O. p. 186.

Dennoch dürfte es die Frage ſein, ob ſich die Wünſche Ludwigs XIV. auf die Erregung von Uneinigkeit beſchränkten. Wir haben aus ſeinem Schreiben an ſeinen Enkel in Spanien, vom 31. October, erſehen, daß er um des Friedens willen auch zu erheblichen Opfern bereit geweſen wäre, freilich auf Koſten Spaniens. Eben darauf deuten die Worte, welche eben damals der Papſt Clemens XI. dem kaiſerlichen Botſchafter Lamberg in Rom ausſprach, daß Ludwig XIV. ſuchen würde, ſeinen Frieden mit England zu machen durch den Verzicht auf Belgien und das Preisgeben des Prinzen in St. Germain. Auch in dieſem Falle allerdings liegt vor Augen, daß das nächſte Ziel Ludwigs XIV. dabei war, von Rom aus und durch den Papſt Clemens XI. Mistrauen und Zwiſt unter den Bundesgenoſſen zu erregen. Aber mochte immerhin dies zunächſt das Ziel ſein: das eine ſchließt das andere nicht aus, daß Ludwig XIV. auch damals noch hoffte, mit einigen Opfern überhaupt vom Kriege frei zu kommen.

Und hier erſt berühren wir den fundamentalen Gegenſatz. Ludwig XIV. hatte durch ſeine Art der Politik für ſich und ſein Volk den Frieden unmöglich gemacht. Es war dahin gekommen, daß weder der Kaiſer Leopold, noch der König Wilhelm, noch unter ſeiner Führung die Staatsmänner der Republik, für die ihnen untergebenen Völker eine Sicherheit in der Zukunft anders erblickten als durch die Demüthigung Frankreichs. Und es handelte ſich damals nur noch um die Frage, ob die engliſche Nation, die einzige monarchiſche in Europa, welche ein ſelbſtändiges politiſches Leben beſaß, dieſer Anſchauung vollaus beitreten würde.

Eben von jener Anſchauung aus aber wieſen der Kaiſer, der König, der Rathspenſionär in gleicher Weiſe jeden franzöſiſchen Verſuch zurück.

Allein, wenn auch die Mitglieder der Allianz in dieſem hauptſächlichen Puncte völlig einig waren, ſo lagen doch auch andere der Differenz ſehr nahe. Der Kaiſer machte unabläſſig die Beſchwerde geltend, daß, weil der Bruch der Seemächte mit Frankreich nicht erfolge, er dagegen auf den Rath der Seemächte ſich thatſächlich in Italien im offenen Kriege mit Frankreich und Spanien befinde, der Prinz Eugen ſich gegen die allzu ſehr überlegene Macht dort auf die Dauer nicht halten könne. Indeſſen der Kaiſer wünſchte nicht bloß,

Digitized by Google

daß die Streitkräfte des Prinzen Eugen in Oberitalien ausreichten, sondern daß auch ein starkes Detachement davon nach Neapel hin entsendet würde. Denn es galt die Ansicht, daß bei der günstigen Gesinnung der Neapolitaner für das Kaiserhaus dann eine neue Erhebung dort erfolgen werde, und daß diejenige im September 1701 nur darum mislungen sei, weil sie jeder militärischen Stütze entbehrte.

Der Plan eines solchen Detachements nach Neapel hin stand aber durchaus nicht im Einklange mit den Wünschen Wilhelms III. und des Rathspensionärs. Sie legten ungleich mehr Gewicht auf eine starke kaiserliche Armee am Oberrheine. Sie hatten dabei allerdings nicht bloß den Schutz der deutschen Grenzen im Auge, sondern eben so sehr oder mehr die Diversion, welche eine starke kaiserliche Macht am Oberrheine ausübte zu Gunsten der Republik. Um dies zu erreichen, ließen Wilhelm III. und Heinsius durch die Gesandten Stepney und Hamel-Bruininx in Wien einen besonderen Vorschlag machen, nämlich, daß der römische König Joseph, damals dreiundzwanzig Jahre alt, die Führung der Armee am Oberrheine übernehmen möge. Der junge König vernahm das gern. Nicht so willig waren die kaiserlichen Eltern [1]).

Der Kaiser hatte damals in Italien oder auf dem Marsche dahin 50,000 Mann, unter denen als Hülfsvölker 6000 Dänen in seinem Solde, die übrigen aus den Erbländern. Im Reiche hoffte er 80,000 Mann an den Oberrhein zu entsenden. Darunter waren 37,000 Mann eigener Truppen, so jedoch, daß der Kaiser die ihm durch die Subsidien-Verträge mit Preußen, ferner mit den drei Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz, und dem Bischofe von Würzburg schuldigen Corps mit einrechnete. Ob indessen der neue König von Preußen, nachdem er seinen Titel einmal hatte, seine Vertragspflicht dafür leisten würde, war, wie wir vernommen haben, noch sehr zweifelhaft. Die weitere Anzahl zur Ergänzung der 80,000 Mann würden, nach der Ansicht des Kaisers, die Reichskreise aufbringen, Schwaben, Franken und der Rhein.

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 177. Es versteht sich, daß in Betreff des Kaiserhofes nur auf die eigenen Worte von Heinsius Gewicht zu legen ist, nicht auf die hinzugefügten Meinungen des Herrn Grovestins.

Digitized by Google

Die Wünsche, welche der Kaiser durch den Grafen Wratislaw, im December 1701, an den König gelangen ließ, betrafen namentlich die Sendung einer Flotte in das Mittelmeer, weil deren Anwesenheit erheblich beitragen würde, das Königreich Neapel wieder zu gewinnen. Der König lehnte nicht ab. Aber er hielt den Mangel eines Hafens dort entgegen, in welchen im Falle einer ungünstigen Wendung diese Flotte sich zurückziehen könne. Der Gesandte erwiederte, daß auch selbst, wenn man in dem kommenden Feldzuge nicht einen italienischen Hafen erlange, der Kaiser in seinem Küstenlande an der Adria mehrere Seehäfen besitze. „Auch ich habe davon reden hören, sagte der König, aber diese Oerter sind hier zu Lande so wenig bekannt, daß man auf diese ungenaue Kunde hin nicht wagen wird, eine Flotte dahin zu senden. Es ist daher zunächst erforderlich, durch Ingenieure diese Häfen zu vermessen, und namentlich die Wassertiefe genau aufnehmen zu lassen, damit durch eine bestimmte Vorlage darüber die Zweifel und Bedenken hier sich erledigen können."

Es kamen dann die einzelnen Reichsfürsten zur Besprechung, deren Haltung Bedenken erregte. Die Berichte des Montmoulin, den der König früher an Max Emanuel von Bayern entsendet, lauteten trüb. „Alle Antworten und Manieren des Kurfürsten, sagte der König, geben kund, daß er sich völlig an Frankreich verkauft hat." Wratislaw erhob den Zweifel, ob von Seiten der Seemächte dem Kurfürsten etwas geboten sei, wie es von Seiten des Kaisers geschehen. Der König bejahte, und fügte hinzu: er halte die Sache für verloren. Es wird sich uns später ergeben, daß so viel wie Frankreich die Verbündeten dem Kurfürsten nicht bieten konnten.

Unwilliger noch als über Max Emanuel, äußerte sich der König über den Bruder Joseph Clemens von Köln. Er meinte, dieser werde seinen Verrath bald zu bereuen haben. Aber er führte schwere Klage über den Magistrat der Stadt Köln, welcher sich weigere holländische Truppen einzunehmen, wo doch das ganze Erzstift erfüllt sei mit Franzosen. Er glaubte auch in Köln französische Sympathien zu erkennen, und sprach daher die Bitte aus, daß der Kaiser mit allem Nachdrucke dort seine Autorität geltend machen wolle. Und dies bahnte ihm den Weg zu der Hauptsache, die in Betreff des Reiches ihm am Herzen lag.

Digitized by Google

„Vor allen Dingen, ſagte er zu Wratislaw, bitte ich den Kaiſer, daß die verſprochene Anzahl Truppen geſtellt werde und ſchleunigſt an den Oberrhein marſchire. Ich habe aus der Erfahrung der vorigen zwei Kriege die Beobachtung gezogen, daß die kaiſerlichen Truppen jedes Mal zu ſpät ins Feld kommen. Daher iſt alles Uebel entſtanden. Denn Frankreich gewann dadurch die Zeit, im Frühling einen raſchen Streich gegen die Republik zu thun, und dann die Truppen an den Rhein zu ſenden. So wohlgeſinnt auch zur Zeit die Holländer ſind, ſo furchtſam werden ſie ſich benehmen, wenn Frankreich die Ausſicht hätte, mit überlegener Macht in ihr eigenes Land einzubrechen. Deshalb bitte ich aus guter Meinung, daß man mit dem Anzuge an den Rhein nicht zaudern wolle." — Wratislaw erwiederte: „Der Kaiſer wird ſicherlich darin nichts unterlaſſen. Aber Ew. Majeſtät wollen erwägen, daß die Einrichtung des kaiſerlichen Heeres eine andere iſt, als die des engliſchen und des holländiſchen. Dieſe letzteren leben für ihr baares Geld: deshalb kann man ſie leicht bis an die Grenzen legen, weil ſie durch den großen Geldzufluß dem betreffenden Lande eher zu einer Wohlthat als zu einer Laſt gereichen. Anders iſt es mit den kaiſerlichen Truppen, die ihre Subſiſtenz ziehen aus dem Lande, in welchem ſie ſtehen, und darum weit auseinander gelegt werden müſſen. Dennoch wird dies kein Hindernis ſein. Denn ich weiſe darauf hin, daß in dieſem Jahre die aus Ungarn nach Italien gezogenen Truppen dennoch rechtzeitig dort eingetroffen ſind". — Der König unterbrach ihn mit den Worten: „Ich laſſe Ihre Gründe zwar in ſo weit gelten, daß ein jedes Land ſich nach ſeinen Einrichtungen regieren muß. Nur iſt der Feldzug in Italien in meinen Augen kein zutreffendes Beiſpiel; denn er iſt mehr wunderbar als natürlich verlaufen. In unſeren menſchlichen Angelegenheiten darf man ſich aber auf ſolche Wunder nicht verlaſſen. Ich erſuche Sie daher dem Kaiſer vorzuſtellen, daß an dem Zeitgewinne alles für uns liegt, daß wir offenſiv verfahren und uns außerordentlich anſtrengen müſſen. Denn ſonſt wird der Krieg kurz währen und übel ablaufen. Daß die Generalſtaaten das Aeußerſte leiſten werden, dafür ſage ich gut. Hier in England werde ich unabläſſig arbeiten, und hoffe, daß das Parlament mir zur Seite ſtehen wird. Es kommt alſo darauf an, daß auch der Kaiſer ſeine Erbländer mit Nachdruck zu den erforderlichen

Digitized by Google

Leiſtungen heranzieht. Er wird erwägen, daß von dieſem Kriege nicht bloß ſein Ruhm, ſondern auch ſeine Sicherheit abhangt, ſo wie daß der Nutzen hauptſächlich ihm und ſeinem Erzhauſe zukommen wird. Zur Beförderung deſſen wird beſonders heilſam ſein die Anweſenheit des römiſchen Königs Joſeph bei der Armee. Ich habe meinem Geſandten Stepney in Wien aufgetragen, in einer beſonderen Audienz dieſen meinen Wunſch dem Kaiſer auszuſprechen. Ihnen gegenüber bezeuge ich, daß ich mich dadurch keineswegs in die inneren Angelegenheiten des kaiſerlichen Hauſes einmiſchen will. Allein, nachdem ich lange bei mir erwogen, wie das römiſche Reich auf die leichteſte und geſchwindeſte Weiſe in ſich zu einigen: ſo habe ich dies als das einzige Mittel gefunden. Die Anweſenheit des römiſchen Königs bei dem Heere wird nicht bloß den Feind ſchrecken, ſondern auch das Reich in ſich und die Verbündeten anregen, daß ein Jeder theils aus Neigung, theils im Wetteifer ſich um ſo mehr anſtrengen wird. Dazu wird die perſönliche Anweſenheit des römiſchen Königs alle Streitigkeiten über das Commando abſchneiden. Ich hoffe, daß der Kaiſer dieſem meinem Vorſchlage, der nichts bezweckt als die Wohlfahrt des Gemeinweſens und insbeſondere diejenige des Kaiſerhauſes, ſeine Zuſtimmung geben werde."

Die politiſche Lage der Dinge am Schluſſe des Jahres 1701, ſo wie Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft werden veranſchaulicht durch eine Pasquinade, welche treffende Züge der Beobachtung enthält. Sie fand ihre Verbreitung in Europa unter dem Titel: Theologie der Fürſten. Darum möge ſie im Originale hier folgen.

La Théologie des Princes.

La France. Je crois le songe de Pharaon où les vaches grasses deviennent maigres.

L'Espagne. Je crois le purgatoire des vivants selon les principes de l'Eglise française.

Louis. Je crois comme S^t^ Xavier, saint des Jésuites, qui vouloit Tout pour la plus grande gloire de Dieu.

Digitized by Google

Le Dauphin. Je crois que Dieu est un Dieu fort et jaloux, qui visite l'iniquité des pères dans les enfants jusqu'à la troisième génération.

Le duc de Bourgogne. Je vois dans le songe de Daniel le saint ange surveillant, qui coupe un arbre de la monarchie.

Le prince de Galles. Je crois ces paroles de Daniel: Mene Tekel etc.

Madame de Maintenon. Je crois la rémission des péchés avec Marie-Madeleine.

Le Pape. Je crois que le nouveau Testament de Portocarrero doit être mis entre les livres Apocryphes.

Portugal. Je crois le limbe des pères, où l'on n'est ni bien ni mal jusqu'au jugement.

L'Electeur de Cologne. Je crois le bâton d'Egypte qui perce la main de celui qui s'y appuye.

Venise. Je crois qu'il me faudrait une colonne de feu entre l'armée des Israélites et celle de Pharaon.

Le duc de Savoye. Je crois la statue de Daniel où le fer et l'argile ne se joignent pas bien.

Le duc de Mantoue. Je crois l'apostasie de Judas avec sa perte finale.

Portocarrero. Je crois le faux prophète de l'Apocalypse, qui sortit pour pervertir le monde.

Le père de la Chaise. Je crois l'histoire de Balaam qui maudit le peuple de Dieu.

Catinat. Je crois la résurrection des morts de mon armée, mais dans une autre vie.

Villeroy. Je crois que les péchés de faiblesse et d'imprudence sont véniels.

Digitized by Google

Pasquin. J'espère un autre siècle où il sera permis de penser ce qu'on voudra et de dire ce qu'on pense [1]).

Unterdeſſen vollzogen ſich in England die Wahlen. Es iſt von beſonderer Wichtigkeit das Verhalten des Königs den Parteien gegenüber nach dem Berichte eines ſelber parteiloſen Augenzeugen darzulegen [2]). Dies um ſo mehr, da ein ſolcher Bericht in ſich die Bürgſchaft trägt, frei zu ſein von Urtheilen und Anſchauungen, die, aus dem conſtitutionellen Brauche ſpäterer Zeiten erwachſen, damals noch keine Anwendung fanden.

Der König hatte aus ſich das Parlament aufgelöſt und Neuwahlen ausgeſchrieben. Er hatte dadurch den Whigs die Bahn eröffnet, abermals mit den Tories im Wahlkampfe zu ringen. Weiter indeſſen ging der König nicht. Er entließ nicht aus ſich die Tory-Miniſter, ernannte nicht Whigs an deren Stelle. Er machte keine ausdrückliche Andeutung, daß ihm die Wahl von Whigs lieber ſein würde als diejenige von Tories. Demnach hoffte auch noch während der Wahlen jede der beiden Parteien, daß der König ihr ſich zuneigen werde. Beiderſeitig war man nämlich einig in dem Urtheile, daß diejenige Partei, in deren Wage der König das Gewicht der von ihm abhängigen achtzig bis neunzig Stimmen werfe, die mächtigere ſein werde. Die ſtärkere Hoffnung allerdings ſprach für die Whig-Partei; denn warum ſonſt, fragte man, hatte der König das Parlament aufgelöſt? — Allein dieſe Hoffnung gab noch keine Gewisheit. Im Jahre zuvor hatte der König ſich öffentlich für die Tories erklärt, aus ihnen ſeine Miniſter genommen, und dennoch im Geheimen die Beziehungen mit der Whig-Partei unterhalten. Ein ähnliches Verfahren konnte er abermals beobachten wollen. Ueberhaupt aber, meinte man, werde ſich Klarheit erſt ergeben bei der Wahl des Sprechers für das Unterhaus.

---

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 326. Leibniz ſendet von Berlin aus die Schrift der Kurfürſtin Sophie ein. Indeſſen geben weder die wenigen Worte von ſeiner Seite, noch die Antwort der Kurfürſtin einen feſten Anhaltspunct für ihn als Verfaſſer.

[2]) Anlage III.

Digitized by Google

So ſtand die Sache um die Mitte des Monates December. Bereits um eine Woche ſpäter ergoß ſich über die Abſicht des Königs dadurch mehr Licht, daß er den durch ihre Stellen von ihm abhängigen Mitgliedern des Unterhauſes die Andeutung zukommen ließ, daß er die Wahl Littletons zum Sprecher wünſche. Littleton war Sprecher geweſen in dem vorletzten Unterhauſe, in welchem die Whig-Partei die Mehrheit gehabt hatte. Es war demnach klar, daß der König ſich auf die Whig-Partei ſtützen wolle [1]).

Die Tory-Partei ward indeſſen dadurch nicht entmuthigt. Ihr Candidat war der Sprecher des letzten Unterhauſes, Sir Robert Harley. An der Befähigung zu der Führung der Geſchäfte wurden beide Bewerber einander gleich gerechnet: lediglich das Intereſſe der beiden Parteien kam in Frage.

Die Abſicht indeſſen der Tories ging noch weiter. Sie wollten dem Könige das Mittel nehmen, durch welches er die Whig-Partei ſtärken konnte: ihre Abſicht war, die Mitglieder, welche durch ein Amt in Civil oder Militär von der Krone abhängig waren, aus dem Unterhauſe zu ſtoßen. Zu dieſem Zwecke ſollte der Satz der im Jahre zuvor errichteten Succeſſions-Acte dienen, welcher allen denen, die ein Amt oder eine Beſoldung von der Krone beſaßen, die Befähigung abſprach, dem Könige und dem Lande im Unterhauſe zu dienen. Dieſer Satz konnte, genau genommen, erſt mit der Succeſſions-Acte ſelbſt in Kraft treten. Es hieß, daß in dem urſprünglichen Entwurfe dies auch ausdrücklich ausgeſprochen war. Allein in der Acte ſelbſt, wie ſie die königliche Sanction erhalten hatte, fand ſich nicht dieſe Beſchränkung in der Zeit, ſondern lediglich jener Satz, und daher meinten ſich die Tories desſelben bedienen zu können [2]).

Die Mitglieder beider Parteien, wie ſie nach und nach in London eintrafen, redeten für den Krieg wider Frankreich. Ueber den Modus

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. December 1701.

[2]) Desgleichen vom 6. Januar 1702: Sothane Zeitbeſtimmung iſt im Concept der Acte inſerirt geweſen, in der Mundirung davon aber malitiose, wie geglaubt wird, ausgelaſſen worden, welcher Auslaſſung, ſo damals nicht in Acht genommen, ſich die Anglicaner anjetzo prävaliren wollen, um alle Hof- und Kriegs-Offiziere vom Unterhauſe zu excludiren, als das einzige Mittel, um dadurch die Majora auf ihre Seite zu bringen.

Digitized by Google

jedoch gingen die Ansichten auseinander. Die Whigs wollten den König bitten, den Krieg wider Frankreich sofort zu erklären. Die Tories dagegen wollten ihm die Erklärung anheim stellen, mit dem Ausdrucke ihrer Bereitwilligkeit für die geschlossenen Allianzen mit Subsidien einzutreten. Die Whig-Partei wollte ferner eine Abschwörung des Prinzen von Wales, nicht die Tories. Eine andere Differenz endlich war, ob der Krieg lediglich zu Wasser oder zu Wasser und zu Lande geführt werden solle. Die letzte Frage indessen war nicht eine eigentliche Partei-Frage; denn auch viele Whigs waren einem englischen Landkriege abgeneigt [1]).

In Betreff der Kriegführung zur See waren alle Parteien einig, und es stand von vorn herein fest, daß die Bewilligungen dafür bis nahe an zwei Millionen betragen würden. Dagegen wußte man, daß die Forderung des Königs für den Krieg überhaupt sich auf fünf Millionen belaufen würde. Aber das damalige England wollte sich nicht weiter verschulden. Es wollte nur so viel bewilligt sehen, wie nach der Erfahrung in jedem Jahre von der Nation aufgebracht werden konnte. Dieser Betrag war drei und eine halbe Million Pfund Sterling.

Die Engländer wollten lieber Geld hergeben für fremde Truppen, einestheils weil diese wohlfeiler zu haben waren als englische National-Truppen, andererseits weil ein fremdes Landheer der heimischen Freiheit nicht gefährlich werden konnte, wie etwa ein englisches National-Heer, welches dem Könige zu Befehle stand. Wilhelm III. dagegen wollte auch englische National-Truppen. Er wollte ein Landheer im englischen Solde zu 40.000 Mann, die Hälfte davon englische National-Truppen [2]). Ein hauptsächliches Motiv für ihn war die Besorgnis, daß das Parlament, wenn nicht die eigenen Truppen ihm am Herzen lägen, in seinen Leistungen für fremde bald nachlassen würde. „Ich fürchte, meldet der Graf Wratislaw, diese Differenz wird der Stein des Anstoßes zwischen dem Könige und dem Parlamente werden."

Einige Mitglieder der Whig-Partei suchten in dieser Sache sich mit dem kaiserlichen Gesandten in Beziehung zu setzen. „Wir sind geneigt, sagten sie ihm, für den Kaiser Subsidien zu bewilligen, damit

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 6. Januar 1702. Auch für das Folgende.

[2]) Wratislaws Bericht vom 2./13. Januar.

Digitized by

er eine größere Armee errichten und den Krieg wider Frankreich mit stärkerem Nachdrucke führen könne. Denn wir sind dem Kaiser dafür verpflichtet, daß Europa nicht in die französische Sclaverei gefallen ist. Wir sind ihm nicht weniger für unsere Angelegenheiten daheim verpflichtet. Denn der glückliche Fortgang der kaiserlichen Waffen in Italien während des letzten Jahres hat die übel Gesinnten hier im Zaume gehalten, so daß sie sich mit ihrem Vorhaben nicht hervorgewagt haben, wozu sie nun nicht mehr im Stande sind. Der Kaiser ist endlich der Einzige, auf welchen wir für die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges bauen können."

Wir sehen, welches Gewicht die damaligen Mitglieder der Whig-Partei, die in der vollen Anschauung ihrer Zeit lebten, dem Uebergange des Prinzen Eugen über die Alpen, seinen Siegen bei Carpi und Chiari sowol für Europa im Allgemeinen als für England im Besonderen beimaßen.

Jenes Erbieten der Whigs war lockend; dennoch ging der kaiserliche Gesandte nicht darauf ein. „So gern ich auch, meldet er, Ew. K. Majestät einige Subsidien zuwege brächte: so getraue ich mir doch nicht durch die Annahme eines solchen Erbietens die innere Politik des Königs hier zu durchkreuzen. Ich glaube, daß diese Sache ohne mein Eingreifen zwischen dem Könige und dem Parlamente abgemacht werden muß. Sollte dem Könige sein Plan fehlschlagen: so werde ich mich bemühen ihm darzuthun, wie ungleich sicherer er verfährt, wenn er für Ew. K. Majestät Subsidien aufwendet als für die Reichsfürsten."

Die Gesundheit des Königs schien im December sich gekräftigt zu haben. Bis wenige Tage vor dem Zusammentritte des Parlamentes blieb er in Hamptoncourt, unermüdlich jagend. „Zur Klage aller Gesandten", fügt Wratislaw seinem Berichte hinzu [1]). Nachdem dann der König nach Kensington zurückgekehrt war, bemerkte man an ihm eine Aenderung. Er ließ sich im Cercle der Gesandten einen Sessel bringen und setzte sich gleich, was er sonst nie gethan. Nicht jedoch wirkte das auf seine Stimmung ein. Er war wohl aufgelegt, und erging sich mit den Gesandten in längeren Reden [2]).

[1]) Bericht vom 20. December 1701.

[2]) Wratislaws Bericht vom 6. Januar 1702.

Digitized by Google

In den letzten Tagen vor dem 30. December/10. Januar waren noch nicht alle Mitglieder des Parlamentes eingetroffen, namentlich der Whig-Partei, und es erhob ſich daher die Frage, ob der Zuſammentritt noch zu vertagen ſei. Die Whigs ſelber wünſchten es nicht. Sie hielten ſich für ſtark genug. Demnach erfolgte die Eröffnung am beſtimmten Tage, dem 30. December/10. Januar. Die erſte Handlung im Unterhauſe war die Wahl des Sprechers. Es ergaben ſich 212 Stimmen für Littleton, 216 für Harley. Demnach hatte die Tory-Partei die Mehrheit. Man erfuhr, daß viele unter den von der Krone abhängigen Mitgliedern, ungeachtet der Kundgebung des Königs zu Gunſten von Littleton, für Harley geſtimmt hatten. Unter ihnen war der Staats-Secretär Hedges [1]).

Das überraſchende Ergebnis dieſer Wahl bewirkte, wie Wratislaw meldet, bei den Whigs einige Conſternation. In Verſailles dagegen ward es beifällig vernommen. „Dasjenige Mitglied ſagte man, welches der König Wilhelm durchaus nicht zum Sprecher wollte, iſt dadurch an ſeiner Wahl nicht behindert worden“ [2]). Die Whig-Partei in England hegte eine beſondere Beſorgnis von dem Eindrucke dieſer Wahl in Holland, weil bekannt war, daß die Holländer zu den Tories ein ſehr geringes Vertrauen hatten. Der König ſchrieb an Heinſius die Worte: Obwohl die Wahl mit vier Stimmen Mehrheit gegen uns ausgefallen: ſo hoffe ich darum doch, daß die allgemeinen Angelegenheiten im Parlamente nicht minder wohl gehen werden“ [3]). Mündlich äußerte er ſich zu Wratislaw: „Wenn meine Freunde durch die Wahl nicht mehr eingeſchüchtert werden als ich: ſo hat es nichts zu bedeuten“ [4]). Er beſtätigte Harley als Sprecher; aber er gab zugleich der Whig-Partei einen Beweis, daß er ſie als ſeine Freunde betrachte, indem er den Staats-Secretär Hedges entließ. An ſeine Stelle trat der Graf Mancheſter, der frühere Botſchafter in Paris.

Am folgenden Tage erſchien der König im Oberhauſe, ließ das Unterhaus an die Schranken beſcheiden, und verlas ſeine Thronrede.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. Januar 1702.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 297.
[3]) Grovestins t. VIII, p. 161.
[4]) Wratislaws Bericht vom 2./13. Januar.

Digitized by Google

Bevor wir dieselbe vernehmen, erscheint es nicht unwichtig daran zu erinnern, daß der König im Beginne seiner Regierung als Princip ausgesprochen, seine Thronreden selbst abzufassen [1]). Daß er an diesem Principe festgehalten hat, ergibt sich aus dem Gedanken-Austausche zwischen Somers und Sunderland, im Herbste 1701, in welchem der letztere die Meinung ausspricht: es würde besser sein, wenn der König einige der Minister mit der Abfassung seiner Thronrede beauftragte, als daß er sie fertig im Cabinet vorlegte [2]). Daher würde für die Annahme, daß er dies Mal sein Princip verlassen und einen Anderen, etwa Lord Somers, wie oft behauptet ist, mit der Abfassung beauftragt habe, ein starkes Zeugnis erforderlich sein. Ein solches liegt nicht vor. Dagegen wird man an dem Inhalte dieser Rede, der letzten und gewichtigsten, die der König Wilhelm gehalten, und zugleich vielleicht der bedeutendsten überhaupt, die jemals ein König von England zu seinem Parlamente gesprochen, zu prüfen haben, ob es denkbar, daß eine solche Wucht der Rede von einem Minister einem Könige in den Mund gelegt werden kann. Es darf zugleich im voraus bemerkt werden, daß die Berichte der Gesandten keinen Zweifel darüber zulassen, daß sie die Rede als das volle individuelle Eigenthum des Königs ansehen, daß ihnen ein anderer Gedanke darüber gar nicht kommt. Darum hat in aller Beziehung die Rede für die Nachwelt den Werth einer Urkunde des Waltens und Wollens von König Wilhelm III., eines geschichtlichen Actenstückes ersten Ranges. Die Rede lautet wie folgt [3]).

„Mylords und Herren. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Ihr bei Eurem Zusammentreten hier erfüllt seid mit der Würdigung der allgemeinen Gefahr für Europa, und mit derjenigen Entrüstung über das neuliche Verfahren des französischen Königs, welche sich in den loyalen und rechtzeitigen Adressen meines Volkes so nachdrücklich und so allgemein kundgegeben hat."

„Den vorgeblichen Prinzen von Wales als König von England anerkennen und erheben zu wollen, ist nicht bloß die höchste Kränkung, die mir und der gesammten Nation zugefügt werden kann, sondern

---

[1]) Die Stelle aus Oldmixon in Commons Debates t. II, p. 353.
[2]) Hardwicke's Collection of Statepapers t. II, p. 459.
[3]) Commons Debates t. III, p. 183.

Digitized by Google

berührt auch Jedermann, der Antheil nimmt an der proteſtantiſchen Religion oder der gegenwärtigen und zukünftigen Ruhe und Wohlfahrt unſeres Landes, ſo ſehr nahe, daß es nicht einer Aufforderung an Euch bedarf, Euch die Sache ernſtlich zu Herzen zu nehmen und zu erwägen, welche fernere wirkſame Mittel anzuwenden ſind, um die Thronfolge in der proteſtantiſchen Linie zu ſichern, und die Hoffnungen aller Prätendenten und ihrer offenen oder geheimen Anhänger zu erſticken."

„Dadurch, daß der franzöſiſche König ſeinen Enkel auf den Thron von Spanien geſetzt, befindet er ſich im Stande, wenn nicht ſchleunige und wirkſame Gegenmaßregeln getroffen werden, das geſammte übrige Europa unter ſich zu beugen. In dieſem Streben iſt er der wirkliche Herr der ſpaniſchen Monarchie geworden. Er hat ſie völlig von Frankreich abhängig gemacht, und verfügt über ſie wie über ſeine eigenen Länder. Dadurch hat er ſeine Nachbarn in ſolcher Art umringt, daß, wenn auch der Friede dem Namen nach fortbeſtehen mag, ſie dennoch den gleichen Ausgaben und Beſchwerden ausgeſetzt ſind, wie im Kriege. Dies berührt England in nächſter und fühlbarſter Weiſe, zuerſt in Betreff unſeres Handels, welcher bald in ſeinen werthvollſten Verzweigungen gefährdet ſein wird; dann in Betreff unſeres Friedens und unſerer Ruhe daheim, auf deren Fortdauer wir nicht lange zu hoffen haben; endlich in Betreff des Antheils, welchen an der Erhaltung der Freiheit Europas zu nehmen unſerem Königreiche gebührt."

„Um daher die allgemeine Calamität abzuwenden, mit welcher dieſe überwachſende Macht Frankreichs die übrige Chriſtenheit bedroht, habe ich, entſprechend der Aufforderung, welche beide Häuſer des Parlamentes an mich gerichtet, verſchiedene Allianzen geſchloſſen, welche ich dem Parlamente vorlegen laſſen werde. Ich hege keinen Zweifel, daß Ihr mich in den Stand ſetzen werdet die darin gegebenen Zuſagen zu erfüllen."

„Es ſind noch einige andere Verträge in Unterhandlung, die gleichfalls, ſobald ſie abgeſchloſſen ſind, Euch vorgelegt werden ſollen."

„Denn es iſt hier der geeignete Ort, Euch daran zu erinnern, daß die Augen von ganz Europa gerichtet ſind auf dieſes Parlament, daß man überall die Dinge in der Schwebe erhält, bis man Euere Beſchlüſſe kennt, und daß darum keine Zeit verloren werden darf."

Digitized by Google

„Ihr habt nun durch Gottes Segen die günstige Gelegenheit Euch und Eueren Nachkommen den ruhigen Besitz Eurer Religion und Eurer Freiheiten zu sichern, wenn Ihr nur Euch selbst nicht fehlen, sondern die alte Kraft der englischen Nation bethätigen wollt. Aber ich sage Euch offen meine Meinung: wenn Ihr nicht diese Gelegenheit ergreift, so habt Ihr keinen Grund auf eine andere zu hoffen."

„Um das Eurige zu thun, ist es nothwendig stark zur See zu sein, und Sorge zu tragen für die Sicherheit unserer Schiffe in den Häfen, so wie zugleich auch eine Landmacht zu besitzen, welche im richtigen Verhältnisse steht zu derjenigen unserer Verbündeten."

„Meine Herren vom Unterhause, ich empfehle Euch diese Angelegenheiten mit dem Nachdrucke und dem Ernste, den ihre Wichtigkeit erfordert. Zugleich lege ich Euch dringend ans Herz Sorge zu tragen für den öffentlichen Credit, welcher aufrecht erhalten werden kann nur durch die gewissenhafte Beobachtung des Grundsatzes, daß das Vertrauen auf eine Parlaments-Sicherheit niemals Verlust bringt."

„Es thut mir immer leid, wenn ich Steuern von meinem Volke verlangen muß; aber Ihr werdet beachten, daß ich nichts verlange, was meine persönlichen Ausgaben betrifft. Ich mahne Euch lediglich, in einer so kritischen und gefährlichen Zeit alles was Ihr vermögt, zu thun für Euere eigene Sicherheit und Euere Ehre. Und ich bin des Willens, daß alles was Ihr gebt gänzlich für die Zwecke verwendet werden soll, für die es bestimmt wird."

„Da ich diesen Punct anrege, so halte ich es für geeignet daran zu erinnern, daß während des vergangenen Krieges es mein Wille war, dem Parlamente jährlich die Rechnungen vorzulegen, so wie daß ich mehreren Bills über die Abnahme der öffentlichen Rechnungen meine Zustimmung gab, damit meine Unterthanen die Genugthuung hätten zu ersehen, wie das für den Krieg bewilligte Geld verwendet wurde. Mein Wille nun ist, daß die Angelegenheit auch ferner in jeglicher Weise geprüft werden soll, damit es zur Klarheit komme, ob eine ungerechtfertigte Verwendung und Unterschleif stattgefunden, oder ob die Schuld, welche uns von da her geblieben, wirklich erwachsen ist aus nicht zureichender Bewilligung oder der Unzulänglichkeit der dafür angewiesenen Mittel."

„Ich habe Euch bereits gesagt, wie nothwendig die Beschleunigung ist, um das große Werk der öffentlichen Angelegenheit zu erledigen, auf

Digitized by Google

welchem, wie unſere Sicherheit, ſo auch alles was uns theuer iſt, beruht. Ich hoffe, daß die Zeit, welche man gewinnen kann, verwendet werden wird für die anderen wünſchenswerthen Angelegenheiten, welche ich ſo oft vom Throne Euch empfohlen habe: nämlich gute Bills zu errichten zum Zwecke der Beſchäftigung der Armen, zur Ermuthigung des Handels, zur Beſeitigung des Laſters."

„Mylords und Herren, ich hoffe, daß Ihr zuſammengetreten ſeid mit dem Entſchluſſe alle Arten von Zwiſtigkeiten und Reibungen zu vermeiden, mit dem Vorſatze dagegen in allgemeinem und herzlichem Zuſammen-Wirken das Gemeinwohl zu fördern. Denn das allein kann dieſe Seſſion zu einer glücklichen machen."

„Nach meiner Anſicht wäre es ein ſo großer Segen, wie nur je England widerfahren kann, wenn ich Euch anſehen könnte als eben ſo geneigt, die unglücklichen, unheilvollen Animoſitäten hintanzulaſſen, welche Euch zertheilen und ſchwächen, wie ich bereitwillig bin alle meine Unterthanen ſicher und unbeſorgt zu machen in Betreff aller, auch der höchſten Kränkungen, die gegen mich begangen ſein mögen."

„Geſtattet mir daher Euch zu beſchwören, daß Ihr die einzige Hoffnung unſerer Feinde vereiteln wollet, nämlich durch Euere Einigkeit. Ich habe dargethan und werde ferner darthun, wie ſehr ich wünſche der gemeinſame Vater meines ganzen Volkes zu ſein. Mögt Ihr in gleicher Weiſe alles Parteiweſen, alle Zertrennung bei Seite ſetzen! Möge in Zukunft von keinem anderen Unterſchiede unter uns gehört werden, als demjenigen der Anhänger der proteſtantiſchen Religion und der gegenwärtigen Verfaſſung, und der Parteigänger eines papiſtiſchen Prinzen und einer franzöſiſchen Regierung!"

„Ich füge nur noch hinzu, daß, ob Ihr mit aufrichtigem Ernſte die Wage Europas in den Händen Englands zu ſehen wünſcht, und ſelber in erſter Linie das proteſtantiſche Intereſſe vertreten wollt, ſich daran zeigen muß, daß Ihr die Gunſt der gegenwärtigen Gelegenheit richtig benutzt."

Während der Rede hob ſich die Stimme des Königs mit ſolchem Nachdrucke, daß die Mitglieder des Parlamentes mit Verwunderung bei ſich fragten, wie es möglich ſei, daß die ſchwache Bruſt dieſe Anſtrengung aushalte [1]).

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 2./13. Januar.

Digitized by Google

Die kaiserlichen Gesandten hätten gewünscht, daß der König es hätte unterlassen können, die Gefahr für die protestantische Religion hervorzuheben; aber sie erkannten an, daß bei den Vorurtheilen der englischen Nation, welche sich die französische Politik und das Papstthum immer in unmittelbarem Zusammenhange vorstellte, der König nicht umhin konnte, diesen wichtigen Hebel für seinen Zweck zu verwenden [1]).

Wir Spätere, die wir die Tragweite der Plane Ludwigs XIV. aus seinen eigenen Worten (S. 23 u. f.) kennen, die wir aus diesen selber ersehen haben, daß sein Trachten dahin ging, durch den Besitz der beiden Monarchien das Haupt der Kirche hinabzudrücken zum Diener des Hauses Bourbon — wir Spätere müssen unser Urtheil dahin fällen, daß Alle diejenigen, welche sich erhoben gegen die Uebermacht des Hauses Bourbon, ob katholisch, ob protestantisch, ob der Kaiser, ob Wilhelm III., ob die Republik Holland — in Wahrheit eintraten für die Freiheit der römisch-katholischen Kirche. Für diese war Ludwig XIV. ein ungleich mehr gefährlicher Feind als alle Protestanten zusammen. Indem Wilhelm III. und die Engländer für ihren Protestantismus einzutreten Willens waren, handelten sie subjectiv in gutem Glauben. Aber nicht Worte entscheiden über die Realität der Dinge, sondern die Realität steht über den menschlichen Worten. Und in der Realität leisteten die Engländer von 1702 für die Freiheit, nicht bloß die eigene politische, sondern die sittliche des Menschengeschlechtes, deren erster Vertreter auch Clemens XI. verblieb, ungeachtet aller seiner politischen Misgriffe — mehr als ihnen selber klar wurde, noch auch werden konnte.

In Wirklichkeit indessen verliert die Thronrede Wilhelms III., auch wenn man sich die wenigen Worte über die Religion hinweg denkt, nichts an ihrer Kraft. Die Anerkennung des Außerordentlichen dieser königlichen Worte klingt indirect sogar herdurch in der kurzen Weise, mit welcher man sie am Hofe von Versailles abzuthun suchte. „Der König Wilhelm, hieß es dort, hat eine große Rede gehalten,

---

[1]) Im Berichte Hoffmanns: Obzwar zu wünschen gewesen wäre, daß der König nicht so viel von der Gefahr der protestantischen Religion geredet, so hat er sich doch dieses stimuli, welcher bei dem gemeinen Pöbel der ausgiebigste, bedienen müssen, um die Nation ad suos fines politicos zu bringen.

Digitized by Google

durch die er trachtet das engliſche Parlament wider Frankreich zu erregen“ [1]). Auf der anderen Seite dagegen fand die Kraft und die Wucht dieſer Thronrede die volle und allgemeine Anerkennung. „Die Beweisführung des Königs, ſagt Wratislaw, iſt ſo klar, ſo vollſtändig, ſo ſcharf, daß ſie keiner weiteren Auslegung bedarf. Nicht das Geringſte iſt darin vergeſſen, und jeder einzelne Gedanke, wie das Ganze legt Zeugnis ab für ſeinen Ernſt und ſeinen Eifer.“ Der Geſandte fügt hinzu, daß er nicht vermöge zu beſchreiben, mit welchem allgemeinen Beifalle die Rede in der Stadt London aufgenommen ſei. Einzelne Puncte traten dabei beſonders hervor, zunächſt der Vorſchlag des Königs die Geldrechnungen des vorigen Krieges zu prüfen [2]). Mit nicht geringerer Freude ward unter der Bevölkerung die eindringliche Mahnung gegen das Parteitreiben und die Animoſität vernommen. In dem Satze: Let me conjure you to disappoint the only hopes of our enemies by your unanimity, erſchien das Wort conjure als der eigenſte Ausdruck des Königs, indem man ſich dachte, daß er dieſes Wort, im Engliſchen weniger gewöhnlich als im Franzöſiſchen, im Originale der Rede gebraucht, und bei der Ueberſetzung auf die Beibehaltung gedrungen habe [3]).

Der wichtigſte Punct in der Thronrede war die Hervorhebung der franzöſiſchen Anerkennung des Prinzen Jacob in St. Germain. Der wider den König von Frankreich zu führende Krieg erhielt dadurch ein neues, ein ſpecifiſch engliſches Object. Nach dem Wortlaute der Allianz vom 7. September 1701 hatte England ſich nur als eine Hülfsmacht des Kaiſers und der Republik zu bethätigen, um den König von Frankreich zu nöthigen, den Anſprüchen jener Mächte Genüge zu leiſten. Wenn aber das Parlament die Gedanken der Thronrede des Königs Wilhelm ſich zu eigen machte: ſo trat England nicht bloß zur Hülfe mit ein, ſondern als für ſich ſelber kriegführende Macht. Der Krieg betraf dann nicht mehr bloß die ſpaniſche Succeſſion, ſondern eben ſo ſehr die Sicherung der engliſchen, geſetzlich feſtgeſtellten Thronfolge.

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 297.

[2]) Sonderlich gefallet zum höchſten der Vorſchlag u. ſ. w., ſagt Wratislaw.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 30. December 10. Januar 1702.

Digitized by Google

Wie auf England ſelbſt, ſo war die Voranſtellung dieſes Objectes auch auf auswärtige Mächte berechnet, ganz beſonders auf Portugal. Man hoffte, daß Portugal den Vertrag, den es mit Frankreich eingegangen, wieder löſen könne durch die Berufung auf den neuen Incidenz-Punct, welcher die Sachlage verändere [1]). Denn der König von Portugal hatte vermieden irgend einen Schritt zu thun, der wie eine Billigung jener Anerkennung in St. Germain angeſehen werden konnte.

Es kam alſo darauf an, wie ſich das Parlament zu der Thronrede verhalten würde.

Das Unterhaus beſchäftigte ſich die erſten Tage hindurch mit den Wahlprüfungen. Das Oberhaus, nicht gehemmt durch Formalitäten ſolcher Art, antwortete ſofort, und zwar ſo, daß die Adreſſe völlig der Thronrede entſprach, und namentlich in Betreff der Anerkennung des Prinzen in St. Germain ſich die Gedanken des Königs vollaus aneignete. Es kam dazu, daß die Adreſſe von zwei Tories, dem Marquis Normanby und dem Grafen Nottingham, beantragt und vom Hauſe einſtimmig angenommen war. „Es geht der Adreſſe nichts Anderes ab, meldet der Graf Wratislaw, als daß ſie nicht vom Unterhauſe herrührt“ [2]).

Das Oberhaus begnügte ſich nicht mit der einen Adreſſe: es verfaßte noch eine zweite. Der Unterſchied von der erſten iſt, daß die zweite beſonders die ſpaniſche Angelegenheit ins Auge faßt. Indem ſie die Gefahren hervorhebt, welche aus der Beſetzung des Thrones von Spanien mit einem franzöſiſchen Prinzen erwachſen, ſucht ſie, wie ſie ausdrücklich ſagt, die Worte der Thronrede möglichſt feſtzuhalten. Dann aber geht ſie weiter bis zu dem Satze: „Ew. Majeſtät, ſo wie Ihre Unterthanen und Ihre Bundesgenoſſen, können niemals ſicher

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. December/10. Januar 1702.

[2]) Bericht vom 6./17. Januar 1702. Das Werk Lord Debates vol. II, p. 32 ſagt: (The royal speech) was answered first by a joint address of both Lords and Commons and then by each House apart. Dies dürfte nicht richtig ſein. Die vermeintliche joint address iſt vielmehr die erſte des Oberhauſes. Denn die in jenem Werke gedruckte Adreſſe, dort als die eigene des Oberhauſes bezeichnet, gedenkt nicht der Anerkennung des Prinzen in St. Germain. Auf dieſe aber legte, nach den Berichten von Wratislaw und Hoffmann, die überreichte Adreſſe den ſtärkſten Nachdruck im Sinne des Königs. Demnach iſt die dort abgedruckte Adreſſe die zweite.

Digitized by Google

ſein, als bis das Haus Oeſterreich in ſeine Rechte hergeſtellt und der Eindringling der ſpaniſchen Monarchie zur Vernunft gebracht iſt“ [1]).

Die Adreſſe des Unterhauſes, einige Tage ſpäter, entſprach völlig der erſten des Oberhauſes. Sie erwähnte nicht einmal die europäiſche Verwickelung in Folge der ſpaniſchen Succeſſion, ſondern beſchäftigte ſich lediglich mit der Anerkennung des Prinzen in St. Germain. „Und wir ſind feſt und einſtimmig entſchloſſen, ſagte ſie, die Succeſſion zu der kaiſerlichen Krone dieſes Königreiches und ſeiner Nebenländer ſo aufrecht zu erhalten, wie ſie für die proteſtantiſche Linie durch die Bill of Rights feſtgeſtellt und durch die Succeſſions-Acte des vergangenen Jahres näher beſtimmt worden iſt. Und, um dies deſto beſſer durchzuführen, wollen wir nach äußerſtem Vermögen Ew. Majeſtät in den Stand ſetzen alle Allianzen zu erfüllen, welche Sie geſchloſſen haben oder ferner ſchließen werden, gemäß den Adreſſen und dem Rathe des loyalen und pflichttreuen Hauſes der Gemeinen im vorigen Parlamente, um die Freiheiten Europas zu bewahren, und die überwachſende Macht Frankreichs zu beſchränken.“

Der König erwiederte mit ſeinem Danke: „Euere Einſtimmigkeit bei dieſer Adreſſe erhöht nicht wenig meine Befriedigung damit. Ein ſolcher Schritt ſteigert die Hoffnungen aller derer, welche für England und die gemeine Sache wohlwollend geſinnt ſind. Ich kann nur wünſchen, daß Ihr fortfahret, wie Ihr begonnen habt. Darauf verlaſſe ich mich“ [2]).

Und nicht mehr, wie früher ſo oft, war dies Mal das dem Rathspenſionär Heinſius gegenüber geäußerte Urtheil des Königs verſchieden von dem öffentlich geſprochenen. Das Eine ſtimmte völlig zu dem Anderen. „Der Courier, meldet der König an Heinſius, am 2./13. Januar, wird Ihnen die guten Beſchlüſſe überbringen, welche geſtern und heute in beiden Häuſern gefaßt ſind: man konnte einen erfreulicheren Anfang nicht wünſchen. Möge der Allmächtige auch zu dem Ferneren ſeinen Segen geben!“ [3])

---

[1]) Lord Debates vol. II, p. 33. The invader of the S. monarchy brought to reason.

[2]) Commons Debates t. III, p. 186.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 163.

Digitized by Google

Die Adreſſe iſt deshalb von höchſtem Gewichte, weil ſie ſowohl poſitiv, als negativ durch das Schweigen über die ſpaniſche Sache, darthut, daß das Unterhaus völlig auf den Gedanken des Königs eingeht, nicht als Hülfsmacht für den Kaiſer in Folge der Allianz, ſondern principiell für ſich ſelber in den Krieg einzutreten. Von dieſem Geſichtspuncte aus iſt die ſpätere Benennung des Krieges als desjenigen um die ſpaniſche Succeſſion in Bezug auf England nur halb zutreffend. Gemäß der Intention, die ſich in der Thronrede, wie derſelben entſprechend in der Adreſſe des Unterhauſes kund gibt, würde für England richtiger ſein die Benennung: der Krieg für die Sicherung der engliſchen Thronfolge gemäß den Beſchlüſſen des Parlamentes.

Dieſer Einſtimmigkeit gegenüber erſcheint die Frage gerechtfertigt, ob es denn keine Jacobiten mehr gab. Wir vernehmen die Antwort von dem kundigen Augenzeugen Hoffmann: „Obwohl es an übelgeſinnten Perſönlichkeiten im Unterhauſe nicht mangelt, ſo iſt doch die Beſorgnis gegen den kundbaren Willen der Nation anzugehen, ſo mächtig, daß Niemand ſich getraut irgend welche Oppoſition zu machen, zu geſchweigen, daß diejenigen, die es wagten, ſich nur nutzlos bloßſtellen würden“ [1]).

Im Namen des Königs legte der Staats-Secretär Vernon dem Unterhauſe die Verträge vor, namentlich den wichtigſten, der großen Allianz vom 7. September 1701. Seymour von der Tory-Partei erhob dagegen den Einwand, daß, da die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Königs von England erſt nach dem Abſchluſſe dieſer Allianz geſchehen, es vor allen Dingen nöthig ſei, den König durch eine Adreſſe zu erſuchen: er wolle einen Zuſatz-Artikel zu dem Vertrage zu Wege bringen, durch welchen, eben ſo wie England für das Intereſſe des Kaiſerhauſes in Bezug auf Spanien eintrete, auch der Kaiſer ſeinerſeits ſich für die Sicherheit von England gegen den Prätendenten in St. Germain verpflichte, und daher verſpreche, ſich nicht in einen Vergleich mit Frankreich einzulaſſen, bis dieſe Macht von der Anerkennung des Prinzen zurückgetreten ſei [2]).

Der Gedanke, den Seymour hier ausſprach, war nicht mehr neu. Bereits einige Tage zuvor hatte Marlborough dem Geſandten Wratislaw

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9./20. Januar.

[2]) Desgleichen.

eine Andeutung in dem Sinne gemacht und die Einwände zu bekämpfen geſucht. Um ſo eher mochte Seymour glauben, im Unterhauſe auf eine Zuſtimmung rechnen zu dürfen, die dann zum mindeſten einen Aufſchub zur Folge haben würde, und vielleicht gar, im Falle einer Weigerung von Seiten des Kaiſers, noch viel mehr. Aber die Landedelleute wollten nichts wiſſen von einem Aufſchub. Sie hießen die Verträge gut. So am 7./18. Januar. Sie beſchloſſen demgemäß dem Könige Subſidien zu bewilligen. Sie erneuerten dieſen Beſchluß zwei Tage ſpäter, am 9./20., und zwar faſt einſtimmig. Denn nur Einer widerſprach, weil er, wie er ſagte, nichts hören wolle von Krieg, als etwa zwiſchen Schweden und Moscovien. Man bewilligte zunächſt die Mittel zum Unterhalte von 40,000 Seeleuten. Damit ſei es für dies Mal genug, meinten einige Tories: die Frage eines Landheeres ſei an einem anderen Tage vorzunehmen. Dies ward abgelehnt. Das Unterhaus beſchloß ſofort die Mittel für ein Landheer von 40,000 Mann zu bewilligen, alſo ganz entſprechend dem Wunſche des Königs.

„Ich muß geſtehen, ſchließt Hoffmann ſeinen Bericht, daß, ſo gute Meinung und Hoffnung ich von dieſem neuen Parlamente geſchöpft hatte, ich mir doch nimmer vorher hätte in den Sinn kommen laſſen, daß die Frage eines Landheeres ohne Oppoſition erledigt werden könnte."

Ein Beſchluß dieſer Art drängte den anderen. Seit Menſchengedenken hatte man nicht eine ſolche Beſchleunigung der Geſchäfte im Parlamente geſehen. Das Unterhaus, das in anderen Zeiten täglich ſieben bis acht Stunden berathſchlagte, ſaß nun ſelten über zwei Stunden und beſchäftigte ſich nur mit der Kriegesverfaſſung. „Von der Stärke der Parteien, fügt Hoffmann ſeinem Berichte hinzu, kann man zur Zeit nicht reden. Es iſt keine Oppoſition da" [1]).

Die Sachen ſtanden ſogar ſo, daß von Seiten der Whig-Partei gewünſcht wurde, daß von der Tory-Partei aus ein Widerſpruch gegen die Bewilligungen für den Krieg erfolge. Denn dadurch, meinten jene, würde die Tory-Partei ſich in ſich ſelber zerſetzen, würde namentlich die Landedelleute verlieren, welche durchaus den Krieg wollten. Die Tories ſelber dagegen machten kein Hehl daraus, daß ſie ſich ihren

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13./24. Januar 1702.

Digitized by Google

Wählern hatten verpflichten müſſen, in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten allen Wünſchen des Königs zu entſprechen [1]).

Bei einer inneren Angelegenheit dagegen ward ſofort wieder die Parteiſtellung ſichtbar. Es handelte ſich um die Wahl in Maidſtone, die ſtreitig war zwiſchen Colepepper und Bliſs. Der erſtere war einer der Urheber der Kenter Petition, welche dem Unterhauſe von 1701 ſo großen Anſtoß gegeben. Die Mehrheit des Unterhauſes von 1702 handelte entſprechend derjenigen von 1701. Sie begnügte ſich nicht die Wahl Colepeppers zu verwerfen, ſondern überwies ihn auch wegen der verleumderiſchen Anklage, die er als Beförderer jener Petition gegen das vorige Unterhaus erhoben, als ſeien Mitglieder desſelben durch franzöſiſches Geld erkauft, der gerichtlichen Verfolgung. Die Mehrheit für dieſen Beſchluß betrug bei der erſten Abſtimmung 28, bei der zweiten ſtieg ſie auf 46. Einige Whigs ſprachen offen aus, daß ſie für den Beſchluß geſtimmt, und zwar, wie ſie ſagten, propter justitiam causae. Im allgemeinen jedoch ſchien durch das Ergebnis namentlich der zweiten Abſtimmung, die Thatſache feſtgeſtellt, daß dennoch die Tory-Partei im Unterhauſe die Mehrheit beſaß [2]).

Differenzen ſolcher Art hinderten indeſſen nicht das einmüthige Vorgehen des Unterhauſes wider Frankreich und den Schützling desſelben in St. Germain. Und zwar ſind die Schritte in dieſer Richtung doppelt, daheim und nach außen.

In der erſteren Richtung wurde im Unterhauſe der Antrag geſtellt, eine Bill einzubringen für die fernere Sicherheit der Perſon des Königs, für die Erbfolge der Krone in der proteſtantiſchen Linie, und zur Vernichtung aller Hoffnungen des vermeintlichen Prinzen von Wales und ſeiner Anhänger. Der Antrag ward ohne Widerſpruch angenommen, am 9./20. Januar.

Das Oberhaus beſchäftigte ſich mit derſelben Angelegenheit. Es brachte eine Bill zu Stande und ſendete ſie an das Unterhaus. Sie genügte dort nicht. Die Sache ward umfaſſender aufgenommen. Es hatte ſich das Gerücht erhoben, daß der König beabſichtige Veranſtaltung zu treffen, daß, mit Uebergehung der Prinzeſſin Anna, der Kurprinz

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20./31. Januar.

[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

Georg Auguſt von Braunſchweig-Lüneburg nach ihm zur Krone berufen werde. Es fragt ſich alſo zunächſt, wie ein ſolches Gerücht entſtehen konnte.

Thatſächlich ſteht feſt, daß der König nach der Annahme der Succeſſions-Acte in Hannover, bei dem Beſuche ſeines alten Freundes Georg Wilhelm und deſſen Enkels, des Kurprinzen Georg Auguſt, in Loo im Herbſte 1701, das Verſprechen gegeben, den Prinzen und die Großmutter, die Kurfürſtin Sophie, nach England einzuladen, ſo wie auch für die Kurfürſtin von dem Parlamente ein Jahrgeld zu erwirken. Nach der Rückkehr nach England eröffnete er dieſe ſeine Abſicht der Prinzeſſin Anna. Dieſe jedoch ſchnitt kurz ab durch die Erwiederung, daß ſie eine Hoffnung trage [1]). Was immer der König Wilhelm bei dem Worte denken mochte: er mußte verſtummen. Denn, ſobald eine Deſcendenz der Prinzeſſin da war, ſtand die Thronfolge des Hauſes Hannover wieder in zweiter Linie.

Das Wort der Prinzeſſin ſtand, wie die Folgezeit ergeben hat, im Widerſpruche mit der Wahrheit. Merkwürdiger Weiſe war es bereits das zweite Mal, daß ſich die Prinzeſſin Anna durch dieſelbe Liſt einer ihr unangenehmen Anforderung entzog. Das erſte Mal hatte ſie es gethan gegenüber ihrem Vater Jacob II., um nicht Theil nehmen zu müſſen an der Verhandlung, durch welche damals Jacob II. die Geburt ſeines Sohnes zu verificiren gedachte (Bd. IV, S. 170).

Wilhelm III. mußte gegenüber der Aeußerung der Prinzeſſin ſeinen Plan, den Kurprinzen Georg Auguſt nach England zu rufen, jedenfalls verſchieben. Aber auch nur dies. Eine Reihe vertraulicher Aeußerungen der Kurfürſtin Sophie in dem Briefwechſel mit ihrer Nichte, der Raugräfin Louiſe zu Pfalz, thut dar, daß ſie noch für lange Zeit, ja ſelbſt über den Tod Wilhelms III. hinaus, eine ſolche Einladung für ſich und für ihren Enkel erwartete [2]). Von einem Plane

[1]) Leibniz in einem Berichte für die Kurprinzeſſin Caroline, vom 3. October 1714: Le roi dit à la princesse Anne qu'il serait à propos de faire venir le Prince Electoral. La Princesse répondit qu'elle était grosse. Cette grossesse ne se trouva point; mais le roi ne vécut guère après cela: autrement il aurait fait venir le Prince.

[2]) Die Correſpondenz im gräflich Schonburg Degenfeld'ſchen Archive in Eybach in Württemberg.

Digitized by Google

über die Ansprüche der Prinzessin Anna hinwegzugehen, findet sich in diesen durchaus vertraulichen Aeußerungen keine Spur; vielmehr spiegeln sie für die ersten Monate nach Wilhelms III. Tode noch die Meinung wieder, daß die neue Königin mit ihm übereinstimmend denke.

Jenes Gerücht erscheint daher wie absichtlich im jacobitischen Interesse ausgestreut, zum Zwecke der Erregung von Zwietracht zwischen dem Könige und der Prinzessin Anna. Demnach ist es möglich und wahrscheinlich, daß der Gedanke eine Bill zum Zwecke der Beruhigung der Prinzessin zu errichten, von dem Könige selber ausging. Diese Bill besagte, daß jeder Versuch über das Leben der Prinzessin Anna von Dänemark hinweg zu sehen, eben so verbrecherisch und strafbar sei, wie den Tod des ältesten Sohnes und Thronerben des Königs ins Auge zu fassen [1]).

Praktisch wichtiger war die andere Bill für die Sicherheit der Person des Königs u. s. w. Sie schloß in sich die Abschwörung des vorgeblichen Prinzen von Wales. Hier jedoch ergab sich eine merkwürdige Differenz. Die Tories verlangten die Verpflichtung dem Prinzen abzuschwören als die Bedingung für jegliches Amt, kirchlich oder weltlich; die Whigs wollten den Eid der freien Wahl eines Jeden anheim stellen. Im Oberhause, wo die Frage zuerst angeregt war, entschied die Whig-Mehrheit für die Freiheit der Wahl; im Unterhause trug die Tory-Ansicht mit Einer Stimme, 188 : 187, die Mehrheit davon [2]).

„Wie oft, fügt der beobachtende Hoffmann seinem Berichte hinzu, ist in dieser Nation zur Zeit der Republik dem Könige Carl II. abgeschworen worden!"

Die Bill of Attainder gegen den vorgeblichen Prinzen von Wales, welche jegliche Correspondenz mit ihm zum Hochverrathe stempelte, ward im Unterhause beschlossen und an das Oberhaus entsendet. Dort ward hinzugefügt, daß die Königin in St. Germain, weil sie nach dem Tode Jacobs II. die Regentschaft über England sich angemaßt und Acte derselben ausgeübt, nicht minder als des Hochverrathes schuldig überwiesen sei. Die Königin Marie hatte nämlich eine Declaration erlassen [3]).

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 188.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20./31. Januar.

[3]) Macpherson's Original papers vol. I, p. 600.

Digitized by Google

Zwar wies das Unterhaus dann die Clauſel ab, und das Oberhaus zog ſie in der betreffenden Conferenz zurück. Das Eine wie das Andere jedoch geſchah nicht zu Gunſten der Königin, ſondern zu dem Zwecke eine eigene Bill gegen ſie einzubringen [1]).

Dieſe Beſchlüſſe ſind für das fernere Schickſal des Hauſes Stuart deshalb von beſonderer Wichtigkeit, weil ſie die letzte und zwar wohl begründete Hoffnung einer ſelbſtändigen Subſiſtenz abſchnitten. Bei Lebzeiten Jacobs II. konnte Wilhelm III. die Zahlung eines Jahrgeldes, unter dem Namen des Witthumes der Königin, an die Wahl eines Aufenthaltes außerhalb Frankreich binden. Mit dem Tode Jacobs II. fiel jeder Rechtsgrund, der Königin ſelber als Witwe ihr geſetzlich feſtgeſtelltes Witthum zu verſagen. Dasſelbe betrug 50,000 Pfund Sterling. Auch ſelbſt die franzöſiſche Anerkennung ihres Sohnes als des Königs von England ſchädigte noch nicht ihr eigenes Recht als Witwe. Erſt der ſelbſtthätige Act der bethörten Königin, eine Regentſchaft zu beanſpruchen und dafür gar jene franzöſiſche Anerkennung namhaft zu machen, gab nach den Geſetzen von England dem Parlamente das Recht dies Witthum für verwirkt zu erklären. Und damit ſank für das unglückliche Haus Stuart jegliche Ausſicht anders als von fremder Gnade zu leben. Es war gekettet an die ſogenannte Großmuth des Königs von Frankreich, welche gerade eben ſo lange dauerte, wie die Verwendbarkeit des Hauſes Stuart im Dienſte der franzöſiſchen Politik.

Andererſeits betrafen die Schritte des Parlamentes gegen den Prinzen in St. Germain die Beziehungen mit den Bundesgenoſſen.

Jener Antrag des Tory Seymour im Unterhauſe, an die Zuſtimmung zu der großen Allianz die Bedingung zu knüpfen, daß der Kaiſer ſich für England in ähnlicher Weiſe gegen den Prinzen in St. Germain verpflichte, wie England für ihn in Bezug auf die ſpaniſche Succeſſion, war an jenem Tage ſelbſt nicht angenommen worden. Allein dies unterblieb nur, weil der Antrag damals zu ſtören ſchien. Bereits am nächſten Tage, dem 10./21. Januar, ward der Beſchluß gefaßt, den König durch eine Adreſſe zu erſuchen: er wolle Sorge tragen, daß den verſchiedenen Allianzen ein Zuſatz-Artikel beigefügt werde, des Inhalts: es dürfe kein Friede mit Frankreich

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6./17. Februar.

Digitized by Google

geschlossen werden bis Se. Majestät und die Nation Genugthuung erhalten haben für die große Kränkung, ihnen zugefügt von Seiten des französischen Königs durch die Anerkennung und Erklärung des angeblichen Prinzen von Wales als Königs von England, Schottland und Irland. — Auf diese Adresse erwiederte Wilhelm III.: „Ich werde Sorge tragen Eueren Wunsch zu erfüllen“ [1]).

Er ließ durch Marlborough, der schon vorher bei Wratislaw eine Andeutung dieser Art gemacht, und Vernon den kaiserlichen Vertretern Wratislaw und Hoffmann dies Verlangen in officieller Form eröffnen. Wratislaw entgegnete: man bedürfe nicht eines solchen besonderen Artikels, da der Kaiser durch die Allianz an sich schon dieselbe Verpflichtung im allgemeinen auf sich genommen. Marlborough erwiederte, daß dies nicht genüge. Der Zusatz-Artikel sei erforderlich, damit England als Principal-Macht in den Krieg eintrete. Durch die Gewährung des Verlangens werde sich der Kaiser die englische Nation verpflichten und zugleich ihr nahe legen, daß von seiner Wohlfahrt auch die ihrige abhange. Ferner werde der Kaiser auch die Prinzessin Anna von Dänemark sich verbindlich machen und dadurch, für den Fall, daß während des Krieges der Tod den König hinwegnähme, sie nöthigen mit aller Kraft für sein Interesse einzutreten. — Wratislaw hielt entgegen, daß die französische Politik sich einen solchen Artikel zu nutze machen werde, um dem Kaiser bei dem päpstlichen Stuhle und allen katholischen Mächten überhaupt gehässig zu machen. Marlborough erwiederte, daß die Angelegenheit mit der Religion nichts zu thun habe. Die Thronfolge in England sei vorher festgestellt nach den Gesetzen von England: der Kaiser werde sich nur verpflichten nicht zuzugeben, daß Frankreich die Gesetze von England durchbreche. Man werde Sorge tragen, den Artikel so zu fassen, daß er die Religion unberührt lasse [2]).

Wesentlich desselben Inhalts waren die Beredungen zwischen Vernon und Hoffmann. Der letztere hob in seinem Berichte an den Kaiser noch besonders hervor, daß der Antrag im Parlamente von einem Tory gemacht worden, allem Vermuthen nach zu dem Zwecke,

[1]) Commons Debates t. III, p. 187.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 13. 24. Januar.

Digitized by Google

um Verwirrung zu erregen, wenn der Kaiſer nicht bewillige, und daß daher die Weigerung in England ſehr nachtheilig wirken würde. Auch Vernon verſicherte auf das nachdrücklichſte: der Artikel ſolle ſo gefaßt werden, daß in Betreff der Religion Niemand ein Bedenken dagegen erheben könne [1]).

Es iſt ſehr merkwürdig, daß, nach dem Vorgange Burnets, die ſpäteren engliſchen Hiſtoriker dieſem Artikel nur geringe Beachtung geſchenkt haben, mehrere ſogar ihn nicht einmal erwähnen [2]). Um ſo wichtiger iſt es, die principielle Bedeutung des Artikels klar zu ſtellen. Er lautet in der von dem Könige von England vorgeſchlagenen Form wie folgt [3]).

„Weil, nach dem Abſchluſſe und der Unterzeichnung des zwiſchen Sr. Kaiſerlichen Majeſtät, Sr. Großbritanniſchen Majeſtät und den Hochmögenden Herren Generalſtaaten der vereinigten Niederlande, im Haag am 7. September 1701 errichteten Vertrages, der franzöſiſche König ſich herausgenommen, den prätendirten Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland anzuerkennen und auszurufen, und weil er durch dieſe That der vorbeſagten Königlichen Majeſtät von Groß-Britannien und der geſammten britiſchen Nation eine überaus ſchwere und unwürdige Beleidigung zugefügt hat: ſo iſt zwiſchen den genannten hohen Verbündeten, Sr. Kaiſerlichen Majeſtät, Sr. Großbritanniſchen Majeſtät und den Hochmögenden Herren Generalſtaaten der vereinigten Niederlande, durch dieſen vorliegenden Artikel, welcher durchaus die gleiche und dieſelbe Kraft, Bedeutung und Geltung haben ſoll, als wenn er dem vorbeſagten Bündniſſe von Anfang an einverleibt geweſen wäre, die Uebereinkunft getroffen und beſchloſſen worden, daß überhaupt kein Friede mit Frankreich eingegangen werden ſoll, bevor der genannten Königlichen Majeſtät von Groß-Britannien für dieſe ſehr ſchwere Beleidigung eine Genugthuung widerfahren iſt.“

---

[1]) Bericht Hoffmanns vom 13./24. Januar.

[2]) Burnet p. 697 (edition 1857) erwähnt die Sache ganz kurz. — Aehnlich Coxe in dem Werke: The life of Marlborough t. I, p. 105, ohne die principielle Bedeutung zu würdigen. — Aehnlich kurz Somerville p. 558. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32, erwähnt die Sache nicht einmal.

[3]) Anlage IV.

Digitized by Google

Da die geringe Geneigtheit des Grafen Wratislaw für diesen Artikel kund wurde, so begaben sich auch viele Parlaments-Glieder zu ihm. Sie brachten dieselben Gründe vor wie Marlborough. Es müsse dem Kaiser alles daran liegen, daß England nicht als Hülfsmacht, sondern als Principalmacht in den Krieg eintrete. Da nun die englische Nation willig sei alles aufzuwenden, um das Interesse des Kaisers bei der spanischen Angelegenheit zu befördern: so dürfe der Kaiser kein Bedenken tragen, für die innere Ruhe des Königreiches England sich zu verbünden. Denn mit der Religion habe dies nichts zu thun. Weigere aber dennoch der Kaiser, so werde er dadurch bei den Engländern das Mistrauen erwecken, daß, nach dem Tode des Königs Wilhelm, die Katholiken in England eine Erhebung beabsichtigten. Und dieses Mistrauen würde sofort eine schärfere Verfolgung der Katholiken in England nach sich ziehen [1]).

Zu diesen Vorstellungen von England aus kamen in Wien diejenigen vom Haag. Der Graf Goes meldete, daß der Rathspensionär Heinsius dem Zusatz-Artikel völlig beistimme. Demnach verlangte der Kaiser Leopold das Gutachten seiner dazu deputirten Räthe. Dasselbe drängt sich zusammen wie folgt.

„Die Deputation hätte lieber gesehen, wenn dieser Artikel vermieden werden könnte. Denn obwohl E. K. M. an den wider den Prinzen von Wales gemachten Gesetzen keinen Antheil haben, noch auch dieselben hindern können, ferner die Allianz geschlossen worden ist, bevor der Sterbefall in St. Germain und die Anerkennung des Prinzen dort eingetreten, E. K. M. endlich auch diesem zur Krone von England zu verhelfen nicht schuldig sind: so kann man doch unseres Ortes nicht umhin, ihn für den ehelichen Sohn Jacobs II. und demnach für den rechtmäßigen Erben der Krone zu halten, der, wenn er die Religion verändern wollte, ohne Zweifel noch einen großen Anhang finden und sich ziemliche Hoffnung machen dürfte, die Krone wieder zu erlangen. Jener Artikel dagegen scheint nach sich zu ziehen, daß E. K. M. sich verbünden würden, mit den Waffen dagegen einzutreten, daß der Prinz sein rechtmäßiges Erbe wieder erlange. Und dies dürfte E. K. M.

[1]) Die sämmtlichen Berichte des Grafen Wratislaw vom 13. Januar bis 26. Februar behandeln diese Frage des Zusatz-Artikels.

Digitized by Google

bei Sr. Päpſtlichen Heiligkeit und bei anderen katholiſchen Potentaten nicht wohl aufgenommen werden" [1]).

„Indem aber die Deputation E. K. M. anheim gibt, über dieſen Punct einen oder anderen einſichtigen Theologen zu befragen, hat ſie für die Zuſtimmung zu dem vorliegenden Artikel die nachfolgenden Gründe vorzubringen."

„Zunächſt haben E. K. M. der engliſchen Nation keine Geſetze vorzuſchreiben."

„E. K. M. haben nicht mitgewirkt, weder zu der jetzigen Excluſion des Prinzen von Wales, noch früher zur Entthronung des Königs Jacob, noch zur Einſetzung des Königs Wilhelm."

„Es ſteht nicht in der Macht E. K. M., die engliſche Nation zu zwingen, den Prinzen als König anzunehmen."

„Auch ſind E. K. M. in keiner Weiſe dazu verpflichtet."

„Vielmehr liegt es E. K. M. ob für die Sicherheit der eigenen Länder zu ſorgen, und daher zu verhindern, daß nicht derjenige auf den Thron von England komme und die Macht zu ſchaden erlange, welcher unfehlbar dem Feinde anhangen und darum E. K. M. ſelbſt ein immerwährender Feind ſein würde."

„Durch die Verwerfung des verlangten Artikels würden E. K. M. der katholiſchen Religion geringen Vortheil bringen, dagegen weit mehr ſchaden, weil die engliſche Nation das Mistrauen faſſen würde, daß die Katholiken eine Erhebung beabſichtigten, und unter dieſem Vorwande ſie noch ſchärfer als bisher, und nach der ganzen Härte der engliſchen Geſetze behandeln würde."

„Ferner iſt auch dieſer Artikel ganz allgemein gefaßt, enthält nicht die Ausſchließung des Prinzen von Wales für immer, ſondern beſagt lediglich, daß dem Könige von England und der Nation für die ihnen durch die Anerkennung des Prinzen widerfahrene Beleidigung eine Genugthuung zu Theil werden ſoll."

„Nun kann aber die Thatſache dieſer Beleidigung durch die Anerkennung des Prinzen, als welche im Widerſpruche ſteht mit dem Ryswycker Frieden, nicht verneint werden."

---

[1]) Protokoll der Conferenz vom 3. und 8. März.

Digitized by Google

„Ferner ist zu erwägen, daß nur kraft dieses Artikels der König von England als Principalmacht in den Krieg eintritt, und daß daher, wenn E. K. M. diesen Artikel ablehnen, Frankreich sich darüber abermals mit England eben so leicht vergleichen könnte, wie es in den Zeiten Cromwells geschehen ist, indem es wie damals Carl II., so nun den Prinzen von Wales hinaustriebe."

„E. K. M. können, für die Dauer dieses Krieges, dem Prinzen weder helfen noch schaden. Dagegen dürften sich nach dem Ende desselben oder auch bei dem künftigen Friedensschlusse selbst Incidenz-Puncte ergeben, welche die Verpflichtung dieses Artikels aufzuheben geeignet sind."

„Demnach fällt der Beschluß dahin aus, daß genannter Artikel, wenn er nicht zu vermeiden, angenommen werden möge, jedoch nicht mit der Bezeichnung des prätendirten Prinzen von Walis (praetensus Walliae princeps), sondern daß gesetzt würde: es solle kein Friede eingegangen werden, bis nicht die dem Könige und der Nation von England durch die von dem Könige von Frankreich, wider den Ryswycker Frieden, ausgesprochene Anerkennung eines anderen Königs widerfahrene Beleidigung gut gemacht sei. Ueber diese Aenderung und über das Bedenken E. K. M., den Prinzen von Wales als suposititius zu bezeichnen, haben die Engländer sich um so weniger deshalb zu beschweren, weil ihnen erinnerlich sein wird, wie sehr sie sich gesträubt haben, in dem Vertrage der Allianz das unzweifelhafte Recht E. K. M. auf das Erbe der spanischen Monarchie anzuerkennen, und daß sie statt dessen immer nur von Ansprüchen geredet haben."

Die Darlegung ergibt, daß ein hauptsächlicher Einwand der kaiserlichen Räthe entspringt aus einer Unkunde des englischen Staatsrechtes in Betreff des Prinzen von Wales. Auch der Graf Wratislaw in England hielt entgegen: der Kaiser könne nicht die Geburt des Prinzen von Wales in Zweifel ziehen. Er, wie die kaiserlichen Räthe in Wien, vermeinten demnach, daß der Titel des Prinzen von Wales sich binde an die Geburt. Marlborough und Vernon erwiederten, daß der Titel sich nicht beziehe auf die Geburt, sondern erfolge durch Ernennung. Niemand könne den Titel des Prinzen von Wales führen als der rechtmäßige und nächste Erbe der Krone. Da nun aber vielfache Parlaments-Acten dem Prätendenten in St. Germain dieses Recht absprächen: so sei der prätendirte (praetensus) Prinz von Wales die einzig richtige

Digitized by Google

Bezeichnung. Der Name dagegen: Prinz von Wales, ohne den Zuſatz, würde die Anerkennung des Rechtes der Thronfolge in ſich ſchließen, der König von England alſo durch die Bezeichnung eines princeps Walliae ohne das Wort praetensus in Widerſpruch mit ſich ſelber gerathen [1]).

Dieſe Darlegung ſchlug indeſſen in Wien nicht durch. Der Kaiſer konnte ſich von dem Gedanken nicht losſagen, daß das Wort praetensus ausgelegt würde wie ſynonym mit suppositicius. Er gab dem Inhalte des Zuſatz-Artikels ſeine Zuſtimmung, nur mit der Bedingung, daß der Sohn Jacobs II. in demſelben auf eine andere Weiſe bezeichnet würde als praetensus princeps Walliae. Die Engländer dagegen beharrten bei ihrem Verlangen. In dieſem Zuſtande blieben die Dinge bis über den Tod des Königs Wilhelm III. hinaus.

Unterdeſſen bewegten ſich die Dinge in England fort in der betretenen Bahn. In den Beſchlüſſen nach außen hin trat im Parlamente eine Differenz ſo wenig hervor, daß man in Verſailles ſagte: dies ſei das unterwürfigſte Parlament, welches der König Wilhelm je gehabt [2]). Von der Tory-Partei im Unterhauſe vernahm man die Rede: alles was bisher Gutes geſchehen, ſei von ihnen ausgegangen. „Der liebe Gott, ſagt Hoffmann in ſeinem betreffenden Berichte, wolle beide Parteien lange in dieſem Wetteifer erhalten. Auch die Convocation der Hochkirche hier hat eine gute Adreſſe eingereicht.“ „In der That, fügt er dann hinzu, ich habe bisher hier noch keinen einzigen Menſchen gegen den Krieg reden hören“ [3]).

Dennoch brachte dieſer Eifer der Tories ihnen die Neigung des Königs nicht zurück. Ihr hauptſächlicher Führer, der Graf Rocheſter, traf zu Ende Januar aus ſeiner Statthalterſchaft von Irland in London ein. Er war nicht, wie vorher Godolphin, bereitwillig, um ſeine Entlaſſung nachzuſuchen. Deshalb ließ der König ihm durch Lord Jerſey ankündigen, daß er ſeiner Dienſte nicht mehr bedürfe. Erſt dieſer Schritt ward als durchſchlagend angeſehen, daß der König mit den Whigs gehen wolle [4]).

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 311.
[3]) Bericht vom 23. Januar/3. Februar.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 27. Januar/7. Februar. Auch für das Folgende.

Digitized by

„Welche Wirkung dieser Schritt auf die Tory-Partei ausübt, meldet Hoffmann, ist leicht zu begreifen. Dennoch ist nicht zu besorgen, daß die allgemeine Sache wider Frankreich dadurch leiden werde. Denn die Strömung in den Gemüthern des Volkes ist so stark, daß Niemand wagen wird sich ihr zu widersetzen. Auch ist dies durchaus nicht die Absicht der Tories. Ihr Plan ist vielmehr, durch die einmüthige Bewilligung alles dessen, was der König für den Krieg verlangen mag, sich mit der Nation auf guten Fuß zu setzen, in der Hoffnung, daß aus der Kriegführung selbst oder den erforderlichen Auflagen irgend ein Anlaß zur Beschwerde erwachsen werde, mittels deren sie das Volk gewinnen und sich wieder ans Steuerruder schwingen können."

Der Plan, den Hoffmann hier zeichnet, trat erst um neun Jahre später ins Leben. Damals hatte die Tory-Partei noch einen anderen vor, den wir sehr bald kennen lernen werden.

Zunächst erfolgte ein gewichtiger Beschluß des Unterhauses im Sinne der Thronrede. Am 14./25. Februar gab das Unterhaus die Erklärung, daß es einstehe für alle Vorschüsse, die der Regierung des Königs Wilhelms III. dargeliehen worden, an Capital und Zinsen. Der Beschluß, indem er den Credit aufs neue befestigte [1]), und zwar am Vorabende eines Krieges von unabsehbarer Tragweite, ist ein merkwürdiges Zeugnis für das moralische Selbstbewußtsein der englischen Nation.

Allein darum war nicht Friede zwischen den Tories und den Whigs.

Wir gelangen vielmehr hier an einen sehr wichtigen Vorgang in dem parlamentarischen Leben der englischen Nation, welcher, von den zeitgenössischen Historikern [2]) nur kurz berührt, von den späteren der Regel nach nicht weiter erörtert ist. Der Grund mag einestheils sein, daß der Versuch der Tory-Partei, weil er mislang, keine augenfälligen Spuren hinterließ, andererseits der Mangel an eingehenden Berichten.

Indem aber mir solche Berichte über diese Vorgänge zu Gebote stehen, halte ich es für meine Aufgabe sie jenen gemäß für die

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14./25. Februar. Der Wortlaut bei ihm ist: Wodurch der verlorene Credit wieder retabliret worden.

[2]) Burnet (London edition 1857) p. 698. — Rapin de Thoyras t. IV, p. 127*. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32 berührt die Angelegenheit Colepepper, geht jedoch auf die principielle Seite der Sache nicht weiter ein. — Eben so wenig Hallam in Constitutional History ch. XVI.

Digitized by Google

Nachwelt klar zu stellen. Der Inhalt selber wird die Wichtigkeit darthun [1]).

Die Tory-Partei im Unterhause begnügte sich nicht mit ihrem Beschlusse gegen die Wahl Colepeppers, der im Jahre zuvor die Petition der Grafschaft Kent befördert und überreicht hatte. Es war ihre Absicht die Sache principiell vorzunehmen, und sich dadurch den Weg auch zu noch anderen Dingen zu bahnen.

Am 17./28. Februar berieth das Unterhaus als Comité über die Rechte, Freiheiten und Privilegien des Hauses. Es ward der Satz aufgestellt: die Behauptung, daß das Unterhaus nicht die alleinige Repräsentation der Gemeinen von England sei, unterwühle die Rechte und Privilegien des Hauses und die Grundlage der Verfassung des Königreiches. — Man fügte den weiteren Satz hinzu: die Behauptung, daß das Haus der Gemeinen nicht die Macht habe andere Personen als die eigenen Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen, untergrabe die Verfassung des Hauses der Gemeinen. — Es folgte ein dritter Satz: der Druck oder die Veröffentlichung irgend welcher Bücher oder Schriften zum Zwecke einer Kritik des Verfahrens im Hause der Gemeinen, oder eines Mitgliedes desselben in Betreff seiner Thätigkeit dort, schließe in sich eine starke Verletzung der Rechte und der Privilegien des Hauses der Gemeinen.

Die Whig-Partei legte den drei Anträgen keine große Wichtigkeit bei, und kämpfte daher nicht mit Nachdruck dagegen. Die Anträge erhielten die Mehrheit.

Sie waren indessen für die Tory-Partei nur die erste Stufe. Am nächsten Tage gedachten sie weiter vorzudringen. In einer abermaligen Comité-Berathung wurden die im Sommer zuvor für die Auflösung des Unterhauses und für das Ausschreiben von Neuwahlen dem Könige eingereichten Adressen zur Besprechung herangezogen. Auf Grund jener drei Beschlüsse bezeichnete man von Seiten der Tories sie als seditios, die Urheber derselben als strafwürdig. Die Whig-Partei ging mit Freuden ein auf den Kampf für dieselben. Es schien sich ihnen die Gelegenheit zu bieten, vor dem englischen Volke als die Vertheidiger der Rechte desselben sich geltend zu machen, und die auch so schon für sie günstige, für die Tories ungünstige Stimmung zu

[1]) Anlage IV.

Digitized by Google

ſteigern. Beſonderen Eindruck machte die Rede eines der Mitglieder der Whig-Partei. „Ich ſetze den Fall, ſagte er, daß es einem Könige gelänge ſich für ein ſtehendes Heer die Mehrheit des Unterhauſes zu ſichern. Soll denn da das Volk, um ſich vor der Sklaverei zu retten, nicht das Recht haben entgegen zu arbeiten, ſeine Vorſtellungen dagegen zu erheben? Oder, damit ich die Sache anders faſſe, nachdem das vorige Unterhaus durch ſeine Oppoſition wider den Krieg, England ſelber und das allgemeine Intereſſe von Europa zu opfern ſich bereit gezeigt hatte: ſollte da das engliſche Volk nicht berechtigt ſein, den König um die Berufung eines anderen Parlamentes zu bitten?"

Nicht wenige Landedelleute, die für gewöhnlich mit der Tory-Partei gingen, in Betreff der europäiſchen Stellung von England jedoch ſich ihr nicht anſchloſſen, neigten ſich auch in dieſer Sache der Whig-Partei zu. Die letztere fühlte ihre Superiorität. Sie verlangte die Frageſtellung: ob die Adreſſen des Volkes an den König vom Sommer zuvor für ſeditios zu halten, und die Abſtimmung über dieſe Frage. Die Tory-Partei ſuchte zu entkommen, nicht bloß wegen der einen Frage an ſich, ſondern um nicht durch eine für ſie nachtheilige Abſtimmung den bisher behaupteten Schein der Mehrheit zu verlieren. Mitten in dieſem heftigen Redekampfe geſchah es, daß ein hervorragendes Mitglied der Whig-Partei vom Schlage gerührt wurde. Die Verwirrung, die in Folge deſſen entſtand, wurde von Harley zu Gunſten ſeiner gefährdeten Partei raſch benutzt. Er bewog den Präſidenten des Comités, auch ein Mitglied der Tory-Partei, den Sitz zu verlaſſen, und ſetzte als Sprecher des Unterhauſes ſich ſelber hinein. Damit war das Comité, ohne Abſtimmung, formell beendet.

Deſſen ungeachtet waren die Tories nicht Willens von der Sache abzuſtehen. Am nächſten Tage ward von ihrer Seite her beantragt, die Privilegien des Unterhauſes abermals vorzunehmen. Die Whig-Partei ſtimmte bereitwillig zu. Als der Tag ward angeſetzt der 26. Februar/9. März.

Von allen Seiten ſah man dem Tage mit höchſter Spannung entgegen. Und nicht bloß in England. Denn unter die ſcheinbar local engliſche Frage, die augenfällig in den Vordergrund trat, barg ſich noch einmal die principielle über die künftige Haltung Englands in der europäiſchen Kriſis. Da die Tories den Kampf angeregt, die Whigs

Digitized by Google

ihn freudig aufgenommen: ſo war es offenbar, daß jede der beiden Parteien für ſich die Mehrheit hoffte.

Von Seiten der Tories gedachte man die Differenz des vorigen Unterhauſes mit dem Oberhauſe direct wieder aufzunehmen. Es ward der Antrag eingebracht: es ſei dem Unterhauſe in der Verfolgung der Anklage, die es in der letzten Parlamentsſeſſion gegen vier Lords erhoben, kein Recht widerfahren. — Wenn es den Tories gelang, dieſen Antrag durchzuſetzen: ſo konnte das Oberhaus entweder ſich fügen und damit auf die eigene Jurisdiction verzichten, oder im Widerſtande beharren. Geſchah dieſes, ſo blieb dem Könige, um den völligen Bruch beider Häuſer des Parlamentes mit einander zu verhüten, kein Mittel übrig als die abermalige Auflöſung des Parlamentes. Dann aber fielen die Bewilligungen, und mit denſelben die Kriegsbereitſchaft Englands für das Jahr 1702. Die Republik der Niederlande, ohne die Hülfe von England, war der franzöſiſchen Macht nicht gewachſen, noch auf die Dauer auch der Kaiſer, zumal bei der nicht geringen Anzahl der Reichsfürſten im Solde Frankreichs, bei der Unzuverläſſigkeit einer Reihe von anderen. Nicht bloß alſo um die vier angeklagten Lords handelte es ſich bei jenem Antrage, ſondern um den Beſtand und die Ausführung der großen Allianz vom 7. September 1701, und weiter, um die Zukunft Europas.

Vom Mittag an wogte der Kampf im Unterhauſe fünf Stunden lang mit höchſter Erbitterung. Einer der Whigs hob hervor: wenn das Unterhaus jemals in ſeiner Freiheit gelitten, ſo ſei das nicht geſchehen in der Sache der vier Lords, gegen die es mit den Beweiſen der Anklagen nicht habe aufkommen können, ſondern es habe gelitten durch die eigene Haltung im letzten Jahre, und nicht bloß das Unterhaus, ſondern ganz England und das geſammte Europa. Denn damals, wo die Tories die Mehrheit gehabt, habe das Unterhaus dem franzöſiſchen Könige allen Vorſchub geleiſtet, ſich ohne Hindernis Belgiens zu bemächtigen, ſeinen Enkel auf den Thron von Spanien zu ſetzen, und durch alles dies den Weg zur Univerſal-Monarchie zu bahnen. Die Tory-Partei trage die Schuld an der damaligen Verzögerung des Parlamentes bis in den Monat Februar, damit nur Frankreich ja kein Hindernis von Seiten Englands gegen ſeine Uſurpationen finden möge. Die Tory-Partei habe dann den König genöthigt, den Herzog

Digitized by Google

von Anjou als König anzuerkennen. Das ſeien die wahren Beſchwerden der engliſchen Nation, und nicht die Angelegenheit der vier Lords, welche die Tory-Partei nur deshalb verfolge, um ſie aus ihren Aemtern zu ſtoßen und dafür Mitglieder ihrer Partei wieder einzubringen.

Der Marquis Hartington behauptete: er erkenne kein anderes Verdienſt des vorigen Unterhauſes an, als jenes negative, daß es durch ſein übeles Verhalten dem engliſchen Volke den Anlaß gegeben, den König durch Adreſſen um die Auflöſung zu bitten. In ſo weit fühle er ſich dem vorigen Unterhauſe verpflichtet.

Die Reden beiderſeitig wurden heftiger. „Seitdem Parlamente beſtehen, meldet Hoffmann, hat man nicht mit ſolcher Aufwallung, oder, um es richtiger zu ſagen, mit ſolchem Furor, wider einander geſtritten. Kein Decorum, kein Reſpect, keine Höflichkeit iſt mehr beachtet worden.“ Da das Haus als Comite berieth, demnach Harley nicht als Sprecher fungirte, wollte auch er ſich an der Debatte betheiligen. Man verhöhnte ihn durch die Nachahmung ſeines in dem Sturme allzu ſchwachen Organes.

Nachdem der Kampf fünf Stunden gewährt, gedieh die Sache endlich dahin, daß der von Seiten der Tory-Partei geſtellte Antrag zur Abſtimmung gebracht wurde. Das Ergebnis war 221 Stimmen dafür und 235 dagegen. Die Tory-Partei war geſchlagen, die Whig-Partei um 14 Stimmen überlegen.

Sie beutete ſofort ihren Sieg aus. Sie ſtellte zwei Anträge. Der erſtere lautete: „Es iſt das unzweifelhafte Recht des Volkes von England, in Adreſſen den König zu bitten, das Parlament zu berufen, ſitzen zu laſſen oder aufzulöſen, ſowie zu erſuchen um die Abſtellung von Beſchwerden“. Der zweite Antrag lautete: „Es iſt das unzweifelhafte Recht eines jeden Engländers, gegen den irgend eine Anklage erhoben wird, geſchehe es durch Impeachment, oder in anderer Weiſe, ſchleunigſt vor Gericht geſtellt zu werden, ſei es zur Freiſprechung, ſei es zur Verurtheilung“.

Die Kraft der Tories zum Widerſtande war gebrochen. Die beiden Anträge wurden angenommen. Der zweite ſetzte zunächſt die vier Lords außer Verfolgung, weil das vorige Unterhaus nicht rechtzeitig ſeine Anklagen vor dem dazu bereiten Oberhauſe angebracht hatte, begründete aber zugleich dies freiheitliche Recht für alle Zukunft. Wichtiger aber noch war der erſte Satz. Die Whig-Partei hatte damit für

Digitized by Google

die engliſche Nation ein Poſtulat der freiheitlichen Bewegung erſtritten, welches den anderen Völkern Europas wie ein unverſtändliches Mährchen erſcheinen mochte. In England dagegen ward für die nächſte Zeit die Whig-Partei auf den Wogen der Popularität hoch daher getragen.

Die wichtigſte Seite der Entſcheidung endlich war diejenige nach außen. Obwohl die Tory-Partei in den Beſchlüſſen für die große Allianz bis dahin mitgegangen war: ſo waren doch die Whigs die eigentliche Kriegspartei. Weil der Krieg gegen Frankreich dem Willen der Nation entſprach: ſo konnten die Jacobiten, welche ſich zu der Tory-Partei hielten, direct ſich nicht entgegen ſtemmen. Sie hatten den indirecten Weg verſucht. Und auf dieſem waren ſie geſchlagen, indem man ihnen ihr eigentliches Ziel direct vor Augen hielt. Eine Erneuerung des Strebens war auf lange hinaus nicht wieder möglich. Das nachdrückliche Mit-Eintreten Englands für die Ziele der großen Allianz war zunächſt geſichert.

Es war hohe Zeit; denn die Tage des Urhebers dieſer Allianz waren gezählt.

Wie das Leben des Oraniers für England und für Europa von der höchſten Bedeutung war, nicht bloß in Bezug auf ſeine Gegenwart, ſondern darüber hinaus auch auf die Zukunft: ſo ſind gerade die letzten Monate und Tage in dieſer Beziehung reich an Gedanken und Entwürfen, die mehr oder minder in der Folge ſich bewährten.

Zunächſt beſchäftigte ihn jener Zuſatz-Artikel zu der großen Allianz, deſſen Bedeutung darin beſtand, daß er einerſeits England als Principal-Macht in den Krieg engagirte, andererſeits für den Todesfall Wilhelms III. die Prinzeſſin Anna im eigenen Intereſſe ihrer Nachfolge verpflichtete, die Politik ihres Vorgängers ganz und voll aufzunehmen. Wir haben vernommen, daß der Kaiſer zwar den Zuſatz-Artikel an ſich, nicht jedoch den Wortlaut gut hieß. Die Sache zog ſich daher ſo lange hin, daß die Unterſchrift des Kaiſers nicht mehr vor die Augen Wilhelms III. gelangte. Demnach beſchäftigte ihn dieſe Sache bis zu ſeinem Tode.

Im engen Zuſammenhange damit ſtand, daß in dieſem Falle diejenige Perſönlichkeit, auf welche die Nachfolgerin Anna das hauptſächliche Vertrauen ſetzte, der Graf Marlborough ſein würde. Dieſer war

Digitized by Google

seit dem Sommer 1701, und namentlich seit dem Abschlusse der Allianz, für die Angelegenheit des Krieges der erste, oder vielleicht einzige Vertraute des Königs in England. Man darf im Ueberblicke des Ganzen sagen, daß Wilhelm III. darauf ausging, diesen Mann, welcher der Sachlage nach der Erbe seiner Thätigkeit sein würde, zu diesem Zwecke rechtzeitig in alles einzuweihen. Und Marlborough, wenn auch hauptsächlich aus dem persönlichen Motive, daß der Krieg ihm die Aussicht bot, seine überlegene Befähigung zur Geltung zu bringen, wollte den Krieg nicht minder eifrig als Wilhelm III. selbst.

Der Plan des Königs aber ging über die Feststellungen der Allianz vom 7. September 1701 bereits weit hinaus. Er ließ den Grafen Wratislaw zu sich bescheiden. „Melden Sie dem Kaiser, sagte er, daß England und Holland entschlossen sind, Westindien für ihn zu erwerben. Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß für die katholische Religion dort keine Besorgnis entstehe. Daher wünsche ich, daß der Kaiser hierher Priester sende, die der spanischen Sprache kundig, und, wenn möglich, bereits in Westindien gewesen sind. Ich werde sie dann auf der englischen Flotte hinüber führen lassen, damit sie dort im Namen des Kaisers verkünden, daß die Engländer und Holländer als Bundesgenossen des Kaisers nur für ihn und in seinem Interesse handeln. Es würde gut sein, wenn der Kaiser in diesem Sinne ein Handschreiben an den Vicekönig Montezuma erließe, vor allem aber beim päpstlichen Stuhle die Sache in dem rechten Lichte darstellte. Wenn nämlich der Papst die römisch-katholischen Geistlichen in diesem Sinne anweisen will, daß sie beitragen Indien dem Kaiser zu unterwerfen: so ist dadurch das Mittel gegeben die katholische Religion dort zu erhalten und zu schützen. Andererseits aber ist dem Papste vorzuhalten, daß, wenn er aus Furcht vor Frankreich sich weigert, in dieser Sache mitzuwirken, es nicht in der Macht des Kaisers stehe, die Engländer und Holländer abzuhalten sich Westindiens zu bemächtigen und dort zu verfügen nach ihrem Gutdünken. Denn niemals werden die Seemächte Westindien bei dem Hause Bourbon belassen, und dieses hat keine Aussicht es auf die Dauer wider die Seemächte zu behalten. Darum ist das einzige Mittel für die Erhaltung der katholischen Religion dort die Betheiligung des päpstlichen Stuhles. Dieselben Vorstellungen sind an die Ordensgenerale der Jesuiten, Dominikaner und Franziskaner in Rom

Digitized by Google

zu richten. Damit ſie aber nicht glauben, daß ſich darunter irgend eine andere Abſicht verberge, ſo ſteht es ihnen frei einige Ordens-Mitglieder hierher zu deputiren, die dann eben ſo auf engliſchen Kriegsſchiffen hinüber geführt werden ſollen, um dort ſich ſelber zu überzeugen, ob die Unſeren meinen Weiſungen durch die That entſprechen." [1])

Wir ſehen den König denſelben Eifer entwickeln nach allen Seiten zugleich, ſei es um die Schwankenden und Unentſchloſſenen zu kräftigen, ſei es um die Feindſeligen unſchädlich zu machen.

In der erſteren Beziehung ſtand voran die Stadt Amſterdam, wo man bei der ſichtlichen Abneigung Ludwigs XIV. gegen den Krieg ſich noch nicht losſagen mochte von dem Gedanken, daß dennoch der Friede erhalten bleiben könne. Wilhelm III. ſchickte Albemarle hinüber mit dem Auftrage die Dinge dahin zu bringen, daß man ſich zum Angriffe entſchließe [2]).

Schwankende Perſönlichkeiten anderer Art waren diejenigen Fürſten, welchen der eigene Gewinn zur alleinigen Richtſchnur ihres Handelns diente. Wilhelm III. entſchloß ſich den König Auguſt von Sachſen-Polen zu ſichern durch die Uebernahme von 8000 Mann ſeiner Truppen [3]).

Inzwiſchen bot noch ein Anderer ſich an. Obwohl Ludwig XIV. den Herzog Victor Amadeus zu binden geſucht hatte durch die Heirath der zweiten Prinzeſſin Marie Louiſe mit dem neuen Könige Philipp V., dem Herzoge von Anjou: ſo glaubte doch Victor Amadeus für ſich ſelber beſſer zu fahren mit der großen Allianz. Im Januar 1702 erfolgten ſeine Andeutungen in Kenſington. Dann ging er weiter. Am 7. Februar ließ er dem Könige dort durch ſeinen Geſandten die beſtimmte Erklärung geben: er wolle übertreten. Nur dürfe es noch Niemand wiſſen als der König ſelbſt und der Graf Wratislaw. Dann kamen ſeine Angebote und ſeine Forderungen. „Eben dieſe aber, ſchloß der König ſeine Mittheilung an Wratislaw, beweiſen mir, wie wenig ihm zu trauen iſt." [4]).

Dennoch war es dem Herzog, wie die Folgezeit ergeben wird, wirklicher Ernſt, wenn nur der Preis hoch genug war. Aber es liegt

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.
[2]) Desgleichen vom 17. Februar.
[3]) Desgleichen vom 7. Februar.
[4]) Desgleichen.

Digitized by Google

eben so in der Natur der Dinge, daß Wilhelm III. nach den gemachten Erfahrungen in Betreff dieser Persönlichkeit sehr bedenklich war.

Nicht minder war er es in Betreff eines anderen, an Gesinnung dem Herzog Victor Amadeus sehr nahe verwandten Fürsten, nämlich seines Vetters, des neuen Königs Friedrich von Preußen. „Ich werde immer fester in der Ueberzeugung, schreibt er am 14. Februar an Heinsius, daß der Berliner Hof sein Spiel mit uns treibt." [1]) Die Thatsachen jedoch ergeben, daß in der Rechnung dieses neuen Königs damals die Zahlungsfähigkeit der Seemächte überwog.

Anders stand die Sache bei den Herzögen Rudolf August und Anton Ulrich in Wolfenbüttel. Ihre für französisches Geld geworbenen Truppen schwollen an. Hier war der erste gewichtige Streich auf das französische Interesse im Reiche zu führen. Wilhelm III. vereinbarte mit seinem alten Freunde, dem Herzog in Celle, und dem Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover, daß die vereinigte Macht beider ihre Vettern in Wolfenbüttel entwaffnen solle. Der Kaiser gab dem Plane seine Zustimmung. Die Ausführung erfolgte, wie wir sehen werden, im Monate März.

Mit ganz besonderer Fürsorge hielt der König Wilhelm das Mailändische und den Prinzen Eugen von Savoyen dort im Auge.

Wir haben jene irrige, von Frankreich her künstlich erregte Meinung des Papstes Clemens XI. vernommen, daß Ludwig XIV. eine Unterhandlung mit England angeknüpft habe, zum Zwecke, die Anerkennung des Prinzen Jacob Stuart in St. Germain wieder zurückzunehmen, so wie des weiteren Planes, daß dem Prinzen dann Mailand als selbständiges Fürstenthum zu Theil werden, und die italienischen Mächte sich verbinden würden, mit gesammter Macht die Kaiserlichen hinaus zu schlagen.

In Bezug auf den König von England entbehrte die Nachricht jeglicher Begründung. Nach der anderen Seite war der kaiserliche Feldherr in Italien, der Prinz Eugen von Savoyen, nicht derjenige, den hinauszuwerfen die italienischen Mächte willig oder fähig gewesen wären. Auch war ihm ja nach den eigenen Berichten, wie denjenigen der Franzosen, für seine Erfolge die Neigung der italienischen Bevölkerung zu

[1]) Grovestins t. VIII, p. 182.

Digitized by Google

ſtatten gekommen. Einer ähnlichen Sympathie erfreute er ſich in England. Wir haben aus den Reden einiger Mitglieder der Whig-Partei zu Wratislaw vernommen, wie ſehr ſie dem Prinzen für die Rückwirkung ſeiner Siege von 1701 auch auf England ſich verpflichtet fühlten. Ganz beſonders aber der König Wilhelm III. ſelbſt. Er trat bei dem Kaiſer mit Nachdruck dem Plane entgegen, daß der Prinz, gemäß dem Wunſche und der Bitte der Neapolitaner, ein Detachement nach Unteritalien entſenden ſolle. Wir werden den König darüber genauer ſich ausſprechen hören. Man darf ſagen, daß er und die Engländer insgeſammt mit Spannung auf jede Kunde aus Italien lauſchten. Dies zeigte ſich namentlich am 21. Januar/1. Februar, wo eine Nachricht beſonderer Art einlief.

Der König Wilhelm III. richtete im Cercle der Geſandten an den Grafen Wratislaw die Rede mit den Worten: er habe über Frankreich die Nachricht, daß auf den Prinzen Eugen meuchleriſch geſchoſſen worden ſei: ob Wratislaw Näheres darüber wiſſe. Dieſer erwiederte, daß er aus Privatbriefen eben dasſelbe vernommen. Da nach allem was vorgefallen, Boſelli (vgl. S. 416 u. f.) ſich dennoch in der franzöſiſchen Armee befinde, ihm ſogar ein Regiment Dragoner dort errichtet werde: ſo erſcheine die Nachricht glaublich. Der König entgegnete: die Sache ſei ſo infam, daß er darum ſie noch nicht glauben könne. Er führte dann in erregter Weiſe aus, daß jeder Feldherr des Schickſals gewärtig ſein müſſe, von einer Kugel hinweg gerafft zu werden; aber ein Anderes ſei es durch Mörderhand zu fallen. Er hoffe, daß, wenn die Sache ſich beſtätige, der Prinz Eugen mit aller Schärfe wider die Kriegsgefangenen verfahre, um dadurch ſolchen Infamien vorzubauen. Die anweſenden Engländer ſtimmten ein. Das Lob des Prinzen Eugen war in Aller Munde, und bis zum Ende des Cercles war von nichts Anderem die Rede. Im Laufe des Tages erſchienen Mitglieder des Parlamentes in Haufen bei dem Grafen Wratislaw, um ihrem Unmuthe wider Frankreich, ſo wie ihrer Hochſchätzung des Prinzen Eugen Ausdruck zu geben [1]).

Es iſt zu bemerken, daß die gedruckten Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiſer, vom Januar 1702, eines ſolchen Attentates auf ihn nicht erwähnen [2]).

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 23. Januar 3. Februar.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 1 u. f.

Digitized by Google

Aber es ist merkwürdig, daß jenes Lob für den Prinzen Eugen in London erklang an einem Tage, an welchem er sich einen neuen voll begründeten Anspruch auf dasselbe erwarb.

Um diesen Anspruch zu würdigen, haben wir zunächst die Sachlage uns klar zu machen.

Wenige Tage vorher, am 23. Januar 1702, meldet der Prinz Eugen aus Luzzara dem Kaiser: „Es ist nicht zu beschreiben, wie es auch Niemand glaubt, der es nicht mit Augen ansieht, in welcher großen Miserie und Elend die Armee sich befindet, und ich spreche vor E. K. M. mit Wahrheit aus, daß ich dergleichen in vielen Jahren nicht gesehen habe". Er führt dann weiter aus, daß die Regimenter nun seit zehn bis zwölf Monaten in Bewegung sind, nicht allein oft vor dem Feinde stehen, sondern auch sonst viele Mühsale erleiden, daß sie weder Ruhe, noch Quartiere haben, das Brot unrichtig empfangen, so wie daß die Pferde des Hartfutters ermangeln. „Dennoch, sagt er dann mit berechtigtem Selbstgefühl, gehen mir von der ersten Armee, die ich herein gebracht, nicht 6000 Mann ab." „Aber nun empfängt der Feind eine Verstärkung über die andere. Er schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß es am Rheine oder in Holland nicht zum Bruche kommen werde. Nur dadurch ist es erklärlich, daß er seine größte Macht und seine besten Truppen hierher sendet. Er rechnet, im März oder April 80- bis 90,000 Mann hier zu haben. Dies ist nicht, wie bei Franzosen gewöhnlich, ein leeres Geschrei oder eine Prahlerei, sondern nur allzu wahr. Ich bin aber, nach Abrechnung der verstreuten Garnisonen, nicht im Stande ihm mehr als 16- bis 18,000 Mann entgegen zu stellen." Darum schließt er mit der dringenden Bitte um allerschleunigsten Nachschub [1]).

Dieser Nachschub war ja bereits auf dem Marsche. Aber bis zum Eintreffen vergingen noch viele Wochen. Dazu lag damals auf dem Prinzen Eugen von Wien aus die Forderung, 10,000 Mann nach Neapel abzusenden.

Und unter diesen Umständen versuchte er in der Morgenfrühe des 1. Februar einen kühnen Handstreich auf die feste Stadt Cremona, in welcher der Marschall Villeroy sich befand.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 26 u. f.

Digitized by Google

Der Plan war ſeit langem in der Stille vorbereitet. Durch ein Einverſtändnis mit einem Einwohner gelangten einige kaiſerliche Soldaten in der Morgenfrühe in die Stadt und öffneten von innen ein Thor. Die Truppen ſtrömten ein. Allein ihre Zahl betrug in allem nur 3000 Mann, denen die Beſatzung um die Hälfte überlegen war. Die entſcheidende Poſition war das wichtige Thor, welches ſich auf den Po-Strom eröffnete. Es gelang den Kaiſerlichen nicht, dieſes Thor zu nehmen. Nachdem der Kampf in den Straßen vom Morgen bis zur Abenddämmerung gewährt, fehlte den Kaiſerlichen die Munition und der Proviant. Der Prinz gebot den Abzug. Unter den zahlreichen Gefangenen, die er mitnahm, befand ſich der Marſchall Villeroy. Der kaiſerliche Offizier, der ſich ſeiner bemächtigt hatte, war ein Irländer, Namens Macdonell. Villeroy bot ihm für die Freilaſſung 10,000 Piſtolen und ein Regiment Cavallerie im franzöſiſchen Dienſte. Macdonell ſchlug aus und führte ſeinen Gefangenen zu dem Prinzen Eugen [1]). Der Verluſt der Kaiſerlichen betrug in allem etwa 800 Mann, derjenige der Gegner 2000 [2]).

„Die Franzoſen, meldet der Prinz Eugen dem Kaiſer, haben der ihnen angeborenen Ruhmredigkeit nach in Mailand ein Tedeum gehalten. Ich laſſe ſie immerhin prahlen; denn ich weiß ja, daß es ihnen nicht vom Herzen kommt.“ [3])

Nach dieſem Ausgange jedoch berichtete der Prinz als ſeine und aller Commandanten einmüthige Anſicht, daß er das für Neapel beſtimmte Detachement nicht abſenden dürfe.

Dies ſtimmte zu den Gegenvorſtellungen des Königs, die in denſelben Tagen, zu Anfang Februar, in Wien eingelaufen waren. Aber die Entſchlüſſe in Wien pflegten langſam zu reifen.

Erſt zu Anfang des Monates März erging ein kaiſerliches Reſcript an den Grafen Wratislaw. Der Kaiſer erklärte darin ſich bereit den Zuſatz-Artikel zu der Allianz in Betreff des prätendirten Prinzen von Wales zu zeichnen. Er willigte in den Vorſchlag des Königs, den römiſchen König zur Armee an den Oberrhein zu entſenden. Er ging

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 56.

[2]) Desgleichen S. 30 u. f.

[3]) Desgleichen S. 43.

Digitized by Google

auf den Plan ein, Priester nach Westindien zu schicken. Ueber die Frage der Absendung eines Detachements nach Neapel übersandte der Kaiser ein nochmaliges Gutachten des Hofkriegsrathes und verlangte darüber die Ansicht des Königs [1]).

Bevor jedoch noch dies Rescript in die Hände Wratislaws gelangte, oder auch nur bevor es ausgefertigt war, erhielt der König Wilhelm von Stepney in Wien andere Nachrichten. Wir haben sein Verhalten bei diesem Anlasse zu beobachten, nicht so sehr wegen der Wichtigkeit der Thatsache an sich als zur Charakteristik des Königs.

In der Frühe des 19. Februar/2. März erschien Marlborough bei Wratislaw mit der Meldung, daß der König ihn um zwölf Uhr in Kensington erwarte. Marlborough fügte hinzu, daß Wratislaw den König in übeler Stimmung finden werde, ließ sich jedoch nicht weiter aus. Als Wratislaw in Kensington erschien, rief ihm der König in erregter Weise die Frage entgegen: ob seine am gestrigen Tage von Wien erhaltenen Briefe eine besondere Meldung enthielten. Wratislaw verneinte: sie beträfen Einzelnheiten über die Action von Cremona. Der König fragte weiter, ob auf seine Vorstellungen gegen die Entsendung des Detachements nach Neapel eine Antwort von Wien eingelaufen sei. Auch dies verneinte Wratislaw. Der König stellte ferner die Frage, ob dem Gesandten bekannt, daß die ursprünglich für den Rhein bestimmten Regimenter sich auf dem Marsche nach Italien befänden. Auch das verneinte Wratislaw. Eine Veränderung dieser Art sei ihm unbekannt.

Augenscheinlich blickt aus jeder Frage des Königs die Geneigtheit zum Mistrauen hervor. Es steigt dabei die Erinnerung auf an die vielfachen ähnlichen Erfahrungen der Jahre vorher, namentlich an den grundlosen Bericht des Lords Lexington im August 1696, der damals so wichtig in die Friedenssache eingriff. Im Februar 1702 scheint Stepney ähnlich gehandelt zu haben wie damals Lexington, mit ähnlicher Wirkung. Die Geneigtheit des Königs zum Mistrauen prägte sich noch schärfer aus.

---

[1]) Das betreffende Conferenz-Protocoll umfaßt die Berichte Wratislaws vom 13. Januar bis zum 26. Februar n. St. Demnach kann das Rescript frühestens am 7. oder 8. März n. St. erlassen sein.

Digitized by Google

„Nun, fuhr er mit ſteigender Heftigkeit fort, da Sie es nicht wiſſen, oder nicht wiſſen wollen, ſo will ich Ihnen ſagen, daß die Truppen, die jetzt in Bewegung, Marſchbefehl nach Italien haben, nicht minder, daß man am Kaiſerhofe bei dem Entſchluſſe verharrt, das Detachement nach Neapel zu entſenden. Ich habe über dieſen unſeligen Plan oft mit Ihnen geredet. Ich habe dawider ſo viele erhebliche Gründe angeführt, daß Alle, mit Ausnahme vielleicht nur derer, die es nicht faſſen wollen, erkennen müſſen, daß dieſes Vorhaben dem kaiſerlichen Intereſſe in Betreff der ſpaniſchen Monarchie, im Einzelnen wie im Ganzen, und allen Verbündeten insgeſammt, höchſt ſchädlich ſein wird. Ihr Courier mit allen dieſen Vorſtellungen konnte am 3. Februar in Wien eintreffen, und, wenn nach drei bis vier Tagen expedirt, jetzt wieder hier ſein. Der Gegenſtand iſt ſo wichtig, daß man mir in dieſer Zeit eine Antwort hätte ſenden können und müſſen. Ich begreife allerdings die Schlauheit der Herren in Wien. Sie haben gewartet, bis die Neapolitaner von dort wieder abgereiſt waren, um dann ſagen zu können, daß man ſich engagirt habe, demnach nicht mehr einen Gegenbefehl geben könne. Weil ich nun aber aus allem dieſem erſehe, welche geringe Rückſicht am kaiſerlichen Hofe meinen Vorſtellungen geſchenkt wird, ſo muß ich ernſthaft und poſitiv zu Ihnen reden.“

„Ich erkläre alſo, daß ich keinen Mann einſchiffen, keine Flotte ins Mittelmeer ſchicken, noch weniger mit Frankreich brechen werde, wenn nicht der Kaiſer die verſprochene Anzahl eigener Truppen an den Rhein entſendet. Denn, wenn das nicht geſchieht, wenn dieſe Truppen nicht da: ſo wird der Kaiſer niemals Herr im Reiche ſein, und deshalb die Diverſion zu unſeren Gunſten dort nicht machen können. Ich weiß, daß man ſich darum in Wien nicht viel kümmert und lieber die ganze franzöſiſche Macht auf die Seemächte wälzen würde. Daß ich perſönlich und die Republik dadurch in die größte Gefahr gerathen, wird in Wien nicht beachtet, wenn man nur den eigenen beſonderen Plan ausführen kann.“

„Dies habe ich als König von England Ihnen als kaiſerlichem Miniſter geſagt, und verlange daher, daß Sie dieſe meine Erklärung durch einen eigenen Courier nach Wien überſenden.“ [1])

[1]) Wratislaws Bericht vom 20. Februar/3. März. Auch für das Folgende.

Digitized by

Der Vergleich dieſer Rede mit den vorerwähnten Aufträgen an Wratislaw, welche ertheilt wurden, bevor eine Kunde der Erklärung Wilhelms III. in Wien eintraf, läßt erſehen, in wie weit ſie gerechtfertigt war und in wie weit nicht. Die eigentliche Verſchuldung in Wien war lediglich die dort herkömmliche Langſamkeit.

Der König indeſſen war noch nicht zu Ende. „Bis hier habe ich als König zu Ihnen geredet, fuhr er fort: laſſen Sie mich nun vertraulich weiter mit Ihnen ſprechen. Sie wiſſen und müſſen wiſſen, weil Sie in dieſem mühſamen Werke mir haben arbeiten helfen, wie viele Sorge, Verdruß und Widerwärtigkeit ich habe ausſtehen müſſen, bis ich England und Holland auf den gegenwärtigen Stand gebracht habe. Ich habe von beiden Ländern das Mögliche und das Unmögliche mehr erpreßt als erhalten. Und dafür ſoll nun mein Dank ſein, daß, wo man die ſchönſte Gelegenheit Frankreich zu erniedrigen in Händen hat, man durch dies Detachement nach Neapel den eigentlichen Hauptplan durchlöchert! Ich habe auf Ihr Verlangen den Entwurf der Operationen dieſes Feldzuges dem Kaiſer anheimgeſtellt, wohl wiſſend, daß Sie dies nur zu dem Zwecke verlangten, um dem Kaiſer allen Vortheil zuzuwenden. Bisher aber iſt mir kein ſolcher Entwurf zugekommen. Ich erhalte die Nachricht von dieſem Detachement nach Neapel, nicht damit man es mit mir verabredet, ſondern wie von einer beſchloſſenen Sache. Ja man würdigt mich nicht einmal einer Antwort. Ich bin ja nicht gegen den Plan auf Neapel, ſondern nur gegen die Unternehmung gerade in der jetzigen Zeit. Ich will die Flotte ſchicken und Landungstruppen mit, wenn man nur alles mit mir verabreden will. Ich glaube doch etwas mehr Werthſchätzung bei dem kaiſerlichen Hof verdient zu haben; denn ich darf ſagen, ohne Ruhm zu melden, daß zu der abgeſchloſſenen Allianz ich perſönlich das Meiſte, wenn nicht Alles, beigetragen habe. Und wenn man auch ſelbſt das außer Acht laſſen will: ſo ſollte man doch wenigſtens bedenken, daß der Kaiſer ohne mich in der ſpaniſchen Angelegenheit wider Frankreich wenig Fruchtbares ausrichten würde. Deshalb iſt es aber auch billig, daß der Kaiſer die Operationen mit mir vereinbart, bevor er ſie ausführen läßt, und zwar dies um ſo mehr, da ich von ihm nichts verlange als was möglich, thunlich, und dem wahren Intereſſe des Kaiſers conform iſt. Es iſt nicht mein Brauch zu drohen, namentlich nicht dem kaiſerlichen Hofe;

Digitized by Google

denn ich habe von Jugend auf und noch allezeit für die Perſon des Kaiſers innerlich eine tiefe Verehrung. Aber ich habe auch meinen gefaßten Entſchluß nicht verhehlen dürfen, damit man dem Uebel noch rechtzeitig ſteuere."

Dann erſt ließ der König den Geſandten zu Worte kommen. Wratislaw verſicherte, daß, eben ſo wie er dieſe Erklärung des Königs getreu nach Wien melden werde, er auch bisher immer ſo gehandelt. Er bat dann den König ſich nicht zu ereifern; denn da ſeine Privatnachrichten die an den König gelangte Meldung nicht beſtätigten, ſo müſſe man noch erſt abwarten. Was immer der Kaiſer beſchließe, er werde den Prinzen Eugen nicht unfähig machen, dem Feinde zu widerſtehen.

Die Einwürfe Wratislaws beruhigten den König einigermaßen. Er erwiederte: „Es kommt aber auch auf den Rhein an, und dort iſt der Unterſchied der Truppen erheblicher als es ſcheint. Wenn der Kaiſer eine ausreichende eigene Mannſchaft bei der Reichsarmee hat, ſo iſt er der Meiſter derſelben. Haben aber die Reichsfürſten mit ihren Truppen dort das Uebergewicht, ſo handeln ſie nach ihrem Belieben, ohne daß der Kaiſer die Fehler wieder gut machen kann. Dies hat uns die Erfahrung der zwei letzten großen Kriege zur Genüge gezeigt, und darum muß dieſem Uebel vorgebaut werden". Dann erörterte der König abermals die bereits geäußerten Gedanken, jedoch in ruhigerer Weiſe. Ein Verſuch Wratislaws, ihn abzulenken, ſchlug fehl. „Ich werde mich auf nichts Weiteres einlaſſen, erwiederte der König, als bis ich die Antwort habe, daß die verſprochene Anzahl Truppen an den Rhein marſchirt".

Wratislaw erneuerte ſeinen Dank in Betreff der Vorſchläge des Königs für Indien. Der König nahm dies gut auf und erwiederte: „Auch daran kann der Kaiſer erkennen, wie gut ich es meine. Die Aufrichtigkeit meiner Abſichten liegt vor Augen. Die engliſche und die holländiſche Nation verlangen für ihre großen Ausgaben nichts als das Gleichgewicht in Europa und dadurch ihre Sicherheit. Der Nutzen wird lediglich dem Kaiſerhauſe zufallen. Ich will als guter Freund Ihnen bei dieſer Gelegenheit ein Princip ausſprechen, weil Sie ja doch länger in dieſer Welt ſein werden als ich, und daher es ſich mit der Zeit zu nutze machen können. Dieſes iſt: der Kaiſer darf in der Dispoſition

Digitized by Google

des Gleichgewichtes von Europa nichts unternehmen ohne das Vorwiſſen der beiden Seemächte. Denn, wenn einmal bei ihnen der Argwohn aufwächſt, daß ihre Sicherheit mit ſolchen Schritten nicht vereinbar iſt: ſo werden ſie in dieſem Mistrauen andere Maßregeln treffen, welche nicht anders ſein können als ſchädlich für das Intereſſe des Kaiſers."

Der König entließ den Geſandten. Dieſer fragte in den nächſten Tagen bei Marlborough vertraulich an um nähere Erklärung über die Aufwallung des Königs. Marlborough erwiederte: „Der König iſt in höchſter Beſorgnis, daß der Feind mit ganzer Macht gegen Holland andringe. Ferner bedarf er eines nachdrücklichen Feldzuges von allen Seiten, damit im Angeſichte desſelben die Republik bei der Willigkeit erhalten werde, die ſchwere Bürde auch ferner zu tragen. Ich rathe alſo dringend ab von dem Detachement nach Neapel. Kann dies aber nicht mehr unterbleiben, ſo ſage ich Ihnen, ohne Vorwiſſen des Königs und im höchſten Vertrauen, daß die Verſtärkung der Armee des Prinzen Eugen nicht unterlaſſen werden darf. Denn es iſt für die allgemeine Sache weniger nachtheilig, wenn etwa der König eine Schlacht verlöre, als wenn der Prinz Eugen über den Haufen geworfen würde. Wenn dieſe Verſtärkung durch Hülfstruppen geſchieht, ſo wird der König wenig dagegen einwenden. Aber er verlangt die eigenen kaiſerlichen Truppen an den Rhein, damit er die Sicherheit hat, einerſeits, daß der römiſche König Joſeph im Felde erſcheint, andererſeits, daß der Kaiſer Herr iſt im Reiche und nicht die Fürſten" [1]).

Jene Rede des Königs Wilhelm iſt die letzte längere Aeußerung ſeiner Gedanken über den Stand der politiſchen Angelegenheiten.

Am 21. Februar/4. März ſetzte er eine Jagd auf Damhirſche an. Er beſtieg ein Pferd, das er bis dahin nicht geritten. In der Nähe von Hamptoncourt trat das Pferd fehl und überſchlug ſich dann. Es hieß, daß an dem Fehltritt ein Maulwurfshaufen ſchuld ſei, und daraus entwickelte ſich ſpäter bei den Jacobiten eine beſondere Hochſchätzung des Maulwurfs überhaupt. — Der König ward hinweggeſchleudert. Man führte ihn nach Hamptoncourt. Dort ſpeiſte er zu Mittag. Erſt dann ließ er ſich vom Arzte unterſuchen. Es erfand ſich, daß das Schlüſſelbein an der rechten Seite gebrochen war. Es

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 24. Februar/7. März.

Digitized by Google

ward ein Verband angelegt, und dann fuhr der König zurück nach Kenſington. Die Erſchütterungen der Fahrt bekamen ihm nicht wohl. Man erwog daher die Frage eines Aderlaſſes. Der holländiſche Leibarzt Bidloo, der mit herübergekommen war, erklärte ſich dagegen, weil gar kein Fieber zu ſpüren war und ein Aderlaß bei der ſchwachen Conſtitution gewagt ſein würde. Die Nacht brachte ruhigen Schlaf. In den nächſten Tagen weilte der König bei Tage außer dem Bette. Er empfand keinen Schmerz als beim etwaigen Huſten. Nach der Ausſage der Chirurgen würde er in zwei bis drei Wochen wieder ausgehen. Eine nahe Gefahr ward in den erſten Tagen nicht beſorgt [1]).

So der Graf Wratislaw am 24. Februar/7. März. Doch fügt Hoffmann ſeinem Berichte vom ſelben Tage hinzu: „Es ſind fünfundzwanzig Tage erforderlich, bis ſich der Callus über dem Bruche bildet, und vierzig, bis er zur Perfection gelangt. Dies dürfte ſchwierig ſein in einem Körper, welcher außer dem Geiſte, der ihn erhält, faſt von allen Kräften deſtituirt iſt".

Indeſſen auch in den folgenden Tagen gab das Befinden zu keinem beſonderen Bedenken Anlaß. Eine Woche nach jenem Sturze, am 28. Februar/11. März, ſandte der König eine Botſchaft ans Unterhaus. Es war zwei Tage nach jener denkwürdigen Entſcheidung, welche die Ueberlegenheit der Whig-Partei klargeſtellt hatte. Der König kündigte an, daß er, durch einen unglücklichen Zufall gehindert, perſönlich im Parlamente zu erſcheinen, ſchriftlich einen beſonderen Wunſch kund thun wolle. Bereits im erſten Jahre ſeiner Regierung habe er den lebhaften Wunſch der Vereinigung von England und Schottland zu Einem Königreiche ausgeſprochen, und zu dieſem Zwecke Commiſſäre für Schottland ernannt. Er ſei überzeugt, daß nichts ſo ſehr beitragen werde für das Glück von England und Schottland in Gegenwart und Zukunft, wie eine ſolche Vereinigung. Er würde es für ein großes Glück anſehen, wenn ſie noch bei ſeinen Lebzeiten eintreten könne, und empfehle daher dringend, daß zu dieſem Zwecke eine Unterhandlung angeſponnen werde.

Das Unterhaus nahm die Botſchaft beifällig auf und beſchloß, daß demnächſt ein Tag zur Berathung angeſetzt werden ſolle.

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 24. Februar/7. März.

Digitized by Google

Die Durchführung des Gedankens einer ſolchen Einigung erſchien damals durchaus nicht leicht. Es gab von beiden Seiten gar manche Gegenſätze und Differenzen zu überwinden. Eine der wichtigſten lag in dem Geſetze der Thronfolge. England hatte dieſelbe durch die Succeſſions-Acte von 1701 feſtgeſtellt. In Schottland war die Mehrheit dazu nicht geneigt [1]).

Am 2./13. März erſchien der König wieder im Cercle, und zwar frei gehend, nachdem er ſich die Tage vorher hatte führen laſſen. Dann ſetzte er ſich. Sein Ausſehen erſchien Vielen ſogar beſſer als vor jenem Unglücke. Er begab ſich jedoch nicht in das Parlament, weil die Krone und der übrige königliche Ornat ihm zu ſchwer [2]). Da mehrere Bills der Sanction harrten, ſo ernannte der König zu dieſem Zwecke eine Commiſſion von fünf Lords. Nachdem dieſe im Oberhauſe angekommen, bat das Oberhaus das Unterhaus herzu, und es erfolgte von den fünf Lords im Namen des Königs die Zuſtimmung. Unter den in dieſer Weiſe ſanctionirten Geſetzen war die Bill of Attainder gegen den prätendirten Prinzen von Wales.

An demſelben Tage, dem 2./13. März, wandelte der König in der Galerie von Kenſington auf und ab. Um friſchere Luft zu haben, ließ er zwei Fenſter öffnen. Bald jedoch ermüdet, gebot er einen Seſſel zu bringen und ließ ſich darauf nieder, vor dem Kamine gegenüber einem offenen Fenſter. Dort ſchlief er ein. Die Diener getraueten ſich nicht, ungerufen heranzugehen. So dauerte es eine Stunde, bis der König, vor Kälte ſchauernd, erwachte. Am Abende hatte er ein leichtes Fieber [3]).

Die Sache hatte anſcheinend keine übelen Folgen. Am folgenden Tage jedoch, dem 3./14. März, erfaßte den König des Nachmittags ein Schüttelfroſt. Er währte vier Stunden. Dann trat Fieberhitze ein, eben ſo lang. Die ähnlichen Erſcheinungen wiederholten ſich in den zwei nächſten Tagen. Dazu war die Verdauung völlig geſtört. Die Aerzte ſchienen indeſſen nicht ſehr beſorgt. Man hatte beobachtet, daß

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. 14. März.

[2]) Wratislaws Bericht vom 3./14. März.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März. — Die Leichenrede von Graevius in Utrecht bei Lünig: Orationes procerum Europae t. III, p. 410.

Digitized by Google

der König in den drei letzten Jahren je beim Eintritte des Frühlings oder des Herbſtes in dieſer Weiſe vorübergehend leide [1]).

Der König ſelbſt ſchien dieſer Anſicht zu ſein. Nach einer ruhigen Nacht ſprach er ſich am Freitag Morgen, dem 6./17. März, dahin aus, daß er heute kein Fieber haben werde. Diejenigen, die ihn geſehen, ſagten, daß ſein Aeußeres viel günſtiger ſei als am Tage zuvor. Er ließ ſich zu eſſen geben, dann ein Glas ſpaniſchen Weines, ſpäter etwas Bier. Gegen das letztere erhoben die Aerzte Einwände. „Allein er iſt leider alſo beſchaffen, fügt der Graf Wratislaw ſeinem Berichte hinzu, daß er ſich von Niemandem etwas wehren läßt, ſondern alles ißt und trinkt, wozu er Appetit zu haben meint“ [2]).

Am Nachmittage um drei Uhr trat Erbrechen ein, und wiederholte ſich zwei Stunden ſpäter; jedoch war kein Fieber da. Es ward gemeldet, daß der König ſich matt und niedergeſchlagen befinde. „Es ſcheint, fügt der Graf Wratislaw ſeinem Berichte am Abende dieſes Tages hinzu, daß man nicht ohne Beſorgnis iſt. Bei einem ſo ſchwachen Körper kann allerdings das Geringſte tödtlich ſein; jedoch können E. K. M. ſich verſichert halten, daß bis zur Stunde kein Anzeichen dahin deutet.“ So am Abende des 6./17. März.

Die Nacht war unruhig. Erſt gegen Morgen ſtellte ſich ein intermittirender Schlaf ein. Um fünf Uhr Morgens traf Albemarle aus Holland wieder ein. Der König ließ ihn eintreten. Er that, als bemerke er das Weinen Albemarles nicht, und ſtellte einige Fragen über Holland. Dann ließ er die Diener abtreten und ſagte: „Albemarle, es iſt mit mir vorbei, und es bleibt mir nur noch übrig, mich der göttlichen Barmherzigkeit zu empfehlen.“ Er gebot dann dem Albemarle, den Schlüſſel zu ſeinen Privatbriefen an ſich zu nehmen [3]).

Im weiteren Verlaufe des Morgens des 7./18. März, Samstag, war es Niemandem mehr ein Zweifel, daß in dem Zuſtande des Königs über Nacht eine bedenkliche Wendung eingetreten war. Dennoch erhob er ſich, wie die vorigen Tage, von ſeinem Bette, verweigerte aber irgend

---

[1]) Sowohl Hoffmann als Wratislaw in ihren Berichten vom 6. 17. März.
[2]) Wratislaws Bericht vom 6./17. März.
[3]) Desgleichen vom 8./19. März.

Digitized by Google

etwas Anderes zu ſich nehmen als zur Stärkung. Man gab ihm Thee, ſpäter etwas Chocolade [1]).

Auf Befehl des Königs trat der große geheime Rath um zehn Uhr in Kenſington zuſammen. Der Vorgang iſt von beſonderer Wichtigkeit als Präcedenzfall für die Ereigniſſe um reichlich zwölf Jahre ſpäter. Dem Herkommen gemäß in ſolchen Fällen erſtatteten die Aerzte dem geheimen Rathe Bericht über den Zuſtand des Königs. Sie erklärten ihn wegen der großen Schwäche für ſehr bedenklich.

Der geheime Rath beſchloß daher, daß die Sanction der fertigen Bill der Abſchwörung des prätendirten Prinzen von Wales durch Commiſſarien des Königs zu erfolgen habe, eben ſo einige andere Bills, Auflagen betreffend. Der geheime Rath that dies dem Oberhauſe kund. Das letztere erſuchte daher um Mittag das Unterhaus, noch einige Zeit zuſammen zu bleiben, weil bis dahin die königliche Unterzeichnung der Commiſſion noch nicht erfolgt ſei. Dagegen erhob ſich der Toryführer Seymour. Vielleicht, ſagte er, ſei zur Stunde der König ſchon todt. Deshalb ſei es beſſer ſich bis zum Montage zu vertagen. Das geſammte Haus verwarf den Vorſchlag [2]).

In Wirklichkeit ſchien ſich wieder eine Hoffnung zu erheben. Der König behielt die um zehn Uhr Morgens genoſſene Chocolade bei ſich. Wenn er gegen den Abend noch einige Nahrung nehmen könne, erklärten die Aerzte: ſo ſeien ſie nicht ohne Hoffnung.

Am Nachmittage um vier Uhr fühlte ſich der König im Stande die Vollmacht für die Commiſſion zur Sanction der Bills zu zeichnen. Dieſe erfolgte demnach. Beide Häuſer beſchloſſen, am nächſten Morgen, dem 8./19. März, obwohl es ein Sonntag war, ſich zu verſammeln.

Unterdeſſen ließ Marlborough den kaiſerlichen Geſandten Wratislaw bitten, mit ihm nach Kenſington zu fahren. Es geſchah. Unterwegs gab ihm Marlborough die Verſicherung, daß die Prinzeſſin Anna das Intereſſe des Kaiſers, weil es zugleich das ihrige, nie verlaſſen werde. Wratislaw bat nur, daß die Prinzeſſin ihre Vorliebe für die Tory-Partei nicht zu ſehr hervorkehren möge. Denn es liege doch klar vor Augen, daß die Stadt London und die weit überwiegende Mehrheit

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März.

[2]) Wratislaws Bericht vom 8./19. März. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

der Engländer whiggistisch gesinnt sei. „Glauben Sie mir, erwiederte Marlborough, die Prinzessin wird als Königin niemals eine der beiden Parteien verfolgen, sondern, wenn es ihr nicht möglich, sich beider zu bedienen, diejenigen Persönlichkeiten hervorziehen, welche für sie und für das Gemeinwohl die beste Neigung tragen“ [1]).

Die Worte enthalten vielleicht eher das Programm Marlboroughs für seine Einwirkung auf die künftige Königin als ihr eigenes Princip.

Inzwischen langten sie in Kensington an. Es war Abends sieben Uhr. Das Fieber war am Nachmittage wiedergekehrt, und hatte nach Verlauf von drei bis vier Stunden den König so ermattet, daß nur noch geringe Hoffnung übrig war. Die Aerzte, ungeachtet mancher Bedenken, hatten sich entschlossen ihm Quinquina, oder, wie es damals noch gewöhnlich hieß, Jesuiten-Pulver, zu geben, weil sie befürchteten, daß er, bei nochmaligem Anstoße des Fiebers, vor Schwäche vergehen würde.

Unter diesen Umständen richtete Marlborough im Namen des geheimen Raths, der in Kensington versammelt war, an den kaiserlichen Gesandten die Frage: ob er ein Schreiben des geheimen Rathes an die anderen Mächte, namentlich an die Republik, enthaltend die Versicherung, daß der Tod des Königs keine Aenderung machen werde, für zweckmäßig erachte. Wratislaw verneinte. Der geheime Rath vertrete nicht die Nation. Eine geeignete Wirkung könne nur von einem Votum des Parlamentes erwartet werden, des Inhalts, daß, ungeachtet des Unglücksfalles, die Nation alle ihre Verbindlichkeiten erfüllen werde. Der Vorschlag ward im geheimen Rathe beschlossen. Zugleich erfolgte von da aus der Befehl an den Admiral Rooke sich auf die Flotte zu begeben und auszulaufen in den Canal [2]).

Der Zustand des Königs blieb bis tief in den Abend derselbe. Um acht Uhr legte man ihn auf das Bett. Er selber wußte am besten, wie es um ihn stand. Der Erzbischof von Canterbury befand sich in Kensington. Der König ließ ihn ersuchen, die Nacht dort zu verweilen, für den Fall daß es schlimmer mit ihm würde.

Dies trat ein im Laufe der Nacht auf den 8./19. März. Er ward zusehends schwächer, bis gegen Morgen die Todesängste eintraten,

[1]) Wratislaws Bericht vom 8. 19. März.
[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

blieb aber immer bei voller Besinnung. Zwischen fünf und sechs Uhr empfing er die Communion nach anglicanischer Weise. Auch dann noch redete er je zuweilen einige Worte. Er sprach aus, daß er an seinem Sterbelager den Gefährten seiner Jugend vermisse, den Grafen Portland. Um drei Uhr Morgens ließ er nach ihm senden. Der Bote verfehlte seine Bestimmung. Es folgte ein zweiter, ein dritter. Erst dieser traf ihn. Portland erschien um sechs ein halb Uhr, zu spät, weil schon die Agonie eingetreten war. Doch bemerkte ihn der Sterbende. Er vermochte nicht mehr zu sprechen; doch streckte er die Hand aus und zog diejenige des Jugendfreundes an sein Herz. Dann schlummerte er ein, und um acht Uhr Morgens, am 8./19. März, erfolgte ein sanftes Ende [1]).

„Er ist gestorben, meldet Wratislaw, wie er gelebt. Er hat mit einer Ruhe und einem Gleichmuthe den Tod kommen sehen, als wenn es ihn selber nicht anginge. Er hat in seinen letzten Stunden weder eine Furcht vor dem Tode gezeigt, noch Verlangen nach dem Leben. Er selber hat die Aerzte erinnert, es sei Zeit, daß man ihm das Sacrament nach dem Gebrauche der anglicanischen Kirche reiche; denn er wisse, daß es nun bald vorbei."

„Die Betrübnis ist groß. Jedermann ist stumm vor Schmerz über ein solches Unglück noch vor dem Beginne eines großen Krieges. Meine Lage ist schwer" [2]).

Die Leiche des Königs ward geöffnet. Am linken Arme ergab sich eine Reliquie seiner Frau, der Königin Mary, ein Band geflochten aus ihren Haaren. Man fand die edelen Theile gesund bis auf die Lunge, die sich etwas entzündet zeigte. Das Herz war klein, aber fest und stark. Das Gehirn erfand sich perfect. Auffallend war der Mangel an Blut. In der Lunge allein ergab sich mehr Blut als in allen anderen Körpertheilen zusammen, und das wenige, welches sich fand, war von geringer Consistenz.

Nach dem Berichte Burnets war der Fall vom Pferde, weil der Bruch des Schlüsselbeines einen Theil der Lunge beschädigt hatte,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März. — Lamberty t. II, p. 66.

[2]) Wratislaws Bericht vom 8./19. März. Auf den letzten Absatz als das unmittelbare Zeugnis eines competenten und unparteiischen Zeitgenossen ist besonderes Gewicht zu legen gegenüber einer neueren Richtung in England, welche sich den König Wilhelm III. in den letzten Lebensjahren als völlig unbeliebt denkt.

Digitized by Google

die nächste Ursache des Todes [1]). Dem gegenüber ist es von besonderem Interesse zu vernehmen, was der Resident Hoffmann, nach Abwägung alles dessen was er vernommen, dem Kaiser als die Todesursache meldet.

„Man glaubt annehmen zu dürfen, daß der Sturz mit dem Pferde durchaus nicht den Tod befördert habe. Da die edlen Theile, wider alles Vermuthen, sich völlig gesund gezeigt, außer der Lunge, die jedoch auch erst seit geringer Zeit gelitten zu haben scheint: so will man dafür halten, daß die erduldeten großen Fastidien, das beständige in Gedanken Versunken-Sein das Blut aufgesogen und vermindert, und daher den Tod beschleunigt habe" [2]).

Bei wenigen Menschen, welche mächtig in die Geschicke ihrer Mitwelt eingegriffen, tritt so augenfällig wie bei Wilhelm III. hervor, daß ihre Werke sie überdauern. Wir haben aus seinen eigenen Worten wiederholt vernommen, welchen Nachdruck er legte auf die letzte und wichtigste Arbeit seines Lebens, das Zu-Stande-Bringen der großen Allianz. Das Werk war vollbracht: die Bahn, in welcher sich die Geschicke der europäischen Völker für das kommende Jahrzehent zu bewegen hatten, war vorgezeichnet. Es ist merkwürdig, wie wir bereits früher vernommen, daß Niemand darüber so sehr im Irrthume war wie der Papst Clemens XI. Auf die Nachricht des Todes von Wilhelm III. erneuerte er zu dem Grafen Lamberg seine früher ausgesprochene Meinung, daß Wilhelm III. ein heimliches Einverständnis mit Ludwig XIV. gehabt, und sagte: „Wenn der Prinz von Oranien das Leben behalten hätte: so würde in diesem Jahre der Friede erfolgt sein" [3]). Richtiger als Clemens XI. hatte sein Vorgänger, der Papst Innocenz XII., den König Wilhelm III. beurtheilt (man sehe Bd. VII, S. 67), und diese Worte werden gelten müssen für immer.

Wir Spätere, denen es verstattet ist, tiefer als die Zeitgenossen einzublicken in die eigenen Kundgebungen Wilhelms III., haben ihn aus diesen selber nicht als einen politisch immer fleckenlosen Charakter kennen

[1]) Burnet (London edition of 1857) p. 701.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 24. März.

[3]) Lambergs Bericht vom 8. April 1702: Hora posse dire, se il Principe d'Oranges havesse vissuto, la pace questo anno sarebbe stata conchiusa.

Digitized by Google

gelernt. Wie man darum Wilhelm III. nicht auf gleiche Höhe stellen kann mit dem Kaiser Leopold: so gähnt uns eine weite Kluft entgegen zwischen dem Oranier und Ludwig XIV. Denn es ist vor Allem wichtig, daß auch die Irrthümer und Misgriffe, welche Wilhelm III. namentlich bei den Theilungsverträgen über die spanische Monarchie beging, nicht aus Selbstsucht entsprangen, sondern aus der Fürsorge für sein geliebtes Holland, aus dem Streben für die Heimat den ersehnten Frieden zu bewahren. Andererseits hat ja derjenige, an welchem er das Unrecht beging, der Kaiser, dem Oranier für das Bemühen es wieder gut zu machen, seine volle Anerkennung dargebracht (S. 272 u. f.).

Die schwierigste Frage in dem politischen Leben Wilhelms III., an welcher die Urtheile über ihn immer auseinander gehen werden, ist diejenige des moralischen Rechtes zu der Expedition nach England im Jahre 1688. Die Frage ist deshalb so besonders schwierig, weil bei derselben allzu leicht der nationale Standpunct sich geltend macht.

Von dem nationalen Standpuncte aus wird es vor allen Anderen dem Franzosen schwer, zu der richtigen Erkenntnis zu gelangen. Denn die Tradition, welche Ludwig XIV. um sich zu breiten wußte, daß er der großmüthige Beschützer des Hauses Stuart gegen den oranischen Verfolger war, ist zu einer Art von französisch-nationalem Dogma geworden, und wird verkündet durch eine massenhafte Literatur. Diese Tradition steht in scharfem Widerspruche mit dem Thatbestande, daß Ludwig XIV. das Haus Stuart als das Werkzeug verwendete, um die Macht England in sich zu lähmen und seinen Planen unschädlich zu machen, und daß darum Ludwig XIV., anstatt der großmüthige Beschützer zu sein, in der Wirklichkeit das Haus Stuart den Zwecken seiner Politik zum Opfer brachte. Von dem Standpuncte jener Tradition aus ist es daher ganz besonders schwer, dem Oranier Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Aber auch vom englisch-nationalen Standpuncte aus treten einem gerechten Urtheile über Wilhelm III. manche Hindernisse entgegen. Man pflegt dort in Bezug auf die Umwälzung von 1688 die Begriffe des Katholicismus und des Protestantismus einander gegenüber zu stellen, und vergißt dabei, daß Jacob II. als Katholik das erste Jahr seiner Regierung hindurch ein populärer König war, daß er erst dann die Misstimmung wider sich erregte, als er, auf den Rath und das

Digitized by Google

Antreiben Ludwigs XIV., für die Herſtellung eines mehr politiſchen als wahrhaft kirchlichen Katholicismus die Mittel des Unrechtes anwandte, welche die Kirche nicht geſtattet, und von welchen der Papſt und der römiſche Kaiſer ihn dringend abmahnten. Weil daher Jacob II. als regierender König nicht ein Vorkämpfer der katholiſchen Kirche, vielmehr ihr ſchädlich war: ſo iſt die in England herkömmliche Neigung, den Katholicismus Jacobs II. als die Urſache ſeines Falles zu bezeichnen, der richtigen Erkenntnis nicht förderlich.

Eben ſo wenig aber war Wilhelm III. ein Vorkämpfer des Proteſtantismus. Der Haß der Engländer damaliger Zeit gegen den Papſt, ſo intenſiv er ſich kund gab, richtete ſich dennoch nicht gegen den Papſt als ſolchen, ſondern gegen die Verbindung der Begriffe Frankreich und Papſtthum, oder Papſtthum und willkürliche Gewalt. Das politiſche Ingrediens dieſes Haſſes war ſtärker als das kirchliche: es war der eigentliche Kern. Und zwar dies darum, weil der politiſche Haß eine reelle Baſis hatte, jene Verſchmelzung der Begriffe dagegen nur in der Fiction der Engländer beſtand. Wilhelm III. war der Vorkämpfer im Sinne jener Verſchmelzung der Begriffe, d. h. in Wirklichkeit war er politiſch der Vorkämpfer gegen die Uebermacht Frankreichs, welche, wenn ſie den Sieg behielt, allerdings die Menſchheit mit einem einheitlichen Kirchenthume bedrohete, nicht jedoch mit dem römiſch-katholiſchen, ſondern mit einem ſolchen, in welchem das Oberhaupt der Kirche hinabſank zum Caplane des Hauſes Bourbon, alſo mit einem Cäſareopapismus, der zu der Freiheit der Kirche im ſchneidenden Gegenſatze ſteht. In dieſer Beziehung war allerdings Wilhelm III. durch ſeinen Gegenſatz wider Ludwig XIV. ein Vorkämpfer der wahren kirchlichen Freiheit, und ſogar noch mehr als ihm ſelber klar werden mochte. Die Bezeichnung Wilhelms III. dagegen als eines Vorkämpfers des Proteſtantismus, auch noch in unſerer Zeit, wo das politiſche Ingrediens jenes vermeintlich gegen Rom gerichteten Haſſes der damaligen Engländer aufgehört hat zu exiſtiren, verſchiebt die Begriffe, und iſt darum der Klarheit der Erkenntnis nicht förderlich. Die Erfahrung, daß dies letztere ſich ſo verhält, liegt in manchem engliſchen Geſchichtswerke vor Augen.

Ein anderes Hindernis, welches in England der richtigen Würdigung Wilhelms III. entgegen ſteht, iſt die der franzöſiſchen Tradition

Digitized by

nahe verwandte Meinung, daß der Oranier mit dem fertigen Plane gekommen sei, den König Jacob II. zu entthronen und sich an die Stelle zu setzen. Die Thatsachen haben gezeigt, daß vor ihnen diese Meinung nicht besteht.

Ferner ist ein Hindernis die vielfach geltende Meinung von einer Bethätigung Englands besonderer Art in jenen Tagen der Umwälzung von 1688. Diese Meinung findet sich kurz zusammengedrängt in die Worte eines englischen Historikers [1]): We expelled him, nämlich Jacob II. Die Worte sind — und zwar zu Ehren Englands sei es gesagt — nicht richtig. Jacob II. ging, nicht weil er mußte, sondern weil er wollte. Und hauptsächlich dieses Gehen war sein Fehler. Das Convent-Parlament fand die fertige Thatsache vor, daß Jacob II. seine Krone verlassen hatte, und faßte seine Beschlüsse auf Grund dieser Thatsache.

Wilhelm III. verband wiederholt die Hauptmächte Europas zum allgemeinen Kampfe wider Ludwig XIV., und ist darum, wenn auch in verschiedener Weise, neben dem Kaiser Leopold der hauptsächliche Widersacher jenes Königs. Aber wie das Walten und Thun Ludwigs XIV. abhangt von den Ideen, in welchen Mazarin ihn herangebildet; wie man den Kaiser Leopold nicht versteht ohne die Idee des römischen Kaiserthumes, welche seine Seele erfüllte: so kann auch Wilhelm III. nicht begriffen werden ohne die Würdigung des Bodens, auf welchem er emporgewachsen, und an den er sich klammert mit der ganzen Kraft seiner, wenn auch äußerlich wenig sichtbaren, innerlich dennoch um so tieferen Gefühle, des Bodens der Republik Holland. Wilhelm III. war Holländer und blieb es, trotz seines englischen Königthumes. Wie es darum jederzeit ihm leicht war sich in die Seelen seiner Landsleute hinein zu denken und zu fühlen: so konnten auch umgekehrt seine eigenen Landsleute am ehesten sich in ihn hinein denken und fühlen. Es ist, wie nahe liegt, nur von den Zeitgenossen die Rede, welche wesentlich innerhalb desselben Kreises der Anschauungen standen, und daher fallen die Aeußerungen und Urtheile derselben zur Würdigung Wilhelms III. schwerer ins Gewicht, als diejenigen der Nicht-Holländer.

---

[1]) Hallam ch. XIV.

Digitized by Google

Nun aber dürfte es schwer, ja unmöglich sein, eine Aussage eines kundigen und urtheilsfähigen Holländers aus dem Jahre 1688 beizubringen, daß der Oranier nach England gegangen sei, um Jacob II. vom Throne zu stoßen und sich darauf zu setzen. Die Republik der Niederlande, die sich von Jacob II. bedroht glaubte, lieh dem Prinzen von Oranien ihre Kriegesmittel dar, in der Intention, daß er vermöge derselben den König von England zu einer anderen Politik nöthige, sowohl nach außen, als nach innen, und weiter ihn zwinge, gemäß dem Wunsche eines großen Theiles der Engländer selbst, seine Machtmittel mit denen der Republik wider den endlos drohenden König von Frankreich zu vereinigen.

So der Plan. Daß die Ausführung weit darüber hinausging, war die Consequenz der Thorheit Jacobs II., des falschen Rathes Ludwigs XIV., und erst dann des Willens des Oraniers. Und auch da noch blieb das durchschlagende Motiv bei ihm, daß er als König von England am besten sein Vaterland schützen könne.

Daß die Dinge in dieser Weise sich entwickelt, blieb den Landsleuten des Oraniers auch nach dem in England erfolgten Umschwunge gegenwärtig. Die Anschauung findet sich ausgeprägt in den auf ihn gehaltenen Leichenreden, von Grave vor den Ständen von Utrecht im Dome dieser Stadt, und von Trigland vor den Ständen von Holland in Leiden [1]). Sie beide heben mit Nachdruck hervor, daß Jacob II. geflohen sei nach eigenem Willen. Ich lasse daher, um nicht im geringsten zu ändern, den Wortlaut hier folgen. Der Erstere sagt: (Jacobus II.) se ipsum exuit dignitate Regia, Regnoque deserto, quod, antequam ex illo excederet, diu ante deseruerat, cum bellum indixisset religioni, libertati, legibus, et servituti omnes addiceret, in Galliam a nemine coactus fugit.

Stärker noch sagt Trigland: Sic (Jacobus II.) deserens turpiter imperium, Ordinibus (Angliae) necessitatem attulit, videant ne quid Respublica capiat detrimenti: quare, ultro Patre se abdicante, liberos Guilelmum et Mariam, Principes, quos jus, ordo, haereditas et Regiae dotes eo vocabant, totius populi

[1]) Beide Reden sind abgedruckt in Lünigs: Orationes procerum Europae t. III, p. 363 sqq. und 413 sqq.

Digitized by Google

amor, clamor et unanimis summi Senatus sententia expetebant, in derelictum thronum solenni ritu reponunt.

So in der That iſt es und nicht anders. Die Flucht Jacobs II., auf den Rath Ludwigs XIV., war entſcheidend gegen ihn und gegen ſein Haus. Denn die Wiederkehr eines Stuart auf den Thron von England brachte nicht blos über dies Königreich die franzöſiſche Vaſallenſchaft: ſie bedrohte zugleich auch oder noch viel mehr die Republik Holland mit dem Kriege der Vernichtung. Die Gerechtigkeit fordert, daß bei einem Urtheile über das Verhalten Wilhelms III. gegen das Haus Stuart dieſer Geſichtspunct zur Geltung komme.

Digitized by Google

Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Fünfundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 103.

Ich habe im Texte kaum eine andere Veränderung angebracht, als diejenige der Verwandlung der indirecten Rede in die directe. Diese am 18. Januar 1701 gesprochenen Worte Wilhelms III. sind aber so merkwürdig, beweisen so sehr seine Voraussicht, seine Meisterschaft in der Beherrschung der Situation, daß ich es für erforderlich halte, zum bleibenden Gedächtnisse derselben auch den genauen Wortlaut des Berichtes von Wratislaw hierher zu setzen.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 18. Januar 1701.

Der König schupfte zu diesen meinen Reden die Achsel, und sagte mir, daß in diesem fundamento, wenn man gleich anfangs diese zwey nationes zu einem Krieg bringen kunnte, diese meine vorgebrachten rationes mehr als convincent wären. Er erkenne, daß er in dieser Agnoscirung E. K. M. viel Uebles verursache; Er wisse, daß er Derosselben alles schuldig seye; und eben dessen wegen, um nit alles zu verlieren, thue er diesen passum, welcher in sich E. K. M. höchst praejudizirlich. Er bitte aber E. K. M., Sie wollten Ihre confidenz von ihm nit abziehen, sondern seinem Rathe folgen, und mit gefaßtem Muth und allen möglichen Kräften wenigstens das erste Jahr den Krieg anfangen; Er künnte E. K. M. moraliter vor gewiß versichern, daß, ehe diese campagne zu Ende gehe, ja vielleicht, ehe sie recht anfinge, diese zwey nationes ihn zu einem Krieg gleichsam zwingen werden, welches sie nit thun würden, wann sie sehen sollten, daß er zu dem Krieg inclinire. Es wäre ja einmal E. K. M. mit seiner particular Person nit gedienet; man solle an seinem Willen, welchen man doch im höchsten Geheim halten muß, nit zweifeln und ihm Zeit geben,

Digitized by Google

daß er diese zwey nationes allgemach hinein bringe, welche vielleicht geschwinder hinein laufen werden, als man sich nit einbildete.

Anlage II. Zu S. 105.

Ich gebe auch hier, wie in Anlage I, den Wortlaut des Berichtes.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 18. Januar 1701.

Ich hoffete aber, daß Er vor dem Parlamente diesen passum nicht thun wird. Er antwortete mir von nein; Er könnte so lang nit warten, weilen dadurch E. K. M. interesse auf alle Zeit geschadet würde, indem Er sicher wäre, daß das Parlament diesen passum verlangen würde, und Er hernach nit Meister wäre, daß man ihm hernach nit anderes noch Gefährlicheres auftringen wollte; herentgegen wäre er moraliter vergewissert, daß, wann Er ihn vorhero thun wird, daß das Parlament es nit approbiren, und dadurch ihm Gelegenheit geben kann, E. K. M. realiter und in effectu nützlich zu seyn.

Sechsundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 260.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Residenten Hoffmann vom 15. März 1701.

Einige waren der Meinung, daß man sofort zur Denomination des Successors schreiten sollte. Andere haben objicirt: es müsse vorher eine Art von Capitulation eingerichtet werden, welche am füglichsten vorher gemacht werde, da sich der Successor, ehe er benannt, darüber nicht zu beschweren habe, dagegen aber, wenn er zuvor ernennet, sich viele Schmeichler herfür thun würden, die, um sich ein meritum bei ihm zu machen, alle heilsame Vorsicht der Nation zum Praejudiz, obstruiren würden.

Die Denomination ist auf die Kurfürstin Witwe und nach ihr auf ihre leiblichen Erben abgesehen, womit die Succession, was die Protestantische Linie betrifft, in ihrem rechten Lauf verharrt und folglich dem Königreich Schottland (so sich zu Anfang dieser Revolution für dieselbige Linie per actum Parlamenti auch impegnirt) keinen Anlaß gibt sich vom hiesigen diesfalls zu separiren, was es vielleicht gethan, wenn man die Kurfürstin Witwe und den Kurfürsten prateriirt und sogleich auf den Kurprinzen gefallen wäre. Wiewohl in allem dem nicht wenig besorgt wird, daß Schott-

Digitized by Google

land wegen des in ſeiner Unternehmung von Darien von England empfangenen übelen Tractamentes ſich in dieſer Succeſſions-Sache ſeparire.

Obſchon nun das Unterhaus Niemanden praeteriren zu wollen ſcheint, ſo hat es doch ſein einziges Abſehen auf den Kurprinzen, als in favorem deſſen es ſich eine renuntiation von der Großmutter und dem Vater erwartet. —

Bereits in einem früheren Berichte vom 11. März hatte Hoffmann auf die Wahrſcheinlichkeit einer ſolchen Capitulation hingewieſen, mit dem Zuſatze: „Die Capitulation wird allem Anſehen nach ſo beſchaffen ſein, daß zwiſchen dem künftigen Könige von England und dem Dogen von Venedig kein Unterſchied ſein wird".

Anlage II. Zu S. 272.

K. k. Archiv. Anglica. 1701, 16. Julii. Ad regem Angliae.

Leopoldus etc.

Postquam deliberationes Parlamenti Anglicani super moderno temporum habitu nostrum, aliorumque Europae Principum animos hucusque tenuere suspensos, non mediocriter nos recreavit recentissima ejusdem Parlamenti petitio, qua Serenitati Vestrae concordibus suasit suffragiis, supplicavitque, ut pro communi Europae libertate asserenda et reducenda inter orbitam immensa Gallorum potentia nobiscum una et Generalibus uniti Belgii Statibus, aliisque Principibus foedera opportuna sociaret. Et cum abunde persuasum nobis sit, successum hunc adeo optatum, egregiamque istam universi populi sui in scopum adeo salutarem consensionem Serenitatis Vestrae consummatissimae prudentiae et sapientissimae consiliorum moderationi praecipue adscribendam esse: est cur Serenitati Vestrae pro eo quod nostra interest, nos singularem in modum profiteamur obstrictos. Etsi autem post tam luculenta optimae voluntatis Suae indicia nullus nobis dubitandi locus superest, quin Serenitas Vestra populi Sui vota quantocyus effectui datura sit, aequanimitati Suae haud displiciturum confidimus, ut quam celerrimam foederis renovationem tum auxilii maxime necessarii praestationem hisce fraterne enixeque urgeamus. Adiimus jam pridem belli aleam in Italia, causae nostrae justitia et amicorum, ut non ignorat Serenitas Vestra, promissa ope freti, etc.

Digitized by Google

Anlage III. Zu S. 323.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann aus London, vom 5. August 1701.

Hiesiges Land ist sonst im ziemlichen Ruhestand, außer daß die Partheyen sich einander die Affection des Volkes abzugewinnen suchen, worin die Anglicaner aber so viel weniger reussiren, da sie genug zu thun haben, sich von ihren Proceduren im Parlamente zu exculpiren, zu welchem Ende sie vorgeben, daß sie in allem absolute des Hofes Direction gefolgt haben, wie ihnen darinnen dann des Königs Thun und Lassen zu keinem geringen Vortheil dienet. Der Graf von Rocheſter als Capo davon stehet in procinctu sich nach seinem Guberno von Irland zu begeben, dessen baldige oder langsame zurückkunft zum Anzeichen dienen wird, ob der König sich bey dieser Parthey halten wird oder nicht, als worinnen S. M. völlig die Wahl haben, und die sachen allhier so disponirt seind, daß beide Parteien nicht allein vor den Krieg seind, sondern die unumgängliche Nothdurft davon predigen, die Anglicaner gegen ihre Inclination, und um sich mit dem Volk wieder zu versöhnen, und sich im Ministerio zu erhalten, die Presbyterianer aus gutem Ernst, um sich vom französischen Joch zu erretten, benebens der Hoffnung dadurch wieder die Oberhand in den Geschäften zu erreichen.

Man ist noch immer mit Ungeduld gewärtig, wie die Sachen in Holland ausschlagen werden. Jedermänniglich bekennet, daß nun alles in des Königs Händen liegt. Kommen S. M. ohne Frieden oder Krieg zurück, so wird es allhier ohnfehlbar vor ein Zeichen genommen werden — wie man sich dann bereits darüber auslasset — daß sie selbsten nicht zum Krieg portiret seind, indem sie durch sothane Indecidirung der Sache dem Parlamente wieder anheim stelleten, aufs neue darüber zu cabaliren und noch einen anderen Winter damit zu verlieren, welches hoffentlich S. M. vermeiden werden.

Daß übrigens E. K. M. Waffen die Franzosen vom Flusse Adige so glücklichen vertrieben, erweckt allhier eine unbeschreibliche Vergnügung und erhöhet des Prinzen Eugenii Reputation solcher Gestalt, daß keine Mahlzeit, unter Groß und Klein, geschiehet, wobei dessen Gesundheit, sogar auch selbige von Sr. Päpstlichen Heiligkeit, um weilen sie mit der Investitur zurückhalten, welches diese Nation in favorem von E. K. M. interpretiret, nicht öffentlich getrunken wird.

Digitized by Google

Siebenundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 366.

K. k. Archiv. Romana. Schreiben des römischen Kaisers Leopold an den Papst Clemens XI., vom 16. Februar 1701. — Dies folgende Schreiben ist allerdings schon gedruckt in J. D. Winklers: Anecdota Hist. Eccl. Novantiqua, Braunschweig, 1754. 3. Stück, S. 307. — Allein bei der Seltenheit dieses Druckes, und andererseits bei der Wichtigkeit des Actenstückes, dürfte ein neuer Abdruck des Originals manchem Leser meines Werkes nicht unerwünscht sein.

Leopoldus E. Rom. Imperator ad Clementem XI Pontificem Romanum. Viennae, 16. Febr. 1701.

Beatissime etc.

Sanctitatem Vestram divina providentia ad catholicae ecclesiae episcopatum evectam esse, cum alias multas ob causas, tum ideo etiam nobis laetissimum accidit, quod spem concepimus, sanctum pacis ecclesiae negotium, authoritate sedis apostolicae et commendatione nostra coeptum tractari cum Protestantibus, si resumatur mature et geratur fortiter in Pontificatu Vestrae Sanctitatis, (quem vel ideo longissimum vovemus) quam proxime ad scopum optatum admoveri posse. Scilicet Sanctitatem Vestram non fugit, jam sub Innocentio XI. beatissimae memoriae Pontifice, et porro deinde re cum delectis S. R. E. Cardinalibus Theologisque catholicis complurибus communicata, consilio etiam Nuntiorum Apostolicae sedis in aula Nostra commorantium habito, multa partim secreto, partim et palam acta esse cum Protestantium Principibus Theologisque, unde magna spes nata est fructus ingentis ad ecclesiam catholicam proventuri. Nam Principes Protestantes non pauci, qui gubernaculis suarum regionum praesunt, et viva voce erga Nostros, et literis ad Nos scriptis, magnam propensionem ad redintegrationem unitatis catholicae sunt testati, et opem omnem polliciti, quam et pro parte nonnulli jam praestitere, procuratis Theologorum inter suos primariorum sententiis, quibus ad summam rerum plurimum profici est visum. Sed res inprimis promota fuit, cum nuper Venerabilis Franciscus Antonius, Neostadiensis in Austria Episcopus, (cujus eximium pro domo Dei zelum omnibus ad res praeclaras gerendas auxiliis instructum, non possumus non commendare Sanctitati Vestrae)

Digitized by

commissae sibi a Sanctitatis Vestrae Praedecessore, laudatissimae memoriae Innocentio XII., visitationi quarundam Germaniae provinciarum et curae propagandae illius fidei catholicae satisfaciens, aliquas etiam Protestantium oras obivit, et cum nonnullis ex ipsis, publica auctoritate munitis, coram contulit, ac declarationem etiam retulit scripto. Ex quo apparet, si umquam, certe nunc divina gratia tempus venisse tantae rei maturum. Quantum enim intelligentes judicant, numquam quicquam a Protestantibus profectum est, quod magis tangat causae substantiam et catholicis principiis magis conspiret. Quae sane animorum inclinationes, coelesti munere oblatae Nos quoque (quos Deus immerentes licet, totius catholicae ecclesiae Advocatum ex imperiali officio constituit) vehementer movent, ut saluberrimum negotium Sanctitati Vestrae (ad quam rerum sacrarum summa procuratio in terris superna authoritate pertinet) intensissimo studio commendemus, eique juvando omnem operam Nostram spondeamus libentes. Et cum secundis occasionibus alacriter utendum esse christiana etiam prudentia dictet, quas saepe neglectas, commutatis hominibus temporibusque, exigua recuperandi spe de manibus amitti constat, ideo pro certo habemus, Sanctitatem Vestram, Nobis etiam non monentibus, pro summa Sibi divinitus data sapientia, omni, quantum fas est, remota mora, (quae in re ad tot animarum salutem pertinente, ubi necessaria non est, nec excusabilis censeri potest) quicquid in amplissima potestate Sua est, collaturam esse, ut admotis generosissimis remediis, vulnus jam inclitum tamque periculosum ecclesiae occidentalis tandem sanetur. Ceterum ipsa causae momenta expendenda gravissimo Sanctitatis Vestrae judicio relinquimus, cui curam rerum spiritualium interiorem prae ceteris commisit Deus, et quam divinitus illustratam, causa cognita et rite discussa, consideratis etiam ex diversis studiorum generalium Universitatibus Doctorum catholicorum, res Germanicas de propinquo noscentium, responsis, pronuntiaturam exspectamus, quod maxime videbitur expediens ecclesiae Dei, novisque etiam expressionibus et pro re porro gerenda praeceptis instruendo Neostadiensem Episcopum, ardenti ejus, nec tamen minus circumspecto studio dignam materiam subministrari curaturam, ita tamen, quod necessario monendum est, ut Romae pariter et alibi secreto adhuc gerantur omnia, ac ne tractari quidem sentiantur, ne forte a malevolis aut zelo, sed insciente, animatis nondum satis coalita disturbentur. Quo vero melius statum rei intelligat Sanctitas Vestra, et consilia maxime

Digitized by Google

accommodata causae capere possit, non tantum ejus Episcopi relationes inservient, sed et Theologus Noster, ab ipso in itinere adhibitus, harum ad Sanctitatem Vestram literarum lator, rei nuper gestae testis, quem ad Sanctitatis Vestrae pedes se abjicientem suis ipsis commendamus, omnia coram uberius explanabit, et Vestrae Sanctitati tum vivae vocis oraculo, tum scriptis declaratas voluntates poterit referre. Quod superest, Deus Sanctitatem Vestram ecclesiae suae diu vigentem conservet, ut ex agro Domini, antea passim neglecto et zizaniis obsito, melioris cultus et sparsorum late divini verbi seminum fructus uberrimos colligere adhuc ipsa possit. Quemadmodum Nos filiali observantia peroptamus.

Anlage II. Zu S. 425.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 25. November 1701.

In meiner Relation vom 18. dieses habe allerunterthänigst gemeldet, daß S. M. das alte Parlament beybehalten dürften, im Falle Sie eine genugsame Versicherung davon ziehen können, daß die Anglicanische Partey die mit dem Oberhause habende Contestations-Materie nicht wieder auf die Bahn bringen werde, welche Nachricht dann so wohl gegründet gewesen, daß S. M. würklich ein und ander der Häupter davon und zwar dahin sondirt, ob sie sich nicht zu Anfang der Session, um besagte Streitigkeit aus dem Weg zu räumen, zu einem Acte von einer Amnestie verstehen wollte. Diese Häupter haben zwar darauf alles und jedes, was der König in puncto belli von ihnen verlangen würde, zu praestiren versprochen, anbei aber so viel zu erkennen gegeben, daß sie die Contestations-Materie, unter dem Vorwande daß sie die Privilegia vom Unterhause nicht vergeben könnten, nicht fallen lassen würden. Weil nun alle ihre Resolutionen vom Krieg, so gut sie auch hätten sein können, ganz zu nichts kommen wären, wann sie hernach und zwar ehe (wie ihr dissegno gewesen) die Bills von den Geld-Subsidien zu Ende gebracht, Ursach zu einer öffentlichen Ruptur mit dem Oberhaus gegeben hätten: als hat sich der König, um nicht eine weitere Session in die Gefahr eines übelen Ausschlages zu setzen, gemüßigt befunden, das extreme Mittel der Berufung eines neuen Parlamentes zu ergreifen. —

So Hoffmann. Auch Burnet kennt die Thatsache. Er zieht aus dem ganzen Verhalten des Königs den Schluß: This convinced the nation that the king was not in a double game. — Dennoch habe ich es für

Digitized by Google

erforderlich gehalten, durch den Original-Bericht Hoffmanns die Sache genauer darzulegen, weil noch kürzlich Lord Stanhope: Reign of Queen Anne p. 36, zunächst in Bezug auf die Anfragen bei Sunderland und Somers, demgemäß aber dann auch auf das ganze damalige Verhalten Wilhelms III., den Vorwurf der Unaufrichtigkeit in starker Weise wiederholt.

Anlage III. Zu S. 438.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des kaiserlichen Residenten Hoffmann in London, vom 13./23. December 1701.

Mit den Electionen der Deputirten zum Unterhause ist es noch nicht völlig gethan; unter denen aber, so bereits erwählt sind, praetendirt die presbyterianische Partei 30 Stimmen für sich gewonnen zu haben, und, indem die anglicanische so viel dadurch verloren, als wird sothaner Gewinn oder die Superiorität, der hiesigen Manier nach, auf 60 Stimmen gerechnet. Diese jetzt besagte anglicanische Partei thut alles was sie kann, um sich empor zu halten. So sehr sie sich aber äußerlich vantiret, daß sie die majora mit der anderen disputiren werde, so sehr empfindet sie innerlich den Verlust davon. Beide Parteien sind darin eins, daß der König das ganze Werk in seiner Disposition hat, und daß diejenige Partei, zu welcher Se. M. sich mit denen 80 oder 90 Deputirten, so durch ihre besitzende Aemter vom Hoff dependiren, schlagen, die Oberhand im Parlamente haben werde, weswegen dann von beiden Parteien alles angewendet wird, um sich bei Se. M. in Credit zu setzen, worinnenfalls die presbyterianische Partei aber die mehrere Hoffnung auf ihrer Seiten hat, indem S. M. das Parlament nicht dissolvirt haben würden, wofern sie mit der anglicanischen zufrieden gewesen wären. So lang aber diese der Presbyterianer wohl gegründete Hoffnung nicht in eine zuverlässige Versicherung verkehrt ist, so befinden sie sich noch nicht außer aller Unruhe, sondern fallen vielmahlen in die Apprehensions-Gedanken, daß der König wie vorm Jahr (da S. M. sich öffentlich für die Anglicaner erklärt, heimlich aber die Presbyterianer menagirt haben) sich zwischen beiden Parteien halten, und folglich keine recht contentiren werde.

Dieses ist der wahre Zustand, worinnen die große Verschwiegenheit des Königs beide Parteien haltet. Was Se. Majestät für Ursach dazu haben, kann man nicht wissen. Diejenigen aber, so für das allgemeine Wesen am besten intentionirt sein, hätten gewünscht, daß S. M., nachdem Sie den passum gethan, das Parlament zu dissolviren und folglich die Anglicaner dadurch zu disgustiren, sich öffentlich und zwar durch Mutirung des Ministerii für die Presbyterianer erklärt hätten, als welcher weitere

Digitized by Google

passus in denen Electionen einen ſo viel größeren Schwung in favorem dieſer gegeben hätte, in Anſehung daß der gemeine Mann die Sach beſſer discerniret, und mit ſeiner Votirung ſich beſſer in Acht genommen haben würde. Gleichwie nun das Parlament herbei nahet, als wird man in des Königs Intention, wann anders mit Fug daran zu zweifeln iſt, bald klar ſehen. Denn das subjectum, ſo der Hoff als Orator des Unterhauſes portiren, nemlich aus welcher Partei er ſolches erwählen wird, iſt über die Sache völlig entſcheidend.

Anlage IV. Zu S. 458.

Der Zuſatz-Artikel iſt abgedruckt bei Du Mont: Corps Diplomatique. Da indeſſen dies Werk nicht vielen Leſern zur Hand ſein dürfte: ſo füge ich den Wortlaut des lateiniſchen wie des franzöſiſchen Originales hier bei.

Quandoquidem post foedus inter S. suam C. M^tem^, S. suam M^tem^ Magnae Britanniae, et Celsos et Praepotentes D^nos^ Ordines Generales uniti Belgii, Hagae Comitis die 7^mo^ m. Sept. anno 1701 confectum signatumque, Rex Gallicus sibi tantum arrogaverit, ut praetensum Walliae Principem agnosceret declararetque Regem Angliae, Scotiae et Hiberniae, atque eo facto dictae S. suae R^ae^ M^ti^ Magnae Britanniae, et universae nationi Britannicae gravem admodum et indignam injuriam intulerit: conventum igitur conclusumque est inter praedictos D^nos^ Confoederatos, S. suam Caes. M^tem^, S. suam Regiam M^tem^ Magnae Britanniae et Celsos ac praepotentes D^nos^ O^nes^ G^les^ uniti Belgii, per praesentem hunc Articulum (qui parem et eandem prorsus vim, virtutem et vigorem obtinebit, ac si supradicto Foederi ab initio insertus fuerit): quod nulla omnino pax cum Gallia inibitur, priusquam ante memoratae S. suae Regiae M^ti^ Magnae Britanniae pro eadem atroci injuria Reparatio facta sit.

Puisque depuis que le traité entre S. M. I., S. M. B. et Mss. les E. G. des P. U. des P. B. fut conclu et signé à La Haye, le 7 septembre 1701, le Roy de France s'est resolu de reconnoistre et proclamer le pretendu Prince de Galles pour Roy d'A., d'E. et d'I., et que par là il a fait un grand tort à Sa dite M. B. et à toute la nation ang., les dits H. A., S. M. I., S. M. B., et Mss. les E. G. des P. U. des P. B. sont convenus par cet article (qui aura la même force, nature et effect comme s'il avoit été inséré dès le commence-

Digitized by Google

ment dans le dit traité) qu'on ne fera point de paix avec la France avant que réparation ne soit faite à S. M. B. du dit très grand tort.

Anlage V. Zu S. 463.

Ich bemerke zunächst, daß die Beschlüsse, um die es sich handelt, sich allerdings abgedruckt finden in dem bei Chandler in London 1742 erschienenen Werke: Commons Debates vol. III, p. 188, so jedoch, daß die drei Beschlüsse vom 17./28. Februar, und die zwei, um neun Tage später gefaßten, welche im moralischen Gegensatze zu den ersten drei stehen, dort unter dem 26. Februar (alten Stiles) vereinigt sind. Die Frage aber eben ist: wie ist das Unterhaus von den ersten drei Puncten aus zu den anderen zwei gekommen?

Es liegen mir darüber die Berichte des kaiserlichen Residenten Hoffmann vor, denen ich in meinem Texte gefolgt bin. Allein die Sache erscheint wichtig genug, auch den Original-Text dieser Berichte hier folgen zu lassen.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann aus London vom 20. Februar/3. März 1702.

E. K. M. habe ich jüngstens allerunterthänigst berichtet, was das Unterhaus zu Vindicirung seiner Privilegien vor drei resolutiones gefaßt hat. Gleich wie aber der Anglicaner Intention nicht gewesen, sich mit sothanen resolutiones zu contentiren, sondern von der geringeren Materie gradatim zu der höheren zu schreiten, und, nachdem sie darin succediret, endlich gar auf die von wegen der vier accusirten Lords mit dem Oberhause habende contestation zu fallen: als haben sie, zufolge dieses ihres Projectes, besagte resolutiones (gegen welche die Presbyterianer als eine Sach von keiner Wichtigkeit sich nicht opponiren wollen) so bald nicht erhalten, daß sie nicht sogleich die vom Volk im verwichenen Sommer dem König praesentirte Adressen, die Convocirung eines neuen Parlaments betreffend, angegriffen, und solche unter dem Vorwande, daß das Volk kein Recht dazu habe, sich, nachdem es einmal seine Repraesentanten erwählet, in die Parlaments-Geschäfte zu immisciren, nicht allein vor seditios, sondern die promotores davon vor reos von einem hohen Verbrechen declariren wollen. Die Presbyterianer haben sich nicht wenig darüber erfreut, daß ihre adversarii auf eine so delicate Materie, worin die ganze Nation interessirt ist, gefallen sein, also eine gute Gelegenheit, sich durch Behauptung von des Volkes Rechten mehr bei ihm beliebt, die Anglicaner hingegen noch mehr als sie sind, dadurch verhaßt zu machen. Worauf es dann von beiden

Digitized by Google

Seiten zum Peroriren gekommen, und unter anderen vielen Argumenten gar wohl von einem Presbyterianer angezogen worden ist, daß, wann der casus sich ereignete, daß ein König die majora im Unterhause gewinnen und vermittelst derselben die Manutenirung einer beständigen Armee erhalten sollte, ob das Volk alsdann, um sich von der Sclaverei zu erretten, die Macht nicht haben sollte, sich dagegen zu opponiren, und mit seinen Remonstrationen einzukommen. Welches eben so viel sagen wollte, daß, nachdem das vorige Unterhaus, durch seine Opposition gegen den Krieg, England und das allgemeine Interesse von Europa sacrificiren wollen, ob nicht solchem nach das Volk befugt gewesen sei, den König um die Convocirung eines anderen Parlamentes zu bitten. Gleichwie sich nun über diese Materie die Anglicaner selbst dividiret, als worunter viele moderirte Leute sind, die, wie man allzeit vorgesehen und ich es zum öfteren allerunterthänigst berichtet, in Sachen, woran das publicum haftet, nicht mit ihren hitzigen Principalen votiren wollen: als hat sich eine solche Superiorität für die presbyterianische Partei hervor gethan, daß sie nichts mehreres verlangt, als die Sach, ob nämlich die Adressen vom Volk für seditios erklärt werden sollen, oder nicht, zu einer quaestion und decision zu bringen. So stark aber die Presbyterianer darauf insistiret, so sehr haben es die Anglicaner zu vermeiden gesucht, um den Schimpf nicht zu haben, ihre bisher, zwar nur in Particular Elections-Sachen gehabte, Superiorität öffentlich zu verlieren, zu welchem Ende sie dann getrachtet, die Sach auf einen anderen Tag zu verschieben, welches die Presbyterianer nicht eingehen, sondern solche eo ipso ausgeführet haben wollen, und indem sie sich in dieser Contestirung befunden, sich aber zum Unglücke zugetragen, daß einer von den vornehmsten Presbyterianern vom Schlag gerührt worden, als hat sich der Orator, um seine Partei vor der Ueberwältigung zu salviren, dieser Confusion bedient, um den Praesidenten von der Comittee, so auch von seiner Parten war, aus seinem Stuhl gehen zu machen, und sich hinein zu setzen, wodurch dann die Committee geendigt gewesen, und folglich alles gefallen ist.

Obschon man nun hätte glauben sollen, daß die Anglicaner nach diesem ihrem übelen success, sich nicht wieder getrauen würden ein neues tentativum zu thun, so haben sie den folgenden Tag darauf gleichwohl wieder einen Tag als gestern über acht Tage bestimmt, um die Privilegia vom Unterhaus wieder vorzunehmen, welches die Presbyterianer gern geschehen lassen, in Hoffnung daß sich jene nur mehr odios beim Volke dadurch machen, und gleichwohl ihren Zweck nicht erreichen werden.

Digitized by Google

Es folgt der Bericht über die erneute Verhandlung.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 27. Februar/10. März 1702.

Gestern ist der Tag gewesen, da das Unterhaus, wie jüngstens allerunterthänigst berichtet, seine Rechte, Freiheiten und Privilegien wieder vorzunehmen resolvirt hatte. Jedermänniglich ist vom Ausgang davon in großer Expectanz gestanden. Die Contestirung zwischen beiden Parteien hat mit der größten Violenz von zwölf Uhr des Mittags bis zehn in die Nacht ohne Aufhören gewährt. Das Glück hat aber gewollt, daß die gute Partey über die andere triumphiret, mithin vor sich einen glorioſen, und für das allgemeine Wesen einen höchst ersprießlichen Tag gewonnen hat.

Die Anglicaner, so sich auf ihre Stärke verlassen, haben den Anfang gemacht, und sind, um auf einmal wieder das publicum, wie sie vor einem Jahre gethan, zu verwirren und zu hintertreiben, recta via auf die mit dem Oberhause ratione der vier accusirten Lords habende contestation gefallen, und folgende Proposition formirt:

> daß dem Unterhause in Prosequirung der Accusationen, die es im letzten Parlamente gegen die vier Lords exhibirt, kein Recht widerfahren sei.

Ueber welchen Vorschlag fünf Stunden lang pro et contra disputirt worden, bis es endlich zur quaestion gekommen, ob diese propositio in eine resolutio verkehrt werden solle oder nicht, wobey die Presbyterianer die Negative mit einer Superiorität von 14 Stimmen, nämlich 235 gegen 221 erhalten haben. Hätten die Anglicaner diesen Punct gewonnen, so wären sie zu solcher Extremität geschritten, daß das Oberhaus sich entweder per fas et nefas submittiren, sich seiner Jurisdiction vergeben und die vier accusirte Lords sacrificiren, oder, im Falle es widerstanden, der König, zur Verhütung einer totalen Ruptur zwischen beiden Häusern, das Parlament hätte dissolviren müssen.

Seitdem die Parlamente in esse sind, hat man mit solcher Uebernehmung oder, besser zu sagen, mit solchem furore darinnen nicht contestirt. Kein Decorum, kein Respect, noch Civilität, ist mehr observirt worden, und weil justitia causae so wohl als das dadurch in höchster Gefahr gestandene bonum publicum selbsten, so zu sagen, vor die Presbyterianer gesprochen, als haben sie sich auch dessen zur Admiration prävalirt, wie dann Einer davon dahin peroriret, daß, wann das Unterhaus jemahlen in seinen Freiheiten gelitten, so seye es ja nicht in causa der vier Lords, gegen welche es, Unterhaus, mit denen Proben nicht hätte auf-

Digitized by Google

kommen können, wohl aber habe es, Unterhaus, ja die ganze Nation und ganz Europa selbst im vorigen Jahre gelitten, da sie, die Anglicaner, die stärksten gewesen und (dem Könige von) Frankreich allen Vorschub gegeben hätten, sich ungehindert von Flandern zu impadroniren, seinen Großsohn in Spanien zu stabiliren und ihm mithin den Weg zu der Universal Monarchie zu bahnen, daß sie, die Anglicaner, den Hof forzirt, den duc d'Anjou zu agnosciren, und das vorige Parlament bis in den Februar hinein zu verschieben, um damit Frankreich ja kein obstaculum von Seiten Englands finden möge sich in seiner Usurpation festzusetzen — daß dieses wahrhafte gravamina seyen, worüber die ganze Nation sich äußerst zu beklagen habe, und nicht die Sach von den Lords, welche man allein so hoch halten mache, um damit sie, die Lords, von den Aemtern excludirt werden, und sie, die Anglicaner, den Genuß davon haben mögen.

Der Marchese Hartington hat sich seinerseits öffentlich dahin ausgelassen, daß er nicht sehe, daß das Unterhaus vorm Jahr ein anderes meritum gehabt, als daß es durch seine übeln Proceduren dem Volke Anlaß gegeben, mit seinen Adressen dagegen beim König einzukommen, und die Cassirung des Parlamentes dadurch zu promoviren, welches das Einzige, wofür man ihm, dem Unterhaus, obligirt seye. Es ist endlich damit so weit gekommen, daß, als der Orator, welcher, indem das Haus in der sogenannten Committee war, seine Functionen nicht ausübte, mit seiner sanften Stimme seiner Partey Angelegenheit vertheidigen helfen wollen, man ihn öffentlich mit Nachahmung seiner Stimme ridiculirt hat.

Nachdem nun die Presbyterianer dieser Gestalten die Oberhand gehabt, als haben sie sich auch deren wohl bedient und folgende resolutiones, ohne daß die Anglicaner sich ihrer Schwäche wegen dagegen opponiren dürfen, gefasset.

(Es folgen dann die in Commons Debates vol. III, p. 189 abgedruckte vierte und fünfte Resolution.)

Durch welche resolutiones einestheils des Volkes Recht und Fug gegen die Proceduren des Parlamentes petitioniren zu können, stabiliret worden ist, und anderentheils die vier accusirte Lords, um weilen man ihnen nicht, wie sie verlangt, und das Oberhaus bereit dazu gewesen, den Prozeß in tempore gemacht, außer Anfechtung sind.

Was nun die Presbyterianer sich vor ein meritum beim Volke gemacht, da sie dessen privilegia solcher Gestalten defendirt, und was e contrario vor ein odium sich die Anglicaner aufgeladen, da sie solche zu

Digitized by Google

ſupprimiren getrachtet, iſt leichtlich zu ermeſſen, und werden ſich die Effecten davon in den künftigen Electionen der Parlaments-Mitglieder zeigen.

Hiermit kann man nun ſagen, daß das publicum für dies Mal in salvo iſt, und daß dieſe Seſſion ein gutes Ende nehmen wird, als wovon man vorher allein die Apparenz und Conjecturen, nicht aber die Gewißheit gehabt hat; denn die Gegenpartey ſich ſchwerlich mehr in dieſer Seſſion moviren wird, und thut ſie es auch, ſo wird es ohne Effect ſein, zumal ihre übele intentiones und dissegni gar zu wohl beſchrieben und an Tag geleget worden, als daß die Land-Deputirten ihnen ſo leicht beifallen werden.

Digitized by Google

Alphabetiſches Namen- und Sachregiſter.

A.

Ala 254.

Albani, Cardinal, 49, beurtheilt vom Grafen Lamberg 50 u. f. Sein Verhalten vor der Papſtwahl 51. Siehe dann Clemens XI.

Albemarle, Graf, Vertrauter Wilhelms III., S. 94. Er thut dem Grafen Wratislaw die Abſicht des Königs kund, Philipp V. anzuerkennen, 96; räth dem Geſandten, ſich darüber bei Rocheſter und Godolphin zu beſchweren 97 u. f.; meint, daß Wratislaw die beiden beſtochen habe 117; redet, im Auftrage Wilhelms III., zu Wratislaw von einer neuen Allianz 137; fordert Wratislaw auf, mit den Parlaments-Mitgliedern zu reden 160, 202. Ueber die Anerkennung Philipps V. durch Wilhelm III. S. 220; 231, 297, 470. Am Sterbebette Wilhelms III. S. 482.

Alexander VII., Papſt, 56.

Allianz, die große, von 1689. S. 18, 95, 102, 112, 137, 216, 261.

Allianz, die große, von 1701. Unterſchied derſelben für England von derjenigen von 1689 S. 272. Die Berathung derſelben im Haag 283 u. f. Abſchluß derſelben am 7. September 326. Sie kommt zur Kunde der Franzoſen 410. — Siehe weiter Zuſatz-Artikel.

Amſterdam 10, 75, 107, 123, 128, 131, 160, 214, 228, 235, 256, 284, 429, 470.

Anglicaniſche Kirche 318 u. f.

Anjou, Herzog von, ſ. Philipp V.

Anna, Prinzeſſin von England, vermählt mit dem Prinzen Georg von Dänemark, 258, 266 u. f., 322, 326, 330, 453. Sie wendet die Herüberkunft des Kurprinzen Georg Auguſt ab 454; 457. Sie läßt, bei dem nahen Ende Wilhelms III., an den Kaiſer die Verſicherung ihres Beharrens entſenden 483.

Anna Maria, Herzogin von Savoyen, läßt in London Proteſt erheben gegen die Succeſſions-Acte 263 u. f.

Anton Ulrich, Herzog von Braunſchweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel, 186, 385, 471.

Antwerpen 240.

Archinto, päpſtlicher Nuntius in Spanien, 39.

Digitized by Google

Arias, Don Manuel de, Präsident von Castilien, 46, 277.
Atocha, Liebfrauenkirche von, 169.
August II., König von Polen und Kurfürst von Sachsen, ist in Unterhandlung mit Ludwig XIV. über einen Einbruch in die kaiserlichen Erblande 8 und 40. Der Plan scheitert an seiner hohen Forderung 177. Er ist in Bedrängnis vor Carl XII. im Jahre 1701 S. 371 u. f.; unterhandelt auch ferner nach beiden Seiten 391 u. f.; wird beurtheilt von Wilhelm III. S. 391; von diesem Könige gesichert 470.
Avaux, Graf d', französischer Botschafter im Haag, 121, 125. Er wird von Wilhelm III. gefürchtet 129; trifft im Haag ein 131; empfängt die Antwort der Generalstaaten 134. Sein Urtheil darüber 140. Seine Instruction 141. Er betheuert abermals die friedlichen Gesinnungen Ludwigs XIV. S. 167 und 190; nimmt die Denkschriften der Republik und Englands entgegen 192 u. f.; sucht einzuschüchtern 192; überbringt die Antwort auf die holländische Denkschrift 205; hat für Stanhope keine Antwort 205; läßt von seiner bevorstehenden Abberufung reden 214; ist, im Anfang Mai, bereit, die Conferenzen zu erneuern 223. Stand der Sache seiner Unterhandlung zu Ende Mai 241. Er stellt, am 6. Juni, eine neue Anfrage 242; hat eine abermalige Conferenz, am 21. Juni, 243. Sein Verhalten gegenüber der Forderung, daß der kaiserliche Gesandte zugezogen werde 244 und 280. Er kündigt seine Abberufung an und überreicht eine Denkschrift 286 u. f. Erneuerte Abberufung 290. Sie wird beurtheilt von Fenelon 292 u. f.

B.

Barbesieux, französischer Minister, 66 u. f.
Beauvilliers, Herzog von, 30, 403.
Belgien, Gefahr für, 11. Die Frage der holländischen Besatzungen dort 73 u. f., 119 u. f., 123 u. f.; ist in französischen Händen 140; muß, nach Heinsius, dem Kaiser verbleiben 235.
Beretti, Minister des Herzogs von Mantua, 249 u. f., 251.
Berwick, Herzog von, erbietet sich die päpstlichen Truppen anzuführen 114 u. f. Sein Auftrag in Turin 263 u. f.
Besatzungen, die holländischen, in Belgien, überrascht am 6. Februar 1701 S. 123 u. f.
Beyrie, hannöverscher Resident in London, 146.
Bidloo, Leibarzt Wilhelms III., 419, 480.
Blecourt, französischer Gesandter in Madrid, über die Königin Maria Anna 8; über die spanischen Granden 43.
Bonn 393 u. f.
Boselli, Conte, 248, 416 u. f. Die Nachrichten des Dangeau über ihn 417; 472.
Boufflers, Marschall, 120, 123. Seine Anstalten zur Vertheidung in Belgien 225. Er besorgt, im Mai, einen Angriff von holländischer Seite 240; sucht Joseph Clemens weiter zu drängen 394 u. f.; berichtet in diesem Sinne an Ludwig XIV. S. 398; dringt damit durch 410 u. f. Sein Verhalten in der Sache von Selzatte 430 u. f.
Bouillon, Cardinal, 50, 53, 251.

Digitized by Google

Bourbon, Haus, gefährlich für Europa 7 u. f.; 24, 26 u. f., 55, 116, 241, 256 u. f., 268, 284, 359, 469.
Bourgogne, Herzog von, 292, 310, 342.
Brandenburg-Preußen f. Friedrich I.
Briançon, savoyischer Gesandter in London, protestirt gegen die Successions-Acte 263 u. f.
Briord, französischer Gesandter im Haag, 5, 10, 73 u. f., 119, 189, 192.
Buchaim, Graf Franz Anton, Bischof von Neustadt 365 u. f.
Burnet 262, 331, 458.
Buys, Pensionaris von Amsterdam, 215.

C.

Cantelmi, Cardinal, 352 u. f.
Canterbury, Erzbischof von, 484.
Capece, Herzog von, 348 u. f.
Carl, Erzherzog, soll König von Neapel werden 348 u. f.
Carl II. von Spanien. Sein Testament 1 u. f., 22, 24, 33 u. f., 40, 44, 47, 51, 57, 59, 408.
Carl XII. von Schweden. Sein Siegeslauf von 1700 und 1701 S. 371 u. f. Er will August II. entthronen 372. Sein Charakter 373. Er geht nicht ein auf die Mahnungen Wilhelms III. S. 373, noch des Kaisers 374; ist nicht französisch 375; arbeitet, ohne es zu wollen, durch seinen Starrsinn für den Czaren Peter 376.
Carl Ludwig, Kurfürst von der Pfalz, 318 u. f.
Carpi, Treffen bei, 302.
Castelbarco, kaiserlicher Gesandter in Mailand, 60.
Castel Rodrigo, spanischer Gesandter in Turin, 400.
Catinat, Marschall, Commandant in der Lombardei 247. Er hat geringe Kunde vom Heere des Prinzen Eugen 252 u. f.; ist ihm gegenüber unsicher 301 u. f.; wird von Ludwig XIV. schwer getadelt 305 u. f.
Cesareo, San, Cardinal, 49.
Chassinet 349 u. f.
Chiari, Treffen bei, 311 u. f.
Clemens XI., Papst, ist nicht principiell französisch 52 (vgl. S. 24); erscheint dem kaiserlichen Gesandten Lamberg als unparteiisch 53; bietet seine Vermittelung an 54. Warum er sich nicht für das Anrecht des Hauses Habsburg auf Spanien ausgesprochen 55 u. f. Er erkennt Philipp V. an 57. Doppelte Qualität des Papstes 58. Er läßt dem Kaiser entbieten, seine Maßregeln wohl zu treffen, im Januar 1701, S. 114; klagt über unkirchliches Verhalten des Kurfürsten Joseph Clemens 177; zieht die Angelegenheit der Belehnung mit Neapel und Sicilien hinaus 248 und 298 u. f.; ist bereit Mantua zu besetzen 249; ist misgestimmt gegen Ludwig XIV. S. 250; lobt den Prinzen Eugen 302 u. f.

Er erkennt, in Unkunde der wirklichen Sachlage, Jacob III. an 338; wird dadurch und in Folge des Mislingens des Aufstandes in Neapel von seiner Unparteilichkeit abgedrängt 351 u. f. Sein Verhalten bei der Mit

Digitized by Google

theilung der großen Allianz 353 u. f. Er bleibt bei dem Plane, außerordentliche Nuntien auszusenden 354 u. f.; weist, im Glauben an eine besondere Uebereinkunft zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III., die Vorstellungen Lambergs zurück 355 u. f., so wie 357 u. f. Jene Meinung einer solchen Uebereinkunft bestimmter 360 u. f. Seine Geneigtheit für die kirchlichen Reunionsplane des Kaisers Leopold fruchtlos 365 u. f.

Auch seine Einmischung in Polen nicht glücklich 374. Er verwendet sich für Mean 413; bleibt, ungeachtet der politischen Misgriffe, Vertreter der sittlichen Freiheit des Menschengeschlechtes 447. Sein Irrthum über Wilhelm III. S. 486.

Coehoorn 325.

Colepepper, Angelegenheit der Wahl desselben im Parlamente, 453 und 464 u. f.

Compagnie, ostindische, in England, 193.

Conti, Prinz, 42.

Cremona 473 u. f.

Cresset, englischer Gesandter in Celle, 147 u. f.

D.

Dänemark stellt Truppen für die Mächte der großen Allianz 371, 375.

Dangeau 32 u. f., 135, 156, 305, 322, 329, 334, 417.

Danzig 42.

Dauphin stimmt für die Anerkennung Jacobs III. 331.

Davia, päpstlicher Nuntius in Wien, 358.

Degenfeld, Freiherr von, 320.

Desalleurs, französischer Gesandter bei Joseph Clemens, 399, 410.

Devonshire, Herzog von, 157, 194.

Domcapitel von Köln 395.

Duras, Marschall, 307.

Dykvelt 126, 132. Ist thätig im Sinne des Königs Wilhelm III. S. 214; 285, 286 u. f.

E.

Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans 312. Ihre Anhänglichkeit an die Kurfürstin Sophie 319.

Erizzo, venetianischer Botschafter in Rom, 51. Er charakterisirt den Papst Clemens XI. S. 58 und 352.

Essen, van, Präsident der Verhandlungen mit dem Grafen d'Avaux, 192.

Estrees, d', Cardinal, 53. Er soll eine italienische Liga wider den Kaiser bilden 64 und 248.

Eugen, Prinz von Savoyen, Feldherr der kaiserlichen Truppen 13 u. f. Er berichtet über den Zustand der Armee im November 1700 S. 61, und im Januar 1701 S. 108, und am 31. März 1701 S. 176; trifft in Roveredo ein 227. Seine Expedition verzögert durch den Verrath des Herzogs von Mantua 252. Er sucht einen Weg über die Trienter Alpen ostwärts der Etsch 253; verbürgt in Venedig Mannszucht und Bezahlung 253; übersteigt

Digitized by Google

mit seiner Armee die Alpen 254; berichtet über die Mannszucht seiner Truppen 301 u. f.; schlägt die Franzosen bei Carpi 302; hat die Sympathien des Landes für sich 304; überschreitet den Mincio 304; ist in England populär 308 u. f., so wie 313 und 471 u. f.; ist gefaßt auf einen französischen Angriff 310; schlägt ihn ab, 1. September, bei Chiari 311.

Er berichtet über die Lage der Dinge in Italien zu Ende 1701 S. 370; wird gewarnt vor dem Mörder Boselli 416. Ueber den Zustand seines Heeres im Januar 1702 S. 473. Er unternimmt einen Handstreich auf Cremona, 1. Februar 1702, S. 473 u. f.

F.

Fagon, Leibarzt Ludwigs XIV., 333, 418.

Fenelon, Erzbischof. Seine Ansicht über die Anstalten des Marschalls Boufflers 225; über die Abberufung des Botschafters d'Avaux 292 u. f.

Ferdinand Carl, Herzog von Mantua, verräth seine Stadt an Ludwig XIV. S. 248 u. f.

Ferriol, französischer Botschafter in Constantinopel, 69.

Fiani 251.

Finale 7.

Franken, der Kreis, 104, 180, 384.

Freiheit der Kirche, bedroht durch Ludwig XIV., S. 23 u. f., so wie 116 u. f., und 447 u. f., und 488.

Friedrich als Kurfürst von Brandenburg III., als König von Preußen I. Er unterhandelt mit Frankreich zu Ende 1700 S. 8; erhält die Zustimmung des römischen Kaisers zur Königskrone für Preußen 181; setzt, im Widerspruche mit der Idee der Krönung, sich selber die Krone auf 183; wird von Wilhelm III. beurtheilt 183 und 389 und 471; tritt in Unterhandlung mit Ludwig XIV. über die Anerkennung seiner Krone 184; bemüht sich, Ludwig XIV. zu copiren 381; sucht von der Stellung der 8000 Mann für den Kaiser frei zu kommen 386 u. f.

Friso, Prinz von Nassau, 418.

G.

Gallicanismus 25, 58.

Galway, Lord, 393 u. f., 421 u. f.

Gardasee 252 u. f.

Geheimer Rath von England tritt zusammen bei der Todesgefahr Wilhelms III. S. 483 u. f.; richtet eine Anfrage an den Grafen Wratislaw 484.

Geldermalsen, Gesandter der Republik der Niederlande in England, 210, 244, 256.

Generalstaaten der Republik der Niederlande. Sie wenden sich für den Theilungsvertrag an den Kaiser noch am 15. November 1700 S. 5; suchen Rath bei Wilhelm III. S. 74; zaudern mit der Anerkennung Philipps V. S. 78; wollen, im Januar 1701, Ludwig XIV. Conferenzen vorschlagen 119. Ihre Bestürzung bei der Ueberraschung ihrer Bataillone in den belgischen Plätzen 122 u. f. Sie wenden sich bittend an den Kaiser 126. Ihre Maßregeln

Digitized by Google

130 u. f. Sie beſchließen die von Amſterdam geforderte Anerkennung Philipps V. S. 132. Ihre Antwort an Avaux 134. Sie halten den Gedanken weiterer Verhandlung feſt 140. Sie ſind an Liſt Ludwig XIV. überlegen 141; beſchließen Wilhelm III. aufzufordern zur gemeinſamen Verhandlung mit Frankreich 143. Ihre Denkſchrift an Wilhelm III. über die Anerkennung Philipps V. S. 161. Befriedigung über die Wirkung derſelben im Parlamente 167. Sie treten feſter auf gegen Frankreich 168. Ihre Denkſchrift für Avaux, im März 1701, S. 190. Sie wollen die Conferenzen mit Avaux erneuern 223; richten, am 13. Mai, eine ausführliche Denkſchrift an Wilhelm III. S. 223; theilen, am 6. Juni, dem Könige Wilhelm III. die neue Anfrage des Avaux mit 242.

Antwort derſelben auf die Anrede Wilhelms III., 15. Juli, S. 282. Sie halten den Schein der Friedenswilligkeit aufrecht 290; ſchließen die große Allianz 327. Ihre Antwort auf die Abſchiedsrede des Königs 420.

Georg Auguſt, Kurprinz, 144 u. f., 260 u. f., 316 u. f., 454 u. f.

Georg Ludwig, Kurfürſt von Braunſchweig-Lüneburg, 144 u. f. Er nimmt nicht Antheil an dem Conſeil in Celle, im Januar 1701, S. 147 u. f.; iſt kaiſerlich geſinnt 185 und 385; läßt, ohne Einwirkung ſeinerſeits, in England geſchehen 257; erhält den Hoſenband-Orden 315, Charakteriſtik 316.

Georg, Prinz von Dänemark, 266, 318.

Georg Wilhelm, Herzog von Braunſchweig-Lüneburg zu Celle, 145 u. f. Das Conſeil in Celle 147 u. f. Er begibt ſich zu Wilhelm III. im Herbſte 1701 S. 316 und 321 u. f.

Germain, St., 162, 221, 264, 329 u. f.

Gloceſter, Herzog von, 155, 221, 240, 252.

Godolphin, erſter Lord des Schatzes, 92. Er antwortet auf die Klagen Wratislaws über Wilhelm III. S. 97 u. f.; votirt, durch Wratislaw eingeſchüchtert, gegen die Anerkennung Philipps V. S. 113; 164. Er redet gegen den Theilungsvertrag 194; 229. Er gibt ſein Gutachten für die Nicht-Auflöſung des Tory-Unterhauſes 424; wird entlaſſen 426.

Goes, Graf, kaiſerlicher Geſandter im Haag. Seine Unterredung mit Heinſius am 23. November 1700 S. 6 u. f. Er berichtet über die Geſinnung in der Republik Holland, December 1700, S. 74 und 82 und 84; willigt ein, nicht gegen die holländiſche Anerkennung Philipps V. zu proteſtiren 132; verlangt Sicherſtellung des Kaiſers durch einen Allianz-Vertrag 214; meldet, daß Heinſius ſich für die Aufrichtigkeit Wilhelms III. verbürge 232; iſt Mitberather der großen Allianz von 1701 S. 283 und 326; urtheilt über die Denkſchrift von Heinſius 289.

Grave. Rede desſelben über Wilhelm III. vor den Ständen von Utrecht 490.

Grimani, Cardinal, 349 u. f.

H.

Habsburg, Haus, 26, 50, 55, 348.

Halifax, Lord, (früher Montagu), 93, 195 u. f., 217, 274, 276.

Hamel Bruininx, holländiſcher Geſandter in Wien, 433.

Hannover, Haus, 4, 91, 144 u. f., 257 u. f., 314 u. f.

Digitized by Google

Harcourt, zum Duc ernannt 21; Instruction für ihn als Botschafter bei Philipp V. S. 37. Seine Thätigkeit in Madrid vor der Ankunft Philipps V. S. 39 u. f. Er leitet durch Portocarrero die Junta 42 u. f. Vergl. 172.

Seine Correspondenz mit Ludwig XIV. über die holländischen Besatzungen in Belgien 73 u. f. Er sucht Ludwig XIV. zum sofortigen Bruche zu bewegen, im December 1700 S. 79, und abermals nachdrücklich im Januar 1701 S. 88. Kritik seiner Ansicht 89. Er dringt bei Ludwig XIV. nicht durch 90; 128.

Harley, Sir Robert, Tory, Sprecher des Unterhauses 154. Er kommt seiner Partei zu Hülfe 165. Aufforderung des Schriftstückes Legion an ihn 236. Seine Anrede an Wilhelm III. über die Thätigkeit des Unterhauses 274. Er wird abermals zum Sprecher gewählt 429 und 442; 465, 467.

Hattorf über die englische Succession für das Haus Hannover 314.

Hedges, Staats-Secretär, 110, 210, 227, 442.

Heemskerk, holländischer Gesandter in Paris, 74, 119, 290, 343, 345, 429.

Heinrich der Löwe 318, 321.

Heinsius, Rathspensionär der Stände von Holland, ist im vollen Vertrauen Wilhelms III. S. 5 und 6. Er antwortet dem Briord 5; eröffnet sich dem Grafen Goes 6 u. f. Ueber die Frage der Anerkennung Philipps V., im December 1700 S. 84. Er bittet, im Namen der Generalstaaten, den Kaiser um Hülfe, im Februar 1701, S. 126; berichtet die Gründe für und wider die Anerkennung Philipps V. S. 132 u. f.; hält die einfache Anerkennung für weiter nicht verpflichtend 142; erachtet die Stimmung als gehoben nach der Anerkennung 143. Ueber den Beginn Philipps V. in Spanien 169.

Seine geschickte Leitung der Dinge in Betreff der englischen Denkschrift vom März 1701 S. 191. Er erhält die französische Antwort 205; veranlaßt die ausführliche Denkschrift der Generalstaaten an Wilhelm III., 13. Mai 1701, S. 223. Nur er versteht, im Mai, völlig den König Wilhelm III. S. 232. Seine Uebersicht der Sachlage zu Ende Mai 233. Beredung mit Avaux, am 6. Juni, 242.

Die Berathung der großen Allianz von 1701 S. 283 u. f. Er beantwortet die französische Denkschrift vom 26. Juli 1701 mit voller Ueberlegenheit, 1. August, S. 287 u. f.; rechtfertigt den zahmen Schluß derselben 289 u. f.; zeichnet die große Allianz 327; ist Mitglied des von Wilhelm III. niedergesetzten Ausschusses für die Ausführung 379; urtheilt über den neuen König Friedrich I. S. 389, und über August II. S. 391. Sein Vorwurf gegen den Kaiser 392. Er beantragt in dem Vertrage der großen Allianz für Ludwig XIV. lediglich den Titel des rex Christianissimus 427. Ueber die Angelegenheit von Selzatte 431. Er ist für den Zusatz-Artikel 459.

Heukelom, holländischer General, 125.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London, über die Stimmung der Gemüther in England, im December 1700, S. 77, so wie ferner 109 und 111 und 136 und 158. Er schildert den Plan der Tories im März 1701 S. 201. Sein Urtheil über Somers 217. Er meldet die Unzufriedenheit der Whigs mit Wilhelm III., im Mai 1701, S. 221. Ueber die Stimmung in England in Folge der Adresse vom 12. 23. Juni S. 273; über die Parteien der Whigs und der Tories im Parlamente, im Herbste 1701, S. 422 und 428;

Digitized by Google

über den Zusatz-Artikel 457. Er zeichnet den eigentlichen Plan der Tory-Partei 463.

J.

Innocenz XI., Papst, 366.
Innocenz XII., Papst, 24, 33, 49, 366, 486.
Jacob II., 2, 148 u. f., 162 u. f., 264 u. f. Seine letzte Krankheit und sein Tod 329 u. f. Bestattung 336. Er wird beurtheilt von kaiserlicher Seite 337 u. f., von französischer und englischer 487 u. f.
Jacob III. s. Prätendent.
Jacobiten 144, 162, 164, 258 u. f., 267, 451, 468. Siehe auch unter Tory.
Janson Forbin, Cardinal, 50, 58, 62. Er tritt scharf auf gegen Clemens XI., S. 114 und 250 und 298 u. f.; 351.
Jersey, Graf, 194 u. f., 207.
Joseph, römischer König, beurtheilt von Ludwig XIV. S. 63. Ein Plan gegen ihn 70. Er wird von Wilhelm III. und Heinsius zum Oberbefehlshaber am Rheine gewünscht 433 und 436.
Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, ist französisch gesinnt 27 und 177 und 179 und 251. Er geräth wegen der Werbungen für Frankreich in Zwist mit seinen Landständen 393 u. f.; sucht nach allen Seiten zu täuschen 394. Wachsen jenes Zwistes 396. Er schließt mit Frankreich einen Vertrag über die Einnahme französischer Truppen in seine festen Plätze 411. Sein Verhalten bei der Wegführung Means 412. Er wird beurtheilt von Wilhelm III. S. 434.
Junta in Madrid, durch Harcourt von Ludwig XIV. gelenkt 39 u. f.; verlangt durch Quiros im Haag die Anerkennung Philipps V. S. 84; schickt eine besondere Botschaft an Ludwig XIV. S. 173.

K.

Kaiserswerth 393 u. f., 411.
Karg, kölnischer Geheimrath, dient Joseph Clemens zum Verrathe 393 u. f.; 411.
Kaunitz, Graf, 118.
Kent, Petition der Grafschaft, 226. Deputirte derselben in London gefeiert 276.
Kidd 207.
Köln s. Joseph Clemens.
Kurwürde, neunte, 41. Sie ist das feste Band zwischen dem Kaiser und Georg Ludwig 185.

L.

Lamberg, Cardinal, 51 u. f., 65, 248.
Lamberg, kaiserlicher Botschafter in Rom, 49 u. f. Er charakterisirt den Cardinal Albani 50 u. f. Seine Meldung über einen Plan gegen den römischen König Joseph 70. Seine Ansicht über den Stand der Dinge im Winter 1700/1 S. 89. Er berichtet, daß Clemens XI. dem Kaiser die volle Freiheit des Handelns zurückgebe 114 u. f.; 250. Er protestirt gegen das spanische Angebot des Lehenstributes für Neapel 300 u. f.; redet mit Clemens XI.

Digitized by Google

über den Prinzen Eugen 303. Sein Urtheil über Jacob II. S. 337. Er erhält Vollmacht des Kaisers in Bezug auf Neapel 349. Ueber das Mislingen der Erhebung dort 350. Er theilt dem Papste Clemens XI. die große Allianz mit 353 u. f.; macht dem Papste dringende Vorstellungen wider den Plan, außerordentliche Nuntien auszusenden 355 und 357. Ueber die Frage der kirchlichen Reunion 368.

Lanion, Graf, 412.

Leganez, Statthalter von Andalusien, 169.

Legion, das Schriftstück unterzeichnet, 236.

Leibniz. Seine Thätigkeit für die Thronfolge des Hauses Hannover in England im Jahre 1700/1 S. 145 u. f. (vgl. S. 257); 365 u. f.; 381.

Leopold I., römischer Kaiser. Er will für das spanische Erbe eine Satisfaction 2; hält das Land Spanien für verloren und wendet seinen Blick auf Italien 13 und 18 und 57 und 117 und 246 und 348 u. f. Unsicherheit seiner Räthe 14. Darlegung seines Verhaltens vor den Reichsständen 15. Seine Instruction für den Grafen Wratislaw 16. Sein Vertrauen auf Wilhelm III. S. 17. Er ist nicht gegen die Wahl Clemens XI. S. 51 u. f.; hat Vertrauen in Clemens XI. S. 53 u. f.; verlangt nicht, daß Clemens XI. den Rechtszustand von 1659 geltend mache 57; geht ein auf das päpstliche Erbieten zur Vermittelung 62; hat Kunde von den Planen des Franz Rakoczy 66 u. f.; begnügt sich ihn in Haft zu setzen 69.

Er unter allen Mächten wandelt allein den geraden Weg 85. Veränderung der Dinge für ihn in Italien, im Winter 1701, S. 108. Darstellung seines Verhaltens durch Wratislaw bei Rochester und Godolphin 112. Er mahnt den Grafen Wratislaw, die Person des Königs Wilhelm III. zu schonen 113; stellt mit seinen Räthen die an das spanische Erbe zu erhebenden Forderungen fest auf die Länder in Italien und auf Belgien 117. Hindernisse für ihn den Krieg zu beginnen 175. Er sucht Max Emanuel zu gewinnen 178; bewilligt dem Kurfürsten Friedrich III. den Königstitel für das Land Preußen 182; wird von Portland und Jersey im Oberhause falsch beschuldigt 195; ist nicht sehr zufrieden mit den Denkschriften der Seemächte 213. Die Whig-Partei im Parlamente eifrig für ihn 230. Zweifel in seiner Umgebung an Wilhelm III. S. 232 u. f. Er erkennt an, daß die Kriegsrüstung der Republik einer Diversion gleich komme 238. Der Beginn des Krieges von seiner Seite ein Wagnis 239. Sein Blick nach Italien gerichtet und warum 246. Er will Mantua durch päpstliche Truppen besetzen lassen 249; ladet den Herzog Ferdinand Carl wegen Felonie vor 251. Sein Vertrauen auf Wilhelm III. im Mai und Juni im Steigen 268. Er bringt Wilhelm III. seine Anerkennung dar 272.

Er bedarf nicht der Verzeihung Jacobs II. S. 331. Urtheil von seiner Seite über Jacob II. S. 337. Er bleibt, für das Jahr 1701, allein im Kriege mit dem Hause Bourbon 346. Sein Blick gerichtet auf Neapel als Königreich für seinen Sohn Carl 348. Er sucht, nach der Wahl Clemens XI., die kirchlichen Reunionspläne zu erneuern 365; schreibt darüber ausführlich an Clemens XI., im Februar 1701, S. 366 u. f.

Er fordert Carl XII. auf, der großen Allianz beizutreten 374; kann nicht die wohlwollenden Absichten Wilhelms III. für das Reich zur Aus-

Digitized by Google

führung bringen 380; iſt erfüllt von der Idee des römiſchen Kaiſerthumes 382; mahnt die Generalſtaaten zur Vorſicht im Handel mit dem neuen Könige von Preußen 386. Er will nicht wider die Gerechtigkeit handeln 392; warnt im Haag und London vor Joſeph Clemens 393 u. f. Sein Dank und ſeine Mahnung an die Getreuen von Lüttich und Köln 411. Er bemüht ſich unabläſſig um die Freilaſſung Means 414; dringt bei den Seemächten auf den Bruch mit Frankreich 414 und 432; wünſcht die Entſendung eines Detachements nach Neapel 433. Seine Machtſtellung im Reiche 433.

Die Erwägung des Zuſatz-Artikels wider den Prätendenten zu der großen Allianz 459 u. f. Irrthum über den Titel des Prinzen von Wales 461. Der Kaiſer hält praetensus für ſynonym mit supposititius 462; erklärt ſich bereit, den Zuſatz-Artikel zu zeichnen, und auf die anderen Vorſchläge Wilhelms III. einzugehen 474.

Lilienroth, ſchwediſcher Botſchafter im Haag, 81 u. f., 192, 345, 410.

Limburg-Styrum, Graf, 325.

Littleton 439, 442.

Lokkum, Abtei, 318, 365.

Longueval, thätig in der Sache des Franz Rakoczy, 65 u. f.

London, der Gemeinderath von, 237, 276.

Lothar Franz von Metternich, Kurfürſt von Mainz, 383.

Louville, Marquis, über Philipp V. S. 170 und 400 u. f.; über Portugal 378.

Ludwig, Markgraf von Baden, kaiſerlicher General-Lieutenant 238. Seine Anſicht über den Beginn des Krieges 239. Seine Stellung in Süddeutſchland 379 und 384.

Ludwig XIV., König von Frankreich. Er will nicht den Krieg 2; ſucht, im November 1700, die Republik der Niederlande und durch ſie den Kaiſer zu täuſchen 5 u. f. Sein Plan iſt das ſpaniſche Erbe zu behalten ohne Krieg 19 u. f. Er ernennt Harcourt zum Duc und warum 21. Sein Plan gegen die Freiheit des römiſchen Stuhles 23 u. f. Ueber eine Heirath Philipps V. mit einer Erzherzogin 25 u. f., ſo wie 31 und 35; entſendet, im December 1700, Truppen nach Italien 28 und 61; entläßt Philipp V. nach Spanien 29 u. f.; tritt ſcharf auf gegen Maria Anna 30 und 38 und 44 und 46. Seine Mahnung an Philipp V. S. 31. Beginn ſeines Planes, dem Papſte Innocenz XII. den Rath des ſpaniſchen Teſtamentes zuzuſchieben 33. Er ſucht Victor Amadeus zu gewinnen durch den Vorſchlag einer Heirath Philipps V. mit der zweiten Prinzeſſin von Savoyen 36; leitet die Junta in Madrid durch Harcourt 39 u. f.; will die Differenz über die neunte Kurwürde im Reiche verwenden zu einem Brande dort 41 und 185 u. f.; verzeiht der Stadt Danzig 42; behält durch ein Patent vom 31. December 1700 dem Könige Philipp V. das Erbrecht in Frankreich vor 48 und 174.

Er tritt nicht ein für ſeinen Botſchafter Monaco in Rom 50. Sein Urtheil über die kaiſerliche Finanzverwaltung 63. Seine Plane, den Kaiſer am Ergreifen der Waffen zu hindern 64 u. f. Er ſtellt für Venedig das Trentino in Ausſicht 64; läßt ſich mit Franz Rakoczy ein, im November 1700, S. 66. Sein ferneres Verhalten in dieſer Sache 68. Er hat keinen Erfolg in Conſtantinopel 69. Die Meldung Lambergs über einen Plan gegen das

Digitized by Google

Leben des römischen Königs Joseph 70. Ludwig XIV. sucht die Reichsfürsten gegen den Kaiser aufzubringen 71 u. f.

Sein Urtheil über die Republik Holland, im December 1700, S. 73. Er selber hat zuerst den Gedanken der Feindseligkeit 76. Sein Urtheil über England 76 u. f. Er will im Haag auf die Anerkennung Philipps V. dringen 78 u. f.; geht auf den Rath Harcourts zur sofortigen Gewalt nicht ein 80; erkennt die Sachlage, im December 1700, richtig 82. Unterschied seiner Politik im Jahre 1700 von derjenigen im Jahre 1672 S. 83. Er beharrt, im Januar 1701, bei seiner Ansicht, den Abzug der Holländer aus Belgien nicht zu erzwingen 86; hofft auf die Abneigung in England gegen einen Krieg, Januar 1701, S. 90. Das beste Bollwerk für die Republik Holland, im Winter 1701, ist sein Friedenswunsch 107.

Er wird, in der zweiten Hälfte Januar, geneigter zum Vorgehen gegen die Holländer 119; thut dem Harcourt seinen Entschluß kund, Besitz zu nehmen von den festen Plätzen in Belgien 120; will jedoch zugleich auf den holländischen Vorschlag der Friedensberedung eingehen 121 u. f. Vergleich seines Verhaltens von 1701 mit demjenigen von 1688 S. 122. Er neigt sich dahin, an die friedlichen Versicherungen Wilhelms III. und der Generalstaaten zu glauben und hält den Einmarsch seiner Truppen in Belgien für ein Friedensmittel 127, und eben so die holländische Anerkennung Philipps V. S. 135 und 140 und 142. Er entläßt die zweiundzwanzig holländischen Bataillone 139, nicht aus Großmuth 140; fordert von der Republik reelle Garantien und gibt dafür Worte 167.

Er will nicht den Schein der Leitung Spaniens 172; empfängt den spanischen Botschafter 173; verhängt die Capitation 174. Seine Stellung im Jahre 1701 gegenüber Wilhelm III. ungünstiger als bei den Theilungsverträgen 188. Sein Urtheil über die Denkschriften von Holland und England 204. Seine Berechnung bei seiner ablehnenden Antwort 206. Seine fernere Haltung im Frühlinge 1701 S. 215 u. f. Er hat eine Bestechung bei Ludwig von Baden vor 238; will nicht einen Angriff, sondern nur die anderen Mächte auseinander halten 240 u. f.; will die Conferenzen im Haag fortsetzen 243; ruft Villars nicht aus Wien ab 246; erkauft von dem Herzoge Ferdinand Carl dessen Stadt Mantua 249; läßt durch Berwick den Herzog Victor Amadeus zum Proteste gegen die englische Successions-Acte auffordern 263 u. f.; beruft den Botschafter Avaux in provocirender Weise ab 286 u. f.; ist sich über die Tragweite der Abberufung nicht klar 290 u. f.; hat nicht die Kunde des Werdens der großen Allianz 295 u. f.

Er ist misgestimmt gegen Catinat 304 u. f.; tadelt denselben 305 u. f.; entsendet Villeroy dahin 307; erwartet den Sieg desselben 309 u. f.

Sein Verhalten bei der Krankheit und dem Tode Jacobs II. S. 329 u. f. Aus welchen Gründen er sich neigt für die Anerkennung Jacobs III. 332 u. f. Er läßt Jacob II. feierlich bestatten 336; nennt Wilhelm III. prince d'Orange 343; sucht die Anerkennung Jacobs III. zu vertheidigen 344; läßt den Papst Clemens XI. täuschen durch das Vorgeben einer Uebereinkunft mit Wilhelm III. S. 360 u. f.

Er kann, direct, Carl XII. nicht für sich gewinnen 375. Seine Bemühungen bei den Reichsfürsten 376 u. f. Er wird von mehreren derselben

Digitized by Google

in verjüngtem Maßstabe copirt 381; will, 31. October 1701, noch nicht Feindseligkeiten gegen das Reich vornehmen 398 u. f.

Sein Mistrauen wider Victor Amadeus im Sommer 1701 S. 400. Er heißt die Absicht Philipps V. zum Feldzuge in Italien gut 400; nährt in sich den Gedanken der Abtretung von Belgien an Frankreich 403; erhält einen Abschlag 404. Die Aussicht für ihn auf Krieg nur zu Gunsten der spanischen Monarchie 404. Seine Klage vom 31. October 1701 über Spanien 406. Er will noch den Frieden erhalten für Opfer von Seiten Spaniens 407. Die Rückwendung seines Thuns gegen ihn selber und Frankreich 408 u. f.

Er gelangt erst dann zur Kunde der großen Allianz 410; gibt den Befehl, die festen Plätze des Kurfürsten Joseph Clemens zu besetzen 411; läßt den Domdechanten Mean in brutaler Weise aus Lüttich wegführen 412, und in Gefangenschaft behalten 413; entläßt Boselli aus der Bastille 416.

Er setzt auch ferner Hoffnung auf die Tory-Partei in England 422; erhält von dem damaligen England nicht den Titel eines Königs von Frankreich 427; gibt auch noch ferner nicht die Hoffnung auf, es werde nicht zum allgemeinen Kriege kommen 428; handelt demgemäß in der Angelegenheit des Forts Seltzatte 430 u. f.; bedroht die kirchliche Freiheit 447. (Vgl. S. 23 u. f.)

Lüttich 393, 397, 411 u. f.

M.

Macclesfield, Lord, überbringt die Successions-Acte nach Hannover 314 u. f.

Macdonnel 474.

Maidstone, Wahl in, 453.

Mailand 7, 28, 60, 235.

Maintenon, Frau von, 332, 343.

Manchester, englischer Botschafter in Paris, 220.

Mantua 248. S. Ferdinand Carl.

Marescotti, Cardinal, 50.

Maria Anna, Königin-Witwe von Spanien, in Ungunst bei Ludwig XIV. 30, 38, aus Madrid verwiesen 44 u. f.

Marie Beatrice 221, 330, 332, 335. Sie verliert ihr englisches Witthum 455.

Marie Louise von Savoyen, Gemahlin Philipps V., 171, 400 u. f.

Marie Thereſe, Infantin von Spanien und Gemahlin Ludwigs XIV., 56 u. f.

Marlborough, Lady, 326.

Marlborough, Lord, wird wegen des Theilungsvertrages angeklagt 195; 268. Er nimmt Theil an der Berathung der großen Allianz von 1701 S. 283 u. f.; wird von Wilhelm III. herangezogen, das Werk seines Lebens fortzuführen 323; will die Feststellung der englischen Streitkräfte dem Parlamente vorbehalten 415; ist im Herbste 1701 für die Nicht Auflösung des Parlamentes 423; bringt bei Wratislaw den Zusatz Artikel zur großen Allianz zur Sprache 451 und 457; ist in den letzten Tagen Wilhelms III. dessen politischer Vertrauter 469; ladet Wratislaw zur letzten Audienz desselben 475. Seine Ansicht über die Aufwallung des Königs 479. Er gibt im Namen der Prinzessin Anna dem Grafen Wratislaw die Versicherung des Beharrens 483.

Digitized by Google

Marly 34.
Marſin, franzöſiſcher Botſchafter bei Philipp V., 403.
Mathilde, Gemahlin Heinrichs des Löwen, 321.
Maximilian Emanuel, Kurfürſt von Bayern. Er iſt im Anfang für Ludwig XIV. zu theuer 9; knüpft mit dem Könige an 11 u. f.; proclamirt in Brüſſel den König Philipp V. S. 27; ſchaut nach beiden Seiten aus, im Januar 1701, S. 89 und 120; iſt willig, die holländiſchen Beſatzungen in Belgien überraſchen zu laſſen 123 und 178; hört jedoch auch die Erbietungen der Gegner 178; ſchließt ab mit Ludwig XIV., 9. März 1701, S. 179; kehrt zurück nach München 180.

Sein Trachten iſt gerichtet auf eine Krone 181. Er ſucht den König Wilhelm III. dauernd in Ungewisheit über ſich zu erhalten 297; trachtet bei den ſüddeutſchen Kreiſen den Beſchluß der Neutralität zu erwirken 384; bleibt jedoch noch bei ſeinem Doppelſpiele 385; wird beurtheilt von Wilhelm III., Anfang 1702, S. 434.

Mean, Domdechant von Lüttich, in brutaler Weiſe von den Franzoſen hinweggeführt 412.
Medina Celi, ſpaniſcher Statthalter in Neapel, proclamirt Philipp V. S. 60 und 348; überwältigt die Erhebung in Neapel 350.
Melford, Lord. Deſſen Brief im engliſchen Parlamente 162.
Mendoza, Großinquiſitor, 44 u. f., 169.
Middleton, Lord, 330.
Molanus, Abt von Lokkum, 318, 365.
Monaco, Fürſt von, franzöſiſcher Botſchafter in Rom, 49 u. f.
Montmoulin 297.
Musgrave, Lord, 275.

N.

Nieuport 191.
Noailles, Marſchall, 30.
Norf, kölniſcher Geheimrath, 411.
Normanby, Marquis, 266, 449.
Nottingham, Graf, 194, 279, 449.

O.

Oberhaus ſ. Parlament.
Odyk, Deputirter der Generalſtaaten, 133.
Oglio 305 u. f.
Oxford, Graf, 195, 217, 274, 276.
Orſini, Prinzeſſin, 171. Die Perſönlichkeit derſelben 401.
Oſtende 191.

P.

Palmquiſt, ſchwediſcher Geſandter in Paris, 81.
Parlament von England beurtheilt von Ludwig XIV., im December 1700, S. 87 und 90; wird aufgelöſt 93. Unkunde der Mitglieder über das eigentliche

Digitized by Google

Ziel Wilhelms III., im Januar 1701, S. 109. Charakterzug der Engländer in Betreff auswärtiger Angelegenheiten 110. Sie sind durchweg dem Kaiser geneigt 111; fürchten eine Verständigung des Kaisers mit Ludwig XIV. zum Nachtheile des Protestantismus 115 u. f.

Die Wahlen für das Unterhaus im Beginne 1701 S. 118. Die Stimmung der Engländer über das französische Vorgehen gegen die holländischen Besatzungen in Belgien 136 u. f. Das Parlament hat keine Kunde von der großen Allianz von 1689 S. 138. Meinungen unter den Mitgliedern vor dem Zusammentritt über die festzustellende Thronfolge 144.

Parlament tritt zusammen am 10./21. Februar 1701 S. 154. Adresse des Oberhauses 157; des Unterhauses 158. Stimmung der Parteien über die holländische Anerkennung Philipps V. S. 159. Berathung im Unterhause über das Schreiben Melfords 163, so wie über die Denkschrift der Generalstaaten 164. Plan Wilhelms III. bei der Führung des Parlamentes 188. Nach Ausstoßung einiger Whig-Mitglieder die Mehrheit im Unterhause bei den Tories, im März 1701, S. 193.

Das Oberhaus erörtert die Theilungsverträge 194 u. f., und richtet darüber eine Adresse an den König 197.

Das Unterhaus beschließt in Folge der Botschaft des Königs eine Adresse, am 21. März/1. April, 198. Eine Mehrheit im Unterhause lehnt eine Anklage gegen Lord Somers ab 208.

Das Unterhaus faßt, in Folge der Botschaft des Königs in Betreff der französischen Antwort auf die Denkschriften, Beschlüsse im Sinne des Königs 210.

Das Unterhaus beschäftigt sich dann, im April 1701, andauernd mit den Theilungsverträgen 216 u. f. Adressen der beiden Häuser wider einander in der Sache der Lords Somers, Orford, Halifax, Portland 218.

Unterhaus über die Petition der Grafschaft Kent 226 u. f.; faßt über die Denkschrift der Generalstaaten vom 13. Mai einen wichtigen Beschluß 228. Oberhaus sucht Unterhaus zu überbieten 229. Steigende Bereitwilligkeit des Unterhauses im Sinne des Königs 229 u. f. Das Unterhaus berath das Schriftstück Legion 236 u. f. Differenz beider Häuser über die Sache der vier angeklagten Lords 237. Die günstige Stimmung für den Kaiser im Wachsen, im Juni 1701, S. 244. Die Differenz beider Häuser findet in der Nation keinen Widerhall 255.

Der Antrag, die Thronfolge festzustellen, wird im Unterhause von der Whig-Partei aus eingebracht 259. Die Verhandlung dort über die Sache 259 u. f. Regung zu Gunsten einer Thronfolge des Hauses Savoyen 266.

Die Successions-Acte im Oberhause 266.

Wichtiger Beschluß des Unterhauses vom 12./23. Juni 270. Die entsprechende Adresse 271. Die Stimmung darüber in der englischen Nation 273. Das Oberhaus spricht die vier Lords frei 274.

Die Frage des Fortbestandes des Parlamentes im Herbste 1701 S. 415 und 420 u. f.

Das Parlament wird aufgelöst 426. Eröffnung des neuen Parlamentes 442. Auf die Thronrede, S. 443 u. f., reicht das Oberhaus zwei Adressen ein 449.

Digitized by Google

Auch diejenige des Unterhauses entspricht völlig der Thronrede und eignet sich dadurch den Gedanken des Königs an, daß England als Principal-Macht in den Krieg eintreten werde 451.

Das Unterhaus übertrifft durch seine Beschlüsse die Erwartungen 452. Einmüthiges Vorgehen wider Frankreich und den Prätendenten 453. Die Bills in diesem Sinne 455. Die Beschlüsse schneiden das Witthum der Königin Marie Beatrice in St. Germain ab 456.

Das Unterhaus verlangt einen Zusatz-Artikel zur großen Allianz, wider den Prätendenten 457. Wetteifer der Parteien 462. Beschluß des Unterhauses zur Sicherung des Credites 463. Wichtiger Kampf der Parteien im Unterhause, im Februar 1701, S. 464 u. f. Das Unterhaus erhält die Botschaft des Königs für die Union von England und Schottland 480.

Auf die Kunde der Gefahr für Wilhelm III. bleibt das Parlament versammelt 483.

(Siehe auch Tories und Whigs.)

Pasquinade über den Stand der europäischen Angelegenheiten am Schlusse des Jahres 1701 S. 436 u. f.

Paulucci, Cardinal, 61.

Pedro, König von Portugal. Seine Stellung zu Spanien 277 u. f.

Peter, Czar von Rußland, 361, 376.

Peterborough, Lord, tritt als Whig auf 118 und 157.

Phelypeaux, französischer Gesandter in Turin, 28, 38.

Philipp IV., König von Spanien 56.

Philipp V., Herzog von Anjou, durch das Testament Carls II. König von Spanien. Die Frage seiner Heirath 25 und 30 u. f. und 37. Er wird proclamirt in Brüssel 27; in Spanien mit Hoffnung erwartet 28 u. f. Sein Aufbruch nach Spanien 29 u. f. Die Trauer dabei 32.

Er wird beurtheilt von Ludwig XIV. S. 37; erhält von diesem den Befehl, die Königin Maria Anna aus Madrid zu verweisen 45; behält durch ein Patent Ludwigs XIV. sein Erbrecht in Frankreich 48; wird proclamirt in Mailand und Neapel 60. Die Frage seiner Anerkennung in der Republik Holland 78 u. f., so wie in England S. 92 und 96 u. f. Die Anerkennung im Haag beschlossen 132. Wirkung dieser Anerkennung im englischen Parlamente 159.

Philipp V. in Madrid, 18. Februar 1701, S. 168. Er ist ohne Willenskraft 170.

Er wird von Wilhelm III. anerkannt 220; zeichnet einen Allianz-Vertrag mit Portugal 278; faßt den Entschluß, den Feldzug 1702 in Italien mitzumachen 400. Seine Heirath mit Marie Louise 401. Differenz der Beiden 402.

Pleffen, dänischer Minister, 371.

Portland, Graf. Thörichte Rede im Oberhause 195. Verhandlung seiner Sache im Unterhause 207. Seine Ausflüchte 209; 274. Beim Tode Wilhelms III. S. 485.

Portocarrero, Cardinal, 22, 34, 35, 40, 42, 43, 45. Er begrüßt Philipp V. S. 169; geht in der Hingabe Spaniens an Ludwig XIV. weiter als dieser verlangt 172; sucht Philipp V. an einem Bündnisse mit Portugal zu hindern 277. Die Consequenz seines Thuns für Ludwig XIV. S. 408 u. f.

Digitized by Google

Portugal. Dessen Bündnis mit Frankreich 277.
Poussin 345, 422.
Prärogative der Krone in England beschränkt durch die Successions-Acte 259 u. f.
Prätendent 1 u. f., 144, 148 u. f., 165, 264, 267, 294. Er wird von Ludwig XIV. als Jacob III. anerkannt 328 u. f., und so behandelt 338; 345, 355 u. f., 361 u. f., 443 u. f., 448 u. f.
Praetensus princeps Walliae. Die Frage des ersten Wortes 461 u. f.

Q.

Quiros, Don, spanischer Botschafter im Haag, 41, 78, 84, 124, 140, 189, 192, 280, 410, 418 u. f., 420.

R.

Radziejowski, Cardinal-Primas von Polen, 371 u. f.
Rakoczy, Franz. Der Plan seiner Empörung im Jahre 1700 S. 65 u. f.
Raugrafen zu Pfalz 320.
Reichstag in Regensburg 380.
Reunion, die Angelegenheit der kirchlichen, im Reiche und Ungarn 365 u. f.
Rheinberg 393 u. f., 411.
Rochester, Graf, wird Statthalter von Irland 93; geht auf die Klagen Wratislaws über Wilhelm III. ein 99 u. f.; votirt, durch Wratislaw eingeschüchtert, gegen die Anerkennung Philipps V. S. 113; 164. Er redet gegen den Theilungsvertrag 194; 229, 324. Er bittet, beim Hinüber-Lenken des Königs zu den Whigs, im November 1701, nicht um seine Entlassung 426; wird entlassen 462.

S.

Sangro, Fürst, 349 u. f.
Sas van Gent 430.
Schlick, Graf, kaiserlicher Gesandter bei Max Emanuel, 178 u. f., 180 u. f.
Schmettau, preußischer Gesandter im Haag, 380.
Schottland, das Parlament von, über die Thronfolge 260.
Schütz, Freiherr von, cellischer Gesandter, im Vertrauen Wilhelms III. S. 110 u. f.
Schwaben, der Kreis, 104, 180, 384.
Selzatte 430 u. f.
Seymour, hervorragender Tory, 270. Er beantragt den Zusatz-Artikel zur Allianz 451. Seine Absicht dabei 457; 483.
Shaftesbury, Graf, 421.
Shower 270.
Sinzendorf, Graf, kaiserlicher Gesandter in Paris, 12, 18, 246, 265, 346.
Somers, Lord, hervorragender Whig, wird wegen des Theilungsvertrages getadelt 195 u. f.; 207 u. f. Eine Anklage gegen ihn verworfen 208. Er vertheidigt sich vor dem Unterhause 216. Urtheil über sein Verfahren 217. Er

Digitized by Google

wird vom Oberhause freigesprochen 274; hat eine Audienz bei Wilhelm III. S. 276; schließt Freundschaft mit Sunderland 341 und 420. Sein Gutachten über Auflösung oder Fortbestand des Parlamentes 423 u. f. Er ist nicht Verfasser der letzten Thronrede Wilhelms III. S. 443.

Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig Lüneburg, jacobitisch gesinnt 91; 144. Sie zieht zuerst bei der Frage der Thronfolge in England Leibniz nicht zu Rathe 145; begibt sich, im Januar 1701, zur Berathung nach Celle 147; richtet eine Anfrage an Wilhelm III. S. 149, vgl. 257 u. f.

Sie wird als Thronerbin benannt 262; nimmt die Successions-Acte an 314 u. f. Charakteristik 317 u. f. Sie erwartet eine Einladung nach England 454.

Southwark, Adresse der Stadt, 428.

Spada, Cardinal, 49 u. f., 354, 357.

Spanheim, Ezechiel von, preußischer Gesandter im Haag, 387 u. f.

Spinola, Bischof von Wiener-Neustadt, 365 u. f.

Stanhope, englischer Gesandter im Haag, 191, 192, 205, 230, 241, 243. Er verlangt den Zutritt des kaiserlichen Gesandten zu den Conferenzen 244 und 280.

Starhemberg, Graf Guido, 252.

Stepney, englischer Gesandter in Wien, 91, 144 u. f., 433, 475.

Stuart, das Haus, 145 u. f., 257 u. f., 263, 328 u. f. Es verliert jede Aussicht auf eine selbständige Subsistenz 456.

Subsidien-Verträge der Seemächte mit deutschen Reichsfürsten 386; Form derselben 390.

Successions-Acte in England. Das Werden derselben 257 u. f.

Sunderland, Graf, tritt nachdrücklich auf für die Whig-Partei 278 u. f., so wie 341 u. f. und 420.

T.

Tallard, französischer Botschafter bei Wilhelm III., S. 92, 98, 136 u. f., 302.

Tankerville 275.

Tessé, französischer General in Italien, 28, 177, 247, 250, 307.

Theilungsvertrag über die spanische Monarchie 5, 7 u. f., 14, 18, 28, 71, 92, 94, 141, 188, 194, 199, 216, 218, 236, 288.

Tököly, Emerich, 65.

Toland über Hannover 315 u. f.

Toledo 45.

Torcy, Marquis, französischer Staats-Secretär, 12. Seine Spitzfindigkeit über Geist und Buchstaben des Vertrages 19 u. f. Er erklärt sich offener gegen Zinzendorf 20. Ueber die holländischen Besatzungen in Belgien 81. Ueber die holländische Anerkennung Philipps V. S. 135. Sein Urtheil über die Denkschriften der Seemächte 201. Er ist, im Mai 1701, gegen einen Angriff auf die Republik 240. Ueber die Abberufung des Avaux 290. Ueber die große Allianz 410. Ueber die Angelegenheit von Selzatte 431.

Torres, Beichtvater Carls II., 41 u. f., 169.

Tory Partei (vgl. Parlament). Sie verlangt die Anerkennung Philipps V., im December 1700, S. 92; ist nicht geneigt zum Kriege, im Januar 1701,

Digitized by Google

S. 108. Warum Wilhelm III. ihrer bedarf 152 und 257. Anklagen in der Partei gegen ihn 159. Sie unterliegt im Unterhause, 20. Februar/3. März, S. 164 u. f.; erlangt dort die Mehrheit 193; wird als Friedenspartei angesehen 197. Plan derselben im März 1701 S. 201. Mißstimmung gegen Wilhelm III. S. 209. Sie ist bereitwillig zum Beistande für die Republik Holland 210; will Somers, Orford, Halifax vor dem Oberhause anklagen 218. Die Stimmung der englischen Nation nicht freundlich für sie 255. Sie wird kriegerisch unter dem Drucke der nationalen Stimmung, im Juni 1701, S. 270.

Ihre andauernde Differenz mit den Whigs, auch nach der Adresse vom 12./23. Juni, S. 273 u. f. Sie ist in den Augen der Nation nicht gerechtfertigt 275; sucht den Vorwurf abzulehnen, daß durch sie ein Bündnis mit Portugal verloren sei 279 u. f. Sie gelten bei Vielen durchweg als Jacobiten 334 und 420 und 423. Französische Hoffnung auf sie, im Herbste 1701, S. 422.

Sie rufen die Entscheidung Wilhelms III. gegen sie hervor 425. Viele von ihnen bleiben dennoch in ihren Aemtern 426. Ihr Verhalten gegenüber den Whigs zu Ende 1701 S. 439 u. f. Die Partei hat im Unterhause die Mehrheit 442; macht in der Kriegessache keine Opposition 452. Differenz mit den Whigs über die Frage der Abschwörung des Prätendenten 455. Eigentlicher Plan der Partei 463. Der Kampf mit den Whigs im Unterhause, im Februar 1701, S. 464 u. f.

Trentino 64.

Trienter Alpen 245 u. f.

Trigland, Rede des, über Wilhelm III. vor den Ständen von Holland 490.

Tserklaes, Prinz, 394.

U.

Ubilla, spanischer Staats-Secretär, 172.

Unterhaus s. Parlament.

Uffon, Marquis d', 375, 385, 388.

Uzeda, Herzog von, spanischer Botschafter in Rom, 49. Sein Verhalten 59; 114. Er sucht dem Papste den Lehenstribut für Neapel aufzudringen 298 u. f.

V.

Vasto, Marchese del, 349, 356.

Vaudemont, Prinz, der ältere, proclamirt in Mailand als Philipp V. S. 28; 36, 60, 247, 250, 418.

Vaudemont, Prinz, der jüngere, 252.

Venedig, die Republik. Verhalten derselben 61 und 253 und 301 u. f.

Vernon, englischer Staats Secretär, 138, 158, 163, 195, 199 u. f., 217, 343, 425, 451, 457.

Victor Amadeus, Herzog von Savoyen. Er unterhandelt mit Frankreich zu Ende 1700 S. 8. Werbung Ludwigs XIV. um seine zweite Tochter für Philipp V. S. 36. Er hat, im Bunde mit Frankreich, dennoch von Anfang an die

Digitized by Google

Absicht sich loszusagen 177 und 247. Er läßt gegen die englische Successions-Bill protestiren 263.

Er trifft bei der Armee ein 304; wird beurtheilt von Villeroy 310; von den Hofleuten in Versailles 312.

Er bietet sich dem Könige Wilhelm III. an 470.

Villars, französischer Gesandter in Wien, 65, 68, 246, 346.

Villeroy, Marschall, nach der Lombardei entsendet 307. Sein Bericht 310. Ueber die Niederlage von Chiari 312. Er wird in Cremona gefangen 473 u. f.

W.

Wales, Prinz von. Die Frage dieses Titels 461 u. f.

Warwick, Grafschaft, 270.

Westindien 469.

Weymouth, Adresse der Stadt, 421.

Wharton, Lord, 196.

Whig-Partei (vgl. Parlament), Januar 1701, ist geneigter für den Krieg als die Tories 118. Warum Wilhelm III. damals den ersteren die letzteren vorzieht 152. Sie ist im Unterhause von 1701 zu Anfang überlegen 154; ist für den Krieg 158; ist misgestimmt über die holländische Anerkennung Philipps V. S. 159; tritt fester auf 164; verliert viele Mitglieder durch Ausstoßung 193. Lässigkeit einiger Mitglieder 198. Nicht zufrieden mit dem Könige, im April, S. 211. Erregt über die Anerkennung Philipps V. durch Wilhelm III. S. 221. Die Partei hat im Oberhause die Mehrheit 229.

Im Jahre 1700 nicht eifrig für das Haus Hannover 258. Andauernde Differenz mit den Tories, auch nach der Adresse vom 12./23. Juni 273 u. f. Die Partei erstrebt die Auflösung des Parlamentes 275 u. f.; hält fest am Mistrauen in die Aufrichtigkeit Wilhelms III. S. 323. Petitionen um die Auflösung des Parlamentes 324 u. f., so wie 421 u. f. und 427.

Verhalten gegenüber den Tories zu Ende 1701 S. 439 u. f. Einige Mitglieder geneigt für ein kaiserliches Heer Subsidien zu geben 440. Die Partei ist bestürzt über die Wahl Harleys 442; findet in der Kriegessache keine Opposition von Seiten der Tories 452. Differenz mit den Tories über die Frage der Abschwörung des Prätendenten 455. Principieller Kampf mit den Tories im Unterhause, im Februar 1701, S. 464 u. f., und Ausbeutung des Sieges 467 u. f.

Wilhelm III., König von England. Er will, zu Ende 1701, den Krieg gegen Ludwig XIV. und zugleich die Feststellung der Thronfolge in England 2 u. f. (vgl. S. 72). Sein Plan der Führung der Engländer 4 u. f. Er vertraut für Holland auf Heinsius 5. Sein Selbstvorwurf 11. Seine Sorge um Belgien 11. Er kann nur dann, wenn auch der Kaiser will 12. Bildliche Darstellung seines und Heinsius Verhaltens 75. Er wird beurtheilt von Ludwig XIV., im December 1700, S. 76 u. f.

Schwierigkeit seiner Lage in Betreff der Feststellung der Thronfolge in England 91. Er neigt sich zu den Tories, im December 1700, S. 92; löst das Parlament auf 93. Seine Aeußerung über die Anerkennung Philipps V. S. 93. Er spricht sich dem Grafen Wratislaw gegenüber offen

Digitized by Google

aus, im Januar 1701, S. 94 u. f.; berichtet darüber an Heinſius 96; läßt die Anerkennung Philipps V. dem Geſandten als unvermeidlich darſtellen 96. Merkwürdige zweite Audienz Wratislaws am 7./18. Januar 1701, S. 100 u. f. Bericht des Königs darüber an Heinſius 106. Er verlangt die Vermehrung der holländiſchen Armee 107. Das Geheimnis ſeines Planes 108. Ein Hauptgrund der Nicht-Mittheilung an die Engländer 110. Er zeigt dem Grafen Wratislaw keine Empfindlichkeit 111; verlangt zu wiſſen, wie weit die Abſichten des Kaiſers gehen, 117; fordert das Vorangehen des Kaiſers 118.

Er findet, zu Anfang Februar, die Stimmung der Engländer beſſer, als er erwartet 123. Seine Anſicht über die holländiſchen Beſatzungen in Belgien 125 u. f., ſo wie 128. Er läßt Ludwig XIV. die Abſicht melden, an den Friedensberedungen Theil zu nehmen 126. Er will namentlich nicht die Trennung der Seemächte von dem Kaiſer 129; fürchtet die Anerkennung Philipps V. von Seiten der Republik 131; mahnt ab mit Tadel gegen Amſterdam 134; betrachtet die dennoch geſchehene Anerkennung als großen Nachtheil 135.

Er läßt mit Wratislaw reden über die Bedingungen einer neuen Allianz 138; will ein immerwährendes Bündnis mit dem Kaiſer 138. Wendung der Dinge von 1701 im Verhältniſſe zu 1689 S. 139. Er ſieht den Beſchluß der Generalſtaaten, ihn zur Mit-Unterhandlung aufzufordern, als günſtig an 143.

Er allein in England kennt die Schwierigkeit der Succeſſions-Frage 144 u. f.; faßt die Anfrage der Kurfürſtin Sophie auf wie eine Zuſage 151 u. f. Er will den Tory Harley als Sprecher des Unterhauſes 154. Seine Thronrede 155 u. f. Sein Urtheil über den Eindruck der holländiſchen Anerkennung Philipps V. im Parlamente 160. Er legt die Denkſchrift der Generalſtaaten darüber dem Parlamente vor 160, und eben ſo ein Schreiben des Lord Melford 162; verlangt eine Erklärung des Parlamentes 163; erhält dadurch die Baſis ſeines Handelns 166.

Er gibt nicht die Hoffnung auf, Max Emanuel wieder zu gewinnen 178; beurtheilt ſeinen Vetter Friedrich I. S. 183 und 184, und warnt den Kaiſer vor ihm 185. Sein Urtheil über den Herzog Anton Ulrich und andere Reichsfürſten 186, ſo wie über die Könige von Dänemark, Schweden, Portugal 186.

Sein Plan bei der Führung des Parlamentes 188. Die engliſche Denkſchrift gegenüber Frankreich, im März 1701, S. 191. Sein Verhalten gegenüber den Differenzen im Parlamente 199, und ſeine Antworten auf die Adreſſen beider Häuſer 200. Er hofft an einer franzöſiſchen Antwort auf die beiden Denkſchriften die Sache weiter zu führen 202 u. f.; ſieht die erfolgte Antwort als günſtig für dieſen Zweck an 206; bringt ſie ans Unterhaus, und erlangt dadurch eine Adreſſe in ſeinem Sinne 210; verlangt, zur Weiterführung der Sache, den Dank der Generalſtaaten 211. Ungünſtige Kritik ſeines Verhaltens von Seiten der Whigs 211, und des Grafen Wratislaw 212. Seine Antwort an den Letzteren 212.

Seine Doppelſtellung in England und Holland vortheilhaft für ſeine Führung 215. Er verzichtet durch ſein Verfahren von 1701 thatſächlich auf die Prärogative der Krone in Betreff der Verträge nach außen 217; verhält

Digitized by Google

ſich ablehnend gegen die Differenz der beiden Häuſer des Parlamentes 218; hat, bereits zu Anfang Mai, den Plan, die Verhandlungen abzubrechen 219; erkennt jedoch Philipp V. an 220. Eine beſondere Mehrheit im Unterhauſe entzieht ihm einen Theil ſeines Einkommens 222. Er bringt die Denkſchrift der Generalſtaaten vom 13. Mai an das Unterhaus 226 u. f. Seine Genugthuung über den Beſchluß desſelben 228. Er behält dennoch den Schein der Abgeneigtheit gegen den Krieg 230; will nicht die Denkſchrift Wratislaws an das Parlament bringen 231.

Der Kern ſeiner Gedanken 232. Er will das Parlament führen zu der Forderung an ihn, eine Offenſiv-Allianz zu ſchließen 236; lehnt die neuen Vorſchläge des Avaux ab 243; verlangt, am 7. Juni, eine Denkſchrift der Generalſtaaten zur Vorlage vor das Parlament 244; beurtheilt die Dispoſitionen des Prinzen Eugen zum Uebergange über die Alpen 255; zeichnet, am 17. Juni, für Heinſius ſeinen Plan 256; will zuvor die Feſtſtellung der Thronfolge in England 256. Seine Gründe dabei in Betreff der Tory-Partei 258, und in Betreff der Kurfürſtin Sophie 260. Er erhebt keinen Einſpruch gegen die Beſchränkung der Krone durch die Succeſſions-Acte 267. Sein guter Wille in England noch bezweifelt im Juni 268. Seine Thronrede vom 12./23. Juni 269. Seine Haltung gegenüber der Adreſſe des Unterhauſes 271. Er erhält die dankende Anerkennung des Kaiſers Leopold 272; vertagt das Parlament 23. Juni/4. Juli S. 274.

Seine Anrede an die Generalſtaaten, 15. Juli, S. 281. Er läßt unter ſeinen Augen im Haag die große Allianz berathen 283 u. f.; ſpricht ſich aus über das Gelingen ſeines großen Werkes 296; hofft noch Max Emanuel wieder zu gewinnen 297; bietet dem Prinzen Eugen ſeine Freundſchaft an 309; erhält die Nachricht von Chiari 313.

Seine Genugthuung über die Annahme der Succeſſions-Acte in Hannover und weitere Gedanken darüber 314 u. f. und 321. Er erholt ſich in Loo im Sommer 1701 S. 323. Weshalb er den Beginn des Krieges hinausſchiebt 325. Er zieht, zur Fortführung ſeines Werkes, Marlborough heran 326; heißt, ſeit 1701, in Verſailles nur noch le roi Guillaume 335 u. f.; verlangt von Sunderland ein Gutachten, ob mit den Tories oder den Whigs zu gehen 341; beruft den Grafen Mancheſter aus Paris ab 342; heißt am franzöſiſchen Hofe nur noch le prince d'Orange 342 u. f.; weiſt den franzöſiſchen Secretär Pouſſin aus England aus 345; hält dennoch den Ausbruch des Krieges zurück 346.

Er mahnt Carl XII. zum Frieden 373; fordert die Reichsſtände nachdrücklich auf, der großen Allianz beizutreten 377; ſetzt einen engeren Ausſchuß für die Ausführung nieder 379; verlangt, daß der Kaiſer ſtark ſei am Rheine 379 u. f.; urtheilt über Friedrich I. von Preußen 389 und über Auguſt II. S. 391; ſucht Joſeph Clemens wieder zu gewinnen 393 u. f.; will nicht zum Kriege ſchreiten, bevor die Feſtungen der Republik Holland im Stande 414, und bevor er zu den Parteien in England ſeine Stellung genommen 415.

Beſorgniſſe vor der Gefährdung ſeines Lebens durch Mörderhand 416 u. f. Sein körperlicher Zuſtand im Herbſte 1701 S. 418 u. f. Er wünſcht den Prinzen Friſo von Naſſau zu ſeinem Nachfolger in der

Digitized by Google

Republik 418; nimmt Abſchied von den Generalſtaaten 419; ſendet Galway zur Erkundigung über die Parteien nach England voraus 421; bleibt ſchwankend bis nach der Ankunft in England 424; löſt das Parlament auf, 11./22. November 1701, S. 426.

Sein Urtheil über die Angelegenheit von Selzatte 430. Ueber Max Emanuel und Joſeph Clemens 434. Er verlangt eine ſtarke kaiſerliche Macht am Oberrheine, unter der Führung des römiſchen Königs Joſeph 435 u. f. Sein Verhalten gegenüber den Wahlen zum Parlamente 438. Er will für den Krieg auch engliſche Nationaltruppen 440. Sein Geſundheitszuſtand im December 1701 S. 441. Ueber die Wahl des Tory Harley zum Sprecher des Unterhauſes 442.

Seine Thronrede vom 31. December/11. Januar ſein geiſtiges Eigenthum 443. Die Betonung der proteſtantiſchen Religion darin 447. Beurtheilung dieſer Thronrede überhaupt 447. Sein Verlangen darin, daß England als Principal-Macht in den Krieg eintreten ſolle 448. Sein Dank für die entſprechenden Adreſſen 450. Er kann, der Prinzeſſin Anna gegenüber, den Kurprinzen Georg Auguſt nicht nach England rufen 454. Er beantragt bei dem Kaiſer den Zuſatz-Artikel wider den Prätendenten 457; entläßt den Grafen Rocheſter 462.

Die Erwägungen ſeiner letzten Tage 468 u. f. Er will Weſtindien für den Kaiſer und deshalb die katholiſche Religion dort ſicherſtellen 469; mistraut dem Angebote des Herzogs Victor Amadeus 470, ſo wie dem Könige Friedrich I. S. 471; vereinbart mit Georg Ludwig in Hannover und Georg Wilhelm in Celle die Entwaffnung Anton Ulrichs 471; beobachtet mit Fürſorge den Prinzen Eugen 471. Charakteriſtiſches Verhalten in der letzten Audienz des Grafen Wratislaw 475 u. f.

Sein Sturz vom Pferde 479. Er ſendet eine Botſchaft an das Unterhaus, zum Zwecke des Anbahnens der Real-Union von England und Schottland 480; ernennt eine Commiſſion zur Sanction der Bills 481. Verſchlimmerung ſeines Zuſtandes 481. Er erkennt denſelben 482. Sein Tod, 8./19. März 1702, S. 484 u. f.

Befund der Leiche 485. Die Urtheile über ihn 486 u. f. Seine Expedition nach England von 1688 am richtigſten beurtheilt von ſeinen Landsleuten, den Holländern 489 u. f.

Wratislaw, Graf, zum Geſandten bei Wilhelm III. ernannt 15 u. f. Seine Inſtruction 16 u. f. Seine erſte Audienz bei Wilhelm III. S. 94. Er beſchwert ſich, auf Albemarles Rath, bei Rocheſter und Godolphin über den König 97; redet in der zweiten Audienz vom 7./18. Januar 1701 ſehr frei zu Wilhelm III. S. 100 u. f.; muß den Engländern gegenüber, über die eigentliche Abſicht des Königs ſchweigen 110; berichtet über ſeine Vorwürfe gegen Wilhelm III. an den Kaiſer 111; beharrt in der fictiven Rolle bei Rocheſter und Godolphin 112; bringt ſie dahin, gegen die Anerkennung Philipps V. zu votiren 113; verfügt nicht über Geldmittel zur Beſtechung 117.

Er hofft auf ein Vorgehen der Franzoſen in Belgien, im Januar 1701, S. 118 und 123; iſt im Verkehre mit Lord Peterborough und anderen Mitgliedern des Oberhauſes 157; ſpricht ſich über die unwahren Angaben von Portland und Jerſey aus 197. Er dringt bei Wilhelm III. auf eine

Digitized by Google

Allianz 202 und stärker noch 212. Unzufrieden über die Anerkennung Philipps V., entwirft er eine Denkschrift 220, und reicht sie ein 231.

Er berichtet über die Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni 272; ist betheiligt bei der Berathung der großen Allianz von 1701 S. 283; überreicht dem Könige Wilhelm III. den Dank des Kaisers 296; meldet die Freude in Holland über Chiari 313; zeichnet den Vertrag der großen Allianz 327; hat das Vertrauen Wilhelms III. S. 379; wacht über die Subsidien-Verträge der Reichsfürsten mit den Seemächten 388; berichtet über Boselli 416.

Er bittet bei Wilhelm III. um die Sendung einer Flotte ins Mittelmeer 434; will sich nicht in innere Angelegenheiten von England einmischen 440. Sein Urtheil über die Thronrede Wilhelms III. S. 448. Er trachtet den Zusatz-Artikel abzuwehren 457. Seine letzte Audienz bei Wilhelm III. S. 475 u. f.

Er erhält durch Marlborough die Zusicherung des Beharrens der künftigen Königin Anna 483; verneint eine Anfrage des Geheimenraths von England 484; berichtet über den Tod Wilhelms III. S. 485.

Z.

Zrinyi, Graf. Urtheil Ludwigs XIV. über ihn 67.

Zusatz-Artikel zu der großen Allianz 3; zuerst beantragt von Seymour 451; wird durch eine eigene Adresse erbeten 456. Wortlaut desselben 458.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

Digitized by Google

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Zehnter Band.

Die Kriegsjahre 1702 und 1703.

Wien, 1881.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Digitized by Google

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Digitized by Google

Inhalt.

Achtundzwanzigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1702.

Der Beginn der Königin Anna von England.

	Seite
Die Beziehungen der Prinzeſſin Anna zu Jacob II. in St. Germain	1
Das Schreiben der Königin-Witwe vom 27. September 1700	2
Die Gründe für die Prinzeſſin Anna die Krone anzunehmen	3
Ihr innerer Zwieſpalt darüber	4
Sie hofft auf eigene Deſcendenz	6
Sie verbirgt ihr Geheimnis auch vor Lady Marlborough	—
Ihre Annahme der Krone gereicht zum Heile Englands und Europas	8
Die erſten Kundgebungen der Königin Anna	—
Ihre Thronrede	10
Urtheile der Whig-Partei darüber	11
Die Adreſſe des Unterhauſes	—
Lady Marlborough	13
Der Keim der Differenz zwiſchen beiden Frauen	—
Das Princip Marlboroughs	14
Die drei Staatsmänner Marlborough, Godolphin, Sunderland	15
Marlborough führt Godolphin zu Wratislaw	16

Das Verhalten der Republik Holland auf die Todesnachricht.

Die Generalſtaaten beſchließen wiederholt zu beharren	19
Heinſius redet entſprechend im Namen der Stände von Holland	20
Die Frage der Beſetzung der Aemter des verſtorbenen Königs	—
Marlborough als Botſchafter der Königin im Haag	21
Die Veränderung, die der Bund der Seemächte durch den Tod Wilhelms III. erfährt	—
Die anderen Provinzen erklären ſich wie Holland	23
Marlborough als Botſchafter in der Verſammlung der Generalſtaaten	24

Digitized by Google

Seite

Das Verhalten Ludwigs XIV. auf die Todesnachricht.

Ludwig XIV. verbietet öffentliche Freudensbezeigung 25
Die Stimmung bei hervorragenden Personen . . . . . —
Ludwig XIV. macht einen Friedensversuch bei der Republik 26
Urtheile über die betreffende Denkschrift von Seiten der Generalstaaten und der Grafen Goes und Marlborough 27
Die officielle Antwort der Republik . . . . . —

Der Zusatz-Artikel zu dem Vertrage der Allianz.

Das Bedenken des Kaisers gegen die Worte: praetensus princeps Walliae . 29
Das Gutachten des Paters Menegatti S. J. 30
Das Verhalten der Gesandten Goes und Wratislaw 31
Die Frage der Ernennung des Prinzen Georg von Dänemark zum Statthalter in der Republik 32
Der Zusatz-Artikel und die Frage der Kriegserklärung 33

Das weitere Verhalten der Königin Anna.

Die Königin überweist 100,000 Pfund Sterling ihrer Einkünfte dem öffentlichen Dienste 35
Die Adresse des John How und die Antwort der Königin 36
Die Beisetzung der Leiche Wilhelms III. 38
Die Königin ernennt mehrere Tories . . . . . —
Abermals in Anlaß der bevorstehenden Krönung 39
Wratislaw und Marlborough über diese Ernennungen . . . . . —
Der Prinz Georg von Dänemark Generalissimus der englischen Streitkräfte . 40
Die holländischen Städte wollen nicht einen General Capitän 41
Die Krönung der Königin Anna, 23. April/4. Mai . . . . . —
Weitere Ernennungen von Tories 42
Marlborough dennoch dem Grafen Rochester überlegen 43
Abermals die Bedeutung des Zusatz-Artikels . . . . . —

Das Verhalten der Königin zu dem Hause Hannover.

Ihre ersten Erklärungen dahin 45
Die Entwaffnung der Herzöge von Braunschweig Lüneburg zu Wolfenbüttel . —
Die Frage der Einladung des Kurprinzen nach England 46
Das Auftreten des Freidenkers John Toland . . . . . —
Das Verhalten in Hannover auf die Erklärungen der Königin 50
Der Gedanke der Einladung und des Jahrgeldes wird beseitigt 51
Das Gerücht über einen Plan Wilhelms III. für das Haus Hannover . . 52
Urtheil des Oberhauses über dies Gerücht . . . . . —
Die Königin Anna verabschiedet den Ueberbringer 53
Die Kurfürstin Sophie im anglicanischen Kirchengebete benannt 54
Die Kurfürstin hat geringes Vertrauen zu der englischen Sache . . . . . —
Die Grundlinien ihres Verhaltens zu England und Schottland 55

Digitized by Google

Seite

Weitere Acte der Königin zu Gunsten der Tories.

Die Ernennung Godolphins zum Treasurer 56
Besorgnisse der Verbündeten . . . . . —
Der letzte Kern aller Differenz in England die Frage der Thronfolge . . . 57
Thronrede der Königin zur Vertagung 58
Eindruck der nachdrücklichen Erklärung für die Hochkirche . . . . . —
Zweck derselben für die Wahlen 60

Das schottische Parlament im Sommer 1702.

Die Sache der Union im englischen Parlamente . . . . . —
Die Königin beruft das bisherige schottische Parlament 61
Erklärung des Herzogs Hamilton und seiner Partei . . . . . —
Der Kanzler Marchmont beantragt die Abschwörung des Prätendenten . . . 62
Das Parlament wird vertagt . . . . . —

Die Kriegserklärungen vom 4./15. Mai 1702.

Die formellen Acte in London und im Haag 63
Der Inhalt der holländischen Kriegserklärung 64
Derjenige der kaiserlichen 65
Derjenige der englischen 67

Der Feldzug in Belgien.

Der Krieg von französischer Seite wesentlich defensiv 68
Der Kriegs- und Finanzminister Chamillart 69
Die Befehle Ludwigs XIV. an Boufflers, im April . . . . . —
Boufflers drängt Athlone auf Nymegen zurück 71
Marlborough erhält das Commando auch der Holländer 72
Ludwig XIV. schwächt die Armee des Marschalls Boufflers 73
Die holländischen Felddeputirten einem Treffen nicht geneigt 75
Aeußerungen Marlboroughs darüber . . . . . —
Die Instructionen der Felddeputirten 76
Gedankenaustausch zwischen Ludwig XIV. und Boufflers . . . . . —
Die Einnahme von Venloo, 23. September 77
Die Befehle Ludwigs XIV. in Betreff der Stadt Lüttich 78
Die Stimmung der Einwohner in Belgien, namentlich in Brüssel 79
Lüttich öffnet den Verbündeten die Thore 81
Die Gefangennahme Marlboroughs auf der Maas 82
Seine Ankunft im Haag, am 7. November 84
Anerkennung für ihn von Seiten des Kaisers . . . . . —

Das Verhalten des Königs Friedrich I. von Preußen.

Friedrich I. ergreift Besitz einiger Stücke des Nachlasses von Wilhelm III. . 84
Besorgnisse vor ihm im Haag, in London, in Wien 85
Das Testament Wilhelms III. zu Gunsten des Prinzen Friso von Nassau . 86
Friedrich I. läßt dies Testament anfechten . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Er ſchließt ſich nicht der Kriegserklärung wider Frankreich an 87
Die Stellung der Generalſtaaten in der Teſtamentsſache 88
Das Auftreten Friedrichs I. im Haag . . . . . —
Ein vorläufiger Vergleich 89
Berwicks Bericht über die Unterhandlungen Friedrichs I. mit Frankreich . . 90
Der Bericht des Marſchalls Boufflers, vom 26. Juni 91
Die Thätigkeit des Agenten Schleinitz 92
Weiterer Bericht Berwicks . . . . . —
Abſichten Friedrichs I. auf die Stadt Geldern 93
Antwort des Rathspenſionärs Heinſius 94

Der nordiſche Krieg im Jahre 1702.

Carl XII. will Auguſt II. entthronen 95
Vergebliche Geſandtſchaften des letzteren . . . . . —
Das Gutachten von Benedict Oxenſtjerna, im März 1702 96
Die Stellung Carls XII. zu den Polen 101
Wiederholte Beredungen mit dem Cardinal Radziejowski 102
Der König Auguſt II. entſchloſſen zu einem Treffen 104
Die Schlacht bei Cliſſow, 9./20. Juli 1702 105
Die Bemühungen der Mächte der Allianz 106
Die Haltung der Polen entſpricht nicht der Forderung Carls XII. 107
Das Abrathen des Grafen Piper bei Carl XII. fruchtlos 108
Carl XII. nicht mit Abſicht günſtig für Ludwig XIV. 109
Die äußerliche Unſcheinbarkeit Carls XII. 110
Er läßt eine polniſche Geſandtſchaft nicht vor 111
Sein Sturz mit dem Pferde . . . . . —
Auguſt II. ſchafft den franzöſiſchen Geſandten mit Gewalt hinaus 112
Die Reichsſtände von Polen wider Carl XII. 113
Fortſchritte des Czaren Peter an der Oſtſee 114

Der Feldzug 1702 am Oberrheine.

Der Kaiſer Leopold ſendet den römiſchen König zu dem Markgrafen Ludwig 114
Thätigkeit des Markgrafen 115
Er umſchließt Landau 116
Verhalten des Kaiſers gegenüber ſeinen Feldherren 117
Beſchwerden des Markgrafen über die Mängel der Kriegsverwaltung . . . 118
Ludwig XIV. zweifelt an einem Feldzuge am Oberrheine 119
Die Erwägungen des Chamlay . . . . . —
Der Marſchall Catinat meldet die Ueberlegenheit der Kaiſerlichen 120
Correſpondenz darüber zwiſchen Ludwig XIV. und Catinat 121
Ludwig XIV. verlangt die Befeſtigung von Hagenau 122
Catinat weiſt die Irrthümer dieſes Befehles nach 123
Chamillart und Catinat 124
Der Befehl Ludwigs XIV. zum Schlagen unausführbar 125
Die Künſte des Miniſters Chamillart bei Ludwig XIV. 126

Seite

Der Verrath des Kurfürsten Max Emanuel.

Ludwig XIV. treibt Max Emanuel vorwärts 127
Max Emanuel entwickelt seine Plane durch ein Schreiben an Berghayck, 24. März 1702 . . . . . —
Vergleich mit Moriz von Sachsen und Gustav Adolf von Schweden . . . 130
Das Geheimnis seiner Plane 131
Ludwig XIV. sagt ihm ein Hülfscorps zu 132
Das Lügenspiel des Kurfürsten gegenüber dem Kaiser 133
England will nicht den Prinzen Eugen dem Kurfürsten unterordnen . . . 134
Die Republik nicht abgeneigt für Max Emanuel zu zahlen 135
Die Nachrichten von Ulm und Landau zugleich erregen Verdacht wider den Kaiser 136
Der Ueberfall von Ulm, 8. September 1702 . . . . . —
Max Emanuel erstrebt die Vereinigung mit den Franzosen 138
Der König Joseph bewilligt für Landau die Capitulation, 9. September . . —
Bayerische und französische Couriere abgefangen 139
Kaiser Leopold sucht den Max Emanuel zurückzugewinnen 140
Der Reichskrieg wider Frankreich beschlossen, 6. October 1702 141
Die bayerischen Landstände bitten den Kurfürsten abzustehen . . . . . —
Correspondenz des Kurfürsten mit Villars 142
Neuer Versuch zur Vereinigung 143
Die Schlacht bei Friedlingen, 14. October 1702 . . . . . —
Das Urtheil des Kaisers über den Erfolg 144
Es wird bestätigt durch den Hader des Kurfürsten und Villars 145
Max Emanuel sucht abermals den Kaiser und die Seemächte zu täuschen . 146
Von den Seemächten geschieht nicht etwas Nachdrückliches 147
Der Zustand der kaiserlichen Armee, im December 1702 148
Max Emanuel hofft auf das Jahr 1703 149

Der Feldzug in Italien bis zum Juli 1702.

Der Prinz Eugen entsendet nicht ein Detachement nach Neapel 150
Die Sendung einer Flotte ins Mittelmeer unterbleibt 151
Eben so die Verstärkung von 8000 Mann Sachsen 152
Die Klagen des Prinzen Eugen über den Hofkriegsrath . . . . . —
Die Mittel nicht vorhanden 153
Zustand des kaiserlichen Heeres im Mai und Juni 154
Vendome verlangt einen Befehl Ludwigs XIV. 155
Ludwig XIV. vermeidet den Befehl zu geben 156
Urtheil des Prinzen Eugen über diese Lage der Dinge 157

Philipps V. Reise nach Italien 1702.

Ludwig XIV. untersagt die Mitreise der Königin 158
Portocarrero und seine Partei gegen die Reise Philipps V. . . . . —
Philipp V. in Neapel 159
Das Manifest des Herzogs von Castelluccia 160

Digitized by Google

Seite
Die Neapolitaner proteſtiren gegen eine Huldigung 161
Clemens XI. ſchiebt die Angelegenheit der Belehnung hinaus . . . . . —
Ein franzöſiſches Manifeſt verkündet die Fiction des Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für das Teſtament 162
Clemens XI. verneint die Echtheit der veröffentlichten Briefe 163
Er ſpricht ſich über die Frage der Belehnung aus 164
Der Cardinal Janſon Forbin und Ludwig XIV. laſſen dennoch die Fiction nicht fallen 165
Clemens XI. aus Furcht nachgiebig gegen franzöſiſche Forderungen . . . 166
Sein Irrthum über Wilhelm III. 167
Er läßt nicht von dem Plane der außerordentlichen Nuntien . . . . . —
Die Ablehnung derſelben von Seiten des Kaiſers 168
Warnung an Clemens XI. vor dem Cardinal Janſon Forbin 169
Die politiſche Unklarheit des Papſtes Clemens XI. 170
Er kann daher ſeinen Beruf der Vermittelung nicht erfüllen 171
Er wahrt die Autorität der Kirche gegenüber Ludwig XIV. . . . . —
Louville wegen der Belehnung nach Rom geſendet 172
Das Verhalten von Janſon Forbin und Uzeda 173
Torcy und Ludwig XIV. über ihre Plane mit Rom 174
Prinz Eugen gereicht zum Schutze der Freiheit der Kirche . . . . . —
Philipp V. befeſtigt nicht ſeine Herrſchaft in Neapel 175

Der weitere Feldzug 1702 in Italien, von Juli an.

Philipp V. und Victor Amadeus in Acqui 175
Der Letztere harrt einer Gelegenheit wider das Haus Bourbon 176
Philipp V. erhält den Befehl Ludwigs XIV., ins Feld zu gehen 177
Die franzöſiſche Hoffnung auf die Türken nicht begründet . . . . . —
Der Prinz Eugen über den Zuſtand ſeines Heeres, Mitte Juli 178
Louville über den des franzöſiſchen 179
Das Treffen von San Vittoria, 26. Juli 180
Entſchluß des Prinzen Eugen zu einem Haupttreffen 181
Die Schlacht bei Luzzara, 15. Auguſt 182
Die Bedeutung derſelben, politiſch, moraliſch, kirchlich 183
Die Freude der Engländer über den Erfolg 184

Die Parteien in England, im Sommer 1702.

Die Tories haben bei den Neuwahlen die Oberhand 185
Auch ſie nicht gegen den Krieg 186
Die Beſorgniſſe der Whig-Partei für die Succeſſion . . . . . —
Jeder Erfolg der Waffen befeſtigt die Succeſſions-Acte 187
Die Jacobiten zugleich franzöſiſch . . . . . —

Die See-Unternehmung gegen Cadix.

Die Veränderung des urſprünglichen Planes zur See 188
Die Commandanten 189
Die Plane auf die Silberflotte und in Betreff Portugals . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Der Landgraf Georg von Heſſen-Darmſtadt 190
Die Flotte vor Cadix 191
Charakteriſtik der Führer 192
Der erſte Beſchluß des Kriegsrathes der Ruin der Sache 193
Die Plünderung 194
Die weiteren Verſuche ohne Erfolg . . . . . —
Die Geneigtheit vieler Spanier 195
Rooke erkennt den Landgrafen als Bevollmächtigten nicht an 196
Der Beſchluß der Heimkehr . . . . . —
Das Urtheil des Landgrafen Georg . . . . . —
Der Schritt des Admirals von Caſtilien 197

Die Silberflotte in der Bucht von Vigo 1702.

Chateau-Renaud ertrotzt in Weſtindien die Silberflotte 199
Er läuft in die Bucht von Vigo ein 200
Die Meinung in Verſailles über die Sicherheit dort 201
Die verbündete Flotte erlangt die Kunde des Aufenthalts . . . . . —
Der Angriff gelingt 202
Der Eindruck der Nachricht, beſonders auch in Rom 203
Das Urtheil über den Papſt Clemens XI. in Wien . . . . . —

Neunundzwanzigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1703.

Die Königin Anna und das Parlament im Winter 1702/3.

Der Tod des Grafen Sunderland ein Verluſt der Whigs 205
Robert Harley, Sprecher des Unterhauſes . . . . . —
Die Thronrede der Königin 206
Gedankenaustauſch der Königin und der Lady Marlborough 207
Das ſubjective Motiv der Königin für die Hochkirche 208
Die Adreſſen beider Häuſer 209
Die Siegesnachricht von Vigo hebt die Tories 210
Der Gedanke eines Angriffs auf Spanien mit der Hülfe Portugals . . . 211
Von kaiſerlicher Seite wird Italien vorgezogen 212
Die Seemächte verlangen die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien . 213
Die Frage der Allianz mit Portugal . . . . . —
Das Verlangen der Sendung des Erzherzogs geht von der Tory-Partei aus 215
Die Feier des Erfolges von Vigo 216
Die Plünderung bei Cadix nicht nachdrücklich unterſucht 217
Die Angelegenheit des Biſchofs von Worceſter 218
Bewilligung des Unterhauſes für den Prinzen Georg von Dänemark . . . 220
Die Bill gegen die Occasional Conformity 221
Kritik dieſer Bill . . . . . —
Der Kampf der Whigs im Oberhauſe wider die Bill 222
Seymour im Unterhauſe wider das Oberhaus 224

Digitized by Google

Seite
Die Clauſel in der Dotations-Bill für den Prinzen Georg 225
Reden Seymours im Unterhauſe wider den Kaiſer 226
Die Angelegenheit des Verbotes der Correſpondenz mit Frankreich 227
Die Stellung der Königin Anna zu den Parteien und nach außen 228
Die Angelegenheit des Herzogstitels für Marlborough 230
Sein Verdienſt um das Vertrauen der Generalſtaaten zu der Königin . . —
Die Frage einer Dotation für Marlborough im Unterhauſe 231
Die Tory-Fraction Rocheſter vereitelt ſie 232
Die ablehnende Adreſſe des Unterhauſes 233
Die Königin ſchenkt dem Ehepaare Marlborough aus Eigenem . . . . . —
Die Gegenſtellung Marlboroughs und Rocheſters 234
Die Fraction Rocheſter ſucht Godolphin zu beſeitigen 235
Rocheſter als Statthalter von Irland entlaſſen 236
Der Zuſatz-Artikel zur Abſchwörungs-Bill 237
Die Tory-Partei ſpaltet ſich darüber, 14./25. Februar 238

Das Verhalten des Hauſes Hannover.

Die Anweſenheit von Engländern in Hannover 239
Die daraus für die Kurfürſtin Sophie erwachſenden Ausgaben . . . . . —
Sie fühlt ſich dadurch beengt 240
Das Princip, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht zu miſchen 241

Fortgang der engliſchen Angelegenheiten im Beginne 1703.

Die Hoffnung der Whig-Partei . . . . . —
Die Thronrede der Königin preiſt abermals die Hochkirche 242
Verdacht gegen die Tory-Miniſter 243
Ernennung neuer Pairs 244
Der Tod des einzigen Sohnes von Marlborough . . . . . —
Die Königin Anna ſagt ſich völlig von Rocheſter los 245

Der Plan auf Weſtindien.

Die Erklärung Wilhelms III. über den Artikel 6 der Allianz 246
Die Miniſter der Königin Anna weniger willfährig . . . . . —
Die Forderung Wratislaws für die Katholiken in Weſtindien 247
Der Kaiſer läßt die Ausrede der Engländer nicht gelten . . . . . —
Die Antwort Nottinghams 248
Wratislaw ſucht den Plan auf Weſtindien zu vereiteln . . . . . —

Die portugieſiſche Allianz vom 16. Mai 1703.

Der Stand dieſer Sache in der zweiten Hälfte 1702 249
Nottingham dringt auf die Allianz mit Portugal, 10. Januar 1703 . . . 250
Portugal verlangt die Ceſſion der ſpaniſchen Monarchie an den Erzherzog Carl —
Die Tory-Miniſter treten für dieſe Forderung ein 251
Die ſpätere Unwahrheit Bolingbrokes über dieſen Plan . . . . . —
Die Antwort Wratislaws auf das Andringen Nottinghams 252
Die Seemächte bereitwillig den Erzherzog als König Carl III. anzuerkennen 253

Digitized by Google

Seite
Der Kaiser legt die Sache in die Hände der Königin Anna 255
Die portugiesischen Forderungen . . . . . —
Der Allianz-Vertrag vom 16. Mai 1703 256

Die Lage der Dinge in Spanien 1703.

Rückkehr Philipps V. aus Italien nach Spanien . . . . . —
Die Prinzessin Orsini und die Franzosen in Madrid 257
Ludwig XIV. will die erstere abberufen 258
Ihre Freunde in Versailles erwirken die Rücknahme des Befehls . . . . —
Die Schwäche der Regierung in Madrid 259
Abneigung der Spanier gegen die Franzosen 260
Besorgnis einer Gefahr von Portugal her 261
Der Umschwung in Spanien 262
Ludwig XIV. sucht das Bündnis in Portugal zu vereiteln 263
Seine einstige Untreue gegen Spanien wendet sich in Portugal wider ihn . 264
Das Gutachten des Admirals von Castilien 265
Unablässiges Andringen auf den Kaiser und seine Gesandten 267

Der nordische Krieg 1703.

Carl XII. schätzt die Macht des Czaren Peter gering 269
Vergebliche Versuche der verbündeten Mächte zum Frieden 270
Ludwig XIV. sucht den Unfrieden in Polen zu nähren 271
Carl XII. spaltet die Polen durch seine Forderungen . . . . . —
Die Stellung des Czaren zu Polen 272
Der Cardinal-Primas Radziejowski 273
Die Versammlung von Senatoren in Marienburg, 16. März 274
Ablehnende Erklärung Carls XII. auf die Beschlüsse derselben 275
Treffen bei Pultusk, 20. April/2. Mai . . . . . —
Der Cardinal Radziejowski will nicht die Entthronung 276
Carl XII. will die Stadt Thorn belagern 277
Der Reichstag zu Lublin, 17. Juni . . . . . —
Die Aufforderung des Czaren an die Polen . . . . . —
Diejenige Carls XII. 278
Die Rede des Kanzlers Zaluski in Lublin, 19. Juni 279
Der Verlauf des Reichstages 280
Verwendung der Gesandten der Bundesmächte für den Frieden 281
Carl XII. läßt sich auf die Beschlüsse des Reichstages nicht ein 282
Conföderation der Polen zu Skroda 283
Carl XII. nimmt die Stadt Thorn ein 284
Allianz-Vertrag zwischen Peter I. und August II. . . . . —

Der Aufstand des Franz Rakoczy.

Der Plan einer Empörung in Ungarn bei Ludwig XIV. 285
Franz Rakoczy entkommt aus Wiener-Neustadt . . . . . —
Ursachen der Unzufriedenheit in Ungarn 286
Beginn des Aufstandes dort 288

Digitized by Google

Seite
Rakoczy und Bercſeny 289
Rakoczy meldet ſeine Erfolge nach Verſailles . . . . . —
Die moraliſche Qualität der Aufſtändiſchen 290
Die Perſönlichkeit des Franz Rakoczy 291
Vergleich ſeines Anfanges und ſeines Endes 292
Rückwirkung ſeines Thuns auf die europäiſchen Angelegenheiten 294
Ludwig XIV. ſendet ſofort Geld 295

Der Beginn des bayeriſchen Feldzuges 1703.

Abmahnung der Landſtände an Max Emanuel . . . . . —
Max Emanuel nimmt die Religion zum Vorwande 296
Das Doppelſpiel des Max Emanuel 297
Entſchluß des Kaiſers für die Waffen gegen den Kurfürſten 298
Max Emanuel nimmt Neuburg, Anfang Februar 299
Wratislaw regt den Gedanken einer Hülfe an der Donau an . . . . . —
Marlborough, auch die Holländer erkennen die bayeriſche Gefahr 300
Die Republik ſendet eine Hülfsmannſchaft . . . . . —
Klagen der Seemächte über die geringen Leiſtungen des Reiches 301
Das deutſche Söldnerthum damaliger Zeit 302
Die Angelegenheit der oraniſchen Erbſchaft 303
Schmettau und der Rathspenſionär Heinſius 304
Auguſt II. ſtellt dem Kaiſer 8000 Mann 305
Ludwig von Baden über den Kriegesſtand gegen Bayern . . . . . —
Feldmarſchall Schlick in Oberöſterreich 306
Er erleidet Verluſte bei Schärding 307
Treffen bei Dietfurt . . . . . —
Marſchall Villars am rechten Rheinufer 308
Er nimmt den Brückenkopf von Kehl . . . . . —

Der Zuſtand der kaiſerlichen Heere und der Finanzen.

Der Bericht des Markgrafen Ludwig an den Kaiſer 309
Aehnliche Vorſtellungen des Prinzen Eugen 311
Erfolgloſigkeit derſelben 312
Der römiſche König Joſeph über die zwei Präſidenten . . . . . —
Die Schilderung der kaiſerlichen Finanzverwaltung durch den Venetianer Dolfin 313
Der Kaiſer Leopold langſam zum Entſchluſſe 314
Die Urtheile des Prinzen Eugen und Forſtners 315
Die Klagen der Seemächte 316

Die Vereinigung des Marſchalls Villars mit dem Kurfürſten Max Emanuel.

Ludwig XIV. fürchtet den Abfall des Kurfürſten 317
Seine Befehle an den Marſchall Villars 318
Ludwig XIV. ſieht den bayeriſchen Krieg als Hauptſache an 319
Ludwig von Baden verlangt eine Diverſion an der Moſel 320
Marlborough bleibt bei dem Plane der Belagerung von Bonn 321

Digitized by Google

Seite
Ludwig von Baden über den Feldzugsplan der Seemächte 322
Marlboroughs Verhältnis zu der Republik 323
Er mistraut den Versprechungen von deutscher Seite 324
Angriff des Villars auf die Stollhofener Linien 325
Die Freude in England über die Vereitelung 326
Villars verhehlt dem Könige die erlittene Schlappe . . . . . —
Unwürdige Kriegslist des Kurfürsten Max Emanuel . . . . . —
Der Marsch des Villars zur Vereinigung 327
Die moralische Qualität der Hauptpersonen 328
Erörterung der Plane für den Feldzug 329
Regensburg in den Händen des Kurfürsten . . . . . —
Der Plan eines Marsches gegen Wien aufgegeben 331

Die bayerische Invasion in Tirol 1703.

Einnahme von Kufstein und Rattenberg 332
Der Kurfürst Max Emanuel in Innsbruck, 26. Juni . . . . . —
Die Ruhmredigkeit des Villars 333
Rückschlag der Tiroler Vorgänge auf Wien 334
Der Prinz Eugen Präsident des Hofkriegsrathes . . . . . —
Die Ansicht des Markgrafen Ludwig darüber . . . . . —

Die Ereignisse um Ostiglia am Po, im Juni 1703.

Ludwig XIV. befiehlt Vendome den Einmarsch ins Trentino 335
Vendome will zuvor Starhemberg in Ostiglia angreifen . . . . . —
Die Anschwellung des Po zwingt ihn zum Rückzuge 336
Starhemberg schlägt Albergotti, 11. Juni . . . . . —
Das Urtheil des Prinzen Eugen 337
Starhemberg beutet seinen Vortheil nicht aus . . . . . —
Vendomes Einmarsch in Tirol wird verzögert 338

Vereitelung der Unternehmungen gegen Tirol.

Die Tiroler erheben sich 339
Der Kurfürst Max Emanuel zieht ab, 28. Juli 340
Die Schläge von Nord und Süd gegen Tirol nicht gleichzeitig . . . . . —
Vendome im Trentino, im August 341
Er erhält den Befehl zum Abmarsche . . . . . —
Die Bedeutung der Erhebung der Tiroler für den Gang des Krieges . . . 342

Uebertritt des Herzogs Victor Amadeus zur Allianz.

Die Heirathen seiner Töchter binden Victor Amadeus nicht an das Haus Bourbon 343
Er unterhandelt mit den Mächten der Allianz 344
Ludwig XIV. kennt dies Geheimnis . . . . . —
Der englische Gesandte Hill 345
Die Unterhandlung Auerspergs 346

Digitized by Google

Seite
Entwaffnung der piemonteſiſchen Truppen 347
Urtheil des Prinzen Eugen über die Sachlage . . . . . —
Drohung Ludwigs XIV. und Antwort des Victor Amadeus 348
Der franzöſiſche Botſchafter Phelypeaux 349
Starhemberg entſendet Visconti nach Piemont 350
Victor Amadeus ruft nach allen Seiten um Hülfe . . . . . —
Namentlich England ſehr geneigt 351
Umſchwung der Dinge für Ludwig XIV. . . . . —
Der Prinz Eugen hebt einigermaßen den Nothſtand der Armee 352
Der Entſchluß Starhembergs zum Marſche nach Piemont 353
Seine Berichte über dieſen Marſch . . . . . —
Die Anerkennung des Kaiſers für die Leiſtung 355

Der weitere Feldzug 1703 in Bayern.

Der Markgraf Ludwig und der Marſchall Villars 356
Ludwig XIV. läßt Breiſach belagern 357
Der Markgraf bricht nach Augsburg auf, im Auguſt . . . . . —
Beſorgniſſe des Marſchalls Villars . . . . . —
Die entgegengeſetzten Berichte des Markgrafen und des Marſchalls 358
Das Mistrauen der Franzoſen gegen Max Emanuel 359
Ueberblick des Prinzen Eugen über die Geſammtlage 361
Die Beſorgnis vor den Türken nicht gegründet . . . . . —
Das Vertrauen des Prinzen auf den Markgrafen 362
Der Stand der Dinge in Wien 363
Ludwig XIV. hält einen Vertrag des Kurfürſten unvermeidlich 364
Verhältnis des Markgrafen und des Feldmarſchalls Styrum 365
Aufbruch Styrums von Haunsheim, 18. September . . . . . —
Schlacht bei Höchſtädt, 20. September 1703 366
Anſicht des Kaiſers Leopold darüber . . . . . —
Bericht des Marſchalls Villars 367
Der Kaiſer muß ſeine Unterthanen gegen die Rebellen ſchützen 368
Gegenſeitige Aeußerungen des Kaiſers und des Markgrafen 369
Der Markgraf zieht Schulenburg und die Sachſen an ſich 370
Er wünſcht ein Treffen . . . . . —
Der Marſchall Villars und der Kurfürſt . . . . . —

Der Feldzug 1703 in den Niederlanden.

Das Treffen bei Ekeren zu Ende Juni 372
Die holländiſchen Generale nicht für die Offenſive 373
Marlborough für eine Diverſion an der Moſel 374
Gutachten der nicht-holländiſchen Generale, vom 24. Auguſt 375
Befürwortung desſelben durch Marlborough . . . . . —
Die holländiſchen Felddeputirten und Generale 376
Die Schattenſeite und die Lichtſeite in der Republik 377
Beſchluß eines Entſatzes für Landau 378
Die Schlacht bei Speier, 15. November 379

Digitized by Google

Seite
Der Erbprinz von Heſſen 379
Frieſen in Landau muß capituliren . . . . . —

Steigende Bedrängnis des Kaiſers.

Klage des Kaiſers über die wachſende Rebellion in Ungarn 380
Max Emanuel nimmt Augsburg ein 381
Zuſammenfaſſende Anrede des Rathspenſionärs an die reichsſtändiſchen Geſandten . . . . . —
Die Frage der Abberufung der holländiſchen Truppen unter Goor 384

Die Verwirklichung der portugieſiſchen Allianz 1703.

Die Angelegenheit der Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien . . . 385
Der portugieſiſche Vertrag liegt den ſouveränen Provinzen vor 386
Schwierigkeiten der formellen Behandlung . . . . . —
Geneigtheit des Kaiſers den Erzherzog zu entſenden 388
Die Frage des einen Drittels der Koſten . . . . . —
Der von England vorgeſchlagene Zuſatz-Artikel zur Allianz 389
England erklärt ſich, zwei Drittel der Koſten zu übernehmen 391
Der Zuſatz-Artikel wird nicht unterzeichnet . . . . . —
Das Eingehen des Kaiſers iſt eine Conceſſion 393
Der Kaiſer proclamirt ſeinen Sohn Carl zum Könige von Spanien . . . —
Er empfiehlt ihn der Königin Anna wie einer anderen Mutter 395
Aufbruch und Reiſe des Königs Carl III. . . . . —
Die Königin Anna antwortet dem Kaiſer in entſprechender Weiſe 396
Aehnlich dem Könige Carl III. 397
Carl III. auf ſeinen Wunſch nach England eingeladen 398
Sein Aufenthalt im Haag . . . . . —
Der Sturm vom 7./8. December 399
Die Frage der Anerkennung Carls III. für den Papſt Clemens XI. . . . —

Digitized by Google

Achtundzwanzigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1702.

Durch den Tod Wilhelms III. verſtammte die Krone von England, gemäß der Bill of Rights von 1689, auf die überlebende Tochter des Königs Jacob II. aus erſter Ehe, Anna, geboren im Februar 1664, vermählt mit dem Prinzen Georg von Dänemark, Herzog von Cumberland.

Wir haben die Haltung der Prinzeſſin zu verſchiedenen Zeiten beobachtet. Vergegenwärtigen wir uns dieſelbe im raſchen Ueberblicke.

Zu Ende des Jahres 1691 hatte die Prinzeſſin Anna an den Vater Jacob II. in St. Germain einen Reuebrief gerichtet. Die dadurch angeſponnene Correſpondenz dauerte fort, und war von Seiten der Prinzeſſin erfüllt mit Betheuerungen der Pflicht und der Reue. Nachdem der Tod der Königin Mary ſie dem Throne zunächſt geſtellt hatte, und als dann die wankende Geſundheit Wilhelms III. ein baldiges Ende in Ausſicht zu ſtellen ſchien, machte die Prinzeſſin ihrem Vater Jacob den beſtimmten Vorſchlag: er möge ihr geſtatten, nach dem Tode des Prinzen von Oranien die etwa ihr dargebotene Krone anzunehmen, gegen das Verſprechen ihrerſeits ſie zurückzugeben, ſobald eine geeignete Gelegenheit ſich darbiete. Sie machte geltend, daß eine Weigerung Jacobs II. auf dieſen Vorſchlag einzugehen, in Betracht des Zuſtandes, in welchem England ſich befinde, ihm die Hoffnung auf den Wiedergewinn ſeines Rechtes nur in noch weitere Ferne rücken würde. Denn die Krone würde dann in ſchlimmere Hände gerathen, denen er ſie nicht leicht wieder entwinden würde [1]).

[1]) The life of James vol. II, p. 559.

Digitized by Google

Die Worte ergeben, daß damals die Prinzeſſin Anna, ihrem Vater gegenüber, ſeine Einwilligung als die Bedingung hinſtellt, unter welcher ſie die Krone annehmen würde.

Der König Jacob ging auf den Vorſchlag nicht ein. Er erwiederte, daß er nicht Böſes geſtatten wolle, damit Gutes daraus komme. Er könne Unrecht über ſich ergehen laſſen, nicht bloß mit Geduld, ſondern auch mit Willigkeit: niemals jedoch werde er es geſtatten oder gutheißen. Dazu wiſſe er, daß keine Rückgabe ſo ſchwer falle wie diejenige einer Krone. Darum müſſe er die verlangte Einwilligung verweigern.

Als die Prinzeſſin Anna zuerſt mit dieſem Vorſchlage hervortrat, lebte noch ihr Sohn, der Herzog von Gloceſter. Nach dem Tode desſelben, im Auguſt 1700, ſandte ſie abermals einen Boten nach St. Germain. Der Auftrag desſelben liegt nicht ausdrücklich vor. Den Umſtänden nach muß er dem früheren Vorſchlage entſprochen haben, und eben ſo die Ablehnung Jacobs II.

Auf die Todesnachricht von Jacob II. verweilte die Prinzeſſin einige Tage in abgeſchloſſener Zurückgezogenheit. Sie und ihr geſammter Hofſtaat kleideten ſich in tiefe Trauer. Es ging allgemein die Rede, daß der Prinzeſſin dieſe Trauer von Herzen komme [1]). Die Königin-Witwe in St. Germain richtete dann an die Prinzeſſin das folgende Schreiben [2]).

„Ich halte mich für unbedingt verpflichtet nicht länger zu zaudern mit der Meldung eines Auftrages, den der beſte der Menſchen und der Väter mir für Sie hinterlaſſen hat. Wenige Tage vor ſeinem Tode gebot er mir einen Weg auszufinden, auf dem ich Ihnen kund zu thun hätte, daß er vom Grunde ſeines Herzens Ihnen alles Vergangene vergebe, und daß er zu Gott bete es auch zu thun, ferner daß er Ihnen ſeinen letzten Segen gebe und daß er Gott anflehe Ihr Herz zu bekehren und Sie zu kräftigen in dem Entſchluſſe, das ihm ſelber zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an dem Sohne. Ich meinerſeits füge nur hinzu, daß ich dafür meine Gebete von ganzem Herzen vereinige mit den ſeinen, und daß ich es mir zur Aufgabe ſtelle, dem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. September 1701.

[2]) The life of James vol. II, p. 602.

Digitized by Google

meiner Fürsorge hinterbliebenen Sohne die Gesinnungen seines Vaters einzuflößen; denn bessere kann ein Mensch nicht haben. Geschrieben am 27. September 1701."

Das ganze Schreiben und namentlich die Worte [1]): „daß er Gott anflehe Ihr Herz zu bekehren und Sie zu kräftigen in dem Entschlusse, das ihm selber zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an dem Sohne" — lassen keine andere Deutung zu, als daß Jacob II. in dem Gedanken gestorben ist: seine Tochter Anna habe diesen Entschluß. Demnach folgt, daß die Prinzessin in ihrer letzten Kundgebung nach St. Germain nicht ein geringeres Angebot gemacht haben kann, als die Erneuerung jenes früheren Vorschlages.

Nach der Rückkehr Wilhelms III. nach England durchkreuzte dann die Prinzessin seinen Plan, den Kurprinzen Georg August nach England einzuladen, durch das Vorgeben, daß sie eine Hoffnung trage. Der Schritt war zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain.

Im März 1702 stellte nun die Todeskrankheit Wilhelms III. ihr die Frage unmittelbar vor Augen.

Einen Grund für den Entschluß die Krone für sich zu nehmen, fand die Prinzessin jedenfalls in dem Gedanken, den sie selber ihrem Vater früher mit den Worten ausgesprochen, daß, wenn sie die Krone nicht nähme, diese in schlimmere Hände gerathen würde, denen man sie nachher nicht wieder entwinden könne. Und sicherlich darf man sagen, daß, bei der feindseligen Gesinnung, welche im März 1702 die englische Nation wider Frankreich erfüllte, ein Verzicht der Prinzessin Anna zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain, dennoch nicht zu Gunsten dieses Schützlinges von Frankreich ausschlagen konnte. Es ist sehr wohl möglich und wahrscheinlich, daß Ludwig XIV. bei jener Anerkennung eines Königs Jacob III. in St. Germain, und bei der Mahnung vom 27. September, welche die Königin-Witwe Marie Beatrice sicherlich nicht ohne sein Vorwissen entsendet hat, auf eine Zustimmung, eine Kundgebung der Prinzessin Anna in diesem Sinne hoffte. Ein Verzicht der Prinzessin, beim Tode Wilhelms III., zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain, wäre eine That der Aufrichtigkeit gewesen, aber

---

[1]) And prayed to God to convert your heart and confirm you in the resolution of repairing to his son the wrongs done to himself.

Digitized by Google

politiſch zum Vortheile für Frankreich, zum unendlichen Nachtheile für England. Indem die Prinzeſſin annahm, handelte ſie wider die letzte Mahnung des ſterbenden Vaters, deſſen Segen ſich knüpfte an dieſe Mahnung; aber ſie handelte im Intereſſe von England, welches dadurch bewahrt blieb vor unabſehbaren inneren Wirren. Die Prinzeſſin Anna konnte die Annahme der Krone betrachten als eine patriotiſche That für ihr Vaterland.

In dieſem ihrem Vaterlande aber war in ihren Augen das ſchönſte Kleinod die Hochkirche von England. Wenn ſie die Krone nicht nahm, ſo durfte ſie, von dem Standpunkte ihrer Anſchauung aus, die Hochkirche für gefährdet halten. Indem ſie dagegen die Krone nahm, hatte ſie das Recht und die Pflicht ihre Hand ſchützend zu breiten über die Hochkirche.

Und zu dieſem Rechte und zu dieſer Pflicht fügte ſich das verlockende Leuchten der Krone.

Aber der Vater Jacob II. hatte die Bitte ſeiner Tochter um ſeine Erlaubnis, einſtweilen die Krone zu nehmen, nicht gewährt. Wenn die Prinzeſſin nun dennoch, auch ohne ſeine Erlaubnis, die Krone nahm: ſo folgt daraus, daß ſie, auch ungeachtet jener Motive, in ihrem eigenen Bewußtſein die Krone mit Unrecht trug, und es folgt ferner daraus, daß um ſo drückender auf ihrer Seele die Laſt lag, jenes Verſprechen gegeben, den Segen des ſterbenden Vaters nur unter der ſtillſchweigenden Bedingung der Erfüllung desſelben empfangen zu haben.

Die Prinzeſſin nahm alſo die Krone, nach ihrer eigenen Meinung zunächſt um zu verhüten, daß ſie nicht in ſchlimmere Hände geriethe. Dieſe ſchlimmeren Hände waren in den Augen der Prinzeſſin unzweifelhaft diejenigen des Hauſes Hannover. Die Prinzeſſin wollte bei ſich nicht die Thronfolge dieſes Hauſes. Es iſt ſogar mit Grund anzunehmen, daß ſie dieſem Fürſtenhauſe weniger geneigt war als irgend einem anderen; denn das damalige Haupt desſelben, der Kurfürſt Georg Ludwig, hatte einſt ihr gegenüber die injuria spretae formae auf ſich geladen (Bd. II, S. 306).

Hier aber beginnt der innere Widerſpruch in der Seele der Prinzeſſin, nachherigen Königin Anna. Er beſteht darin, daß ſie die Krone für ſich nehmen, nicht jedoch ſie dem Hauſe Hannover hinterlaſſen wollte. Denn, indem ſie die Krone nahm, nahm ſie dieſelbe in der Wirklichkeit

Digitized by Google

zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover. Wenn der Prinz in St. Germain ein Recht hatte: so war dieses sein Recht das nächste und beste, und dann hatte, so lange er lebte, die Prinzessin Anna kein Recht. Indem sie aber die Krone nahm, erkannte sie vor der Welt das Parlaments-Recht an, also nach dem eigenen Anspruche denjenigen des Hauses Hannover, machte sich zur Repräsentantin dieses Parlaments-Rechtes, verneinte eben dadurch das Erbrecht ihres Bruders und stand darum da als die Personification der Feindschaft wider ihn. So der Beginn und dem entsprechend der Fortgang. Jeder Schritt, den fortan die Königin Anna that, um für sich die Krone zu sichern und zu behalten, war feindselig wider denjenigen, der allein auf der Welt ihr diese Krone streitig machte. Jeder Schritt, den sie in dieser Richtung machte, stärkte das Parlaments-Recht, kraft dessen sie die Krone besaß, und kraft dessen nach ihr das Haus Hannover zum Besitze der Krone berufen war, und schwächte im selben Verhältnisse das Recht ihres Bruders.

Dies Parlaments-Recht von England hatte ferner seine völkerrechtliche Besiegelung empfangen durch den Zusatz-Artikel zu der großen Allianz, welcher für die ausdrückliche Ausschließung des Prätendenten alle Mitglieder der Allianz solidarisch verband. Die Königin Anna hielt auf diesen Zusatz-Artikel. Diejenigen Mächte, welche im Laufe der nächsten Jahre der Allianz beitraten, mußten ausdrücklich auch diesen Zusatz-Artikel mitunterzeichnen, und wenn dies, wie bei Victor Amadeus von Savoyen geschah, zuerst unterblieb, so forderte die Königin Anna darüber einen besonderen Vertrag, welcher dem Zusatz-Artikel dieselbe Verbindlichkeit zuerkannte wie dem Hauptvertrage [1]).

Englische Historiker späterer Zeiten haben die intellectuelle Befähigung der Königin Anna gering angeschlagen, geringer als sie wirklich war. Aber auch selbst bei der geringsten Schätzung, die doch in sich nicht gerechtfertigt sein würde, ist es nicht denkbar, daß der Widerstreit in der Seele der Königin Anna ihr selber nicht zum vollen Bewußtsein gekommen sei, ist es ferner eben so wenig denkbar, daß sie nicht getrachtet haben sollte, sich von dem lastenden Drucke dieses furchtbaren Gegensatzes in ihrer Seele zu befreien.

---

[1]) The diplomatic Correspondence of Richard Hill t. I, p. 155.

Digitized by Google

Aber gab es dafür ein Mittel? — Ein ſolches Mittel allerdings war möglich, wenn das Vorgeben, durch welches die Prinzeſſin Anna bei dem Könige Wilhelm III. die Einladung des Kurprinzen Georg Auguſt abgewandt, zur Wahrheit wurde. Sie hatte alle ihre Kinder bis dahin eingebüßt; aber ſie war erſt achtunddreißig Jahre alt. Andere mochten meinen, daß ihr wankender Geſundheitszuſtand jegliche fernere Hoffnung abſchnitte: ſie ſelber war nicht dieſer Anſicht. Daß eine eigene Deſcendenz der Königin die beſte Löſung der ſchweren Fragen ſein würde, ward von Engländern wie von Schotten ihr offen ausgeſprochen [1]).

Um ſo feſter klammerte ſie perſönlich ſich an dieſe Hoffnung als den Stern der Wiederkehr des inneren Friedens. Sie trug die Krone nicht mit dem Segen ihres Vaters. Aber der Segen des Himmels iſt mächtiger als der Segen eines Vaters. Die Prinzeſſin Anna nahm die Krone in der Hoffnung, daß die Fürbitten der geliebten Hochkirche von England dieſen Segen ihr erflehen würden. Dem ſonntäglichen Kirchengebete wurden die Worte eingefügt: „Und damit das Glück, deſſen wir uns erfreuen, auch unſeren Nachkommen zu Theil werde, beten wir zu Gott, daß er unſerer Königin Kinder verleihe, die, erzogen in dem wahren Glauben und in der Furcht ſeines Namens, ihr nachfolgen in der Regierung dieſer Königreiche“ [2]).

Es iſt von Wichtigkeit, dies perſönliche Moment in der Lebensanſchauung der Königin Anna mit Nachdruck hervorzuheben. So lange ihr jener Hoffnungsſchimmer bleibt, drängt er die jacobitiſche Neigung in ihr zurück. Erſt nach dem Tode ihres Gemahles, in Folge deſſen ſie jenen Zuſatz aus dem Kirchengebete ſtreichen läßt, wächſt die Neigung zu dem Bruder in St. Germain ſtärker wieder empor.

Beſonders merkwürdig aber iſt die Geſchicklichkeit, mit welcher die Königin Anna vermied, ſich jemals in directer Weiſe auszuſprechen. Wir ſehen dieſes an ihrem Verhalten gegenüber namentlich auch ihrer damaligen vertrauten Freundin Marlborough. Dieſe ſchrieb einige Jahre ſpäter die Worte nieder: „Als ich bemerkte, daß die Königin

[1]) Marchmont Papers t. III, p. 242. — Hoffmann meldet im Berichte vom 18. Auguſt 1702, daß das Bad, in welches damals die Königin ſich begab, mit Rückſicht auf dieſe Hoffnung gewählt worden ſei.

[2]) Lamberty t. V, p. 226.

Digitized by Google

eine Vorliebe für Persönlichkeiten hatte, die mir als Jacobiten bekannt waren, fragte ich sie eines Tages, ob sie im Sinne hätte, ihre Krone aufzugeben. Denn wenn es ihr Gewissenssache gewesen wäre, die Krone nicht zu tragen: so versichere ich feierlich, daß ich sie darin nicht gestört, oder mich darum so bemüht haben würde wie ich gethan. Aber sie erwiederte mir: sie habe keine Gewisheit, daß der Prinz von Wales ihr Bruder, und seine Ueberkunft hieher würde der Religion und dem Lande Verderben bringen" [1]).

Wie hoch oder gering man die Wahrhaftigkeit der beiden Frauen in diesen Worten anschlagen möge: es ergibt sich aus denselben mit Gewisheit, daß Lady Marlborough allen ihren Einfluß bei der Prinzessin für die Annahme der Krone aufgeboten, daß dagegen diese ihre Beziehungen zu St. Germain und namentlich jenes dem Vater Jacob II. gegebene Versprechen in tiefes Geheimnis gehüllt hat. Wenn so schon vor der vertrauten Freundin, mit welcher der Verkehr unter dem Namen der Missis Morley und Missis Freeman noch für eine lange Reihe von Jahren derselbe blieb: so um so mehr vor allen Anderen. Die damalige Mitwelt hat, namentlich in den letzten Jahren der Königin, ein solches Versprechen vermuthet, nicht jedoch in ausdrücklicher Weise gekannt. Das Versprechen wie die Mahnung von St. Germain daran, liegen offenkundig erst vor seit dem Jahre 1816, in der Biographie Jacobs II. zumeist nach seinen eigenen Papieren [2]).

Eine besondere Bemerkung liegt indessen hier nahe. Lady Marlborough hat hervorgehoben, daß die Prinzessin und nachherige Königin Anna seit dem Tode ihres letzten Kindes, des Herzogs von Gloceſter, ihre Briefe an Missis Freeman zu unterzeichnen pflegte mit den Worten: „Ihre arme, unglückliche, getreue Morley" [3]). Die Thatsachen ergeben, daß, wenn schon die Prinzessin Anna vom Sommer 1700 an sich so benannte, die Königin Anna vom März 1702 an ein noch größeres Recht dazu hatte, nicht trotz des Glanzes der Krone, sondern eben wegen dieses Glanzes.

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 107.

[2]) Das im Laufe dieser Bände oft genannte Werk: The life of James II., published from the Original Stuart Manuscripts in Carlton-House, by Clarke. London 1816.

[3]) Conduct of the D. of M. p. 128: Your poor, unfortunate, faithful Morley.

Digitized by Google

Kehren wir dagegen zurück zu der andern Seite der Sache, ſehen wir ab von dem perſönlichen Bewußtſein der Königin Anna bei der Annahme der Krone: ſo lag dieſe Annahme unzweifelhaft im Intereſſe von England, welches dadurch bewahrt blieb vor inneren Wirren, und in den Stand geſetzt wurde, die eingeſchlagene Bahn nach außen mit Nachdruck zu verfolgen. Und wie für England, ſo gereichte die Annahme der Krone von Seiten der Prinzeſſin Anna zum Heile für das geſammte Europa.

Von einem Schwanken der Prinzeſſin Anna am 8./19. März 1702 iſt keine Kunde überliefert. Selbſt der Gedanke an die Möglichkeit eines Schwankens ſcheint den Engländern damaliger Zeit fern gelegen zu haben.

Auf die Todeskunde des Königs Wilhelm III. verſammelte ſich, wie am Tage zuvor, der geheime Rath in Kenſington. Er entſandte die Meldung des Todes in officieller Form an das Oberhaus, und dieſes gab ſie weiter an das Unterhaus. Beide Häuſer kamen überein, der neuen Königin ihre Geſinnungen durch Deputationen kund zu thun, ſo wie am ſelben Tage noch die Königin zu proclamiren.

Der geheime Rath wartete dies nicht ab. Er begab ſich insgeſammt ſogleich nach dem Palaſte, um ſich der nunmehrigen Königin Anna vorzuſtellen. Sie hatte damals das achtunddreißigſte Lebensjahr vollendet, war von hoher, ſtattlicher Geſtalt, jedoch nicht geſund. Sie litt an der Fußgicht, ſo ſehr, daß ſie damals ſeit ſechs Wochen auch in ihren Zimmern ſich tragen ließ. Was man von ihrer Geſinnung erwartete, legt ſich uns am klarſten dar in der Aeußerung Wratislaws, die er jenem Berichte über den Tod Wilhelms III. beifügt: „Der größte Troſt bei dieſer Verwirrung iſt, daß Marlborough von der geſammten Sachlage unterrichtet iſt und durch ſeinen Credit bei der neuen Königin alles vermag. Er beweiſt ſehr viele Freundſchaft für mich". Wratislaw ſchrieb daher ſofort an Marlborough einige Zeilen, deren Zweck war, vor die Augen der Königin zu kommen. Es lag demnach von Anfang an als bekannte Thatſache vor, daß Marlborough fungirte als der Berather der Königin, und zwar zunächſt als der einzige [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März.

Digitized by Google

Die Antwort der Königin an den geheimen Rath verkündete ihr volles Eintreten in die übernommenen Verpflichtungen ihres Vorgängers für das Gemeinwohl von Europa.

Anna begnügte sich nicht mit dieser Erklärung daheim. Noch am Nachmittage überbrachte Marlborough auch dem kaiserlichen Gesandten eine entsprechende Antwort. Er meldete, daß er das Billet desselben der Königin vorgelegt und darauf von ihr den Befehl erhalten habe, zu versichern, daß sie gleich wie der verstorbene König unveränderlich für das kaiserliche Interesse eintreten werde. Die Königin stelle es dem Gesandten anheim, diese Versicherung auch in Holland und an allen Orten kund zu thun.

Unterdessen ward der Name der Königin Anna, dem Herkommen gemäß, an vier hauptsächlichen Stellen der Stadt London durch Herolde ausgerufen. Es geschah in Westminster, Templebar, Cheapside und vor der königlichen Börse.

Es erschien als ein besonderes Glück, daß in Folge des Mordplanes vom Februar 1696 eine Bill errichtet und sanctionirt war, welcher gemäß beim Todesfalle eines Königs das dann bestehende Parlament noch sechs Monate verbleiben solle, falls nicht der Nachfolger es auflöse. Denn nach den früheren Gesetzen erlosch mit dem Tode eines Königs das Recht des von ihm berufenen Parlamentes und damit fielen dann zugleich alle Acte, die noch nicht die Sanction erhalten hatten. Im März 1702 war es gesetzlich das Recht und die Pflicht des Parlamentes seine Thätigkeit fortzusetzen.

Am vierten Tage nach dem Tode des Königs Wilhelm erschien die Königin Anna im Oberhause und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Ihr Ornat ward besonders beobachtet. Sie trug einen langen, rothsammtenen Rock, mit Hermelin gefüttert und mit goldenen Borten verbrämt, darüber den königlichen Mantel in ähnlicher Weise gemacht, um den Hals eine schwere goldene Kette mit dem Bilde des heiligen Georg, niederhangend auf die Brust. Die eigene Kopfhaube verlor sich in die rothsammtene Kappe, welche die englische Krone trug. Das blaue Band des Hosenband-Ordens trug sie um den linken Arm. Es hieß, daß ein Porträt der Königin Elisabeth ihr zum Vorbilde gedient [1]).

---

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 11./22. März.

Digitized by Google

Die erste Thronrede der Königin Anna verdient wegen ihres Ursprunges unsere Aufmerksamkeit. Sie war nicht, wie diejenigen Wilhelms III., ihr geistiges Eigenthum, sondern eher dasjenige Marlboroughs, so jedoch, daß dieser die Rathschläge Sunderlands eingeholt, und, wie Sunderland dankend anerkannte, auch befolgt hatte [1]).

Die Thronrede lautet wie folgt.

„Mylords und Herren. Ich kann nicht zu sehr mein eigenes Unglück beklagen, daß ich zur Krone gelange unmittelbar nach dem Verluste eines Königs, welcher die große Stütze nicht allein für diese Königreiche, sondern für ganz Europa war. Ich fühle tief das Gewicht und die Schwierigkeit der Aufgaben, welche dadurch auf mich gekommen sind."

„Aber die wahre Sorgfalt, welche ich hege für unsere Religion, für die Gesetze und die Freiheiten von England, für die Bewahrung der Thronfolge in der protestantischen Linie, für die Regierung in Kirche und Staat, wie sie gesetzlich festgestellt — diese Sorgfalt ermuthigt mich bei diesem großen Unternehmen, welches, wie ich mir selbst verheiße, mit Gottes Segen erfolgreich sein wird, so wie andererseits dafür spricht die Fortdauer der Treue und der Anhänglichkeit, welche Ihr mir so vollaus betheuert habt."

„Die gegenwärtige Verwickelung erfordert allen Aufwand von Fleiß und Eifer, und es erfreut mich sehr, in Eueren verschiedenen Adressen eine so volle Uebereinstimmung mit mir in der Ansicht zu finden, daß wir nicht zu viel thun können, um unsere Verbündeten zu ermuthigen, zu dem Zwecke die überwachsende Macht Frankreichs nieder zu beugen."

„Ich halte es für sehr nothwendig zugleich Euch den Wunsch auszusprechen, daß Ihr die geeigneten Mittel erwägen wollet, um eine Vereinigung von England und Schottland herbei zu führen, welche Angelegenheit Euch ja neulich empfohlen ist als diejenige, welche die Sicherheit und den Frieden beider Königreiche in gleich naher Weise umfaßt."

„Meine Herren vom Hause der Gemeinen. Es bedarf nicht der Mahnung für Euch, daß die Bewilligung der Einkünfte für die

---

[1]) Man vergleiche das Schreiben Sunderlands an Marlborough, vom 11. 22. März in Coxe's Marlborough vol. I, p. 109.

Digitized by

Bestreitung der Ausgaben der Civil-Verwaltung erloschen ist. Ich verlasse mich gänzlich auf Euere Anhänglichkeit, daß Ihr sie in solcher Art gewähren werdet, wie es der Ehre und der Würde der Krone am besten entspricht."

„Mylords und Herren. Es wird mein beständiges Bestreben sein die Gefühle der Pflicht und Anhänglichkeit, die Ihr mir kund gegeben, zu vergelten durch eine sorgfältige und überwachende Verwaltung der Mittel meiner Unterthanen, und wie ich weiß, daß mein Herz völlig englisch ist, so kann ich Euch auch aufrichtig versichern, daß, was immer Ihr von mir erwarten oder wünschen möget, ich bereit bin zu thun für das Glück und die Wohlfahrt von England, und daß Ihr mich immer erfinden werdet als treu und gewissenhaft bei dem gegebenen Worte" [1]).

Die Whig-Partei hatte Verschiedenes an dieser Rede auszusetzen [2]). Die Königin, sagte sie, empfehle darin die Vereinigung mit Schottland, als sei dies ein neuer von ihr ausgehender Gedanke, ohne des Königs Wilhelm III. dabei zu erwähnen, wo doch dieser Wunsch zu betrachten sei wie sein Vermächtnis an England. — Die Königin habe ferner diese erste Rede fast mit derselben Wendung geschlossen, wie einst ihr Vater Jacob die seinige. Es sei zu befürchten, daß sie ihre Versicherung ähnlich halten werde wie er. — Namentlich aber waren sie erregt über die Versicherung der Königin ein völlig englisches Herz zu haben. Nach der Ansicht der Whigs enthielten diese Worte eine tadelnde Anspielung auf den verstorbenen König.

Da die Whig-Partei auch im Unterhause seit ihrem letzten Siege entschieden die Mehrheit besaß, beschloß sie, eben so indirect wie die Königin Anna den Vorwurf ausgesprochen, ihn auch abzulehnen. Die Adresse des Unterhauses begann mit den Worten: „Erfüllt von dem Schmerze über den großen Verlust, den die Nation erlitten durch den Tod unseres verstorbenen Souveräns, des Königs Wilhelm III., ruhmwürdigen Andenkens, welcher unter Gottes Führung unser Befreier war vom Papstthum und von Sklaverei, bitten wir, unserer Trauer Ausdruck geben zu dürfen".

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 198.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 13. 24. März.

Digitized by Google

Die Verbindung der Worte des Papſtthumes und der Sklaverei prägt, wie üblich, die damalige engliſche Volksmeinung aus, welche mit der Wahrheit der Thatſachen nicht beſteht. England ging in den Krieg, um die politiſche Uebermacht Frankreichs zu brechen, nicht zu Gunſten irgend welcher proteſtantiſchen Macht, ſondern zu Gunſten des Kaiſers, deſſen katholiſches Bekenntnis dabei den Engländern nicht zum Anſtoße gereichte. Wir haben ja dies im Verlaufe unſerer geſchichtlichen Betrachtung oft genug wahrgenommen. Und dennoch iſt es nicht überflüſſig, bei ſolchen hauptſächlichen Wendungen uns an dies Verhältnis immer wieder zu erinnern, weil die Namen ſolcher Art immer aufs neue den Anlaß zum Irrthume nahe legen.

In den dann folgenden Sätzen war die Adreſſe des Unterhauſes der Widerhall der Thronrede der Königin, nur in ſtärkeren Ausdrücken. „Wir verſichern einmüthiglich, ſagt die Adreſſe, daß wir mit der Aufwendung aller Kraft Ew. Majeſtät auf dem Throne erhalten wollen, auf welchen Gott Sie geſetzt, wider den vorgeblichen Prinzen von Wales und wider alle Ihre Feinde. Und weil nichts ſo ſehr zur Ehre und Sicherheit Eurer Majeſtät und Ihrer Königreiche beitragen kann als die unverletzte Bewahrung der bereits gemachten Allianzen oder derjenigen, welche Ew. Majeſtät ferner mit dem Kaiſer, mit der Republik Holland, und anderen Mächten eingehen werden, um die Freiheit Europas zu ſchützen und die überwachſende Macht Frankreichs zurückzudrängen: ſo verſichern wir Ew. Majeſtät, daß wir entſchloſſen ſind, bis zum Aeußerſten unſeres Vermögens, Ew. Majeſtät zur Ausführung dieſes ruhmwürdigen Vorhabens in den Stand zu ſetzen. Und damit alle Ihre Unterthanen in voller Sicherheit ihres Glückes unter Ew. Majeſtät Regierung verbleiben: ſo wollen wir die Thronfolge in der proteſtantiſchen Linie aufrecht halten, gemäß den Feſtſtellungen in den verſchiedenen Acten, und wollen ferner einſtehen für den öffentlichen Credit der Nation“ [1]).

Das Unterhaus in ſeiner Geſammtheit überbrachte die Adreſſe nach St. James. Die Königin erwiederte mit ihrem Danke, daß das Unterhaus ſeine Verſicherungen nicht beſſer bethätigen könne als durch die ſchleunige Erledigung der Erforderniſſe für den öffentlichen Dienſt und für die Hülfe der Bundesgenoſſen.

[1]) Commons Debates vol. III, p. 199.

Digitized by

Es ist unverkennbar, daß das Auftreten der Königin imponirte. Man redete von einer zweiten Königin Elisabeth. Sie selbst hegte einen besonderen Wunsch, denjenigen des königlichen Titels für ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark [1]). Dennoch trat sie damit nicht hervor. Sie scheint auf das Abrathen eines Mannes gestoßen zu sein, dem sie aus eigener Wahl, wie gemäß dem Vermächtnisse, welches thatsächlich in den Veranstaltungen Wilhelms III. lag, zunächst zu folgen hatte, nämlich Marlborough.

Die Zeit des Glanzes, der Macht und, vor allen Dingen, des Reichthumes für das Ehepaar Marlborough war gekommen.

Eine Fülle von reich dotirten Hofämtern ergoß sich auf das Haupt der Lady Sarah, namentlich dasjenige der Oberaufsicht über den Park von Windsor, welche unter dem Könige Wilhelm III. der Graf Portland besessen. Sarah Marlborough blieb der Königin Anna eben so unentbehrlich wie früher der Prinzessin. Wir haben bereits erfahren, daß die vertrauliche Correspondenz sich fortsetzte als diejenige der Missis Morley mit der Missis Freeman. Allein wir haben zugleich auch vernommen, daß die erstere die letztere nicht einweihete in das eigentliche Geheimnis ihrer Seele, in das Versprechen, das sie dem Vater Jacob in St. Germain gegeben. Daß die Königin Anna dies nicht wagte, daß sie in dem sie innerlich zernagenden Bewußtsein ihrer Unaufrichtigkeit keine Stütze hatte, noch finden konnte an Sarah Marlborough, ist der Keim der späteren Entfremdung beider Frauen, mit allen den Consequenzen, welche diese Entfremdung nicht bloß für England, sondern für die Angelegenheiten Europas nach sich zog. Nicht jedoch direct an diesem Puncte, welcher zwischen den beiden Frauen weder damals, noch später zur Sprache gekommen zu sein scheint, sondern an einem anderen, freilich nahe verwandten, regte sich von dem ersten Tage an eine Differenz der Meinungen, wenn auch für lange Zeit noch nach außen hin nicht wahrnehmbar. Die Differenz betraf die beiden großen Parteien, die Tories und die Whigs.

Die Unklarheit, der Dualismus in der Seele der Königin Anna, nach welchem sie für ihr Leben die Krone behalten wollte, um sie dann — wenn es Gott gefiel — einem eigenen Erben zu hinterlassen, oder

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 10./21. März.

Digitized by Google

doch auf jeden Fall lieber dem Bruder in St. Germain als dem Hauſe Hannover, tritt offener und verſtändlicher für uns Spätere, als für die damalige Mitwelt, hervor in ihrem Verhalten zu den Parteien. Um für ſich die Krone zu ſichern, erklärte ſie voll und ganz einzutreten in die Verträge, die ihr Vorgänger mit den anderen europäiſchen Mächten geſchloſſen. Aber Wilhelm III. war zu der Ueberzeugung gekommen, daß ſeine Politik wider die Uebermacht Frankreichs durchzuführen war nur mit den Whigs als der eigentlichen Kriegspartei. Lady Sarah Marlborough war derſelben Anſicht. Sie trat ein für die Whigs, wenn nicht aus Neigung, ſo aus der Erkenntnis, daß die Whigs den Krieg vorbereitet hatten, der dem Ehepaare Marlborough das weite Feld zur Bethätigung ihrer außerordentlichen Begabung eröffnete und reichen Lohn dafür in Ausſicht ſtellte, daß demnach auch nur auf die Whigs man ſich für den Krieg verlaſſen könne [1]).

Die Königin Anna dagegen war Tory, weil ſich der innerſte Wunſch ihrer Seele emporhob über jede andere Rückſicht und Erwägung, und weil ſie für dieſen ihren Wunſch hoffte auf die Tories als die Vertreter der Hochkirche. Das Gebet der Hochkirche ſollte den Himmel beſtürmen für dieſen ihren Wunſch. Darum hauptſächlich war die Königin Anna Tory.

Es kam auf Lord Marlborough an. Obwohl nicht ausgeprägter Parteimann, war er doch in der Regel mit den Tories gegangen. Daß er ſich, bei der veränderten Sachlage, den Anſchauungen der Lady Sarah zuneigte, liegt nahe. Nicht jedoch theilte er ihren Eifer. Wir haben das Programm ſeiner Regierung, wenn man es ſo benennen darf, bereits vernommen aus ſeinen Worten zu dem Geſandten Wratislaw (Bd. IX, S. 484): „Die Königin wird niemals eine der beiden Parteien verfolgen, ſondern, wenn es ihr nicht möglich ſich beider zu bedienen, diejenigen Perſönlichkeiten hervorziehen, welche für ſie und für das Gemeinwohl die beſte Neigung zeigen". Wir werden zu erſehen haben, mit welcher meiſterhaften Gewandtheit in dieſem Sinne

[1]) Man ſehe Aeußerungen von beiden Seiten in der Schrift: Conduct of the D. of M. p. 128 und passim. Das ſtärkſte Motiv ſpricht freilich die Königin nicht aus.

Digitized by Google

Marlborough nach allen Seiten zugleich die Dinge führte, vom ersten Augenblicke an bis so lange dieses sein System haltbar war.

Daß die Königin Anna, ungeachtet der Whig-Mehrheit im Parlamente, Tories ins Cabinet nehmen würde, war vorauszusehen. Marlborough durfte nicht hoffen, sie von dieser Absicht abzubringen. Aber er konnte mildern, die Schärfen abstumpfen. Es kam daher für ihn darauf an, Persönlichkeiten fern zu halten, welche durch eigene Schroffheit selber schon herausfordernd auf die Whigs wirken würden. Unter den Persönlichkeiten solcher Art stand oben an der Graf Rochester, Oheim der Königin. Wilhelm III. hatte ihm bereits das Amt des Vicekönigs von Irland gekündigt: die Königin sprach sehr bald die Absicht aus es ihm zu erneuern. Marlborough dagegen trachtete dahin, eine Persönlichkeit wieder heranzuziehen, die, selber Tory, durch Glätte und Geschmeidigkeit den Whigs am wenigsten zuwider, die dagegen der Königin durch langjährige Geschäftserfahrung empfehlenswerth, ihm selber durch die Bande der Freundschaft verpflichtet war. Diese Persönlichkeit war Lord Godolphin, dessen Sohn eine der Töchter Marlboroughs geheirathet hatte. Godolphin, von Wilhelm III. entlassen, war in den ersten Tagen der Königin Anna noch ohne Amt.

Marlborough jedoch beschränkte sich nicht auf Godolphin. Ein gleiches Familienband wie zwischen ihm und dem letzteren, bestand auch zwischen ihm und dem Grafen Sunderland, dessen Sohn, Lord Spencer, eine andere Tochter Marlboroughs geheirathet hatte. Sunderland war in den letzten Jahren, namentlich seit dem Sommer 1701, entschieden für die Whigs eingetreten, und diese scharfe Parteistellung hatte ihn und Marlborough einander entfremdet. Erst das Eingehen Marlboroughs auf Sunderlands Vorschläge für den Inhalt der Thronrede führte sie wieder zusammen. Sunderland sprach zum Danke für Marlborough die Hoffnung aus, daß sie fortan in den öffentlichen Angelegenheiten Eines Sinnes sein würden. Sunderland war ein anderer Mann geworden als einst zu den Zeiten Jacobs II. Wie man bei der Werthschätzung, die Wilhelm III. dem Lord Sunderland in den letzten Jahren beständig bewiesen, nicht bezweifeln darf, daß dieser Staatsmann seine ungemeine Befähigung zu wirklich treuem Dienste angewendet hat: so muß auch die Versicherung, daß er der Königin dieselbe Treue beweisen werde, als aufrichtig gelten, zumal da

Digitized by Google

bereits der Gedanke des nicht mehr fernen Todes an Sunderland herantrat [1]).

Es ist merkwürdig zu sehen, wie ein scharfblickendes, der englischen Angelegenheiten kundiges Auge das Werden dieses Bundes sofort erkannte. Am Morgen des 13./24. März führte Marlborough seinen Freund Godolphin, der noch nicht wieder im Amte war, zu dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw, und stellte ihn vor als denjenigen, der fortan im Vereine mit ihm das Staatsschiff Englands steuern würde. Indem der Resident Hoffmann, am Abende desselben Tages, dies berichtet, fügt er hinzu: es gehöre zu diesen beiden als dritter noch der Graf Sunderland. „Diese drei, schließt er, werden ein Triumvirat im Ministerium bilden" [2]).

Die moralische Qualität dieser drei Persönlichkeiten liegt aus den früheren Thatsachen zur Genüge vor. Auch Godolphin, obwohl nicht mit so tiefen Schatten beladen, wie Sunderland oder Marlborough, erscheint dennoch keineswegs als ein heller Charakter. Erwägen wir dagegen die intellectuelle Befähigung: so stellt sich das Triumvirat dar als die Auswahl der staatsmännischen Kräfte des damaligen England, und zwar nach dem Urtheile des unzweifelhaften Kenners, des Königs Wilhelm III. Indem also zur Fortführung seines Werkes diese drei Männer sich verbanden und die Königin Anna, ob in voller Klarheit über das, was sie that, ob nicht, ihnen die Zustimmung der Autorität der Krone verlieh, durfte auch in Versailles von Beginn an die Frage aufgeworfen werden, ob der Tod des Königs Wilhelm III., nachdem er einmal sein Werk der großen Allianz vollendet, noch als ein Gewinn zu betrachten sei.

Aber es kam für Marlborough zunächst darauf an, diese Allianz, welche ihm die Thore des Ruhmes und des Reichthums eröffnen würde, sicher zu befestigen. Der Graf Wratislaw hatte ihm sofort nach dem Tode des Königs gerathen nach dem Haag zu gehen, nicht bloß um den Führern der Republik das Festhalten Englands anzukündigen, sondern auch, für den Fall des Wankens, sie zu dem gleichen Entschlusse

[1]) Das Schreiben Sunderlands an Marlborough, vom 11./22. März, in Coxe's Marlborough t. I. p. 109.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 13./24. März.

Digitized by Google

zu ermuthigen. Marlborough wandte ein, daß die Königin seiner in England bedürfe. In den nächsten Tagen jedoch erhielt jener andere Gedanke bei ihm die Oberhand. Wilhelm III. hatte ihn bereits im Jahre zuvor zum Botschafter bei der Republik ernannt. Demnach lag es nahe, daß unter diesen Umständen die Königin Anna ihn sofort dahin entsendete.

Am Morgen des 13./24. März erschien Marlborough bei Wratislaw und führte, wie bereits bemerkt, Godolphin mit. Er eröffnete, daß, dem Wunsche Wratislaws gemäß, eine Kundgebung der Thronbesteigung an den König von Frankreich nicht stattfinden werde. Er theilte ferner mit, daß die Königin in der Frühe desselben Tages ihn zum General-Capitän der englischen Truppen ernannt habe, am Abende ihm den Hosenband-Orden verleihen werde. Die Königin habe ferner ihm den Auftrag ertheilt, baldmöglichst sich nach dem Haag zu begeben und dort einzuwirken. Wenn der Wind ihm günstig, werde er am nächsten Tage aufbrechen. Eben darum habe er den Lord Godolphin hergeführt, um den Gesandten zu bitten, fortan während seiner Abwesenheit sich in allen Angelegenheiten an diesen wenden zu wollen [1]). Da Godolphin damals von der Königin noch nicht ins Ministerium berufen war, so müssen wir annehmen, daß in diesem Falle als geschäftlicher Weg beabsichtigt wurde die Mittheilung durch Godolphin an die Gräfin Marlborough, und dann weiter durch Missis Freeman an Missis Morley. Constitutionell mochte immerhin der Weg nicht sein; aber er war für Marlborough jedenfalls zweckmäßig.

Die Ankündigung Marlboroughs nun doch sich nach Holland begeben zu wollen, nachdem er vorher auf den Gedanken nicht eingegangen war, erschien dem Gesandten auffallend. Da inzwischen von Seiten der Republik her keine Kundgebung eingelaufen war, welche diesen veränderten Entschluß hätte hervorrufen können: so schien der Grund in England liegen zu müssen, nicht in Holland. Es stieg daher die Vermuthung auf, daß die Reise noch einen besonderen geheimen Zweck hatte. Die Königin hatte sich überzeugen müssen, daß ihr Wunsch, dem Prinzen-Gemahl den königlichen Titel zu erwirken, im Parlamente

[1]) Wratislaws Bericht vom 13./24. März. Auch für das Folgende. Eben so aber auch der Bericht Hoffmanns vom selben Tage.

Digitized by Google

nicht durchführbar sein werde. Wratislaw muthmaßte daher, daß die Sendung Marlboroughs bezwecke, die Generalstaaten zu bestimmen, ihm die Aemter des Königs Wilhelm in der Republik zu übertragen.

Die Beredung der drei Staatsmänner verlief beiderseitig nach Wunsch. Wratislaw hatte erst am Tage zuvor die Nachrichten aus Wien erhalten, die Wilhelm III. so sehr gewünscht, namentlich diejenige, daß der Kaiser sich entschlossen, den römischen König Joseph zur Rheinarmee zu entsenden, so wie das Detachement nach Neapel nicht abzuschicken. In Bezug auf Italien erkannte jedoch Wratislaw, daß die englische Strömung etwas anders lief als die holländische. Marlborough erinnerte daran, daß er schon damals, gleich nach der heftigen Rede des Königs vom 19. Februar/2. März, ihm die Verstärkung der Armee des Prinzen Eugen nachdrücklich empfohlen. Er erneuerte diese Mahnung. Godolphin fiel ein: „Der englischen Nation ist hauptsächlich an dem nachdrücklichen Fortgange des Krieges in Italien gelegen. Möge daher der Kaiser nicht unterlassen, die Armee des Prinzen Eugen zu verstärken. Nur wolle man dies nicht laut aussprechen, damit nicht in Holland eine unnöthige Furcht erweckt werde".

Namentlich bat Wratislaw, daß nunmehr die Kriegserklärung wider Frankreich sehr bald erfolge, und zwar von allen drei Hauptmächten zugleich. Dies erschien um so wichtiger, da die in Nördlingen versammelten Deputirten der Kreise Schwaben, Franken und des Rheines sich geeinigt hatten, in diesem Falle der Allianz beizutreten. Marlborough möge im Haag diese Gemeinsamkeit des Handelns vorschlagen. Marlborough versprach es.

Er seinerseits verlangte dann Auskunft, ob der Kaiser seine Zustimmung zu dem von England verlangten Zusatz-Artikel wider den prätendirten Prinzen von Wales gegeben. Wratislaw verwies ihn an den Gesandten Goes im Haag, in dessen Händen sich die Entscheidung bereits befinden werde.

Am selben Abende, dem 13./24. März, erhielt Marlborough, wie er gesagt, den Hosenband-Orden, und zugleich mit ihm der alte Herzog von Bedford. Da der letztere der Whig-Partei angehörte, so läßt sich schwer annehmen, daß die Königin Anna aus eigener Initiative dazu geschritten sei. Vielmehr dürfte die Entschließung dazu dem Rathe Marlboroughs zuzuschreiben sein.

Digitized by

Bevor wir den Botschafter Marlborough mit unseren Gedanken nach dem Haag begleiten, haben wir unsere Blicke auf den Zustand der Dinge dort vor seiner Ankunft zu richten.

Die Nachrichten aus London vom 6./17. März, die am 11./22. im Haag eintrafen, bereiteten auf einen schlimmen Ausgang der Krankheit des Königs vor. Am Morgen des 12./23. März ward in der Versammlung der Generalstaaten die Lage der Dinge erwogen. Es erhob sich keine Stimme für eine Aenderung der politischen Stellung. Noch am selben Abende um fünf Uhr traf die Todesnachricht ein. Die Generalstaaten traten sofort wieder zusammen, und blieben bis tief in die Nacht [1]).

Der Graf Goes meldet den Eindruck dessen, was er sah und hörte, mit den Worten: „Es kann kein Souverän von seinen eigenen Unterthanen tiefer betrauert werden als der König von den Holländern".

Man vernahm am andern Tage, daß der französische Secretär Barré, welcher als Geschäftsträger im Haag verblieben war, sich sogleich zu dem Schweden Lilienroth begeben, und daß dieser in Folge dessen sich zu einem Bekannten geäußert hatte: da man nun allerseits unthätig bleiben werde, so habe er den schwedischen Gesandten Palmquist in Paris aufgefordert, für die Erhaltung des Friedens thätig zu sein. So die Meinung von Barré und Lilienroth. Die Wirkung derselben in Paris werden wir bald erfahren. Es ist zunächst die Frage, wie sich in Folge des Todesfalles die Generalstaaten verhielten.

So schwer der Schlag sie traf, so rang sich doch in der langen Beredung desselben Abends abermals der einstimmige Beschluß hervor, auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren. Förderlich dafür war namentlich ein zugleich eingelaufenes Schreiben von Marlborough an Heinsius, welches im Namen der neuen Königin die gleiche Versicherung aussprach. Der Beschluß ward am nächsten Morgen eben so einstimmig erneuert und die Mittheilung sofort an die einzelnen Provinzen entsendet. So am 13./24. März. Bereits am Morgen des 15./26. erfolgte im Haag selbst von Seiten der Stände von Holland,

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

Digitized by Google

der wichtigſten Provinz, die zuſtimmende Antwort, und zwar ſo, daß ſie in ihrer Geſammtheit ſich zu den Generalſtaaten begaben, und dort der Rathspenſionär in ihrem Namen das Wort führte. „Er hat eine ſchöne und beherzte Rede gehalten," meldet der Graf Goes. In der That, die Rede athmet mit tiefem Schmerze feſtes Gottvertrauen und warmen Patriotismus. Heinſius endete im Namen der Stände von Holland als ihr Organ. Er macht als ihr Berather ihre Gefühle, ihre Gedanken, ihre Mahnungen für die Zukunft kund, und doch iſt es wieder Heinſius perſönlich, der da redet, der ſeiner eigenen Verehrung und Anhänglichkeit für den hingeſchiedenen König warmen Ausdruck gibt, der ferner ſich ausſpricht im Vollbewußtſein der Laſt, die fortan auf ihm ruhen wird. Die Rede iſt kraftvoll, erwärmend, begeiſternd [1]). In dieſem Sinne wirkte ſie auf die Generalſtaaten. Sie beſchloſſen, je eins ihrer Mitglieder an die fremden Geſandten zu ſchicken, um ihnen allen zugleich ihren Entſchluß kund zu thun. Man ließ die Bemerkung einfließen, daß alle Collegien des Staates die gleiche Trauerkleidung anlegen würden, wie ſieben Jahre zuvor um die Königin Mary. Der kaiſerliche Geſandte erwiederte, daß er für ſich und ſeine Dienerſchaft dieſelbe Abſicht habe.

Es fragte ſich dann um die Aemter des verſtorbenen Königs in der Republik, als des Erbſtatthalters für fünf der Provinzen und General Capitäns der Streitkräfte zu Waſſer und zu Lande. In den Generalſtaaten waltete die Anſicht vor, daß dieſe Frage einſtweilen ruhen müſſe, damit ſie nicht Anlaß gebe zur Eiferſucht und Uneinigkeit. Eine Erneuerung erſchien nicht unmittelbar nothwendig. Aber wir haben auch vernommen, daß Wilhelm III. vor ſeiner letzten Abreiſe nach England mit ſeinem Wunſche in dieſer Richtung nicht durchdringen konnte. „Jedenfalls," bemerkt der kaiſerliche Geſandte, „wird der Nachfolger bei Weitem nicht die Befugniſſe erhalten, die der verſtorbene König beſeſſen hat" [2]). Es liegt demnach vor Augen, daß, wie immer die Holländer den König betrauern mochten, die alte oligarchiſche Partei ſchon wieder das Haupt empor hob.

---

[1]) Lamberty t. II, p. 69 et suiv. — Man vgl. über die einzelnen Provinzen Lamberty t. XII, p. 14 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 26. März.

Digitized by Google

Indeſſen die Beſetzung der Stelle eines General-Capitäns erſchien dringend. Einſtweilen übertrug man die Functionen dem Fürſten von Naſſau-Saarbrück. Aber er war alt und kränklich. Ihm zunächſt ſtand der Graf Athlone als General der Cavallerie. Aber lieber hätte man eine Perſönlichkeit von fürſtlicher Geburt geſehen. Der Graf Goes mußte Auskunft geben über alle proteſtantiſchen Reichsfürſten. Es fand ſich gegen jeden Einzelnen derſelben ein Einwand. Dagegen ſchien in Ausſicht zu ſtehen, daß Marlborough, der täglich erwartet wurde, von Seiten der Königin den Vorſchlag machen würde, ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark, zu ernennen. Gegen denſelben ſprach die geringe Meinung von ſeiner geiſtigen Befähigung. Andere wandten ein, daß eben darum man ihn mit einem Kriegsrathe umgeben müſſe. Je mehr man dieſe Dinge erörterte, deſto lebendiger regte ſich das Gefühl des ſchweren Verluſtes, den man erlitten [1]).

Unterdeſſen traf Marlborough ein. Sogleich nach ſeiner Ankunft begab er ſich zum Rathspenſionär und berieth mit ihm mehrere Stunden. Dann ſuchte er den Grafen Goes auf. „Der einzige Unterſchied in Folge des Todes, ſagte Marlborough, iſt der, daß die Königin nicht ins Feld geht. In Betreff der übrigen Leitung der Dinge wird die allgemeine Sache wider Frankreich nichts verlieren. Die Königin wird die geſchloſſenen Allianzen treu erfüllen.“ „Eben darum verhoffe ich auch, fügte er dann hinzu, daß der Zuſatz-Artikel zu der Allianz, in Betreff des prätendirten Prinzen von Wales, in Wien nunmehr erledigt ſein wird.“ Goes wich aus. Er hatte darüber noch keine Reſolution, und ſeine Meldung nach Wien läßt eine gewiſſe Empfindlichkeit nicht verkennen, daß, indem man von dort ihm anbefahl, die Kriegserklärung wider Frankreich gemäß der Allianz zu verlangen, man ihn dennoch zugleich über jene wichtige Frage derſelben unbeſchieden ließ. Marlborough indeſſen drängte zunächſt nicht weiter. Er ſtimmte zu, daß die Kriegserklärung wider Frankreich von allen drei Mächten zugleich zu erfolgen habe. Nur erſchien es ihm geeigneter, daß eine jede der drei Mächte ihre Motive in einem beſonderen Manifeſte entwickele.

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 26. März.

Digitized by Google

Hier aber lag beſonders die Schwierigkeit. Goes legte dar, daß in der Republik vielfach die Anſicht herrſche: man habe ſich nur als Hülfsmacht an dem Kriege zu betheiligen, ſo daß es darum nicht erforderlich ſein werde, den Seehandel mit Frankreich abzubrechen. Marlborough hielt dieſe Anſicht für lächerlich und verſprach deshalb um ſo mehr allen Nachdruck aufzuwenden, um die Nothwendigkeit der Kriegserklärung darzulegen. Im Uebrigen, ſagte er, habe er die Stimmung in der Republik beſſer gefunden, als man in England ſie erwartet habe.

Er fragte dann, was Wratislaw über die Erbietungen des Königs in Betreff Weſtindiens berichtet habe. Auf die Antwort des Grafen Goes erwiederte Marlborough: „Der König hätte darin weiter gehen dürfen. Vermag der Kaiſer zuwege zu bringen, daß ſich Weſtindien für ihn erklärt, ſo ſind wir in England bereit ihm darin beizuſtehen, ohne für uns einen Anſpruch zu erheben. Wir ſehen lieber daß die geſammten indiſchen Beſitzungen dem Kaiſer zufallen, als daß ſie zerriſſen werden. Iſt aber das Erſtere nicht zu erreichen: ſo wird es dem Kaiſer nur lieb ſein, daß wir dem Hauſe Bourbon ſo viel von Indien entreißen wie möglich".

Dann kam die Rede auf Neapel. Marlborough trat dem Grafen Goes gegenüber ſchon beſtimmter hervor als in London dem Grafen Wratislaw. „Nach meiner Anſicht, ſagte er, hat der König in dieſer Sache zu dem Grafen Wratislaw mehr als Erbſtatthalter von Holland geredet, denn als König von England. Ich habe mir das Herz genommen, ihm von jener Vorſtellung abzurathen, damit es nicht ſcheine, als wolle England den Kaiſer hindern, in Italien nachdrücklich aufzutreten. Nun, es iſt geſchehen. Aber ich muß Ihnen jetzt erklären, daß England Alles aufbieten wird, damit ſämmtliche ſpaniſche Beſitzungen in Italien ohne Unterſchied dem Kaiſer zu Theil werden. Das iſt der beſtändige Gedanke der Königin, entſprechend der Geſinnung und dem Intereſſe der engliſchen Nation. Möge der Kaiſer nur die erforderlichen Anſtalten treffen, England wird treulich zur Seite ſtehen und die Republik muß mitgehen. Ein Mitglied der Generalſtaaten hat mich gefragt, ob England Willens ſei, eine Flotte ins Mittelmeer zu ſenden. Ich habe ihm geantwortet: er möge unſere Kriegsvorbereitungen ins Auge faſſen und danach ſich die Frage

Digitized by Google

beantworten, ob etwa dieſe bezwecken, nur den Canal zu bewahren“ [1]).

Dieſe Aeußerungen Marlboroughs weiſen hin auf eine der wichtigſten Veränderungen, die ſich an den Tod Wilhelms III. knüpften. Seit dem Jahre 1688 bis dahin beſtand weſentlich in ſeiner Perſon das einigende Band der beiden Seemächte. Er führte die eine wie die andere. Aber er war als holländiſcher Patriot achtunddreißig Jahre alt geworden: er war Holländer in jeder Faſer ſeines Weſens. Er war Holländer geweſen im Kriege, beim Friedensſchluſſe, bei den Verträgen nachher. Es kann darin an ſich für ihn kein Vorwurf liegen: es kommt nur darauf an geſchichtlich den Thatbeſtand feſtzuſtellen. So lang er lebte, war durch ihn die Republik Holland die führende Macht. Er hatte nun die beiden Seemächte unter einander und mit dem Kaiſer eng verkettet durch die große Allianz vom 7. September 1701. Dieſe Allianz war, wie er ſelber ſie bezeichnete, das wichtigſte Werk ſeines Lebens, und zwar hauptſächlich dadurch, daß die Einigung der Seemächte, die bis dahin weſentlich und hauptſächlich in ſeiner Perſon beruhte, völkerrechtlich gefeſtigt wurde auch über ſein Leben hinaus. Indem die neue Königin von England einerſeits, die Republik andererſeits, einander das Feſthalten an dieſer Allianz zuſagten, ſchienen damit die Dinge in demſelben Zuſtande zu verbleiben wie bisher. Und dennoch trat durch den Wegfall der Perſon Wilhelms III. eine gewichtige Aenderung ein. Nicht mehr war in und durch ſeine Perſon die Republik Holland die führende Macht, ſondern vermöge der Perſönlichkeit — nicht der Königin Anna, ſondern — Marlboroughs kam die Führung an England. Das Verhältnis entwickelte ſich völlig erſt im Laufe der Zeit. Daß jedoch Marlborough ſich von Anfang an über die Sache völlig klar war, ergeben jene ſeine Worte: „Die Republik muß mitgehen“. Der leitende Gedanke der früheren Zeit von 1688 bis 1702, wenn auch Wilhelm III. denſelben nicht ſo ausdrücklich in Worte kleidete, war geweſen: „England muß mitgehen“.

In den nächſten Tagen folgte eine der Provinzen der Republik nach der anderen dem Beiſpiele von Holland und ſprach mit dem tiefen Schmerze über den erlittenen Verluſt zugleich den feſten Willen

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. März.

Digitized by Google

aus, die eingegangenen Verträge zu erfüllen [1]). Die Stadt Amſterdam ließ durch ihre Deputirten den Generalſtaaten beſonders vermelden, daß ſie Alles genehm halte, was die Stände von Holland in der Verſammlung der Generalſtaaten am 26. März kund gegeben und verſprochen. — Wenn vorher ein Bedenken obgewaltet hatte, ob das Vorgehen vom 26. März in der Republik die allgemeine Zuſtimmung finden werde: ſo betraf dasſelbe insbeſondere die Stadt Amſterdam. Um ſo mehr daher hob dieſer Schritt von ihrer Seite den allgemeinen Muth [2]).

Es liegt vor Augen, daß die bewegende Kraft des Ganzen ſich hauptſächlich fand in dem Rathspenſionär Heinſius, dem langjährigen Geſinnungsgenoſſen und Vertrauten des Königs Wilhelm III.

Es kam darauf an, die Stimmung und die Entſchloſſenheit der Republik auch in ſolenner Weiſe nach Außen hin kund zu geben.

Marlborough, als der Botſchafter der Königin von England, hatte ſeine Audienz bei den Generalſtaaten hinausgeſchoben. Da er in Eile herüber gekommen, daher nicht mit dem damals erforderlichen Pomp eines Botſchafters ausgeſtattet war: ſo war es ſeine Abſicht, ohne Aufgebot eines Gepränges vor den Hochmögenden zu erſcheinen. Bei der Lage der Dinge fanden dagegen die Holländer dies nicht zweckmäßig. Marlborough fügte ſich dem Wunſche und fuhr am 31. März mit dem vollen Gepränge eines Botſchafters vor. In der Verſammlung ſprach er den Willen der Königin aus, mit der Republik in derſelben Freundſchaft, in demſelben engen Bunde zu leben wie ihr Vorgänger, darum alle Verträge mit der Republik getreulich zu beobachten und auf's Genaueſte zu erfüllen, ſo wie auch ferner ſolche Verträge einzugehen, entſprechend dem Intereſſe beider Nationen und der Erhaltung der Freiheit Europas, um die übergreifende Macht Frankreichs in gerechte Grenzen einzuſchränken. Er fügte hinzu, daß die Königin ihn geſendet zu dem Zwecke, mit den Hochmögenden die nothwendigen Operationen zu vereinbaren [3]).

Dykvelt als Präſident der Woche antwortete, daß die Generalſtaaten der Freundſchaft und dem Vertrauen der Königin entgegen

[1]) Die Adreſſen ſämmtlich bei Lamberty t. II, p. 75 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 31. März, p. 75 et suiv.

[3]) Lamberty t. II, p. 88.

Digitized by Google

kommen würden, um die Allianzen zum Wohle Englands und der Republik, so wie für die Freiheit Europas zu erfüllen und das große Werk des verstorbenen Königs fortzuführen. Bei dem Namen desselben überwältigte den alten Mann der Schmerz. — Die Entschlüsse, welche Dykvelt hier mündlich kund gegeben, wiederholte am andern Tage der erste Vertretungs-Körper der Republik schriftlich in bündiger Form.

In dem beiderseitigen officiellen und öffentlichen Ausdrucke der Gesinnung der Seemächte war hier das schwere Wort gesprochen, die Absicht des Beugens der französischen Macht, welches zu verwirklichen stand nur durch einen furchtbaren Krieg.

An mehr als einem Orte in Europa hatte man diese feste und entschiedene Haltung der Republik nicht erwartet, am wenigsten vielleicht in Versailles.

Beim Tode des Königs Wilhelm III. war, wie üblich, von London aus der Befehl erlassen, die Seehäfen geschlossen zu halten Das Ausbleiben aller Nachrichten aus England deutete für Frankreich die wichtigste an. Erst am 14./25. März erhielt Ludwig XIV. in Versailles die Nachricht. Die Hofleute, die darum wußten, beobachteten eine Haltung. „Den ganzen Tag hindurch, meldet Dangeau, sprach er über die ihm zugegangene Nachricht kein Wort, und gab kein Zeichen der Freude von sich, obwohl er so vielen Grund dazu hatte. Denn er ist immer Herr seiner selbst in allen diesen Dingen." Am folgenden Tage, also eine volle Woche nach dem Tode Wilhelms III., traf die Bestätigung ein. Ludwig XIV. ließ öffentliche Freudenbezeigungen über die Nachricht in Paris verbieten. Er untersagte nach der anderen Seite hin den Verwandten des Oraniers Trauer anzulegen [1]).

Auch betraf das Verbot nur die öffentliche Freude. Der Eindruck dagegen, den die Todesnachricht von Kensington bei Vielen machte, ergibt sich am klarsten aus den Worten von Torcy an Louville in Madrid, die eine Uebersetzung nicht gestatten. Er schreibt: Ne vous êtes-vous pas évanoui d'aise à cette pacifique nouvelle,

[1]) Dangeau t. VIII, p. 366 und 378.

Digitized by Google

puisqu'on pâme de joie ainsi que de tristesse?[1]) — In entſprechender Weiſe benahm ſich namentlich der Cardinal Janſon Forbin in Rom. Er erhielt die Nachricht um die Mittagszeit und entſendete mit derſelben ſofort einen Edelmann der Botſchaft an alle Cardinäle. Er beſchwerte ſich nachher, daß nur zwei derſelben ſich von der Tafel erhoben, um ſeinen Abgeſandten zu vernehmen. Er ſelber dagegen ſchritt auf der Gallerie ſeines Palaſtes wie ein Triumphator einher, und gab überhaupt ſeine Freude in einer Weiſe kund, die der kaiſerliche Geſandte Lamberg in ſeinem Berichte an den Kaiſer als beſtialiſch bezeichnet[2]).

Den Grundzug dieſer Auffaſſung der Todesnachricht finden wir auch bei dem Marſchall Boufflers. „Dieſes große Ereignis, ſchreibt er, erſcheint ſichtbarlich wie eine Fügung des Himmels, um den katholiſchen König deſto ſchneller in allen ſeinen Königreichen zu befeſtigen“[3]).

Dieſe Franzoſen ſahen demnach Wilhelm III. ſo ſehr als die Seele des Bündniſſes wider Frankreich an, daß ſie vermeinten, ſein Tod werde dasſelbe wieder löſen, oder doch England ihm entziehen.

Andere indeſſen kamen gleich durch die erſten Nachrichten über das Verhalten der Engländer nach dem Tode Wilhelms III. zu einer richtigeren Anſicht. Die Herzogin von Beauvilliers gab die ihrige kund mit den Worten: „Die Engländer meinen es ernſthaft mit ihrer Feindſeligkeit. Sie haben die Prinzeſſin von Dänemark als Königin proklamirt und ſie ſagen, daß ſie die übergreifende Macht Frankreichs beſchränken wollen. So lautet ihr Ausdruck. Demgemäß darf man auf den Frieden von daher nicht hoffen“.

Die weiteren Nachrichten beſtätigten dies ſehr bald. Allein es blieb für Ludwig XIV. noch die Hoffnung auf die Republik Holland. In Folge der Berichte des Secretärs Barré und des Schweden Lilienroth aus dem Haag machte er dort einen letzten, nachdrücklichen Verſuch.

Er verlieh dem Barré den Charakter eines Reſidenten bei der Republik. Er that dies den Generalſtaaten kund durch ein Hand-

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 222.
[2]) Lambergs Bericht vom 8. April.
[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 222. Auch der folgende Brief.

Digitized by Google

ſchreiben, in welchem er bemerkte, daß ſie aus den Aufträgen des Barré die Zuneigung erſehen würden, die er ihnen entgegen trage [1]).

Barré überreichte demgemäß die ihm von Verſailles aus zugeſtellte Denkſchrift, die dort als vortrefflich abgefaßt und als maßvoll gehalten angeſehen wurde. — Der Ton dieſer Denkſchrift war bald ſchmeichelnd, bald drohend. Sie hielt der Republik die ſeit ihrem Beginne von Frankreich erhaltenen Wohlthaten vor, zählte dagegen ihre Acte der Feindſeligkeit in der letzten Zeit auf. „Aber nun, fährt ſie dann fort, wo die Republik ſich ſelber wieder gegeben iſt, wo ihr eigener Geiſt ſie leiten wird, wo nur ihre eigenen Intereſſen für ſie in Frage kommen, wird ihre Haltung beſtimmend wirken auf die Gefühle des Königs für ſie. Wenn die Republik vertrauen will in ſeine alte und aufrichtige Freundſchaft: ſo wird nichts den Handel ihrer Unterthanen ſtören und aller Anlaß zur Klage ſoll für immer begraben ſein." Dann folgt die Drohung: „Die Republik hat zu wählen zwiſchen Frieden und Freiheit einerſeits und andererſeits dem Kriege und der Vernichtung ihres Handels zu Gunſten fremder Intereſſen".

Barré ließ dieſe Denkſchrift ſofort drucken und in der Republik vertheilen.

Die Generalſtaaten übergaben die Schrift den Bevollmächtigten des Kaiſers und der Königin von England, mit dem Bemerken, daß der Hochmuth dieſer franzöſiſchen Kundgebung die Republik nur noch mehr anfeuern werde, bei ihren Entſchlüſſen zu beharren [2]). Goes, Marlborough und Heinſius kamen überein, daß die beiden erſteren eine entgegengeſetzte Denkſchrift einreichen und zugleich öffentlich machen würden. Der Graf Goes hob namentlich einen beſonderen Punct hervor. „Die beleidigende Schmeichelei von Seiten Frankreichs, zu behaupten, daß die Republik ſich ſelber wieder gegeben, fortan freier als zuvor nur nach den eigenen Intereſſen ſich richten werde, ſchließt in ſich einen Zweifel an der Einſicht der Leiter der Republik und ſteht im ſcharfen Widerſpruche mit der allgemeinen Trauer, welche das unglückliche Ereigniß, auf das jene Worte anſpielen, in allen Provinzen

[1]) Lamberty t. II, p. 89. Das Schreiben iſt datirt zu Verſailles, am 27. März. — Eben dort dann die Denkſchrift. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 382.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 1. April.

Digitized by Google

hervorgerufen hat." Um ſo dringender, ſchließt der kaiſerliche Geſandte, erklinge die Mahnung, nun bald zur That zu ſchreiten. — Die Denkſchrift Marlboroughs war noch ſchärfer gefaßt.

Jene Mahnung des Grafen Goes betraf die Kriegserklärung wider Frankreich. In der nächſten Beredung mit Marlborough und Heinſius ſchlug er vor, von der letzten franzöſiſchen Denkſchrift aus den Ausgang zu nehmen, zumal da dieſe ſelber die Kriegesdrohung in ſich berge. Marlborough ſtimmte zu. Heinſius jedoch erwiederte, daß die Einwilligung zur Kriegserklärung erſt von jeder der ſieben ſouveränen Provinzen eingeholt werden müſſe, daß dagegen um des Volkes willen die Antwort auf die franzöſiſche Denkſchrift nicht ſo lange hinausgezögert werden dürfe.

Dieſe Antwort erfolgte am 8. April. Die Hauptſtelle derſelben lautet: „Die Hochmögenden Herren haben mit Verwunderung wahrgenommen, daß die ganze Denkſchrift auf dem Fundamente der Annahme beruht: die Republik habe fortan bei ihren Entſchlüſſen mehr Freiheit als zuvor. Dieſe Meinung bezieht ſich ohne allen Zweifel auf den Tod Sr. Majeſtät des Königs von Groß-Britannien, unſterblichen Gedächtniſſes. Aber der Herr Reſident irrt darin ſehr, weil er die Verfaſſung unſerer Regierung nicht kennt. Er möge alſo wiſſen, daß die Hochmögenden Herren vorher wie nachher gerade eben dieſelbe Freiheit beſeſſen haben, zu berathen und alle die Beſchlüſſe zu faſſen, welche ſie dem Wohle ihres Gemeinweſens für zuträglich und nothwendig erachten. Es iſt wahr, daß ſie nicht tief genug ihr Leid beklagen können, ſich der Leitung und Führung eines Fürſten beraubt zu ſehen, deſſen Weisheit, maßvolles Verhalten und wahrhafter Werth Anerkennung finden werden, ſo lange die Erde ſteht — eines Fürſten ferner, deſſen heldenmäßige Thaten und Verdienſte um dieſe Republik ſie niemals vergeſſen wird — eines Fürſten endlich, deſſen Verluſt alle Bewohner dieſes Landes, ob Groß, ob Klein, aus tiefſter Seele beklagen. Das Streben dieſes Fürſten in Bezug auf die Republik hatte keinen anderen Zweck als denjenigen der Erhaltung ihrer Freiheit und ihrer Religion, und die Hochmögenden, die davon eben ſo völlig überzeugt ſind, wie ſie ſich dabei wohl befunden haben, werden darum ſeinen Grundſätzen folgen, werden feſt halten an den Allianzen, die ſie geſchloſſen, und werden für die Bewachung ihrer Freiheit und

Digitized by

ihrer Religion sich jederzeit derjenigen Mittel zu bedienen wissen, welche Gott ihnen verliehen hat" [1]).

Goes, Marlborough und Heinsius kamen überein, daß die Kriegserklärung gegen Frankreich von allen drei Mächten zugleich erfolgen solle. Nicht jedoch durch ein und dasselbe Actenstück. Denn Marlborough wandte ein, daß das Original einer Kriegserklärung von England ausgestattet sein müsse mit dem großen Siegel des Königreiches. Dazu war die Stellung der Mächte verschieden, weil England und die Republik den Herzog von Anjou als König von Spanien anerkannt hatten und demgemäß ihn auch so benennen mußten. Dagegen versprachen sie, einander gegenseitig den Entwurf der Erklärung vorlegen zu wollen.

Dann jedoch kam der eine wichtige Punct. Der Graf Goes fand sich noch außer Stande, eine definitive Erklärung über den Zusatz-Artikel zu der Allianz zu geben. Heinsius fiel ein: er habe Nachricht, daß der Kaiser den Artikel nicht anders genehmigen werde als mit Weglassung der Worte: praetensus princeps Walliae. Marlborough fuhr auf. „Wenn dies der Fall, erwiederte er, so bin ich außer Stande, hier irgend etwas abzuschließen. Die englische Nation würde darüber so erregt werden, daß ich für nichts einstehen kann. Ich fasse nicht, daß die kaiserlichen Minister die Bedeutung des Titels eines Prinzen von Wales nicht begreifen. Ein Prinz von Wales ist, wie der Dauphin in Frankreich, der anerkannte Erbprinz. Gerade darum, weil in Frankreich für den Sohn des Königs Jacob der Name des Prinzen von Wales üblich war, hat man in England das Wort praetensus ausgefunden und in verschiedenen Acten des Parlamentes bestätigt. Der Gedanke, dadurch über die Geburt des Prinzen ein Urtheil zu fällen, hat dem Parlamente durchaus ferne gelegen. Vielmehr wird die Frage der Geburt im Parlamente geflissentlich vermieden. Dagegen ist es ganz unthunlich, den Wortlaut eines Artikels abzuändern, welcher eine Parlaments-Acte zur Unterlage hat. Ich bitte also um einen sofortigen Bescheid oder um die Absendung eines

[1]) Lamberty t. II, p. 95.

Digitized by Google

Couriers nach Wien mit einer richtigen Darstellung des Verhältnisses" [1]).

Während die drei Bevollmächtigten über diese Sache noch beisammen saßen, am 3. April, trafen die Briefe von Wien ein. Sie brachten für den Grafen Goes den Auftrag, noch einen Versuch zur Abwendung des praetensus zu machen, zugleich jedoch die Ermächtigung, im Falle des Mislingens nachzugeben. Während Goes über den Auftrag nachsann, las auch Heinsius die von Hamel-Bruininx in Wien erhaltenen Berichte. „Ich sehe hier, rief er aus, daß der Kaiser dennoch das praetensus genehmigt hat, und zwar auf das Gutachten seines Beichtvaters."

Der Bericht war begründet. Fassen wir also den Hergang ins Auge.

Wir haben vernommen, daß das Gutachten der Minister (Bd. IX, S. 460) dem Kaiser anheim gab, über seine Gewissensbedenken gegen den Zusatz-Artikel in der von England verlangten Form einen Theologen zu befragen.

Der Kaiser Leopold ging, wie es scheint, damals nicht darauf ein. Aber die Berichte Wratislaws aus London mahnten unablässig an die Forderung von englischer Seite. Einer der Minister faßte daher aus sich den Entschluß, die Frage dem kaiserlichen Beichtvater, dem Jesuiten Menegatti, vorzulegen. Er erhielt die folgende Antwort, datirt vom 21. März [2]).

„Da es der Wahrheit entspricht, daß der hinterlassene Sohn des Königs Jacob prätendirt, Prinz von Wales zu sein, und in dem Zusatz-Artikel nichts darüber gesagt wird, ob er mit Recht oder nicht diese Prätension erhebt: so halte ich dafür, daß man ohne irgend ein Unrecht gegen den König Jacob seinen Sohn als den prätendirten (praetensum) Prinzen von Wales bezeichnen dürfe. Und zwar ist mein wichtigster Grund der folgende. Es ist allgemein gebräuchlich, daß bei einem Streite zweier Personen über ein Recht oder eine Würde, indem der eine Theil die Würde für sich beansprucht, der andere sie ihm verneint, der Beanspruchende bezeichnet wird als der

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

[2]) Anlage I.

Digitized by Google

ſie Prätendirende. Nun ſchwebt aber zwiſchen den Engländern und dem Sohne des verſtorbenen Königs Jacob die Differenz, ob jener Prinz von Wales ſei, indem die Engländer es verneinen, der Sohn Jacobs und die Franzoſen es bejahen und dieſe Würde für ihn prätendiren. Deshalb darf nach meinem geringen Urtheile der Sohn Jacobs II. mit Recht als der prätendirte (praetensus) Prinz von Wales bezeichnet werden. Denn dadurch wird die Frage, ob er in Wirklichkeit das iſt, was er zu ſein prätendirt, oder ob er es ohne Grund prätendirt, nicht entſchieden."

Auch dieſes Gutachten ſchlug noch nicht alle Bedenken des Kaiſers nieder. Daher erfolgte an den Geſandten Goes der Auftrag, noch einmal den Verſuch zu machen, das Wort praetensus auszumerzen.

Allein Goes erhielt nun dieſen Auftrag, wo zugleich Heinſius ihm und Marlborough aus den Wiener Berichten ankündigte, daß der Kaiſer in den Artikel willige. Heinſius las ihnen Beiden den Wortlaut vor.

Demnach war auf irgend eine Weiſe das Geheimnis in Wien dem holländiſchen Geſandten zugebracht. Wie der Bericht desſelben den Grafen Goes in eine ungünſtige Lage brachte: ſo befand ſich zur ſelben Zeit in einer noch weniger vortheilhaften der Graf Wratislaw in London, weil ihn die Miniſter in Wien ohne Nachricht ließen, der engliſche Geſandte Stepney dagegen von dort aus, in Unkenntnis der letzten Intention, nach London meldete, daß der Kaiſer ſich auf das Wort praetensus nicht einlaſſe. Der Vorgang, der in Folge deſſen ſtattfand, iſt charakteriſtiſch für das ganze Verhältnis.

Am 24. März/4. April begab ſich der Staats-Secretär Vernon im Auftrage der Königin zu dem Geſandten Wratislaw. „Der Zuſatzartikel, begann er, wenn in ihm das Wort praetensus fehlt, wäre für England nicht ein Vortheil, ſondern ein Nachtheil. Diejenige Partei hier, welche bereits vor einem Jahre gegen den Kaiſer ſtand, wartet nur auf dieſe Gelegenheit." Es iſt nicht unwichtig, bei dieſen Worten Vernons uns zu vergegenwärtigen, daß der Antrag des Zuſatz-Artikels im Unterhauſe von dem Toryführer Seymour ausgegangen war, in der Hoffnung, der Kaiſer werde nicht zuſtimmen. — Auf die weitere Frage Vernons erwiederte Wratislaw, daß er keinen

Digitized by Google

Auftrag habe. Vernon verſetzte, daß er am Abende wieder kommen werde. Es geſchah. Als Wratislaw ſeine Antwort wiederholte, brach Vernon ungeduldig in die Worte aus: „Aber was ſoll ich glauben, da doch Stepney den Zuſatz-Artikel ohne das Wort praetensus bereits hieher eingeſchickt hat?“ [1])

Wratislaw wandte ſich klagend an den Kaiſer. „Es iſt mir unmöglich, ſchrieb er, den Dienſt Ew. k. Majeſtät hier zu verſehen, wenn die Reſolutionen dort fremden Geſandten eher kund werden als mir. Man weiß hier Alles, was ich nach Wien berichte. Dazu bin ich nun ſeit zwei Monaten ohne Beſcheid. Das macht mich irre. So lange der König lebte, fand der Verkehr ſtatt zwiſchen ihm und mir. Jetzt habe ich mit einer Reihe von Perſonen zu verhandeln, die theils für, theils gegen uns geſinnt ſind. Ich bitte um Geheimnis und ſchleunige Expedition“ [2]).

So Wratislaw. Kehren wir zurück zu der in anderer Weiſe ſchwierigen Lage, in welche ſich der Geſandte Goes im Haag durch den von Heinſius ihm und Marlborough vorgeleſenen Bericht aus Wien verſetzt ſah. Der Geſandte wußte dennoch raſch der Sache eine günſtige Seite abzugewinnen. „Immerhin, ſagte er, mag der Berichterſtatter den Inhalt meines Auftrages errathen; aber es kommt doch auf die Faſſung an. Die Sache iſt die: wenn die Kriegserklärung wider Frankreich abſolut von meiner Antwort abhangt: ſo bin ich bereit, dem Grafen Marlborough zu willfahren, wenigſtens in der Hoffnung der Genehmigung, alſo den Zuſatz-Artikel zu unterzeichnen. Aber das Eine iſt untrennbar von dem Andern.“ Der Keil ſchlug ein. Marlborough verſprach alles aufzubieten, um den Entſchluß der Republik zu fördern [3]).

Ein Vorſchlag über die Ernennung des Prinzen Georg von Dänemark zum General-Capitän der Republik ward von Marlborough direct nicht gemacht. Auf die Anfrage des Grafen Goes erwiederte jener: er habe keinen Auftrag, die Sache anzuregen. Wenn jedoch von holländiſcher Seite der Vorſchlag gemacht würde: ſo erſcheine ihm dies als das beſte Mittel, die beiden Mächte ſo eng aneinander zu

[1]) Wratislaws Bericht vom 4. April. Auch für das Folgende.
[2]) Desgleichen
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

Digitized by Google

knüpfen wie zuvor, und gern würde dann er als englischer General-Capitän sich diesem Oberfeldherrn unterordnen [1]).

Wenn die letzten Worte Marlboroughs eine Wahrheit enthalten: so dürfte diese sich beschränken auf die äußeren Abzeichen des Ranges. Denn daß ein Mann von außerordentlich hoher Befähigung wie Marlborough, sich einer Persönlichkeit von außerordentlich geringer Befähigung wie der Prinz Georg, gern unterordnen würde, läßt Raum für einigen Zweifel, es wäre denn, daß Marlborough der Fügsamkeit des Prinzen unter seiner Leitung unbedingt sicher gewesen wäre. Die Frage indessen kam praktisch nicht zur Geltung, weil die Geneigtheit in der Republik sich nicht fand.

Am andern Tage begab sich Marlborough in die Versammlung der Stände von Holland. Als die drei Bevollmächtigten am 6. April wieder zusammen traten, begann der Rathspensionär Heinsius zu dem Grafen Goes: „Sie haben dem Grafen Marlborough in Aussicht gestellt, daß Sie, wenn er die Sache der Kriegserklärung bei der Republik durchsetze, den Zusatz-Artikel in der verlangten Form unterzeichnen würden. Ich kann Ihnen nun eröffnen, daß die Stände von Holland heute einhellig die Kriegserklärung beschlossen haben. Ich füge hinzu, daß der Beschluß hauptsächlich den Bemühungen des Grafen Marlborough beizumessen ist. Andererseits ist Ihnen bekannt, daß, wenn die Provinz Holland voran geht, die anderen Provinzen folgen. Demnach darf die Sache als sicher angesehen werden. Es kommt daher nur auf Sie an". Marlborough selber fügte hinzu, daß er den ersten günstigen Wind benutzen werde, und wiederholte dann mehrmals, daß er, wenn er nicht den Zusatz-Artikel von kaiserlicher Seite unterzeichnet mitbrächte, in England nichts ausrichten werde. Der kaiserliche Gesandte erklärte sich bereit zu unterzeichnen [2]).

Dann vereinbarten die drei Bevollmächtigten sich über die Kriegserklärung in folgenden Worten:

„Im dritten Artikel der Allianz vom 7. September 1701 ist gesagt, daß die Zeit von zwei Monaten verwendet werden soll, um in friedlicher Weise auf dem Wege der Unterhandlung eine vernünftige

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

[2]) Desgleichen vom 7. April. — Der Zusatz-Artikel, so wie er gezeichnet ist, steht bei Dumont t. VIII, 1, p. 91.

Digitized by Google

Satisfaction für die Anſprüche Sr. Kaiſerlichen Majeſtät an das ſpaniſche Erbe zu erwirken, ſo wie für Ihre Großbritanniſche Majeſtät und die Hochmögenden Herren Generalſtaaten eine beſondere und ausreichende Sicherheit für ihre Königreiche und Länder. Die zwei Monate ſind längſt verſtrichen, ohne daß ſich ein Schein einer Hoffnung dieſer Art gezeigt hat. Im Gegentheile beharrt der allerchriſtlichſte König bei dem Vorſatze, die geſammte ſpaniſche Monarchie für ſeinen Enkel zu behaupten und eng mit Frankreich zu vereinigen. Zu dieſem Zwecke haben die beiden Mächte ihre Truppen in Italien und Belgien vereinigt, die franzöſiſchen haben die Länder Köln und Lüttich beſetzt, befeſtigen ſich in Belgien und bedrohen von dort aus die Republik der Niederlande. Deshalb, um nicht noch weiter ſich zuvorkommen zu laſſen, haben die verbündeten Mächte beſchloſſen, ihre Streitkräfte zu vereinigen und dem allerchriſtlichſten Könige und ſeinem Enkel den Krieg anzukündigen, zu Waſſer und zu Lande, insgeſammt am 4./15. Mai 1702" [1]).

So die Vereinbarung der drei Staatsmänner im Haag. Dann brach Marlborough auf, um ſie und zugleich den nunmehr von Goes unterſchriebenen Zuſatz-Artikel zu der Allianz nach England zu überbringen. Daß der Kaiſer dieſem Artikel ſeine Zuſtimmung gegeben, durfte in England verlauten: der Beſchluß der gleichzeitigen Kriegserklärung an Frankreich blieb noch für mehrere Wochen dort das Geheimnis von nur drei Perſonen: der Königin, Marlborough, Wratislaw. Es geſchah aus Beſorgnis vor den Bemühungen, welche der Graf Rocheſter als Haupt der Tory-Partei dagegen aufbieten werde. Die Stellung Marlboroughs ihm gegenüber prägte ſich ſchärfer aus. Auf die klagende Anfrage Wratislaws, warum man dieſe ſtörende Perſönlichkeit nicht in die Statthalterſchaft Irland entſende, erwiederte Marlborough: „Gedulden Sie Sich, er wird nolens volens dahin gehen müſſen" [2]).

So am 7./18. April. Es war alſo die Frage der nächſten Zukunft, welcher von beiden den andern heben würde, ob Rocheſter, ob Marlborough.

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 18. April.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 18. April.

Digitized by Google

Inzwiſchen war die Popularität der Königin im raſchen Steigen. Da die Abſchwörung des Prinzen in St. Germain zum Geſetze gemacht worden war, ſo zog die Weigerung die Ausſtoßung aus dem Parlamente nach ſich. Einige wenige Mitglieder des Oberhauſes, unter der Führung des Grafen Nottingham, weigerten ſich dennoch. Es überwog indeſſen die Anſicht, daß ſie damit nur bezweckten ſich hervorzuthun, und dann dem allgemeinen Beiſpiele folgen würden. Im Unterhauſe hatten bis zum 27. März/7. April ſchon 440 den Eid geleiſtet. Etwa 70 Mitglieder waren abweſend. Mit Sicherheit wußte man nur einen Einzigen, der, anweſend, ſich geweigert hatte [1]).

Das Unterhaus bewilligte der Königin dieſelben Einkünfte wie früher dem Könige Wilhelm III. Allein, da er damals von dieſem Betrage ihr als der präſumtiven Thronerbin ein Jahrgeld von 50.000 Pfund Sterling zu zahlen hatte: ſo erhielt nun die Königin in Wirklichkeit ſo viel mehr, es wäre denn, daß ſie jenen Betrag in gleicher Weiſe für die nach ihr präſumtive Thronerbin verwendete. Ob dieſe Frage damals aufgeworfen iſt, wird ſpäter an uns herantreten. Die Königin Anna ſprach ſich aus, daß ſie die Schulden ihres Vorgängers abtragen würde. Man ſchätzte dieſelben auf 600.000 Pfund Sterling [2]).

Irgend welche Habgier lag der Königin Anna ferne. Sie hatte als Prinzeſſin den ihrem Range gebührenden Hofſtaat geführt, keine Schulden gemacht, und doch dabei erhebliche Mittel zu wohlthätigen Zwecken verwendet. Die geregelte Ordnung ihres eigenen Hofhaltes erweckte die günſtige Meinung, daß fortan dem Unterſchleiſe mit mehr Nachdruck geſteuert werde als unter ihrem Vorgänger [3]).

Am 30. März/10. April erſchien die Königin im Parlamente, um jene Bill der Bewilligung für ſie zu ſanctioniren. Sie hob in ihrer Anrede hervor, daß ſie, im Anblicke der ſchweren Steuern, welche auf ihren Unterthanen laſteten, ſich ſelbſt in ihren eigenen Ausgaben beſchränken würde, um in aller Weiſe zur Erleichterung beizutragen.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. April.
[2]) Desgleichen vom 28. März.
[3]) Desgleichen vom 11. April.

Digitized by Google

Dann fuhr ſie fort: „Es mag ſein, daß die mir bewilligten Einkünfte fortan nicht ſo viel austragen wie bisher: des ungeachtet will ich Anordnung treffen, daß für dies Jahr aus den mir einſtimmig von Euch gewährten Mitteln 100.000 Pfund Sterling für den öffentlichen Dienſt verwendet werden“ [1]).

„Es iſt nicht zu beſchreiben, meldet Hoffmann, mit welchem Beifall dieſe Worte vernommen worden ſind. Sie iſt in der That eine zweite Königin Eliſabeth, heißt es aller Orten. Denn ſeit deren Tagen hat man kein Beiſpiel einer ſolchen Gütigkeit. — Die Königin hat durch dieſen Act die Herzen ihrer Unterthanen völlig gewonnen“ [2]).

Beide Häuſer des Parlamentes beſchloſſen Dank-Adreſſen. Bei der Berathung derjenigen des Unterhauſes ſagte der Tory Seymour: man ſehe an dieſer Großmuth der Königin augenſcheinlich, daß ſie ein wahrhaft engliſches Herz habe. Man habe Regierungen gekannt, bei denen man ſich auch in der größten Calamität eines ſolchen Beiſtandes nicht habe verſehen dürfen. Auf dieſe Worte erhob ſich Lord Spencer, der Sohn Sunderlands und Schwiegerſohn Marlboroughs. Nachdem auch er das Lob der Königin verkündet, wandte er ſich wider Seymour. Vom Könige Wilhelm, rief er, werde Niemand ſagen dürfen, daß nicht auch er ein engliſches Herz gehabt, außer denen, die ihrerſeits ein franzöſiſches haben. Die Tories hielten es nicht für geeignet, auf den Angriff zurückzukommen [3]).

Bereits vom Anfange April an ſtiegen in der Whig-Partei allgemeine Beſorgniſſe über die künftige Haltung der Königin empor, namentlich in Folge eines beſonderen Vorfalles. Die Provinz Gloceſter ließ durch John How, einen eifrigen Gegner des verſtorbenen Königs, der Königin eine Adreſſe überreichen. Die Adreſſe iſt der erſte Ausdruck des Cultus vor der Perſon der Königin, welcher fortan von vielen Mitgliedern der Tory-Partei betrieben wurde und den berechtigten Unmuth der Lady Marlborough wach rief [4]). Die Adreſſe gibt die unausſprechliche Freude kund, welche die Thronbeſteigung der Königin Anna bei den Unterzeichnern hervorruft. Sie ſpricht ferner die

[1]) Commons Debates t. III, p. 200.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. April.
[3]) Desgleichen vom 14. April.
[4]) Conduct of the D. of Marlborough p. 137 sqq.

Digitized by

Hoffnung aus, daß es der hohen Weisheit der Königin und ihrem ganz englisch gesinnten Herzen gelingen werde, allen Factionen und unchristlichem Parteigetriebe, welches seit langem die Nation zerrüttet, ein Ende zu machen, und daß die exemplarische Frömmigkeit und Tugend der Königin mehr als alle geschriebenen Gesetze beitragen werde, die Religion, die guten Sitten, die Wohlthätigkeit zu befördern, sowohl in Betreff des Geistlichen wie des Weltlichen. Der Schluß der Adresse wandte sich gegen den Prätendenten und alle anderen Feinde der Königin. — Sie nahm die Adresse entgegen mit den Worten: „Ich bin Ihnen und Ihren Freunden sehr verpflichtet, und danke Ihnen für Ihre wohlgemeinte Adresse“ [1]).

Eine solche Antwort auf eine Partei-Adresse entsprach nicht dem englischen Herkommen. Der Herzog von Somerset, Mitglied der Whig-Partei, wandte sich an Wratislaw, damit er Marlborough bewege der Königin Vorstellungen zu machen. Marlborough erwiederte: die Königin habe nicht mit Vorbedacht geredet, habe Niemanden kränken wollen. Er für sich billige weder die Adresse, noch die Antwort: aber die Sache sei geschehen. Somerset, damit nicht befriedigt, machte selber der Königin Vorstellungen. Die Reden Marlboroughs mochten ihr unterdessen klar gemacht haben, daß sie mit jenen Worten aus der Reserve der königlichen Stellung herausgetreten war. Sie erwiederte dem Herzoge: sie verlange ihn und seine Freunde für den öffentlichen Dienst zu verwenden: deshalb wolle sie ihm aufrichtig sagen, daß sie bei dem Verlesen der Adresse den eigentlichen Kern nicht verstanden. Nun, nach näherer Prüfung, müsse sie offen bekennen, daß sie den Inhalt nicht billige. Sie redete weiter in diesem Sinne. Den Whigs ging daraus die Hoffnung hervor, daß die Königin das Parlament, dessen Befugnisse sechs Monate nach dem Tode des Königs gesetzlich aufhörten, fortbestehen lassen werde. Mehrere von ihnen baten den kaiserlichen Gesandten sich dafür zu verwenden. Wratislaw erwiederte, daß er ihre Wünsche theile, aber Bedenken trage sich in innere Angelegenheiten einzumischen [2]). Ob die Hoffnungen und Wünsche der Whigs irgend welche Aussicht hatten, mußte sich bald entscheiden.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. April.

[2]) Wratislaws Bericht vom 28. April.

Digitized by Google

Die Beiſetzung der Leiche Wilhelms III. ſollte in der Stille ſtattfinden, jedoch feierlicher als diejenige Carls II.

Am 12./23. April des Abends um zehn Uhr begann von Kenſington aus der Trauerzug nach Weſtminſter. Der mit violettem Sammt überzogene Sarg ſtand auf einem offenen Wagen, überdacht von einem Thronhimmel, der getragen wurde von ſechs Herzögen. Der Prinz Georg folgte als erſter Leidtragender, aſſiſtirt von zwei Herzögen und ſechszehn Grafen. Der Adel folgte in Zweiſpännern. Die Straßen entlang durch die äußere Stadt ſtanden die Leibgarden. Von acht Uhr Abends an erdröhnte je nach einer Minute vom Tower ein Kanonenſchuß, bis zu drei Uhr Morgens. Die Ceremonie in Weſtminſter, obwohl es nur ein Privatbegräbnis war, dauerte bis zwei Uhr Morgens [1]).

Nachdem der Sarg in die Gruft hinabgeſenkt war, traten, dem Herkommen gemäß, der Oberſt-Hofmeiſter, der Oberſt-Kämmerer, der Hof-Zahlmeiſter und der Controlor, mit ihren weißen Stäben in der Hand an die offene Gruft und zerbrachen die Stäbe. Ihre Aemter waren damit zu Ende.

Am anderen Tage überreichte die Königin neue weiße Stäbe an den Oberſt-Kämmerer Grafen Jerſey und den Hof-Zahlmeiſter Grafen Bradford. Der Herzog von Devonſhire, bis dahin Oberſt-Hofmeiſter, erſchien nicht bei Hofe. Die Königin war bereit ihn wieder zu ernennen; aber ſie wollte nicht den Controlor, Lord Wharton, den wir als ſcharfen Whig kennen. Deshalb wich ſein Freund Devonſhire durch Fernbleiben aus. Marlborough begab ſich zu Wratislaw und bat dringend auf Devonſhire einzuwirken; denn im anderen Falle ſehe ſich die Königin hingedrängt zu den Tories. Wratislaw, um nicht direct ſich zu betheiligen, forderte Somerſet auf bei Devonſhire einzutreten. Es geſchah. Devonſhire nahm den weißen Stab an. Zugleich aber verlieh die Königin denjenigen des Controlors dem Torhführer Sir Eduard Seymour [2]).

Wie ſchon dieſe Ernennung die Whig-Partei heftig erregte, ſo durchlief noch am ſelben Tage die Stadt das Gerücht, daß Aemter in

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 25. April. Auch für das Folgende.

[2]) Wratislaws Bericht vom 28. April.

Digitized by Google

Ausſicht ſtünden für Musgrave, Granville, und ſogar für John How, die ſämmtlich unter der vorigen Regierung ſich hervorgethan als entſchiedene Gegner des Königs, und von denen namentlich John How, der erſt kürzlich die Adreſſe von Gloceſter überreicht, nicht in den Schranken des Tactes ſich gehalten hatte. Die Hoffnungen der Whigs waren in raſchem Sinken [1]).

Die Krönung der Königin ſollte ſtattfinden am 23. April/4. Mai, dem St. Georgstage, und darum folgte vorher raſch eine Ernennung der anderen. Seymour wurde zum Mitgliede des Cabinets, John How zum Mitgliede des geheimen Rathes ernannt. Dies fiel beſonders auf, weil die Antwort der Königin auf die Beſchwerde des Herzogs von Somerſet über die von How überreichte Adreſſe mit einer Ernennung ſolcher Art wenig vereinbar war. Noch größeres Aufſehen indeſſen erregte die Uebergabe des Geheimſiegels an den Marquis von Normanby. Die Perſönlichkeit desſelben wurde viel erörtert. Es hieß, daß er einſt ſogar ſich mit der Hoffnung geſchmeichelt habe, die Prinzeſſin Anna von York heimzuführen, und daß ſeine Hoffnung geſcheitert ſei an der Nicht-Einwilligung des Vaters, des nachherigen Königs Jacob II. Wir haben ſeiner Zeit erſehen, daß die Verheirathung der Prinzeſſin mit Georg von Dänemark in den Augen Ludwigs XIV. und des damaligen Herzogs von York ein politiſches Gegengewicht bilden ſollte gegen die Heirath der älteren Schweſter Mary mit dem Prinzen von Oranien (Bd. II, S. 416 u. f.). Normanby beſaß ein großes Vermögen, erfreute ſich jedoch weder eines guten Rufes, noch eines Anſehens ſelbſt bei ſeiner eigenen Partei. Er hatte die Jahre vorher mit dem franzöſiſchen Botſchafter Tallard auf freundſchaftlichem und vertraulichem Fuße gelebt, und es hieß, daß Tallard ſeine Berichte nach Verſailles unter der Mitwirkung von Normanby verfaßt habe. Mit Bezug auf dies Gerücht hielt Wratislaw ſich berechtigt, zu Marlborough über die Ernennung zu reden. Wenn die Königin, ſagte er, für ihren Dienſt Perſönlichkeiten verwenden wolle, die nicht eine Bürgſchaft des Geheimniſſes nach Frankreich hin gewährten: ſo würde das Vertrauen der verbündeten Mächte zu den engliſchen Miniſtern nicht Wurzel ſchlagen. „Es thut mir leid um die Königin, fuhr Wratislaw fort,

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Bericht vom 28. April.

Digitized by Google

und noch mehr um Sie, weil, wenn dies ſo fortgeht, ich vorausſehe, daß man einerſeits gewichtige Perſönlichkeiten zurückſtößt, andererſeits ſolche Individuen heranzieht, die in etwa ſchwierigen Fällen entweder keine Dienſte leiſten können oder nicht wollen." Marlborough zuckte die Achſeln und erwiederte: er habe an der Ernennung Normanbys keinen Theil. Er kenne die übelen Eigenſchaften desſelben und habe Beſorgnis vor den Conſequenzen. Allein es ſtehe nicht in ſeiner Macht in Alles und Jedes einzugreifen. Andererſeits könne er verſichern, daß das Amt eines Geheimſiegel-Bewahrers mit den auswärtigen Angelegenheiten in keiner Beziehung ſtehe [1]).

Wratislaw zog daraus den Schluß, daß nur in Betreff der Aemter, die nach außen hin eine Bedeutung hatten, die Königin den Rath Marlboroughs erfrage, für England ſelbſt jedoch ſich nicht binden laſſe.

Man vernahm weiter die überraſchende Kunde, daß die Königin ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark, zum Generaliſſimus aller engliſchen Streitkräfte zu Waſſer und zu Lande ernannt habe. Ein ſolches Amt war in England ohne Beiſpiel. Es mochte um ſo gerechteres Aufſehen erregen, da das Urtheil, welches einſt Jacob II. über die militäriſche Befähigung dieſes ſeines Schwiegerſohnes gefällt (Bd. IV, S. 246), doch auch von Anderen getheilt werden mochte, namentlich durch das Verfahren von Wilhelm III. dem Prinzen gegenüber durchaus beſtätigt worden war. Die Königin Anna dagegen gab noch die Hoffnung nicht auf, daß auch die Republik ihrem Beiſpiele folgen und den Prinzen zum General-Capitän ernennen werde. Dann würde der Prinz-Gemahl in dieſer Beziehung dem Könige Wilhelm gleich ſein. Marlborough ſuchte dem kaiſerlichen Geſandten nahe zu legen, wie förderlich es ſein würde, wenn der neue holländiſche Botſchafter das Patent dieſer Ernennung nach England herüber bringe. „Auf Ihren Wunſch, erwiederte Wratislaw, bin ich bereit an den Grafen Goes im Haag darüber zu ſchreiben, verhehle Ihnen aber nicht, daß meine Hoffnung gering. Wie die Bereitwilligkeit der Republik ſchon vorher nicht groß war, ſo kann das Hinüber-Lenken der Königin zu den Tories ſie nicht befördern" [2]).

[1]) Wratislaws Bericht vom 3. Mai.

[2]) Desgleichen.

Digitized by

Die Frage wurde in denſelben Tagen in der Republik verhandelt, und zwar nicht bloß in den oberen Collegien der Regierung im Haag. Gemäß der Verfaſſung der Republik hatte eine jede einzelne ſouveräne Provinz zu entſcheiden. So war es auch zu den Zeiten des Königs geweſen; aber ſeit ſeinem Tode hatten ſich die Dinge noch ſehr geändert. In den Ständen von Holland hatte jede der Städte ihren Deputirten; aber auch die Ritterſchaft war dort vertreten und hatte, nach der Anſicht der Bürgermeiſter, allzu vielen Einfluß. Deshalb nahmen die Magiſtrate der Städte die wichtige Frage, ob ein Erbſtatthalter oder ein General-Capitän wieder zu ernennen, an ſich zurück, um ihrem Beſchluſſe gemäß ihren Deputirten zu inſtruiren. Wiederum aber konnten die Magiſtrate der Städte nicht handeln ohne die Vertretung der Bürgerſchaft, die Vroetſchappen. In dieſen alſo ward die Ernennung eines General-Capitäns erörtert, nicht einer beſtimmten Perſönlichkeit, ſondern im allgemeinen, ſo jedoch, daß die Qualitäten derjenigen, die in Frage kamen, von den Verordneten der Bürgerſchaft abgewogen wurden. Unter den vorgeſchlagenen Perſönlichkeiten, über welche die ehrſamen Bürger ihr Gutachten abgaben, befand ſich auch der Prinz-Gemahl von England. Aber nicht bloß hatte die Königin Anna ſelbſt den Holländern durch die Erhebungen ſo vieler Tories Beſorgnis eingeflößt: die engliſchen Agenten in Holland verlangten geradezu die Ernennung, und ließen für den Fall der Verweigerung Drohungen durchblicken [1]). Ein ſolches Verfahren konnte das Vertrauen auf die Feſtigkeit der Allianz ſchwächen, nicht jedoch dem eigentlichen Zwecke dienen. Mit Ausnahme von Dortrecht kamen die Vroetſchappen ſämmtlicher Städte von Holland überein, daß ein General-Capitän nicht zu ernennen ſei. Demnach fügte ſich auch Dortrecht. Es blieb alſo dem Prinzen-Gemahl nur die Ehre der engliſchen Uniform.

In London fand unterdeſſen am 23. April/3. Mai die Krönung ſtatt mit ungemeiner Pracht. Da die Fußgicht der Königin das Gehen nicht verſtattete, entſprach ſie in ſo weit nicht dem Herkommen, daß ſie ſich in einem Seſſel tragen ließ. Dieſer war ohne Rücken, damit

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 5. Mai: Was ich dabei am meiſten bedauere, iſt, daß es ſcheint, daß die Engländer nunmehr mit Gewalt tentiren wollen, was Marlborough vorher ſo kaltſinnig proponirt hat, und, im Falle eines Refus, bedrohen wollen. — Ueberhaupt das Ganze hier nach den Berichten des Grafen Goes im Mai 1702.

Digitized by Google

die Schleppe beſſer gehalten werden konnte. Man bemerkte, daß die Königin auf dem Hinwege einen mit Diamanten beſetzten Goldreifen trug, und dann, nachdem die Krönung in der herkömmlichen Form geſchehen war, auf dem Rückwege die eigentliche kaiſerliche Krone. So der richtige Name. Denn, um anzudeuten, daß die Krone England dem römiſchen Kaiſer keine Superiorität zuerkenne, war ſie ſchon in früheren Zeiten durch einen Parlamentsbeſchluß als kaiſerlich benannt worden [1]). Nach der Krönung fand im großen Saale zu Weſtminſter an drei Tafeln das Bankett ſtatt, und während desſelben die Ceremonie der Herausforderung. Der Kämpfer der Königin, geharniſcht vom Kopf bis zu Fuß, zu Pferde, geleitet von zwei anderen Reitern, dem Groß-Conſtabel und Groß-Marſchall, ritt bis an die königliche Tafel und rief dort zu drei Malen ſeine Herausforderung aus gegen Jeden, der behaupten wolle, daß die Königin Anna nicht die rechtmäßige Königin von England ſei. So die Worte. Was die Königin ſelber dabei dachte und fühlte, folgt aus dem Verſprechen, das ſie ihrem Vater Jacob II. nach St. Germain hin entſendet.

Die Ernennungen von Tories gingen auch nach der Krönung fort. Die Staats-Secretäre Mancheſter und Vernon mußten weichen: an ihre Stelle traten Nottingham, deſſen Weigerung die Abſchwörung des Prinzen in St. Germain zu leiſten, in der That nur wenige Tage Stand gehalten hatte, und Hedges, beide Tories, Freunde des Grafen Rocheſter. Es fiel dennoch auf, daß auch dieſe eben ſo wie Marlborough überall offen ausſprachen, an den Ernennungen keinen Theil zu haben. Sie fanden freilich damit geringen Glauben. Vielmehr legte man ſich die Sache zurecht in der folgenden Weiſe. Marlborough ſei allerdings zu maßvoll, als daß er dieſe ſchleunige Wendung einrathen könne. Daher müſſe man annehmen, daß die Königin aus eigenem Antriebe, oder auf fremden Rath in dieſer Weiſe vorgehe, und daß Marlborough, um ſich nicht misliebig zu machen, Vieles geſchehen laſſe [2]). In der That ſparte Marlborough das Gewicht ſeiner Geltung bei der Königin für entſcheidende Fragen.

---

[1]) Chamberlaine: the present State of G. B. 1710, p. 46: Therefore the crown of England hath been declared in Parliament, long ago, to be an imperial crown.

[2]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 12. Mai.

Digitized by

Eine ſolche war diejenige der Ernennung eines Groß-Schatz-meiſters (Treaſurers), der, wie man ſagen dürfte, wie ein Miniſter über den anderen Miniſtern ſtand. Es iſt ſchon früher erwähnt und muß wiederholt werden, daß Wilhelm III. niemals einen Treaſurer ernannt hat, noch ſpäter einer der George. Man wußte, daß der Graf Rocheſter nach dieſem Amte trachtete. Marlborough beruhigte die Beſorgniſſe des kaiſerlichen Geſandten, und dieſer kleidete ſeine Meldung darüber an den Kaiſer in die Worte: „Bevor Marlborough zum Feldzuge hinübergeht, wird er Godolphin zum Groß-Schatzmeiſter machen laſſen“ [1]).

Eine andere Frage trat faſt zugleich heran. Die Uebereinkunft der drei Großmächte, am ſelben Tage, dem 4./15. Mai, eine jede für ſich den Krieg wider Frankreich zu erklären, blieb bis nahe vorher das Geheimnis der Königin und Marlboroughs. Erſt am 1./12. Mai kam die Sache im Cabinet zur Erörterung. Der Kriegserklärung an ſich konnte der Graf Rocheſter ſich nicht widerſetzen; denn ſie entſprach dem engliſchen Nationalwillen. Aber er ſuchte die Dinge auf den Punct zurückzuwenden, auf welchem ſie geſtanden vor der franzöſiſchen Anerkennung des Prinzen in St. Germain. England habe nur als Auxiliär-Macht in den Krieg einzutreten, nicht als Principal-Macht. Ihm gegenüber ſtand hauptſächlich Marlborough, und wies nach, daß auch ſelbſt, wenn man wolle, die Wahl nicht mehr frei ſtehe. Denn der Zuſatz-Artikel wider den angeblichen Prinzen von Wales, vom Parlamente beſchloſſen und demgemäß von Seiten der Krone England dem Vertrage der großen Allianz hinzugefügt, und vom Kaiſer und der Republik als gleichwerthiger Beſtandtheil derſelben anerkannt, conſtituire England als principal-kriegführende Macht. Vor dieſer Darlegung brach jeder Einwand zuſammen. Das Cabinet gab dem Entwurfe der Kriegserklärung ſeine Zuſtimmung [2]).

Es iſt von Wichtigkeit dieſe Sachlage abermals hervorzuheben, weil ſie durch den ſpäteren Gang der Dinge verdunkelt worden iſt, und weil daher in der ſpäteren engliſchen Geſchichtſchreibung jener principielle Zuſatz-Artikel kaum noch genannt wird. Es iſt ferner von

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 12. Mai.

[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

Intereſſe daran zu erinnern, daß dieſer Zuſatz-Artikel ausgegangen war von der Tory-Partei, in der Hoffnung, daß der Kaiſer ihm nicht zuſtimmen, und daran der ganze Kriegsplan des Oraniers zerſcheitern werde. Sie alſo, die Tories, oder vielmehr die jacobitiſche Fraction unter den Tories, hatten durch ihre vermeintliche Klugheit die Dinge dahin gebracht, daß England, indem es die Waffen ergriff wider Frankreich, ſie zugleich ausdrücklich ergriff gegen das Haus Stuart in St. Germain. Diejenige Perſönlichkeit, welche kraft des Rechtes der Krone den Krieg gegen das Haus Stuart anzukündigen hatte, die Königin Anna, war ſelber eine Stuart. Sie, die nächſte Blutsverwandte der Familie in St. Germain, mußte ihrem Bruder den Krieg erklären, weil ſie die Krone, die er beanſpruchte, für ſich behalten wollte, mit dem Wunſche ſie auf eine eigene Deſcendenz zu vererben, und, wenn dieſer Wunſch ſich nicht erfüllte, ihr Verſprechen gegenüber dem Vater zu halten und die Krone ihrem Bruder zurückzugeben. Derjenige Mann, welcher, nach dem Tode des Oraniers, im Namen der Königin den Zuſatz-Artikel wider den Prinzen in St. Germain dem Kaiſer gegenüber auf das nachdrücklichſte vertreten hatte, dieſer Mann war Marlborough. Und dieſer ſelbe Marlborough wurde in St. Germain auch damals wieder wie zehn Jahre vorher — ob mit ſeinem Zuthun, ob ohne dasſelbe, liegt nicht ausdrücklich vor — betrachtet als derjenige Mann, auf welchen hauptſächlich für die Herſtellung man zu bauen habe [1]).

Und mehr und mehr noch wird der Knäuel vor unſeren Augen ſich verſchlingen.

Am nächſten Tage, dem 2./13. Mai, that die Königin ihren Entſchluß der Kriegserklärung wider die Könige von Frankreich und von Spanien dem Parlamente kund. Beide Häuſer antworteten mit Dankadreſſen [2]). Diejenige des Unterhauſes, einſtimmig votirt, enthielt das Verſprechen, die Königin für die Führung des Krieges bis auf das äußerſte zu unterſtützen.

Bei dieſen, dem Wortlaute nach, ſo einmüthigen Erklärungen der Königin und des Parlamentes wider den König von Frankreich

[1]) Macpherson's Original Papers t. I, p. 602 sqq.

[2]) Lords Debates t. II, p. 35; Commons Debates t. III, p. 201.

Digitized by Google

und den Schützling desſelben in St. Germain, tritt uns die Frage nahe, wie ſich die Königin Anna verhielt gegenüber dem Hauſe Hannover.

Gleich nach dem Tode Wilhelms III. ſprach ſich die Königin Anna in derſelben Weiſe wie nach Wien, nach dem Haag und zu ihrem Parlamente, auch zu dem celliſch-hannöverſchen Geſandten Schütz in London aus. Sie erklärte, daß ſie die geſetzlich geordnete Thronfolge in der proteſtantiſchen Linie aufrecht halten wollte. Sie erneuerte die von Wilhelm III. gegebene Zuſtimmung zu den Maßregeln wider die Herzöge in Wolfenbüttel [1]).

Dieſe Maßregeln waren bereits in vollem Gange. Da auf die Abmahnungen des Kaiſers und des Königs Wilhelm die Herzöge Rudolf Auguſt und Anton Ulrich von ihren Rüſtungen, die notoriſch für franzöſiſches Geld gemacht wurden, nicht abließen: ſo entſchloſſen ſich die Stammesvettern in Celle und Hannover zur Gewalt. Am Abende desſelben Tages, an deſſen Morgen Wilhelm III. in Kenſington endete, überſchritten die celliſch-hannöverſchen Truppen die Grenzen. Nicht um ein Treffen war es zu thun, ſondern um die Entwaffnung. Es gelang, eine Reihe von Abtheilungen der im Lande verſtreut liegenden Cavallerie zu überraſchen, ſie gefangen zu nehmen, eben ſo ſich der Stadt Peine und der Reichsſtadt Goslar zu bemächtigen. Der Herzog von Holſtein-Ploen, Schwiegerſohn des Herzogs Rudolf Auguſt, und der engliſche Geſandte Creſſet, erboten ſich zur Vermittelung. Rudolf Auguſt nahm an, Anton Ulrich ſträubte ſich. Aber jener war der eigentlich regierende Herr, der, ſtill und friedlich, ſeinem Mitregenten, dem leidenſchaftlichen Anton Ulrich, nur halbwillig gefolgt war. Die Verhandlungen gingen von ſtatten. Rudolf Auguſt ſagte ſich von Frankreich los und trat zur Allianz über. Es war ein faſt unblutiger Sieg, und dennoch ein Sieg von großer Tragweite. Denn man rechnete, daß durch die Aufhebung der Feindſchaft zwiſchen den Linien des welfiſchen Hauſes für die große Allianz, negativ und poſitiv, eine Macht von 20.000 Mann verfügbar wurde [2]). Demnach war die erſte Kunde von außen her

[1]) Wratislaws Bericht vom 11./22. März.

[2]) Eine Reihe der betreffenden Actenſtücke im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 761 u. f. — Ein zuſammenfaſſender Bericht in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz. Bd. X, S. 133 u. f.

Digitized by Google

unter der neuen Regierung der Königin Anna diejenige eines wichtigen Erfolges.

Mußte dieſe Nachricht gleich in den erſten Tagen des neuen Königthumes auf die Sympathien der Engländer für das Haus Hannover günſtig wirken: ſo fühlte ſich die Königin Anna ihrerſeits durch andere Nachrichten von dort her weniger angenehm berührt. Es war ihr gelungen durch das Vorgeben einer vermeintlichen Hoffnung, die ſie trage, den König Wilhelm III. von der Einladung des Kurprinzen Georg Auguſt nach England abzuhalten.

Dagegen ward eben derſelbe Gedanke der Einladung, noch ſogar vor dem Tode Wilhelms III., öffentlich angeregt in einer Schrift des Freidenkers John Toland. Dieſe Perſönlichkeit zuerſt fordert hier unſere Aufmerkſamkeit.

Er hatte, wie wir geſehen haben, im Jahre zuvor ſich dem Lord Macclesfield, der die Succeſſions-Acte nach Hannover zu überbringen hatte, für dieſe Reiſe angeſchloſſen, und ſelber dort die Erlaubnis erhalten ſeine Schrift über die Thronfolge in England zu überreichen [1]). Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß damals Niemand in Hannover eine Kunde davon hatte, daß eine frühere Schrift von Toland, unter dem Titel: Chriſtenthum ohne Myſterien [2]), in England und Irland vielen Anſtoß erregt hatte, daß ſie auf Beſchluß des Parlamentes von Irland wegen der darin enthaltenen ketzeriſchen Anſichten gegen das Chriſtenthum durch Henkershand verbrannt war, und daß das Oberhaus des Parlamentes von England nur aus formellen Gründen ſich geweigert hatte, dem entſprechenden Beſchluſſe auch des Unterhauſes von England gegen die Schrift von Toland beizutreten.

Bei den Mitgliedern der engliſchen Hochkirche jedoch erregte die wohlwollende Aufnahme des Toland in Hannover einiges Aufſehen. Die Nachrichten darüber bewogen Leibniz in Hannover, den Sachverhalt einem Freunde in England klar zu ſtellen. „Ich ſtimme Ihrem Urtheile über Toland zu, ſchrieb Leibniz. Er iſt ein geiſtvoller Menſch,

[1]) Der Titel dieſer Schrift iſt: Anglia libera, or the limitation and succession of the crown of England explained and asserted etc.

[2]) Christianity not mysterious, or a treatise showing that there is nothing in the Gospel contrary to reason, nor above it, and that no christian doctrine can be properly called a Mystery. London 1696.

Digitized by Google

auch nicht ohne Wissen; aber er geht in seinen Ansichten zu weit, und ich habe mir die Freiheit genommen, ihm über sein Buch: Christenthum ohne Mysterien, meine Bemerkungen schriftlich zuzustellen, die er wohl aufgenommen hat. Da die Kurfürstin sich gern mit geistig begabten Persönlichkeiten unterhält, so hat sie auch Tolands Reden zugehört, indem sie mit ihm wie mit anderen Engländern, im Garten von Herrenhausen auf- und abwandelte. Es ist möglich, daß einige Engländer, unbekannt mit der Weise der Kurfürstin, gemeint haben: die Unterredung drehe sich um andere Dinge, vielleicht gar um politische Angelegenheiten, und die Kurfürstin beweise dem Toland ein großes Vertrauen, während doch ich, der ich sehr oft Zeuge der Unterredungen war, genau weiß, daß sie der Regel nach philosophische und andere Dinge der Wissenschaft betrafen. Allerdings hat die Kurfürstin, ihrer Gewohnheit nach, ihn auch über Persönlichkeiten befragt, und sowohl sie wie der Kurfürst haben ihn mit Medaillen beschenkt, als einen namhaften Schriftsteller, der ausdrücklich an unseren Hof gekommen war, um sein Buch über die Thronfolge in England zu überreichen. Darum indessen heißen wir dieses Buch noch nicht in aller Beziehung gut, und es liegt nicht uns ob ein Urtheil abzugeben über die darin angeregten schwierigen Fragen des öffentlichen Rechtes in England" [1]). Die Worte betreffen jene Schrift: Anglia libera.

Leibniz fügt weiter hinzu: „Es scheint, daß einige vornehme Persönlichkeiten, bei denen Toland in Gunst steht, ihn hierher gesendet haben, um durch ihn genauere Nachrichten über unseren Hof einzuziehen. Vielleicht gibt er sogar eine Schrift darüber heraus, wie er in Aussicht gestellt hat" — der Kurfürstin selber gegenüber sagte Leibniz: „Toland bedroht uns mit einem Buche; — aber er wird wohl thun dabei Vorsicht zu beobachten. Von mehreren Seiten ist der Kurfürstin die Warnung zugegangen, sich vor Toland zu hüten; allein da sie aufrichtig und ohne Verstellung ihren Weg verfolgt, und in Geschäften sich nur nach dem Rathe des Königs richtet: so dürfte es schwer sein etwas auszufinden, was man wider sie misbrauchen könnte".

So Leibniz am 27. Februar 1702. In denselben Tagen erschien in London eine neue Schrift des Toland, in welcher er das Parlament

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 333.

Digitized by Google

geradezu auffordert Adreſſen an den König zu richten, damit er die Kurfürſtin-Witwe und den Kurprinzen nach England einlade [1]).

Es iſt nicht ohne Intereſſe, auf dieſe Sachlage, ſo wie auf die Perſönlichkeit des für die Culturgeſchichte des achtzehnten Jahrhunderts nicht unwichtigen John Toland noch etwas näher einzugehen.

Da die Kurfürſtin Sophie das freiwillig entgegen getragene Verſprechen des Königs Wilhelm beſaß, ſo iſt es ſchon darum nicht denkbar, daß ſie eine Perſönlichkeit wie Toland in dieſer Weiſe verwendet haben ſollte. Aber es liegen auch ſogar ausdrückliche Zeugniſſe des Gegentheiles vor. Am 1. Januar 1702, alſo um zwei Monate vorher, ſagt die Kurfürſtin zu Leibniz: „Ich möchte wünſchen, daß Toland ſich durchaus nicht einmiſcht über politiſche Angelegenheiten zu ſchreiben" [2]). Als es nun dennoch geſchehen war, meldet Leibniz dem Geſandten Schütz in London: bei Tolands Anweſenheit in Hannover habe die Kurfürſtin von ihm verlangt, daß er in ſeinen Schriften nicht ihren Namen nenne [3]). Aehnlich bemerkt Leibniz in einem Schreiben an den preußiſchen Botſchafter in London, Ezechiel von Spanheim, daß die Kurfürſtin die Geſchäftigkeit des Toland durchaus nicht wohl aufnehme [4]).

Jedoch auch Spanheim zählte zu den Gönnern und Freunden des Toland. Er gab ihm Empfehlungen nach Berlin. Im Sommer 1702 trat Toland dort auf, und, wie früher die Mutter, die Kurfürſtin Sophie, ſo fand auch die Königin Sophie Charlotte Gefallen an ſeiner leicht fließenden und gewandten Rede. Dann jedoch ſtellte ſie ihn und ſeine Philoſophie auf die Probe. Leibniz hatte ihr damals ſeine Anſicht über die Grundfrage aller Philoſophie entwickelt, welche die Königin in die Faſſung kleidet: ob in den menſchlichen Gedanken etwas unabhängig iſt von der Wahrnehmung durch die Sinne, und ob es etwas Immaterielles gibt. Die Königin übergab die Schrift von Leibniz dem Toland und verlangte deſſen Anſicht. In der Darlegung derſelben richtete daher auch Toland ſeine Rede an die Königin.

---

[1]) Der Titel iſt: Reasons for addressing His Majesty to invite into England their Highnesses the Electoress Dowager and the Electoral Prince of Hanover.

[2]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 352.

[3]) A. a. O. S. 352.

[4]) A. a. O. S. 353.

Digitized by

Sophie Charlotte übergab wieder die Schrift des Toland an Leibniz. In seinem Berichte darüber an die Kurfürstin Sophie in Hannover charakterisirt Leibniz die Ansichten des Toland als wesentlich gleich mit denjenigen von Hobbes, oder, mit einigen Abweichungen, denjenigen von Epikur und Lucrez. Mit anderen Worten: Toland verfocht den Materialismus. Leibniz vertheidigte daher in seiner Replik an die Königin den Idealismus mit neuen Gründen in Bezug auf die Schrift von Toland. Abermals überwies die Königin dem letzteren die erneute Darlegung von Leibniz zur Beantwortung [1]).

Eine solche jedoch erfolgte nicht. Toland wußte sich unter allerlei Vorwänden der ihm gestellten Aufgabe zu entziehen. Nachdem Leibniz der Kurfürstin Sophie das gesammte Verhalten Tolands in dieser Sache dargelegt, schließt er mit den Worten: „Alles dies bringt mich zu dem Urtheile, daß es ihm nicht um die Wahrheit zu thun ist, daß er vielmehr nur darauf ausgeht durch die Neuheit und die Eigenthümlichkeit seiner Gedanken Aufsehen zu erregen" [2]).

Die Gedanken des Toland mochten im Jahre 1702 neu und eigenthümlich sein: sie waren es bald nicht mehr. Toland wurde einer der hauptsächlichen Begründer der seichten Geschwätzigkeit des achtzehnten Jahrhunderts, welche ihre innere Hohlheit mit dem Mantel des Namens der Philosophie verhüllte, mit allen den unheilvollen Consequenzen dieser Art von Philosophie für die Geschichte der Menschheit.

Damals, im Laufe des Jahres 1702, war sein moralischer Credit in Hannover und Berlin eben so rasch im Sinken wie zuvor im Aufsteigen. In Berlin ließ der König ihm die Mahnung zugehen seine Zunge im Zaume zu halten [3]). Spanheim nahm ausdrücklich seine Empfehlungen für Toland zurück. Es ist merkwürdig zu sehen, wie der Name dieses Mannes, der, nach dem Urtheile der Kurfürstin Sophie, durch seine Feder wie durch seine Zunge Niemandem so sehr schadete als ihm selber, damals in allen Correspondenzen hervortritt. In England war die Erbitterung der Hochkirchlichen so heftig wider ihn, daß er sich nicht getrauete dahin zurückzukehren. Er begab sich

[1]) Die sämmtlichen Schriftstücke in Band X meiner Ausgabe der Werke von Leibniz.

[2]) A. a. O. Bd. VIII, S. 365.

[3]) A. a. O. S. 379.

Digitized by Google

nach Holland, und in Hannover mußte man es ihm Dank, daß er vermocht hatte dort einzukehren.

Indessen war es unvermeidlich, daß, bei dem Erscheinen jener Schrift von Toland, im Februar 1702, es vielen Unkundigen nahe lag, zwischen der Aufnahme, die Toland im August 1701 in Hannover gefunden, und dieser Schrift einen Causal Nexus finden zu wollen.

Dann trat, am 8. 19. März, der Tod des Königs Wilhelm ein. Wir kennen die Gesinnung der Königin Anna als durchaus dem Hause Hannover und der Thronfolge desselben in England abgeneigt. Wir kennen andererseits diejenige der Kurfürstin Sophie. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, daß die in England häufige Meinung, als habe, nach der Annahme der Successions-Acte, die früher kühle Haltung der Kurfürstin gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England sich in einen besonderen Eifer gewandelt, mit den Thatsachen nicht besteht. Nur diese sind die sichere Basis eines Urtheiles über ihr Verhalten. Es ist daher von besonderem Interesse, die Kundgebungen von beiden Seiten vergleichend zu erwägen.

Die neue Königin ließ, wie wir vernommen, sofort durch den hannöverisch-cellischen Gesandten Schütz der Kurfürstin Sophie versichern, daß sie für das Haus Hannover dieselben Gesinnungen hege, wie ihr Vorgänger. Einige Tage später erneuerte sie diese Versicherung durch ein Handschreiben. Die Art und Weise, in welcher die Kurfürstin ihrer vertrauten Nichte, der Raugräfin zu Pfalz, die Sache meldet, läßt ersehen, daß ihr Glaube an die Wahrheit jener Worte nicht unbedingt fest stand. „Die Versicherung der Königin, sagt sie, hat mir ein Handschreiben zur Antwort gekostet. Ob man mich nun noch nach England verlangen wird, zal de tyd leeren“ [1]). — Dies war der übliche Ausdruck der damals viel gelesenen holländischen Zeitungen für ungewisse, zweifelhafte Ereignisse der Zukunft.

Wie zu erwarten, gedenkt keines der drei Glückwunschschreiben aus Hannover ausdrücklich des besonderen Versprechens von Wilhelm III.; jedoch liegt in demjenigen des Kurprinzen der Gedanke nahe. „Da Ew. Majestät, sagt er, bereits die Gnade gehabt haben zu erklären,

[1]) Schreiben vom 3. April. Die Correspondenz befindet sich im gräflich Degenfeld-Schonburgischen Archive zu Eubach in Württemberg.

Digitized by Google

daß Sie in allen Dingen den glorreichen Spuren Ihres Vorgängers folgen würden: so fühlt sich Jedermann getröstet und versichert, in Ew. Majestät Alles wieder zu finden, was man in der Person des verstorbenen Königs verloren hat. Ich schmeichele mir mit der Hoffnung, daß auch mein Haus dieses Glück haben wird" [1]).

Die Frage trat praktisch heran bei der Bewilligung des Kroneinkommens der Königin. „Ich habe von guter Hand, schreibt die Kurfürstin, daß das Unterhaus, indem es der Königin nicht bloß das Einkommen des vorigen Königs bewilligt, sondern ihr auch dazu das bisher von ihr bezogene Jahrgeld, so wie den für den Herzog von Gloceſter ausgesetzten Betrag belassen hat, dabei von der Ansicht ausgegangen ist, daß Ihre Majestät aus sich selber diese beiden letzten Posten für mich und für meinen Enkel verwenden und zu diesem Zwecke uns nach England berufen werde." Und abermals fügt sie dann hinzu: „Ob dies nun so geschehen wird, zal de tyd leeren" [2]).

Beim Schreiben dieser Worte, am 4./15. April, hatte die Kurfürstin augenscheinlich noch nicht die Kunde, daß die Königin über diesen Gesammtbetrag von 100,000 Pfund Sterling für das erste Jahr bereits verfügt hatte, nämlich am 30. März/10. April, und zwar zu Gunsten der Landeslasten. Die Schenkung war demnach ein mit Geschick ausgedachter Schachzug. Was der Act derselben dadurch an Großmuth einbüßt, gewinnt er an Berechnung. Der Gedanke einer Einladung eines oder zweier Mitglieder des Hauses Hannover nach England, so wie derjenige eines Jahrgeldes für die Kurfürstin Sophie ward dadurch einstweilen, im Sinne der Königin jedoch für immer beseitigt. Das Versprechen Wilhelms III. zu Loo, im October 1701, war nur mündlich gegeben, band daher die Königin Anna nicht weiter, als sie selber wollte.

Daß das Haus Hannover, auch nach der Annahme der Successions-Acte, nicht eine starke Neigung nach der englischen Krone in sich trug, erfaßte am wenigsten vielleicht die Königin Anna. In ihren Augen malten die Dinge sich anders, lag sogar der Plan einer Usurpation dem Hause Hannover nicht fern. Dieser Verdacht gab sich kund in einer merkwürdigen Weise.

[1]) State Paper Office. German letters.

[2]) Im Archive zu Eybach.

Digitized by Google

In London ward die viel beſprochene Adreſſe von John How in Verbindung gebracht mit einem umſchleichenden Gerüchte. Es hieß, daß der König Jacob II. vor ſeinem Tode in einem Schreiben von St. Germain aus ſeiner Tochter Anna unterſagt habe, beim Tode Wilhelms III. die Krone anzunehmen, mit der Forderung dagegen, daß ſie ihrem Bruder weiche [1]). Bis ſo weit ſtand, wie wir geſehen haben, das Gerücht der Wahrheit nicht entgegen. Aber es hieß weiter: der König Wilhelm habe von dieſem Schreiben Kunde erhalten und es zu ſehen verlangt; die Prinzeſſin habe es verweigert. — Dieſer Theil des Gerüchtes iſt zweifelhaft, jedoch nicht unwahrſcheinlich. Aber es folgt nun der weitere Aufbau. Darauf nämlich habe der König einen anderen Plan entworfen, der ſich ſchriftlich unter ſeinen Papieren vorgefunden. Dieſer Plan habe bezweckt, daß die Whig-Partei, ſofort nach dem Tode des Königs, mit Ausſchluß der Prinzeſſin, den Kurprinzen von Hannover zum Throne berufe. Der Kaiſer und die Republik der Niederlande ſeien mit dieſem Plane einverſtanden geweſen. Andere ſetzten noch hinzu, daß der Plan weiter dahin gegangen ſei, die Prinzeſſin in den Tower zu bringen.

Es iſt nicht unwichtig zu bemerken, daß die abſichtliche Verbreitung des Gerüchtes von einem ſolchen Plane Wilhelms III. von einem unparteiiſchen Beobachter ausdrücklich den Tories zugeſchrieben wird [2]).

Der Graf Carlile, Erbmarſchall und Mitglied der Schatz-Commiſſion, einer der wenigen Whigs, die noch hohe Aemter inne hatten, brachte am 4./15. Mai dieſes umlaufende Gerücht im Oberhauſe zur Sprache. Er nannte es eine beiſpielloſe Verleumdung, die nicht bloß das Gedächtnis eines großen Königs beflecke, ſondern auch alle ſeine Diener und Freunde bei der Nation gehäſſig mache. Er beantrage daher, daß man ſofort die Sache unterſuche, und die Commiſſäre, welche des Königs Papiere durchgeſehen, darüber befrage. Da die Whig-Partei im Oberhauſe die Mehrheit beſaß, ſo ward der Antrag ſofort beſchloſſen, und demgemäß die im Hauſe anweſenden Mitglieder der Commiſſion vernommen. An Marlborough, der nicht anweſend, ward eine eigene Deputation entſendet. Die ſämmtlichen Commiſſäre ſagten aus, daß ein Schriftſtück ſolcher Art ſich unter den Papieren

[1]) Lords Debates t. II, p. 36.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.

Digitized by Google

des Königs nicht gefunden habe. Demnach erklärte das Oberhaus jenes Gerücht für grundlos, falsch, böswillig und ärgerlich, gereichend zur Unehre des Gedächtnisses des verstorbenen Königs und zu Undienst Ihrer nunmehr regierenden Majestät. Das Oberhaus beschloß ferner, durch eine Deputation dies der Königin kund zu thun und sie zu ersuchen, die erforderlichen Befehle zu geben, damit die Urheber oder Verbreiter so scandalöser Gerüchte mit der äußersten Schärfe zur Rechenschaft gezogen würden [1]).

Die Deputation, bestehend aus dem Antragsteller, Graf Carlile, und fünf anderen Mitgliedern, begab sich zu der Königin. Die Antwort derselben lautete, daß sie die gewünschten Befehle geben werde. Nachdem die Deputation das Zimmer verlassen hatte, ließ die Königin den Grafen Carlile allein wieder hereinrufen. „Ich habe Ihnen zu eröffnen, sagte die Königin, daß ich Willens bin über das Schatzamt in anderer Weise zu verfügen." Carlile erwiederte schnell: „Als der verstorbene König mir das Amt übertrug, habe ich aus meinem Zweifel an meiner Befähigung dazu kein Hehl gemacht. Um so williger also trete ich jetzt zurück, nichts Anderes wünschend, als daß Ew. Majestät Dienst in allem befördert werden möge" [2]).

Es war der Whig-Partei darum zu thun, vor der gesammten Nation sich selber wie das Gedächtnis des Königs von dem Makel zu befreien, den jenes Gerücht auf sie hatte werfen sollen. Deshalb setzte das Oberhaus seine Untersuchungen fort. Das Gerücht fand sich fixirt in einer Schrift, die man einem gewissen Davenant beimaß. Es erfand sich, daß bei der Frage, ob seine Bestrafung zu verlangen sei, die vom Hofe abhängigen Lords im Oberhause dagegen stimmten. Dies galt für ein neues Anzeichen, daß die Königin Anna die Bestätigung jenes Gerüchtes zu Ungunsten des Königs Wilhelm und der Whigs nicht ungern gesehen haben würde [3]).

Das Haus Hannover ward in dieser letzteren Aufzählung nicht mitgenannt. Aber vielleicht lag der Königin Anna mehr daran, wenn auf das Hannover jener Vorwurf zu bringen gewesen wäre, als auf den verstorbenen König und die Whig-Partei.

---

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 16. Mai.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.
[3]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 19. Mai.

Digitized by Google

Aber die Kurfürſtin Sophie war nun, den Geſetzen gemäß, die präſumtive Thronerbin, und es mußte daher irgend etwas geſchehen, dies zum offenkundigen Ausdrucke zu bringen. Einige Tage nachdem jenes Gerücht ſich als nichtig erwieſen, berieth das Cabinet der Königin den Vorſchlag, den Namen der Kurfürſtin Sophie ins Kirchengebet aufzunehmen. Der Marquis Normanby beſtritt dieſen Vorſchlag. Die Königin Eliſabeth, ſagte er, habe niemals ihren Succeſſor benannt, noch weniger den Namen ins Kirchengebet aufnehmen laſſen. Da im Jahre 1702 der Name ausdrücklich feſt ſtand, und demnach die Dinge ganz anders lagen als ein Jahrhundert zuvor, wo die Königin Eliſabeth eine Entſcheidung über die verſchiedenen Anſprüche vor ihrem Tode nicht zuließ: ſo ſcheint Normanby mit ſeinem Einwande, indem er die Königin Anna mit der einſtigen, durch die Tradition verherrlichten Eliſabeth gleich ſtellte, mehr eine Huldigung vor der Königin Anna bezweckt zu haben. Sein Widerſpruch drang nicht durch. Das Cabinet beſchloß, den Namen der Kurfürſtin ins ſonntägliche Kirchengebet aufzunehmen [1]).

Die Königin Anna that dies der Kurfürſtin Sophie durch ein freundliches Handſchreiben kund, und in gleicher Weiſe antwortete die Kurfürſtin [2]). Am ſelben Tage ſchreibt ſie an ihre Nichte und Freundin: „Aus England höre ich nichts, als daß man in den Kirchen für mich betet. Das hat mir ein Handſchreiben an die Königin gekoſtet". Weder die Antwort, noch andere Aeußerungen der Kurfürſtin aus damaliger Zeit laſſen erſehen, daß ſie die geſammte neue Formulirung des Kirchengebetes kannte. Auch ohne dieſe Kenntnis waren ihre Erwartungen nicht groß. Man beobachtete beiderſeitig alle Formen der Höflichkeit. Der hannöverſche Hof ſchickte als beſonderen Botſchafter zur Beglückwünſchung den Grafen Platen. Die Königin erwiederte die Sendung durch diejenige des Lords Winchelſea.

Aber wie die Königin Anna die ihr bekannten mündlichen Verſprechungen Wilhelms III. vom October 1701 in Loo unerfüllt ließ: ſo ordnete ſie damals überhaupt keine Maßregel an, die, im Falle ihres plötzlichen Todes, dazu dienen konnte, die Thronfolge zu ſichern. Dieſe Frage, die doch der Natur der Dinge nach gar Manchem ſchwer

---

[1]) Hoffmanns und Wratislaws Berichte vom 19. Mai.

[2]) Die Antwort iſt vom 26. Mai/6. Juni.

Digitized by Google

auf der Seele lag, und, bei jedem Unwohlsein der Königin sich Vielen auf die Lippen gedrängt haben mag, kam für mehr als drei und ein halbes Jahr öffentlich noch nicht zur Sprache.

Das gesammte Verhalten der Königin Anna konnte demgemäß in Hannover nicht die Ansicht bestärken, daß es ihr um die Sicherung der Thronfolge für das Haus Hannover ernstlich zu thun sei. Demgemäß ward auch dort das Interesse lauer. Bereits im September 1702 äußerte sich die Kurfürstin Sophie zu Leibniz: „Sie haben wohl Recht zu sagen, daß die Engländer sich irren, wenn sie meinen, daß ich mich viel mit den dortigen Angelegenheiten beschäftige" [1]).

Allein die Urkunde der Successions-Acte war da, bindend für beide Theile. Es kommt daher darauf an, das Verhalten der Kurfürstin und des Hofes von Hannover insgesammt derselben gegenüber in bestimmten Zügen zu zeichnen. Als, ähnlich wie der Engländer Toland durch seine voreilige That, damals auch ein Schotte, Sir Peter Fraiser, sich ausdrücklich zum Agenten erbot, erhielt Leibniz von der Kurfürstin den Auftrag, ihm zur Antwort die Grundlinien ihres Verhaltens anzugeben. Es geschah in den folgenden Worten.

„Die Kurfürstin hält nach wie vor fest an der Ansicht, daß es nicht ihre Aufgabe ist, sich in die Angelegenheiten von England oder Schottland einzumischen. Wie dem verstorbenen Könige, so überläßt sie auch jetzt der Königin und den beiden Nationen die Sorge zu beschließen, was nach ihrem Erachten ihnen frommt. Sie ist allen Intriguen feind und wird nur den geraden Weg gehen. Sie schätzt alle ehrenhaften und verdienstvollen Persönlichkeiten, und legt Werth auf die Zuneigung derselben, besonders auf die Ihrige. Sie wünscht zum Wohle beider Nationen, daß die Union zwischen England und Schottland sich vollziehe. Da ihre eigene Mutter auf dem Boden Schottlands geboren ist, so betrachtet auch sie sich als schottischen Ursprunges, und nimmt Antheil an Allem was Schottland betrifft" [2]).

Eben derselbe Gedankengang tritt uns aus den eigenen Aeußerungen der Kurfürstin entgegen. Unabläßig fanden sich besuchende Engländer in Hannover ein, und jeder von ihnen redete aufs neue von

---

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 369. Vom 27. September 1702.
[2]) A. a. O. S. 345.

Digitized by Google

Whigs und von Tories. Dann pflegte die Kurfürſtin zu erwiedern: ſie kenne keine Partei, wünſche auch nicht ſie kennen zu lernen [1]).

In England dagegen verblieben nach der Verabſchiedung des Grafen Carlile von der Whig-Partei in höheren Aemtern nur noch die Herzöge von Devonſhire und Somerſet, jener als Oberſt-Hofmeiſter, dieſer als Präſident des geheimen Rathes.

Aber das wichtigſte Amt war nunmehr zu vergeben, dasjenige des Groß-Schatzmeiſters. Der Graf Rocheſter, Oheim der Königin, das Haupt der eifrigen Tories, umwarb es. Hier kam es auf Marlborough an. Es gelang ihm, was er vorher geſagt. Am 6./17. Mai reichte die Königin Anna nicht ihrem Oheim Rocheſter, ſondern dem Lord Godolphin den weißen Stab des Treaſurers [2]).

Die Ernennung iſt zu betrachten wie der Wendepunkt, nicht in dem Sinne, als hätte die Königin Anna aus ſich eine Wendung beabſichtigt. Wir werden ſie vielmehr auch noch ferner ihre leidenſchaftliche Vorliebe für die Tory-Partei bethätigen ſehen. Aber die Wendung war inſofern da, daß, während Rocheſter in dieſem Eifer nicht bloß mit der Königin gleichen Schrittes gehen, ſondern ſie vorwärts treiben würde, nun in dem einflußreichſten Amte des Landes ein Mann ſtand, befähigt und Willens, dieſem Eifer Zügel anzulegen. Die Wendung, welche Rocheſter und ſeine Partei herbeiführen wollten, trat erſt um acht Jahre ſpäter ein.

Und in der That war es mit jener Wendung vom Mai 1702 hohe Zeit. Bereits ſchauten die wohlwollenden Beobachter mit beſorgten Blicken in die erneute Heftigkeit des Parteigetriebes. Die Whigs ſagten unverhohlen, daß viele der neuen Miniſter der Königin darauf ausgingen, Verwirrung in der Angelegenheit der Thronfolge zu erregen, wohl gar mit Hülfe Frankreichs den Prätendenten einzubringen [3]).

Die Beſorgnis ging in ſo fern zu weit, als ſich ein Plan dieſer Art nicht vorfindet, auch ſogar die Spuren von Correſpondenzen mit St. Germain kaum ſichtbar ſind. Die Hoffnungen von dort aus waren

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII. S. 367.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. Mai.
[3]) Desgleichen vom 19. Mai.

Digitized by Google

gerichtet auf Marlborough und Godolphin [1]); aber es dürfte, wie bereits bemerkt, nicht nachzuweisen sein, daß sie ihrerseits damals, wie sie zehn Jahre früher gethan, diese Hoffnung genährt haben. Jedenfalls steht fest, daß, nach dem Tode Wilhelms III, die Königin Anna für eine lange Reihe von Jahren weder direct, noch indirect eine Verbindung mit St. Germain unterhielt.

Andererseits aber war, ungeachtet der Succeſſions-Acte, der Abſchwörung des angeblichen Prinzen von Wales und des Zuſatz-Artikels zu der großen Allianz, nach dem Urtheile der kundigen Beobachter [2]), der letzte Kern aller Differenz die Frage der künftigen Thronfolge. Und zwar hatte ſich augenſcheinlich die Parteiſtellung etwas verſchoben. Nach dem Tode des Herzogs von Gloceſter, im Herbſte 1700, haben wir von dem Staats-Secretär Vernon die Anſicht vernommen, daß die Tory-Partei für das Haus Hannover ſein würde. In der That hatte in dem Unterhauſe von 1701, welches die Succeſſions-Acte beſchloß, die Tory-Partei die Mehrheit. Aber durch den Tod Wilhelms III. wendeten ſich die Dinge in ſo weit, daß wir fortan die Whig-Partei geſchloſſen für die hannöverſche Thronfolge eintreten ſehen. Die Frage aufzuwerfen, ob oder wie viele Republikaner ſich unter den Whigs befanden, iſt praktiſch nutzlos, weil ſich zur Bethätigung einer ſolchen Geſinnung fernerhin kein Anlaß bot. Nicht jedoch war darum die Tory-Partei als ſolche jacobitiſch geſinnt; aber ſie war ſo ſehr mit jacobitiſchen Elementen durchſetzt, daß ſie, wie Somers im Herbſte 1701 es bezeichnet, ohne die letzteren machtlos ſein würde. Auf die Stellung der Macht England nach außen hin konnte aber dieſe innere Differenz damals nicht einwirken, weil, was immer die Meinungen der Parteimänner ſein mochten, die engliſche Nation in ihrer Geſammtheit den Krieg wider Frankreich verlangte, und darum in dieſer wichtigſten Angelegenheit die Whigs und die Tories, ſelbſt die Jacobiten unter ihnen nicht ausgenommen, zuſammen gehen mußten.

Dieſe Willigkeit war da. Die Geſchäfte des Parlamentes erledigten ſich raſch. Die Vertagung und demnächſtige Auflöſung ward beſchloſſen. Als die Thronrede der Königin im Cabinet berathen wurde,

[1]) Macphersons Original Papers t. I, p. 601.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns im Mai 1702.

Digitized by Google

trafen die Gegenſätze auf einander, nicht jedoch der Whigs und der Tories, ſondern der verſchiedenen Richtungen der letzteren Partei, vertreten durch Godolphin und Rocheſter. Marlborough war bereits nach dem Feſtlande aufgebrochen. Vielleicht darum trug Rocheſter den Sieg davon [1]). Sofort nach dem Cabinetsrath, am 25. Mai/5. Juni, begab ſich die Königin in das Oberhaus, ließ das Unterhaus an die Schranken beſcheiden, ſanctionirte die noch ausſtehenden Bills und verlas dann die Thronrede.

Die erſten Sätze, die den Dank für die gemachten Bewilligungen enthielten, entſprachen dem Herkommen. Dann jedoch folgten beſondere Gedanken. „Ich werde immer den Wunſch hegen, ſagte die Königin, daß keine Meinungsdifferenzen unter denen, welche gleichmäßig meinem Dienſte ergeben ſind, den Anlaß bieten zur Erhitzung und Feindſeligkeit wider einander. Ich werde Sorge tragen, die Acte der Duldung aufrecht zu erhalten und zu behaupten, und die Gemüther aller meiner Unterthanen in Ruhe zu ſetzen. Meine eigenen Grundſätze werden mich allezeit völlig feſt verknüpfen mit dem Intereſſe und der Religion der Kirche von England, und mich geneigt machen, diejenigen zu ſtützen, welche den wahrhafteſten Eifer für ihr Gedeihen beweiſen“ [2]).

Dann verkündete der Geheimſiegel-Bewahrer die Vertagung, die, wie Jedermann wußte, die Auflöſung und Neuwahlen nach ſich ziehen würde.

Der Eindruck jener Schlußworte auf die Whigs war tief. „Sie fühlen ſich nicht bloß beunruhigt, meldet Hoffmann — denn nach Allem, was vorangegangen, waren ſie auf eine Kundgebung zu Gunſten der Tories gefaßt — ſondern erbittert darüber, daß die Königin kein Bedenken getragen, durch einen öffentlichen Act vor dem geſammten Parlamente ſich ſo ausdrücklich für die Tory-Partei zu erklären „Wenigſtens, ſagten ſie, hätte man nach der üblichen Reſerve gekrönter Häupter ſo lange zurückhalten können, bis wir durch unſer Verhalten zu einer ſo auffallenden Unterſcheidung irgend einen Anlaß gegeben und dadurch uns vor der Nation ins Unrecht geſetzt hätten. So aber ſagt man, ohne Anlaß, uns gewiſſermaßen den Krieg an. Was alſo haben

[1]) So Hoffmann einige Tage ſpäter, am 9. Juni.

[2]) Commons Debates t. III, p. 203.

Digitized by Google

wir zu erwarten als eine große Verfolgung, wo nicht eine völlige Unterdrückung?" [1]) — „Auch die gemäßigten Tories, meldet Hoffmann einige Tage später, stehen erschrocken und sagen, daß sie keine Ursache sehen, welche die Königin mit Recht hätte bewegen können, im Beginne ihrer Regierung sich mit solchem Nachdrucke nach der einen Seite hin auszusprechen."

In derselben Weise beklagt der Gesandte Wratislaw jene Aeußerungen der Thronrede. Auch er meldet, daß die Whig-Partei darin eine offene Kriegserklärung erblicke. „Und doch, meint er, sollte die Königin erwägen, daß die Whig-Partei nicht bloß an Zahl und Reichthum in der Nation sehr stark ist, sondern auch im Oberhause die Mehrheit besitzt. Aber die Whigs sagen geradezu, daß die Königin in ihren geheimen Rath Personen aufgenommen, die seit langer Zeit als Jacobiten bekannt sind. Ich fürchte daher, daß die Königin durch dies heftige Auftreten, welches man durchweg den Eingebungen des Grafen Rochester zuschreibt, sich eine schwierige und verwickelte Regierung bereitet, namentlich wenn in Folge dessen in der Nation der Argwohn aufstiege, daß sie vorhabe, die Successions-Bill zu ändern. Am wenigsten aber begreife ich, wie Marlborough, wenn er vor seiner Abreise von dem Plane einer solchen Rede etwas gewußt, dazu hat beitragen können. Denn, wenn die Whigs auf den Gedanken gerathen, ihn, vermöge seines Gewichtes bei der Königin, alle diese ihnen nachtheiligen Schritte der letzten Wochen beizumessen: so könnte er leicht das erste Opfer ihres Zornes werden. Dies aber kann nicht ausbleiben, so bald es den Whigs gelingt, dem Volke die Ueberzeugung beizubringen, daß alle diese Schritte nur darauf berechnet sind, den Prinzen von Wales wieder einzubringen" [2]).

Wir Spätere wissen, daß die Königin Anna damals diese Absicht nicht hatte, sondern ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen vorzog. Die Nichterwähnung derselben von Seiten des kaiserlichen Gesandten ist ein Beweis, für wie unwahrscheinlich er sie hielt. Und doch ist dies subjective Moment bei der Königin Anna, ob an sich für Andere wahrscheinlich oder nicht, ein starker Factor in der Geschichte jener

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Juni.

[2]) Wratislaws Bericht vom 6. Juni.

Digitized by Google

Zeit, nicht bloß Englands, ſondern Europas. Hauptſächlich um dieſes ſubjectiven Momentes willen war die Königin Anna perſönlich willig zum Kriege.

Der Verdruß der Whigs nahm in den nächſten Tagen nicht ab, ſondern ſtieg. „Für die vermeinte Gnade, ſagten ſie, daß die Königin die Acte der Duldung aufrecht halten will, ſind wir ihr zu keinem Danke verpflichtet. Denn das iſt ein Geſetz, welches ſie nicht verletzen darf. Ihre Worte dagegen kündigen an, daß man, um Gefallen vor ihren Augen zu finden, ein violenter Anglicaner ſein muß“ [1]).

Der Zweck jedoch, den Rocheſter und ſeine Partei dadurch zu erreichen ſuchten, daß ſie die Königin zu jenem Ausſpruche vor dem Parlamente bewogen, war augenſcheinlich, die Tory-Partei den Wahlkörpern als die der Königin genehme ſehr ausdrücklich zu empfehlen. Es kam daher auf die nächſten Wahlen an, ob dieſer Zweck erreicht würde.

So war der Stand der Dinge in England. Erſt nach der Vertagung des Parlaments dort trat das ſchottiſche in Edinburg zuſammen. Bevor wir dahin unſere Blicke richten, haben wir den Verlauf der Unionsſache im engliſchen Parlamente zu charakteriſiren.

Wie Wilhelm III. in ſeiner letzten Thronrede die Union mit Schottland dem engliſchen Parlamente ans Herz gelegt: ſo die Königin Anna in ihrer erſten. Wilhelm III. und die Whigs waren in Wirklichkeit für die Union: die Tories waren im günſtigen Falle lau. Auf die Gründe für die Union, die weſentlich zu beſtehen hatte in der Annahme der engliſchen Succeſſions-Acte auch für Schottland, pflegten ſie zu erwiedern, daß Schottland nicht zu fürchten ſei, daß man für eine geringe Summe immer dieſes Landes Herr ſein werde. Derjenigen Partei, die einen beſonderen König von Schottland wolle, könne man ſtets eine andere entgegen ſtellen. Der Herzog von Hamilton dort werde, was immer er unternehme, die Häuſer Douglas und Argyle zu Gegnern haben. Die Bill über die Union ging im engliſchen Parlamente dennoch durch, und zwar ohne Oppoſition, weil, wie unter

[1]) Wratislaws Bericht vom 9. Juni.

Digitized by Google

der Hand verlautete, die Königin die Tory-Häupter hatte ersuchen lassen, nicht dagegen zu stimmen. In Wirklichkeit war auch damit die Sache noch nicht viel weiter; denn die in Folge der Bill ernannten Commissarien hatten nur die Befugnis, die Vorschläge der Schotten anzuhören [1]).

Beim Tode des Königs Wilhelm III. war die Regierung von Schottland in den Händen von Persönlichkeiten, die als Anhänger der Umwälzung von 1688 bekannt waren [2]). Unter ihnen ragten hervor der Kanzler Graf Marchmont, der Geheimsiegel-Bewahrer Herzog von Queensberry. Da die für den Unterhalt des Heeres bewilligten Mittel dem Ende nahe waren, so trat die Nothwendigkeit heran, das Parlament zu berufen. Aber hier erhob sich die Differenz. Schottland hatte nicht ein ähnliches Gesetz wie England seit dem Jahre 1696, daß beim Tode eines Königs das von ihm berufene Parlament noch sechs Monate in Kraft verbleibe. Deshalb verlangte die Partei, die sich als diejenige der Cavaliere und des Landes bezeichnete, die Berufung eines neuen Parlamentes. Die Mitglieder der schottischen Regierung dagegen waren für die Beibehaltung des bisherigen Parlamentes. Ihre Stimmen drangen in Kensington durch. Die Königin erließ eine Proclamation, welche das bisherige schottische Parlament auf den 9./20. Juni einberief. Sie ernannte zugleich den Herzog von Queensberry zu ihrem ersten Commissär. Das Urtheil der Cavaliere und der Landpartei, oder kürzer der Jacobiten, über diesen Mann war das denkbar ungünstigste. Er sei, hieß es, alles Ehrgefühls, der Loyalität, des Rechtssinnes, der Religiösität, baar und ledig [3]).

Es fiel auf, daß das Ausschreiben der Königin die wichtigste Angelegenheit für Schottland und für den Plan einer Union mit England, die weitere Feststellung der Thronfolge, nicht erwähnte [4]).

Das Parlament trat zusammen. Sofort zum Beginne erhob sich der Herzog von Hamilton und erklärte in seinem und seiner Freunde Namen, daß sie auf den Ruf der Königin erschienen seien, und ihrer Freude über die Thronbesteigung derselben gemäß dem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. April.
[2]) The Lockhart Papers t. I, p. 42.
[3]) Eben dort p. 45.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 30. Juni.

Digitized by Google

unzweifelhaften Rechte Ausdruck gäben. Der Zweck des Friedens und der Sicherheit für das Königreich ſei geſichert durch die Thronbeſteigung der Königin. Weitere Befugniſſe in Anſpruch zu nehmen ſei nach den Geſetzen des Landes dieſem Parlamente nicht geſtattet. — Dann verließen Hamilton und die Gleichgeſinnten den Saal, in Allem 57 Perſonen [1]).

Die Anderen, 120 an der Zahl, blieben, bewilligten Steuern und faßten Beſchlüſſe, alles in großer Eintracht. Aber es war aufgefallen, daß auch in der Eröffnungsrede der Commiſſär Queensberry die wichtigſte Angelegenheit, diejenige der weiteren Feſtſtellung der Thronfolge, nicht berührt hatte. Der Kanzler Marchmont dachte aus ſich nachzuhelfen. Er brachte einen Antrag ein auf die Abſchwörung des Prinzen in St. Germain. Der Antrag rief einen heftigen Sturm hervor, zumal da er den Inſtructionen des Commiſſärs Queensberry nicht entſprach. Marchmont dagegen drängte ſeine Gründe zuſammen in den Satz: „Es iſt unbegreiflich, wie diejenigen, welche dem Rechtstitel Ihrer Majeſtät zu der Krone freudig zugeſtimmt und darauf ihren Eid geleiſtet haben, nun ſich der Abſchwörung widerſetzen. Denn nur einer der folgenden Sätze kann wahr ſein. Wenn die Königin einen rechtmäßigen Anſpruch hat: ſo hat der prätendirte Prinz keinen. Wenn aber der prätendirte Prinz einen rechtmäßigen Anſpruch hat: ſo hat die Königin und ihre Descendenz keinen. Eine Vermittlung zwiſchen dieſen Sätzen gibt es nicht“ [2]).

Marchmont wendete ſich zur Vertheidigung ſeines Antrages an die Königin ſelbſt. „Weil ich ſehe, ſchreibt er, daß Ew. Majeſtät mir Vertrauen beweiſen, ſo iſt es meine Pflicht, nichts zu verhehlen. Die Abneigung, welche Einige hier gegen die Abſchwörung an den Tag legen, hat bei vielen Wohlgeſinnten ein ſolches Mistrauen erregt, daß es ſchwer ſein wird es wieder zu beſeitigen. Das Speculiren, Rathen, Flüſtern nimmt um ſo mehr zu, da man erfährt, daß ein Act, der ſich ſo augenſcheinlich vortheilhaft für Ew. Majeſtät und Ihre Regierung erweiſt, vom Throne aus gehemmt wird. Ich kann nicht unterlaſſen dies zu melden, da ich kein anderes Ziel kenne als Ew. Majeſtät Sicherheit, Glück und Gnade für mich.“

[1]) Die Zahlen in Marchmont papers t. III. p. 241.

[2]) A. a. O. t. III. p. 250.

Digitized by Google

Marchmont forderte Consequenz; aber Consequenz war in diesem Falle nicht die Sache der Königin Anna und ihrer wissenden Räthe.

An dem Tage, an welchem der Antrag von Marchmont zur Berathung gestellt werden sollte, sprach der Commissär Queensberry seinen Dank aus für die bisherigen Beschlüsse, die ohne Zweifel Ihrer Majestät genehm sein würden. Er habe daher gehofft, daß das Ende dem Anfange entsprechen werde. Aber nun liege ein Antrag vor, dessen Erörterung Differenzen herbeiführen könne. Er halte es daher dem Dienste der Königin entsprechend, das Parlament von Schottland zu vertagen. — So geschah es.

Einige Wochen später wurden der Kanzler Marchmont und Andere entlassen. Unter den Mitgliedern der neuen Regierung rechneten sich einige hoch an, dem Könige Wilhelm III. einmal entgegen gestanden zu haben [1]).

Der Schlüssel des ganzen Verfahrens sind die Worte des schottischen Jacobiten Lockhart: „Ich habe Grund anzunehmen, daß die Königin und ihre englischen Minister damals geneigt waren, die Thronfolge in Schottland offen zu halten als Drücker auf die Whig-Partei und das Haus Hannover" [2]).

Daß dies Verfahren mit der ersten Thronrede im englischen Parlamente nicht im Einklange stand, liegt nahe. Die Thronrede war gesprochen um der Popularität willen.

Inzwischen war, gemäß dem Haager Beschlusse, an dem bestimmten Tage, dem 4./15. Mai, die Kriegserklärung wider das Haus Bourbon erfolgt, zugleich von den drei hauptsächlichen Mächten.

In England geschah sie in der altherkömmlichen Form. Am Mittage ritt ein Herold aus, begleitet von einer Compagnie der Leibwache zu Pferde, unter Trompetenschall. Vor dem Palaste St. James hielt der Zug an und der Herold verlas die Kriegserklärung. So noch dreimal an anderen Orten. Es folgte jedes Mal die Acclamation des Volkes [3]).

---

[1]) The Lockhart papers t. I, p. 51.

[2]) A. a. O. p. 47.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.

Digitized by Google

Am ſelben Tage erfolgte im Haag die Kriegserklärung in der herkömmlichen Weiſe, weniger feierlich indeſſen als in London. Auf dem Hofe der Stände von Holland wurde eine Glocke geläutet und dann die Erklärung verleſen. Aehnliches geſchah in den Hauptſtädten der anderen Provinzen [1]).

Die Kriegserklärung der Republik geht aus von einem geſchichtlichen Ueberblicke des geſammten Verhaltens Ludwigs XIV. gegenüber der Republik, von dem ungerechten Kriege von 1672 an, durch welchen er ſich der Republik habe bemächtigen wollen, um ſich durch den Beſitz derſelben den Weg zu einer allgemeinen Monarchie zu bahnen. Sie legt dar, wie man auch in der Folge ſich auf keinen Vertrag mit dem Könige habe verlaſſen dürfen. Sie hebt hervor, daß er den Theilungsvertrag über die ſpaniſche Monarchie gemacht in der Abſicht ihn nicht zu halten, daß er vielmehr zugleich in Madrid alle Kunſtgriffe angewendet, um ein Teſtament zu erlangen. Auch habe man ſofort nach dem Tode des Königs ein Teſtament producirt, errichtet zu Gunſten des Herzogs von Anjou.

Die Worte ergeben, daß, wenn auch die damalige Mitwelt in die Ereigniſſe von Madrid im Einzelnen nicht einblickte, ſie dennoch die Vorgänge dort im Ganzen und Großen durchſchauete.

Es folgt dann die Aufzählung der anderen Schritte Ludwigs XIV. nach der Annahme des Teſtamentes. „Die Länder der Krone Spanien, ſagt das Manifeſt, ſind ſo ſehr mit Frankreich vereinigt, daß das Ganze nur noch eine einzige Monarchie darſtellt, beherrſcht durch ſeinen Willen. Somit iſt das eingetreten, was die Chriſtenheit ſeit langen Jahren gefürchtet, und durch dieſe Macht iſt der Grund zu einer einzigen und allgemeinen Monarchie gelegt."

Dieſe Herrſchaft, ſagt weiter das Manifeſt, gebe namentlich ſich kund in Belgien, dem bisherigen Bollwerke für die Republik, zu deſſen Sicherung die Republik zwei ſchwere blutige Kriege geführt, und welches, nach allen Nachrichten, nun als völlig an Frankreich abgetreten angeſehen werden müſſe.

Wir haben geſehen, daß dieſe Meinung über den Thatbeſtand hinaus ging, daß Spanien in das Verlangen dieſer Abtretung nicht willigte.

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 16. Mai.

Digitized by Google

Es folgt die Aufzählung der französischen Gewaltschritte gegen das Reich, in den Fürstenthümern Lüttich und Köln, die brutale Wegführung des Domdechanten dort als Schreckmittel für die Anderen, die Besetzung der kölnischen Städte, ferner die Wegnahme aller Häfen der spanischen Krone in Europa und Indien, durch deren Besitz Frankreich den Welthandel beherrschen würde.

„Demnach, sagt weiter das Manifest, da dieser Zustand der Dinge für uns höchst bedrohlich, haben wir als die der Gefahr zunächst bloß Gestellten, nach der Anrufung Gottes um seine Hülfe, uns genöthigt gesehen, uns in den Stand der Vertheidigung zu setzen und zu diesem Zwecke mit anderen Mächten uns zu verbünden" [1]).

Das Manifest hat demgemäß den Zweck, den dadurch eröffneten Krieg den Völkern als einen Defensivkrieg hinzustellen. Formell griff allerdings die Republik zuerst offen zu den Waffen; aber dem Wesen nach war der Krieg von 1702 an eben so sehr ein Vertheidigungskrieg wie derjenige von 1688. Im Jahre 1672 hatte die Republik erst dann sich entschlossen, als sie unmittelbar mußte, weil der Feind bereits ihr Gebiet berührte. In den Jahren 1688 und 1702 suchte sie dadurch, daß sie selber zuerst losschlug, sich die Sicherheit für die Zukunft zu erzwingen.

Die Kriegserklärung des Kaisers vom selben Tage beginnt damit, daß der König von Frankreich den Friedensschluß von Ryswyck eben so wenig erfüllt habe wie die früheren. Dennoch habe der Kaiser lieber sich in das Unrecht fügen als sich in einen neuen Krieg einlassen wollen. Nun aber habe der König von Frankreich sofort nach dem Tode des Königs von Spanien, auf Grund eines vorgeblichen, in sich nichtigen Testamentes, im Widerspruche mit allen früheren Verträgen, sich zu Gunsten seines Enkels der gesammten spanischen Monarchie bemächtigt, habe, darüber hinaus, Mantua und andere Reichslehen in Italien besetzt, die Fürstenthümer Lüttich und Köln im Reiche überzogen, Unterthanen des Reiches, wie namentlich den Domdechanten Mean, gewaltsam fortgeschleppt und andere Feindseligkeiten wider das Reich begangen. Der Enkel, Herzog von Anjou, habe sich sogar die Titel eines Erzherzogs von Oesterreich, Grafen von Habsburg und von Tirol angemaßt.

---

[1]) Dies Manifest bei Lamberty t. II, p. 107 et suiv.

Digitized by Google

„Zu dieſem Allem länger zu ſchweigen, ſagt das Manifeſt, wäre unentſchuldbar. Das Naturrecht, das Völkerrecht, wie dasjenige des heil. römiſchen Reiches, und insbeſondere die beſchworene Wahl-Capitulation legen uns als dem römiſchen Kaiſer die Pflicht auf, mit allen Kräften ferneren Uebergriffen entgegen zu treten. Und dies um ſo mehr, da es am Tage liegt, daß das ſogenannte Teſtament, welches den franzöſiſchen Feindſeligkeiten zum Vorwande dient, das Werk einiger beſtochenen ſpaniſchen Räthe gemäß den Abſichten des Königs von Frankreich, dem Könige von Spanien in einem Zuſtande der körperlichen und geiſtigen Schwäche vorgelegt worden iſt, in welchem er nicht fähig war zu leſen, noch zu hören, geſchweige denn den umfaſſenden Inhalt des Teſtamentes zu prüfen und zu erwägen. Dazu ſteht dieſer Inhalt im Widerſpruche mit den Intentionen, die der verſtorbene König uns ſo oft kund gegeben, und iſt erfüllt mit Irrthümern und Widerſprüchen. Das Teſtament iſt auch nicht einmal von dem Könige von Frankreich gehalten und ausgeführt, ſondern in mehreren Puncten durchbrochen worden. Die Gewaltſchritte endlich des Königs von Frankreich, ſowohl die eigenen als diejenigen im Namen ſeines Enkels, der als vorgeblicher Herr des Burgundiſchen Kreiſes auftritt als erklärter Feind unſer und des Reiches, zielen ab auf den Umſturz des Kaiſerthums und der Autorität, die uns gebührt kraft der rechtmäßigen Wahl.“

„Auf Grund alles deſſen verkünden wir, daß wir als unſere Feinde anſehen ſowohl den König von Frankreich als ſeinen Enkel, den Herzog von Anjou, und alle ihre Anhänger.“ Es folgt dann die weitere Ausführung der Kriegserklärung, in Einzelnheiten, mit dem Ausdrucke des vollen Vertrauens auf die Fürſten und Stände des Reiches, daß ſie zu dem Kaiſer ſtehen werden.

Unter den Anhängern Ludwigs XIV. und des Herzogs von Anjou nennt die kaiſerliche Kriegserklärung nicht ausdrücklich das Königshaus in St. Germain. Daß dasſelbe mit inbegriffen war, verſtand ſich von ſelbſt. Wie vermöge der Thorheit, mit welcher die unglückliche Familie nach wie vor ihr Geſchick an dasjenige des Königs von Frankreich band, auch die eigenen Anhänger derſelben in England miteinſtimmen mußten in den Kriegesruf wider ſie: ſo konnte auch der Kaiſer, eben ſo wie in dem vorigen Kriege, den Freund und Anhänger ſeines Feindes nicht anders behandeln als ſeinen eigenen Feind.

Digitized by Google

Die Kriegserklärung der Königin Anna vom selben Tage geht aus von den Allianz-Verträgen, welche Wilhelm III. auf Grund von wiederholten Parlaments-Beschlüssen eingegangen, um die Freiheit und das Gleichgewicht von Europa zu bewahren und die übergreifende Macht Frankreichs zurückzudrängen. Es ist bemerkenswerth, daß das Manifest nicht einen König von Spanien nennt, obwohl doch Wilhelm III. den Herzog von Anjou als Philipp V. anerkannt hatte. Getreu dagegen der damaligen englischen Anschauung, die einen anderen König von Frankreich als den eigenen König nicht kennt, bezeichnet es Ludwig XIV. als König der Franzosen. Gegen ihn erhebt es die Anklage, daß er sich eines großen Theiles der spanischen Monarchie bemächtigt, und über das Ganze eine unumschränkte Herrschaft ausübe, daß er bezwecke alle Freiheit in Europa zu unterdrücken, namentlich diejenige der Schifffahrt und des Handels. Die abgeschlossenen Verträge belassen eine Frist von zwei Monaten zur Satisfaction für das verübte Unrecht. „Anstatt, sagt dann weiter das Manifest der Königin Anna, innerhalb dieser längst abgelaufenen Frist irgend welche Satisfaction anzubieten, wie man mit Recht erwarten durfte, hat der König der Franzosen nicht bloß neue Gewaltthaten verübt, sondern auch gegen Uns und unsere Königreiche eine schwere Kränkung und Beleidigung begangen. Denn er hat sich herausgenommen, den angeblichen Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland auszurufen, und hat auch Spanien bewogen sich dieser Kränkung und Beleidigung wider uns eben so theilhaftig zu machen, wie seiner anderen Uebergriffe. Darum finden wir uns bewogen, um das Recht der Verträge zu bewahren, um die Ehre unserer Krone zu schützen, um dem Unheile zuvorzukommen, welches das gesammte Europa bedroht, gegen Frankreich und Spanien den Krieg zu erklären“ [1]).

Demnach begann der Krieg, der sich im Jahre 1701 thatsächlich auf Italien beschränkte, auf einer Reihe von Schauplätzen in den verschiedenen Ländern Europas. Wir haben sie nacheinander ins Auge zu fassen. Es kommt zunächst darauf an, den allgemeinen Charakter des Krieges festzustellen.

---

[1]) Das Actenstück bei Lamberty t. I. p. 113.

Digitized by Google

Die Berechnung Ludwigs XIV. war dahin gegangen, daß er, nachdem er für seinen Enkel und daher durch diesen für sich selber das gesammte spanische Erbe erlangt, im Besitze desselben friedlich seine Tage beschließen könne. Ob auch diese Hoffnung während des Jahres 1701 stückweise zerbröckelte, er suchte dennoch immer aufs neue sie festzuhalten. Namentlich der Tod Wilhelms III. belebte sie neu. Erst die Antwort, die er dann von der Republik auf die durch Barré übergebene Denkschrift erhielt, so wie die thatsächlichen Anstalten noch vor der Kriegserklärung, nahmen die letzte Stütze seiner Hoffnung hinweg. Er erkannte an, daß der Krieg unvermeidlich war [1]).

Dieses Verhalten der maßgebenden Persönlichkeit auf französischer Seite vor dem Kriege ist bestimmend auch für dasjenige während desselben: der Krieg von französischer Seite ist wesentlich defensiv.

Eben denselben Charakter erzwangen die Thatsachen. Ludwig XIV. hatte eine Reihe von Ländern inne, die, nach der Ansicht seiner Gegner, nicht ihm gehörten. Er wollte sie behalten. Jene trachteten sie ihm zu entreißen.

Die Verschiedenheit des Charakters dieses Krieges von 1702 an gegenüber dem vorigen von 1689 an, gibt sich namentlich kund an der Nordseite. Der Schauplatz des Krieges war wesentlich derselbe, die spanischen Niederlande. In jenem ersten Kriege suchte Ludwig XIV. die eine der belgischen Städte nach der anderen zu nehmen. In dem zweiten von 1702 an trachtete er eben dieselben Plätze, die nun in seinen Händen waren, zu vertheidigen und zu behaupten.

Jedoch nicht bloß auf Belgien beschränkte sich die Vertheidigung. Der Verrath des Kölner Kurfürsten Joseph Clemens an Kaiser und Reich hatte auch die beiden Fürstenthümer Köln und Lüttich in französische Gewalt gebracht. Die festen Plätze derselben, Lüttich, nachher auch Bonn, ferner Rheinbergen, Kaiserswerth, so wie die kleineren, hatten französische Besatzungen. Die rasche Entwaffnung der Herzöge von Wolfenbüttel, im März, hatte eine Diversion zu Gunsten Frankreichs im nördlichen Deutschland vereitelt. Im Besitze jener vorgeschobenen Posten erwartete Frankreich den Angriff. Das gesammte

[1]) Man vergleiche sein Schreiben an Boufflers, vom 10. April 1702, bei Pelet t. II, p. 8.

Digitized by Google

Verhältnis drängt sich zusammen in die Worte Puysegurs an den Kriegsminister Chamillart: „Unsere Dispositionen müssen sich richten nach denen der Feinde“ [1]).

Die Persönlichkeit dieses neuen Kriegsministers ist von großer Bedeutung, nicht freilich zum Heile Frankreichs. Er war wohl gelitten bei dem Könige und der Frau von Maintenon, und daher häuften sich auf seinem Haupte die Aemter und die Würden. Im Beginne des Jahres 1701, als Chamillart bereits Finanzminister war, ernannte der König ihn auch zum Staats-Secretär des Krieges, und ging auf das Erbieten des Chamillart, das erstere Amt zurückzustellen, nicht ein. So blieb Chamillart zugleich Minister des Krieges und der Finanzen, was bis dahin nie geschehen war. Es scheint indessen, daß Chamillart die Meinung, welche der König durch die doppelte Ernennung an den Tag legte, auch bald sich selber angeeignet habe. In wie fern sie berechtigt, wird sich an mehr als Einem Beispiele uns darthun. — Sein Zeitgenosse St. Simon indessen sagt, daß Chamillart seiner Unfähigkeit sich sehr wohl bewußt war, daß er sie bei jedem Schritte dem Könige eingestand, daß dagegen der König Gefallen daran fand ihn zu leiten und zu unterweisen, so daß er die Acte des Chamillart betrachtete wie seine eigenen, und alles entschuldigte. „Auch schrieb er sehr gut, sagt weiter St. Simon, und dieser klare, bestimmte, fließende Stil gefiel ganz besonders dem Könige und der Frau von Maintenon, die ihn unaufhörlich lobten, ermuthigten und sich freuten auf so schwache Schultern eine Doppellast geladen zu haben, von denen jede einzeln ausgereicht hätte auch einen starken Mann zu erdrücken“ [2]).

Ludwig XIV. gab das Commando der Armee in den Niederlanden dem Marschall Boufflers. Der anfängliche Plan, den der letztere vorschlug, war, sich mit der Hauptmacht im holländischen Brabant an der Dommel aufzustellen, und bereit zu sein von da als dem Mittelpuncte aus sich rasch nach der etwa bedrohten Stelle zu wenden [3]). Der Plan fand nicht die Zustimmung des Königs. Die ersten Offensiv-Schritte von holländischer Seite, noch im April, waren gerichtet gegen

---

[1]) Schreiben vom 22. April, bei Pelet t. II, p. 19.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 8. — St. Simon t. II, p. 148.
[3]) Pelet t. II, p. 174.

Digitized by Google

Kaiſerswerth am rechten Rheinufer. Auf die Kunde gebot Ludwig XIV. dem Marſchall Boufflers ſich in das Land Jülich zu begeben. Wenn die Feinde auf das linke Rheinufer herüberkämen, ſo ſolle er ſuchen ſie zu ſchlagen. Wenn ſie am rechten Ufer blieben, ſo ſolle Boufflers darauf denken eine That zu vollbringen, welche den Augen Europas zeige, daß die franzöſiſchen Waffen denen der Gegner gewachſen ſeien. Nach dieſer allgemeinen Redensart deutet der König hin auf eine Belagerung von Jülich oder Köln. Daß er Erfolge erwartete, liegt in der gleichzeitigen Sendung ſeines älteſten Enkels, des Herzogs von Bourgogne, als Oberfeldherrn über Boufflers [1]). Denn wie er ſelber vor Zeiten nur dann ins Feld gegangen war, wenn irgend ein beſtimmter Erfolg in naher ſicherer Ausſicht ſtand: ſo ſollte auch nun die Anweſenheit des Herzogs von Bourgogne bei der Armee den Völkern dieſe Bürgſchaft gewähren. „Die Armee, ſagte der Kriegsminiſter Chamillart, muß des Herzogs von Bourgogne würdig ſein“ [2]).

Jener Befehl Ludwigs XIV. an Boufflers läßt erſehen, daß er ein ſehr wichtiges Mittel zum Entſatze des am rechten Ufer liegenden Kaiſerswerth, nämlich den Rheinübergang der Franzoſen, nicht geſtattete. Im franzöſiſchen Hauptquartier wußte man, daß der König vermeinte, dadurch das Reich von der Kriegserklärung gegen ihn zurückhalten zu können [3]). Es dürfte kaum eine andere Thatſache ſich finden, die ſo ſchlagend beweiſt, mit welcher Zähigkeit Ludwig XIV. noch bis in die letzte Stunde ſich an jegliche Friedenshoffnung klammerte. Denn zu der langen Kette der Einbrüche in den Frieden und die Sicherheit der Reichsländer, welche die ſpäter, am 28. September, erfolgte Kriegserklärung des Reiches gegen den König von Frankreich aufzählt, hätte ein Uebergang über den Rhein, um der in Kaiſerswerth bedrängten franzöſiſchen Beſatzung Hülfe zu bringen, doch nur noch ein Glied hinzugefügt, und zwar ein dem Thatbeſtande nach, jedenfalls eher entſchuldbares als die Wegführung des Domdechanten Mean aus Lüttich.

Die Verbindung der Beſatzung in Kaiſerswerth mit dem franzöſiſchen Heere am linken Rheinufer blieb offen. Demnach konnte der

[1]) Pelet t. II, p. 15. Vom 19. April.
[2]) A. a. O. p. 17.
[3]) Mémoires du duc de Berwick t. I, p. 114.

Digitized by Google

Commandant Blainville einige Wochen länger den Belagerern unter dem Prinzen Naſſau-Saarbrück widerſtehen: der endliche Ausgang dagegen war von Anfang an beſiegelt.

Der Marſchall Boufflers war, den Befehlen Ludwigs XIV. gemäß, bis Xanten hinabgerückt. Tilly, der mit einer geringeren holländiſchen Macht dort ſtand, zog ſich vor ihm zurück. Der Herzog von Berwick, damals unter Boufflers, berichtet, daß er und Andere der Meinung geweſen ſeien, Boufflers habe Tilly erreichen und ſchlagen können, mit der bei den Franzoſen in ſolchen Fällen üblichen Ausführung, was alles dann erfolgt wäre [1]). Nachdem der Herzog von Bourgogne eingetroffen und die franzöſiſche Armee bis auf 54 Bataillone und 104 Schwadronen geſtiegen war, beſchloß Boufflers, ſich gegen den General Athlone zu wenden, der mit 40 Bataillonen und 60 Schwadronen bei Kleve ſtand. Am 9. Juni brach Boufflers auf. Athlone erkannte die Abſicht ihn von Nymegen abzuſchneiden, und trat in aller Eile ſeinen Rückzug dahin an. Das franzöſiſche Heer drängte eben ſo raſch den Holländern nach. Es gelang jenen nicht die Letzteren zum Stehen und zum Schlagen zu bringen; aber die Verfolgung währte bis unter die Kanonen von Nymegen, welches dem Heere Athlones Zuflucht gewährte.

Die Franzoſen rühmten dies Ereignis; aber ſie erkannten an, daß der Nutzen dem Glanze nicht entſpreche. In der Wirklichkeit war nichts Anderes erreicht, als daß die Holländer einige hundert Mann mehr verloren hatten als die Franzoſen. Blainville in Kaiſerswerth dagegen mußte nun capituliren. Er erhielt ehrenvolle Bedingungen.

Inzwiſchen war Marlborough im Haag angekommen. Der Beſtürzung der Generalſtaaten über das Ereignis von Nymegen ſtellte er die Forderung entgegen, daß das Heer verſtärkt werde. Boufflers habe über 40,000 Mann, Athlone nur 30,000. Im Haag war man nicht ungeneigt. Eine andere Frage ward in den erſten Tagen noch nicht berührt: diejenige des Commandos [2]).

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 113. Es iſt jedoch zu bemerken, daß die beiden Berichte von holländiſcher Seite, bei Lamberty t. XII, p. 26 et suiv., dem Marſchall Boufflers dieſelben Fehler vorwerfen, der eine gar mit den Worten: grâce à son ignorance dans le métier de général, nous l'avons échappé belle.

[2]) Die Berichte des Grafen Goes vom 16. und 20. Juni.

Digitized by Google

Die Königin hatte den Wunſch, den Prinzen-Gemahl zum General-Capitän der Republik ernannt zu ſehen, noch nicht fallen laſſen, und Marlborough bemerkte gelegentlich, daß dieſe Ernennung das beſte Band der Einigung ſein würde. Indeſſen die Sache war bereits ausſichtslos. Dagegen trat die praktiſche Frage in den Vordergrund, ob in dem bereits begonnenen Feldzuge die engliſchen und die holländiſchen Truppen getrennt operiren ſollten, oder geeinigt, und dann, unter weſſen Leitung. War Marlborough engliſcher Ober-Commandant, ſo hatte er doch, außer der Unternehmung gegen Cork und Kinſale im Jahre 1690, noch niemals ſelbſtändig einen Feldzug geleitet. So viele Hoffnungen auch die Kundigen, wie Wilhelm III., Heinſius, Wratislaw und nach deſſen Berichten, auch der Kaiſer, auf Marlborough ſetzen mochten: er ſtand damals, im Lebensalter von zweiundfünfzig Jahren, noch nicht da als der europäiſche Feldherr, über deſſen Superiorität ein Zweifel nicht obwaltete. Es war daher die ſchwierige Frage, ob der Fürſt von Naſſau-Saarbrück, der Graf Athlone und der Herr von Opdam dahin zu bringen waren, ſich ihm unterzuordnen. Die beiden letzteren wurden nach dem Haag geladen. Am 26. Juni fand dort ein großer Kriegsrath ſtatt. Athlone und Opdam machten kein Hehl aus ihrer Abneigung. Dennoch ward die Sache ſo entſchieden, daß Marlborough das Commando auch der holländiſchen Armee erhielt, daß demnach Athlone und Opdam ſich ihm unterordnen mußten. In Betreff des Fürſten von Naſſau-Saarbrück ward das Auskunftsmittel getroffen, daß die Republik ihn nach dem Haag einlud, damit er dort mit militäriſchem Rathe diene. Dieſer letzte Punct hatte die größte Schwierigkeit gemacht. „Aber fügt der Graf Goes ſeinem Berichte hinzu, Mylord Marlborough hat ſeine Sache ſo geſchickt geführt, daß man endlich doch zu dieſem Beſchluſſe gekommen iſt.“ Es ward die Meinung geäußert, daß Marlborough fortan die Ernennung des Prinzen-Gemahl nicht mehr befürworten werde. Er indeſſen blieb dabei, daß die Ernennung ſowohl im Intereſſe der Republik wie der allgemeinen Sache liege [1]). Damit ſank der Wunſch des Prinzen Georg von Dänemark definitiv unter, nicht jedoch für ihn die Erinnerung, daß Marlborough denſelben nicht zur Ausführung gebracht habe [2]).

[1]) Die Berichte des Grafen Goes vom 27. und 30. Juni.

[2]) Coxe's Marlborough t. I, p. 122.

Digitized by

Indessen das Commando Marlboroughs über die holländischen Truppen war nicht unbedingt. In der Republik war es herkömmlich, dem Feldherrn besondere Deputirte beizugeben, je einen für jede der sieben Provinzen. Der General war für jede größere Unternehmung gebunden an die Einwilligung dieser Felddeputirten. Wie der König Wilhelm III. sich diese Einrichtung hatte gefallen lassen, so durfte Marlborough gegen dieselbe keinen Einwand erheben.

Am 2. Juli brach Marlborough vom Haag aus auf ins Feldlager an der Waal bei Nymegen, mit der Absicht alle Truppen zusammen zu ziehen.

Es ist merkwürdig zu sehen, daß und warum Ludwig XIV. zur selben Zeit die Armee des Marschalls Boufflers schwächte.

Was wir schon bei dem lombardischen Kriege des Jahres zuvor wahrgenommen, nämlich, daß Ludwig XIV. von Versailles aus die Kriegsoperationen leitet, daß er zu schlagen befiehlt nach seinem Ermessen, wie bei Chiari geschehen, tritt ähnlich hervor in dem Feldzuge von 1702 in den Niederlanden. „Sie sehen, schreibt der König an den Marschall Boufflers, wie sehr ich mit dem Wunsche beschäftigt bin, meine Truppen zu verwenden und diejenigen der Feinde zu hindern" [1]). Nachdem er dann alle Einzelnheiten erwogen, kommt er endlich zu dem Befehle für Boufflers, die Stadt Jülich zu belagern, die dem Kurfürsten von der Pfalz gehörte. Die Einwendungen des Marschalls, der in seinem Lager nahe bei Kleve verblieb, lassen erkennen, wie wenig dieser Plan ihm zusagte. Auch hielt der König nicht daran fest. Vielmehr richteten sich, wenige Tage später, seine Gedanken nach einer anderen Seite. Die Couriere des Marschalls Catinat aus dem Elsaß meldeten, daß der Markgraf Ludwig von Baden die Stadt Landau bedrohete. Nachdem der König dies dem Boufflers berichtet, fährt er fort: „Nun kennen Sie die Wichtigkeit dieses Platzes, der sowohl das Elsaß als das Saargebiet schützt. Wird er genommen, so muß an diesem Strome ein Corps bereit stehen, welches Catinat nach Erfordern an sich ziehen kann. Nachdem ich die beiderseitigen Heereskräfte in Flandern und Deutschland gegen einander abgewogen, auch betrachtet habe, daß es doch nicht gerecht von mir sein würde, die mir gehörenden

[1]) Pelet t. II, p. 54. Vom 18. Juni.

Digitized by Google

Provinzen und Plätze preis zu geben, um diejenigen des Königs von Spanien zu vertheidigen, habe ich beſchloſſen, daß von der Armee des Herzogs von Bourgogne, und von den anderen Truppenkörpern dort unter Tallard und Tſerclaes 12 Bataillone und 16 Schwadronen nach der Saar hin abgegeben werden ſollen. Sie haben alſo dieſelben ſofort in Marſch zu ſetzen, über Luxemburg nach Dietenhofen." „Ich erkenne wohl, fährt dann Ludwig XIV. fort, daß ich Sie dadurch nach allen Seiten ſchwäche, Sie nöthige, auf jegliche Unternehmung zu verzichten und ſich auf eine nicht geſicherte Defenſive zu beſchränken. Darum jedoch können Sie noch einen ruhmvollen Feldzug machen. Die Feinde ſind Ihnen an Zahl nicht ſo ſehr überlegen, daß Sie ſich dadurch beunruhigt fühlen dürften, und an Qualität ſind meine Truppen beſſer." So Ludwig XIV. am 30. Juni [1]).

In denſelben Tagen als dieſer Befehl den Marſchall Boufflers bei Kleve erreichte, traf Marlborough in Nymegen ein. Die Armee ſtand nordwärts von der Waal. Am 7. Juli ward der Strom auf drei Brücken überſchritten. Aber wie die Armee des Boufflers geſchwächt wurde durch die Befehle ſeines Königs: ſo ward Marlborough durch die Beſorgniſſe im Haag für Nymegen und den Rhein gehindert, von der Ueberlegenheit ſeiner Zahl Gebrauch zu machen. Sein eigener Plan war, direct nach Brabant zu marſchiren: die Beſchlüſſe im Haag legten ihm auf ſich links hin zu wenden. Ueber dies Hin- und Herſenden verging faſt der ganze Monat Juli ungenutzt. Marlborough hatte volle Muße, in ſeinen Briefen an Lady Sarah des Reifens der Früchte in ſeinen Gärten von St. Albans zu gedenken, und ihr zu verſichern, daß er lieber dort weilen würde als im Feldlager, und daß keine Befriedigung des Ehrgeizes ihm Erſatz biete für die Trennung von ihr [2]). Am 26. Juli überſchritt er die Maas. Es war unverkennbar ſein Plan, den Feind von dieſem Strome ab und weſtwärts zu drängen, um ſich dann der oſtwärts gelegenen feſten Plätze zu bemächtigen. Nachdem Tallard zu Boufflers geſtoßen war, erfanden ſich die Armeen etwa gleich ſtark. Aber Boufflers zog ſich ſüdwärts zurück.

[1]) Pelet t. II, p. 66.

[2]) Coxe's Marlborough t. I, p. 129.

Digitized by Google

Am 30. Juli, während Boufflers auf Beringhen marschirte, machte Marlborough im Kriegsrathe den Vorschlag eines Angriffes. Denn er konnte nicht handeln ohne die Einwilligung der Felddeputirten, die mit Vollmacht je ihrer souveränen Provinz sich im Hauptquartiere befanden. Die Felddeputirten lehnten ab.

So berichtet der Herzog von Berwick, der im französischen Heere ein Commando hatte, und fügt hinzu: „Eben so wenig wollten sie uns in unserem Lager von Sonoven angreifen. Dies gereichte uns zum Glücke; denn wir wären unfehlbar geschlagen worden, da unser linker Flügel in der Luft schwebte und der rechte wie eingepfropft stand zwischen zwei Bächen“ [1]).

Berwick hatte diese Nachricht von guter Hand, nämlich von Marlborough selber, dem Bruder seiner Mutter [2]). Der englische Commandant ging darin sogar noch weiter. Er schrieb an Boufflers: es sei nicht seine Schuld die französische Armee auf ihrem Marsche am 30. Juli nicht angegriffen zu haben. Der Graf Athlone habe im Kriegsrathe dagegen geredet. Ueber dies auffallende Benehmen hieß es am Hofe zu Marly: „Il paraît extraordinaire que ce général veuille se justifier à nous de ne nous avoir point attaqués [3]).

Eher ist es erklärlich, daß Marlborough nach England hin, in einem Schreiben vom 27. August an Godolphin, eines Vorfalles solcher Art gedenkt, wo durch die Säumigkeit in der Ausführung seiner Befehle ein von ihm als sicher gehoffter Sieg ihm entschwunden sei. Er fügt hinzu, daß er, dem Dienste der Königin zuliebe, in seinem Berichte an die Generalstaaten die Sache nicht erwähnt habe. Der Fingerzeig deutet an, daß der Vorwurf den Holländern, oder genauer den hemmenden Felddeputirten, zur Last fiel. Er vermöge indessen nicht zu hindern, daß die höheren Officiere aus ihrer Kenntnis seiner Befehle offen über die Sache redeten. Das Mittel, welches er anwende, um über dies wie über andere Misgeschicke ähnlicher Art hinwegzukommen, kleidet er in die Worte: „Geduld wird alles überwinden“.

Es ergibt sich daraus, daß die Besorgnisse der holländischen Felddeputirten mehr als eine, nach der Ansicht Marlboroughs zum Schlagen

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 122.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 479.

[3]) A. a. O. p. 475.

Digitized by Google

günstige Gelegenheit haben entschwinden lassen. Mehr daraus zu folgern, etwa gar den Felddeputirten beizumessen, daß sie sich an Einsicht dem General überlegen vermeint hätten, dürfte nicht gerecht sein. Ihre Verantwortlichkeit ruhte auf einer anderen Basis als die seinige. Der wesentliche Inhalt ihrer Instructionen prägt sich aus in einem Berichte des Grafen Wratislaw nach Wien: „Man sieht aus dem Thun und Lassen der Generalstaaten ganz klar, daß sie beabsichtigen, den Krieg wider Frankreich mehr defensiv zu führen. Unter dem Vorwande, die Republik nicht zu exponiren, haben sie dem Marlborough so sehr die Hände gebunden, daß er keine Schlacht liefern darf" [1]).

Bis gegen das Ende des Monates August hatte Marlborough so viel erreicht, daß er den Marschall Boufflers fast völlig von Spanisch-Geldern abdrängte und daher die Belagerung von Venloo unternehmen konnte. Und damit stieg für Ludwig XIV. eine unangenehme Aussicht empor, die er selber, am 23. August, in die folgenden Worte an Boufflers kleidet: „Sie wissen wie ich, welche Bedeutung für den Ruhm meiner Waffen darin liegt, daß dem Feinde nicht gestattet werde, eine Belagerung vor den Augen des Herzogs von Bourgogne zu unternehmen, ohne daß dieser auf irgend eine Weise dagegen einschritte". Ludwig XIV. verlangt daher mit allem Nachdrucke die Behauptung von Geldern. „Wenn Sie leiden, sagt er, daß der Feind Venloo nimmt: so dürfen Sie auch ganz Geldern als verloren ansehen, und, in unvermeidlicher Folge dann auch die Rheinplätze, die Allianz mit dem Kurfürsten von Köln und die Stadt Lüttich". Er führt diese Gedanken weiter aus, und wiederholt am Schlusse noch einmal mit Nachdruck: „Ohne Geldern vermag ich nichts" [2]).

So Ludwig XIV., der von seinem Cabinet in Versailles aus den Krieg führte. Anders lagen die Dinge für Boufflers, der im Felde stand. Er erhielt das Schreiben des Königs in Beringhen. Die Lage dieses Ortes selbst, etwas nordwestlich von Mastricht, ist gewichtig. Boufflers wies in seiner Antwort darauf hin, daß die starke holländische Festung Mastricht wie ein Keil die Provinzen Brabant und Geldern trenne. Geldern und Brabant zugleich zu schützen, erfordere für jedes

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. August.
[2]) Pelet t. II, p. 92.

Digitized by Google

eine besondere Armee. Man müsse das Eine aufgeben oder das Andere. Unter diesen Umständen gehe das einstimmige Votum der Generalofficiere dahin, nicht auf Venloo zu marschiren. So am 31. August [1]). Mit anderen Worten: Ludwig XIV. erhielt auf seine Forderung, das Land Geldern zu behaupten, die Antwort, daß seine Armee das Land Geldern bereits aufgegeben habe.

Das Einzige, was Boufflers dagegen in Aussicht stellen konnte, war eine Diversion zur Linken, um, zum Ersatze für das zu verlierende Venloo, die Stadt Hulst in Seeland zu nehmen.

Einige Tage später, am 5. September, ging Boufflers in seinem Berichte an den König offener heraus. Er sah nicht bloß Venloo, sondern auch Roermonde und Stephanswerth bereits als verloren an. Düsterer noch lautete ein Bericht des Herzogs von Maine an Chamillart. Er habe, sagt er, nichts Anderes zu melden als Unmöglichkeiten, Elend und Schwächen [2]).

Die Antwort Ludwigs XIV. war die sofortige Abberufung des Herzogs von Bourgogne. Der König, wie Berwick sagt, wollte ihn nicht der Unehre aussetzen, Zeuge der Erfolge Marlboroughs sein zu müssen [3]).

Und nun erst, vom Beginne September an, folgte dort für die französischen Waffen ein Misgeschick dem anderen. Die Unternehmung gegen Hulst, welches für Venloo entschädigen sollte, mislang mit nicht geringem Verluste. Das Fort St. Michel vor Venloo ward am 18. September von Lord Cutts erstürmt [4]). Die Stadt hielt sich bis zum 23. September. Nachdem schon eine weite Bresche gelegt war, traf am Mittage dieses Tages die Nachricht ein, daß das Reichsheer, unter dem römischen Könige Joseph und dem Markgrafen Ludwig von Baden, die Stadt Landau genommen. Die Belagerer feierten die Siegeskunde durch das Feuer aller Geschütze zugleich. Die Besatzung nahm dies für das Zeichen zum Beginne des Sturmes: an vielen Stellen der Stadt und der Werke zugleich stiegen weiße Fahnen empor. Die Capitulation ward bewilligt [5]).

[1]) Pelet t. II, p. 101 und 572.
[2]) A. a. O. p. 577.
[3]) Mémoires de Berwick t. I, p. 127.
[4]) Bericht von Lord Cutts an die Königin, bei Lamberty t. II, p. 227.
[5]) Coxe's Marlborough t. I, p. 137.

Digitized by Google

Roermonde und Stephanswerth fielen am 5. und am 7. October. Bereits richtete Marlborough ſeine Augen auf Lüttich.

Auch Boufflers, der in Tongern ſtand, und der König in Verſailles zogen die Lage der Stadt Lüttich in Erwägung. Boufflers gab nach Verſailles hin ſeine Anſicht kund, daß es ihm wichtiger erſcheine, die Stadt Tongern und überhaupt Brabant zu decken als Lüttich. So am 27. September. Darüber gerieth der Kriegsminiſter Chamillart in große Erregung. Er machte einen Bericht, den der Gedanke durchzieht, daß die Nachtheile dieſes Feldzuges am Oberrheine wie in den Niederlanden entſpringen aus der Renitenz der Marſchälle Catinat und Boufflers wider die Befehle des Königs. Boufflers kenne augenſcheinlich nicht die Wichtigkeit und die Bedeutung der Stadt Lüttich. Wenn ſie verloren gehe, ſo habe der König fortan von dem Kriege nur noch Unheil zu erwarten. Chamillart legte daher ein fertiges Schreiben zur Unterzeichnung vor, durch welches der König dem Marſchall Boufflers befahl, alle ſeine Kraft auf die Vertheidigung von Lüttich zu verwenden. Der Befehl ſchloß jegliche fernere Berathung aus [1]).

Das Schreiben ging ab am 28. September. Dann jedoch mag Ludwig XIV. bei weiterer Ueberlegung gefunden haben, daß der Befehl allzu ſtrict ſei. Er erließ am folgenden Tage ein neues Schreiben, welches dem Marſchall anbefahl, ſich für die Erhaltung von Lüttich nicht in eine Action einzulaſſen, die ſchlimmere Folgen haben könne als der Verluſt dieſer Stadt [2]).

Der Hergang iſt ſehr merkwürdig, weil, nach dem Urtheile von Boufflers, Tſerclaes und Puyſegur, das Nachlaſſen in dem zweiten Befehle die franzöſiſche Armee dort von der Gefahr einer unabwendbaren Niederlage errettete. „Denn, erwiedert Boufflers, nach Maßgabe des Zuſtandes, in welchem ſich die Linien von Lüttich befinden, und der Beſchaffenheit des Terrains dort überhaupt, kann ſich die Armee nicht unter Lüttich aufſtellen, ohne ſich dem völligen Miserfolge preiszugeben. Daher habe ich geglaubt, daß, inſoweit der letztere Befehl den erſten abändert, ich weſentlich jenem nachzuleben habe."

Bei Ludwig XIV. mochte es von beſonderem Gewichte ſein, daß auch ſein Sohn, der Herzog von Maine, mit jenen drei Kriegs-

[1]) Pelet t. II. p. 589 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 593.

Digitized by Google

verständigen übereinstimmte. Sie begnügten sich indessen nicht mit der ersten Antwort. Sowohl Boufflers wie Puysegur ließen in den ersten Tagen des Monats October neue Gutachten folgen. Sie heben darin die Sicherheit ihrer Stellung bei Tongern hervor, gegenüber der Unsicherheit in den Linien von Lüttich, und dann ihre Minderzahl.

Zugleich aber weist namentlich Puysegur hin auf die Wichtigkeit der ganzen Frage für Belgien.

„Es handelt sich, sagt er, nicht bloß um Tongern und die Nachbarschaft, sondern um ganz Belgien. Der Prinz von Oranien, der die Gesinnung in den großen Städten dieses Landes kannte, hat sich im vorigen Kriege, auch bei schwächeren Kräften, immer so gelegt, daß er Brüssel, Mecheln und Löven deckte, weil er die Ueberzeugung hegte, daß die Bevölkerungen im Angesichte einer feindlichen Armee bereit sein würden, sich mit dieser einzulassen, sobald sie sich nicht mehr gedeckt wüßten. So damals, wo man hier seit undenklicher Zeit mit Spanien vereinigt war. Wenn aber nun die an die neue Herrschaft noch wenig gewöhnten Bevölkerungen sehen würden, daß man lieber Lüttich decken, als sie schützen will: so kann man bei der Furcht vor den Kriegs-Contributionen, welche die Holländer ausschreiben würden, bei der Zuneigung vieler Einwohner zu dem Hause Oesterreich, sich der Besorgnis nicht erwehren, daß sie insgesammt sich lossagen würden. Der Verlust aber von Brabant als der Seele der spanischen Niederlande entscheidet über die Gesammtheit" [1]).

Unterbrechen wir hier mit einigen Worten die Beweisführung des Puysegur, nicht um sie zu schwächen, sondern um sie zu bestätigen.

Die Andeutung nämlich, daß die belgischen Städte, wenn frei von dem Drucke der französischen Waffen, sich nicht für den Herzog von Anjou aussprechen würden, sondern für den Erzherzog Carl, dürfte besonders gerechtfertigt sein in Betreff der Stadt Brüssel. Ludwig XIV. konnte darüber unterrichtet sein durch einen Vorfall, der eine ihm nahe stehende Persönlichkeit betroffen hatte, seinen Sohn, den Herzog du Maine. Die Bewohner von Brüssel hatten im Jahre 1702 das Bombardement vom August 1694 noch nicht vergessen. Die Art von Bravour, durch welche damals jenes Individuum die schadhaft gewordene

[1]) Pelet t. I, p. 598 et suiv.

Digitized by Google

Reputation ſeines Muthes hatte herſtellen wollen, war ihm nicht gelungen. (Bd. VII, S. 102.) Aber das Volk von Brüſſel erzählte ſich von ihm noch ein anderes Stück. Als damals der Marſchall Villeroy, in der Meinung, dem Befehle des Königs genug gethan zu haben, dem Mitleide Raum gegeben und das Bombardement habe einſtellen wollen, ſei der Herzog du Maine zu ihm getreten mit den Worten: „Noch vierundzwanzig Stunden für mich!" — Dieſer ſelbe Herzog du Maine begab ſich im April 1702 über Brüſſel zur Armee. Als ſeine Ankunft als bevorſtehend in Brüſſel kund wurde, ſah man das Volk ſich in Gruppen ſammeln. Die Edelleute, welche ſich zum Zwecke der Bewillkommnung nach dem Palaſte Hooghſtraeten begaben, wurden inſultirt. Um neun Uhr des Abends verkündeten Kanonenſchüſſe die Ankunft des Herzogs du Maine. Anders lautete die Begrüßung von Seiten des Volkes. Aus den drängenden Maſſen vernahm man die Rufe: „Gnädiger Herr, noch vierundzwanzig Stunden für mich! Nieder mit den Mordbrennern! Es lebe Carl von Oeſterreich!" Die Cavallerie hielt die Maſſen zurück [1]).

Am nächſten Tage traf auch der Herzog von Bourgogne in Brüſſel ein. Viele Perſonen weigerten ſich an den Empfangs-Feierlichkeiten Theil zu nehmen, weil man ihnen ihre Häuſer verbrannt habe. Nach kurzem Aufenthalte eilten die beiden Sproſſen Ludwigs XIV. aus Brüſſel fort, um zum Heere zu gelangen. Daß in der Hauptſtadt von Belgien eine für Frankreich geneigte Stimmung herrſche, konnten ſie demgemäß nach Verſailles hin nicht gemeldet haben. Um ſo mehr Gewicht mußte dort der zuſammenfaſſende Bericht des Puyſegur ausüben. Von Belgien ab wendet er ſich zu Lüttich.

„Endlich, ſagt er, iſt der Beſitz der Stadt Lüttich eher eine Laſt als ein Vortheil. Sie hat im vorigen Kriege den Verbündeten den Verluſt der Schlacht von Neerwinden gekoſtet, weil ſich in den Linien von Lüttich 32 ihrer Bataillone und 40 Schwadronen befanden."

Puyſegur erklärt Bonn mit der Perſon des Kurfürſten Joſeph Clemens für wichtiger als Lüttich. Eben damals hatte Tallard eine franzöſiſche Beſatzung nach Bonn gebracht, und dann den Kurfürſten

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 857. Vergleiche Coremans: Miscellanées etc. p. 107.

Digitized by Google

nach Luxemburg geführt. Dort war er, wie man auf französischer Seite es benannte, in der Sicherheit, die sie längst für ihn gewünscht hatten [1]). Wie so bald war an ihm zur Wahrheit geworden, was jenes Schriftstück des Pasquin am Ende des Jahres zuvor im voraus verkündet hatte! (Bd. IX, S. 437.) Es war die abermalige Erfahrung, daß der Dienst für die Politik Ludwigs XIV. kein Heil nach sich zog, nur freilich so, daß dies Mal die schwere Masse des Unheils nicht den Verräther traf, sondern das von ihm verkaufte und verrathene Land und Volk.

Das einzige was Boufflers noch für Lüttich thun konnte, war die Entsendung von etwa acht Bataillonen dahin. Er selbst mit dem Hauptheere zog hinter die Mehaigne.

Am 13. October traf Marlborough vor Lüttich ein [2]). Die bewaffnete Macht der Franzosen zog sich rechtzeitig in die Citadelle und in die Chartreuse hinauf. Die Stadt öffnete dem Heere der Verbündeten freiwillig die Thore, und erhielt dafür die Zusicherung, daß nicht von ihr aus der Angriff gegen jene stattfinden solle. Bis zum 23. October war eine Bresche so weit gelegt, daß ein Sturm auf den bedeckten Weg der Citadelle unternommen werden konnte. Der Eifer der Stürmenden ging darüber hinaus. „Es ist unmöglich, meldet Marlborough an Godolphin, zu viel zum Lobe der Tapferkeit zu sagen, die von allen Officieren und Soldaten bewiesen wurde" [3]). Innerhalb einer halben Stunde war die Citadelle mit Sturm genommen. Die Besatzung der Chartreuse wartete ein gleiches Geschick nicht ab. Sie capitulirte, am 29. October 1702.

Dagegen gelang es auf dem rechten Flügel der französischen Aufstellung, dem eifrigen Tallard, noch einen Erfolg zu erringen. Es war die befestigte Stadt Trarbach an der Mosel. Nach einer Belagerung weniger Tage capitulirte die Besatzung, 500 Mann stark, am 7. November.

Das verbündete Heer ward in die Winterquartiere entlassen. „Wir im Lager an der Mehaigne, meldet der Herzog von Berwick,

---

[1]) Pelet t. I, p. 119.

[2]) Die Behauptung Coxes, daß auch am 12. October wieder die holländischen Felddeputirten ein Treffen vereitelt, ist mit den Correspondenzen bei Pelet schwer vereinbar.

[3]) Coxe's Marlborough t. I, p. 141.

Digitized by Google

vernahmen das mit großer Befriedigung; denn bei der Geneigtheit alles geſchehen zu laſſen, in der wir uns befanden, würden die Feinde auch bei ferneren Unternehmungen auf keinen Widerſtand von unſerer Seite geſtoßen ſein" [1]).

Marlborough kehrte über Venloo zurück nach dem Haag. Vor ihm traf hier, am 7. September, eine Schreckenskunde ein. Der Commandant von Venloo, Prinz Holſtein-Beck, ſchickte einen Courier mit der Meldung, daß in der Nacht zuvor Marlborough, Opdam und der Felddeputirte Geldermalſen, zwiſchen Venloo und Graf gefangen und nach der Stadt Geldern gebracht ſeien, und daß er bereits die Anſtalten getroffen habe, Geldern zu umſchließen und zu berennen.

Der Sachverhalt, nach dem Berichte jener drei Perſonen im Haag, war wie folgt.

Die drei Herren mit ihrer Dienerſchaft und einigem Geleite hatten ſich am Abend zu Venloo ins Schiff begeben, um die Maas hinab zu fahren. Das Fahrzeug wurde nach der üblichen holländiſchen Weiſe durch ein Geſpann Pferde gezogen. Eine Abtheilung Cavallerie von 50 Mann diente zur Bedeckung, konnte jedoch, bei der Beſchaffenheit des Bodens, nicht überall dem Stromufer folgen [2]). Unfern Graf lag ein franzöſiſcher Trupp von Geldern aus auf der Lauer, 35 Mann ſtark. Als das Fahrzeug ſich näherte, etwa um Mitternacht, und zwar an jener Stelle ohne die Escorte, ergriffen die franzöſiſchen Soldaten den Strick, zogen ſchweigend das Fahrzeug ans Ufer und befeſtigten es. So der Beute ſicher, feuerten ſie einige Schüſſe in das Fahrzeug, und kündeten damit den bis dahin ſchlafenden Reiſenden die Gefangenſchaft an. Der Führer des Trupps, ein Lieutenant aus Maſtricht, der früher in holländiſchen Dienſten geſtanden, empfing den General Opdam mit den Worten, daß er wohl hundertmal vor deſſen Zelte die Wache gehabt. Opdam hatte einen franzöſiſchen Paß, in welchem jedoch außer anderen Mängeln ſich nicht die Erlaubnis fand zu Waſſer zu reiſen. Auch Geldermalſen beſaß einen Paß. Dem Grafen Marlborough ſteckte ſein Diener Gell einen Paß zu, ausgeſtellt

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 130.

[2]) Man vergleiche die Berichte bei Murray: the letters and dispatches of Marlborough t. I, p. 51; und Lamberty t. II, p. 248.

Digitized by Google

auf den Bruder Churchill [1]). Ueber die Gültigkeit dieser Päſſe diſputirte und verhandelte man fünf Stunden lang. Der Schluß war, daß der Führer des Trupps zunächſt alles Silber, weil in den Päſſen nicht genannt, aus dem Fahrzeuge entnehmen ließ, zum Werthe von dreihundert Piſtolen, ferner die Geleit-Mannſchaft im Fahrzeuge für Gefangene erklärte, die drei Herren mit ihren Dienern jedoch auf dem Schiffe weiter fahren ließ.

So erzählten nachher die betreffenden drei Perſonen ſelber den Hergang. Der Graf Goes fügt indeſſen ſeinem Berichte die Kritik hinzu: „Und dünkt mich aus der ganzen Erzählung, daß jener Lieutenant nicht aus Einfalt peccirt hat“ [2]).

In der That würde es nicht richtig ſein anzunehmen, daß die Urheber des Planes von franzöſiſcher Seite nicht gewußt haben, welchen Fang man hatte machen wollen. Bereits am Abende des 10. November traf ein Courier des Marſchalls Boufflers in Marly mit der Nachricht ein, daß Marlborough kriegsgefangen ſei. Am 11. November erhielt der König eine Beſtätigung. Die drei Namen der Gefangenen wurden genannt. Bereits erging der Befehl, Marlborough gut zu behandeln. Erſt am 12. traf eine andere Nachricht ein, daß Geldermalſen einen Paß für ſich und ſechs Diener gehabt, daß er Marlborough für ſeinen Stallmeiſter und Opdam für ſeinen Secretär ausgegeben, und daß der Führer des Trupps ſo einfältig geweſen ſei darauf hin die Gefangenen frei zu laſſen [3]).

Es ergibt ſich aus dem Ganzen, daß der Plan der Gefangennahme wohl berechnet war, daß er dagegen ſcheiterte an dem Privat-Plane des mit der Ausführung beauftragten Officiers, der unter dem Scheine der Einfalt die günſtige Gelegenheit für ſich ausnutzte. Dies ward zur Gewisheit, als dieſer Lieutenant einige Zeit ſpäter im Haag auftauchte, und dort nicht bloß Pardon erhielt, ſondern auch eine Compagnie [4]).

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 144. Note.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. November. — Man vergleiche damit den Bericht bei Sypesteyn: het leven van Menno van Coehoorn p. 39.

[3]) Dangeau t. IX, p. 37 et suiv.

[4]) Lamberty t. II, p. 249.

Digitized by Google

Kehren wir indeſſen zurück nach dem Haag, wohin am 7. November ein Courier von Venloo aus jene Schreckenskunde der Gefangennahme überbrachte.

Das Gerücht derſelben erfüllte in wenigen Stunden die Stadt. Indeſſen noch am ſelben Abend trafen die drei Männer, die man bereits in Geldern glaubte, wohlbehalten ein. „Ich war kaum eine Minute am Ufer, meldet Marlborough an Godolphin, als große Volkshaufen mich umdrängten. Einige trachteten mir die Hand zu drücken, und Alle riefen mir ein Willkommen zu. Aber was mich beſonders rührte, war, daß ich viele Leute beiderlei Geſchlechtes vor Freude weinen ſah. Ich bin ſehr dankbar für den gütigen Empfang, den ich gefunden; denn von fünf Uhr Nachmittags bis Abends zehn war ein beſtändiges Schießen in den Straßen. Das iſt ihre Weiſe ihre Freude kund zu geben“ [1]).

Marlborough erhielt ſofort von Wien aus die volle Anerkennung des Kaiſers, die ſich nicht beſchränkte auf die Leiſtungen im Felde. „Die Umſicht Ihrer Führung, ſchreibt der Kaiſer am 12. September, Ihre kriegeriſche Befähigung und Ihr Eifer für die Förderung der allgemeinen Sache, dargethan durch ſo viele glänzende Beweiſe, finden bei uns volle Würdigung und Anerkennung“ [2]).

Der glückliche Gang dieſes Feldzuges hatte beigetragen, von den Verbündeten eine Gefahr abzuwenden, welche in ihrem vollen Umfange damals von ſehr Wenigen erkannt worden ſein mag. Denn auch der ſonſt immer wohl unterrichtete Rathspenſionär Heinſius ermangelte in dieſem Falle der eigentlichen Kunde. Dieſe Gefahr beſtand in den Unterhandlungen, die der neue König von Preußen mit Frankreich führte. Sie knüpften ſich an die oraniſche Erbſchaft, gingen aber darüber weit hinaus.

Der König Wilhelm III. hatte ein ſehr reiches Privatvermögen beſeſſen, deſſen jährliche Einkünfte man auf 756,384 Gulden ſchätzte, zu welcher Summe das Fürſtenthum Orange nur 3000 Gulden beitrug [3]). Bereits am 24. März reichte der preußiſche Geſandte im Haag,

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 145.

[2]) Handſchreiben des Kaiſers vom 12. September.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

Digitized by Google

Schmettau, bei den Generalstaaten und den Ständen von Holland je eine Denkschrift ein, durch welche er erklärte, daß der König von Preußen als alleiniger Erbe des gesammten Vermögens ihn für diesen Fall mit der Vollmacht ausgestattet habe, im Namen des Königs Besitz zu ergreifen, und daß er demgemäß die hochmögenden Generalstaaten, so wie die edel-großmögenden Stände von Holland ersuche ihm darin behülflich zu sein [1]). Man vernahm bald, daß der König bereits Lingen habe besetzen lassen, daß der Rath der Stadt Mörs ihn anerkannt habe, daß dagegen das preußische Wappen, welches Jemand an das Rathhaus der Stadt Grave angeschlagen, auf Befehl des Commandanten entfernt worden sei. Das Letztere fand im Haag Zustimmung. Aber man vernahm weiter, daß der König von Preußen auf dem Wege sei nach Wesel.

Andererseits brachte Portland zur Kunde, daß ein Testament des Königs Wilhelm III. vorhanden sei, durch welches er seinen Verwandten Friso von Nassau, Statthalter von Friesland und Groningen, zum alleinigen Erben ernenne. Aber dieser Erbe, dessen Vater, Casimir, bereits gestorben, war noch minderjährig. Die Mutter begab sich nach dem Haag, um Klage zu führen wider das gewaltsame Vorgehen des Königs von Preußen. Es standen daher unvermeidliche Verwickelungen von Anfang in Aussicht [2]).

Die Angelegenheit erregte Besorgnisse, nicht bloß im Haag, sondern auch in London und in Wien. In London hatte der preußische Botschafter Spanheim verlangt, bei der Durchsicht der Papiere des Königs zugegen zu sein. Dies ward abgeschlagen; aber schon die Forderung erregte Bedenken. Wie das Fürstenthum Oranien, so lagen auch viele andere Güter Wilhelms III. innerhalb des französischen Machtbereiches. Es erwuchs die Besorgnis, daß der neue König von dort her den Anlaß nehmen könne, sich mit Frankreich zu vergleichen [3]).

In Wien sprachen die Minister dem Kaiser dieselbe Besorgnis aus. Sie riethen daher, die Angelegenheit völlig den Holländern zu überlassen [4]).

---

[1]) Die Denkschriften bei Lamberty t. II, p. 97 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 99.

[3]) Wratislaws Bericht vom 21. März.

[4]) Conferenz-Protokoll vom 10. April.

Digitized by Google

Im Haag konnte ſchon die Thatſache an ſich, daß ein Teſtament Wilhelms III. vorhanden war, bei denen, welche eine Kunde hatten von der geringen Werthſchätzung, die der König jederzeit der moraliſchen Qualification ſeines Vetters in Berlin bewieſen, nicht als günſtig für denſelben angeſehen werden. Die Eröffnung verzog ſich bis zum 8. Mai. Sie ergab, daß, wie Portland geſagt, das Teſtament, errichtet am 18. October 1695, den Prinzen Friſo von Naſſau zum alleinigen Erben einſetzte, ſowohl des Feudal- als des Allodial-Vermögens, und die Generalſtaaten zu Executoren ernannte [1]).

Die eigenhändig von dem Könige in das Teſtament hineingeſchriebenen Worte lauteten: „Unſeren Vetter, den Prinzen Friſo von Naſſau, älteſten Sohn des Prinzen Caſimir von Naſſau, zur Zeit Statthalter von Friesland, indem wir uns vorbehalten ihm diejenigen Vormünder zu ſetzen, die wir nachher beſtimmen werden".

Schmettau im Namen des Königs von Preußen erhob noch am ſelben Tage Proteſt. Er verlangte die Scheidung des Fideicommis-Vermögens, herſtammend von dem beiderſeitigen Großvater, dem Prinzen Friedrich Heinrich, von dem Allodial-Beſitze. Nur über den letzteren habe der König Wilhelm III. frei verfügen dürfen: das erſtere gebühre dem einzigen noch lebenden Enkel des Prinzen Friedrich Heinrich, dem Könige von Preußen [2]).

Der Wortlaut des Teſtamentes thut dar, daß Wilhelm III. an ſeinem Rechte über die Geſammtheit zu verfügen keinen Zweifel gehegt hat. Andererſeits hatte er im Jahre 1695 die beſonderen Hinderniſſe, welche ſich der Ausführung ſeines letzten Willens entgegen ſtellen würden, noch nicht erwägen können. Allerdings hatte er unterlaſſen, beſtimmte Vormünder zu ernennen. Allein, wenn bei ſeinem Tode allgemeiner Friede herrſchte: ſo war es den Generalſtaaten nicht ſchwer das Teſtament zu vollſtrecken, den jungen Prinzen in das ihm beſtimmte Erbe einzuweiſen und darin zu ſchützen. Wie dagegen im Jahre 1702 die Dinge lagen, ward die Aufgabe, die von Wilhelm III. als Prinzen von Oranien und demnach als Unterthan der Republik für ſeine Privatangelegenheit den Generalſtaaten zuwuchs, erſchwert

[1]) Das Teſtament bei Lamberty t. II, p. 121.

[2]) Eine Reihe der betreffenden Denkſchriften a. a. O. t. XII, p. 20 et suiv.

Digitized by Google

durch das politiſche Vermächtnis des Königs Wilhelm III. für Europa, durch die große Allianz und den ihr entſprechenden Krieg wider die Uebermacht Frankreichs. Er hatte es vermocht, die Geſchicke der Völker in diejenige Bahn zu lenken, die ihm als die heilſamſte erſchien. Sein politiſches Teſtament für Europa ward acceptirt. Eben darum aber, weil dies größte Werk ſeines Lebens ihm gelungen war, vermochte er nicht ſeine letzte Verfügung über ſein eigenes Beſitzthum thatſächlich unantaſtbar zu machen. Der Krieg gab dem neuen Könige von Preußen wegen ſeiner ſtreitbaren Mannſchaft eine höhere Bedeutung. Er hatte bereits vor dem Kriege bei dem Kaiſer und denjenigen Mächten, die zu dem Kaiſer hielten, die Anerkennung ſeiner neuen Krone herausgedrückt durch den Hinweis, daß er auch auf die andere Seite ſich wenden könne. Der Rathspenſionär Heinſius kannte die moraliſche Qualität Friedrichs I. eben ſo wie Wilhelm III. ſie gekannt und oft gekennzeichnet hatte. An Heinſius und die Republik trat daher die Frage heran, ob ſie ſich im Stande fühlten, für das Recht eines Pupillen, der auf ihren Schutz zu hoffen hatte, mit vollem Nachdrucke einzutreten, auch wider den Einbruch des Königs von Preußen in dasſelbe, und wider die möglichen Conſequenzen, zu welchen die Begehrlichkeit desſelben, wenn nicht befriedigt, ihn führen könne.

Die Kriegserklärung der drei Hauptmächte wider das Haus Bourbon, am 15. Mai, geſchah einige Tage nach der Eröffnung des Teſtamentes. Die Generalſtaaten machten den Schritt in officieller Form dem Könige Friedrich I. in Weſel kund, und forderten ihn auf dem Beiſpiele zu folgen.

Friedrich I. erwiederte, am 19. Mai: den Generalſtaaten ſei ſeine aufrichtige Geſinnung für das Gemeinwohl bekannt. Daran werde er auch ferner feſthalten. Aber ſeit Wochen ſtehe eine franzöſiſche Armee in ſeinem Lande Kleve, ohne daß für ihn eine Hoffnung auftauche ſie hinaus zu treiben. Er erwartete daher von der Billigkeit der Generalſtaaten, daß ſie nicht einen Schritt von ihm verlangten, der unzweifelhaft den Feind reizen und die völlige Verwüſtung des Landes nach ſich ziehen würde [1]). — Wir werden noch andere Gründe ſpäter erfahren.

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. XII, p. 20.

Digitized by Google

Ein anderes Schreiben des Königs, von Weſel aus, an die Generalſtaaten betraf das oraniſche Erbe. Es war im ſelben Sinne gehalten, wie vorher Schmettau geredet hatte. Und damit trat an die Generalſtaaten die Forderung ihre Stellung zu nehmen. Die Antwort iſt daher charakteriſtiſch für das ganze Verhalten der Generalſtaaten in der Angelegenheit: ſie bieten ihre Vermittlung an. Sie bitten den König gut zu finden, daß die Generalſtaaten als die Executoren beider Teſtamente, des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien und des Königs Wilhelm III., einſtweilen das Ganze verwalten, namentlich auch die Lehengüter [1]).

Auf dieſe Antwort begab ſich der König Friedrich I. von Weſel nach dem Haag. Er traf dort ein am 21. Juni und nahm Wohnung im alten Hofe, den der Prinz Friedrich Heinrich hatte bauen laſſen. Die Generalſtaaten hatten erſt gezaudert, die Forderung dieſes Hauſes für den König zu bewilligen, dann jedoch nachgegeben. Im Haag befanden ſich auch die Prinzeſſin von Naſſau und ihr Sohn. Der König drängte auf eine Entſcheidung: ſonſt werde er abreiſen und andere Maßregeln nehmen. Namentlich die letztere Redensart kehrte immer wieder. Marlborough und Goes ſprachen einander ihre Beſorgniſſe aus [2]). Nachdem durch die Ernennung Marlboroughs die Kriegesangelegenheiten einſtweilen geordnet, ward in den Generalſtaaten drei Wochen hindurch nichts Anderes verhandelt als die Sache der oraniſchen Erbſchaft. Heinſius war während dieſer Zeit für alles Andere unzugänglich. Goes charakteriſirt die Haltung der wichtigſten Perſönlichkeiten mit den Worten: „Man würde gern ſehen, daß der König mit einiger Befriedigung abreiſte; allein bei der Mehrzahl ſteht der Einwand entgegen, daß die Angelegenheit dem Gebiete des Privatrechtes angehöre, und daß ſie darum auch nur im Rechtswege ausgetragen werden dürfe“ [3]).

Irgendwelche Befriedigung Friedrichs I. war jedoch nur möglich durch Conceſſionen an ſeine Forderungen, die eher ſtiegen als nachließen. In einer der Conferenzen ward der Kaſten mit den Juwelen Wilhelms III. vorgelegt. Es war die Aufgabe ſie zu theilen. Die

[1]) Lamberty t. II, p. 123. Vom 29. Mai.

[2]) Eine Reihe von Berichten des Grafen Goes im Juni und Juli.

[3]) Bericht vom 18. Juni.

Gegenstände waren einzeln eingepackt, mit Aufschriften von der Hand des Königs je nach ihrer Bestimmung. Unter den Stücken war besonders augenfällig ein schöner Diamant, der kleine Sanci genannt. Der König von Preußen forderte ihn mit großem Eifer, und berief sich darauf, daß der Prinz Friedrich Heinrich ihn gekauft habe. Der englische Gesandte Stanhope meinte, den Stein als Eigenthum der Krone England beanspruchen zu müssen, ließ jedoch, nach erhaltener Antwort von London aus, die Forderung fallen. Dagegen verlangte die Prinzessin von Nassau den Diamanten für ihren Sohn. Sie erkannte an, daß der Prinz Friedrich Heinrich den Diamanten gekauft habe. Man wußte sogar den Preis, nämlich 150.000 Gulden. Aber der Prinz habe dann bei der Heirat seines Sohnes Wilhelm II. mit der Prinzessin Mary Stuart, den Eltern Wilhelms III., dieser seiner Schwiegertochter den Stein geschenkt. Die Prinzessin habe als Witwe den Diamanten zum Zwecke einer Reise nach England verpfändet, ihr Sohn ihn später wieder eingelöst. Demnach gehöre der Stein zum Allodialerbe, sei also unzweifelhaftes Eigenthum des Prinzen Friso. Aber der Sanci strahlte so hell. Sein Glanz redete bei dem neuen Könige Friedrich einleuchtender als alle Beweisführung. Man kam zu einem vorläufigen Vergleiche, der ihm das Haus Honslardyk, das Schloß zu Ryswyck, den alten Hof im Haag und einiges Andere zusprach. Er ließ sofort von Allem Besitz ergreifen, reiste aber dennoch unzufrieden ab, weil man beharrte ihm den Sanci zu verweigern. Einige seiner Hofleute ließen sich die Rede entfallen: da man ihren König nicht befriedige, so werde er mit Frankreich einen Neutralitäts-Vertrag schließen. Der holländische Zeitgenosse, dem wir hier folgen, fügt hinzu: „Nicht um dieser Drohungen willen, die den guten Gesinnungen des Königs nicht entsprachen, sondern um sich seine Freundschaft zu sichern, beschloß man endlich ihm das Opfer zu bringen".

Man übergab das Kleinod dem Gesandten Schmettau, der dem Könige nacheilend jenseit Utrecht es ihm zu Füßen legte [1]).

Nach einem anderen Berichte stellte die Prinzessin von Nassau die Gegenforderung, daß der König Friedrich dafür abstehe von seiner Forderung auf die Herrschaft Breda [2]).

[1]) Lamberty t. II, p. 224.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 1. August.

Digitized by Google

Wie immer dem sei, in einer Denkschrift vom 30. Januar 1703 beschwert sich die Prinzessin, daß nachdem sie lediglich aus Gefälligkeit das Schloß Honslardyk und ein kostbares Juwel ausgeliefert, dazu vieles Andere, sie zur Gegengabe auch gar nichts empfangen habe [1]).

Wichtiger jedoch als Mesquinerien solcher Art sind jene Drohworte der Umgebung Friedrichs I., welche sich für uns Spätere wohl kaum durch den Einwand jenes Holländers beseitigen lassen, daß sie den guten Gesinnungen des Königs Friedrich I. nicht entsprachen. Wir haben vernommen, daß in London und in Wien, sofort nach dem Tode Wilhelms III., besondere Besorgnisse aufstiegen, und daß Marlborough und Goes im Haag stutzig wurden über die wiederholte Drohung, nicht etwa der Hofleute, sondern des neuen Königs selbst, daß er andere Maßregeln ergreifen wolle. Es fragt sich also, was dahinter sich verbarg.

Es liegt darüber ein Bericht von französischer Seite vor, aus der Zeit vor dem Auftreten von Friedrich I. im Haag [2]).

„Während wir in Xanten standen, erzählt der Herzog von Berwick — also im Mai 1702 — fand man Gelegenheit mit dem Kurfürsten von Brandenburg anzuknüpfen, der sich in Wesel aufhielt. Man sandte ihm mehrmals einen Obersten, Deutschen von Geburt, Namens Bielke, und der Kurfürst schien ganz geneigt sich mit uns in einen Vertrag einzulassen. Wir hofften es um so mehr, weil er damals allen Grund hatte, in Betreff der oranischen Erbschaft mit den Holländern unzufrieden zu sein, und weil es ihm sehr am Herzen lag als König von Preußen anerkannt zu werden, welchen Titel er mit Zustimmung des Kaisers angenommen, viele Fürsten jedoch ihm nicht zugestehen wollten. Für den Fall daß der Vertrag mit Brandenburg zu Stande käme, rechneten wir darauf, daß er zu den baierischen Truppen, die 25.000 Mann betrugen, seinerseits 30.000 stoßen lassen würde. Wenn dadurch der Kaiser sehr in Bedrängnis gebracht, das Reich dagegen nicht wagen würde sich zu erheben, so würden wir über den Rhein gehen, den Krieg in die Republik Holland versetzen und die Generalstaaten zwingen um Frieden zu bitten, zu uns beliebigen

[1]) Lamberty t. XII, p. 269.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 115.

Digitized by Google

Bedingungen. Dieſe Ausſichten waren umfaſſend, und es war ſehr vernünftig ſie zu verfolgen. Aber unglücklicher Weiſe handelte der Kurfürſt von Brandenburg nicht aufrichtig, ſondern hatte lediglich die Abſicht uns hinzuhalten, ſo lange wir uns in ſeinem Herzogthume Kleve befanden, und dadurch uns zu nöthigen ſein Land mit Schonung zu behandeln. Wir ließen ihm alle Eroberungen anbieten, die wir am Rheine, an der Waal, in Holland oder im Lande Jülich machen würden, während diejenigen in Flandern für den König von Spanien beſtimmt waren. Dieſe Hoffnungen erſchienen ihm lockend; aber er kam nicht zu einem Entſchluſſe. Er antwortete vielmehr; wenn es ſich nur um die Holländer handelte: ſo würde er nicht ſchwanken. Allein in Betreff des Kaiſers wüßte er nicht, wie er es anfangen ſolle, dem gegebenen Worte und den geſchloſſenen Verträgen zuwider zu handeln, ſo lange dieſer Monarch ſeinerſeits alle Bedingungen erfülle."

So Berwick. Dann begab ſich Friedrich I. auf jene einlenkende Antwort der Generalſtaaten, die ſicherlich nicht dem Sinne des Teſtators entſprach, nach dem Haag. Dort am 21. Juni eingetroffen, erhob er laute Klage, daß die Franzoſen ihm ſein ganzes Land Kleve verdorben, ihm alle Hirſche und alles Dammwild getödtet hätten. Er fügte hinzu, daß niemals etwas Aehnliches zwiſchen Fürſten verübt worden ſei [1]). Nach ſolchen Reden mußte in den Augen der Holländer Friedrich I. als ein beſonderes Object des Zornes von Ludwig XIV. erſcheinen.

Einige Tage ſpäter, am 26. Juni, berichtet der Marſchall Boufflers aus ſeinem Lager bei Kleve an Ludwig XIV.: „Unter den Gründen, die mich zum längeren Aufenthalte hier nöthigen, iſt auch der Wunſch zu erfahren, was aus den neuen Vorſchlägen wird, die Schleinitz und Blaſpiel für einen Vertrag mit dem Kurfürſten von Brandenburg gemacht haben. Sie haben von dem Kurfürſten her durch den Courier, den ſie an ihn geſchickt, Antwort erhalten — alſo aus dem Haag — und darauf eine von ihnen unterzeichnete Denkſchrift eingereicht. Puyſegur und Noblet ſind heute nach Kleve gegangen, um mit ihnen über die Denkſchrift zu verhandeln" [2]).

---

[1]) Lamberty t. II, p. 223.

[2]) Pelet t. II, p. 63.

Digitized by Google

Das franzöſiſche Geſchichtswerk, in welchem dieſe Meldung des Marſchalls Boufflers ſich findet, enthält nicht ſeine weiteren Berichte in der Sache.

Von den genannten beiden Perſönlichkeiten war Blaſpiel im Brandenburgiſchen Dienſte, Schleinitz im gothaiſchen. Die Anknüpfung mit Verſailles war durch den letzteren geſchehen, oder doch befördert. Schleinitz ſelber ſprach ſich in Paris darüber zu dem Schweden Palmquiſt aus. Er ſei nach Weſel gegangen und habe den neuen König gefragt, ob er in Paris ihm Dienſte leiſten könne. Friedrich I. habe erwiedert: er ſei nicht im Kriege mit Frankreich. Allerdings habe er dem Kaiſer 8000 Mann Hülfstruppen geſtellt, den Generalſtaaten 5000 Mann, jedoch auf Grund von Verträgen aus der Zeit vor dem Kriege. Er habe ſowohl durch Spanheim als auf andere Weiſe in Paris verſichern laſſen, daß es nicht ſeine Abſicht ſei weiter zu gehen. Dennoch habe Frankreich ſein Land Kleve behandelt wie dasjenige eines erklärten Feindes. Darüber habe er Grund ſich zu beſchweren. — Schleinitz nahm dann auf die Bitte Friedrichs I. ſeinen Weg durch das franzöſiſche Hauptquartier, mit dem Auftrage um eine mildere Behandlung für Kleve nachzuſuchen. Er erzählte weiter, daß, als er in Paris die Unterredung von Kleve dem Staats-Secretär Torcy überbracht, dieſer darauf nicht viel gegeben, ſondern erwiedert habe: der Kurfürſt von Brandenburg habe Frankreich ſo viel Leid angethan wie er vermöge. — So berichtete Schleinitz dem Schweden Palmquiſt Dieſer fügt ſeinem Berichte hinzu: „Obwohl Schleinitz es nicht ausdrücklich eingeſtand, habe ich Grund zu vermuthen, daß ſeine Aufträge diejenigen Stücke der oraniſchen Erbſchaft betrafen, die im franzöſiſchen Machtbereiche liegen“ [1]).

Wie weit in Wirklichkeit die Aufträge des Schleinitz gingen, liegt angedeutet vor in jener Meldung des Marſchalls Boufflers. Da ſie indeſſen mit dieſer Thatſache abbricht: ſo haben wir zurückzukehren zu der Erzählung Berwicks [2]).

„Als der Kurfürſt von Brandenburg, meldet er, vom Haag aus uns noch weiter in ſein Land eindringen ſah, ließ er durch zwei

[1]) Palmquiſt an Robethon, 30. Juli 1702, in den Robethon-Papieren des St.-A. H.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 120.

Digitized by Google

Edelleute, die ſich nach Kleve begaben, bei uns anfragen, ob wir noch feſthielten an der Abſicht mit ihm zu unterhandeln, und ließ erklären, daß er in dieſem Falle zu einer Neutralität bereit ſein würde. Obgleich wir nun nach gemachter Erfahrung hätten argwöhniſch ſein ſollen gegen alles was von dort her an uns gelangte: ſo antwortete man ihm dennoch bejahend. Darauf ſchickten die beiden Emiſſäre einen Courier (an Friedrich I.) nach dem Haag, und erhielten zur Antwort Beglaubigungsbriefe. Der franzöſiſche Hof ſchickte darauf dem Marſchall Boufflers eine Vollmacht. Allein alles dies führte zu nichts. Denn, ſobald man ſich über einen Artikel geeinigt, ließ der Kurfürſt etwas Neues vorbringen. Indem er ſomit nur uns hinzuhalten ſuchte, zog er die Sache in die Länge, bis wir aus Kleve abmarſchirt waren, und dann brach er völlig mit uns ab."

Es dürfte ſchwer ſein zu entſcheiden, welche von beiden Parteien der neue König im Sommer 1702 täuſchen wollte; denn aller Wahrſcheinlichkeit nach war er mit ſich ſelber darüber nicht im Klaren. Berwick erkennt an, daß Friedrich I. nach dem Abzuge des franzöſiſchen Heeres abgebrochen habe; aber es fällt dabei eben ſo ſchwer ins Gewicht, daß der Verlauf des Abzuges einer Niederlage gleich war, daß Marlboroughs Erfolge es dem neuen Könige ungleich ſchwerer machten, einen Verrath an der Allianz zu begehen. Andererſeits ſchienen dieſe Erfolge auch Vortheile für ihn in Ausſicht zu ſtellen.

Und zwar gab die Republik der Niederlande dazu ſelber einen Anlaß. Die Stadt Venloo als bis dahin unter ſpaniſcher Herrſchaft, mußte, nach der Eroberung, gemäß der Allianz dem Kaiſer zufallen. Aber ſowohl Friedrich I. von Preußen als die Republik Holland verlangten ſie für ſich. Die letztere als die ſtärkere drang durch, und behielt die Stadt. Der preußiſche Hof erklärte dann: er wolle abſtehen, unter der Bedingung, daß man ihm zu ſeiner Zeit die Stadt Geldern einräume. Darauf wendete ſich der kaiſerliche Geſandte zu Heinſius mit den Worten: „Sie ſehen, was davon kommt, daß Sie Venloo behalten wollen. Es gibt kein anderes Mittel allem Zwiſte vorzubeugen, als die gewonnenen Plätze ſofort, wie ich in meiner Denkſchrift an die Republik es verlangt, dem Kaiſer einzuräumen" [1]).

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. September.

Digitized by Google

Dies geſchah nicht: die Republik behielt Venloo auch ferner. Dagegen richtete Schmettau an Heinſius das Verlangen, daß er die preußiſchen Wünſche bei dem Kaiſer unterſtütze. Heinſius brachte dies zur Kunde des Grafen Goes, ohne jedoch jene Wünſche benennen zu können. Der Geſandte erwiederte: „Ich bitte dem preußiſchen Geſandten zu ſagen, daß ſein König nach ſo vielen kaiſerlichen Wohlthaten keine Urſache hat, neue Wünſche zu erheben, ſondern um ſeiner Reputation willen verpflichtet iſt, die dafür eingegangenen Verträge zu erfüllen". Heinſius erkannte die Antwort an als recht und billig, und berichtete auch die ſeinige. Schmettau habe im Namen des Königs erklärt, daß ſeine Truppen auch die Stadt Geldern mit angreifen würden, mit der Hoffnung jedoch, daß man ihm nach Maßgabe ſeiner Macht auch den Nutzen würde zukommen laſſen. Ueberhaupt wolle der König dieſen Feldzug hindurch ſein Wort halten; wenn man jedoch die Angelegenheit der oraniſchen Erbſchaft nicht vor dem Monate März zu ſeiner Befriedigung erledige: ſo wolle er aller Verpflichtungen ledig ſein. Der Rathspenſionär habe erwiedert: er verſtehe nicht, was mit dem Worte Nutzen gemeint ſein ſolle. Denn die preußiſche Mannſchaft im Felde ſei nach Verhältnis gering, und gehöre den Verträgen gemäß entweder dem Kaiſer oder der Republik. Die zu erringenden Vortheile gebührten daher dem Kaiſer. Die Sache der oraniſchen Erbſchaft dagegen ſei die Privat-Angelegenheit eines Dritten, die in Betreff der vorher eingegangenen Staatsverträge nicht in Betracht kommen könne [1]).

Weder Heinſius noch Goes hatten eine Kunde deſſen was in Kleve verhandelt war. Dennoch konnte auch das, was ſie direct von Schmettau vernommen hatten, das Gefühl der Sicherheit in Betreff der Politik des neuen Königs bei ihnen nicht aufkommen laſſen. Wir werden Gelegenheit haben zu beobachten, daß dies Schwanken bei Friedrich I. noch oft wiederkehrt.

Anders als für Friedrich I. von Preußen, ſtanden im Jahre 1702 die Dinge für den König Auguſt II. von Sachſen-Polen. Der Gedanke, für franzöſiſches Geld in die Erblande des Kaiſers einzu-

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. September.

Digitized by Google

brechen, war ihm vergangen. Er bedurfte nun der Fürsprache des Kaisers und der Seemächte wider seinen furchtbaren Vetter, den jungen König Carl XII. von Schweden, der, im Winter 1701/2 in Kurland stehend, nur noch der besseren Jahreszeit harrte, um weiter vorzudringen und seine der Welt angekündigte Absicht auszuführen, nämlich August II. zu entthronen.

Der letztere versuchte alle Mittel, die nach seiner Meinung dienen konnten den Vetter zu erweichen. Der Gegensatz der beiden Persönlichkeiten tritt vielleicht am schärfsten hervor in Anlaß einer besonderen Botschaft. August II. entsendete die durch Schönheit wie durch Leichtfertigkeit gleich bekannte Gräfin Maria Aurora von Königsmark in das schwedische Hauptquartier zu Würgen. Sie hatte den Auftrag, dem jungen Schwedenkönige den Besitz von Kurland und polnisch Liefland anzubieten, und eine Zusammenkunft der beiden Könige anzubahnen; denn August II. hoffte, persönlich die Differenz abmachen zu können, und wollte dies, bevor die von den polnischen Reichsständen beschlossene Gesandtschaft an Carl XII. zu diesem gelangte. Die Gräfin Königsmark traf in Würgen ein, im Januar 1702. Carl XII. ließ der Dame alle andere Höflichkeit erweisen; aber einer Audienz harrte sie vergeblich. Als er aufbrach, reiste auch sie ab, ohne ihm vor Augen gekommen zu sein [1]).

August II. machte einen anderen Versuch. Er sendete einen seiner Kammerherren, Vitzthum von Eichstädt, mit einem eigenhändigen Schreiben, in welchem er in freundlichen Reden sich zu einer Zusammenkunft erbot. Carl XII. ließ den Vitzthum verhaften und als Gefangenen bewachen [2]).

Der junge Schwedenkönig blieb bei seinem Vorsatze, und hielt diejenigen Persönlichkeiten, von denen eine Abmahnung zu erwarten stand, von sich fern. Kein Gesandter irgend einer Macht, ob befreundet, ob nicht, erlangte Zutritt in sein Hauptquartier.

Dennoch drang im Monate März dahin die Stimme eines alten treuen Berathers seines Hauses, des Grafen Benedict Oxenstjerna, der in Carl XII. dem vierten seiner Könige diente. „Es ist vielleicht das

[1]) Nordberg Bd. I, S. 312 und 319.
[2]) A. a. O. S. 317.

Digitized by Google

letzte Mal, ſagt im Eingange der bereits erkrankte Greis, daß ich in dieſer Welt das Glück haben kann, etwas zu Ew. Majeſtät Füßen niederzulegen“ [1]). Es iſt der letzte und doch vielleicht der beſte Rath, den Oxenſtjerna mit dem umfaſſenden Blicke des europäiſchen Staatsmannes gegeben, lehrreich nicht bloß für den König Carl XII., ſondern eben ſo ſehr für die Nachwelt. Oxenſtjerna zeichnet vom patriotiſch-ſchwediſchen Standpuncte aus die geſammte Lage der europäiſchen Angelegenheiten, rathend, mahnend, warnend, ja man dürfte ſagen, mit prophetiſchem Blicke. Drängen wir daher ſeine Gedanken zuſammen.

„Gott hat die rechtmäßigen Waffen Ew. Majeſtät an allen Orten und Enden geſegnet, ſo daß Ihre Feinde dahin gebracht ſind den Frieden zu wünſchen und zu verlangen. Es kommt alſo nunmehr auf die Schadloshaltung und die künftige Sicherheit an. Ew. Majeſtät haben beſchloſſen, dieſe zuerſt von dem Könige von Polen zu fordern.“

„Das Nächſte wäre, dieſen Erſatz zu ſuchen im Erblande des Königs Auguſt, in Sachſen. Allein einerſeits reichen dafür unſere Mittel nicht, andererſeits müſſen wir auf den Widerſtand vieler deutſchen Fürſten gefaßt ſein. Auch ſelbſt wenn es gelänge, würden wir, bei der weiten Entfernung des Königreiches Schweden von Sachſen, dieſes nicht behaupten können. Die Ew. Majeſtät befreundeten Mächte aber würden es übel aufnehmen, wenn, wie zu erwarten, einige Fürſten ihre Truppen aus dem Kriege mit Frankreich zurückriefen und dadurch dieſe Macht freiere Hand bekäme. Man darf ſogar dafür halten, daß bei denen, welche auf die Unternehmung nach Sachſen dringen, eben dies das einzige Augenmerk ſei.“

„Es fragt ſich dann, ob man ſich des erlittenen Schadens zu erholen habe an der Republik Polen, nämlich durch die Abtretung eines Gebietes und durch die Abſetzung des Königs. Allein, bei der Lage der Dinge, wäre der öffentliche Bruch mit der Republik ein ſchweres Wagnis.“

„Ew. Majeſtät Großvater, der König Carl Guſtav, unternahm den Krieg gegen Polen mit ſtärkerer Macht, mit Bundesgenoſſen, ohne andere Feinde zu haben. Ew. Majeſtät haben keine Bundesgenoſſen, dagegen zugleich einen Krieg mit dem Czaren von Moskau, und haben

[1]) Das Gutachten bei Nordberg Bd. III, S. 299 u. f.

zu besorgen, daß, im Falle Sie sich in Polen verwickeln, neue Feinde Ihnen erstehen, nämlich Dänemark und Brandenburg. Das letztere wird trachten sein neues Königreich zu erweitern, und sich nicht begnügen mit dem halben, noch auch dem ganzen Preußen. Ew. Majestät würden dann eben so wenig wie Ihr Großvater Carl Gustav, Ihre Eroberungen in Polen behaupten können."

„Ew. Majestät sehen die Absetzung des Königs von Polen an als ein Mittel Ihrer Sicherheit. Auch ich würde es für besser halten, wenn dieser König nicht auf dem polnischen Throne säße; aber ich sehe nicht ab, wie eine Absetzung wider den Willen der Republik zu erreichen ist. Diese Nicht-Willigkeit liegt bereits vor und dürfte sich steigern. Weil die polnische Republik großen Werth legt auf ihre freie und unbeschränkte Königswahl: so wird sie um so weniger geneigt sein, von einem fremden Herrscher das Gebot anzunehmen, ihren einmal erwählten König abzusetzen, in der richtigen Erkenntnis, daß ihr dies vor der gesammten Welt und auf ewige Zeiten zur Unehre gereichen würde. Die Polen würden den König um so weniger verlassen, da er zur katholischen Kirche übergetreten ist, und auch die anderen katholischen Mächte würden darum sich seiner annehmen, um so mehr, da überall der mächtige Orden der Jesuiten seine Stimme für ihn geltend machen würde. Auch die protestantischen Mächte, so sehr sie den Einfall des Königs August in Liefland misbilligt haben, würden doch seine Absetzung für unmöglich halten, sowohl wegen der Schwierigkeiten an sich, als weil es beispiellos ist, daß der mit Unrecht Angegriffene, im Falle seines Sieges, zu seiner künftigen Sicherheit die Entthronung des Angreifers verlangt."

„Die Sache würde eine andere Gestalt gewinnen, wenn die Republik sich über diese Frage in Parteiungen theilte. Aber der Beständigkeit der Polen in solchem Falle ist nie zu trauen. Die Magnaten waren bald mit dem Könige Carl Gustav, bald wider ihn, und endlich fielen sie alle von ihm ab, voran unter ihnen Sapieha, der Vater desjenigen, der jetzt zu Ew. Majestät hält. Ich habe längst befürchtet und befürchte noch jetzt, daß die Magnaten auch in diesem Kriege ähnlich handeln werden wie im vorigen."

„Daher möchte ich lieber vorschlagen, die Republik ganz und gar auf die Seite Ew. Majestät zu bringen."

Digitized by Google

„Zu dieſem Zwecke iſt hinzuweiſen zuerſt auf die Abſicht des Königs Auguſt die Freiheit der Republik zu beſchränken, theils durch ſeine eigenen Truppen, theils durch die Beihülfe des Czaren, und durch die anderen von ihm in Anwendung gebrachten Mittel. Dagegen iſt hervorzuheben, daß die Republik die Rettung von dieſer Gefahr den Waffen Ew. Majeſtät verdankt und darum auch in Zukunft ſich dieſe Hülfe ſichern muß."

„Ferner liegt vor Augen, daß die Republik Polen mit Schweden den gemeinſamen Erbfeind an Rußland hat. Die Republik verlangt von ihren Königen bei der Wahl die Wiederbringung der ihr entriſſenen Länder. Diejenigen, welche Moscovien ihnen genommen, erſtrecken ſich über hundert Meilen in die Länge. Die günſtige Zeit ſie wieder zu erlangen iſt gekommen, wenn nur die Republik, während Ew. Majeſtät von Ihrer Seite her den Ruſſen zu ſchaffen machen, auch von dort her gegen ſie losſchlagen will. Dieſem ſo einleuchtenden Intereſſe gegenüber erſcheint es unglaublich, daß die Republik nicht darüber die Augen öffnen würde."

„Sollten aber die Dinge ſich minder günſtig verhalten: ſo erſcheint doch zur Zeit ein Krieg gegen die Republik den Freunden Ew. Majeſtät ſo bedenklich, daß ſie meinen, es könne dazu Niemand rathen als derjenige, welcher ſich zu bereichern gedächte von Ew. Majeſtät Schaden und Untergang. Darum läßt es ſich der König von Frankreich ſo ſehr angelegen ſein, die Republik zur Zeit nicht minder wider Ew. Majeſtät aufzuhetzen, als er bisher den König von Polen unterſtützt hat. Die Abſicht iſt einerſeits, durch einen Krieg im Norden ſelber mehr Luft zu bekommen, und die benachbarten Fürſten zu nöthigen ihre Truppen entweder daheim zu behalten oder zurückzuziehen. Andererſeits bezweckt dadurch der König von Frankreich, Ew. Majeſtät an anderen Orten Händel zu erregen, damit Sie nur nicht auf ſeine weit ausſehenden Anſchläge Acht haben. Denn er weiß gar wohl, daß ſein Verhalten Ew. Majeſtät gegenüber ihn nicht berechtigt, eine Freundſchaft zu erwarten. Auch iſt ihm ſehr wohl bekannt, daß Ew. Majeſtät ſowohl im eigenen Intereſſe wie demjenigen des Gemeinwohls von Europa nicht anders können als wider Frankreich auftreten. Und dies ſind die wahren Urſachen, weshalb der König von Frankreich durch ſeine Emiſſäre und Freunde das Kriegesfeuer mit der Republik auf alle Weiſe anblaſen läßt."

Digitized by Google

Dann räth Oxenstjerna dem Könige, sich für die Schadloshaltung, die er zu fordern berechtigt sei, sich mit dem Unterpfande von Kurland und Klein-Liefland zu begnügen, dagegen sich, nach also hergestelltem Frieden, die Seemächte verbindlich zu machen durch die Ueberlassung schwedischer Mannschaft, und dafür von ihnen die Garantie des schwedischen Besitzes zu verlangen. „Denn die Uebelgesinnten rund umher haben bereits diesen schwedischen Besitz im Entwurfe unter sich getheilt; allein die Erfahrung hat dargethan, daß sie nichts vermögen, so lange Schweden von den Seemächten her einen Beistand zu erwarten hat. Andererseits aber werden die Seemächte, sobald sie eine sichere Aussicht auf schwedische Truppen haben, um so bereitwilliger sein, bei dem Könige von Polen und der Republik mit Nachdruck für die Entschädigung einzutreten. Dies wäre ungleich besser als ein kostbarer, ungewisser, gefährlicher Krieg."

„Wenn wir aber, so lange wir die Russen im Rücken haben, auch mit der Republik Polen in Krieg gerathen: so bekenne ich, meiner Erfahrung gemäß, mit tiefer Bekümmernis einen solchen Abgrund weitläufiger Gefahren vor mir zu erblicken, daß meine Gedanken davor erlahmen, nicht aus Furcht, sondern aus meinem Eifer für den Dienst Ew. Majestät."

„Für die Sicherheit gegen einen bösen Willen des Königs von Polen in der Zukunft ließen sich, mit dem Zuthun der Freunde Ew. Majestät, ausreichende Mittel finden, zumal da er gänzlich außer Stande sein wird zu schaden. Die Lust dürfte ihm vergangen und eben so das Vermögen gering sein, nachdem sein Ansehen in der Republik und vor der gesammten Welt so sehr geschwächt ist. Das Vermögen wird ihm aber völlig fehlen, wenn Ew. Majestät das Glück haben sollten, seinen Beschützer, den Czaren, mit Gottes Hülfe in den Zustand zu setzen, in welchem er für die Zukunft Ew. Majestät so wenig schaden wie seinen Freunden helfen könnte. Eben dort aber winkt Ew. Majestät der größere Vortheil. Denn nach der russischen Seite hin können Ew. Majestät Ihre Macht ausbreiten, ohne den Neid und die Eifersucht Anderer zu erwecken und dadurch die Erwerbung zu gefährden. Und man darf mit Grunde vermuthen, daß, wenn Ew. Majestät, losgewickelt von der Republik Polen, Ihre Kraft lediglich gegen den Czaren wenden, Sie ihn bald dahin bringen würden,

Digitized by Google

ihm Bedingungen vorzuſchreiben nach Ihrem Ermeſſen. Zugleich würde daraus der Vortheil erwachſen, daß andere Nachbarn, die mit des Czaren Freundſchaft gepocht und gedrohet haben wie mit derjenigen eines Kettenhundes, den ſie nach ihrem Gefallen gegen Schweden loslaſſen könnten, dadurch um ſo geſchmeidiger und kirrer werden dürften."

„Aber es muß der eine Grundſatz gelten, daß man nicht mit vielen Feinden zugleich anbinde, ſondern daß man ſie theile und zertrenne, und mit dem einen fertig zu werden ſuche nach dem anderen. So hat es Ihr Vorfahr der König Guſtav Adolf gehalten, und darum iſt er Sieger geblieben. Ew. Majeſtät aber haben ſo glücklich begonnen, daß Sie allem Anſehen nach mit Gottes Segen alle Ihre Vorgänger übertreffen werden. Wenn es daher Ihr Augenmerk iſt an der ruſſiſchen Seite Eroberungen zu machen: ſo wäre, gemäß dem Beiſpiele Guſtav Adolfs, vorher mit der Republik Polen eine Uebereinkunft zu treffen. Wenn aber Ew. Majeſtät die Abſicht haben, zunächſt den König von Polen zu entthronen, ſo empfiehlt es ſich vorher mit Rußland einen Frieden zu ſchließen. Denn im anderen Falle würde ſich der Czar die Gelegenheit zu nutze machen und, ſo lange Ew. Majeſtät in Polen beſchäftigt ſind, mit allen Kräften hervorbrechen, um nicht bloß das platte Land zu nehmen, ſondern auch die Städte."

„Gelingt es dagegen Ew. Majeſtät, unter Gottes Beiſtand, mit Ihren Feinden nach einander fertig zu werden: ſo gelangt an Ew. Majeſtät die große Aufgabe, das Gleichgewicht von Europa zu handhaben. Aller Augen ſehen bereits erwartungsvoll auf Ew. Majeſtät und urtheilen nach dem Heldenmuthe und den vollbrachten Thaten, daß Ew. Majeſtät von Gott dazu auserſehen ſind. Der König [1]) in England ſelbſt, der bisher mit ſo großem Eifer und herrlichem Ruhme das Gemeinwohl Europas geſtützt, glaubt durchaus, daß dieſe Aufgabe Ew. Majeſtät vorbehalten ſei, und nennt Ew. Majeſtät die grünende und blühende Hoffnung des geſammten Europa. Und in Wahrheit hat Schweden dasſelbe Intereſſe wie alle anderen Mächte, daß das europäiſche Gleichgewicht erhalten werde. Denn, wenn die Uebermacht des Einen dasſelbe aufhöbe, ſo bliebe für Schweden nur der ſchlechte

[1]) Die Denkſchrift iſt vom 5. März 1702, alſo vor dem Tode Wilhelms III.

Digitized by Google

Troſt des Polyphem, daß es durch ſeine Entlegenheit erſt zuletzt an die Reihe käme, unterworfen zu werden."

Zum Schluſſe bittet Oxenſtjerna ſeine Darlegung anſehen zu wollen als den Ausdruck ſeines pflichttreuen Eifers für den Dienſt ſeines Königs. „Es iſt, ſchließt er, der größte Troſt, den ich auf dieſer Welt noch haben kann, verſichert ſein zu dürfen, daß dieſe meine Zeilen als das letzte Pfand meiner unterthänigſten Liebe, Treue und Sorgfalt, mit Huld von Ew. Majeſtät aufgenommen werden."

Die damals nur für den jungen König Carl XII. beſtimmte Schrift iſt die letzte Arbeit eines Staatsmannes, der, für ſein Vaterland Schweden ein warmer Patriot, von den erſten ſeiner Zeitgenoſſen, dem römiſchen Kaiſer Leopold und dem Könige Wilhelm III., wiederholt das Zeugnis umfaſſender Kunde und der Ehrenhaftigkeit des Charakters erhalten hatte. Seine am Rande des Grabes niedergeſchriebenen Rathſchläge für ſeinen jungen König ſind wie ein politiſches Vermächtnis, in welchem ſich die damalige Zukunft wiederſpiegelt, nicht freilich darum weil ſie befolgt, ſondern weil ſie nicht befolgt wurden. Was Schweden und Polen von Rußland her in dem folgenden Jahrhunderte erfahren, liegt in den Grundzügen angedeutet vor in der Darlegung Oxenſtjernas. Darum darf ſein politiſches Vermächtnis angeſehen werden zugleich als ſein politiſches Denkmal, würdig des ſchwediſchen Patrioten und des europäiſchen Staatsmannes.

Die letztere Qualität wohnte nicht bei dem jungen Könige Carl XII. Wie immer er die Darlegung Oxenſtjernas aufgenommen haben mag: der dominirende Gedanke ſeiner Seele blieb die Entthronung Auguſts II., und demgemäß zunächſt dieſe Forderung an die Republik. Er wollte nicht die Feindſchaft, den Krieg mit derſelben: er wollte Frieden und Freundſchaft. „Aber als die Baſis der künftigen Freundſchaft, erwiederten die Reichsſtände von Polen, fordert der König von Schweden, daß wir zur Wahl eines neuen Königs ſchreiten ſollen: dieſe Forderung ſteht im Widerſpruche mit dem Rechte des Königreiches und hebt die Grundgeſetze desſelben auf" [1]).

---

[1]) Die Inſtruction der polniſchen Geſandten an Carl XII., bei Nordberg Theil I, S. 314 u. f.: Quo ipso jus omne Regni confundi, primasque et cardinales leges Reipublicae everti.

Digitized by Google

Und dann entwickelt ſich eins der merkwürdigſten Verhältniſſe, welches die menſchliche Geſchichte kennt. Der König von Polen iſt im Kriege mit dem Könige von Schweden: das Königreich Polen nimmt an dieſem Kriege keinen Theil. Carl XII. will nicht einen Krieg mit Polen, ſondern Frieden und Freundſchaft. Aber er fordert als die Baſis der Freundſchaft die Abſetzung des Königs. Polen verweigert ſie. Carl XII. dagegen, von dem Grundſatze ausgehend, daß es ſein Recht ſei, ſeinen Feind aufzuſuchen, wo immer er ihn finde, marſchirt in das polniſche Gebiet ein. Er kommt nicht als Feind der Polen. Er hält ſtrenge Mannszucht. Dennoch iſt das Heer ein fremdes, feindlich gegen den eigenen König, verſchieden von den Bewohnern des Landes in Sprache und Religion. Es fordert Quartier und Verpflegung. Es nimmt ſich dieſelben, wenn nicht gutwillig gegeben, mit Zwang. Man darf daher ſagen, daß jeder Schritt Carls XII. vorwärts auf polniſchem Gebiete, mittelbar dem Könige Auguſt II. zu gute kam. Die Reichsſtände hatten ihn nicht abſetzen wollen, bevor Carl XII. das Land betrat. Nach ſeinem Ueberſchreiten der Grenze wurde es täglich klarer, daß die Polen nur der Gewalt weichen würden. Der Krieg, den Carl XII. und die Republik Polen beiderſeitig nicht wollten, lag doch im Kleinen thatſächlich vor.

In Grodno traten am 24. April/5. Mai die Geſandten der polniſchen Reichsſtände vor den Schwedenkönig. Sie erſuchten ihn nicht weiter vorzudringen. Sie boten dagegen ihre Vermittelung an. Die Erwiederungen von Seiten Carls XII. drängen ſich zuſammen in den einen Satz: der König wolle nicht eher aus Polen weichen, als bis vorher derjenige daraus gewichen, der alles Unheil verſchulde [1]). Eben dasſelbe ließ Carl XII. durch Proclamationen verkünden, und immer aufs neue das Unrecht Auguſts II. wider ihn darlegen. Aber auch dieſer antwortete.

Der ſchwediſche Marſch ging unterdeſſen weiter. Am 14./25. Mai traf Carl XII. in Warſchau ein. Er hatte gehofft, dort viele polniſche Edelleute zu finden. Sie waren nicht da. Auch auf ſeine Ladung erſchienen ſie nicht. Er ließ daher direct den Cardinal-Primas Radziejowski zu ſich fordern. Denn der König meinte: bei der hohen Autorität,

[1]) Nordberg Theil I, S. 332.

Digitized by Google

deren ſich der Cardinal-Primas erfreue, hange es von ihm ab, den Adel zu berufen und zu einer neuen Wahl zu ſchreiten [1]). Der Cardinal, der wie die anderen Edelleute, ſich vorher aus Warſchau fort begeben, zauderte zu erſcheinen. Carl XII. erneuerte die Ladung, und abermals mit dem Zuſatze: Lenta remedia et segnes medicos non expetunt tempora mea [2]). Auf dieſe Mahnung begab ſich der Cardinal nach Warſchau zurück, und erſchien vor dem Könige. Sie redeten lange mit einander in lateiniſcher Sprache, ohne Dolmetſch. Jedoch blieb die Unterredung allgemein. Erſt am anderen Tage ließ der König durch den Grafen Piper bei dem Cardinal und dem Kronſchatzmeiſter Leſzczinski die Hauptſache anregen. Sie erwiederten: „Mögen alle Anklagen wider den König von Polen gerechtfertigt ſein: ſo ſteht doch eine Neuwahl in Widerſpruch mit unſeren Geſetzen und Freiheiten. Wenn nur der König von Schweden dieſe Forderung fallen läßt: ſo wird der ganze Adel ihm beitreten und dem Könige Auguſt ſolche Bedingungen vorſchreiben, die er entweder nicht eingehen kann, oder die ſeine Gewalt ſo ſehr einſchränken, daß er nur den königlichen Namen behält. Iſt er damit nicht zufrieden, ſo wird die geſammte Republik die Beihülfe des Königs von Schweden begehren, um den König Auguſt abzuſetzen. Dann iſt zugleich die Freundſchaft mit Schweden und unſere Freiheit gewahrt“ [3]).

So am 31. Mai/11. Juni. Es kam alſo für Carl XII. nur darauf an, nicht die directe Forderung der Abſetzung feſtzuhalten.

Eben auf dieſer aber beſtand Carl XII. Er ließ erwiedern: der Vorſchlag gewähre ihm gegen einen ſo treuloſen Feind wie Auguſt II. keine Sicherheit. Man möge daher auf einen anderen Ausweg bedacht ſein.

Der Cardinal und der Kronſchatzmeiſter waren ſehr beſtürzt. Sie erwiederten, daß gerade der König Auguſt mit dem Beharren des Schwedenkönigs bei ſeiner Forderung ſehr zufrieden ſein werde. Denn das Feſthalten derſelben ſei das beſte Mittel ihm Freunde zu verſchaffen. Die weitere Unterredung mit Piper brachte keine Frucht.

---

[1]) Nordberg Theil I, S. 340.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. S. 342.

Digitized by Google

Der Cardinal erbat sich mit dem Schwedenkönige direct die Sache bereden zu dürfen. Carl XII. willigte ein. Am 5./16. Juni trafen sie zusammen im Palaste Lubomirski, unweit Warschau: der König, der Cardinal und der Kronschatzmeister. Carl XII. begann mit großer Lebhaftigkeit: er habe sich ihre Meinung berichten lassen und erkenne daraus ihre Umsicht und ihren Eifer, aber auch ihre Furchtsamkeit, und diese stehe ihm gar nicht an. Er wolle sie nicht mit der Hoffnung auf irgend einen Vergleich aufhalten. Was immer sie für Gründe vorbrächten: er glaube an ihre gute Absicht; aber dem Könige August wolle er im geringsten nicht trauen. — Die beiden Polen dagegen hoben hervor, daß der König August den Schweden immer unerreichbar bleiben werde. Er werde sich nicht zu einer Schlacht stellen, werde dagegen durch die Walachen in seinem Dienste die Schweden beständig beunruhigen, werde, vor ihnen her flüchtend, sie durch beständige Märsche zu ermatten suchen, bis in wüste, verlassene Gegenden hinein, wo die schwedische Armee zuletzt der Ermattung und dem Hunger erliegen müsse. Es sei das nicht das erste Beispiel in der polnischen Geschichte. Mit Nachdruck schloß dann Leszczinski: Et credat Majestas Vestra, quod nostra consilia sint prudentia. Carl XII. fiel rasch ein: sed timida. Er werde, fuhr er fort, schon Sorge tragen, daß seine Armee nicht Hungers sterbe. Er vertraue auf Gott und seine gerechte Sache. In kurzer Zeit würden sie sehen, daß die Dinge anders gingen als sie zur Zeit meinten.

Carl XII. mochte sich überzeugt haben, daß sein längerer Aufenthalt in Warschau ihm keine Frucht gebracht, daß er vielmehr dem Könige August die Zeit gelassen, abermals sächsische Truppen an sich zu ziehen. Nachdem nämlich der König August II. mit dem Kaiser bereits die Uebereinkunft getroffen, 8000 Mann für die Armee des Prinzen Eugen in Italien zu entsenden, hatte er dann in der Bedrängnis, in welche das Anrücken Carls XII. ihn versetzte, den Vertrag wieder gekündigt und jene Mannschaft mit noch anderen Sachsen dazu nach Polen gezogen [1]). Die gesammten sächsischen Truppen standen bei Krakau. In dieser Richtung brach am 16. Juni auch Carl XII.

[1]) Schreiben des Kaisers vom 26. Juli, bei Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 80. — Ueber dieselbe Sache äußert sich der Markgraf S. 78.

Digitized by Google

mit seiner Armee auf, wenn anders der letztere Name für eine Mannschaft von mehreren Tausenden von Schweden gestattet ist. Die Truppen des Königs August, bestehend aus Sachsen, Walachen und einer Abtheilung Polen waren an Zahl weit überlegen, und darum trug auch August II. kein Bedenken mehr, anstatt, wie viele Polen glaubten, seinen Feind durch Märsche und Hunger sich aufreiben zu lassen, ihm entgegen zu gehen. Dagegen war eine schwedische Verstärkung unter den Generalen Mörner und Steinbock im Anzuge.

Am 7./18. Juli standen die Armeen, unfern der Stadt Pinschow, kaum noch eine Meile auseinander. Carl XII. kündigte seinem versammelten Kriegsrathe an, daß er am nächsten Morgen angreifen werde. Man hielt entgegen, daß die Zahl der Truppen des Königs August drei- bis vierfach überlegen, daß es darum besser sein würde erst die Verstärkung unter Mörner an sich zu ziehen. Carl XII. hielt dies nicht für nöthig. Endlich sagte der Graf Piper: „Wenn Ew. Majestät bis übermorgen warten, so ist gerade ein Jahr verflossen seit der glücklichen Ueberfahrt von Riga über die Düna und dem damaligen Siege über die Sachsen." Das Wort schlug ein. Der König setzte den Angriff an auf den 9./20. Juli. Piper hatte richtig gerechnet: am Mittage des 8./19. Juli stieß Mörner zu Carl XII. [1]).

Die Truppen Mörners waren ermattet vom langen Marsche und führten viele Kranke mit sich. Dies erschien nicht als ein Hindernis. Noch in derselben Stunde der Ankunft gab der König die Befehle, daß am nächsten Morgen um sechs Uhr die schwedische Armee in die Schlachtordnung einrücken solle. Sie bestand aus 12,000 kampffähigen Soldaten.

Die sächsische Armee des Königs August bei Clissow war um einige tausend Mann stärker, und besaß dazu eine vortreffliche Artillerie, deren die schwedische fast ganz ermangelte. Der General Schulenburg, der die sächsische Infanterie führte, hatte daher dringend gerathen die Schweden anzugreifen, bevor die Verstärkung unter Mörner käme [2]). Allein auch August II. erwartete Verstärkung, nämlich eine Abtheilung der polnischen Kronarmee unter Lubomirski. Auch sie kam an, 8000 Mann stark; aber es ist merkwürdig, daß sie, um deren willen

[1]) Nordberg Bd. I, S. 348.

[2]) Schulenburg an Leibniz, 22. August 1702.

Digitized by Google

man die günſtige Gelegenheit vorher verloren, nach dem eigenen Berichte des Königs Auguſt in dem Treffen nur zum Unheil gereichte [1]).

Daß die ermatteten und hungrigen Schweden angreifen würden, hatte man vorher im ſächſiſchen Lager nicht geglaubt, und zweifelte daran auch noch am 9./20. Juli, trotz der Recognoscirung Schulenburgs und ſeines Berichtes darüber. Erſt dann, als man um Mittag die Schweden von einer Anhöhe zur Linken herabſteigen und in Schlachtordnung rücken ſah, griffen die Sachſen zu den Waffen. „Aber, ſagt Schulenburg, wir wären von unſerem linken Flügel her aufgerollt worden, bevor wir uns nur aufſtellen konnten, wenn nicht ein unwatbarer Moraſt den Schweden den Zugang zu uns verſperrt hätte“ [2]). Nicht von dort her begann das Unheil. Die Schweden mußten, um an den Feind zu gelangen, ſich weiter links ziehen. Dort ſtand auf dem rechten Flügel Auguſts II. die Abtheilung der polniſchen Kronarmee. Sie hielt den Anprall der Schweden nicht aus, ſondern ergriff ſofort die Flucht. Von da aus ſetzte die Niederlage ſich fort. Und zwar war der eigentliche Grund das Mistrauen der Sachſen und der Polen wider einander. Die Sachſen fürchteten von den Polen im Rücken gefaßt zu werden, und daher war ihre Aufmerkſamkeit eben ſo ſehr dahin gerichtet als auf die Schweden vor ihnen. Die Polen dagegen behaupteten in Furcht geweſen zu ſein vor einem Einverſtändniſſe der beiden Könige, gerichtet wider die Polen, um ſie zu fangen und zu tödten [3]). Die Armee Auguſts II. war einſtweilen aufgelöſt; jedoch gelang es viele der Truppen wieder zu ſammeln.

Den Frühling und Sommer hindurch hatte man in Wien, im Haag und London mit Sorge auf den ſchwediſchen Kriegeszug geſchaut und namentlich den Nachtheil beklagt, den die Sache des Kaiſers in Italien indirect durch die Nicht-Sendung der ſächſiſchen Hülfstruppen dahin erlitt: der ſchwediſche Sieg bei Cliſſow ſteigerte dieſe Beſorgnis. Man berieth, was zu thun, um den Schwedenkönig abzuhalten, ohne doch ihn durch eine Drohung zu reizen. Die engliſchen

[1]) Das Schreiben des Königs bei Nordberg Bd. I, S. 353. Note.

[2]) On aurait attaqué notre aile gauche, si on avait pu passer le marais, et nous aurions été défaits avant que d'avoir pu nous mettre en bataille.

[3]) Schreiben des Königs Auguſt an den Cardinal Primas, bei Nordberg Bd. I, S. 353.

Digitized by Google

Gesandten bei allen Höfen erhielten den Auftrag nachdrückliche Vorstellungen zu erheben, damit man den König von Schweden bitte: er möge doch aus Liebe für die schwer bedrohete Freiheit Europas seine persönliche Rache gegen den König von Polen hintansetzen, möge Friedensvorschlägen Gehör geben und zu diesem Zwecke die Vermittelung des Kaisers und der Seemächte annehmen [1]).

So wohl gemeint der Vorschlag sein mochte, so stand der Ausführung entgegen, daß Carl XII. allen Gesandten den Zutritt in sein Hauptquartier verweigerte. Wenn er einen derselben zuließ, wie es z. B. mit dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Sinzendorf, geschah, so durfte die Unterredung Specielles nicht berühren [2]).

Der Graf Wratislaw machte einen anderen Vorschlag: es möge die Uebereinkunft getroffen werden, daß der König August II. den verbündeten Mächten die verabredete Anzahl Truppen stelle, daß dagegen die dafür vereinbarten Subsidien dem Könige von Schweden zu seiner Satisfaction gezahlt würden. Godolphin und Nottingham fielen bei [3]). Allein die Cardinalfrage, ob Carl XII. einwilligen werde, August II. als König zu belassen, ward durch den Vorschlag nicht berührt. Und darum konnte er keinen Erfolg haben. Denn um diesen Punct dreheten sich die Gedanken des jungen Schwedenkönigs. Eine Abmahnung fremder Mächte von diesem seinem Ziele nahm er nicht an.

Es kam für ihn, um dasselbe zu erreichen, auf die Polen an. Allein es ward bald augenfällig, daß in dieser Beziehung der Sieg von Clissow ihm keine Frucht brachte. Wie die Polen vorher sich geweigert ihren König abzusetzen, so nachher. Die Woiwodschaft Krakau schickte an Carl XII. eine Gesandtschaft, die eine Schrift übergab. Man verwahrte sich darin, Antheil genommen zu haben an dem Kriege, den der König August erregt; aber eben so auch verlangte man den Rückzug des Schwedenkönigs aus dem Lande Polen, welches ihn nicht gekränkt habe. Die Schrift schloß mit den Worten: „Es würde eine schändliche Leibeigenschaft für ein freies Volk sein, wenn es auf den

---

[1]) Eine Reihe der Berichte des Grafen Wratislaw, vom 27. Juni, vom 27. Juli, vom 22. August.

[2]) Nordberg Bd. I, S. 356 und 364.

[3]) Wratislaws Bericht vom 29. August.

Digitized by Google

Befehl eines fremden Herrn ſeinen rechtmäßig gekrönten König vom Throne ſetzen ſollte“ [1]).

Der König Auguſt, in Erkenntnis der für ihn günſtiger werdenden Stimmung, lud die polniſchen Magnaten nach Sendomir. Viele erſchienen. Nach langem Hader einigten ſie ſich zu Beſchlüſſen, die bei der Lage der Dinge, wenn auch nicht ohne Tadel für den König Auguſt, doch weſentlich zu ſeinen Gunſten waren. Sie ernannten eine Geſandtſchaft, welche dem Schwedenkönige die Vermittelung der Republik zum Zwecke eines ewigen Bündniſſes beider Reiche antragen ſolle, mit der Bürgſchaft der Republik Polen ſich wider den König Auguſt zu erheben, wenn er dem zu ſchließenden Vertrage zuwider handele. Dieſe Bürgſchaft gewähre dem Schwedenkönige die von ihm verlangte Sicherheit, und damit falle die an die polniſchen Stände gerichtete Forderung einen neuen König zu erwählen. Denn dieſe Forderung ſei unvereinbar mit den Grundgeſetzen und der Freiheit Polens [2]).

Die Dinge waren dahin gekommen, daß auch der Graf Piper, den man vielfach als den Rathgeber für die Forderung Carls XII. an die Polen angeſehen hat, für ein Einlenken ſeine Stimme geltend machte. Er legte dem Könige ſeine Gedanken ſchriftlich dar. Carl XII. erwiederte mündlich: „Was der Graf für unmöglich hält, das kann in einem halben Jahre möglich werden, wenn ich nur in Sachſen einmarſchire. Weil aber die Polen ſelbſt den erſten Anſchlag zu der Abſetzung ihres Königs gegeben haben: ſo verlange ich, daß ſie auch ſelbſt ihn möglich machen ſollen, und daß ich nur dazu helfe ihre Freiheit zu befeſtigen. Entweder müſſen ſie Alle Ja, oder auch Alle Nein ſagen. Sagen ſie Nein: ſo wollen wir unſere Sachen darnach einrichten. Sagen ſie aber Ja: ſo werden ſie ihren neuen König wohl ſelbſt beſchützen. Glaubet nur ſicherlich: wenn ich auf das Wort des Königs Auguſt trauen könnte, ſo wollte ich ihn alsbald in Ruhe laſſen. Wenn aber der Friede geſchloſſen wäre und wir nach Rußland gingen: ſo würde es das erſte ſein, daß er ruſſiſches Geld nähme und uns in den Rücken fiele, und damit würden unſere Sachen in

[1]) Nordberg Bd. I, S. 358.

[2]) Die Inſtruction der Geſandtſchaft bei Nordberg Bd. I, S. 362.

Digitized by Google

größere Weitläufigkeit gerathen, als in welcher sie sich jetzt befinden. Was Liefland inzwischen leidet, das kann durch gewisse Freiheiten und Begnadigungen wieder gut gemacht werden, wenn Gott uns einmal Frieden geben wird" [1]).

Die Antwort Carls XII. ist charakteristisch. Er kündigt an, daß er, ungeachtet aller Gefahr von dem Czaren her, nicht lassen will von seinem Vorhaben wider August II. bis aufs Aeußerste. Die Absicht der Invasion in Sachsen liegt in seiner Seele bereits fertig vor.

Wie Carl XII. durch sein unversöhnliches Vorgehen wider den schwächeren Gegner, den König August, dem stärkeren Widersacher, dem Czaren Peter, freie Hand beließ sich an der Newa festzusetzen: so ward es ihm, trotz der Mahnung Oxenstjernas, nicht klar, oder setzte er hintan, daß er, der in sich durchaus keine Neigung für Ludwig XIV. trug, der mit dem Kaiser und mit den Seemächten auf gutem Fuße stand und ferner stehen wollte, dennoch sowohl durch seine Haltung in Polen, welche bereits dem Kaiser die 8000 Mann sächsischer Hülfstruppen entzogen, als auch weiter durch die Absicht des Einbruches in Sachsen eine Diversion machte zu Gunsten des Königs von Frankreich. Die der Sache kundigen Zeitgenossen konnten sogar den Beweis führen, daß die Absichten Carls XII. ganz den Wünschen des französischen Gesandten du Heron in Warschau entsprachen [2]).

Viele Sachsen ihrerseits behaupteten, daß ein Einverständnis der Könige von Frankreich und Schweden bestehe. Der schwedische Gesandte Palmquist in Paris, von Robethon darüber befragt, gab zu, daß diese Gerüchte für seinen König bei den verbündeten Mächten nachtheilig wirkten. „Allein, fuhr er dann fort, sie sind nicht begründet. Vielmehr hat der König den französischen Erbietungen mit einer Festigkeit widerstanden, die noch erstaunlicher ist als die Ausdauer, mit welcher er seine Feinde verfolgt. Ich sage Ihnen offen als Mann von Ehre, daß ich erstaunt gewesen bin über die geringschätzige Weise, mit welcher er jene Erbietungen behandelt hat: er hat sie nämlich einer Antwort nicht gewürdigt" [3]).

---

[1]) Nordberg Bd. I, S. 365.

[2]) A. a. O. S. 374.

[3]) Palmquist an Robethon, 23. Juli 1702. In den Robethon-Papieren des St.-A. H.

Digitized by Google

Nicht daher aus einem Motive, welches Carl XII. moraliſch hinabdrücken würde auf die Tiefebene der Kurfürſten von Sachſen, Bayern, Brandenburg, ſondern in dem Bewußtſein der Kraft ſeines Willens wies der zwanzigjährige König die Rathſchläge Pipers zurück wie vorher diejenigen Oxenſtjernas, und hielt das was in Wirklichkeit keinen anderen Namen verdient als den des Eigenſinnes, für überlegene Einſicht. Er allein machte ſeine Politik, deren Tragweite für Schweden und Polen und den geſammten europäiſchen Norden er doch nicht bemaß, weil er zwar die Unwahrhaftigkeit ſeines Vetters Auguſt II. durchſchauete, nicht jedoch die Gefahr der Planmäßigkeit des an Willenskraft ihm ſelber ähnlichen Czaren Peter erfaßte.

Es iſt von Intereſſe auch die äußere Erſcheinung der Perſönlichkeit des jungen Königs, der mit ſolcher Energie in die Geſchicke der Völker eingriff, an einem beſonderen Vorfalle kennen zu lernen.

Der Marſch der Schweden ging von dem Schlachtfelde von Cliſſow nach Krakau. Unbekümmert um die Gefahr ſtreifender Parteien ging Carl XII. eines Tages aus, begleitet nur von ſeinem Pagen Klinkowſtröm, einem Offizier Dahldorf, dem Leibjäger und einigen Anderen, in Allem acht Perſonen. Sie geriethen unter einen Haufen von ſiebzig bis achtzig Polen. Nach einiger Gegenwehr wurden ſie durch die Menge überwältigt. Der Offizier Dahldorf und der Leibjäger, weil einigermaßen wohl gekleidet, wurden gefangen abgeführt: der König und ſein Leibpage, in ſehr unſcheinbarer Kleidung, die auf Troßbuben zu deuten ſchien, wurden kaum beachtet. Dann jedoch faßte einer der Polen den König beim Arme. Er riß ſich los und lief eiligſt davon, und mit ihm der Page Klinkowſtröm, dem ein nachgeſandter Pfeil den Arm durchbohrte. Sie langten glücklich im Lager an [1]).

In Krakau traten die Verſuche der polniſchen Reichsſtände zum Ausgleiche gemäß den Beſchlüſſen von Sendomir an Carl XII. heran. Der Cardinal-Primas bat ihn durch ein Schreiben, die Geſandtſchaft der Polen vorzulaſſen und anzuhören, und machte ſeinerſeits Vorſchläge,

[1]) Der Bericht in den Werken von Leibniz Bd. VIII, S. 390, iſt von dem Secretär des Generals Steinbock im ſchwediſchen Hauptquartiere. Der Bericht bei Nordberg Bd. I, S. 357 iſt augenſcheinlich verworren.

Digitized by Google

deren Wesen war, den König August II., nach einem Verzichte auf Sachsen, als König von Polen zu belassen und zugleich ein Bündnis zu schließen zum gemeinsamen Kriege von Polen und Schweden wider Rußland [1]). Carl XII. wich aus. Auch der Wojwode von Masuren, Morßtyn, wandte sich an den Schwedenkönig mit der Bitte, die polnische Gesandtschaft anzunehmen. Aber es lag die Thatsache vor, daß bei Clissow ein Theil der polnischen Kronarmee mitgefochten. Carl XII. verlangte zuvor darüber Aufklärung. Denn, wenn das mit öffentlicher Autorität geschehen sei, so könne die Republik nicht mehr eine Vermittelung ausüben wollen; wenn aber die Republik die Mitwissenschaft jener Thatsache von Clissow von sich ablehne, so sei es, wenn sie sein Vertrauen verlange, zunächst ihre Pflicht, die Schuldigen zur Rechenschaft und zur Strafe zu ziehen [2]).

Die zu Sendomir ernannte Gesandtschaft erhielt nicht die Zusage in Krakau vorgelassen zu werden. Die Rede dagegen in den wechselseitigen Schreiben wurde schärfer, drohender. Carl XII. ließ die Kanonen der Stadt Krakau, die er nicht als das Eigenthum des Königs August ansehen konnte, in seine Fahrzeuge auf der Weichsel verladen, um sie mitzunehmen.

Dann jedoch trat ein Ereignis ein, welches für längere Zeit einen Stillstand auferlegte. Eines Tages ritt Carl XII. durch die Zeltgassen des Feldlagers, und zwar nach seiner Weise mit verhängtem Zügel. Indem er den Kopf wendete, um zu sehen, ob seine Begleiter ihm folgten, stieß der Fuß des Pferdes gegen einen der Stricke, welche die Zelte festhielten. Das Thier strauchelte, stürzte und fiel mit solchem Gewichte auf den Reiter, daß diesem das Bein oberhalb des Knies brach. Dazu stieß die Brust auf den Sattelknopf so daß ein Bluterguß erfolgte [3]). Für Wochen lang galt im westlichen Europa der Schwedenkönig für todt. Er selbst dagegen redete bereits am achten Tage seines Krankenlagers vom Marschiren. Man bereitete ein Fahrzeug vor, das auf der Weichsel ihn hinunter tragen sollte. Er erklärte dies für zu weichlich: auch wolle er bei seinen Soldaten bleiben. Sie trugen ihn auf einem dazu eingerichteten Bette.

[1]) Die Schreiben bei Nordberg Bd. I, S. 367 u. f.
[2]) A. a. O. S. 369.
[3]) Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 391.

Digitized by Google

Auguſt II. erlangte unterdeſſen die ſichere Kunde, daß der franzöſiſche Geſandte du Heron in Warſchau zu wirken trachte für den Plan der Abſetzung und, zu dieſem Zwecke, für den weiteren Plan des Einbruches der Schweden in Sachſen. Der König ließ ihm befehlen abzureiſen. Du Heron verlangte die Zuſtimmung der Republik zu dieſem Befehle zu ſehen; denn nicht bloß an den König, ſondern auch an die Republik lauteten ſeine Creditive. Auguſt II. entſchloß ſich zur Gewalt. Eines Abends ließ er durch zwölf Mann ſeiner Leibwache den Geſandten im Wagen auf der Straße anhalten, und, ohne jeglichen Aufſchub, nach Thorn abführen. Von da ward du Heron unter Bedeckung bis an die franzöſiſche Grenze geleitet. In ähnlicher Weiſe ward der Geſandte für Schweden behandelt. Namens de Bonac. Auf einer Fahrt ward er von dem Polen Oginski gefangen, und erſt nach harter Haft entlaſſen [1]).

Dahin war es gekommen, daß Auguſt II., der etwa ein Jahr zuvor ſich zum Söldlinge Ludwigs XIV. erboten, nun zu ſolchen Maßregeln wider den Gewaltigen ſich verſtieg. Und dennoch durfte Ludwig XIV. mit Befriedigung nach dem Nordoſten blicken; denn er hatte dort einen zuverläſſigen Bundesgenoſſen, weniger an dem Könige Carl XII. überhaupt, als an der dominirenden Qualität desſelben, dem Starrſinne.

Eben darum auch war man in Verſailles gern geneigt darüber hinwegzuſehen, daß Carl XII. nicht aus Neigung für Frankreich arbeitete zu Gunſten Frankreichs. Nur der Erfolg fiel in die Wage, und darum redete man gern und häufig von ihm. Er pflege, hieß es, Auguſt II. zu bezeichnen mit den Worten: „Mein Verräther von Vetter“. Er habe, ſagte man, in Warſchau einem Preußen geſagt: „Ich weiß, daß Ihr Souverän (im Jahre 1700) nur den Erfolg der Liga zwiſchen dem Könige von Dänemark, dem Czaren und dem Könige Auguſt abwartete, um ſich dann auch wider mich zu erklären. Ich habe den König von Dänemark bis nach Kopenhagen hinein gejagt, und dann als guter Nachbar ihm verziehen. Ich habe den Moscowiten gebändigt und werde ferner ihn zur Ruhe zwingen. Ich habe den König von Polen aus ſeiner Hauptſtadt gejagt. Zuletzt werde ich

[1]) Nordberg Bd. I, S. 374.

Digitized by Google

auch zu Ihrem Herrn gehen und ihm zeigen, welchen Werth er auf meine Freundschaft zu legen hat, und wie nothwendig es für ihn ist, sie zu verdienen, bevor ich sie ihm gewähre. Damit entlasse ich Sie" [1]).

Ob die Worte Carls XII. genau so gelautet haben, wie Ludwig XIV. sie in Versailles wiederholen ließ, dürfte schwer zu entscheiden sein. Mit der Sachlage stehen sie nicht im Widerspruch, selbst nicht einmal die Zuversicht, mit welcher Carl XII. versichert, den Moskowiten auch ferner zur Ruhe zwingen zu wollen. Die Erinnerung an den Tag von Narwa, wo seine wenigen, aber wohl geschulten Schweden die undisciplinirte russische Uebermacht versprengt und zerstreut hatten, mochte sehr lebendig in ihm sein. Aber er vergaß dabei, mit welchem Eifer der Czar Peter fortan darauf ausging, die Russen nach europäischer Weise kriegsfähig zu machen, und ob es richtig war ihm dafür Zeit zu lassen.

Indem der Schwedenkönig die Gesandtschaft der polnischen Reichsstände anzunehmen weigerte, trieb er die letzteren mittelbar dem Könige August II. zu. Dieser berief sie zu Ende November 1702 nach Thorn. Nicht alle erschienen; aber diejenigen, die dort sich stellten, redeten bereits feindselig wider den König von Schweden, der das Land mit Heeresmacht durchziehe, der dem Adel Schatzungen auferlege, der, wider alles Völkerrecht, die Gesandten der Republik nicht hören wolle. Man erkannte die Pflicht an sich zur Abwehr zu rüsten. Ungleich schärfer noch lauteten die Klagen von Großpolen aus. Sie richteten sich namentlich gegen Eingriffe der Schweden in den Gottesdienst, in die Heiligthümer der katholischen Kirche [2]).

Wir sehen, wie die Dinge sich wenden. Carl XII. hatte dem Grafen Piper gesagt, daß alle Polen bejahen oder verneinen müßten, und daß, wenn sie verneinten, er seine Sachen danach einrichten müsse. Diese Zeit war gekommen. Statt den Krieg mit August II. rasch zu beenden, wie es, unter der Mahnung und Leitung Wilhelms III. von England, mit Dänemark gelungen war, hatte Carl XII. in Folge seines eigenen Thuns, zu Ende des Jahres 1702, die Aussicht auf einen Krieg nicht bloß mit dem Könige August II., sondern,

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 421 und 461.

[2]) Nordberg Bd. I, S. 381 u. f.

Digitized by Google

was er nicht gewollt hatte und vernünftiger Weiſe niemals wollen konnte, auch mit den Reichsſtänden von Polen. Und während dieſe Ausſicht vor ihm aufſtieg, gelangte zugleich an ihn die Kunde, daß der Czar Peter ſich nach einer Belagerung weniger Wochen der Feſte Noeteburg, des ſpäteren Schlüſſelburg, an der Newa bemächtigt habe. Bereits erwog der Czar in ſich den Plan der Gründung einer neuen Stadt weiter weſtwärts an der Newa, St. Petersburg. Welche Conſequenzen das alles für die europäiſchen Völker haben würde, konnte allerdings im Jahre 1702 ein menſchliches Auge noch nicht erfaſſen. Aber das nimmt von Carl XII. nicht den Vorwurf hinweg, die letzte Mahnung ſeines treuen Rathes Oxenſtjerna misachtet, durch ſein eigenwilliges Verfahren in Polen dem Czaren Peter freie Hand gelaſſen, und mittelbar für Ludwig XIV. gearbeitet zu haben.

Wir kommen zu dem Feldzuge des Jahres 1702 am Oberrheine.

Von dem Könige Wilhelm III. war der Gedanke ausgegangen, daß der Kaiſer ſeinem älteſten Sohne, dem römiſchen Könige Joſeph, das Commando der Truppen am Rheine übergeben ſolle, und zwar in der von Wilhelm III. ausdrücklich hervor gehobenen Abſicht, dadurch die kaiſerliche Autorität im Reiche zu ſtärken. Der Vorſchlag entſprach den Wünſchen des vierundzwanzigjährigen Königs. Der Kaiſer konnte um ſo eher darauf eingehen, da er dann ſeinen Sohn in der Obhut eines treuen Mannes wußte, des Markgrafen Ludwig von Baden. Es iſt charakteriſtiſch, in welcher Weiſe der Kaiſer ſeinem Sohne und dem Feldherrn das richtige Verhältnis zu einander anwies. Er meldete dem Markgrafen den Entſchluß ſeinen Sohn zu ſenden durch ein Handſchreiben, welches er eben dem Sohne dictirte. Es finden ſich darin die Worte: „Ich habe zu E. L. mein ganzes Vertrauen, daß Sie auf die Erhaltung ſeiner Perſon beſondere Acht haben werden, wie ich ihn dazu anhalten will, daß er in Allem von Ihrer Direction abhangen und Ihrer wohlmeinenden Erinnerung und Ihrem Rathe folgen ſoll“ [1]). In einem ſpäteren Schreiben verſtärkt

[1]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Theil I, S. 67. Das Datum muß der 23. März ſein, weil Leopold in dem Schreiben noch keine Kunde hat vom Tode Wilhelms III.

Digitized by Google

der Kaiser noch diesen Gedanken mit den Worten: „Ich habe ihm befohlen, E. L. in allem, besonders aber in diesem Puncte (sich nicht unnöthig einer Gefahr auszusetzen) zu gehorchen wie mir selbst“ [1]).

Wie in diesem einzelnen Falle, so macht durchweg die Correspondenz des Kaisers Leopold mit Ludwig von Baden den wohlthuenden Eindruck des völligen Vertrauens von der einen Seite, der treuen Ergebenheit von der anderen. Gibt es unter den deutschen Reichsfürsten damaliger Zeit Einige, deren beständige Gier und Untreue uns mit Widerwillen erfüllt: so stehen ihnen gegenüber Andere, wie, außer dem Markgrafen am Rheine, die drei Kurfürsten von Pfalz, Mainz und Trier, deren opferwilliger Patriotismus uns mit hoher Achtung erfüllt. „Ich darf E. K. M. nicht verschweigen, meldet der Markgraf, daß in allen Vorfällen, wie schwer sie auch sind, der Herr Kurfürst von der Pfalz einen solchen Eifer und solche Assistenz bezeigt, daß es fast nicht zu glauben, auch Niemand es Sr. L. zumuthen dürfte, wenn Sie nicht aus besonderem patriotischem Antriebe für das Gemeinwohl und aus Devotion für E. K. M. sich selbst so sehr und fast aufs äußerste angreifen und sacrificiren wollten. Jedoch kann ich auch nicht unerwähnt lassen, daß die beiden geistlichen Herren Kurfürsten von Mainz und Trier alles leisten, so viel nur von ihnen verlangt wird, und was ihre Kräfte erlauben“ [2]).

Die Seele aller patriotischen Thätigkeit im südwestlichen Deutschland war aber der Markgraf Ludwig selbst. Im Frühling 1701 hatte noch in dem schwäbischen und fränkischen Kreise die Hoffnung des Friedens überwogen, zumal da Max Emanuel von Bayern auf seiner Rückkehr von Brüssel nach München im Interesse Ludwigs XIV. dringend dazu mahnte. Dennoch gelang es dem Markgrafen im Sommer 1701 es dahin zu bringen, daß der schwäbische Kreis ihm das Commando der noch vorhandenen Truppen übergab, ausdrücklich zum Zwecke der Defensive. Es ward in dieser Beziehung als ein großer Vortheil anerkannt, daß durch den Ryswycker Frieden die Festung Philippsburg zurückgegeben war, demnach die Franzosen keinen festen Punct auf dem rechten Rheinufer mehr besaßen. Mit diesen

[1]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Theil I, S. 71.
[2]) A. a. O. S. 116.

Digitized by Google

schwäbischen Kreistruppen, den kaiserlichen und den pfälzischen Regimentern, die dazu gestoßen waren, verwahrte Ludwig von Baden im Jahre 1701 den Rhein, und warf eine Reihe neuer Befestigungen auf, namentlich die Linien am Speyerbache.

Im März des Jahres 1702 einigten sich zu Nördlingen fünf Kreise zur Aufstellung einer bestimmten Mannschaft: der schwäbische 10.000 Mann, der fränkische 8000, der österreichische 16.000, der oberrheinische 3000, der niederrheinische 6500, in Allem reichlich 40.000 Mann. Diese Kreistruppen waren, außer den anderen kaiserlichen, die einzigen deutschen, welche nicht auf Grund besonderer Verträge mit dem Kaiser oder den Seemächten, und demgemäß in der Regel für den Sold der letzteren, gestellt wurden.

So lange jedoch die Kriegserklärung der Großmächte wider Frankreich ausblieb, trugen die Kreise Bedenken durch ihre Truppen die Feindseligkeiten beginnen zu lassen. Daher drängte der Kaiser, gemäß der Verabredung mit Wilhelm III., in den Markgrafen Ludwig von Baden, am Oberrheine offensiv vorzugehen, auch noch vor der Kriegserklärung. Es geschah. Am 20. April überschritt der Markgraf mit einigen kaiserlichen und pfälzischen Regimentern bei Speyer den Rhein, rückte an die Lauter und blokirte Landau, zunächst noch in weitem Umkreise. Die Stadt galt nicht bloß als der Schlüssel gegen das Elsaß und gegen die Saargegend, sondern es befanden sich dort viele französische Artillerie, und überhaupt zahlreiche Kriegsvorräthe aller Art. Inzwischen erfolgte die Kriegserklärung vom 15. Mai. Nachdem Ludwig von Baden sich überzeugt, daß der Rhein auf deutscher Seite aller Orten wohl verwahrt, namentlich auch die Festung Kehl in gutem Stande, rückte er am 16. Juni vor Landau, um die Stadt zu berennen. Der entschiedene Offensivschritt machte den Kreisen Muth: sie ließen ihre Truppen zu dem Markgrafen stoßen [1]).

In der Unkunde der späteren Zeiten hat sich die sonderbare Tradition entwickelt und findet sich oft ausgesprochen, daß die kaiserlichen Feldherren jener Zeit oft gelähmt worden seien durch die Weisungen des Hofkriegsrathes. Ja man hat wohl gar entgegen gestellt,

[1]) Der eigene zusammenfassende Bericht des Markgrafen bei Röder Bd. I, S. 74 u. f.

Digitized by Google

daß die französischen Generale, ungleich freier, nur nach eigener Ueberzeugung handelten. Es haben sich uns dagegen schon manche Fälle dargeboten und werden ferner sich darbieten, die den Beweis liefern, daß das wirkliche Verhältnis geradezu entgegen gesetzt war. Ludwig XIV. vermeinte, von Versailles oder Marly aus die Entschlüsse und Bewegungen seiner Generale leiten zu können und zu müssen. Nicht so verfuhr der Kaiser Leopold. „Da nach dem Tode des Königs von England, schreibt er an den Markgrafen, die Direction des hochwichtigen Krieges nun auf mich allein fällt, und die Seemächte von mir einen ausführlichen Entwurf verlangen, wie der Krieg zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes nach allen Seiten zu führen — ich aber meinerseits in den bekannten Eifer, die reife Erfahrung und das besonnene Urtheil E. L. mein völliges Vertrauen setze: so bitte ich E. L. einen Entwurf abzufassen, in welchem Sie suchen werden, den Ihnen bekannten Ansichten und Grundsätzen des verstorbenen Königs von England so nahe wie immer möglich zu bleiben“ [1]).

Der Grundzug liegt in diesen Worten vor. Und so auch ferner. Wie Wilhelm III. verlangt, so legt der Kaiser dem Markgrafen die Offensive am Oberrheine in nachdrücklicher Weise ans Herz. Wie aber die Offensive zu bethätigen, das war die Aufgabe des Feldherrn. Der Kaiser dagegen ertheilt seine Zustimmung zu dem Geschehenen. „E. L. haben gar wohl gethan, sagt er, daß Sie die Truppen gesammelt haben und damit in Feindes Land gegangen sind. Ich billige auch alles, was Sie bisher vorgenommen haben.“ Der Kaiser meldet dann, daß sein Sohn, der römische König, bis zu Ende Juni vor Landau eintreffen werde. „Sollte aber unterdessen eine günstige Gelegenheit sich darbieten, etwas zu verrichten: so werden Sie sich dieselbe nicht entgehen lassen, sondern nach Ihrem Ermessen handeln“ [2]).

Indem nun Ludwig von Baden durch die Unternehmung gegen Landau allen Wünschen und Erwartungen des Kaisers entsprach, sehen wir den ersteren andererseits offen und mit Nachdruck die Mängel geltend machen, die namentlich von kaiserlicher Seite her ihm hindernd in den Weg traten. Das A und das O der Klagen Ludwigs von

[1]) Handschreiben des Kaisers vom 19. April, bei Röder Bd. I, S. 61.
[2]) A. a. O. S. 66.

Digitized by Google

Baden wie des Prinzen Eugen ist dem Kaiser gegenüber immer diejenige über den Mangel an Mitteln. „E. K. M. ist bekannt, meldet Ludwig von Baden, daß ich ziemlich gute Ordnung und scharfe Disciplin halte: das Geheimnis jedoch, Mann und Pferd ohne Essen subsistiren zu machen, habe ich noch nicht erlernen können, und sehe allezeit für meine erste Schuldigkeit an Dero Truppen nicht zu Grunde gehen zu lassen“ [1]). Die Klage Ludwigs von Baden richtet sich noch vom Feldlager vor Landau aus in scharfer Form wider die Verwaltung in Wien. Der Feldherr meldet am 23. Juni, daß er die formelle Pflicht des Berichtes einige Tage zurückgesetzt habe gegen die Realität des Dienstes. Diese Realität sei ihm erwachsen aus dem Mangel vieler nothwendigen Dinge, welchen er nur durch unausgesetzte Sorge und Mühe habe überwinden können. Dies zu glauben, werde dem Kaiser nicht schwer fallen, wenn er erwägen wolle, daß gerade vom kaiserlichen Hofe aus die gemachten Versprechungen nicht erfüllt worden seien, weder in Betreff der Stellung der Mannschaft, noch der übrigen Erfordernisse. Sowohl er selber aus seinem eigenen Lande, als die übrigen Reichsstände der Kreise haben das ihrige geleistet, so daß bereits nichts ermangele, und der gute Erfolg nur noch gehemmt werde durch das Ausbleiben dessen, was von kaiserlicher Seite kommen solle. Bereits habe er die Laufgräben eröffnet, könne aber weder Kanonen, noch Mörser aufführen lassen, weil die der Artillerie Kundigen, die er aus Böhmen erwarte, noch nicht eingetroffen seien. So am 23. Juni [2]).

In denselben Tagen erst entließ der Kaiser seinen Sohn, den römischen König. Es scheint, daß Leopold Besorgnis gehegt habe, im Falle sein Sohn bayerisches Gebiet beträte. Aber Max Emanuel hatte vorher keinen Einspruch erhoben gegen irgendwelchen Durchzug durch die Oberpfalz. Seine Plane, damals noch in Geheimnis gehüllt, sollten nach der anderen Seite hin hervorbrechen. Sie werden bald sich uns offen legen. In der Mitte des Monates Juli traf der römische König vor Landau ein [3]).

Wie Ludwig XIV. überhaupt so lange wie möglich und selbst darüber hinaus fest hielt an der Hoffnung, daß es nicht zu einem all-

[1]) Röder Bd. I, S. 56.
[2]) A. a. O. S. 70.
[3]) A. a. O. S. 64 und 74.

ed by Google

gemeinen Kriege kommen werde, so wies er namentlich den Gedanken eines solchen am Oberrheine noch bis tief in das Jahr 1702 hinein zurück. Der Kaiser, meinte er, werde nur in Italien alles aufbieten: am Rheine vermöge er nichts ohne die Hülfe der Reichskreise, zumal wenn er zugleich in Schach gehalten werde durch die französisch gesinnten Fürsten [1]). Aber wir haben gesehen, wie rasch noch im Monate März die Hoffnung auf Anton Ulrich von Wolfenbüttel zu Boden sank. Demgemäß war auch Sachsen-Gotha, weil isolirt, für Frankreich lahm gelegt. Joseph Clemens von Cöln und Lüttich hatte noch vor dem Ende des Jahres 1701 seinen Verrath ausgeführt; aber bereits vom April 1702 brach über ihn die Vergeltung herein. Max Emanuel allerdings mit den etwa 20,000 Mann, die er für französisches Geld geworben, stand bereit, aber noch lauernd auf die günstige Gelegenheit.

Andererseits machte im Rathe Ludwigs XIV. der alte Chamlay geltend, daß das Kriegstheater am Rheine sich durch die Rückgaben des Ryswycker Friedens völlig geändert habe. Der Besitz von Philippsburg auf dem rechten Rheinufer und der anderen Plätze am linken Ufer, hatten damals den Uebergang für die Franzosen leicht gemacht und demgemäß auch die Subsistenz in Feindes Land, wenigstens für einige Zeit. Dies habe sich nun gewendet. Eben jene Festungen in den Händen der Kaiserlichen machten nun der französischen Armee den Rheinübergang unmöglich, legten ihr die Nothwendigkeit auf im Elsaß zu bleiben, um dasselbe zu vertheidigen. Aber auch dies sei erschwert durch die Rückgabe von Lothringen. Elsaß hange mit Frankreich nur noch in dem einen Winkel zusammen, von der Seite der Freigrafschaft, sei dagegen von Norden und Osten her exponirt. Er rieth dringend an, diese Provinz wohl zu decken, damit sie steuerfähig bleibe [2]).

Ludwig XIV. entschloß sich für alle Fälle 45 Bataillone und 68 Schwadronen am Oberrheine zu halten. Den Befehl darüber erhielt der Marschall Catinat, der noch im April in Straßburg eintraf.

Seine Berichte indessen über die Gefahr einer Offensive von deutscher Seite fanden in Versailles geringen Glauben. Auch der

---

[1]) Pelet: mémoires militaires t. II. p. 286 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 755 et suiv. Die Denkschrift ist vom Februar 1702.

Digitized by Google

Blocus von Landau erregte dort noch keine Beſorgnis. Noch am 1. Juni verſicherte Ludwig XIV. dem Marſchall Catinat, daß er in Deutſchland keine größere Truppenbewegung wahr nehme, daß die Reichskreiſe Bedenken tragen würden, ſich in einen Offenſiv-Krieg einzulaſſen, und daß die Macht, welche ohne die Theilnahme derſelben der Markgraf von Baden um ſich ſammeln könne, ihm keine Beſorgnis einflöße [1]).

Bei dem Ausſprechen dieſer Anſichten am 1. Juni kannte Ludwig XIV. indeſſen noch nicht die moraliſche Wirkung, welche die Kunde der Kriegserklärung der drei Großmächte, vom 15. Mai, auf die noch Zagenden und Schwankenden ausübte. Die Kreistruppen rückten heran. Von da an nimmt die Correſpondenz des Marſchalls Catinat mit Verſailles in hohem Maße unſer Intereſſe in Anſpruch.

Aus dem Lager von Schweighauſen meldet Catinat am 16. Juni: „Die Berennung von Landau iſt jetzt unzweifelhaft. Die Conſequenzen, die der Fall dieſer Stadt haben würde, ſind Ew. Majeſtät bekannt. Für den Fall, daß Ew. Majeſtät den Entſatz beſchließen, muß ich geltend machen, daß derſelbe nur möglich, wenn von der Armee in den Niederlanden beträchtliche Streitkräfte hierher gezogen werden. Man darf die feindliche Macht ohne die Truppen, welche noch aus Böhmen nachrücken, auf 40,000 Mann veranſchlagen. Die unſeren betragen ungefähr 21,000. Dazu iſt die Stellung der Feinde durchweg vortheilhafter. Ich ſchlage daher einen Nachſchub vor von 30 Bataillonen und 40 Schwadronen“ [2]).

Ludwig XIV. berieth darüber mit Chamlay. Der letztere verfaßte ein ausführliches Gutachten, welches in nachdrücklicher Weiſe den Entſatz für Landau anempfahl, ſowohl wegen der militäriſchen Folgen des Falles dieſer Stadt, als der moraliſchen, nämlich der Einbuße der Reputation, wenn im Angeſichte von Frankreich eine Feſtung von ſolcher Wichtigkeit hülflos gelaſſen würde. Chamlay widerrieth den Vorſchlag, durch die Belagerung von Kehl eine Diverſion zu machen. Denn der Angriff gegen eine Reichsfeſtung werde dem Kaiſer den geeigneten Anlaß geben, das geſammte Reich zur Kriegserklärung aufzufordern [3]).

[1]) Pelet t. II, p. 318.
[2]) A. a. O. p. 325.
[3]) A. a. O. p. 794.

Digitized by

Dessen ungeachtet neigte sich Ludwig XIV. diesem Rathe zu, als dessen Urheber Chamillart anzusehen sein dürfte.

Die Antwort an Catinat ergibt, daß man in Versailles seine Besorgnisse gern als übertrieben ansehen wollte, läßt jedoch klar die Verlegenheit durchblicken, in welche man sich durch seine Meldung versetzt sah. Ludwig XIV. vermeinte sich in den Niederlanden im Siege, und nun stellte man ihm die Zumuthung, die Armee dort so sehr zu schwächen. Andererseits aber stand in Aussicht der Fall von Landau. Der Verdruß darüber gibt sich kund in dem Vorwurfe, daß Catinat nichts vorschlage. Immerhin möge er nicht stark genug sein, dem Markgrafen eine offene Feldschlacht anzubieten; aber er werde im Stande sein die Einnahme von Landau indirect zu hindern. Das nächste Mittel sei eine Diversion auf dem rechten Rheinufer, und Catinat sei stark genug die Festung Kehl anzugreifen [1]).

So am 22. Juni. Catinat antwortete sofort, am 27. Juni.

„Ew. Majestät, schreibt er, sind der Ansicht, daß ich Kehl angreifen solle, indem Sie voraussetzen, daß Kehl eher fallen werde als Landau. Ich darf darauf erwiedern, daß Kehl ein wohl verwahrter Platz, und daß die Jahreszeit zum Angriffe auf Kehl sehr ungünstig, weil der Rhein in Folge der Schneeschmelze in die Zeit seines Wachsthums eintritt. Ich bitte Ew. Majestät überzeugt zu sein, daß ich seit zwei Monaten hier alle Momente des Angriffs wie der Vertheidigung wohl erwogen habe. Ich bitte ferner aussprechen zu dürfen, daß diejenigen, die an Ort und Stelle sind, schärfer sehen als die Entfernten." Catinat schließt mit der Wiederholung seiner früheren Bitte um 30 Bataillone und 40 Schwadronen [2]).

Ludwig XIV. entschloß sich, wie wir früher vernommen haben, von der Armee des Marschalls Boufflers 12 Bataillone und 16 Schwadronen abzuberufen. Er ließ diese Mannschaft sich nicht zu Catinat begeben, sondern überwies das Commando dem Marquis Villars, mit dem Auftrage die Saargegend zu decken, und, nach Erfordern, dem Marschall Catinat die Hand zu bieten. Die Anordnung schließt in sich den Verzicht auf den Entsatz von Landau [3]). Ludwig von Baden

[1]) Pelet t. II, p. 329.
[2]) A. a. O. p. 331.
[3]) A. a. O. p. 332.

Digitized by Google

belagerte die franzöſiſche Beſatzung von ſieben Bataillonen in dieſer Stadt, ohne daß Frankreich es wagte ihr Hülfe zu bringen. Der Fall Landaus war demnach nur noch eine Frage der Zeit.

Ludwig XIV. erwog daher bereits die Folgen, welche der Fall dieſer Stadt für das Elſaß nach ſich ziehen würde. Um ſie abzuwenden, meinte er ein beſonders geeignetes Mittel zu finden. Der betreffende Befehl wie die Antwort Catinats ſind in gleicher Weiſe merkwürdig.

„Nachdem ich, ſchreibt der König am 12. Juli, alle Maßregeln, die ſich unter dieſen Umſtänden darbieten können, wohl erwogen habe, finde ich keine andere ſo zweckmäßig wie diejenige der Befeſtigung von Hagenau, und zwar ohne Verzug.“ Der König gibt Weiſungen über das Geld und die zu beſchaffenden Werkzeuge. Dann fährt er fort: „Um dieſe Arbeit zu ſichern, haben Sie ſich nach allen Seiten zu verſchanzen, und einen Ort dazu auszuſuchen, an welchem Sie den ganzen Feldzug hindurch verbleiben können. Das iſt der einzige ehrenhafte Entſchluß, und welcher uns die Erhaltung von Fort Louis und Nieder-Elſaß ſichert. Sie werden die Lebensmittel für Menſchen und Pferde mit Bequemlichkeit auf dem Rheine und der Moder herabkommen laſſen. Sie werden Ihre Magazine in Hagenau errichten. Ich will alſo keinen Einwand hören in Betreff der Schwierigkeiten, die ſich der Ausführung Ihres Werkes entgegenſtellen können, ſondern befehle Ihnen Sich in den Stand zu ſetzen, ihn ohne Verluſt eines Augenblickes auszuführen. Der Markgraf von Baden hat, im vorigen Kriege, es verſtanden, in dieſer Weiſe ſich mit 23,000 Mann in Heilbronn zu decken gegenüber meinem Sohne mit 70,000 Mann.“ Der König ergeht ſich weiter über die Vortheile, welche der Stromlauf der Moder dem Marſchall zu ſeiner Vertheidigung gewähre und ſchließt, daß, ſo rar auch das Geld, er den Miniſter Chamillart angewieſen, die benöthigten Summen flüſſig zu machen [1]).

Der Gedanke beſchäftigt den König ſo lebhaft, daß er, noch vor einer Antwort von Catinat, einige Tage ſpäter abermals auf die Ausführung dringt [2]). Dann erſt kam die Antwort, nicht nach Wunſch.

[1]) Pelet t. II, p. 340.
[2]) A. a. O. p. 342.

Digitized by Google

„Ich glaube nicht, schreibt Catinat am 17. Juli, einen Ungehorsam gegen Ew. Majestät zu begehen, indem ich aufrichtig ausspreche, daß jener Vorschlag unmöglich ist, so daß mit der Ausführung auch nicht einmal begonnen werden darf. Es gibt bei Hagenau keine haltbare Position, noch ein Mittel eine solche zu schaffen. Seit sechs Wochen liegt die Armee ganz nahe bei, und hat alle erreichbaren Lebensmittel aufgezehrt. Die Herbeiführung anderer hieher ist unmöglich. Ew. Majestät sprechen die Ansicht aus, daß ich die Lebensmittel mit Bequemlichkeit auf dem Rheine und auf der Moder herabkommen lassen könne. Das letztere Gewässer trägt in seinem ganzen Laufe kein Fahrzeug, verdient auch nur den Namen eines Baches. Seine Ufer sind niedrig und es ist watbar an unzähligen Stellen. — Angenommen auch, die Armee Ew. Majestät läge hier so wohl verschanzt, daß sie gegen jeden Angriff sicher wäre, besäße dabei einen ausgiebigen Vorrath an Lebensmitteln: so könnte sie doch von jedem Verkehre abgeschnitten und in die Nothlage gebracht werden völlig umzukommen."

„Ew. Majestät messen der Lage der Stadt Hagenau eine Bedeutung bei, welche sie nicht besitzt. Sie trägt für die Bedeckung von Fort Louis nichts aus und dient nicht wie ein Schlagbaum für das Nieder-Elsaß. Unsere Armee dort würde den Feind nicht hindern, selber aber aus vielen Gründen dem Untergange ausgesetzt sein. Ich möchte wünschen, daß der Dauphin den Markgrafen zu Heilbronn in einer solchen Position gefunden hatte."

„Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge im Elsaß ist für den Dienst Ew. Majestät nichts Besseres zu thun, als mit höchster Vorsicht zu wachen, daß die Armee nicht zur Unzeit exponirt werde, sondern so lange wie thunlich, fernab von Straßburg im Felde bestehe, und daß sie, im Falle die Feinde in das Elsaß einrücken, bei der Minderzahl unserer Streitkräfte, sich auf Straßburg zurückziehe, von wo aus sie in die etwa bedrohten Plätze Besatzungen werfen kann, was von einem verschanzten Lager aus nicht thunlich wäre."

„Das, Sire, ist meine Ansicht. Wenn ich anders reden wollte, so würde ich nicht mehr die Ehre haben das Recht der Wahrheit in Ihrem Dienste beanspruchen zu dürfen. Ich merke wohl, daß Ew. Majestät über meine Haltung nicht ohne Besorgnisse sind: ich bin an Ort und Stelle und handele nach bestem Ermessen, und muß

Digitized by Google

dennoch befürchten, daß dies mir unbedingte, Ihrem Dienste sehr nachtheilige Befehle zuzieht. Ich bitte unterthänigst die Freiheit zu entschuldigen, mit welcher ich zu reden wage: ich unterstehe mich dessen, weil ich mich stütze auf meinen Eifer und meinen guten Willen. Der an mich gelangte Befehl in Betreff der Stadt Hagenau flößt mir keine weitere Unruhe ein, weil die Ausführung unmöglich ist."

„Ew. Majestät haben die Gnade gehabt mir zu sagen, daß Sie das Elsaß nur aus den Karten kennen. Ich darf daher annehmen, daß Sie entscheidende Beschlüsse nur fassen nach genommener Rücksprache mit Anderen. Deshalb wage ich zu bitten, daß derjenige, welcher in Betreff der Stadt Hagenau seinen Rath gegeben, sich hierher auf den Weg mache, um mit eigenen Augen zu schauen. Wir wollen abwarten, ob er hier anwesend festhält an der Meinung, die er sich in der Ferne gebildet" [1]).

Auf diese Darlegung antwortete Ludwig XIV. nicht direct. Er ließ es durch den Kriegsminister Chamillart in einer Weise thun, die ziemlich klar erkennen läßt, daß eben dieser der Berather gewesen war. Chamillart selber charakterisirt den Inhalt seines Schreibens durch die Einleitung: „Wenn es mir verstattet ist mich auszusprechen über eine so delicate Frage, über welche ich nur gemäß dem gesunden Menschenverstande reden kann, den Gott mir gegeben hat, nicht aus Erfahrung" [2]). Die Kritik seiner Vorschläge liegt vollaus in der Antwort Catinats: „Sie legen mir alle Inconvenienzen dar, welche mein dem Könige gemachter Vorschlag nach sich zieht. Ich gebe sie alle zu; denn ich habe sie sämmtlich vorher erwogen. Aber auf die Inconvenienzen anderer Entschlüsse sind Sie Ihrerseits nicht aufmerksam geworden. Verstatten Sie mir die Freiheit Ihnen offen auszusprechen, daß man nur an Ort und Stelle ein Urtheil fällen kann" [3]).

Chamillart war damit abgewiesen, nicht jedoch der König. Auf einen erneuten Bericht Catinats beginnt die Antwort Ludwig XIV., am 2. August, mit den Worten: „Was man Ihnen dort über das künftige Vorhaben des römischen Königs gemeldet hat, ist Alles in sich

[1]) Pelet t. II, p. 312 et suiv. Vom 17. Juli.
[2]) A. a. O. p. 347. Vom 22. Juli.
[3]) A. a. O. p. 349. Vom 26. Juli.

Digitized by Google

unwahrscheinlich". Daß dieser Tadel nicht Andere, sondern den Marschall Catinat selber treffen soll, geht hervor aus den sich daran fügenden Worten: „Das macht mir Verdruß und erweckt seit langem in mir schwere Besorgnisse, die nur dadurch ihr Ende finden können, daß Sie den festen Entschluß fassen, den Absichten der Feinde entgegen zu treten". — Der König schließt mit den Worten: „Wenn Sie Sich dem Feinde so nahe befinden, daß Sie etwas unternehmen können: so haben Sie nicht zu besorgen, daß ich Sie für den Erfolg verantwortlich mache. Ich nehme jeglichen Ausgang auf mich, und gebe Ihnen die Vollmacht, den Feind anzugreifen und mit ihm zu kämpfen, ob stark, ob schwach, wo Sie ihn finden, im Falle Sie es für zweckmäßig erachten. Meine einzige Besorgnis ist, daß Sie durch einen Rückzug dem Feinde das Elsaß und die Saargegend preisgeben" [1]).

Einem so bestimmten Befehle war nicht auszuweichen. Catinat rief den General Villars näher heran, und sammelte um sich was verfügbar war. Dann jedoch eröffnete er am 10. August seinem Kriegsrathe die Lage der Dinge. Die einstimmige Ansicht Aller ging dahin, daß ein Vormarsch auf den Feind keinen Vortheil bringen, dagegen sehr schädlich werden könne, und daß man darum sich auf Straßburg zurückziehen müsse [2]).

Der Feldzug ging zu Ende, ohne daß der Marschall Catinat und sein Heer zu einer weiteren Bethätigung kam. Aber, indem wir so weit gefolgt sind, weniger um die strategischen Bewegungen kennen zu lernen als die moralischen Kräfte, ist es erforderlich noch einen Schritt weiter zu gehen, um zu ersehen, wie der König und Chamillart unter einander sich über das Verhalten des Marschalls Catinat aussprachen.

Wir haben früher vernommen, daß der Minister Chamillart von Ludwig XIV. den Befehl an den Marschall Boufflers erwirkte, sich in die Linien von Lüttich zu begeben, und daß dann Boufflers und sein Generalstab den Befehl für verderblich erklärten und darum nicht befolgten. Der Zeit nach war dieser Vorfall später als jene Differenz zwischen Catinat einerseits und andererseits dem Könige und Chamillart.

---

[1]) Pelet t. II, p. 359.

[2]) A. a. O. p. 361.

Digitized by Google

Der letztere benutzte ſogar, um jenen Befehl an Boufflers zu erwirken, das Verhalten des Marſchalls Catinat, oder vielmehr den Verdruß Ludwigs XIV. über dies Verhalten. Chamillart ſchickt nämlich in den betreffenden Gutachten einen Bericht über den Feldzug im Elſaß voran, in welchem er die Verluſte dem Marſchall Catinat beimißt, deſſen einziges Abſehen darauf gerichtet geweſen ſei, ſeine Armee einige Zeit im Felde zu erhalten und ſie dann in alle feſten Plätze zu verſtreuen, um nur nicht der kaiſerlichen Armee gegenüber zu treten. Chamillart geht darin noch weiter. „Ew. Majeſtät, ſagt er, waren über dieſen Plan ſo betroffen, daß Sie dem Marſchall Catinat die ganze Schmach ſolcher Entwürfe vorhielten und ihm den beſtimmten Befehl gaben, die Stadt Hagenau zu beſetzen und zu befeſtigen. Er gehorchte nicht, ſondern hielt feſt an ſeinem erſten Plane, der ihn ſo ſehr verblendet hatte, daß er, auch ungeachtet der Bereitſchaft des Marquis Villars zu ihm zu ſtoßen, ihn dennoch Ew. Majeſtät gegenüber wiederholte und dann ausführte“ [1]).

Demnach erſcheint hier der Marſchall Catinat, der eben ſo wie einige Wochen ſpäter der Marſchall Boufflers, in voller Uebereinſtimmung mit den anderen General-Officieren handelte, wie ein thörichter Mann, der lieber ſeinem Eigenwillen folgt als den vernünftigen Gründen und Befehlen des Königs.

Das Actenſtück iſt in beſonderer Weiſe charakteriſtiſch. Es zeigt uns die Meiſterſchaft des Chamillart den ruhmesdurſtigen Ludwig XIV. mit der Schmeichelei zu umſtricken, daß alle Nachtheile im Felde entſpringen aus dem Ungehorſam der Generale gegen ſeine Befehle. Denn eben davon hat Chamillart in dieſer Darlegung ſeinen Ausgang genommen mit den Worten: „Wenn man die Befehle befolgt hätte, ſo würde Landau noch Ew. Majeſtät gehören“.

In Wirklichkeit lag aber die Sache ſo, daß im Jahre zuvor der Marſchall Villeroy, eben weil er keinen anderen Willen hatte als den Befehl des Königs in Verſailles auszuführen, bei Chiari geſchlagen war, daß dagegen die Marſchälle Catinat und Boufflers im Jahre 1702 ihre Armeen, wenigſtens nach ihrer und der ihnen untergebenen Generale Ueberzeugung, vor der Vernichtung bewahrten, weil ſie den Muth hatten, unverſtändig gegebenen Befehlen nicht zu gehorchen.

[1]) Pelet t. II. p. 590. Vom 28. September.

Digitized by Google

Die hauptsächliche Hoffnung Ludwig XIV. sowohl für die Erhaltung von Landau als darüber weit hinaus war von Anfang an weniger auf Catinat gerichtet, als vielmehr auf den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern.

Gemäß dem Vertrage vom 9. März 1701 erhielt Max Emanuel französische Subsidien, die ihn in den Stand setzten ein Heer von etwa 20,000 Mann zu erhalten. Bis tief in das Jahr 1702 saß er in München und harrte seiner Zeit. Aber Ludwig XIV. wünschte seine Bethätigung. Um in dieser Richtung einen Druck auf ihn auszuüben, ließ Ludwig XIV. im Frühling 1702 die Subsidien minder regelmäßig bezahlen. Der König ging dabei von der Ansicht aus, daß der Kurfürst, so oft auch er sich den Anschein gebe mit dem Kaiser ein Abkommen treffen zu wollen, dennoch lieber zu Frankreich halten werde, und daß darum dieser Druck der Zurückhaltung der Gelder den Kurfürsten zum Entschlusse bringen müsse [1]). In diesem Falle rechnete Ludwig XIV. richtig.

Die Persönlichkeit des Kurfürsten tritt hier in den Vordergrund, und zwar liegt eine Zeichnung seines Inneren vor, entworfen von seiner eigenen Hand, in einem Schreiben an den Grafen Berghayck in Brüssel, vom 24. März 1702, also vor dem Beginne des allgemeinen Krieges [2]). Es ist derselbe Kurfürst Max Emanuel, der zwanzig Jahre zuvor, als der Kaiser Leopold in Altötting ihm einen kostbaren Degen verehrte, das Geschenk entgegennahm mit den Worten: „Ich werde ihn führen nur für den Kaiser und das Vaterland". (Bd. II, S. 323.) Anders lauteten seine Worte im März 1702. Drängen wir dieselben zusammen.

„Ihre Gesinnungen für mich, schreibt Max Emanuel dem Grafen Berghayck in Brüssel, so wie diejenigen des Marschalls Boufflers und des Marquis Puysegur schmeicheln in sehr angenehmer Weise meiner Hoffnung, daß es in dieser wichtigen Krisis in meiner Macht steht, den beiden Königen nützliche Dienste zu erweisen, den Stolz des Hauses

---

[1]) Die Berichte des Schweden Palmquist an Robethon, in den Robethon-Papieren des St.-A. H.

[2]) Das Schreiben ist zum Abdrucke gebracht von C. Höfler im Archive für österreichische Geschichte, Bd. XLIV, zweite Hälfte S. 263 u. f.

Digitized by Google

Oeſterreich niederzuſchlagen und das geſammte Reich der despotiſchen Herrſchaft zu entziehen, mit welcher der Kaiſer es bedroht. Daß dies Ziel zu erreichen iſt nur durch die Erhöhung meines Hauſes, hat der allerchriſtlichſte König vom Beginne ſeiner Regierung an im Auge gehabt. Dies beweiſen mir die Verträge, die er mit meinem Vater geſchloſſen, die Denkſchriften, die er mir vor Zeiten durch meine verſtorbene Schweſter, die Dauphine, zugeſendet, endlich die Darlegungen ſeiner Geſandten bei mir. Ich erhalte dafür gegenwärtig noch reellere Beweiſe als je zuvor."

„Solchen Geſinnungen auf eine andere Weiſe zu entſprechen als bisher, iſt fortan mein Ziel und mein einziger Ehrgeiz. Zum Belege deſſen führe ich an, daß, bevor die Abſicht des allerchriſtlichſten Königs mich auch mit Mannſchaft zu verſtärken, zu meiner Kunde gelangt war, ich ihm meinen Entſchluß eröffnet habe, eine Diverſion zu machen. Am 4. dieſes Monats habe ich nämlich durch einen Courier dem Grafen Monaſterol in Paris einen eigenhändig geſchriebenen Entwurf einer Offenſiv-Operation geſendet. Er hat darüber mit Torcy und dieſer mit dem Könige geſprochen. Man hat dann die Angelegenheit in Betreff der Vermehrung der Mittel für mich an Puyſegur zum Berichte verwieſen."

„Allein, um zu Ihnen mit allem Freimuthe zu reden, muß ich Ihnen ſagen, daß es nicht ausreicht die Zahl meiner Truppen zu ſteigern und mir die Mittel für den Unterhalt zu gewähren. Wenn ich mich entſchließen ſoll in den Krieg einzutreten, alſo den Kaiſer und Alle die es mit ihm halten, anzugreifen: ſo verlange ich andere Sicherheiten für mich."

„Denn man darf ſich darüber nicht täuſchen wollen: die große Allianz, wie ſie genannt wird, iſt ſtark. Sie kennen dagegen die Lage meiner Länder. Sie kennen die Autorität, welche der kaiſerliche Name gewährt, und wie ſehr man ſie geltend zu machen weiß. Der Schrecken vor dem kaiſerlichen Namen geht ſo weit, daß am Reichstage in Regensburg Niemand anders zu reden wagt als unterwürfig und zu ſeinen Gunſten. Der franzöſiſche Geſandte Ricous kann aus eigener Anſchauung darüber Zeugnis ablegen."

„Die Unternehmung iſt daher groß und gefährlich; aber ich erſehne ſie mit Leidenſchaft. Ueber die Truppen und den Unterhalt derſelben werden wir auch bald uns einigen. Allein alle dieſe Summen,

Digitized by Google

ſo beträchtlich ſie immer ſein mögen, gehören für den Unterhalt der Armee, mit welcher ich in Thätigkeit zu treten habe, und ich muß noch dazu von dem Meinigen zuſetzen, bis der Erfolg ſo weit lacht, daß ich ausreichende Contributionen eintreiben kann. Aber es fragt ſich um das Ende der Rechnung. Man beginnt den Krieg, um dadurch zum Frieden zu gelangen, und es handelt ſich für mich darum, was ich beim Friedensſchluſſe haben werde. Kann man mir verſprechen, für mich die Eroberungen zu bewahren, auf die ich keinen rechtlichen Anſpruch habe? — Das geſammte Reich würde Einſpruch einlegen. Würden dagegen die beiden Könige für mich allein den Krieg fortſetzen, um die große Allianz und das Reich zu zwingen, mir Länder abzutreten, die mir nicht gehören?"

„Offen geſtanden, ſind die Kräfte auf beiden Seiten ſo beträchtlich, daß man zur Stunde noch über den Ausgang nicht urtheilen kann. Wenn er aber nicht günſtig für uns wäre, was wird dann aus mir? — Darum iſt es gerecht, daß ich an meine Sicherheit denke, bevor ich etwas unternehme. Denn das Haus Bayern wird nicht dadurch vergrößert, daß ich während des Krieges alle mir dafür bewilligten Summen ausgebe und noch von dem Meinigen zuſetze, daß ich alle Gefahr laufe, und endlich im Frieden wieder werde was ich vorher geweſen bin, und ſelbſt auch dies nur im Falle des günſtigen Ausganges. Daher muß S. M. ſich erklären über die Sicherheiten, die ich verlange, und über meine Entwürfe mich zu vergrößern. Der Graf Monaſterol hat meinen letzten Entſchluß und meine Vollmacht in Händen, und kann zu jeder Stunde abſchließen."

„Ich bemerke jedoch, daß eine allzu frühe Erklärung den Plan durchkreuzen würde. Will man einen entſcheidenden Schlag ausführen, ſo muß man die Sache ſo einrichten, daß die Feinde die Armee, welche Frankreich mir errichten will, für ihren Plan dieſes Feldzuges nicht mit in Anſchlag bringen, daß ſie mich vielmehr ſo lange für neutral anſehen, bis ich die Maske fallen laſſe, indem ich mich in Marſch ſetze. Dies wird ſie verwirren, ihre Maßregeln durchkreuzen, und ich kann meine Poſition einnehmen, bevor ſie überlegt haben, wie ſie mich daran hindern können."

„Glauben Sie dagegen nicht, daß ich durch Drohungen die Reichskreiſe umſtimmen und hindern könnte, ihre Truppen zu denen des Kaiſers ſtoßen zu laſſen. Man muß einmarſchiren in ihre Länder

Digitized by Google

und ihnen die Mittel benehmen, ihre Truppen zu unterhalten, oder man muß ſie zwingen ſich loszuſagen. Das iſt das einzig richtige Verfahren: von einem anderen wäre nichts zu hoffen."

„Zunächſt aber bedarf ich baares Geld und zwar ſogleich."

„Ich beſchwöre Sie alſo darnach Ihre Maßregeln zu treffen. Ich glaube, die Sache iſt der Mühe werth und ich widme mich ihr mit aller Kraft, ſo daß ſie mich nicht ſchlafen läßt. Denn ich erkenne, daß dies die einzige Conjunctur iſt, die ſich mir in meinem Leben noch bietet. Mein Wunſch geht dahin den beiden Königen zu beweiſen, daß ich für immer ihr Intereſſe zu dem meinigen mache. Ich kenne das Ziel des Hauſes Oeſterreich. Der Hochmuth desſelben reizt mich. Die Zeit iſt gekommen das Reich zu retten und zu verhindern, daß die Kaiſerkrone erblich werde im Hauſe Oeſterreich. Alles dies kann geſchehen, wenn die beiden Könige eben ſo ſehr den Sturz des Hauſes Oeſterreich wünſchen, wie ich die Befeſtigung Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät und eine ewige Einigung der Intereſſen Frankreichs mit denjenigen meines Hauſes. Sie erſehen daraus, daß ich mit Leidenſchaft wünſche abzuſchließen und zu handeln; allein bei aller meiner Lebhaftigkeit und meiner Neigung vermag ich doch nicht etwas zu thun, wenn nicht zuvor der König mir bewilligt, was ich verlangen muß, ſowohl für meine eigene Sicherheit als wegen meiner Verpflichtung für meine Nachkommen."

Das Ziel des Kurfürſten Max Emanuel liegt demnach hier vor in ſeinen eigenen Worten. Er will das Haus Habsburg niederſchlagen, das alte Reich zertrümmern, und unter Blut und Brand ein neues gründen, mit ihm als Oberhaupte, als Kaiſer von des Königs von Frankreich Gnaden. Das Attentat auf das Recht und die Freiheit nicht bloß des Hauſes Habsburg, ſondern aller Angehörigen des alten Reiches, hat in der Geſchichte desſelben vorher kaum einen Präcedenzfall. Der Verrath des Kurfürſten Moritz von Sachſen an dem Kaiſer Carl V. erſtreckte ſich nicht ſo weit. Eher könnte man den Eroberungsplan des Schwedenkönigs Guſtav Adolf in Parallele bringen. Aber der Schwede war ein fremder König, dem Kaiſer nicht durch Eid und Pflicht verbunden. Das Unternehmen des Schweden in Deutſchland war ein Frevel gegen den Frieden der Völker; aber es kennzeichnet ſich nicht von Anfang an als ein Act der Felonie.

Digitized by Google

In einer Nachschrift entwickelt Max Emanuel den Plan seines Verrathes im Einzelnen.

„Mein Plan ist, sagt er, zu beginnen mit Ulm, diese Stadt durch Ueberraschung zu nehmen. Zu diesem Zwecke treffe ich schon jetzt meine Maßregeln. Zugleich werde ich alle meine Truppen vorrücken lassen, um meine Aufstellung zwischen der Donau und der Iller zu nehmen. Von Ulm aus erlasse ich dann meine Erklärungen. Wenn in Folge derselben sich die Reichskreise nicht von dem Kaiser lossagen, so bin ich in der Position die Dinge weiter zu treiben, um ihnen den Unterhalt ihrer Truppen unmöglich zu machen. Mehr sage ich darüber nicht."

„Wenn die Armee S. Allerchristlichsten Majestät ausreichend der meinigen zur Seite steht: so vermag ich, ohne weitere Vorbereitung, den Krieg nach Oesterreich hinein zu tragen. Denn ich habe nur dem Stromlaufe der Donau zu folgen, an welchem ich Herr bin. Es gibt denselben entlang nur eine einzige Festung, nämlich Ingolstadt, und diese gehört mir. Das ist in kurzen Worten mein Plan. Sie dürfen ihn den Marschall Boufflers und dem Marquis Puysegur mittheilen, jedoch, ich beschwöre Sie darum, nicht weiter. Das Geheimnis der Sache ist gar zu wichtig, und der Posten Ulm ist durchschlagend für den Beginn der Ausführung meines Planes. Torcy hat dem Monasterol gesagt, daß der König mit demselben einverstanden sei."

Vor allen Dingen dringt der Kurfürst Max Emanuel in seinen Kundgebungen vom März 1702 immer wieder auf Geld. Wenn seine Aeußerungen Wahrheit enthalten: so ist es ihm nicht klar geworden, daß die Säumigkeit Ludwigs XIV. in der Zahlung eine planmäßige war, um ihn zum Entschlusse zu treiben. Der Kurfürst mißt sie vielmehr dem vermittelnden Banquier Bombarda bei. Er will zu den 15.000 Mann Truppen, die er bereit stehen hat, 7700 neu werben; aber er meldet, daß er dafür auch nicht Einen Pfennig in Cassa habe. Er verlangt also wenigstens die Hälfte dessen, was diese Neuwerbung kosten würde, sofort durch einen Courier. Nach dem Anschlage von Max Emanuel erforderte der Unterhalt von 10.000 Mann für einen Monat 26.000 Thaler.

Die Thatsachen ergeben, daß zunächst das Bemühen des Kurfürsten um die Geheimhaltung des Planes ihm durchaus gelang.

Digitized by Google

Zwei Monate nach jenen seinen Erklärungen nach Frankreich hin, im Mai 1702, kommt seine Haltung zwischen dem Kaiser und dem Markgrafen von Baden direct zur Sprache. Die Aeußerungen des Markgrafen thun dar, daß er es nicht erforderlich findet, für den Anmarsch und die Aufstellung der Armee gegen Frankreich den Kurfürsten als hinderlichen oder störenden Factor anzusehen. Darum freilich spricht er noch nicht ein Vertrauen aus. „Was Kurbayern sonst im Schilde führen mag, sagt er am 6. Mai, kann ich nicht sagen, weil mir unbekannt, was den Winter hindurch mit ihm verhandelt worden ist. Dagegen zweifele ich auch gar nicht, daß man gute Fürsorge getroffen haben wird, um ihm gegenüber sicher zu sein, zumal in dieser Zeit, wo alles waffnet" [1]).

Die Voraussetzung des Markgrafen, daß man gute Fürsorge getroffen haben werde, bezieht sich auf den Kaiser. Aber gerade der Kaiser war es, den der Kurfürst Max Emanuel, um seinen Verrath an ihm auszuführen, bis zur gegebenen Stunde vor allen Anderen in der Täuschung erhalten wollte. Wir werden nachher zu ersehen haben, welche Mittel er zu diesem Zwecke aufbot. Es kommt zunächst darauf an, wie Ludwig XIV. den bayerischen Plan aufnahm.

Die Bereitwilligkeit war in Versailles von Anfang an da. Der Plan erhielt demgemäß bestimmtere Gestaltung. Man nahm an, daß die Wegnahme von Ulm das kaiserliche Heer nöthigen werde, die Belagerung von Landau aufzuheben und sich gegen den neuen Feind zurück zu wenden. Demnach würde dann die Last des Krieges auf den Kurfürsten fallen. Daher ging Ludwig XIV. auf seine Bitte ein, ihm für diesen Fall ein Hülfscorps zu schicken, je nach Bedarf bis zu 40 Bataillonen und 50 Schwadronen. Der Plan beschränkte sich dann aber nicht auf die Defensive, sondern gestaltete sich nun in einen Offensivplan gegen Oesterreich, Böhmen, Ungarn und Tyrol. Ludwig XIV. nennt ausdrücklich diese Länder, so daß augenscheinlich ein Vernichtungskrieg gegen die gesammte Herrschaft des Kaiserhauses beabsichtigt wurde [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 64. Der Markgraf an den Kaiser, 6. Mai 1702.

[2]) Der französisch-bayerische Vertrag vom 9. März 1701, und die neuen Artikel vom 17. Juni 1702, sind abgedruckt bei Pelet t. III, p. 943 et suiv.

Digitized by Google

Der schwerste Theil der Aufgabe war einen Punct zur Vereinigung der beiderseitigen Truppen zu finden, weil der Stromlauf des Oberrheines von Breisach an in den Händen der Kaiserlichen war. Ludwig XIV. ersah als die geeignete Stelle die Brücke von Hüningen, verlangte jedoch zu diesem Zwecke einen Vormarsch der Bayern bis dahin, namentlich zur Wegnahme des Forts Friedlingen. Er trug Catinat auf sich darüber mit dem Kurfürsten zu verständigen [1]). Es ist wichtig dies zu bemerken, weil nachher diese Verständigung durchbrochen wurde.

Die betreffenden Befehle Ludwigs XIV. an Catinat sind zu Versailles datirt vom 30. August. Sie drängten zur Eile, weil das nächste Object für den König war, dadurch das schon schwer bedrängte Landau zu retten.

Während im Sommer 1702 die Couriere zwischen München und Versailles beständig unterwegs waren, bot Max Emanuel nach der anderen Seite hin alle Mittel auf, um den Kaiser in der Täuschung zu erhalten, daß von Bayern her nichts zu befürchten sei. Wir haben dies in der Geschichtschreibung über jene Zeit bisher nicht bekannte Lügenspiel mit einigen Strichen zu beleuchten.

Der Kaiser Leopold, um zur Gewisheit zu kommen, sandte im Sommer 1702 abermals den Grafen Schlick nach München. Max Emanuel wich einer bestimmten Erklärung aus. Er wisse noch nicht, sagte er, was von Seiten der Allianz ihm geboten werde. Im August trat er mit positiven Vorschlägen hervor, so jedoch eingerichtet, daß er für die Bewilligung derselben die Garantie der Seemächte verlangte. Er forderte 110.000 Thaler monatlich, Sicherheit für seine ausstehenden Forderungen an Spanien zum Betrage mehrerer Millionen, Ungetheiltheit seiner Armee unter seiner Führung und zwar in Italien. Da gerade an der Verstärkung der Streitkräfte in Italien dem Kaiser wie den Seemächten sehr viel gelegen war: so fanden die Forderungen, ungeachtet ihrer Höhe, zunächst in Wien geneigte Ohren. Die Gesandten der Seemächte berichteten sie nach dem Haag und nach London, und die Grafen Goes und Wratislaw dort erhielten den Auftrag sie zu befürworten [2]).

[1]) Pelet t. II, p. 567 et suiv.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 18. August.

Digitized by Google

Die Königin Anna und der Treaſurer Godolphin befanden ſich auf dem Lande, und gaben von dort her dem Staats-Secretär Nottingham ihre Anſichten kund. Die Geldfrage der monatlichen Beiträge fand weniger Schwierigkeit als diejenige des Oberbefehls in Italien. Nottingham fragte, wie der Kaiſer ſich darauf einlaſſen könne, den Prinzen Eugen dort dem Kurfürſten von Bayern nachſetzen zu wollen. Der Name nämlich des Prinzen Eugen, ſeit den Tagen von Carpi und Chiari in England ungemein populär, war erſt kürzlich, wie ſich ſpäter genauer ergeben wird, neu verherrlicht durch die Nachricht von Luzzara. Auf jene Frage antwortete Wratislaw: wenn ein Kurfürſt des Reiches als Mitbewerber gegen einen Feldmarſchall des Kaiſers auftrete, ſo bleibe dem letzteren keine Wahl. Nottingham erwiederte, daß dagegen die Königin und die engliſche Nation in eine Zurückſetzung des Prinzen Eugen gegen den Kurfürſten von Bayern niemals willigen würden. Zum Beweiſe legte Nottingham ein Schreiben vor, welches die Königin in dieſer Sache an Godolphin gerichtet, und welches der letztere ſeinem eigenen Briefe beigeſchloſſen. Das Schreiben der Königin lautet: „Ich bin geneigt, in einen Vertrag mit Bayern miteinzutreten; aber ich werde niemals mich entſchließen dem Prinzen Eugen das Commando zu nehmen. Antworten Sie alſo dem kaiſerlichen Miniſter, daß, wenn man meine Beihülfe verlangt, man dem Prinzen Eugen das Commando belaſſen muß." — Das Schreiben Godolphins an Nottingham ſagte: „Sie wiſſen beſſer als ich, wie willig die engliſche Nation iſt, dem Prinzen Eugen beizuſtehen, weil ſie überzeugt iſt von ſeiner Befähigung und Erfahrung. Wenn aber dem Kurfürſten von Bayern das Commando gegeben würde: ſo wird das Parlament für einen Vertrag mit ihm nicht einen Kreuzer bewilligen. Da aber die Königin aus ihren eigenen Mitteln das Erforderliche nicht beſchaffen kann: ſo iſt darauf hin der kaiſerliche Miniſter zu beſcheiden." Nottingham fügte hinzu, daß der bereits an Stepney in Wien ergangene Auftrag entſprechend laute. Als Wratislaw noch einen Einwand erhob, entgegnete Nottingham: „Sie haben die Handſchrift der Königin geſehen, wiſſen alſo, wie ſie urtheilt. Aber ich füge noch etwas hinzu. Ungeachtet des bedeutenden Succurſes, der von Bayern her durch dieſen Vertrag in Ausſicht ſteht, iſt doch der Ausgang eines Krieges immer zweifelhaft. Wenn die Waffen der Verbündeten unter dem

Digitized by Google

Kurfürsten einen Nachtheil erlitten: so würde das Parlament dafür die hiesigen Minister angreifen, die zu dem Vertrage mitgewirkt; ja es könnte sich daran eine Opposition wider die Regierung der Königin entwickeln. Stehen Sie also ab von dieser Forderung" [1]).

Als die beiden Minister in London, am 11. September, diese Unterredung hielten, ahnten sie noch nicht, daß der Gegenstand derselben bereits hinfällig war, daß Max Emanuel bereits, wie er selber im März sich ausgedrückt, die Maske abgezogen und sich durch die Ueberrumpelung der Reichsstadt Ulm, am 8. September, als Feind declarirt hatte.

Etwas anders verlief die Sache in der Republik der Niederlande. So schwer auch bereits die Ausgaben waren: so erschienen doch die Vorschläge des Kurfürsten Max Emanuel so vortheilhaft und so sehr geeignet, den Krieg auf einmal zu wenden, daß Heinsius für dieselben eintrat. Demgemäß erging die Vorlage an die einzelnen souveränen Provinzen. Die Antworten kamen ein, durchweg günstig. Am 11. September trat Goes zu Heinsius mit der Bitte nun abzuschließen. „Die Sache hat sich verändert, erwiederte Heinsius. Wir haben aus Brüssel positive Nachrichten, daß der Kurfürst von Bayern abermals mit Frankreich sich verständigt hat. Viele Umstände bestätigen es. Namentlich hat der König von Frankreich vor acht Tagen vor seinem Hofe ausgesprochen, daß für Landau nun bald ein Entsatz in Aussicht stehe" [2]).

In den nächsten Tagen durcheilte die Länder die Nachricht, daß am 8. September der Kurfürst Max Emanuel die Stadt Ulm überrumpelt habe. Aber es folgte sofort die andere, daß am 9. September der römische König Joseph die Capitulation von Landau bewilligt habe.

Die erstere Nachricht erregte namentlich in London große Sensation. Eben noch hatte der Graf Wratislaw sich so nachdrücklich für den Kurfürsten verwendet. Den eigentlichen Plan des letzteren ahnte man noch nicht. Man sah nicht ab, wie es für ihn möglich sein würde, eine Hülfe von Frankreich her zu erlangen, oder den verbündeten

[1]) Wratislaws Bericht vom 12. September.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 15. September.

Digitized by Google

Waffen zu widerstehen. Bei Einigen regte sich daher der Argwohn, daß der Kaiser in den Ueberfall von Ulm connivirt habe [1]).

Die eigenen Worte des Kurfürsten Max Emanuel haben uns dargethan, daß sein Plan, der mit Ulm begann, bezweckte den Todesstreich auf die Macht des Kaisers zu führen. Aber diese volle Tragweite des bayerischen Verrathes überschauten damals nur er selbst, Ludwig XIV. und einige wenige andere Franzosen. Die Meinungen Anderer konnten irre werden an dem Umstande, daß an vielen Orten, wie z. B. in London, die Nachrichten von Ulm und Landau mit derselben Post eintrafen [2]). Es konnte demnach den Minder-Kundigen scheinen, als bestehe zwischen den beiden Ereignissen ein Zusammenhang. Und zwar regte sich jener Verdacht wider den Kaiser nicht bloß in London, sondern auch bei einigen Gesandten protestantischer Reichsstände in Regensburg. So thöricht der Verdacht, es mußte Rücksicht darauf genommen werden. Der kaiserliche Principal-Commissär in Regensburg, Cardinal Lamberg, meldete dem römischen Könige Joseph die Sache. Dieser erwiederte mit der nachdrücklichen Versicherung, daß der abgenöthigte Krieg nicht weniger gegen den inneren Reichsfeind als den äußeren geführt werden solle, und sprach das Vertrauen aus, daß die Reichsstände darin zu ihm stehen würden. Er legte die aufgefangene Correspondenz von bayerischer und französischer Seite bei, vor welcher allerdings jeder Zweifel verstummen mußte [2]).

Eine Wirkung des ersten Ereignisses vom 8. September auf das zweite vom 9. September fand allerdings statt, nur nicht im Interesse des Kurfürsten Max Emanuel' und seines Gönners in Versailles. Betrachten wir ein jedes der zwei Ereignisse für sich.

Max Emanuel hatte die Ueberrumpelung von Ulm seit dem Monate März vorbereitet. In den Berichten über die That wird irgend welches Einverständnis mit Persönlichkeiten in der Stadt nicht sichtbar. Die sieben Compagnien des schwäbischen Kreises, welche sonst zur Besatzung von Ulm dienten, waren zur Rheinarmee eingerückt: die Stadt, deren Berather sich im tiefen Frieden glaubten, war demnach,

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 27. September.

[2]) Das Schreiben vom 21. September im Theatrum Europæum, Bd. XVI, S. 583.

Digitized by Google

bis auf die üblichen Thorwachen, völlig wehrlos. Durch das eine dieſer Thore, das Gänſethor, pflegten jeden Morgen viele Bauern Lebensmittel zum Verkaufe in die Stadt zu bringen. Auf dieſen Umſtand bauete der Oberſt Pechmann, dem Max Emanuel die Leitung der Sache anvertraut, ſeinen Plan. Zeitgenoſſen geben an, daß Pechmann einen beſonderen Haß auf die Stadt gehabt, weil er einmal dort wegen Uebermuthes in der Trunkenheit eine ſtarke Zurechtweiſung erfahren [1]). Die Kriegesliſt des Pechmann beſtand darin, daß er und andere Offiziere ſich als Bauern und Bäuerinnen verkleideten, und in der Morgenfrühe des 8. September am Gänſethor Einlaß begehrten. Eine bewaffnete Macht folgte in einiger Entfernung. Ein dichter Nebel begünſtigte die treuloſe That. Auf die Liſt folgte ſofort die Gewalt. Dennoch ſetzte ſich die Wache, ſo wie die herbei eilenden Bürger zur Wehr. Pechmann und einige Andere von beiden Seiten fielen. Nachdem indeſſen die bayeriſche Mannſchaft ſich in den Beſitz des Thores geſetzt, war ein fernerer Widerſtand nicht möglich. Bürgermeiſter und Rath wichen den Drohungen. Sie hatten nur noch die Zeit ein kurzes Schreiben mit der Bitte um Hülfe durch einen Eilboten an den Markgrafen von Baden zu entſenden. Dann capitulirten ſie am ſelben Tage [2]).

Der Kurfürſt Max Emanuel hatte ſich mit Gefolge und dem franzöſiſchen Geſandten Ricous, um den Ausgang zu erwarten, am Abende vorher nach ſeinem Schloſſe Lichtenberg unfern Augsburg begeben. Er hatte für ſein Unternehmen das Datum des 8. September gewählt, nicht obwohl, ſondern weil es der Tag Mariae Geburt war. Sein weiteres Verhalten entſprach dieſem Beginnen, für deſſen Bezeichnung die menſchliche Sprache kaum einen Ausdruck hat. „Am Morgen des 8. September, ſo berichtet Ricous an Ludwig XIV., beichtete und communicirte er, und ſagte mir, daß er zu Gott recht andächtig um einen günſtigen Erfolg gebetet" [3]). Gegen drei Uhr Nachmittags ritt ein Courier auf den Schloßhof ein. Der Kurfürſt

---

[1]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 704.

[2]) Ausführlicher Bericht an der angegebenen Stelle im Theatrum Europaeum. — Das Schreiben des Rathes bei Röder Bd. I, S. 85.

[3]) Das aufgefangene Schreiben des Ricous im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 714. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

riß ein Fenſter auf, und rief die Frage hinunter, ob alles glücklich abgelaufen. Als der Offizier bejahte, wandte Max Emanuel ſich um und rief den im Saale Anweſenden zu: „Ihr Herren, die Stadt Ulm iſt unſer: meine Leute haben ſich ihrer bemächtigt.“ Bis dahin war die Sache tiefes Geheimnis geblieben. Die Offiziere gaben ihre Freude kund. „Den Miniſtern, meldet Ricous, konnte ich nicht ins Herz ſehen; jedoch bemerkte ich in ihren Geſichtern keinen Ausdruck einer Freude.“

Der Weg für Max Emanuel ſchien gebahnt und völlig offen. Der Graf Arco erhielt Befehl, mit 10.000 Mann auf Hüningen zu marſchiren und dort die Franzoſen aufzunehmen. Ein Hauptmann, Namens Locatelli, ging als Courier ab an Catinat mit der Bitte um 30 Bataillone und 40 Schwadronen. Max Emanuel drängte auf die höchſte Eile, bevor Ludwig von Baden heranmarſchire, um die Verbindung zu hindern. Catinat werde um ſo eher im Stande ſein zu willfahren, da ja nun die Kaiſerlichen die Belagerung von Landau aufgeben würden. So Ricous im Berichte vom 9. September an Ludwig XIV. [1]).

Aber von dieſer Vorausſetzung aus begann eine Reihe von Trugſchlüſſen des Kurfürſten Max Emanuel.

Auch Ludwig XIV. hoffte von der Schilderhebung desſelben zunächſt für ſich die Einſtellung der Belagerung von Landau, und hatte, am 30. Auguſt von Verſailles aus, den Marſchall Catinat angewieſen ſich der Stadt zu nähern.

Allein Landau war nicht mehr zu entſetzen. König Joſeph und der Markgraf Ludwig einigten ſich zu Anfang September dahin, daß der Markgraf bei der Beobachtungs-Armee an der Lauter verblieb, Joſeph dagegen ſich vor Landau begab. Die Annäherung an den Platz ward nachdrücklich fortgeſetzt. Nach dem Mittag des 9. September vernahmen die Belagerer den Trommelſchlag der Chamade. Es erſchienen drei Geiſeln aus der Stadt mit dem Erbieten zur Capitulation. In derſelben Stunde lief bei dem römiſchen Könige die Nachricht von Ulm ein. Er gab ſofort ſeine Reſolutionen auf die verlangten Bedingungen, und berichtete darüber dem Kaiſer mit folgenden

[1]) Im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 714.

Digitized by Google

Worten: „Es hätte zwar mit der Garniſon in einem oder anderen Puncte genauer können capitulirt werden. Weil ich aber nicht de decoro erachtet, mich mit dergleichen Kleinigkeiten lange aufzuhalten, ferner auch erwogen, daß es beſſer ſei mich alsbald der Stadt zu bemächtigen, zumal da gleichzeitig mit dem Verlangen der Capitulation die Nachricht der bayeriſchen Ueberrumpelung von Ulm eingelaufen, und endlich, weil der Feind mit einer anſehnlichen Armee in der Nähe ſtand: ſo habe ich für rathſam erachtet, mich ſo geſchwind wie möglich des Ortes zu verſichern“ [1]).

Am nächſten Tage ward den Belagerern ein Thor eingeräumt, das deutſche genannt. Am 12. September zog die Beſatzung unter dem General Melac aus, noch 2500 Mann ſtark.

„Die franzöſiſche Armee, meldet der König Joſeph weiter am 20. September, hat ſich auf die Uebergabe von Landau in die Wanzenau zurückgezogen, wo ſie ſich noch befindet. Es ſcheint daß der Kurfürſt von Bayern vielleicht nicht die rechte Zeit getroffen und auf die Hoffnung gebaut habe, daß es mit Landau noch nicht ſo weit gekommen.“

In Wirklichkeit indeſſen hatten andere Hinderniſſe ſich entgegen geſtellt. Auf die Kunde der Ueberrumpelung von Ulm hatte ſofort der kaiſerliche Geſandte in der Schweiz, Graf Trautmannsdorf, ſeine ſämmtliche Dienerſchaft, bewehrt und beritten, auf die Schweizer Grenze geſchickt, mit dem Auftrage, etwaige bayeriſche und franzöſiſche Couriere abzufangen. Der Erfolg war ungemein lohnend. Der erſte Gefangene war jener noch vom Schloſſe Lichtenberg aus entſendete Locatelli, der zweite ein franzöſiſcher Cabinets-Courier, dann noch zwei Bayern. Die mündlichen Ausſagen des Locatelli und die bei ihm gefundenen Depeſchen ergaben, daß die Vereinigung am 19. September hätte geſchehen ſollen. Graf Trautmannsdorf ſandte die ſämmtlichen Briefſchaften ins Hauptquartier [2]).

Der Nachtheil für den Kurfürſten Max Emanuel war dreifach. Catinat erfuhr weder den Marſch Arcos auf Hüningen zu, noch die

[1]) Röder Bd. I, S. 89. — Man vgl. dazu Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 710 u. f.

[2]) Theatrum Europaeum, Theil XVI, S. 713. — Schreiben Fürſtenbergs vom 27. September, bei Röder Bd. I, S. 89.

Digitized by Google

Forderung des Kurfürſten dahin ihm die franzöſiſche Mannſchaft entgegen zu ſenden: die Vereinigung alſo der franzöſiſchen Truppen mit den bayeriſchen ſchob ſich in die Ferne. Dagegen lagen nun die Plane des Kurfürſten, oder doch der Beginn derſelben den Kaiſerlichen offen vor. Da endlich weder er von Seiten der Franzoſen, noch dieſe von ihm Genaueres wußten: ſo keimte das Mistrauen empor, namentlich zwiſchen ihm und dem Marſchall Catinat. Man gab demſelben beiderſeitig Ausdruck.

Stärker indeſſen war derjenige des Verdruſſes bei Max Emanuel über das Mislingen des Planes der Vereinigung. Im kaiſerlichen Hauptquartiere ging die Rede, daß er in ſeinem Zorne ein Fenſter eingeſchlagen habe [1]).

Weniger leidenſchaftlich, aber beſſer berechtigt war die Erregung des Kaiſers wider den treuloſen Mann. Leopold ſchrieb an den Markgrafen: „So hoch mich die erwünſchte Eroberung der berühmten Feſtung Landau erfreut, welche ich E. L. vorſichtiger Direction, tapferer Anführung und unausgeſetzt angewandter Fürſorge und Mühe mehrentheils zuſchreibe: ſo heftig verdrießt und bekümmert mich das unvorhergeſehene und frevelmüthige Attentat des Kurfürſten von Bayern wider die Stadt Ulm und die ſämmtlichen verbündeten Reichskreiſe" [2]). Der Kaiſer ahnte die Verbindung des Kurfürſten mit Frankreich, nicht die volle Tragweite derſelben. Denn nur ſo iſt es zu erklären, daß er ſofort in einem Handſchreiben den Kurfürſten „freundlich, vetterlich, gnädiglich, auch väterlich erſuchte und mahnte, daß er ſich und das Vaterland nicht weiter ins Unglück ſtürzen, ſondern den Beſchlüſſen des Reichstages fügen möge" [3]). Max Emanuel erwiederte, daß auf ſeine aufrichtig angebotenen anſehnlichen Vorſchläge nicht die geringſte reelle Erwiederung erfolgt ſei, daß er darum, nicht zu irgend eines Menſchen Offenſion, ſeine eigene Sicherheit und Satisfaction zu ſuchen habe. In dem ganzen Wortſchwalle der Unwahrheit findet ſich als die einzige greifbare Thatſache, daß er eben ſo wie vorher Ulm, nun auch die Reichsſtadt Memmingen wegnehmen wolle.

[1]) So Fürſtenberg a. a. O.

[2]) Röder Bd. I, S. 86. Vom 19. September.

[3]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 716, ſo wie auch die Antwort.

Digitized by Google

Dies war, nach der Lage der Dinge, nicht zu hindern; aber dieſe Attentate des bayeriſchen Kurfürſten auf die Freiheit und das Recht der Schwächeren, ſo wie die weiteren Plane des Verrathes, wie ſie vorlagen in den veröffentlichten Depeſchen der gefangenen Couriere, riefen eine allgemeine Entrüſtung wach, die ihren Ausdruck fand in den Beſchlüſſen des Reichstages in Regensburg. Der franzöſiſche Geſandte Chamois war bereits im Juli in ſcharfer Weiſe von dort und dem Reichsboden hinaus gewieſen. Dennoch hatte die Frage der Kriegserklärung des Reiches an Ludwig XIV. ſich hingezogen: unter dem Eindrucke der Schilderhebung des Kurfürſten Max Emanuel kam ſie zum Abſchluſſe. Die Differenz über die Ryswycker Clauſel wurde durch entgegen kommende Erklärungen von beiden Seiten [1]) einſtweilen beigelegt, und dann, gegen den Proteſt nur der kurbayeriſchen Stimme, der Reichskrieg wider Frankreich beſchloſſen, nicht bloß wegen der Angelegenheit der ſpaniſchen Erbfolge, ſondern auch wegen der zahlreichen Einbrüche Frankreichs in den Ryswycker Friedensſchluß, der Beſetzung der Gebiete von Köln und Lüttich, der gewaltthätigen Wegführung des Domdechanten Mean. Auch der Beſchluß des Reichstages bezeichnet das Teſtament Carls II. als nichtig. Der Kaiſer beſtätigte den Beſchluß am 6. October. Die Kriegeserklärung des Reiches gegen den König von Frankreich und deſſen Helfer ging aus.

Man dürfte nicht ſagen, daß der Kurfürſt Max Emanuel unter den Deutſchen wenigſtens ſeine eigenen bayeriſchen Unterthanen für ſich gehabt habe. Wir haben die Worte vernommen, mit denen der Franzoſe Ricous das Verhalten der bayeriſchen Miniſter auf die Meldung der Einnahme von Ulm gezeichnet hat. Wie die Miniſter keine Freude hatten an dem eigentlichen Vorgehen des Kurfürſten, ſo noch viel weniger die bayeriſchen Landſtände. In einem langen Schreiben an den Kurfürſten malen ſie die Furcht und Sorge aus, die ſich in den letzten Wochen der Gemüther der Unterthanen bemächtigt habe, und bitten ihn lieber fortzufahren in den anfänglichen Intentionen für die Erhaltung des Friedens im römiſchen Reiche [2]). So tief auch immer die Bitte in loyale Worte eingehüllt wird: ſie iſt darum nicht

[1]) Die Erklärungen im Theatrum Europaeum. Bd. XVI, S. 576 und 580.

[2]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 719. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

minder ein moralischer Protest gegen die Plane des Kurfürsten. So am 19. October. Aber gerade der Wortreichthum der ständischen Schrift gab dem Kurfürsten die Gelegenheit, das darin für ihn enthaltene Lob seiner Friedensliebe auch ferner für sich in Anspruch zu nehmen, und den bekümmerten und ängstlich in die Zukunft blickenden Unterthanen zu erwiedern, daß er Ulm und Memmingen sich angeeignet lediglich dem Lande Bayern zum Besten; denn je mehr er dem Feinde entgegen gehe, desto weiter werde die Gefahr von Bayern abgelenkt.

Aufrichtiger als den armen bayerischen Landständen gegenüber, redet Max Emanuel in dem gereizten Briefwechsel, der sich nachher zwischen ihm und Villars über die nicht erfolgte Vereinigung entspann. Der Kurfürst legt zunächst dar, daß seine Macht viel zu schwach, als daß er den Stromlauf der Donau gänzlich habe verlassen dürfen. Ein geringes Corps der kaiserlichen Armee würde sich Bayerns bemächtigen, ihm die Rückkehr in dasselbe versperren können. Dann fährt er fort: „Um ganz offenherzig zu reden, will ich dem Herrn Marschall mein größtes Unglück nicht verbergen, welches Ihnen, als Sie eine nachtheilige Meinung von mir faßten, vielleicht noch ganz unbekannt war. Sie dürfen mir also glauben, daß ohne meine und meiner Truppen Gegenwart ein kleines Corps von Kaiserlichen meine ganze Landmiliz umwerfen würde. Die Geistlichkeit und der Adel, von dessen Mitgliedern ich auch nicht zehn in meiner Armee habe, wünschen nur dies" [1]).

Nach diesen eigenen Worten des Kurfürsten Max Emanuel dürfte seine geworbene Armee als eine eigentlich bayerische kaum betrachtet werden. In jedem Falle würde es ungerecht sein, den bayerischen Volksstamm als solchen mit verantwortlich machen zu wollen für den Vaterlandsverrath des Landesherrn. Der Frevel war sein; aber über das arme Land kam in Folge dieses Frevels das unendliche Leid.

Obwohl der erste Plan der Vereinigung von französischen mit bayerischen Truppen durch das Abfangen der Couriere und demnach die Urkunde auf französischer Seite mislungen war: so lag doch dem

[1]) Röder Bd. I, S. 109 u. f.

Digitized by Google

Könige von Frankreich gar zu viel daran, daß die Vereinigung auch so noch geschähe. Deshalb marschirte der Marquis Villars mit den vom Kurfürsten verlangten 30 Bataillonen und 40 Schwadronen nach Hüningen hinauf. Wie sehr der Kurfürst seinerseits die Vereinigung wünschte, ergibt sich aus seinen Worten, die er in Ehingen niederschrieb: „Kommt es zur Vereinigung, so kann ich dem ganzen Reiche Gesetze vorschreiben. Nichts auf der Welt kann mir angenehmer sein und mir mehr Ruhm erwerben als eben dieses.“ [1]). Allein über Ehingen wagte er sich westwärts nicht hinaus. Der durchschlagende Grund dafür dürfte jener von ihm selber angegebene sein: er wollte sich von Bayern nicht entfernen. Es kam also darauf an, ob Villars wagen würde, von Hüningen aus weiter ostwärts zu dem Kurfürsten zu marschiren.

Es gelang dem Marquis Villars dort, sich des Ortes Neuenburg am rechten Rheinufer zu bemächtigen. Und zwar traf der Vorwurf dafür, gemäß dem Berichte des Markgrafen von Baden an den Kaiser, gerade die eigenen Unterthanen des letzteren im Breisgau, oder richtiger die Obrigkeiten, die, wo alle anderen Reichsstände am Rheine die ihnen auferlegten Arbeiten zur Befestigung ausgeführt, allein darin rückständig waren [2]).

Dort jedoch, nahe dem Schlosse Friedlingen, trat der Markgraf Ludwig von Baden mit ungleich geringerer Macht der überlegenen des Villars von 30 Bataillonen und 40 Schwadronen entgegen, am 14. October 1702.

Die Schlachtberichte beider Feldherren stimmen gar nicht zusammen. Der Bericht des Marquis Villars an Ludwig XIV. meldet einen vollständigen Sieg. Er fügt sogar einige Tage später, am 17. October, noch hinzu: er könne nicht wahrnehmen, daß die feindliche Armee sich in irgend einer Weise wieder formirt habe [3]).

Etwas anders lauten die Aufzeichnungen des Villars in seinen hinterlassenen Papieren. Dort ist die Rede von einem panischen

[1]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 723.

[2]) Röder Bd. I, S. 104. — Man vgl. Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IV, S. 501.

[3]) Pelet t. II, p. 112 et suiv.

Digitized by Google

Schrecken, der unter ſeine Infanterie gefahren ſei, von ſeiner eigenen Gefahr gefangen zu werden. Aber bei alledem hat er geſiegt [1]).

Ganz anders der Markgraf an den Kaiſer. Er meldet, daß in der zweiten Linie ſeiner Cavallerie Confuſion entſtanden, daß in Folge derſelben die ganze Cavallerie ins Ausreißen gekommen, und daß auch die Infanterie habe weichen müſſen. Dann jedoch habe dieſe ſich ermannt und ſich, obwohl die Munition verſchoſſen, mit blanker Waffe auf die feindliche Infanterie geſtürzt und ſie völlig geſchlagen.

Die Abweichung der beiden Berichte gipfelt in den beiden folgenden Sätzen:

Villars ſagt: Cependant le temps qu'il a fallu pour remettre notre infanterie, a sauvé celle des ennemis.

Der Markgraf ſagt: „Viele Offiziere ſammelten ſich mit einigen hundert Pferden, welche ſie mit Mühe zuſammen gebracht, zu mir bei der Infanterie. Weil ſie aber zu ſchwach, ſo habe ich mir nicht getraut, die feindliche Reiterei, welche ungefähr 1000 Schritte davon in der Ebene unbeweglich gehalten, und der Deſtruction ihrer Infanterie zugeſehen, zu attaquiren, und daher, nachdem ich fünf Stunden im Angeſichte ihrer Cavallerie ſtehen geblieben und ſelbe vor mir zurückmarſchiren geſehen, mich begnügen müſſen, mit unſeren und etlichen eroberten feindlichen Stücken, ſo viele ich deren beſpannen und abführen können, auch zurück zu gehen" [2]).

Neuere Ermittelungen haben ergeben, daß die Armee des Villars bei Friedlingen betrug 12.500 Mann Infanterie und 4000 Mann Cavallerie, alſo in Allem 16.500 Mann, diejenige des Markgrafen 9500 Mann Infanterie und 4500 Mann Cavallerie, alſo in Allem 14.000 Mann. Der Verluſt der Kaiſerlichen war ein Fünftel ihrer Zahl, derjenige der Franzoſen ein Sechſtel der ihrigen [3]).

Ludwig XIV. ließ ein Sieges-Tedeum ſingen und ſchickte dem Villars den Marſchallsſtab.

Der Kaiſer dagegen ſchrieb an den Markgrafen: „In Betreff des bei Hüningen den Franzoſen verſetzten Streiches muß ich und

[1]) Mémoires de Villars, t. I, p. 115 et suiv. Man vgl. die Note zu p. 117 dort.

[2]) Röder Bd. I, S. 107.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 508.

Digitized by Google

müſſen alle Verbündete der unermüdeten Wachſamkeit und der ſtandhaften Tapferkeit E. L. den Effect zuerkennen, daß die Linie der von dem Feinde mit Kurbayern bezweckten Vereinigung dadurch unterbrochen worden iſt. Dafür erſtatte ich E. L. den gebührenden Dank" [1]).

In dieſen Worten des Kaiſers liegt der Schwerpunct des Tages von Friedlingen: die Vereinigung der Franzoſen und Bayern war vereitelt.

Es iſt merkwürdig zu ſehen, wie dann die Beiden ſich zu einander verhalten, der Kurfürſt und der neue Marſchall. Der Letztere hat nach Verſailles hin ſeinen Sieg proclamirt: er hält daran auch ferner feſt. Er meldet dem Könige: „Ew. Majeſtät dürfen ſich überzeugt halten, daß derjenige, welcher an der Vereinigung nicht gezweifelt hat, als die Schwierigkeiten beinahe unüberwindlich erſchienen, ſie für ſehr leicht anſieht nach einer gewonnenen Schlacht, es wäre denn, daß der Kurfürſt durchaus keine Neigung dazu beſäße, und daß Allen denen, welche in ſeinem Rathe ſitzen, der Kopf verdreht wäre" [2]). Es war aber ja Niemandem mehr daran gelegen, daß die Vereinigung ſich vollzöge, als dem Kurfürſten. Er ſeinerſeits ſchreibt an Villars: „Auf die Nachricht der Schlacht, die Sie gewonnen, freilich mit Ungewisheit, bin ich bis hier nach Ehingen vorgerückt, und würde weiter marſchirt ſein, wenn nicht alle Nachrichten übereinſtimmend mir gemeldet hätten, daß Sie auf das linke Rheinufer zurückgegangen ſeien" [3]).

Der Gedankenaustauſch geht in dieſer Weiſe fort. Er hat geſchichtlich keinen weiteren Werth, als daß er den Beweis bringt für die Richtigkeit der Anſicht des Kaiſers. Der Kurfürſt wie der neue Marſchall forderten ein Jeder von dem Andern, daß er zu ihm komme, und dabei blieb Jeder von ihnen an ſeinem Orte.

Für die Meinung des Marſchall Villars, die er wiederholt und nachdrücklich nach Verſailles hin kund gab, nämlich daß der Kurfürſt Max Emanuel nicht aufrichtig mit Frankreich handele, könnte nun jedoch eine Thatſache ſprechen, die dem Villars nicht einmal bekannt

---

[1]) Röder Bd. I, S. 114.
[2]) Pelet t. II, p. 414.
[3]) Röder Bd. I, S. 110.

Digitized by Google

war. Noch vor dem Treffen von Friedlingen hatte Max Emanuel durch ein eigenhändiges Schreiben an den Cardinal Lamberg wieder mit dem Kaiſer anzuknüpfen geſucht [1]). Er ſtellte ſich und ſein Heer unter gewiſſen Bedingungen dem Kaiſer zur Verfügung, verlangte dagegen, daß bis zum Entſchluſſe des Kaiſers nicht ein Angriff auf ihn erfolge, ſondern nur gegen Villars gerichtet werde.

Die Forderung, die Feindſeligkeiten gegen Bayern einſtweilen einzuſtellen, barg in ſich die andere, daß die kaiſerliche Armee die von Max Emanuel unrechtmäßig eingenommenen Städte preis geben ſolle. Der römiſche König Joſeph lehnte ab.

Aber es fragte ſich, ob das Erbieten des Kurfürſten ernſtlich gemeint war. Der Kaiſer und ſeine Räthe hatten daran geringen Glauben. Vielmehr erwogen ſie die furchtbare Gefahr dieſer Erhebung. Der Kaiſer beauftragte ſeine Geſandten im Haag und London in dieſem Sinne zu reden. Da der Krieg in Italien auf ihm allein laſte, derjenige am Oberrhein auf ihm und den beiden Kreiſen Schwaben und Franken: ſo ſei er der feindlichen Macht, die hier 50.000 Mann betrage, nicht gewachſen, und müſſe Hülfe verlangen [2]).

Die Republik Holland hatte, gleich in ihrer erſten Antwort auf die Meldung des Markgrafen über das bayeriſche Attentat, die Abwehr als eine gemeinſame Sache anerkannt [3]) und ſich bereit erklärt thunlichſt beizutragen. Um vorher über den Stand der Dinge genaue Kunde einzuziehen, ſandte ſie den General Dopf zu dem Markgrafen. Der Kaiſer drängte nun, daß gemäß dem Berichte desſelben eine Hülfe hinauf geſendet werden möge. Die Sache müſſe noch in dem Winter erledigt werden.

Andererſeits aber kam das letzte Erbieten des Kurfürſten vom October, wie in Wien, ſo auch im Haag und London zur Erwägung. Im Haag erklärte namentlich auch Marlborough, daß die bayeriſche Sache in dieſem Winter abgethan werden müſſe, entweder mit Gewalt

[1]) Das Schreiben Lambergs vom 10. October in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 497.

[2]) Kaiſerliches Reſcript vom 15. November.

[3]) Schreiben der Generalſtaaten an den Markgrafen, vom 17. October, bei Röder Bd. I, S. 103: Wy zien hetzelve aan als eene gemeene zake.

Digitized by

oder durch Güte. Der letztere Weg sei vorzuziehen [1]). Wesentlich dieselbe Ansicht sprach auch Ludwig von Baden dem römischen Könige aus. Er meinte, daß man dem Kurfürsten Belgien bieten müsse [2]). Die Willigkeit für Max Emanuel etwas zu zahlen, die sich schon früher in London und im Haag kund gegeben, war auch ferner vorhanden. Heinsius indessen stimmte der Ansicht Marlboroughs nur mit starker Beschränkung bei. „Ich kenne den Kurfürsten Max Emanuel, sagte er zu Goes, und bitte daher den Kaiser zu ersuchen, daß er mit ihm nicht anders verhandelt als mit dem Degen in der Faust" [3]).

Nach der Rückkehr Marlboroughs nach England erfolgte von dort aus, im December, eine erneute Mahnung der Königin an die Republik, daß man trachten möge die bayerische Sache gütlich beizulegen. In der Republik jedoch schlug die Ansicht des Rathspensionärs durch. „Wir haben nach London hin erwiedert, sagte er zu Goes, daß man gedenken müsse zu operiren, nicht zu tractiren." Er erneuerte seine Mahnung: der Kaiser möge auf keinen Vergleich eingehen, als welcher den Kurfürsten außer Stande setze ihm zu schaden. Denn er kenne die weitaussehenden Anschläge dieses Herrn [4]).

Allein woher die Mittel zu einem nachdrücklichen Verfahren wider Max Emanuel? Die Königin Anna hielt fest an dem Wunsche eines gütlichen Ausgleiches mit Bayern, ja sie machte diesen Ausgleich zur Bedingung für die in Wien dringend gewünschte Absendung einer Flotte in das Mittelmeer [5]). In der Republik waren Viele geneigt zur Absendung von 14.000 Mann an die Mosel, mit der Vollmacht dem Markgrafen im Nothfalle die Hand zu bieten. Aber die hauptsächliche Stimme in dieser Sache hatte der Graf Athlone. „Er ist ein guter, ehrlicher Mann, meldet Goes, aber nur gar zu gut. Er selber geht mit seinen Gedanken nicht weit, und läßt sich daher durch Andere führen, welche das höchste Staatswohl setzen in die Erhaltung des eigenen Restes. Daher und weil er als Feldmarschall das vornehmste Votum hat, ist mit weit entlegenen Unternehmungen schwer

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. November.
[2]) Röder Bd. I, S. 99 u. f.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 21. November.
[4]) Desgleichen vom 29. November.
[5]) Wratislaws Bericht vom 22. December.

Digitized by Google

fortzukommen, namentlich bei dem jetzigen Stande der Republik, wo jede Provinz und jede Stadt ſouverän, und eine jede in ſich ſelber wichtige Beſchlüſſe faßt nach der Mehrheit der Stimmen" [1]).

Die Seemächte wünſchten alſo wie der Kaiſer, daß die bayeriſche Sache in dem Winter zu Ende gebracht würde, entweder in Güte oder mit Gewalt. Aber weder von England, noch von Holland geſchah etwas Nachdrückliches. Der Kaiſer hatte ihre Hülfe angerufen, weil er allein es nicht vermochte. Selbſt aber auch, wenn die Zahl ſeiner Truppen ausgereicht hätte, ſo erforderte der Zuſtand derſelben für den Winter Ruhe und Schonung. Dieſen Zuſtand ſchildert der Markgraf von Baden, am 15. December, in düſteren Farben [2]).

„Meine Pflicht und Schuldigkeit, ſchreibt er, verbindet mich Ew. K. Majeſtät zu ſagen, daß die Regimenter den ganzen Feldzug in ſolcher Armuth geſtanden, daß viele Soldaten dadurch zum Durchgehen bewogen worden, alle aber nur mit größter Noth und beſtändigen Klagen ſich durchgebracht haben. Es iſt daher zu beſorgen, daß, wenn man nicht bedacht ſein wird, eine beſſere Bezahlung der Truppen einzurichten, die Armee, ehe man ſich deſſen vermuthet, völlig zu Grunde gehen dürfte. Beſonders ſind die Huſſaren durchgehends in ſolcher Armuth und ſo ſchlechtem Stande, daß ſie unmöglich in der Disciplin erhalten werden können. Ja es iſt ſogar zu beſorgen, daß ſie einmal mit einander durchgehen, wie ſie denn wirklich ſchon zu zehn und zwanzig entlaufen. Ferner iſt die Infanterie, beſonders die Regimenter, die ſich ſchon früher hier befanden, in ſo traurigem Zuſtande, daß ich unmöglich es ſo ſchlimm beſchreiben kann, wie es in Wirklichkeit iſt. Ew. K. Majeſtät können ſich verſichert halten, daß die meiſten Offiziere alles hergeben, bis auf den letzten Heller, um die Soldaten zu erhalten. Aber auch mit ihnen iſt es dahin gekommen, daß ſie nicht vermögen noch etwas zu thun, ſo daß ſie außer Brot und Waſſer nicht das Geringſte zu leben haben. Desgleichen ſind in den Feſtungen die Anſtalten für die Infanterie ſo ſchlecht, daß die wenigſten Soldaten Betten haben, viele nicht einmal Stroh, ferner daß ſie, bei ihrer zerriſſenen und zerlumpten Montur, auch den höchſten Mangel an Holz

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 28. November.
[2]) Röder Bd. I, S. 119.

Digitized by Google

leiden, sowohl etwas zu kochen, als sich gegen die Kälte zu schützen. Ich habe für mein Regiment in Breisach für mein eigenes Geld Holz kaufen wollen, es aber nicht bekommen können, und muß also sehen, daß mein Regiment mit den anderen liederlich zu Grunde geht."

„Ich darf endlich nicht unerwähnt lassen, daß wir Kaiserliche zu Fuß uns vor den Verbündeten schämen müssen, mit so schlechtem, ungleichem, unbrauchbarem Obergewehr zu erscheinen. Keine Landmiliz hat es so schlecht. Die beste Art es zu gebrauchen ist noch die, daß wir die Musketen umkehren, und, ohne zu schießen, mit dem Kolben drein schlagen. Ich bitte also, daß, wenn wir in übelem Stande und zerrissener Kleidung wider den Feind gehen sollen, uns wenigstens ein solches Obergewehr verschafft werde, welches wir zu seinem Zwecke gebrauchen können."

Die traurige Klage ist die Wiederholung dessen, was wir so oft schon unter dem Kaiser Leopold vernommen. Weil seine Hand allzu selten strafend auf diejenigen niederfuhr, welche in der Verwaltung seiner Mittel ihn betrogen: so litten seine Soldaten Kummer und Noth.

Um so eher aber erklärt dieser Zustand des Heeres, daß in dem Winter 1702 nichts wider den Kurfürsten von Bayern unternommen wurde.

Und dies allein scheint auch für ihn der Zweck seines neuen Spieles vom October 1702 an gewesen zu sein. Seine Meldung an Villars, daß er, wenn die Vereinigung gelinge, Herr und Meister in Deutschland sein werde, ist um vier Wochen später als jener Antrag an den Cardinal Lamberg, welcher im November und December in Wien, im Haag, in London berathen wurde. Jedenfalls aber wollte Max Emanuel die eine der beiden Parteien betrügen. Auch war der Hof in Versailles nicht ohne Besorgnis, daß der letzte Betrug ihm gelten werde, daß man, wie der Ausdruck lautete, den Wolf nur bei den Ohren halte [1]). Um so regelmäßiger wurden die 100.000 Thaler monatlich diesem Bundesgenossen gezahlt, auf die Gefahr hin, daß Max Emanuel, nachdem er für diese Subsidien den Winter hindurch

[1]) Dangeau t. IX, p. 99. — Bericht des Schweden Palmquist vom 12. November in den Robethon-Papieren des St. A. H.: Cependant on n'ose les lui retenir, puisque en ce cas on le perdrait indubitablement.

Digitized by Google

ſein Heer erhalten, im Frühling umſchlagen werde. Jedoch iſt nach den Aeußerungen des Kurfürſten Max Emanuel vom März 1702, nach den verwegenen Entwürfen, mit welchen er demgemäß ſich trug, mit Fug und Grund anzunehmen, daß derjenige Theil, den er betrügen wollte, niemals der König von Frankreich war, daß er vielmehr nur Zeit gewinnen wollte, um im Jahre 1703 zu vollbringen, was im September 1702 ihm nicht nach Wunſch gelungen war.

Das Erbieten des Kurfürſten Max Emanuel im Auguſt 1702, mit ſeinen Truppen nach Italien zu gehen, läßt erſehen, daß nach ſeiner Anſicht die Dinge dort für den Kaiſer nicht glücklich ſtanden. Wir haben den Verlauf zu überblicken ſeit dem Tage von Cremona, wo der Prinz Eugen zwar die Stadt nicht behalten konnte, dagegen den Marſchall Villeroy gefangen mit fortführte.

Die letzte Rede des Königs Wilhelm III. an Wratislaw, vom 2. März 1702, hat uns gezeigt, wie wenig der König mit dem Plane einverſtanden war, daß der Prinz Eugen ein Detachement von 12.000 Mann nach Neapel entſende. Der Kaiſer ging dabei von dem Gedanken aus, daß er und ſein Sohn Carl den Neapolitanern verſprochen, ihre Stadt zur Reſidenz des letzteren als Königs zu erwählen (Band IX, S. 348). Es iſt wichtig hinzuweiſen auf dies Verſprechen und auf die Geſinnung, aus welcher es entkeimte, weil der ſpätere Verlauf der Dinge ſich ganz anders geſtaltete. Wir können demnach ſchon hier ſagen, daß die ſpätere Aenderung nicht von Seiten des Kaiſers kam, nicht ſeiner urſprünglichen Neigung entſprach.

Um jedoch Neapel, bei aller günſtigen Geſinnung der Bewohner, mit Sicherheit zu erlangen, bedurfte man einer bewaffneten Macht von 12.000 Mann. Und dieſe konnte, auch wenn die gewichtigen Einwände des Königs Wilhelm zu Anfang März nicht erfolgt wären, der Prinz Eugen von ſeiner Armee nicht hergeben. Er gebraucht in einem Schreiben an den Pater Biſchoff in Wien den ſcharfen Ausdruck: „Wenn ich ein Verräther wäre und mit Vorſatz das bereits hier Erlangte wieder aufs Spiel ſetzen wollte: ſo würde auch ich dafür ſein, das Detachement nach Neapel gleich jetzt abzuſchicken, bevor

Digitized by Google

ich eine Verstärkung empfangen. Es bliebe mir dann hier eine Armee von 18.000 abgematteten, zerrissenen, unbefriedigten Soldaten, gegen welche der Feind, wenn er die Spanier und Piemontesen an sich zieht, noch in diesem Monate März an 80.000 Mann regelmäßiger Truppen in gutem Stande zusammen bringen kann" [1]).

Und von hier aus eröffnet sich uns der Einblick in eine lange Reihe schmerzlicher Klagen des Prinzen Eugen. Diejenigen über den Zustand seines Heeres den Winter hindurch entsprechen wesentlich denen, die wir von dem Markgrafen Ludwig von Baden über seine Truppen vernommen. Aber nun kam die Zeit des neuen Feldzuges heran. Der Prinz meldete unabläßig nach Wien die Verstärkungen, die der Feind erhielt, und bat an jedem Posttage flehend und dringend um Nachschub auch für ihn.

Der Nachschub blieb lange aus, und was endlich verheißen wurde, war weit unter den Erwartungen [2]).

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß zwei wichtige Unterstützungen, auf die der Kaiser für den Prinzen Eugen gerechnet, ihm entgingen, und daß die Gewisheit dieses Entgehens kund wurde erst bei bereits vorgerückter Jahreszeit. Die eine betraf die Sendung einer englisch-holländischen Flotte in das Mittelmeer, die andere ein Corps sächsischer Hülfstruppen.

Der König Wilhelm III. hatte sich der Sendung einer Flotte, auch sogar mit Landungstruppen in das Mittelmeer nicht abgeneigt bewiesen. Demgemäß ließ der Kaiser auch nach dem Tode Wilhelms III. im Haag und in London auf die Ausführung dieses Planes dringen. Wratislaw und Goes fanden indessen nicht mehr die frühere Geneigtheit. Man entzog sich ihren Anfragen. So dauerte es hin bis in den Monat Mai. Erst am 9. Mai eröffnete Marlborough dem Grafen Wratislaw: die Sendung einer Flotte nach Neapel sei definitiv abgeschlagen. Man habe einen anderen Plan entworfen, über den er sich jedoch nicht aussprechen dürfe [3]). Der neue Plan war, wie sich nachher ergeben wird, gerichtet gegen Cadix in Spanien.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 72. Vom 18. März.

[2]) A. a. O. S. 113. Vom 1. Mai.

[3]) Wratislaws Bericht vom 9. Mai.

Digitized by Google

Der Kaiſer verhehlte nicht ſeinen Unmuth über das lange Hinhalten und den endlichen Abſchlag. Er ließ durch Goes und Wratislaw im Haag und in London erwiedern, daß ihm die Nicht-Abſendung einer Flotte nach dem Mittelmeere, auf die er habe hoffen dürfen, tief und ſchwer zu Gemüthe gehe [1]).

Zu dem Ausfalle dieſer Hülfe für den Prinzen Eugen kam der andere. Der Kaiſer hatte rechtzeitig mit Auguſt II. von Sachſen-Polen über die Stellung eines Hülfscorps von 8000 Mann Sachſen abgeſchloſſen. Sie waren beſtimmt für die Armee in Italien. Aber wir haben geſehen, daß gegenüber dem Anſturme Carls XII. von Schweden Auguſt II. dieſe Truppen nicht abſandte, ſondern ſie nach Polen zog, wo ſie bei Cliſſow mit geſchlagen wurden.

Aber es iſt bemerkenswerth, daß der Prinz Eugen erſt drei Tage vor der Schlacht von Cliſſow, am 17. Juli, und zwar nicht aus Wien, ſondern von anderer Seite her die Nachricht erhielt, daß die 8000 Sachſen nicht zu ihm nach Italien kommen würden [2]). Dieſe Thatſache allein ſchon beweiſt, daß im Hofkriegsrathe in Wien nicht der erforderliche Eifer für den Prinzen vorhanden war.

Die Klage darüber geht durch alle Meldungen des Prinzen Eugen vom Jahre 1702. Ja man darf ſagen, daß ſeine Meldungen weſentlich in Klagen beſtehen, und zwar in ſolchen, die nicht einen Glauben an den guten Willen des Hofkriegsrathes bekunden. Er wiſſe, ſagt er, daß man in Wien ſeine Unternehmungen als Kroatenritte bezeichne. „Der Hofkriegsrath, ſagt er, hat mir eine Lection von leeren Speculationen gehalten, durch welche ich lernen ſollte, wie mich zu defendiren.“ Dieſe Erfahrung, fügt der Prinz hinzu, ſteife ihn in der ſchon früher gehegten Anſicht, daß der Kaiſer ſeine Berichte nicht leſe [3]).

Die Aeußerung iſt ſehr beachtenswerth. Indem der Prinz aus der Thatſache, daß vom Hofkriegsrathe aus an ihn irgend eine Mahnung über ſeine Kriegführung ergeht, den Glauben faßt oder beſtärkt wird in dem Glauben, daß der Kaiſer ſeine Berichte nicht leſe, ergibt ſich, daß eine Mahnung ſolcher Art etwas Ungewöhnliches war, ein

[1]) Kaiſerliches Reſcript vom 25. Mai.
[2]) Bericht an den Kaiſer vom 17. Juli, in dem vorgenannten Werke S. 179.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 109.

Uebergriff, den er als Feldherr sich nicht gefallen lassen wollte. Die Aeußerung ist daher eine directe Widerlegung der später aufgebrachten Tradition, daß die Operationen der kaiserlichen Feldherren abhingen von den Dispositionen des Hofkriegsrathes. Wir haben bei dem Markgrafen Ludwig von Baden eben dieselbe Erfahrung gemacht: die kaiserlichen Feldherren handelten durchaus unabhängig, im geraden Gegensatze zu den französischen Marschällen, wie Villeroy, Catinat, Boufflers, denen der König im Vereine mit Chamillart von Versailles nicht bloß allgemeine Vorschriften gab, sondern bestimmte Befehle über die einzunehmenden Stellungen im fremden Lande, und mehr als einmal Befehle, die sich als unausführbar erwiesen.

Insofern also stand der Prinz Eugen als Heerführer ungleich freier. Die Hemmnisse, die der Hofkriegsrath ihm in den Weg legte, waren anderer Art: es war der Mangel des Nachschubes an Soldaten und Kriegsmitteln. Der Verdacht des Prinzen Eugen, daß seine Berichte dem Kaiser nicht zu Gesichte kämen, führte ihn dahin, daß er in demselben Schreiben vom 24. April einem Mitgliede des Hofkriegsrathes, Namens Locher, ankündigte: er werde nach Wien gehen, um persönlich und mündlich dem Kaiser die Sachlage vorzustellen [1]). Inzwischen jedoch traf der Kaiser andere Verfügungen. Denn bereits acht Tage später, am 1. Mai, ersehen wir aus den eigenen Worten des Prinzen wiederum an denselben Locher, daß ein ausdrücklicher Befehl des Kaisers die Fortsetzung der angefangenen Privat-Correspondenz mit Locher verlange, und zwar ohne Unterbrechung [2]). Angenommen also auch, daß der Präsident des Hofkriegsrathes die Berichte des Prinzen nicht regelmäßig an den Kaiser abgegeben hätte: so war doch Leopold durch Locher und Andere von der Sachlage unterrichtet.

Der Präsident des Hofkriegsrathes war der Graf Mannsfeld. Der Prinz wußte, daß man ihn der Leidenschaftlichkeit gegen denselben beschuldige, und verantwortete sich bei seinen Freunden gelegentlich darüber in einer Weise, welche darthut, daß er sich von Mannsfeld gekränkt fühlte [3]). Die mangelhaften Antworten auf alle seine Fragen

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 110.
[2]) A. a. O. S. 116. Vom 1. Mai.
[3]) A. a. O. S. 171.

Digitized by Google

und Klagen zeugen allerdings nicht für eine willfährige Geſinnung des Präſidenten, noch für irgend welchen Eifer. Der Prinz meldet am 11. April, daß er noch von dem vorigen Feldzuge her eine Quantität aufgefangener, in Chiffern geſetzter Briefe bewahre, daß er vor Monaten ſchon angefragt, an wen er ſie zum Zwecke der Auflöſung zu ſchicken habe, aber keine Antwort erhalte [1]).

Allein der Kern der Sache iſt, ob man den Präſidenten Mannsfeld oder den Hofkriegsrath überhaupt verantwortlich machen dürfe für den Mangel an Nachſchub. Dieſe Frage ſcheint verneint werden zu müſſen. Denn da der Kaiſer nicht bloß auf den Hofkriegsrath angewieſen war, da er durch die zahlreichen Correſpondenten des Prinzen Eugen, geiſtliche und weltliche, den Stand der Dinge eben ſo wohl erfuhr, wie aus den officiellen Berichten; da andererſeits dem Kaiſer gerade der italieniſche Krieg ganz beſonders am Herzen lag: ſo bleibt keine andere Annahme übrig, als daß die Mittel, welche der Prinz Eugen verlangte, nicht vorhanden waren, daß man ſie, auch mit gutem Willen, ſeinem Wunſche gemäß nicht beſchaffen konnte.

Demgemäß aber wurde die Lage der Dinge für den Prinzen Eugen mit jedem Tage bedenklicher. Wir haben ſie zu Ende Mai und Anfang Juni zu vernehmen mit ſeinen eigenen Worten aus dem Lager von Curtatone [2]).

„Die Nothwendigkeit des Nachſchubes ſteigt von Stunde zu Stunde. Denn ich kann ſo nicht mehr fort und würde gezwungen ſein, mit dem Ende des Feldzuges auch meinen Dienſt niederzulegen. Es würde mir nicht länger möglich ſein, den Kummer zu ertragen, daß ich Tag und Nacht der Sorge und Gefahr ausgeſetzt bin, dem Kaiſer, nebſt der Reputation ſeiner Waffen, auch Krone und Scepter, Armee, Land und Leute zu verlieren.“

„Ich melde nichts von meiner eigenen Ehre. Denn ich würde ſie und meinen letzten Blutstropfen gar gern und mit Freuden zum Opfer bringen, wenn ich dadurch dem Dienſte und Intereſſe des Kaiſers auch nur im geringſten nützen könnte. Allein, wenn die Dinge

[1]) A. a. O. S. 91.

[2]) A. a. O. S. 143. Ich ziehe die Berichte vom 29. Mai bis 2. Juni zuſammen.

Digitized by Google

gehen wie bisher, und nicht Jemand kommt, der bei Hofe sich der Militärsache mit Eifer annimmt: so muß unfehlbar alles zusammenstürzen. Bereits habe ich hier eine Anzahl Posten verloren, und es ist somit ein Theil dessen eingetreten, was ich seit so vielen Monaten bis auf diese Stunde mit Verwendung von ganzen Ries Papier geschrieben, geschrieen und protestirt habe."

„Der Feind hat alle Plätze, Magazine und andere Vortheile im Rücken. Er hat an Franzosen allein 60.000 Mann, an Spaniern und Piemontesen 15.000. Dazu wird der Herzog von Anjou mit seinem Corps von Neapel her ehestens erwartet. Wenn ich dagegen meinerseits alles zusammen rechne, so habe ich kaum 40.000; denn die bisher angelangten Truppen betragen kaum 5000 Mann. Dazu habe ich keinen festen Platz, kein sicheres Magazin, kein Geld. Aber ich habe ringsherum, links und rechts, außer Modena, Guastalla und Mirandola, heimliche und öffentliche Feinde."

„Das größte Glück zur Zeit für mich ist, daß ich hier einen Posten gefunden, in welchem ich vom Feinde nichts zu fürchten, dagegen über den Po die Communication mit den Erblanden frei habe. Aber ich muß wissen, wie ich daran bin, ob ich denn endlich noch eine Verstärkung zu erwarten habe, um danach meine Maßregeln zu treffen. Ist es denn jemals erhört, daß man mich als commandirenden General hier über ein Vierteljahr ohne positive Nachricht stecken läßt, zu des Kaisers höchstem Undienst, mit der größten Gefahr, unverantwortlicher Weise?"

So der Prinz Eugen im Beginne des Monats Juni. Dem Wesen nach blieb der Stand der Dinge derselbe noch für viele Wochen hindurch.

Es drängt sich daher die Frage heran, weshalb von französischer Seite dieses günstigere Verhältnis gegenüber dem Prinzen Eugen nicht besser ausgenutzt wurde.

Ludwig XIV. hatte anstatt des gefangenen Marschalls Villeroy sofort den Marschall Vendome nach Italien gesendet. Er traf im Hauptquartiere ein bereits am 18. Februar. Er war ein Vetter des Prinzen Eugen, ihre Mütter Schwestern, Nichten des Cardinals Mazarin. Die kriegerische Befähigung Vendomes ist von französischer Seite oft hervorgehoben, namentlich über diejenige des Villeroy gesetzt worden.

Digitized by Google

Ueberlaſſen wir die allgemeinen Urtheile ſolcher Art ihren Urhebern, und halten uns an die Thatſachen und an die Anſichten eines competenten Richters, des Prinzen Eugen.

Wenige Tage nach ſeiner Ankunft erſtattete Vendome einen Bericht, in welchem er es für hochwichtig erklärte etwas zu unternehmen und dem Feinde entgegen zu rücken. Wenn dann dieſer ſeine Stellung aufgebe, wie im franzöſiſchen Kriegsrathe angenommen werde: ſo ſei die Aufgabe leicht: man habe nur ihn zu verfolgen. Allein wenn er Stand halte, ſo ſei es die Frage, ob ſchlagen, ob nicht. Sich zurückzuziehen, nachdem man dem Feinde zu Geſichte gekommen, entſpreche nicht dem Ruhme der königlichen Waffen. Beſſer ſei es in dieſem Falle die Unternehmung nicht zu beginnen. Er erwarte den poſitiven Befehl des Königs, ob in jenem Falle ſchlagen, ob nicht [1]).

Wir ſehen demnach, daß Vendome, ſei es aus Ueberzeugung von der höheren Einſicht Ludwigs XIV., was kaum denkbar, ſei es aus der Vorſicht im Falle eines übelen Ausganges gedeckt zu ſein, gar nicht einmal ſelbſtändig handeln wollte.

Dem Könige dagegen war noch in friſcher Erinnerung, was erſt einige Monate zuvor, im September 1704, ſein ſtricter Befehl an Villeroy bei Chiari nach ſich gezogen. Und es war ja doch derſelbe Prinz Eugen, der auch mit geringeren Kräften die Gegner zu ſchlagen pflegte. Der König war daher dies Mal auf ſeiner Hut.

„Sie fragen mich, erwiederte er, um einen beſtimmten Befehl zum Schlagen, falls der Feind Ihnen Stand hält. Aber ich vermag nicht einen entſcheidenden Befehl für die Angelegenheiten in Italien zu geben, wie ich in Betreff derjenigen in Belgien es könnte. Sie müſſen einen Theil der Verantwortlichkeit deſſen, was Sie thun, auf ſich nehmen. Ich habe Sie zum Führer meiner Armee dort gewählt wegen des Vertrauens, das ich auf Grund Ihrer Erfahrung in Sie ſetze. Denn gemäß derſelben darf ich mich überzeugt halten, daß Sie nichts zur Unzeit unternehmen, und immer ſich ſicher halten. Sie haben daher, ausgenommen wenn ich Ihnen genaue Befehle zugehen laſſe, ſich durch nichts behindern zu laſſen Ihrer eigenen Einſicht zu folgen.“ Dann aber erörtert Ludwig XIV., daß jener Plan des

[1]) Pelet t. II, p. 178. Vom 25. Februar.

Digitized by Google

Vorrückens, welchen Vendome vorschlage, ihn von dem Hauptzwecke entferne, nämlich dem Schutze Mantuas. Er schließt mit den Worten: „Die Bewahrung Mantuas ist von solcher Wichtigkeit, daß der Commandant Tessé dafür alles wagen und bis zum Aeußersten sich halten muß. Das ist mein Befehl an ihn" [1]).

Der letzte Theil des königlichen Schreibens läßt erkennen, daß er den Vorschlag Vendomes, auf den Prinzen Eugen anzurücken, nicht gut hieß. Nicht anders auch verstand es Vendome. Er unterließ jene Unternehmung. Er ging nicht offensiv vor, weder im März, noch nachher. Die überlegene französische Macht hielt sich der schwächeren des Prinzen Eugen gegenüber in der Defensive.

Und über diesen Stand der Dinge haben wir das Urtheil des competenten Richters zu vernehmen, des Prinzen Eugen. Vom Anfange April an schildert er seine Lage mit den Worten: „Ich bin thatsächlich der Discretion des Feindes exponirt und kann ihn nicht hindern zu thun, was er thun sollte und mittelst seiner Macht thun könnte, nämlich von beiden Seiten mit gesammtem Schwalle auf mich loszudringen." Der Prinz wiederholt dies noch stärker einige Zeit später. „Hätte der Feind, wie er sollte und konnte, noch im März seine Operationen angefangen: so weiß ich nicht, wie es um die Dinge hier stehen würde, wie ich hätte Widerstand leisten, wohin zu meiner Rettung mich wenden können. Es ist also, wie ich wiederholt gemeldet, unser großes Glück, daß uns der Feind so lange Zeit und Luft gelassen" [2]).

Der Prinz Eugen ward sich darüber nicht klar, daß er, obwohl man von Wien aus ihm nicht genügenden Nachschub sandte, dennoch eine Verstärkung besaß, gewichtig, wirksam. Diese Verstärkung war seine Person, sein Name. Die Wirkung seines Namens hat sich uns gezeigt in dem Schriftwechsel Vendomes und des Königs. Vendome wollte nicht schlagen ohne Befehl, und Ludwig XIV. wollte den Befehl nicht geben, der Eine wie der Andere aus der Furcht geschlagen zu werden. Und darum unterließ Vendome die Offensive, die er, wie der Prinz Eugen schreibt, hätte ergreifen können und sollen. Das

---

[1]) Pelet t. II, p. 182.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 94 und 113.

Digitized by Google

iſt für lange Monate die Charakteriſtik des Feldzuges von 1702 in Italien.

In dieſem Stande blieben die Dinge bis nach der Ankunft Philipps V. im Hauptquartiere Vendomes, im Juli 1702. Wir haben alſo zunächſt dem jungen Könige auf ſeiner Fahrt zu folgen.

Der Plan der Reiſe ſtand zwiſchen ihm und ſeinem Großvater ſchon im Jahre 1701 längſt feſt. Wir haben vernommen, daß nach der Krankheit Philipps V. auch Marie Louiſe keinen Einſpruch mehr erhob. Aber ſie gab ihren Willen kund die Reiſe mitzumachen [1]). Für längere Zeit war dies wie eine beſchloſſene Sache. Ludwig XIV. ſtimmte noch in einem Schreiben vom 23. Januar 1702 dieſem Plane bei, und ſtellte vier Linienſchiffe von Toulon zur Verfügung [2]). Allein dann erhob er Bedenken gegen das Mitnehmen der Königin. Das junge Paar kämpfte dagegen. Ludwig XIV. beſtand. Im Beginne des Monates März entwickelte er in einem ausführlichen Schreiben eine lange Reihe von Gründen, weshalb die Königin in Spanien bleiben müſſe. Der hauptſächliche darunter iſt die, wie er ſagt, allgemeine Annahme in Madrid, daß die Reiſe des königlichen Paares den Entſchluß ankündigen würde, Spanien dem Hauſe Oeſterreich zu überlaſſen [3]).

Philipp V. fügte ſich dem Befehle des Großvaters, und Louville ſchrieb für ihn an Ludwig XIV. den betreffenden Brief in der üblichen Redeweiſe der Franzoſen jener Zeit. „Es gibt kein Vergnügen, ſagt darin Louville-Philipp V., welches ich nicht willig demjenigen opferte, die Deutſchen aus Italien zu jagen. Denn das iſt die Sache, die allein mich beſchäftigt und völlig in Anſpruch nimmt“ [4]).

Eben jenen Grund, welchen Ludwig XIV. wider die Mitnahme der Königin geltend machte, hielten Portocarrero und ſeine Partei der Reiſe überhaupt entgegen. Um dieſe abzuwenden, ließ der Cardinal

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 220.

[2]) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 81. — Man vgl. dazu Louville t. I, p. 227. — Dangeau t. VIII, p. 298.

[3]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 84.

[4]) A. a. O. p. 90.

Digitized by Google

die Mittel zum Unterhalte des Hofes in Barcelona nur spärlich verabreichen [1]). Indessen der Gehorsam für den Befehl Ludwigs XIV. gab dem Könige Philipp V. zugleich den festen Stützpunct gegen die Partei Portocarrero. In einem Schreiben an den Cardinal erklärte er, daß er, um den Wünschen der Spanier zu genügen, die Königin in Spanien belassen und nach Madrid zurücksenden wolle. Er forderte regelmäßige Zahlung dessen, was sein Hof bedürfe, und verbat sich jeglichen ferneren Einwand wider seine Reise [2]).

Die Junta der Regentschaft bestand, unter dem Vorsitze der Königin, aus dem Cardinal Portocarrero, Don Manuel d'Arias, dem Marquis Villafranca, den Herzögen Montalto und Medina-Celi. Wichtiger indessen als eine dieser Persönlichkeiten wurde nach und nach die Obersthofmeisterin, die Prinzessin Orsini. Wir haben aus ihren Worten vernommen, mit welcher Absicht sie nach Spanien gekommen war.

Eine andere Persönlichkeit, die ihrem Range gemäß eine Berücksichtigung erwarten durfte, war der Graf Melgar, Admiral von Castilien. Der Cardinal Portocarrero gab den Franzosen einen neuen Beweis seines beschränkten Blickes, indem er öffentlich aussprach den Admiral ganz für seine Ansichten gewonnen zu haben. Die Franzosen in der Umgebung Philipps V., von Versailles her über die früheren Wandlungen des Admirals besser unterrichtet, riethen ihn unschädlich zu machen durch die Uebertragung der spanischen Botschaft in Paris. Demgemäß ernannte Philipp V. den Admiral zum Botschafter [3]). Der Admiral traf seine Vorbereitungen zur Abreise. Nur war das Ziel derselben, wie sich später ergeben wird, nicht Paris, noch überhaupt Frankreich.

Am 8. April 1702 lichtete das Geschwader Philipps V. in Barcelona die Anker. Acht Tage später landete er im Golfe von Neapel, und zog in die Hauptstadt ein.

Dort war auf den Herzog von Medina-Celi derjenige von Escalona als Statthalter gefolgt. Ein französischer Bericht beschreibt ihn als einen Gelehrten, der sich den Tag über in seine Bibliothek

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 226.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. II, p. 187. Vom 22. März.

[3]) Louville t. I, p. 234.

Digitized by Google

verschließe, um Reformen nicht kümmere, vielmehr durch seine Habgier die Lasten des Volkes erschwere [1]). Aber er war gedeckt durch eine französische Besatzung in Neapel. In jedem Falle war die Stimmung in Neapel für Frankreich nicht geneigter geworden. Louville räth in seinem ersten Berichte an Torcy, die Besatzung zu verstärken, weil, wie er sagt, die Neapolitaner Respect haben vor der Kraft. Der Euphemismus läßt den wirklichen Stand der Dinge errathen. Er legt sich uns klarer dar in einem Manifeste, welches unter dem Namen des Herzogs von Castelluccia ausging [2]). „Man hat kein Recht, heißt es darin, uns, die wir uns an der Erhebung vom September 1701 betheiligt, wie Rebellen zu behandeln. Denn zuerst möge man mir sagen: wer ist König von Neapel? Wer hat das Recht, nach Carl II., dessen Linie mit ihm erloschen ist, einen König von Neapel einzusetzen? Wer durfte das Recht des Hauses Habsburg auf das Haus Bourbon übertragen? Wo ist die Belehnung, die dem Acte der Huldigung vorhergehen muß? Der Papst hat sie nicht gegeben. Es stand nicht einem spanischen Statthalter Medina-Celi zu, mittelst einer Cavalcade durch die Stadt Neapel uns einen neuen König zu ernennen. Das Königreich hat noch keinen anerkannten Herrn. Wir Neapolitaner aber wollen als unseren König den Erzherzog Carl, gemäß seinem unanfechtbaren Rechte und entsprechend unserem Interesse. Auf unsere Bitte, die sich stützte auf die Zustimmung der Stände des Königreiches, hat der herrliche, fromme römische Kaiser Leopold, der Träger des Rechtes der Erbfolge im Hause Habsburg, diesen seinen Sohn, den Erzherzog Carl, uns zum Könige bestimmt, und ihm Neapel zur Residenz angewiesen. Es ist unser Interesse, nicht mehr der Habgier eines spanischen Ministers preis gegeben zu sein, der die Privilegien, welche der römische Kaiser Carl V. und seine Nachfolger uns verliehen und bestätigt, nicht kennt, noch achtet, der dagegen dem Volke unerschwingliche Lasten aufbürdet, um unser Geld außer Landes zu senden. Es ist unser Interesse unseren eigenen König zu haben, der diesen Jammer von uns nimmt, der uns nicht Fremden zur Beute sein läßt, der uns einen reichen Handel eröffnet, und für eine gute Rechtspflege Sorge trägt. Darum haben wir die Erhebung vom September

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 239. Bericht an Torcy, vom 24. April.
[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. XI, p. 379 et suiv.

Digitized by Google

unternommen, und wir, die Unternehmer, die wir nach allgemeiner Kenntnis die Mittel zum behaglichen Leben besitzen, bürgen eben dadurch dafür, daß nicht ein Interesse des Eigennutzes uns getrieben, sondern unser Eifer für das Gemeinwohl. Auch war es weder unsere Absicht Blut zu vergießen oder Schaden zuzufügen, noch hätte dies den Intentionen des durchlauchtigen Erzherzogs entsprochen. Vielmehr hatte er uns anempfohlen, jegliches Unrecht wider Gott und den Nächsten zu meiden, die Kirchen zu ehren, die Frauen zu schützen, und zu handeln frei von aller Leidenschaft. In diesem Sinne ward unser Werk unternommen. Es ist mislungen. Aber darum bleibt unsere Hoffnung. Wir werden es wieder unternehmen, so bald sich eine Aussicht des Gelingens bietet."

Diese Schrift war bereits im December 1701 ausgegangen. Während des Aufenthaltes von Philipp V. in Neapel ward eine andere im gleichen Sinne kund. Es verbreitete sich nämlich das Gerücht, daß Philipp V. den Huldigungseid einfordern wollte. Eine Reihe vornehmer Neapolitaner erhob darauf in formeller Weise Protest gegen jeglichen Regierungsact des Herzogs von Anjou, mit nachdrücklicher Hervorhebung, daß Niemand als König von Neapel eine Huldigung verlangen dürfe, der nicht zuvor vom Papste als Oberlehnsherrn die Belehnung empfangen habe [1]).

Hier lag der Stein des Anstoßes für beide Theile. Clemens XI. hatte weder den dringenden Wünschen des Kaisers in Betreff der Belehnung für den Erzherzog Carl nachgegeben, noch zeigte er, obwohl unter dem Drucke der französischen Uebermacht er den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien begrüßen ließ, darum eine Bereitwilligkeit, dem Bourbon die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu ertheilen. Er schob hinaus.

Nach der Lage der Dinge aber gereichte bei der Anwesenheit Philipps V. in Neapel dieses Hinausschieben den kaiserlich gesinnten Neapolitanern zu einer festen Stütze. Um dieselbe zu brechen, fand der französische Botschafter in Rom, der Cardinal Janson Forbin, ein besonderes Mittel, entsprechend der gesammten Politik seines Königs in der Angelegenheit der spanischen Erbfolge.

---

[1]) Der Protest bei Lamberty t. II, p. 189. Vom 31. April 1702.

Digitized by Google

Ludwig XIV. ſelber zuerſt hatte, nach der Abreiſe ſeines Enkels nach Spanien, am 8. December 1700, vor ſeinem Hof in Marly die Behauptung ausgeſprochen, daß der Papſt Innocenz XII. im Sommer 1700 dem letzten Habsburger in Spanien auf deſſen Anfrage den Rath ertheilt habe, den Herzog von Anjou zum Erben zu ernennen. (Man vergleiche Bd. IX, S. 33 u. f.) Wir haben den eigentlichen Hergang in Betreff der Anfrage Carls II. und der Antwort des Papſtes Innocenz XII. kennen gelernt zum Jahre 1700. (Band VIII, S. 504 u. f.)

Jene franzöſiſche, mit den Thatſachen unvereinbare Behauptung vom 8. December 1700 gleich damals, über den engen Kreis des Hofes von Marly hinaus, in die Welt zu ſchleudern, mag als allzu gewagt erſchienen ſein. Die Thatſache der Behauptung jedoch iſt der erſte Anſatz der Tradition, die man zu bilden vorhatte. Im April des Jahres 1702 trat, auf Veranſtalten des Cardinals Janſon Forbin, in Rom eine Schrift mit der weiter entwickelten Tradition hervor.

Den Anlaß dazu gab das erwähnte Manifeſt des Herzogs von Caſtelluccia, welches rechtlich ſeine feſte Baſis hatte in der nicht erfolgten Belehnung von Seiten des Papſtes. Ueber dieſe Thatſache war nicht hinwegzukommen. Deshalb ſuchte man von franzöſiſcher Seite die Beweisführung jenes Manifeſtes durch ein Gegenmanifeſt zu entkräften. In dieſem Gegenmanifeſte zuerſt tritt die von Ludwig XIV. beabſichtigte Tradition formell fertig auf, nämlich das vermeintliche Schreiben Carls II. an den Papſt Innocenz XII. mit der Bitte um ſeinen Rath, und die vermeintliche Antwort von Innocenz XII. zu Gunſten des Herzogs von Anjou, mit dem Beifügen, daß drei noch lebende Cardinäle durch ihr Gutachten dieſen Rath geſtützt. Das Manifeſt nannte die drei Namen nicht: den Kundigen in Rom waren ſie kein Geheimnis. Aber es blieb dann noch immer die Thatſache, daß Clemens XI., der als Cardinal Albani mit betheiligt war an dem Gutachten, auf Grund deſſen Innocenz XII. ſeinen Rath gegeben haben ſollte, nun dem Könige Philipp V. die Belehnung mit Neapel nicht ertheilte. Das franzöſiſche Gegenmanifeſt ſagte darüber: es exiſtire ein Breve des Papſtes Clemens XI. an den Cardinal Cantelmi in Neapel, welches mit klaren Worten beſage: die Belehnung ſei dem Könige Philipp V. bisher nicht ertheilt aus

Digitized by Google

geheimen Gründen, nicht aus einem Mangel der Gerechtigkeit seiner Sache. Die Belehnung könne aber insofern als geschehen betrachtet werden, daß der Papst seine Geneigtheit dazu offenbart habe [1]), so daß, wenn sie auch nicht ausdrücklich gegeben, doch stillschweigend bewilligt sei.

Der Plan, so treulos wie verwegen, war augenscheinlich darauf berechnet, daß der Papst Clemens XI., bei seiner dem Cardinal Janson Forbin wohl bekannten Furchtsamkeit, einen offenen Protest, einen Widerspruch nicht wagen werde. Wenn diese Berechnung sich als richtig erwies, wenn Clemens XI. durch Schweigen dem französischen Manifeste seine Zustimmung zu geben schien: so blieb dem neapolitanischen Adel kein Halt mehr übrig. Er konnte sich, gemäß den Erklärungen der eigenen Wortführer, der Forderung, den Huldigungseid für Philipp V. zu leisten, nicht mehr entziehen. Auf den Papst Clemens XI. also kam es an.

Damals hatte sich das Verhältnis zwischen Papst und Kaiser bereits dahin gelockert, daß der Kaiser, am 4. April, dem Botschafter Lamberg die Weisung zusandte: da der Nuntius in Wien keine Audienz mehr erhalte: so solle auch Lamberg einstweilen um eine solche nicht ansuchen [2]). Es war also für Lamberg schwer, den Papst über jene Behauptungen zu befragen. Allein die Beschwerde Lambergs gelangte dennoch an den Papst. Clemens XI. ließ den Abbate Tucci kommen, der zu der kaiserlichen Botschaft in Beziehung stand, gab ihm Einsicht in ein von ihm eigenhändig abgefaßtes Schriftstück und gebot ihm dasselbe abzuschreiben [3]). Es enthielt: „In Betreff dessen, was (in dem französischen Manifeste) über die Ereignisse unter dem vorigen Papstthume berichtet wird, ist etwas Weniges wahr, aber sehr Vieles falsch. Wenn man veröffentlichen dürfte, was Wahres daran ist: so würde in keiner Weise daraus dem Gedächtnisse jenes heiligen Papstes ein Vorwurf erwachsen. Die Ehre und das Gewissen jedoch gebieten zu schweigen, und es möge genügen mit Wahrheit zu sagen, daß weder die Anfrage Carls II., noch die Antwort des Papstes Innocenz XII., so lauteten, wie das Flugblatt angibt".

---

[1]) Mentre S. S. propalavit animum suum.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 4. April.

[3]) Anlage II.

Digitized by Google

So die Antwort des Papſtes Clemens XI. in Betreff ſeines Vorgängers. Nicht minder jedoch vertheidigt er dann auch ſich ſelbſt. Drängen wir ſeine Worte zuſammen.

„Die Behauptung, daß ein päpſtliches Schreiben an den Cardinal Cantelmi exiſtire, des Inhalts, daß die Belehnung Philipps V. mit dem Königreiche Neapel unterblieben ſei aus geheimen Gründen, nicht wegen eines Rechtsmangels, iſt eine Unwahrheit. Um augenſcheinlich darzuthun, daß dieſe Behauptung falſch, genügt es, den Cardinal Cantelmi zu fragen, ob er ein ſolches Schreiben beſitze. Sein Zeugnis wird durchſchlagend ſein.“

Dann erörtert Clemens XI. weiter, wie dies Gerücht entſtanden ſein könne, und gibt dabei die Richtſchnur des Verhaltens von ſeiner Seite an. Er wie ſeine Miniſter pflegten auf die ihnen gemachten Anfragen zu erwiedern, daß er die Belehnung weder dem Könige Philipp V., noch einem Anderen abgeſchlagen habe. Denn ein Anderes ſei das Abſchlagen, ein Anderes das Verſchieben der Entſcheidung bis nach erfolgter Prüfung der Rechtsgründe. Wenn einer ſeiner Miniſter in dieſem Sinne an den Cardinal Cantelmi geſchrieben: ſo könne dies nicht aufgefaßt werden wie ein Eröffnen ſeiner Geneigtheit nach einer Seite hin, ſondern lediglich als der Wille, der Gerechtigkeit Genüge zu thun, und in dieſer ſchwierigen Frage zu handeln mit Zuſtimmung und Rath der Cardinäle. Bis zur Stunde habe der Papſt die Belehnung mit Neapel weder ausdrücklich, noch ſtillſchweigend zugeſagt. Diejenigen, die aus dem Verbleiben des Nuntius in Neapel eine ſtillſchweigende Bewilligung der Belehnung herleiten wollen, wiſſen oder bedenken nicht, daß der Nuntius in Neapel eine beſondere Stellung habe, abweichend von derjenigen anderer Nuntien, indem ihm als Nuntius des apoſtoliſchen Stuhles obliege, die Gerechtſame desſelben dort zu wahren.

Der kaiſerliche Botſchafter machte ſofort von dieſem päpſtlichen Schreiben Gebrauch. Ein neues Flugblatt ging aus, deſſen hauptſächliche Kraft in den angeführten eigenen Worten des Papſtes Clemens XI. beſtand.[1]) Das Flugblatt ſchließt mit dem Ausdrucke des Abſcheues

[1]) Der Titel iſt: Risposta alla risposta data al Manifesto del Duca di Castelluccia. — Der zweite Theil des päpſtlichen Schreibens iſt an weniger erheblichen Stellen darin verkürzt. — Es iſt ſehr merkwürdig, daß in den Mémoires

Digitized by Google

über die Verwegenheit des Menschen, der es gewagt habe, eine solche Fälschung in die Welt zu bringen.

Dieser verwegene Mensch, der in solcher Weise die Ehre zweier Päpste antastete, eines verstorbenen und des lebenden, und nicht minder diejenige des verstorbenen Königs von Spanien, war der französische Cardinal Janson Forbin. Seine Fälschung hatte damals keinen Erfolg, weil der lebende Papst nicht, wie der Cardinal gehofft haben mag, aus Furcht die Lüge über sich ergehen ließ, sondern dagegen sich aufraffte, und die Nichtigkeit derselben nachwies. Der Zweck Janson Forbins war verfehlt. Die unwahren Beschuldigungen hatten dadurch, daß sie den Widerspruch des Papstes hervorriefen, nur dazu gedient, die Neapolitaner in ihrer abgeneigten Haltung wider Philipp V. zu steifen. Für sich persönlich trug Janson Forbin bei denen, die um seine Urheberschaft wußten, die Schande und den Spott davon.

Und dennoch, obwohl so scharf und nachdrücklich zurückgewiesen, waren weder Janson Forbin, noch Ludwig XIV. Willens, auf diese nützliche Lüge zu verzichten. Die Lüge war nützlich, weil sie das ungeheuere Verbrechen an dem todeskranken Könige Carl II. von Spanien verhüllte, weil sie dagegen das erschlichene Testament, dessen Annahme durch Ludwig XIV. die unendliche Kette namenloser Leiden über die Völker brachte, in den Augen der Franzosen und Spanier erscheinen ließ als conform mit dem Urtheile der höchsten moralischen Macht auf Erden. — Janson Forbin daher, nicht zurückgeschreckt durch die gemachte Erfahrung, übergab dem jungen Könige Philipp V. die Abschriften der betreffenden Briefe, welche, nach seiner Behauptung, der König Carl II. und der Papst Innocenz XII. einander gesendet hatten. Es ist daher sehr möglich und wahrscheinlich, daß Philipp V. und seine Umgebung fortan in dem guten Glauben lebten [1]). Ludwig XIV. dagegen harrte einer anderen günstigeren Gelegenheit, und wir werden erfahren, daß er zwei Jahre später einen anderen seiner Diener, den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, willig erfand, unter seinem Namen der Welt die Fiction zu verkünden.

---

de Louville, der doch Zeuge und Theilnehmer der Vorgänge war, diese nicht erwähnt werden.

[1]) Anlage III.

Digitized by Google

Hatte der Papst Clemens XI. in dieser Angelegenheit fest gehalten und dadurch seine und seines Vorgängers Ehre bewahrt: so ward doch dadurch das Verhältnis mit dem Kaiser, wie es im ersten Jahre des Papstthumes von Clemens XI. bestanden, nicht hergestellt. Die Nachgiebigkeit des Papstes gegen französische Forderungen zeigte sich namentlich in der Behandlung, welche kaiserlich gesinnte Neapolitaner erfuhren, sowohl in Neapel als auch in Rom. Der Botschafter Lamberg vergleicht die Behandlung, welche namentlich die religiösen Orden in Neapel erlitten, mit der Verfolgung der Christen unter Diocletian. Der Papst ließ geschehen. Ein römisches Gericht, unter dem Einfluße des Cardinals Janson Forbin, wie Lamberg direct zu dem Papste aussprach, verurtheilte den Marchese del Vasto, Feldmarschall des Kaisers, zum Tode. Das Urtheil ward nicht vollzogen, weil der Kaiser in Rom kund thun ließ, daß der Kopf des Marschalls Villeroy ihm für denjenigen del Vastos hafte. Aber eben so wenig fand die Forderung des Kaisers auf Genugthuung für del Vasto bei dem Papste Gehör [1]).

Ganz besonders aber und in der für die allgemeinen Angelegenheiten wichtigsten Weise fand die Furcht des Papstes Clemens XI. ihren Ausdruck in dem Beharren bei dem Vorsatze, zum Zwecke der Friedensvermittelung außerordentliche Nuntien auszusenden. Der Gedanke war, wie wir seiner Zeit gesehen, bei ihm entkeimt aus dem von französischer Seite in ihm erweckten Irrthume, daß Wilhelm III. von England in geheimer Correspondenz mit Ludwig XIV. stehe, und bereit sein würde zum Frieden, wenn Ludwig XIV. sich von dem Prinzen Jacob Stuart lossage und Belgien opfere. Clemens XI. hielt an dieser Meinung bis zum Tode Wilhelms III. Auf die Nachricht desselben sagte er zu Lamberg: „Ihr Herren habt immer verlangt, daß ein außerordentlicher Nuntius einen bestimmten Friedensvorschlag in Wien vorlegen müsse: jetzt kann ich sagen, daß, wenn der Prinz von Oranien länger gelebt hätte, in diesem Jahre der Friede abgeschlossen sein würde". Er erging sich dann weiter in Betrachtungen über die Neigung der Franzosen zu Extremen, und bemerkte,

[1]) Die Angelegenheit del Vastos füllt eine lange Reihe der Berichte des Botschafters Lamberg.

Digitized by Google

daß sie demgemäß nunmehr minder willig sein würden. Er redete über den Oranier, und zwar von dem Standpuncte der französischen Vorurtheile aus, die ihm einen Eigennutz und eine Herrschsucht beimessen, welche Wilhelm III. nicht besaß. Doch zollte dann Clemens XI. dem Oranier die Anerkennung, daß er ein Mann gewesen sei von großer Begabung, unter dem die Katholiken, wenn nicht das Staatsinteresse ihn nöthigte anders zu verfahren, in voller Freiheit hätten leben können. Er schloß mit der Wiederholung seines Irrthums: er habe sichere Kunde, daß der König von Frankreich mit Wilhelm III. eine geheime Correspondenz unterhalten habe [1]).

Allein, obwohl die Besorgnis des Papstes vor einer besonderen Einigung von Frankreich und England, auf Kosten des von ihm anerkannten Sohnes von Jacob II., nun auch bei ihm nicht mehr bestand, so hielt er dennoch fest an seinem Plane, außerordentliche Nuntien auszusenden. Er stand als geborener Römer ganz unter dem Drucke derselben Hoffnungen und Befürchtungen wie seine Landsleute. Wie diejenigen Edelleute in Rom, welche neapolitanische Lehen besaßen, auf die Kunde der Landung des Philipps von Anjou in Neapel das bis dahin beibehaltene Wappen des Hauses Habsburg von ihren Häusern abnehmen und statt dessen das bourbonische befestigen ließen: so gab sich bei Clemens XI. der verwandte Gedanke kund in den Worten zu Lamberg: er fasse nicht, daß der Kaiser, wo ihm Geld und Kriegesmittel fehlten, dennoch von einer Beilegung nichts hören wolle [2]).

Demgemäß erhielt der Nuntius in Köln den Auftrag, sich als außerordentlicher Nuntius nach Wien zu begeben, wo Davia als ordentlicher Nuntius weilte. Auf die Mittheilung ließ der Botschafter Lamberg dem Papste erwiedern, daß der Kaiser diesen außerordentlichen Nuntius weder annehmen könne noch wolle. Lamberg berichtete dagegen nach Wien, daß die Instruction für Spada entworfen sei von dem Cardinal Janson Forbin. Der Bischof von Raab, der sich in Köln befand, rieth im Namen des Kaisers dem Nuntius ab von dieser Reise.

---

[1]) Lambergs Bericht vom 8. April, entsprechend in Relazione del conte di Lamberg, f. 190b: Aveva scienza sicura che la Francia coltivava con lui segrete corrispondenze.

[2]) A. a. O. f. 205.

Digitized by Google

Spada beharrte bei seinem Auftrage. Er begab sich nach Passau. Dort mahnte der Cardinal Lamberg, Principal-Commissär des Kaisers am Reichstage: Spada möge den Gedanken einer Reise nach Wien aufgeben. Spada stand nicht ab, sondern richtete von Passau aus ein Schreiben an den Kaiser mit der Ankündigung, daß er sich im Auftrage des Papstes nach Wien begeben werde.

Der Kaiser legte das Schreiben der Conferenz seiner Räthe vor. Sie kamen zu dem Schlusse: der einzige wirkliche Zweck dieser Sendung sei, bei den Seemächten ein Mistrauen wider den Kaiser zu erwecken. Darum sei eine erneuete Protestation zu erheben, nicht jedoch an Spada zu richten, sondern an den ordentlichen Nuntius Davia und direct nach Rom. — Der Kaiser schrieb darunter: „Ich approbire dieses Gutachten in allem, und es soll schleunigst vollzogen werden“ [1]).

Der Botschafter Lamberg, dem der Kaiser damals bereits untersagt hatte, um eine Audienz zu ersuchen, reichte dem Papste eine Denkschrift ein. Er berichtete das Verhalten des Nuntius Spada, der ungeachtet aller Abmahnung dennoch von Passau aus eine solche Absicht kund gethan. Er entwickelte, daß die Bedenken des Kaisers gegen die Aussendung von außerordentlichen Nuntien sich seit dem ersten Kundwerden nicht verringert, sondern vermehrt. Denn erst seitdem seien in Rom die zahlreichen Parteilichkeiten zu Ungunsten des Kaisers und zu Gunsten des Königs von Frankreich geschehen. Er zählte sie auf. „Dies, fuhr er fort, sind eben so viele Verstöße gegen die Autorität des Kaisers. Aber es geschieht noch mehr als das. Niemals hat der apostolische Stuhl einen mehr ergebenen, getreuen, willfährigen Sohn gehabt als den Kaiser. Das Versprechen des Kaisers an die Seemächte, eine Sendung außerordentlicher Nuntien nicht zulassen zu wollen, ist Ew. Heiligkeit kund gethan. Der Kaiser hat dies Versprechen gegeben, um jeglichem Mistrauen seiner Verbündeten zuvorzukommen, und in der eigenen Ueberzeugung, daß von einer solchen Sendung, weil eingerathen aus böswilliger List der Feinde, kein Heil, sondern nur Schaden zu erwarten. Wie daher in Folge der nicht unparteiischen Haltung des päpstlichen Stuhles bereits vorher dem ordentlichen Nuntius die Audienz versagt worden ist: so darf sie einem

[1]) Conferenz-Protokoll vom 8. Juli.

Digitized by Google

außerordentlichen Nuntius in so hochwichtigen Angelegenheiten noch weniger gewährt werden. Und zwar dies um so mehr, da der Kaiser aus sicherer Quelle weiß, daß die Instruction für den Nuntius Spada verfaßt ist von dem Cardinal Janson Forbin, dessen Trachten nach seiner Gewohnheit nur dahin gerichtet ist, durch Mistrauen und Zwietracht die Verbündeten von dem Kaiser zu trennen. Wenn Ew. Heiligkeit mit gerechtem und unparteilichem Auge als gemeinsamer Vater diese Dinge erwägen: so werden auch Sie anerkennen, daß der Kaiser die Zulassung des außerordentlichen Nuntius, als nachtheilig für das Gemeinwohl und insbesondere für die Sache seines Erzhauses, nicht bewilligen durfte" [1]).

Bereits einige Wochen zuvor hatte Lamberg im Auftrage des Kaisers den Papst Clemens XI. vor dem Cardinal Janson Forbin in der nachdrücklichsten Weise gewarnt. Der Kaiser bat den Papst, unparteilich zurückzublicken auf die Laufbahn des Cardinals: er werde dunkele Flecken auf derselben finden. Der Papst möge die Briefe wieder lesen, welche der Kaiser etwa zwölf Jahre zuvor an den Papst Alexander VIII. gerichtet: die Kenntnis der Handlungen des Janson Forbin werde ihn mit Schauder erfüllen. Treibe der Cardinal die Dinge weiter, so werde der Kaiser die Thatsachen öffentlich machen, und Anderes aus seiner Kunde hinzufügen, was, häßlich an einem Geistlichen und einem Manne von Ehre, den Namen des Cardinals Janson und desjenigen, der ihn in seinem Thun aufrecht halte, dem dauernden Abscheu der Welt preis geben werde [2]).

Daß dennoch diesem Cardinal Janson Forbin eine der ärgsten Handlungen, die er vollbracht, die Fälschung der Briefe Carls II. von Spanien und des Papstes Innocenz XII. im Sommer 1700, bei der

---

[1]) Relazione di Lamberg f. 235.

[2]) Relazione di Lamberg f. 194[b]: Che disappassionamente considerasse la condotta del Cardinale Janson in tutto il suo ministerio, e la trovarebbe macchiata di note, che oscurano il suo stato. Che S. B. facesse una rivista delle lettere Cesaree scritte dodici e più anni sotto al suo Antecessore, ed inorridirebbe in sentire le di lui azioni. Che non la tentassero di vantaggio, altrimente non solo le darebbe fuora, mà vi aggiungerebbe altre notizie, che tiene in suo Cesareo potere, che sendo detestabili in un' Ecclesiastico ed in un uomo di onore, metterebbero alla perpetua esecrazione del Mondo ed il Cardinale Janson e chi sostiene e tollera il di lui male operare.

Digitized by Google

Nachwelt für lange Zeiten hinaus gelingen würde, konnte im Jahre 1702 der Kaiſer nicht ahnen.

Clemens XI. war zu weit gegangen, als daß er den Mahnungen des Kaiſers gegenüber zurück konnte. Ueberblicken wir hier noch einmal in kurzen Zügen ſein geſammtes Verhalten.

Der Grundgedanke, von welchem er ausging, war durchaus der richtige: er als der Papſt, als der gemeinſame Vater der Chriſtenheit, war der berufene Friedensvermittler. Aber die Löſung dieſer Aufgabe erforderte vor Allem zwei Eigenſchaften: Offenheit und Muth. Anſtatt die erſtere zu beweiſen, ſuchte Clemens XI. lange Monate hindurch ſo zu laviren, daß beide Theile ihn für ſich günſtig glaubten. (Man vgl. Bd. IX, S. 58 und 352.) Zugleich wirkte in ihm die Furcht vor den Waffen des einen oder des anderen Theiles. Seit dem Mislingen der Erhebung in Neapel, im September 1701, überwog die Furcht vor der Uebermacht Frankreichs. Es kam dazu ſeine aus der Unkenntnis der Thatſachen entſpringende Uebereilung, nämlich die Zuſtimmung zu der franzöſiſchen Anerkennung des Prinzen Stuart als Jacob III. von England. Es kam ferner dazu die franzöſiſche Argliſt, die ihm die Fiction einer geheimen Unterhandlung der Könige Ludwig XIV. und Wilhelm III. als eine Thatſache vorſpiegelte. Indem Clemens XI. darauf einging, verfing er ſich in die von der franzöſiſchen Politik ihm gelegte Schlinge. Um ſeine Aufgabe als Vermittler zu löſen, drückte er auf den vermeintlich Schwächeren, den Kaiſer, und ward ſich nicht klar darüber, daß jeder Schritt, den er von da an in dieſer Sache that, im Intereſſe Frankreichs war, und daß er darum den Kaiſer von ſich hinweg drückte.

Und ſo blieb es fortan. Der Botſchafter Lamberg hatte einige Monate zuvor dem Papſte die Mahnung zugerufen: „Wenn die eine oder die andere Macht geneigt wäre, künftighin für die Herſtellung des allgemeinen Friedens die Vermittelung des Papſtes anzunehmen: ſo würde der jetzige Plan, außerordentliche Nuntien ohne ein beſtimmtes Angebot zu entſenden, dieſer Neigung durchaus ſchädlich ſein". Clemens XI. hatte dieſe Warnung nicht vernehmen wollen. Er hatte den außerordentlichen Nuntius Spada entſendet. Und dann war geſchehen, was Clemens XI. nicht für möglich gehalten hatte: der getreueſte Sohn der Kirche, der römiſche Kaiſer Leopold, hatte an der Grenze ſeines Landes dieſen Nuntius zurückgewieſen.

Digitized by Google

Clemens XI. also, in seinem Eifer für die Friedensvermittelung, verlor sie durch seinen Mangel an Offenheit und Muth, durch seine Furcht vor Frankreich, und durch die Täuschungen, in welche die Politik dieser Macht ihn zu verstricken wußte. Die wichtigste dieser Täuschungen war diejenige über das Verhältnis dieser Politik zu dem Hause Stuart und zu England.

Die Nachtheile, die aus diesem Verhalten des Papstes Clemens XI. für die Christenheit erwuchsen, reichen weit hinaus über ihn und die damalige Zeit. Der Papst, kraft seines Amtes als das Haupt der Kirche, ist der von Gott berufene Vertreter des Friedens der Völker, und darum der Vermittler zwischen den Mächtigen der Erde. So im Normalzustande der Christenheit. Der Papst Clemens XI. verlor nicht bloß für sich persönlich die Befähigung diesen Beruf zu bethätigen: die Folge war, daß seine Zeitgenossen sich des Gedankens an diesen Beruf entwöhnten. Bis auf ihn hatten wenigstens die katholischen Fürsten Europas diesen Beruf des päpstlichen Stuhles nicht angezweifelt. Die Nachfolger des Papstes Clemens XI. haben für die Bethätigung dieses ihres Berufes, der dennoch untrennbar ist von ihrem Amte, und dessen Anerkennung darum die christlichen Völker des Erdkreises das Recht haben zu verlangen, keine Willigkeit mehr gefunden.

Dennoch würde die Behauptung, daß der Papst Clemens XI. darum positiv französisch gewesen sei, nicht gerechtfertigt sein. Wir haben seine an Lamberg gerichtete Frage vernommen, ob man denn von ihm glauben könne, daß er die Völker Europas in Eine Heerde unter Einem Hirten verwandelt zu sehen wünsche.

Namentlich aber und vor allen Dingen war Clemens XI. als das Oberhaupt der Kirche nicht Willens, die Uebergriffe Ludwigs XIV. und seiner Diener in die kirchliche Autorität zu gestatten oder auch nur schweigend hinzunehmen. Eben damals, wo sein Verhalten bei Vielen die Besorgnis hervorrief, daß der päpstliche Stuhl der politischen Macht des Hauses Bourbon dienstbar werden könne, richtete er an Ludwig XIV. eine nachdrückliche Mahnung. „Die Uebelstände dort, sagt er, verletzen die Autorität der Kirche, gereichen der Norm der kanonischen Vorschriften zur Verachtung, dem heiligen römischen Stuhle zur Kränkung, und verletzen das ihm von dem Herrn der Kirche verliehene Amt der Schlüssel. Daher vermögen wir ohne Gefahr der

Digitized by Google

eigenen Seele und ohne die Furcht des göttlichen Zornes nicht länger dabei zu ſchweigen, ſondern wollen nach unſeren Kräften erfüllen, was unſer oberhirtliches Amt von uns fordert, und was auf unſer demüthiges Flehen das Licht der göttlichen Gnade uns zu thun anweiſt. Darum mahnen wir Dich, daß Du das Uebel hinweg thuſt vom Hauſe des Herrn, daß Du, ohne Verzug, das Unrecht durch einen ſchnellen und hochherzigen Entſchluß aufhebſt, daß Du der Kirche ihre früheren Würden und die zur Zeit verletzten Rechte wieder herſtellſt, und daß Du dadurch uns befreieſt von der ſchwer auf uns laſtenden Bekümmernis" [1]).

Es würde zu weit führen, weiter auf die Einzelnheiten der Mahnung einzugehen. Es kommt hier nur an auf die Charakteriſtik des Verhältniſſes. Dieſes iſt, daß da, wo Clemens XI. als das Oberhaupt der Kirche und nur als ſolches auftritt, ſeine Rede nicht verſchieden iſt von derjenigen ſeiner Vorgänger, nicht verſchieden von derjenigen, die mit höchſtem Unmuthe Ludwig XIV. ſo oft von Innocenz XI. vernommen.

Aber wir haben auch aus den Worten Ludwigs XIV. zu ſeinem Enkel vernommen, welches Ziel in Betreff des päpſtlichen Stuhles er fortan ſich ſetzte: die Beſetzung desſelben nach dem Willen des Hauſes Bourbon. Wenn nämlich es dieſem gelang, das geſammte ſpaniſche Erbe zu behaupten.

Das hauptſächliche Hindernis, welches der dauernden Begründung der bourboniſchen Herrſchaft über Neapel und Sicilien entgegen ſtand, war das Hinausſchieben der Frage der Belehnung von Seiten des Papſtes Clemens XI. Um dieſes Hindernis zu überwinden, wurde der Marquis Louville von Neapel aus nach Rom entſendet, in den letzten Tagen des Monats April 1702 [2]).

Louville beobachtete, welche Mittel der franzöſiſche Botſchafter Janſon Forbin, und der ſpaniſche, Uzeda, anwendeten, um auf den römiſchen Hof zu wirken. „Sie hatten die eigenthümliche Methode, ſagt er, überall und oft an voller Tafel vor ihrer Dienerſchaft zu wiederholen: que le pape était un fripon, que les cardinaux

[1]) Das Breve gedruckt bei Lünig: Litterae procerum Europae t. III, p. 797.
[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 252.

Digitized by Google

étaient des marauds, dont leurs souverains feraient bien de secouer enfin le joug." Uzeda besonders, sagt weiter Louville, habe, wenn auch mit mehr Feinheit als Janson Forbin, dennoch solchen Boutaden freien Lauf gelassen. Es galt in Rom für eine Thatsache, daß Uzeda eines Tages dem Papste vor Zeugen ins Gesicht gesagt: er wünsche, daß es in Spanien ein Parlament gäbe, wie dasjenige von Paris, zur Zurechtweisung des Papstes. „Es ist zu bemerken, sagt Louville, daß der Papst über diese Ausfälle sich nicht ärgerte" [1]).

Louville findet in solchen Reden der Botschafter einen Mangel an diplomatischem Geschicke. Aber der Hergang der Dinge hat uns dargethan, daß das Verfahren des Janson Forbin gegenüber Clemens XI. berechnet war auf die eine besondere Eigenschaft des unglücklichen Papstes, auf seine Furcht. Welches andere Urtheil man über solche Reden des Janson Forbin fällen möge: sie dienten nach seiner Ansicht seinem Zwecke.

Daß der Papst Clemens XI. die Brutalität dieses Botschafters nicht tief empfunden haben solle, widerspricht dem menschlichen Gefühle [2]). Die Denkwürdigkeiten Louvilles lassen die Verhandlungen in seinen drei Audienzen bei dem Papste Clemens XI. nicht klar ersehen. Wir haben wenigstens das äußere Verhalten aus einem anderen Berichte eines unterrichteten Zeitgenossen kennen zu lernen [3]).

Clemens XI. empfing den Gesandten mit der vollen ihm eigenen Gewandtheit und Liebenswürdigkeit. Er gab eine warme Zuneigung für Philipp von Anjou kund, nicht jedoch, um darum ihm die Belehnung zu ertheilen. Er hob vielmehr hervor, daß, nachdem er so viel für den jungen König gethan, die Botschafter beider Kronen ihn mishandelten, ihm ungerechte und unmögliche Dinge zumutheten. Der Papst weinte und schluchzte. Louville schied von ihm mit dem Glauben: der Papst sei wohl gesinnt und thue was er könne, Janson Forbin dagegen und Uzeda handelten nicht entsprechend. Janson Forbin erfuhr das Urtheil Louvilles über ihn. Er erwiederte: „Es kommen Leute

---

[1]) A. a. O.: Il est bon de savoir que Clément XI. ne se fâchait d'aucune de ces sorties.

[2]) Die Mémoires de Louville sind nicht von ihm selber so aufgezeichnet, sondern eine Arbeit nach seinen Papieren, publicirt im Jahre 1818 zu Paris.

[3]) Bericht des Grafen Lamberg vom 18. November 1702.

Digitized by Google

nach Rom in der Meinung in zwei Tagen die Prieſter zu durchſchauen, woran Andere Jahre lang vergeblich arbeiten."

Die Hauptſache war, daß die Geſchmeidigkeit Louvilles die Willigkeit zur Belehnung mit Neapel eben ſo wenig hervorlockte, wie das Pochen und Drohen Janſon Forbins ſie erzwang. Der Papſt verhieß für Philipp V. einen Legatus a latere. Da er ihn als König von Spanien anerkannt hatte, ſo lag in dieſer Verheißung keine Beziehung auf Neapel.

Der Bericht Louvilles indeſſen befriedigte in Verſailles. Torcy erwiederte ihm: „Der Papſt hat Wunder für Sie gethan. Reden wir nicht mehr von der Belehnung: wir können ihrer zur Zeit entbehren, und dann werden wir ſie erlangen, ſobald wir nur Einmal die Deutſchen recht geſchlagen haben. Meine Sehnſucht, für dieſen Fall, iſt gerichtet nach Rom. Dort, des bin ich ſicher, würden ſich für Frankreich und Spanien treffliche Dinge verrichten laſſen. Das iſt ein Luftſchloß, in welchem in meinen Gedanken mich zu ergehen ich nicht ermüde" [1]).

So Torcy am 27. Mai 1702. Ludwig XIV. ſpricht ſeinem Enkel Philipp V. dieſelben Gedanken aus, wenn auch weniger ausdrücklich. Er hebt hervor, wie wichtig es ſei, daß die Unterthanen Philipps ſich überzeugen von ſeinem engen Einverſtändniſſe mit dem Papſte. Aber wir haben wiederholt vernommen, was Ludwig XIV. mit einem ſolchen Einverſtändniſſe bezweckt. Demnach würde der eigentliche Sinn jener Worte Torcys lauten wie folgt: ein Sieg über die Deutſchen in Italien bricht zunächſt jeden Widerſtand des Papſtes gegen die Belehnung Philipps V. mit Neapel und Sicilien. Aber darüber hinaus unterwirft er Rom dem Hauſe Bourbon, macht er das Oberhaupt der Kirche zum Diener der franzöſiſchen Politik.

Und für wen alſo kämpfte der Prinz Eugen? War man ſich klar darüber in Rom oder in Wien oder bei den katholiſchen Völkern, daß die höchſte menſchliche Freiheit auf Erden, die Freiheit der chriſtlichen Kirche, damals ihr Bollwerk weniger fand in der Perſon des Papſtes Clemens XI. in Rom, als in dem kaiſerlichen Heerlager in Curtatone, in dem Schwerte des Prinzen Eugen?

[1]) Mémoires de Louville t. I. p. 255. — Man vgl. das Schreiben Ludwigs XIV. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI. p. 99.

Digitized by Google

Wir haben seine Klagen vernommen aus denselben Tagen, in welchen Torcy von Versailles aus jene hochfahrenden Worte kund gab. Zunächst indessen kam es nicht zu einem Treffen. Dem Prinzen Eugen war bei seiner Minderzahl eine nachdrückliche Offensive unmöglich; Vendome machte von der Ueberlegenheit seiner Macht nicht eher einen Gebrauch, bis Philipp V. zum Heere gestoßen wäre [1]). Und dies verzog sich noch Wochen lang.

Louville fand bei seiner Rückkehr nach Neapel den jungen König wieder in die frühere Lethargie versunken [2]). Um ihn herum haderten die Franzosen und Spanier seines Gefolges über kleine wie über große Dinge. Die Mehrheit des neapolitanischen Adels und des Volkes stand grollend bei Seite nach wie vor. Die neue Herrschaft beruhte nur auf den französischen Waffen. Philipp V. that nichts um sie zu befestigen, oder vielleicht auch konnte er, selbst wenn er den Eifer aufgeboten, zu welchem jedes Schreiben seines Großvaters ihn mahnte, dennoch, in Ermangelung der päpstlichen Belehnung, nichts Nachdrückliches thun. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß sein Besuch in Neapel einer erneuten Erhebung dort vorgebeugt hat; aber darauf beschränkte sich der Erfolg [3]).

Am 2. Juni schiffte sich Philipp V. in Neapel auf französischen Galeeren nach Finale ein. Die Souveräne der Uferstaaten, welche die stärkere Macht der Franzosen mehr fürchteten als die schwächere des Kaisers, brachten ihm ihre Huldigungen entgegen. Von Finale aus machte er sich auf den Weg nach Mailand. In Acqui kam ihm sein Schwiegervater entgegen, der Herzog Victor Amadeus von Savoyen. Die Franzosen pflegten von diesem Fürsten zu sagen, daß sein Herz eben so voll Abgründe sei wie der Boden seines Landes. Immerhin mochte dies nicht unrichtig sein; aber die Erfahrung hat gezeigt, daß auch auf mehr ebenem Boden jener Zeit, in Frankreich

---

[1]) Pelet t. II, p. 225.

[2]) Louville t. I, p. 255 et suiv.

[3]) Vgl. Louville t. I, p. 280, so wie die Schreiben Ludwigs XIV. an Philipp V. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 97 et suiv.

Digitized by Google

wie in Deutschland, fürstliche Charaktere erwuchsen, ähnlich demjenigen des Herzogs von Savoyen. War der schweigsame, unbehülfliche, achtzehnjährige Philipp V., welcher König war auf Befehl seines Großvaters, der Fuchslist seines durchtriebenen Schwiegervaters nicht gewachsen: so war es statt seiner der secundirende Marquis Louville. Der Verdruß des Herzogs über den letzteren fand einen Anlaß zur Klage an einer Aeußerlichkeit. Victor Amadeus verlangte, daß ihm ein Lehnsessel gestellt würde gleich demjenigen des jungen Königs. Dies war wider die Etikette, weil Victor Amadeus nicht ein gekröntes Haupt. Auch in Versailles hatte sich der Dauphin vor seinem Sohne als Könige von Spanien mit einem Sessel ohne Lehne begnügen müssen. Das Verlangen des Herzogs ward nicht bewilligt [1]).

Der Vorgang, nach den Anschauungen späterer Zeit von geringem Werthe, muß dennoch nach dem Maßstabe jener Zeit als gewichtig angesehen werden, als der Beginn einer persönlichen Entfremdung zwischen Victor Amadeus und Philipp V., nur freilich nicht als ein Motiv des späteren Krieges. Daß Victor Amadeus, umringt von der Macht des Hauses Bourbon, nur einer Wendung harrte, die ihm gestatten würde, der großen Allianz wider dieselbe beizutreten, hatte er schon Monate vorher dem Könige Wilhelm III. kund thun lassen. (Vgl. Bd. IX, S. 470.) In denselben Tagen, wo er seinen Schwiegersohn in Acqui verwandtschaftlich begrüßte, warb er aufs neue bei der Königin von England um Subsidien. Da alles Bewilligte schon verwendet war, erklärte sich die Königin bereit, an dem ihr bewilligten Einkommen noch weiter zu sparen und es für Victor Amadeus zu verwenden, wenn nur auch die Republik mitthäte [2]). Und daran zog sich einstweilen noch die Sache hin.

Philipp V. kam im Juni 1702 zu Mailand an im Zustande schwerer Hypochondrie. Indem er sich seinem Ende nahe glaubte, schloß er sich ein und ließ zu sich nur Louville, den Beichtvater und den Arzt. Das Gerücht ging aus, daß er nicht bloß an Einbildung leide. Seine Umgebung fragte in Versailles an um einen besonderen Arzt für ihn. Die Antwort Ludwigs XIV. lautete nicht entsprechend. Er

[1]) Louville t. I, p. 282 et suiv.

[2]) Wratislaws Bericht vom 9. Juni.

Digitized by Google

gebot seinem Enkel sich in das Hauptquartier Vendomes zu verfügen und mit ihm zu Felde zu gehen [1]).

Der Befehl ward in der Umgebung Philipps V. nicht durchweg gern vernommen. Es sei nicht die Aufgabe eines Königs, hieß es, selber ins Feld zu gehen. Auch dürfe er seine geheiligte Person nicht aussetzen. Eines Tages geriethen ein Franzose und ein Spanier darüber in Wortwechsel. Der Franzose machte das Beispiel des Königs von Frankreich geltend, der es seiner Würde nicht zuwider gefunden, persönlich am Feldzuge Theil zu nehmen. „Ja, erwiederte der Spanier, wenn der König von Spanien dem Feinde nicht näher ins Gesicht kommt, als der König von Frankreich gethan, dann sind wir Alle zufrieden." Das Gerücht dieses Wortes lief durch die Stadt, und Louville bemerkt, daß die Franzosen sich dadurch nicht angenehm berührt fühlten. Nicht darauf freilich kam es an, sondern ob das Wort der Wahrheit entsprach. Nun ist es Thatsache, daß Ludwig XIV. sich jedenfalls Einmal, in den Laufgräben vor Lille, im Jahre 1667, im Bereiche feindlicher Kugeln befunden hat. (Man vergleiche Bd. I, S. 171.) Er selbst erledigte die Frage für seinen Enkel mit der allgemein gehaltenen Vorschrift: „Setzen Sie Sich nicht ohne Noth aus; aber hören Sie auch nicht auf furchtsame Rathschläge" [2]).

Inzwischen schmeichelte man sich in Versailles mit der Hoffnung auf den Wiedergewinn eines alten Bundesgenossen. Die Kaiserlichen fingen ein Schreiben des Grafen Marsin im Gefolge Philipps V. auf, in welchem er nach Rom meldet, daß nach den aus Frankreich erhaltenen Nachrichten der Türke in Bewegung sei. „Dies wäre das einzige Mittel, fügt Marsin hinzu, die nach Italien bestimmten kaiserlichen Truppen zurückzuhalten, überhaupt den Kaiser zur Vernunft zu bringen, der, obwohl er sich allergnädigst nennen läßt, einen so ungerechten Krieg erhoben hat und noch dazu auf fremde Kosten" [3]).

Die französische Hoffnung war nicht begründet. Die Türken waren nicht in gleicher Weise verblendet wie das Haus Stuart. Sie hatten in dem langen Kriege zuvor durch ihren Schaden erfahren, in

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 286.

[2]) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 101. Vom 24. Juli.

[3]) Aufgefangenes Schreiben Marsins vom 19. Juli.

Digitized by Google

wie weit auf die französische Bundesgenossenschaft zu bauen war, wenn es dem Interesse Ludwigs XIV. entsprach sie zu lösen. Nach dem Frieden von Carlowitz herrschte sogar für eine Reihe von Jahren in Constantinopel eine freundliche Gesinnung für den Kaiser Leopold. Diese Gesinnung gab eben damals, im Sommer 1702, in merkwürdiger Weise ein türkischer Minister in Genua dem Grafen Castelbarco kund. Bei einem Feste im Hause Fieschi, wohin beide geladen waren, vernahm der Türke, daß ein kaiserlicher Gesandter anwesend. Er ließ sich zu Castelbarco führen, legte die Arme kreuzweise über die Brust, und sagte in italienischer Sprache: „Freunde." Castelbarco erwiederte: „Ja gewis, wir sind Freunde." Der Türke fuhr fort: „Ihr Kaiser ist ein großer Kaiser. Gott ist ein gerechter Gott. Wir sind Ihre Freunde." Castelbarco fragte, ob es wahr sei, was die Franzosen prahlend verkündeten, daß der Sultan Krieg wider den Kaiser erheben wolle. Der Türke erwiederte: „Es ist nicht wahr. Gott würde uns strafen, wenn wir das gegebene Wort nicht halten." Und abermals legte er dann die Arme kreuzweise über die Brust und fuhr fort: „Ich habe Frankreich und Spanien gesehen." Dann erhob er die Augen zum Himmel und rief: „Ihr Kaiser wird den Sieg davon tragen." Der Vorgang hatte einen dichten Kreis der Gäste um die Beiden herbei gelockt, und machte auf Alle einen so tiefen Eindruck, daß Castelbarco, gehobenen Muthes, ihnen zurief: „Ich nehme Sie Alle zu Zeugen, daß die Türken erkennen, was viele Christen nicht erkennen wollen" [1]).

Bei manchem der Hörer mochte in Betreff des Feldzuges in Italien allerdings der Zweifel überwiegen. Denn, als in denselben Tagen, um die Mitte Juli, der Marschall Vendome sich endlich in Bewegung setzte, meldete der Prinz Eugen dem Kaiser, am 17. Juli: „Ich kann Ew. Kaiserliche Majestät versichern, daß der Feind, wenn ich nur wenig sage, noch einmal so stark ist als ich" [2]). Man hatte von Wien aus viel Gewicht gelegt auf die Desertion im französischen Heere. Der Prinz Eugen erwiederte: „Die Desertion bei der kaiserlichen Armee ist noch weit stärker als bei dem Feinde, namentlich

[1]) Relazione del Conte di Lamberg fol. 206.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 177.

Digitized by Google

unter den Dänen, wo von einem Dragoner-Regimente neulich reichlich vierzig in Einem Haufen, und ein anderes Mal über fünfzig in gleicher Weise fortgeritten sind." „Aehnlich, fährt er fort, ist es bei der Infanterie. Sie gehen nicht bloß einzeln, sondern sogar Corporale führen bis zu acht Mann auf einmal hinweg. Was ich seit Monaten voraus gesagt, nämlich daß die Armee hier zu Grunde gehen werde, wenn nicht Ew. K. Majestät mit Nachdruck zeitige Fürsorge vorkehren lassen würden — das geht nun in Erfüllung" [1]). Er meldet weiter, daß in Folge der Sommerhitze auch Krankheiten einreißen, und setzt das merkwürdige Wort hinzu: „Bei der Armee aber hat man nicht einmal einen Medicum: denn der Eine steht im Feldspital und ist ein schlechtes Subject, um den Anderen sollicitire ich in Wien nun über Jahr und Tag" [2]). Im günstigsten Falle hätte also die Armee zwei Aerzte gehabt.

Die Klagen steigen an. „Wohin ich mich wende, was ich anschaue, und wen ich anhöre, meldet der Prinz Eugen am 24. Juli — Alles besteht in lauter Commentationen, Klagen und Unmuth über das schlechte und elende Tractament. Dem Kaiser scheinbare Wirthschaften vorzumalen, ist keine Kunst, welche darin besteht, daß man der Armee ihren sauer verdienten Liedlohn schmälert." Am Schlusse fügt er hinzu, daß nun auch die meisten und besten Offiziere davon gehen wollen [3]).

Nach den Berichten von Louville an Torcy stand es dagegen bei den Franzosen viel anders. Er meint, nie so schöne und so muntere Truppen gesehen zu haben. Jeder Soldat benehme sich, als betreffe der Krieg mit dem Kaiser ihn persönlich. Die Franzosen seien berauscht vor Freude, den Enkel ihres Königs an ihrer Spitze zu sehen. Man wisse nicht, welcher Truppengattung den Vorzug zu geben, ob der Infanterie, der Cavallerie, den Dragonern. Die Offiziere erschienen ihm vortrefflich, voll Muth und Geschick. Der Feldherr, Vendome, war, nach Louville, seinen Untergebenen an Einsicht weit überlegen, faßte den Krieg in großem Maßstabe auf, besaß Muth und Geist.

---

[1]) A. a. O. S. 179.
[2]) A. a. O. S. 184.
[3]) A. a. O. S. 188.

Digitized by Google

Wenn er das Talent der Führung beſäße, meint dann Louville, ſo würde er einer der erſten Feldherren ſein; aber es mangele ihm der Sinn für das Detail und die Fähigkeit der Ausführung ſeiner Gedanken. Dazu ſei er unausſprechlich faul , beſitze weder Würde, noch Geheimnis. Man wiſſe acht Tage im voraus, was er thun wolle, und das ſei nicht verloren für den Gegner. „Und dieſen, fügt Louville hinzu, bezeichne ich Ihnen als einen großen Heerführer“ [1]). Das Verhalten Ludwigs XIV. zu dem Feldzuge in Italien hat dargethan, daß die Meinung, welche Louville in den letzten Worten wie ſeine Entdeckung verkündet, bei dem Könige ſeit dem Tage von Chiari in allen Erwägungen voran ſtand.

Vom 20. Juli an rückte das franzöſiſche Heer, dreifach getheilt, von Cremona aus vor. Es gelang dem Prinzen Vaudemont, der die Abtheilung zur Linken führte, am 26. Juli bei San Vittoria drei kaiſerliche Cavallerie-Regimenter zu überraſchen und zu zerſprengen.

Die Berichte Vendomes und Philipps von Anjou an Ludwig XIV. erklingen wie Siegesfanfaren. „Die drei Regimenter, meldet der letztere, ſollten 4000 Mann betragen. Sie waren nicht ſo ſtark, aber nach meiner Schätzung doch 3000.“ Vendome meldet: „Eine Niederlage kann nicht völliger ſein. 600 Feinde ſind auf dem Platze geblieben, und wir haben 400 Gefangene. Der König von Spanien iſt zu Ende der Action eingetroffen, und hat noch die letzten Schüſſe vernommen. Es hat nicht an ihm gelegen eher da zu ſein; aber die Feinde haben nicht lange genug Stand gehalten, um ihm dieſe Satisfaction zu gewähren. Niemals haben die Truppen Ew. Majeſtät ſich ſo tüchtig erwieſen“ [2]).

Das möge genügen.

Die Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiſer haben bisher dargethan, daß er Unangenehmes nicht verſchweigt. In ſeiner Meldung über San Vittoria tadelt er zuerſt die geringe Umſicht der Commandanten, die er rechtzeitig vor der Gefahr gewarnt, in ihrer Poſition überfallen zu werden. Er meldet, daß die Regimenter ſich völlig aufgelöſt. Aber zugleich zollt er ihrem Widerſtande bis dahin

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 295. An Torcy und an Beauvilliers.

[2]) Pelet t. II, p. 238.

Digitized by Google

ſeine volle Anerkennung. Dieſe ſteigt in ſeinem zweiten Berichte, nachdem er alle Einzelnheiten vernommen. „Der Beſtand der drei Regimenter, ſagt er, hat vorher nicht einmal 1500 Mann ausgemacht; der Feind dagegen hat ſie angegriffen mit einer ganzen Colonne ſeiner Armee. Dennoch haben die Unſeren die Oberhand bis dahin behalten, daß die feindliche Infanterie herangerückt iſt. Unſer Verluſt beträgt nicht 400 Mann, von denen 270 gefangen ſind." Denjenigen des Feindes ſchätzt der Prinz auf 300 Mann [1]).

Es iſt von hohem Intereſſe zu verfolgen, welche Wirkung dieſes Treffen auf den Prinzen Eugen ausübte, nicht niederſchlagend, ſondern ermuthigend. An demſelben Tage, an welchem er, von Borgoforte aus, den letzteren Bericht erſtattete, thut er dem Kaiſer und dem römiſchen Könige Joſeph kund: „Obwohl der Verluſt an Mannſchaft bei Vittoria nicht groß, ſo ſind doch die übrigen Conjuncturen ſo beſchaffen, daß ich gezwungen bin einen Entſchluß zu faſſen. Ich beeile mich die Verſchanzung von Borgoforte zu vollenden, und laſſe hier dann 5000 Mann mit dem ſchweren Gepäcke. Die übrigen Truppen ziehe ich alle an mich, und gehe gerade auf den Feind los. Ich muß alſo die Stellung, in der ich Mantua blokirt halte, aufgeben und ſehen, auf welcher Seite des Po ich dem Feinde entgegen gehen kann. Lauft es nun glücklich ab: ſo iſt dem allmächtigen Beiſtande zu danken. Geht es aber unglücklich: ſo will ich daran keine Schuld tragen; denn ich habe unabläſſig gewarnt" [2]).

Die nächſte Folge der Bewegungen des kaiſerlichen Heeres war, daß nun auch der Herzog von Modena ein Abkommen mit Vendome ſuchte und fand. Der Herzog von Mantua ging weiter. Er verkündete in einem Patente ſeinen Anſchluß an die beiden Kronen von Frankreich und Spanien. Demnach ſahen ſie den Stand der Dinge an als ungünſtig für den Prinzen Eugen. Er ſelbſt wiederholt am 14. Auguſt: „Ich finde kein anderes Mittel als entweder mich in den Stand zu ſetzen, mit Gewalt die künftigen Winterquartiere im Mailändiſchen zu erzwingen, oder ſie auf dem neutralen Gebiete des

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft S. 190 und 194.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV. Supplementheft S. 195 u. f. Ich habe die Schreiben an den Kaiſer, den römiſchen König Joſeph und an Palm verbunden.

Digitized by Google

Papſtes oder der Republik zu nehmen, oder endlich völlig aus Italien zu weichen." Er hatte den erſteren Entſchluß gewählt. Die Probe ſtand bevor. Er ſchließt ſeinen Bericht mit den Worten: „Marſchirt der Feind, ſo iſt eine Hauptaction unvermeidlich" [1]).

Bereits am nächſten Tage, den 15. Auguſt, gingen dieſe Worte in Erfüllung. Es erfolgte die Schlacht bei Luzzara. Die franzöſiſche Macht beſtand aus 53 Bataillonen und 101 Schwadronen, die kaiſerliche aus 34 Bataillonen, die als ſchwach bezeichnet werden, und 75 Schwadronen [2]).

Die zahlreichen verſchiedenen Berichte über dieſe Schlacht zu vereinen oder auszugleichen, dürfte eine unlösbare Aufgabe ſein. Dies um ſo mehr, da eine officielle Meldung Vendomes nicht zu exiſtiren ſcheint [3]). Als der gewichtigſte Bericht erſcheint derjenige, welchen der Prinz Eugen am folgenden Tage aus dem Feldlager bei Luzzara an die Vertreter des Kaiſers bei den Seemächten entſendete. Nachdem der Feldherr zuerſt den Tod des Prinzen Commercy beklagt, deſſen Tapferkeit weltkundig ſei, fährt er fort wie folgt: „Dieſe denkwürdige Action hat am Abende ungefähr um fünf Uhr mit den Kanonen ihren Anfang genommen, und um etwa ſechs Uhr, alſo eine Stunde darauf, mit dem kleinen Gewehr, zunächſt auf unſerem rechten Flügel. Das Feuer ward dann ſo unbeſchreiblich, unſere Armee entwickelte eine ſolche Tapferkeit und einen ſo unerſchrockenen Muth, daß ich mit Grund der Wahrheit ſagen muß, die Zeit meines Lebens hindurch keinen Soldaten, ob Offizier, ob Gemeiner, ob zu Pferd, ob zu Fuß, mit einer ſo entſchloſſenen Standhaftigkeit fechten geſehen zu haben, wie dieſe unter meinem Commando ſtehende kaiſerliche Armee zu ihrem unſterblichen Nachruhme gethan hat. Bekannt iſt des Feindes Stärke und unſere Schwäche. Deſſen ungeachtet hat man unſererſeits denſelben in ſeiner vortheilhaften Stellung angegriffen, mit dem Erfolge, daß die Wahlſtatt in unſerer Gewalt und der Feind über tauſend und mehr Schritt zurückgedrängt worden iſt" [4]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 212.
[2]) A. a. O. S. 220.
[3]) Pelet t. II, p. 250.
[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 213.

Digitized by Google

Die Berichte von französischer Seite erkennen ein Zurückgedrängt-Sein nicht an. Sie behaupten, daß der größere Verlust in aller Beziehung auf Seiten der Kaiserlichen. Demgemäß ließ Ludwig XIV. das Tedeum singen [1]).

Während der Nacht lagerten die Armeen in der Weite eines Musketenschusses von einander. Doch ward am nächsten Tage das Treffen nicht erneuert. Französische Schriftsteller pflegen dies dem Marschall Vendome zum schweren Vorwurfe zu machen. Anders lautet der Bericht des Prinzen Eugen vom nächsten Tage. „Der Feind, meldet er, hat angefangen sich derartig zu verschanzen, daß es unmöglich ist ihn anzugreifen" [2]). Der Prinz dagegen mußte geschehen lassen, daß die von ihm abgeschnittene kleine Besatzung im Schlosse Luzzara capitulirte. Bereits am dritten Tage nach dem Treffen, am 18. August, kam jedoch der französische Kriegsrath zu dem Beschlusse, daß die Position des kaiserlichen Heeres unangreifbar [3]) und daß es darum gerathener sei abzuziehen, um das schwach befestigte Guastalla zu belagern. Der Prinz Eugen blieb bis in den November auf der Wahlstatt von Luzzara [4]).

Aber liegt darin das Gewicht der Schlacht von Luzzara? Daß, militärisch betrachtet, die Kaiserlichen die Oberhand behalten, nicht jedoch einen entscheidenden Sieg errungen hatten, dürfte kaum angezweifelt werden. Aber in der Lage, in welcher der Prinz Eugen sich befand, war auch das Nicht-Geschlagenwerden moralisch und politisch einem Siege gleich. Und dieser moralische und politische Sieg legte ein schweres Gewicht in die Wage des Kaisers und der Allianz.

Der Prinz Eugen hatte das Treffen gewagt und gewollt auf die Gefahr hin, daß, wenn er unterlag, die Sache des Kaisers in Italien verloren war. Er hatte sich mit Vortheil behauptet und dadurch die Sache des Kaisers in Italien erhalten. Philipp V., der gekommen war mit der Absicht, wie er sagte, die Kaiserlichen aus Italien zu jagen, schiffte sich einige Wochen später wieder nach Spanien ein. Die Kaiserlichen blieben da.

---

[1]) Pelet t. II, p. 249 et suiv. — Dangeau t. VIII, p. 489.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 214.

[3]) Pelet t. II, p. 254.

[4]) Man vgl. die Daten seiner Berichte in dem genannten Werke.

Digitized by Google

Ein Sieg der Franzoſen, hatte vorher Torcy geſagt, würde die päpſtliche Belehnung mit Neapel zur Folge haben. Die Belehnung blieb nun aus.

Aber mehr noch als das: ein Sieg der Franzoſen würde den furchtſamen Papſt Clemens völlig in ihre Arme geſcheucht haben. Der Erfolg der kaiſerlichen Waffen bei Luzzara, obwohl Clemens XI. nicht dazu beigetragen, ſchützte das Papſtthum gegen die franzöſiſche Vergewaltigung, errettete den Papſt Clemens XI. von der Gefahr, hinabgedrückt zu werden zum Caplane des Hauſes Bourbon und als ſolcher den Religionskrieg predigen zu müſſen wider die Gegner desſelben. Nicht alſo um die wenigen Schritte des Bodens ward bei Luzzara gerungen, ſondern um die höchſten Güter der Menſchheit. Und darum hebt ſich der Tag von Luzzara empor zu einem der wichtigſten der europäiſchen Geſchichte.

Dieſe Tragweite des Erfolges von Luzzara lag dem Auge der Engländer und Holländer fern. Und doch gebührt der erſteren Nation die Anerkennung, daß die moraliſche und politiſche Bedeutung des Tages von Luzzara nirgends anderswo ſo tief und ſo allgemein empfunden wurde wie dort. Es iſt eine in dieſem Falle wahrhaft lohnende Pflicht des Hiſtorikers, die bisher in Vergeſſenheit begrabenen Zeugniſſe der Vergangenheit wieder ans Tageslicht zu fördern.

Auf die dringenden Bitten des Prinzen Eugen um Verſtärkung hatte der Graf Wratislaw in London erſucht, daß England der Republik Holland das Beiſpiel gebe, die Armee der Seemächte weiter rheinaufwärts zu ſenden, damit ſich dem Kaiſer die Möglichkeit eröffne, Truppen nach Italien zu ſchicken, wo ja doch Frankreich hauptſächlich ſeine Macht entfalte. Der Staats-Secretär Nottingham erkannte dieſen Grund an. Aber die Entſcheidung werde bei Marlborough ſtehen. So am 8. Auguſt. Inzwiſchen verlauteten Gerüchte von der Noth der Kaiſerlichen in Italien. Bereits vernahm man in London die Stimmen jacobitiſcher Tories: da der Kaiſer ſeine Armee in Italien verlaſſe und demgemäß ſein Verſprechen nicht halte: ſo ſei auch England nicht mehr gebunden [1]).

Um Mitternacht des 1. September traf der Courier von Luzzara in London ein. Einige Stunden ſpäter befand ſich Wratislaw auf

[1]) Wratislaws Berichte vom 8. Auguſt und 1. September.

Digitized by

dem Wege nach Windsor. Hoffmann ließ sofort den Bericht des Prinzen Eugen, den auch wir vernommen haben, übersetzen und drucken. Am Abende des Tages meldet er die Stimmung der Engländer darüber mit folgenden Worten.

„Es ist nicht zu beschreiben, welche Freude die Engländer haben über den Sieg des Prinzen Eugen. Man darf von ihnen sagen, daß sie ihn ehren und lieben wie den Helden ihrer eigenen Nation. Ihre Augen und ihre Ohren sind gerichtet auf ihn. Was am Oberrhein, was in Flandern, ja was von ihrer eigenen Flotte geschieht — und das will doch wahrlich viel sagen — wird von ihnen mit verhältnismäßig indifferenten Augen angesehen. Dagegen stieg in den letzten Tagen immer mehr die Besorgnis, daß der Prinz, von der feindlichen Uebermacht erdrückt, gezwungen werde Italien zu verlassen. Und danach kann man nun ermessen, welchen Eindruck auf die Menschen hier diese ganz unvermuthete Siegesnachricht macht."

Um Mittag traf die Königin in London ein. Der Einwand, daß auch bereits französische Berichte vorlagen, die den Sieg des Prinzen Eugen bestritten, schlug nicht durch. Die Kanonen des Tower donnerten die Siegeskunde hinaus über die weite Stadt, deren Bewohner eifrig sich bemühten, dem Wunsche der Königin nach Illumination und Freudenfeuern für den Abend zu entsprechen.

„Ich kann mit Wahrheit melden, meldet auch der Graf Wratislaw am Abende dieses Tages, daß in der Vorstellung der Engländer kein Alexander, kein Cäsar dem Prinzen Eugen gleich kommt. Es ist nicht zu glauben, was sie alles treiben und sagen" [1]).

Und eben darum hatte der Erfolg von Luzzara auch für die inneren Zustände von England eine weit reichende Bedeutung.

Einige Wochen nach der Vertagung des Parlamentes war, wie vorauszusehen, die Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgt. Zugleich trafen die Tory-Minister andere Maßregeln. Die Lords-Statthalter der Grafschaften wurden zum großen Theile verändert. Da es von ihnen abhing, die Offiziere der Landmiliz (trainbands)

[1]) Hoffmanns und Wratislaws Berichte vom 1. September.

Digitized by Google

zu ernennen: ſo ſicherte dies, ſo wie andere Mittel ihrer Macht, ihnen einen erheblichen Einfluß auf die Wahlen. Dasſelbe Verfahren wurde bei den Friedensrichtern in Anwendung gebracht. Dennoch blieb bis tief in den Juli hinein den Whigs die Hoffnung, bei den Wahlen das Gleichgewicht behaupten zu können. Erſt der Ausfall der Wahlen in London ſelbſt und den Vorſtädten machte das Gegentheil klar. Unter den acht Deputirten von dort war in dem letzten Unterhauſe nur Einer ein Tory geweſen: bei den Neuwahlen im Juli brachte die Whig-Partei mit Mühe zwei der ihrigen durch. Man durfte demnach mit Sicherheit vorausſagen, daß in dem neuen Unterhauſe die Tories weitaus die Mehrheit haben würden [1]).

Die Tories gingen hoch einher. Wenn die Whigs ihnen gegenüber auf die künftigen Wahlprüfungen hinwieſen: ſo hielten jene mit Lachen ihre Mehrheit entgegen [2]).

„Obſchon nun einige unter den Tories, meldet Hoffmann, dem Prinzen von Wales anhangen und folglich Frankreich heimlich begünſtigen: ſo erkennen doch der größere Theil und namentlich die wohl Begüterten eben ſo wohl wie die Whigs ſelbſt die große Gefahr, welche von Frankreich her England und das geſammte Europa bedroht, und ſtimmen darum für die Nothwendigkeit des Krieges."

So der in Bezug auf England parteiloſe Beobachter. Die Beſorgniſſe der Whig-Partei gingen darüber weit hinaus. Daß die Tory-Partei darauf ausgehen werde, direct dem Kriege ein Ende zu machen, glaubten allerdings auch die Whigs nicht. Sie wußten, daß bei der Stimmung der engliſchen Nation wider Frankreich ein Verſuch dieſer Art keine Ausſicht auf Erfolg haben konnte. Die Tory-Miniſter ſelber, wie Nottingham, erwieſen ſich als kriegseifrig. „Ich erkenne das an, meldet der Graf Wratislaw; dennoch kann ich ihnen darum noch nicht trauen."

Der Kern der Beſorgnis der Whigs betraf die Succeſſion. Das Ziel der Tories, meinten ſie, ſei die Succeſſions-Acte von 1701 wieder aufzuheben und den Prinzen von Wales auf den Thron zu bringen [3]).

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns im Juni und Juli.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. Auguſt.
[3]) Desgleichen. Auch für das Folgende, faſt wörtlich.

Ein directes Handeln in dieser Richtung jedoch war nicht möglich, weil die bestehenden Gesetze für jeden Versuch solcher Art die Strafe des Hochverraths androheten. Die Whigs waren der Ansicht, daß die Tories zunächst darauf ausgehen würden, die Triennial-Bill abzuschaffen, dann dem Prinzen Georg die Krone für Lebenszeit anzutragen, um dadurch die Königin ganz für sich zu gewinnen. Es sei schon viel erreicht, wenn der hannöverschen Succession noch ein Leben vorgeschoben werde; denn dadurch werde jedenfalls Zeit gewonnen. Die Tories, meinten die Whigs, würden dann einer günstigen Gelegenheit harren, um sich insgesammt für den Prinzen von Wales zu erklären, ihn zu berufen, wenn auch allerdings mit solchen Bedingungen, daß die Hochkirche gesichert würde.

„So lautet, fügt Hoffmann hinzu, der Verdacht der Whigs. Ob er begründet, wird die Zukunft lehren. Allem Anscheine nach sind allerdings die Tories nicht für die Succession des Hauses Hannover eingenommen. Sie fürchten, daß dasselbe sich auf die Whig-Partei stützen würde. Die Angelegenheit stellt eine solche Spaltung der Nation in Aussicht, daß es schon viel ist, wenn es darüber nicht zum Bürgerkriege kommt. Zu wünschen wäre daher die Erfüllung der Hoffnung der Königin auf eigene Descendenz. Ein anderes Mittel zuvorzukommen, ist die nachdrückliche Kriegführung wider Frankreich. Wird diese erreicht, so sichert sie zugleich auch die Successionssache“ [1]).

In der That entsprach ja auch diese Ansicht dem Zusatz-Artikel, welcher auf das Verlangen des Parlamentes von England der großen Allianz vom 7. September 1701 beigefügt war. Und demgemäß diente nicht bloß thatsächlich, sondern auch sogar dem völkerrechtlichen Vertrage jener Allianz gemäß, jeder Erfolg der verbündeten Waffen wider Frankreich, auf welchem Schlachtfelde immer er errungen wurde, ob bei Luzzara, ob in Belgien, ob am Rheine, zur Befestigung der durch das Parlament von England festgestellten Succession. Nicht anders auch faßten es die eigentlichen Jacobiten in England. Sie waren französisch. Es zeigt sich nicht, daß jemals ein englischer Jacobit auf den Gedanken gekommen, dem Hause Stuart zu rathen, daß es für

[1]) Ich habe hier zu dem Berichte vom 4. August auch denjenigen vom 18. August gezogen.

Digitized by Google

ſich nichts Beſſeres thun könne als Frankreich zu verlaſſen. Die franzöſiſche Geſinnung äußerte ſich bei einigen Jacobiten in London in der rohen Weiſe, daß ſie bei der Siegesfeier über den Fall von Landau dem kaiſerlichen Geſandten die Fenſter einwarfen. Das herbeieilende Volk ſchlug dafür den Fanatikern die Glieder entzwei [1]). Nach der ganzen Sachlage konnte daher die Maſſe der engliſchen Nation die Jacobiten, weil franzöſiſch, nicht anſehen als eine auf engliſchem Boden berechtigte Partei, ſondern nur als feindſelig gegen die Wohlfahrt von England.

Die Erfolge des Feldzuges des Sommers 1702 waren in Belgien, am Oberrheine, in Italien durchweg als günſtig zu benennen. Es handelte ſich noch um die Unternehmungen zur See.

Der Plan der Ausſendung einer Flotte war urſprünglich, den Wünſchen des Kaiſers gemäß, auf das Mittelmeer gerichtet. Im Beginne des Jahres 1702 traf in London der Landgraf Georg von Heſſen-Darmſtadt ein, vom Kaiſer als Bevollmächtigter nach Spanien entſendet. In Folge der Vorſchläge, die er machte, erhielten die in England getroffenen Vorbereitungen eine andere Richtung, nicht jedoch ſeinen Wünſchen entſprechend. Der Landgraf ſchlug eine Landung in Barcelona vor, wo er der Catalonier ſicher zu ſein glaubte. Im Rathe des Königs Wilhelm III. wurde ein anderer Plan vorgezogen, den dann auch die Königin Anna feſthielt. Es iſt ſehr merkwürdig, daß Marlborough noch am 9. Mai, wo er dem Grafen Wratislaw die Ausſicht auf die Entſendung einer Flotte nach Neapel benahm, dennoch Bedenken trug, das eigentliche Ziel zu nennen, während doch Ludwig XIV. bereits am 24. April die Kunde des Planes beſaß. An dieſem Tage nämlich wies er ſeinen Enkel an, Bedacht zu nehmen auf die Sicherung von Cadix, weil dahin ein hauptſächlicher Angriff vorbereitet werde [2]). Die Warnung blieb nicht vergeblich. Anſtatt Leganez, deſſen kaiſerliche Geſinnung nicht unbekannt war, erhielt Villadarias den Oberbefehl in Andaluſien.

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 29. September.

[2]) Bericht Wratislaws vom 9. Mai, und Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 95.

Digitized by Google

Das Commando über die Landungstruppen, die der Flotte beigegeben werden sollten, erhielt der Herzog von Ormond. Er seinerseits weigerte sich ausdrücklich, den Landgrafen Georg auch nur mitzunehmen. Es geschah nicht aus einer persönlichen Abneigung, sondern wegen des höheren Ranges, den der Landgraf beanspruchen würde. Vergeblich machte Wratislaw geltend, daß der Landgraf Träger der kaiserlichen Vollmacht sei, daß darum ein Anderer bei den Spaniern nicht Glauben finden werde. Man redete viel darüber hin und her; aber Ormond blieb bei seiner Weigerung [1]). Es ward daher das Auskunftsmittel getroffen, daß man dem Landgrafen, welcher erklärte, zunächst nach Lissabon gehen zu wollen, eine besondere Fregatte zur Verfügung stellte [2]).

Die Landungstruppen sollten bestehen aus 10 Bataillonen Engländer und 7 Bataillonen Holländer, die letzteren unter dem Commandanten Sparr. Die Flotte bestand aus 30 englischen schweren Kriegsschiffen, 20 holländischen. Das Commando zur See hatte anstatt Pembroke, der zuerst dazu bestimmt war, der Admiral Rooke erhalten, ein Liebling der Tory-Partei.

Mit dem Plane der Entsendung einer Kriegsflotte gegen Cadix verbanden sich zwei andere. Der eine war die spanische Silberflotte abzufangen, welche unter dem Geleite des französischen Admirals Chateau-Renaud von Westindien her erwartet wurde. Der andere war, den König Don Pedro von Portugal zur Lossagung von Frankreich und für die große Allianz zu gewinnen. Das Tory-Ministerium der Königin Anna erfaßte diesen letzten Gedanken mit besonderem Eifer, namentlich um die Vorwürfe abzuwälzen, welche im Jahre zuvor gegen die gesammte Partei erhoben waren, daß ihr Zaudern den König von Portugal in das französische Netz getrieben habe. In der That aber war Don Pedro nicht weiter hinein gegangen, als ihm für damals unausweichlich zu sein schien. Er war dann der französischen Aufforderung, den Prinzen in St. Germain als Jacob III. von England anzuerkennen, dadurch zuvorgekommen, daß er sofort auf die Todeskunde von Jacob II. Trauer anlegte. Er hatte ferner

---

[1]) Wratislaws Berichte im Mai und Juni.

[2]) Wratislaws Bericht vom 27. Juni.

Digitized by Google

ſich beeilt, nach dem Tode Wilhelms III. ſeine Anerkennung der Königin Anna kund zu geben. Beide Acte legten nicht Zeugnis ab für eine Willfährigkeit für Frankreich. Die Kriegserklärung endlich vom 15. Mai ſchlug bei ihm durch. Er perſönlich war bereit mit den Seemächten und dem Kaiſer zu gehen [1]).

Allein noch war die Defenſiv-Allianz Portugals mit Frankreich und Spanien da, und es war alſo die Frage, wie Don Pedro ſich mit einigem Scheine davon löſen könne. Der engliſche Geſandte Methuen kam von Liſſabon nach London, und erſtattete Bericht über das einzuſchlagende Verfahren. Wenn die franzöſiſche Hülfe für Portugal nicht rechtzeitig zur Stelle: ſo würde der König Pedro ſich zunächſt für neutral erklären. Und damit ſei die Bahn zu weiterem eröffnet [2]).

Erſt gegen das Ende des Monats Juli lichtete die ſtattliche vereinigte Flotte die Anker. Als ſie an der Tajo-Mündung ſichtbar wurde, begab ſich, auf das Erſuchen Don Pedros, der engliſche Geſandte Methuen zu dem Admiral Rooke, und verkündete, daß Don Pedro, weil Frankreich ſtatt der verheißenen dreißig Schiffe ihm nur ſechs geſtellt, ſich für neutral erkläre. Die Ankündigung fand, wie verabredet war, von Seiten der verbündeten Mächte keinen Widerſpruch [3]).

Inzwiſchen war in London eine Uebereinkunft in Betreff des Landgrafen Georg getroffen. Wratislaw ſchlug vor: man möge in Liſſabon den Landgrafen auf die Flotte zur Mitfahrt einladen. Dann verbürge ſich Wratislaw, daß der Landgraf ſich in die Befehle nicht einmiſchen, auf der Flotte bleiben und nicht eher ans Land gehen würde, bis von Seiten der Spanier der Wunſch verlaute mit einem Bevollmächtigten des Kaiſers zu unterhandeln [4]). Der Vorſchlag ward angenommen und ausgeführt. Der Staats-Secretär Nottingham erkannte durch ein Schreiben an Ormond den Landgrafen Georg als Bevollmächtigten des Kaiſers an. Aber es iſt auffallend, daß man nicht dieſelbe Weiſung auch an den Admiral Rooke ergehen ließ.

[1]) Bericht des Grafen Waldſtein aus Liſſabon vom 27. Juni.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.
[3]) Wratislaws Bericht vom 5. September.
[4]) Desgleichen vom 22. Auguſt.

Digitized by Google

Der Landgraf hatte inzwischen seinen Aufenthalt in Lissabon, vor der Ankunft der Flotte, sehr wohl benutzt. Er hatte von da aus nach Madrid von seiner Anwesenheit und seiner Vollmacht Kunde gegeben. Die Gesandten von Frankreich und Spanien ahnten diese Thätigkeit, und drängten in die Räthe Don Pedros, daß der Landgraf aufgefordert werde, Lissabon zu verlassen. Der König sah sich genöthigt nachzugeben. Der Landgraf seinerseits schien gekränkt, und weigerte das ihm dargebotene Geschenk des Königs anzunehmen. In der Wirklichkeit mochten beide besser einverstanden sein, als der König einstweilen noch kund geben durfte [1]).

Der Landgraf begab sich auf die verbündete Flotte, wo Ormond nun keinen Widerspruch mehr gegen ihn erhob. Vielmehr meldete der Landgraf einige Tage später dem Grafen Wratislaw: „Alle Differenzen zwischen Ormond und mir sind beigelegt, und wir sind bessere Freunde als je zuvor" [2]).

In den letzten Tagen des Monats August warf die verbündete Flotte ihre Anker aus im Angesichte der Stadt Cadix.

Die Unternehmung gegen Cadix im Sommer 1702 ist in besonderer Weise denkwürdig, nicht wegen hervorragender Eigenschaften des Charakters und des Muthes, die dabei entwickelt, sondern wegen der Fülle der Thorheiten, die dabei begangen wurden. Sie hatten ihren scharfen Beobachter in dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt, dessen dem Kaiser eingesendete Berichte darüber der folgenden Darstellung zu Grunde liegen. Sowohl die Stellung der Mächte zu einander, als namentlich das Verhältnis der Parteien in England verstatteten damals nicht eine genaue Darlegung nach diesen Berichten. Dabei verblieb es auch später. Es fehlt nicht an englischen Darstellungen des Herganges; aber sie stützen sich nicht auf diese Basis der Berichte eines an Einsicht und Willen den handelnden Personen überlegenen Augenzeugen [3]).

[1]) Lamberty t. II, p. 249.

[2]) Schreiben des Landgrafen an Wratislaw vom 6. September.

[3]) Die Berichte des Landgrafen, zunächst gerichtet an den Grafen Wratislaw in London, und durch ihn an den Kaiser, im k. k. Archive. In Betreff des Thatsächlichen folge ich ihm fast wörtlich. Seiner Haupt-Relation, vom 29. September, sendet der Landgraf die Versicherung voran, daß er ohne Ansehen der Person und ohne Leidenschaft berichte.

Digitized by Google

Der Herzog von Ormond war Commandant der Landungstruppen, hatte jedoch nicht den Oberbefehl über das Ganze. Der Admiral Rooke als Führer der Flotte handelte ſelbſtändig. Ormond, der hier zum erſten Male eine größere Unternehmung leiten ſollte, war wohlgeſinnt, aber unentſchloſſen. Es fehlte ihm die Autorität ſo ſehr, daß er ſelten wagte, in irgend einer Richtung ohne einen Beſchluß des Kriegsrathes etwas zu thun. Daher war die Subordination der Anderen ihm gegenüber gering. „Er verſteht nicht zu befehlen, ſagt der Landgraf, und ich habe mich oft ſtatt ſeiner geſchämt, wenn ich ſehen mußte, wie wenig ihm gehorcht wurde.“ Der nächſte im Befehl war der Generallieutenant Bellaſis. „Er hat ſein Lebenlang für einen Ignoranten gegolten, ſagt der Landgraf, und ich habe ihn als Brigadier in Irland als ſolchen kennen gelernt, wo er bei Niemandem in Anſehen ſtand.“ Es folgte Lord Portmore. „Er iſt noch der beſte von Allen, ſagt der Landgraf, ſorgfältig, umſichtig, aber von ſo wenig ſelbſtändigem Charakter, daß immer der Letzte ihn dreht und wendet.“ Dann Sir Charles Haro. „Er iſt, meldet der Landgraf, zuerſt Lakai, dann Straßenräuber geweſen. Man gibt ihm Schuld, Geld von Frankreich bekommen zu haben.“ Der Landgraf zeichnet dann die Brigadiere Hamilton, Seymour. „Der letztere als Sohn ſeines Vaters bildet ſich ein in Allem Recht zu haben, alles zu kritiſiren, und iſt in Wirklichkeit ein braver Soldat im Kaffeehauſe.“ Der Brigadier Floyd bei den Dragonern fand dagegen die volle Anerkennung des Landgrafen. Eben ſo der holländiſche Commandant, der Baron Sparr, in Betreff ſeiner militäriſchen Befähigung. Aehnlich auch die holländiſchen Brigadiere.

Zunächſt ſchickte Ormond einen Parlamentär unter weißer Flagge, mit der Ankündigung, daß er gekommen ſei, die Stadt Cadix für den Kaiſer in Beſitz zu nehmen, mit den in ſolchen Fällen üblichen Verſicherungen des Schutzes der Perſonen und des Eigenthumes. Der Gouverneur Brancaccio lehnte ab. Es handelte ſich alſo um die Anwendung von Gewalt.

Die Stadt liegt auf der Spitze einer Landzunge, die jedoch, weil weiter oſtwärts von einem Stromarme durchbrochen, als Inſel bezeichnet wird. Ormond und Rooke beriefen den Kriegsrath der General-Offiziere zu Lande und zu Waſſer. Der Landgraf ward nicht dazu geladen.

Digitized by Google

Es handelte sich um den Vorschlag auf der Insel zu landen, um so die auf dem Ende derselben gelegene Stadt Cadix zur Uebergabe zu nöthigen. Für diesen Vorschlag sprach die geschichtliche Erfahrung, weil der Graf Essex zur Zeit der Königin Elisabeth diesen Plan durchgeführt. Aber die Flotte hatte an der Insel entlang im offenen Meere keine Deckung: sie konnte dort nicht weilen. Von diesem Umstande aus bekämpfte der Generalmajor Haro den Vorschlag. Er legte in ausführlicher Rede alle Eventualitäten dar. „Er hat Fragen gestellt, meldet der Landgraf, die Gott allein beantworten kann." Seine Fragen betrafen die Bereitschaft der Flotte für alle Fälle. Die Seeoffiziere suchten dieselben zu bejahen. Aber die kundgegebene Besorgnis des Haro, wenn es nur das war, wirkte ansteckend auf die anderen Landoffiziere: sie fürchteten auf der Insel dem Hungertode preisgegeben zu werden. Vor den immer erneuten Fragen wichen die Seeoffiziere. Auch die Ansicht Ormonds war gewesen, die Stadt einzuschließen und durch die Bedrohung mit einem Bombardement zum Entschlusse zu bringen. Aber er wagte nicht die Sache auf sich zu nehmen. Daher sah der Kriegsrath ab von einer Landung an der Insel Cadix, und beschloß einstimmig, auf der gegenüber liegenden Seite der Bai von Cadix, also zwischen Rotta und dem Fort Catalina zu landen und von da aus die weiteren Maßregeln zu treffen. Im Angesichte also von Cadix beschloß man sich so weit zu entfernen, daß die Stadt zunächst unerreichbar war.

„Der Beschluß ist ähnlich, sagt der Landgraf, wie, wenn Jemand, um von Linz nach Wien zu gelangen, zunächst von Linz an der Donau stromauf nach Regensburg wandert. — Dieser erste Kriegsrath mit seinem Beschlusse war der Ruin der ganzen Unternehmung."

Die Truppen wurden am 31. August bei Rotta gelandet. Sofort regte sich dort bei Offizieren wie bei Soldaten die Lust zum Plündern. Aber der Ort war arm. Das Verbot Ormonds schlug noch durch. Er legte eine Besatzung von 300 Mann hinein. Die Einwohner, die zuerst geflüchtet waren, kehrten wieder und erklärten sich bereitwillig für den Kaiser. Die Truppen marschirten weiter gegen Porto St. Maria. In der Nähe der Stadt ließ sich Ormond durch Bellasys, Haro und Sparr bereden, die ganze Armee, weil vom Marsche ermüdet, in die Stadt zu legen. Der Zweck jener drei war ein

Digitized by Google

anderer. Sie selber gaben das Beispiel zur Plünderung der unglücklichen Stadt. Die Verbote und Befehle Ormonds verhallten wirkungslos, selbst seine schriftlichen Salvegarden wurden zerrissen. Dasselbe Unheil kam über das arme, am Tage vorher verschonte Rotta. Der grausige Zustand dauerte fünf Tage.

Den dringenden Mahnungen des Landgrafen gelang es endlich, am 6. September die Berufung eines Kriegsrathes zu erlangen. Seine Hoffnung war darauf gerichtet, daß, wenn die Führer sich in eine Unternehmung engagiren ließen, sie dann auch nicht sich weigern würden weiter vorzugehen. Die Hoffnung erfüllte sich in so weit, daß man beschloß das Fort Matagorda anzugreifen. Der Holländer Sparr erbot sich dazu, und marschirte am 8. September mit 2400 Mann über die beiden Gewässer auf Matagorda zu.

Die Hoffnungen des Landgrafen hoben sich wieder. Er wies hin auf die wahrscheinliche Aussicht Porto Real zu nehmen. Mit Hülfe des Generals Sparr und des Obersten Stanhope gelang es ihm, Ormond zu bewegen, daß er den Admiral Rooke durch ein Schreiben ersuchte mit der Flotte gegen Porto Real und Porto Suazo mitzuwirken. Dadurch werde die Möglichkeit gewonnen eine Brücke über den Strom zu legen, und von dieser Seite her sich Cadix zu nähern. Der Seekriegsrath, von Rooke berufen, stimmte zu, und Rooke gab das verlangte Versprechen. So am 9. September. Aber noch hatte der Kriegsrath zu Lande nicht gesprochen. Er verneinte die Möglichkeit der Ausführung, voran Sir Charles Haro. Man begnügte sich nicht damit. Man hob hervor, daß der Herzog von Ormond an die Admiralität geschrieben, ohne vorher den Kriegsrath zu befragen. Um von der Sache wieder abzukommen, stellte man dem Seekriegsrathe neue Fragen, welche der Landgraf als lächerlich bezeichnet, und nahm die Antwort für einen Abschlag auf.

Der Seekriegsrath erbot sich aufs neue eine Landung direct auf der Insel Cadix mit allem Nachdrucke zu unterstützen. Es war der anfängliche Plan, in welchem Ormond mit der Admiralität übereingestimmt. Er wagte nicht den erneuerten Vorschlag dem Kriegsrathe zu Lande vorzulegen.

Der Holländer Sparr, bei seinem Unternehmen gegen Matagorda ohne Unterstützung gelassen, gab es auf, am 15. September.

Digitized by Google

Bereits vorher war auf der Flotte wie im Landheere die Meinung laut geworden: es sei nunmehr in Spanien doch nichts mehr zu verrichten, und darum müsse man heimkehren. Man hielt dem kaiserlichen Bevollmächtigten vor, daß die Hoffnung auf eine Erhebung der Spanier für den Kaiser sich nicht bewährt habe.

Diese Meinung war nicht richtig. Erst am 16. September trafen zwei Bevollmächtigte der kaiserlichen Partei in Madrid bei dem Landgrafen in Porto Maria ein. Diese Partei war sogar sehr stark. Eine Reihe spanischer Granden und der gesammte Adel in Madrid gehörte ihr an [1]). Die Abgesandten legten dem Landgrafen ein chiffrirtes Schreiben vor, unter welchem jedem Namen ein Kreuz beigefügt war. Der Landgraf kannte diese Weise der Spanier, und bemerkte dem Herzog Ormond, daß er sich demgemäß auf die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit dieser Kundgebung durchaus verlasse. Die einzige Bitte von Seiten der Spanier war diejenige um die Gewisheit, daß die unter Ormonds Befehle stehenden Truppen in Spanien überwinterten. Sie empfahlen, daß Ormond nach San Lucar an der Mündung des Guadalquivir marschiren möge, daß es leicht sei dorthin Pferde aus der Berberei herüber zu transportiren. Denn der Mangel an Cavallerie war für Ormond ein hauptsächliches Hindernis. — Wenn der englische Befehlshaber diesen Vorschlag nicht billige, so möge er in dem fruchtbaren Gallicien landen, etwa in der vortrefflichen Bucht von Vigo, oder er möge sich an die Ostseite von Spanien begeben, wo Valencia und Arragonien durchaus kaiserlich gesinnt. Der wesentliche Punct für die kaiserlich Gesinnten in Spanien war die Ueberwinterung der verbündeten Truppen in ihrem Lande. Denn ohne eine solche Sicherheit und Zuflucht werde Niemand wagen sich zu erheben.

Der Landgraf Georg erstattete über diese Sachlage sofort Bericht an Ormond, so wie an Rooke. Er fügte hinzu, daß er als Bevollmächtigter des Kaisers für die Aussagen der Spanier eintrete. So am 19. September.

Bereits zwei Tage zuvor war im vollen Kriegsrathe auf dem Schiffe des Admirals Rooke beschlossen, von jeder weiteren Unternehmung

[1]) Die Worte des Landgrafen: Ils ont envoyé des Principaux et des Grands de ce royaume et de toute la noblesse qui réside dans cette cour-là de Madrid.

Digitized by Google

gegen Cadix abzuſtehen und die ausgeſchifften Truppen wieder einzunehmen. Nun kamen die wiederholten Mittheilungen des Landgrafen. Ormond ſprach ihm mündlich ſeine Geneigtheit aus. Rooke dagegen erwiederte: er habe von dem Staats-Secretär keine Mittheilung über eine kaiſerliche Vollmacht des Landgrafen. Ormond trat für den Landgrafen ein, und legte das officielle Schreiben Nottinghams an ihn den Seeleuten vor. Er verlangte gemäß den Mittheilungen des Landgrafen, daß Heer und Flotte den Winter über in Spanien verblieben, wo immer es ſein möchte. Der See-Kriegsrath antwortete dem Herzoge mit einem von allen einzelnen Mitgliedern unterzeichneten Beſchluſſe: da die Inſtructionen des Admirals von einem kaiſerlichen Bevollmächtigten nichts enthielten: ſo könne auch ein ſolcher nicht anerkannt, noch weniger eine Vorſtellung von ihm angenommen werden. — Der Landgraf erwiederte ſcharf. „Von meinem Vorſchlage, ſagte er, hangt alles ab. Allein nach einer ſolchen Antwort muß ich glauben, daß Niemand jemals hier die Neigung gehabt, das Geringſte zu thun, ſondern Jeder nur gearbeitet hat, wie er die Schuld auf den Anderen abſchieben könne."

Ormond indeſſen war dennoch geneigt. Auch Rooke ſchien mündlich willfähriger zu werden. Deshalb drängte der Landgraf in Ormond, noch einmal die Sache ſchriftlich vorzubringen. Es geſchah. Ormond erklärte ſich bereit zu jeder erneuten Landung, ob an der Stadt Gibraltar, ob in der Bucht von Vigo, bei Corunna, oder wo immer ſonſt es ſei. So am 26. September. Der See-Kriegsrath erwog die Schwierigkeiten, die an jedem einzelnen der vorgeſchlagenen Puncte entgegen treten würden. Dann trat, am 28. September, der volle Kriegsrath zuſammen. Der Landgraf nahm nicht Theil daran, wie er auch vier Wochen zuvor an dem erſten nach der Ankunft keinen Antheil genommen. Allein auch dies Mal redete Allen voran Sir Charles Haro. Er zog die Mehrheit nach ſich. Sie beſchloß die Heimkehr. Der Herzog Ormond und der General Sparr weigerten ihre Unterſchrift zu dieſem Beſchluſſe.

Am 29. September lichtete die Flotte die Anker zur Heimkehr.

„Das iſt, ſagt der Landgraf, das Ende dieſer unſäglich koſtbaren, aber fruchtloſen und unglückſeligen Expedition. Es fehlte zunächſt von Hauſe aus ein beſtimmter Plan, und die Inſtructionen

Digitized by Google

Rookes thun dar, daß man in London die Sache sehr leicht genommen. Dann war ein großer Uebelstand, daß das Commando zu Wasser und zu Lande nicht auf Eine Persönlichkeit vereinigt war, und zwar auf einen Soldaten, der sein Handwerk versteht, und nicht auf den Herzog Ormond, welcher, obwohl der beste Mensch von der Welt, dennoch das Detail einer Armee nicht kennt, namentlich nicht weiß Disciplin zu erhalten und mit Autorität aufzutreten, sondern in allen Dingen sich der Mehrheit fügt. Dazu noch kamen die Misverständnisse zwischen ihm und dem Admiral Rooke, gehegt und gepflegt durch Sir Charles Haro. Ferner kam dazu der Mangel an Cavallerie. Dieser Mangel bestand und diente als willkommener Einwand gegen jeglichen Vorschlag. Aber er war leicht zu beseitigen, sei es von Portugal aus, oder von Tanger, dessen Gesandte sich dazu erboten."

„Durch diesen Ausgang ist aber nicht blos das kostbare Unternehmen vereitelt, sondern zugleich die Sache des Kaisers in Spanien ruinirt. Alles was geschehen, ist zum Vortheile von Frankreich ausgeschlagen oder vielleicht auch absichtlich dahin dirigirt. Denn, die sich in Madrid oder überhaupt im Königreiche Spanien für kaiserlich erklärt, sind nun verloren. Dies schreit zum Himmel. Und dazu haben die Engländer durch die schmähliche Plünderuug ihren Namen den Spaniern verhaßt gemacht."

Es gelang dennoch dem Landgrafen die Absicht eines neuen Fehlgriffes in dieser Richtung noch rechtzeitig abzuwenden. Er erfuhr, daß, nachdem schon jener Beschluß der Heimkehr gefaßt, die Admiralität noch mit dem Gedanken umgehe, vorher Cadix zu bombardiren. Auf seinen energischen Protest unterblieb die Grausamkeit, die, wenn sie überhaupt einen Zweck hatte, nach seiner Ansicht nur zu Gunsten Frankreichs ausschlagen konnte.

Der Landgraf Georg eilte der heimkehrenden Flotte voraus nach Lissabon, im Anfang October. Dort fand er einen Theil dessen, was die spanischen Bevollmächtigten in Porto Maria gemeldet, bereits bestätigt. Der Admiral von Castilien mit einer Anzahl spanischer Edelleute war in Lissabon angemeldet und wurde täglich erwartet.

Wir haben vernommen, daß die Junta in Madrid diesen spanischen Granden zum Botschafter in Frankreich ernannt hatte. Er nahm an. Er schickte einige Diener nach Paris, um dort eine Wohnung

Digitized by Google

für ihn auszufinden. Er traf in Madrid große Vorbereitungen, wie es hieß, um in Frankreich mit Pomp aufzutreten. Dann brach er auf mit einem Gefolge von dreihundert Personen, um die Mitte September. Der Weg ging nordwestwärts. Nachdem jedoch eine bedeutende Strecke zurückgelegt war, so daß ein gegen jede Verfolgung genügender Vorsprung gewonnen schien, wendete sich der Zug völlig zur Linken auf Portugal zu. Es gingen Eilboten voraus an den König von Portugal mit der Bitte um ein gastliches Asyl. Im October traf der Admiral von Castilien mit seinem Gefolge in Lissabon ein, ausgerüstet mit erheblichen Mitteln. Denn die Vorbereitungen zu seiner Reise hatten darin bestanden, auf seine ausgedehnten Besitzungen Gelder aufzunehmen. Von Lissabon aus richtete er ein Schreiben an die Königin in Madrid, mit nachdrücklicher Beschwerde über die Verfolgungen, mit denen der Cardinal Portocarrero und Don Manuel d'Arias ihn überhäuft [1]).

Der eigentliche Grund seines Schrittes zeigte sich in den Worten, mit welchen er dem kaiserlichen Gesandten Waldstein in Lissabon entgegen trat: „Ich habe den Degen für das Haus Oesterreich gezogen und die Scheide weggeworfen" [2]).

Der kühne Schritt des Admirals von Castilien hat später oft die Meinung hervorgerufen, daß er auch früher in Madrid immer die kaiserliche Sache vertreten, als der Führer derselben dem Cardinal Portocarrero gegenüber gestanden habe. Die Thatsachen haben uns gezeigt, daß diese Meinung eben so wenig richtig sein würde, wie die entsprechende über die Königin Maria Anna. Sie beide hatten ja zu Zeiten indirect für Frankreich gearbeitet, und waren erbötig gewesen direct für dasselbe einzutreten, wenn nicht Ludwig XIV. andere Mittel vorgezogen hätte.

Um so wichtiger erscheint der offene Uebertritt dieses Mannes auf die kaiserliche Seite. Der Landgraf Georg, indem er von Lissabon aus dem Herzog von Ormond die Sache meldet, fügt hinzu: „Der Admiral von Castilien vermeinte bei seiner Ankunft zu vernehmen, daß unsere Armee im Besitze von Cadix. Es war seine Absicht, sich

[1]) Lamberty t. II. p. 259.
[2]) Bericht vom 27. October.

Digitized by Google

dahin zu begeben, in der Hoffnung und Erwartung, daß auf seinen Ruf die ganze Provinz Andalusien sich wider die Franzosen erheben werde. Sie ersehen demnach die Bestätigung dessen, was ich nach dem Berichte der an mich gesendeten Spanier in Porto Maria Ihnen und dem Admiral Rooke vorgetragen habe" [1]).

In der That muß dies als Wahrheit angesehen werden. Eine Persönlichkeit wie der Admiral von Castilien handelt nicht aus Ueberzeugung, sondern nach der Zweckmäßigkeit. Indem er im September 1702 so entschieden auf die kaiserliche Seite übertrat, daß ihm, für den Fall der Fortdauer der Herrschaft des Hauses Bourbon in Spanien, die Strafe des Hochverrathes in sicherer Aussicht stand, kann er an die Fortdauer dieser Herrschaft nicht geglaubt haben. Die Unternehmung der Verbündeten gegen Cadix erschien in den Augen des Admirals von Castilien ausreichend, den Thron Philipps V. wieder umzuwerfen. Die zahlreichen Fehler dieser Unternehmung, und namentlich der klägliche Ausgang selbst, befestigten diesen Thron. Die Beschlüsse des vereinigten Kriegsrathes vor Cadix, der erste für den Angriff an verkehrter Stelle, der letzte für die Heimkehr, waren die wichtigsten Erfolge des Jahres 1702 für die Politik Ludwigs XIV.

Unterdessen bot sich der heimkehrenden Flotte noch eine Aussicht etwas zu verrichten. In der Bitte der Spanier, daß die Flotte in einem Hafen Spaniens überwintern möge, war auch die Bucht von Vigo in Gallicien mitgenannt. Der Kriegsrath vor Cadix war darauf nicht eingegangen. Aber nun erhielt während der Heimfahrt der Admiral Rooke eine Meldung, die ihn bewog seine Aufmerksamkeit dennoch auf die Bucht von Vigo zu richten. Der französische Admiral Chateau-Renaud hatte dort mit der spanischen Silberflotte Zuflucht gesucht.

Der Admiral Chateau-Renaud, der mit einer starken französischen Flotte nach Westindien gesegelt war, um von dort aus die spanische Silberflotte heim zu geleiten, hatte anfangs nicht viele Willfährigkeit gefunden. Als seine Bemühungen in Vera Cruz fruchtlos blieben,

[1]) Schreiben des Landgrafen an Ormond vom 9. October.

Digitized by Google

verſuchte er die Sache mit Liſt. Er lud den ſpaniſchen Admiral und andere Oberoffiziere auf ſein Schiff zu Gaſte. Nach der Tafel trat er vor ſie mit der Erklärung, daß er von Philipp V. den beſtimmten Befehl habe, die ſpaniſche Silberflotte zu geleiten. Daher fordere er ſie auf ohne Zeitverluſt die Effecten einzuladen und ſich bereit zu machen. Im Falle der Weigerung nehme er ſie in Arreſt, und werde ſie nach Madrid führen. Auf dieſe Weiſe bedroht, gaben die Spanier nach. Chateau-Renaud einigte ſich mit dem ſpaniſchen Admiral über das Commando, nicht freilich, um die Uebereinkunft zu halten. Sobald man ins offene Meer gekommen, nahm Chateau-Renaud das Commando lediglich an ſich [1]).

Im Spätſommer hatte man in London und Amſterdam die Nachricht, daß Chateau-Renaud am 24. Juli von der Havannah abgeſegelt, daß ſeine Flotte beſtehe aus 17 reich beladenen Gallionen und etwa 30 Kriegsſchiffen. Die letzteren waren in traurigem Zuſtande. Tauſende der Mannſchaft waren dem Klima erlegen, die Schiffe ſelbſt wurmzerfreſſen. Es hieß, daß Chateau-Renaud bis nach Neu-Fundland hinauf ſegele, um dort von den Fiſcherſchiffen her ſeine Mannſchaft in etwas zu ergänzen. Die Augen aller Betheiligten richteten ſich erwartungsvoll nach dem Weſten; denn die reiche Ladung gehörte nur zum Theile der ſpaniſchen Regierung, das andere Privatperſonen, unter denen viele engliſche und holländiſche Kaufleute. Es erfand ſich nachher, daß ſich auf der Silberflotte regiſtrirte Werthe befunden hatten zum Belaufe von dreißig Millionen ſpaniſcher Thaler. Ueber die nichtregiſtrirten Werthe hatte man nur Vermuthungen. Im Allgemeinen aber ſtand feſt, daß ſeit undenklichen Zeiten nicht eine ſo reiche Ladung heim gekommen war [2]).

Nach dem Curſe, den Chateau-Renaud eingeſchlagen, glaubte man auf die Abſicht der Landung in einem franzöſiſchen Hafen ſchließen zu müſſen. Chateau-Renaud jedoch erſah ſich die Bucht von Vigo, und lief dort ein am 27. September, alſo am ſelben Tage, wo der See-Kriegsrath vor Cadix die Qualität der Bucht von Vigo in Erwägung zog und ſich gegen das Einlaufen in dieſelbe und die Ueber-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. September.
[2]) Die Berichte Hoffmanns im October und vom 3. November.

Digitized by Google

winterung dort aussprach. Die Flotte befand sich auf der Heimfahrt, ohne von Chateau-Renaud etwas zu wissen.

In der That hatte dieser seine Maßregeln mit Vorsicht getroffen. Er gab keine Kunde nach Frankreich; erst nach der Ankunft in der Bucht von Vigo entsendete er einen Courier an die Königin in Madrid, und von dort her gelangte die Nachricht am 11. October nach Versailles. Einige Tage später, am 20. October, traf Chateau-Renaud selber dort ein, und meldete dem Könige, daß die gesammte Flotte in der Bucht von Vigo liege, und, nach seiner Ansicht, in voller Sicherheit. Diese Meinung befestigte sich durch seinen Bericht über die getroffenen Anstalten, namentlich den Bau einer Barrikade quer über die Bucht, welche ein etwaiges Einsegeln der feindlichen Flotte unmöglich mache. Man war demnach in Versailles der Ansicht, daß durchaus nichts zu besorgen sei, und erörterte bereits das Verfahren, wie man das feindliche Eigenthum auf der Silberflotte zu ermitteln und demnächst die Gelder zu verwenden habe. Die Erörterungen zogen sich hin bis in den Monat November, wo Nachrichten anderer Art einkamen [1]). Die gesammte Flotte war theils zerstört, theils in die Hände der Gegner gefallen. Es ist, wie so oft im Kriege, merkwürdig, welche kleine Umstände dann wichtige Folgen nach sich ziehen.

Auf der Rückkehr von Cadix entsendete die verbündete Flotte, auf der Höhe von Lagos, eins der Schiffe nach dieser Stadt, um frisches Wasser einzunehmen. Der Capitän desselben, Namens Hardy, hörte den französischen Consul in Lagos rühmen, die Silberflotte sei in Sicherheit, jedoch ohne den Namen des Hafens zu nennen. Um den Namen zu erfahren, blieb Hardy. Unterdessen traf in Lagos ein Courier des kaiserlichen Gesandten Waldstein in Lissabon ein, um den Commandanten der Flotte die Sachlage von Vigo zu melden. Die Flotte war bereits vorbei gesegelt. Aber der Courier wußte auch aus sich jenem in Lagos noch weilenden Capitän Hardy das zu sagen, worauf es für ihn ankam, den Namen der Bucht von Vigo. Hardy eilte der Flotte nach. Es gelang ihm sie auf der Höhe von Vigo einzuholen. Das Meer war jedoch so ungestüm, daß er drei Tage

[1]) Dangeau t. IX, p. 9, 21, 23, 29, 35.

Digitized by Google

hindurch nicht beim Admiral an Bord kommen konnte. Erſt am vierten Tage gelang es ihm Bericht abzuſtatten [1]).

Obwohl der ſofort von Rooke berufene Kriegsrath der Meldung geringen Glauben beimaß, erkannte er doch an, daß die Flotte ſich gegen die Bucht von Vigo zu wenden habe. Bei der Annäherung an dieſelbe fiel ein dichter Nebel ein. Man ſchickte, zur näheren Erkundigung, zwei Schaluppen in die Bucht. Sie nahmen ein Fahrzeug, in welchem zwei Geiſtliche über das Waſſer ſetzen wollten, und brachten dieſe auf die Flotte. Als die Ausſagen derſelben jene Nachrichten beſtätigten, eröffnete ſich für Ormond und Rooke die Hoffnung, die Einbuße an Ehre und Gewinn vor Cadix bei Vigo wieder einzubringen. Nicht dieſelbe Gelegenheit bot ſich für Bellaſis und Haro. Auf den Bericht Ormonds über das Verhalten der beiden in Porto St. Maria hatte die Königin geantwortet mit dem Befehle ſie zu verhaften. Ormond verſtattete ihnen als Arreſtanten bei der Sache zuzuſchauen.

Aber auch der franzöſiſche Commandant hatte Kunde erhalten, was ihm bevorſtand. Die Gallionen waren nicht ausgeladen, weil der Transport der Waaren über die Berge zu beſchwerlich, der eigentliche Beſtimmungsort dagegen Cadix war, wohin Chateau-Renaud ſie unverſehrt zu bringen hoffte. Eben dies entſprach den Wünſchen der betheiligten Kaufleute in London und Amſterdam [2]). Auf die Kunde des Herannahens der Verbündeten wurde noch Vieles landeinwärts gebracht. Zugleich wurden Maßregeln zur Abwehr getroffen. Allein am 12./23. October landete Ormond mit 2000 Mann, bemächtigte ſich der Batterie am Eingange des Hafens, und trieb das zahlreich aufgebotene Landvolk in die Flucht. Das Vertrauen für die Sicherheit der Schiffe gründete ſich hauptſächlich auf die von Chateau-Renaud bereits vor ſeiner Abreiſe angeordnete Barrikade quer über die Bucht, gebildet von Maſten, Kabeln, Ketten, durch leere Fäſſer getragen. Sie wurde zerſprengt durch den Stoß eines unter vollen Segeln dagegen fahrenden Kriegsſchiffes [3]).

[1]) Hoffmanns Berichte vom 11. und 14. November. — Faſt ebenſo Lamberty t. II, p. 252.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 3. November.

[3]) Meldung des Lord Shannon in Hoffmanns Bericht vom 11. November. Man vgl. auch Lamberty t. II, p. 252 et suiv.

Digitized by Google

Im Anblicke dessen warf zuerst der französische Commandant selber Feuer in sein Schiff, aus welchem sofort die Flamme hoch aufschlug. Es war das Signal auch für die anderen Commandanten. Es gelang bei vielen Schiffen, nicht bei allen. Von den 17 Gallionen wurden 9, von den französischen Kriegsschiffen 6 vor den Flammen gerettet.

Der Eindruck des Ereignisses von Vigo durch ganz Europa war mächtiger als alle anderen bisherigen Erfolge des Krieges. Ludwig XIV. ließ den päpstlichen Nuntius zu sich laden und sagte ihm, daß er seine Staaten dem Gebete des Papstes empföhle. Clemens XI. beschloß ein Edict zu erneuern, welches Gebete anbefahl für den Frieden und der Eintracht zwischen den christlichen Fürsten und für den Schutz der heiligen katholischen Religion. Die Glocken sollten um sechs Uhr Abends durch ihr Geläute zu diesem Gebete laden. Aber der Cardinal-Vicar erhob den Einwand, daß dies Edict von Innocenz XI. erlassen sei zur Zeit der Türkengefahr für Wien. Damals sei dies Gebet an die Stelle des Ave Maria getreten. Jedermann habe willig entsprochen; das Volk in den Straßen habe sich beim Klange der Glocken auf die Knie geworfen, alle Wagen seien still gestanden, und die Insassen ausgestiegen, um sich mit dem Volke im Gebete zu einigen. Eine solche Einstimmigkeit sei zur Zeit nicht zu erwarten, und darum rathe er, daß die Stunde zum Gebete für die Herstellung des Friedens unter den christlichen Fürsten und für die Erhaltung der katholischen Religion auf acht Uhr des Abends angesetzt werde. Der Papst beschloß demgemäß [1]).

Auch dieser Schritt des Papstes Clemens XI. dürfte nicht als eigentlich französisch angesehen werden. Eben damals fällten die Räthe des Kaisers über ihn das Urtheil: „Der Papst hat keine andere Absicht als diejenige der Vermittelung und trachtet sich den Weg dazu offen zu erhalten. Aber aus Furcht vor dem Cardinal Janson Forbin ist er diesem in Allem zu Willen." Da Drohungen nicht ausführbar, so rieth die Conferenz dem Kaiser, die Dinge in Rom ihren Gang gehen zu lassen. So geschah es [2]).

[1]) Bericht aus Rom vom 16. December.
[2]) Conferenz-Protocoll vom 13. December.

Digitized by Google

Unverkennbar jedoch gab es in Rom eine Partei, welche in Folge des Tages von Vigo ſich mit Beſorgniſſen trug für die katholiſche Religion. Die Macht Frankreichs zur See, ſagte man, ſei durch den Verluſt ſo vieler Kriegsſchiffe gebrochen: weder Frankreich, noch Spanien würden vermögen, ferner noch als Mächte zur See zu erſcheinen, ſondern ſich darauf beſchränken den Krieg zu Waſſer zu führen nach Art der Barbaresken. Dagegen ſeien dadurch Holland und England ſo ſehr empor geſtiegen, daß, wenn eines Tages ein König von England erſtünde, von gleichem Ehrgeize beſeelt wie der König von Frankreich, man zu fürchten habe, daß er alle Akatholiken um ſich ſammeln und die katholiſchen Mächte zuſammen nicht fähig ſein würden ihm zu widerſtehen. „Und, wenn das Alles ſo wäre, erwiederte der Cardinal Grimani: wer trägt die Schuld? Es war ja doch ein Prieſter der Kirche in Madrid, welcher mehr an ſeine eigene Weisheit glaubte als an das göttliche Walten, welcher darum vermeinte für den Frieden Europas zu ſorgen, indem er mithalf ſein Vaterland zu verrathen durch ein erdichtetes Teſtament, von welchem der gute König Carl II. gar keine Kunde hatte. Möge der König von Frankreich zurückgeben, was er mit Unrecht beſitzt; wollen wir aber nicht zweifeln, daß der gerechte Gott Sorge tragen wird für die Sicherheit ſeiner Kirche“ [1]).

Die beſondere Einwirkung des Erfolges von Vigo auf die fernere Kriegführung der großen Allianz wider das Haus Bourbon wird uns vor Augen treten in den engliſchen Angelegenheiten.

[1]) Schreiben Grimanis an den Kaiſer vom 9. December.

Neunundzwanzigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1703.

Das Parlament von England, in deſſen neugewähltem Unterhauſe die Tory-Partei weitaus die Mehrheit hatte, war einberufen auf den 20./31. October 1702. Noch bevor dasſelbe zuſammen trat, erlitt die Whig-Partei einen beſonderen ſchweren Verluſt. Es war der Tod des Grafen Sunderland, von dem man erwartet hatte, daß er mit Marlborough und Godolphin das Kleeblatt der eigentlichen Regierung ausmachen würde. Vernehmen wir den Bericht des landkundigen Hoffmann darüber an den Kaiſer.

„Geſtern, am 9. October, iſt der famoſe Graf Sunderland geſtorben. Wie ſein Tod, wenn unter den Königen Carl II. oder Jacob II. erfolgt, damals für die Wohlfahrt von Europa ein großes Glück geweſen wäre: ſo darf man jetzt mit Fug ſagen, daß er zu dieſer Zeit ein rechtes Unglück iſt. Denn, obwohl nicht öffentlich anerkannter Miniſter, hat er doch ſeit zehn Jahren bei allen erſprießlichen Beſchlüſſen hauptſächlich mitgewirkt. Unter dieſer neuen Regierung hat namentlich er, bei ſeinem guten Einverſtändniſſe mit Marlborough und Godolphin, die Kriegserklärung gegen Frankreich durchgeſetzt. Die Whigs verlieren an ihm ihre ſtärkſte Stütze und das an Erfahrung reichſte und klügſte Mitglied ihrer Partei“ [1]).

Das Unterhaus wählte einſtimmig Robert Harley wieder als Sprecher. Beide Parteien glaubten bei ihm ihre Rechnung zu finden:

[1]) Bericht vom 10. October 1702.

Digitized by Google

die Whigs, weil er, obwohl aus Abneigung wider die Regierung Wilhelms III. zu den Tories übergegangen, dennoch von Hauſe aus Presbyterianer war, und ſie daher von ihm hofften, daß er für die Thronfolge des Hauſes Hannover eintreten und niemals ſich mit den Jacobiten einlaſſen werde. Die ſcharf ausgeprägten Tories hätten lieber einen der ihrigen gewählt; aber aus Furcht vor einer Spaltung in ihrer Partei, in welcher Harley einen zahlreichen Anhang beſaß, bequemten ſie ſich an [1]).

Beim Zuſammentritte des Parlamentes wußte man in London nur erſt, daß Chateau-Renaud in der Bucht von Vigo Zuflucht geſucht, und daß die verbündete Flotte auf der Heimfahrt war. Man hatte die Hoffnung, die ſich weſentlich auf das ſich hinzögernde Ausbleiben ſtützte, daß vielleicht Ormond und Rooke eine Kunde erhalten hätten und demgemäß etwas gegen Vigo unternehmen würden.

Die Königin erſchien im Oberhauſe, ließ das Unterhaus an die Schranken beſcheiden, und verlas ihre Thronrede. Sie bezeichnete darin den Krieg als gerecht und nothwendig, ſprach dann die Genugthuung aus über die Beweiſe der Anhänglichkeit, welche ihr bei einer neulichen Rundreiſe durch das Land entgegen getragen waren. Darauf wendete ſie ſich an das Unterhaus mit den Worten: „Ich muß den Wunſch ausſprechen, daß Ihr mir die Subſidien bewilligt, welche mich in den Stand ſetzen, unſeren bereits eingegangenen Verträgen und Verbindlichkeiten nachzukommen, ſo wie auch denjenigen, welche noch erforderlich ſind, um unſere Verbündeten zu ermuthigen, und den Krieg da zu betreiben, wo er unſere Feinde am nachdrücklichſten trifft und am wirkſamſten dient, die grenzenloſe Anmaßung Frankreichs einzudämmen.“

Die Königin verlangte weiter eine ſorgfältige Prüfung aller Rechnungen. Sie hob hervor, daß die bewilligten Mittel, auch mit dem von ihr gewährten Zuſchuſſe, nicht gereicht hätten. Sie berührte dann das fehlgeſchlagene Unternehmen gegen Cadix, über welches genauere Berichte noch nicht vorlägen. Sie hob dagegen die Unordnung und den Unfug der Plünderung von Porto St. Maria hervor. „Dies hat mich bewogen, Anordnung zu treffen für eine ſtrenge Unterſuchung.“

[1]) Hoffmanns Bericht vom 31. October.

Sie hoffte, sagte sie weiter, die Session werde kurz sein; jedoch werde man Mittel finden, die Ausfuhr der Wolle zu hindern, und die Bearbeitung derselben im Lande zu fördern. Sie endete mit den Worten: „Wie ich entschlossen bin die gesetzlich festgestellte Kirche zu vertheidigen und zu behaupten und Euch zu schützen in dem Vollgenusse aller Eurer Rechte und Freiheiten: so baue ich auch auf Eure Sorgfalt für mich. Meine Interessen und die Eurigen sind unzertrennlich, und niemals werde ich es an meinen Bemühungen fehlen lassen, Euch Alle sicher und glücklich zu machen“ [1]).

Die Worte: den Krieg da zu betreiben, wo er den Feind am nachdrücklichsten treffe, wurden von Vielen auf Italien gedeutet. Auf die Frage Wratislaws erwiederte Nottingham, daß dies allerdings der Intention der Königin entspreche, und daß sie einzelnen Mitgliedern dies auch schon gesagt. Es sei nicht Brauch, bei Reden vom Throne in Einzelnheiten einzugehen, und dazu sei für die Feststellung der letzteren erforderlich die Anwesenheit Marlboroughs [2]). Er war noch nicht eingetroffen, aber auch nicht die Nachricht von Vigo. Der letztere Umstand ist ferner wichtig für den anderen Passus der Thronrede, welcher eine scharfe Untersuchung über die Unordnung von Porto St. Maria in Aussicht stellte. Die Absicht dieser Worte war zu verhüten, daß das Parlament diese Angelegenheit vor sein Forum ziehe [3]). Wir werden sehen, was nach der Kunde von Vigo daraus wurde.

Es kommt zunächst darauf an, wie die wichtigste Persönlichkeit, die Königin Anna, selber ihre Thronrede ansah. Da die Worte nicht wie die frühere eine Schärfe gegen die Whigs enthielten, so zauderte die Gräfin Marlborough von Windsor aus nicht mit ihrer Anerkennung. In ihrer Antwort gebraucht die Königin mit Nachdruck die Worte: „Meine Rede“ [4]). Es ist sehr wohl möglich, daß, wie der König Wilhelm III. alle seine Thronreden selbständig niederschrieb, auch die Königin Anna an der Abfassung der ihrigen einen bedeutenden Antheil hatte. In England galt die Thronrede als die Arbeit des Staats-Secretärs Nottingham. — Aber Lady Marlborough hatte

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 203.
[2]) Wratislaws Bericht vom 3. November.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 3. November.
[4]) Conduct of the Duchess of M. p. 128.

Digitized by Google

dann neben der Anerkennung ihre eigene Hinneigung zu der Whig-Partei nicht verhehlt. Und darüber sind die Worte der Königin sehr bemerkenswerth. „Ihre Parteilichkeit für die Whigs, erwiederte sie, betrübt mich tief; denn ich möchte wünschen, daß Sie und Ihre arme, unglückliche, getreue Morley auch nicht in der geringsten Sache verschieden dächten. Meine Ansichten darüber gehen nicht aus von Insinuationen der anderen Partei, sondern ich kenne die Grundsätze der Kirche von England und ich kenne diejenigen der Whig-Partei, und darum, nicht aus einem anderen Grunde, urtheile ich über die letztere so wie ich thue. Und auf mein Wort, liebe Missis Freeman, Sie sind bei der Vorstellung, die Sie sich von einem wahren Whig machen, sehr im Irrthum. Denn der Charakter, den Sie ihm beimessen, kommt nicht einem Whig zu, sondern dem Anhänger der Hochkirche. Doch ich will darüber nicht mehr sagen, sondern lediglich um meinetwillen bitten, daß Sie nicht Jenen, für welche Sie eine so große Neigung zu haben scheinen, mehr Anlehnung bieten, als der kirchlichen Partei."

So kurz das Schreiben, so läßt es doch, in Verbindung mit den Gedanken der Thronrede, ziemlich klar erkennen, wie sich die Königin Anna die Dinge zurecht legt und die Widersprüche in ihrer Seele auszugleichen trachtet. Sie trägt die Krone und will sie behalten und will darum den Krieg gegen Frankreich mit allem Nachdrucke führen. Alles dies aber wollen auch die Whigs, und darum müßte die Königin sich stützen zunächst auf die Whig-Partei. Aber die Königin will nicht bloß für sich die Krone behalten: ihr innerster Wunsch ist sie einem eigenen Kinde zu hinterlassen. Das Organ, durch welches allsonntäglich dieser Wunsch durch ganz England seinen Ausdruck findet, empor getragen wird zu Gott, ist die Hochkirche von England. War die Königin schon früher hochkirchlich aus Neigung, so war sie seit ihrer Thronbesteigung eben durch jenen Wunsch mit der Hochkirche auf das innigste verknüpft. Und darum will sie sich stützen auf die Tories, obwohl sie weiß, daß ein sehr großer Theil derselben nur darum für den Krieg wider Frankreich stimmt, weil einerseits die Königin selber, andererseits der Nationalwille es verlangt. Um aber bei sich das Zusammen-Gehen mit den Tories zu rechtfertigen, glorifizirt sie den Eifer derselben, wie ihren eigenen, für die Hochkirche von England. Dieser Eifer ist in ihrer Seele wie ein

Digitized by Google

Bollwerk gegen die Mahnungen des Gewiſſens an das Verſprechen, welches ſie zu Gunſten ihres Bruders dem unglücklichen Vater in St. Germain gegeben, und an welches er, ſterbend, ſie erinnert. Andererſeits iſt in der Seele der Königin Anna dieſer Eifer für die Hochkirche wie eine Rechtfertigung für ihre Abgeneigtheit gegen das Haus Hannover, deſſen kirchliches Bekenntnis in ihren Augen ähnlich erſchien wie dasjenige des Königs Wilhelm, auf jeden Fall als ein fremdländiſches.

Es fragt ſich um die Aufnahme der Thronrede in den beiden Häuſern des Parlamentes.

Das Oberhaus entwarf ſofort eine Adreſſe, welche weſentlich beſtand in Glückwünſchen zu den Erfolgen des Kriegsjahres 1702. Auffallend war darin, weil ungewöhnlich, daß für die Armee in den Niederlanden der Graf Marlborough als Commandant genannt wurde. Es war ein Schachzug der Whig-Partei, berechnet auf die Vorliebe der Königin für die Familie Marlborough. Nachdem der Herzog von Somerſet den Antrag geſtellt, wagten die Tories, aus Beſorgnis zu misfallen, ihrerſeits nicht ſich zu widerſetzen [1]).

Die Adreſſe des Unterhauſes zog ſich einige Tage länger hin. Sie gab in Umſchreibung die Thronrede wieder, jedoch mit einigen Anwendungen. Indem ſie die Erfolge Marlboroughs verherrlichte, fügte ſie hinzu: „welche in augenſcheinlicher Weiſe die alte Ehre und den Ruhm der engliſchen Nation hergeſtellt haben". Dagegen ſträubte ſich die Whig-Partei, weil der letzte Ausdruck einen Schatten auf das Gedächtnis des Königs Wilhelm zu werfen ſchien. Sie beantragte ſtatt des Wortes: hergeſtellt (retrieved) zu ſetzen: behauptet (maintained). Die Tories, welche den erſten Ausdruck beibehalten wollten, waren 184, die Whigs 84, und ſomit war das Verhältnis der Parteien conſtatirt [2]).

Dies Conſtatiren war die hauptſächliche Abſicht der Whigs bei ihrem Antrage geweſen, um danach zu ermeſſen, ob eine Aenderung fernerer Stellen der Adreſſe in ihrer Macht ſtehen würde. Denn gleich der nächſte Abſatz kündigte ihnen nicht viel Gutes an. Er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. November.

[2]) Desgleichen vom 10. November. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

entſprach zuerſt allen Wünſchen der Königin in der Anerkennung ihres Eifers für die Hochkirche, für welche ſie, wie die Adreſſe ſagt, großen Gefahren ausgeſetzt geweſen ſei. Es folgte der Wunſch, daß unter der Regierung der Königin die Hochkirche völlig in die ihr gebührenden Rechte und Freiheiten wieder eingeſetzt werde. „Und dies, ſagte weiter die Adreſſe, kann nur dadurch geſchehen, daß denjenigen Perſonen die Macht genommen werde, welche dargethan haben, daß es an ihrem Willen die Hochkirche zu zerſtören nicht mangele."

Die Whigs faßten dieſe Worte auf als die Bitte der Tories, daß die Königin auch diejenigen Whigs, die etwa noch ſich in Aemtern befänden, entlaſſen möge. „So mag es auch gemeint ſein," fügt Hoffmann hinzu.

Die Tories hatten die Mehrheit und darum war ihr Votum dasjenige des Unterhauſes von England. Die Königin nahm die Adreſſe mit lebhaftem Ausdrucke der Genugthuung entgegen.

Erſt dann, am 31. October/11. November, traf die Nachricht von Vigo ein. Die Tory-Partei hatte geſchwiegen über das Fehlſchlagen der Unternehmung gegen Cadix: der Erfolg von Vigo ſchwoll in ihren Augen hinaus über die Wirklichkeit. Das ſei mehr, hieß es, als die Einnahme von Cadix geweſen ſein würde. Da Ormond und Rooke der Tory-Partei angehörten, ſo erſchien der Erfolg als derjenige der Partei ſelbſt. Bereits drei Tage nach der Ankunft der Kunde ward im Unterhauſe die Anklage von 1701 wider die vier Lords wieder angeregt. Die Mehrheit gelangte zu dem Beſchluſſe: es ſei dem Unterhauſe in der Anklageſache wider verſchiedene Lords, dem Oberhauſe eingereicht im dreizehnten Jahre der Regierung des Königs Wilhelm III., kein Recht widerfahren. Es waren 181 gegen 84 Stimmen. — Es ward jedoch ſofort die Anſicht ausgeſprochen, daß das Unterhaus ſich begnügen werde mit dieſem Beſchluſſe. Denn der Hauptzweck, nämlich der Whig-Mehrheit im Oberhauſe zu zeigen, daß man nun im Stande ſei die Sache durchzuführen, wie man es unter der vorigen Regierung nicht gekonnt, ſei mit dem Beſchluſſe ſelbſt erreicht. Man urtheilte ſogar, daß die Tory-Miniſter ſelber, wenn etwa einige Mitglieder des Unterhauſes die Sache weiter treiben wollten, ſie daran hindern würden. Und unzweifelhaft ſtehe dies in der Macht der Regierung. — Thatſache jedenfalls iſt, daß in dieſem Beſchluſſe

Digitized by Google

des Unterhauses vom 3./14. November jener leidige Zankapfel beider Häuser begraben wurde [1]).

Dagegen hatte der Erfolg von Vigo eine ganz besondere Bedeutung für den ferneren Gang des Krieges wider Frankreich. Wenige Tage vor dem Eintreffen der Nachricht hatte die Königin Anna in ihrer Thronrede angedeutet, daß der nachdrücklichste Angriff dahin gerichtet werden solle, wo der Feind am ehesten zu verwunden, und man hatte dies allgemein auf Italien gedeutet. Die Nachricht von Vigo gab einer anderen im englischen Cabinete auch schon vorher vorhandenen Strömung das Uebergewicht. Diese verlangte den nachdrücklichen Angriff auf Spanien selbst vermöge eines Bündnisses mit Portugal. Wir haben diese Angelegenheit im Zusammenhange zu überblicken.

Dom Pedro von Portugal hatte seine Geneigtheit zu der großen Allianz zu treten, den Sommer 1702 hindurch bereits in verschiedener Weise kund gegeben; aber er verlangte dafür etwas. Es leuchtete bald herdurch, daß er einige Stücke von Spanien fordern würde. Der Gesandte Waldstein in Lissabon war darauf nicht instruirt. Er verhielt sich ablehnend, zum großen Verdrusse des englischen Gesandten Methuen, der mit dem größten Eifer ein Bündnis mit Portugal betrieb. Die Stellung beider Gesandten zu einander schloß eine principielle Frage in sich. Wir haben diese Differenz in der authentischen Form jener Zeit zu vernehmen.

Der Graf Wratislaw meldet am 26. September: „Ich habe einen Bericht Methuens gelesen, in welchem er sich beschwert, daß der Graf Waldstein nicht geneigt sei, dem Könige von Portugal für den Beitritt zur großen Allianz vortheilhafte Bedingungen zu machen. Die englischen Minister sind darüber sehr verstimmt. Sie sprechen mir den Argwohn aus, daß E. K. M. das spanische Königreich nicht achten, sondern gedenken sich lediglich mit Italien zu begnügen. Dies laufe aber dem Interesse der Seemächte durchaus zuwider, stehe ferner auch nicht im Einklange mit meinen Versicherungen, daß E. K. M. alles anwenden würden, um den König von Portugal zur Allianz herüber zu ziehen."

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. November.

Digitized by Google

Von den Seemächten also geht der Gedanke des Angriffes auf spanischem Boden aus, den sie damals bereits bethätigten durch die Unternehmung gegen Cadix. Die Grundansicht auf kaiserlicher Seite dagegen legt sich uns dar in den Worten des Grafen Wratislaw wie folgt.

„Meine principielle Ansicht über den Krieg läßt sich kurz zusammen drängen. Wie die Spanier durch den Theilungsvertrag, welcher ihrer Monarchie die italienischen Länder entzog, bewogen sind, sich mit dem Ganzen an Frankreich hinzugeben: so werden sie bereit sein, unter die Herrschaft des Erzhauses zurückzukehren, sobald sie sehen, daß die italienischen Länder ihnen durch Waffenmacht genommen sind. So lange dies nicht geschehen, hat man auf einen durchschlagenden Erfolg nicht zu hoffen. Die nicht ruhende Antipathie der Spanier wider die Franzosen, die ererbte Anhänglichkeit an das Erzhaus, sind zwar wichtige, nicht jedoch durchschlagende Factoren. Der entscheidende ist die Eigenliebe der Spanier für die Erhaltung ihrer Monarchie. Deshalb wäre der Krieg in Italien mit allen Kräften zu betreiben, zu Wasser und zu Lande. Ich habe diese meine Ansicht auch dem Grafen Nottingham entwickelt und gebeten, daß man doch für das nächste Jahr auf Spanien nicht gedenken wolle" [1]).

Diese Ansicht fand volle Zustimmung im Rathe des Kaisers. Man fügte noch hinzu, daß der Kaiser den Einmarsch in Italien, den Krieg dort unternommen habe auf den Rath und das Andringen des Königs Wilhelm III., daß der Kaiser, dort und am Rheine verwickelt, nicht vermöge, auch nur Ein Regiment nach Spanien zu senden, daß dagegen den Seemächten allein die Eroberung Spaniens schwerlich gelingen werde.

Diese Einwände schlugen im Rathe der Königin Anna nicht durch. Ein Angriff auf Spanien selbst mit der Hülfe Portugals leuchtete dort mehr und mehr als zweckmäßig ein. Aber es entwickelte sich daraus ein neuer Gedanke. Es mußte den Spaniern die Meinung benommen werden, daß Portugal oder die Seemächte an ihnen eine Eroberung machen wollten. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß den Spaniern der rechtmäßige König gegenüber trat. Der Staats-

[1]) Wratislaws Bericht vom 17. October.

Digitized by Google

Secretär Nottingham legte daher dem kaiserlichen Gesandten die Fragen vor: „Wenn Portugal sich für uns erklärt, wenn die Anstalten getroffen werden, Spanien mit starker Macht anzugreifen: wird dann der Kaiser sich entschließen können, seinen zweiten Sohn, den Erzherzog Carl, nach Portugal zu senden? Würde es möglich sein, für eine solche Expedition einige Truppen katholischer Religion zu erhalten?" — Wratislaw erwiederte: „Auf diese Fragen eine bestimmte Antwort zu geben ist schwer. Der Kaiser hat den Neapolitanern gegenüber sich engagirt, den Erzherzog dahin zu senden. Wenn einmal Italien gewonnen, so wird er kein Bedenken tragen ihn auch nach Spanien gehen zu lassen." — Nottingham bestand nicht weiter auf eine positive Antwort: dagegen hob er die zweite Frage hervor. Wratislaw erwiederte: „Sobald der Krieg in Italien zu Ende, werden die Streitkräfte des Kaisers nach Spanien verfügbar sein" [1]).

Es ist die erste officielle Erwähnung des Vorhabens der Seemächte, den Erzherzog Carl nach Spanien zu führen. Wir bemerken, daß sie der Zeit nach vor die Thronrede der Königin fällt, also vor jene Hindeutung auf den Krieg in Italien, daß demnach im Cabinet der Königin ein Entschluß den Krieg in Spanien vorzuziehen, noch nicht gefaßt war.

Der Kaiser lobte jene Antwort Wratislaws vom 24. October 1702. Auch er gab den ausdrücklichen Bescheid: sobald die Lombardei und Neapel reducirt, trage er kein Bedenken, den Erzherzog nach Spanien zu entsenden. So am 14. November [2]).

Allein inzwischen traf in England die Nachricht von Vigo ein. Sie gab im englischen Cabinet den Entwürfen auf Spanien das Uebergewicht. Noch bevor jene Antwort des Kaisers eingetroffen war, stellte Godolphin, am 10./21. November 1702, dem Grafen Wratislaw die Alternative zwischen einem nachdrücklichen Angriffe entweder in Spanien oder in Italien, so jedoch daß er die Vorliebe für den ersteren Plan klar zu erkennen gab. In diesem Falle, fügte er hinzu, sei durchaus nöthig die Allianz mit Portugal [3]). In derselben Richtung ward der Gesandte Stepney in Wien instruirt, und gab großen Eifer kund [4]).

---

[1]) Bericht vom 24. October.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 14. November.

[3]) Wratislaws Bericht vom 21. November.

[4]) Seine Denkschrift vom 1. December.

Digitized by Google

Vom Standpuncte des Kaisers und seiner Räthe aus, welche die Reduction Italiens für die nächste Aufgabe erachteten, bedurfte man der Hülfe Portugals nicht, und war um so eher geneigt diese Hülfe zu entbehren, weil Portugal dafür einen schweren Lohn verlangen würde, nämlich Abtretungen in Gallicien und Estremadura. Um dieser Zumuthung zu entgehen, schlug man von kaiserlicher Seite vor, daß Portugal einstweilen bei seiner Neutralität beharren möge. Gerade das aber war es, was die englische Politik nicht wollte, weil sie darin eine Gefahr für den englischen Handel erblickte. „Wenn Portugal neutral bliebe, erwiederte Stepney, so würde es den gesammten europäischen Handel an sich ziehen können. Dies dürfen die Seemächte nicht gestatten. Mag daher immer auch der Kaiser die Gewinnung von Portugal nicht für so nöthig ansehen: so würde man dennoch besser thun, um der Seemächte willen an Portugal etwas von demjenigen abzulassen, was man noch nicht hat. Denn wenn der Kaiser nichts anbietet, so erhebt sich die Gefahr, daß England und Holland mit den Verhandlungen fortfahren und mehr anbieten, als dem Kaiser genehm" [1]).

Stepney und der Holländer Hamel Bruininx bestimmten dann die Forderungen Portugals näher dahin, daß es einen Theil des spanischen Estremadura und einen Hafen in Gallicien verlange.

In den wiederholten langen Berathungen der kaiserlichen Minister behielt dennoch die Ansicht in Betreff Italiens die Oberhand. Die Conferenz entwickelte ausführlich ihre Gründe. Der Kaiser Leopold gab seine Zustimmung. Es sei zuerst, sagte er, bei den Seemächten auf die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer anzutragen. Wenn sie dennoch bei ihrem Plane in Betreff Spaniens beharrten: so sei doch wenigstens um die Absendung einiger Kriegsschiffe ins adriatische Meer zu ersuchen, damit die Verbindung mit der Armee in Italien offen bleibe. — Dann aber tritt ein neuer Gedanke auf. Wegen der portugiesischen Allianz, fügt der Kaiser hinzu, sei das Gutachten des Admirals von Castilien zu vernehmen [2]).

Er war, wie wir vernommen haben, im October auf portugiesischem Boden eingetroffen. Wie immer er bis dahin geschwankt,

[1]) Conferenz-Protokoll vom 14. November.

[2]) Desgleichen vom 20. December.

Digitized by Google

durch diesen Schritt hatte er seine Existenz an die kaiserliche Sache geknüpft. Und darum durfte auch der Kaiser in dieser wichtigen Angelegenheit ihm Vertrauen beweisen. Da aber der Admiral von Castilien der Natur der Dinge gemäß zunächst an den Wiedergewinn des Königreiches Spanien dachte: so läßt sich schon daraus vermuthen, daß sein Gutachten die Wünsche Dom Pedros von Portugal befürworten werde. In diesem Sinne wird im Laufe des Kriegsjahres 1703 das Gutachten uns vor Augen treten.

Wenden wir dagegen unsere Blicke zurück nach England, so muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß der Plan den Erzherzog Carl nach Spanien zu senden, im Jahre 1702 von dort ausgegangen, von dort her an den Kaiser gelangt ist, daß dieser Plan nicht von Anfang an die Zustimmung des Kaisers fand, daß Leopold vielmehr nur zögernd, schrittweise dem Andringen nachgab. Und zwar ging der Plan aus von der Tory-Partei, die allein im Jahre 1702 im Rathe der Königin Anna vertreten war.

Ja es liegt sogar die Ansicht von Zeitgenossen vor, daß dieser Plan ausgedacht sei von der Friedenspartei unter den Tories, in der Erwartung, der Kaiser werde auf den Vorschlag nicht eingehen, und werde durch seine Weigerung einen Anlaß bieten, ganz andere Maßregeln zu ergreifen [1]). — Jedenfalls ist es gewiß, wie sich später ergeben wird, daß der Hof in Versailles bis zuletzt zweifelte, ob der Kaiser sich wirklich darauf einlassen werde.

Wir werden um neun Jahre später uns den Ursprung des Planes von der Tory-Partei aus gegenwärtig zu halten haben. Die Erfolge des Jahres 1702 kamen in England dieser Partei zu gute, die an dem Kriege überhaupt das geringere Verdienst hatte. Aber sie schien nun eben so kriegseifrig wie die Königin. Bereits in den ersten Tagen wurde der Antrag gestellt, dem Wunsche der Thronrede auf nachdrückliche Kriegführung zu entsprechen. Das Unterhaus bewilligte

[1]) Finalbericht des venetianischen Botschafters in London, Alois Mocenigo, vom Jahre 1706, im venetianischen Archive. Die Worte sind: Fù prestata la dichiaratione dell' Arciduca a nome delle due Nationi marittime con pensiero di quelli, che desideranno la pace, che Cesare non vi aderisce, ed havere da ciò un pretesto di prender nuove misure. Ma la corte di Vienna si piegò alla necessità.

Digitized by Google

am 6./17. November, das von der Regierung verlangte Landheer zu 40.000 Mann für den nächsten Feldzug, und zwar einstimmig: die Whigs und ein Theil der Tories aus Princip, die jacobitischen Tories, weil sie der Forderung der Königin gegenüber und bei dem kundbaren Eifer der Nation für den Krieg nicht anders konnten [1]).

Die Königin suchte diesem Nationalwillen Ausdruck zu geben, indem sie am 12./23. November zur Feier der Siege ein Tedeum in der St. Paulskirche halten ließ. Dies erregte, weil ungewöhnlich, ein besonderes Aufsehen. Man hob hervor, daß seit den Tagen der Königin Elisabeth ein solches Tedeum nicht gehalten war. Richtiger war es zu sagen: seit der Verbannung der katholischen Religion aus England, weil sich im anglicanischen Cultus ein Ersatz für das Tedeum der katholischen Kirche bis dahin nicht fand [2]).

Einen besonderen Eifer bewies die Tory-Partei für die Verherrlichung des Admirals Rooke, welcher bezeichnet wurde als ihr Idol. Nur mischte sich bei den Kundigen in der ersten Zeit in die Freude über ihn die Besorgnis, daß von Seiten des Landgrafen Georg eine Klage über das Verhalten bei Cadix wider ihn erhoben würde. Diese Besorgnis stieg dahin, daß der Staats-Secretär Nottingham bei dem Gesandten Wratislaw dringend verlangte [3]): der Landgraf möge schweigen. Denn im anderen Falle sei es der Königin und der Tory-Partei nicht möglich, für das Interesse des Kaisers einzutreten. „Aus diesem Beispiele, fügt Wratislaw seinem Berichte hinzu, mögen E. K. M. ersehen, wie weit in diesem Lande das Privatinteresse dem öffentlichen vorgezogen wird." — Der Landgraf Georg pflog Rath darüber mit Wratislaw und Hoffmann. Sie beide waren der Ansicht: da geschehene Dinge nicht zu ändern und irgend welche Pflicht, unaufgefordert zu reden, dem Landgrafen nicht obliege: so möge er dem Wunsche der englischen Minister sich fügen. Der Rath entsprach dem eigenen Interesse des Landgrafen, der bereits sich mit dem Plane trug, mit einem englischen Corps von 6000 Mann Gibraltar einzunehmen. Die drei Kaiserlichen einigten sich dahin, daß die eigentliche

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. November.
[2]) Wratislaws Bericht vom 24. November.
[3]) Desgleichen vom 21. November. Er machte vehemente Instanz.

Pflicht wegen Cadix zu reden, dem Herzoge von Ormond zufalle, weil seine Reputation an dem Miserfolge direct betheiligt war. Aber sie sahen voraus, daß die Tory-Minister Mittel finden würden, auch Ormond schweigend zu halten [1]).

In der That gelang nicht bloß dieses. Die Königin hatte in ihrer Thronrede eine scharfe Untersuchung über die Unordnung und den Unfug von Porto St. Maria verheißen. Zu diesem Zwecke war ein Kriegsgericht niedergesetzt. Aber es fand sich kein Ankläger. Der Grund war, daß mehr oder minder fast alle Generale und Offiziere mitschuldig waren, und folglich keiner den andern anklagen wollte. Auch Ormond, der nicht betheiligt war, hüllte sich in Schweigen. Der Admiral Rooke hatte zwar die Specification dessen eingereicht, was die Einzelnen dort auf die Flotte gebracht; doch ward auch dies nicht als ein Zeugnis betrachtet. Das Kriegsgericht suchte die Sache auf den Landgrafen Georg abzulenken, ihn als Ankläger heranzuziehen. Ein Beisitzer des Kriegsgerichtes forderte daher im Namen desselben den Gesandten Wratislaw auf, die betreffenden Briefe einzuliefern. Wratislaw erwiederte: „Bevor ich mich über die Sache äußere, verlange ich von Ihnen zu wissen, wer Sie oder das Kriegsgericht autorisirt hat, mir als kaiserlichem Gesandten eine Zumuthung solcher Art zu stellen“ [2]).

Daß in Wirklichkeit das Kriegsgericht nicht ohne Autorisation gehandelt hatte, ergab sich einige Tage später. Der Staats-Secretär Nottingham trat zu dem Gesandten, und ersuchte im Namen der Königin, Wratislaw möge eine Anklage wegen des Unfuges zu Porto St. Maria eingeben. „Zuerst, erwiederte der Gesandte, erbitte ich mir dies Ansuchen schriftlich.“ „Ich erkenne die Absicht, fügte er hinzu: man will den Landgrafen Georg als Zeugen hinein verwickeln. Eben das aber will ich nicht“ [3]). Nottingham kam mit seinem Ansuchen nicht wieder.

Die Absicht Wratislaws gelang. Eben so aber auch auf der anderen Seite das Bestreben, daß aus der ganzen Untersuchung nichts

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. November.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 12. und 22. December.

[3]) Wratislaws Bericht vom 19. December.

Digitized by Google

kommen ſolle. Obwohl die notoriſchen Exceſſe von Porto St. Maria im September den Unwillen aller Wohldenkenden erregt, und die Königin in ihrer Thronrede eine ſcharfe Unterſuchung in Ausſicht geſtellt hatte, ſchleppte dieſe ſich lange hin, und endete im nächſten Jahre damit, daß Haro freigeſprochen und nur Bellaſis caſſirt wurde [1]).

Da die Erinnerung an Cadix wie erloſchen erſchien, hatte das Unterhaus freie Hand ſeinen Dank für Vigo darzubringen. Es entſendete an Ormond, wie nachher auch an Marlborough für ſeinen Feldzug, eine Deputation. Der Admiral Rooke dagegen als Mitglied des Unterhauſes empfing dort auf ſeinem Sitze den einſtimmig votirten Dank aus dem Munde des Sprechers. Die volltönende Beredtſamkeit, welche Sir Robert Harley über den Erfolg von Vigo entwickelte, ließ nicht erkennen, daß dieſer Erfolg, ſo gewichtig immer er ſein mochte, dem Admiral Rooke ähnlich zugefallen war wie eine reife Frucht, die der Wind vom Baume ſchüttelt. Die Antwort Rookes hielt ſich in dieſem Sinne, war darum ungleich beſcheidener [2]). Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß doch auch der Capitän Hardy, dem in erſter Linie das Verdienſt von Vigo gebührte, nicht leer ausging. Er erhielt den Ritterſchlag und eine namhafte Geldſumme [3]).

Das Zuſammengehen der Tory-Mehrheit im Unterhauſe mit der Königin, ſo wie umgekehrt, gab ſich kund in verſchiedener Weiſe. Ein Mitglied des Unterhauſes, Sir John Packington, erhob eine Anklage gegen den Biſchof von Worceſter wegen unerlaubter Bemühungen gegen ſeine Wahl. Das Unterhaus fand die Anklage begründet, nannte das Verfahren des Biſchofs böswillig, unchriſtlich, willkürlich, und erſuchte die Königin durch eine Adreſſe, ihn ſeines Amtes als Almoſenier zu entlaſſen. Das Oberhaus jedoch nahm ſich raſch ſeines Mitgliedes an, und beſchloß eine Gegenadreſſe an die Königin. Denn das Richteramt über eine ſolche Anklage gebührte dem Oberhauſe. Die Tories vom Unterhauſe dagegen ſagten: ſie hätten

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. März 1703.
[2]) Commons Debates vol. III, p. 244.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 22. December 1702.

Digitized by Google

nicht anders handeln können; denn eine Anklage des Bischofs vor dem Oberhause würde erfolglos geblieben sein [1]).

Nach dem Zeugnisse Unbetheiligter war der Bischof einer der gelehrtesten Männer in England, friedlich, wohlgesinnt. Er wünschte nicht, daß es um seinetwillen zu einer Differenz beider Häuser komme. Er bot daher an aus sich zu verzichten. Allein nachdem das Oberhaus die Sache zu seiner eigenen gemacht, verfing dies nicht mehr. Es kam auf die Königin an [2]).

Das Oberhaus eilte mit seiner Adresse zuvor. Die Königin erwiederte sogleich: „Ich erkenne an, daß jedem Pair und Lord des Parlamentes, und in der That einem jeden Menschen Raum und Gelegenheit gegeben werden muß, über die wider ihn erhobenen Anklagen vernommen zu werden, bevor er bestraft werden darf. Es ist an mich noch keine Klage gegen den Bischof von Worcester gekommen; aber ich betrachte es als mein unzweifelhaftes Recht, jeglichen Diener meiner Person beizubehalten oder zu entlassen, je nachdem ich es für geeignet finde."

Nach dieser Antwort berieth das Oberhaus sofort eine Dankadresse, mit der hinzugefügten Versicherung, daß es ihnen fern gelegen habe, das von der Königin betonte Recht über ihre Diener in Zweifel ziehen zu wollen.

Inzwischen gelangte die Adresse des Unterhauses gegen den Bischof von Worcester nach Kensington. Die Königin erwiederte: „Es thut mir leid, daß sich ein Anlaß zu dieser Adresse gegen den Bischof von Worcester ergeben hat. Ich werde die Anordnung treffen, daß er nicht länger die Stelle als Almosenier behält, sondern werde einem Anderen dies Amt übertragen".

Während die Lords ihre Dankadresse für die erste Antwort der Königin beriethen, gelangte an sie die Nachricht der zweiten. Sie stellten die Berathung ein.

Sie faßten dagegen eine Resolution, ohne Widerspruch, lautend: „Die geistlichen und weltlichen Lords, im Parlament versammelt,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. December.

[2]) Desgleichen vom 5. December. Auch für das Folgende. Der eigentliche Zusammenhang wird in Lords Debates vol. II, p. 45 und Commons Debates vol. III, p. 209 nicht klar.

Digitized by Google

beſchließen und erklären hiermit, daß kein Mitglied ihres Hauſes irgend welche Strafe erleiden darf in Folge eines Verfahrens des Unterhauſes, es geſchehe denn gemäß den bekannten und alt hergebrachten Regeln und Methoden des Parlamentes."

Daß der moraliſche Nachtheil der Sache die Königin traf, ergibt ſich ſchon aus dem Umſtande, daß die Tories im Oberhauſe dieſer letzten Reſolution nicht widerſprochen hatten. Man vernahm von Mitgliedern des Oberhauſes die Rede, daß die Königin den letzten Beſchluß hätte vermeiden können, wenn ſie, auch bei thatſächlichem Willfahren für das Unterhaus, auf die Adreſſe desſelben wenigſtens principiell dieſelbe Antwort hätte geben wollen wie auf diejenige des Oberhauſes. Die Stimmung war beiderſeitig eine ſehr verbitterte [1]). Die zwei im Hofdienſte noch übrigen Whigs, der Oberſthofmeiſter Herzog von Devonſhire und der Oberſtallmeiſter Herzog von Somerſet, boten ihre Entlaſſung an. Die Königin ging nicht darauf ein.

Das Unterhaus bewies ſeinen Dank thatſächlich für den Prinzen Georg von Dänemark. Ein Mitglied, Namens Sir Roger Martins, nahm den alten Plan wieder auf, den Prinzen als König auszurufen [2]). Der Antrag, der namentlich bei der Stimmung des Oberhauſes als undurchführbar erſcheinen mochte, ward beſeitigt. Dagegen ward für ihn im Falle daß er die Königin überlebe, ein Jahrgeld von 100.000 Pfund Sterling beantragt. Der Proteſt der Whigs, daß die Königin als Prinzeſſin nur die Hälfte gehabt und reichlich damit ausgekommen ſei, verhallte. Dennoch verlangten ſie die Abſtimmung. Sie ergab das Verhältnis von 240 dafür, und 31 dagegen [3]).

Der Hauptſchlag, den die Tory-Partei gegen die Whigs zu führen gedachte, im Sinne ihrer Antworts-Adreſſe auf die Thronrede, beſtand in der Einbringung einer Bill wider die gelegentliche Conformität mit dem Cultus der Hochkirche. (Bill against occasional conformity.) Die Antragſteller waren Bromley und der damals noch ſehr jugendliche St. John, ſpäter bekannt unter dem Namen Viscount Bolingbroke, eine Perſönlichkeit von ungemeiner Begabung. Der Antrag ging aus von dem Lobe der Duldung. Dann fuhr er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. December.
[2]) Die Kurfürſtin Sophie an Leibniz Bd. VIII, S. 407.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

Digitized by Google

fort: „Die Gesetze bestimmen, daß zur Uebernahme eines jeglichen Amtes erforderlich ist die Theilnahme am Sacramente des Abendmahles nach der Lehre und dem Ritus der Hochkirche von England. Allein verschiedene Personen, welche von der gesetzlich festgestellten Kirche abweichen, vereinigen sich doch mit den Mitgliedern derselben zur Communion, um dadurch sich zu Aemtern und Bestallungen befähigt zu machen, und kehren dann nachher zu Conventikeln und Versammlungen zurück, deren Cultus mit der Liturgie und der Lehre der Hochkirche nicht übereinstimmt. Dies ist wider die Absicht und den Sinn des bestehenden Gesetzes. Wenn daher irgend Jemand, nachdem er in ein Amt eingetreten, noch wieder an solchen außerkirchlichen Versammlungen Antheil nimmt, so soll er eine einmalige Buße von einhundert Pfund Sterling verbrochen haben, und dazu fünf Pfund Sterling für jeden Tag, welchen er nach begangener That noch im Amte verbringt" [1]).

In etwas herber Weise und doch dem Wesen nach nicht unrichtig hat die damalige Gräfin Marlborough diese Bill wider die gelegentliche Anbequemung kritisirt. „Der Zweck der Bill, sagt sie, war nicht bloß die gelegentlichen Conformisten von allen Aemtern auszuschließen, sondern auch die beständigen Conformisten, welche nur nicht es über sich vermochten den hochkirchlichen Unverstand hinunter zu schlingen, daß man die Religion durch Verfolgung befördern dürfe. Denn da die Tories die völlige Hingebung der Königin an die Hochkirche kannten: so bezeichneten sie ihr diese Bill als den Prüfstein, an welchem sie Freund und Feind unterscheiden könnte, und bezweifelten nicht, daß sie zu den letzteren alle diejenigen rechnen würde, die sich einem so frommen Plane widersetzten" [2]).

Es ist die immer sich erneuernde Wiederholung des einen Satzes: man redet von Frömmigkeit und versteht darunter die eigene Herrschaft.

Man wird nicht verneinen können, daß formell das Recht auf Seiten der Tories war, in so weit durch die gelegentliche Anbequemung positive Gesetze in nicht ehrlicher Weise umgangen wurden. Aber doch auch nur von dem Standpuncte dieser Gesetzgebung aus. Eben diese selber jedoch war ein Uebergriff. Sie war ein Ausfluß des Zustandes,

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 212.

[2]) Conduct of the Duchess of M. p. 140.

Digitized by Google

der durch Heinrich VIII. in England geschaffen, durch die Königin Elisabeth sein letztes Gepräge erhalten hatte, des Zustandes des Caesareopapismus. Ob die Freiheit der Kirche beschränkt wird durch ein weltliches Oberhaupt allein, oder durch ein solches im Vereine mit einer parlamentarischen Versammlung, ist für das Wesen der Dinge gleichbedeutend: der Zustand in Folge der Lossagung von Rom, die Errichtung und das Fortbestehen einer Nationalkirche, ist der Zustand des Caesareopapismus, der unberechtigten Herrschaft der weltlichen Gewalt über die Kirche und kirchliche Dinge. Wie die Tories den Whigs den Vorwurf machten, daß sie positive Gesetze umgingen: so hätten die Whigs das Recht gehabt zu erwiedern, daß die Basis jener Gesetze eine falsche, daß das Recht des Staates Gesetze zu geben, sich über die Gewissen nicht erstrecke. Aber freilich, dieser Einwand von dem Boden des Rechtes und der Freiheit der Kirche aus, lag in dem damaligen England den Whigs eben so fern wie den Tories. Nicht das fundamentale Princip aller wahren kirchlichen Freiheit konnten die Whigs als ihren Schild entgegen halten, sondern sie suchten sich zu helfen auf andere Weise.

Die Whig-Partei im Unterhause vermochte, bei ihrer Minderheit, die Annahme der Bill nicht zu hindern. Diese gelangte an das Oberhaus. Die Königin war erst Willens gewesen, durch ihre Anwesenheit im Oberhause die Tory-Partei moralisch zu verstärken. Jedoch stand sie davon ab, und schickte nur ihren Gemahl, den Prinzen Georg, der, obwohl als Lutheraner durch die Bill mitbetroffen, dennoch den Auftrag hatte für dieselbe zu stimmen. Ueberhaupt hatte der Hof das Aeußerste aufgeboten, und der Kampf war daher lange und hartnäckig. Die Whig-Partei ging nicht darauf aus die Bill als solche zu verwerfen, sondern sie durch neue Anträge zu durchlöchern. Der hauptsächliche derselben war, daß die Bill sich nicht weiter erstrecken dürfe als die Test-Acte. Dadurch wurden zwar die hohen Aemter den Dissenters unerreichbar, es fielen dagegen die schweren Geldstrafen. Der Antrag erlangte endlich die Mehrheit, nämlich 50 gegen 47 Stimmen. Unter den ersteren waren der Erzbischof von Canterbury und sieben andere Bischöfe der Hochkirche [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. December.

Digitized by Google

So der Ausgang der ersten Lesung am 4./15. December. Der Kampf erneuerte sich bei der zweiten am 8./19., und währte acht Stunden lang, heftiger noch als das erste Mal, weil es zu persönlichen Angriffen kam, namentlich gegen den Staats-Secretär Nottingham. Die Geldstrafen wurden abermals verworfen, und überhaupt so viele Aenderungen eingebracht, daß das Unterhaus schwer darein willigen würde. Und eben dies war der Zweck [1]).

In den nächsten Tagen jedoch stieg im Oberhause eine besondere Besorgnis auf. Es war noch in frischer Erinnerung, daß das Unterhaus einige Jahre zuvor, um dem Oberhause den Widerspruch gegen eine Bill abzuschneiden, diese mit einer Geldbill verbunden hatte, weil über eine Geldbill mitzureden dem Oberhause nicht zustand. Um einer abermaligen List solcher Art zuvorzukommen, verwahrte sich das Oberhaus vor der dritten Lesung durch einen eigenen Beschluß gegen ein solches Verbinden (tacking) [2]). Dann begann die Debatte mit erneuter Heftigkeit, so sehr daß die Lords Leeds und Halifax gegenseitig Familienangelegenheiten zur Sprache brachten. Der Sohn des Herzogs von Leeds, Marquis Caermarthen, schickte darauf dem Lord Halifax eine Forderung. Auf die Nachricht ließ das Oberhaus, weil Caermarthen nicht zu finden, wenigstens Halifax mit Hausarrest belegen. Die Zahl der Abstimmenden blieb dieselbe [3]).

Demnach hatte sich die Bill im Oberhause vielfach anders gestaltet als im Unterhause. Es kam daher auf die Conferenzen an, ob ein Ausgleich gefunden werden könne. In den Conferenzen ward eine Fülle von Gelehrsamkeit und Parteigeist entwickelt; aber die Mitglieder blieben beiderseitig bei ihrer Meinung [4]). Die letzte dieser Conferenzen zog sich hin bis gegen elf Uhr Abends; dennoch fanden die rückkehrenden Mitglieder das Oberhaus noch versammelt, und darin auch den Prinzen-Gemahl, der ungeachtet seines asthmatischen Zustandes den ganzen Tag und den Abend bis dahin ausgehalten hatte. Dennoch fruchtete es nicht. Das Oberhaus beschloß mit zwei Stimmen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. December.

[2]) Desgleichen vom 22. December. — Vgl. Commons Debates vol. III, p. 211. Der Beschluß hier jedoch der Zeit nach nicht richtig.

[3]) Derselbe Bericht Hoffmanns.

[4]) Das Protocoll in Commons Debates vol. III, p. 217.

Digitized by Google

Mehrheit, bei seinen Aenderungen der Bill zu beharren [1]). Da voraussichtlich die Mehrheit im Unterhause nicht nachgeben würde: so fiel damit die Bill. Es war freilich darum nicht die Absicht der Tories die Sache überhaupt fallen zu lassen. Wir werden sie um ein Jahr später ihren Versuch erneuern sehen.

Die Kunde dieses Beschlusses erregte bei den Tories im Unterhause heftigen Verdruß. Der Ritter Seymour suchte demselben Ausdruck zu geben. Man hatte eben vorher die Absendung einer Bill beschlossen, welche zum Zwecke des Krieges das Malz besteuerte. Seymour erhob sich und sagte: da die Königin gleich anderen Souveränen ihr Parlament entlassen würde, so bald es die verlangten Subsidien bewilligt habe: so beantrage er die Geldbill nicht eher abzusenden, als bis das Unterhaus wegen jener streitigen Bill vom Oberhause Satisfaction erhalten habe. Allein Seymour schoß darin über das Ziel hinaus. Einige Mitglieder der eigenen Partei widersprachen dem Antrage, unter ihnen sogar How, der seit längerer Zeit schon seinem Eifer Zügel angelegt und bereits einige Male mit den Whigs votirt hatte. Den Ausschlag indessen gab die Aeußerung des Sprechers Harley, daß, nachdem die Absendung der Bill einmal beschlossen, er sie nicht wieder in Frage stellen dürfe [2]).

Es dürfte fraglich sein, ob der Antrag Seymours lediglich dem Verdrusse über das Oberhaus entstammte, oder ob nicht darunter ein tieferer Plan sich verbarg. Wir vernehmen von den kaiserlichen Gesandten unablässig die Klage, daß die Führer der Tory-Partei, unter denen Seymour im Unterhause, Rochester im Oberhause hervorragen, indirect sich bemühen, die der Bethätigung der Allianz entsprechenden Beschlüsse zu hindern. In der That war ja die Gesinnung derjenigen Fraction der Tories, welche kurzweg als die Partei Rochester bezeichnet wird, nicht eine andere geworden als im letzten Jahre des Königs Wilhelm. Sie suchte zu hindern, wo und wie sie unter dem Scheine der Formen es vermochte, und, je nach den Umständen, sich Handhaben zu schaffen für die Zukunft. Dies Bestreben machte sich geltend in Betreff aller Angelegenheiten sowohl nach innen als nach außen.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar 1703.

[2]) Derselbe Bericht.

Digitized by Google

Verfolgen wir dasselbe weiter zunächst in Betreff der englischen Angelegenheiten.

Die Mehrheit des Unterhauses hatte in die Bill der Dotation für den Prinzen Georg, im Falle er die Königin überlebte, die Clausel eingebracht, daß der Prinz ausgenommen sein solle von der Bestimmung der Successions-Acte von 1701, welche die nicht eingeborenen Engländer von öffentlichen Aemtern ausschloß. Die Whigs faßten den Verdacht, daß die Absicht bei dieser Clausel sei, in die Successions-Acte ein Loch zu machen. Denn die Erfahrung lehre, daß wenn eine Bill einmal in irgend einer Weise corrigirt, so pflege dies öfter zu geschehen, und könne zur völligen Durchlöcherung führen. Die Whig-Lords Somerset und Devonshire stellten dies der Königin vor, und wiesen darauf hin, daß die Whig-Mehrheit im Oberhause diese Clausel nicht votiren werde. Daher möge die Königin ihren Einfluß dahin geltend machen, daß im Unterhause die Clausel getilgt werde [1]).

Die Clausel war um so auffallender, da die ausdrückliche Ausnahme des Prinzen Georg in sich schloß, daß die von Wilhelm III. zu Pairs von England ernannten geborenen Ausländer, wie der Herzog von Schonburg, die Grafen Portland, Albemarle, Rochefort und Andere, nach dem In-Kraft-Treten der Successions-Acte, aufhören würden, englische Pairs zu sein. Die Ungerechtigkeit eines Satzes, aus welchem eine solche Folgerung gezogen werden konnte, lag vor Augen.

Die Königin verwandte jedoch nicht ihren Einfluß bei dem Unterhause in dem von Devonshire und Somerset gewünschten Sinne. Die Bill, wie das Unterhaus sie beschlossen, gelangte an das Oberhaus. Die Whig-Mehrheit dort fügte eine Explication hinzu, durch welche nicht bloß der Prinz Georg von Dänemark, sondern die sämmtlichen unter der vorigen Regierung ernannten Pairs von der Anwendung der Successions-Acte auf sie ausgenommen wurden. Mit diesem Zusatze ausgestattet kam die Bill zurück an das Unterhaus. Der Zusatz ward dort verworfen. Abermals also gelangte die Sache an das Oberhaus. Dies Mal erlangte die Bill auch ohne dem Zusatz die Mehrheit Einer Stimme. Der Grund war, daß Schonburg und

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 1. Januar 1703, unabhängig von einander.

Digitized by Google

Feversham, ungeachtet daß auch sie fremde Pairs, die also durch jene Bill mit betroffen wurden, dem Hofe zuliebe für dieselbe gestimmt hatten. „Sie lassen sich durch die Sache nicht weiter anfechten, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, weil der Erfahrung gemäß sich die Gesetze hier fast eben so oft ändern wie das Wetter" [1]).

Es mochte hinzukommen die Erwägung, daß die ganze Bill nur eventuell war, und daß, bei dem schweren asthmatischen Leiden des Prinzen Georg, das Ueberleben seinerseits sehr wenig wahrscheinlich war.

Der Kern aber dieser Angelegenheit ist, daß die Führer der Tory-Partei, da sie direct die Successions-Acte nicht umstürzen konnten, sie auf Umwegen zu durchlöchern suchten.

Derselbe Gegensatz beider Parteien zeigt sich in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten.

Der kaiserliche Gesandte Wratislaw erhob wiederholt Beschwerden über den Ritter Seymour, der im Unterhause Invectiven wider den Kaiser vorbringe. Seymour hatte gesagt: der Kaiser stehe sich selber im Lichte. Er habe den Krieg in Italien völlig vernachlässigt, und verlange die spanische Monarchie vollständig, ohne etwas dafür beizutragen, noch auch nur einen Fußbreit Landes an Portugal abzutreten, oder irgend welche Concession an Bayern zu machen. „Die Reden entsprechen ja überhaupt nicht der Wahrheit, sagte Wratislaw; aber sie können dennoch nur von Jemandem geführt werden, der aus seiner amtlichen Stellung weiß, daß jene Angelegenheiten in Frage stehen." Nottingham vermochte nicht seinen Freund Seymour zu vertheidigen. Er wich aus mit der Antwort, daß die Sache ihm nicht bekannt: die Nachricht müsse von Seiten der Whigs dem Gesandten zugekommen sein. Wratislaw erwiederte, daß er sich einstweilen mit dieser Mahnung begnüge, jedoch Anderes sich vorbehalte. Denn derartige Reden seien darauf berechnet, einen übelen Eindruck zu machen [2]).

Seymour indessen war immer nur eine einzelne Persönlichkeit. Das Trachten Anderer mit ihm zeigte sich einige Tage später in auffälliger Weise.

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 26., 30. Januar und 2. Februar.

[2]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 17. Januar 1703.

Digitized by Google

Die Generalstaaten hatten, mit dem Beirathe Marlboroughs, eine Vermehrung ihrer Streitkräfte beschlossen, wenn England ein Gleiches thue. Sie entsendeten deshalb an die Königin eine Denkschrift, vom 20. December. Die Königin gab sie an das Unterhaus. Nach langer Verhandlung wurde die Verstärkung der Armee um 10.000 Mann auf englische Kosten bewilligt, aber mit der Bedingung: die Königin wolle bei den Generalstaaten darauf bestehen, daß sofort aller brieflicher und Geldverkehr mit Frankreich und Spanien aufhöre, und daß England zur Stellung der 10.000 Mann nicht eher verpflichtet sei, als vom Tage jenes Aufhörens an. Diese Bedingung erschien als durchaus erforderlich; denn die Kaufleute hatten dargethan, daß die Bezahlung der französischen Armeen, sowohl in Italien als am Rheine und in Belgien, erfolge durch holländische und Londoner Wechselbriefe. Diese Thatsache war unanfechtbar. Allein sie hatte stattgefunden auch im vorigen Kriege. Dennoch war das Verbot der Correspondenz nicht erfolgt, und es war vorauszusehen, daß es auch dies Mal auf viele Schwierigkeiten stoßen würde, um so mehr, da über eine so wichtige Angelegenheit jede Provinz der Republik kraft ihrer Souveränetät zu beschließen hatte. Eben darum stieg der Verdacht der Whigs gegen die Urheber dieser Bedingung empor. Die Namen derselben: Seymour, How, Hedges, Finch, schienen darzuthun, daß, außer Marlborough und Godolphin, die sämmtlichen Minister mit ihnen einverstanden waren. Der Haupteinwand der Whigs war: „Seit zwei Monaten wissen wir, daß der Antrag auf die Vermehrung der Truppen für uns in Aussicht war. Wenn nun der Bestand der Correspondenz mit Spanien und Frankreich ein Hindernis dagegen war: warum hat man dies nicht früher ausgesprochen? Das Verknüpfen zweier an sich getrennter Sachen beweist die Absicht der Verschleppung." Es gelang den Whigs einige Tories zu sich herüber zu ziehen, so daß die Mehrheit der Tories geringer war als sonst, 190 zu 123 [1]).

Wir vernehmen über die ganze Angelegenheit die Ansicht eines kundigen Beobachters. „Man sieht nun, sagt Hoffmann, warum die Tories gleich zu Anfang so sehr geeilt die Subsidien zu bewilligen. Nicht um des Gemeinwohles willen haben sie es gethan, sondern um

[1]) Hoffmanns Berichte vom 16. und 19. Januar.

Digitized by Google

dadurch die Forderung, die Zahl der Truppen zu vermehren, im voraus zu vereiteln. Welchen Verdacht dies Verfahren der Tory-Partei bei den Whigs erweckt, ist der Feder nicht wohl anzuvertrauen" [1]).

So Hoffmann. Die Ergänzung des Gedankens dürfte indessen nicht schwer sein: der eine Theil der Tory-Partei, unter der Führung von Rochester im Oberhause, von Seymour im Unterhause, beabsichtigte den Frieden mit Frankreich herbeizuführen und dann die Rückkehr des Prinzen Jacob Stuart.

Der Regel nach verhalten sich das Unterhaus und das Oberhaus zu einander wie Tories und Whigs. Es kommt also auf die Stellung der Königin Anna zu den beiden Parteien an.

Wir haben gesehen, daß sie bei der Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche völlig mit den Tories ging. Es hätte damals bei ihr gestanden, dem Zwiespalte der Parteien ein Ende zu machen, und den Tories zum Siege zu verhelfen. Das Mittel, damals viel erwogen, bestand in der Ernennung einiger neuen Pairs, durch welche die Tory-Partei auch im Oberhause die Mehrheit erhalten würde. Da bei der Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche die Mehrheit der Whigs nur drei Stimmen betragen hatte: so würde eine Anzahl von etwa sechs neuen Pairs völlig ausgereicht haben. Allein es ist kaum anzunehmen, daß nicht auch die Königin Anna die Gefahr durchschaut habe, die in diesem Falle ihr von ihren Freunden drohete. Es stand zu besorgen, daß in diesem Falle die Tory-Partei, in dem Bewußtsein ihrer Macht, überwältigend auftreten, daß die extreme Richtung in ihr die Oberhand behalten, und in Betreff des Krieges und der Succession Beschlüsse fassen würde, welche über die Wünsche der Königin weit hinausgingen. Denn Anna wollte nicht abdanken oder nicht genöthigt werden abzudanken. Sie wollte für ihr Leben die Krone behalten, und, um sie zu behalten, wollte sie, gemäß der weitaus überwiegenden Strömung der englischen Nation, den Krieg wider das Haus Bourbon. Sie war dem Gedächtnisse des Königs Wilhelm so sehr abgeneigt, daß die Tories es wagen durften, jeden Anlaß zu benutzen, um einen Schatten auf sein Andenken zu werfen. Aber, um die Krone zu behalten, trat sie voll und ganz ein

[1]) Hoffmanns Berichte vom 16. und 19. Januar.

Digitized by Google

in die Richtung der Politik nach außen, die er geschaffen. Sie wollte bei sich nicht die Thronfolge des Hauses Hannover in England; aber, um selber die Krone zu behalten, mußte sie thatsächlich die Principien vertreten, welche die Krone nach ihr dem Hause Hannover zusprachen. Denn ihr eigenes Recht war nicht stärker und besser begründet als dasjenige der Prinzessin Sophie. Es war vielmehr genau dasselbe. Wir haben zum Jahre 1702 die bündigen Sätze des Schotten Marchmont vernommen (S. 62), und in der That können, zur Klarstellung des Verhältnisses, diese Gedanken nicht oft genug wiederholt werden. Wenn der Prinz Jacob in St. Germain ein Recht hatte: so war dies Recht nicht das zweite, sondern das erste. Ob in diesem Falle das Recht der zweiten Person, nämlich der Schwester Anna, oder das Recht der dem Blute nach sechsundfünfzigsten Person, nämlich der Kurfürstin in Hannover, dem Rechte der ersten Person vorgezogen wurde — war ein gradueller, nicht ein specifischer Unterschied, also dem Wesen nach einerlei. In diesem Falle war die Königin Anna die Usurpatorin eines fremden Rechtes, des Rechtes ihres Bruders. Wir haben aus ihrem Schreiben über ihre Thronrede an Lady Marlborough ersehen, daß sie die in ihrer Seele widerstreitenden Gedanken zu vereinbaren, die Kluft zwischen denselben zu überbrücken suchte durch ihren Eifer für die Hochkirche. In dieser Beziehung auf England Tory, handelte die Königin Anna nach außen als Whig. Dieser Dualismus in ihrer Seele ist, wir müssen es immer wiederholen, eins der wichtigsten geschichtlichen Momente jener Zeit, nicht bloß für sie persönlich, nicht bloß für England, sondern für das gesammte Europa. „Denn das ganze Hauptwerk dieser Allianz, sagt der Graf Wratislaw, beruht einzig und allein auf dem guten Willen der englischen Nation“ [1]).

Ob die Königin Anna sich selber über diese ihre Position klar wurde, dürfte schwer zu sagen sein. Jedenfalls unterblieb eine Ernennung neuer Pairs damals, wo sie der Sache der Allianz hätte gefährlich werden können, nämlich während der Session des Parlamentes im Winter 1702 auf 1703.

Es erfolgte dagegen eine Veränderung der Richtung von einem Puncte aus, der zu Anfang selbst nur wenigen der handelnden Personen

[1]) Wratislaws Bericht vom 19. Januar.

Digitized by Google

zur vollen Kunde gekommen, oder als besonders wichtig erschienen sein mag. Der Punct betrifft das Ehepaar Marlborough.

Noch bevor der Feldherr vom Festlande heimgekehrt war, beschloß die Königin Anna, sogleich auf die erste Adresse des Oberhauses, welche mit den Erfolgen des Feldzuges in den Niederlanden ihn namentlich hervorhob, ihn zum englischen Herzog zu ernennen. Die Königin gab ihren Entschluß sofort der geliebten Freundin kund. „Ich weiß, fügte sie hinzu, meine liebe Missis Freeman legt nicht großen Werth auf solche Dinge; auch bin ich selber damit nicht befriedigt, weil die Sache nicht genug meine Werthschätzung für Mr. Freeman ausdrückt. Es gibt nichts, was jemals darzuthun vermöchte, wie sehr ich Ihnen ergeben bin" [1]).

Missis Freeman war allerdings mit dem neuen Titel nicht einverstanden, nicht jedoch um des Titels willen an sich. Wir erfahren ihr Bedenken aus der Antwort Marlboroughs an sie auf die Mittheilung der Absicht der Königin. „Ich stimme mit Dir völlig überein, sagt er, daß wir nicht einen höheren Titel wünschen dürfen, bis wir ein größeres Vermögen haben" [2]). Zugleich machte Missis Freeman den Freund Godolphin zum Vertrauten ihrer Bedenken. Er erwiederte: „Ich habe Missis Morley gebeten, bei Ihrer nächsten Begegnung nicht anders von Ihnen zu scheiden, als bis entweder Sie ihrem Wunsche sich gefügt, oder Missis Morley sich herbeigelassen hat Ihre Besorgnisse hinweg zu nehmen."

Diese Besorgnisse wurden hinweg genommen; denn bereits am Tage der Ankunft Marlboroughs in London, am 28. November/9. December, eröffnete die Königin dem geheimen Rathe: „Ich bin so erfreut über die eminenten Dienste, welche der Graf Marlborough dem Gemeinwohl und mir selbst erwiesen, sowohl in der Führung der Armee als in Betreff des gegenseitigen Vertrauens zwischen mir und den Generalstaaten, daß ich Willens bin ihn zum Herzog zu ernennen." Die Worte über das Vertrauen zwischen der Königin und den Generalstaaten enthielten einen Seitenhieb auf die Whigs, weil man in

---

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 304. Auch für das nächst Folgende.

[2]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 152.

Digitized by Google

England ihnen Schuld gab, daß sie in Holland ein Mistrauen gegen die Tory-Regierung der Königin zu erregen suchten [1]).

Es ist nicht unwichtig hier auf einen besonderen englischen Charakterzug jener Zeit aufmerksam zu machen. Sicherlich bedurfte es nicht der Aeußerungen von englischen Whigs nach Holland hin, um dort ein Mistrauen wider die Aufrichtigkeit der Tory-Partei zu erregen. Die Holländer, eben so wie die kaiserlichen Gesandten, hatten dieses Mistrauen aus sich selber, aus ihren eigenen Wahrnehmungen, und machten unter einander darüber kein Hehl. Aber die Engländer, vermöge ihrer Neigung alle Dinge der Welt in englischen Rahmen zu fassen, sahen auch fremde Urtheile über England an als erwachsen auf englischem Boden und von England aus nach auswärts mitgetheilt. Wir werden diesen Charakterzug der Engländer zur Zeit der Königin Anna noch oftmals wiederkehren sehen, besonders bemerkenswerth in den Jahren 1705/6 und 1711/12.

Am nächsten Tage ward die Ernennung Marlboroughs zum Herzoge verkündet. Er behielt, wider die Gewohnheit, aber auf seine Bitte, auch als Herzog den Namen Marlborough, weil er unter diesem Namen der Welt bekannt geworden [2]). Wenige Tage später erfolgte eine Botschaft der Königin an das Unterhaus. Sie hob darin die Verdienste Marlboroughs ähnlich hervor wie in ihrer Anrede an den geheimen Rath, und fügte hinzu, daß sie darum ihm und seinen männlichen Erben den Herzogstitel, so wie, für ihre eigene Lebenszeit, ihm zur anständigen Behauptung dieses Titels ein Jahreseinkommen von 5000 Pfund Sterling beigelegt habe. Wenn es in ihrer Macht gestanden, sagte weiter die Königin, so würde sie das Einkommen in derselben Weise verliehen haben wie den Titel; aber sie glaube hoffen zu dürfen, daß das Unterhaus die Mittel finden werde, diesen begründeten Wunsch zu erfüllen [3]).

Es handelt sich für die geschichtliche Betrachtung hier nicht um die Frage einer Bewilligung von 5000 Pfund Sterling, sondern die Angelegenheit erhielt, wie sich bald ergeben wird, eine weitere Bedeutung.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

[2]) Derselbe Bericht.

[3]) Commons Debates vol. III, p. 210.

Digitized by Google

Das Unterhaus vernahm die Botschaft mit staunendem Schweigen. Dies dauerte an, so daß der Sprecher nach einer Weile sich erhob und rundum blickte, ob Jemand das Wort ergreifen wolle. Dann öffneten sich die Schleusen, und eine Fluth von Reden strömte hervor. „Ich habe ein Hofamt, sagte eins der Mitglieder; aber ich habe es nicht in der Absicht angenommen, daß mein Mund wie zugenäht sein sollte, wenn in diesem Hause Dinge vorgebracht werden, die ich als unheilbringend für mein Vaterland ansehe." Die Redner zählten auf, welche Beträge das Ehepaar Marlborough von verschiedenen Aemtern bereits bezieht. Sie berechneten dies Einkommen auf jährlich 30.000 Pfund Sterling. Nach wiederholten Berathungen kam die Mehrheit des Unterhauses zu dem Beschlusse, ein neues Einkommen von 5000 Pfund Sterling für den Herzog von Marlborough nicht zu bewilligen.

Vernehmen wir darüber die Ansichten nicht betheiligter Augenzeugen.

Hoffmann berichtet: „Sowohl viele Tories, wie die Whigs haben dagegen gestimmt. Marlborough hat bei den letzteren vorher durch seine Freunde zu wirken gesucht. Sie haben ihm rundaus erwiedert, daß sie von ihm nichts als schöne Worte erhalten. Dies ist wahr; denn allen seinen Credit bei der Königin macht er für die Tories geltend. Daß aber auch Tories dagegen gestimmt, hat den Hof aufs höchste befremdet. Es ist die erste Bitte, welche die Königin zu Gunsten einer Privatperson an das Unterhaus richtet. Sie hat sich dadurch exponirt und an den Tag gegeben, daß sie eben so wohl wie der König Wilhelm ihre Günstlinge hat. Marlborough, der auch vorher schon im Rufe stand eigennützig zu sein, hat sich in der Volksmeinung einen unersetzlichen Schaden gethan. Es scheint, daß er von einem Theile der Tories hintergangen worden ist, daß sie ihm alle Vertröstung gegeben, um ihn aufs Glatteis zu führen und dann bloß zu stellen" [1]).

Bestimmter noch drückt sich der Graf Wratislaw aus. „Auch ich habe gemeint, sagt er, daß die Dotation für Marlborough keine Schwierigkeit finden würde; aber der Ausgang hat es anders gezeigt. Ich erkenne, daß Marlborough von Rochester betrogen und absichtlich dem Odium der Nation preis gegeben ist; denn diejenigen Tories,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. December.

Digitized by Google

die mit Rochester halten, haben sich widersetzt und vereinigt mit den Whigs die Oberhand behalten. Marlborough empfindet es schwer. Und in der That, wenn wenige Tage, nachdem beide Häuser des Parlamentes ihm ihre Glückwünsche dargebracht, das Unterhaus in solcher Weise, wie geschehen, seine Privatangelegenheiten bespricht: so hat er ein Recht zu besorgen, daß es künftig damit ihm noch übeler ergehen könne" [1]).

Wir sehen demnach den Kampf zwischen Rochester und Marlborough näher kommen. Jeder von ihnen hatte bei der Königin Anna einen besonderen Vortheil: Rochester, ihr Oheim, stand als Hoch-Tory voran, entsprach daher in seiner kirchlichen Gesinnung völlig derjenigen der Königin Anna; aber bei dem Erfolge, den er und seine Partei im Unterhause über Marlborough davon getragen, hatte auch die Königin Anna persönlich ihren Mitantheil an der Niederlage.

Die Adresse des Unterhauses war allerdings darauf berechnet, den Stachel des Abschlages für die Königin thunlichst abzustumpfen. Sie wiederholte zunächst das Lob des Herzogs Marlborough in aller Beziehung mit den Ausdrücken der Königin. Sie hüllte dann den Abschlag ein in die Besorgnis, einen Präcedenzfall zu schaffen für künftige Veräußerungen des Kroneinkommens. „Denn dieses, sagt die Adresse, nachdem es durch die exorbitanten Vergabungen unter der vorigen Regierung so sehr reducirt war, ist ja neulich durch Ew. Majestät unvergleichliche Gnade und Güte wieder festgestellt und gesichert" [2]).

Die Adresse schloß mit dem Ausdrucke der Freude darüber, daß der einzige Weg die Gunst der Königin zu erlangen, bestehe in dem Verdienste für das Gemeinwohl, und mit der Versicherung, daß jede Belohnung des Verdienstes von Seiten der Königin ihrem Volke zur Satisfaction gereiche.

Die Antwort der Königin faßte nur diese letzten beiden Gedanken auf und wiederholte sie.

Am selben Tage jedoch schrieb sie an das Ehepaar Marlborough wie folgt: „Ich kann nicht ruhig sein, ohne etwas zu thun, um wieder gut zu machen, was im Parlamente so böswillig gehindert ist, und

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 26. December.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 211.

Digitized by Google

darum wünsche ich, daß meine liebe Missis Freeman und Mr. Freeman so freundlich sein wollen, aus meiner Schatulle 2000 Pfund Sterling jährlich anzunehmen, außer den 5000 Pfund Sterling. Dies kann keinen Neid erwecken; denn Niemand braucht es zu wissen. Nicht als ob ich verleugnen wollte, was ich den Personen gebe, die sich verdient machen, namentlich da, wo es unmöglich ist die Verdienste ganz zu belohnen; aber von Ihrem Belieben hangt es ab die Sache geheim zu halten oder nicht. Ich bitte nur, daß meine liebe Missis Freeman mir niemals darauf antwortet, sondern lediglich den Wunsch Ihrer armen, unglücklichen, getreuen Morley erfüllt, welche Sie zärtlich liebt und Ihnen mit der aufrichtigsten Wärme zugethan ist" [1]).

Am selben Tage ließ der Obersthofmeister die Kundmachung ergehen, daß die Königin Anna dasselbe Motto erwählt, dessen sich auch die Königin Elisabeth bedient, nämlich: Semper eadem, und daß darum Jeder, der ein Recht habe sich des königlichen Wappens zu bedienen, gehalten sei diese Unterschrift beizufügen [2]).

So glaubte es damals die Königin Anna von sich, und so durfte, nach ihren Versicherungen, auch das Ehepaar Marlborough von ihr glauben.

Das Ehepaar lehnte in respectvollen, jedoch bestimmten Ausdrücken die neue Großmuth der Königin ab. Jedoch auch auf das Ehepaar Marlborough paßte nicht jenes Motto der Königin. Wir werden bei der späteren Wandlung der Dinge, im Jahre 1711, vernehmen, daß Lady Marlborough die 2000 Pfund Sterling verlangte nicht bloß für das laufende Jahr, sondern nachträglich auch für die gesammten verflossenen neun Jahre.

Zunächst war für Marlborough wichtig der Ausdruck in dem Schreiben der Königin, daß ihr Wunsch im Parlamente in so böswilliger Weise verhindert worden sei. Das Wort bewies, daß die Lage der Dinge günstig war, Rochester zu heben. Und an diesem Puncte griff das persönliche Interesse ein in das allgemeine, erlangte die Feindschaft zwischen Marlborough und Rochester ihr Gewicht für die europäische Allianz wider das Haus Bourbon.

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 154.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Januar 1703.

Digitized by

Denn, aus welchen Motiven immer Marlborough handeln mochte, er erfreute sich damals der vollen Anerkennung wie in der Hofburg in Wien, so namentlich auch bei dem Grafen Wratislaw, der in London an Ort und Stelle die Dinge überwachte. Der Kaiser hatte schon einige Monate vorher gefragt, in welcher Weise er dem Marlborough eine Gnade erweisen könne. Wratislaw rieth ab von einem Geldgeschenke, da im Verhältnisse zu der Opulenz englischer Großen die Mittel des Kaisers zu beschränkt. Am Ende des Feldzuges dagegen schlug er vor, einen kostbaren Degen zu senden. Die Thaten Marlboroughs im Felde lagen aller Welt vor Augen: über seine Leistungen im Rathe erfuhr der Kaiser die sichere Nachricht allein durch Wratislaw. Auf eine Denkschrift desselben, vom 9./20. December 1702, über die schwere Last des Krieges in Italien, entschloß sich die Königin, nach einer langen und stürmischen Sitzung ihres Cabinets, zu einer Subsidie von 100.000 Pfund Sterling für den Kaiser. Wratislaw meldet es heim mit den Worten: „Und ich darf bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen für Marlborough das gebührende Lob auszusprechen, nämlich daß dieser Erfolg hauptsächlich seinem Eifer und seiner guten Gesinnung für die gemeinsame Sache beizumessen ist" [1]).

Ein Uebergewicht Marlboroughs im Rathe der Königin war demnach gleichbedeutend mit dem thatkräftigen Eintreten Englands für die Allianz; ein Uebergewicht Rochesters würde das Gegentheil nach sich gezogen haben.

Die Stelle, welche Rochester und seine Partei für ihn erstrebten, war diejenige des Treasurers, die Godolphin inne hatte. Von Seiten jener Partei erging an den letzteren die Forderung, sich darüber auszusprechen, ob er die unter ihm stehenden Whigs entfernen wolle. Er erwiederte, daß er lieber selber auf sein Amt verzichten als Persönlichkeiten entlassen wolle, auf die er bauen dürfe. In der That scheint Godolphin den Verzicht auf sein Amt ernstlich erwogen zu haben [2]).

Marlborough erkannte, daß der Weg über Godolphin zu ihm gehe, und daß darum die Nothwendigkeit zu handeln für ihn gekommen

[1]) Wratislaws Bericht vom 10. Januar 1703.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Februar.

Digitized by Google

ſei. Er entſchloß ſich [1]). Er ermuthigte zuerſt ſeinen Freund Godolphin zum Beharren. Dann begab er ſich zu der Königin, und legte ihr die Nothwendigkeit dar, Rocheſter zu entfernen, weil die Autorität, die er über einen großen Theil der Tories ausübe, dem Intereſſe der Königin nicht entſpreche. Die Königin ging ein. Sie ließ durch den Staats-Secretär Nottingham dem Grafen Rocheſter bedeuten, daß ſein Amt als Lord-Statthalter von Irland ſeine Gegenwart an Ort und Stelle erfordere, damit er dort das Parlament abhalte. Rocheſter, der nicht durchſchaut zu haben ſcheint, daß ſich die Königin durch ſein und ſeiner Partei Verhalten in der Dotationsſache für Marlborough perſönlich gekränkt fühlte, eilte zu ihr, um ſeine Einwände darzulegen, und ſchloß damit, daß er lieber das Amt in Irland aufgeben würde, als die Führung ſeiner Partei im engliſchen Parlamente. Zu ſeiner Ueberraſchung nahm ihn die Königin gleich beim Worte, und acceptirte den Verzicht auf das Amt. Bereits am nächſten Tage verlautete, daß, anſtatt Rocheſters, ſein Schwiegerſohn Ormond, zum Lord-Statthalter von Irland ernannt, ſich dahin begeben werde [2]).

Einige Tage noch dauerte die Hoffnung der Fraction Rocheſter, daß die Königin ihrem Oheim das Amt des Treaſurers übertragen werde. Aber Godolphin ſaß feſt.

„Die Entfernung der Perſon Rocheſters von den Geſchäften, meldet Hoffmann, wird nicht angeſehen als diejenige eines Privat-Lords, ſondern als diejenige des Hauptes der bei den Tories dominirenden Fraction“ [3]). Eben darum erregte ſie Zweifel und Ungewisheit in der ganzen Partei.

Zugleich kam über die Tories eine Niederlage anderer Art. Das Unterhaus hatte Lord Halifax, Secretär der Schatzkammer, der Nachläſſigkeit und des Vertrauensbruches im Amte angeklagt. Das Oberhaus ſprach ihn frei, und zwar in ſolcher Weiſe, daß der kaiſerliche Geſandte ſeinem Berichte hinzufügt: „Die Tories im Unterhauſe ſtehen ſelber beſchämt, daß ſie das Geſetz, auf Grund deſſen ſie den

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Februar: Es hat viele Mühe gekoſtet, bis Marlborough den Entſchluß gefaßt, den Rocheſter zu heben.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. Februar.

[3]) Desgleichen.

Lord Halifax für schuldig erklärt wissen wollten, nicht einmal begriffen haben" [1]).

In den Reihen der Tories gab sich Schwanken kund. „Die Königin, meldet Hoffmann, hat sich darum wenig zu kümmern; denn sie ist durch die gemäßigten Tories immer Herrin des Unterhauses, und kann, auch wenn diese ihren Wünschen nicht entsprechen würden, ohne Besorgnis das Parlament auflösen und ein neues berufen. Denn, nachdem die Nation einen so starken Verdacht gefaßt, daß die Tories sich dem Prinzen in St. Germain zuneigen, würden sie in einem neuen Parlamente schwerlich die Mehrheit haben" [2]).

Die Folgen dieses Schwankens in der Tory-Partei machten sehr bald sich geltend.

Einige Tage zuvor hatte das Unterhaus, also die in demselben überwiegende Tory-Partei, dem Oberhause eine Bill zugeschickt, durch welche zu Gunsten derjenigen, die bis dahin die Abschwörung des Prinzen in St. Germain nicht geleistet, der Termin dieses Eides weiter hinausgeschoben wurde. Das Oberhaus, also die dort überwiegende Whig-Partei, fügte der Bill einen Zusatz ein, welcher die Abschwörung auch den Mitgliedern des Parlamentes von Irland, so wie allen dortigen Angestellten in Civil und Militär auferlegte. Der Zusatz erklärte ferner diejenigen, welche sich unterstehen würden, gegen die Successions-Acte von 1701 zu reden, zu schreiben, oder eine Aenderung darin vorzuschlagen, des Hochverrathes schuldig. — Der Zusatz war darauf berechnet zu dienen als Prüfstein für die Mitglieder des Unterhauses. „Die Tories dort, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, können diesen Zusatz nicht verwerfen, ohne sich der jacobitischen Gesinnung noch mehr verdächtig zu machen, als sie es bereits sind" [3]).

So am 4./15. Februar. Dann erfolgte jene Entlassung Rochesters, und demgemäß die Unsicherheit, das Schwanken in der Tory-Partei.

Am 14./25. Februar gelangte die Bill mit jenem Zusatze im Unterhause zur Verhandlung. Der Ausgang derselben ward mit hoher

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. Februar.
[2]) Desgleichen.
[3]) Desgleichen vom 16. Februar.

Digitized by Google

Spannung erwartet. Denn jene Ansicht, daß die Verwerfung des Zusatzes gleichbedeutend sein würde mit der Erklärung jacobitischer Gesinnung, hatte sich inzwischen allgemeiner und klarer herausgestellt. Die Fraction Rochester suchte daher der dornigen Frage auszuweichen. Sie wendete sich gegen einen anderen, minder erheblichen Satz in der Bill, und bot gegen denselben allen Nachdruck auf, in der Hoffnung, daß die Verwerfung desselben die gesammte Bill zu Falle bringen würde. Es kam zur Abstimmung zunächst über den von der äußersten Tory-Partei besonders angegriffenen Satz. Die Tory-Partei spaltete sich. Die Gemäßigten, unter ihnen auch der Sprecher Harley, stimmten mit den Whigs für die Beibehaltung des angegriffenen Satzes. Die Mehrheit für denselben betrug eine einzige Stimme, nämlich 118 zu 117. Und dennoch war der Sieg entscheidend. Der rechte Flügel der Tory-Partei wagte nicht mehr, gegen den gesammten wichtigen Zusatz aufzutreten. Die Bill ging durch, wie das Oberhaus sie umgeformt hatte [1]).

Die Entscheidung war von weit reichenden Folgen. Man dürfte nicht sagen, daß damit die Whig-Strömung im englischen Parlamente die Oberhand gewonnen hätte. Aber die Tory-Partei im Unterhause hatte sich zerspalten. „Fortan, meldet Hoffmann, steht es in der Macht des Hofes, durch die Begünstigung der gemäßigten Tories die Dinge so völlig im Gleichgewichte zu erhalten, daß eine Violenz nicht zu besorgen ist."

Es liegt hier die Frage nahe, wie sich der Hof in Hannover gegenüber diesen Schwankungen in England verhielt.

Im Laufe des Jahres 1702 erstarb nach und nach das Gerücht, daß eine Einladung der präsumtiven Thronerbin, der Kurfürstin Sophie, nach England bevorstehe. „Man denkt in England nicht mehr an mich," schrieb die Kurfürstin bereits am 24. September 1702 an ihre Nichte und Vertraute, die Raugräfin Louise von Degenfeld [2]). Dieses Urtheil schien sich bestätigen zu müssen, als auch in

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. Februar.

[2]) Gr. Schonburg Degenfeld'sches Archiv in Eybach.

Digitized by Google

dem neuen Parlamente der Königin Anna im Winter 1702/3 sich keine Stimme erhob, um, im Sinne des doppelten Versprechens des Königs Wilhelm an das kurfürstliche Haus in Hannover, eine reelle Bekräftigung der Successions-Acte zu verlangen. Die Angelegenheit der Succession ward dort in Erinnerung gehalten nur durch die Besuche und durch die Correspondenzen der Engländer.

An den ersteren fehlte es nie. Im Februar 1703 befanden sich in Hannover, außer dem ständigen Gesandten Cresset, und dem außerordentlichen, Lord Winchelsea, der nur als Träger eines Complimentes der Königin gekommen war, etwa zwanzig vornehme Engländer. Einer unter ihnen entwarf von den sämmtlichen Persönlichkeiten eine nicht durchweg schmeichelhafte Charakteristik [1]). Daß diese jedoch in mancher Beziehung zutreffend gewesen sein muß, beweist die kurze Angabe über den mitanwesenden Addison: „Er ist ein sehr guter, und was noch mehr außerordentlich, ein sehr bescheidener Dichter." Addison zog mehr als einer der Anderen die Aufmerksamkeit der Kurfürstin auf sich; doch vermochte selbst ihre Gewandtheit nicht, den stillen Mann ins Reden zu bringen. Geradezu lästig ward ihr der noch junge, aber schwerfällige Lord Winchelsea, das Haupt der alten, angesehenen Familie Nottingham. „Er ist eine gute Creatur, sagt jene Charakteristik, weder großer Politiker, noch guter Tänzer. Er bedürfte einer Anleitung sowohl für seinen Kopf wie für seine Füße." — Allein die Sache hatte noch eine andere Seite. Die Anwesenheit der vornehmen Engländer bereitete der Kurfürstin unvermeidliche Ausgaben. Dies um so mehr, da nach der Weise jener Zeit den Gesandten beim Abschiede kostbare Geschenke gereicht zu werden pflegten. Das Compliment, welches Lord Winchelsea überbrachte, hatte die Kurfürstin mit Diamanten zu bezahlen [2]). Aber an die Mittel ihres Witthums von 40.000 Thalern jährlich wurden auch von anderen Seiten Ansprüche erhoben. Ihre Söhne, die Prinzen Maximilian und Christian, die in der kaiserlichen Armee Dienste genommen, hatten sich allerdings, obwohl widerstrebend, unter das Hausgesetz der Primogenitur gefügt, und empfingen ihre Apanagen von dem ältesten Bruder, dem Kurfürsten

[1]) Abgedruckt in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 5.
[2]) A. a. O. p. 16.

Digitized by Google

Georg Ludwig. Aber daneben nahmen ſie auch gern ihre Zuflucht zu der milden Hand der Mutter, die, obwohl ihre Söhne der Heimat fern blieben, dennoch ihnen ihre volle Liebe bewahrte. Dazu endlich kam, daß die Kurfürſtin durch die Anforderungen, welche der Brauch jener Zeiten ihr zu Gunſten engliſcher Geſandten auferlegte, ſich beengt fühlte in ihrer Neigung zur Wohlthätigkeit. Sie drückt ſich einmal darüber zu Leibniz mit den Worten aus: „Ich habe von der engliſchen Succeſſion nur Koſten, keinen Vortheil."

Von Seiten mehrerer Engländer trat an die Kurfürſtin namentlich der Wunſch heran, daß ſie einen engliſchen Caplan annehmen möge. Sie erwiederte darauf durch ihre Nichte in Frankfurt dem dortigen Reſidenten Davenant: „Er iſt nicht der Einzige, der mir dieſen Vorſchlag gemacht hat. Wenn ich ihn ausführte, ſo würde ſich getreu das Wort des Herrn erfüllen: wo zwei oder drei verſammelt ſind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen — denn über dieſe Zahl hinaus würden wir es nicht bringen. In Holland unterhält die Königin an mehreren Orten Geiſtliche der Hochkirche. Wenn der Eifer Ihrer Majeſtät ſich bis nach Hannover erſtreckte, und beitragen wollte die hier geplante reformirte Kirche fertig zu bauen: ſo würden wir ſie die engliſche Kirche nennen, und dann das Buch of common prayer in beiden Sprachen leſen. Kann der Herr Davenant uns das verſchaffen, ſo ſoll er für einen großen Heiligen gelten" [1]).

Es miſcht ſich hier, wie ſo häufig bei der Kurfürſtin, Scherz und Ernſt. Die Verehrung für das Buch of common prayer war ſeit ihrer Jugend mit ihrem Leben verwachſen.

Daß die Kurfürſtin die eigentliche Geſinnung der Königin Anna durchfühlte, kann nicht zweifelhaft ſein. Dazu gelangten an ſie manche directe Aeußerungen, daß ein Verkehr mit Hannover am Hofe in Kenſington nicht zur Empfehlung gereiche. Einer der Erſten, der demgemäß die Beziehungen mit Hannover abbrach, war derſelbe George Stepney, der zur Zeit Wilhelms III. ſeine Loyalität ſo ſehr freigebig in Betreff ſeiner eigenen Lebensjahre ausgeſprochen hatte, damals engliſcher Geſandter in Wien [2]).

[1]) Schreiben der Kurfürſtin an die Raugräfin Louiſe, vom 5. Juli. Eybacher Archiv.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. VIII, Einleitung, S. LXVI.

Digitized by Google

Andere Correspondenzen dagegen knüpften sich an. Sie alle, sowohl diejenigen mit Engländern als über England, prägen nach wie vor den einen Charakterzug des Verhaltens von Hannover aus, sich weder in die englischen, noch in die schottischen Angelegenheiten in irgend einer Weise einzumischen. Als jener wichtige vorberührte Kampf der Parteien im englischen Parlamente die Aufmerksamkeit Europas gespannt hielt, äußerte sich die Kurfürstin in einem Briefe an die Raugräfin Louise, vom 20. Februar: „Mein Schnupfen und Husten macht mir mehr Unruhe als die Angelegenheiten in England" [1]).

Allein da von dort aus auch gar nichts geschah, was hätte dienen können, im Falle des Todes der Königin Anna die Thronfolge in der gesetzlich festgestellten Weise zu verwirklichen, so ließ sich die Kurfürstin Sophie bewegen, selber einen Schritt in dieser Richtung zu thun. Am 4. Juni 1703 zeichnete sie drei Vollmachten für den Gesandten des kurfürstlichen Hauses in England, Freiherrn von Schütz. Er ward darin autorisirt, im Falle des Todes der Königin Anna, bis zur persönlichen Ueberkunft der Kurfürstin ihre Rechte zu vertreten. Die eine der Vollmachten betraf England im Allgemeinen; die zweite für den Fall, daß der Prätendent eine Unternehmung wagte; die dritte betraf Schottland [2]).

Die Frage, ob Vollmachten solcher Art im Falle des Ereignisses eine praktische Bedeutung erlangen konnten, würde müßig sein, weil zwei Jahre später vom englischen Parlamente aus die erforderlichen Bestimmungen getroffen und von der Königin sanctionirt wurden, die im August 1714 zur Anwendung kamen. Es genügt die Thatsache angegeben zu haben, daß jene Vollmachten existirten.

Die Hoffnungen der Whig-Partei dort waren unterdessen im Steigen. Diejenigen im Oberhause entwarfen den Plan, von dem heftigen Vorgehen des Unterhauses gegen Halifax her den Anlaß zu nehmen, um die Differenz darüber zwischen beiden Häusern zum offenen

[1]) Gr. Schonburg-Degenfeld'sches Archiv in Eybach.

[2]) Die Actenstücke in den Robethon-Papieren des historischen Vereins für Niedersachsen in Hannover.

Digitized by Google

Bruche zu bringen. Sie hofften dadurch die Königin in die Nothwendigkeit zu setzen das Parlament aufzulösen und ein neues zu berufen. Deshalb verlangte das Oberhaus über die Sache des Lords Halifax eine Conferenz mit dem Unterhause. Die Tories jedoch dort durchschaueten den Plan. Die Conferenz ward bewilligt; aber in derselben traten die Tories mit einer bisher in dieser Session an ihnen ungewohnten Bescheidenheit auf. Sie zogen zurück und entwanden dadurch dem Oberhause die bereits als sicher gehoffte Gelegenheit [1]).

Die Königin drängte unterdessen auf den Schluß der Session. Bei diesem Anlasse bemerken wir einen großen Unterschied in dem Verhalten des Parlamentes von demjenigen in den Zeiten Wilhelms III. Wie oft und schwer hatte der König geklagt, daß das Zaudern des Parlamentes die Geschäfte zu beenden, ihn in England zurück halte und es ihm unmöglich mache, rechtzeitig den Feldzug zu beginnen! Auf jene Aufforderung der Königin Anna erwiederte das Unterhaus sofort durch eine Adresse, daß die Geschäfte erledigt seien. Am nächsten Tage, dem 27. Februar/10. März, erschien die Königin im Parlamente, sanctionirte eine lange Reihe Bills und und verlas dann ihre Thronrede. Diese war durchweht von dem Geiste des Anglicaners Nottingham.

Nachdem die Königin darin ihren Dank für die bewilligten Mittel ausgesprochen, wandte sie sich zum Lobe der englischen Hochkirche. „Ich wünsche und erwarte von Euch, sagte sie, daß Ihr Euch angelegen sein lasset, je in Eurer Heimatsgegend die Ruhe und den Frieden meiner Unterthanen zu erhalten und zu bewahren. Ich hoffe, daß diejenigen meiner Unterthanen, welche das Unglück haben von der englischen Kirche abzuweichen, ihre Sicherheit und Befriedigung finden durch die Duldungsacte, welche ich entschlossen bin aufrecht zu halten. Alle diejenigen dagegen, welche das Glück und den Vortheil haben der Kirche von England anzugehören, wollen betrachten, daß ich darin meine Erziehung empfangen habe, und bereit gewesen bin für ihre Erhaltung große Gefahren auszustehen. Darum dürfen sie sicher sein, daß ich meine beständige Sorgfalt immer darauf richten werde, diese Kirche wie sie durch das Gesetz festgestellt ist, und jedes, auch das

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. März.

geringste, Mitglied derselben bei allen ihren gebührenden Rechten und Privilegien zu erhalten. Und bei jeder Gelegenheit einer Beförderung zu geistlichen Würden werde ich mein besonderes Augenmerk auf diejenigen richten, welche sich auszeichnen und hervorragen durch ihre Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und beständigen Eifer für die Kirche, damit ich sowohl dadurch als durch andere geeignet erscheinende Mittel, sie sicher befestigt auf die Nachwelt bringen kann" [1]).

Die Rede schloß mit einer Mahnung gegen schlechte Erzeugnisse der Literatur, und mit dem Versprechen der Königin ihren Antheil an den gemachten Prisen für den öffentlichen Dienst abzutreten.

Es ward von allen Seiten bemerkt, daß die Thronrede auch nicht mit Einem Worte die festgesetzte Thronfolge berührt hatte [2]). Dagegen, sagte man, habe die Königin die Ruhe und die Einigkeit der Unterthanen empfohlen, und doch habe eben sie alles gethan, was sie vermocht, um die Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche durchzusetzen, eine Bill, die, wenn das Oberhaus nicht dagegen eingetreten wäre, die englische Nation in zwei Parteien zerspalten hätte, Verfolger und Verfolgte. Besonderen Anstoß erregte bei den Whigs die Stelle, in welcher die Königin von den eigenen Gefahren sprach, denen sie ausgesetzt gewesen sei. Denn worin bestanden diese Gefahren? — Die Untersuchung der Papiere Wilhelms III. hatte ja doch die Gerüchte von einem Plane die damalige Prinzessin Anna bei Seite zu setzen, als nichtig dargethan.

Wratislaw kommt in seinen Betrachtungen zu dem Ergebnisse, daß der einzige Zweck der Minister bei dieser Thronrede sein könne, die englische Nation in sich zu spalten.

Aehnlich sieht Hoffmann die Sache an. „Es hangt, sagt er, alles von dem Feldzuge ab. Ist er unglücklich, so werden diejenigen, die nicht für den Krieg gewesen, die Gelegenheit nicht versäumen, um Frankreich den Frieden anzubieten, um es dadurch in den Stand zu setzen, den Prinzen in St. Germain hier auf den Thron zu bringen."

Die weiteren Schritte der Königin nahmen solche Besorgnisse nicht hinweg. Sie hatte es unterlassen während der Session neue

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 277.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 13. März.

Digitized by Google

Pairs zu ernennen; aber es geſchah gleich nachher. Mit Erſtaunen und Befremden vernahmen die Whigs die Namen Gower, Finch, Granville und Seymour. War der letztere als Sohn des Führers im Unterhauſe ſchon durch den Namen gekennzeichnet: ſo ward die Tory-Richtung in ihm übertroffen durch diejenige in Granville als dem einzigen, der wider die Succeſſions-Acte von 1701 im Parlamente proteſtirt hatte. Es ward den vier Tories nur ein einziger Whig beigeſellt, Hervey, und zwar, wie die Herzogin von Marlborough erzählt, auf ihren Betrieb, gegen den Widerſpruch der Tories, der ſo weit ging, daß jene vier zuerſt Bedenken trugen, die Pairſchaft anzunehmen, wenn Hervey mit ihnen dieſelbe erlangen ſollte [1]). Ferner ernannte die Königin zwei Herzöge: den Grafen Rutland, deſſen Verdienſt in ſeinem Reichthume beſtand, und den Marquis Normanby, den vertrauten Freund des früheren franzöſiſchen Botſchafters Tallard. Normanby als Herzog von Buckingham wird noch oft im Laufe der Zeit uns vor Augen treten [2]).

Wratislaw und Hoffmann ſprechen beide ihren Verdruß über Marlborough aus, der, nach ihrer Anſicht, dies abermalige parteiiſche Vorgehen der Königin zu hindern vermocht hätte. Indeſſen Marlboroughs Gedanken wurden damals zum vollen in Anſpruch genommen durch die Krankheit und den Tod ſeines einzigen Sohnes, der, ſechszehnjährig, zu Cambridge an den Blattern ſtarb. Nach der Rückkehr von dort ließ Marlborough, obwohl er ſonſt jeden Beſuch ablehnte, den Grafen Wratislaw zu ſich bitten. „Allein der Tod ſeines Sohnes, meldet Wratislaw, hat ihn ſo hart gebeugt, daß nichts Rechtes mit ihm zu reden war.“ Marlborough ſprach nur die Bitte aus, daß Wratislaw auf ſeiner beabſichtigten Reiſe nach Wien ſich zu ihm ins Hauptquartier begeben wolle, wo ſein Gemüth freier ſein werde.

Wratislaw ſah in der That die Lage der Dinge in England, auch für Marlborough ſelber, als ungünſtig an. „Seine Differenz mit Rocheſter, meldet Wratislaw, iſt eher vermehrt als vermindert. Wenn Marlborough aber meint die Spaltung in der Partei Rocheſter

[1]) Conduct of the D. of Marlborough p. 127.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 16. März.

Digitized by Google

dauernd zu erhalten: so lehrt die Erfahrung, daß die Tories von ihren Grundsätzen niemals anders abtreten als gezwungen" [1]).

Und dennoch hatten sich bei der Königin Anna, trotz aller ihrer Parteilichkeit für die Tories, die Dinge bereits völlig gewendet, man dürfte nicht sagen: zu Gunsten der Whigs, sondern zu Gunsten des Ehepaares Marlborough.

Die Erfahrung, welcher der Graf Rochester mit seiner Statthalterschaft von Irland gemacht, hatte ihn noch nicht überzeugt, daß seine Autorität als Oheim eben so wenig wie sein hochkirchlicher Eifer ausreichten, bei der Königin vergessen zu machen, daß er ihrem öffentlich kund gegebenen Wunsche für das Ehepaar Marlborough entgegen gearbeitet. Da er ungeachtet der Niederlegung jenes Amtes Mitglied des geheimen Rathes blieb, so ließ die Königin ihm, wie früher, jede Sitzung ansagen. Rochester erschien nicht. Nach wiederholter Erfahrung dessen ließ die Königin, am 11./22. März, ihm kund thun, daß er keine Ladung mehr erhalten werde. Am nächsten Tage erschien Rochester in den Vorzimmern der Königin. Was immer er damit beabsichtigt haben mochte: die Königin nahm es für einen Affront [2]).

Es ist nicht erhebend zu sagen, daß Vorfälle solcher Art ihren gewichtigen Einfluß ausüben können auf die Geschicke der Völker. Und dennoch ist es so. Erst von da an, seit diesem Bruche der Königin Anna mit dem anmaßenden Oheim, steht der Herrschaft der drei Persönlichkeiten, des Ehepaares Marlborough und Godolphins, für eine Reihe von Jahren kein Hindernis mehr entgegen.

Noch vor der Vertagung des englischen Parlamentes hatte an mehr als einer Stelle in Europa, im Frühlinge des Jahres 1703, die Kriegesthätigkeit begonnen. Bevor wir indessen auf die Einzelnheiten eingehen, haben wir die Veränderungen ins Auge zu fassen, die, im Laufe des Jahres 1702, in dem gesammten Kriegsplane wider das Haus Bourbon eingetreten waren.

[1]) Wratislaws Bericht vom 20. März.

[2]) Desgleichen vom 23. März. — Man vgl. zu dem Ganzen Conduct of the D. of M. p. 142.

Digitized by Google

Der sechste Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701 sprach den Seemächten diejenigen Plätze in Westindien zu, deren sie sich mit Waffengewalt bemächtigen würden. Wir haben vernommen, daß Wilhelm III. nachher auf den anderen Gedanken kam, alle etwaigen Eroberungen in Westindien nur für den Kaiser zu machen, und daß er deshalb in Wien und über Wien in Rom die Absendung von Priestern und Ordensmitgliedern nach London verlangte, welche, auf der Flotte der Seemächte hinüber getragen, den Katholiken Westindiens die Bürgschaft geben würden, daß Niemand etwas Feindseliges wider die Religion beabsichtige. Nur hatte der König Wilhelm III. darüber nicht eine öffentliche Erklärung in England beabsichtigt. Die Königin Anna trat in diese Gedanken ein. Ihre Minister jedoch hoben noch stärker hervor, daß man nicht durch eine öffentliche Erklärung den Glauben der Engländer an eigene Eroberungen in Westindien zerstören dürfe [1]). Es war damals die Absicht, daß nach der gehofften Eroberung von Cadix 25 englische und 10 holländische Schiffe nach Jamaika übersegeln sollten. Zum Commandanten des Ganzen ernannte die Königin den Lord Peterborough. Die Ernennung fand in England nicht allgemeinen Beifall. Graf Peterborough, früher Lord Monmouth, erschien als ein Charakter voll Widersprüche, in dessen Leben glänzende Leistungen abwechselten mit sehr dunkelen Flecken. Der Graf Wratislaw faßte die ersteren ins Auge, um so mehr da Peterborough bei jeder Gelegenheit einen regen Eifer für die Sache des Kaisers kund gegeben. Namentlich erschien die wohl bekannte, an Verwegenheit grenzende Kühnheit des Grafen Peterborough für eine Expedition nach Westindien als eine Empfehlung [2]).

Der unglückliche Ausgang der Unternehmung gegen Cadix vereitelte auch die Ausführung des Planes in dieser Weise. Er ward darum noch nicht aufgegeben. Allein bei den Ministern der Königin stieg wieder die Neigung empor, daß, gemäß jenem Wortlaute der großen Allianz, England an etwaigen Erwerbungen dort seinen Antheil haben müsse. Unterdessen trafen die von kaiserlicher Seite für den westindischen Plan deputirten Priester in London ein. Ihre

[1]) Wratislaws Berichte vom 9. Mai und 7. Juli 1702.

[2]) Wratislaws Bericht vom 6. October; derjenige Hoffmanns vom 17. October.

Beſorgniſſe bewogen Wratislaw, bei den engliſchen Miniſtern abermals mit Nachdruck die Sicherſtellung der katholiſchen Religion in Weſtindien zu fordern. Er ſtellte das Verlangen, daß der Religionsbeſtand in den weſtindiſchen Ländern der ſpaniſchen Krone durchaus unberührt gelaſſen werde, daß keine Kirche dort zur Ausübung eines nichtkatholiſchen Gottesdienſtes in Anſpruch genommen, daß in Kirchen und Klöſtern nichts profanirt werde, und daß zur Verhütung alles deſſen ſcharfe Befehle erfolgen ſollten [1]).

Marlborough hielt feſt an der Anſicht des Königs Wilhelm, daß England beſſer thun würde in Weſtindien alles etwa Genommene dem Kaiſer zu überlaſſen. „Allein, fügte er dann hinzu, da die Erklärung des Königs Wilhelm nur mündlich gegeben iſt, ſo folgern die hieſigen Miniſter, daß dieſe mündliche Erklärung den ſechſten Artikel der Allianz nicht aufhebt, und daß daher England befugt iſt, ſich an den Artikel zu halten.“ — „In dieſem Falle, erwiederte der Graf Wratislaw, gehen die vom Kaiſer deputirten Geiſtlichen nicht mit. Dann möge man verſuchen, ob in Weſtindien etwas zu erreichen iſt ohne die vom verſtorbenen Könige mit ſo weiſem Vorbedacht verlangten kaiſerlichen Commiſſarien. Auch handelt es ſich hier nicht bloß um ein mündliches, von dem Könige mir perſönlich gegebenes Verſprechen; ſondern Stepney in Wien hat in ſeinem Auftrage eben dasſelbe dort vorgebracht“ [2]).

Das Zurückziehen berührte in Wien ſehr unangenehm. Der Kaiſer gab Wratislaw den Auftrag nochmals hervorzuheben, daß das Erbieten Wilhelms III. durch Stepney in aller Form ſchriftlich an ihn gelangt ſei, daß darum die Ausrede auf ein lediglich mündliches Verſprechen des Königs mit der Wahrheit nicht beſtehe. Wratislaw möge hervorheben, welch nachtheiligen Eindruck man auf die Spanier mache, wenn man von allen Seiten die Monarchie zerſtückeln und nicht einmal ihre Religion unangetaſtet laſſen wolle. Eben dadurch werde man ja arbeiten zu Gunſten des Hauſes Bourbon, welches den Spaniern beides verheiße: die Erhaltung ihrer Monarchie und die Sicherheit ihrer Religion [3]).

[1]) Wratislaws Bericht vom 3. November 1702.
[2]) Desgleichen vom 9. Januar 1703.
[3]) Kaiſerliches Reſcript vom 27. Januar 1703.

Digitized by Google

Unterdessen traten der Gesandte Wratislaw und der Staats-Secretär Nottingham zur Beredung über die Sache zusammen. Nottingham stellte den Satz auf: „Alles was sich in Westindien zur Wehre setzt, muß, wenn bezwungen, unter die Botmäßigkeit der Seemächte kommen." — „Aber die Religion?" warf Wratislaw ein. — „Meinen Sie, erwiederte Nottingham, daß die Engländer Hunde sind, die der Kirchen entbehren können? Wir verlangen weder Pfarrkirchen, noch Klöster. Wenn wir aber eigene Kirchen bauen wollen, so kann man es uns als Christen wohl gestatten." — „Ihre Worte, entgegnete Wratislaw, belassen mir keinen Zweifel über die eigentliche Absicht" [1]).

Er berief die kaiserlichen Commissarien zu sich, um ihnen zu eröffnen, daß sie sich zur Heimkehr nach Wien bereit machen könnten. Sie waren nicht völlig einverstanden, sondern wendeten ein, daß, ohne sie, die Engländer und Holländer in Westindien gar keine Rücksicht nehmen würden. Wratislaw erwiederte: „Die Expedition nach Westindien wird überhaupt nicht zu Stande kommen."

Denn dies war fortan sein Bemühen. Wie Rochester und Nottingham in so vieler Beziehung dem Ziele der Allianz entgegen wirkten: so hatte auch der westindische Plan unter ihren Händen eine Gestaltung gewonnen, welche, anstatt der großartigen Anlage Wilhelms III. zu entsprechen, die im Vertrauen darauf gesendeten kaiserlichen Commissarien gebrauchen wollte als Werkzeuge für kleine englische Eroberungen. Wratislaw sprach seine Absicht die Sache ganz zu hintertreiben, dem Herzog von Marlborough offen aus. Dieser stimmte zu [2]).

Bereits war das holländische Geschwader für Westindien auf der Rhede von Portsmouth eingetroffen, und dann der Admiral desselben, Almonde, in London, um an Ort und Stelle sich nach der Verzögerung zu erkundigen. Der Graf Wratislaw reichte der Königin eine Denkschrift ein, enthaltend eine nachdrückliche Mahnung an das Versprechen Wilhelms III., daß die Bevölkerung in Westindien dem Kaiser schwören solle [3]). Das Tory-Ministerium der Königin Anna gab auf diese Denkschrift keine Antwort, und Wratislaw verlangte auch keine. Demnach ward der große Plan Wilhelms III., der doch,

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Januar.
[2]) Desgleichen.
[3]) Desgleichen. Vom 27. Januar.

Digitized by Google

weil auch Heinsius und Marlborough ihm zugestimmt, nach ihrer Ueberzeugung dem Interesse der Seemächte entsprochen haben muß, der Vergessenheit überliefert.

Im Jahre 1703 kostete es dem Kaiser um so weniger Ueberwindung von dem westindischen Plane abzustehen, weil sich die Aussicht erhob, daß, im Falle der Verwirklichung eines anderen Planes der Seemächte, Westindien dem Beispiele Spaniens folgen werde [1]).

Die andere hochwichtige Aenderung nämlich, welche der Kriegesplan Wilhelms III. durch die Tory-Minister der Königin Anna erfuhr, war diejenige des Angriffes direct auf das Königreich Spanien vermittelst eines Bündnisses mit Portugal.

Wir haben beobachtet, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1702 dieser Plan im Rathe der Königin Anna eine festere Gestaltung erlangt hatte, und daß die Wünsche, die Forderungen, daß der Kaiser darauf eingehen möge, immer dringender wurden. Wir haben dagegen auf kaiserlicher Seite nur geringe Willfährigkeit wahrgenommen. Der Kaiser und sein Gesandter in London stellen Italien voran, weil bei dem National-Vorurtheile der Spanier, daß die Monarchie ein untrennbares Ganzes ausmache, der Wiedergewinn der spanischen Länder in Italien auch das eigentliche Königreich nach sich ziehen werde. Sie hoben hervor, daß der Kaiser den Krieg in Italien unternommen habe auf Anrathen und Andringen des Königs Wilhelm. Wir haben gesehen, daß diese Erwiederungen in London nicht durchschlugen, daß eine Neutralität Portugals, wie der Kaiser sie für zweckmäßig hielt, dem englischen Interesse nicht entsprach, sondern daß man die Theilnahme Portugals am Kriege verlangte. Portugal aber stellte schwere Bedingungen. Von den Forderungen der Engländer gedrängt, beschloß der Kaiser endlich das Gutachten des Admirals von Castilien zu vernehmen. So zu Ende des Jahres 1702. Bis dieses Gutachten von Lissabon her eintraf, vergingen noch eine Reihe von Monaten.

Unterdessen ward das Andringen von England aus auf den Kaiser stärker. Am 10. Januar 1703 trat Nottingham in dieser

[1]) Kaiserliches Rescript an Wratislaw vom 24. Februar.

Digitized by Google

Angelegenheit abermals zu Wratislaw. „Die Königin, sagt er, spricht ihre Klage aus, daß am kaiserlichen Hofe die Angelegenheit der portugiesischen Allianz so kühl behandelt wird. Aus dem Verhalten des Kaiserhofes muß man fast vermuthen, daß er selbst eine Theilung vor hat, daß er sich mit Italien begnügen will und an Spanien nicht gedenkt. Ich weiß, daß in Wien immer hervorgehoben wird: man dürfe die spanische Monarchie nicht zerstückeln. Dies Argument würde ich gelten lassen, wenn der Kaiser wirklich im Besitze der spanischen Monarchie wäre. Da aber nicht der Kaiser, sondern ein französischer Prinz die spanische Monarchie inne hat: so könnte man viel eher sagen, daß Portugal sich in den Besitz eines geringen Theiles setzen will, um dem Kaiser das Ganze zu verschaffen. Und da es gewis ist, daß man ohne Portugal gegen Spanien nichts ausrichten wird: so möge doch der Kaiser erwägen, ob er, um nicht einen geringen Theil zu opfern, das Ganze fahren lassen will. Die günstige Gelegenheit die ganze spanische Monarchie zu erlangen, liegt vor Augen: es steht bei dem Kaiser sie zu ergreifen."

So der Staats-Secretär Nottingham, zugleich hervorragendes Mitglied der Tory-Partei, am 10. Januar 1703.

Nach der Erwägung der erneuten dringenden Vorstellungen, die in ähnlicher Weise von Holland aus einliefen, legte die Conferenz der Räthe in Wien dem Kaiser ihr Gutachten vor, daß auf die Allianz mit Portugal eingegangen werden müsse [1]).

Bereits um die Mitte Februar befand sich ein portugiesischer Entwurf für die Allianz in London. Die Forderungen waren maßlos. Portugal verlangte Abtretungen nicht bloß in Estremadura und Gallicien, sondern auch in Castilien und Leon. Die letzteren wies nicht bloß Wratislaw zurück, sondern auch Nottingham. Dann verlangte ein Artikel die Herüberkunft des Erzherzogs Carl auf der verbündeten Flotte. Auch Nottingham, obwohl er bereits einige Monate früher den Gedanken angeregt, hielt die Forderung für unzeitig, so lange man nicht einen festen Posten in Spanien besitze. Und dennoch liegt in dieser Forderung officiell der Kern der hauptsächlichsten Aenderung des bisherigen Kriegsplanes. Denn einer der folgenden Artikel verlangte

[1]) Conferenz-Protocoll vom 26. Januar.

Digitized by Google

die Cession der gesammten spanischen Monarchie von Seiten des Kaisers an den Erzherzog Carl [1]).

Es ist von besonderer Wichtigkeit den Ursprung dieser Forderung an den Kaiser klar zu stellen und hervorzuheben. Der Gedanke der Cession der gesammten Monarchie an den Erzherzog Carl geht also aus von Portugal, wird aber dann von den Tory-Ministern der Königin Anna aufgenommen und mit Nachdruck gegenüber dem Kaiser vertreten. Als der eigentliche Träger des Gedankens in England galt den Eingeweihten der Marquis Normanby, den die Königin eben damals zum Herzoge von Buckingham ernannt. — So der Ursprung des Planes im Jahre 1703. Acht Jahre später, wo abermals die Leitung der Geschäfte an die Tory-Partei in England kommt, erstrebt sie, um zum Frieden mit Frankreich zu gelangen, das Gegentheil dessen, was sie im Jahre 1703 gefordert hat. Es klingt dabei vielleicht sehr auffallend, ist aber darum nicht minder wahr, daß im Jahre 1711 die Vorgänge von 1703, der Ursprung jenes Planes der Cession an den Erzherzog Carl, sowie seiner Sendung nach Spanien und der zu diesem Zwecke auf den Kaiser Leopold geübte Druck, bei der Tory-Partei in England bereits völlig vergessen erscheint. Um so weniger ist in den zahlreichen Büchern späterer Zeiten und am wenigsten bei Bolingbroke, dem hauptsächlichen Unterhändler und nachher literarischen Vertheidiger des Friedensschlusses von Utrecht, der Ursprung des Planes auf Spanien von 1703, in klares Licht gestellt. Indem Bolingbroke den Plan der Eroberung Spaniens bespricht, versichert er sogar: „England ward allmählich in diese Entwürfe hineingezogen; denn ich erinnere mich nicht, daß das Parlament sich vor dem Jahre 1706 in irgend einer Weise dahin ausgesprochen, daß der Krieg bis zur Entthronung Philipps V. fortgesetzt werden solle" [2]). Diese Worte von Seiten eines Parlaments-Mitgliedes, welches alles selbst mit durchlebt hatte, sind mit starken Irrthümern durchsetzt. Denn die Ankündigung den Krieg bis dahin fortführen zu wollen, daß die spanische Monarchie nicht bloß dem Hause Bourbon entrissen,

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Februar. Auch für das Folgende.

[2]) Bolingbroke's letters on the study and use of history. Vol. II, p. 64. (London edition 1752.)

Digitized by Google

ſondern auch dem Hauſe Habsburg zurück geſtellt werde, findet ſich auf engliſcher Seite zum erſten Male in der Thronrede der Königin vom 9. November 1703, und wird darauf wörtlich wiederholt in der Adreſſe des Unterhauſes vom 11. November 1703, alſo um zwei Tage ſpäter [1]).

Namentlich aber haben bisher ſchon die Thatſachen gezeigt, daß England nicht allmählich in die Entwürfe hineingezogen worden iſt, ſondern daß die Initiative derſelben dem Kaiſer gegenüber von England herſtammt, daß darum durchaus das Gegentheil der Worte Bolingbrokes ſich als wahr erweiſt. Wie der Kaiſer Leopold durchaus nicht von Anfang an willfährig auf die portugieſiſch-engliſche Forderung der Sendung des Erzherzogs Carl eingegangen iſt: ſo werden auch die weiter folgenden Thatſachen, indem ſie zeigen, daß und warum der Kaiſer dem Andringen nachgegeben hat, zugleich auch beſtätigen, daß es auch ferner nur mit Bedenken und Zaudern geſchehen iſt. Um dieſe geſchichtliche Wahrheit völlig klar zu ſtellen, liegt es uns ob, zunächſt das Werden des Planes von 1703 in den Hauptzügen klar und beſtimmt kennen zu lernen.

In Betreff jener Forderung Portugals, daß der Kaiſer ſeinem zweiten Sohne Carl die geſammte ſpaniſche Monarchie abtreten möge, erwiederte Wratislaw dem Staats-Secretär Nottingham: „Ich halte es für beſſer dieſe Frage der Ceſſion der geſammten Monarchie in der Allianz mit Portugal eben ſo zu vermeiden, wie es in dem Vertrage der großen Allianz geſchehen iſt. Denn man könnte dadurch in ein Labyrinth von Verwickelungen gerathen. Was außerhalb des ſpaniſchen Feſtlandes liegt, geht den König von Portugal nicht an, und es wäre vielmehr wider ſein eigenes Intereſſe, wenn die ſpaniſche Monarchie ganz beiſammen bliebe. So hat er auch ſelber bei ſeinem Beitritte zu dem früheren Theilungsvertrage ſich ausgeſprochen. Andererſeits iſt, auch wenn der Kaiſer die Abſicht hat, dem Erzherzog Carl die geſammte Monarchie zu überlaſſen, es dennoch jetzt nicht an der Zeit ſich darüber zu erklären."

Daß der Kaiſer ſeinem Sohne Carl auf jeden Fall die italieniſchen Länder Neapel und Sicilien zudachte, haben uns die früheren

[1]) Commons Debates vol. III, p. 280.

Digitized by Google

Kundgebungen dahin gezeigt. Nicht also von dort her entstammte die geringe Neigung auf den portugiesisch-englischen Plan der gesammten spanischen Monarchie einzugehen, sondern von Mailand, welches der Kaiser seinem Sohne Joseph, oder der von diesem noch gehofften deutschen Linie zu erhalten strebte. Das Wesentliche ist die aus der Darlegung Wratislaws sich ergebende Wahrnehmung, daß irgendwelche Entscheidung bisher in Wien darüber nicht getroffen war.

Aber die Wage senkte sich dort in den ersten Monaten des Jahres 1703 mehr zu Gunsten des Planes Portugals und der Seemächte. Der König Dom Pedro spannte seine Forderungen etwas ab. Dagegen hielt er fest an der in seinen Augen hauptsächlichen Bedingung, nämlich der schleunigen Herüberkunft des Erzherzogs Carl. Nottingham berichtete dem kaiserlichen Gesandten die englische Antwort darauf in folgender Weise: „Die Seemächte wünschen dies eben so sehr wie Portugal. Sie anerkennen aber auch die Gründe des Kaisers dagegen, und wollen von ihm nichts Unbilliges oder Unmögliches verlangen. Der König von Portugal kann zufrieden sein, wenn der Kaiser sich anheischig macht, den Erzherzog im künftigen Herbste nach Spanien zu senden. Damit jedoch der König von Portugal sieht, daß man bereit ist, seinen Wünschen zu entsprechen, wird der Kaiser, sobald Portugal die Allianz unterzeichnet hat, den Erzherzog Carl zum Könige von Spanien erklären und als solchen behandeln". So am 2. März [1]).

Der Graf Wratislaw erhob keinen Einwand. „Ich habe dazu keinen Grund, fügt er seinem Berichte hinzu, weil man von Seiten Englands mir nicht im geringsten zumuthet, daß Ew. K. Majestät mit Geld oder Mannschaft zu dem Plane beitragen sollen." Nur erwiederte er, daß, wenn die Ernennung von Seiten des Kaisers erfolge, es den Seemächten und überhaupt allen Bundesgenossen obliege, sofort den Erzherzog als König Carl III. von Spanien anzuerkennen. Nach einigen Einwendungen erwiederte Nottingham, daß die Königin keine Schwierigkeiten machen würde.

Es könnte auffallend erscheinen, daß Nottingham so leicht die Einwände gegen die Anerkennung fallen ließ, da ja doch sowohl die Republik als Wilhelm III. den Herzog von Anjou als Philipp V. von

[1]) Wratislaws Bericht vom 2. März.

Digitized by Google

Spanien anerkannt hatten. Auch war in der Republik der Widerspruch gegen die kaiserliche Forderung ungleich lebhafter. Aber der Graf Goes hielt entgegen: nachdem die Seemächte Philipp V. anerkannt, seien sie berechtigt von dem Hause Bourbon her die Anerkennung der Königin Anna zu erwarten. Da nun aber anstatt dessen das Haus Bourbon einen König Jacob III. anerkenne, von welchem England nichts wissen wolle: so seien die Seemächte ihrerseits befugt, auch die Anerkennung Philipps V. zurückzunehmen [1]).

Diese Beweisführung erhielt in denselben Tagen noch mehr Gewicht durch eine augenfällige Thatsache der Nicht-Anerkennung der Königin Anna auf französischer Seite. Der Marschall Boufflers schickte an Lord Cutts, der bis zur Ankunft Marlboroughs das Commando der Engländer hatte, einen Trompeter mit dem Auftrage das Cartell zwischen den kriegführenden Mächten zu regeln. In dem Auftrage war die Benennung der Königin vermieden: es war nur die Rede von den Truppen von England. Entrüstet fuhr Lord Cutts auf: er sei Generallieutenant der Königin von England, und nicht der Truppen von England [2]).

Der Vorfall zeigte, daß Frankreich mit Vorbedacht die Anerkennung der Königin Anna umgehen wollte, und drängte daher um so mehr die Seemächte dahin auch ihrerseits die volle Feindseligkeit aufzubieten und thatsächlich von der Anerkennung Philipps V. zurückzutreten. Den Ausschlag dafür bei Heinsius gab die Kunde, daß Portugal, welches ebenfalls Anjou anerkannt hatte, bereit sei sich durch den Allianz-Vertrag davon zu lösen.

War auch immer bei dem Plane dieser Allianz mit Portugal England die führende Macht: so bewies man doch in der Republik denselben Eifer. Und da nicht anzunehmen, daß beide Mächte nur aus Großmuth oder Sympathie für die Sache des Kaisers so handelten: so müssen die reellen Vortheile, welche die Staatsmänner der Seemächte von der Sache erwarteten, nach ihrer Ueberzeugung den Interessen der Seemächte so sehr entsprochen haben, daß sie darum so bedeutende Opfer brachten, wie die Subsidien für Portugal und die eigene Ausrüstung erforderten.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 27. April.

[2]) Desgleichen.

Da auch Stepney in Wien gar keine Anforderungen machte, weder von Geld noch von Mannschaft: so kam der Kaiser Leopold zu dem Entschlusse, indem er auf den portugiesischen Plan einging, die Sache völlig in die Hände der Königin zu geben. Es mochte dazu erheblich beitragen, daß der Staats-Secretär Hedges dem Grafen Wratislaw kund gethan: die Königin beklage sich über den Mangel an Vertrauen von Seiten des Kaisers. Es scheine fast, als lege der Kaiser den Ansichten des Admirals von Castilien mehr Gewicht bei als denen der Königin [1]). Darauf schrieb der Kaiser direct an die Königin wie folgt: „Um jeden Zweifel abzuschneiden, sei es an meiner Bereitwilligkeit die Sache zu fördern, sei es an meinem vollen Vertrauen in Ew. Durchlaucht, vermag ich keinen klareren Beweis meiner aufrichtigen Gesinnung zu geben, als indem ich Ihrer Umsicht, Ihrer Rechtschaffenheit und Ihrer Zuneigung für mich und die Meinigen die ganze Angelegenheit mit Portugal anheim stelle, in der Hoffnung, daß dem Königreiche Spanien möglichst geringe Opfer zugemuthet werden" [2]).

Das Schreiben ist nicht ein Handbrief des Kaisers, sondern aus der Reichskanzlei erflossen, nur mit seiner Unterschrift, und darum bleibt wie zu den Zeiten Wilhelms III. die officielle Titulatur: Ew. Durchlaucht (Serenitas Vestra). In den eigentlichen Handbriefen gab der Kaiser, seit dem Jahre 1690, dem Könige Wilhelm III. und demgemäß auch der Königin Anna den Titel der Majestät (Bd. V, S. 343).

Das Schreiben des Kaisers kam zur günstigen Stunde für Portugal. Dom Pedro hatte unter den ihm zu bewilligenden Cessionen auch die Stadt Badajoz verlangt. Wratislaw in London sträubte sich. Die Hingabe von Badajoz, sagte er, würde Spanien für Portugal offen legen. Es kam zu scharfen Erörterungen. Die Königin ließ dem Gesandten vorhalten, daß das Haus Bourbon dem Könige von Portugal gleichsam carta bianca anbiete: Wratislaw möge nicht um einer Stadt willen die hochwichtige Allianz sich zerschlagen lassen. Inzwischen traf jenes kaiserliche Schreiben ein. Die Stadt Badajoz ward für Portugal bewilligt.

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 30. Januar.

[2]) Kaiserliches Schreiben vom 12. März.

Digitized by Google

Aber der König Dom Pedro bestand darauf, daß die sofortige Ueberkunft des Erzherzogs die erste Bedingung sei. Wratislaw entgegnete: der Kaiser habe nur die zwei Söhne, auf denen sein Haus beruhe, Joseph und Carl. Der letztere dürfe, bei seiner blutreichen Constitution, sich nicht den Gefahren einer Reise im Sommer nach Spanien aussetzen. Die Worte deuten an, daß in Wien bis dahin für die Reise des Erzherzogs nur erst der Weg über Italien in Betracht gezogen wurde. Dazu, meinte Wratislaw, entspreche es dem Decorum, daß die Erklärung Portugals vorangehe [1]).

Indessen die durch das Schreiben des Kaisers vom 12. März der Königin Anna ertheilte Vollmacht schritt hinweg über jeglichen Einwand der kaiserlichen Gesandten, Goes im Haag, Wratislaw in London, Waldstein in Lissabon. Der Allianz-Vertrag kam in Lissabon zum Abschlusse [2]). In demselben ward bestimmt, daß der Erzherzog Carl mit den Hülfstruppen der Seemächte in Portugal landen werde, daß erst vom Tage der Landung an der König von Portugal sich feindlich wider das Haus Bourbon zu erklären habe, und zugleich den Erzherzog Carl als König Carl III. von Spanien anerkennen und behandeln wolle. Der Vertrag ward am 16. Mai unterzeichnet von den Gesandten der drei verbündeten Großmächte, Waldstein, Methuen, Schonenberg. Es handelte sich dann um die Ratification in Wien, in London und in der Republik, wie um die Ausführung.

Es tritt hier zunächst die Frage heran, ob die Lage der Dinge in Spanien für einen solchen Plan einige Aussicht bot.

Nach dem misglückten Feldzuge in Italien im Jahre 1702 machte sich Philipp V. im October wieder auf den Weg nach Madrid. In Mailand stieß zu ihm der Cardinal d'Estrees, welcher fortan als französischer Botschafter bei ihm weilen sollte. Zur Stütze des Botschafters verblieb bei Philipp V. der Marquis Louville wie bisher. Dazu kam noch der Abbé d'Estrees, ein Neffe des Cardinals [3]).

Nach kurzer Seefahrt von Genua aus zog Philipp V. vor in Antibes auszusteigen, und von da aus den Landweg einzuschlagen. In

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 10. April.

[2]) Der Vertrag bei Lamberty t. II, p. 501.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 317. Schreiben Toreys vom 5. October.

Digitized by Google

Antibes gab ihm der Bischof Fleury, der spätere Cardinal, den Rath, sich vor der Prinzessin Orsini zu hüten. „Sie steht im Rufe, sagte Fleury, das durchtriebenste Weib unter den jetzt Lebenden zu sein“ [1]). Die Mahnung konnte keinen Erfolg haben. Die Prinzessin Orsini als Oberstthofmeisterin der vierzehnjährigen Königin von Spanien hatte diese völlig in ihrer Gewalt, und Philipp V. hatte, nach seiner Rückkehr nach Madrid, keinen Willen als denjenigen seiner Frau. Jene drei Franzosen sollten nach ihren Vollmachten und Instructionen freien Zutritt zu dem Könige haben. Aber die Prinzessin Orsini fand in ihrer Stellung ein leichtes Mittel sie dennoch fern zu halten. Jener freie Zutritt erstreckte sich nicht auf die Königin. Vielmehr war diese umgeben von dem Zaune der spanischen Etikette. Die drei Franzosen sahen sich daher ausgeschlossen durch die auf ihre Anmeldung täglich erneuete Antwort: „Der König befindet sich in den Gemächern der Königin“ [2]).

In der Wirklichkeit waren König und Königin ein Kinderpaar. Die sechszigjährige Orsini dagegen verdiente durchaus die von Fleury ihr gegebene Bezeichnung. Sie bediente sich für die Geschäfte ihres Secretärs und Freundes Aubigny und des Franzosen Orry.

Jene drei waren indessen noch nicht machtlos. Es erwuchs bei ihnen der Verdacht, das die Prinzessin Orsini handele im Auftrage des Herzogs Victor Amadeus, der, obwohl sein Bruch mit Ludwig XIV. erst im Herbste erfolgte, bereits viele Monate vorher mit Mistrauen betrachtet wurde. Sie waren der Ansicht, daß seine Politik darauf ausgehe, zwischen Spanien und den Seemächten den Frieden herzustellen, und zwar durch die Abtretung von Belgien und daß die Prinzessin Orsini dem Herzoge Victor Amadeus zu diesem Zwecke diene. Als das einzige Mittel den König Philipp V. aus seiner Sclaverei zu erretten, erschien dem Marquis Louville die Abberufung jener Person. Am 27. Januar meldete er diesen Rath dem Herzog von Beauvilliers in Versailles. Das Wort schlug ein. Bereits am 9. Februar erfolgte ein Schreiben Ludwigs XIV. an die Prinzessin Orsini: da er aus ihren Berichten ersehe, daß sie mit seinem Botschafter, dem

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 369.

[2]) A. a. O. p. 375.

Digitized by Google

Cardinal d'Estrees, nicht in guten Beziehungen stehe, so habe er nicht die Absicht, sie neuen Verlegenheiten auszusetzen, sondern bewillige ihr die Erlaubnis, nach Versailles zu kommen und von allen Sachen Rechenschaft abzulegen [1]).

In entsprechender Weise schrieb Ludwig XIV. an seinen Enkel. Er stellt ihm die Aussicht ihn preiszugeben, wenn Philipp V. den Cardinal d'Estrees nicht zu sich lasse, ihn nicht höre. „Es ist nicht gerecht, sagt Ludwig XIV., daß meine Unterthanen sich zu Grunde richten, um Spanien zu erhalten, wenn dieses nichts leistet. Sie haben zu wählen: entweder die Fortdauer meiner Hülfe, oder die Hingabe an den eigennützigen Rath derer, die auf Ihr Verderben sinnen" [2]).

Damit schien die Sache entschieden. Sie war es nicht. Die Siegesfreude jener drei Franzosen in Madrid war von kurzer Dauer.

Auch die Orsini hatte in Versailles mächtige Freunde: die Frau von Maintenon, den Herzog von Harcourt, den Minister Chamillart. Da die Königin von Spanien den König beherrsche, sagten diese: so sei die nächste Aufgabe sich mit der ersteren gut zu stellen. Darum dürfe man ihr die geliebte Obersthofmeisterin nicht nehmen. Es genüge, sie beide geschreckt zu haben, und dieser Schrecken lasse sich benutzen, eine Aussöhnung mit dem Cardinal d'Estrees zu bewirken [3]).

Dieser Rath erweichte den Zorn Ludwigs XIV. Bereits am 7. März gestattete er das Verbleiben der Orsini in ihrer Stellung, unter der Bedingung, daß sein Botschafter d'Estrees als der Mann seines Vertrauens behandelt werde.

Der Wechsel war der Beginn des völligen Sieges der Orsini. Einige Wochen später verlangte Philipp V. die Abberufung des Cardinals d'Estrees. Ludwig XIV. bewilligte [4]).

Bei einem Anlasse ähnlicher Art äußerte der Cardinal Portocarrero: die Schwäche Carls II. für die Königin Maria Anna sei für nichts zu achten im Vergleiche mit derjenigen Philipps V. für die Prinzessin Orsini [5]).

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 111.
[2]) A. a. O. p. 109.
[3]) Louville t. II, p. 29.
[4]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 132.
[5]) Louville t. II, p. 88.

Digitized by Google

Die Stimmung, die im Anblicke dieſer Vorgänge bei den Spaniern aufwuchs, legt Louville von Madrid aus, im Mai, dem Herzoge von Beauvilliers dar mit folgenden Worten: „Die Granden von Spanien grollen der Prinzeſſin Orſini. Eine ſolche Misſtimmung war vor einem Jahre gering anzuſchlagen. Heute iſt ſie es nicht mehr, weil der Augenſchein zeigt, daß die Dinge hier ſchlecht von ſtatten gehen, ferner weil der Admiral von Caſtilien ein Beiſpiel gegeben, und weil Europa gegen uns in Waffen ſteht. Man ſollte uns unverzüglich Truppen zuſenden, und die Dinge ſo ordnen, daß die Spanier in Belgien dienen, die Belgier und Italiener in Spanien. Die Gefahr iſt dringend. Wenn Sie wüßten, wie ſehr hier der katholiſche König verachtet wird, welche Unordnung herrſcht ſowohl bei den Truppen, als in den oberen Rathscollegien und in der Verwaltung: ſo würden Sie mir beiſtimmen. Das Uebel darf nicht noch höher anſteigen. Mit zehn Bataillonen, wenn ſie nur einige Entſchloſſenheit beſitzen — denn die Leibwache des Königs hat bereits keine Pferde mehr — könnte man die Regierung in Madrid ſtürzen und König und Königin aus dem Retiro wegführen" [1]).

„Iſt es Ihnen dort denn bekannt, daß, während Sie ſich auf die Neutralität von Portugal verlaſſen, hier darüber ſonderbare Gerüchte gehen? Was wird aus uns, wenn die Feinde eine ſtarke Ausrüſtung daran wagen? Sie würden den König hier gefangen nehmen und nach England abführen. Wollen Sie das nicht, ſo müſſen Sie von dort aus uns ausreichend helfen. Die Gemüther hier entfremden ſich uns ſichtlich. Bei den Berathungen zeigen ſich nur noch zwei Parteien: die eine will den König, aber nicht die Franzoſen; die andere will weder den König, noch die Franzoſen. Daher komme ich zurück auf meine erſte Anſicht, daß man entweder die Spanier ſich ſelber überlaſſen müſſe, ohne ſich in ihre Angelegenheiten einzumiſchen — oder daß man ſich einmiſchen müſſe, ohne ihnen etwas zu überlaſſen. Gegen den letzteren Satz wird man nicht einwenden wollen, daß ja Madame Orſini ſich zur Zeit in alles mengt, nichts den Spaniern überläßt, und daß darum die Dinge nicht beſſer gehen. Denn ſie iſt von Frankreich aus nicht autoriſirt in ſolcher Weiſe

[1]) Louville t. II, p. 71. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

aufzutreten, und ich habe nie behauptet, daß man ein solches Weib regieren lassen solle."

„In welcher Weise gegen Frankreich gearbeitet wird, ersehen Sie daraus, daß Urraca, der Vertraute des Cardinals Portocarrero, und Ribas, der frühere Ubilla, dem Cardinal vorgestellt haben: die hier anwesenden Franzosen seien die Blutegel Spaniens. Ich meinerseits habe nachgewiesen, daß die sämmtlichen Kosten für sie sich auf 17,000 Pistolen belaufen. Der Cardinal d'Estrees dagegen legte dar, daß die Kosten der Erhaltung Spaniens sich für Frankreich belaufen auf jährlich einhundert Millionen und 50,000 Mann. Das Ergebnis dieses Vergleiches war die Erklärung des Cardinals Portocarrero: er werde jenen Betrag gern zahlen, auch wenn er hundertfach höher wäre."

Aber war darum Portocarrero anderer Gesinnung als die anderen Spanier?

„Wir haben ihn gebeten, fährt Louville fort, dem Könige eine Denkschrift zu Gunsten der Franzosen einzureichen. Er versprach es. Als wir die Arbeit lasen, ergab es sich, daß der Verfasser das Gegentheil bewiesen hatte dessen was er beweisen wollte. Denn, mit Ausnahme des Abbé d'Estrees, meiner, und einiger Anderer, die wir mit dem Könige nach Spanien gekommen sind, wurden sämmtliche Franzosen ziemlich klar als überflüssig dargestellt."

Wenn aber dem für Frankreich freundlich gesinnten Cardinale Portocarrero sich ein solcher Nachweis ohne seine Absicht in die Feder drängte: wie stand es dann, dürfen wir fragen, um die anderen Spanier?

Wir haben von Ludwig XIV. selber seinem Enkel gegenüber das Wort vernommen, daß er ihn fallen lassen könne. Der Staats-Secretär Torcy erörterte wiederholt diesen Gedanken. „Spanien, sagte er, hat uns seine Feinde vermacht, und welche Feinde? Wir schützen die Grenzen Spaniens in Flandern und in Italien. Und nun sollen wir, nach zweijähriger Dauer eines solchen Zustandes, auch noch Spanien selber verwahren! Und dies sollen wir thun zum Danke dafür, daß die Spanier uns verabscheuen, daß sie auf unseren Rath nicht hören, daß sie die eigenen Kräfte vergeuden mit einer kindischen Unvernunft, die man weder begreifen noch verzeihen kann. Die spanische Last ist für uns zu schwer" [1]).

[1]) Louville t. II, p. 77 und 89.

Digitized by Google

Aber Ludwig XIV. hatte nun einmal die spanische Last seinem Königreiche aufgebürdet, und hatte damals, als ihm dies gelungen war, gemeint, seine Lebensaufgabe erfüllt zu haben. Der Eifer, mit welchem damals die Spanier den Herzog von Anjou aufgenommen, schien ja dies bestätigen zu müssen. Anders stellten sich die Dinge dem Auge des Louville nach mehrjähriger Anwesenheit in Madrid dar. „Der große Irrthum der französischen Minister, sagt er, bestand darin zu meinen, daß der Eifer, mit welchem die Spanier einen französischen Prinzen aufnahmen, um dadurch die Zerstückelung ihrer Monarchie zu verhüten, eben so viel bedeutete wie eine vollständige Einigung in Ansichten und Interessen. Weiter erstreckte sich dann jener Irrthum dahin, von jener allgemeinen Idee aus zu schließen, daß sie, die französischen Minister, geeignet sein würden, dieses Land zu regieren. Die Sache liegt anders. Die Spanier, das heißt diejenigen, welche mit den politischen Angelegenheiten zu thun haben, und besonders die Granden, haben in einem französischen Prinzen nur einen Nothbehelf gesehen, von welchem sie Gebrauch machen könnten, um nach innen hin ihre Autorität zu steigern, und nach außen hin alle Kräfte Frankreichs, ohne eigenes Zuthun, für sich zu verwenden. Noch ein anderer Irrthum bestand darin, zu meinen, daß die spanische Nation nach dem Muster der Granden geformt sei, wo doch die Verschiedenheit ganz augenfällig hervortritt. Denn das Volk hat keine Geltung, als welche es unter den schwachen Königen sich angemaßt hat. Wenn man um diese vermeintliche Geltung sich nicht gekümmert hätte, wenn man dagegen mit Hülfe fremder Truppen, die königliche Autorität befestigt — wenn man den Handel mit Indien beschützt hätte, den jetzt die verschiedenen Collegien lähmen — ferner, wenn man das Volk erleichtert, die Weltgeistlichkeit und den niederen Adel gehoben, endlich den Kriegesdienst zu Ehren gebracht hätte: so würden wir zur Zeit ungleich weiter sein“ [1]).

Dagegen ward es den kundigen Personen in Madrid im Laufe des Sommers 1703 mehr und mehr zur Gewisheit, daß von Portugal her eine Gefahr drohe. Man wußte von häufigen Zusammenkünften in Madrid bei den Grafen Aguilar, Leganez, Palma, Medina Celi.

[1]) Louville t. II, p. 102.

Digitized by Google

Wir kennen die drei erſteren als kaiſerlich geſinnt. Die Franzoſen in Madrid hatten ſogar ziemlich genaue Kunde von den Abſichten des Herzogs Victor Amadeus, bereits im Auguſt [1]).

Auch die eigenen Aeußerungen Ludwigs XIV. an ſeinen Enkel Philipp V. zeigen, daß die wachſende Spannung zwiſchen den Spaniern und Franzoſen in Madrid ihm kein Geheimnis war. Indem er gemäß dem Wunſche Philipps V., oder richtiger der leitenden Perſönlichkeit, der Prinzeſſin Orſini, den Cardinal d'Eſtrees abberief, beließ er den Neffen, Abbé d'Eſtrees, in Madrid, jedoch mit der Weiſung nicht in das Deſpacho einzutreten, d. h. keinen ſichtlichen Antheil zu nehmen an dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten. Ludwig XIV. gebot ſeinem Enkel dies Departement nur mit geborenen Spaniern zu beſetzen. Denn dann werde man in Madrid nicht mehr die Franzoſen für alle Uebel verantwortlich machen, nicht mehr den allgemeinen Haß gegen ſie lenken [2]). Der König warnt ausdrücklich den Abbé d'Eſtrees. „Die inneren Feinde Spaniens, ſagt er, gehen darauf aus Sie zu Grunde zu richten, und nicht bloß Sie, ſondern Alle diejenigen, welche ich nach Spanien ſchicken würde. Die Eiferſucht darüber, daß meine Botſchafter in den geheimſten Rath des katholiſchen Königs Zugang haben, iſt die hauptſächliche Urſache der Feindſeligkeit der Vornehmen der Nation wider Sie" [3]). Nur auf die dringende Bitte Philipps V. geſtattete dann dennoch Ludwig XIV. den Eintritt des Abbé d'Eſtrees ins Deſpacho.

Faſſen wir die Sache zuſammen, ſo ergibt ſich vom Jahre 1701 bis 1703 ein bedeutender Umſchwung in Spanien. Damals meinten die Spanier ihre Unabhängigkeit von Frankreich gewahrt, wenn nur ihr König nicht franzöſiſche Lakaien hätte. Im Jahre 1703 war die volle National-Eiferſucht wieder da, und zugleich das Gefühl der Demüthigung im Anblicke des kindiſchen und würdeloſen Gebahrens im Buen Retiro. Das Königthum Philipps V. in Spanien ſtand auf ſchwachen Füßen, verſchieden freilich nach den verſchiedenen Ländern. Ueber Catalonien, das am meiſten kaiſerlich geſinnte Land, vernehmen

[1]) Louville t. II, p. 105.
[2]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 132.
[3]) A. a. O. p. 134.

wir, im Juli 1703, die Meldung des Louville aus Madrid an den Staats-Secretär Torcy: „Catalonien ist bereit sich zu erheben beim bloßen Namen des Landgrafen Georg, des früheren Statthalters“ [1]).

Es war demnach ein Glück für das Königthum Philipps V., daß der Plan, der im Jahre 1703 gegen ihn ausgesonnen wurde, nicht auch damals gleich zur Ausführung gelangen konnte.

So geheim auch die Angelegenheit des Bündnisses in Lissabon betrieben wurde, so ward in Versailles doch sehr bald bemerkt, daß etwas abgemacht werde. Der Gesandte Rouillé baute auf die französische Gesinnung des Ministers Cadaval [2]). Aber die Berichte Rouillés befriedigten den König von Frankreich nicht. Er entsendete nach Lissabon den Marquis Chateauneuf, der früher in Constantinopel lange Jahre mit günstigem Erfolge wider den Frieden mit dem Kaiser gearbeitet. Dom Pedro, der mit Frankreich noch nicht gebrochen, konnte den Botschafter nicht abweisen. Chateauneuf betheuerte die freundschaftlichen Gesinnungen des Königs von Frankreich. Er beklagte es, wenn der König von Portugal sich einlassen würde in Bündnisse mit anderen Mächten, die theils bei ihrer Entfernung, theils bei ihrer geringen Macht, nicht im Stande sein würden für Portugal eine nachdrückliche Hülfe zu leisten. Er bot ein französisches Bündnis an, für den Fall daß Spanien darauf ausgehen würde, die alten Ansprüche an Portugal wieder zu erheben. Dom Pedro antwortete auf die Rede in höflichen Ausdrücken, die nichts enthielten. Dann ließ er den holländischen Gesandten Schonenberg kommen, theilte ihm die Unterredung mit und gebot ihm sie heim zu berichten, so wie zugleich die erneute Zusage, daß er an dem Bündnisse vom 16. Mai festhalten werde [3]). Erst im Laufe des Monats Juli gelangte nach Versailles die sichere Kunde, daß das Bündnis mit den Seemächten wirklich abgeschlossen sei [4]).

Jenes französische Angebot dagegen, Portugal gegen etwaige Ansprüche Spaniens sicher zu stellen, ist sehr bemerkenswerth. Denn die Aeußerungen Portocarreros im Jahre zuvor auf die Kunde der Allianz zwischen dem Hause Bourbon und Dom Pedro von Portugal, haben

[1]) Mémoires de Louville t. II, p. 92.
[2]) Dangeau t. IX, p. 176.
[3]) Lamberty t. II, p. 513.
[4]) Dangeau t. IX, p. 235.

Digitized by Google

uns dargethan, daß die Erinnerung an den Verlust der einst spanischen Provinz Portugal noch nicht untergegangen war, und daß, im Falle der Befestigung des Thrones von Philipp V. in Spanien, der König Dom Pedro diese Partei in Spanien zu fürchten hatte. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß diese Besorgnis unter den Motiven Dom Pedros zu Gunsten der Seemächte ein schweres Gewicht ausübte.

Und dabei drängt sich uns in auffallender Weise die Beobachtung auf, wie die einstige, damals schlau berechnete Untreue Ludwigs XIV. wider das Haus Habsburg in Spanien, vom Jahre 1703 an zurückschlug wider ihn selbst und zu Gunsten der deutschen Linie desselben Hauses.

In dem pyrenäischen Frieden von 1659 hatte Ludwig XIV. gelobt und beschworen, Portugal nicht weiter gegen Spanien zu unterstützen. Er selbst hat einige Jahre später für seinen Sohn den Dauphin aufgezeichnet, daß und warum er dieses Wort gebrochen, und wie er durch verschiedene Mittel Portugal zur Fortsetzung des Krieges wider Spanien angefeuert und unterstützt habe [1]). (Man sehe Bd. I, S. 56 u. f.) Es war ihm gelungen. Ermattet und erschöpft, sah Spanien im Jahre 1668 sich gezwungen, die Unabhängigkeit Portugals anzuerkennen. Ludwig XIV. hatte so gehandelt im Interesse seines damaligen Planes, Spanien wehrlos zu machen, damit es wehrlos ihm zur Beute werde. Aber nach dem Tode des letzten Habsburgers war ihm noch mehr gelungen als die einst geplante Besitzergreifung Spaniens. Unter scheinbaren Rechtsformen, mit der Acclamation vieler Spanier, wenigstens zu Anfang, saß sein Enkel Philipp V. auf dem Throne dieses Königreiches. Und nun stieg eine besondere Gefahr für diesen Besitz gerade von dem Lande her auf, welches zu einem bedeutenden Theile französischen Waffen und französischem Gelde seine Selbständigkeit verdankte. Die Frucht der einstigen Treulosigkeit Ludwigs XIV. gegen Spanien kam also nicht ihm zu gute, nicht dem Hause Bourbon, nicht Frankreich, sondern der großen Allianz wider ihn, wider das Haus Bourbon, wider Frankreich.

Während Ludwig XIV. vergeblich sich bemühete, den Plan zu zersetzen, der von Portugal aus das neue Königthum seines Enkels in

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. I, p. 66.

Digitized by Google

Spanien mit schweren Angriffen bedrohete, waren die Urheber des Planes noch nicht einmal sicher, ob denn auch die gewichtigste Persönlichkeit, der römische Kaiser Leopold, in den Plan völlig miteintreten, die Bedingungen desselben auf sich nehmen würde. Er hatte allerdings der Königin von England gegenüber im Allgemeinen bereits eingewilligt. Aber es kam nun noch ein neuer Antrieb hinzu. Der Kaiser hatte schon Monate vorher kund gegeben, daß das Gutachten des Admirals von Castilien bei ihm Gewicht haben würde. Nach der Unterzeichnung des Vertrages legte daher der Admiral von Castilien in einer Denkschrift für den Kaiser die Gründe dar, welche nach seiner Ansicht für die sofortige Annahme des Vertrages sprachen [1]).

Der Einwand, sagte er, daß der Erzherzog Carl noch keinen Hafen in Spanien als sein Eigenthum besitze, wo er mit Sicherheit landen könne, falle hinweg durch den Beitritt des Königs von Portugal zu der Allianz, der die Häfen dieses Königreiches ihm eröffne und für ihn in Waffen gerüstet dastehe. Aber zugleich sei es der feste Entschluß des Königs von Portugal, nicht in Action zu treten vor der Ankunft des Erzherzogs. Wenn dagegen der Erzherzog nicht noch im Laufe des Jahres erscheine: so sei zu befürchten, daß die Neigung der patriotischen Spanier für ihn erkalte. Dies um so mehr, da die französische Partei sich bemühe ihnen einzureden, daß der Kaiser nur die Länder der spanischen Krone in Italien zu erlangen suche, ohne sich um die Gesammtheit der Monarchie zu kümmern. Der Eindruck dieser französischen Behauptung werde verstärkt, je nachdem der Aufbruch des Erzherzogs sich hinzögere. Ferner auch stehe zu besorgen, daß bei einem Zaudern dieser Art der König von Portugal sich von dem Vertrage wieder lossage, unter dem Vorwande, daß die eine von ihm gestellte wesentliche Bedingung nicht erfüllt werde. Denn in ähnlicher Weise habe ja Dom Pedro sich auch von dem Vertrage mit Frankreich gelöst. Um so eher aber sei eine Neigung solcher Art zu besorgen, wenn etwa in Spanien selber eine Umwälzung stattfinde, wenn die Spanier, um nur des französischen Joches ledig zu werden, es vorziehen sich in den Schutz des Königs von Portugal zu begeben, der, an der Spitze eines Heeres von 30,000 Mann, dann eine

[1]) Lamberty t. II, p. 510.

Digitized by Google

erwünſchte Gelegenheit zur eigenen Vergrößerung finden werde. Und ſicherlich würde Frankreich, wenn es ſelber Spanien doch nicht behaupten könne, eher geneigt ſein es dem Könige von Portugal zu belaſſen als dem Kaiſerhauſe.

„Auch die anderen Einwände, ſagt ferner der Admiral von Caſtilien, die gegen die ſchleunige Ueberkunft des Erzherzogs geltend gemacht werden, ſprechen eher dafür. Das Erzhaus, ſagt man, habe nur die zwei männlichen Sproſſen: wer bürge dafür, daß es im nächſten Jahre mehr haben werde? Eben darum aber ſollte der Erzherzog baldmöglichſt kommen, von ſeinem Königreiche Beſitz nehmen und dann ſich verheirathen. Das Klima von Spanien iſt nicht unfruchtbarer als dasjenige von Wien."

„Man ſagt ferner: zuerſt müſſe Italien geſichert werden: Italien werde Spanien nach ſich ziehen. (Man vergleiche S. 212.) Aber dies iſt allzu fein ausgedacht. Vielmehr iſt in Spanien der Thron der Monarchie. Dies Land iſt der Stamm des Baumes, und wer den Stamm beſitzt, der hat auch die Aeſte und die Zweige. Der Beſitz dieſes Königreiches ſtärkt die kaiſerlich geſinnte Partei in Neapel und Sicilien mehr als die Sendung einer zahlreichen Armee dahin es vermöchte."

„Ferner fällt ins Gewicht das Verhalten der Seemächte. Sowohl für die Sicherheit ihres Handels, als für die Ruhe und den Frieden daheim erachten ſie es als ihre Aufgabe, das Uebergewicht der Macht des Hauſes Bourbon zu brechen. Zu dieſem Zwecke bieten ſie mit vollen Händen ihre Geldmittel dar, um das Erzhaus Oeſterreich empor zu heben. Wenn ſie nun die weſentliche Bedingung, die Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien, nicht erhalten: ſo iſt zu beſorgen, daß ſie auf andere Weiſe dem Sturme zu entweichen verſuchen, welcher ſie bedroht eben wegen ihres Eifers für die Größe des Hauſes Oeſterreich. An dem ſchleunigen Aufbruche des Erzherzogs Carl hangt daher der Fortbeſtand des Bundes, welcher als nothwendig erſcheint, um Europa zu befreien von der Laſt der Furcht vor der von Frankreich ſeit langem erſtrebten Univerſal-Monarchie. Dieſer Gedanke allein müßte gewichtig genug ſein, um alle gegen die Abreiſe des Erzherzogs vorgebrachten Einwände aufzuheben. Denn, wenn man nicht Gebrauch macht von der günſtigen Dispoſition, in der ſich die

Mächte befinden, um dem Kaiser und seinem Erzhause alle die Kronen zu bewahren, für welche der Besitz des spanischen Königreiches die Entscheidung gibt: so bringt man sich in die Gefahr alles zu verlieren."

„Endlich aber kann der Erzherzog, ohne Gefahr für seine Person, sich einen unsterblichen Ruhm erwerben. Denn die Nachwelt wird mit Bewunderung sehen, daß er mit dem Degen in der Hand sich die Eroberung seines eigenen Königreiches sichert. Wenn dagegen, was Gott verhüte, ein so großes Unternehmen nur darum zerginge, weil der Erzherzog nicht einmal den Versuch hat machen wollen: so würde die Gegenwart mit Staunen sehen und der Nachwelt verkünden, daß dieser Prinz die spanische Monarchie verloren, weil er nicht den Entschluß gewagt sie widerstandslos in Besitz zu nehmen, selbst da wo ihm die Mittel zur Eroberung bereit zur Hand lagen."

„Gegen solide Gründe solcher Art wird man nicht den Einwand machen wollen, daß die Mittel nicht ausreichen, den Erzherzog für die Reise mit dem Aufwande auszustatten, welcher der Würde seines Ranges gebührt. Die Jahreszeit, die Nothwendigkeit seiner baldigen Anwesenheit in Portugal, gestatten nicht den Aufschub für die Beschaffung eines prächtigen Gefolges. Wenn er ohne dasselbe vor dem Volke erscheint, das sehnsüchtig seiner harrt: so wird er eben dadurch es überzeugen, daß, in seiner Ungeduld es von dem Joche der Fremdherrschaft zu befreien, er sich hinweg gesetzt hat über die Formen einer langwierigen Kostspieligkeit. Er bedarf für die Sicherheit seiner Person nicht einmal des Geleites deutscher Truppen. Diejenigen seiner Verbündeten, die bereit stehen auf seinen Befehl, sind dabei so sehr betheiligt, daß der Erzherzog sie ansehen kann gleichwie die seinigen. Sobald dagegen die spanischen Truppen, die man mit Zwang und Drang ausgehoben hat, die Ankunft des Erzherzogs in Portugal erfahren, werden sie herbeieilen, um sich unter seine Fahnen und Standarten zu stellen. Kurz von der baldigen Abreise des Erzherzogs hangt der Erfolg des Krieges ab, der mit so gutem Grunde und mit so schweren Kosten zu dem Zwecke unternommen worden ist, daß in Europa Ruhe und Friede hergestellt werde."

Dieselben Gründe und ähnliche wurden von Stepney und Hamel Bruininx in Wien, so wie in London und im Haag den kaiserlichen Gesandten gegenüber geltend gemacht. Portugal formulirte seine zwei

Digitized by Google

Bedingungen: Verzicht des Kaiſers Leopold und des römiſchen Königs Joſeph auf die ſpaniſche Monarchie zu Gunſten des Erzherzogs Carl, und ſchleunige Ueberkunft des letzteren. Jeder Einwand werde die Sache erſchweren [1]).

Der Portugieſe in London beſtand namentlich darauf, daß der König von Portugal ſich nicht vor der Ankunft des Erzherzogs öffentlich erklären könne. „Es geht aller Orten das Gerücht, ſagte er, daß der Kaiſer nur Italien im Auge habe. Wenn demnach der König Dom Pedro vor der Ankunft des Erzherzogs in Spanien einrückte: ſo würde Frankreich in Spanien das Gerücht ausbreiten, daß die Seemächte den König von Portugal auf den ſpaniſchen Thron ſetzen wollen. Dann könnte es geſchehen, daß die Abneigung gegen Portugal dem Königthume des Herzogs von Anjou zur Stütze würde."

Die engliſchen Miniſter erklärten ſich mit dieſen zwei Bedingungen von Seiten Portugals und der Begründung derſelben durchaus einverſtanden. Nottingham wiederholte vor dem Reſidenten Hoffmann dieſelbe Beweisführung als ſeine eigenen Gedanken. Dann trat der engliſche Geſichtspunct mit ein. „Von Seiten der Seemächte, ſagte Nottingham, wird man nicht ſo thöricht ſein, an Portugal ſo viel baares Geld und ſo viele Truppen hinzugeben, wie der Allianz-Vertrag beſtimmt, wenn wir nicht zuvor der Reſolution des Kaiſers verſichert ſind. Da die Kriegsoperationen im September ihren Anfang nehmen ſollen: ſo müßte der Erzherzog Carl ja nicht ſpäter als im Juli ſich in Holland einfinden. Die Zeit iſt jetzt gekommen, wo man die größte Hoffnung hegen darf, die ganze ſpaniſche Monarchie wieder zu erlangen. Macht man ſich dieſe Gelegenheit nicht zu nutze, ſo iſt es fortan unnöthig an die Fortführung des Krieges noch zu denken. Dies zumal, da die einſeitige Idee am Hofe zu Wien in Betreff Italiens, keinen Erfolg haben, wohl aber Urſache werden kann, daß man im Haſchen nach dem Theile das Ganze verliert" [2]).

Der Staats-Secretär Nottingham kam täglich auf dieſelben Gedanken zurück. Einige Tage nach jener Rede trat er zu Hoffmann mit den Worten: „Im Auftrage der Königin habe ich Ihnen kund

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Mai.

[2]) Desgleichen vom 4. Juni.

zu thun, daß die Errettung von ganz Europa nunmehr abhangt von der sofortigen Resolution des Kaisers und demgemäß der schleunigen Entsendung des Erzherzogs Carl. Kann sich der Kaiser dazu nicht verstehen: so sehe ich nichts Anderes voraus als den völligen Untergang" [1]).

Die Worte des Staats-Secretärs Nottingham bezogen sich auf die allgemeine Sache der Verbündeten wider Frankreich. Aber sie dürfen in besonderer Weise angewendet werden auf die damalige Lage des Kaisers. Bevor wir also dem weiteren Verlaufe des Bündnisses mit Portugal nachgehen, liegt es uns ob, die allgemeine Lage, nämlich den Gang des Krieges auf dem europäischen Festlande im Jahre 1703 ins Auge zu fassen. Eine Reihe von Schauplätzen desselben fordert nacheinander unsere Aufmerksamkeit, mit schwankendem Glücke, im Ganzen jedoch überwiegend zu Gunsten Ludwigs XIV. und seiner Anhänger.

Beginnen wir mit dem Norden.

Entscheidend für den Gang der Dinge dort ist vor Allem die Persönlichkeit Carls XII. Die Einnahme der Feste Nöteburg, des späteren Schlüsselburg, durch die Russen übte auf den jungen Schwedenkönig nicht die Einwirkung ihn aus Polen abzurufen. Sein Haß gegen den Czaren Peter war vielleicht nicht geringer als gegen den König August II. Sein Botschafter Lilienroth mußte den Seemächten gegenüber erklären, daß Carl XII. sich auf kein Angebot einer Vermittelung einlassen wolle als unter der Bedingung, daß der Czar dabei nicht genannt würde; denn mit dem Czaren wolle er keinen Frieden [2]). Da nun aber dennoch Carl XII. den Czaren an der Ostseeküste immer weiter um sich greifen ließ, ohne ihm mit vollen Nachdrucke entgegen zu treten: so ist dies Verhalten erklärlich einerseits nur durch die Geringschätzung, die Carl XII. diesem Feinde gegenüber hegte. Nach der Aussage des sächsischen Gesandten Gersdorf äußerte sich Carl XII. häufig, daß 10,000 Schweden genügen würden, der gesammten russischen Macht Widerstand zu leisten [3]). Das Wort erscheint wie ein Ausfluß

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. Juni.
[2]) Lamberty t. II, p. 656.
[3]) A. a. O. p. 662.

Digitized

des Siegesbewußtseins von Narwa, und in so weit dürfte dieser Sieg für den jungen Schwedenkönig nachtheiliger geworden sein als für den Czaren Peter. Andererseits aber wollte Carl XII. erst seinen Plan gegenüber dem Könige August völlig durchführen, um dann, wie er einst sich ausgedrückt, auch mit dem Anderen zu sprechen.

Der erstere Plan war nach wie vor derjenige den König August zu entthronen und nur auf diese Bedingung hin Frieden zu schließen. Die Abmahnung des treuen, alten Oxenstjerna hatte der junge König nicht vernehmen wollen. Carl XII. ging seinen Weg allein, umgeben nur von Dienern, die an seinem Willen nicht zu rütteln wagten, die lediglich beflissen waren zur Durchführung desselben beizutragen.

August II. dagegen wäre nun so gern des Krieges ledig gewesen, den er im Uebermuthe der Rechtsverachtung von 1700 begonnen. Im Einverständnisse mit seinen polnischen Räthen [1]) lag er dem Kaiser und den Seemächten mit der Bitte an, ihm den Frieden zu vermitteln. Er malte die Vortheile aus, welche der großen Allianz wider Frankreich daraus erwachsen würden. Er bot seinen Beitritt an. Er war bereit 24,000 Mann zu stellen. In Wien, in London, im Haag war man mit dem Wunsche Augusts II. völlig einverstanden. Man brachte dort nicht bloß die sächsischen Truppen in Anschlag, die durch einen Frieden im Norden verfügbar würden, sondern auch die schwedischen. Die Mächte wünschten, wie die Generalstaaten sich ausdrückten, daß die Streitkräfte, welche in Polen einander gegenseitig aufrieben, verwendet würden für die allgemeine Freiheit wider Frankreich. In diesem Sinne wurden die Gesandten Sinzendorf, Robinson, Haersolt instruirt [2]). Aber Carl XII. wußte auszuweichen. Er weilte im Feldlager. Dort ließ er keinen fremden Gesandten vor, nahm ihre Schreiben nicht an. Er war nicht französisch gesinnt; aber thatsächlich leistete er durch die Zähigkeit, mit welcher er an jenem Vorsatze festhielt, für Ludwig XIV. die Dienste eines Bundesgenossen.

Wie daher der Friede im Norden den Mächten der Allianz erwünscht erschien, so nicht dem Könige von Frankreich. Er suchte wie immer möglich die Zerrüttung, den Unfrieden in Polen zu schüren.

---

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III. p. 863.

[2]) Lamberty t. II. p. 664.

Digitized by Google

Als der König August endlich, wie wir gegen das Ende des Jahres 1702 vernommen, gegen die beiden französischen Gesandten sein Hausrecht zur Anwendung brachte, gab eben dies für Versailles wieder eine neue Handhabe. Der Minister Torcy wandte sich beschwerend an den Cardinal-Primas Radziejowski.

Der hochbegabte Prälat hatte fünf Jahre zuvor an der Spitze derjenigen Partei gestanden, die den französischen Prinzen Conti zum Könige von Polen ausrief. Auch im Jahre 1703 bezeichnete ihn der Rathspensionär Heinsius nach den Angaben seiner geheimen Correspondenz als französisch gesinnt [1]). Wie immer dem sei, die Beschwerde des Torcy fand bei dem Cardinal Gehör. Er machte sie sich zu eigen gegenüber dem Könige August in Ausdrücken, die den beginnenden Spalt ankündigten. Der König in seiner Antwort suchte den Ehrgeiz des Cardinals zu hecheln, welcher vermeine ihm gegenüber die Republik Polen zu vertreten. Er warnte ihn vor der Spaltung, vor den Gefahren, welche daraus für den Urheber entspringen [2]). Aber eben diese Spaltung stand nicht mehr bevor, sondern war bereits längst vorhanden.

Denn wie einerseits in der verblendeten Hartnäckigkeit Carls XII., so lag andererseits gerade in jener Spaltung das Unglück Polens. Carl XII. betheuerte, daß er nur gegen den König, nicht gegen Polen seinen Krieg führe. Aber er stand auf dem Boden der Republik, erhielt auf und von diesem Boden seine Truppen, betrachtete und behandelte jede Weigerung und jeden Widerstand in kriegerischer Weise. Er versicherte, daß Schweden und Polen das eine gemeinsame Interesse wider Rußland hätten, daß er einen engen Bund beider Mächte wider Rußland wolle. Allein, indem er zuvor die Entthronung des Königs August verlangte, muthete er der polnischen Nation eine Demüthigung zu, welche ihre moralische Kraft schwer schädigen mußte. So geringen moralischen Werth die Persönlichkeit Augusts II. besaß: er war der anerkannte König. Carl XII. mochte immer in seinem Sinne seine Forderung damit rechtfertigen, daß der König August eben so treulos wie gegen ihn auch gegen die Polen gehandelt hatte. Aber nicht zuerst

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 23. Januar.

[2]) Die Schreiben bei Lamberty t. II. p. 687.

Digitized by Google

von den Polen her, oder wenigstens nicht von einer überwiegenden Partei kam der Wunsch der Absetzung, sondern die Forderung ward an sie gestellt von einem fremden Herrscher, der mit Heeresmacht im Lande stand. Die Anklagen, welche Carl XII. gegen August II. erhob und erheben ließ [1]), so begründet viele derselben sind, rechtfertigen nicht die Forderung der Entthronung, welche, wie dem Völkerrechte überhaupt zuwider, besonders feindselig war gegen die Ehre der Polen, und zwar gegen die Ehre der gesammten Nation. Insofern betraf der Krieg Carls XII. nicht den König allein und seine sächsischen Truppen, sondern Polen mit. Indem aber die Polen nicht zu dem Entschlusse kommen konnten, sich einmüthig wider die Forderung zu erheben, war vorauszusehen, daß über die Getheilten, Zerspaltenen, Schwankenden der stärkere, feste Wille zuletzt den Sieg davon tragen müsse. Nur freilich nicht zum Heile der Polen, noch auch rückwirkend der Schweden. Wie Carl XII. damals selbst, ohne es zu beabsichtigen, negativ zu Gunsten Ludwigs XIV. wirkte, so trug er, indem er durch die Ausnutzung der Spaltung unter den Polen ihre moralische Kraft lähmte, auch für die Zukunft erheblich bei, den Zustand der inneren Auflösung zu beschleunigen, durch welchen die Polen sich in die Gefahr brachten, hinabzusinken zum Theilungsobjecte für die rechtlose Begehrlichkeit der Nachbarn. Carl XII. arbeitete also, und zwar dies durchaus wider seinen Willen, zu Gunsten derjenigen Macht, die er wo möglich noch intensiver haßte als seinen Vetter August II. von Polen, derjenigen des Czaren von Rußland.

Eben die Stellung des Czaren zu Polen ist von besonderer Wichtigkeit. Carl XII. pflegte in jeder Kundgebung an die Polen den Czaren als den gemeinsamen Feind der Schweden und der Polen zu bezeichnen. Der Czar dagegen und der König August nannten Schweden den gemeinsamen Feind Rußlands und Polens [2]). Die Ansichten der Polen darüber waren getheilt. Hat die Erfahrung späterer Zeiten dargethan, daß das Urtheil Carls XII. principiell richtiger war: so war im Jahre 1703 in Polen die Erinnerung an die Gewalt und

[1]) Z. B. in der Schrift Cati Irenaei epistola ad amicum bei Lamberty t. II, p. 690.

[2]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 859.

Digitized by Google

das Unrecht des Schwedenkönigs Carl Guſtav noch nicht erloſchen, und die Zahl derjenigen Polen, die in dem Auftreten Carls XII. die Bethätigung einer freundſchaftlichen Geſinnung erblickten, wie er es verlangte, war ſicherlich ſehr gering.

Für den König Auguſt II. war es ein beſonderer Nachtheil, daß der einflußreiche Cardinal-Primas Radziejowski nicht mit ihm zuſammen ging. Im Januar 1703 forderte Carl XII. den Cardinal auf, die Anſtalten zu treffen, daß die polniſche Nation, mit welcher er keinen Krieg habe, ohne Zwang und Furcht ihre Anſicht kund geben könne [1]). Er ließ in der Republik verkünden, daß das Gerede, als habe er eine Vermittelung der kaiſerlichen, engliſchen, holländiſchen Geſandten angenommen, nur von denjenigen ſtamme, welche den Frieden und das Vertrauen zwiſchen ihm und der Republik zu untergraben trachteten. Er erklärte ſich bereit im Bunde mit der Republik Polen wider den gemeinſamen Feind zu ziehen, ihm die Länder wieder zu entreißen, die er der Republik genommen; aber vorher ſei die ſchwerere Laſt zu heben, der Quell des inneren Unfriedens in der Republik zu verſtopfen [2]).

Die Schweden lobten zugleich aller Orten den Cardinal-Primas. In ſeiner Hand allein ſtehe es, ſagten ſie, den inneren Frieden Polens herzuſtellen. Der Cardinal dagegen redete von dem unbeſiegten Löwen des Nordens. Auguſt II. forderte den Cardinal auf, zu ihm nach Marienburg zu kommen, um dort mit ihm die Mittel der Rettung zu berathſchlagen. So am 25. Februar [3]). Der Cardinal erwiederte: er dürfe ſeine Stellung in Warſchau ohne Gefahr für die Stadt nicht verlaſſen. Er meinte damals wahrzunehmen, daß der Schwede in dem letzten Briefe an ihn milder rede [4]).

Der Cardinal ging weiter vor. Es gebe, erklärte er, für die traurig zerrütteten Verhältniſſe kein anderes Heilmittel als durch die Polen ſelbſt. Darum berief er, um, wie er ſagte, ſein Gewiſſen zu entlaſten, und kraft der Autorität, welche ſeine Würde ihm verleihe, alle Senatoren nach Warſchau. Die erſte Ladung fand geringe Folge. Der Cardinal erneuerte ſie, und ſetzte die Zeit an auf den 16. April.

---

[1]) Schreiben Carls XII. vom 24. Januar 1703 bei Lamberty t. II, p. 701.

[2]) Lamberty t. II, p. 705. Vom 13. Februar 1703.

[3]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 871.

[4]) A. a. O. p. 875.

Um ihn sammelten sich die Senatoren aus den Familien der Leczinski, Potocki, Sapieha, sämmtlich dem Schwedenkönige geneigt [1]). Die letztere Familie stand dazu in enger Verbindung mit dem Könige von Frankreich [2]).

Aber auch August II. hielt fest an dem Plane seiner Versammlung in Marienburg, und setzte sie an auf den 16. März. Zu ihm stand namentlich der Kronfeldherr Lubomirski, und hielt aus, ungeachtet daß Carl XII. dafür seine Güter verwüsten ließ. Er forderte die ihm untergebenen Offiziere und Soldaten zu einem neuen Eide auf, in welchem der Schutz der katholischen Religion vorantrat, dann derjenige des Königs August [3]). Aber freilich, diese Kronarmee, bestehend aus 3000 Mann [4]), war kein Bollwerk gegen den Schwedenkönig. Ein Verlaß war für den König August nur auf seine sächsischen Truppen. Mit denselben erfüllte er die Stadt Thorn, die er zu seinem Waffenplatze machte. Unzweifelhaft war dies gegen die Bedingungen seiner Wahl. Aber die Polen, die sich beeiferten ihn dafür anzuklagen, waren minder eifrig dem Schwedenkönige vorzuwerfen, daß er, der sich ihren Freund nannte, mit größerer Macht in ihrem Lande stand.

Die von dem Könige August nach Marienburg berufene Versammlung von Senatoren trat am bestimmten Tage zusammen, dem 16. März. Ihre Beschlüsse fielen aus im Sinne des Königs August. Sie erklärten die von dem Cardinal nach Warschau berufene Versammlung für illegal, bezeichneten die Anhänger der Schweden als Feinde des Vaterlandes, und verlangten das allgemeine Aufgebot. Sie entsandten Botschafter an den König von Schweden, der sich in Praga befand. Er erwiederte: er habe seinen Willen dem Cardinal-Primas kund gethan, und darüber zuerst würden sich die Reichsstände von Polen auszusprechen haben [5]).

Diese Kundgebung des schwedischen Willens enthielt eine scharfe und nachdrückliche Verwerfung alles dessen was in Marienburg beschlossen war. Carl XII. hob hervor, daß der Rath, der darin

---

[1]) Lamberty t. II, p. 708.
[2]) So Heinsius im Berichte des Grafen Goes vom 23. Januar.
[3]) Der Wortlaut bei Lamberty t. II, p. 707.
[4]) Nordberg Bd. I, S. 436.
[5]) Lamberty t. II, p. 710.

Digitized by Google

gegeben werde, zum Bündniſſe mit dem Moskowiter, dem bitterſten Feinde ſowohl Polens als Schwedens, für beide Länder das Verderben verkünde. Er beharre bei ſeiner Ueberzeugung; das Heil der Länder Polen und Schweden ſei ſo unzertrennlich verbunden, daß, wenn das eine erſchüttert werde, auch das andere nicht beſtehen könne, und darum wünſche er eine ſolche Erneuerung der Freundſchaft, welche beiden Nationen ihre Sicherheit verbürge. Alle Zwietracht zwiſchen ihnen habe nur daher ihren Urſprung genommen, daß die Könige von Polen, nach dem Erlöſchen des Hauſes Waſa, ihr beſonderes Intereſſe verfolgt, welches nicht zuſammenfalle mit demjenigen der Republik Polen, und dennoch die letztere in dasſelbe hinein verwickelt haben. Dieſer Stein des Anſtoßes müſſe gehoben werden. Carl XII. ſprach nicht ausdrücklich die Entthronung Auguſts II. aus. Er erklärte, nicht ſein volles Recht gebrauchen zu wollen, auch Rückſicht zu nehmen auf den gegenwärtigen Zuſtand von Europa und die Wünſche der befreundeten Mächte. Darum ſei er bereitwillig zu vernehmen, was die von dem Cardinal-Primas berufene Verſammlung unter ſeiner Leitung beſchließen würde. So am 16./27. April [1]).

Es war zunächſt von großer Wichtigkeit, daß die auf Seiten des Königs Auguſt II. ſtehenden Senatoren, welche das allgemeine Aufgebot beſchloſſen hatten, dieſen Beſchluß thatſächlich ſofort wieder fallen ließen. Als Grund wird angegeben, daß die Großen des Reiches für ſich ſelber Beſorgniſſe hegten, wenn einmal der niedere Adel in Waffen ſtünde [2]).

Ungeachtet des guten Willens des Kronfeldherrn Lubomirski durfte dennoch Auguſt II. ſich ſicher nur auf die wenigen ſächſiſchen Truppen verlaſſen. Sie ſtanden bei Pultusk. Es war nicht die Abſicht des Königs Auguſt ein Treffen zu wagen. Aber nachdem Carl XII. in Praga jene Antwort gegeben, brach er in Eilmärſchen von da auf, überraſchte die kleine ſächſiſche Armee unter dem General Steinau bei Pultusk und ſchlug ſie in Trümmer, am 21. April/2. Mai [3]).

Mit beſonderer Freude ward das alles in Verſailles vernommen. Eben damals erhielt der neue ſchwediſche Geſandte, Kronſtrom, ſeine

---

[1]) Lamberty t. II, p. 713.

[2]) A. a. O. p. 715. — Nordberg Bd. I, S. 416.

[3]) Ausführlich bei Nordberg Bd. I, S. 416 u. f.

Digitized by Google

erste Audienz. Ludwig XIV. redete zu ihm in starken Ausdrücken der Freude über die Erfolge Carls XII., der, noch nicht einundzwanzig Jahre alt, bereits vier Schlachten gewonnen habe. Der Hof von Versailles war der Ansicht, daß man nicht mit größerer Artigkeit, Höflichkeit und Würde reden könne, als der König dem Schweden Kronstrom gegenüber entwickelt habe [1]).

Für Carl XII., der nicht französisch sein wollte, ging auch aus diesem Lobe Ludwigs XIV. nicht die mahnende Frage hervor, ob er nicht dennoch thatsächlich das sei, was er nach seiner Absicht nicht sein wollte: ein Diener und Beförderer der Politik Ludwigs XIV. Carl XII. beharrte auf seinem eigenen Wege.

Inzwischen erfolgte die Antwort des Cardinal-Primas im Namen der Warschauer Versammlung an den König von Schweden. Der letztere hatte in der Kundgebung seines Willens das Wort der Entthronung nicht ausgesprochen. Der Cardinal sprach es aus, nicht jedoch, um es sich zu eigen zu machen. Die That, wie das Wort der Entthronung, sagte er, sei in der Geschichte Polens unerhört. Nach der allgemeinen Uebereinstimmung der Reichsstände sei sie unstatthaft. Dagegen wolle Polen sich verbürgen, daß der König fortan den erneuerten Frieden von Oliva genau beobachte [2]).

Allein was immer sonst von polnischer Seite dargeboten wurde: der Schwedenkönig wollte sich mit nichts befriedigen als mit der Erfüllung jener seiner Forderung. Er ließ durch den Grafen Piper erwiedern: er habe gerechte Ursache eine solche Antwort zu erwarten, welche dem von ihm gemachten Vorschlage direct entspreche. Für die Herstellung einer sicheren und dauernden Freundschaft zwischen Schweden und Polen sei ein anderes Mittel nicht zu finden [3]).

Und weiter ging dann der Siegeslauf des Schweden. Er marschirte auf die von August II. zu seiner Burg ersehene Stadt Thorn, um sie zu belagern. Der Cardinal-Primas mahnte ab; denn Thorn, obwohl eine sächsische Besatzung darin, sei eine Stadt der Republik Polen, nicht des Königs, und verdiene daher als unschuldig eine billige

[1]) Dangeau t. IX, p. 203.
[2]) Lamberty t. II, p. 718.
[3]) A. a. O. p. 719.

Digitized by Google

Rücksicht. Er bat: der König von Schweden wolle nicht durch eine neue Verbitterung der Gemüther das Friedenswerk schwerer machen [1]).

Carl XII. beharrte. Er zweifele nicht an der Friedensliebe der Republik Polen, sagte er; aber einen Weg dahin zu gelangen, erblicke er nicht, so lange nicht die Republik sich klarer darüber ausspreche. Und dieses Mistrauen müsse von Jedem als berechtigt anerkannt werden, welcher den Charakter seines Feindes und dessen geheimes und inniges Bündnis mit dem Czaren durchschaue. Deshalb möge die Republik sich bestimmter erklären. So lange die Stadt Thorn seine Feinde in sich schließe, stehe es ihm zu sie nicht zu behandeln wie eine Stadt der Republik, sondern wie den Schlupfwinkel fremder Truppen, welchen der Feind zur festen Burg seiner Herrschaft zu machen trachte, darum gleich schädlich für die Republik wie für ihn [2]).

In derselben Weise antwortete Carl XII. anderen Mitgliedern der Warschauer Versammlung, die sich bittend an ihn gewandt. Wenn der von ihm angegebene Weg, sagte er, ihre Zustimmung nicht finde: so habe er das Recht von ihnen her einen Vorschlag zu erwarten, der nicht minder als der seinige dem Zwecke entspreche.

Der Cardinal und jene Senatoren hatten ihm Bitten gestellt in der Hoffnung eine geneigtere Antwort zu erlangen, die sie dem Reichstage vorlegen könnten. Dieser sollte am 17. Juni in Lublin zusammentreten.

Carl XII. hob, wie wir gesehen, in allen diesen Antworten beständig hervor, daß der König August im geheimen Bündnisse mit dem Czaren beharre. Nicht bloß dieses entsprach der Wahrheit, sondern der Czar ließ in Anlaß des Reichstages eine Erklärung in diesem Sinne an die Republik Polen ergehen. „Wir haben uns, sagt er darin, nach reiflicher Erwägung zur Intervention entschlossen, um zu vollbringen, was Gott und alle Rechtschaffenen billigen werden. Diese Pflicht erwächst uns im besonderen aus dem Amte, zu welchem wir auf Erden berufen sind, so wie schon im Allgemeinen aus der Obliegenheit, durch welche jeder christliche Fürst vor Gott und der menschlichen Gesellschaft verbunden ist, Gewalt und Unrecht abzuwehren, und die bösen Absichten

---

[1]) Lamberty t. II, p. 713. Vom 7. Juni.
[2]) A. a. O. p. 724. Vom 8. Juni.

Digitized by Google

im Zaume zu halten, welche die Bande der menschlichen Gesellschaft zu zerreißen, den öffentlichen Frieden der Christenheit zu zerstören drohen — damit Recht und Gerechtigkeit bestehe, die Unschuldigen Schutz finden, insbesondere aber die gemeinsame Sache der Könige und Fürsten aufrecht erhalten werde" [1]).

Die Worte des Czaren entsprechen den Ideen des Christenthumes: nur sind sie zur Basis des von ihm gegründeten Staatswesens nicht geworden.

Peter I. forderte weiter die Republik auf, sich mit ihm zu vereinen, um dem Schweden, der seit zweihundert Jahren gegen Polen und Rußland Uebergriffe zu machen suche, Liefland wieder zu entreißen. Die Behauptung, daß man dem Könige August nicht trauen dürfe, werde nichtig durch die Bürgschaft sowohl des Czaren als anderer Mächte für ihn. Denn es sei allen Mächten in gleicher Weise daran gelegen, daß das ungeheuerliche Wort der Entthronung nicht zur Wahrheit werde, und darum seien sie bereit mit Rüstungen zu Lande und zu Wasser dagegen einzutreten. — So volltönend das klang, konnte es den Polen kaum verborgen sein, daß August II. auf irgend welche Hülfe, auch von dem Czaren selbst, nicht zu rechnen habe. In einem anderen Schreiben an den Cardinal-Primas trug der Czar seinen Beistand zur Vermittelung an, in der Hoffnung, wie er sagte, daß die Polen insgesammt vorziehen würden den früheren inneren Frieden wieder zu erringen, als ferner noch einen Leichenhügel der ihrigen nach dem anderen aufthürmen zu lassen [2]). Dagegen drohte er für jeglichen Widerstand gegen den König August mit seiner Rache.

Wie der Czar die polnischen Reichsstände aufforderte zur Freundschaft mit ihm und zur Feindschaft wider Schweden: so ließ Carl XII. beim Herannahen des Reichstages eine Schrift ausgehen, welche in eindringlichen Worten den Haß wider Rußland predigte. Gerade darum, sagte die Schrift, habe der König August jeglichen Anspruch auf ein Vertrauen in sein Wort verwirkt, weil er ohne Vorwissen der Republik Polen mit ihrem ältesten und erbittertsten Feinde ein Bündnis geschlossen habe. Daß er jetzt verspreche, sich dem Beschlusse des Reichs-

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 875. — Lamberty t. II, p. 727. — Man vgl. Theatrum Europaeum Theil XVI[b], S. 374.

[2]) Lamberty t. II, p. 730.

Digitized by Google

tages in Allem zu fügen, komme lediglich daher, weil er, völlig machtlos, zur Zeit eine andere Hoffnung nicht erblicke. Wenn dagegen die Polen durch die neuen Versprechungen sich täuschen lassen, ihn auf dem Throne befestigen: so heißen sie damit gut, was er früher wider sie gethan, so bekräftigen sie sein Bündnis mit dem Czaren, so geben sie ihm den Anlaß sie zum Kriege wider Schweden zu führen. Der König von Schweden dagegen verlangt nichts als ein guter Freund der Polen zu sein. Besser aber doch ist es einen guten Nachbar durch ein correctes Verfahren auch für die Zukunft sich freundlich gesinnt zu erhalten, als durch ein incorrectes sich zum Feinde zu machen. Der König von Schweden würde vielleicht auf den Krieg gefaßt sein. Aber Gott möge dies abwenden; denn die Last der Leiden, die dann hereinbrächen, sei mit Worten nicht auszusprechen [1]).

Es fragte sich also, nach welcher Seite hin die Entscheidung des Reichstages von Lublin sich neigen werde.

Der Kanzler Zaluski eröffnete, am 19. Juni, den Reichstag zu Lublin mit einer zur Eintracht mahnenden Rede, die, rhetorisch betrachtet, ein Meisterstück genannt werden dürfte. Der Zustand, den er malt, ist schreckenerregend. „Niemals, ruft er aus, ist in den Jahrbüchern des Königreiches Polen und des Großherzogthumes Lithauen eine Zeit verzeichnet, wo die Herzen ihrer Bewohner durch die Zwietracht so sehr von einander getrennt waren. Nur auf sich und den eigenen Vortheil ist ein Jeder bedacht, Keiner für das Gemeinwohl. Ich glaube nicht, daß auf dem ganzen Erdkreise eine Republik existirt, welche weniger sich der Liebe und Anhänglichkeit ihrer Söhne und Bürger erfreut als Polen." Zaluski beantragte, daß bei der Dringlichkeit der Geschäfte nicht die Landboten räumlich getrennt vom Senate berathen möchten, sondern in Einer Versammlung geeinigt [2]).

Leuchtet aus der Rede Zaluskis wenigstens die Erkenntnis des hauptsächlichen Uebels hervor: so ward dasselbe dadurch bethätigt, daß die Abgeordneten der Woiwodschaften Posen und Kalisch auf dem Reichstage nicht zugelassen wurden. Sie kehrten grollend heim, und der Groll trug bald für die Gesammtheit bittere Früchte [3]).

---

[1]) Lamberty t. II, p. 732.

[2]) Die Rede Zaluskis in Lünig: Orationes procerum etc. t. III, p. 456.

[3]) Nordberg Theil I, S. 431.

Digitized by

Der König August II. ließ dem Reichstage eine Vorlage zugehen, bestehend in der Frage, was dem Wohle der lithauisch-polnischen Republik mehr entspreche, ein Bündnis mit Rußland oder mit Schweden. Die Vorlage erörtert die Frage in sechszehn contradictorischen Sätzen, deren letzter mit den Worten schließt: „Es gereicht also zur größeren Ehre Gottes, zum Gedeihen der katholischen Religion, zum Ruhme des Königs und des Reiches, daß die Freundschaft mit Rußland vorgezogen und auf diesem ehrenhaften Wege der Friede und die Ruhe hergestellt werde" [1]).

Es fällt auf, daß in Polen eine Hoffnung für die römisch-katholische Kirche von Rußland her ausgesprochen werden konnte in demselben Jahre 1703, in welchem der Czar Peter, indem er die bis dahin bestehende Synode der griechischen Kirche in Rußland abschaffte, und sich selber zum Haupte derselben erklärte, durch diese Vereinigung der kirchlichen und der weltlichen Gewalt in seiner Person, die Basis der kirchlichen Freiheit und Unabhängigkeit aufhob. Aber Peter I. zog noch nicht sogleich praktisch die Consequenzen, deren das furchtbare System dieses Cäsareopapismus fähig war. Er erließ eben damals ein Patent, welches allen christlichen Religionsgenossen, die nach Rußland kommen würden, die Freiheit des Cultus, der Kirchen, und eine eigene Justizpflege zusicherte [2]).

Die ersten Tage hindurch rann die Strömung im Reichstage zu Lublin durchaus zu Gunsten des Königs August. Dann erschien der Cardinal-Primas. Es erhob sich ein Sturm der Königlichen wider ihn. Er indessen leistete den Eid für den König August II., und seine Anhänger folgten seinem Beispiele. Nachdem dann der Cardinal mehrere Tage hindurch eine Fülle der Anklagen schweigend über sich hatte ergehen lassen, nahm er das Wort. Die Gewandtheit und der Nachdruck seiner Rede wird als so überlegen dargestellt, daß in Betreff seiner Person eine völlige Umstimmung erfolgte, so daß seine Widersacher sich in seine Lobredner wandelten [3]). Der Cardinal-Primas ward der Führer des Reichstages. Demgemäß fielen die

---

[1]) Lamberty t. II, p. 734.

[2]) Wichmann: Chronologische Uebersicht der russischen Geschichte S. 44.

[3]) Lamberty t. II, p. 736.

Digitized by Google

Beschlüsse aus, weder im Sinne der Vorlage des Königs August II., noch auch der Forderung Carls XII. Man wolle, hieß es darin, den Bestand der Kronarmee für Polen und Litthauen auf 48,000 Mann bringen. Man wolle dem Schwedenkönige sechs Wochen Zeit lassen sich zu erklären, ob Freund ob Feind. Weigère er sich eines vernünftigen Friedens: so habe der König von Polen freie Hand zu Allianzen. Auch nur von einer Entthronung zu reden, solle untersagt sein. Die Mitglieder des Reichstages verbanden sich dem Könige August durch einen neuen Eid. Zugleich jedoch beschlossen sie, dem Schwedenkönige für die Bewahrung des zu schließenden Friedens eine Reihe von Garantien zu bieten. August II. beschwor, was der Reichstag von ihm verlangte [1]).

Der Cardinal-Primas hoffte von dieser Grundlage aus den Frieden zu erreichen. Er that dies dem Schwedenkönige kund. Es fehle nichts mehr, schrieb er, sofort die Verhandlung über die Einzelnheiten zu beginnen, als die Zustimmung Carls XII. [2])

Diese erfolgte nicht. Der Schwedenkönig, aus dem Lager von Thorn, erwiederte dem Cardinal: in dieser Angelegenheit sei die höchste Vorsicht geboten. Ausführlicher legte der Graf Piper den polnischen Commissarien die schwedischen Bedenken dar. Selbst wenn Polen auch allen erlittenen Schaden ersetze: welche Sicherheit gewähre man für die Zukunft? Immerhin möge der König von Polen in Lublin einen feierlichen Eid geschworen haben, nichts Feindseliges gegen Schweden zu unternehmen; allein die Erfahrung der Vergangenheit zeige, wie wenig er sich kümmere um Eid und Versprechen. Die Beschlüsse des Reichstages von Lublin gewähren dem Könige von Schweden keine Sicherheit [3]).

Durch die Beschlüsse und Erbietungen des Reichstages jedoch waren die Dinge an einen Punct gebracht, an welchem auch die Gesandten der Bundesmächte glaubten ihre Stimme geltend machen zu dürfen. Sinzendorf, Robinson, Haersolt, richteten an den Grafen Piper ein gemeinschaftliches Schreiben. Da der Artikel der Sicherheit,

---

[1]) Lamberty t. II, p. 737.
[2]) A. a. O. p. 739. Vom 18. Juli.
[3]) A. a. O. p. 741. Vom 31. Juli.

Digitized by Google

welche der König von Schweden von der Republik Polen fordere, als der Prüfstein erklärt worden sei, als derjenige Punct, über welchen der König Auskunft verlange, bevor er sich auf eine Verhandlung einlassen wolle: so thun die drei Gesandten die Garantien kund, zu welchen Polen sich erbiete. Sie ersuchen, daß der Graf Piper mit ihnen oder einem von ihnen darüber in mündliche Verhandlung eintrete. „Kurz, schreiben sie, wir wagen uns dahin auszusprechen, daß es für alle Dinge ein Mittel gibt, wenn man es aufrichtig will. Wir haben ein volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Erklärungen des Königs von Schweden, indem wir uns mit der Hoffnung schmeicheln, er werde endlich darüber solche Resolutionen fassen, welche die gesammte Welt überzeugen müssen, daß es sich hier nicht um Vorwände und Ausflüchte handelt, sondern wirklich um die Frage der Sicherheit, und daß lediglich um dieser Frage willen sich die hiesige Verwirrung so lange hinzieht, die nicht bloß den beiden Königreichen zum schweren Nachtheile gereicht, sondern zugleich auch dem übrigen Europa." So am 12. August 1703 [1]). Carl XII. ging auf den Wunsch der Vertreter der Bundesmächte nicht ein.

Daß auch damals bei diesem Verhalten des jungen Schwedenkönigs nicht irgend welche positive Hinneigung zu Frankreich mitwirkte, ergibt sich daraus, daß sein Botschafter Lilienroth in denselben Tagen im Haag einen Bundesvertrag mit den Seemächten abschloß, durch welchen er sich, sobald der Friede im Norden zu Stande gekommen, zur Stellung von 10,000 Mann für die große Allianz verpflichtete. Ein geheimer Artikel betraf den Beitritt Carls XII. zu der großen Allianz. Die Willigkeit beiderseits wurde darin ausgesprochen: die Verwirklichung solle noch von ferneren Verhandlungen abhangen [2]).

Zeigte in so weit der Schwedenkönig den Wünschen der Mächte der großen Allianz sich willfährig: so hielt er fest an seinem Vorsatze in Betreff des Königs August II. Auch damals wagte der Graf Piper ihm Vorstellungen zu machen, hinzuweisen auf die Wünsche der Genossen der großen Allianz, so wie besonders auf die eigene Gefahr für Schweden, wo der Czar sich in den Ostseeländern einer Festung nach

---

[1]) Lamberty t. II, p. 743.

[2]) A. a. O. p. 676. Vom 5./16. August.

Digitized by Google

der anderen bemächtige [1]). Im Mai 1703 war die überraschende Kunde erschollen, daß der Czar Peter an der Newa auf dem Boden des Königs von Schweden den Grundstein einer neuen Stadt gelegt, die ihm weitgehende Aussichten eröffne, darum St. Petersburg genannt. Den König Carl XII. störte das alles nicht. Der Plan seiner Rache an August II. bewegte sich in dem Kreislaufe der Gedanken: August II. hat beständig Eid und Treue gebrochen: deshalb gibt es gegen die Wiederholung des Eidbruches keine andere Sicherheit als seine Entthronung. — Es ist merkwürdig, daß die Gedanken Carls XII. über die Absicht dieses Actes nicht hinausgingen, daß er sich nicht die Frage vorlegte, ob denn die Entthronung seinem Zwecke entsprechen, ob nicht August II., selbst wenn er dahin gebracht werden konnte, sich in die Entthronung zu fügen, seine Hand wieder nach der Krone ausstrecken würde, sobald der unmittelbare schwedische Druck auf ihn aufhörte. So ist es ja später geschehen. Aber daß es so geschehen könne und nach aller Wahrscheinlichkeit geschehen müsse, lag auch im Jahre 1703 nicht hinaus über den menschlichen Gesichtskreis. Carl XII., der eine Sicherheit für sich verlangte, jagte mit seinem Plane der Entthronung einem Schattenbilde nach, welches ihm keine Realität gewährte und für welches er zu eigenem und fremdem Schaden im Osten und im Westen eine lange Reihe wirklicher Vortheile, zunächst und vor allen Dingen den Frieden zwischen Schweden und Polen, zum Opfer brachte.

Dagegen ist es sehr merkwürdig, daß seine Weigerung, sich auf die Beschlüsse von Lublin einzulassen, nicht etwa ein einmüthiges Einstehen der Polen für dieselben nach sich zog, sondern Verwirrung und Auflösung in ihre Reihen trug. Eben darauf hatte Carl XII. augenscheinlich gerechnet. Die Abgeordneten der Woiwodschaften Posen und Kalisch, die im Reichstage zu Lublin nicht zugelassen waren, erregten durch ihren Bericht die Gemüther des Adels daheim. Unter diesen Umständen, hieß es, müsse man auf seine eigene Sicherheit bedacht sein und sich durch eine Conföderation dazu in den Stand setzen. Das Wort zündete. Bereits an dem Tage, an welchem die Versammlung in Lublin zu Ende ging, kam in Skroda die Conföderation zu Stande. Der Wortlaut der Urkunde derselben trug keine Feindseligkeit wider

[1]) Nordberg Bd. I, S. 429.

Digitized by Google

den König August zur Schau; aber thatsächlich setzte sich die Conföderation sogleich mit dem Schwedenkönige in Verbindung [1]).

Während die Bevollmächtigten des Reichstages von Lublin dem Schwedenkönige ihre Friedensvorschläge machten, griff jene Conföderation um sich. Carl XII. seinerseits autorisirte sie durch ein Ausschreiben vom 11. September, welches die Beschlüsse des Reichstages von Lublin als feindlich wider ihn bezeichnete [2]). Einen stärkeren Keil noch trieb er ein, indem er vom 5. September an die Stadt Thorn, die er bis dahin nur umschlossen gehalten, mit Nachdruck berannte. Am 4. October capitulirte die Besatzung, und damit schien den Polen gegenüber abermals der Beweis erbracht, daß es vergeblich sei dem jungen Schwedenkönige Widerstand leisten zu wollen. Die Furcht vor ihm diente zum Bindemittel der Conföderation, nicht, um sich ihm zu widersetzen, sondern, um sich vor seinem Willen zu beugen. Die Conföderation durfte bald geradezu als schwedisch betrachtet werden, namentlich als Carl XII. im Herbste den überaus gewandten und fähigen General Rheinschild nach Groß-Polen entsendete und durch denselben öffentlich dafür wirken ließ. August II. klammerte sich abermals an den Czaren Peter um Hülfe.

Sie schlossen am 1./12. October einen geheimen Allianz-Vertrag, durch welchen der Czar Subsidien und Hülfstruppen zusicherte [3]). Darin ward festgesetzt, daß man, um den Uebelgesinnten keine Gelegenheit zu geben, die Plane zu durchkreuzen, einen anderen Vertrag vom selben Datum simuliren und in die Welt ausgehen lassen wolle.

Wir erblicken also eine Nachahmung des französisch-englischen Dover-Vertrages von 1670. Auch haben die handelnden Personen, der Czar Peter und August II. mit Ludwig XIV. und Carl II. eine gewisse Aehnlichkeit.

Es fragte sich, ob die Hülfe des Czaren dem Könige August II. noch viel nützen könne. In den letzten Monaten des Jahres 1703 rückte das dem Könige August II. seit langem angedrohete Geschick näher und näher heran, und eben damit zog sich, zum indirecten

[1]) Nordberg Bd. I, S. 438.

[2]) A. a. O. S. 453.

[3]) Der wirkliche Allianz-Vertrag in dem Werke: Patkuls Berichte an das Czarische Cabinet Bd. I, S. 56 u. f. Im 6. Artikel jene Feststellung.

Digitized by Google

Vortheile des Czaren Peter im Osten, des Königs Ludwig XIV. im Westen, der Krieg Carls XII. in Polen unabsehbar in die Länge.

Näher noch wirkte zu Gunsten des Hauses Bourbon die in Ungarn sich erhebende Empörung des Franz Rakoczy. Der Plan derselben datirte schon vom Jahre 1700. Wir haben (Bd. IX, S. 65 u. f.) vernommen, wie er damals scheiterte, und daß Rakoczy, anstatt sich zum Herrn von Siebenbürgen zu machen, nach Wiener-Neustadt in Haft gebracht wurde.

Ludwig XIV. und sein Gesandter du Heron in Warschau verzichteten darum nicht auf die Absicht, dem Kaiser in Ungarn ein Feuer anzuzünden. Emerich Tököly, der Wegweiser der Türken vor Wien im Jahre 1683, lebte noch zu Nicomedien in Bithynien. Dahin erging an ihn, im December 1701, die Ladung Ludwigs XIV. die Waffen wider zu ergreifen [1]). Tököly ging nicht darauf ein. Seine Frau, die Mutter des Franz Rakoczy, starb einige Monate später im Exile, Tököly selber, erst siebenundvierzigjährig, im Jahre 1705 [2]).

Du Heron dagegen hielt für den zu erregenden Brand fest an Franz Rakoczy. Wir haben vernommen, daß, ungeachtet der notorischen Beweise, die Gewissenhaftigkeit des Kaisers Leopold es nicht über sich gewann, ihm als Hochverräther den Prozeß zu machen. Die Gewissenhaftigkeit des Kaisers schlug aus zum unendlichen Jammer für seine Völker, und zum schweren Nachtheile für seine Sache in Europa.

Denn, während er des Rakoczy schonte, gelang es der Frau desselben, durch Geschenke an den Hüter des Gefängnisses, ihm die Flucht zu ermöglichen. Rakoczy entkam. Dann erst, nach seinem Entweichen, hemmte der Kaiser den Prozeß nicht mehr. Am 30. April 1703 ward über Franz Rakoczy das Todesurtheil gesprochen und mit den Gründen für dasselbe veröffentlicht [3]). Aber bereits befand sich Franz Rakoczy sicher auf polnischem Gebiete.

---

[1]) Fiedler: Actenstücke zur Geschichte Franz Rakoczys. Bd. II, S. 552. (Bd. XVII der Fontes rerum austr.)

[2]) A. a. O. S. 465.

[3]) Abgedruckt in Rink: Leopolds des Großen u. s. w. S. 1025 u. f.

Digitized by Google

„Dort, sagte er später, im Jahre 1713, zu Ludwig XIV., erleichterten mir die Wohlthaten Ew. Majestät das Unglück meines Exiles, und einerseits meine Dankbarkeit, andererseits die Seufzer der ungarischen Nation bewogen mich den Krieg zu beginnen, ohne Waffen, ohne Truppen, ohne Geld“ [1]).

Diese Seufzer der ungarischen Nation, welche Rakoczy in einem bombastischen Manifeste der Welt verkündete, betrafen gar viel und mancherlei, namentlich aber den Druck des Steuerwesens.

Legen wir dagegen, um eine sichere Basis des Urtheils über die Erhebung des Rakoczy zu haben, die Ansicht eines Nicht-Oesterreichers zu Grunde, der eine Reihe von Jahren hindurch den Verlauf der Dinge in nächster Nähe beobachtete, des venetianischen Botschafters Dolfin [2]).

„Das mit allen Vorzügen der Natur ausgestattete Ungarn, sagt Dolfin, wird bewohnt von einem sehr unglücklichen Volke. Es scheint, daß sich dort mit dem Blute zugleich vererbt die Neigung zum Tumulte und zur Auflehnung. Von Stolz erfüllt hassen sie die Knechtschaft. Mit Gewalt haben sie sich Privilegien ertrotzt, welche die Souveränetät aufheben, und welche, indem der Regierende sie nicht beobachten kann, ohne seiner Autorität und seiner Würde Abbruch zu thun, Gründe herleihen für die Indolenz und Vorwände für die Rebellion. Es reicht hin anzuführen, daß der König Andreas ihnen die Bewilligung verliehen hat, sich in Waffen gegen ihren Souverän zu erheben, wenn er den Privilegien zuwider handelt.“

„Nachdem Ungarn den Türken wieder entrissen war, sahen die Verständigen vorher, daß ohne die Stütze der Waffen der Besitz nicht bloß unfruchtbar bleiben würde, sondern nachtheilig. In der That bezeugt es die Erfahrung, daß zur Zähmung der Halsstarrigkeit dort das Eisen erforderlich ist, nicht die Milde. Das Volk, des Jammers müde, würde den Frieden vorziehen; aber die Häupter im eigenen Interesse wünschen den Krieg und bethören mit dem süßen Namen der Freiheit die Geringeren, während diese in Wirklichkeit eine barbarische Knechtschaft erleiden.“

[1]) Fiedler Bd. II, S. 495.

[2]) Fontes rerum austriacarum Bd. XII, S. 17. Vom Jahre 1708.

Digitized by Google

Damit jedoch kann der furchtbare Druck des Steuerwesens nicht verneint werden. Eben derselbe Dolfin erzählt, wenn auch nur als Gerücht, daß, um die Steuern zu entrichten, Väter sich genöthigt sahen, ihre Kinder den Türken zu verkaufen. Wie überhaupt die Unordnung in der Verwaltung, sowohl bei der Einnahme wie bei der Ausgabe, die dunkele Schattenseite der Regierung des Kaisers Leopold I. ausmacht: so fügte sich den Ungarn gegenüber zu dem Drucke des Systemes noch die Art und Weise der Ausführung. Die Erhebung geschah durch die Beamten deutscher oder slavischer Nationalität. Eben denselben gehörten ja auch die den Ungarn unleidlichen Besatzungen an, die indessen der Mehrzahl nach seit dem Beginne des Krieges von 1701 herausgezogen waren.

Von England und Holland aus waren nach der Weise der damaligen Zeit nicht Wenige geneigt, auch an kirchliche Beschwerden der Ungarn zu glauben. Es ist dagegen namentlich hervorzuheben, daß die Häupter des Aufstandes, Franz Rakoczy und Bercseny, selber katholisch waren. Dennoch dürfte es nicht überflüssig sein, diesen Punct zu erörtern.

Die Gesandten der protestantischen Mächte reichten am 8. Februar 1703 dem Kaiser eine Schrift ein, in welcher sie die schon früher erhobenen Verwendungen zu Gunsten der Protestanten in den österreichischen Erblanden wiederholen, und namentlich sich über den Cardinal Kolonitsch in Ungarn beklagen [1]). Der Graf Wratislaw von London aus bat, diese Beschwerden in Betracht zu ziehen. Die Conferenz der Minister berichtete dem Kaiser: „Beschwerden dieser Art sind nicht bloß in Schlesien erhoben, sondern auch in großer Menge gegen einige Magnaten in Ungarn, welche ihre Unterthanen zwingen katholisch zu werden, oder im anderen Falle sie von ihren Gütern verstoßen und verjagen. Nun haben zwar fremde Mächte nicht das Recht sich in die Regierung der kaiserlichen Länder einzumischen; allein es sind die Umstände der Weltlage zu berücksichtigen, daß die protestantischen Mächte viel stärker in Waffen sind als die katholischen, und daß E. K. Majestät der Hülfe jener dringend bedürfen. Darum

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 867. — Ein Beispiel eines Verbotes solcher Art durch den Palatin Paul Esterhazy in Besprim eben dort p. 802.

Digitized by Google

wäre es besser, daß solche Aenderungen unterblieben. Denn es könnte nichts gefährlicher sein, als wenn zu einer Zeit, wo Ungarn fast von allen Besatzungen entblößt, wo dagegen viele Unzufriedene sich dort befinden, und wo vermuthlich auch noch die entflohenen Rebellen dort ihren Anhang haben, durch den unbesonnenen Eifer irgend eines Grundherrn uns eine Empörung erwüchse. Auch sind Viele der Ansicht: es liege vor Allem der katholischen Religion in Deutschland daran, daß der Krieg gegen Frankreich wohl ausgeführt werde, und das Erzhaus als die einzige oder doch die vornehmste Säule der katholischen Religion in Macht und Ansehen erhalten bleibe. Wird daher dies erreicht, so wird es auch um die Religion wohl stehen. Eben darum darf den Bundesgenossen kein Anlaß zum Mißvergnügen gegeben, sondern die Beschwerden müssen untersucht werden." Demgemäß überwies der Kaiser die Beschwerden an die böhmische Hofkanzlei [1]).

Der Vorgang thut dar, daß man in Wien in Betreff einer möglichen Empörung in Ungarn nicht, wie oft angenommen worden ist, ohne Sorge war. Allein den hauptsächlichen Quell der Unzufriedenheit, den Druck der Steuerlast und die noch mehr drückende Weise der Erhebung zu beseitigen, war um so schwerer, je höher gerade in den Jahren 1702 und 1703 die Anforderungen an die Mittel des Kaisers stiegen. Die Last ward nicht verringert, sondern gesteigert; dagegen, wider den Rath namentlich des getreuen Grafen Erdödy, des Vorstandes der ungarischen Finanzkanzlei, fast alle Truppen herausgezogen.

Ludwig XIV. ließ dem Franz Rakoczy 25,000 Livres zahlen, um damit den Anfang zu machen. Einige Tolpatschen, die unter der Führung eines Hauptmannes Adam in Oberungarn das Räuberhandwerk betrieben, boten dem in Polen weilenden Rakoczy ihre Dienste an [2]). Er sandte ihnen Geld und Fahnen, so wie das Versprechen, daß er sich zu ihnen begeben werde. Die Haufen mehrten sich. Es ward später dem Commandanten in Oberungarn, Nigrelli, zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht sogleich genügende Maßregeln getroffen.

[1]) Conferenz-Protocoll vom 23. Februar.

[2]) Fiedler Bd. II, S. 461. Dieser zusammenfassende Bericht an Ludwig XIV., wahrscheinlich von Desalleurs, im Jahre 1705, ist von besonderer Wichtigkeit.

Digitized by Google

Jedoch entsendete er den Grafen Karoly. Es gelang diesem, die im Comitate Marmarosch lagernden Insurgenten, die dort des Rakoczy harrten, zu überfallen, zu schlagen, zu zersprengen, am 10. Juni [1]). Damals war nach der Ansicht Karolys alles beendigt, wenn in Wien den gutgesinnten Comitaten nur einige Erleichterungen gemacht würden, z. B. in Betreff des Salzes. Seine Vorschläge fanden in Wien kein Gehör. Einerseits sah man dort die Aufständischen lediglich als Raubgesindel an [2]). Andererseits, was wichtiger sein mochte, schien von demjenigen, was bereits als Einkommen in Aussicht genommen war, nichts entbehrt werden zu können, um so weniger, da, wie sich bald ergeben wird, das Vorhandene weitaus nicht zulänglich war. In Folge dessen gereichte die Niederlage den Aufständischen nicht einmal zum Nachtheile, sondern ward vielmehr der Anlaß, von welchem aus der Strom sich ein völlig neues Bett wühlte. Karoly selber, erbittert und gereizt, trat zu den Insurgenten über. Rakoczy, mit ihm Bercseny, erschienen auf ungarischem Boden. Sie erließen Proclamationen für die Freiheit Ungarns. Der Aufstand nahm ein nationales Gepräge an, mehr freilich nach auswärts als nach innen. Eine reguläre Macht zum Widerstande fand sich nicht vor. In wenigen Monaten war fast das ganze Oberungarn bis auf die festen Plätze in den Händen der Insurgenten.

Es kommt also darauf an, hier zum Beginne den Charakter dieser Erhebung klar zu stellen, und zwar nach den eigenen Aussagen der Betheiligten.

Bereits am 22. September schrieb Franz Rakoczy an den König von Frankreich: „Da mein Beginnen unter den Auspicien eines so großen Königs, und die Gerechtigkeit meiner Sache mir nur Glück verhießen: so melde ich jetzt mit unaussprechlicher Freude, daß, wie vorher meine Hoffnung sich verwirklichte, eine Erleichterung meines Exiles zu finden, ich nun Ew. Majestät die Beweise der Anhänglichkeit und des Eifers für Ihren Dienst darbieten kann. Es hat Gott gefallen meine Waffen zu segnen, und mich die dafür gewünschten

[1]) Wagner t. II, p. 740.

[2]) Prinz Eugen an Starhemberg, 6. Juni, in Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V. Supplementheft S. 74: Les voleurs en Hongrie.

Digitized by Google

Gelegenheiten finden zu lassen. Ich kann daher Ew. Majestät mit allem Ihrer geheiligten Person schuldigen Respecte versichern, daß ich das gesammte Land bis zur Donau in mein Interesse gebracht, daß ich dreimal die Rascier, einmal die Siebenbürgen geschlagen habe, daß ich im Besitze bin von einer Reihe fester Plätze, und die anderen umschlossen halte. Ich habe bisher keinen Widerstand gefunden, der mich hindern könnte, meinem Vaterlande sein volles Glück zu verschaffen, wenn erst die Hülfe Ew. Majestät anlangt, gemäß dem Entwurfe, den Ew. Majestät Ihre Minister eingereicht haben. Die schnelle Ausführung desselben ist um so nothwendiger, da nur sie mich in den Stand setzen wird, den künftigen Maßregeln der Feinde entgegen zu treten, das Heerwesen zu ordnen, die Plätze zu befestigen, und die Disciplin zurückzuführen, die durch die Natur der Erhebung an sich gelockert ist" [1]).

Diese letzten Worte streifen die Peripherie des Wesens der Dinge. Aber Ludwig XIV. empfing auch andere Berichte, die ihm einen tieferen Einblick in dieses Wesen gestatteten. Und wie damals ihm, so auch der Nachwelt. Ein Bericht je von der einen oder der anderen streitenden Seite könnte als parteiisch angefochten werden; weniger dagegen derjenige eines französischen Gesandten, der, seinem Souveräne gegenüber zur Wahrheit verpflichtet, durch mehrjährigen Aufenthalt im Heerlager des Rakoczy im Stande war, diese Wahrheit aus eigener Anschauung zu kennen.

Der Bericht des Gesandten [2]) ist aus dem Jahre 1705, also nach zweijähriger Dauer des Aufstandes. Beachten wir demnach die Qualität des Heeres von Rakoczy. Der Gesandte zählt die einzelnen Truppentheile auf. Er berechnet die Gesammtzahl auf etwa 48,000 Mann. „Aber, fügt er dann hinzu, unter diesen Truppen sind nur die Carabiniers, die Tolpatschen, die Deutschen und zwei Compagnien Jäger einigermaßen disciplinirt und mit den erforderlichen Waffen versehen, so daß man nur auf 1400 Mann Cavallerie und 5380 Mann Infanterie rechnen kann. Die Uebrigen sind nur geeignet, der Armee das Brot wegzueſſen und Unordnung zu verursachen."

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 437.

[2]) A. a. O. S. 457 u. f.

Digitized by Google

So war die Macht Rakoczys beschaffen im Jahre 1705, nachdem er zwei Jahre hindurch im eigenen Interesse bemüht gewesen war, sie zu disciplíniren. Von da her darf und muß man einen Rückschluß machen auf die Qualität seiner Mannschaft im Jahre 1703. Er selber nannte diese Haufen die Armee der Freiheit. Der Gedanke, daß noch zwei Jahre nach dem Beginne, nach einer Reihe von Kämpfen, bei regelmäßiger Zahlung von 30,000 Livres monatlich von Seiten Ludwigs XIV., diese Armee zu sechs Siebenteln aus undisciplinirten Haufen bestand, läßt das furchtbare Wesen derjenigen Freiheit ahnen, welche Rakoczy von Anfang an über sein unglückliches Vaterland gebracht hatte.

Der Bericht dieses Franzosen ist aus dem Jahre 1705. Wir werden an der Hand desselben in dem genannten Jahre auf die moralische Qualität dieser Art von Armee näher einzugehen haben.

Das wichtigste Kampfesmittel dieser Armee der Freiheit war die Brandlegung, sei es um durch die Bedrohung mit derselben die Landesangehörigen in das eigene Lager zu scheuchen, sei es um den Gegnern Schrecken einzujagen. Dies Mittel ergibt sich aus den eigenen Worten des Rakoczy. Er meldet nämlich am 8. November 1706 dem Könige Ludwig: er wünsche nicht genöthigt zu sein, zurückzukehren zu dem gewaltsamen Mittel überall zu brennen. „Dies würde mit der Zeit nur eine weite Einöde schaffen, in der wir selbst zu Grunde gehen müßten“ [1]).

Es kommt wesentlich an auf die Persönlichkeit dieses Franz Rakoczy. Wir haben dafür den sicheren Anhalt an den Meldungen des französischen Gesandten Desalleurs für Ludwig XIV.

Der Fürst, wie Franz Rakoczy sich nennen ließ, besaß, nach dem Urtheile des Gesandten, eine ungewöhnliche Befähigung. Damals etwa dreißig Jahre alt, hoch gewachsen, stattlicher Haltung, freundlichen und gewinnenden Benehmens, erfreute sich Rakoczy dazu der Vortheile einer ungewöhnlichen Ausbildung. So das Urtheil des Franzosen. Man darf hinzusetzen, daß die zahlreichen, von Rakoczy selbst verfaßten Instructionen für seine Agenten an den verschiedenen Höfen Europas Zeugnis ablegen für eine genaue Kenntnis des Verschlungen-Seins der

[1]) Fiedler Bd. II, S. 472.

Digitized by Google

politischen Fäden, und für einen erstaunlichen Scharfsinn. Er wußte, sagt weiter der Gesandte, sich schriftlich und mündlich in sechs Sprachen auszudrücken. Er war arbeitsam, wohlthätig, hielt als Katholik darauf, genau seine kirchlichen Pflichten zu erfüllen. Er machte den Eindruck frei zu sein von den Leidenschaften seines Alters.

Erscheint das Urtheil, namentlich die letzten Worte, vielleicht zu günstig: so ist zu erwägen, daß der eigentlich schwarze Punct in dem Charakter Rakoczys, sein maßloser Ehrgeiz, dem Franzosen nicht als Fehler erschien, weil ja dieser Fehler der Politik Ludwigs XIV. die Handhabe bot, an welcher sie den Rakoczy faßte, um ihn zu ihrem Dienste zu verwenden.

Wir haben den Jubel vernommen, mit welchem Rakoczy das Gelingen seines ersten Raubzuges — denn der Name eines Feldzuges dürfte für die Thaten von 1703 zu ehrenhaft sein — seinem Gönner in Versailles meldet. Wir hören dann denselben Rakoczy, um reichlich zwanzig Jahre später, von seinem Exile in Rodosto am Marmarameere seine Klagen nach Frankreich entsenden. „Sie sehen aus meiner Geschichte, schreibt er an einen Franzosen, wie oft und in wie vielfacher Weise man in meiner Person die Ehre Frankreichs besudelt hat. Sie sehen, bis zu welchem Stande ich herab gebracht bin, und in welcher Erschlaffung ich mich bereit machen muß auf das Ende dieses traurigen Lebens, wie auf das einzige Mittel meine Leiden zu beschließen, und denen die höchste Freude zu bereiten, welche mir so oft gesagt und wieder gesagt haben, daß Frankreich das Spital der Fürsten ist, die es zu Grunde gerichtet hat“ [1]).

Die Worte deuten an, daß Rakoczy damals sich in ähnlicher Weise betrachtet sehen möchte, wie etwa das Haus Stuart. Er hatte dazu kein Recht. Selbst wenn die Verblendung in dem Vertrauen auf Frankreich in beiden Fällen die gleiche wäre: so war doch ein großer Unterschied in dem Streben an sich. Das Haus Stuart wollte mit Frankreichs Hülfe wieder gewinnen, was es, freilich durch eigene Schuld, verloren hatte. Rakoczy, als Unterthan geboren und dieser Stellung rechtlich nie entnommen, wollte mit Frankreichs Hülfe und zum Dienste für Frankreich Fürstenthümer und Kronen nehmen, die

[1]) Fiedler Bd. II, S. 538. Vom Jahre 1724.

Digitized by Google

nicht sein waren. Das Haus Stuart ließ sich täuschen, und beging von dieser Täuschung aus die Fülle der Thorheiten zu eigenem Schaden: Rakoczy wandelte die Bahn des Hochverrathes, des Hinopferns seiner Mitunterthanen für seinen Ehrgeiz und für fremdes Geld.

Auch nicht einmal mit dem spanischen Cardinal Portocarrero steht Franz Rakoczy auf gleicher moralischer Höhe. Portocarrero hatte an seinem todeskranken Könige das unsagbare Verbrechen verübt, ihn moralisch zu nöthigen zur Unterzeichnung eines Testamentes, welches weder dem Willen des Königs, noch dem Rechte entsprach. Aber Portocarrero hoffte dadurch sein Vaterland vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Rakoczy dagegen wollte für sich nehmen, was nicht sein war, und begann zu diesem Zwecke einen Krieg, dessen Wucht, wie immer der Ausgang war, zunächst lastete auf seinem eigenen Vaterlande.

Rakoczy war endlich an intellectueller Begabung den thörichten Mitgliedern des unglücklichen Hauses Stuart, wie dem beschränkten Cardinal Portocarrero, weitaus überlegen. Er konnte und er mußte sogar wissen, was bei der Hingabe in den Dienst der Politik Ludwigs XIV. seiner harrte. Er hatte vor sich das Schicksal seines Großvaters von mütterlicher Seite, des Grafen Zrinyi. Er konnte wissen, daß Ludwig XIV. durch sein Gold diesen zur Empörung verleitet, und dann, nachdem sie mislungen, dem Kaiser zu dem Ausgange des Hochverräthers seinen Glückwunsch dargebracht hatte. Er konnte wissen, welche Reden im Jahre 1701 der Gesandte Villars in Wien im Namen seines Königs über die eigenen Plane des Rakoczy laut und offen vor aller Welt geführt hatte. Und wenn auch, was kaum denkbar, Rakoczy dies nicht wußte: so mußte er wissen, was sein Landsmann, der Magyar Vetes, der ihm eine Reihe von Jahren als Agent bei Ludwig XIV. diente, ihm von Paris aus mehr als einmal mahnend zurief: die Politik Ludwigs XIV. verfolge kein anderes Ziel, als die aufständischen Ungarn unversöhnlich für immer mit ihrem Könige zu entzweien, und zu diesem Zwecke sie immer weiter vorwärts zu drängen. — Wir werden im Laufe der Zeit wiederholt die dringende, flehende Mahnung und Warnung des Vetes vernehmen, und werden sehen, daß Rakoczy sie nicht hört und nicht hören will, sondern fortschreitet, im Dienste der Politik Ludwigs XIV., von Verbrechen zu Verbrechen.

Digitized by Google

Darum hatte unter allen denen, welche der Politik Ludwigs XIV. sich selber und das eigene Lebensglück zum Opfer gebracht, Rakoczy später vielleicht das geringste Recht zur Klage. Er selber hatte es so gewollt.

Innerhalb aber der Zeit, welche verfloß von jenem ersten Jubelrufe Rakoczys an, im September 1703, bis zu dem Tage, wo die französische Politik ihn hinausstieß aus dem Asyle ihres Bodens und ihn in die Türkei verwies, liegt eine unsägliche Kette der Leiden zunächst für das Vaterland Rakoczys, das unglückliche Ungarn, und zugleich für die gesammte kaiserliche Monarchie. Und eben dadurch leistete Rakoczy für die Zwecke Ludwigs XIV. wichtige Dienste. Bei dem Betreten des französischen Bodens und in seiner ersten Audienz vor Ludwig XIV., am 27. April 1713, durfte Rakoczy sagen: „Vor der Ueberlegenheit der Feinde hat die ungarische Nation die Frucht ihrer Mühen eingebüßt. Dagegen schmeicheln mir die Feinde Ew. Majestät in angenehmer Weise, indem sie mir vorwerfen, daß durch den Abgang der Truppen, die mir folgten, ferner durch den Abgang derjenigen, die ich durch die meinigen in Schach hielt und hinderte ihnen zu dienen, ferner durch den Abgang der Lebensmittel, die ich ihnen entzog, des Geldes, welches ich ihnen nahm, endlich durch die beständigen Einbrüche der Meinigen in die kaiserlichen Erblande — daß durch alles dies ich viel beigetragen habe, ihre Plane gegen Frankreich und Spanien zu durchkreuzen“ [1]). Ein anderes Mal wirft Rakoczy die Frage auf, ob das Haus Bourbon Spanien würde haben behalten können, wenn der Kaiser, anstatt im Jahre 1703 seinen Sohn Carl machtlos den Seemächten anzuvertrauen, ihm die Truppen hätte mitgeben dürfen, welche gegen Rakoczy und welche unter ihm standen. Nach der Ansicht von Rakoczy verdankte also ihm das Haus Bourbon, daß es Spanien behielt.

So war der Ausgang. Von dem Beginne im Jahre 1703 bis dahin erblicken wir eine lange Reihe von Jahren hindurch eine Kriegführung der grausamsten Art. Kehren wir zurück zu dem Beginne.

Ludwig XIV. vernahm gern den Jubelruf seines neuen Dieners, vom 22. September 1703. Nicht freilich sandte er ihm Mannschaft,

[1]) Fiedler Bd. II, S. 496. Vom 27. April 1713.

Digitized by

aber sofort Geld durch Wechsel auf Danzig. Er beglückwünschte Rakoczy zu seinen Erfolgen, und spornte ihn an zu weiteren Thaten [1]).

Es ist beachtenswerth, daß nach den Mittheilungen, die dem Rathspensionär Heinsius durch seine geheime Correspondenz zuflossen, einer der Canäle der französischen Subventionen für Rakoczy der Cardinal-Primas von Polen war. Dieser zusammen mit dem Palatin von Bels, schossen dem Rakoczy 30,000 Thaler vor, welche der König von Frankreich innerhalb dreier Monate ihnen mit Zinsen zurückzuzahlen versprach [2]).

Der Brand der Empörung wälzte sich weiter westwärts. Es würde zu weit führen in die Einzelnheiten dessen einzugehen. Es kommt vielmehr hauptsächlich darauf an, in dem Fortgange der Dinge den Rückschlag zu beobachten, welchen die Rebellion auf die Sache des Kaisers im Westen und dadurch auf die Ziele der gesammten Allianz ausübte. Wir werden mehr als einmal Gelegenheit haben dies zu ersehen aus des Kaisers eigenen Worten.

Wenden wir daher unsere Blicke nach dem Kriegsschauplatze am Rheine und in Bayern.

Die Schlacht von Friedlingen hatte, ungeachtet der Siegesprahlerei des neuen Marschalls Villars, die Hoffnung auf eine Vereinigung von französischen Truppen mit dem Kurfürsten Max Emanuel für das Jahr 1702 vereitelt. Von Wien her erklang der Mahnruf des Kaisers durch das bayerische Land, getreu zum Reiche zu halten und den Dienst der Feinde desselben zu verlassen. Der Ausschuß der bayerischen Landstände in München entsandte am 22. November 1702 eine abermalige flehende Bitte an den Kurfürsten, abzulassen von dem betretenen Wege. Sie halten ihm das Beispiel seines Bruders von Köln vor, der nicht mit Feinden umgeben gewesen sei wie Bayern, sondern der, mit der Hülfe Frankreichs in nächster Nähe, dennoch nicht vermocht habe, seine Länder gegen die einbrechende Fluth der Feinde

---

[1]) Man sehe bei Fiedler Bd. II, S. 549 u. f. das Verzeichnis der Actenstücke mit kurzer Inhaltsangabe.

[2]) Die Berichte des Grafen Goes vom 21. August und 4. September.

Digitized by Google

zu schützen. Bayern dagegen habe von den entfernten Franzosen keine Hülfe zu erwarten. Sie bitten daher den Kurfürsten auf das dringendste, sich und das Land durch eine, wie sie sagen, sanftmüthige Resolution zu bewahren [1]).

Die nächste Wirkung dieses Schreibens war, daß Max Emanuel, der bei der Stimmung des Adels und der Geistlichkeit in Bayern, wie er sie selber den Franzosen geschildert (S. 142), seines eigenen Landes sich nicht ganz sicher fühlen konnte, sich zurück nach Osten wandte, um vor allen Dingen in Bayern selbst festen Fuß zu behalten. Um die Stimmung der Bayern seinem Unternehmen geneigter zu machen, hielt er ihnen den Vorwand vor, der, namentlich seit dem sechszehnten Jahrhunderte, unzähligen Treubrüchen und Verräthereien, bald nach der einen Seite, bald nach der anderen, zur Fahne hat dienen müssen. In seiner Aufforderung an die Stifter und Klöster, ihn bei seinem Unternehmen zu unterstützen, welches die Ruhe und den Frieden bezwecke, sagte er, daß es sich handele um ihre eigene Erhaltung, ja um diejenige der katholischen Religion selber. Die Redeweise des im Beginne wohlwollend klingenden Erlasses steigerte sich zum Schlusse dahin, daß eine Ausflucht, Entschuldigung oder Weigerung nicht geduldet werden solle [2]).

So lächerlich dieses unwahre Vorgeben dem Kaiser Leopold gegenüber erscheint: so ist doch bei der unwissenden Menge ein solcher Ruf selten ganz vergeblich. Die Reichsstände in Schwaben und Franken, welche von dem Kurfürsten Max Emanuel Unrecht und Gewalt erlitten, waren der Mehrzahl nach protestantisch, und es ist nicht zu verkennen, daß auch dort, namentlich in Ulm, während der Zeit dieser Unruhen die Begriffe bayerisch und katholisch gar oft verwechselt wurden [3]).

Das Zurückwenden des Kurfürsten Max Emanuel nach Bayern rief in Ludwig XIV. die Besorgnis hervor, daß der sehr nützliche

[1]) Das Actenstück abgedruckt bei Aquilinius: Ausführliche Historie des jetzigen bayerischen Krieges S. 295.

[2]) Aquilinius S. 342. Erlaß vom 12. Januar 1703. — Auch im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 200.

[3]) Man vgl. die Schrift: Das unter churbayer- und französischer Gewalt hart gedrückte u. s. w. Schwaben. Freiburg 1705.

Digitized by Google

Diener durch ein Abkommen mit dem Kaiser ihm aus der Hand gehen könne. Bereits im December 1702 erwog daher der König den Plan ihm zu Hülfe zu kommen durch ein Corps der Armee Vendomes, welches in Tirol einzubrechen habe. Der Gedanke war damals unausführbar wegen der Schwäche der Armee Vendomes, welcher klagte, daß er von dreißig Schwadronen Cavallerie nicht 1000 Mann beritten stellen könne [1]).

Wir haben die Ansicht Marlboroughs und demgemäß der Königin Anna vernommen, daß der bayerische Krieg in dem Winter beendet werden müsse, sei es durch Güte oder durch Gewalt, daß jedoch der erstere Weg vorzuziehen sei. England war bereit dafür zu zahlen, eben so auch die Republik; jedoch ward bei Heinsius der Wunsch überwogen durch den Zweifel. Er kannte ja aus langer Erfahrung den Kurfürsten Max Emanuel: darum enthielt jede seiner Aeußerungen nach Wien hin die Mahnung ihm nie zu trauen.

Max Emanuel seinerseits überbot sich damals in Falschheit. Er bat im December 1702 abermals den Marschall Villars zur Hülfe herbei [2]). Er schickte dann zu Neujahr 1703 einen Courier mit Glückwünschen nach Wien, nicht bloß an die Mitglieder des Kaiserhauses, sondern auch an die Minister [3]).

Die Forderungen, die er inzwischen vor den Verbündeten in den mit ihm angestellten Unterhandlungen erhob, waren maßlos. Er verlangte monatlich 100,000 Thaler in harten Species für seine Armee, für sich selber die beiden Königreiche Neapel und Sicilien gegen die Abtretung seines Erblandes Bayern. Er behauptete, an Spanien eine Forderung von sechs Millionen zu haben, und verlangte zur Deckung derselben als Pfand einen Theil von Vorder-Oesterreich und einen Theil von Tirol, und zwar dieses Pfand vorweg, bevor er einen Zug gethan. Er forderte endlich, daß, mit Ausnahme von Mailand und Belgien, die übrige spanische Monarchie dem Herzoge von Anjou verbleiben müsse [4]).

---

[1]) Pelet t. III, p. 793 et suiv.

[2]) Mémoires de Villars, t. I, p. 123.

[3]) Theatrum Europaeum, Theil XVI[b], S. 198. — Lamberty t. XII, p. 441.

[4]) Kaiserliches Rescript, vom 25. Februar, an den Grafen Wratislaw.

Digitized by Google

Die Forderungen sind augenscheinlich so eingerichtet, daß der Kaiser über kaum eine derselben allein entscheiden konnte, über fast alle mit den Verbündeten in Verkehr treten mußte. Um so sicherer gewann Max Emanuel Zeit. Während er in Wien jene Vorschläge machen ließ, unterhandelte der Graf Monasterol für ihn in Paris, und that von da aus, am 4. Januar 1703, dem Kurfürsten kund, daß die beiden Kronen für das Festhalten des Kurfürsten ihm die spanischen Niederlande anböten. Monasterol verkündete weiter die Meinung des Hofes von Versailles, daß es um den Kaiser nun bald geschehen sein werde; denn auch der Türke waffne zu Wasser und zu Lande. Wenn der Kurfürst diese Gelegenheit aus den Händen lasse: so werde er auf die Erhöhung seines Hauses für immer verzichten müssen. Einstweilen schicke man ihm Geld [1]).

Eine der Ausfertigungen dieses Schreibens wurde aufgefangen. Man mußte demgemäß in London, im Haag, in Wien erkennen, daß mit Max Emanuel zu einem gütlichen Abkommen zu gelangen, nicht möglich war. Die kaiserlichen Räthe legten in ihrem Protokoll vom 26. Januar 1703 dem Kaiser den Stand der Sache dar. Demgemäß entschied der Kaiser: es sei mit Bayern nicht mehr zu tractiren, sondern die Operationen zu beschleunigen. Er gebot den Gesandten im Haag und in London dieses kund zu thun. „Wie die Forderungen des Kurfürsten, sagt der Kaiser, schon vorher exorbitant und gefährlich: so ist jetzt um so weniger darauf zu denken, weil sein Hochmuth und seine Begehrlichkeit durch die täglich erneuten Versprechungen französischer Hülfe immer mehr anwachsen, und andererseits der bloße Schein und die Meinung einer Unterhandlung mit Bayern, die nur Zeitverlust sein würde, uns bei den Reichsfürsten großen Nachtheil bringt. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als in Gottes Namen es auf die Waffen ankommen zu lassen. Wir hätten uns getraut dies mit göttlicher Hülfe bald auszurichten, wenn man von Seiten der Verbündeten nur einige Truppen den Rhein heraufrücken ließe, oder uns mit einer erklecklichen Geldhülfe an die Hand ginge. Auch vermögen wir nicht zu fassen, warum man, um den Kurfürsten gütlich zu gewinnen, große Summen beizutragen Willens war, nun aber,

[1]) Lamberty t. II, p. 336.

Digitized by Google

da eine Beilegung nicht mehr zu hoffen, zaudert, uns für die Reduction des Kurfürsten irgend welche Hülfe zu leisten" [1]).

Allein Max Emanuel war rascher im Handeln. An der Donau war nur eine einzige Stadt nicht in seinen Händen, Neuburg, welche dem Kurfürsten von der Pfalz gehörte, damals Witwensitz der Mutter desselben, einer Schwester des Kaisers. Während Max Emanuel dem Reichstage in Regensburg seine friedlichen Gesinnungen betheuerte, marschirte er mit acht Regimentern von Ingolstadt aus vor Neuburg. Es war am 1. Februar. Als der Commandant die Uebergabe weigerte, ließ Max Emanuel Bomben einwerfen. Nach wenigen Tagen sah die Besatzung sich genöthigt, sich auf Discretion zu ergeben. Max Emanuel feierte den Gewinn, wie im Jahre zuvor denjenigen von Ulm, durch ein Tedeum. So gering die Stadt an sich, so war doch der Besitz dem Kurfürsten wichtig, weil dadurch alle Uebergänge über die Donau, von Ulm bis an die österreichische Grenze, in seinen Händen waren [2]).

Zum ersten Male sehen wir dann gleichzeitig mit diesem Ueberfalle von Neuburg, aber noch vor der Kunde desselben, in London einen Gedanken auftauchen, dessen Ausführung um reichlich ein Jahr später dem ganzen Kriege eine andere Wendung gab. Der kaiserliche Gesandte Wratislaw legte dem Herzog von Marlborough dar, am 2. Februar 1703, daß statt einer Belagerung von Bonn, welche die Republik Holland wünschte, es zweckmäßiger sein würde, mit starker Macht bis nach Bayern hinauf zu marschiren und zuerst dem Unwesen des Kurfürsten dort ein Ende zu machen. Marlborough war nicht abgeneigt; jedoch erwiederte er, der Beschluß könne nur im Haag gefaßt werden [3]).

Wratislaw ließ darum nicht ab. Auf die weitere Kunde, daß der Kurfürst Max Emanuel sich der Stadt Neuburg an der Donau bemächtigt, daß der Marschall Villars am rechten Rheinufer die Stellung des Markgrafen von Baden in Offenburg bedrohe, trat er abermals zu Marlborough. „Welche Erfolge immer, sagte er, Sie in Belgien erringen mögen: sie wiegen das Uebel nicht auf, welches der allgemeinen Sache aus einer Verbindung der Bayern und Franzosen in

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 26. Januar.

[2]) Aquilinius: Ausführliche Historie des bayerischen Krieges S. 363. — Lamberty t. XII, p. 447.

[3]) Wratislaws Bericht vom 2. Februar.

Digitized by Google

Süddeutschland erwachsen kann. Vielmehr setzen Sie sich der Gefahr aus, daß Ihre Widersacher in England von Ihnen sagen, Sie opferten Ihrem Ehrgeize in Belgien das römische Reich und die ganze gemeine Sache. Denn das Uebel dort kann von unendlichen Consequenzen sein. Ich schlage Ihnen nicht vor, daß Sie Ihren Vortheil in Belgien zum Opfer bringen, aber Sie würden mit einer Ueberlegenheit von 20,000 Mann über die Franzosen Ihrer Erfolge dort eben so sicher sein wie mit einer solchen von 40,000" [1]).

Marlborough erwiederte: „Ich danke Ihnen für Ihre Aufrichtigkeit, und versichere Ihnen, daß ich jederzeit dem Gemeinwohl mein eigenes Interesse nachsetzen werde. Auch ich beherzige das bayerische Unwesen zum vollen und halte die Consequenzen für unabsehbar. Ich hätte gern im Herbste gleich nach der Einnahme von Lüttich ein Corps nach Oberdeutschland entsendet; aber Sie kennen ja die Irresolution der Holländer. Ich werde die Angelegenheit mit scharfer Aufmerksamkeit im Auge behalten".

Wir sehen, daß zwischen den beiden Männern im Februar 1703 ein eigener Zug Marlboroughs nach Süddeutschland noch nicht zur Sprache kommt, und doch liegt in ihren Unterredungen der Keim des Gedankens bereits vor.

Aber auch in der Republik Holland ward die bayerische Gefahr beherzigt. Der Vorschlag, den Marlborough gleich nach der Einnahme von Lüttich gemacht, ward auf die Kunde des bayerischen Gewaltstreiches gegen Neuburg lebhaft erwogen. Man war bis dahin der Bitte des kaiserlichen Gesandten Goes ausgewichen mit dem Einwande, daß eine Hülfe von Seiten der Republik die Reichsstände noch fauler machen werde, als sie es so schon seien. Wenn sie sähen, sagte man, daß sie für solche Fälle sich auf die Seemächte verlassen könnten: so würden sie noch weniger thun als bisher [2]). Auf die Nachrichten von den neuen Bewegungen der Bayern und Franzosen jedoch, im Februar, beschlossen die Führer der Republik, achtzehn Bataillone an den Oberrhein zu entsenden. Der Marsch indessen war lang: erst im April konnten diese Truppen bei dem Markgrafen von Baden eintreffen.

[1]) Wratislaws Bericht vom 27. Februar. Auch für das Folgende.
[2]) Bericht des Grafen Goes vom 2. Januar.

Digitized by Google

Indem die Generalstaaten dem Kaiser die Entsendung kund thaten und zugleich die bayerische Gefahr für die allgemeine Sache zum vollen anerkannten, verhehlten sie nicht den Vorwurf, daß durch die Säumnisse von Wien her allzu viele Zeit bereits verloren sei. „Wir entsenden unsere Truppen, sagen sie, deren wir doch selbst bedürfen. Denn wir haben das ganze weite Gebiet zu schützen, vom Ocean bis an die Mosel, von der Stadt Sluis im Westen bis Coblenz im Osten. Wir senden sie, um unsere Rücksicht für Ew. K. Majestät, unsere Bereitwilligkeit für Ihre Wünsche dadurch zu bethätigen. Aber wir sehen zugleich mit Schmerz, daß, während wir auf eigene Gefahr unsere Streitkräfte so zertheilen, viele und mächtige Fürsten und Stände des Reiches, denen die Gefahr noch fern, zaudern, den bedrängten Kreisen Franken und Schwaben Hülfe zu bringen. Wir bitten Ew. K. Majestät auf das eindringlichste, alles aufzubieten, damit nun ohne Verzug nachdrücklich gegen den Kurfürsten vorgegangen werde, und namentlich auch die Reichsstände abermals anzumahnen, daß sie ihr eigenes Vaterland nicht den Feinden zur Beute werden lassen." So die Generalstaaten am 22. Februar [1]).

Es blieb nicht bei der einmaligen Mahnung. Vier Wochen später erneuerte der Gesandte Hamel-Bruininx sie in nachdrücklicher Weise. „Der Kaiser, heißt es darin, kann nicht häufig und nicht stark genug die Reichsstände an ihre Pflicht ermahnen, ihr Contingent gemäß dem Beschlusse des Reichstages zu stellen" [2]).

Dieser Beschluß, vom 17. November 1702, bestimmte den Kriegesfuß der Reichsarmee auf 120,000 Mann. Es war beinahe, nicht völlig, dieselbe Zahl, welche die Republik Holland wirklich unterhielt. Wie dagegen die Reichsstände ihrer Pflicht nachkamen, zeigt jene Klage. Aber es kann nicht genug wiederholt werden, daß die Klage darüber den eigentlichen Punct treffen muß, an welchem die Schuld lag, daß es so war. Nicht dem Institute des Reiches als solchem gebührt der Vorwurf, sondern den Menschen, aus welchen dasselbe damals bestand, also zunächst den Häuptern, den Fürsten. An diese richtete wie die Republik Holland, so auch die Königin Anna von England

[1]) Lamberty t. II, p. 333. Aehnlich auch an den römischen König Joseph.
[2]) Schreiben vom 21. März.

Digitized by Google

ihre eindringlichen Vorstellungen. Sie hielt ihnen vor, daß England 50,000 Mann Landtruppen unterhalte, dazu eine Flotte, die jährlich zwei Millionen Pfund Sterling erfordere. Sie meldete, mit Freuden vernommen zu haben, daß das Reich eine Armee von 120,000 Mann beschlossen, aber zugleich mit Bedauern, wie wenig für die Ausführung dieses Beschlusses geschehe [1]).

Es ist oft gesagt worden, daß die Truppen in dem langen Kriege wider Frankreich vorwiegend aus Deutschen bestanden. Die Thatsache mag richtig sein; aber doch nur in der Form, daß die Reichsfürsten ihre Truppen an die Großmächte verhandelten, an den Kaiser und die Seemächte, lieber aber an die letzteren, weil sie von dort her der Zahlung sicherer waren. Es ist die folgerechte Entwickelung des Söldnerthumes. Im sechszehnten Jahrhunderte und noch bis tief in das siebenzehnte hinein, stand der einzelne Landsknecht auf sich, huldigte für sich persönlich dem Spruche: Ibi fas, ubi maxima merces. In dem Fortgange des dreißigjährigen Krieges, und besonders gegenüber der Eigenmacht und der Willkür Wallensteins, hatten sich die Dinge dahin entwickelt, daß jeder Reichsfürst eine stehende Truppe unterhielt. Dieser Zustand, so wie das Recht zu Bündnissen mit auswärtigen Mächten hatte, vermöge der Politik des Hauses Bourbon, im westfälischen Frieden die reichsrechtliche Sanction erhalten. Fortan bildet sich die Sache weiter dahin aus, daß nicht mehr die einzelnen Söldner jenem Spruche folgen, sondern dieser oder jener Reichsfürst, der über eine stehende Truppe gebietet. Diese Reichsfürsten selber treten als die Erzsöldner auf, die nicht mehr ihre eigene Person, sondern die hauptsächlich aus ihren eigenen Unterthanen geworbenen Heere an den Meistbietenden verdingen. Dieses Söldnerthum erreicht seine Höhe im damaligen Kriege um die Erbfolge in Spanien, und zwar thatsächlich in der Persönlichkeit des Kurfürsten Max Emanuel. Jedoch auch nur thatsächlich erreicht dies System seine Höhe in Max Emanuel.

Die Jahre vorher haben uns gezeigt, daß August II. von Sachsen-Polen oder Friedrich I. von Brandenburg-Preußen moralisch nicht auf einer höheren Stufe standen. Wir haben das Schwanken des letzteren im Jahre 1702 beobachtet, bis er aus dem Gange der Dinge die

[1]) Lünig: Literae procerum Europae etc. t. III. p. 886. Vom 7. Mai 1703.

Digitized by Google

Meinung gewann, daß die Seemächte eher zahlungsfähig bleiben würden als Frankreich. Aber wie wenig sicher doch auf ihn zu bauen war, gab sich bei wiederholten Anlässen kund, namentlich in Betreff der oranischen Erbschaft. Es würde zu weit führen, den Einzelnheiten der Ansprüche und des Verfahrens, um sie durchzusetzen, hier noch weiter nachzugehen. Heben wir nur einen Fall hervor, der die Stellung charakterisirt.

Die Generalstaaten wünschten die Differenz zwischen der Prinzessin-Witwe von Nassau und dem Könige von Preußen über das oranische Erbe friedlich beizulegen. Da das Testament Wilhelms III. den Sohn der Prinzessin zum Universal-Erben ernannte: so war jeder Schritt von dem Standpuncte des Testamentes hinweg eine Concession an den König. Die Prinzessin-Witwe erklärte sich jedoch, Ende Januar 1703, zum Vergleiche bereit. Desgleichen der König, so jedoch, daß er inzwischen fortfuhr, sich in den Besitz des ihm Erreichbaren zu setzen. Die Prinzessin wandte sich dagegen an das zuständige Gericht, den Hof von Holland im Haag. Das Gericht erkannte, daß zur Sicherheit der Prinzessin der oranische Palast im Haag, der alte Hof genannt, mit Beschlag zu belegen sei, und lud den König von Preußen vor, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten vor dem Hofe von Holland sein Recht nachzuweisen. Der Gerichtsbote nagelte diese Vorladung an das Thor der Grenzstadt Woerden [1]).

Angenommen, daß darin Unrecht geschehen war, so fiel dasselbe einem Gerichtshofe in Holland zur Last, nicht jedoch der Republik, oder gar der großen Allianz. Nicht so jedoch faßte es der neue König. Sein Gesandter Schmettau sagte im Haag: die Nachricht der Vorladung habe den König so erregt, daß er zuerst seine Truppen habe abberufen wollen. Hernach habe er sich eines Anderen besonnen [2]). — Schmettau und sein König, der ihm diese Reden aufgetragen, mochten sich selber nicht darüber klar sein, daß aus jedem dieser Worte im Vergleiche zu dem Anlasse das Söldnerthum hervorblickte, und wiederum auch sogar aus der Nicht-Ausführung des angeblichen Vorsatzes. Auf die Mitglieder der Regierung im Haag hatte die Rede die Wirkung,

---

[1]) Lamberty t. II, p. 367.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. März.

Digitized by Google

daß diejenigen, welche vorher über den Schritt des Gerichtshofes bestürzt waren, sich nun damit einverstanden erklärten [1]).

Führen wir die Sache noch mit einigen Strichen weiter.

Schmettau gab dann bei den Ständen von Holland und bei den Generalstaaten heftige Denkschriften ein, so wie einen Handbrief des Königs Friedrich, in welchem er erklärte, daß das Gericht mit dieser Citation die Absicht gehabt habe ihn zu beleidigen [2]). Schmettau erwartete, daß demgemäß die Stände von Holland durch einen Act der Souveränetät die Ladung cassiren würden [3]). Es geschah nicht. Dagegen sandten die Stände die Schriftstücke an das Gericht und verlangten eine Darlegung des Sachverhaltes. Das Gericht suchte das Verfahren als überhaupt formell richtig nachzuweisen. Auch habe es, indem es in einer Rechtssache den König von Preußen wie einen Privatmann behandelt, kein Unrecht gethan, weil eben dasselbe Verfahren auch gegen andere Souveräne beobachtet werde, und namentlich habe der im Haag befindliche Hof von Brabant den König Wilhelm III. von England in derselben Weise persönlich vorgeladen. Das Gericht wies daher jeglichen Vorwurf des Gesandten Schmettau zurück.

Es erfolgte dann noch ein langer Schriftenwechsel hin und wider, welcher den Rückzug des neuen Königs ziemlich verdeckte. Jedoch erhielt Schmettau den Befehl, dem Rathspensionär mündlich die Meinung des Königs bestimmter zu eröffnen. Da er wahrnehme, ließ Friedrich I. sagen, daß die Generalstaaten nicht Willens seien etwas zu seinen Gunsten zu thun, weder in der Sache des oranischen Erbes, noch sonst: so sehe er sich genöthigt, so ungern er es thue, auf andere Maßregeln zu sinnen, um das Interesse seines Hauses besser vertreten zu können. Auf diese Worte hielt der Rathspensionär mit aller Besonnenheit an sich, um nicht durch eine Antwort zu viel oder zu wenig zu sagen. Als jedoch Schmettau mit ähnlichen Reden fortfuhr, sah sich Heinsius genöthigt in der entsprechenden Weise zu antworten. Wenn der König von Preußen glaube, sagte er, daß die Republik ihm und seinem Interesse nicht nützlich sei: so möge er die Maßregeln

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 20. März.

[2]) Die Schriftstücke sämmtlich bei Lamberty t. II, p. 368 et suiv.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

Digitized by Google

treffen, die er als dafür geeigneter erachte. „Wir haben ja freilich, schloß er, bereits mit zwei mächtigen Königen zu thun: in diesem Falle jedoch, wann noch der dritte sich hinzu gesellte, läge es uns ob zu sehen, wie wir auch mit dem dritten uns auseinander setzten“ [1]).

Die Unterredung, im Vereine mit der Thatsache, daß Friedrich I. dennoch fortfuhr, das Gold der Seemächte und des Kaisers demjenigen des Hauses Bourbon vorzuziehen, wiederholt den Beweis, daß die Gesinnung des Königs Friedrich I. sich zusammen drängt in den alten Wahlspruch des Söldnerthumes: Ibi fas, ubi maxima merces.

Indem aber nicht bloß Friedrich I., sondern auch viele andere deutsche Reichsfürsten dieser Gesinnung gemäß handelten: so erklärt es sich, daß sie, auch ungeachtet der eindringlichen Mahnung der Seemächte, den Reichsbeschluß vom November 1702 nicht ausführten, nicht ein Reichsheer von 120,000 Mann stellten, sondern lieber ihre Truppen dem Kaiser oder den Seemächten verdingten.

August II. von Sachsen-Polen dagegen ward durch die Gefahr und Noth, in die der Ansturm des jungen Schwedenkönigs ihn brachte, zu dem Kaiser hingescheucht. Um sich den Kaiser geneigt zu erhalten und sich dessen Fürsprache bei Carl XII. für den Frieden zu sichern, ließ August II. von Sachsen-Polen im Beginne des Jahres 1703 die 8000 Mann marschiren, die er vertragsmäßig das Jahr zuvor bereits hatte stellen sollen. Dies war für die ersten Monate des Jahres 1703 die einzige Hülfe, welche der Kaiser und die bedroheten Kreise Franken und Schwaben von den übrigen Reichsständen erhielten.

Es kam also darauf an, was der Kaiser und die beiden Kreise gegen den bayerischen Kurfürsten und Frankreich aufzubieten vermochten.

Der Markgraf Ludwig von Baden beginnt das neue Jahr 1703 mit den Worten: „Mein Aerger, daß gegen zwei solche Feinde wie Frankreich und Bayern nicht ein genugsamer Widerstand geschieht, wird überboten durch die Verwunderung, wie bei so übelen Anstalten und dem Mangel alles Nothwendigen noch so viel wie bisher wider Beide hat geleistet werden können. Ich muß bekennen, daß Gott mehr als ich und alle, die sich hier befinden, zur Sache gethan hat“ [2]).

---

[1]) Lamberty t. II, p. 402. — Man vgl. ebendort t. XII, p. 298.

[2]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 123. Vom 5. Januar.

Digitized by Google

Ludwig von Baden war sogar der Ansicht, daß die geringeren Stände im schwäbischen Kreise bereits kriegesmüde und kleinmüthig seien. Er hätte lieber gesehen, daß es gelungen wäre mit Bayern gütlich abzukommen. Da nun dies nicht geschehen und darum der Weg der Gewalt betreten werden müsse: so verhehlt der Markgraf dem Kaiser nicht, daß nicht zu hoffen stehe, er werde mit einer Armee von Rekruten, noch dazu mit allem Nothwendigen übel ausgestattet, den Kurfürsten durch Feldschlachten bezwingen. „Ich sehe daher, schließt der Markgraf, um ihn von seinem Fluge abzuhalten, kein anderes Mittel übrig, als ihm die Flügel zu stutzen, nämlich ihm die Mittel zu fernerer Kriegführung zu benehmen durch die Verwüstung seines Landes." „Ich muß bekennen, fügt er dann hinzu, daß dieses Verfahren etwas violent, und wünsche daher, daß Gott der Allmächtige eher alles zum Besseren wende. Wenn es aber nicht anders sein kann, so sehe ich keinen anderen Weg" [1]).

Die Worte verkünden für das arme Bayerland das Unheil der nächsten Jahre.

Es ist dagegen ein merkwürdiger Zug sowohl bei dem Markgrafen als dem Prinzen Eugen, wie wir im Jahre zuvor in Italien gesehen, daß der Eine wie der Andere mehr leistet, als er in Aussicht stellt. Der Fortgang der Dinge wird darthun, daß es nicht an dem Markgrafen von Baden lag, wenn Max Emanuel sich noch über das Jahr 1703 hinaus behauptete.

Während die Aufgabe des Markgrafen von Baden darin bestand den Oberrhein zu decken, also einem abermaligen Versuche der Franzosen zur Vereinigung mit dem Kurfürsten Max Emanuel entgegen zu treten, sollte die Offensive gegen Bayern von zwei Seiten aus erfolgen: vom Norden her durch kaiserliche Truppen unter dem General Styrum und fränkische unter den Markgrafen von Baireuth und Anspach; von Ober-Oesterreich her durch ein kaiserliches Corps unter dem General Schlick. Zu Anfang Februar begab der letztere sich nach Linz.

Sein Corps bestand zunächst aus zehn Bataillonen, gebildet aus Land-Rekruten, unter die man einige Bataillone alter, aus Italien

[1]) Röder Bd. I, S. 125. Vom 5. Januar 1703.

Digitized by Google

zurückgekehrter Mannschaft vertheilt hatte. Dazu wurden andere Truppen gefügt, namentlich von den kursächsischen Hülfsvölkern. Es scheint, daß der Kaiser auf dies so zusammengewürfelte Corps einige Hoffnung gesetzt habe [1]). Diejenige des commandirenden Generals Schlick war gering. Er meldet von Linz aus vertraulich dem Markgrafen: „So lange ich in unsere Angelegenheiten eingeblickt, habe ich keine gute Ordnung wahrgenommen; aber niemals habe ich darin eine solche Unordnung, eine solche Unwissenheit gesehen wie zur Zeit. Es herrscht Muthlosigkeit, Verzweiflung, Stumpfsinn gegen Ehre und Reputation. Um die Dinge zu verbessern, oder unter dem Vorwande es zu wollen, häuft man Irrthum auf Irrthum. So will man nun von hier aus die Aggressive beginnen, Hals über Kopf, ohne Regel, ohne Plan, ohne Hoffnung, obwohl ich in Wien so oft gepredigt habe, was man auch ohne besonderen Scharfblick erfassen kann, nämlich, daß der erste Schritt gleichbedeutend ist mit der halben Entscheidung" [2]).

Eine Siegesverheißung liegt augenscheinlich nicht in diesen Worten. Dem Kurfürsten jedoch erschien die von Ober-Oesterreich her ihm drohende Gefahr als die größere: er zog, zu Anfang März, mit der stärkeren Hälfte seines Heeres auf Schärding zu. Es gelang ihm den General Schlick so zu täuschen, daß dieser aus Besorgnis vor einem Angriffe auf Passau, wider den Rath des Generals Schulenburg [3]), der die Sachsen führte, die Mehrzahl seiner Infanterie dahin abmarschiren ließ. Die kaiserliche Cavallerie stand in und um Schärding. Auf das Herannahen der Bayern nicht gefaßt, wurde sie überrascht und in wiederholten Angriffen geschlagen. Der Beginn also fiel sehr zum Nachtheile der Kaiserlichen aus [4]).

Umgekehrt war im Norden, bei Dietfurt an der Altmühl, der Ausgang der ersten Action in ähnlicher Weise gegen den Kurfürsten. In Folge dessen nahm der Markgraf von Baireuth die Stadt Neumark. Dagegen fiel dort bei Schmidtmühl, einige Tage später, am

---

[1]) Röder Bd. I, S. 127.

[2]) Ebendort S. 128. Schreiben Schlicks vom 15. Februar.

[3]) Schulenburg hat über manche Kriegsereignisse damaliger Zeit seine Ansichten in Briefen an Leibniz ausgesprochen, die ich besitze.

[4]) Ausführlich nach bayerischen Berichten im Theatrum Europaeum Theil XVI[b], S. 201 u. f.

Digitized by Google

5. April, der Markgraf von Anspach. Styrum ward bis unter die Kanonen von Nürnberg gedrängt [1]).

Dieſe Kämpfe hin und wieder brachten ſchwere Verluſte, keine Entſcheidung. Wichtiger war, was am Rheine vorfiel.

Der Plan der Vereinigung eines franzöſiſchen Corps mit dem Heere des Kurfürſten Max Emanuel ward beiderſeitig feſtgehalten. Noch im tiefen Winter brach der Marſchall Villars von Paris wieder auf zu ſeinem Corps am Oberrhein, in Hüningen und Neuburg. Dort erhielt er die Nachricht, daß dem Kurfürſten der Ueberfall jenes anderen Neuburg an der Donau gelungen war. Er erwiederte auf die Meldung mit einer Fluth hohler Redensarten, die den Kurfürſten feierten als den Zerſtörer und Austheiler des Reiches; aber zugleich brach er auf mit 50 Bataillonen und 80 Schwadronen, am rechten Rheinufer ſtromabwärts, am 12. Februar [2]). Der Markgraf Ludwig hatte die Stellung von Offenburg inne, in welcher er höchſtens 7000 Mann zuſammenbringen konnte. Er zog ſich vor der Uebermacht auf Stollhofen zurück, und gab dadurch auch ſein eigenes Land preis. Der Bericht des Villars lieſt ſich wie derjenige eines Siegeszuges. Der Markgraf dagegen ſagt: „Es iſt nichts gewiſſer, als daß, wenn der Feind mit mehr Reſolution vorgedrungen wäre, alles hätte über den Haufen gehen müſſen. Nunmehr aber hoffe ich in dieſem Poſten die fernere Invaſion zu ſiſtiren" [3]).

Beſtimmter noch als der Markgraf ſagt ein Zeitgenoſſe: es habe bei der Uebermacht des Villars damals in ſeiner Hand gelegen, die geringen Truppen des Markgrafen zu überwältigen, ſich mit dem Kurfürſten von Bayern zu vereinigen und dadurch ihn in den Stand zu ſetzen, dem Kaiſer und dem Reiche Geſetze vorzuſchreiben [4]).

Der Marſchall Villars wußte dies nicht, oder wagte es nicht. Seine Abſicht war gerichtet auf das feſte Kehl, gegenüber Straßburg. Noch vor dem Ende des Monats Februar eröffnete er die Laufgräben. Das Fort, von Franzoſen früher angelegt, um die Rheinbrücke gegen

---

[1]) Lamberty t. XII, p. 457.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 133.
[3]) Röder Bd. I, S. 133.
[4]) Aquilinius: Ausführliche Hiſtorie u. ſ. w. S. 448.

Digitized by Google

einen Angriff von deutscher Seite zu schützen, war nur nach Osten hin geschlossen, nach Straßburg hin dagegen offen, so daß von den Rheininseln aus hineingeschossen werden konnte [1]). So berichtet der Markgraf dem Kaiser. Anders Villars. Er bezeichnet, in seinem Berichte an den Kurfürsten von Bayern, Kehl als den stärksten Platz in Europa [2]). Am 10. März capitulirte Kehl. Der Markgraf hatte, bei der Schwäche seiner Truppen, einen Entsatz nicht gewagt.

So begann der Feldzug mit einem schweren Verluste, und mit der Aussicht auf andere. Denn die Berichte des Markgrafen Ludwig zeichnen die Dinge nicht heller als derjenige, den wir von dem Grafen Schlick vernommen. „Die Schuld liegt nicht an mir, meldet er dem Kaiser am 3. März, sondern an den übelen Anstalten und den wenigen Kräften, die mir in Folge der Dispositionen des kaiserlichen Hofes belassen werden. Dort ist, wenn nicht alles zu Grunde gehen soll, wahrhaftig bald eine nachdrückliche Aenderung erforderlich. Denn damit Ew. K. Majestät recht erkennen, wo es mir fehlt, so erlauben Ew. K. Majestät mir zu sagen, daß, um diesen schweren Krieg auszuführen, Ihnen nicht mehr als Alles abgeht."

„Was zuerst die Cavallerie betrifft, so ist der beste Theil derselben, den kaiserlichen Befehlen gemäß, gegen Bayern geschickt. Der übrige Theil ist nicht recrutirt, nicht versehen mit Kleidern und Stiefeln, noch weniger mit Geld, so daß ich von einem Regimente zu Pferde nur etwa 100 oder 150, von einigen gar nur 60 oder 70 Berittene zählen kann."

„Zu Fuß haben Ew. K. Majestät, außer einigen Compagnien Grenadiere, nicht Einen Mann hier im Felde, sondern alle in Garnisonen vertheilt, und dazu doch an keinem Orte ausreichend. Das Elend und die Noth dieser armen Infanterie ist nicht genug zu beschreiben; aber Ew. K. Majestät können es abnehmen aus dem Zustande der Offiziere, die so verarmt sind, daß sie kaum das Leben zu erhalten vermögen."

---

[1]) Röder Bd. I, S. 130. Der Markgraf an den Kaiser, 14. März.
[2]) Pelet t. I, p. 941.

Digitized by Google

„Keine einzige Festung ist mit Kanonen, noch Pulver versehen. Die Infanterie darin hat die schlechtesten Gewehre, die man in der Welt finden kann. In Summa, es steht sowohl in den Festungen wie bei den Truppen im Felde so schlecht, daß ich viele Bogen darüber anfüllen könnte. Ich kann nach keiner Seite hin einem etwa bedroheten Orte Hülfe leisten, weil ich, was ich fast Scheu tragen muß zu schreiben, mit Heranziehung aller Kräfte kaum 7000 Mann um mich sammeln kann."

„Die Artillerie besteht in zehn Stücken, und es ist dabei zu bemerken, daß diejenigen, die Ew. K. Majestät gehören, weder Bedienung noch Bespannung haben. Ich habe daher, auf eigene Verantwortung, die Bagagepferde des römischen Königs dafür in Anspruch genommen."

Der Markgraf ergeht sich weiter in der Schilderung. „Mir thut leid, sagt er dann, daß ich Ew. K. Majestät mit solchen Vorstellungen beschwerlich fallen muß. Weil aber in allen Dingen Heilmittel gefunden werden können, so halte ich für eher erträglich, Ew. K. Majestät mit der unverblümten Darstellung der Dinge zu behelligen, als durch Verhüllung der wahren Lage einen Mitantheil der Schuld zu tragen." Und dann folgt das abermalige Versprechen des treuen Mannes: „Inzwischen werde ich halten, so lange ich kann, und weil ich glaube, daß, so lange die bayerische Unruhe nicht gestillt ist, sondern dieser Feind im Inneren des Reiches um sich greift, nach außen nichts mit Nachdruck unternommen werden kann, so werde ich zu verhüten suchen, daß von französischer Seite her ihm die Hand zur Verbindung geboten werde" [1]).

Als der Markgraf auf seine dringenden Vorstellungen nicht einmal eine Antwort von Wien erhielt, trug er kein Bedenken dem Kaiser direct das Heilmittel vorzuschlagen, welches ihm als das allein zweckmäßige erschien. „Lediglich Ew. K. Majestät absolute Autorität, schreibt der Markgraf, vermag, meines Erachtens, dem Uebel noch zu steuern, wenn ihm zu steuern noch die Zeit gelassen ist. Sic volo, sic jubeo, allergnädigster Herr: das ist das einzige Mittel, welches die Angelegenheiten Ew. K. Majestät herstellen kann" [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 137 u. f.

[2]) A. a. O. S. 146. Vom 29. März.

Digitized by Google

Aehnliche Vorstellungen erhob dort mündlich und schriftlich zur selben Zeit ein anderer Mann, der wie Ludwig von Baden und sogar mehr noch als dieser eine feste Säule des Kaiserhauses war, der Prinz Eugen von Savoyen. Vom Sommer des Jahres 1702 an hatte er von Italien her in Aussicht gestellt, daß er nach Wien kommen werde, um dem Kaiser persönlich die Noth seiner Truppen zu schildern. Er führte den Entschluß aus im Januar 1703. Das Commando seiner Armee überließ er dem General Guido von Starhemberg, jedoch nur einstweilen; denn er hoffte von einem Tage zum anderen auf seinen Posten zurückzukehren. Auch Graf Starhemberg war eine jener ehrenwerthen Persönlichkeiten, die nicht bloß durch ihre Begabung als Heerführer hervorleuchten, sondern zugleich auch als rechtschaffene Charaktere. Ja man darf es als eine der größten Segnungen ansehen, die dem Kaiser Leopold widerfuhren, daß eine Reihe solcher Männer sich in seinem Dienste befanden.

Die Berichte des Prinzen Eugen an seinen Unterfeldherrn und Freund Starhemberg über seine Thätigkeit in Wien liegen vor [1]). Gleich der erste beginnt: „Ich kann noch nichts Sonderliches melden, außer daß ich die Sachen hier weit schlechter gefunden, als ich mir jemals eingebildet oder geglaubt hätte".

Der mit diesen Worten angeschlagene Grundton bleibt fortan in allen Briefen derselbe, nur noch immer stärker erklingend. Der Prinz gab seine Darlegungen schriftlich ein. Er brachte sie mündlich vor. Er hielt Conferenzen mit dem Hofkriegsrathe. Er schilderte in beredten Worten die Noth seiner Armee, die dem Kaiser so viele Siege erworben. Sie habe, alles in allem, im Jahre 1701 bestanden aus 54,000 Mann; aber sie habe zwei Jahre hindurch, ohne genügenden Nachschub, dem immer durch frische Truppen erneuten Feinde widerstehen müssen. Nun beginne der dritte Feldzug. Die Armee sei herabgekommen auf etwa 20.000 Mann, sei, ungeachtet ihrer Erfolge, von der Uebermacht der Feinde zusammengedrängt auf einen schmalen Erdwinkel am Po, verarmt, Mangel leidend an allem Nothwendigen, nicht bloß zur Gegenwehr wider den Feind, sondern auch zum Schutze wider Wind und Wetter. — Der Hofkriegsrath vernahm die Rede und

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft.

Digitized by Google

bestritt sie nicht. Aber die Schlußantwort des Präsidenten war: es sei nichts zu machen: nicht einen Kreuzer könne man in Aussicht stellen [1]).

Einige Tage später gab der Prinz Eugen seinen Unmuth über die Zustände in Wien an Starhemberg kund, mit den Worten: „Ich staune nicht mehr, daß man mir keine Antwort gibt; denn ich kenne nun ja doch die Dinge hier seit drei Monaten. Nach meiner Ansicht steckt noch etwas mehr darunter als Faulheit; aber es läßt sich das nicht schreiben. Ich habe noch gestern, obwohl es nicht der geeignete Tag, mit dem Kaiser darüber geredet, und habe ihn mit den stärksten Ausdrücken gebeten: er wolle doch nicht den völligen Untergang der beklagenswerthen Reste einer Armee zulassen, die, einst so stattlich und so gut, ihm so gewichtige Dienste geleistet. — Er hat es mir versichert, wie schon mehrmals, aber bis dahin ohne Wirkung. Zu den Ministern noch reden zu wollen wäre dasselbe, wie wenn man zu einer Mauer spräche. Beklagt man sich, so klagen sie mit. Hat man ihnen die Sache dargelegt, sagt man ihnen, daß alles verloren sei, so stimmen sie zu. Erwiedert man ihnen, daß es demgemäß die Pflicht sei, auf Heilmittel zu gedenken: so bleiben sie stumm. Entweder ist an diesem Hofe fremdes Geld im Umlaufe, oder die Faulheit und Trägheit ist zum Entsetzen: vielleicht aber beides zusammen".

Die Minister, die der Prinz bei solchen Worten im Auge hatte, waren namentlich zwei: der Graf Mannsfeld als Präsident des Hofkriegsrathes, und der Graf Salaburg als Präsident der Hofkammer, oder, nach der modernen Benennung, der Kriegs- und der Finanzminister [2]). Der römische König Joseph, der völlig mit dem Prinzen Eugen übereinstimmte, meldet dem Markgrafen Ludwig von Baden ausdrücklich: „Die ganze Ursache alles Unglücks und aller Verzögerung der Anstalten sind unsere zwei Präsidenten. Und so lange diese bleiben, sehe ich kein Heil. Meine größte Arbeit ist jetzt, den Kaiser zu überreden mit diesen eine Aenderung zu machen. Es ist Hoffnung dazu da; aber der Erfolg bleibt aus, und wenn es nicht bald geschieht, so ist nachher alles zu spät. Ich werde aber keine Rast noch Ruhe haben, bis die Dinge in einen anderen Stand kommen" [3]).

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 16 und 103 u. f.
[2]) Bericht Forstners vom 1. April, bei Röder Bd. I, S. 147.
[3]) Röder Bd. I, S. 152. Vom 18. April.

Digitized by Google

So gerechtfertigt auch nach solchen Zeugnissen die Klagen gegen jene beiden Persönlichkeiten sein mögen: so dürfte es dennoch fraglich sein, ob mit der Beseitigung derselben das Uebel an der Wurzel gefaßt werden konnte. Die Finanzverwaltung war von Anfang an die schwächste Seite der Regierung des Kaisers Leopold gewesen. Wir haben im Beginne derselben das Urtheil der venetianischen Botschafter vernommen, daß der Kaiser nicht den dritten Theil dessen erhalte, was das Volk bezahle. (Bd. I, S. 93.) Das Uebel lag also nicht so sehr an der einen oder der anderen Persönlichkeit der kaiserlichen Beamten, als an der Gesammtheit der Einrichtungen und des Herkommens bei der Einnahme wie bei der Ausgabe. Das System derselben machte es möglich, daß die Diener des Kaisers zugleich ihn und sein Volk bestahlen und doch dabei straflos blieben. Einen Mitantheil der Schuld trug jedenfalls die Gütigkeit des Kaisers, der es nicht über sich vermochte, sich aufzuraffen zu einem Entschlusse der Strenge und der Schärfe. Jedenfalls aber traf ihn auch nur ein Mitantheil der Schuld. Die Finanzverwirrung hatte nicht mit ihm begonnen, sondern er hatte sie vorgefunden. Auch endete sie nicht mit ihm, sondern dauerte fort unter seinem Nachfolger Joseph. Der Venetianer Dolfin, der die letzten Jahre Leopolds und die ersten Jahre Josephs I. in Wien durchlebte, macht in seiner Schilderung der Finanzzustände nicht einen Unterschied zwischen beiden Regierungen. Er sagt zum Jahre 1708: „Der Wirrwarr in den Finanzsachen kann nicht größer sein. Der Kaiser sollte vierzehn Millionen Gulden ordentlicher Einkünfte haben; aber da diese zum Theile in den Händen der Rebellen, zum Theile durch Anweisungen vorweg genommen sind: so darf er nicht über vier rechnen. Man hilft sich von einem Tage zum anderen mit außerordentlichen Auflagen, welche einen großen Theil der Privateinkünfte verzehren und die Völker zur Dürftigkeit, ja zur Verzweiflung bringen. Dennoch dulden sie, in der Hoffnung, daß es bald besser werden müsse, oder aus Furcht vor den scharfen Executionen“ [1]). Dolfin bespricht dann die schweren Schatzungen, welche Bayern nach der Niederlage des Kurfürsten hatte zahlen müssen, und fährt fort: „Alles das fällt hier wie in einen endlosen Schlund; denn so groß immer der Eifer einzusammeln,

[1]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 13.

Digitized by Google

ſo iſt doch die Verſchwendung im Ausgeben noch größer. Man kann ſich die Geldklemme der Hofkammer und des Hofes ſelbſt nicht groß genug denken. Es mangelt an Lohn für die Diener, an Bezahlung für die Handwerker, an Brot für die Soldaten. Dennoch leben Alle, weil es nicht für ein Unrecht gilt ſich ſeinen Lebensunterhalt zu verſchaffen, durch welche Kunſt immer man es vermag. Um den dringenden Bedarf zu decken, verkauft man Stellen, verſpricht man Anwartſchaften, bewilligt man Titel, ſchreitet man zu Veräußerungen, und läßt ſich herbei zu maßloſen Zinſen, die bis zu zwanzig und vierundzwanzig Percent anſteigen. Jegliches Geldangebot erſcheint hier annehmbar unter was immer für Bedingungen."

Die furchtbare Schilderung läßt aus ſich ſelber erkennen, daß ſie ſich nicht beſchränkt auf das Jahr 1708, daß ſie vielmehr einen habituellen Zuſtand zeichnet, und zwar das Grundübel der Monarchie des Hauſes Habsburg, den Krebsſchaden, welcher an dem Lebensmarke fraß, verzehrender, verderblicher ſogar als die Kriege nach außen. Wegen dieſes inneren Zuſtandes entwickelte die weit geſtreckte Monarchie, in welcher die Segnungen der Natur, die Ergiebigkeit des Bodens keinem anderen europäiſchen Lande nachſtanden, eine geringere Fähigkeit der Action nach außen, als jede der drei anderen Großmächte für ſich genommen, geringer als das durch Einen feſten Willen beherrſchte Frankreich, geringer als das durch ſein Parlament überwachte England, geringer endlich als die kleine Republik der Niederlande, die an Flächenraum nicht einmal dem Erzherzogthume Oeſterreich gleich kam. Sie alle drei hatten eins voraus: größere Ehrlichkeit in der Verwaltung.

Aber es iſt zu wiederholen, daß für einen habituellen Zuſtand ſolcher Art nicht Einzelne allein als verantwortlich genannt werden dürfen. Die Geſammtheit, und Jeder darin für ſeinen Antheil an der Geſammtheit, trägt die Schuld.

Der Zuſtand war alſo die chroniſche Krankheit des ganzen Staatsweſens. Nach der Anſicht des Markgrafen Ludwig von Baden, die ſich in jenem ſeinem Rathe an den Kaiſer ausprägt, konnte dieſe Krankheit geheilt werden durch einen feſten Entſchluß des kaiſerlichen Willens, durchgeführt ohne Rückſicht auf Perſonen. Aber war das die Weiſe des Kaiſers Leopold? Er hatte den Entſchluß zu einer durchgreifenden

Digitized by Google

Strenge nicht über ſich gewinnen können, weder in dem Eifer der Jugend, noch in der Vollkraft ſeiner Mannesjahre: wie viel weniger konnte er dazu ſich aufraffen im Alter! Vielmehr war die Unſchlüſſigkeit, der Mangel an Entſchiedenheit des Wollens bei dem Kaiſer ſtärker ausgeprägt als je zuvor. Der Beichtvater Biſchoff S. J., eben derſelbe, an welchen der Prinz Eugen von Italien aus oft ſeine Berichte geſendet, war in ſeinen Augen noch der Einzige, der zuweilen es vermochte, den Kaiſer zu einem Entſchluſſe zu bringen. Der Venetianer Dolfin ſchildert den Pater Biſchoff als einen guten Deutſchen, von ſolcher Befähigung, die er jedem Berather fürſtlicher Gewiſſen wünſcht, weil ſie ausreiche, zur Erkenntnis der Fehler anzuleiten, nicht jedoch in Staatsgeſchäfte ſich zu miſchen [1]). Auf dieſen Mann hoffte der Prinz Eugen für die Erfüllung ſeiner Bedingung, das Commando in Italien nicht eher wieder zu übernehmen, als bis jene zwei Perſönlichkeiten entfernt wären. Seitdem der Prinz dem Kaiſer gegenüber dieſe Erklärung ausgeſprochen, verkehrte er darüber nur noch mit dem Pater Biſchoff. Dieſer ging bei dem Kaiſer ein und aus: einen Entſchluß in der Sache vermochte er nicht zu erwirken [2]).

Der Markgraf Ludwig von Baden hatte ſich nicht begnügt mit ſeinen ſchriftlichen Vorſtellungen. Er hatte ſeinen Geheimrath Forſtner nach Wien entſendet, um durch dieſen ſeine Sache auch mündlich vertreten zu laſſen. Forſtner begab ſich zu dem Prinzen Eugen. Dieſer machte aus ſeinen ſchweren Beſorgniſſen kein Hehl. Es ſcheine ihm, ſagte er, daß alles wandele auf dem Wege des Verderbens für das Kaiſerhaus [3]).

Schärfer noch als der Prinz, ſprach dann Forſtner ſelber ſich in ſeinem Berichte an den Markgrafen aus. „Der Wirrwarr hier, ſagt er, iſt ſo groß, daß man auf kein Heilmittel mehr zu hoffen hat. Ew. Durchlaucht mögen immerhin noch zwanzig und dreißig Berichte einſenden: es wird doch alles in ſo übelem Stande bleiben wie bisher. Kurz, hier iſt alles verloren, und Ew. Durchlaucht haben auf nichts von hier zu rechnen. Man kann den Krieg nicht fortſetzen, und es wird daher bald zu einem ſchlimmen Frieden kommen."

---

[1]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 12.

[2]) Röder Bd. I, S. 146. Vom 29. März.

[3]) A. a. O. S. 147. Vom 4. April.

Digitized by Google

Es ist die Ansicht eines Mannes, der allerdings nicht die Gesammtheit der europäischen Dinge überblickte, dessen Meinung aber dennoch als der Reflex der Entmuthigung in Wien ein besonderes Gewicht beanspruchte. Das Urtheil war namentlich auch in Bezug auf den Kaiser nicht richtig. Denn bei aller eigenen Unschlüssigkeit wußte doch Leopold sehr wohl zu schätzen, was ihm ein Mann von festem Willen und von erprobter Treue werth war. Am Tage nach jener Meldung Forstners, daß der Markgraf von Wien her auf nichts zu rechnen habe, zeichnete der Kaiser eine Verschreibung, durch welche er dem Markgrafen zum Ersatze für den Schaden, den er durch die feindliche Besetzung seines Landes an seinem Einkommen erlitten, den Betrag von jährlich 200,000 Gulden anwies [1]).

Diese Erkenntnis und dieses Wohlwollen des Kaisers für die beiden hauptsächlichen Säulen seines Kriegswesens, den Markgrafen von Baden und den Prinzen Eugen, brachte indessen für das Ganze keine Wirkung, so lange nicht ein durchgreifender Entschluß gefaßt, und die beiden Männer, welche für die hauptsächlichsten Vertreter des bisherigen Systemes galten, von ihren Posten entfernt wurden. Nicht bloß mehr Faulheit und Nachlässigkeit legte der Prinz Eugen ihnen und ihren Beamten zur Last, sondern Unwahrheit und Täuschung [2]).

So standen die Dinge im April 1703. Dann kamen die Beschwerden über den Zustand nicht bloß mehr von den eigenen Feldherren, sondern auch von auswärts, von Seiten der Bundesgenossen, zunächst über die Lauheit der Reichsstände. Am 21. März erhoben die Generalstaaten durch Hamel-Bruininx vor dem Kaiser schwere Klage über die Gleichgültigkeit, mit welcher die entfernen Reichsstände der Gefahr der bedroheten Kreise zuschaueten. Nicht oft genug, sagten sie, könne der Kaiser die Reichsstände an ihre Pflicht mahnen, wenigstens die schuldigen Contingente zu stellen [3]). Einige Tage später richteten Stepney und Hamel-Bruininx an den Kaiser eine gemeinsame nachdrückliche Denkschrift. Sie geht aus von dem Ursprunge und dem Zwecke der großen Allianz, überblickt das in den zwei Jahren zuvor

[1]) Röder Bd. I, S. 149. Vom 5. April.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 40.
[3]) Röder Bd. I, S. 152. Vom 18. April.

Digitized by Google

Vollbrachte und zieht dann einen Vergleich zwischen dem Versprochenen für den Feldzug von 1703 und den wirklichen Leistungen. „Die Königin und die Generalstaaten, heißt es darin, haben von Ew. K. Majestät als dem Haupte des Bundes [1]) und dem bei diesem Kriege zunächst Betheiligten ein Aufgebot von Kräften erwartet, wie es so großen Zwecken angemessen sein würde, oder doch wenigstens denen der Verbündeten gleich käme. Aber Ihre Majestät die Königin und Ihre Hochmögenden haben mit lebhaftem Schmerze beobachtet, daß seit einiger Zeit die kaiserlichen Kriegesanstalten, anstatt dem guten Anfange zu entsprechen, nicht bloß in Italien, sondern auch im Reiche, so langsam und so mangelhaft von statten gehen, daß, wenn nicht bald ein völliger Umschwung darin statt findet, es unmöglich sein wird, das erstrebte Ziel zu erreichen."

Die Denkschrift hebt dann Einzelnheiten hervor. Sie verweist darauf, daß die Königin von England versprochen, eine Flotte ins Mittelmeer zu senden, sobald der Prinz Eugen in Italien in den Stand gesetzt sei, offensiv zu agiren. Dann habe man allerdings von Wien aus einen Plan vorgelegt, gar prächtig auf dem Papiere; aber es sei darauf thatsächlich nichts weiter erfolgt. — Demnach kam auch von außen her an den Kaiser die Anklage seiner Minister auf Täuschung.

Die Denkschrift der Seemächte traf auf denselben Tag, an welchem, wie wir vernommen, der römische König Joseph dem Markgrafen Ludwig das Versprechen gab, nicht zu ruhen, bis er die Entfernung jener zwei Persönlichkeiten durchsetze. Dennoch vergingen noch Wochen, bis der Kaiser zu dem Entschlusse kam, den mit Anderen sein eigener Sohn bei ihm dringend befürwortete. Inzwischen mußte der Markgraf von Baden sich helfen, so gut er es nach der Lage der Dinge vermochte.

Der Marschall Villars war nach der Einnahme von Kehl über den Rhein zurückgegangen, weil ihm die noch winterliche Jahreszeit

---

[1]) Come dal Capo della Lega, in der Denkschrift vom 18. April. Die dem Kaiser Leopold eingereichten Denkschriften der verbündeten Mächte sind entweder in lateinischer oder italienischer Sprache.

Digitized by Google

einen Marsch nach Osten zur Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern nicht zu gestatten schien, und weil er dagegen seinen Truppen eine Ruhe und Erholung gönnen wollte. Das entsprach nicht dem Plane Ludwigs XIV., welcher gerade auf die bayerische Sache das hauptsächliche Gewicht legte. Zugleich drängte der Gesandte des Kurfürsten um Hülfe. Er hob hervor, daß Max Emanuel alles wage zu Gunsten der beiden Kronen, daß bis dahin seine Erhebung sie vor dem Unterliegen bewahrt [1]). Ob der Bayer Malknecht mit diesen Worten den Mund etwas voll genommen habe, wird sich an denjenigen Ludwigs XIV. ergeben. Malknecht versicherte dem Kurfürsten, daß der König ihn achte und liebe, daß jedoch Andere entgegen arbeiten.

Achtung und Liebe als politische Factoren dürften in der Seele Ludwigs XIV. eben so geringes Gewicht ausgeübt haben, wie in derjenigen Max Emanuels. Sie beide rechneten anders.

Ludwig XIV. wußte um die beständigen Unterhandlungen oder das Erbieten zu denselben von Seiten des Kurfürsten Max Emanuel. Er mußte fürchten, daß dieser, sobald einmal der reelle, von Seiten des Kaisers und der Seemächte gebotene Vortheil in seinen Augen den von Frankreich her gehofften, in jedem Falle noch nebelhaften überwiege, der Kurfürst sich zu einem gütlichen Abkommen mit dem Kaiser geneigt zeigen und demgemäß auch seine Truppen zur Verfügung wider Frankreich stellen werde.

Das Ergebnis dieser Erwägungen gibt er in nachdrücklicher Weise dem Marschall Villars kund. „Ich kann Ihnen nicht genug aussprechen, schrieb der König, daß lediglich von Ihrer Vereinigung mit dem Kurfürsten der Erfolg des Krieges abhangt, daß die Fortführung desselben außerordentlich schwierig wird, wenn diese Vereinigung nicht geschieht, und wenn ich dadurch einen Verbündeten verliere, der durch die Diversion, die er zu machen im Stande ist, einen Frieden erzwingen kann, eben so ruhmvoll für mich, wie vortheilhaft für ihn." Villars erhielt daher den Befehl, sofort auf das rechte Rheinufer zurückzukehren, am 16. März. Seine Einwendungen lassen ersehen, daß auch seine Armee an vielen nothwendigen Dingen Mangel litt, daß die Zahl der Offiziere nicht genügte, daß die Soldaten weder mit

[1]) Qui jusqu'à présent les (les deux couronnes) a garanti de leur ruine.

Digitized by Google

Kleidung, noch mit Waffen ausreichend versehen waren. In seinen Briefen an den Minister Chamillart spottet er der Hofleute, die auf den Terrassen von Marly und Versailles ihm die Kriegesregeln dictiren. Aber nicht darum handelte es sich für Ludwig XIV. Er erneuerte in nachdrücklicher Weise seinen Befehl. „Alle Bedenken, sagt er, werden aufgewogen durch die Aussicht auf die Unmöglichkeit, den Kurfürsten von Bayern für uns zu erhalten, wenn er nicht Hülfe erhält, sei es durch eine Diversion, sei es durch die Vereinigung mit ihm“ [1]).

Diese letzten Worte beließen dem Marschall Villars dennoch eine Wahl. Er hielt einen Marsch durch die Schluchten des Schwarzwaldes noch für sehr schwierig. Er verabredete mit dem Marschall Tallard, der mit einer geringen Armee am linken Rheinufer stand, den Plan, ihm zur Stütze zu dienen, je nachdem er den Markgrafen von Baden angreifen oder weiter ostwärts marschiren würde. Vom 8. bis zum 10. April überschritt Villars den Rhein. Der Markgraf Ludwig von Baden, bei welchem unterdessen die holländische Verstärkung eingetroffen war, lag verschanzt in den Linien von Stollhofen und Oberbühl.

Jener Befehl Ludwigs XIV. an Villars zeigt uns, welches Gewicht er legte auf den bayerischen Krieg, so sehr, daß in seinen Augen diese Stelle zur entscheidenden wurde. Wenn es gelang, dem Kaiser eine solche Niederlage beizubringen, daß er in jeden Frieden willigen mußte: so erlitt auch die große Allianz dadurch den Todesstoß, und dann kam das Geschick, von der überlegenen Macht Frankreichs niedergeworfen zu werden, der Reihe nach an Einen nach dem Anderen, an die Republik Holland und an England. So der Plan Ludwigs XIV. als das Fundament jenes Befehles. Und dieser Plan bleibt fortan über ein Jahr lang derselbe, bis er im August 1704 bei Höchstädt und Blindheim zerschlagen wird. Bis es aber dahin kam, oder bis den Seemächten die Erkenntnis aufging, daß es sich in Bayern um das Schicksal Europas handelte, vergeht noch lange, lange Zeit.

Es tritt uns in dieser Verwickelung einer derjenigen Fälle im Völkerleben vor Augen, in welchen der einheitliche Wille eines Einzigen

---

[1]) Pelet: Mémoires militaires t. III. p. 530 et suiv. — Weniger vollständig in Mémoires de Villars t. I. p. 157.

Digitized by Google

ſich den Erwägungen Vieler überlegen erweiſt, auch ſogar dann, wenn unter den Vielen nicht wenige perſönlich jenen Einzigen an Kenntnis und Urtheil überragen. Der Einzige, an ſeinem Orte allein Entſcheidende, nach beſtimmtem, feſtem Plane Handelnde, iſt Ludwig XIV.: die Staatsmänner und Feldherren des Kaiſers, der Republik, Englands, divergiren noch für lange, nicht zum wenigſten je nach dem Intereſſe, welches ſie vertreten. Nur der Graf Wratislaw hat bereits im Februar 1703, wie wir geſehen, ſeine richtige Erkenntnis der Sachlage dem Herzog Marlborough gegenüber ausgeſprochen; aber wir werden über ein volles Jahr vergehen ſehen, bis er auch nur bei dieſem ſie zur Geltung bringt.

Auf die Kunde des abermaligen franzöſiſchen Ueberganges über den Rhein, entſendete Ludwig von Baden einen Courier an Marlborough mit dem Rathe, unter dieſen Umſtänden vom Niederrheine aus eine ſtarke Diverſion gegen die Moſel zu unternehmen, in der Richtung gegen Dietenhofen und Metz, und zwar noch vor der Belagerung von Bonn. Denn dort in Frankreich ſeien gar keine Anſtalten getroffen: ein Schlag dahin könne und werde die ganze Sachlage ändern. Dazu komme, daß Villars, der, wie man wiſſe, nicht nach eigener Ueberzeugung, ſondern wider ſeinen Willen, lediglich auf Befehl, über den Rhein gegangen, nun dort, bei aller Ueberlegenheit ſeiner Macht, in Ungewisheit verharre. Laſſe man ihn zum Entſchluſſe kommen, ſo ſei die Armee des Markgrafen nicht ausreichend, ihm den Weg zu verlegen [1]).

Derſelbe Vorſchlag gelangte von Wien aus durch Stepney an Marlborough [2]).

Er hatte von England aus unbedingte Vollmacht zu handeln nach ſeinem Ermeſſen. Dieſe ging ſo weit, daß der Staats-Secretär Nottingham dort auf die ähnliche Vorſtellung Hoffmanns erwiederte: die Regierung der Königin miſche ſich nicht in die Militär-Angelegenheiten, ſondern halte genehm, was Marlborough im Vereine mit den Generalſtaaten beſchließe [3]). Einige Wochen ſpäter hebt Marlborough

[1]) Röder Bd. I, S. 153. Vom 20. April.

[2]) Murray: the letters and dispatches of Marlborough t. I, p. 92.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. März.

Digitized by Google

ſelber dies ausdrücklich den Generalſtaaten gegenüber hervor, mit den Worten: er habe Vollmacht zu handeln nach Verabredung mit der Republik, und die im engliſchen Solde ſtehenden Truppen überall dahin marſchiren zu laſſen, wo es der gemeinſamen Sache entſpreche, den Krieg mit Nachdruck zu führen und dem Feinde den möglichſt großen Schaden zuzufügen, zum Nutzen und Vortheile der Verbündeten [1]). Demnach ſtand von England aus gegen eine ſolche Diverſion die Moſel aufwärts kein Hindernis im Wege.

Die Belagerung dagegen der Stadt Bonn als die nächſte Aufgabe, war längſt ins Auge gefaßt, und zu Ende März im Haag nochmals in einer Verſammlung der Geſandten beſchloſſen. Marlborough als engliſcher Botſchafter nahm an dieſer Berathung Theil, oder vielmehr, er gab darin den Ausſchlag, und eben er als engliſcher Oberanführer brachte dann den gefaßten Beſchluß an die in einem anſtoßenden Zimmer verſammelten holländiſchen Generale [2]). „Ich habe nicht an ihm bemerken können, meldet einige Tage ſpäter der Graf Goes, daß er vorhat nach der Eroberung von Bonn die Armee weiter an die Moſel, etwa nach Trier zu führen, wie vielfach hier geglaubt wird, ſondern er vermeint etwas Beſſeres damit ausrichten zu können“ [3]).

Dies war vor dem Eintreffen jenes Vorſchlages von Seiten des Markgrafen von Baden. Ein dieſem Vorſchlage nahe liegender Gedanke war alſo vorher ſchon im Haag zur Erörterung gekommen, und zwar ſo, daß Marlborough ſich ablehnend dagegen verhielt. Die Botſchaft des Markgrafen, der Rath, die Moſel hinauf zu marſchiren, ſtimmte ihn nicht um. Vielmehr ward zwiſchen ihm und den holländiſchen Generalen der Plan vereinbart, zwei Armeen aufzuſtellen, je an der Maas und in Flandern. Jede der beiden Armeen für ſich, zuſammen 140 Bataillone, war der franzöſiſchen von 60 Bataillonen überlegen [4]). Das eigentliche Ziel, jenes Beſſere alſo, auf welches Marlborough bereits im Haag hingedeutet hatte, war die Belagerung und die Wegnahme von Antwerpen, welche in ſeiner Feld-Correſpondenz

---

[1]) Murray t. I, p. 110.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 27. März.

[3]) Desgleichen vom 10. April.

[4]) Sinzendorfs Bericht in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 649.

Digitized by Google

mit den Holländern Coehoorn und Hop, im Sommer 1703, bezeichnet wird als le grand dessein [1]).

Der Vergleich dieses vermeintlich großen Planes mit jenen Worten Ludwigs XIV. an Villars über den Marsch nach Bayern und dessen Zweck zeigt das Absehen des Königs als ungleich umfassender und großartiger. Er begnügte sich in Belgien mit der Defensive, die erleichtert wurde durch den Besitz der vielen festen Plätze, und wendete die Offensive gegen den Kaiser, der, wie er hoffte, durch eine Entscheidungsschlacht zum Frieden gezwungen werden konnte.

Stellen wir daher dem Feldzugsplane der Seemächte die Beurtheilung desselben durch den Markgrafen Ludwig von Baden gegenüber. Er legt sie dar in einem Schreiben an den Grafen Sinzendorf, der als kaiserlicher Bevollmächtigter im Feldlager der Seemächte weilte. „Um Ihnen die Wahrheit auszusprechen, sagt der Markgraf, so erwarte ich von dem sogenannten großen Plane geringe Wirkung, wenigstens für die gemeinsame Sache der Allianz. Es wird gehen wie im vorigen Kriege, wo die schönen Entwürfe von einem Jahre ins andere verschleppt wurden, bis man endlich dahin gelangte, einen übereilten und nachtheiligen Frieden zu schließen. Weil man aber doch das Mögliche thun und daher seinen Rath aussprechen muß, auch bei geringer Aussicht auf Annahme: so wiederhole ich, daß ich es für das nützlichste halte, über Dietenhofen oder welchen anderen Ort man dafür ersehe, in Frankreich einzudringen. Denn ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß Frankreich nur in Frankreich selbst bezwungen werden kann, und daß diese Krone sich um alle diejenigen Operationen, die nicht darauf ausgehen sie ins Herz zu treffen, sehr wenig kümmern wird. Mein Urtheil ist, daß es im Kriege nichts so Nachtheiliges gibt wie das bisherige Verfahren, nämlich, daß man bald von dieser Seite, bald von jener, je hier und da einen festen Platz angreift, sei es im Norden, sei es im Süden, nicht nach einem wohl überlegten, umfassenden Kriegsplane, sondern je nach der wahren oder scheinbaren Leichtigkeit den Ort zu nehmen. Man sollte einen solchen Plan entwerfen, ihn in tiefem Geheimnisse halten, und alle andere Operationen dem einen Hauptzwecke unterordnen, nämlich einen Weg sich zu eröffnen,

[1]) Murray t. I, p. 105, 114, 140.

Digitized by Google

auf welchem man unfehlbar dahin gelangen würde, den Feind niederzuwerfen. Nun ist es gewis, daß er schon in große Verlegenheit gerathen würde, wenn er auch nur erst in der Ferne eine Arme geradeswegs auf ihn eindringen sehe, mit der Absicht ihn an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen. Die Wegnahme dieses oder jenes Platzes bald im Osten, bald im Westen, dient, nach vielen und überflüssigen Ausgaben, zuletzt kaum zu etwas Anderem als zum Berichte für die Zeitungen" [1]).

So das Urtheil eines Mannes, der mitten in den Dingen stand. Aber es ist dagegen die Frage, ob Marlborough planlos handelte, ob nicht auch er nach bestimmten Motiven verfuhr.

Daß Marlborough bei dem Nicht-Eingehen auf die Wünsche von kaiserlicher Seite in den Verdacht egoistischer Beweggründe kommen könne, hatte Wratislaw ihm schon einige Wochen früher noch in London nahe gelegt. Ganz besonders aber dürfte seine Stellung zu der Republik Holland ins Auge zu fassen sein. Diese hatte ihm nicht, wie man später oft angenommen hat, das Commando auch ihrer Truppen übertragen. Im Gegentheile regte sich nicht bloß bei den Generalen, sondern auch bei den Felddeputirten und bei den leitenden Persönlichkeiten im Haag, Eifersucht wider die Engländer und namentlich gegen Marlborough. Wir haben beobachtet, daß zu den Zeiten des Königs Wilhelm III. und eben durch ihn die Republik die leitende Macht war, daß England folgte, und daß durch den Wegfall des Königs, durch die Sendung Marlboroughs als Bevollmächtigten, dies Verhältnis sich wandte, sowohl bei den gemeinsamen Verträgen mit den auswärtigen Mächten, als in der Führung des Krieges. Die Engländer nahmen durchweg die Superiorität in Anspruch [2]). Nun aber lag es vor Augen, daß in dem Landkriege die Streitkräfte im Dienste der Republik an Zahl diejenigen im englischen Dienste weitaus übertrafen. Es erschien unbillig, daß ein englischer General, ungeachtet seines anerkannt höheren Ranges, immer den Ausschlag geben sollte. Hier kam es auf Marlborough persönlich an, auf sein Geschick, thatsächlich die

[1]) Das Schreiben des Markgrafen wurde aufgefangen. Es steht bei Pelet t. III, p. 894.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 1. Mai.

Digitized by Google

Function auszuüben, die officiell ihm nicht zuerkannt ward, diejenige des Oberfeldherrn.

Die Zeitgenossen und Augenzeugen sind einig in ihrem Urtheile über die erstaunliche Gewandtheit und Glätte, mit welcher Marlborough im persönlichen Verkehre um alle Schärfen und Ecken herumzubiegen wußte. Eben dasselbe stellt sich dar in seiner Correspondenz. In der bändereichen Sammlung seiner Briefe und Depeschen dürfte sich kaum ein einziges Schriftstück finden, in welchem er dem Empfänger nicht eine Verbindlichkeit sagte. Mag er auch den Holländer Coehoorn Anderen gegenüber darstellen als hartköpfig und unlenksam, als den Verderber seines großen Planes: einige Tage später erkundigt er sich bei Coehoorn selber wie ein warmer Freund in Ausdrücken besorgter Theilnahme nach dessen Befinden [1]). Marlborough suchte die holländischen Generale bei gutem Willen für ihn zu erhalten durch sein Entgegenkommen, durch sein Eingehen, wo immer möglich, auf ihre Wünsche.

Diesen Wünschen aber entsprach im Frühlinge 1703 nicht eine Unternehmung im Sinne des Markgrafen von Baden über Dietenhofen nach Frankreich hinein, sondern die Einnahme fester Plätze, welche die Sicherheit der Republik vermehren würden. Denselben Wunsch hatte für sein Land der Kurfürst von der Pfalz. Aus dem Gewebe dieser verhältnismäßig geringeren Interessen ergab sich der Entschluß, zunächst das Große dem Kleinen nachzusetzen. Marlborough und die holländischen Generale erwiederten dem Markgrafen, daß die Ausführung seines Vorschlages sie in Gefahr bringen würde, Mangel an Fourage zu leiden [2]).

Etwas offener antwortet Marlborough dem englischen Gesandten Stepney in Wien über dieselbe Sache. „Ich kann für den Vorschlag nicht stimmen, sagt er, weil wir aus langer Erfahrung wissen, daß wir auf keine Versprechungen von deutscher Seite her uns irgendwie verlassen dürfen, so daß die gesammten Kosten dieser Unternehmung unvermeidlich auf die Holländer fallen würden. Und ich glaube nicht, daß sie sich dazu willig finden lassen" [3]). Die Antwort widerlegt

---

[1]) Man vgl. Murray t. I. p. 157 und 162.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 29. April.

[3]) Murray t. I, p. 94. Vom 9. Mai.

Digitized by Google

augenscheinlich nicht den Markgrafen, welcher gewünscht hatte, daß die von den Holländern bereits aufgewendeten Kosten mehr dem Gemeinwohle entsprechend angewendet würden.

Marlborough weist weiter die Bitte der Kreise Franken und Schwaben um Geldhülfe zurück. „Sie wollen 16,000 Mann errichten, sagt er, aber die Last, sie zu bezahlen, würde fast völlig auf England und Holland fallen. Ich darf dies nicht vorschlagen, zumal bei dem geringen Vertrauen, welches ich auf einen solchen Vertrag setzen müßte. Wenn die beiden Kreise zur rechten Zeit sich angestrengt hätten: so würde Frankreich nicht so stark dastehen."

Der Tadel kann im Allgemeinen kaum als unberechtigt erscheinen. Und doch traf er hier diejenigen deutschen Länder, die auf eigene Kosten mehr geleistet hatten als irgend eins der anderen. Ueber diese spricht Marlborough ein Urtheil nicht aus. — Andererseits aber lassen jene Worte über Franken und Schwaben ersehen, daß Marlborough einstweilen, im Jahre 1703, sie preis gibt.

Unterdessen zog der Marschall Villars auch das Corps des Marschalls Tallard auf das rechte Rheinufer, so daß die ganze französische Macht dort aus etwa 60 Bataillonen und 90 Schwadronen bestand, in Allem 50,000 Mann. Die Uebermacht schien ausreichend zum Angriffe auf die 16,000 Mann des Markgrafen von Baden auch innerhalb der Linien von Stollhofen und Oberbühl. Am 19. April erfolgte der Angriff, und wurde in den vier folgenden Tagen mehrmals wiederholt. Die Franzosen wurden mit schwerem Verluste zurückgeworfen. In seinem Berichte an den Kaiser zollt der Markgraf sowohl den eigenen Truppen als den Holländern für ihre Standhaftigkeit, ihre Willigkeit, ihren Eifer sein volles Lob, und bittet den Kaiser, sowohl den Commandanten selbst als den Principalen derselben seine Anerkennung auszusprechen. „Denn dadurch, sagt er, ist dieses Werk hier erhalten worden, dessen Verlust unfehlbar den Ruin von ganz Deutschland nach sich gezogen hätte" [1]).

Unter den Truppen in den Linien von Stollhofen befanden sich keine Engländer, noch im englischen Solde stehende Deutsche. Und

[1]) Röder Bd. I, S. 156. Bericht des Markgrafen vom 27. April. — Jene Zahlen bei Röder Bd. I, S. 15.

Digitized by Google

doch muß hervorgehoben werden, daß, wie in England überhaupt der Krieg wider die Uebermacht Ludwigs XIV. eine Nationalsache war, darum auch jeder Erfolg, wenn auch von Anderen errungen, gerade in England die wärmste Zustimmung fand. Wie dort in den beiden Jahren zuvor der Prinz Eugen gefeiert war: so nun der Markgraf Ludwig von Baden. „Die Freude hier, meldet Hoffmann am 8. Mai, ist unbeschreiblich. Die Gegenwart der Königin hat nicht verhindern können, daß nicht Jedermann in ein öffentliches Frohlocken ausgebrochen ist." — Der Tory Nottingham trat zu Hoffmann mit den Worten: „Jetzt sind wir im Stande einen Frieden zu machen ohne Zertheilung der spanischen Monarchie". — „Ich halte Sie beim Worte," erwiederte der Vertreter des Kaisers [1]).

Die Worte zeigen, daß der immerhin sehr rühmliche Erfolg des Markgrafen von Baden dennoch überschätzt ward. Es ist sehr merkwürdig, daß die Berichte des Marschalls Villars von einem stattgehabten Kampfe gar nicht einmal reden, vielmehr melden, daß Villars, nach dem Beschlusse der Mehrheit seines Kriegsrathes gegen den Angriff auf die Linien von Stollhofen, von seinem Vorschlage habe abstehen müssen [2]). Demnach hat Ludwig XIV. von der erlittenen Schlappe nichts erfahren. Da er im Jahre zuvor die Täuschung des Villars über den Tag von Friedlingen willig hingenommen: so erscheint dies nicht unglaublich. Der Markgraf dagegen, dessen Berichte in aller Beziehung das Gepräge der Gewissenhaftigkeit tragen, meldet dem Kaiser: er vermuthe, daß Villars vor den Linien einige tausend Mann verloren habe [3]). Indessen auch der Verlust einer solchen Zahl hinderte den Marschall Villars nicht, den anderen Befehl Ludwigs XIV. auszuführen, den Marsch zur Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern anzutreten.

Villars und der Kurfürst hatten sich darüber durch eine auffallende Kriegslist verständigt. Die Rücksicht, welche voraussichtlich der Markgraf von Baden der Bitte des Kurfürsten beweisen würde, eine Sendung Arzeneien von Paris für eine augenkranke Tochter

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. Mai.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 164 et suiv. und Pelet t. III, p. 565 et suiv.

[3]) Röder Bd. I, S. 156.

Digitized by Google

durchzulassen, ward von den beiden dahin ausgebeutet, daß der Kurfürst an der Farbe und der Anzahl der Medicamente das Datum des Eintreffens von Villars in Villingen erkennen konnte [1]).

Der Markgraf ersah den Sachverhalt aus aufgefangenen Briefen des Villars, und meldet ihn dem Kaiser mit den Worten: „Der Herr Kurfürst von Bayern hat sich eines Verfahrens bedient, das einem solchen Herrn nicht ansteht, und dadurch, weil ich ein ehrlicher Mann und solcher Perfidie incapabel bin, mich ohne Mühe betrogen" [2]).

Villars zog sich auf Offenburg zurück, ließ Tallard auf das linke Rheinufer zurückkehren, und marschirte vom 1. Mai an durch das Thal der Kinzig ostwärts. Seine Armee betrug 48 Bataillone und 60 Schwadronen. Es ist von ungemeinem Interesse, hier die beiderseitigen Berichte zu vergleichen, wie einerseits Villars dem Könige von Frankreich gegenüber das Wagnis dieses Marsches aufbauscht, andererseits der Markgraf seine entgegengesetzte Ansicht dem Kaiser darlegt. „Ich verwundere mich über diesen Zug des Villars ganz und gar nicht, sagt der Markgraf, vielmehr habe ich bei meinem Mangel an Truppen und darum geringer Besetzung der Posten niemals fassen können, warum der Feind dies Unternehmen nicht eher ins Werk gerichtet" [3]). Und doch meint er dann: wenn er nur über vier oder fünf Tausend Mann mehr verfügen könnte: so würde er es gehindert haben. Mit seinen Kräften vermöge er es nicht. Dagegen aber müsse er erfahren, daß die Verbündeten, anstatt eine Diversion an der Mosel zu machen, ihre Kräfte um Bonn fest legen, und dadurch den Franzosen Zeit und Anlaß geben, das Corps des Tallard ihm gegenüber durch alle verfügbaren Truppen von der Mosel her zu verstärken [4]). Auch die Thatsache, daß von französischer Seite ein Entsatz für Bonn nicht versucht wurde, brachte Marlborough und die holländischen Generale vor dieser Stadt nicht auf den Gedanken, daß ihre Beschäftigung vor einem von Frankreich bereits aufgegebenen Posten den Wünschen in Versailles entsprach.

Der Kurfürst war dem Marschall Villars bis Friedlingen entgegen marschirt. „Sein Entzücken über meine Ankunft, meldet Villars,

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 157 und Pelet t. III, p. 552 und 940.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 697.
[3]) Röder Bd. I, S. 162.
[4]) A. a. O. S. 163.

Digitized by Google

war aufrichtig und herzlich. Er ließ seine Artillerie drei Salven geben, rief dabei jedes Mal: es lebe der König, und warf seinen Hut in die Luft, während Freudenthränen ihm über die Backen rollten" [1]). Er versicherte dann dem Marschall, daß er nicht mehr lebe wie früher, daß er vielmehr mit Ernst an seine Angelegenheiten denke. Er suchte auf alle Weise den Marschall von seiner Thätigkeit zu überzeugen. Er verlangte den sofortigen Marsch gegen den kaiserlichen General Styrum. Aber Villars befragte auch den französischen Gesandten Ricous. „Nicht Styrum, erwiederte Ricous, ist in diesem Falle das Object, sondern die Contribution, die zum Betrage von 200,000 Thalern der Kurfürst dem Lande hier auferlegt hat. Wenn Sie darin stehen bleiben, so gelangt diese Contribution an Sie, nicht an den Kurfürsten. Darum verlangt er, daß Sie marschiren." Ricous gab weitere Nachricht über die Anschläge des Kurfürsten und des Grafen Monasterol, die auferlegten Contributionen an sich zu bringen, und bekannte seinerseits, diese seine Kunde einer Einsicht in die nicht für ihn bestimmten Briefe zu verdanken. Die gesammten agirenden Persönlichkeiten waren demnach eine der anderen würdig. Aber Ricous fuhr fort in seinen Berichten: „Sie müssen ferner wissen, sagte er zu Villars, daß der Kurfürst dem Grafen Monasterol vom Spiele her über 700,000 Franken schuldet, dem General Arco 300,000 Thaler, eben so viel dem Bombarda, und daß Jeder von diesen hofft sich bezahlt zu machen von den Contributionen". Ricous bezeichnete ferner den Grafen Arco als denjenigen, der vor Anderen zum Kriege getrieben, in der Hoffnung, dadurch zu seinen 300,000 Thalern zu gelangen. Dem Kurfürsten gegenüber benehme sich Arco, wie Jeder thun müsse, welcher jenen leiten wolle, nämlich fest und schroff. „Ich habe mir das immer gedacht, erwiederte Villars, daß es so sein müsse." — „Gewis, erwiederte Ricous: so vielen Respect, wie immer Sie wollen; aber dabei doch immer hoch von oben herab. Ich, der ich nicht Marschall von Frankreich bin und nicht an der Spitze einer Armee stehe, habe nur diesen Weg als den richtigen erkannt" [2]).

Und eine Persönlichkeit, über welche die Diener eines fremden Königs in solcher Weise urtheilten, wagte es die Hand auszustrecken

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 182.
[2]) A. a. O. p. 189.

Digitized by Google

nach der römischen Kaiserkrone, nach der Krone, die einst Otto der Große getragen, nach der Krone Leopolds, dem er die Lehnstreue geschworen — und brachte darum über die Völker den unsäglichen Jammer dieses Krieges!

Es handelte sich dann um den ferneren Kriegesplan nach der Vereinigung.

Auch Ludwig XIV. in Versailles neigte sich der Ansicht des Kurfürsten zu, daß der nächste Angriff dem General Styrum am Neckar zu gelten habe, in der Erwartung, daß ein gelungener Schlag gegen Styrum die Neutralität der Kreise Schwaben und Franken zur Folge haben werde. Villars verneinte, und gab zum Beweise dessen den Reichsständen dort das Zeugnis der Treue für den Kaiser [1]). Dem entsprechend meldet der Markgraf von Baden am 6. Mai: „Ich bekenne, daß ich die Standhaftigkeit der Fürsten und Stände im schwäbischen Kreise admirire" [2]). Es ist eines der wenigen Urtheile, in welchen zur Ehre von Schwaben der Marschall Villars und der Markgraf Ludwig übereinstimmen, und daher um so sicherer. Villars machte einen anderen Vorschlag, ungleich weiter greifend, nämlich Passau oder Linz wegzunehmen, und von dort direct auf Wien zu gehen. „Wenn die Dinge in Wien, sagt Villars, noch stehen, wie ich sie bei meiner Anwesenheit dort kennen gelernt habe: so wird die Stadt sich kaum acht Tage halten." Der Kurfürst ging auf den Vorschlag ein, dessen Ausführung, nach der Auffassung des Villars, eine nennenswerthe Schwierigkeit nicht finden werde.

In der That war damals auch bereits Regensburg in bayerischer Gewalt. Eine der unerfreulichsten Seiten des Kampfes vom Jahre 1703 sind in den ersten Monaten die Verhandlungen des Kurfürsten mit dem dort versammelten Reichstage: auf jener Seite die Unwahrheit und Falschheit, auf dieser die Unentschiedenheit des Wollens, das Schwanken, das Zagen. Jedoch wäre es ungerecht, für das letztere den Reichstag selbst, die dort versammelten Personen, verantwortlich zu machen. Sie handelten nicht selbständig, sondern im Auftrage. Nicht sie daher trifft der Vorwurf, sondern die gesammten Reichsstände, von denen sie entsendet waren. Das Spiel der Täuschung mit

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 191.

[2]) Röder Bd. I, S. 163.

Digitized by Google

der immer wieder neu vorgegebenen Bereitwilligkeit zum Frieden wurde dem Kurfürsten Max Emanuel um so leichter, da man auch, nach allen seinen Gewaltthaten gegen die Schwächeren rund umher, seinen Gesandten, den Freiherrn von Zindt, als stimmführendes Mitglied des Reichstages duldete [1]). Aber seine Gewalt kehrte sich dann auch gegen die Stadt Regensburg selbst. Am 7. April erschien ein bayerisches Corps von 8000 Mann im Angesichte der Stadt, und verlangte die Einräumung der Brückenthore. Der Rath der Stadt fügte sich. Der Reichstag protestirte. Und damit war von dieser Seite her der Widerstand zu Ende. Im August ging Max Emanuel weiter und legte eine bayerische Besatzung in die Stadt. Er müsse dies thun, sagte er, damit nicht seine Feinde von da aus in Bayern einbrächen. Der Reichstag ließ es geschehen. Die Gesandten dort hatten andere Dinge zu thun: diejenigen der protestantischen Fürsten erneuerten immer wieder die kirchlichen Differenzen. Im September wollte der kurfürstlich mainzische Gesandte die Zahlung der für die Festung Philippsburg bereits bewilligten sechs Römermonate endlich zum Austrage bringen. Er erhielt von dem Bevollmächtigten für Magdeburg, also im Auftrage des Königs von Preußen, die Antwort, daß der König sich zu nichts verpflichtet halte, bis nicht zuvor die Religionsbeschwerden in gleicher Weise wie die anderen Angelegenheiten im Reichstage behandelt würden. Am 13. December wurde endlich eine Commission für die kirchlichen Beschwerden niedergesetzt, unter beiderseitigen Klagen über nicht guten Willen. Diese kirchlichen Beschwerden waren aus verschiedenen Gegenden; aber die eigentliche Wurzel für alle war der Zustand in der Pfalz in Folge der Ryswycker Clausel [2]). Wir ersehen abermals daran, wie meisterhaft Ludwig XIV. es verstand, die Schwächen und Leidenschaften seiner Gegner zu ihrer Zertrennung auszubeuten.

Nach der Besetzung von Regensburg befand sich der ganze Stromlauf der Donau von Ulm bis Passau in bayerischen Händen. Demnach stand von den Ufern aus einem Einbruche in Ober-Oesterreich

[1]) Die Actenstücke in: Ausführliche Historie des jetzigen bayerischen Krieges beschrieben durch Cäsar Aquilinius S. 398 u. f. — Man vgl. Lamberty t. XII, p. 465.

[2]) Eine fortlaufende Reihe von Berichten des holländischen Gesandten in Regensburg bei Lamberty t. XII, p. 441—486.

Digitized by Google

ein Hindernis nicht entgegen. Bereits regte sich in Wien lebhafte Besorgnis. „Alle Welt schreit, sagt der Prinz Eugen dort, daß es ein Schrecken ist es anzuhören." Aber auch er selbst sah kein Hindernis mehr gegen einen Einbruch der Bayern und Franzosen in die Erbländer [1]).

Ein Hindernis jedoch erwuchs in der Persönlichkeit des Kurfürsten selbst, der nach allem Unrechte, welches er verübt, dennoch bei jedem neuen Schritte abermals wieder den Kampf in sich durchzumachen hatte. Um ihn herum gab es nicht wenige kaiserlich Gesinnte, die von Anfang an den Treubruch beklagt hatten. Unter ihnen nennt Villars die Kurfürstin, die Tochter Johann Sobieskis. Einen besonderen Eindruck aber übte auf Max Emanuel jegliches Unheil, welches in Folge seines Thuns über sein eigenes Land kam. Als damals Styrum das Schloß Rotenberg bedrohete, meldete der Kurfürst dem Marschall, daß es die nächste Aufgabe sei, dahin Hülfe zu bringen. Sein weiterer Plan war dann gerichtet auf Nürnberg. Damit fiel die Absicht des Zuges gegen Passau, Linz und Wien. Mit tiefem Verdrusse vernahm es Villars. Er ergoß sein Herz, wie er sagt [2]), in seinen Berichten an Ludwig XIV.; aber dieser selbst hatte ihm die Unterordnung unter den Willen des Kurfürsten zur Pflicht gemacht.

Es gelang dem Villars, dem Kurfürsten den Plan auf Nürnberg auszureden. Dagegen kamen die Beiden auf einen anderen ursprünglichen Plan zurück: der Kurfürst solle sich des Landes Tyrol vom Norden her bemächtigen, während der Marschall Vendome von Süden her durch das Trentino ihm die Hand bieten würde. Der Marschall Villars blieb mit dem Hauptcorps zwischen Dillingen und Lauingen an der Donau stehen, um dort dem Markgrafen von Baden entgegen zu treten, welcher, verstärkt durch die langsam eintreffenden Reichscontingente, ostwärts hin aufgebrochen war. Er schlug sein Lager bei Haunsheim auf. Für lange Wochen standen der Markgraf und der Marschall Villars unfern von einander, gegenseitig sich beobachtend.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 65.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 199.

Digitized by Google

Der Kurfürst Max Emanuel brach mit 9000 Bayern und 2500 Franzosen gegen Tyrol auf, im Anfange Juni.

Der erste Angriff galt dem Schlüssel von Tyrol, der Feste Kufstein, die bis dahin für uneinnehmbar gehalten war. Aber gerade das Mittel, welches der Commandant Wolkenstein zur besseren Vertheidigung anwenden wollte, gereichte zum Verderben. Er ließ die Vorstadt niederbrennen. Der Wind, die Flammen anfachend, schlug sie zurück in die Stadt und sogar hinan zum Schlosse auf dem Felsen. Der Brand griff weiter um sich und das Feuer gelangte hinab bis an einige Pulvervorräthe. Die Bewohner der Stadt und die Besatzung flüchteten sich nach Rattenberg. Nachdem jedoch ein einfallender Regen den Brand gelöscht, war der Commandant des Schlosses bereit und willig zur Vertheidigung. Allein es gelang einigen wenigen Bayern, an einer für unersteiglich gehaltenen Stelle am hellen Mittag und dennoch ungesehen, den Felsen und das Schloß zu erklettern. Kufstein fiel in die Hände des Kurfürsten [1]).

Das Schloß Rattenberg, ebenfalls hoch auf einem Felsen am Inn gelegen, galt als die andere Vormauer Tirols. Dennoch capitulirte die Besatzung bereits am zweiten Tage.

Der Fall Kufsteins hatte die Tiroler empor gelärmt. Von Berg zu Berg verkündeten die Flammenzeichen die Gefahr des Landes und riefen zu den Waffen. Aber es fehlte die Einsicht und die Führung. Die Erregung wendete sich zunächst weniger gegen die eingedrungenen Feinde als gegen die kaiserlichen Behörden, die man im Verdachte des Einverständnisses mit dem Feinde hielt. Die Erregung äußerte sich in heftigen Drohungen, hier und da auch in entsprechenden Thaten. Die Furcht der Behörden vor den Bauern war stärker als die vor den Bayern [2]). Sie trugen dem Kurfürsten die Uebergabe der Stadt Innsbruck entgegen. Am 26. Juni, zehn Tage nach dem Ueberschreiten der Grenze, hielt Max Emanuel dort seinen Einzug. Wie im Jahre zuvor in Ulm, ließ er auch in Innsbruck das Tedeum singen. Eine Proclamation verkündete den Tirolern das Glück der

[1]) Man sehe die Darstellung in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 435 u. f.

[2]) A. a. O. S. 444.

neuen Regierung und zugleich scharfe Drohungen für den Fall der Unfügsamkeit. Max Emanuel nahm den Titel an: gefürsteter Graf von Tirol, schaffte jedoch, was von den reichen Kunstschätzen des Schlosses Ambras nicht geflüchtet war, hinweg nach München.

Nach einem so glückverheißenden Anfange schien nichts mehr unerreichbar. Villars meldete seinem Könige: „Wenn Ew. Majestät mir Glauben schenken wollen: so wage ich mir zu schmeicheln, daß Sie noch im Laufe dieses Jahres Herr des Reiches sein werden. Wir sind des Landes Tirol bereits wie sicher, und ich darf sagen, einen guten Rath gegeben zu haben". So Villars bereits am 21. Juni, noch vor der Kunde des Falles von Kufstein und Rattenberg. In ähnlicher Weise feierte er den Kurfürsten und bat sich von ihm, bei der demnächstigen Vertheilung der Beute, ein Herzogthum in Böhmen aus [1]).

Allein selten war ein Feldzug so reich an Wechselfällen wie derjenige von 1703 für den bayerischen Kurfürsten. Er stand in Tirol; aber auf wie lange?

Beachten wir zunächst die Rückwirkung auf Wien.

Der Prinz Eugen war dort geblieben, unabläſſig mahnend, schriftlich und mündlich. „Ich rede dringend zu dem Kaiser, sagt er, so oft ich zu ihm gelange, mitunter täglich." Die schriftlichen Eingaben zeigen, daß der Prinz dem Kaiser keine seiner Besorgnisse verhehlte, daß er alles als verloren betrachte, es sei denn, daß Gott durch Wunder für die gerechte Sache einschreite. Offener freilich noch redet der Prinz zu seinem Freunde Starhemberg. Er wirft die Frage auf, ob vielleicht der Kaiser seiner Kronen müde sei. Dann wieder wendet er seinen vollen Unmuth gegen die beiden Präsidenten. „Wenn sie nicht Verräther sind, ruft er, so sind sie die größten Esel, die ich in meinem Leben gekannt habe" [2]). Bereits erwog der Prinz zu Ende Mai den Gedanken dennoch abzureisen; denn es bleibe ihm nichts übrig als das Loos seiner Braven zu theilen. Er hielt an dem Gedanken fest in der ersten Hälfte Juni. Dagegen jedoch trat der Kaiser ein und gebot ihm zu bleiben. Der lang erwogene Entschluß gedieh

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 206.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 72. Vom 30. Mai.

Digitized by Google

in dem Kaiser zur völligen Reife auf die Nachrichten aus Tirol. Er berief den Prinzen Eugen und eröffnete, daß er ihn zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernenne. „Ich habe dies Amt nicht bloß nicht gesucht, meldet der Prinz, sondern es auch nicht annehmen wollen. Aber der Kaiser und der König haben es mir befohlen. Ich kenne meine geringe Befähigung dafür; aber die Armeen länger in solchen Händen zu belassen wie bisher, wäre ein Verrath an meinem Kaiser. Man hat gemeint, ich würde Bedingungen stellen. Ich habe keine andere erhoben als die Bitte an den Kaiser mich zu stützen bei den Vorschlägen, die ich machen würde für das Wohl seines Dienstes und der Armee. Wenn nicht, so würde ich viel bereitwilliger sein das Amt niederzulegen, als ich gewesen bin es anzunehmen“ [1]).

Daß das Unglück in Tirol bei dem Kaiser Leopold den Ausschlag für die Ernennung des Prinzen Eugen gegeben, ist ersichtlich auch aus seiner Mittheilung an den Markgrafen Ludwig von Baden. In demselben Schreiben vom 30. Juni, in welchem er ihm jenes Unglück meldet, kündigt er an, daß die Grafen Salaburg und Mannsfeld auf ihre Aemter verzichtet, daß er den Vorsitz der Hofkammer dem Grafen Gundakar von Starhemberg gegeben, den Vorsitz im Hofkriegsrathe dem Prinzen Eugen von Savoyen [2]).

Man hat auffallender Weise in späterer Zeit behauptet, daß gerade die Ernennung des Prinzen Eugen von Seiten des Markgrafen nicht mit großer Freude begrüßt sei. Die Aeußerungen Beider zu einander geben für diese Vermuthung keinen Anhaltspunct. Der Markgraf trug seinem Vetter die Anerkennung entgegen, daß es auch ihm unmöglich sein würde, in wenigen Tagen wieder gut zu machen, was seit Jahren verdorben, und war darum erbötig Zeit zu lassen. Der Markgraf verhehlte dabei nicht seine Ansicht, daß früher nicht bloß aus Unmöglichkeit Manches unterblieben sei, sondern auch aus Mangel an gutem Willen. Die eigenen Worte des Prinzen haben dargethan, wie sehr er selber dieser Ansicht huldigte, und in ähnlicher Weise, wenn auch minder derb als zu seinem Freunde Starhemberg, sprach er sich darüber dem Markgrafen aus [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 83.

[2]) Röder Bd. I, S. 171.

[3]) Der Prinz an den Markgrafen, 20. Juli, bei Röder Bd. I, S. 184.

Digitized by Google

Die Aenderung in Wien war ein Anfang zu Besserem, zumal da unabhängig von derselben zugleich auch im Süden eine Wendung der Dinge eintrat.

Auf die Nachricht, daß der Kurfürst Max Emanuel sich gegen Tirol in Marsch setzen wolle, nahm Ludwig XIV. den schon früher gehegten Plan wieder auf, daß der Marschall Vendome von Italien aus ihm die Hand bieten solle. Auch der König malte sich die Dinge ähnlich aus wie Villars. Dies sei das rechte Mittel, meinte er, die Armee des Kaisers in Italien abzuschneiden und damit sie zu vernichten. Dann sei Frankreich des Krieges dort ledig, des kostspieligsten an Menschen und Geld, den es zu führen habe. Dagegen würden der Kurfürst und Villars, vereinigt, den Krieg in die österreichischen Erblande tragen und vor Wien marschiren. So der König in Versailles am 24. Mai[1]). Weniger geneigt war Vendome. Die Ueberlegenheit seiner Armee an Zahl war noch stärker als im Jahre zuvor, der General Guido Starhemberg daher auf die Defensive beschränkt. Er lag verschanzt bei Ostiglia. Dort, erwiederte Vendome, werde er ihn angreifen und schlagen und dann, nach der Einnahme von Ostiglia, auf das Trentino marschiren. Zuerst also zog er gegen Ostiglia.

Und nun trat die Frage heran, ob das von dem Prinzen Eugen seit sechs Monaten in Wien vorher verkündete Unheil in Erfüllung gehen werde. Wir haben seine Worte vom 29. Mai an den Kaiser vernommen, daß er kein Mittel der Rettung mehr erblicke, daß man in jedem Augenblicke der Nachricht eines Unheiles gewärtig sein müsse, „es sei denn, daß Gott der Allmächtige nach der Gerechtigkeit der Waffen Ew. K. Majestät ein Mirakel wirke“[2]).

Starhemberg und seine schwache, nothleidende Armee hatten zu ringen um mehr als nur um ihre Existenz. Aber sie lagen wohl verschanzt in Ostiglia. Vendome nahte heran, aufwärts am Po entlang. Am 8. Juni begannen die Arbeiten der Annäherung, am Abende des 9. endeten sie, und am Morgen des 10. befand sich die französische

[1]) Pelet t. III, p. 187.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 71.

Digitized by Google

Armee im eiligen Rückzuge. „Die Ursache dessen, meldet Starhemberg nach Wien, dürfte vielleicht sein, daß der Feind sein Unternehmen viel schwieriger und gefährlicher gefunden, als er sich eingebildet. Denn einestheils haben wir uns also verbaut und postirt, daß unsere braven Soldaten einen Angriff mehr gewünscht als gefürchtet. Andererseits hat uns der hochangewachsene Po die Wohlthat erwiesen, daß wir die Schleußen im Canal haben aufziehen und dadurch die halbe Front vor unserer Linie unter Wasser setzen können, so daß wir ein viel beschränkteres Terrain zu vertheidigen haben" [1]). Der Bericht Starhembergs erreichte noch nicht die volle Wirklichkeit. Nach demjenigen Vendomes an den König hatte der Strom das halbe Lager unter Wasser gesetzt, so daß die eigene Gefahr den eiligen Rückzug geboten hatte. Das Anschwellen also des Po, der Regen, der ihn zum Anschwellen gebracht, hatte den Rückzug der Franzosen bewirkt. Vendome erhielt zur Antwort den scharfen Tadel Ludwigs XIV. über seinen Mangel an Voraussicht [2]).

Aber damit war die Sache nicht beendet, sondern Starhemberg ging zum Angriffe über. Vendome hatte ein Corps unter Albergotti über Mirandola hinaus detachirt. Es war zu vermuthen, daß dieses Corps von dem Abzuge Vendomes von Ostiglia keine Kunde erhalten. Sofort sammelte Starhemberg Abtheilungen von allen seinen Regimentern um sich, ereilte jenes Corps am 11. Juni und zerschlug es völlig. Die Bedeutung des Erfolges lag nach der Ansicht Starhembergs darin, daß der hauptsächliche Plan des Feindes, ihm die Stellung am Po zu nehmen und ihn einzuschließen, mislungen war [3]).

Die Antwort des Prinzen Eugen auf den Bericht Starhembergs charakterisirt beide Männer. „Obwohl mich der glückliche Streich, schreibt der Prinz, über alle Maßen erfreut, und dies um so mehr, da ich nicht bloß vor dem Kaiser selbst, sondern aller Orten Ihre tapfere Kriegserfahrung und stattliches Verhalten nach aller Billigkeit angerühmt, und bei diesem verwirrten Zustande mein ganzes Vertrauen in Sie gesetzt habe: so muß ich mich doch schämen und es geht

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 686.
[2]) Pelet t. III, p. 213. Vom 17. Juni.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 687.

Digitized by Google

mir tief zu Herzen, daß ich, wann so treffliche Thaten vorgehen, mich hier befinden muß. Nicht daß ich Sie um die Ehre und das Commando beneide, sondern daß ich hier nicht abkommen kann“ [1]). Die Anerkennung des Prinzen war im Steigen. Einige Tage später schreibt er abermals an Starhemberg, am 27. Juni: „Die letzt vorgefallene Action gewinnt täglich an Bedeutung. Es ist sehr bescheiden von Ihnen in Ihren Worten so leicht darüber hinweg zu gehen. Dagegen darf man sagen, daß in dieser That das Heil der Armee bestanden hat“ [2]).

Nach der Ansicht Starhembergs lag es in seiner Hand seinen Erfolg noch ungleich größer zu machen. Er meldete dem Botschafter Lamberg in Rom, daß er, wenn er den Damm des Po hätte durchstechen wollen, die gesammte feindliche Armee dem Verderben ausgesetzt hätte. Aber der Respect vor dem Kirchenstaate, und das Mitleid mit den vielen tausenden unschuldigen Einwohnern desselben, über welche die Gewässer des Po dasselbe Unheil gebracht haben würden, habe ihn zurückgehalten [3]). — Lamberg unterließ nicht, die Nachricht sofort an den Papst Clemens zu bringen, mit der Bitte, zu vergleichen, wessen Ergebenheit aufrichtiger sei, diejenige des Kaisers und seiner Diener, die keine Vortheile wollten auf Kosten des heiligen Stuhles, oder des Königs von Frankreich, der weder Religion noch Papstthum achte, als da wo es seinem Interesse entspräche es zu thun.

Halten wir uns an die Worte des Prinzen Eugen, daß in jener That Starhembergs das Heil der Armee bestanden hat.

So in Betreff Italiens. Aber die Ereignisse am Po hatten zugleich ihre Bedeutung für Tirol. Der Wunsch und Plan Ludwigs XIV. war der des gleichzeitigen Einbrechens in Tirol, des

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 78. Vom 20. Juni.

[2]) A. a. O. S. 83. — Merkwürdiger Weise heißt es bei Pelet t. III, p. 203: Cet événement, quoique malheureux, n'avait pas une grande influence sur les affaires générales.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, 23. giugno: io feci rappresentare a S. S. che il G. Starhemberg mi scriva che tagliando l'argine del Po, era nella sua disposizione a far perire l'armata nemica, mà il rispetto verso lo stato Ecclesiastico, e la pietà verso tanta milliara di sudditi innocenti d'esso stato l'habbino impedito a servirsi di questo gran vantaggio.

Digitized by Google

Kurfürsten vom Norden her, Vendomes vom Süden. Der Wunsch ward nicht erfüllt. Vendome hatte erst Ostiglia nehmen wollen, um dann auf das Trentino zu marschiren. Aber auch nach dem Mislingen vor Ostiglia zeigte Vendome geringe Neigung zu einem Marsche nach dem Trentino. Er hielt noch fest an der Hoffnung die Kaiserlichen vom Po abzudrängen und dadurch ihnen jede Zufuhr abzuschneiden. Wenn er ein Corps nach dem Trentino absende, meinte er: so sei er nicht mehr stark genug zur Offensive. Dann erhalte sich die kaiserliche Armee in Italien und der Krieg dort dauere endlos [1]).

So Vendome am 14. Juni. Es ist möglich, daß der Verdruß über die erlittene Schlappe dabei mitwirkte. Aber die im Laufe des Monats Juni von Tirol aus einkommenden Nachrichten, oder die erneuten Befehle Ludwigs XIV., stimmten ihn um. Auf die dringende Mahnung des Königs vom 17. Juni erhob er keinen Einwand mehr. Er erwiederte von Nogara aus, am 1. Juli, daß er die Vorbereitungen treffe, um sich am 15. Juli in Marsch zu setzen [2]).

Die Daten sind hier von besonderer Wichtigkeit. Denn wir werden bald ersehen, daß die Aussichten des Gelingens in Tirol nur in den Monaten Juni und Juli da waren, nicht länger. Eben damals aber stieg bei Ludwig XIV. in Versailles wieder ein Zweifel auf. Er erhielt die vermeintlich sichere Kunde, daß Victor Amadeus von Savoyen auf den Abfall von ihm sinne, daß er sich bereits mit den Seemächten geeinigt habe. Am 25. Juni meldete Ludwig XIV. dem Marschall Vendome zunächst seinen Tadel über die vor Ostiglia verlorene Zeit. Die Thatsachen haben uns die Berechtigung dieses Tadels gezeigt, ungleich klarer noch als Ludwig XIV. selbst damals erkennen konnte. Denn nun, am 25. Juni, rührte ein neuer Aufschub von ihm her. Im Hinblicke nämlich auf jene verdächtige Haltung des Herzogs Victor Amadeus, gebot er ihn scharf zu überwachen, und, im Falle der Herzog seine Truppen von der Armee zurückziehen wolle, sie zu entwaffnen und gefangen zu nehmen [3]). Des Marsches gegen Tirol erwähnte das Schreiben nicht. Vendome, der die Gefahr von Seiten des Herzogs

[1]) Pelet t. III, p. 206.
[2]) A. a. O. p. 220.
[3]) A. a. O. p. 222.

Digitized by Google

Victor Amadeus viel geringer ansah, war daher genöthigt um einen erneuten Befehl in Betreff Tirols nachzusuchen und auf Eile zu dringen. Er erhielt den gewünschten Befehl am 15. Juli, und setzte sich in den nächsten Tagen in Marsch [1]). Er war um so eifriger, da er durch Ricous die Nachricht erhalten, daß der Kurfürst ihm bis Brixen entgegen gehen werde. Am 29. Juli betrat Vendome mit 25,000 Mann in Brentonico das Trentino [2]), für den französisch-bayerischen Plan um einen vollen Monat zu spät.

Denn nur die ersten Tage hatten die Tiroler sich schweigend unter das bayerische Joch gefügt. Aber in ihnen glühte der Zorn und der Unmuth über das Unrecht und die Gewalt. Voran trat Martin Sterzinger aus Landeck am Inn. „Der Schwede, rief er, hat seiner Zeit nicht gewagt den Boden unserer Großväter zu betreten: sollen wir, ihre Enkel, uns dem Bayer willig fügen? Wollen wir Leopold, der uns mehr Vater ist als Kaiser, den Fürsten, den Himmel und Erde lieben, verlassen, um dem Bayer zu dienen?" [3]) Die Worte Sterzingers schlugen ein.

Am 28. Juni rückte ein Corps Bayern und Franzosen von reichlich 300 Mann in Landeck ein, und rastete dort drei Tage. Das Verhalten derselben gegen die Einwohner reifte sofort die Gesinnung zum Entschlusse der That. Am Peter- und Paulfeste versammelten sich die Führer der Bauern im Hause des Gastwirths Linser, während eben dort Offiziere und Soldaten sich erlustigten und tranken. Jene Tiroler beredeten mit unerhörter Kühnheit unter den Augen der Feinde selbst den Plan ihrer Vernichtung [4]). Am 1. Juli brachen die Bayern und Franzosen südwärts auf, ohne Ahnung einer nahen Gefahr. Zur Linken strömte der reißende Inn, zur Rechten stieg steilrecht die Bergwand empor. Erst dann als eine abgeworfene Brücke den Weiterzug unmöglich machte, erkannte man die Gefahr. Aber bereits war sie

---

[1]) Pelet t. III, p. 231.
[2]) A. a. O. p. 239.
[3]) Wagner t. II, p. 681.
[4]) Albert Jäger: Tirol und der bayerische Einfall von 1703, S. 258.

Digitized by Google

da, unentrinnbar. Die Kugeln und die Steine der Tiroler fuhren nieder auf den entsetzten Haufen der Bayern und der Franzosen. Das Geschick desselben war: erschlagen, verwundet, gefangen, so daß nicht Einer zurückkehrte.

Es war der Anfang. Zwar nahmen die Bayern noch die Ehrenberger Klause, und der Kurfürst Max Emanuel überstieg den Brenner. Allein eben während seiner Abwesenheit jenseit des Brenner hob sich noch um so mehr der Muth der Bauern am Inn. Im Vereine mit der geringen Anzahl kaiserlicher Soldaten gingen sie zum Angriffe auf die festen Plätze vor. Sie nahmen Hall, dann Rattenberg. Sie bedroheten Innsbruck. Der Kurfürst eilte dahin zurück. Wie die Tiroler nur schwer eines Bayern schonten: so suchte Max Emanuel an Härte diejenigen zu überbieten, die er Rebellen nannte. Das Mittel schlug nicht durch. Der Kurfürst fühlte sich nicht mehr sicher in Innsbruck, und erwog zugleich, daß ihm der Rückweg abgeschnitten werden könnte. Er war noch nicht Willens seine vermeintliche Eroberung aufzugeben, sondern hinterließ Besatzungen im Scharnitzpasse, in der Ehrenberger Klause, in Kufstein. Aber für sich hielt er die Rückkehr für sicherer. Am 25. Juli brach er von Innsbruck aus. Bereits am 28. Juli überschritt er die bayerische Grenze nach Seefeld zu. Seine Invasion in Tirol hatte nicht volle zwei Monate gedauert. Leichter als sie hatte keine je begonnen, schmählicher als sie keine geendet.

Und hier haben wir uns abermals an die Daten zu erinnern. Wir haben vernommen, daß Vendome am 29. Juli das Trentino betrat, also am selben Tage, wo der Kurfürst Max Emanuel sich auf bayerischem Boden bereits wieder sicher fühlte.

Demnach fielen die Schläge gegen Tirol von Nord und Süd nicht gleichzeitig, wie Ludwig XIV. gewollt hatte, sondern nach einander. Und damit stellt sich die Bedeutung des verfehlten Unternehmens von Vendome gegen Ostiglia erst in das volle Licht. Es war nicht bloß in Italien zu Gunsten der Gegner ausgeschlagen, sondern mittelbar auch in Betreff Tirols, welches dadurch die Zeit gewann, sich des einen Feindes zu erwehren nach dem anderen, so wie den besonderen Vortheil, daß der eine Feind nichts Zuverlässiges wußte von dem anderen. Denn eine der wichtigsten Folgen der Erhebung der Tiroler gegen die Bayern war, daß jede directe Meldung des

Digitized by Google

Kurfürsten an Vendome, so wie Vendomes an den Kurfürsten, aufgefangen wurde, daß sie, nur einige Tagemärsche von einander stehend, im Monate Juli der Eine von dem Anderen nichts wußten, als die Nachrichten, die ihren Weg über Versailles genommen [1]). Dieser Zustand der Ungewisheit dauerte noch den Monat August hindurch. Vendome stand im Trentino. Dort nahm er hier und da einen Ort oder eine Burg, namentlich das feste Arco. Er hatte den besonderen Auftrag, die Besitzungen des Grafen Castelbarco zu plündern und zu zerstören, weil, wie Ludwig XIV. seinem Hofe in Versailles verkündete, Castelbarco dem Kaiser sehr heftige Maßregeln eingerathen hatte [2]). Jedenfalls hatte Castelbarco im Winter 1700/1 den Kaiser dringend gemahnt, in der Besetzung von Mailand den Franzosen zuvorzukommen. Noch früher aber hatte namentlich Castelbarco beigetragen, die Absicht einer sehr heftigen Maßregel eines Anderen zu vereiteln. Von ihm aus war an Wilhelm III. die dringende Warnung vor den Mordplanen des Conte Boselli ergangen [3]).

Die Absicht Vendomes war auf Trient gerichtet. Von einem nah gelegenen Berge betrachtete er sich diese Stadt. Es schien ihm nicht unmöglich eine Strecke oberhalb der Stadt eine Brücke über die Etsch zu schlagen. Wenn dies gelang, so war Trient für den Winter zum französischen Hauptquartiere ersehen [4]).

Mitten in solchen Erwägungen empfing Vendome, am 29. August, den Befehl seines Königs zur Rückkehr, wenn nicht bis zum Ende des Monates eine Nachricht vom Vormarsche des Kurfürsten einträfe. Die Begründung des Befehles bei Ludwig XIV. zeigt, daß er bereits für Villars in Deutschland, für Vaudemont in der Lombardei fürchtete. Die Antwort des Vendome dagegen beweist seine völlige Unkunde in Betreff des Kurfürsten. Er meldet, daß ihm ein französischer Soldat die Nachricht zugebracht: der Kurfürst habe sich aus Tirol zurückgezogen. Vendome hielt den armen Soldaten, der ihm die Wahrheit berichtet, für einen Betrüger, der gewonnen sei ihn zu täuschen, und glaubte um so fester an das Vorrücken des Kurfürsten. Er selber

[1]) Pelet t. III, p. 244.
[2]) Dangeau t. IX, p. 268.
[3]) Lexington Papers p. 258.
[4]) Dangeau t. IX, p. 280 und 288.

Digitized by Google

ſtehe im Begriff, ſagte er, Trient zu bombardiren. Er bat den König, nur noch vierzehn Tage verweilen zu dürfen [1]).

Die Antwort Ludwigs XIV. traf ſchon am 11. September bei Vendome ein. Der König wies mit ſtarkem Nachdrucke auf die Gefahren hin, die von dem Umſchlagen des Herzogs Victor Amadeus ihm erwachſen würden, und gebot den ſchleunigen Abmarſch aus Tirol zur Vereinigung mit dem Heere Vaudemonts. Vendome gehorchte und ließ ſeinen Unmuth an einer Reihe von Dörfern aus, die er niederbrannte, weil ſie, wie er ſagte, die auferlegte Contribution nicht entrichtet und die Waffen nicht niedergelegt hatten. Seine Invaſion im Trentino hatte etwa ſechs Wochen gedauert, vom 29. Juli, wo er Brentonico betrat, bis zum 14. September, wo er wieder auszog. Die Art von Ehre, die er ſich durch ſeine Thaten dort erworben, ſtand auf ziemlich gleicher Ebene mit derjenigen, die ſeinerſeits der Kurfürſt Max Emanuel davon trug. Nur kam für Vendome noch hinzu das Misfallen ſeines Königs. Denn bereits im Abmarſche begriffen, erhielt er noch ein anderes Schreiben desſelben, voll nachdrücklichen Tadels über ſein Zaudern gleich nach dem erſten Befehle aufzubrechen [2]).

Denn bereits hatten die Dinge ſich völlig gewandt. Ludwig XIV., der wenige Wochen zuvor ſich der Hoffnung erfreut hatte, den Menſchen und Geld verſchlingenden Krieg in Italien zu beenden, der gern die hochtrabende Rede des Villars vernommen, dem Kaiſer in Wien das Gebot des Friedens vorzuſchreiben, ſah im Laufe des Monats Auguſt und im Anfange September auf beiden Kriegsſchauplätzen die Dinge ſich zu ſeinem Nachtheile wenden. In Deutſchland befand ſich der Marſchall Villars in der Enge gegenüber dem Markgrafen, und es ſcheint, daß eins der Motive für den ſchleunigen Abzug des Kurfürſten aus Tirol beſtanden hat in der Aufforderung des Königs, den Marſchall Villars nicht ohne Hülfe zu laſſen [3]). In Italien drohte, nach der Anſicht Ludwigs XIV. in Verſailles, durch den Herzog Victor Amadeus ein völliger Umſchwung zu Ungunſten Frankreichs. Der

[1]) Pelet t. III, p. 259.

[2]) A. a. O. p. 269.

[3]) A. a. O. t. III, p. 259: M. de Bavière ira rejoindre M. de Villars, sur la lettre que M. de Chamillart a écrite à M. de Ricous de la part de V. M.

Digitized by Google

hauptsächliche Factor für das Eintreten dieser Wendung war die von Niemandem vorausgesehene Erhebung der Tiroler Bauern. Das Gewicht, welches diese Erhebung für die Sache der Allianz, für den Gang des Krieges im Großen in die Wage legte, wog im Jahre 1703 schwerer als die nichts entscheidende Thätigkeit der großen, wohl ausgerüsteten Armee in den Niederlanden. Die Bildnisse der Tyroler Helden gingen durch Europa [1]).

Wir haben daher unsere Blicke dahin zu richten, von wo dem Könige Ludwig XIV. die Besorgnisse aufstiegen, die den Verzicht auf jegliches weitere Vordringen in Tirol bei ihm bewirkten, und zwar der Zeitfolge nach, zuerst auf den Herzog Victor Amadeus von Savoyen.

Ludwig XIV. hatte den Plan verfolgt, den ihm wohl bekannten Herzog an sich zu binden durch die Heirathen der Töchter des Herzogs mit seinen Enkeln. Wie im Jahre 1696 der Verschlag der Heirath der älteren Prinzessin mit dem Herzoge von Bourgogne eins derjenigen Mittel gewesen war, die den Herzog zum Abfalle von der damaligen Allianz wider Frankreich bewogen: so sollte im Jahre 1701 die Heirath der Jüngeren mit dem Herzoge von Anjou als dem neuen Könige von Spanien dazu dienen, den Herzog im voraus von den Gegnern des Hauses Bourbon zu trennen. Aber die Heirathen seiner Töchter nahmen von Victor Amadeus nicht den Druck des Bewußtseins, daß er selber fortan von der Macht des Hauses Bourbon völlig umklammert sein würde, und daß es daher seinem Interesse mehr entsprach, einen Rückhalt zu haben an dem Kaiserhause und dafür einen Lohn zu empfangen. In jedem Falle wollte er die Conjunctur ausnutzen. So jugendlich auch seine Tochter, die neue Königin von Spanien, damals noch war: so hatte sie doch die Wünsche des Vaters in dieser Beziehung völlig begriffen. Ihr unberechenbares Verhalten demgemäß gegenüber dem Gemahle Philipp V. in Madrid, mag dem alten Meister in Versailles, dem in diesem Falle seine üblichen Mittel des Erkaufens oder Bedrohens versagten, oft mehr Sorge bereitet

[1]) Diplomatic Correspondence of Sir Richard Hill t. I, p. 30: the Tyrol-heroes. — Ebendort p. 265.

Digitized by Google

haben, als mancher wohl überlegte Plan ſeiner Gegner. Indeſſen nicht das Thun und Treiben des jungen Königspaares von Madrid fordert hier zunächſt unſere Aufmerkſamkeit, ſondern der Vater Victor Amadeus.

Er hatte von Anfang an den Häuptern der Allianz kund gegeben, daß er nur einer günſtigen Gelegenheit harre. (Bd. IX, S. 470.) Ob aufrichtig, ob nicht: die Uebermacht der Franzoſen in Italien zwang ihn mit ihnen zu gehen. Im Laufe des Jahres 1703 ließ er in London und in Wien beſtimmtere Andeutungen machen, immer im tiefſten Geheimniſſe. Der Kaiſer entſendete den Grafen Auersperg, die Bedingungen eines Bündniſſes mit Victor Amadeus feſtzuſtellen. Im Sommer 1703 kam Auersperg, unter fremdem Namen, in Turin an, und ſeine Anweſenheit dort ward mit aller erdenklichen Vorſicht verheimlicht. Der Herzog perſönlich, ohne Begleitung, begab ſich zu ihm um elf Uhr Nachts. Auersperg ſeinerſeits entſprach dieſer Vorſicht. „Denn, ſagt er, wenn meine Anweſenheit hier ruchbar würde: ſo ſtünde dem Hauſe Savoyen ſchweres Unheil bevor“ [1]). Er ſo wenig wie Victor Amadeus hatten eine Ahnung, daß alle dieſe Vorſicht bereits überflüſſig, daß, wie wir geſehen haben, Ludwig XIV. bereits am 25. Juni dem Marſchall Vendome ſeine Kenntnis der Sache mittheilte, und zwar mit Nachdruck betonend, daß ſie von unverdächtiger Stelle ihm zukomme. In Rom ging einige Zeit ſpäter das Gerücht, daß eine Freundin des Herzogs Victor Amadeus den Hof von Verſailles in Kenntnis geſetzt, und daß der Herzog, endlich darüber zur Klarheit gekommen, die Dame hinausgewieſen habe [2]). — Jedoch ſcheint, nach den ſpäteren Berichten des franzöſiſchen Geſandten in Turin, Phelypeaux, daß auch dieſer von Anfang an um die Anweſenheit Auerspergs in Turin gewußt, und jeden Schritt desſelben ausgeforſcht habe [3]).

Auersperg begann die Verhandlung mit großen Hoffnungen. Er glaubte wahrzunehmen, daß der Herzog Victor Amadeus den aufrichtigen

[1]) Hill's Correspondence t. I, p. 10. Vom 14. Juli.

[2]) Lambergs Bericht vom 22. December: Si dice che Madama Arco come favorita del Duca di Savoya habbi la prima informata la corte di Francia di tutti gli andamenti di quel prencipe, e per questo l' habbi esigliata e fatto partire da i suoi stati.

[3]) Der Bericht in den Mémoires de Tessé t. II, p. 8 et suiv. Man ſehe namentlich p. 11.

Digitized by

Willen habe für immer mit dem Kaiser zu gehen. In diesem Sinne berichtete er nach Wien, und dem entsprechend ergingen von da aus die Meldungen nach dem Haag und nach London. Denn das Verhältnis war im Wesentlichen dasselbe wie bei Portugal: von dem Kaiser hing es ab diesen oder jenen Landstrich aus dem spanischen Erbe als Lohn zu bewilligen; auf die Seemächte kam es an, zu diesem Zwecke die Mittel der Kriegführung herzugeben, nämlich Geld zu zahlen. Noch im Juli ernannte die Königin einen Gesandten nach Turin, Sir Richard Hill. Wir haben zu den Zeiten Wilhelms III. wiederholt beobachtet, daß ein Grund seiner geringen Mittheilsamkeit den Engländern gegenüber bestand in der Erfahrung, daß ein Engländer in Betreff der Angelegenheiten auswärtiger Politik allzu leicht geneigt war, seinen Landsleuten nichts zu verschweigen. Im Sommer 1703 ward eine solche Vorsicht nicht beobachtet. Demgemäß ging jene Kunde aus. Während Victor Amadeus in Turin die Vorsicht beobachtete, mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten nur bei Nacht zusammen zu kommen, las man bereits im August in den europäischen Zeitungen, daß der neue englische Gesandte sich auf dem Wege nach Turin befinde. Victor Amadeus suchte abzuwenden, indem er auf verschiedenen Wegen dem Gesandten Hill die Bitte zugehen ließ, im Haag zu bleiben. Der Verdacht des Herzogs jedoch, daß durch die Briefe des Hill vom Haag aus, im August 1703, die Sache nach Versailles gelangt sei, ist nicht gerechtfertigt [1]). Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. besser bedient war als durch jene Zeitungen.

Es verging Woche auf Woche, ohne daß man zu einem Abschlusse kam. Victor Amadeus schien geneigt; aber zugleich fürchtete er, und wollte möglichst hohen Preis. Er schien krank vor Erregung [2]). Jegliche Nachricht von den verschiedenen Kriegsschauplätzen übte auf ihn ihre Wirkung, antreibend oder zurückhaltend. Zu Ende August jedoch überwog die Furcht. Am 21. August nämlich hatte Ludwig XIV. den savoyischen Botschafter in sein Cabinet berufen, und, wider die

---

[1]) Eine lange Reihe von Briefen Hill's darüber in Hill's Correspondence t. I, p. 239. Man vergleiche dort p. 51, so wie das merkwürdige Schreiben Auerspergs p. 40, ferner 41 und 42, in Bezug auf das Schreiben della Torres p. 38.

[2]) Auerspergs Bericht vom 18. August, in Hill's Correspondence t. I, p. 24.

Digitized by Google

Gewohnheit, alle andern Personen abtreten lassen. Die Hofleute beobachteten beim Hervorkommen des Botschafters an ihm einige Bestürzung. Er sei erbötig, sagte er, sich den Hals abschneiden zu lassen, wenn das über seinen Souverän verbreitete Gerücht wahr wäre [1]). Der Bericht dieses Botschafters wirkte dem entsprechend auf den Herzog Victor Amadeus. Auersperg, der den Anlaß nicht kannte, meinte: es sei ein panischer Schrecken über Victor Amadeus gekommen. „Niemals, meldet er, habe ich einen Mann so plötzlich alle Haltung verlieren sehen." Auersperg sah die Sache für abgebrochen an, und bat in Wien, dies nach dem Haag und nach London kund zu thun [2]). Bereits schickte er sich zur Abreise an. Dennoch bewog ihn dann der Herzog noch zu verweilen, und in seinem Palaste in Turin Wohnung zu nehmen. Dort verhandelten sie abermals. „Er möchte nicht gern mit uns abbrechen, meldet Auersperg. Andererseits aber locken ihn die Vorspiegelungen Frankreichs. Er lebt demgemäß in dem Glauben: beiderseitig fühle man so sehr die Nothwendigkeit ihn zu gewinnen, daß er in jedem Falle ein gutes Geschäft machen müsse." Die eigene Neigung trieb ihn mehr zu den Verbündeten; aber für Frankreich sprach die Furcht, daß es zuschlagen könne, bevor er dagegen eine Deckung habe [3]).

Während noch Victor Amadeus den Monat September hindurch nach beiden Seiten hin seine freundschaftliche Gesinnung betheuerte, faßte Ludwig XIV. bereits am 12. September den Entschluß des Zuschlagens. Die Sache verzögerte sich nur dadurch, daß Vendome und Vaudemont ihre Macht nicht für ausreichend hielten, den weitgehenden Befehl des Königs sofort auszuführen, und zugleich gegen die kaiserliche Armee gedeckt zu sein. Vendome traf zunächst die Vorbereitungen, um die piemontesischen Truppen zu entwaffnen [4]).

Nach einem langen Marsche, der am 15. September bei Riva, am nördlichen Ufer des Gardasees begann, überschritt Vendome am 28. September den Po, und bezog das Lager von San Benedetto. Er vertheilte die Truppen so, daß die piemontesischen sich nach allen Seiten zwischen die französischen eingeschlossen befanden. Dennoch hatten nach

[1]) Dangeau t. IX, p. 273.

[2]) Auerspergs Bericht vom 25. August in Hill's Correspondence t. I, p. 31.

[3]) A. a. O. p. 37. Auerspergs Bericht vom 8. September.

[4]) Pelet t. III, p. 270 et suiv.

Digitized by Google

seiner Ansicht die Offiziere des Herzogs keine Ahnung dessen was ihnen bevorstand [1]).

Am Morgen des 29. September ließ Vendome, unter dem Vorwande Revue halten zu wollen, die Truppen ins Gewehr treten. Zugleich berief er einen Kriegsrath, zu welchem er die höheren piemontesischen Offiziere zuzog. Dort legte er, gemäß der Weisung des Königs, das Verhalten des Herzogs Victor Amadeus dar, und bezeichnete es als Perfidie, welche ihm die Nothwendigkeit auferlege zuvorzukommen. Nachdem dann Vendome den bisher bewiesenen Eifer der piemontesischen Truppen anerkannt, eröffnete er, daß er bei dieser Lage der Dinge den Befehl habe sie zu entwaffnen und als kriegsgefangen zu behandeln, so jedoch, daß den Offizieren der Degen und die Pferde und den Soldaten ihr persönliches Eigenthum verbliebe. Da die Anstalten so getroffen waren, daß jeder Widerstand unmöglich erscheinen mußte: so fügten sich die piemontesischen Offiziere schweigend in das Geschick und eben so die Mannschaft. Die Zahl der Dienstfähigen betrug 2400 Mann. Etwa Eintausend lagen krank.

Nach dem Urtheile kundiger Zeitgenossen dürfte es fraglich sein, ob der Herzog Victor Amadeus bis dahin einen Entschluß gefaßt hatte. Der Prinz Eugen versichert dem Grafen Starhemberg in jedem Briefe, daß die Sache ungewis. Selbst die Kunde des Schrittes der Entwaffnung ist in seinen Augen noch nicht durchschlagend. „Wir hier in Wien, schreibt er an Starhemberg, am 18. October, wissen noch nichts von Turin. Wenn der Vertrag mit dem Herzog zu Stande käme: so würden wir ihn den Franzosen verdanken, und die Sache wäre mithin eins der Mirakel des Hauses Oesterreich. Denn ich bin fest überzeugt, daß der Herzog mit dem Entschlusse, zu uns überzutreten, nicht fertig war. Er erhob täglich neue Ansprüche, und forderte Dinge, die man ihm nicht bewilligen konnte, und dies noch sogar dann, als man ihm alles Verlangte zugestanden und Auersperg noch dazu seine Instructionen weit überschritten hatte. Demnach war die Sache vor diesem neuen Schritte von Seiten Frankreichs entfernter als am ersten Tage der Verhandlung" [2]).

---

[1]) Pelet t. II, p. 278. Auch für das Folgende.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 135.

Digitized by Google

Zugleich jedoch gab der Prinz Eugen, auf Befehl des Kaiſers, dem Grafen Starhemberg die Vollmacht, im Falle des Abſchluſſes, dem Herzoge Victor Amadeus ohne weitere Anfrage jede verlangte Hülfe zu gewähren.

Ludwig XIV. war inzwiſchen nicht ſtehen geblieben bei dem Acte der Entwaffnung. Er hatte noch einen anderen hinzugefügt, den äußerſten, den er thun konnte.

Nach der Entwaffnung der Truppen entſendete der Marſchall Vendome einen Offizier mit einem Schreiben Ludwigs XIV. an den Herzog Victor Amadeus. Das Schreiben lautet: „Monsieur. Puisque la religion, l'honneur, l'intérêt, l'alliance et votre propre signature ne sont rien entre nous, j'envoie mon cousin le duc de Vendôme à la tête de mes armées pour vous expliquer mes intentions. Il ne vous donnera que vingt-quatre heures pour vous déterminer. Louis“ [1]).

Victor Amadeus gab keine ſchriftliche, ſondern nur die mündliche Antwort: „Les airs de hauteur et de mépris dont on a usé à mon égard, joints à l'affront qu'on vient de faire à mes troupes, m'ont déterminé à prendre des mesures qui me mettent à couvert de toute insulte. Mon parti est pris, les menaces ne m'étonnent point. Je n'ai point d'autres explications à donner, ni d'autres propositions à entendre“.

Moraliſch wogen die beiden Perſönlichkeiten, die hier in ſo ſcharfer Weiſe auf einander trafen, etwa gleichwerthig. Vergleichen wir aber die beiderſeitigen Aeußerungen hier mit dem vorangeführten Schreiben des Prinzen Eugen an Starhemberg: ſo ergibt ſich, daß Ludwig XIV. ſelber dasjenige gethan, was der Prinz Eugen von ihm hoffte, nämlich, daß er den noch ſchwankenden Herzog Victor Amadeus den Verbündeten in die Arme getrieben hatte. Jene hochfahrenden Worte Ludwigs XIV., die dem Herzoge nur die Wahl beließen zwiſchen der moraliſchen Selbſtvernichtung oder dem Kampfe, enthalten daher eine

[1]) Lamberty t. II, p. 564 gibt das Billet Ludwigs XIV. mit einigem Zweifel an der Echtheit. Aber es findet ſich auch in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 135. Ferner in den Mémoires de Tessé t. II, p. 4. Ferner bei La Lande: histoire de Charles VI. t. I, p. 417.

Digitized by Google

der größten Thorheiten, zu denen der Hochmuth den König Ludwig XIV. verlockt hat.

Daß es dem Herzoge Victor Amadeus mit seinem Kampfe Ernst war, fühlten sofort die Franzosen innerhalb seines Machtbereiches, namentlich der Botschafter Phelypeaux, der wie ein Gefangener behandelt wurde. Er verfaßte später einen langen Bericht an den König über alle ihm widerfahrenen Verletzungen des Völkerrechtes [1]). Diese sind demgemäß unzweifelhaft. Eben so gewis aber ist, daß, wenn der Bericht Phelypeaux der Wahrheit völlig entspricht, sein Eifer, den Herzog Victor Amadeus anzuklagen, in Versailles als eine der wirksamsten Triebfedern gedient hatte, Ludwig XIV. zu jenem politischen Fehlgriffe wider den Herzog zu verleiten. Ja selbst auch nachher noch klangen die Aeußerungen des Phelypeaux wie darauf berechnet, den Herzog Victor Amadeus zu reizen. Auf die Ankündigung des Hausarrestes erwiederte der französische Botschafter: „Son Altesse Royale n'a pas tant de raison de s'assurer de ma personne, que le roi en a eue de faire désarmer ses troupes. Devoit-Elle douter qu'étant à la solde du roi, ce monarque ne fût le maître de sa personne, de ses troupes, de ses états?" Victor Amadeus hob bei seinen Beschwerden vor den anderen Mächten besonders diese frechen Worte hervor [2]).

Einstweilen freilich gingen die Worte von beiden Seiten, sowohl des Königs als des Herzogs, über das Maß der Thatsachen hinaus. Der Letztere hatte nicht, wie er sagte, die Maßregeln getroffen, die ihn sicherstellen würden. In der Hoffnung sich immer theuerer auszubringen, hatte er bis dahin gezaudert, seine Allianzen abzuschließen. Erst das französische Vorgehen wider ihn brachte die Willigkeit zur Reife. Aber diese Basis, von welcher aus er Hülfe verlangen durfte, war erst noch zu schaffen: zunächst hatte er nur seinen Nothruf zu entsenden.

Die Worte des Prinzen Eugen an Starhemberg haben dargethan, daß die Bereitwilligkeit auf den Nothruf zu hören, in Wien vorhanden war, bevor noch dieser dahin gelangte. Victor Amadeus

---

[1]) Der Bericht in den Mémoires de Tessé t. II, p. 8 et suiv.

[2]) Lamberty t. II, p. 565.

Digitized by Google

erſuchte den Grafen Starhemberg, am 8. October, mindeſtens zwei- bis dreitauſend Reiter in aller Eile nach Piemont abzuſenden [1]). Starhemberg konnte nur 1200 entbehren. Das Commando derſelben erhielt der Marcheſe Visconti, ein geborener Piemonteſe. Es gelang ihm, nach unſäglichen Mühſalen und harten Verluſten, mit noch 800 Mann am 26. November in Carignano einzutreffen. Dort empfing der Herzog Victor Amadeus die muthige Schaar, um ihnen ſeine volle Anerkennung für ihre bewundernswürdige Ausdauer auszuſprechen [2]).

Inzwiſchen entwickelte Victor Amadeus nach allen Seiten den regſten Eifer. Bereits am 7. October erging ſeine Kriegserklärung wider Frankreich. Am 25. October kam der Allianz-Vertrag zum Abſchluſſe, zunächſt mit dem Kaiſer, ſo daß dieſer das Reich und die Seemächte zum Beitritte auffordern würde. Der Kaiſer verſprach dem Herzoge 20,000 Mann zur Hülfe zu ſenden, und im Namen der Seemächte, daß dem Herzoge die Mittel zum Unterhalte eines eigenen Heeres gezahlt werden ſollten [3]). Victor Amadeus entſendete zugleich Handſchreiben an die Königin von England und an die Generalſtaaten. Er legte den Hergang der Dinge dar. Er betheuerte, wie leid es ihm thue, nicht bereits längſt auf ſein eigenes Intereſſe bedacht geweſen zu ſein. Er verſicherte, daß er nun alle Truppen ſammele, die ihm noch geblieben, daß er die Milizen aufgerufen, die Waldenſer bewaffne. Aber Vendome nahe heran mit der ſchrecklichen Drohung, ſein Land zu verheeren. Er ſei verloren, wenn nicht die Königin und die Generalſtaaten ihn retteten. Bereits habe er den Erzherzog Carl als König von Spanien anerkannt. Aber man möge ihm antworten ohne Zeitverluſt. „Er ſchreit um Hülfe, meldet der für Turin beſtimmte Geſandte Hill an Nottingham, als ſtünde ſein Haus in Flammen" [4]).

Aber jedes ſeiner Worte fiel, namentlich in London, auf einen günſtigen Boden. Die Forderungen des Herzogs waren ungleich höher als in dem vorigen Kriege. Damals hatten ſich die Subſidien für ihn vertheilt auf Spanien, England, die Republik. Er verlangte nun

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 221.
[2]) A. a. O. S. 236.
[3]) Der Vertrag bei Lamberty t. II. p. 547.
[4]) Hill's Correspondence t. I, p. 274.

Digitized by Google

denſelben Betrag von den beiden Seemächten, 100,000 Kronen vorab, und dann monatlich 80,000 Kronen, für die er ein Heer von 15,000 Mann errichten werde. Die Königin Anna war willig für zwei Drittel, und zwar ſofort zu zahlen, wenn nur auch die Republik ein Drittel zahlen wolle [1]). Dabei hafteten die Blicke der Engländer nicht an Piemont, beſchränkten ſich nicht auf den Plan der Vertheidigung. Sie ſannen auf eine Offenſive von Piemont aus gegen Frankreich. Hill erhielt den Auftrag, dem Herzog Victor Amadeus anzukündigen, daß im nächſten Frühlinge eine mächtige Flotte im Mittelmeere erſcheinen werde. Zugleich gedachte man in England und Holland die Erhebung in den Cevennen zu unterſtützen mit Geld und mit Waffen.

Es war für Ludwig XIV. ein ungeheuerer Umſchwung. Bis tief in das Jahr 1703 hinein, hatte er ſich mit der Hoffnung getragen, daß der verzehrende Schlund des Krieges in Italien nun endlich ſich ſchließen werde. Es war anders gekommen. Bis dahin wurde dieſer koſtbare Krieg, bei allen Opfern, die er forderte, wenigſtens auf fremdem Boden geführt. Nun drohten die Flammen herüberzuſchlagen auf den eigenen Boden Frankreichs.

Denn auch die Drohung Ludwigs XIV., vom 3. October, gegen den Herzog Victor Amadeus ging über das Maß der Thatſachen hinaus. Er wollte allerdings ſofort das Land Piemont beſetzen laſſen. Vendomes Abſicht erſtreckte ſich noch weiter: er wollte Turin belagern. Alle anderen Mittel, meinte er, ſeien unzulänglich: dort müſſe man dem Herzoge Victor Amadeus den Todesſtreich verſetzen [2]). Zunächſt ernannte Ludwig XIV. den Marſchall Teſſé zum Commandanten im Dauphiné, mit dem Befehle, nach Savoyen vorzudringen, dies Land zu beſetzen und von da aus dem Marſchall Vendome hülfreiche Hand zu bieten [3]). Da jedoch dann der Prinz Vaudemont damals erkrankte, ſo erhielt Teſſé an ſeiner Statt das Commando in der Lombardei, La Feuillade dasjenige in Savoyen. Sie ſollten die Unternehmung Vendomes gegen Turin unterſtützen. Aber

---

[1]) Hill's Correspondence t, I, p. 64.

[2]) Polet t. III, p. 293.

[3]) Mémoires de Tessé t. II, p. 99.

Digitized by Google

der Winter stand bevor. Und dann fragte es sich, ob nicht der Kaiser ein Wort mit dareinreden werde. Der Vertrag vom 25. October verhieß dem Herzog Victor Amadeus eine kaiserliche Armee von 20,000 Mann. Demgemäß verlangte er eine stärkere Hülfe als diejenige des Corps von Visconti. Der Prinz Eugen erwiederte ihm, am 3. November, daß dem Kaiser die Erhaltung des Herzogs am Herzen liege gleich der eigenen [1]). Die Frage war nur, was man leisten konnte.

Es war dem Prinzen Eugen, bei aller rastlosen Anstrengung, dennoch auch nach Monaten seiner Amtsthätigkeit noch nicht gelungen, in dem vorgefundenen Chaos der Kriegsverwaltung eine Ordnung zu schaffen. Er selber zeichnet, am 3. October, dem Grafen Starhemberg die Lage der Dinge mit den folgenden Worten: „E. E. können unmöglich glauben, noch sich vorstellen, welche große Confusion hier im Ministerium herrscht, und in welche Unordnung die Dinge gerathen sind, seitdem ich Sie in Italien verlassen habe. Ja, ich kann versichern, daß, wenn ich nicht selbst hier wäre und alles mit eigenen Augen sähe, kein Mensch es mich glauben machen könnte. Denn, wenn die ganze Monarchie auf der äußersten Spitze stünde und wirklich zu Grunde gehen sollte, man aber mit nur fünfzigtausend Gulden oder noch weniger in der Eile aufhelfen könnte: so versichere ich E. E., daß man es müßte geschehen lassen und daß ich nicht zu steuern wüßte" [2]).

Dessen ungeachtet ist, wenn auch die Einzelnheiten dem Blicke entschwinden, unverkennbar, daß im Jahre 1703, seitdem der Prinz Eugen die Kriegsverwaltung übernommen, der Stand der kaiserlichen Armee in Italien sich gehoben hatte. Sie war im Herbste, ungeachtet der Verluste des Feldzuges, an Zahl stärker als im Frühlinge, in Allem fast 40,000 Mann. Eben so hatte, obwohl die Klagen nicht verstummten, dennoch der Zustand sich gebessert [3]).

Bereits im November ward es klar, daß Vendome seinen Plan einer unmittelbaren Bedrohung von Turin nicht mehr auszuführen vermöge, daß er zunächst bedacht sei auf die Winterquartiere. Aber er vertagte nur seinen Plan auf den Beginn der besseren Jahreszeit.

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft S. 142.
[2]) A. a. O. S. 126.
[3]) A. a. O. S. 239. Die Bemerkungen dort sind durchaus zutreffend.

Digitized by Google

Darum ließ Victor Amadeus nicht ab, durch faſt tägliche Couriere in Wien um Hülfe zu mahnen. Die Ausführbarkeit deſſen wurde dem Feldzeugmeiſter Starhemberg anheim geſtellt. Seine Armee ſtand in dem Winkel zwiſchen dem Po und der Secchia, in beſtändiger Gefahr, dort durch das Abſchneiden der Zufuhr zu Grunde zu gehen. Darum war in Starhemberg ſeit Monaten der Wunſch lebendig, durch einen kühnen Schritt ſich aus dieſer bedrängten Lage zu befreien. Im Anfange December kam er zum Entſchluſſe, den er dem Prinzen Eugen kund gab mit den folgenden Worten: „Ich berufe für morgen die Generale zu einem Kriegsrathe. Es muß etwas gethan werden. Als Ergebnis alles meines Nachſinnens über unſere Lage kann ich Ew. Durchlaucht nur ſagen: Aut Caesar, aut nihil. Bleiben wir noch länger hier, ſo gehen wir unfehlbar vor Hunger zu Grunde; marſchiren wir, ſo ſetzen wir alles aufs Spiel. Ich glaube aber, es iſt beſſer alles zu wagen, als elendiglich unterzugehen. In wenigen Tagen muß der Entſchluß gefaßt ſein: Aut vincere, aut mori!“ [1])

Der Kriegsrath der Generale ſtimmte zu. Man verſtändigte ſich mit dem Herzog Victor Amadeus über das Entgegenkommen von ſeiner Seite. Man ſuchte zugleich den Marſchall Vendome über den eigentlichen Plan des Marſches nach Piemont zu täuſchen, und die Correſpondenz desſelben mit Ludwig XIV. läßt erſehen, daß dieſe Täuſchung gelang [2]). „Es gibt keinen günſtigeren Augenblick unſere Vereinigung zu vollziehen, meldet der Herzog Victor Amadeus dem Grafen Starhemberg, am 14. December; denn wir werden den Feind niemals wieder ſo ſchwach und ſo verſtreut finden, als gerade jetzt“ [3]). Am Weihnachtsfeſte brach Starhemberg von Revere auf mit 14,000 Mann. Unmittelbar vorher ſchrieb er an den Prinzen Eugen: „In dieſem Augenblicke beſteige ich das Pferd. Ich werde trachten, die Linien der Feinde zwiſchen Carpi und Baſtiglia zu durchbrechen. Morgen wird man wiſſen, welches Ende der gute Gott unſerem Unternehmen verliehen. Ich gehe ein großes Spiel zu ſpielen: an Sr. Kaiſerlichen Majeſtät wird es ſein, den Einſatz zu bezahlen“ [4]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 246.

[2]) Pelet t. III, p. 329 et suiv.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 266.

[4]) A. a. O. S. 268.

Digitized by Google

Vendome erhielt in Benedetto die Kunde dieses Aufbruches. Die Macht, die er um sich sammeln konnte, war zu gering zu einem Entgegenstellen. Er konnte dann nur noch folgen. Am 30. December berichtete Starhemberg aus seinem Lager bei Parma dem Prinzen Eugen den bisherigen Verlauf. „Wir sind, meldet er, durch die feindlichen Posten gerückt. Der Herzog von Vendome war mit dem größeren Theile seiner Truppen dort. Wenn unsere Armee besser organisirt und unser Fuhrwesen geeigneter eingerichtet wäre: so würden wir drei Märsche über den Feind gewonnen haben. Der gütige Gott hat uns durch das schöne Wetter und die Unachtsamkeit unserer Feinde sehr begünstigt. Wir sind sehr spät hier angelangt und haben viele Marode und Nachzügler. Die Feinde folgen uns und werden schon sichtbar jenseit der Enza, drei Meilen von hier. Ich weiß nicht, ob es ihre ganze Armee ist. Wenn sie sich nähern, müssen wir uns schlagen, was wir so gut thun wollen, wie wir können. Der Herzog von Parma will nichts davon wissen, uns Geld zu leihen oder zu geben. Das ist eine Sache, über welche ich ihm, wenn unser Geschick entschieden sein wird, mit größerem Nachdrucke Rechenschaft abfordern werde. Es ist mir nicht möglich zu berichten, was vorgeht. Wir marschiren und arbeiten Tag und Nacht, haben keine Verbindung im Rücken, und ich muß mich auch zur Besorgung dieses Schreibens eines heimlichen Freundes bedienen“ [1]).

In den ersten Tagen des Januar 1704 wurde die Witterung ungünstig, mit Regen und Schnee. Das Fort Stradella mit spanischer Besatzung mußte genommen werden. In Folge dieses Zeitverlustes kam der Marschall Vendome wieder näher. Sein Bruder, der Großprior Vendome, hielt mit 8000 Mann die Ufer der Bormida besetzt. Zugleich aber rückte auch der Herzog Victor Amadeus heran. Der Uebergang über die Bormida war daher die Frage der Entscheidung.

Am 11. Januar begann Starhemberg den Uebergang aufwärts von der Stellung des Großpriors. Der Marschall Vendome hatte an diesem Morgen zuerst die Orba zu überschreiten, deren Gewässer, in Folge des Thauwetters hoch angeschwollen, den Brückenschlag um einige Stunden verzögerten. Die Mehrheit des kaiserlichen Heeres

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 273.

Digitized by Google

hatte daher bereits die Brücke der Bormida überschritten, als am Nachmittage der Marschall Vendome mit starker Macht der Nachhut zu Gesichte kam. Es entbrannte ein harter Kampf, in welchem die kaiserlichen Generale Solari und Liechtenstein fielen, überhaupt beide Parteien schwere Verluste erlitten [1]). Aber die Hauptsache war entschieden: Starhemberg stand jenseit der Bormida.

Bereits am nächsten Tage, dem 12. Januar, berührte man sich mit der piemontesischen Vorhut. Am Abende des 13. begrüßten Starhemberg und der Herzog Victor Amadeus einander auf der Landstraße von Canelli. Das große Wagnis war gelungen: 12,000 Mann erprobter kaiserlicher Truppen standen bereit zum Schutze Piemonts, und zur Offensive von dort aus gegen Frankreich. Es war die Folge des Hochmuthes von Ludwig XIV. am 3. October.

Der ruhmvollen That entsprach die Anerkennung des Kaisers. „Wir sind zwar, wie Du selbst meldest, schrieb der Kaiser an Starhemberg, vor Allem schuldig, der starken Hand Gottes diesen erwünschten Ausschlag zuzuerkennen, und dafür unseren demüthigsten Dank abzustatten; weil aber Deiner Prudenz, tapferen und wachsamen Anführung aller andere Ruhm zukommt und gebührt, und auch die übrigen Generale und Offiziere sammt und sonders wegen ihrer dabei erwiesenen Standhaftigkeit und Herzhaftigkeit besonderes Lob verdient und erworben haben: also thun wir Dir zuvörderst deshalb unsere gnädigstgefällige Gnaden-Erkenntlichkeit bezeigen und zu mehrer Bekräftigung unseres gnädigst hierunter habenden Vergnügens, Dich zu der Würde unseres Feldmarschalls hiermit erheben und erklären, sodann Dir aufgeben, daß Du auch alle Uebrigen, unsere Generale und andere Offiziere, welche an diesem glorioſen Succeß einen Antheil haben, nach Verhältnis ihrer Stellen unseres gnädigsten Willens und kaiserlicher Gnaden versichern mögest" [2]).

Mit festerem Vertrauen, als am Schlusse eines der beiden Jahre zuvor, durften die Verbündeten dem Feldzuge in Italien für das Jahr 1704 entgegensehen. Minder günstig standen zur selben Zeit die Dinge

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 279. — Man vgl. Pelet t. III, p. 349.

[2]) A. a. O. S. 282.

Digitized by Google

in Deutschland. Wir haben die Ereignisse in Italien verfolgt von dem misglückten Angriffe auf Tirol an, im Sommer 1703. Von demselben Ausgangspuncte, von dem nicht ehrenvollen Rückzuge des Kurfürsten Max Emanuel aus Tirol an, haben wir sie zu verfolgen in Deutschland.

Wir haben den Marschall Villars verlassen in seinem befestigten Lager zwischen Dillingen und Lauingen, während der Kurfürst Max Emanuel gegen Tirol zog. Der Markgraf Ludwig von Baden lagerte bei Haunsheim. Seine Macht reichte im Juli zu einem Angriffe auf die Verschanzungen von Villars nicht aus. Der letztere dagegen trug einen Vortheil davon in dem Reitergefecht von Munderkingen, in welchem der Herzog Christian, einer der Söhne der Kurfürstin Sophie, in der Donau das Leben ließ. Das Gefecht übte auf den Gang der Dinge im Großen keinen Einfluß. Im Juli und August rückten dem Markgrafen Verstärkungen zu. Die Generalstaaten bewilligten, daß er die holländischen Bataillone unter Goor von Stollhofen her an sich zog. Im August trafen die Preußen ein, welche der König Friedrich I., gemäß dem Vertrage über seine Krone, zu stellen hatte. So stattlich die letzteren Truppen sich ausnahmen: so lästig wurden sie dem Markgrafen durch ihre Ansprüche. Der Commandant Leopold von Dessau weigerte sich, einen anderen Befehl anzunehmen, als von dem Markgrafen selbst. Dazu zeigte er eine Instruction vor, welche ihm zur Pflicht machte, zu Ende August zur Rückkehr aufzubrechen, ohne alle Rücksicht, wenn nicht bis dahin von Seiten des Kaisers die vertragsmäßigen Subsidien von 100,000 Thalern gezahlt wären [1]). Wir sehen demnach, wie auch sogar die Weise der einzelnen Söldner des sechszehnten Jahrhunderts, auf einen Befehl zum Angriffe zu antworten mit dem Rufe: Erst Geld — von dem neuen Könige Friedrich in großem Maßstabe nachgeahmt wird. Die Zahlung von Seiten des Kaisers erfolgte, zugleich aber auch die Entscheidung, daß unter Offizieren vom gleichen Range den kaiserlichen der Vorzug gebühre [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 189.

[2]) A. a. O. S. 195.

Digitized by Google

Ludwig XIV. hatte unterdessen auch das Corps des Marschalls Tallard am Rheine verstärkt, und seinen Enkel, den Herzog von Bourgogne, dahin entsendet. Sie faßten zuerst die Belagerung von Breisach ins Auge. Ludwig von Baden war darüber nicht unzufrieden, weil der etwaige Fall von Breisach nicht etwa den Feinden erst einen Rheinübergang schaffe, sondern zu den bereits vorhandenen nur noch einen neuen hinzufüge, so daß auch der etwaige Erfolg keinen neuen Nachtheil bringe. Breisach aber, fest und stark, der beste Platz, den er je gesehen, habe eine Besatzung von 4000 kriegsgeübten Soldaten. Der Markgraf gebot dem Commandanten Arco, sich bis auf den letzten Mann zu wehren, und der Kaiser erließ auch seinerseits die gleiche Mahnung, so wie diejenige zur Verträglichkeit an die Grafen Arco und Marsigli in Breisach [1]).

Als Ludwig von Baden sich in der zweiten Hälfte des Monats August genügend verstärkt sah, entwarf er einen umfassenden Plan. Er kündigt ihn dem Kaiser an mit den Worten: „Der Monat September dürfte seltsame Händel bringen. Gott gebe Alles zu Ew. Kaiserlichen Majestät Besten und mir das Glück, mich Dero Gnaden würdig zu machen!“ [2]) Er theilte seine Armee. Die stärkere Hälfte beließ er unter Styrum im Lager von Haunsheim, mit dem Auftrage, den Marschall Villars zu beobachten und, nach Umständen, anzugreifen. Mit der anderen Hälfte marschirte er gegen Ulm zu, überschritt die Donau und wandte sich südwärts. Sein nächster Zweck war die Verbindung mit Tirol herzustellen, und dann sich der wichtigen Reichsstadt Augsburg zu versichern.

Der Marschall Villars hatte die Absicht des Markgrafen bei dessen Aufbruche sofort durchschaut. Welche Urtheile man nach dem späteren Gange der Dinge auch über den Markgrafen fällen mag: die Besorgnis des Marschalls vor ihm ist ein eben so starker Beweis für die Richtigkeit der Entwürfe des Markgrafen, wie seine eigene Zuversicht. Villars sah nach der Rückkehr des Kurfürsten aus Tirol die Dinge sich für die bayerisch-französische Sache dort täglich trüber gestalten. Der Kurfürst blieb in München. Unterdessen drangen von

---

[1]) Röder Bd. I, S. 192 und 198.

[2]) A. a. O. S. 191.

Digitized by Google

Tirol, von Ober-Oesterreich aus, die Kaiserlichen in Bayern ein und hausten, wie zuvor die Bayern in Tirol. Villars indessen war der Ansicht, daß für Frankreich die Umgebung des Kurfürsten noch gefährlicher sei als die Kaiserlichen. Er meldete dem Könige, daß die Unfälle des Kurfürsten in Tirol nicht denkbar seien ohne Verrath. Max Emanuel sei in völliger Unordnung von dort zurückgekommen, ohne andere Beute als das im Schlosse Ambras erlangte Porzellan und ein bronzenes Pferd. Schuld daran trügen die Generale und Minister, denen Villars einen Lohn wünscht, entsprechend ihrem Verdienste. Er hebt ferner hervor, daß namentlich die Kurfürstin nicht ablasse mit ihren Bitten, dem Bunde mit Frankreich zu entsagen [1]).

Zunächst daher drängte Villars in den Kurfürsten, sich wieder zum Heere zu begeben. Er malte die Gefahr aus, die aus dem Plane des Markgrafen auf Augsburg erwachse. Im Besitze dieser Stadt würden die beiden Armeen des Markgrafen die französisch-bayerische einschließen und erdrücken. Darum möge der Kurfürst zuvorkommen, so lange es noch Zeit, möge selber sich der Stadt Augsburg bemächtigen.

Der Kurfürst gab endlich den dringenden Mahnungen des Marschalls nach und begab sich auf den Weg. Er gebrauchte, wie Villars behauptet, für die Reise von München bis zum Hauptquartiere acht Tage. Villars drängte in ihn zum Marsche auf Augsburg. Der Kurfürst willigte zögernd ein. Aber der Oberbefehl stand nun bei ihm.

Es ist hier von besonderem Interesse, die beiden entgegengesetzten Berichte zu vergleichen: denjenigen des Markgrafen an den Kaiser, denjenigen des Marschalls an Ludwig XIV. Der erstere ist vom 7. September, der andere vom 8.

Der Markgraf meldet [2]): „Ich bin am 5. mit der Armee vor Augsburg angelangt. Es war wohl die höchste Zeit in Eilmärschen heranzukommen, ohne Rücksicht auf den Verlust einigen Gepäckes; denn die feindliche Armee war gleichzeitig eingetroffen und hatte die Stadt bereits aufgefordert, Besatzung einzunehmen. Auch war die Furcht bei den Bürgern so sehr gestiegen, daß sie, wenn mein Succurs noch einen halben Tag sich verzögert hätte, aus Furcht vor einem

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 236.

[2]) Röder Bd. I, S. 201. Ich verändere nur in etwas die Satzbildung.

Digitized by Google

Bombardement ſich ergeben haben würden. Aber der mahnende Zuſpruch des Grafen Fugger, meine von Zeit zu Zeit einkommenden Couriere, durch die ich den Entſatz zuſicherte, haben die Bürger in ihrer kaiſerlich getreuen Geſinnung erhalten und die letzten Stunden uns gewonnen. Zu welchen Aengſten dieſe armen Leute geſtanden, die gleichzeitig zwei einander feindliche Armeen auf ſie anrücken ſahen, und von beiden Seiten her, im Falle einer Weigerung Truppen einzunehmen, eines Bombardements gewärtig ſein mußten, iſt leicht zu ermeſſen. Dennoch überwog die Treue für Kaiſer und Reich, und auf die Vorſtellungen meiner Geſandten, des Grafen Latour und des Freiherrn Forſtner, willigten ſie ein, nicht nur Beſatzung einzunehmen, ſondern auch durch das Abgeben einiger Schüſſe nach der anderen Seite ſich feindlich zu erklären. Zu dieſem günſtigen Ausgange darf ich Ew. Majeſtät mit Fug Glück wünſchen. Denn die Armee Ew. Majeſtät ſteht nun am Lech und hat die Mittel zu ihrer Subſiſtenz aus der Stadt. Die Vorräthe in Augsburg ſind ſo bedeutend, die Stadt ſo reich, theils an ſich, theils durch die hineingeflüchteten Güter, daß nach allgemeiner Meinung der Kurfürſt von dem Beſitze allein noch viele Jahre hätte Krieg führen können. Der Feind iſt nun abgezogen, zurück in ſein Lager. Dem General Styrum haben dort dieſe Tage nur 7000 Mann gegenüber geſtanden, und ich bin ſtündlich gewärtig, daß mir von dorther eine Hülfe geboten werde." Dieſe Erwartung des Markgrafen erfüllte ſich freilich nicht.

Wir haben dem Berichte des Markgrafen denjenigen des Marſchalls Villars vom nächſten Tage gegenüber zu ſtellen.

„Der Kurfürſt hat mit einer Hartnäckigkeit, die man in unſerer ganzen Armee als Perfidie betrachtet, als der Obere, mich gehindert, meine Vorſchläge wider den Markgrafen auszuführen, und hat endlich den Marſch gegen Augsburg ſo langſam ins Werk geſetzt, daß der Feind uns dort um einen vollen Tag zuvorgekommen iſt. Kaum gewahrte dieſer Fürſt, daß die feindliche Armee von der Stadt Beſitz nahm, als ſeine Beſtürzung und Niedergeſchlagenheit wuchſen im ſelben Verhältniſſe mit der Gefahr ſeiner Länder. Jedermann hielt ſeinen Schmerz für erheuchelt und glaubte, daß er, heimlich bereits mit dem Kaiſer ausgeſöhnt, nachdem er dann von mir ſo lebhaft zu einer durchaus nothwendigen Unternehmung gedrängt war, nur nach

Digitized by Google

einem Vorwande verlangte, der ihn zu zwingen schien, die Partei zu wechseln."

„Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß auch ich denselben Gedanken hatte; aber, da es vor Augen liegt, daß, im Falle seines Wechsels, die Armee Ew. Majestät rettungslos verloren wäre, so glaubte ich der Sache auf den Grund zu kommen, wenn ich seinen Muth durch den Hinweis auf einen großen Plan zu beleben suchte. Daher trat ich vor ihn mit der Frage: Wollen Sie uns unseren Feinden überliefern, oder bei der Partei des Königs beharren? — Er betheuerte, daß er sein Leben hingeben würde, um mir das Letztere zu beweisen. So fassen wir denn, rief ich ihm zu, einen großen Entschluß, der nur unter uns beiden bleiben darf."

Dieser große Entschluß sollte sein, die Armee zu theilen, mit der einen Hälfte den Lech zu vertheidigen, mit der anderen auf Wien zu marschiren. Der Kurfürst rief, mit Thränen in den Augen: das sei eine Eingebung des heiligen Geistes. Villars indessen endete seinen Bericht an den König mit der Bitte um seine Abberufung.

Der Kurfürst Max Emanuel ließ am nächsten Tage jenen Vorschlag des Marsches auf Wien wieder fallen. Er machte einen abermaligen Versuch gegen Augsburg hin, der fruchtlos blieb. Die Unruhe, die Erbitterung, die Sorge in den Gemüthern der Franzosen war im Steigen. Villars gab ihr, am 10. September, abermals sehr lebhaften Ausdruck [1]). „Die Soldaten und fast alle Offiziere, sagt er, halten sich für verrathen." „Aber auch wenn ich das nicht glaube, fügt er hinzu, bin ich in einer sehr schwierigen Lage. Nimmt der Markgraf Ulm, zieht er dort, am Ausflusse der Iller, den General Styrum an sich: so ist mir jegliche Verbindung mit der Armee am Rheine abgeschnitten." Die Berichte des Villars klingen wie hoffnungslos; denn, obwohl er den Gedanken an ein Einverständniß des Kurfürsten Max Emanuel mit den Kaiserlichen zurückweisen will, so ist dennoch eben dieser Gedanke immer wieder wach und läßt ihn nicht zur Ruhe kommen.

Die Berichte des Markgrafen zeigen von einem solchen Einverständnisse, oder auch nur dem Versuche ein solches anzubahnen, keine Spur.

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 248.

Digitized by Google

Die Augen von ganz Europa richteten sich seit dem Beginne September auf die Donaustrecke, wo der Lech in sie einmündet; denn unvermeidlich standen dort wichtige Ereignisse bevor. Wir haben daher die Urtheile über diese Lage der Dinge von den hauptsächlichen Orten her kennen zu lernen, von Wien und von Versailles.

Am Tage vor dem Eintreffen bei Augsburg hatte der Markgraf seinen Plan dem Prinzen Eugen entwickelt. Dieser antwortete mit einer Rundschau über die Gesammtheit der Angelegenheiten des Kaisers [1]).

„Sie dürfen gewis sein, schreibt der Prinz, daß der Kaiser und der König, denen ich Ihre Entwürfe mitgetheilt, alle ihre Hoffnungen nur auf Sie setzen. Denn in Italien, im Reiche, in Ungarn, in den Erbländern — überall stehen die Dinge so, daß, wenn nicht von einer Seite her uns Luft gemacht wird, es uns nicht möglich ist Athem zu schöpfen. Diese Seite kann aber nur die Ihrige sein; denn die Armee in Italien ist geradezu außer Stande zu handeln. Auf den Befehl Ihrer Majestäten theile ich Ihnen ganz offen mit, daß wir uns nach Osten hin mit einer Hoffnung nicht zu schmeicheln haben. Es ist fast sicher, daß uns ein abermaliger Türkenkrieg bevorsteht. Die Friedenspartei mit dem alten Sultan Mustafa ist durch eine Revolte gestürzt. Die beiden Armeen haben sich in Adrianopel vereinigt. Rabutin und alle Grenzoffiziere glauben an den Krieg noch in diesem Jahre. Sie sind der Ansicht, daß jene beiden Armeen direct auf uns anmarschiren werden, und schließen dies namentlich aus dem beständigen Verkehre mit den Rebellen in Ungarn. Ich für meinen Theil, der ich doch auch ein wenig die Art der Türken zu kennen glaube, bin der Ansicht, daß sie warten werden bis zum Frühlinge. Möglicher Weise sind indessen alle diese Schlüsse vergeblich, da ja in Betreff solcher Völker etwas Zuverlässiges nicht vorherzusehen ist."

Die Besorgnis des Prinzen Eugen vor einem Einbruche der Türken ist bekanntlich nicht in Erfüllung gegangen. Auch theilte man an vielen Orten nicht diese Ansicht, weder als Furcht, noch als Hoffnung. Der Prinz Eugen schrieb seine Besorgnis nieder am 9. September. Wir haben den Bericht des Rebellenführers Rakoczy an Ludwig XIV. vernommen, vom 22. September. (S. 289.) Der

[1]) Röder Bd. I, S. 203.

Digitized by Google

Bericht hebt alle für die Sache der Rebellen günſtigen Momente hervor: von einer Erhebung der Türken ſchweigt er. — Dagegen war dasſelbe Gerücht auch nach Rom gelangt. Der Cardinal Janſon Forbin beeilte ſich, es in einer Weiſe zu verbreiten, welche allen denen, die ſich des Jahres 1683 erinnerten und der damaligen Theilnahme der Römer, unter der Führung des Papſtes Innocenz XI., mit dem bedroheten Wien, zum Aergerniſſe gereichte. Aber der Graf Lamberg erhielt zugleich andere Berichte aus Conſtantinopel, die von einem ſolchen Gerüchte nichts meldeten, vielmehr den Beſtand des Friedens verſicherten. Er beeilte ſich, ſie nach Wien zu ſenden [1]).

Wie indeſſen immer dem ſein mochte, in Wien hegte man dieſe Beſorgnis. Ob gegründet, ob nicht gegründet, muß ſie daher mit erwähnt werden als ein moraliſcher Factor der Dinge im Jahre 1703. Denn aus eben demſelben Grunde hatte der Kaiſer ſchon zwei Tage vorher an den Markgrafen einen Courier entſendet [2]), deſſen Botſchaft weſentlich jener Mahnung des Prinzen Eugen an den Markgrafen entſprach. Das Schreiben des Prinzen nämlich fährt fort: „Was aber unbedingt ſicher, das iſt, daß wir den ungariſchen Wirrwarr vor dem Winter beenden müſſen; denn, wenn nicht, ſo gibt es dagegen kein Heilmittel mehr. Bis zur Stunde treibt Rakoczy was er will. Vor zwei Monaten ſind Dispoſitionen getroffen neue Werbungen anzuſtellen, die jetzt vollendet ſein würden. Aber ich habe nicht Einen Gulden, und alles bleibt ſtecken. Alle Welt ſchreit daher gegen mich, daß ich nicht gewollt habe. Ich ziehe auch nicht die beiden Regimenter Cavallerie weg, die unter Reventlow an der oberen Donau ſtehen, bis die Dinge dort eine andere Geſtalt gewonnen haben. Denn ich lebe der Ueberzeugung, daß, damit Sie um ſo leichter Ihren Plan durchſetzen, der Kurfürſt von mehreren Seiten in Schrecken geſetzt werden muß, und daß, wenn wir an allen Orten zugleich Widerſtand leiſten wollen, wir es an keinem Orte vermögen. Darum haben wir zunächſt unſer Augenmerk auf den Kurfürſten zu richten, um nachher im Stande zu ſein, auch nach anderen Richtungen zu wirken. Ich laſſe daher zur Zeit alle Welt nach Belieben ſchreien. Der Kaiſer, der mir befohlen

[1]) Relazione del conte di Lamberg, 22 settembre.

[2]) Röder Bd. I, S. 200.

Digitized by Google

hat, Ihnen alle dieſe Einzelnheiten ausführlich zu ſchreiben, und darüber genau eben ſo urtheilt, zweifelt nicht, daß Sie beſonders den Zuſtand von Ungarn in Betracht ziehen werden. Das ganze Land iſt im Aufruhre. Nicht Ein feſter Platz iſt im Stande. Nicht in Einem derſelben kann der Commandant ſicher ſchlafen. Eben ſo wenig aber vermögen es die, welche erwägen, daß die geſammte Monarchie abhangt von einer ſolchen Grenze, und daß weder Proviant vorhanden, noch Munition, noch Artillerie, und gar keine Truppen. Alle unſere Hoffnung beruht daher auf Ihnen. Die uns geſtellte Aufgabe iſt unſeres Gleichen würdig: zuerſt nämlich den Kurfürſten und den Villars zur Ruhe zu bringen. Wenn nicht, ſo ſehen Sie beſſer als ich die Folgen hier voraus."

Und dann folgt eine Schilderung, die uns zeigt, welche ſchlimmen geheimen Feinde die Monarchie Leopolds I. in ſich ſelber barg.

„Sehr Wenige ſinnen hier auf die rechten Heilmittel, Viele dagegen auf Verwirrung. Die Letzteren wollen nicht, daß die Dinge in einen beſſeren Zuſtand gelangen, ſondern vielmehr, daß alles ſo ſchlimm werde, wie man es ſich nur vorſtellen kann. In der Erkenntnis, daß ſie auf die Kriegsſachen nicht einwirken können, weil man ſie ihnen nicht mittheilt, trachten ſie dahin, alle Mittel zu hindern, welche von der Finanzverwaltung vorgeſchlagen werden, um Geld herbeizuſchaffen. Das iſt in kurzen Worten der Stand der Dinge hier. Alle Welt glaubt, daß Verrath darunter ſteckt. Ich für mich erweiſe ſolchen Leuten nicht dieſe Ehre: nach meiner Ueberzeugung beſteht alles das in Unwiſſenheit, Faulheit, Böswilligkeit und einer Habgier, welche ſie fähig macht noch etwas mehr zu verkaufen, wenn ſie es nämlich hätten, als ihren Herrn. Der Kaiſer durchſchaut alles, und es mangelt ihm nur der Entſchluß zu ſtrafen."

„Sie ſehen aus dieſer meiner Schilderung das volle Vertrauen, welches ich in Ihre Freundſchaft ſetze, und ich werde dieſe ferner pflegen, ſo viel ich es nur vermag. Daher, bitte ich, trachten Sie uns zu helfen. Das Vertrauen des Kaiſers beruht auf Ihnen. Darum hat er mir befohlen, dieſen Courier an Sie zu entſenden, und Ihnen für die ungariſchen und türkiſchen Angelegenheiten das Geheimnis anzuempfehlen, damit der Feind ſie ſo ſpät wie möglich erfahre. Die Nachrichten aus Tirol haben Sie ja aus erſter Hand."

Digitized by Google

„Die Ufer des Lech sind vortrefflich geeignet zu einer Entscheidungsschlacht."

Jedes Wort zeichnet die Zuversicht, mit welcher der Kaiser und der Prinz Eugen den ferneren Schritten des Markgrafen entgegenblickten.

Anders Ludwig XIV., damals in Fontainebleau. Das letzte Schreiben des Marschalls Villars, vom 10. September, schien keine Hoffnung auf eine günstige Wendung der Dinge dort übrig zu belassen. „Es ist nicht möglich, antwortet der König dem Marschall, das Land des Kurfürsten zu decken. Ich gebe ihm daher den Rath, daß er in dieser äußersten Noth trachten möge, lieber zu irgend einem Abkommen mit dem Kaiser zu gelangen, als seine Länder zu verlieren, und daß er in diesem Abkommen die sichere Rückkehr meiner Armee in das Elsaß ausbedinge. Können Sie den Kurfürsten dahin vermögen, daß er dem Kaiser nicht seine gesammten Truppen wider mich zur Verfügung stellt, sondern lediglich sein Reichs-Contingent: so werden Sie mir einen neuen Dienst erweisen" [1]).

Das Schreiben, abgefaßt in Fontainebleau am 25. September, gelangte nicht zur Verwendung; denn bereits waren andere Nachrichten auf dem Wege. Die Auffassung der Dinge jedoch, wie sie in dem Schreiben Ludwigs XIV. sich kund gibt, stimmt überein mit der Ansicht einiger Mitglieder des Kriegsrathes bei Villars. Sie riethen, in den Kurfürsten zu dringen, daß er sich zum Vertrage mit dem Kaiser erbiete, mit der Bedingung des freien Abzuges für die französische Armee [2]).

Es kam anders. Der Markgraf von Baden stand, mit dem Rücken an die Stadt Augsburg gelehnt, in fester Stellung, aber, nach seiner Ansicht, nicht vermögend, mit seinen 15,000 Mann der überlegenen Macht der Feinde zu einem Treffen entgegen zu gehen. „Ich habe das Meinige gethan, schreibt er dem Kaiser, Augsburg erreicht und dadurch auch den Anderen zum Handeln Raum geschaffen" [3]). So am 10. September. Er hatte erwartet, daß der Feldmarschall

---

[1]) Pelet t. III, p. 965.
[2]) A. a. O. p. 665.
[3]) Röder Bd. I, S. 206.

Digitized by Google

Styrum, auch ohne ausdrücklichen Befehl, die Gelegenheit des zweimaligen Marsches des Feindes gegen Augsburg hin benutzen werde, um mit seinen 18,000 Mann aus dem Lager bei Haunsheim hervorzubrechen, einen Uebergang über die Donau zu suchen und dann zu ihm zu marschiren. Es geschah nicht.

Und zwar tritt hier das persönliche Verhältnis des Markgrafen und Styrums zu einander in den Vordergrund. Als der Markgraf aus dem Lager zu seinem Zuge südwärts aufbrach, hatte er dem Feldmarschall Styrum das Geheimnis seines Planes auf Augsburg nicht mitgetheilt. Im Verdrusse darüber wollte nun Styrum aus sich nichts unternehmen. Auf die ihm gemachten Vorschläge erwiederte er, daß er besorgen müsse, die Plane des Markgrafen zu durchkreuzen: er könne nicht anders handeln als auf bestimmten Befehl. Und somit verstrich ein Tag nach dem andern ungenützt. Mit schwerer Sorge berichtete der General Schulenburg aus dem Lager von Haunsheim diesen Zustand der Dinge dem Prinzen Eugen, und wünschte ihn herbei [1]).

Diesem Principe, oder, sagen wir es richtiger, diesem Eigensinne gemäß, unternahm Styrum nichts aus sich, sondern fragte vielmehr erst an, wie er sich zu verhalten habe. Die Antwort des Markgrafen vom 12. zeigt bereits einigen Unmuth, daß Styrum noch nicht gehandelt, und räth, den Uebergang über die Donau unterhalb Dillingen zu versuchen [2]). Es erfolgte Antwort und Gegenantwort, aus welcher die beiderseitig gereizte Stimmung klar zu Tage tritt [3]).

Die Weisung des Markgrafen an Styrum war lediglich ein Rath. Als der Feldmarschall den untergebenen Generalen die Absicht des Aufbruches stromabwärts mittheilte, erhob Schulenburg Einwendungen. Styrum wies sie zurück mit der Berufung auf den Befehl des Markgrafen. Schulenburg erwiederte, daß es jedenfalls erforderlich, vorher die Gegend zu recognosciren, und erbot sich dazu. Styrum lehnte ab [4]).

Nicht am 17. September, wie Styrum dem Markgrafen gemeldet, sondern erst am 18. brach er aus dem Lager bei Haunsheim

[1]) Denkwürdigkeiten des Generals Schulenburg. Bd. I, S. 125.
[2]) Röder Bd. I, S. 206.
[3]) A. a. O. S. 212.
[4]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 129.

Digitized by Google

auf, und marschirte am linken Ufer der Donau stromabwärts, bis Schwenningen bei Höchstädt. Schulenburg erhob Einwendungen gegen die Wahl des nach keiner Seite hin gedeckten Lagerplatzes. Styrum wies sie zurück. Nach dem Marsche des 18. ließ er am 19. Rasttag halten.

So still der Aufbruch gehalten war, so erhielt der Marschall Villars in Dillingen doch bereits am Morgen des 18. die Kunde. Er faßte sofort den Entschluß bei Donauwörth den Strom zu überschreiten, dem Heere unter Styrum entgegen zu gehen und es anzugreifen. Er eilte zum Kurfürsten Max Emanuel. Dieser erhob Einwendungen. Villars jedoch bestand. Das einzige Mittel die Armee seines Königs zu retten, sagte er, sei ein Treffen: er werde sich die Gelegenheit dazu nicht entgehen lassen. Der Kurfürst willigte endlich ein. Der General d'Usson sollte mit einem kleineren Corps von Dillingen aus marschiren, der Kurfürst und Villars mit der Hauptmacht über die Brücke von Donauwörth. Der Markgraf hatte in seinem Befehle vom 12. den General Styrum auf diese Stadt hingewiesen, die „an sich ein liederliches Ding, wegen ihrer Lage bei diesen Umständen für uns sehr nützlich sein kann". Das Umgekehrte traf ein. Während Styrum am 19. bei Schwenningen unfern Höchstädt rastete, stellten der Kurfürst und Villars den Plan fest, von Donauwörth aus am nächsten Morgen ihn zu überfallen. Sie trugen Sorge, daß von der Stadt aus keine Kunde an die Kaiserlichen gelangte [1]).

Der General d'Usson, der aus dem Lager bei Dillingen von Westen her angreifen sollte, kam an dem Morgen des 20. September zu früh an. Er ward mit erheblichem Verluste zurückgeworfen. Aber während man noch sich dieses Erfolges freute, brach von der Seite von Donauwörth her die französisch-bayerische Hauptmacht auf die Nicht-Vorbereiteten ein. Ungeachtet des tapferen Widerstandes Einzelner, wie Schulenburgs, Palffys, Leopolds von Dessau, ward die kaiserliche Armee mit schwerem Verluste nach Nürnberg hin abgedrängt.

Die Ansicht des Kaisers über den Vorgang, am 16. October für den Markgrafen niedergeschrieben, lautet wie folgt: „Es ist richtig,

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 258, und die entsprechenden Berichte bei Pelet t. III, p. 667 et suiv.

Digitized by Google

daß die Niederlage Styrums täglich größer erscheint. Ich kann dabei nicht unerwähnt lassen, daß darüber sehr glaubwürdige und vielfältige Berichte einlaufen, welche nicht allein einstimmig den großen Verlust melden, sondern auch darin einig sind, daß alles aus mangelnder Vorsicht und aus Fahrlässigkeit geschehen, da man weder eine Kundschaft eingezogen, noch Streifparteien ausgesendet hatte, so daß die verbündete Armee sich von der feindlichen fast im Bette habe überfallen lassen. Dazu hat der Graf Styrum vorher einen unnützen Rasttag halten lassen. Das sind Umstände, die für diese eben so schädliche, als dem gemeinen Rufe nach schändliche Action scharfe Nachforschung und ein Kriegsrecht erforderlich machen" [1]).

Villars berichtete seinem Könige, daß die Gegner mehr als 5000 Mann todt auf dem Schlachtfelde gelassen, und daß die Zahl der Gefangenen 7000 übersteige [2]). Er entsendete an den Markgrafen einen Trompeter mit der Meldung: hoffentlich werde der Markgraf es ihm nicht übel nehmen, daß er die Armee des Grafen Styrum so übel tractirt habe: er versichere auf Cavalliersparole, daß er 33 Geschütze und 2000 Wagen erbeutet, und daß er 4800 Gefangene mit sich führe. Der Markgraf, indem er in seinem Berichte an den Kaiser bemerkt, daß er eine solche Meldung für einen Marschall von Frankreich sehr einfältig finde, zweifelte nur die Zahl der Wagen an, nicht die anderen Zahlen [3]). In Wirklichkeit jedoch betrug der Gesammtverlust an Todten, Gefangenen, Verwundeten etwa 4500 Mann [4]), also etwa ein Viertel der gesammten Armee. Nicht jedoch der Verlust dieser Anzahl war der schwerste Nachtheil, sondern daß auch die Uebrigen zunächst nicht zu verwenden waren. Das Treffen bei Höchstädt war nicht eine Entscheidungsschlacht im großen Stile, aber doch ausreichend, die eben noch bereits fast aufgegebene französisch-bayerische Sache zur überlegenen zu machen.

Und dazu kamen für den Kaiser andere trübe Nachrichten von Osten und von Westen. Vernehmen wir, wie er selber dem Markgrafen

[1]) Röder Bd. I, S. 239.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 263.
[3]) Röder Bd. I, S. 229.
[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V. S. 559.

Digitized by Google

seine Auffassung der Dinge kund thut, am 4. October [1]). „Ich nehme den unglücklichen Ausgang des Treffens als ein Geschick von der Hand des Allerhöchsten an, vertröste mich aber auch, daß seine Güte vermittelst der umsichtigen Führung E. L., und der übrigen Generalität eifrigen Beistandes, meinen und des Reiches gerechten Waffen anderweitigen Segen väterlich widerfahren lassen werde. Freilich ersehe ich zu meinem tiefen Leidwesen, daß die patriotische Absicht E. L., mit dem Feinde bald zu einer Entscheidung zu kommen, wider Ihren Willen und gegen meine Hoffnung sich noch weit hinausziehen werde. Die Noth von Ungarn her dringt dagegen täglich mehr an. Die Rebellen haben sich nun an die Donau gezogen, und trachten herüberzusetzen, um auch die diesseitigen bisher noch treu gebliebenen Comitate in ihren Aufruhr und ihre Treulosigkeit mit hinein zu verwickeln. Die unvermeidliche Folge würde sein, daß dies Raubgesindel auch hierher bis an meine Residenz streifend durchbräche, und nach seiner Gewohnheit alles mit Raub und Plünderung, mit Feuer und Schwert heimsuchte und verheerte. Daher kann ich in meiner Pflicht als Landesfürst diesem Elende und dem bevorstehenden allgemeinen Verderben nicht länger mehr zusehen, kann dem Bitten und Flehen meiner um Hülfe und Rettung schreienden Unterthanen mich nicht mehr entziehen, sondern muß darauf sinnen, woher immer die Mittel zu nehmen, um diesem androhenden Unheile nach bestem Vermögen zu steuern. Ich bitte auch E. L. dies Alles nochmals zu überlegen. Aber wie ich schon neulich gemeldet, bin ich durch die Noth gezwungen, die beiden Regimenter Schlick und Latour nach Ungarn zu rufen. Denn ich würde sonst dem anschwellenden Haufen der Rebellen nicht hundert Mann deutscher oder regelmäßiger Truppen entgegenstellen können, und müßte also ohne diese Hülfe dem verderblichen Muthwillen derselben allen freien Lauf und Streif bis hierher und im ganzen Lande umher gestatten."

„Da nun aber E. L. sehr wohl ersehen, daß dies nicht ausreichen wird, dem anwachsenden Uebel hinlänglich zu steuern: so werden Sie auch daraus schließen, wie unumgänglich nothwendig es ist, daß dieses bayerische Unwesen ehestens zu Ende gebracht und gedämpft

[1]) Röder Bd. I, S. 231.

Digitized by Google

werde. Ich weiß zwar wohl, daß E. L. es an nichts ermangeln lassen, alles zu thun und vorzukehren, was immer möglich zum Zwecke dienen könnte; allein die Dinge liegen nun einmal derartig, daß, wo man nicht mit Sicherheit auf das Ziel lossteuern kann, man endlich etwas wagen muß."

Wir sehen hier von Seiten des Kaisers klar und unverhüllt an den Markgrafen die Forderung herantreten, eine Entscheidungsschlacht zu wagen.

Es ist merkwürdig, daß am selben Tage, an welchem der Kaiser in Wien diese Forderung stellte, dem 4. October, der Markgraf im Feldlager bei Augsburg die zahlreichen Mängel entwickelte, die bei seinem Heere einer offensiven Kriegführung entgegen standen. Unverkennbar wirkt in dieser Schilderung von Seiten des Markgrafen mit der Unmuth über die Fahrlässigkeit Styrums und über deren Folgen, die ihn um die Ueberlegenheit seiner Position gebracht.

Aber dann gelangte an ihn jene Forderung des Kaisers. Es ist augenscheinlich, daß sie ihn verletzt, weil darin der Zweifel liege: er werde nicht jede Gelegenheit suchen, mit dem Feinde in ein Gefecht zu gerathen. Er beruft sich dafür auf seine Vergangenheit. Er sei, sagt er, in jedem Treffen an Truppenzahl der Schwächere gewesen, bei Friedlingen, wie in den Linien von Bühl und Stollhofen. Aber daß er nun, nach dem unglückseligen Treffen bei Höchstädt, wo er noch dazu eine Besatzung in Augsburg belassen müsse, mit 9000 Mann gegen wenigstens 26,000 Mann nicht schlagen und dadurch alles aufs Spiel setzen wolle, sei wahr und von ihm nicht zu bereuen. „Auch werden, fügt er hinzu, die unüberlegten Reden und voreiligen Urtheile, die an Dero Hof gegen mich verbreitet und in alle Welt hinausgeschrieben werden, mich nie hindern das zu thun, was ich meinem Gewissen und der Vernunft gemäß befinde. Ew. K. Majestät aber bitte ich versichert zu leben, daß man Dero Interesse nicht mehr zu Herzen nehmen kann, als es von mir geschieht" [1]).

Mag immer bei jener Forderung des Kaisers an den Markgrafen die Meinung am Hofe in Wien über die Unthätigkeit des letzteren mitgewirkt haben, Leopold erwiederte, daß er sein einziges Vertrauen in

[1]) Röder Bd. I, S. 247.

Digitized by Google

die Besonnenheit, die Umsicht und den Nachdruck des Markgrafen setze. „Daher, fügt er hinzu, E. L. sich an dergleichen Reden nicht zu kehren haben, sondern nur fortfahren wollen dasjenige zu thun, was Sie zu meinen und der gemeinen Sache Diensten für gut ansehen und befinden werden" [1]).

Aber auch der Markgraf war durchaus nicht Willens jene Forderung nicht zu erfüllen. Die Berichte über das Treffen bei Höchstädt ergaben, daß unter den Generalen, die dort bei mangelhafter Oberleitung dennoch ihre Pflicht erfüllt, voran gestanden war Schulenburg. Wenige Tage nach der Schlacht berief der Markgraf ihn mit dem sächsischen Corps zu sich. Schulenburg marschirte im weiten Bogen über die Oberdonau und gelangte am 18. October zu dem Markgrafen, der sich, nach Hinterlassung einer Besatzung in Augsburg, bis Kempten südwärts gezogen hatte [2]). So durch 5000 Mann verstärkt, bot der Markgraf der französisch-bayerischen Macht wiederholt ein Treffen an [3]). Villars war geneigt, nicht der Kurfürst. Es lag ihm alles daran, nur sein eigenes Land zu beschützen. Deshalb hielt er sich in seinem verschanzten Lager bei Memmingen.

Das Verhältnis der beiden zu einander ward seit den Septembertagen immer gespannter. Der Kurfürst, ehrgeizig wie er war, und durch den Ehrgeiz zum Friedensbrecher und Rebell geworden, konnte doch niemals in sich die andere Richtung seiner Gedanken zum Schweigen bringen, wie viel besser es für ihn sein würde, im friedlichen Besitze seines Landes als Reichsfürst seinen Neigungen zu leben. Auf den Vorhalt des Villars, daß ja der König für den Fall des Unglücks ihm Belgien und reiche Pensionen biete, erwiederte der Kurfürst aus seiner Lebenserfahrung: Quant aux pensions, croyez-moi, mon cher Maréchal, un Prince dont on a reçu des services, et qui n'est plus utile, ressemble à une vieille maîtresse qu'on voit avec peine et qu'on paye à regret [4]). — Villars erkannte diesen Einwand an. Andererseits aber war das Bewußtsein der persönlichen Ueberlegenheit über den Kurfürsten in ihm stark ausgeprägt, und er

[1]) Röder Bd. I, S. 260.
[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 131.
[3]) Röder Bd. I, S. 249 und 251.
[4]) Mémoires de Villars t. I, p. 271.

Digitized by Google

gab ſich geringe Mühe es zu verhehlen. Er ſelbſt berichtet, daß eines Tages bei ſeinen Worten der Kurfürſt, mit Zornesröthe im Geſichte, ihm zugerufen habe: „Ich habe mit einem General gedient, wie dem Herzog Carl von Lothringen; aber ſo etwas hat dieſer mir niemals geboten".

Im October erhielt Villars die erbetene Abberufung. Im Beſitze derſelben, trat er zu dem Kurfürſten mit dem erneuten Vorſchlage eines Angriffes auf den Markgrafen. „Marſchiren wir noch dieſe Nacht, rief er. Wir ſchlagen ihn ſicher, oder drängen ihn hinaus nach Tirol oder in die Schweiz." Der Kurfürſt weigerte ſich. Da der Markgraf ſeinerſeits denſelben Wunſch des Schlagens hatte: ſo bleibt die Frage offen, wer von beiden die Dinge richtiger abwog, der Kurfürſt oder Villars. Als der erſtere nicht nachgab, erwiederte Villars, daß er am nächſten Morgen zur Heimkehr aufbrechen werde. Es geſchah. Als ſein Erſatzmann kam der Marſchall Marſin, dem Ludwig XIV. mehr Glätte und Gewandtheit in der Behandlung des Kurfürſten zutraute [1]).

Die Abreiſe des Marſchalls Villars benahm dem Markgrafen die Hoffnung, durch ein Treffen die Dinge wieder zu Gunſten des Kaiſers zu wenden. Dagegen kam vom Weſten her im Laufe des Jahres 1703 noch mehr als eine Unglücksbotſchaft.

Noch vor dem Treffen bei Höchſtädt war die Kunde eingelaufen, daß der Graf Arco in Breiſach, ungeachtet ſeiner Befehle ſich bis auf den letzten Mann zu halten, capitulirt habe. Der Markgraf wiederholte in ſeinem Berichte darüber an den Kaiſer, daß er eine Feſtung ſo ſtark wie Breiſach nicht kenne, und beantragte ein Kriegsgericht [2]). Auf die Zuſtimmung des Kaiſers trat das Kriegsgericht, unter dem Vorſitze des Generals Thüngen, während des Winters in Bregenz zuſammen. Es fällte über den Grafen Arco das Todesurtheil, über Marſigli und mehrere andere den Verluſt der militäriſchen Ehren. Die Strafen wurden auf dem Markte zu Bregenz vollzogen.

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 287.

[2]) Röder Bd. I, S. 210. Vom 14. September.

Nach dem Falle von Breisach rückte der Marschall Tallard vor Landau. Der Commandant Friesen war ein anderer Mann als Arco, und der Markgraf sprach dem Kaiser wiederholt sein volles Vertrauen auf Friesen aus [1]). Allein es war klar, daß der Markgraf von Baden, auf der Grenze von Schwaben und Bayern durch den Kurfürsten Max Emanuel festgehalten, einen Entsatz für Landau nicht zu bringen vermochte. Ein solcher konnte nur kommen vom Niederrheine her, von Seiten der Armee der Seemächte, oder der in ihrem Solde stehenden deutschen Truppen. Landau war demnach der Punct, zu Gunsten dessen die Streitkräfte der Verbündeten vom Norden und vom Osten her zusammen zu wirken hatten. Wir haben daher zunächst den Feldzug in den Niederlanden ins Auge zu fassen.

Wir erinnern uns, daß weder Marlborough noch die holländischen Generale willig waren für den Vorschlag des Markgrafen, an der Mosel aufwärts eine Diversion zu machen. Auch der Fall von Bonn, bereits am 16. Mai, brachte darin nicht eine Aenderung hervor. Marlborough war vielmehr, wie er an Coehoorn schreibt, mit Herz und Seele für den Plan eines Angriffes auf Antwerpen [2]). Nach dem Falle von Bonn zogen daher Marlborough und Ouwerkerke sich westwärts, zum Zwecke der Vereinigung mit den anderen holländischen Truppen in Nordbrabant. Zu Ende Juni, als sie bereits bei Beringen in der Campine standen, machte der Marschall Boufflers mit überlegener Macht einen Angriff auf ein bei Ekeren isolirt stehendes holländisches Corps. Es geschah das Merkwürdige, daß der commandirende General Obdam von seinen Truppen abgeschnitten und versprengt, dagegen der Angriff mit schwerem Verluste der Franzosen abgeschlagen wurde [3]).

Indessen auch die Holländer hatten viel eingebüßt. Aber ihr erster Gedanke war den Verlust zu ersetzen. Als die Nachricht von

[1]) Röder Bd. I, S. 250. Vom 1. November.

[2]) Murray t. I, p. 119. Vom 20. Juni.

[3]) Man vgl. den Bericht Hops und die Glückwünsche Marlboroughs bei Murray t. I, p. 129 sqq.

Digitized by Google

Ekeren einlief, lud Heinsius sofort die Deputirten der Generalstaaten und des Staatsraths zu sich. Sie blieben bis Mitternacht zusammen. Am anderen Morgen enteilten die Gesandten Salich nach Münster, Lintelo nach Berlin, um dort so bald wie möglich so viele neue Truppen zu erhandeln, als zum Ersatze erforderlich, nämlich um der französischen Macht überlegen zu bleiben [1]).

Erblicken wir demnach in der Republik einen großen Eifer, wo es sich darum handelte, die Wehrkraft in dem bisherigen Stande zu erhalten: so war die Neigung, diese Wehrkraft zu einer Offensive zu verwenden, ungleich geringer. Im Anfange Juli wurden die holländischen Generale nach Bergen op Zoom berufen, um den ferneren Kriegsplan festzustellen. Marlborough war nicht mitgeladen, gab daher dem Felddeputirten Hop schriftlich seine Ansicht für den sogenannten großen Plan kund [2]). Die holländischen Generale erwogen die Sache. Ihr Conclusum ging an den Staatsrath im Haag. Dort wurde es abermals beredet. Der Staatsrath beschloß, die Angelegenheit wieder auf die Generale zu remittiren, mit der Aufforderung, das Thunliche und Nützliche vorzuschlagen. Für Wochen lang blieb die Frage in diesem Kreislaufe. Die große Schwierigkeit der Lösung lag darin, daß der Feind zwischen der englisch-holländischen Armee und Antwerpen stand, und zwar innerhalb der von ihm aufgeworfenen Walllinien [3]). Es galt also einen Angriff auf diese Linien. Marlborough war geneigt, die Holländer konnten sich dazu nicht entschließen. Marlborough maß die Schuld hauptsächlich der Hartnäckigkeit des Ingenieur-Generals Coehoorn bei [4]). Die englisch-holländische Armee zog sich im August wieder an die Maas zurück, und setzte sich die Belagerung der kleinen Stadt Huy zur Aufgabe.

Inzwischen hatte man von kaiserlicher Seite nicht abgelassen, bei Marlborough und den Leitern der Republik zu mahnen an den Vorschlag einer Diversion die Mosel hinauf. Nach dem Vereiteln des Planes auf Antwerpen zeigte Marlborough sich geneigter und gab nun selber

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 3. Juli.
[2]) Murray t. I, p. 134.
[3]) Die Berichte des Grafen Goes vom 14., 17., 20. Juli.
[4]) Murray t. I, p. 157. An Stepney, 14. August.

Digitized by Google

in Wien den Weg an, wie zu Gunsten jenes Vorschlages für den nächsten Feldzug im Haag zu wirken sei. Er beauftragte Stepney, in Wien zu sagen, daß er es dem Gemeinwohl entsprechend finde, für den Winter ein Corps an die Mosel zu senden, welches Trarbach wieder nehmen und Trier besetzen werde, um von dort aus frühzeitig den Feldzug an der Mosel zu beginnen. Gehe man in Wien auf den Plan ein: so möge man Jemanden beauftragen, im Haag diesen Vorschlag geltend zu machen. Marlborough nannte dafür den Grafen Sinzendorf, der als kaiserlicher Bevollmächtigter im Hauptquartiere weilte, und der, nach dem Urtheile Marlboroughs, durch seinen Eifer für die allgemeine Sache und durch seine Eigenschaften sich bei den Verbündeten die allgemeine Anerkennung erworben hatte. Dann fügte Marlborough hinzu: „Da ich ohne Eitelkeit sagen darf, daß es für Sinzendorf wie für jeden Anderen schwer sein würde, nach meiner Ueberfahrt nach England die Sache im Haag durchzubringen: so ist es um so nöthiger die Instruction sofort auszufertigen, da ich nicht im Stande sein werde, nach meiner Rückkehr von der Armee länger als acht bis zehn Tage im Haag zu verweilen“ [1]).

So Marlborough am 11. August. Daß sein Fingerzeig in Wien sofort beachtet wurde, ergibt ein kaiserliches Reſcript an den Grafen Goes im Haag, vom 24. August. Er weist den Gesandten an, bei den Leitern der Republik den Gedanken geltend zu machen: der unfruchtbare Verlauf dieses Feldzuges thue überzeugend dar, wie viel besser es gewesen wäre, die von dem Markgrafen Ludwig von Baden vorgeschlagene Expedition die Mosel hinauf vorzunehmen, als den stärksten Andrang gegen die Schelde zu richten. Einige Tage später erfolgte der Auftrag an Goes im Haag, mit Sinzendorf und Marlborough den Plan des letzteren für eine Expedition an der Mosel bei den Generalstaaten zu befürworten [2]).

Der Vorschlag einer Expedition an der Mosel hinauf ist der Keim, aus welchem sich später bei Marlborough der Plan des entscheidenden Feldzuges von 1704 entwickelt. Wir haben früher beobachtet, daß der Gedanke zuerst von Wratislaw zu Marlborough

[1]) Murray t. I, p. 157.
[2]) Kaiserliche Reſcripte vom 24. August und 7. September.

Digitized by Google

ausgesprochen ist, und werden auch später Wratislaw als den hauptsächlichen Träger dieses Planes auftreten sehen.

Indessen gab Marlborough auch noch für den Feldzug von 1703 die Hoffnung nicht auf, die Leiter der Republik zum Beschlusse einer größeren Unternehmung zu bewegen. Noch während der Belagerung von Huy sammelten sich um ihn im Hauptquartiere zu Val Notre Dame, am 24. August, die holländischen Felddeputirten und die sämmtlichen Generale. Im Haag wünschte man, nach dem Falle von Huy, die Belagerung von Limburg. Die nicht-holländischen Generale dagegen stimmten für einen Angriff auf die französischen Linien zwischen der Mehaigne und Leeuwe. Bei der Beschaffenheit des Bodens dort könne die ganze verbündete Armee zur Verwendung kommen. Der Feind werde voraussichtlich nicht Stand halten: geschehe es dennoch, so habe man bei der Ueberlegenheit der verbündeten Streitkräfte den längst gewünschten Anlaß zu einem Treffen mit Freuden zu begrüßen. „Wir haben auch in Erwägung zu ziehen, schließt das Gutachten der Generale, daß die Macht des Feindes sowohl in Italien wie im Reiche überlegen, daß sie nur hier schwächer ist als diejenige der Verbündeten. Darum richten sich die Augen von allen Seiten her auf uns, und man würde Anlaß nehmen, und nicht ohne Grund, unser Verhalten zu tadeln, wenn wir nicht alles aufböten, was in unseren Kräften steht, um die Bundesgenossen dadurch zu entlasten, daß wir den Feind zwingen hierher Hülfe zu ziehen. Dies kann aber nur geschehen durch ein nachdrückliches Vorgehen von unserer Seite." Das Gutachten wurde, außer von Marlborough, von den englischen, dänischen, braunschweig-lüneburgischen und hessischen Generalen unterzeichnet [1]).

Am folgenden Tage capitulirte die Besatzung von Huy. Marlborough übersendete den Generalstaaten mit seinem Glückwunsche das Gutachten des Kriegsrathes vom 24. August, und fügte noch seine besonderen Gründe hinzu. „Ich nehme mir die Freiheit zu bemerken, sagt er, daß, auch wenn die Feinde ihre Linien vertheidigen wollten, was sie meines Erachtens nicht thun werden, dennoch sowohl die Güte unserer Truppen, der Eifer, den sie beweisen zum Schlagen zu gelangen, als andererseits die geringere Qualität der des Krieges noch

[1]) Das Gutachten bei Murray t. 1, p. 166.

nicht gewohnten Gegner, für mich gewichtige Gründe abgeben. Da ferner der Feind Mittel gefunden, fast überall anderswo als hier die Oberhand zu erhalten: so erwarten die Bundesgenossen mit Recht, daß von unserer Seite etwas Nachdrückliches geschehe, dessen Rückwirkung auch ihnen zu gute kommen und die Feinde nöthigen würde, sich aus dem Reiche zurückzuziehen. Ich kann endlich auch Ew. Hochmögenden versichern, daß man in England dergleichen erwartet, wie ohne Zweifel auch in Holland, wo man davon den größten Vortheil ziehen würde. Ja, ich darf sogar sagen, daß in Bezug auf England es sehr nothwendig ist, etwas zu unternehmen, weil nach allem Anscheine man dort in diesem Winter sehr ungehalten sein wird, wenn bei einer solchen Ueberlegenheit von unserer Seite der Feldzug ohne eine nennenswerthe That vorüberginge. Uebrigens kann ich nicht unterlassen, Ew. Hochmögenden zu bemerken, daß die anderen Generale dafür halten, es gewinne den Anschein, als seien wir verpflichtet hier auf der Defensive zu bleiben, und diejenigen, welche ihnen beipflichten, müssen einräumen, daß die Feinde im nächsten Jahre um so viel stärker sein werden, daß wir nicht dieselbe Ueberlegenheit zu hoffen haben. Demgemäß wäre dann nicht mehr daran zu denken, den Krieg gegen die beiden Kronen auf belgischem Boden zu führen. Deshalb vertraue ich darauf, daß die Hochmögenden Herren, nach reifer Erwägung aller Gründe für und wider, uns zustimmen werden. Der Erfolg würde für Ihre Waffen sehr ruhmvoll sein und könnte uns, noch vor dem Ende dieses Feldzuges, sehr weit führen, wenn man nur ohne Zeitverlust zu Werke ginge" [1]).

Die Leiter der Republik schoben auch dies Mal die Entscheidung zurück auf die Felddeputirten und Generale. Diese waren einem Angriffe auf die Linien in Brabant abgeneigt. Bereits am 6. September befand sich das Hauptquartier in St. Tron. Von dort aus wendete sich Marlborough nochmals an die Generalstaaten. Der Ort, von welchem aus er schrieb, zeigte an, daß er mit seinem Vorschlage nicht durchgedrungen war. Er versicherte nochmals, daß derselbe nicht bloß ausführbar, sondern auch aussichtsvoll gewesen sei, und wünschte, daß die Unterlassung keine nachtheiligen Folgen haben möge. „Aber, fuhr

[1]) Murray t. I, p. 167.

Digitized by Google

er dann fort, es ist nun vorbei, und, da nach dieser Seite hin Anderes nicht mehr ausführbar, so habe ich meinen Rath gegeben, Limburg zu belagern. Da meine Gegenwart dort nützlicher sein wird als hier: so begebe ich mich auf den Weg dahin. Einstweilen bitte ich Ew. Hochmögenden, den Vorschlag der Sendung eines Detachements an die Mosel zu erwägen, damit, wenn der Beschluß erfolgt, die Truppen gleich nach der Einnahme von Limburg sich in Marsch setzen können" [1]).

Wir erkennen die merkwürdige Zähigkeit dieses Mannes, die an keinem Misgeschicke, an keinem Mangel fremder Einsicht noch auch guten Willens erlahmt, sondern mit gleicher Unverdrossenheit auf einen lieb gewordenen Plan verzichtet, um sofort einen anderen aufzunehmen. Die Correspondenz Marlboroughs mit den hauptsächlichen holländischen Felddeputirten, Geldermalsen und Hop, zeigt von seiner Seite niemals eine Empfindlichkeit, stets dagegen eine ob wahre, ob vorgebliche, Deferenz vor ihrem Urtheile. Er legte dem Ersteren damals einen Entwurf zur Reform der Disciplin im holländischen Heere vor, der volles Vertrauen auf Geldermalsen voraussetzt [2]).

Die Generalstaaten zogen jenen Plan in Erwägung. Sie forderten die Gutachten der Felddeputirten und der Generale. Von den fünf Felddeputirten stimmten zwei dafür und drei dagegen. Die letzteren gingen weiter. Sie fragten, wozu die zwölf Bataillone unter Goor an der Donau? Besser sei es, sie heimzurufen. Auch die Mehrzahl der Generale war gegen einen Zug an die Mosel. Die Berathungen für und wider zogen sich hin, eine Woche und länger [3]).

„Es ist zu bedauern, fügt der Graf Goes seinem Berichte hinzu, daß alle wichtigen Angelegenheiten hier so confus verhandelt werden. Und dennoch geht es bei der jetzigen Verfassung der Republik nicht anders. Es sind noch mehr Confusionen zu erwarten, wenn nicht etwa die göttliche Providenz es so fügt, daß, wozu bis jetzt keine Apparenz, ein rechtes Haupt die Leitung der Kriegessachen übernimmt. Denn jeder Bürgermeister und jeder Schöff will hier das Handwerk verstehen und seine Stimme darüber abgeben, wie Europa eingerichtet

---

[1]) Murray t. I, p. 173.
[2]) A. a. O. p. 198.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 21. September.

Digitized by Google

werden müsse. Dem gegenüber getrauen sich die Sachverständigen nicht entschieden durchzusprechen."

Es ist die Schattenseite der Republik. Ihr gegenüber steht als die Lichtseite die Opferwilligkeit der Holländer für ihre Erhaltung. Während viele Reichsfürsten nur die geringen Contingente stellten, nicht wenige auch nicht einmal diese, oder sie mit unter die Soldtruppen rechneten, für welche sie von den Seemächten oder vom Kaiser Geld nahmen, mit der oft wiederholten Drohung, namentlich von Seiten des neuen Königs von Preußen, sie abzuberufen, wenn nicht pünctlich gezahlt werde — unterhielt die Republik der Niederlande 126,000 Mann.

Die Frage der Sendung einer Hülfe den Rhein hinauf ward dringend durch die Nachricht der Umschließung von Landau im October. Marlborough befand sich in Düsseldorf. Er konnte den Gedanken nicht fassen, daß Tallard tief im Herbste diese schwierige Belagerung vornehmen werde; aber auf die Meldung des Markgrafen von Baden und im Einverständnisse mit dem Kurfürsten von der Pfalz schrieb er an die Generalstaaten die Bitte, die Felddeputirten dahin zu instruiren, daß, sofort nach seiner Rückkehr zur Armee, er mit ihnen die Entsendung eines Corps unter dem Erbprinzen von Hessen rheinaufwärts beschließen könne. „Denn die Erhaltung der Stadt Landau, schloß er, ist von höchster Wichtigkeit" [1]).

Die Generalstaaten erkannten dies an und faßten demgemäß ihren Beschluß. Marlborough eilte ins Feldlager bei Alderbeesten zurück, und stellte mit den Felddeputirten den Plan fest, daß der Erbprinz von Hessen mit einem Corps von 12,000 Mann rheinaufwärts marschiren solle. Er meldete nach Wien, daß er selber bereitwillig diesen Zug unternehmen würde, wenn ihn nicht die bevorstehende Sitzung des Parlamentes nach England riefe [2]).

Der Erbprinz von Hessen-Cassel setzte sich in Marsch. Am 13. November traf er bei Speier ein, wo der Graf von Nassau-Weilburg aus den Linien von Stollhofen zu ihm stieß. Sie verabredeten den Angriff auf das Belagerungsheer für den 16. November. Aber sie

[1]) Murray t. I. p. 199. Vom 16. October.
[2]) A. a. O. p. 201. Vom 22. October.

Digitized by Google

wußten nicht, daß der Marschall Tallard, über ihre Bewegungen unterrichtet, das Corps Pracontals aus Lothringen her in Eilmärschen zu sich beschieden hatte. Tallard selber brach mit dem Heere vor Landau auf, vereinigte sich mit Pracontal und zog auf Speier, mit der Absicht, die Verbündeten dort am 15. November anzugreifen. Es war der Tag des heiligen Leopold, den der Graf Nassau-Weilburg festlich zu begehen gedachte. Statt dessen ward er überrascht durch den unerwarteten Angriff. Der linke Flügel der Verbündeten, unter dem Grafen Nassau-Weilburg, ward völlig geworfen und aufgelöst, der rechte, unter dem Erbprinzen von Hessen-Cassel, hielt Stand. Aber die Schlacht ward verloren. Die Einbuße der Verbündeten an Todten, Verwundeten und Gefangenen betrug 6000 Mann [1]).

Der Marschall Tallard berichtete in der Weise, die den französischen Marschällen jener Zeit charakteristisch zu sein scheint: „Niemals hat man eine blutigere Schlacht, niemals einen völligeren Sieg gesehen".

Anders der Erbprinz von Hessen, an dessen Besonnenheit und Umsicht sich der französische Siegeslauf gebrochen hatte. Die Bescheidenheit seines Berichtes an die Generalstaaten ward ergänzt durch denjenigen des Felddeputirten Almelo, welcher darlegte, daß der Erbprinz nicht bloß als Feldherr gehandelt, sondern zugleich als Soldat im Handgemenge um sein eigenes Leben gekämpft hatte. Die Generalstaaten erwiederten in ihrem Schreiben an den Erbprinzen: „Das Unglück, das Ew. Durchlaucht widerfahren, hindert uns nicht, unsere volle Zufriedenheit über Ihre Haltung bei diesem Anlasse kund zu geben, so wie über die Bravour der Truppen unter Ihrer Führung und nach Ihrem Beispiele. Wir versichern Ew. Durchlaucht, daß unsere Achtung vor Ihnen und die gute Meinung, die wir von den Truppen unter Ihrem Befehle immer gehabt, nicht verringert, sondern vielmehr sehr gestiegen ist" [2]).

Aber die nächste Folge war die, daß der Graf Friesen in Landau, fortan ohne Hoffnung eines Entsatzes, capituliren mußte. Er erhielt, am 18. November, freien Abzug unter denselben Bedingungen, wie

[1]) Lamberty t. II, p. 641.
[2]) A. a. O. t. I, p. 642.

Digitized by Google

ein Jahr zuvor der französische General Melac [1]). Der Markgraf Ludwig von Baden berichtet darüber dem Kaiser: „Es nimmt mich Wunder, daß der General Friesen noch einen so ehrenvollen Accord erlangt, da er doch die Sache aufs äußerste hatte kommen lassen. Er hat sich in der Vertheidigung der Stadt so ausgezeichnet, wie es nicht leicht erhört worden und in wenigstens einem Jahrhunderte nicht geschehen ist" [2]).

Das Unglück des Jahres 1703 für den Kaiser war mit dem Falle von Landau nicht erschöpft. Auf die Nachrichten von Speier und Landau erwiedert er dem Markgrafen durch einen besonderen Courier: „Ich will E. L. zu Ihrer Nachricht und zu Ihrer Erwägung nichts verbergen, und melde daher, daß das Unwesen der ungarischen Rebellion immer höher und gefährlicher anschwillt. Das zusammengerottete Raubgesindel streift nicht mehr parteienweise, sondern steht im Felde, zwanzigtausend und mehr Mann stark. Es hangt von seiner Willkür ab, nicht allein über die Grenzen meiner deutschen Erbländer einzudringen, sondern auch an den hiesigen Vorstädten ihren Muthwillen mit Feuer und Schwert zu verüben. Denn das geringe Corps unter dem Grafen Schlick ist allzu schwach, um den Einbruch der leicht beweglichen Schaaren abhalten zu können. Auch sonst ermangelt vielfach die nöthige Gegenwehr. Deshalb habe ich mich bewogen gefunden, aus Tirol und von Passau mehrere Truppen herunter zu ziehen. Ich begreife gar wohl, daß dies dem Feinde abermals Gelegenheit und Muth wider Tirol, Passau und Ober-Oesterreich geben wird. Aber ich kann nicht anders der unmittelbar hier vor Augen schwebenden Gefahr widerstehen. Ich lege aufgefangene Briefe bei, aus denen sich ergibt, daß die Rebellen mit Frankreich und Bayern im Einverständnisse sind und den Plan einer Vereinigung verhandeln" [3]).

So die Aussichten des Kaisers nach der ungarischen Seite. Auch nach der bayerischen wurden sie nicht günstiger. Der Markgraf von

[1]) Bericht Friesens bei Röder Bd. I, S. 274.
[2]) A. a. O. S. 273.
[3]) A. a. O. S. 276. Vom 10. December.

Digitized by Google

Baden hatte es im September als einen besonderen Gewinn betrachtet, daß die Reichsstadt Augsburg kaiserliche Besatzung einnahm. Aber nachdem er sich weiter aufwärts gezogen, an den oberen Lech und die Iller bis zum Bodensee hinauf, um die Verbindung mit Tirol offen zu halten, und dann dort sein Heer in die Winterquartiere verlegt hatte, gelang es dem Kurfürsten Max Emanuel und Marsin die Stadt Augsburg völlig einzuschließen. Die Belagerung begann am 3. December. Die Besatzung bestand aus 7000 Mann. Dazu durfte der Commandant Bibra zählen auf die Bürgerschaft, die von der Rache des Kurfürsten für sich nicht viel Gutes zu erwarten hatten. Aber dem Markgrafen Ludwig von Baden lag mehr an der Erhaltung der Besatzung, als an derjenigen der Reichsstadt. Er schickte dem Commandanten den Befehl, es nicht auf das Aeußerste ankommen zu lassen. Der Befehl ward von dem Kurfürsten aufgefangen, und dann seinerseits durch einen Trompeter an Bibra eingeschickt. Die Capitulation erfolgte. Am 16. December zog Max Emanuel in Augsburg ein, und fortan lag seine Hand schwer auf der unglücklichen Stadt [1]).

Diese in den letzten Monaten des Jahres 1703 so rasch nach einander erfolgenden Schläge riefen namentlich im Haag den Unmuth wider die Lauheit der Reichsstände wach. Heinsius lud die Gesandten der verbündeten Mächte zusammen und redete zu ihnen im Namen der Republik mit eindringlicher Mahnung [2]). „Die Hochmögenden, sagte er, sehen den Krieg der großen Allianz wider Frankreich an als einen solchen, der durchaus über das Geschick von ganz Europa entscheiden muß: ob Freiheit, ob Sklaverei. Auch zweifeln sie nicht, daß von Allen, denen das Gemeinwohl am Herzen liegt, der Krieg in derselben Weise betrachtet werden muß. Denn nachdem Frankreich sich in den Besitz der spanischen Monarchie gesetzt hat, wird es, wenn es sich darin befestigen kann, eine solche Ueberlegenheit und eine im Vergleiche zu allen anderen Fürsten Europas so überragende Macht erlangen, daß Keiner von ihnen noch im Stande sein wird sich zu widersetzen. Vielmehr wird der König von Frankreich Allen das Gesetz vorschreiben und sie unter sein Joch beugen, ohne daß man, nach menschlicher

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 590 u. f.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 11. December, und Lamberty t. II, p. 647.

Digitized by Google

Ansicht, in irgend einer Weise es zu hindern vermöchte. Um daher mit vereinten Kräften entgegen zu treten, bevor Frankreich und Spanien völlig zusammenwachsen, haben der Kaiser, die Königin von England und die Generalstaaten den Vertrag der großen Allianz geschlossen, welchem nachher andere Mächte beigetreten sind, und auf Grund dessen auch das Reich sich am Kriege betheiligt hat. Kraft dieses Vertrages ist ein jeder der hohen Verbündeten für sich selber und für die Anderen verpflichtet, für den Zweck der Allianz das Aeußerste aufzubieten, damit wir insgesammt der übergroßen Macht Frankreichs entgegen treten, es hindern, daß es nicht sich Spanien völlig zu eigen mache, und damit wir einen guten, sicheren und soliden Frieden erlangen. Die Generalstaaten haben zu diesem Zwecke alle ihre Kräfte angestrengt, und noch darüber hinaus. Die südliche Grenze war früher gedeckt durch das vorliegende Belgien. Seitdem dasselbe in Feindeshand, hat die Republik mit außerordentlichen Kosten die eigene Grenze in den Stand der Vertheidigung gesetzt. Sie hat dann ihre Truppen vermehrt bis hinauf zu einer Zahl, wie in keinem Kriege je zuvor. Sie hat einen großen Theil dieser Truppen nur zu sehr lästigen Bedingungen, für außerordentlich hohe Summen erlangen können. Die Republik hat ferner sich verpflichtet, kostspielige Kriegsflotten in das Meer zu senden, sowohl um es zu sichern, als um das Gemeinwohl zu fördern. Nach allen diesen Richtungen hat die Republik, vom Beginne an, sowohl für ihre eigene Erhaltung als für das Gemeinwohl mehr gethan als ihre Kräfte verstatteten. Dennoch hat die Republik, gemeinsam mit der Königin von England, in dem nun abgelaufenen Jahre neue Verträge abgeschlossen, welche, zum Zwecke der Erhaltung der allgemeinen Freiheit, ihr neue Lasten aufbürden. Die Republik hat ferner alles gethan, was man von guten und getreuen Bundesgenossen erwarten durfte. Denn sie hat in ihrem Eifer für die allgemeine Sache einen ansehnlichen Theil ihrer Truppen den Rhein hinauf und sogar bis an die Donau marschiren lassen."

„Demgemäß durfte die Republik mit Recht erwarten, daß auch von Seiten der hohen Verbündeten, und besonders von Kaiser und Reich, die Sache mit gleichem Eifer angegriffen würde; denn der Kaiser und das Reich sind in gleicher Weise betheiligt, und sogar, nach der Vereinigung der Franzosen mit dem Kurfürsten von Bayern, noch

viel mehr. Die Generalstaaten haben es nicht an ihren Mahnungen fehlen lassen, wann und wo immer eine Gelegenheit dafür sich ihnen bot. Diese Mahnungen haben nicht den Erfolg gehabt, den sie hätten haben müssen. Zwar haben einige Fürsten und Reichskreise, die dem Feinde zunächst bloßgestellt, einen lobenswerthen Eifer gezeigt, zum Theile sogar sich angestrengt über ihre Kräfte."

„Dagegen sind die kaiserlichen Truppen seit dem vorigen Feldzuge nicht recrutirt, und daher um die Hälfte schwächer als sie sein sollten, und zugleich durchaus mangelhaft ausgestattet. Die Reichsarmee ist gar nicht im Felde erschienen; denn einige Fürsten und Kreise haben ihr Contingent nicht gestellt, andere nur zum Theile, und dazu so spät und mit so beschränkten Befehlen, daß sie den erforderlichen Dienst nicht leisten konnten. Die Festungen des Reiches sind mit dem Nothwendigen für eine gute Vertheidigung nicht versehen. Die Vorstellungen der Generalstaaten darüber sind wirkungslos verhallt. Der Reichstag in Regensburg hatte wenigstens beschlossen, Philippsburg in den erforderlichen Stand zu setzen, und zu diesem Zwecke einige Römermonate bewilligt. Bis zur Stunde ist von allem dem nichts erfolgt."

„Dieser Mangel an pflichtmäßiger Leistung, diese Unordnung von Seiten der Reichsstände tragen die Schuld an den erlittenen Nachtheilen. Die wichtigen Plätze Kehl, Breisach, und vor wenigen Tagen auch noch Landau, sind verloren. Das Reich ist dadurch in die höchste Gefahr gebracht, und darum ist es mehr als jemals Zeit zu erwachen. Die Generalstaaten kennen die Entschuldigungen, die man vorbringt; aber sie wissen auch zu unterscheiden zwischen Gründen und Vorwänden. Sie haben noch einen besonderen Grund zur Beschwerde. Während sie ihre Truppen in das Reich hinaufgeschickt und dadurch für die Erhaltung desselben mehr gethan als viele Stände des Reiches, ist es geschehen, daß diese, eben darauf sich verlassend, völlig zurück geblieben sind. Darf man denn einem Bundesgenossen die Zumuthung stellen, daß er Schweiß und Blut seiner Völker für die Erhaltung eines fremden Landes verwende, welches nicht selber zu diesem Zwecke die äußersten Anstrengungen macht? Die Generalstaaten haben ihre Truppen bis an die Donau geschickt; aber sie können sie dort nicht belassen, können nicht ihre Truppen verstreuen von der Donau bis

Digitized by Google

an den Canal. Deutschland muß selber für seine Erhaltung sorgen.“ Und dann folgen die im Laufe des Jahres 1703 wiederholt sowohl von den Generalstaaten, als von der Königin von England ausgesprochenen Mahnungen, daß jeder Reichsfürst wenigstens sein schuldiges Contingent stelle und im Stande erhalte.

Auf die Rede des Rathspensionärs versprachen die Gesandten in nachdrücklicher Weise heimwärts zu schreiben. Die Generalstaaten begnügten sich damit nicht. Sie erwogen den Vorschlag, eine besondere Deputation an die Reichsfürsten zu entsenden und sie an ihre Pflicht zu mahnen. Allein da Eile Noth thue, erließen sie sofort ein eindringliches Circularschreiben.

Ob dies etwas wirken würde, war die Frage der Zukunft. Näher heran trat zunächst die Besorgnis, daß die Generalstaaten ihre Drohung zur Wahrheit machen, das holländische Corps unter dem General Goor aus Schwaben abberufen würden. Diese Besorgnis stieg, als die wiederholten Differenzen zwischen dem Markgrafen Ludwig von Baden und dem General Goor dahin führten, daß der Erstere diesem den Degen abfordern und Arrest ansagen ließ. Die beiderseitigen Berichte über den Anlaß liegen vor [1]), sind jedoch kaum vereinbar. Dagegen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der einzelne Anlaß nur die bereits seit langer Zeit gehegte gegenseitige Misstimmung zum Ausbruche brachte. Der Markgraf gebraucht in seinem Berichte an den Kaiser sogar den Ausdruck: er habe sich nicht länger wie ein Schellenbub tractiren lassen wollen. Die Generalstaaten jedoch waren sehr erregt. Sie entsandten an den General Goor einen Courier mit dem Befehle der Rückkehr. Es gelang indessen dem kaiserlichen Gesandten Goes, sie zur Rücknahme dieses Befehles zu bewegen. Unterdessen traf auch der Graf Wratislaw auf seiner Rückreise von Wien nach England im Haag ein. Er zog den Rathspensionär in das Geheimnis seines Auftrages, in England einen Zug der Hauptarmee an die Donau durchzusetzen. Heinsius persönlich ging auf den Gedanken ein, der jedoch, weil der von den Generalstaaten mit Sicherheit zu erwartende Widerspruch nur durch den Anstoß der Sache von England her zu überwinden war, am wenigsten im Haag verlauten durfte. Das

[1]) Röder Bd. I, S. 266 und 278.

Eintreten des Rathspenſionärs für den großen Plan gibt ſich nur dadurch zu erkennen, daß er bei den Generalſtaaten das Verbleiben des Corps unter dem General Goor in Schwaben erwirkte. Es gelang weiter der geneigten Geſinnung auf beiden Seiten, eine Form des Ausgleiches zu finden, mit welcher der Markgraf und der General Goor ſich einverſtanden erklärten [1]).

Der Gang des Feldzuges an den verſchiedenen Orten hat uns gezeigt, daß die Worte des engliſchen Staats-Secretärs Nottingham (S. 268) vom Juni des Jahres 1703 ſich in den folgenden Monaten noch ungleich mehr beſtätigten. Um ſo mehr alſo mußte der von Portugal aus vorgeſchlagene Plan der Sendung des Erzherzogs Carl als des neuen ſpaniſchen Königs einleuchtend erſcheinen, nicht bloß mehr in London und im Haag, ſondern auch in Wien. Ja, bereits im Laufe des Monats Juni zweifelte man in Kenſington nicht mehr, daß der Kaiſer eingehen werde. Stepney in Wien erhielt noch im Laufe des Monates den Auftrag, zu verlangen, daß in der Ausfertigung der Ratification der Name der Königin, vermöge des althergebrachten Ranges der Krone von England, demjenigen des Königs Dom Pedro von Portugal vorgeſetzt werde [2]).

Um dem Kaiſer jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Seemächte zu benehmen, ging dann die Königin Anna noch einen erheblichen Schritt weiter. Sie ſchlug der Republik Holland vor, dem Vertrage der großen Allianz vom 7. September 1701 einen Zuſatz-Artikel beizufügen, kraft deſſen dem Erzherzoge Carl als künftigem Könige von Spanien die völlige Monarchie zugeſprochen werde. Die Generalſtaaten erwiederten zunächſt: ſie beſorgten, daß ein ſolcher Artikel mit den Wünſchen des Kaiſers nicht einmal ganz übereinſtimme: im anderen Falle würden ſie einen Widerſpruch nicht erheben [3]). Wir werden dieſem Artikel wieder begegnen.

Die Seemächte gingen in der Angelegenheit des Bündniſſes mit Portugal weſentlich zuſammen. Allein in England hing die Ratification

[1]) Lamberty t. II, p. 652.
[2]) Anlage I.
[3]) Anlage II.

Digitized by Google

lediglich von der Königin mit ihren Miniſtern ab. In der Republik der Niederlande dagegen handelte es ſich um die Zuſtimmung jeder einzelnen der ſieben ſouveränen Provinzen. Der Vertrag beſtimmte für Portugal, außer den Subſidien an Geld, 12,000 Mann Hülfstruppen. Daß jede der beiden Seemächte den dritten Theil davon auf ſich nehmen würde, ſtand von Anfang an feſt. Aber es handelte ſich dann um das letzte Drittel. Auf einen Anwurf des Rathspenſionärs, ob der Kaiſer dies Drittel auf ſich nehmen würde, antwortete der Geſandte Goes mit unbedingter Ablehnung [1]).

Der portugieſiſche Vertrag vom 16. Mai wurde an die ſouveränen Provinzen entſendet, und war dort mehrere Wochen hindurch, im Juni und Juli, der Gegenſtand lebhafter Berathungen.

Der Geſchäftsgang in der Republik war nicht mehr wie zu den Zeiten des Königs Wilhelm III. Damals hatte die Berufung auf ſeine Autorität jeden Vorſchlag leicht durchgedrückt, und der Rathspenſionär Heinſius, indem er ſich durch dieſe Autorität gedeckt fühlte, nahm ſich bereitwillig mancher Dinge an, auch wenn ſie nicht zunächſt ihm oblagen. Dies war nun anders geworden. Heinſius zog den Kreis ſeiner Geſchäfte enger, lehnte namentlich diejenigen ab, aus denen ihm ein Haß erwachſen konnte. Die fremden Geſandten hatten daher häufiger ſich an die ſieben Deputirten für die geheimen Angelegenheiten zu wenden. Von dieſen trat Keiner ſelbſtändig auf: ſie nahmen alles nur zum Berichte an und entſendeten die etwa ihnen überlieferten Denkſchriften an die ſouveränen Provinzen. Dort wurden ſie auf den Landtagen verhandelt. Nun aber mußten alle Beſchlüſſe über die Angelegenheiten auswärtiger Politik einſtimmig gefaßt werden. Demnach vermochte ein einziger Deputirter einer kleinen Stadt, ob aus Unkenntnis, ob aus Eigenwillen, wichtige Beſchlüſſe zu hindern, ohne daß der eigentliche Grund des Hinderniſſes den fremden Geſandten der Regel nach auch nur zur Kunde kam. Lediglich durch einen Zufall erfuhr einmal der kaiſerliche Geſandte Graf Goes, daß in den Ständen von Holland ein von ihm gewünſchter Beſchluß zweimal geſcheitert ſei an dem Widerſpruche des Deputirten der kleinen Stadt Schiedam, und vorausſichtlich auch zum dritten Male daran ſcheitern werde. Der

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Juni.

Digitized by Google

Gesandte begab sich zu diesem Deputirten. „Ich gab ihm so gute Worte, meldet er, daß er endlich sein Votum für die Sache versprach." Aber dies geschah in der nächsten und wichtigsten Provinz, in Holland. Wenn in einer der anderen Provinzen ein Beschluß wegen eines solchen Widerspruches nicht zu Stande kam: so verlautete darüber auch nicht einmal eine Kunde [1]).

Eine Angelegenheit solcher Art, die von allen souveränen Provinzen beschlossen werden mußte, war namentlich die vom englischen Parlamente aus verlangte Einstellung alles Briefverkehres mit Frankreich. Der Nachweis, daß diese Macht die Mittel zum Unterhalte selbst der Armee in Italien durch Wechselbriefe auf London und Amsterdam übersende, war so einleuchtend und durchschlagend, daß auch die Deputirten von Amsterdam ihren Widerspruch gegen die verlangte Maßregel fallen ließen. Am 11. April ward die Uebereinkunft getroffen, daß vom 1. Juni an alle Correspondenz mit Frankreich und Spanien aufhören solle [2]).

Hatte die Republik in dieser Sache der Forderung Englands entsprochen: so gab es manche andere Puncte, bei denen man nur durch jedesmalige Compromisse zum Ausgleiche gelangen konnte. Die Regierung der Königin Anna pflegte principiell die Forderung zu erheben, daß die Republik dasselbe zu leisten habe was England. In Betreff der 12,000 Mann für Portugal war jede der Mächte zu einem Drittel bereit. Allein, da der Kaiser principiell das letzte geweigert, so lag in der Vertheilung desselben auf die Seemächte ein Stein des Anstoßes.

Heinsius verfolgte das in wichtigen Fällen übliche Verfahren, den Allianz-Vertrag mit Portugal zuerst an die Stände von Holland zu bringen. Nachdem die Ratification dort beschlossen war, legte der Rathspensionär die Mittheilung dessen den Generalstaaten vor, mit der Bitte im gleichen Sinne auch die anderen Provinzen anzumahnen. Friesland, Overyssel und Groningen folgten sofort. Auch an Seeland zweifelte man nicht. Nur die zwei kleinen Provinzen Utrecht und Geldern zogen die Sache lange Wochen hin [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 16. März.

[2]) Desgleichen. Vom 17. April.

[3]) Desgleichen. Vom 30. Juli.

Digitized by Google

Das Entgegen-Kommen der Königin von England, namentlich ihr Erbieten, dem Vertrage der großen Allianz einen Zusatz-Artikel beizufügen, welcher dem Erzherzoge Carl die gesammte spanische Monarchie verbürge, beförderte unterdessen in Wien die Sache. Der Kaiser konnte, der Lage der Dinge gemäß, seine ausdrückliche Zustimmung erst dann geben, wenn beide Seemächte ratificirt hatten. Daß sie aber dann erfolgen werde, lag in London und im Haag bereits im Juli unzweifelhaft vor. Am Hofe von Versailles trug man sich noch bis zu Ende Juli mit der Hoffnung, daß das Kaiserpaar, weil der römische König Joseph söhnelos, den Erzherzog Carl nicht würde ziehen lassen [1]).

Man erörterte in Wien und im Haag bereits den Weg, den der Erzherzog zu nehmen habe. Der Kaiser zog die Reise über Italien vor, ohne jedoch sich entschieden auszusprechen. Er sei bereit, sagte er, den Rath der Seemächte darüber zu vernehmen. In London ward jede weitere Erörterung abgeschnitten durch die Erwiederung: der König von Portugal werde den Erzherzog nicht aufnehmen ohne die Hülfstruppen, und die Hülfstruppen nicht ohne den Erzherzog. Darum müsse auch der Weg für beide derselbe sein, für den Erzherzog also von Holland aus über den Ocean. Dazu auch sei diese Fahrt sicherer. Im Mittelmeere würde dem Erzherzog ein Seegefecht in Aussicht stehen, nicht im Oceane, wo es eine nennenswerthe französische Flotte nicht mehr gebe. Die Königin ließ zugleich nachdrücklich hervorheben, daß es ihr fester Entschluß sei, der Allianz den Zusatz-Artikel beizufügen, und daß sie in diesem Sinne auch bei der Republik alles aufbieten werde. Der Kaiser möge sich darauf völlig verlassen. Die Königin drängte daher, daß der Kaiser spätestens zu Ende August den Erzherzog von Wien entsende [2]).

Unterdessen aber schwebte die Frage des einen Drittels der Kosten. Die Deputirten der Generalstaaten luden, am 31. Juli, die Gesandten Goes und Stanhope in ihre Sitzung. Auf das Befragen der Holländer erwiederte Goes nochmals, daß der Kaiser nicht vermöge einen Beitrag zu geben. Nach langen Hin- und Widerreden erklärte Stanhope, daß die Königin von England bereit sei, die Hälfte aller Kosten

[1]) Dangeau t. IX, p. 255.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juli. Man vgl. Anlage II.

Digitized by Google

zu tragen, gegen das Versprechen des künftigen Ersatzes. Dagegen erwarte die Königin, daß die Republik die andere Hälfte übernehme. Die Holländer lehnten ab: nur zu einem Drittel wolle sich die Republik verpflichten. England müsse zwei Drittel tragen [1]).

Im Laufe des Monats August trafen von den anderen souveränen Provinzen der Republik die Zustimmungen zur Ratification des Vertrages ein. Am längsten sträubte sich die Bürgerschaft von Utrecht.

Unterdessen war der Gedanke des von England vorgeschlagenen Zusatz-Artikels zu der Allianz in London, im Haag, in Wien vielfach erörtert. Nach diesen Besprechungen reichte Stanhope im Haag einen Entwurf ein, der sowohl die große Allianz vom 7. September 1701, als diejenige der Seemächte mit Portugal, vom 16. Mai 1703, ergänzen sollte [2]). Nach der letzteren sollte der Kaiser einige spanische Gebietstheile an Portugal abtreten: nach der ersteren sollten niemals die Königreiche Frankreich und Spanien vereinigt werden, oder auch nur Einen Herrn haben. Der Entwurf des Zusatz-Artikels besagte: „Der Kaiser, die Königin von England und die Generalstaaten der vereinigten Niederlande haben beschlossen, sich bestimmter über ihre einhellige und beständige Meinung in Betreff der gesammten spanischen Monarchie auszusprechen, und sich auf das engste zur unverletzlichen Ausführung derselben zu verbünden. Sie erklären also, setzen fest und versprechen heilig, daß sie zu keiner Zeit mit dem gegenwärtigen allerchristlichsten Könige oder seinem Nachfolger, noch dem Herzoge von Anjou, noch überhaupt einem Mitgliede des Hauses Bourbon oder dessen Anhängern, einen Frieden eingehen wollen, so lange irgend ein Mitglied des Hauses Bourbon im Besitze eines der Länder verbleibt, welche einst der König Carl II. von Spanien, gottseligen Andenkens, besessen hat oder rechtlich hätte besitzen sollen. Dagegen wird ihr Absehen vor allen Dingen dahin gerichtet sein, daß alle und jede Königreiche, Provinzen und Gegenden, wo immer gelegen, und das gesammte Recht, welches der genannte mächtige Fürst, König Carl II. von Spanien, gehabt und besessen hat, nachdem sie durch die Waffen der Verbündeten dem Hause Bourbon und dessen Anhängern wieder

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. Juli.
[2]) Anlage III.

Digitized by Google

abgerungen, dem Hause Oesterreich zurückgegeben, oder durch den Friedensschluß, ohne Verzug und ohne jeglichen Vorwand, wieder erstattet werden sollen, mit beständigem und allseitigem Ausschlusse des Hauses Bourbon und aller Anhänger desselben, namentlich des Kurfürsten von Bayern."

Dann aber enthielt der Zusatz-Artikel eine andere wichtige Bestimmung: er bekräftigte abermals den sechsten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701, nach welchem die von England oder Holland in Westindien genommenen Plätze ihnen verbleiben sollten. Dasselbe galt von den Cessionen des Kaisers an den König von Portugal und den Herzog von Savoyen.

Stanhope fügte hinzu, daß dieser von der Königin von England vorgeschlagene Zusatz-Artikel, sobald die Republik ihn angenommen, nach Wien gesendet werden solle.

Der Rathspensionär Heinsius äußerte sich darüber zu dem kaiserlichen Gesandten mit den Worten: „Ich stimme dem Zusatz-Artikel bei; aber ich frage Sie im Vertrauen, ob man bei der jetzigen Weise der Kriegführung einen Erfolg davon hoffen kann." Der Gesandte erwiederte, daß es dem Kaiser bei diesem Artikel wesentlich um die Beruhigung der Anhänger seines Hauses in Italien zu thun sei. Den Ausgang der Dinge müsse man Gott anheim stellen [1]).

Ein anderer Holländer sprach dem Gesandten Goes sein Mistrauen aus über die von England her vorgenommenen Aenderungen an dem ursprünglichen Entwurfe. „Der Vorschlag des Artikels, sagte er, ist von englischer Seite ausgegangen. Der Zweck dabei war, den Beschluß der Abreise des Erzherzogs zu befördern. Nun, wo dieser Beschluß gefaßt ist, machen sie Aenderungen. Zweifeln Sie daher an der guten Intention" [2]).

Die Warnung ist in Rücksicht auf den späteren Gang der Dinge von 1711 an bis zum Utrechter Friedensschlusse sehr merkwürdig. Und dennoch dürfte sie für 1703 in den Thatsachen nicht begründet sein. Denn diese bürgen dafür, daß es damals wirklich die Intention der Königin Anna und ihrer Räthe war, dem von ihnen vorgeschlagenen

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 7. August.
[2]) Desgleichen vom 24. August.

Digitized by Google

Artikel zu entsprechen. Hedges sagte zu Hoffmann: er hoffe, daß die Aenderungen in dem Artikel die Abreise des Erzherzogs nicht verzögern würden, da ja der Kaiser sich auf das Wort und Versprechen der Königin verlassen könne [1]).

Der Kaiser entsendete am 24. August seine Erklärung, daß der Erzherzog aufbrechen werde, sobald der Vertrag mit Portugal ratificirt, England und Holland sich über die 12,000 Mann Hülfstruppen für Portugal verglichen, und der Zusatz-Artikel unterzeichnet sei. Die Nachricht traf im Haag ein am 5. September. Die Zustimmungen aller sieben Provinzen waren da, und demgemäß wurde die Ratification des Vertrages vom 16. Mai ausgefertigt. Dagegen beharrte die Republik bei dem Beschlusse, nur das eine Drittel der 12,000 Mann Hülfstruppen zu tragen. Goes überbrachte die Mittheilung an die Engländer Stanhope und Hill, welcher letztere, als Gesandter nach Turin bestimmt, das Ergebnis der Berathungen im Haag abwartete. Der Graf Goes stellte ihnen vor, daß, wenn sie nicht noch eine andere Vollmacht besäßen, der Vertrag vom 16. Mai nicht zur Ausführung kommen könne. Hill führte in langer Rede aus, wie viel der englischen Nation an der Ausführung des Vertrages liege, so daß, auch wenn die Republik über ein Drittel hinaus nicht beitragen wolle, England dennoch festhalten werde. Die portugiesische Sache müsse gestützt werden, und wenn man darüber 20,000 Mann aus den Niederlanden wegziehen müsse. Nur möge der Erzherzog aufbrechen, je eher, desto lieber [2]).

Auf die Nachricht des wirklichen Aufbruches erfolgte die Bestätigung der Worte Hills. Der Staats-Secretär Nottingham that durch ein Schreiben vom 16./27. September dem Portugiesen Pacheco kund, daß England bereit sei, zwei Drittel der Hülfstruppen für Portugal zu übernehmen [3]).

Nicht jedoch wurde der Zusatz-Artikel in der zuletzt von England vorgeschlagenen Fassung angenommen, und zwar nicht von dem Kaiser. Denn der Artikel, so günstig er sonst für das Kaiserhaus war,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. August.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 7. September.

[3]) Die Berichte Hoffmanns und des Grafen Goes vom 28. September.

Digitized by Google

bekräftigte, entgegen dem Versprechen von Wilhelm III., daß alles in Westindien Eroberte dem Kaiser zurückgegeben werden solle, den sechsten Artikel des Vertrages der Allianz vom 7. September 1701, nach welchem etwaige Eroberungen in Westindien den Seemächten verbleiben würden. Wir haben seiner Zeit die Unterredungen zwischen Wratislaw und Nottingham darüber vernommen. Wratislaw hatte im Sinne des Kaisers geredet: er wollte nicht die Katholiken Amerikas unter die Herrschaft der Engländer und Holländer kommen lassen. Im September 1703 kam die Sache nochmals zwischen Nottingham und Hoffmann zur Erörterung. Der letztere hob hervor, daß der König Wilhelm III. nur darum auf jenen Artikel verzichtet, weil derselbe ihm unausführbar erschien. Eine Eroberung und Behauptung von Westindien würde ja mehr Menschenleben kosten als ganz England enthalte. Nicht der Besitz jener Gegenden liege im Interesse der Seemächte, sondern der Handel mit ihnen. — „Auch ich glaube, entgegnete Nottingham, daß England keine Versuche der Eroberungen dort machen wird. Aber wir können um der englischen Nation willen von dem sechsten Artikel der Allianz nicht abstehen“ [1]).

Demgemäß, da in diesem Puncte weder der eine Theil, noch der andere nachgeben wollte, ward der Zusatz-Artikel nicht unterzeichnet, sondern blieb Entwurf.

Es bedarf nicht der Ausführung, wie wichtig es im Jahre 1711 und ferner für die Politik des Ministeriums Oxford-Bolingbroke geworden ist, daß dieser Artikel nicht formell ausgefertigt war. Daß jedoch im Jahre 1703 bei den Leitern der Politik von England darum nicht die Absicht obwaltete, den formellen Mangel später in solcher Weise auszunutzen, wie es durch den Utrechter Frieden geschehen ist, ergibt sich sowohl aus der Sachlage, als auch, wie wir bald ersehen werden, aus den ausdrücklichen Worten der Königin Anna.

In England erfaßte man nicht, warum der Kaiser nicht eifriger zugriffe. Er habe doch, meinte man, kein anderes Mittel übrig die spanische Monarchie für sein Haus zu erlangen, als den portugiesischen Vertrag; dennoch müsse er, dem man keine andere Leistung zumuthe, als auch seinen zweiten Sohn zum Könige zu ernennen, vorwärts

[1]) Die Berichte Hoffmanns im August und September.

gedrängt werden von Seiten der Seemächte, die ohne directen eigenen Vortheil reiche Opfer an Blut und Geld zu bringen sich erböten [1]).

In der Wirklichkeit indessen war das Eingehen des Kaisers auf die Vorschläge der Seemächte eine sehr große Concession. Sein Plan, wie er oft sich uns dargelegt hat, betraf zunächst Italien, und erst dann, im günstigen Falle, Spanien. Der portugiesische Plan, den die Seemächte sich angeeignet, kehrte die Reihefolge um und stellte Spanien voran. Dazu kam, daß dieser Plan den Kaiser nöthigte, seinen nun siebzehnjährigen Sohn Carl, auf welchem, nach dem damaligen Stande der Dinge, allein noch die Hoffnung der Erhaltung des Stammes beruhete, fremden Händen anzuvertrauen. Indessen, die von ihm gestellten Bedingungen waren von Seiten der Seemächte erfüllt, und somit blieb keine Wahl.

Die Anschauung, von welcher aus die Eltern in die Sendung ihres Sohnes willigten, prägt sich aus in den Worten der Mutter, der Kaiserin Eleonore, an den Landgrafen Georg: „Es ist ein sacrificium für das Gemeinwohl. Gott gebe, daß alles zum glücklichen Ende kommen möge!“ [2])

Auch wußte man dies sogar in Madrid. Der Präsident von Castilien that den Entschluß des Kaisers den Gouverneuren der Provinzen kund mit den Worten: „Die dringenden Aufforderungen der Engländer, der Holländer und vor allem der Portugiesen haben den Kaiser bewogen, den Erzherzog zu unserem Könige zu erklären“ [3]).

Der römische Kaiser Leopold I. bestimmte den 12. September 1703 zur Proclamation des Königs Carl III. von Spanien. Der Tag scheint gewählt als der zwanzigjährige Gedächtnistag der Befreiung Wiens von den Türken [4]).

Der feierliche Act fand statt in dem in der Vorstadt Wieden gelegenen Schlosse Favorita, dem späteren Theresianum. Nachdem die

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 31. August und 14. September.

[2]) Schreiben vom 28. October, bei Künzel: Landgraf Georg S. 292.

[3]) Lamberty t. XII, p. 491: Las apretadas instanzias de Ingleses y Olandeses y sobre todo Portugueses, han obligado al Emperador a hazer declarar el Archiduque Rey nostros.

[4]) Die Darstellung ausführlich im Theatrum Europaeum Band XVI^{b}, S. 189 u. f.

Digitized by Google

Räthe der Krone versammelt, trat der Kaiser unter sie, begleitet von seinen beiden Söhnen, dem römischen Könige Joseph, damals fünfundzwanzig Jahre alt, dem Erzherzoge Carl, fast achtzehnjährig. Ueber den letzteren hatte die Natur das Vollmaß ihrer Gaben ausgeschüttet. Er war hoch gewachsen, einnehmenden Aussehens, bräunlich, von würdiger Haltung, dabei wohlwollend, klaren Blickes, unermüdlich, aufmerksam, von unschuldigen Sitten [1]).

Der Kaiser legte in kurzer Anrede dar, daß nach dem Absterben des Königs Carl II. von Spanien die Erbfolge in dieser Monarchie rechtmäßig ihm gebühre; daß er jedoch Bedenken getragen sie mit seinen Erbländern zu vereinigen, und darum sie seinem erstgeborenen Sohne, dem römischen Könige Joseph, habe überweisen wollen; daß dann sie beide sich geeinigt, alle ihre Rechte auf den jüngeren Sohn, den Erzherzog Carl, zu übertragen. Demgemäß proclamire er diesen als König Carl III. von Spanien. Der römische König Joseph erwiederte dem Vater im gleichen Sinne. Dann wandte sich der neue König Carl III. in dankender Anrede an den Vater und den Bruder. Die Cessions-Acte wurde verlesen. Der Kaiser überreichte sie dem Cardinal Kolonitsch, und trat mit dem römischen Könige an den Tisch, auf welchem ein Crucifix stand, mit brennenden Lichtern umgeben, um die Cession zu beschwören. Der neue König von Spanien dagegen leistete den Eid, die Statuten, Rechte, Privilegien der Spanier gemäß dem Herkommen im Hause Habsburg, getreulich zu beobachten.

Es ist ein Vorgang in der europäischen Geschichte, der nicht seines Gleichen hat: ein Kaiser, noch lebenskräftig, in der Mitte zweier Söhne, beide Könige, die dem hoffenden Auge erscheinen mochten wie eine Erneuerung der Ahnherren, des einstigen herrlichen Brüderpaares Carl V. und Ferdinand I. Die Ahnung, daß dennoch in jenen beiden blühenden Prinzen der Mannsstamm des Hauses erlöschen werde, lag am 12. September 1703 noch fern.

Dem feierlichen Acte folgten die üblichen Festlichkeiten. Am nächsten Tage erließ der Kaiser seine Handschreiben an die Königin von England und die Generalstaaten. Er hebt der ersteren gegenüber

---

[1]) Bericht des Venetianers Tolfin in Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 5.

Digitized by Google

hervor, daß er hauptsächlich auf ihren Rath gehandelt, nach seiner Erfahrung, daß die Königin nicht bloß mit Umsicht guten Rath fasse und Anderen ertheile, sondern auch ihr Wort mit unverbrüchlicher Treue halte. Der Kaiser hofft, die Königin werde es sich gefallen lassen, daß er seinen Sohn ihr wie einer anderen Mutter ganz und gar übergebe, mit der Versicherung, daß Carl sich sein Lebenlang werde angelegen sein lassen, die Königin mit tiefem kindlichen Respecte zu verehren [1]). — Wir werden die Antwort der Königin später vernehmen.

Der frommen Weise des Vaters Leopold gemäß, der an wichtigen Wendepuncten seines Lebens nach Mariazell in Steiermark zu wallfahrten pflegte, begab sich dahin auch der junge König Carl III. Nach der Rückkehr besuchten die Brüder noch einmal den Prater, die Stätte der jugendlichen Freuden. Der 19. September war der Tag des Abschiedes. Er ward um so schwerer, da gerade im Falle des glücklichen Ausganges, den man wünschen mußte, die Nicht-Wiederkehr sicher war. Am Nachmittage fuhren die Wagen am Schlosse Favorita vor. Der Kaiser entließ seinen Sohn mit der Mahnung so zu regieren, daß Land und Leute sich jederzeit der österreichischen Clemenz, Sanftmuth und Gottesfurcht zu erfreuen hätten. Der römische König und die drei Schwestern umdrängten den Bruder bis an den Wagen: von den Fenstern oben hernieder schaute das Elternpaar zum letzten Male auf den scheidenden Liebling. Die Fahrt ging vorüber an der Dreifaltigkeits-Säule auf dem Graben. Im Angesichte derselben erhob sich der König Carl, zog den Hut, und verbeugte sich dreimal.

Damit den Reichsständen, deren Länder der Zug berührte, alle Kosten erspart würden, war verkündet worden, daß die Reise incognito geschehe. Das Gefolge bestand freilich aus 163 Personen mit reichlich 200 Pferden und 47 Wagen. Am 4. October traf der Zug in Leipzig ein. Nach der Weise der Zeit, welcher gemäß den Bewohnern der Städte von der einstigen Wehrhaftigkeit noch das Schaugepränge der Waffen geblieben war, stand die Bürgerschaft im Gewehre. Von dort an, wo durch Thüringen, Niedersachsen, Westfalen die Territorien vieler Fürsten durchmessen werden mußten, eilten diese an den Grenzorten zur Begrüßung herbei. Am 16. October traf der junge König

[1]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum, Theil XVI[b], S. 193.

Digitized by Google

in Düsseldorf ein, der Residenz seines Vetters, des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz, welcher den jungen König empfing mit dem Aufgebote aller seiner Pracht, mit einem Aufwande von Kosten, die, nach dem Urtheile Vieler, zweckmäßiger für die Kriegsanstalten am Rheine ausgegeben wären. Nach Düsseldorf hatte auch die Königin Anna den Herzog von Marlborough zur Begrüßung entgegen gesendet. Es ward beobachtet, daß die Audienz sehr lange währte. Zum Abschiede überreichte der junge König im Namen seines Vaters dem Feldherrn einen reich mit Diamanten besetzten Degen. Der Bericht Marlboroughs über die Persönlichkeit des jungen Königs rief bei den Ministern in England beifällige Verwunderung hervor [1]).

Ueberhaupt aber war die Stimmung in England, namentlich bei der Königin Anna persönlich, dem Kaiserhause sehr günstig. Jene Stelle in dem Schreiben des Kaisers vom 13. September, daß er seinen Sohn ihr übergebe wie einer anderen Mutter, scheint auf die Königin, die in so reichlichem Maße den Elternschmerz um den Verlust ihrer Kinder erfahren, eine ganz besondere Wirkung geübt zu haben [2]). Sie befand sich damals in Bath. Dahin ließ sie sich Entwürfe zur Antwort in lateinischer und französischer Sprache kommen. „Alles an ihr, meldet Hoffmann, bekundet Willfährigkeit, Liebe, Eifer." Die Worte entsprechen der Wahrheit. Es war genug bekannt, daß dem Kaiser Leopold es unlieb war, französisch geschriebene Briefe zu empfangen. Die Königin Anna, der lateinischen Sprache unkundig, verstand sich dazu einen Brief in dieser Sprache abzuschreiben, dessen Inhalt dem Kaiser erfreulicher gewesen sein mag, als jene Höflichkeit. Der Brief lautet wie folgt [3]).

„Da es Ew. K. Majestät gefallen hat, Ihren Sohn, den König von Spanien, uns wie einer anderen Mutter völlig in unsere Hände zu geben und anzuempfehlen, so übernehmen wir gern die damit uns auferlegte Pflicht, und versprechen, daß wir ihn mit wahrhaft mütterlicher Sorgfalt und Mühe geleiten, und mit aller That und allem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. October.

[2]) Desgleichen vom 16. October: Es hat der Königin über alle Maßen wohl gefallen.

[3]) Anlage IV.

Digitized by Google

unſerem Vermögen ihm zur Seite ſtehen werden, bis daß er des vollen und ruhigen Beſitzes der ſpaniſchen Monarchie ſich erfreue. Und wir hoffen, er werde unter dem göttlichen Walten ſich darin ſo befeſtigen, daß ſie ihm und ſeinen Nachkommen für immer ſicher verbleibe."

Entſprechend lautete das Handſchreiben an den König Carl III. von Spanien, welches Marlborough bei deſſen Ankunft im Haag zu übergeben hatte, dies jedoch in franzöſiſcher Sprache [1]).

„Mein Herr Bruder. Mit vielem Vergnügen habe ich vernommen, daß Sie zum Könige von Spanien erklärt ſind und ſich auf dem Wege dahin befinden. Ich wünſche Ihnen Glück dazu aus vollem Herzen und würde mich freuen, wenn dieſe Ihnen gebührende Krone für Sie eben ſo glückbringend ſein würde, wie für den ruhmvollſten Ihrer Vorfahren. Um Ihnen deſto klarer zu beweiſen, wie ſehr ich Ihrem Hauſe zugethan bin und wie ſehr ich Ihre Perſon hochſchätze und welchen Antheil ich an allem nehme was Ihre Ehre und Ihr Intereſſe betrifft, habe ich beſchloſſen alle Macht meiner Waffen aufzubieten, um beizutragen zur Aufrechthaltung und zum Glücke Ihrer Regierung."

So die Königin Anna im Jahre 1703. Sie dachte oder ahnte damals nicht, daß eine Zeit kommen würde, in welcher jede Erinnerung an den Inhalt dieſer beiden Briefe ſpurlos bei ihr erſtorben war.

Die Antwort Carls III. war in ſolcher Weiſe gehalten, daß, wenn man beiderſeitig den gegebenen Verſprechungen getreu verblieb, der Bund des Hauſes Habsburg mit der Königin Anna feſt geſichert erſchien. Carl III. ging indeſſen noch weiter. Der Kaiſer hatte in ſeinem Schreiben vom 13. September an die Königin geſagt: „Mein Sohn möchte gern ſo wohl ſein als mein Vertrauen, welches wir in E. D. ſetzen, wie nicht minder unſere große Erkenntlichkeit mündlich verſichern. Weil aber die gegenwärtige Beſchaffenheit der allgemeinen Sache ihn eiligſt an ſeinen Beſtimmungsort ruft, ſo wird er nicht unterlaſſen, nach ſeinem Eintreffen dort dies auf eine andere Weiſe zu vollbringen". Dieſer Eile ward nun von Seiten der Republik Holland nicht entſprochen. Vom 3. November an befand ſich Carl III. im Haag, bereit zur Abfahrt. Aber die Ausrüſtung der Flotte und

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. II, p. 538.

Digitized by Google

der Mannſchaft war noch nicht fertig. Ein Tag und eine Woche nach der anderen verging. Unter dieſen Umſtänden kam der junge König auf den von ſeinem Vater bereits angedeuteten Gedanken zurück. Er gab den Wunſch kund, die Königin von England begrüßen zu dürfen. Es erfolgte ſofort eine Einladung nach Windſor [1]).

Aber der Monat November ging bereits zu Ende. Der junge König wohnte in dem alten oder oraniſchen Hofe, den der König von Preußen zu dieſem Zwecke angeboten. Die Koſten des täglichen Unterhaltes deckte die Republik. Auch ſo jedoch überſtiegen die Ausgaben für die zahlreichen und koſtbaren Geſchenke die Reiſemittel, die in Wien hatten verfügbar gemacht werden können. Für dieſen Fall indeſſen waren Kleinodien mitgegeben. Der Fürſt Anton Liechtenſtein und die Grafen Goes und Wratislaw einigten ſich dahin, ſie bei einem Juden in Amſterdam zu verſetzen [2]). So koſtſpielig demnach der längere Aufenthalt, ſo war er der Sache des jungen Königs eher förderlich als ſchädlich. Denn der Eindruck, den ſeine Perſönlichkeit, ſein Auftreten auf die Holländer machte, war durchaus vortheilhaft. Ja man ging ſogar ſo weit ihn in dieſer Beziehung mit Wilhelm III. gleich oder höher zu ſtellen. „Obwohl es weltkundig iſt, meldet Goes, wie ſehr der verſtorbene König von England von den Holländern geliebt worden iſt: ſo geſteht doch Jeder, daß ihre Zuneigung und Hochachtung für den König von Spanien ſtärker iſt. Die vortreffliche Haltung Sr. Majeſtät in allem Thun und Laſſen, ſeine große und ungeheuchelte Gottesfurcht, ſeine liebreiche Würde haben ihm bei den Fremden allgemeines Lob erworben." — Eine ähnliche Anerkennung zollte man der exemplariſchen Ordnung des Fürſten von Liechtenſtein [3]).

Zu Anfang December drängte der engliſche Admiral Rooke auf die Abfahrt. Carl III. und ſein Gefolge ſtiegen in Helvoetſluis an Bord. Aber der zuvor günſtige Wind hielt nicht an, und nach mehreren Tagen vergeblichen Harrens ſah ſich Carl III. genöthigt wieder auszuſteigen. Die Stände von Holland beeilten ſich ihn zur Rückkehr nach dem Haag einzuladen.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. November.
[2]) Die Berichte von Goes und Wratislaw im November und December.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 4. December.

Es war zur guten Stunde; denn in der Nacht vom Freitag dem 7. auf Samstag den 8. December brauste ein Südweststurm auf, dessen Gleichen man seit Menschengedenken nicht erlebt hatte. Das Unwetter währte sechs Stunden, von ein Uhr Nachts bis Morgens sieben Uhr. Die heftigsten Wirkungen desselben scheint England erfahren zu haben. Unter den 150,000 Häusern, aus denen damals die Stadt London bestand, war auch nicht Eins unbeschädigt geblieben. Aber der Nachtheil zu Lande war nicht zu vergleichen mit demjenigen zur See. Die Schiffe waren zu hunderten von ihren Ankern hinweg getrieben, viele von ihnen auf Sandbänke geworfen und dort gescheitert. Auf der Goodwinsbank allein waren vier große englische Kriegsschiffe mit der gesammten Mannschaft zu Grunde gegangen. Drei Tage nach dem Sturme hatte man bereits die Kunde von dem Verluste von acht Kriegsschiffen mit fast zweitausend Seeleuten. Um so viel größer war die Einbuße der Handelsflotte [1]).

Bis die vielfachen Schäden der Ausrüstung hergestellt wurden, mußten daher abermals Wochen vergehen. Der König Carl III. von Spanien blieb auch noch den Monat December 1703 hindurch im Haag. Dennoch schritt unterdessen seine Sache vorwärts, und zwar namentlich im Parlamente von England.

Die Wendung der Dinge, die durch die Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien angekündigt wurde, setzte namentlich den Papst Clemens XI. in Verlegenheit. Er hatte im Beginne des Jahres 1701, wo ein Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für das Haus Habsburg undenkbar erschien, den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anerkannt. Eben dasselbe hatten aber auch die beiden Seemächte gethan. Nun hatten im Jahre 1703 die beiden Seemächte völlig umgeschwenkt. Sie hatten dem Kaiser die Bitte, ja sogar die Forderung gestellt, daß er alle seine Rechte an die spanische Monarchie dem Erzherzoge Carl abtrete, und ihn als König Carl III. proclamire. Der Kaiser hatte dem Wunsche nachgegeben, hatte Carl III. proclamirt. Er kündigte

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. December.

Digitized by Google

nun dem Papſte Clemens XI. die geſchehene Thatſache an, und erwartete eine Antwort. Der Papſt ſuchte durch Schweigen über die Sache hinwegzukommen. Aber der Botſchafter Lamberg in Rom drängte. Er ſchickte den Grafen Mattei an den Papſt perſönlich. Clemens XI., das Schreiben in der Hand behaltend, erwiederte ſogleich: „Wir haben immer vermieden, Sr. K. Majeſtät einen Anſtoß zu geben. Und da wir nicht eine Antwort geben wollen durch ein Breve, welches nichts enthält, wie etwa der Doge von Venedig es kann — und da wir zur Zeit keine andere Antwort geben können als eine ſolche, die misfallen würde: ſo halten wir für beſſer unſere Antwort hinauszuſchieben, bis daß ſie mehr zur Befriedigung Sr. K. Majeſtät gereichen kann“ [1]).

Es iſt ſchwer abzuſehen, wie nach jenem Schritte von 1701, bei der Sachlage zu Ende des Jahres 1703, wo Philipp V. im Beſitze der Monarchie war, Carl III. nur erſt den Anſpruch erhob, ohne noch einen Fußbreit Landes in Spanien ſein zu nennen, dem Papſte eine andere Antwort möglich war. Hatte Clemens XI. einen politiſchen Fehler begangen, ſo lag dieſer Fehler in der Anerkennung Philipps V. vom Februar 1701. Aber damals hatte man ihm dieſen politiſchen Fehler nicht ſo hoch angerechnet. England und Holland als lediglich politiſche Mächte, im Kriege mit dem Hauſe Bourbon, konnten ſich eher von der Anerkennung Philipps V. losſagen, und ſich für dies Zurücktreten darauf berufen, daß das Haus Bourbon ſeinerſeits auch die Königin Anna nicht anerkenne. Ein ſolcher Grund fehlte dem Papſte Clemens XI. Er war nicht im Kriege mit dem Hauſe Bourbon. Er war neutral, oder wollte es doch ſein. Er wollte abwarten. Daher ſeine ausweichende Antwort.

Und dennoch lag es in der Conſequenz der Dinge, daß dieſes Ausweichen in Wien nicht gefallen konnte, daß es die ſchon beſtehende Kluft zwiſchen dem Kaiſerhauſe und dem Papſte nur noch erweiterte. Und mehr noch als das. Da der Papſt Clemens XI. einen König Philipp V. von Spanien anerkannte, nicht einen König Carl III. von Spanien: ſo ließ ſich vor dem großen Haufen, der überall dem Scheine folgt, um ſo leichter noch als früher die Behauptung aufſtellen, daß

[1]) Lambergs Bericht vom 8. December.

Digitized by Google

der Papſt zuſammengehe mit dem Hauſe Bourbon, daß die Sache des Hauſes Bourbon die katholiſche Sache ſei, diejenige des Hauſes Habsburg die proteſtantiſche. Dieſer Irrthum ließ ſich dann je auf beiden Seiten verwerthen, wie es zweckmäßig erſchien. Und ſo iſt es damals leider oft geſchehen.

Digitized by Google

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Achtundzwanzigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 30.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des Paters Menegatti S. J. vom 21. März 1702.

Exc^me^ Comes.

Cum verum sit, relictum Jacobi Regis defuncti filium praetendere, se esse Walliae principem, nihilque asseratur, jure an injuria hoc faciat praetendatque, existimo absque injuria ulla Jacobi Regis posse praetensum Walliae principem compellari: maxime cum usitatissimum sit ut, quando inter duos controversia de aliqua dignitate aut jure oriatur, una parte eam dignitatem sibi competere asserente, altera id negante, asserens dicatur dignitatem, de qua contenditur, Praetendere. Controvertitur autem inter Britannos et defuncti Jacobi Regis filium, an ille Princeps sit Walliae, Britannis negantibus, Gallis et Jacobi filio asserentibus et praetendentibus illi hanc dignitatem competere. Quare jure merito Jacobi Filius Praetensus Walliae Princeps compellari tenui meo judicio potest. Cum praescindatur idne re ipsa sit quod praetendit, an id absque fundamento praetendat. Haec tamen omnia limatissimo Exc ^a^ Vestrae judicio submitto etc.

Franciscus Menegatti.

Anlage II. Zu S. 163.

K. k. Archiv. Relazione del conte di Lamberg fol. 156.

Il Papa fece chiamare l'Abbate Tucci e gli ordinò di copiare un foglio scritto di suo pugno, in cui s' ispiegava contra la riposta

Digitized by Google

del Manifesto del Duca della Castelluccia, come il Papa defonto e lui da Cardinale e poi da Pontefice avevano inteso di operare circa la Investitura di Napoli, e eccone il tenore.

„Di quello che si narra seguito nel passato Pontificato, vi è „qualche piccola cosa di vero, ma vi è moltissimo di falso. Se „potesse parlarsi di quello che vi è di vero, non potrebbe riprender„dersi in conto alcuno la memoria di quel santo Pontefice; l'onore, „però, e la coscienzia obligano a tacere, e che basti dire con verità, „che nè l' instanza di Carlo Secondo, nè la risposta d' Innocenzo XII „furono tali quali si dicono del foglio."

„Oh che bella mensogna è quella che si dice di una carta „Pontificia scritta al Cardinale Cantelmi, in cui si suppone leggersi, „che la Investitura del Regno di Napoli non è stata concessa a „Filippo V. per riguardi occulti, non per mancanza di giustizia! „Per rendere manifesto quanto ciò sia falso, non accade cercare „altro testimonio, che l' istesso cardinale Cantelmi sentasi da lui, „se egli ha avuto tale carta. Questo certamente è un testimonio „al quale i parziali di Filippo V non possono dare eccezione. Mà „perche rare volte si fabbricano bugre senza qualche fondamento „di vero o di verisimile, ho voluto cercare, se questa grossa falsità „potesse per avventura avere qualche appoggio di verità, ed ho „trovato, che in occasione del tumulto di Napoli gli Francesi e „Spagnuoli, per fare reo il Papa secondo il loro costume di tutti „i mali che succedevano, scrissero e dissero essersi pubblicato in „quell' occasione da i loro Avversari, che Sua Santità haveva „conosciuto non competere alcun diritto a Filippo quinto, e che „perciò gl' haveva assolutamente negata l' Investitura. A questa „proposizione tanto il Papa, quanto i suoi Ministri, per soddisfare „alla verità, risposero, che non si poteva dire negata l' Investitura „a Filippo quinto, nè ad altri, mentre altro è il negarla, altro è „il differire a concederla, per esaminare prima le ragioni di chi „la pretende. In questi termini parlò il Papa e parlorono i di lui „Ministri ed in quest' istessi, se alcuno di loro avesse scritto al „cardinale Cantelmi ed ad altri, non può esser ripreso, ne quindi „può inferirsi che il Papa abbia propalato altro suo animo, che di „far la giustizia, e di voler concedere l' Investitura a chi sarà „assistito dalla ragione, dichiarandosi, secondo la pratica de i suoi „Antecessori di volere procedere in questa gravissima deliberazione „de consensu et consilio Cardinalium. E questa è la solita

Digitized by Google

„risposta di Sua Santità a tutte le instanze per l' Investitura, che „ha ricevute e riceve dall' una e dall' altra parte. Certamente „non pare che, avendo proceduto e procedendo Sua Beatitudine in „tale forma, possa dirsi, che abbia sin' ora conceduta l'Investitura „ò espressamente, ò tacitamente. Si diduce una tacita concessione „della Investitura dal tenersi il Nunzio in Napoli, quasi che non „si sappia da tutti che il Nunzio di Napoli non è Nunzio come „gli altri appreso un Principe determinato, mà è Ministro della „Sede Apostolica in quel Regno per esercitio della giurisdizione e „per la Collettoria delli Spogli."

Der kaiserliche Botschafter Lamberg setzt hinzu: Ecco i precisi sensi del Papa espressi a Ministri Cesarei in Roma e dallo stesso scritti anche ne medesimi termini al Nunzio Apostolico, residente in Vienna, per riferirli all' Imperatore, acciò che dalle false supposizione dell' indegno Autore non fosse per dubitarsi dell' Integrità Pontificia, et il glorioso Clemente XI, per non soffrir macchia all' onor suo, ne fara sempre ad ogn' uno la testimonianza.

E chi leggendo questo foglio non s' inorridirà nel sentire, che vi sia stato uomo cosi impudentemente temerario, ch' habbia osato di dare alle stampe una tanto abominevole falsità?

Anlage III. Zu S. 165.

Die Erzählung bei Voltaire, Siècle de Louis XIV. p. 191, weist zurück auf Janson Forbin. Von diesem habe Ludwig XIV. die Nachricht des Verhaltens von Innocenz XII. im Jahre 1700 empfangen. Flassan, in der histoire de la diplomatie française t. IV, p. 207, behauptet sogar, daß der Eifer und das Geschick des Cardinals Janson Forbin den Papst Innocenz XII. zu dem vermeintlichen Schreiben an Carl II. bewogen habe. Wir begnügen uns die Thatsache hervorzuheben, daß bei diesen früheren Historikern immer Janson Forbin als die Seele der Sache erscheint. — Voltaire gibt sogar einen Theil des Briefes, den der Papst Innocenz XII. am 16. Juli geschrieben haben soll, wörtlich an. Leider sagt Voltaire nicht, wann Janson Forbin den Brief eingeschickt habe. Neuerdings sind nun aber beide angebliche Schreiben vom Jahre 1700 vollständig veröffentlicht, dasjenige Carls II. vom 13. Juni 1700 und die Antwort des Papstes Innocenz XII., datirt vom 6. Juli 1700,

Digitized by Google

nämlich bei Hippeau: avénement des Bourbons au trône d'Espagne t. II, p. 227 et suiv. Dem Herausgeber ist augenscheinlich kein Zweifel an der Echtheit aufgestiegen.

Ein Zweifel aber hätte ihm aufsteigen müssen, wenn er auch nur die betreffende französische Geschichtsliteratur gekannt hätte. Denn in dem Werke von Capefigue: Louis XIV., son gouvernement etc. t. IV, p. 160 findet sich das Schreiben Carls II. an Innocenz XII. theils in französischer Uebersetzung, theils im Auszuge, und zwar, wie Capefigue sagt, gemäß dem Originale in den Archiven von Simancas. Capefigue gibt sogar die Oertlichkeit im Archive an mit BB 66, so daß danach seine subjective Wahrhaftigkeit nicht anzufechten sein dürfte. In seinem Auszuge des Briefes sagt er: Il (Charles II) ne dissimule pas que ses affections de roi, ses tendresses de famille et ses traditions de race le portent de maintenir son testament en faveur de l'archiduc etc. Ein Gedanke solcher Art findet sich nicht in dem von Hippeau veröffentlichten angeblichen Schreiben Carls II. — Aber auch die anderen Anführungen bei Capefigue entsprechen dem Briefe bei Hippeau so wenig, daß nur die Alternative übrig bleibt: wenn das Schreiben bei Capefigue echt ist, so ist dasjenige bei Hippeau ein Falsum.

Herr Capefigue gibt als den Fundort des von ihm gegebenen Briefes an das Archiv von Simancas; Herr Hippeau nennt für seinen Brief das Archiv des affaires étrangères in Paris, ebenfalls mit genauer Ortsangabe: vol. LXXIX, p. 127. Und zwar fügt er dann zu einem anderen Schreiben, welches jedoch derselben Kategorie angehört, die Note hinzu: Cette lettre ainsi que celle écrite par le roi (Charles II) au pape Innocent XII, a été transmise au roi (Philippe V) d'Espagne en 1702, le 13 juin, par le cardinal de Janson. Die Worte stammen augenscheinlich nicht von Herrn Hippeau, sondern sind die Wiedergabe einer von ihm vorgefundenen Archival-Note. Sie ergießen, freilich ohne die Absicht des Herrn Hippeau, über die ganze Sache ein helleres Licht.

Denn wir haben im Texte vernommen, daß der Papst Clemens XI. in dem Aufsatze, den er durch den Abbate Tucci abschreiben ließ, die Echtheit beider in dem französischen Manifeste vom April 1702, der Arbeit des Cardinals Janson Forbin, veröffentlichten Briefe verneint. Die von Herrn Hippeau kundgemachte Archival-Note, in Verbindung mit der Thatsache jener Publication bei Capefigue, setzt uns in den Stand, den Beweis der Unechtheit auch von dieser Seite her zu bringen, unabhängig von der Erklärung des Papstes Clemens XI., und zugleich den Fälscher zu überführen.

Digitized by Google

Der Papst hatte in jener Erklärung gesagt, daß Pflicht und Ehre ihm verböten, den Wortlaut der Schreiben des Königs Carl II. und des Papstes Innocenz XII. bekannt zu geben. Aber es hätte im Interesse der Rechtfertigung seiner selbst und seines Vorgängers gelegen, durch den Wortlaut der Schreiben die Fälschung in dem französischen Manifeste zur vollen Evidenz zu bringen. Wenn also der Papst Clemens XI. die Mittheilung da unterließ, wo sein eigenes Interesse es zu fordern schien: so darf mit Sicherheit gesagt werden, daß eine andere Mittheilung nicht erfolgt ist, daß die Originale jedem Anderen unzugänglich waren, vor Allen dem Cardinal Janson Forbin nach jenem Manifeste. Demnach kann der letztere eine Kunde des echten Schreibens von Carl II. an Innocenz XII. nicht besessen haben.

Von hier an tritt die Archival-Note in die Beweiskette mit ein.

Wenn demnach Janson Forbin dem Könige Philipp V. eine Kunde des Schreibens von Carl II. an Innocenz XII. verschaffen wollte: so hatte er ihn zu verweisen an das Archiv in Spanien, wo er die Minute des Originals finden würde.

Nicht dies geschieht, sondern Janson Forbin überreicht oder überschickt an Philipp V., am 13. Juni 1702, das vermeintliche Schreiben Carls II. vom 13. Juni 1700. Aber der Inhalt dieses bei Herrn Hippeau abgedruckten Schreibens ist unvereinbar erstens mit der Charakteristik, welche die kaiserlichen Minister bei der Berathung über das echte Schreiben gegeben haben (Bd. VIII, S. 504), und zweitens mit dem Original-Concepte im Archive von Simancas, gemäß der Publication desselben bei Herrn Capefigue.

Mit anderen Worten: das von dem Cardinal Janson Forbin am 13. Juni 1702 dem Könige Philipp überreichte Schreiben ist ein Falsum, und der Fälscher ist Janson Forbin.

Diese Beweisführung umfaßt allerdings die vermeintliche Antwort des Papstes Innocenz XII. nicht mit. Allein ihr gegenüber steht die für sich völlig ausreichende Verneinung des Papstes Clemens XI. Ihr gegenüber steht ferner der wirkliche Hergang der Dinge, wie er auf Grund der unmittelbaren Berichte Lambergs sich in Bd. VIII, S. 506 u. f. dargestellt findet. In Betreff des vermeintlichen Schreibens von Carl II. muß der genannte Hergang als die dritte Beweiskette der Unechtheit gelten.

Aber gehen wir weiter.

Nicht also das wirkliche Schreiben Carls II. vom 13. Juni 1700 überreichte Janson Forbin am 13. Juni 1702, sondern sein Falsum, wie es dem Plane des französischen Gegenmanifestes wider dasjenige von

Castelluccia entsprach. Die Lüge dieses Gegenmanifestes war durch die Erklärungen des Papstes Clemens XI., so wie durch die Kundmachung derselben von Seiten der kaiserlichen Botschaft niedergeschlagen. Aber Janson Forbin gab den Plan nicht auf. Er suchte der Lüge eine Basis für spätere Zeiten zu schaffen. Es geschah durch die Fiction von Schriftstücken, die in der Wirklichkeit niemals existirt hatten.

Der Einblick in die gesammte europäische Geschichts-Literatur über jene Zeit beweist, daß durch die Potenzirung der Lüge dem Cardinal Janson Forbin das Bubenstück bisher gelungen ist.

Die Sache wird uns wieder vor Augen treten zum Jahre 1704, wo der Kurfürst Max Emanuel von Bayern als Träger der Fiction verwendet wird.

Zu dem Gelingen in derjenigen Form, in welcher sie in dem von Janson Forbin ausgegangenen Manifeste von 1702 erscheint, hat namentlich beigetragen das Werk des Italieners Ottieri über jene Zeit. Der Titel dieses Werkes lautet: Istoria delle guerre avvenute in Europa etc., scritta dal conte e marchese F. M. Ottieri. In Roma 1728. Dieser Schriftsteller nennt für seine Angaben keine Quelle. Die Prüfung dagegen der betreffenden Stelle bei ihm ergibt, daß er das französische Gegenmanifest gegen dasjenige von Castelluccia und die Antwort von kaiserlicher Seite in wenig geschickter Weise zu vereinigen gesucht hat. Nach der Darstellung bei Ottieri fällt daher auf den armen unglücklichen König Carl II. von Spanien der Vorwurf der Doppelzüngigkeit, daß er durch seinen Botschafter Moles in Wien seine getreue Gesinnung für das Erzhaus betheuert, und gleichzeitig die Entscheidung über das Erbe seiner Königreiche unbedingt dem Papste Innocenz XII. anheim gibt, der dann den Herzog von Anjou ernennt. Das erstere ist Thatsache, das letztere ist die Fiction des Cardinals Janson Forbin. Diejenigen Schriftsteller also, welche sich auf Ottieri berufen, können dies nur dem Namen nach thun: in der Wirklichkeit folgen sie, wie Ottieri selber, dem Cardinal Janson Forbin.

Es gibt indessen noch ein anderes, scheinbar auf sich selber ruhendes Zeugnis. Es findet sich nämlich in den Mémoires et lettres du maréchal de Tessé, Paris 1806, t. I, p. 178 et suiv., eine Denkschrift, welche Tessé abgefaßt hat gemäß den Mittheilungen des Herzogs von Uzeda, des spanischen Botschafters in Rom, im Jahre 1700 u. f.

Mit diesen Mittheilungen Uzedas stehen im Widerspruche seine Aussagen im Sommer 1700 selbst, wie wir sie aus den Berichten des Grafen Lamberg kennen. (Bd. VIII dieses Werkes, S. 506.) Uzeda hat also

Digitized by Google

entweder dem Grafen Lamberg, oder dem Marſchall Teſſé die Unwahrheit geſagt.

Nun iſt aber der Auftrag, welchen Uzeda nach den Mittheilungen an Teſſé, von Carl II. zu Gunſten des Hauſes Bourbon empfangen und im Sommer 1700 in Rom ausgeführt haben will, durchaus unvereinbar mit dem wirklichen Carl II., über deſſen abgeneigte Geſinnung wider das Haus Bourbon der Geſandte Blecourt noch im September 1700 Klage führt. (Vgl. Bd. VIII, S. 547.) Demnach hat Uzeda den Marſchall Teſſé angelogen.

Es fragt ſich dann, wie Uzeda auf ſolche Unwahrheiten kommen konnte.

Seine Unwahrheit ſtimmt zu derjenigen des Cardinals Janſon Forbin. Und nun beachte man, wie ſich, nach dem Berichte Louvilles (S. 173 dieſes Bandes), Uzeda zu dem Papſte Clemens XI. verhält. Er zeigt ſich darin als einen Schüler Janſon Forbins. Wie er gelehrig war in der einen Schlechtigkeit, ſo in der anderen.

Die Charakterloſigkeit des Uzeda ergibt ſich aus den Thatſachen, daß er im Sommer 1700 in Rom dem Grafen Lamberg ſeine Treue für das Kaiſerhaus betheuerte, im November 1700 zu dem Hauſe Bourbon überging, im Jahre 1711 wieder kaiſerlich wurde.

Daß Uzeda mitarbeitete für die Fiction des Cardinals Janſon Forbin, wußte der kaiſerliche Botſchafter Graf Lamberg poſitiv am 25. Februar 1705. Sein Bericht darüber liegt mir vor. Was Uzeda damals in Rom erzählte, entſpricht ziemlich jener Denkſchrift bei Teſſé, nur daß er die Zeiten verwechſelte und den vermeintlichen Rath des Papſtes Innocenz XII. an Carl II. ſchon im Mai 1700 abgehen ließ.

Die Denkſchrift des Teſſé alſo, von ihm in aufrichtigem Glauben niedergeſchrieben, führt zurück auf dieſelbe Quelle der Fiction, den Cardinal Janſon Forbin.

Neunundzwanzigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 385.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des engliſchen Geſandten Stepney in Wien an den Grafen Kaunitz, d. d. 28. Juni 1703.

S. M. la Reine a lieu d'eſpérer de l'équité et de l'amitié de S. M. I. que, connoissant le rang que le royaume d'Angleterre a eu de tout temps devant celuy de Portugal, Elle ne fera pas la moindre difficulté de conserver à la Reine la préférence qui luy est dûe.

Anlage II. Zu S. 385.

Da diese bisher sehr wenig bekannte Angelegenheit eines solchen Zusatz-Artikels sich in so schneidigem Widerspruche mit der auswärtigen Politik der Königin und der Tory-Partei von 1711 an befindet, und da der intellectuelle Leiter dieser Politik von 1711 an, Bolingbroke, sich dafür auf den Wortlaut des Vertrages von 1701 berufen hat, so halte ich es für erforderlich, den englischen Ursprung des Vorschlages vom Juni 1703 durch den Wortlaut einiger Berichte darüber darzuthun. Es folgt aus dem ersten derselben, daß die Sache schon in einem vorangegangenen Berichte zur Sprache gekommen ist. Dieser fand sich jedoch im k. k. Archive nicht vor, sondern als der erste der hier folgende.

K. k. Archiv. Hollandica. Bericht des Grafen Goes, Haag, am 3. Juli 1703.

Wegen des bewußten Additional-Artikels, so England allhier proponirt hat, und kraft dessen J. D. der Erzherzog als künftiger König von Spanien die völlige spanische Monarchie haben solle, ist dem Stanhope die Antwort gegeben worden: man besorge, daß E. K. M. selbst solcher nicht allerdings gefallen möchte, sonst wäre man dem nicht zuwider gewesen. Ich weiß nicht woher. Wenn nicht, so wäre es gut, wenn E. K. M. mir einen Befehl gäben.

Ferner die folgenden zwei Berichte.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 27. Juli 1703.

Die von der Königin gethane Erklärung betreffend, der großen Allianz einen Artikel beirücken zu lassen, kraft dessen ohne völlige Recuperirung der spanischen Monarchie für E. K. M. ad Erzhaus von den Alliirten kein Friede noch Stillstand eingegangen werden solle, versichern die Minister positiv, daß es der Königin Resolution sei, und daß J. M. alles anwenden werden, um die Generalstaaten auch dazu zu portiren und daß E. K. M. sich um so mehr darauf verlassen können, als das hiesige Interesse, sonderlich die Handlung nach Italien und der Türkei solches selbst absolute requirirt.

Desselben Bericht vom 31. Juli.

(Der Staats-Secretär Hedges eröffnete mir:) Was den Punct beträfe, daß man von hiesiger und holländischer Seite keinen Frieden noch Stillstand eingehen werde, ehe und bevor E. K. M. allerdurchlauchtigstes

Digitized by Google

Erzhaus in der völligen Possession der spanischen Monarchie sei, so hätte J. M. die Königin solches von selbst proponirt, und würde solchem folglich auch Genüge thun. Es sei aber nöthig, daß E. K. M. dero eigene Instantien mit selbigen von der Königin bei den Generalstaaten machen lasse, um diese auch dazu zu disponiren.

Anlage III. Zu S. 389.

K. k. Archiv. Hollandica. Beilage zum Berichte des Grafen Goes vom 28. August 1703.

Quandoquidem ex foedere inter Sacram Caesaream Majestatem, Serenissimam Reginam Magnae Britanniae, Ordines Generales Uniti Belgii, et Serenissimum Portugalliae Regem, nuper concluso, loca quaedam ad Monarchiam Hispanicam pertinentia a Sacra Caesarea Majestate, Sacrae Regiae Majestati Lusitaniae cessa sint, cumque eiusdem foederis articulo 21mo conventum sit, ne pax aut induciae cum Rege Christianissimo fiant, quamdiu ejusdem ex Delphino Nepos, aut alius quispiam ex familia Borbonica Princeps, in Hispania remanebit, et cum foedere amicitiae Hagae Comitis die 7mo mensis Septembris anno 1701 inter Imperatorem, Guilielmum tertium Regem, et Ordines Generales Uniti Belgii inito, conventum sit, ne de pace ullatenus agatur, donec sufficienter cautum sit, ne Regna Galliae et Hispaniae umquam uniantur, aut sub idem Imperium veniant, et ne una eademque persona Regnorum amborum Rex sit, Sacrae Caesareae Majestati, Regiae Majestati Magnae Britanniae, et Ordinibus Generalibus Uniti Belgii visum est hisce apertius declarare, quae ipsorum concors et constans de reliqua omni Monarchia Hispanica mens sit, sese arctissimo modo ad inviolabilem ejusdem executionem adstringentes: declarant igitur, statuunt sancteque promittunt, se nullam ullo unquam tempore pacem cum Rege Christianissimo qui nunc est, aut imposterum futurus est, aut cum duce Andegavensi, aut alio quovis e familia Borbonica Principe, eorumque adhaerentibus aut vicem gerentibus, causamque inde habentibus, facturos, quovis e familia Borbonica Principe in possessione partis cujusvis Regnorum, Provinciarum, Regionum, et locorum ubicumque sitorum, manente, quae Potentissimus nuper Princeps Carolus 2^{dus} Hispaniarum Rex pientissimae memoriae habuit et possedit, aut habere et possidere potuisset; verum imprimis provisum erit, quod omnia et singula Regna, Provinciae,

Digitized by Google

Regiones, et loca, ubicunque sita, et universum jus quod praefatus potentissimus Princeps Carolus 2^dus^ Hispaniarum Rex habuit aut possedit, aut habere et possidere potuisset, foederatorum armis a Domo Borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus, aut causam inde habentibus, recuperata, inclitae Domui Austriacae reddentur, aut Eidem per pacem, absque ulla mora, aut quovis retentionis vel tergiversationis praetextu restituentur, iisque deinceps libere relinquentur, familia Borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus, aut causam inde habentibus perpetuo et ubique exclusis; nominatim autem omnes omni tempore Electoris Bavariae praetensiones excludentur, siquidem Ille injusti belli praetextu, quo non solum foederatorum progressus tardare, verum et destruere inique conatur, partem aliquam Monarchiae Hispanicae obtinere praesumat, sanctionibus, dispositionibus, aut contractibus quibusvis in contrarium, non obstantibus, quae omnibus hisce cassa et nulla declarantur: excipientur autem ab hac restitutione illae terrae et urbes ditionis Hispanicae in Indiis Occidentalibus, quae armis Reginae et Ordinum Generalium aut opibus eorum durante hoc bello occupabuntur, quae terrae et loca ita capta penes captores remanebunt secundum articulum 6^tum^ foederis praefati Hagae comitis conclusi; excipientur pariter ab hac restitutione omnia illa oppida, urbes et castella cum eorum dependentiis, et omnes illae Regiones, quae Lusitaniae Regi, vi secretorum articulorum foederis supradicti cum illo conclusi, conceduntur, quae quidem oppida, urbes, castella et regiones Regi Lusitaniae secundum praefatos articulos secretos in perpetuum manebunt. Foedus autem supradictum inter Sacram Caesaream Majestatem, Sacram Suam Regiam Majestatem, et Ordines Generales Hagae Comitis conclusum, in aliis omnibus suis articulis et clausulis integrum et illibatum semper manebit, atque haec explicatio seu nova conventio pro ejusdem parte et ampliore accessione reputabitur, et eandem vim obtinebit, ac si ab initio ibidem his ipsis verbis inserta fuisset; reservabitur etiam Serenissimae Domui Sabaudiae jus, quod in successionem Hispanicam post Augustissimam Domum Austriacam, exclusa familia Borbonica, eidem competit, dummodo ad eum finem facilius assequendum arma et consilia sua confoederatis sine mora jungat; reservato illi ulterius, modo hoc fiat, omni alio jure in Terras, Regiones, et loca illa quae ab Imperatore vi foederis inter Sacram Caesaream Majestatem et Ducem praefatum initi ipsi concedentur. Ministri Imperatoris,

Digitized by Google

Reginae Magnae Britanniae et Ordinum Generalium sufficienti ad id facultate instructi spondent, declarationem hanc seu novam conventionem solemniter ratam habituram iri a Sacra Caesarea Majestate Serenissima Regina Magnae Britanniae, et Ordinibus Generalibus, intra spatium quatuor septimanarum etc.

Anlage IV. Zu S. 396.

K. k. Archiv. Anglica. Handschreiben der Königin Anna von England an den römischen Kaiser Leopold, vom 23. October 1703.

Extractus.

Officium quod nobis tribuere visum est Caes^{ae} V^{rae} M^{ti}, cum filium suum Hispaniarum Regem in manus nostras velut alteri Matri totum quasi tradere et commendare ipsi placeat, libenter amplectimur, spondentes, nos cum cura et studio vere materno, quantum in nobis situm est, prosecuturas, eumque omni opere opibusque nostris adjuturas, usque dum plena et quieta Monarchiae Hispanicae possessione fruatur, in qua, divino favente Numine, ita eum stabiliendum propediem speramus, ut ea ipsi atque ipsius posteris secura omnino reddatur.

Digitized by Google

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Albergotti, französischer General 336.

Allianz, die große, vom 7. September 1701, 18, 282. Man sehe auch Zusatz-Artikel.

Allianz, die piemontesische, von 1703, 350 u. f.

Allianz, die portugiesische, vom 16. Mai 1703, S. 256 u. f., das Gutachten des Admirals von Castilien für dieselbe 265 u. f.; 385 u. f.

Ambras, Schloß 333.

Amsterdam 387.

Anna, Königin von England. Ihr Vorschlag an Jacob II. die Krone für sich anzunehmen gegen das Versprechen sie zurück zu erstatten 1 u. f. Ihr Verhalten auf die Todesnachricht Jacobs II. S. 2 u. f. Erwägungen bei der Krankheit Wilhelms III. S. 3 u. f. Ihre Hoffnung auf eigene Descendenz 6. Sie versichert ihr Eintreten in die Verpflichtungen Wilhelms III. S. 9. Ihre erste Thronrede 10 u. f. Ihre Gunst für die Familie Marlborough und der Keim der Differenz 13 u. f. Ihre Wünsche für den Gemahl 13 und 17.

Ihre Popularität im Steigen 35 u. f. Sie cedirt 100,000 Pfund Sterling für den Krieg 36 (vgl. S. 51). Ihr Verhalten auf die Adresse des John How 37. Sie ernennt eine Reihe von Tories 38 u. f.; macht den Gemahl zum Generalissimus 40; wird gekrönt 41; ernennt wieder eine Reihe von Tories 42.

Ihr Verhalten gegenüber dem Hause Hannover 45 u. f. Sie will nicht ein Mitglied desselben nach England einladen 50 u. f.; hat gegen das Haus Hannover den Verdacht, daß es eine Usurpation beabsichtigt habe 52 u. f. Sie läßt den Namen der Kurfürstin Sophie ins Kirchengebet aufnehmen, trifft jedoch keine weitere Anordnung für die Ausführung der Successions-Acte 54. Sie ernennt Godolphin zum Treasurer 56; ist für eine Reihe von Jahren nicht in Verbindung mit St. Germain 57; erklärt sich in der Thronrede zur Vertagung des Parlamentes für die Hochkirche 58 u. f.;

Digitized by Google

berufs das Parlament von Schottland, ohne die Frage der Thronfolge zu erwähnen 61.

Sie ist geneigt mit dem Kurfürsten Max Emanuel zu unterhandeln 134 u. f., so wie 147 u. f. Sie läßt den Sieg von Luzzara verkünden 185.

Ihre Thronrede am 20. October/1. November 1702 S. 206. Sie spricht ihre Ansicht über die Parteien vertraulich der Gräfin Marlborough aus 208; neigt sich, in Folge des Ereignisses von Vigo, dem Plane zu, Spanien von Portugal aus anzugreifen 211. In ihrem Cabinet erwächst der Gedanke der Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien 212 u. f. Sie läßt in der Paulskirche ein Tedeum halten 216; läßt die Untersuchung wegen der Plünderung von Porto Maria nicht mit Nachdruck betreiben 216 u. f. Sie entläßt den Bischof von Worcester 219; ist für die Bill gegen die gelegentliche Conformität 222; will nicht, nach dem Wunsche der Whigs, für die Integrität der Successions-Acte eintreten 225. Ihre Stellung zu den Parteien 228. Sie will Marlborough zum Duke ernennen 230; verlangt vom Unterhause eine Dotation für den Herzog von Marlborough 231; wird verstimmt durch den Abschlag 232; gibt den Betrag und mehr aus ihrem Eigenen 234; nimmt das Motto der Königin Elisabeth an 234; entläßt Rochester aus seinem Amte und bringt dadurch die Tories in Verwirrung 236 u. f. Ihre Thronrede vom 27. Februar/10. März 1703 ist sehr hochkirchlich 242. Ungünstiges Urtheil darüber 243. Sie ernennt verschiedene Tories zu Pairs 244; bricht dagegen, zu Gunsten des Ehepaares Marlborough, mit dem Grafen Rochester 245.

Sie tritt persönlich ein in die Gedanken Wilhelms III. in Betreff Westindiens 246; wird von Frankreich nicht als Königin anerkannt 254. Sie beschwert sich über die geringen Leistungen des Reiches 302 und 316; ist günstig gesinnt für den Herzog Victor Amadeus 350 u. f.; dringt in Wien auf die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien, und schlägt deshalb einen Zusatz-Artikel zur großen Allianz vor 385 u. f.; nimmt die Hälfte der Kosten der portugiesischen Allianz auf sich 388, und dann zwei Drittel derselben 390; verspricht dem Kaiser Leopold, seinen Sohn Carl wie eine andere Mutter zu behandeln 396.

Anspach, Markgraf von, 306, 308.

Anton Ulrich, Herzog zu Braunschweig Lüneburg in Wolfenbüttel, 45 u. f.

Antwerpen 321, 372 u. f.

Arco, Graf, bayerischer General, 138, 328.

Arco, Graf, kaiserlicher General, 357, 371.

Arco, Schloß, 341.

Argyle, das Haus, 60.

Athlone, Graf, 21, 71, 72, 147.

Auersperg, Graf, kaiserlicher Gesandter in Turin, 344 u. f.

Augsburg, Stadt, 358 u. f., 364 u. f., 381.

August II., König von Polen und Kurfürst von Sachsen. Er wird im Jahre 1702 bedrängt von Carl XII. S. 94 u. f.; zieht die dem Kaiser versprochenen 8000 Mann nach Polen 104; wird von Carl XII. bei Clissow geschlagen 105; beruft die Magnaten nach Sendomir 108; läßt den französischen Gesandten du Heron mit Gewalt hinausführen 112.

Digitized by Google

Er bittet um die Vermittelung des Kaisers und der Seemächte bei Carl XII. S. 270 u. f. Seine Differenz mit dem Cardinal Radziejowski 271. Er beruft eine Versammlung nach Marienburg 274. Seine Vorlage an den Reichstag in Lublin 280. Er schließt mit dem Czaren Peter eine geheime Allianz 284; sendet 8000 Mann dem Kaiser zu Hülfe 305.

B.

Badajoz 255.
Baireuth, Markgraf von, 306.
Barré, französischer Geschäftsträger im Haag, 19, 26.
Bellasis, englischer General, 192 u. f., 202.
Bercseny, Graf, 287, 289.
Berghayck, Graf, 127 u. f.
Berwick, Herzog von. Ueber Boufflers 71; über die Felddeputirten der Republik der Niederlande 75; über den Feldzug von 1702 S. 77 und 81; über die Unterhandlungen Friedrichs I. mit Frankreich 90 u. f., so wie 92 u. f.
Bibra, Commandant von Augsburg, 381.
Bischoff, Pater, S. J., 150 und 315.
Blainville, Commandant in Kaiserswerth, 70 u. f.
Blaspiel, preußischer Unterhändler mit Frankreich, 91.
Bolingbroke 220. Unwahrheit seines Berichtes über den Ursprung des Planes, Spanien für den Erzherzog zu erobern 251 u. f.; 392.
Bonn, 80, 320, 327, 372.
Bormida 354 u. f.
Boufflers, Marschall, commandirt 1702 in den Niederlanden 69 u. f.; drängt Athlone auf Nymegen 71; wird von Marlborough zurückgedrängt 76; weicht dem Befehle Ludwigs XIV. in Betreff Lüttichs aus 78; über die Unterhandlungen mit Friedrich I. S. 91.
Bourgogne, Herzog von, 70 u. f., 77, 80.
Brancaccio, Gouverneur von Cadix, 192.
Breisach 133, 357, 371.
Bromley 220.
Brüssel, Stimmung der Stadt gegen die französische Herrschaft 79 u. f.

C.

Cadix, der Plan der Einnahme von, 188 u. f., 191 u. f.
Cantelmi, Cardinal, 162 u. f.
Carl, Erzherzog. Sein Auge gerichtet auf Neapel 150. Er wird von den Neapolitanern gewünscht 160. Der Gedanke seines Königthumes in Spanien stammt aus dem englischen Cabinet 213. Dasselbe wird von Portugal dringend gewünscht 250; vom Admiral von Castilien befürwortet 265 u. f., von England nachdrücklich verlangt 385 u. f. Er wird als König Carl III. proclamirt 394; wallfahrtet nach Mariazell 395. Seine Reise 395 u. f. Er erbietet sich, die Königin Anna zu besuchen und wird von ihr eingeladen 397 u. f. Sein Aufenthalt in Holland seiner Sache nicht ungünstig 398.

Digitized by Google

Carl XII., König von Schweden. Er hält fest an dem Vorsatze August II. zu entthronen 95; geht nicht ein auf den Rath von Benedict Oxenstjerna 96 bis 101 und 114; zieht durch Polen nach Warschau 102; hält Unterredungen mit Radziejowski und Lescinski 103 und 104; schlägt August II. bei Clissow 105; versagt den Gesandten fremder Mächte den Zutritt ins Feldlager 107; kommt durch den Sieg seinem Ziele nicht näher 107; weist die Vorstellungen des Grafen Piper gegen seinen Plan zurück 108; läßt durch seinen Eigensinn wider August II. dem Czaren Peter freie Hand 109 und 113 (vgl. 272); arbeitet indirect für Ludwig XIV. S. 109 und 112. Seine Persönlichkeit 110. Er lehnt die Erbietungen der polnischen Reichsstände in Krakau ab 111; stürzt mit dem Pferde 111. Er treibt mittelbar die Polen dem Könige August II. zu 113. Der Vorwurf für ihn den Rath Oxenstjernas misachtet zu haben 114.

Seine Geringschätzung des Czaren Peter im Jahre 1703 S. 269 u. f. Er will zuerst seinen Plan gegen August II. ausführen 270 u. f.; arbeitet dennoch, indem er Polen zerrüttet, indirect für den Czaren Peter 272; sucht den Cardinal Radziejowski zu sich zu ziehen 273; schlägt die Armee Augusts II. bei Pultusk 275; will sich nicht anders als mit der Entthronung Augusts II. begnügen 276; will die Stadt Thorn belagern 276; fordert die Polen zur Feindschaft gegen Rußland auf 278; stimmt den Beschlüssen des Reichstages von Lublin nicht zu 281 und 283 u. f.; geht auf den Vorschlag der Bundesmächte nicht ein 282; jagt mit seiner Absicht der Entthronung einem Schattenbilde nach 283; nimmt die Stadt Thorn ein 284.

Carlile, Graf, 52 u. f.

Castelbarco, Graf, 178, 341.

Castelluccia, Herzog von. Manifest desselben 160 u. f.

Castilien, Admiral von, zum Botschafter nach Frankreich ernannt 159; begibt sich nach Lissabon 197 u. f. Die Motive für ihn 198 u. f.; 214. Sein Gutachten für den Allianz Vertrag mit Portugal und die Herüberkunft Carls III. S. 265 u. f.

Catinat, Marschall, commandirt, 1702, am Oberrheine 119. Seine Correspondenz mit Ludwig XIV. und Chamillart über die vorzunehmenden Maßregeln 120 u. f. Er wird beurtheilt von Ludwig XIV. und Chamillart 125. Weitere Befehle an ihn 133. Er ist in Unkunde über die Schritte von Max Emanuel 138 u. f.

Chamillart, französischer Minister der Finanzen und des Krieges. Charakteristik desselben 69 und 78. Sein Rath in Betreff des Oberrheines von Catinat zurückgewiesen 121 und 124. Sein Urtheil über den Marschall 125, um Ludwig XIV. zu schmeicheln 126; 258.

Chamlay 119 u. f.

Chamois, französischer Gesandter in Regensburg, 141.

Chateauneuf, französischer Gesandter in Lissabon, 263.

Chateau-Renaud, Admiral, 189 u. f.; sucht mit der spanischen Silberflotte Zuflucht in der Bucht von Vigo 199 u. f.

Christian, Prinz, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, 239, 356.

Clemens XI., Papst, schiebt die Frage der Belehnung mit Neapel hinaus 161 (vgl. 173); verneint die Wahrheit der von Janson Forbin in die Welt

gesetzten Behauptung 163; ist nachgiebig gegen andere französische Forderungen 166; beharrt in seinem Irrthume über eine stattgehabte Correspondenz zwischen Wilhelm III. und Ludwig XIV. S. 166 u. f.; hält fest an seinem Plane der Aussendung außerordentlicher Nuntien 167. Sein Standpunct in der ganzen Sache 170. Die Consequenzen seines Irrthumes 171. Als Oberhaupt der Kirche duldet er nicht die Uebergriffe Ludwigs XIV. S. 171. Er ertheilt nicht die Belehnung mit Neapel für Philipp V. S. 173. Die Bedeutung der Schlacht von Luzzara für ihn 184. Sein Verhalten nach dem Ereignisse von Vigo 203.

Er weicht der Forderung aus, Carl III. von Spanien anzuerkennen 399 u. f.

Cliffow, Schlacht bei, 105.
Coehoorn 324, 373.
Commercy, Prinz, 182.
Conföderation, polnische, von Skroda, 283.
Conformität, die gelegentliche. Bill gegen dieselbe 220 u. f.
Cresset, englischer Gesandter in Hannover, 239.
Cutts, Lord, 77, 254.

D.

Davia, päpstlicher Nuntius in Wien, 167.
Devonshire, Herzog von, 38, 56, 220, 225.
Dietfurt, Treffen bei, 307.
Dolfin, venetianischer Botschafter in Wien, über Ungarn 286 u. f.; über die Finanz-Verwaltung unter den Kaisern Leopold I. und Joseph I. S. 313 u. f.
Douglas 60.
Dykvelt 24.

E.

Ekeren, Treffen bei, 372.
Eleonore, Kaiserin, über die Entsendung ihres Sohnes Carl nach Spanien 393.
Elisabeth, Königin von England, 9, 13, 216, 234.
Escalona, Herzog von, spanischer Statthalter in Neapel, 159.
Estrees, d', Abbé, 262 u. f.
Estrees, d', Cardinal, 256 u. f.
Eugen, Prinz von Savoyen, kaiserlicher Feldmarschall. Seine Popularität in England 134 und 184 u. f. Er kann nicht ein Detachement nach Neapel entsenden 150; klagt über den Zustand seiner Armee 151 u. f.; erhält weder die Unterstützung einer Flotte, noch der 8000 Mann Sachsen 151 u. f.; mistraut dem Hofkriegsrathe 152 u. f. Sein Bericht über seine schwierige Lage im Anfange Juni 1702 S. 154 u. f. Diese wird jedoch von französischer Seite nicht ausgenutzt 155 u. f. Sein Urtheil über diese Lage der Dinge 157.

Seine und seiner Armee Bedeutung für die Freiheit der christlichen Kirche 174. Sein Bericht über den Zustand seiner Armee im Juli 1702 S. 178 u. f.; über das Treffen von San Vittoria 180. Er faßt den

Digitized by Google

Entschluß eines Haupttreffens 181; berichtet über die Schlacht von Luzzara 182; Bedeutung des Treffens 183 u. f.

Er erhebt, im Januar 1703, vor dem Kaiser dringende Mahnungen 311. Seine Bedingungen gegen die abermalige Uebernahme des Commandos 315. Er redet dringend zu dem Kaiser 333; wird zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernannt 334; beglückwünscht Guido Starhemberg 336 u. f. Sein Urtheil über Victor Amadeus 347 u. f. Er sichert diesem Herzoge Hülfe zu 348 und 352; zeichnet die Lage der Dinge in Wien 352 und abermals ausführlich 361 u. f. Sein Vertrauen auf den Markgrafen Ludwig von Baden 363.

F.

Favorita, Schloß, 393 u. f.

Felddeputirte der Republik der Niederlande 73, 75 u. f.; 373, 375 u. f.

Forstner 315 u. f.

Franken, der Kreis, 18, 116, 296, 325.

Friedlingen 133; Treffen dort 143 u. f.; 327.

Friedrich I., König in Preußen, erhebt Ansprüche auf den Nachlaß Wilhelms III. S. 85 u. f. Seine für die Bundesmächte bedenkliche Haltung 87 u. f. Seine Forderungen steigen 88 u. f. Er steht in Unterhandlung mit Frankreich 90 u. f.; ist mit sich selber nicht einig, welchen Theil er täuschen will 93; wird mit seiner Begehrlichkeit zurückgewiesen 94.

Sein Verhalten in der Sache des oranischen Erbes, im Beginne des Jahres 1703, S. 303 u. f. Das Söldnerthum in ihm 303 und 356.

Friesen, Commandant von Landau, 372 u. f., 379.

Friso, Prinz von Nassau, von Wilhelm III. durch Testament zum Erben eingesetzt 85 u. f.

G.

Geldermalsen, 82, 377.

Generalstaaten der Republik der Niederlande. Ihr Verhalten auf die Todesnachricht von Wilhelm III. S. 19 u. f. Sie wollen weder einen Erbstatthalter noch General Capitain 20 u. f.; empfangen Marlborough als Botschafter 24; übergeben die französische Denkschrift, die sie vom Kriege abmahnt, den Gesandten der verbündeten Mächte 27 u. f. Ihre Kriegserklärung an Frankreich 64 u. f.

Von Wilhelm III. zu Vollstreckern seines Testamentes eingesetzt, können sie dasselbe dem Könige Friedrich I. gegenüber nicht durchführen 86 u. f. Sie sehen die bayerische Sache an als eine gemeinsame der Allianz 146.

Sie schlagen der Königin von England eine Vermehrung der Streitkräfte vor 227; senden, im Februar 1703, Hülfe an den Oberrhein 300; klagen über die geringen Leistungen des Reiches 301; wünschen die Differenz über das oranische Erbe gütlich beizulegen 303; senden an den Kaiser erneute Beschwerden über die geringen Leistungen des Reiches 316; suchen den Verlust von Eleren zu ersetzen 373; sind nicht geneigt zu einem Angriffe auf die französischen Linien 375 u. f.; entsenden Entsatz für Landau 379;

Digitized by Google

erkennen die Leistungen des Erbprinzen von Hessen an 379. Ihre nachdrückliche Klage über die geringen Leistungen der Reichsfürsten 381 u. f. Sie wollen Goor abberufen 384. Ihr Verhalten zu dem Plane der portugiesischen Allianz 385 u. f. Das Verbot der Correspondenz mit Frankreich 387. Das Verhalten der einzelnen souveränen Provinzen in der Sache der portugiesischen Allianz 387.

Georg, Landgraf zu Hessen-Darmstadt, kaiserlicher Bevollmächtigter für Spanien, 188. Er findet Schwierigkeiten in England 189 u. f.; berichtet über die Unternehmung gegen Cadix 191 u. f.; kritisirt die Persönlichkeiten 192, und den Beschluß des Kriegsrathes 193; hat Verbindung mit kaiserlich gesinnten Spaniern 195. Sein Urtheil über das Mislingen der Unternehmung gegen Cadix 196 u. f. Er will in Betreff der Plünderung von Porto Maria keine Anklage in England erheben 216.

Georg, Prinz von Dänemark, Gemahl der Königin Anna, 13 und 17, 32, 40, 72, 220, 225 u. f.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, 3, 46, 50.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 4.

Germain, St., 2 u. f., 44, 56 u. f., 66 u. f., 237.

Gloceſter, Herzog von, 2, 7.

Godolphin. Er wird von Marlborough wieder herangezogen 15. Unterredung beider mit Wratislaw 17 u. f. Er wird zum Treasurer ernannt 43 und 56. Sein englisches Urtheil über die Forderung des Kurfürsten Max Emanuel gegenüber dem Prinzen Eugen 134. Er vertritt, im November 1702, den Gedanken eines Angriffes von Portugal aus auf Spanien 213; wird im Amte des Treasurers durch Rocheſter gefährdet 235; behält dasselbe 236.

Goes, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 19, 21. Seine Kritik der französischen Denkschrift in Anlaß des Todes von Wilhelm III. S. 27 u. f. Er erhält die Ermächtigung, das Wort praetensus zu princeps Walliae zuzulassen 30; fordert dafür den Beschluß der Kriegserklärung 32; weist die Begehrlichkeit Friedrichs I. zurück 94, 254. Er verlangt die Sendung einer Hülfe an den Oberrhein 300. Er charakterisirt die Regierung der Republik 377 und 386.

Goor, holländischer General, 356, 384.

Gower 244.

Granville 244.

Grimani, Cardinal, 204.

H.

Haersolt, holländischer Gesandter bei Carl XII., 281.

Hagenau 122 u. f.

Halifax, Lord, 236.

Hamel Bruininx, holländischer Gesandter in Wien, 212, 316.

Hamilton, Herzog von, 60.

Hannover, das Haus, 4, 45 u. f., 229.

Hardy, Capitän, erkundet den Aufenthalt der Silberflotte 201.

Harley, Sir Robert, Sprecher des Unterhauses, 205, 224.

Digitized by Google

Haro, Sir, Charles, wirkt nachtheilig auf das Unternehmen gegen Cadix 192 u. f. und 202.

Hedges, Staats-Secretär, 42, 391.

Heinsius, Rathspensionär der Stände von Holland, redet im Namen derselben zu den Generalstaaten 19 u. f.; ist die bewegende Kraft in der Republik 24; antwortet auf die französische Denkschrift des Barré 28; beräth mit Goes und Marlborough die Frage der Kriegserklärung 29 u. f.; erlangt den Beschluß der Stände von Holland für die Kriegserklärung 33; wird in Anspruch genommen durch die Frage des oranischen Erbes 87 u. f.; antwortet auf die Begehrlichkeit des Königs Friedrich I. S. 94.

Er ist nicht abgeneigt gegen Unterhandlungen mit Max Emanuel 135; hat jedoch Mistrauen 147 und 297; antwortet nachdrücklich auf die Drohungen des preußischen Gesandten Schmettau 304; redet, nach der Schlacht von Ekeren, für die Verstärkung des Heeres 373; redet eindringlich zu den Gesandten der verbündeten Mächte 381; kennt schon 1703 die Aufforderung an Marlborough zu einem Zuge an die Donau 384; erwirkt deshalb das Verbleiben des Generals Goor am Oberrheine 385; tritt in der Republik nicht auf wie zu den Zeiten Wilhelms III. S. 386. Sein Verfahren bei den Ständen von Holland 387. Er ist für den Zusatz-Artikel zur portugiesischen Allianz 390.

Heron, du, französischer Gesandter in Polen, 112, 285.

Hessen-Cassel, Erbprinz von, 378 u. f.

Hill, Sir Richard, zum englischen Gesandten nach Turin ernannt, 345, 351, 391.

Hobbes 49.

Hochkirche von England 4 u. f., 58 u. f., 208, 220 u. f. 240.

Höchstädt, Schlacht bei, 366.

Hof von Holland, Gerichtshof, 303 u. f.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in England, über die Freude der Engländer wegen Luzzara 185; über die Neuwahlen 186; über die Nicht-Gewährung der Dotation für Marlborough 232; über die Spaltung in der Tory-Partei 238; über die Thronrede im März 1703 S. 213.

Hofkriegsrath in Wien 152 u. f., 311 u. f., 331.

Holland, Stände von, geben ihr Votum für den Krieg 33; wollen nicht den Prinzen Georg als General-Capitain 41. Ihre Souveränetät 386 u. f. Sie votiren für die portugiesische Allianz 387.

How, John, 36, 39, 224.

Hüningen 133, 143.

Huy 375.

J.

Inn 339 u. f.

Innsbruck 332 u. f.

Jacob II. S. 1 u. f.,

Jacob III. s. Prätendent.

Jacobiten 7 u. f., 44, 57, 59, 184, 187.

Janson Forbin, Cardinal und Botschafter in Rom, 26. Er bringt die Fiction eines Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für ein Testament zu Gunsten des

Digitized by Google

Herzogs von Anjou öffentlich vor 161 u. f.; gibt, obwohl zurückgewiesen, den Plan dieser Lüge nicht auf 165. Seine Charakteristik von Seiten des Kaisers 169. Sein Auftreten gegenüber dem Papste Clemens XI. S. 172 u. f. Er hofft auf eine Erhebung der Türken 362.

Jersey, Lord, 38.

Johann Wilhelm, Kurfürst von der Pfalz, 396.

John, St., s. Bolingbroke.

Joseph, römischer König, vom Kaiser zu Ludwig von Baden entsendet 114; 117 u. f., 135. Er widerlegt den Verdacht einer Connivenz mit Max Emanuel 136; bewilligt für Landau die Capitulation 138 u. f. Ueber die Verwaltung der kaiserlichen Mittel 312 u. f. Er cedirt sein Erbrecht an Spanien seinem Bruder Carl 394.

Junta der spanischen Regentschaft 159.

K.

Kaiserswerth 70 u. f.

Karoly, Graf, 289.

Kensington 8.

Kleve 87 u. f.

Klinkowström 110.

Kolonitsch, Cardinal, 394.

Königsmark, Maria Aurora von, 95.

Krakau 107, 110.

Kriegserklärung gegen Frankreich wird berathen 27 u. f. und beschlossen 33. Form der Verkündigung 63 u. f. Inhalt der Manifeste 64 u. f.

Kufstein 332.

L.

Lamberg, Cardinal, 136, 168.

Lamberg, Graf, kaiserlicher Botschafter in Rom, verlangt und erhält eine Kundgebung des Papstes auf das Manifest Janson Forbins 163; erhebt bei Clemens XI. abermalige Vorstellungen gegen die Sendung eines außerordentlichen Nuntius nach Wien 168; warnt vor Janson Forbin 169; meldet dem Papste das Verhalten Guido Starhembergs 337.

Landau 116 u. f., 135, 138, 372, 379.

Leibniz über die Haltung der Kurfürstin Sophie gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England 47 u. f. und 55 u. f.

Leopold I., römischer Kaiser. Er bewilligt das Wort praetensus zu princeps Walliae 30 u. f. Seine Anerkennung für Marlborough 84. Er sendet seinen Sohn Joseph zu Ludwig von Baden am Oberrhein 114. Seine Correspondenz mit dem Letzteren 115 u. f. Sein Verhalten diesem, so wie überhaupt seinen Feldherrn gegenüber 117. Er traut nicht dem Kurfürsten Max Emanuel 118; kennt jedoch im Sommer 1702 nicht dessen Plane 132 u. f.; geräth in den Verdacht der Connivenz mit Max Emanuel 136; spricht sich aus über den Verrath dieses Kurfürsten 140; beurtheilt das Treffen von Friedlingen 144; zweifelt an der Ehrlichkeit der neuen Erbietungen Max Emanuels 146.

Digitized by Google

Er hält zunächst auf Italien das Auge gerichtet 150; verlangt vergeblich die versprochene Absendung einer Flotte ins Mittelmeer 151 u. f.; hat ausreichende Kunde der schwierigen Lage des Prinzen Eugen in Italien 153. Das Verhältnis zwischen ihm und Papst Clemens XI. getrübt 165. Er läßt den außerordentlichen Nuntius Spada an der Grenze zurückweisen 168 u. f.; läßt Clemens XI. vor Janson Forbin warnen 169; wird durch das Verhalten des Papstes weiter von ihm hinweg gedrängt 170; urtheilt jedoch nicht feindselig über den Papst 203.

Seine und seiner Minister Absichten bleiben mehr auf Italien als auf Spanien gerichtet 212. Er hat seinen Sohn Carl zunächst zum Könige von Neapel bestimmt 213; beharrt dabei gegenüber dem Andringen der Seemächte 214; verlangt das Gutachten des Admirals von Castilien 214. Seine geringe Neigung für den Plan der Seemächte den Tories und dem Hofe von Versailles bekannt 215. Er ist sehr geneigt für Marlborough 235; wird unangenehm berührt durch das Zurückziehen des englischen Cabinets von dem Versprechen Wilhelms III. in Betreff Westindiens 217 u. f.

Er wird von den Seemächten gedrängt, auf die Allianz mit Portugal einzugehen 249; erhält aus der Conferenz seiner Minister einen Rath in diesem Sinne 250; ist nicht geneigt, dem Erzherzoge Carl die gesammte spanische Monarchie zu cediren, weil er Mailand für Joseph und dessen Linie behalten will 253; gibt die Angelegenheit der portugiesischen Allianz völlig in die Hände der Königin Anna 255; geht dadurch hinweg über die Bedenken seiner Gesandten 256; erhält das Gutachten des Admirals von Castilien für die Allianz mit Portugal 265 u. f.; wird von allen Verbündeten zu dieser Allianz gedrängt 268.

Er verschont 1701 den Franz Rakoczy und läßt erst nach dessen Flucht ihm das Urtheil sprechen 285. Die Frage des Religionsdruckes unter ihm in Ungarn 287 u. f.

Er entscheidet, daß mit Bayern nicht mehr zu tractiren sei, im Januar 1703, S. 298. Er vernimmt die dringenden Vorstellungen seiner Feldherren Ludwig von Baden und des Prinzen Eugen 310 u. f.; faßt nicht den Entschluß energisch durchzugreifen 313 u. f.; ist wohlwollend für jene beiden 316; ernennt, auf die Nachrichten aus Tirol, den Prinzen Eugen zum Präsidenten des Hofkriegsrathes 334; wird geliebt von den Tirolern 339; ist bereit zur Hülfe für Victor Amadeus 349 u. f.; erkennt die Leistung des Zuges von Starhemberg an 355; fürchtet einen Einbruch der Türken 362; setzt sein Vertrauen auf den Markgrafen Ludwig 363; urtheilt über das Treffen bei Höchstädt 366 u. f.

Seine trübe Schilderung vom 4. October 1703 S. 368 u. f. Er spricht dem Markgrafen Ludwig abermals sein Vertrauen aus 370; wünscht eine Diversion an der Mosel 373. Ueber seine Lage im December 1703 S. 380.

Er kann sich, im Sommer 1703, dem Andringen der Seemächte auf Entsendung des Erzherzogs Carl nach Spanien nicht mehr entziehen 385 und 388 u. f.; übernimmt keinen Beitrag der Kosten für die portugiesische Allianz 388; geht nicht ein auf den Zusatz-Artikel zu derselben 391; proclamirt den Erzherzog Carl als König Carl III. von Spanien 393; meldet

Digitized by Google

es der Königin und den Generalstaaten 395; verlangt die Anerkennung Carls III. vom Papste Clemens XI. S. 399 u. f.
Leopold von Anhalt-Dessau 356, 366.
Lescinsky, polnischer Kronschatzmeister, 103 u. f., 274.
Liechtenstein, Fürst Anton, 398 u. f.
Liechtenstein, kaiserlicher General, 355.
Lilienroth, schwedischer Botschafter im Haag, 19, 26, 269, 282.
Locatelli 138.
Locher 153.
Lockhart, schottischer Jacobit, 63.
Louville, Marquis, Secretär Philipps V., S. 158, 160. Seine Mission an Clemens XI. S. 172 u. f.; 176. Er berichtet über die französische Armee in Italien 179; über den Zustand am Hofe in Madrid 256 u. f.; über die französische Macht in Spanien 258 u. f.; über die inneren Zustände in Spanien selbst 261.
Lublin, Reichstag von, 277, 279 u. f.
Lubomirsky, Fürst, 105, 274.
Ludwig, Markgraf von Baden, kaiserlicher Feldherr. Er commandirt am Oberrheine 114. Sein Urtheil über die rheinischen Kurfürsten 115. Er ist die Seele der Thätigkeit im Südwesten des Reiches 115; belagert Landau 116; handelt als Feldherr nach freiem Ermessen 117; legt dem Kaiser nachdrücklich die Mängel der Kriegsverwaltung dar 117 u. f.; kennt nicht die Plane des Kurfürsten Max Emanuel 132; vereitelt durch die Schlacht bei Friedlingen den Plan des Villars 143 u. f.; schildert den Zustand seiner Armee, im December 1702, S. 148.

Er beginnt das Jahr 1703 mit einer entsprechenden Schilderung 305 u. f. und 309 u. f.; bittet den Kaiser um energisches Einschreiten 310. Er verlangt vergeblich eine Diversion Marlboroughs an der Mosel 320; kritisirt dessen Plan 322; schlägt einen Angriff des Villars auf die Linien von Stollhofen ab 325; wird in England gepriesen 326; wird durch eine unwürdige Kriegslist von Max Emanuel getäuscht 327. Seine Ansicht über den Zug des Marschalls Villars 327. Er trägt dem Prinzen Eugen sein Vertrauen entgegen 331; zieht Verstärkung an sich gegenüber Villars 356; entwirft einen umfassenden Plan 357. Sein Bericht vom 7. September verglichen mit demjenigen des Villars vom 8. September 358.

Er steht mit dem Feldmarschall Styrum nicht auf gutem Fuße 364 u. f. Sein Verhalten nach der Schlacht bei Höchstädt 369 u. f. Er zieht Schulenburg mit den Sachsen an sich 370. Ueber die Capitulation von Landau 380. Seine Differenz mit dem Holländer Goor 384.
Ludwig XIV., König von Frankreich. Er erhält die Todesnachricht Wilhelms III. S. 25; macht noch einen Versuch, die Republik der Niederlande vom Kriege abzuhalten 26 u. f.; ist in dem großen Kriege von 1702 an wesentlich defensiv 68 u. f.; ernennt Chamillart auch zum Kriegsminister 69; leitet von Versailles aus seine Heerführer 70 u. f.; schwächt die Armee des Marschalls Boufflers 73; verlangt die Behauptung Gelderns 76. Sein Befehl an Boufflers in Betreff Lüttichs 78.

Er hat einen Bundesgenossen an dem Eigensinne Carls XII. S. 112; zweifelt an einer deutschen Offensive am Oberrheine 119 u. f. Seine Correspondenz mit dem Marschall Catinat 120 u. f. Er gibt das Commando des Corps, das er an den Oberrhein sendet, an Villars 121. Neue Befehle an Catinat 122, die dieser ablehnt 123. Seine Misstimmung über Catinat 124 u. f.

Er sucht Max Emanuel vorwärts zu drängen 127; sagt ihm ein Hülfscorps zu 132 u. f.; hofft dafür die Erhaltung Landaus 138; feiert einen Sieg von Friedlingen 144; gibt nicht dem Marschall Vendome den Befehl zum Angriffe auf den Prinzen Eugen 155 u. f.

Mit Philipp V. über die Reise nach Italien einverstanden, zieht er für die Königin Marie Louise die Erlaubnis zurück 158. Er läßt seine Fiction eines Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou durch Janson Forbin öffentlich machen 162 u. f.; gibt, obwohl damit sogleich zurückgewiesen, den Plan dieser Lüge nicht auf 165. Er erfindet den Papst Clemens XI. in geistlichen Dingen als Oberhaupt der Kirche 171; macht einen erneuten Versuch, die Belehnung mit Neapel für Philipp V. zu erlangen 172 u. f.; hofft auf die Herrschaft über Rom 174.

Er befiehlt Philipp V. zur Armee zu gehen 176; läßt, wegen des vermeintlichen Sieges von Luzzara, das Tedeum singen 183.

Der wichtigste Erfolg für ihn im Jahre 1702 ist das Mislingen des Unternehmens der Gegner wider Cadix 199. Er empfängt den Bericht über das Einlaufen der Silberflotte in die Bucht von Vigo 201; empfindet tief den Schlag der Zerstörung und Wegnahme dieser Flotte 203.

Er will die Prinzessin Orsini abberufen 257 u. f.; erwägt die Frage, ob er Philipp V. fallen lassen könne 258 u. f.; erkennt den Umschwung der Dinge in Spanien 262. Sein einstiger Treubruch gegen Philipp IV. von Spanien zu Gunsten Portugals schlägt 1703 zurück wider ihn 264.

Er sucht den Unfrieden in Polen zu schüren 270; lobt Carl XII. S. 276; zahlt dem Rakoczy die Mittel zum Beginn der Rebellion in Ungarn 286 und 288 und 295. Sein Verhalten gegenüber der ungarischen Rebellion überhaupt, Rakoczy und früher Zrinyi 292 u. f.

Er will durch Tirol dem Kurfürsten Max Emanuel Hülfe senden 297; ertheilt dem Marschall Villars den Befehl zur Vereinigung mit Max Emanuel 318. Seine Berechnung dabei 319. Sein Vortheil in der einheitlichen Leitung des Ganzen von seiner Seite 320. Er erfährt nicht die Schlappe des Marschalls Villars vor Stollhofen 326. Sein Plan nach der Vereinigung von Villars und Max Emanuel 329. Er befiehlt dem Marschall Vendome auch von seiner Seite in Tirol einzubrechen 335 und 338; befiehlt die Rückkehr 341. Seine Motive 342 u. f.

Ungewis über den Herzog Victor Amadeus, schüchtert er dessen Gesandten ein 345; läßt durch Vendome die Piemontesen entwaffnen 346 u. f. Sein Schreiben an Victor Amadeus 348. Er selber treibt den letzteren in die große Allianz 348. Der Umschwung zu seinem Nachtheil 351. Er räth Max Emanuel, am 25. September, zu einem gütlichen Abkommen mit dem Kaiser 364.

Luzzara, Schlacht bei, 182. Bedeutung derselben 183 u. f.

Digitized by Google

M.

Maine, du, Herzog, 77, 79.
Maintenon, Frau von, 69, 258.
Manchester 42.
Mannsfeld, Graf, Präsident des Hofkriegsrathes in Wien, 153, 312 u. f., 334.
Mantua, Herzog von, 181.
Marchemont, Graf, Kanzler von Schottland 61, regt die Frage der Erbfolge an 62.
Mariazell 395.
Marie Beatrice schreibt an die Prinzessin Anna 2 u. f.
Marie Louise, Gemahlin Philipps V., 158 u. f.
Marlborough, Lady Sarah. Sie kennt nicht das eigentliche Geheimnis der Königin Anna 6 und 13. Keim ihrer Differenz mit der Königin 13 u. f. Sie lobt die Thronrede der Königin vom November 1702 S. 207; kritisirt die Bill against Occasional Conformity 221. Ihr Bedenken gegen den Herzogstitel 230. Sie erhält das gewünschte Geld und mehr von der Königin 234; erwirkt die Ernennung eines Whig zum Pair 244.
Marlborough, Lord John, erster Rath der neuen Königin Anna 8 und 10 und 13. Sein Programm 14. Er bildet mit Godolphin und Sunderland ein Triumvirat 16; führt Godolphin zu Wratislaw 17 u. f. Als englischer Botschafter nach dem Haag 21. Seine Unterredung mit dem Grafen Goes 22. Durch ihn wird England die führende Macht 23. Er tritt im Haag mit dem Gepränge eines Botschafters auf 24; antwortet auf die französische Denkschrift des Barré 28; verlangt die kaiserliche Erklärung über den Zusatz-Artikel 29; beantragt nicht direct die Ernennung des Prinzen Georg zum General-Capitain 32.
Er kehrt nach England zurück 34; äußert sich über die Adresse des John How 37; übt seine Geltung bei der Königin nur in entscheidenden Fragen aus 40 und 42; setzt im Cabinet durch, daß England als Principal-Macht den Krieg erklärt 43. Hoffnung auf ihn in St. Germain 44. Er läßt Godolphin zum Treasurer ernennen 56; ist nicht betheiligt bei der Thronrede zur Vertagung 58.
Er erhält im Haag das Commando auch der Holländer 72; wird in seinen Operationen gehindert durch die Besorgnisse im Haag 74. Seine Aeußerung darüber 75. Er nimmt Lüttich 81; wird gefangen und entlassen 82; im Haag mit Jubel empfangen 84.
Seine Ansicht über Max Emanuel 146. Er wird zum Herzog von Marlborough ernannt 230 u. f.; in Anlaß der für ihn verlangten Dotation im Unterhause ungünstig beurtheilt 232; erkennt aus dem Verhalten der Königin, daß er seinen Widersacher Rochester heben kann 234; steht in hohem Ansehen bei den Mächten der Allianz 235; wird gebeugt durch den Verlust seines einzigen Sohnes 241.
Er geht, im Februar 1703, auf den Vorschlag Wratislaws zu einem Zuge an die Donau nicht ein 299; entspricht nicht dem Wunsche Ludwigs von Baden für eine Diversion an der Mosel 320; vermeint Besseres auszurichten gegen Antwerpen 321 und 372. Sein Handeln wird bedingt durch seine Stellung zu der Republik 323. Seine Geschmeidigkeit 324. Sein Urtheil über die Leistungen von deutscher Seite 325.

Digitized by Google

Er kann den Plan auf Antwerpen nicht ausführen 373; ist für das nächste Jahr einem Plane auf die Mosel mehr geneigt 373; kann die holländischen Generale zu einem Angriffe auf die französischen Linien nicht bewegen 375; verlangt von den Generalstaaten den Entsatz von Landau 378; begrüßt den König Carl III. S. 396.

Marsigli, Graf, 357, 371.

Marsin 177, 371.

Matagorda 194.

Maximilian, Prinz, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, 239.

Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern. Er verhält sich, bis in den Sommer 1702 hinein, abwartend 118 und 127; zeichnet sich selber in einem Briefe an Berghayk 127 u. f. Sein eigentliches Ziel 130. Er verlangt vor allen Dingen von Frankreich Geld 131; sucht, im Sommer 1702, die verbündeten Mächte in der Täuschung zu erhalten 133; läßt die Reichsstadt Ulm überrumpeln 136 u. f. Der Plan der Vereinigung mit einem französischen Corps zunächst vereitelt 138 u. f. Seine Antwort an den Kaiser 140. Sein Unternehmen von den bayerischen Landständen nicht gebilligt 141. Sein Briefwechsel mit Villars 142 und 145. Er unterhandelt aufs neue mit dem Kaiser und den Seemächten 146 u. f.; erregt auch in Versailles Mistrauen 149.

Er hört nicht auf die Abmahnung seiner Landstände 295; sucht seine Sache als diejenige der Religion hinzustellen 296; unterhandelt im Winter 1702/3 S. 297 u. f.; nimmt Neuburg an der Donau 299; täuscht den Markgrafen durch eine unwürdige Kriegslist 326; vereinigt sich mit Villars 327. Seine und seiner Umgebung moralische Qualität 328.

Er besetzt Regensburg 329; trägt Bedenken in Oesterreich einzubrechen 331; will sich des Landes Tirol bemächtigen 331 u. f.; muß aus Tirol abziehen 340 u. f.; geräth in Verdacht bei Villars und den Franzosen 357 u. f.; siegt mit Villars bei Höchstädt 366 u. f.; steht auch nachher gespannt mit Villars 370 u. f.; erlangt die Stadt Augsburg, im December 1703, S. 381.

Medina Celi, Herzog von, 159 u. f.

Mehaigne 81.

Melac, französischer Commandant in Landau, 139.

Melgar, Graf, s. Admiral von Castilien.

Memmingen, Reichsstadt, 140 u. f.

Menegatti, S. J., über die Zulassung des Wortes praetensus zu princeps Walliae 30.

Methuen, englischer Gesandter in Lissabon, 190, 211.

Modena, Herzog von, 181.

Monasterol, Graf, 128 u. f., 298, 328.

Mörner, schwedischer General, 105.

Munderkingen, Treffen bei, 356.

N.

Nassau, Prinzessin von, fordert das oranische Erbe für ihren Sohn Friso 85 u. f.; 303 u. f.

Nassau-Saarbrück, Prinz von, 20, 71, 72.

Nassau-Weilburg 378.
Neapel widerwillig gegen die französische Herrschaft 159 u. f.
Normanby, Marquis, erhält das Geheim-Siegel 39; wird zum Herzog von Buckingham ernannt 244.
Nottingham, Graf, Staats-Secretär, 42, 134, 190, 213, 243. Er spricht sich zu Wratislaw aus über die englischen Absichten in Betreff Westindiens 248, und in derselben Weise zu Hoffmann 392. Er drängt, daß der Kaiser sich auf die Allianz mit Portugal einlasse 250 und 253 und 268; erklärt, daß England zwei Drittel der Kosten der portugiesischen Allianz auf sich nehme 391.
Nymegen 71.

O.

Obdam, holländischer General, 72, 82, 372.
Oberhaus s. Parlament.
Occasional Conformity, Bill gegen dieselbe, 220 u. f.
Ormond, Herzog von, Commandant der Landtruppen gegen Cadix, 189 u. f. Er erkennt den Landgrafen Georg als kaiserlichen Bevollmächtigten an 190 u. f.; wird charakterisirt vom Landgrafen Georg 192 u. f.; findet unter den See-Officieren Widerspruch gegen die Vorschläge des Landgrafen Georg 196; beschließt mit Rooke, die Silberflotte in der Bucht von Vigo zu nehmen 202; wird Statthalter in Irland 236.
Orry 257.
Orsini, Prinzessin, Oberstthofmeisterin der Königin von Spanien, 257 u. f.
Ostiglia 335 u. f.
Oxenstjerna, Graf Benedict. Umfassendes Gutachten desselben für Carl XII. S. 96 u. f.

P.

Palffy, Graf, 367.
Palmquist, schwedischer Gesandter in Paris, 109.
Parlament von England bleibt gesetzlich beim Tode Wilhelms III. versammelt 9; vermeidet, sich über die Geburt des Prätendenten auszusprechen 29; über die Frage der Union mit Schottland 60 u. f. Die Adressen desselben im November 1702. S. 209. Oberhaus und Unterhaus stehen zu einander wie Whigs und Tories 210 und 228.

Unterhaus feiert die Sieger des Feldzuges von 1702 S. 218; ersucht die Königin um die Entlassung des Bischofs von Worcester 218. Oberhaus sucht vergeblich einzuschreiten 218.

Die Bill against Occasional Conformity im Unterhause 220 u. f., im Oberhause 222.

Unterhaus beschließt eine Aenderung in der Successions-Acte 225.

Unterhaus beschließt das Aufhören aller Correspondenz mit Frankreich und Spanien 227. Eigentliche Absicht der Tories dabei 228.

Unterhaus lehnt die von der Königin verlangte Dotation für Marlborough ab 232, und bewirkt dadurch die Entfremdung der Königin von Rochester, dem Haupte der äußersten Tories, 235. Das Schwanken der Tories zieht einen Erfolg der Whig-Partei auch im Unterhause nach sich 238.

Digitized by Google

Parlament von Schottland im Sommer 1702 S. 61 u. f.
Pedro, König von Portugal, 189 u. f. Er verlangt für seinen Beitritt zur großen Allianz Abtretungen in Spanien 211 u. f. Seine Forderungen maßlos 250. Er läßt etwas ab, hält aber fest an der Forderung der Ueberkunft des Erzherzogs Carl 253; erhält die Stadt Badajoz bewilligt 255; sucht den Franzosen die Aenderung seiner Politik zu verhehlen 263; wird vom Admiral von Castilien beurtheilt 265 u. f.
Peter, Czar von Moscovien, 109, 113. Er dringt an der Newa vor 114; wird gering geschätzt von Carl XII. S. 269 u. f. Seine Stellung zu Polen 272. Er declarirt sein Bündnis mit August II. S. 277; zieht damals noch nicht die vollen Consequenzen seines Cäsareopapismus 280; gründet St. Petersburg 283; schließt abermals eine Allianz mit August II. S. 384.
Peterborough, Lord, 246.
Phelypeaux, französischer Gesandter in Turin, 344 u. f., 349.
Philipp V., König von Spanien, Herzog von Anjou. Er lehnt die Einwände der Spanier gegen seine Reise nach Italien ab 158; wird von Ludwig XIV. und Janson Forbin in dem guten Glauben an den Rath von Innocenz XII. für das Testament Carls II. erhalten 165; ist in Lethargie versunken 175; trifft mit Victor Amadeus in Acqui zusammen 175; erhält in Mailand den Befehl Ludwigs XIV., zur Armee zu gehen 176. Seine Umgebung hofft auf die Türken 177. Er wird von den Seemächten nicht mehr als König anerkannt 254 und 400. Lage der Dinge in Madrid bei seiner Rückkehr 256. Seine Schwäche 257.
Piper, Graf, Minister Carls XII., 103, 105. Er erhebt bei Carl XII. Vorstellungen gegen den Plan der Entthronung 108; antwortet auf die Beschlüsse des Reichstages von Lublin 281.
Po 337.
Polen, die Reichsstände von. Ihr Verhalten gegenüber Carl XII. S. 101 u. f. Der Zustand im Jahre 1703 S. 271 u. f.
Portland, Graf, 85.
Portmore, Lord, 192.
Porto St. Maria 193 u. f.
Portocarrero, Cardinal, ist gegen die Reise Philipps V. nach Italien 158. Sein Urtheil über die Schwäche Philipps V. S. 258 u. f.
Prätendent 12, 29, 43 u. f., 56 u. f., 59, 62 u. f., 66 und 67, 166 u. f., 186, 237, 243.
Pultusk, Schlacht bei, 275.
Puysegur 79.

Q.

Queensberry, Herzog von, königlicher Commissär im schottischen Parlamente 61 u. f.

R.

Radziejowski, Cardinal-Primas von Polen, hat wiederholte Unterredungen mit Carl XII. S. 103 und 104. Seine Differenz mit August II. zu Gunsten

Frankreichs 271 u. f. Er beruft die Senatoren nach Warschau 273; erklärt sich gegen die Entthronung 276. Sein Auftreten in Lublin 280. Er steht der Rebellion des Rakoczy nicht fern 295.

Rakoczy, Franz. Vom Kaiser Leopold verschont, entkommt er aus der Gefangenschaft 285. Der Beginn seiner Rebellion 286 und 288. Die Frage der Religion in dieser Beziehung 287 u. f. Er berichtet an Ludwig XIV. den Fortgang seiner Sache 289 u. f. Seine Persönlichkeit 291 u. f. Seine Dienste für Ludwig XIV. S. 294.

Rattenberg 332.

Regensburg, der Reichstag in, 111, 301, 329 u. f.

Ricous, französischer Gesandter bei Max Emanuel, 137 u. f. Sein Bericht über Max Emanuel und dessen Umgebung 328.

Robinson, englischer Gesandter bei Carl XII., S. 281.

Rochester, Graf, Führer der äußersten Tory-Partei. Er wird Lord-Statthalter von Irland 15; ist gegen den Krieg 34 und 43; wird nicht zum Treasurer ernannt 56. Sein Einfluß auf die Thronrede am 25. Mai/5. Juni 1702 S. 58; 224, 228.

Er spielt Marlborough einen Streich 232. Die Bedeutung der Rivalität der beiden Männer 235. Er legt die Statthalterschaft von Irland nieder 236; zerfällt mit der Königin 245.

Roermonde 77 u. f.

Rooke, Admiral, Commandant der Flotte gegen Cadix 189. Sein Verhalten dort 193 u. f. Er und Ormond nehmen die Silberflotte in der Bucht von Vigo 202 u. f. Er wird von der Tory-Partei gefeiert 216 u. f.

Rotta 193.

Rouillé, französischer Gesandter in Lissabon, 263.

Rudolf August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg in Wolfenbüttel, 45 u. f.

S.

Salaburg, Graf, Präsident der Hofkammer in Wien, 312 u. f., 334.

Sanci 89.

Sapieha 274.

Schärding 307.

Schleinitz, preußischer Unterhändler mit Frankreich, 91 u. f.

Schlick, Graf, 133. Ueber die Zustände in der kaiserlichen Verwaltung 307; erleidet Verlust bei Schärding 307.

Schmettau, preußischer Gesandter im Haag, fordert für Friedrich I. das Erbe Wilhelms III. S. 85 u. f.; verlangt die Stadt Geldern 94. Seine Drohungen im Haag im Beginne 1703 S. 303 u. f.

Schonenberg, holländischer Gesandter in Lissabon, 263.

Schulenburg, sächsischer General, 105, 306, 307.

Schütz, Freiherr von, Gesandter für Celle und Hannover in London, 45, 50, 241.

Schwaben, Kreis, 18, 116, 296, 325, 329.

Seymour, Tory, der ältere, 31, 36, 38, 224, 226, 228.

Seymour, der jüngere, 192, 244.

Digitized by Google

Silberflotte, die spanische, 199 u. f.
Sinzendorf, kaiserlicher Gesandter bei Carl XII., 281.
Skroda, Conföderation von, 283.
Solari, kaiserlicher General, 355.
Somerset, Herzog von, Whig, 37, 56, 209, 220, 225.
Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg. Ihr Verhalten gegenüber der Angelegenheit der Thronfolge in England 46 u. f., so wie 55. Ihr Name ins Kirchengebet der Hochkirche aufgenommen 54.
Der Gedanke einer Einladung an sie nach England sinkt unter 238. Sie hat von der Aussicht auf die englische Thronfolge nur Kosten, keinen Vortheil 239; hat keine englische Capelle 240; fühlt die ihr abgeneigte Gesinnung der Königin Anna durch 240; mengt sich nicht in die Angelegenheiten Englands 241; gibt jedoch dem Gesandten Schütz Vollmacht, eventuell ihr Recht zu vertreten 241.
Sophie Charlotte, Königin in Preußen, stellt die Philosophie des Toland auf die Probe 48 u. f.
Spada, Cardinal, außerordentlicher Nuntius nach Wien, in Passau zurückgewiesen 167.
Spanheim, Ezechiel von, preußischer Botschafter in London, 48 u. f., 85.
Sparr, holländischer General, 192.
Speier, Schlacht bei, 378.
Spencer, Lord, s. Sunderland.
Stanhope 388.
Starhemberg, Graf Guido. Seine Correspondenz mit dem Prinzen Eugen 333 u. f. Er wehrt Vendome von Ostiglia ab 335; schlägt Albergotti 336; nutzt seinen Vortheil, in Rücksicht auf die Unterthanen des Papstes, nicht aus 337; entsendet Visconti nach Piemont 350; unternimmt selber den Marsch dahin 353 u. f.; erhält die Anerkennung des Kaisers 355.
Starhemberg, Graf Gundaker, 334.
Stenbock, schwedischer General, 105.
Stephanswerth 77 u. f.
Stepney, englischer Gesandter in Wien, 31, 213 u. f., 240, 247, 316, 385.
Sterzinger 339 u. f.
Stollhofen, Linien von, 325.
Styrum, kaiserlicher Feldmarschall, 306 u. f., 357 u. f. Er ist mit dem Markgrafen Ludwig nicht in Eintracht 365; wird bei Höchstädt von Villars geschlagen 366 u. f.
Successions-Acte, die englische, 225, 237, 239, 244.
Sunderland, Graf, der ältere, 10, 15 u. f., stirbt 205. Urtheil über ihn 205.
Sunderland, Graf, der jüngere, 15, 36.

T.

Tallard, französischer General, besetzt Bonn 80 und Trarbach 81; belagert Landau 372; schlägt die Entsatz Armee 379.
Thorn 274.

Digitized by Google

Thüngen, kaiserlicher General, 371.
Tirol 332 u. f., 337 u. f.
Tököly 285.
Toland, John, der Freidenker, 46 u. f. Er besteht mit seiner Philosophie nicht die Probe 48 u. f.
Torcy, französischer Staats-Secretär, über den Tod Wilhelms III. S. 25; über den französischen Plan gegen Rom 174. Er sieht Spanien wie eine Last für Frankreich an 260 u. f.
Tory-Partei in Gunst bei der Königin Anna 14. Der Cultus der Partei vor der Person der Königin 36. Sie hat den Zusatz-Artikel zu der großen Allianz bewirkt 44; ist in Betreff der Thronfolge getheilt 57.
Sie erlangt bei den Neuwahlen im Sommer 1702 die Oberhand 186; entspricht im Unterhause dem Eifer der Königin für die Hochkirche 210. Die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien entspringt aus dieser Partei 215 und 251. Sie feiert den Admiral Rooke 216; sucht einen Hauptschlag auf die Whigs zu führen durch die Bill against Occasional Conformity 220 u. f. Ihre Führer suchen die Beschlüsse für die Bethätigung der Allianz zu lähmen 224 und 226; trachten in der Succession-Acte Aenderungen zu machen 225. Das eigentliche Ziel der Partei 228. Sie erleidet durch die Entfernung Rochesters eine schwere Niederlage 236. Mehrere aus der Partei werden zu Pairs ernannt 244. — Man vgl. Parlament.
Trarbach 81.
Trautmannsdorf, Graf, kaiserlicher Gesandter in der Schweiz, 139.
Trentino 338 u. f.
Türken. Die französischen Hoffnungen auf einen Einbruch derselben nicht begründet 177 u. f. so wie 361 u. f.

U.

Ulm, Reichsstadt. Plan des Kurfürsten Max Emanuel gegen die Stadt 131 und 135 u. f.; 296.
Ungarn beurtheilt von dem Venetianer Dolfin 286 u. f.
Union, Frage der, zwischen England und Schottland 10 u. f., 25, 60 u. f.
Unterhaus s. Parlament.
Usson, französischer General, 366.
Uzeda, Herzog von, spanischer Botschafter in Rom, 172 u. f.

V.

Vasto, Marchese del, 166.
Vaudemont, Prinz, Statthalter von Mailand 180.
Vendome, Marschall, wagt nicht den Prinzen Eugen anzugreifen 155 u. f.; zieht gegen ihn, im Juli 1702, S. 178; berichtet über das Treffen von San Vittoria 180; wird bei Luzzara zurückgedrängt 182.
Er wird, im Juni 1703, durch das Austreten des Po am Angriffe auf Ostiglia gehindert 335 u. f.; ist unlustig zum Angriffe auf Tirol 338;

Digitized by Google

betritt Tirol am 29. Juli 339; kehrt vor Trient um 341; entwaffnet die Piemonteſen 346 u. f.; will Turin belagern 351; kann den Zug Starhembergs nicht vereiteln 353 u. f.

Venloo, Belagerung und Einnahme 76 u. f., 82, 93 u. f.

Vernon, engliſcher Staats-Secretär, 31, 42.

Victor Amadeus, Herzog von Savoyen und Piemont, hat eine Zuſammenkunft mit Philipp V. in Acqui 175 u. f.

Seine Stellung im Jahre 1703 S. 343. Er verhandelt über den Uebertritt zur Allianz 344. Die Entwaffnung ſeiner Truppen 347. Seine Antwort an Ludwig XIV. S. 348. Er findet bei den Mächten der Allianz Entgegen-Kommen 349 u. f.; empfängt Starhemberg 355.

Vigo, Bucht von, 195, 199 u. f.

Villadarias, Gouverneur von Andaluſien, 188.

Villars, Marſchall, marſchirt dem Kurfürſten Max Emanuel zu Hülfe 142. Der Plan mislingt bei Friedlingen 143. Er hält feſt an ſeinem Vorgeben des Sieges 145.

Er überſchreitet, im Februar 1703, den Rhein und nimmt Kehl 308; erhält von Ludwig XIV. den Befehl zur Vereinigung mit Max Emanuel 318; wird an den Linien von Stollhofen zurückgeſchlagen 325; berichtet über die Vereinigung mit Max Emanuel 327 u. f. Seine Verabredung mit Max Emanuel 331. Er preiſt die Erfolge in Tirol 333; ſteht dem Markgrafen Ludwig gegenüber 356 u. f.; faßt Mistrauen wider Max Emanuel 357 u. f. Vergleich ſeines Berichtes an Ludwig XIV. vom 8. September mit demjenigen des Markgrafen 358 u. f.

Er ſchlägt die kaiſerliche Armee unter Styrum bei Höchſtädt 366 u. f.; ſteht auch nachher geſpannt mit Max Emanuel 370 u. f.; wird abberufen 371.

Visconti, kaiſerlicher General, 350.

Vittoria, San, Treffen bei, 180.

Vizthum von Eichſtädt 95.

W.

Waldſtein, Graf, kaiſerlicher Geſandter in Liſſabon, 198, 201, 211.

Wales, Prinz von, ſ. Prätendent.

Weſtindien, Plan auf, wird aufgegeben 246 u. f.

Wharton, Lord, 38.

Whig Partei iſt nicht zufrieden mit der erſten Thronrede der Königin 11; iſt erregt durch die Adreſſe des John How 36 u. f., ſo wie durch die Ernennung von Tories 38 u. f.; vertheidigt das Andenken Wilhelms III. S. 36 und 52; tritt geſchloſſen ein für die hannöverſche Thronfolge 57; wird ſehr verſtimmt durch die Thronrede vom 25. Mai 5. Juni 58 u. f.

Sie befürchtet, bei der Mehrheit der Tories im Unterhauſe, eine Aenderung des Geſetzes über die Thronfolge 186; verliert den Berather Sunderland den ältern 205. Ihr Standpunct gegenüber der Bill wider Occasional Conformity 221 u. f. Sie will keine Aenderung der Succeſſions Acte zulaſſen 225; ſteigt empor in Folge der Entlaſſung Rocheſters 236 u. f. — Vgl. auch Parlament.

Digitized by Google

Wilhelm III. In Folge seines Wegfalls ist nicht mehr Holland, sondern England die führende Macht 23. Die Beisetzung der Leiche 38. Er wird von einem Theile der Tories feindseliger Absichten gegen die frühere Prinzessin Anna zu Gunsten des Hauses Hannover beschuldigt 52. Differenz über seinen Nachlaß 84 u. f. Er wird irrig beurtheilt von Clemens XI. S. 167.

Winchelsea, Lord, 239.

Woiwodschaften Posen und Kalisch 279, 283.

Worcester, Bischof von, 218 u. f.

Wratislaw, Graf, kaiserlicher Gesandter in London. Sein Urtheil über die neue Königin Anna 8. Unterredung mit Marlborough und Godolphin, am 24. März, 16 u. f. Er ist in Verlegenheit über den Zusatz praetensus zu princeps Walliae 31 u. f.; 37, 39. Er beurtheilt die Thronrede der Königin 59.

Er unterhandelt in London für den Kurfürsten Max Emanuel 134 u. f.; meldet die Freude der Engländer über den Erfolg des Prinzen Eugen bei Luzzara 185; bemüht sich um die Anerkennung des Landgrafen Georg als kaiserlichen Bevollmächtigten 189 u. f.

Er stimmt principiell mehr für den Angriff auf Italien als auf Spanien 212 u. f.; will nicht den Landgrafen Georg in englische Händel verwickelt sehen 216 u. f.; schreibt die Nicht-Gewährung der Dotation für Marlborough dem Grafen Rochester zu 232. Seine Anerkennung für Marlborough 235.

Er urtheilt ungünstig über die Thronrede, im März 1703, S. 243; gibt, gegenüber der Absicht der englischen Minister in Betreff der Religion in Westindien, den Plan dahin auf 247 u. f.; antwortet auf die englische Forderung, daß der Kaiser seinem Sohne Carl die spanische Monarchie cediren soll 252; hebt nach Wien hin hervor, daß man in Betreff der Kosten keine Forderung an ihn stelle 253; weicht dennoch nur zögernd 256.

Er fordert, im Februar 1703, Marlborough auf zu einem Zuge an die Donau 299; hat, zu Ende 1703, den Auftrag, einen solchen Zug zu bewirken 384.

Z.

Zaluski, polnischer Kanzler, auf dem Reichstage in Lublin 279.

Zindt, bayerischer Gesandter in Regensburg, 330 u. f.

Zrinyi 293.

Zusatz-Artikel zu der großen Allianz in Betreff des Prätendenten 3 u. f.; 18, 20, 29 u. f., 33, 43.

Zusatz-Artikel zu der großen Allianz in Betreff des Erzherzogs Carl als König Carl III. von Spanien 385 und 389 u. f.

Digitized by Google

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

Digitized by Google

PLEASE RETURN TO
ALDERMAN LIBRARY

DUE	DUE
8.7.92	
7-23-93	

Digitized by Google